VERHANDLUNGEN DES RATES DER STADT KÖLN VOM JAHRE 2021

Herausgeber: Die Oberbürgermeisterin
Büro der Oberbürgermeisterin
Rathaus (Historisches Rathaus)
Sitzungsdienst OB-2-21

Inhaltsverzeichnis

4. Sitzung vom 4. Februar 2021 5

5. Sitzung vom 23. März 2021 81

6. Sitzung vom 6. Mai 2021 197

7. Sitzung vom 24. Juni 2021 293

8. Sitzung vom 18. August 2021 443

9. Sitzung vom 23. August 2021 475

10. Sitzung vom 16. September 2021 493

11. Sitzung vom 9. November 2021 603

12. Sitzung vom 9. November 2021 639

13. Sitzung vom 14. Dezember 2021 735

Sachregister 867

Rednerverzeichnis 879

4. Sitzung vom 4. Februar 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung von Kunstwerken des Künstlers Claes Oldenburg an das Museum Ludwig

2851/2020

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Bildung von Unterausschüssen" (Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 10.12.2020)

AN/1392/2020

zurückgestellt

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1520/2020

zurückgestellt

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0245/2021

zurückgestellt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Autonomes Zentrum (AZ) endlich schließen"

AN/0197/2021

3.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "PR-Auftrag Ostwest-Achse"

AN/0200/2021

3.1.4 Antrag von Ratsmitgliedern verschiedener Fraktionen, Gruppen und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Livestream attraktiver gestalten"

AN/1423/2020

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

AN/0213/2021

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0244/2021

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Impf-Taxi Gutscheine für vulnerable Gruppen, Hilfen für Taxi-Unternehmen in Köln"

AN/0196/2021

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0246/2021

3.1.6 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Resolution zur Finanzsituation der Kommunen in der Covid 19-Pandemie"

AN/0199/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und Ratsmitglied

Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0232/2021

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Klimanotstand: Tunnelplanungen auf der Ost-West-Achse einstellen!"

AN/0198/2021

3.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Darstellung der Umstellung auf erneuerbare Energien"

AN/0191/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. und FDP

AN/0235/2021

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT und von RM Wortmann (FWK) betr. "Erwerb des Grundstückes Deutz-Mülheimer-Straße 147 bis 149 (ehemaligen KHD-Hauptverwaltung)"

AN/0234/2021

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke, der Gruppen KLIMA FREUDE und GUT Köln betreffend "Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße"

AN/0248/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/0250/2021

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend "Beachtung des PCG Kodex in erfolgten Aufsichtsratswahlen"

AN/1515/2020

Antwort der Verwaltung vom 03.02.2021

0310/2021

4.2 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend "Umsetzung Haushaltsbeschlüsse"

AN/1468/2020

Antwort der Verwaltung vom 01.02.2021

3553/2020

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"

AN/0905/2020

Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021

3577/2020

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Livestream zur Sozialen Erhaltungssatzung Severinsviertel am 9.11.2020"

AN/0182/2021

Antwort der Verwaltung vom 03.02.2021

0295/2021

4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Leistungs- und Trainingszentrum des 1.FC Köln umsetzen!"

AN/0192/2021

Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021

0368/2021

4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft in Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer Schulbau GmbH"

AN/0226/2021

zurückgestellt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kein Veedel für Rassismus an Kölner Schulen"

AN/0228/2021

Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021

0355/2021

4.8 Sicherheit des Lehrpersonals und Beschulung der Kölner Schüler

AN/0227/2021

Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021

0356/2021

4.9 Beitrag der Bühnen der Stadt Köln zur musisch-kulturellen Bildung in Kölner Kitas und Schulen

AN/0231/2021

zurückgestellt

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See

2234/2020

zurückgestellt

6.1.2 Neufassung der Satzung zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln

3236/2020

6.1.3 Neufassung der Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln

0173/2021

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Satzungsänderung

0060/2021

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln

3242/2020

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Neugestaltung des Spielplatzes „Trendsportarten Mühlenweg“ im Sozialraum

„Bickendorf, Westend und Ossendorf“

2331/2020

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Abriss und Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Cohnenhofstraße, 50769 Köln, Planungsbeschluss

0002/2020

zurückgestellt

10.2 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss

1898/2020

zurückgestellt

10.3 Straßen- und Wegekonzept gemäß § 8a Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

1480/2020

10.4 Ebertplatz: Fortführung der Zwischennutzung und Ausarbeitung eines Zwischennutzungskonzeptes für den Zeitraum nach Juni 2021 Arbeitstitel: Fortführung der Zwischennutzung Ebertplatz

2156/2020

10.5 Benutzungsordnung der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln und Rahmenbenutzungsordnung der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte (KunstBibliothek Köln, KuBi Köln)

2468/2020

zurückgestellt

10.6 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung hier: Wirtschaftsplan 2021

2921/2020

10.7 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg - Baubeschluss

2952/2020

zurückgestellt

10.8 Förderung von Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen in Köln in 2021 hier: Förderung der "Beratungsstelle Arbeit" und Sicherung der bestehenden Beratungsstruktur für arbeits- und erwerbslose Personen

3244/2020

10.9 Feststellung der Gültigkeit der Kommunal- und Integrationsratswahl 2020 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) KWahlG

3730/2020

10.10 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen

0423/2020

10.11 Teilnahme des Berufskollegs an der Lindenstraße (BK 3) am Schulversuch "Fachoberschule für Verwaltung und Rechtspflege Schwerpunkt Polizeivollzugsdienst"

3648/2020

10.12 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Beschaffung eines Qualitätsmanagement-Tools für die Kölner Lichtsignalanlagen sowie Beschluss zur Bereitstellung von außerplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigungen und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen; hier: neue Finanzstelle 6400-1201-0-0012 LSA-Qualitätsmanagement-Tool

3094/2020

10.13 Verlängerung des Mietvertrages der freifinanzierten Objekte Münsterer Str. 23, 31 und 33 in 51063 Köln-Mülheim

3315/2020

10.14 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag

0068/2021

zurückgestellt

10.15 Aufwandsneutrale Ausweitung der Projektunterstützung für die Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung

0011/2021

10.16 Feststellung des Jahresabschlusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.12.2019

3184/2020

10.17 Ersatzbeschaffung von Start- und Steganlagen auf der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See

3349/2020

10.18 Zügigkeitserhöhung für den Bildungsgang "Tiermedizinische Fachangestellte" am Barbara-von-Sell-Berufskolleg (BK 5)

3481/2020

10.19 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. o. Nr. 2, 51143 Köln - Baubeschluss

3660/2019

zurückgestellt

10.20 Kölner Renn-Verein 1897 e. V. Zuschuss zum Erhalt der denkmalgeschützten Anlage der Pferderennbahn Köln, Scheibenstr., Köln-Weidenpesch

3698/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und die Gruppe GUT Köln

AN/0251/2021

10.21 Errichtung eines Neubautraktes, Generalinstandsetzung und Neubau von sechs Sporthalleneinheiten inklusive Interimsbauten für das Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln - Erweiterter Planungsbeschluss

2486/2020

10.22 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Porz Mitte hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Porz Mitte sowie Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat Porz Mitte zur Wahlperiode 2020/2025

3621/2020

zurückgestellt

10.23 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: "Erhöhung des Förderetats für interkulturelle Projekte„ sowie „Etatisierung eines Förderbudgets für freie inklusive Kulturarbeit"

3385/2020

10.24 Ermöglichung des Tagesaufenthaltes in den Winterhilfeunterkünften inkl. der Essensversorgung und Sicherstellung einer Einzelunterbringung

0175/2021

10.25 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme 'Deutzer Hafen' – ergänzendes Verfahren

0082/2021

zurückgestellt

10.26 Corona-Sondermaßnahmen Kultur 2021 des Kulturamtes – zunächst bis Juni 2021

3270/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/0249/2021

10.27 Förderantrag für das Projekt der KölnBäder GmbH "KidsSpa im Zollstockbad - Wassergewöhnung für Kleinkinder

0171/2021

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62547/02
Arbeitstitel: Damiansweg in Köln-Volkhoven/ Weiler

3035/2020

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 275. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2105/2020

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Feldgärtenstraße von Hillesheimstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl

2350/2020

zurückgestellt

17 Wahlen

17.1 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

3026/2020

17.2 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln

3167/2020

zurückgestellt

17.3 Bestellung weitere Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner für den Ausschuss Soziales und Senioren

0002/2021

17.4 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat

1956/2020

zurückgestellt

17.5 Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua

3029/2020

zurückgestellt

17.6 Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung - Verstetigung und Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung - Hier: Wahl der Ratsmitglieder

3011/2020

zurückgestellt

17.7 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk Kölner Süden

3222/2020

zurückgestellt

17.8 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025

3078/2020

zurückgestellt

17.9 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement

3288/2020

17.10 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft hier: Entsendung in den Stiftungsrat

1583/2020

zurückgestellt

17.11 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Benennung der acht Delegierten der Stadt Köln

0219/2021

zurückgestellt

17.12 Neubesetzung des Aufsichtsrates der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH

0263/2021

17.13 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner/innen in die Ratsausschüsse

0103/2021

17.14 Benennung eines zusätzlichen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur

0273/2021

17.15 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung sachverständiger Bürger

0334/2021

17.16 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Benennung von sachkundigen EinwohnerInnen im Digitalisierungsausschuss"

AN/0242/2021

17.17 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung des Finanzausschusses"

AN/0247/2021

17.18 Neubesetzung der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der CDU-Fraktion in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 03.12.2020

AN/0243/2021

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen für neu anzumietende Objekte gem. § 5 Abs. 2a der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019

3318/2020

18.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70390/02 Arbeitstitel: Auenviertel in Köln-Rodenkirchen

3498/2020

18.3 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0412 - Historisches Archiv im Haushaltsjahr 2020 - K³ Ausstellungs- und Veranstaltungsort

3604/2020

18.4 Wiederholung der Wahl eines Mitglieds der Kommunalen Bank des Braunkohleausschusses bei der Bezirksregierung Köln

3691/2020

18.5 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen

0054/2021

18.6 Ankauf von Werken der Künstlerin Adrian Piper für das Museum Ludwig

3201/2020

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Bauer-Dahm, Daniel; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Gabrysch, Nicolin; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Kockerbeck, Heiner; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Michalak, Mario; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dilan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Vogel, Alexander;

Stenografen
Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Akude, John, Dr.; Benthem van, Henk; Brock-Storms, Claudia; Detjen, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Klemm, Ralf; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Marx, Werner; Michel, Dirk; Röhrig, Ursula; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Scho-Antwerpes, Elfi; Seiger, Christine; Syndicus, Karina; Tritschler, Sven; Wahlen, Lars; Welter, Thomas;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister
Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Jülich, Ralf;

(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 18.28 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates.

Wir tagen heute hier im Gürzenich in verkleinerter Besetzung und auch mit verkürzter Tagesordnung, wie schon einige Male im letzten Jahr. Das tun wir natürlich auch, um in dieser ganz außerordentlichen Situation sicherzustellen, dass für Köln die notwendigen Entscheidungen hier rechtssicher getroffen werden können.

Ich hoffe, dass sich künftig der gesetzliche Rahmen so ändern wird, dass auch andere Formate der Ratssitzung möglich werden, zum Beispiel Videokonferenzen, wie es sie in anderen Bundesländern schon gibt.

(Beifall)

Gerade rechtzeitig zur heutigen Ratssitzung, nämlich heute, habe ich die Antwort des Ministerpräsidenten auf meinen Brief dazu erhalten. Herr Laschet hat die zuständige Ministerin Ina Scharrenbach gebeten, digitale Beteiligungsmöglichkeiten für kommunale Gremien zu prüfen.

Eine solche Änderung wäre aus meiner Sicht wichtig, um dem Infektionsschutz Rechnung zu

tragen, aber auch insgesamt. Schließlich gehen wir in eine digitalisierte Zeit. Insofern dürfen wir uns auch ruhig digital weiterentwickeln und das in Zeiten nach Corona übernehmen.

(Beifall)

Heute verzichten - das Wort „verzichten“ schreibe ich jetzt ganz groß - folgende Ratsmitglieder auf die Anwesenheit im Sitzungssaal und verfolgen die Sitzung stattdessen im Livestream - auch sie begrüße ich natürlich sehr herzlich -:

(Beifall)

Herr Dr. Akude, Frau Brock-Storms, Herr Detjen, Frau Frebel, Frau Gärtner, Herr Giesen, Frau Glashagen, Frau Henk-Hollstein, Frau Heuser, Frau Hoyer, Frau Jäger, Herr Kaske, Frau Kessing, Herr Klemm, Herr Dr. Krupp, Herr Lorenz, Herr Marx, Herr Michel, Frau Röhrig, Frau Roß-Belkner, Herr Rudolph, Frau Ruffen, Herr Schallehn, Frau Scho-Antwerpes, Frau Seiger, Frau Syndicus, Herr Tritschler, Herr van Benthem, Herr Wahlen und Herr Welter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Bauer-Dahm, Herrn Bürgermeister Dr. Heinen und Frau De Bellis-Olinger.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zugesetzt werden im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.6 bis 4.9, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.1.3, TOP 10.24 bis 10.27, TOP 12.1 und die Wahlen unter TOP 17.13 bis 17.18 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.11.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 10.1, 10.2, 10.5, 10.7, 10.14, 10.19, 10.22, 10.25, 16.2 und 17.8 sowie 23.1, 23.2, 23.3, 23.4 und 24.4.

Gibt es hierzu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einmal mehr den Abusus der Tischvorlagen anprangern. Mir flattern hier permanent Tischvorlagen auf den Tisch. Wenn ich dieser Sitzung qualifiziert folgen soll, kann ich diese Vorlagen nicht mehr einsehen.

Ich hoffe deshalb, dass Videokonferenzen ein übliches Instrument werden. Dann ist dieser Abusus abgestellt. Ich ersuche Sie alle, mit diesem Abusus endlich Schluss zu machen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat sich gemeldet.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, sind wir jetzt schon für weitere Zu- und Absetzungen bereit? - Vielen Dank für das Nicken.

Frau Oberbürgermeisterin, ich beantrage für die Fraktionen, die den unter TOP 3.1.1 vorliegenden Antrag gestellt haben, dass wir ihn in die nächste Sitzung vertagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vertagung von TOP 3.1.1?

Ulrich Breite (FDP): Jawohl. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke sehr. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte Sie, die folgenden Punkte von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und in der nächsten Sitzung aufzurufen: Tagesordnungspunkte 17.2, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.9, 17.10 und 17.11. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke, Herr Weisenstein. - Der TOP 17.8 bleibt demnach auf der Tagesordnung?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein, den haben Sie schon zurückgestellt!)

- Ach so, den hatte ich schon zurückgestellt. Okay.

Dann komme ich jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. Mehrere Fraktionen und Gruppen sowie Herr Wortmann haben heute einen Dringlichkeitsantrag zum Erwerb des Grundstückes Deutz-

Mülheimer Straße 147 bis 149 eingereicht. Das ist der TOP 3.1.9.

Gibt es hier Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch nicht. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Außerdem liegt unter TOP 3.1.10 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE sowie der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT von heute vor. Es geht um die Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Keine. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch nicht. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. - Bitte sehr, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es müsste dazu auch noch einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Grüne und Volt geben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Er ist dann beim Tagesordnungspunkt aufgeführt.

(Christian Joisten [SPD]: Aber nicht im System!)

- Ich kenne ihn. - Ich komme zur Reihenfolge der Tagesordnung und schlage vor - - Herr Joisten, Sie haben noch eine Irritation?

(Christian Joisten [SPD]: Nein, nein, alles gut!)

- Nicht. - Ich schlage also vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.3 und 3.1.7 gemeinsam unter TOP 3.1.3 zu behandeln.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann haben wir die Tagesordnung so beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, den anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die neu und wiedergewählten Ratsmitglieder. Der Rat tagt heute im Gürzenich mit verkleinerter Besetzung und gekürzter Tagesordnung.

I. Frau Oberbürgermeisterin Reker zählt die Ratsmitglieder auf, die auf die Anwesenheit im Sitzungssaal verzichten und die Sitzung stattdessen im Livestream verfolgen.

II. Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt sie RM Bauer-Dahm, RM Bürgermeister Dr. Heinen und RM De Bellis-Ollinger vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen: Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft in Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer Schulbau GmbH" AN/0226/2021

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kein Veedel für Rassismus an Kölner Schulen" AN/0228/2021

4.8 Sicherheit des Lehrpersonals und Beschulung der Kölner Schüler AN/0227/2021

4.9 Beitrag der Bühnen der Stadt Köln zur musisch-kulturellen Bildung in Kölner Kitas und Schulen AN/0231/2021

6.1.3 Neufassung der Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln 0173/2021

10.24 Ermöglichung des Tagesaufenthaltes in den Winterhilfeunterkünften inkl. der Essensversorgung und Sicherstellung einer

Einzelunterbringung
0175/2021

10.25 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme 'Deutzer Hafen' – ergänzendes Verfahren
0082/2021

10.26 Corona-Sondermaßnahmen Kultur 2021 des Kulturamtes – zunächst bis Juni 2021
3270/2020

10.27 Förderantrag für das Projekt der KölnBäder GmbH "KidsSpa im Zollstockbad - Wassergewöhnung für Kleinkinder
0171/2021

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62547/02
Arbeitstitel: Damiansweg in Köln-Volkhoven/ Weiler
3035/2020

17.13 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner/innen in die Ratsausschüsse
0103/2021

17.14 Benennung eines zusätzlichen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur
0273/2021

17.15 Denkmalschutz und Denkmalpflege Berufung sachverständiger Bürger
0334/2021

17.16 Benennung von sachkundigen EinwohnerInnen im Digitalisierungsausschuss
AN/0242/2021

17.17 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung des Finanzausschusses"
AN/0247/2021

17.18 Neubesetzung der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der CDU-Fraktion in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 03.12.2020
AN/0243/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

24.11 Bedarfsfeststellung zur Beteiligung an einem europaweiten Vergabeverfahren zur Beschaffung von IT-Endgeräten (PC, Monitore, Drucker, Beamer)
3662/2020

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

6.1.1 Satzung der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
2234/2020

10.1 Abriss und Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Cohnenhofstraße, 50769 Köln, Planungsbeschluss
0002/2020

10.2 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss
1898/2020

10.5 Benutzungsordnung der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln und Rahmenbenutzungsordnung der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte (KunstBibliothek Köln, KuBi Köln)
2468/2020

10.7 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg – Baubeschluss
2952/2020

10.14 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag
0068/2021

10.19 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. o. Nr. 2, 51143

Köln – Baubeschluss 3660/2019

10.22 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Porz Mitte hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Porz Mitte sowie Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat Porz Mitte zur Wahlperiode 2020/2025 3621/2020

10.25 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme 'Deutzer Hafen' – ergänzendes Verfahren 0082/2021

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Feldgärtenstraße von Hillesheimstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl 2350/2020

17.8 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025 3078/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

23.1 Tausch von Grundstücken mit der KVB AG im Bereich Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz

2389/2020

23.2 Verlängerung eines Erbbaurechtes in der Fauststr. in Köln-Porz-Urbach

2576/2020

23.3 Verkauf eines städtischen Grundstücks Max-Reichpietsch-Straße in Köln-Wahn

3208/2020

23.4 Erbbaurechtsbestellung Josef-Kallscheuer-Straße in Köln-Sürth

3497/2020

24.4 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag (s. TOP 10.14 - zurückgestellt)

IV. RM Wortmann rügt die hohe Anzahl an Tischvoralgen, die jedes Mal kurzfristig in der Sitzung verteilt werden. Er bittet alle Anwesenden, diesen Abusus abzustellen.

RM Breite beantragt für die Antragsteller, den Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Bildung von Unterausschüssen" (Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 10.12.2020) AN/1392/2020

bis zur nächsten Sitzung des Rates am 23.03.2021 zurückzustellen.

RM Weisenstein beantragt, die Tagesordnungspunkte

17.2 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln

3167/2020

17.4 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat

1956/2020

17.5 Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua

3029/2020

17.6 Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung - Verstetigung und Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung - Hier: Wahl der Ratsmitglieder

3011/2020

17.7 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk Kölner Süden

3222/2020

17.9 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement

3288/2020

17.10 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft hier: Entsendung in den Stiftungsrat

1583/2020

17.11 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Benennung der acht Delegierten der Stadt Köln

0219/2021

bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

V. Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor.

- *Dringlichkeitsantrag der*

  Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Erwerb des Grundstückes Deutz-Mülheimer-Straße 147 bis 149 (ehemaligen KHD-Hauptverwaltung)" AN/0234/2021

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.9 behandelt.

- *Dringlichkeitsantrag der*

Fraktionen SPD, Die Linke, der Gruppen KLIMA FREUDE und GUT Köln betreffend "Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße" AN/0248/2021

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.10 behandelt.

IV. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 3.1.3
Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "PR-Auftrag Ostwest-Achse"

AN/0200/2021

und

TOP 3.1.7
Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Klimanotstand: Tunnelplanungen auf der Ost-West-Achse einstellen!"

AN/0198/2021

zusammen unter TOP 3.1.3 zu behandeln.

VI. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Redezeit in der Sitzung auf 3 Minuten zu reduzieren. Der Rat ist hiermit einverstanden.

Das Gremium will soweit wie möglich auf Redebeiträge verzichten und diese stattdessen zu Protokoll geben.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, bei dieser Sitzung ist von uns allen ja viel Disziplin gefragt, damit wir die Sitzungsdauer so kurz wie möglich halten können. Ich werde mich selbst natürlich auch daran halten und schlage vor, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

Außerdem ist mir mitgeteilt worden, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen so weit wie möglich verzichten bzw. diese stattdessen zu Protokoll geben. Dafür möchte ich mich ganz ausdrücklich bei Ihnen bedanken.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann gebe ich jetzt Frau Martin, die eine kurze Erklärung abgeben möchte, das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Sie erlauben, dass ich ganz kurz einen herzlichen Dank an die Verwaltung ausspreche, die es ermöglicht hat, dass wir heute hier im Gürzenich tagen können, also unter verbesserten Sicherheitsbedingungen. Es war offensichtlich ein großer Aufwand. Ganz herzlichen Dank! Ich denke, ich spreche im Namen der meisten hier, wenn ich mich dafür bedanke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, vor Eintritt in die Tagesordnung einen kurzen Corona-Bericht zu geben.

Der Sieben-Tage-Inzidenzwert, der bis Ende Januar deutlich gefallen war, steigt jetzt nach einigen Schwankungen leider wieder leicht an. Heute liegt er bei 75,7 und damit zwar noch unter dem Landeswert und dem Bundeswert, aber nur noch sehr knapp darunter - im Gegensatz zu den Zahlen, die wir bisher gesehen haben.

Die Reproduktionszahl liegt nach wie vor unter dem kritischen Wert von 1, aber immerhin bei 0,90, und die Entwicklung ist so, dass wir doch von einem Anstieg der Infektionen ausgehen müssen.

Aktuell sind in Köln 1 068 Menschen infiziert und leider 454 verstorben.

Bei den Mutanten haben wir 137 United-Kingdom-Mutanten und 26 südafrikanische Mutanten.

Die Krankenhausbelegung ist nach wie vor ernst, aber konstant bei rund 5 Prozent freien Intensivbetten.

Was die Schulen angeht - und die Schulen sind ja im Grunde geschlossen -, sind 63 Schülerinnen und Schüler in 47 Schulen und zwölf Mitarbeiter in zwölf Schulen infiziert.

Bei den Kitas sieht es besser aus. Dort sind es 14 Kinder in zehn Kitas und 18 Mitarbeiterinnen in 13 Kitas.

Bei den Heimen ist es so, dass 25 Einrichtungen betroffen sind. Dort sind 147 Senioren, also Bewohner, und 61 Mitarbeitende betroffen.

Diese Woche war ja „Corona in den Unterkünften für Geflüchtete“ ein großes Thema. Es gibt insgesamt 62 Index- und 87 Kontaktpersonen in neun städtischen Unterbringungseinrichtungen.

Die Situation in der Verwaltung ist so, dass wir insgesamt 350 Mitarbeitende hatten - ich sage: hatten -, die erkrankt waren. Davon sind 341 schon genesen. Insofern kommen wir da eigentlich ganz gut durch die Pandemie.

In über 50 Prozent der Fälle kann das Infektionsgeschehen derzeit nicht benannt werden. Das andere teilt sich auf. Es sind zum Beispiel 10,6 Prozent bekannte Sozialkontakte im selben Haushalt. Ich will nur noch eine zweite Zahl nennen: 17,4 Prozent Arbeitskontakte.

Sie wissen, dass wir von Beginn der Pandemie an immer sehr viel getestet haben. Im Moment liegt die Zahl der Tests bei rund 709 000.

Biomonitoring führen wir in Seniorenheimen, aber auch in Kitas, in Schulen, in Unterkünften für Geflüchtete, bei Kontaktpersonen und bei eigenem Personal in der kritischen Infrastruktur durch.

Es gelingt uns auch seit vielen Wochen schon, alle Index- und Kontaktpersonen innerhalb von 24 Stunden zu kontaktieren. Mich ärgert es immer, wenn ich höre, die Gesundheitsämter kämen mit der Kontaktpersonenverfolgung nicht nach. Wir müssen die Zahl nicht deswegen herunterdrücken, sondern wir müssen sie herunterdrücken, weil wir alle sehr schnell von diesen Mutanten betroffen sein können - und dann wird es noch kritischer, als es in den Krankenhäusern ohnehin schon ist.

Noch kurz zu den Impfungen: Wir werden am Montag das Impfzentrum öffnen. Bisher haben wir in Senioren- und Pflegeeinrichtungen geimpft: Erstimpfungen 20 471, Zweitimpfungen 6 190.

Um möglichst vielen der älteren Anspruchsberechtigten eine sichere Wahrnehmung des Impfangebotes im Impfzentrum zu ermöglichen, hat der Krisenstab die Intention des Gesundheitsausschusses aufgenommen und in seiner Sitzung am 3. Februar 2021 folgendes beschlossen:

Es wird eine vollständige Kostenübernahme durch die Stadt Köln für Hin- und Rückfahrten mit dem Taxi zur Wahrnehmung von zwei Impfterminen - natürlich für die Erst- und Zweitimpfung - geben. Die anspruchsberechtigten Personen sollen diejenigen in einem Lebensalter von 70 Jahren oder höher sein, die Leistungen nach dem SGB XII, also Grundsicherung, erhalten und/oder Inhabende eines Köln-Passes sind und/oder Anspruch auf Leistungen der Pflegegrade 1 oder 2 haben.

Damit wollen wir diese Menschen nicht nur schützen, sondern auch motivieren, die Impfung in dem Impfzentrum anzunehmen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir damit auch anderen eine Unterstützung gewähren, die in dieser Zeit vielleicht auch besonders von der konjunkturellen Situation betroffen sind.

(Beifall)

Wir haben uns darüber hinaus entschlossen, uns sehr eng mit der Kassenärztlichen Vereinigung abzustimmen bezüglich des Einsatzes von mobilen Impfteams für Personen, die zu Hause leben und aufgrund ihrer starken Gebrechlichkeit nicht ohne einen völlig unverhältnismäßig hohen Aufwand zum Impfzentrum gebracht werden können. Auch sie werden wir also mit mobilen Teams versorgen.

Damit würde ich gerne den Corona-Bericht abschließen und zu unserer Tagesordnung kommen.

Eine aktuelle Stunde gibt es nicht.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Schenkung von Kunstwerken des Künstlers Claes Oldenburg an das Museum Ludwig

2851/2020

Wer dieser Schenkung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind, so wie ich das sehe, alle bis auf die AfD. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Gegenstimmen? - Keine.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Künstler Claes Oldenburg und denke, dass die Kunstwerke sehr gut im Museum Ludwig aufgehoben sind und hoffentlich auch präsentiert werden.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Kunstwerke von Claes Oldenburg an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun kommen wir zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Der Tagesordnungspunkt 3.1.1 ist mit Beschluss über die Tagesordnung entfallen.

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Bildung von Unterausschüssen" (Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 10.12.2020)

AN/1392/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1520/2020

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0245/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer IV - Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Daher rufe ich auf:

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Autonomes Zentrum (AZ) endlich schließen“

AN/0197/2021

Als Erster hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute entscheiden wir über eine Selbstverständlichkeit - eigentlich -, nämlich die Schließung

und Räumung des Autonomen Zentrums an der Luxemburger Straße 93. Die Kölner Politik kann hier ein klares Zeichen gegen den Linksextremismus in Köln und Deutschland setzen. Lassen Sie uns ein Zeichen im Sinne des antitotalitären Konsenses unseres Grundgesetzes setzen!

Mir hat bis heute niemand erklären können, warum wir dieses Autonome Zentrum überhaupt brauchen. Ich weiß wirklich nicht, wozu es da ist. Ist es für die allgemeine Öffentlichkeit da? Welchen Sinn hat es für die Allgemeinheit?

Aber schauen wir doch einmal, wer da untergebracht ist, wem wir da eine Herberge verschaffen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Cremer, darf ich Sie bitte auffordern, Ihre Maske zu tragen? Ich mache das auch während der Rede.

Christer Cremer (AfD): Okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön.

Christer Cremer (AfD): Das sind fünf linksextreme Organisationen - und das sagt die Landesregierung -: zwei Ortsgruppen der Interventionistischen Linken, das Anarchistische Kollektiv, die Antifaschistische Gruppe AG CGN und der Antifa AK Köln.

Ich sage nur: Eine tolle Gesellschaft, der die Stadt Köln hier zu einem Anlaufpunkt verhilft!

Laut Landesregierung ist das AZ der wichtigste Anlaufpunkt für die linksextreme Szene im Regierungsbezirk Köln.

In diesem Zusammenhang soll auch erwähnt sein, dass die Zahl der linksextremen Gewaltdelikte von 1 052 im Jahre 2019 um 29 Prozent auf 1 359 im Jahre 2020 in Deutschland gestiegen ist. Das zeigt, dass wir ein deutschlandweites Problem haben. Ich will hier an die Randale im Hambacher Forst sowie die bürgerkriegsähnlichen Zustände in diversen Großstädten von Hamburg über Leipzig bis Berlin erinnern. Und Köln hat ein Linksproblem. Ich spreche aus Erfahrung. Willkommen im Linksstaat Deutschland!

Und was macht die Stadt Köln? Sie verhandelt mit diesen Leuten auch noch. Ich war wirklich schockiert, als ich im Hauptausschuss erfahren habe, dass die Vertreter des AZ auch noch zu Angeboten der Stadt, zum Beispiel - -

(Einige Besucher verlassen in Begleitung von Ordnungskräften unter Beifall von Teilen der Ratsmitglieder den Zuschauerbereich - Zurufe)

- Es ist unerträglich, unglaublich, unerhört! Da muss man die Polizei rufen. Da haben Sie eine Beleidigung begangen.

(Unruhe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darf ich um Ruhe bitten? Herr Cremer hat das Wort.

Christer Cremer (AfD): Es hieß: Nein, wollen wir nicht; darüber verhandeln wir nicht. - Die Forderungen auf der Website sprechen ebenfalls Bände. Und das Ganze dann auch noch mit dem Anspruch, mietfrei zu - ich will das lieber nicht „wohnen“ nennen - hausieren! Das ist eins: dreist, unverschämt und undankbar.

(Beifall bei der AfD)

Wenn jeder diese Attitüde hätte, könnten wir Köln dichtmachen. Warum haben diese Leute eigentlich das Recht, sich so zu verhalten? Warum die? Man droht und kriegt seinen Willen. Das ist eines Rechtsstaates unwürdig.

(Beifall bei der AfD)

Bei der Diskussion hier sollten wir uns auch die Besetzung des Stadthauses am 31. Januar 2019 in Erinnerung rufen. Da waren ganz offensichtlich Sympathisanten des AZ am Werk.

Hier sollten die Stadt Köln und wir als Kölner Stadtrat das Signal setzen: Wir verhandeln nicht mit Politkriminellen.

(Zuruf: Die Redezeit ist abgelaufen!)

Liebe Ratsherren, insbesondere von CDU und FDP, seien Sie heute mal mutig. Haben Sie nicht zu viel Angst vor Partei- und Fraktionsführung. Konrad Adenauer wäre stolz auf Sie. Stimmen Sie für unseren Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, mir liegt noch eine weitere Wortmeldung vor. Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Vielen Dank. - Frau Reker! Liebe Kollegen! Ich kann es kurz halten. Auch wir, die Partei der extremen Mitte, befürchten extremistische Bewegungen, sehen allerdings im Haus Neuerburg eine extremistische Vereinigung, die dort Stadteigentum in Anspruch nimmt.

Wenn man sich die extremistisch motivierten Gewalttaten ansieht, verzeichnet man im rechten Spektrum einige Morde, wie die Kriminalstatistik des vergangenen Jahres aufzeigt. Wir brauchen auch gar nicht so weit zurückzublicken. In den USA waren zuletzt rechtsextremistisch motivierte Morde verzeichnet worden.

Deswegen sage ich: Wenn hier über so etwas nachgedacht werden sollte, dann vielleicht darüber, ob im Haus Neuerburg ein Raum gekündigt werden sollte, der von einer aus meiner Sicht extremistischen Organisation, der nAfDP, besetzt wird. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln lehnt eine Verlängerung des Nutzungsvertrages mit dem sogenannten Autonomen Zentrums (AZ) am Standort Luxemburger Straße 93 ab. Weiterhin lehnt der Rat jegliche Verhandlungen mit den Vertretern des Autonomen Zentrums ab Der Rat lehnt Angebote anderer städtischen Liegenschaften als Alternative für den aktuellen Standort ab. Darüber hinaus fordert der Rat der Stadt Köln die Kündigung des aktuellen Nutzungsvertrages und die Räumung des Autonomen Zentrums.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen, die Tagesordnungspunkte 3.1.3 und 3.1.7 gemeinsam zu behandeln. Daher rufe ich auf:

3.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „PR-Auftrag Ost-West-Achse“

AN/0200/2021

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Klimanotstand: Tunnelplanungen auf der Ost-West-Achse einstellen!“

AN/0198/2021

Mir liegt hier eine Rednerliste vor. Als Erste hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein oberirdischer Ausbau auf der Ost-West-Achse schafft die gleiche Kapazität wie ein Tunnelbau. Aber er ist deutlich früher fertiggestellt und kostet nur einen Bruchteil. Die Risiken in Bezug auf Kosten und Bauzeit sind erheblich geringer. Ein oberirdischer Ausbau bindet weit weniger Fachpersonal, das wir dringend für weitere ÖPNV-Maßnahmen benötigen.

Aber auch der Klimaschutz ist ein wichtiger Grund für einen oberirdischen Ausbau auf der Ost-West-Achse. Beim Bau eines Tunnels mit Stahl und Beton werden in großem Ausmaß Klimagase freigesetzt. Die Menge ist etwa zehnmal so groß wie beim Bau oberirdischer Schienenverbindungen. Eine Berliner Studie zeigt, dass Tunnelbauten für den ÖPNV teils erst nach 100 Jahren - eine wahnsinnige Zahl - und mehr eine positive Klimabilanz erreichen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Juli 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Nun müssen wir auch die Konsequenzen daraus ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb fordern wir Sie auf: Verschleppen Sie die Entscheidung nicht weiter. Seien Sie konsequent, und beenden Sie mit uns heute die Tunnelplanungen.

(Beifall bei der LINKEN und der PARTEI)

Meine Damen und Herren, Köln braucht eine Verkehrswende: für den Klimaschutz, für die

Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner und auch, um dem Bedarf an Mobilität gerecht zu werden. Der ÖPNV muss dabei eine zentrale Rolle spielen.

Wie der Verkehr in Zukunft in Köln gestaltet sein soll, darüber wollen wir eine breite, öffentliche Debatte führen. Jede und jeder muss sich einbringen können: Initiativen, Nutzer, Experten, Verwaltung und Politik.

Meine Damen und Herren, das ist kein „Störfeuer"; es ist gelebte Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN und der PARTEI)

Frau Dezernentin Blome hat sich für diese Formulierungen im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Öffentlichkeitsarbeit zur Ost-West-Achse entschuldigt. Das begrüßen wir; es hätte allerdings auch anders in die Öffentlichkeit gebracht werden können. Aber dass solche Formulierungen in der Beschlussvorlage gelandet sind, zeigt, dass es in Teilen der Verwaltung eine Haltung zu demokratischer Mitsprache und Öffentlichkeitsbeteiligung gibt, die nicht in Ordnung ist.

Wir befürchten, dass eine Öffentlichkeitsarbeit auf Basis einer solchen Ausschreibung eher eine tendenziöse Werbung sein wird. Deshalb unterstützen wir den Antrag der PARTEI und werben um Zustimmung zu unserem eigenen Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der PARTEI)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hock das Wort.

Michael Hock (Die PARTEI): Sehr geehrte Frau Reker! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eine kleine Anekdote vorweg: Vor längerer Zeit war ich einmal im Keller des Rathauses. In Erinnerung geblieben sind mir neben viel Beton und fröhlichem Grau vor allem die Risse im Fundament. Auf meine Nachfrage sagte man: U-Bahn-Bau.

An diese Risse im Fundament des Rathauses musste ich neulich denken, als ich die Ausschreibung zu dem PR-Auftrag für die Ost-West-Achse gelesen habe. Die Stadt Köln sucht demnach eine PR-Agentur, die für circa 1,5 Millionen Euro netto dafür sorgt, dass es zu dem Projekt Ost-West-Achse - ich zitiere aus dem Ausschreibungstext - „möglichst wenig Störfeuer und keine Grundsatzdebatte" gibt. Hurra!

Wenn Bürgerinitiativen und deren Kommunikation als Störfeuer und unliebsame Grundsatzdebatten betrachtet werden, ist das - Parteijargon - schlimm, schlimm, schlimm oder - mit den Worten der werten Kollegen, die ich gestern in der Presse lesen konnte - tendenziös, unglücklich, zutiefst undemokratisch. Das beschreibt es, glaube ich, am besten.

Die PARTEI, die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative, hat als inoffizielle Vertretung der Nichtwähler im September 2020 fast die absolute Mehrheit aller Wahlberechtigten erreicht. Falls Sie sich fragen, warum Die PARTEI so erfolgreich ist: Hier haben Sie einen Grund. Diese Ausschreibung ist unsere Wahlwerbung. Wenn Sie also Die PARTEI abschaffen möchten, stimmen Sie heute für unseren Antrag.

Und verstehen Sie mich nicht falsch: Es geht mir nicht darum, für oder wider die Ost-West-Achse zu reden - oberirdisch, unterirdisch, Metropole hin, Verkehrswende her. Es geht darum, dass die Kommunikation stadtrelevanter Thema nicht irgendwelchen Auftragnehmern überlassen werden darf, bevor über diese Themen entschieden worden ist. Das ist genau so ein Ausverkauf der Politik wie der neue Trendy Shit in der Politik, Unternehmensberatungen mit dem eigenen Job zu beauftragen.

Übrigens müssen Sie ja nicht mehr überzeugt werden. Wie ich gestern der Presse entnehmen konnte, sind alle Fraktionen unserer Meinung. Herr Hammer von den Grünen hält die Ausschreibung für unglücklich, Frau Jäger von der SPD möchte keine Diskussion zu dem Thema abwürgen, Herr Kienitz von den Christdemokraten wünscht sich einen Dialog mit der Stadtgesellschaft, Frau Tokyürek hält die Ausschreibung für zutiefst undemokratisch, Frau Glashagen von Volt sieht eine offensichtliche Beeinflussung der öffentlichen Meinung, und selbst die FDP sieht ein, dass die Ausschreibung dem Projekt einen Bärendienst erweist.

In diesem Sinne gehe ich wie immer davon aus, dass unser Antrag fraktionsübergreifend Zustimmung erfahren wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PARTEI und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, wünschen Sie das Wort?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich bis auf den satirischen Teil des Kollegen Hock vollkommen meinen Vorredner*innen anschließen. Ich finde es auch unfassbar, dass heutzutage in dieser Situation überhaupt noch über diese Tunnellösung gesprochen wird und da immer noch viel Zeit und vor allem auch Geld investiert wird. Das ist einfach das Gegenteil der Verkehrswende, der Mobilitätswende, die wir ganz dringend brauchen.

On top wird dann auch noch eine mit vielen Geldern, die wir auch gut anders brauchen könnten, finanzierte Kommunikationsstrategie ausgeschrieben, die die Menschen, die schon begriffen haben, wo die Reise hingehen muss, im Grunde genommen mundtot machen soll; man kann es leider nicht anders sagen. Das geht auch ganz klar daraus hervor, dass die Beauftragung dieser Kommunikationsstrategie bis in das Jahr laufen soll, in dem die Tunnellösung dann eigentlich - davon wird ja ausgegangen - beendet ist.

Das darf nicht sein. Das wird auch nicht passieren. Wir werden uns nicht mundtot machen lassen. Die Fakten liegen ganz klar auf dem Tisch. Es ist ganz klar, wo die Reise hingehen muss und welche Maßnahme ergriffen werden muss.

Ich bitte Sie, dass wir hier alle zusammenhalten, dass wir alle zusammenstehen - denn wir können das nur gemeinsam schaffen - und dass heute entsprechend abgestimmt wird. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Grünen teilen absolut die Einschätzung, dass der schnellen Verkehrswende und auch dem Klimaschutz nur ein oberirdischer Ausbau der Ost-West-Achse gerecht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben aber auch dem Kompromiss zugestimmt, dass beide Varianten, die oberirdische und die unterirdische, tief geprüft werden, und wir möchten das Ergebnis dieser Prüfung abwarten und jetzt nicht auf halbem Wege die Strecke verlassen.

Deshalb werden wir heute dem Antrag von KLIMA FREUNDEN und LINKEN nicht zustimmen.

Ich muss auch Herrn Hock von der PARTEI enttäuschen. Wir werden auch seinem Antrag nicht zustimmen. Denn wir halten es für unabdingbar, dass ein so herausforderndes Projekt wie der Ausbau der Ost-West-Achse, egal ob unter- oder oberirdisch, kommunikativ von professioneller Seite aus begleitet werden muss.

Die im Antrag kritisierte Formulierung, „Störfeuer“ zu unterbinden, halten natürlich auch wir für mehr als unglücklich. Aber die Verwaltung hat Stellung dazu genommen und dabei auch richtigerweise auf die bereits stattgefunden habende Bürgerbeteiligung verwiesen.

Für uns ist es selbstverständlich, dass eine von der Stadt Köln beauftragte Agentur unabhängig und neutral sowohl die Bürgerbeteiligung als auch die öffentliche Debatte begleitet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und was die angegebene Dauer bis 2037 angeht: In der Ausschreibung steht sehr deutlich, dass es sich zunächst um einen Vertrag handelt, der 3,5 Jahre läuft. Alles Weitere sind Verlängerungsoptionen. Wir hoffen natürlich, dass diese Optionen nicht gezogen werden, weil wir möglichst viel, viel, viel früher als 2037 eine oberirdische Straßenbahn auf der Ost-West-Achse haben wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kircher das Wort.

Jürgen Kircher (SPD): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Ich berufe mich zuerst auf den Punkt 3.1.3. Bei einem Projekt dieser Größenordnung ist eine kommunikative Begleitung extrem wichtig. Diese darf natürlich nicht dazu dienen, Diskussionen abzuwürgen, sondern muss genau das Gegenteil

bewirken. Darum war es wichtig, dass sich die Verkehrsdezernentin öffentlich für die missverständliche Formulierung in der Ausschreibung entschuldigt hat.

Dies aber zum Anlass zu nehmen, die Vergabe letztendlich zulasten der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Informationsbedürfnissen einzustampfen, ist nicht zielführend. Dem Antrag können wir nicht zustimmen. - So viel zu dem Punkt 3.1.3.

Nun zu dem Punkt 3.1.7: Nach wie vor ist es bedauerlich, dass der wichtige Beschluss zum Ausbau der Ost-West-Achse im Dezember 2018 einfach in die Zukunft geschoben wurde. Statt eine Entscheidung herbeizuführen, und zwar für die Vorzugsvariante der Oberbürgermeisterin und des damaligen Mehrheitsbündnisses, ist es in dieser zentralen Frage nicht gelungen, eine zukunftsfähige Lösung auf den Weg zu bringen.

Nun laufen parallele Planungen für einen oberirdischen Ausbau und eine Tunnelvariante. Die Ergebnisse wollen wir abwarten und bewerten, und zwar dann bewerten.

Jetzt, ohne dass die konkreten Vorschläge auf dem Tisch liegen, weitere Planungen zu stoppen, halten wir nicht für zielführend. Daher lehnen wir den Antrag ab.

Mit den dann vorliegenden Planungen wird sich die SPD-Fraktion intensiv auseinandersetzen. Dabei ist eine echte Kapazitätssteigerung auf der Ost-West-Achse - denn das ist das Einzige, was wirklich etwas bringt - der zentrale Aspekt. Unseren Vorschlag der Zwei-Ebenen-Lösung mit Rheintunnel halten wir daher weiterhin für verkehrspolitisch nötig und richtig. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Punkten sage ich gar nichts. Ich nehme das Ergebnis vorweg. Wir werden natürlich beide Anträge ablehnen. Das wird niemanden wundern.

Ich möchte bei Kollegen Kircher beginnen. Herr Kircher, ich darf Sie daran erinnern, dass sich Ihre Fraktion der zukunftsweisenden Gestaltung dieser Stadt verweigert hat. Sie sind ja bekennende Tunnelbefürworter. Es gab - das wissen Sie selbst - damals Gespräche mit Ihrem verkehrspolitischen Sprecher. Der hat sich verzockt. Das ist die Kurzversion. Ich könnte Ihnen die ganze Geschichte erzählen, habe aber nur drei Minuten Zeit. Der Junge hat sich verzockt und hat Ihre Fraktion in eine Sackgasse geführt, die zur Folge hatte, dass Sie sich von der Verantwortung in dieser Stadt verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich finde es hochinteressant, dass heute niemand der bisherigen Diskutanten hier gesagt hat, dass es nicht nur um die verkehrliche Ertüchtigung dieser Achse geht, sondern auch - und das ist für uns immens wichtig und eines der Hauptargumente - um eine städtebauliche Aufwertung dieser Achse in der Innenstadt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist auch kein Geheimnis. Wir haben immer dafür geworben, dass das nur mit einem Tunnel geht, weil wir dann in der Innenstadt die Räume schaffen, die für eine qualitätsvolle Weiterentwicklung unserer Innenstadt notwendig sind.

Ich muss Ihnen nicht sagen, dass der Neumarkt einer der schlimmsten Plätze ist und unbedingt aufgewertet werden muss, aber auch der Rudolfplatz.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Das ist so. Es wird auch nicht besser oder schlimmer, Michael Weisenstein, wenn du reinrufst.

Es geht also nicht nur um den verkehrlichen Aspekt. Vielmehr muss auch der städtebauliche Aspekt in den Fokus gerückt werden.

Jetzt komme ich einmal auf das Thema zu sprechen, das hier von den Antragstellern sehr eindimensional vorgebracht wird, nämlich das Thema Klimaschutz. Es gibt eine Verbesserung der Kapazitäten, egal ob oberirdisch oder unterirdisch. Das ist Fakt. Deswegen haben Parteien wie die CDU, die es können, es in den letzten Jahrzehnten vollbracht, verschiedene Strömungen zusammenzuführen und verschiedene Aspekte miteinander zu verbinden, statt immer nur ein Thema nach oben zu ziehen, und deswegen sinnvolle Entscheidungen abzuleiten, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Christian Joisten [SPD])

Ich habe noch 43 Sekunden und möchte einmal hinterfragen, was für ein Demokratieverständnis es eigentlich ist, wenn hier Kolleginnen und Kollegen - das können Sie natürlich gerne machen - die demokratisch getroffene Entscheidung infrage stellen, beide Varianten voranzutreiben, um die Fakten zu ermitteln und eine Entscheidungsgrundlage herbeizuführen; denn es geht darum, dass wir Entscheidungen pro oder kontra in einer Phase treffen, in der die Daten so sicher sind, dass man eine abgesicherte Entscheidung treffen kann.

Ich möchte gern einmal wissen, welche Fakten Ihnen bekannt sind, Frau Gabrysch, die jetzt schon dazu führen, dass Sie einen Tunnel ablehnen. Das ist unsachlich. Was Sie hier vortragen, ist völlig undifferenziert.

(Beifall bei der CDU)

Wer heute behauptet, alles in dieser Angelegenheit zu wissen, der geht fehl, Kolleginnen und Kollegen. Deswegen gibt es keinen Grund, aus diesen Planungen auszusteigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf dem Weg in den Gürzenich bin ich heute lautstark von den Demonstranten vor der Türe angesprochen worden, die mir doch tatsächlich vorgeworfen haben, ich hätte sie in der Zeitung als Stimmungsmacher bezeichnet. Ich weiß gar nicht, wie ich auf die Idee kommen kann, dass man solche Leute, die gewählten Ratsmitgliedern in dieser Art und Weise auf die Pelle rücken und sie ohne Einhaltung jeder Bannmeile hier bedrängen, als Stimmungsmacher bezeichnen könnte. Ich kann mir also gar nicht vorstellen, wie mir dieses Wort entglitten ist. - Ich bitte, im Protokoll zu vermerken: Ironie aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Antragsteller, Sie haben mit dem, was auch heute hier vorgetragen wird, ja eine sehr erfolgreiche Kampagne gefahren. Mit Ihrem Antrag haben Sie sehr viel Presseaufmerksamkeit erreicht. Da kann man richtig neidisch werden. Möglicherweise müssten wir einmal beantragen, die Planungen für die Historische Mitte einzustellen. Vielleicht bekommen wir dann auch so viele Zeilen in der Zeitung, wie Sie sie heute bekommen haben.

Aber Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir bei der Kommunalwahl eine Mehrheit für eine U-Bahn bekommen haben.

(Beifall bei der FDP)

Und die entscheidende Sache ist doch, dass wir in einer parlamentarischen Demokratie leben, in der dieser Rat darüber entscheiden wird. Niklas Kienitz hat richtig gesagt, dass die Grundlagen für diese Entscheidung, die im nächsten oder übernächsten Jahr gefällt wird, gerade ermittelt werden. Dann wird dieser Rat entsprechend entscheiden.

Ich hoffe, dass wir im Rat dann nicht von Stimmungsmachern, wie wir sie heute hier vor der Türe gehört haben, unter Druck gesetzt werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der AfD sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wünscht die Fraktion Volt das Wort? - Das ist nicht der Fall. - Die AfD hat sich gemeldet. Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Was Herr Sterck gerade gesagt hat, finde ich doch sehr interessant, meine Damen und Herren.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, ich hoffe, dass Sie bei der Polizei sicherstellen, dass der Zugang hier zum Gebäude das nächste Mal richtig abgesichert ist. Der Protest kommt auch wieder aus einer ganz speziellen politischen Richtung. Ich glaube, es ist dieser Stadt unwürdig, wenn Ratsmitglieder hier nicht mehr hingehen können.

Ich spreche aus eigener Erfahrung. Als wir unsere Wahlversammlung hier abgehalten haben, war das auch ein Spießrutenlaufen. Deswegen kann ich nur sehr hoffen, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie sich gemeinsam mit Ordnungsamt und Polizei für eine entsprechende Absicherung einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche, es in drei Minuten hinzukriegen. Es sind ja zwei Tagesordnungspunkte. Bitte sehen Sie es mir daher nach, wenn das ein paar Sekunden länger werden sollte.

Wir stehen selbstverständlich zu dem Beschluss von Dezember 2018, zwei Planungen zu beauftragen. Das war ein sehr vernünftiger und guter Kompromiss. Wie auch schon erwähnt wurde, können wir dann, wenn die Planungen vorliegen, auf Faktenbasis entscheiden.

Wir vertrauen fest darauf, dass die Tunnellösung, wenn sie einmal ordentlich geplant ist, so derartig teuer sein wird und so derartig lange dauern wird und so einen unglaublich immensen Aufwand produzieren wird, dass die oberirdische Variante, die Frau Blome ebenfalls vorlegen wird, auch den Rest des Rates überzeugen wird.

Wir stehen also ganz klar zu der oberirdischen Lösung, wollen aber diese beiden Planungen abwarten und werden daher den Antrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE heute leider ablehnen.

Ganz kurz zu Herrn Sterck: Sie sprechen von einer Mehrheit für den Tunnel durch die Kommunalwahl. Ich sehe hier im Rat keine Mehrheit dafür. Insofern würde ich gerne von Ihnen wissen - vielleicht können Sie mir das ja später mal erklären -, wo Sie Ihre zusätzlichen Stimmen für den Tunnel herkriegen wollen.

Möglicherweise spekulieren Sie auf die Stimmen von Volt. Volt hat gestern auf meiner Facebook-Seite geschrieben - das ist eine öffentliche Seite; deswegen kann ich das hier, glaube ich, auch gerne kurz vortragen -, dass sie sich jetzt positionieren und sich für einen viergleisigen Tunnel aussprechen. Weiter führen sie aus:

> Volt sagt ganz klar Nein zu teuren Kompromissen, die wenig bringen. Die Lösung mit zweigleisigem Tunnel lehnen wir deshalb ab.

Jetzt habe ich eine Frage an Volt. Die viergleisige Tunnelvariante ist überhaupt nicht in Planung. Entweder möchte ich von Ihnen in den nächsten Wochen oder Monaten hier einen Antrag haben - und da bin ich einmal gespannt, ob Sie das in Ihrer Kooperation hinbekommen -, dass die viergleisige Planung beauftragt wird. Oder aber, da wir nur zweigleisig planen, Sie stehen zu Ihrem Wort und werden dann diese zweigleisige Planung ablehnen.

Sie erwähnen in Ihrem Post auch Straßburg als Beispiel. Straßburg ist ein sehr schönes Beispiel. Das geht auch in Richtung von Niklas Kienitz. Straßburg baut Straßenbahnen. Dort baut man eine Tram und hat nur eine einzige U-Bahn-Haltestelle. Und Straßburg wird als ein Gesamtkunstwerk gelobt, wie ausgezeichnet man es schaffen kann, eine oberirdische Variante mit dem Stadtraum zu versöhnen. Da werden Autospuren weggenommen, um sie dem ÖPNV zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der PARTEI und von Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Da werden die Parkplatzpreise dafür benutzt, um kostenlos Tram fahren zu können. Da muss das Gewerbe für den Ausbau der Tram bezahlen, weil das Gewerbe anschließend von dieser Infrastruktur profitiert.

Liebe Voltis, Straßburg ist also ein hervorragendes Beispiel - aber für die oberirdische Lösung.

Ganz kurz zum Schluss noch zu dem PR-Desaster: Es ist ja schon etwas zu dem „Störfeuer“ gesagt worden. Liebe Christiane, dein Vertrauen in die Verwaltung, dass sie selbstverständlich neutral in dieser Sache moderiert, in allen Ehren! Aber wir hatten 2013 schon einmal einen ähnlichen Fall. Die einen oder anderen werden sich vielleicht daran erinnern. Es ging damals um die Archäologische Zone. Auch da hatte die Stadt eine Werbeagentur, und zwar aus Wien, beauftragt. Und was hat diese Agentur gemacht? Sie hat die Wikipedia-Einträge geschönt. Irgendwann kam das heraus. Dann hat man das eingestellt. Aber dort wurden alle kritischen Kommentare zu diesem Projekt gelöscht - von der Agentur, die von der Stadt Köln bezahlt wurde. Das war auch nicht besonders schön und war auch eine Panne.

Mich ärgert das vor allem deswegen, weil wir - das gilt für den größten Teil hier im Rat - da draußen im Wahlkampf, privat etc. immer für die Politik und auch immer für die Verwaltung werben.

(Zuruf: Können wir bitte auf die Zeit achten?)

Und das, was Sie mit dieser Ausschreibung und diesem Text gemacht haben, zerstört das Vertrauen in die Verwaltung; tut mir leid.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik hat sich zu Wort gemeldet.

Christian Achtelik (Volt): Danke schön. - Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Thor, ich bin zwar nicht unser verkehrspolitischer Sprecher, versuche aber trotzdem einmal, eine kurze Antwort zu geben - und wirklich eine kurze; denn mir war nicht bewusst, dass wir die heutige Veranstaltung, die sehr kurz werden sollte, zu einer großen Debatte über das Thema „Tunnel oder kein Tunnel“ ausarten lassen.

(Lebhafter Beifall)

Ja, wir sind für eine Tunnellösung. Ja, das soll nach unseren Vorstellungen ein viergleisiger Tunnel werden, damit es auch die Effizienz bringt, die wir auf der Ost-West-Achse brauchen. Ja, das gilt es noch zu prüfen. Ja, die Gespräche dazu sind nicht leicht.

Ich bitte dich aber auch, wenn du uns zitierst, nicht unsere Punkte aus dem Wahlprogramm durcheinanderzuwerfen. Denn bei Straßburg geht es um den Vergleich zum Neumarkt - ein wunderschöner Platz, wenn er in Straßburg wäre. Dort würde er als zentralster Platz der Stadt nämlich sehr schön genutzt. Das ist in Köln leider anders. Deswegen möchten wir den so gewonnenen Platz auf dem Neumarkt für eine ähnliche Umsetzung nutzen.

Damit halte ich mich jetzt aber auch wirklich kurz. Ich freue mich, Thor, mit dir dann noch einmal persönlich darüber sprechen zu können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Volt, der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde dem Antrag der PARTEI insofern zustimmen, als dass er das Wort „gestoppt“ enthält. Wie will eine Agentur kommunizieren und sich auf ein Briefing vorbereiten, um sich Ihnen vorzustellen, wenn wir überhaupt nicht wissen, wie die Koalitionspapiere geschrieben werden? Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Der Begriff „gestoppt“ bedeutet ja nicht, dass es nicht stattfindet, sondern, dass es erst einmal angehalten werden soll. Deswegen werde ich diesem Antrag zustimmen.

Dem Antrag unter TOP 3.1.7 werde ich nicht zustimmen, weil wir unumwunden für die Tunnellösung sind. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, damit die Abstimmung richtig läuft - es ist ja von hier aus einigermaßen unübersichtlich -, würde ich gerne noch einmal die heutige Anwesenheit fürs Protokoll festhalten und bitte Sie um Bestätigung, wenn das, was ich hier notiert habe, stimmt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit 18 Mitgliedern vertreten. Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion sind mit jeweils zwölf Mitgliedern vertreten. Die Fraktion DIE LINKE ist mit vier Mitgliedern vertreten. Die Fraktionen FDP, Volt und AfD sind mit jeweils drei Mitgliedern vertreten. Von den Gruppen nimmt die PARTEI mit zwei Mitgliedern teil. Die KLIMA FREUNDE vertritt Frau Gabrysch. Herr Zimmermann ist für die Gruppe GUT anwesend. Außerdem ist Herr Wortmann mit einer Stimme dabei. Ich bin auch ein Teil der 61 Mitglieder des Rates, die heute abstimmen. - Gut.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag unter TOP 3.1.3. Gibt es Gegenstimmen? - Von AfD, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.7 abstimmen. Auch hier frage ich nach Gegenstimmen. - Das sind die AfD, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt, Herr Wortmann und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Ausschreibung vom 15.12.2020: „Kommunikationskonzept und begleitende

Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt Kapazitätserweiterung Ost West Achse".- Referenznummer der Bekanntmachung: 2020-0261-66-1 wird gestoppt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP, Volt und AfD abgelehnt.

Anmerkung:
Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit TOP 3.1.7 - Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Klimanotstand: Tunnelplanungen auf der Ost-West-Achse einstellen!" AN/0198/2021 behandelt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker stellt die Anzahl der Anwesenden fest:

Bündnis 90/Die Grünen	*18 Stimmen*
SPD	*12 Stimmen*
CDU	*12 Stimmen*
Die Linke.	*4 Stimmen*
FDP	*3 Stimmen*
Volt	*3 Stimmen*
AfD	*3 Stimmen*
Die PARTEI	*2 Stimmen*
KLIMA FREUNDE	*1 Stimme*
GUT Köln	*1 Stimme*
RM Wortmann (Freie Wähler Köln)	*1 Stimme*
Frau Oberbürgermeisterin Reker	*1 Stimme*
	61 Stimmen

AN/0198/2021

Beschluss:

Um die Klimaziele zu erreichen, auf die sich Köln verpflichtet hat, wird die Ost-West-Achse der Kölner Stadtbahn oberirdisch ausgebaut. Die Planungen für einen Tunnel werden eingestellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP, Volt, AfD, der Gruppe GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

3.1.4 Antrag von Ratsmitgliedern verschiedener Fraktionen, Gruppen und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Livestream attraktiver gestalten"

AN/1423/2020

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

AN/0213/2021

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0244/2021

Dazu habe ich eine Rednerliste, die mir noch ziemlich unvollständig vorkommt. Wünscht Bündnis 90/Die Grünen das Wort? - Herr Bauer-Dahm.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir haben hier einen fraktionsübergreifenden Antrag von Einzelvertretern vorliegen - allein das finde ich schon hervorhebenswert und lobenswert -, der aus meiner Sicht zwei Dinge vereint.

Erstens wird der Grundsatz der Öffentlichkeit nicht nur gewahrt, sondern ausgeweitet, was gerade in diesen schwierigen Zeiten von enormer Wichtigkeit ist, wie ich finde. Wir wollen explizit größere Teile der Stadtgesellschaft dadurch einbinden, und zwar barrierefrei, und erreichen.

Zweitens werden die Rechte der einzelnen Ratsmitglieder am eigenen Wort und am eigenen Bild durch diesen Antrag nach wie vor gestärkt und herausgehoben.

Daher wird meine Fraktion auch mehrheitlich für den Ursprungsantrag stimmen.

Ich möchte aber noch zu den beiden Änderungsanträgen Stellung nehmen und mit dem Änderungsantrag der Ratsgruppen beginnen.

Wie gerade schon gesagt, haben wir ja bereits die Barrierefreiheit inkludiert. Insofern sehen wir die Einschränkungen kognitiver Art, die dort noch einmal explizit aufgeführt werden - Seheinschränkung, Höreinschränkung -, bereits in unsere Prüfung einbezogen.

Wir wollen auch nicht nur einen zweijährigen Piloten haben. Vielmehr möchten wir ein dauerhaftes Konstrukt sehen und uns hierfür von der Verwaltung etwas erarbeiten lassen.

Aus genau diesem Grund lehnen wir auch den Punkt 2 ab, in dem es um die Ausschüsse und um die BVen geht. Denn wir wollen das Ganze zuerst einmal exemplarisch am Rat erarbeiten. Wenn es beim Rat gut funktioniert, spricht überhaupt nichts dagegen, dass die BVen, wenn das der Wunsch der BVen ist, es genauso machen können. Wir würden aber gerne erst dann mit einem guten Konzept an die BVen herantreten und ihnen das ermöglichen.

Den AfD-Antrag lehnen wir ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag aus der Mitte des Rates ist tatsächlich beispiellos. Das ist ein sehr gutes Zeichen, um Politik den Bürgern noch ein bisschen näherzubringen. An dieser Stelle darf ich auch erwähnen - meine Kollegen Geschäftsführer sitzen dort -, dass er aus dem Kreise der Geschäftsführer initiiert worden ist; das darf man, glaube ich, sagen.

Wir wollen Barrierefreiheit haben. Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Hinweis an die Verwaltung. Der Link zum Livestream der Ratssitzung ist nicht auf der Startseite der Stadt Köln und muss immer ein bisschen gesucht werden. Vielleicht kann man ihn während der Sitzung auf die Startseite ziehen.

Darüber hinaus finden wir den Antrag sehr gut - und natürlich auch, dass es jedem Einzelnen bei uns in der Fraktion überlassen ist, wie er heute abstimmt, ob er also dafür ist oder nicht. Wir haben den Fraktionszwang aufgehoben,

(Zurufe: Fraktionszwang?)

weil es um das Persönlichkeitsrecht eines jeden Einzelnen geht. Das muss natürlich jeder Einzelne für sich entscheiden.

Nichtsdestotrotz - das kann ich schon einmal vorwegnehmen - wird die SPD-Fraktion, ohne dass wir es vorgegeben hätten, heute einstimmig für diesen Beschluss stimmen.

Den Änderungsantrag der Gruppen GUT, KLIMA FREUNDE und Die PARTEI werden wir ablehnen, wenn er so stehen bleibt. Wenn es ein Prüfantrag werden würde, könnten wir dem zustimmen. Aber in der jetzigen Form können wir das nicht.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zu diesem Änderungsantrag sagen. Darin steht, dass eine Übersetzung in einfache Sprache gewünscht wird. Es hängt natürlich immer an uns selber, wie einfach wir sprechen, damit es auch verständlich ist. Ich kann nur sagen: Heute habe ich hier schon Wortbeiträge gehört, die ich zwar gehört habe, aber nicht verstanden habe, jedenfalls was die Herrschaften rechts hinter mir angeht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Alle Mitglieder der Fraktion DIE LINKE werden diesen guten Antrag unterstützen. Der seit Jahren in Köln bereits übliche Livestream wird mit ihm sinnvoll ergänzt.

Diese beiden Angebote, also den Livestream und die Möglichkeit, ein abgespeichertes Video anzusehen, gibt es in München bereits seit Jahren. Dort hat man sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Die Stadt München sagt, dass bis zu 1 000 Nutzer und Nutzerinnen den Livestream ihrer Ratssitzungen verfolgen und dass noch einmal 500 hinzukommen, die die abgespeicherte Version nutzen.

Wir denken, dass dieses Angebot auch in einer Stadt wie Köln auf großen Zuspruch stoßen wird.

Viele Bürgerinnen und Bürger verfolgen glücklicherweise die Themen, über die im Rat entschieden wird, interessiert und oft auch sehr kompetent. Eine Weiterentwicklung der Möglichkeiten, die Ratsvorgänge einer demokratischen Öffentlichkeit transparent zu machen, ist deshalb sehr gut.

Wie stark das Interesse daran ist, haben wir auch heute vor der Ratssitzung gesehen, als Bürgerinnen und Bürger - und da stimmen wir in der Bewertung nicht mit Herrn Sterck überein - ihre Meinung zu der Frage eingebracht haben, ob es unter dem Neumarkt ein Milliardengrab „Ost-West-Tunnel“ geben soll.

Genauso wird für eine bessere Unterbringung von Obdachlosen gestritten. Außerdem geht es um die erneuerbaren Energien bei der RheinEnergie.

Das alles sind sehr wichtige und zentrale Themen. Insofern ist es sehr gut, dass sich Menschen in Köln dafür engagieren.

Der Antrag selbst bezeichnet die Archivierung klugerweise als „nächste Stufe“, mit der der Livestream attraktiver gestaltet wird.

Deshalb sehen wir den Änderungsantrag von GUT, KLIMA FREUNDEN und Die PARTEI auch als eine solche Weiterentwicklung an und werden ihn unterstützen. Es gab in der Vergangenheit ja bereits den Versuch, durch einen Gebärdensprachdolmetscher auf der Ratstribüne die Barrierefreiheit der Ratssitzung zu verbessern. Einen zweijährigen Pilotversuch, der mehrere Gebärdensprachdolmetscher*innen, eine Audiodeskription für Blinde und Sehbehinderte und eine Übersetzung in einfache Sprache umfasst, halten wir für sehr sinnvoll.

Auch über die Punkte 2 und 3 des Änderungsantrags könnten wir positiv abstimmen. Wir möchten Sie, die Antragstellerinnen und Antragsteller, aber bitten, noch einmal zu überlegen, ob Sie möglicherweise der Umwandlung in einen Prüfantrag zustimmen. Denn wenn heute keine Mehrheit für Ihren Antrag hier abzusehen ist, wäre das eine Möglichkeit, dies in die weitere Diskussion des Rates in den Fachausschüssen einzubringen. Das würden wir natürlich auch unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Ganz herzlichen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Ratsfraktion stimmt geschlossen für diesen Antrag. Wir stimmen mit einer Stimme.

Die Älteren unter Ihnen erinnern sich auch, dass das Ganze bei uns gute Tradition ist; denn wir hatten seinerzeit, in den frühen 2010er-Jahren, den ursprünglichen Antrag auf Einführung eines Livestreams in diesen Rat eingebracht.

Seitdem hat sich der Livestream zeitgemäß, aus unserer Sicht allerdings viel zu langsam weiterentwickelt. Deswegen sind wir über den heutigen Antrag auch sehr erfreut.

Ich möchte betonen, dass Folgendes für uns besonders wichtig ist: Gerade in Corona-Zeiten, in denen viele Entscheidungen durch die Verwaltung getroffen werden müssen, sollten wir als ehrenamtliche Volksvertreter schon den selbstbewussten Anspruch haben, deutlich ein Zeichen nach außen zu setzen, dass wir existieren, dass wir uns den Themen der Stadt annehmen und dass wir gegebenenfalls - das sei mit Verlaub erklärt - die Verwaltung bezüglich der einen oder anderen Corona-Entscheidung auch kritisieren. Und das gehört breit in die Medien.

Das Stichwort „Medien“ führt zum Stichwort „Mediathek“. Für uns ist es Ausdruck der Transparenz, dass die Bürgerinnen und Bürger sich selbstverständlich auch nach einer Sitzung abends beim Glas Rotwein die eine oder andere Rede oder Passage noch einmal anschauen können und ihr nicht tagsüber während der Arbeitszeit lauschen müssen.

Last, but not least zu den beiden Änderungsanträgen: Den Änderungsantrag von GUT, KLIMA FREUNDEN und Die PARTEI werden wir übernehmen. Wir finden insbesondere die Passagen sympathisch, die die Ausschüsse betreffen; denn in den Ausschüssen wird ja noch dezidierter und konkreter gearbeitet. Auch die direkt vor Ort tätigen Bezirksvertretungen sollten unserer Ansicht nach einbezogen werden. Deswegen bedanke ich mich sehr dafür, dass Sie diesen Änderungsantrag gestellt haben.

Der Änderungsantrag der AfD enthält nichts Substanzielles. Deswegen werden wir diesem nicht Substanziellen auch nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Jeschka.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich halte mich auch ganz kurz. Vorab sage ich allerdings: Ich bin auch Teil einer Fraktion. Aber ich unterliege dennoch keinem Fraktionszwang. Ich bin nur meinem Gewissen unterworfen. Das steht, glaube ich, so im Grundgesetz.

Ansonsten stimme ich, stimmen wir als Volt dem Änderungsantrag zu. Wir halten das für eine sehr gute Sache. Es geht ja tatsächlich um ein Pilotprojekt. In zwei Jahren kann man dann schauen, ob das sinnvoll war oder nicht, und es dann auch weiterentwickeln. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, wünschen Sie das Wort?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja. Vielen Dank. - Es freut mich auch, dass immer mehr ankommt, dass ich Gabrysch heiße und nicht Grabysch. Vielleicht darf ich alle, die sich da manchmal noch vertun, an dieser Stelle auch noch einmal offiziell darauf hinweisen.

Auf jeden Fall schon einmal vielen Dank für die Wortbeiträge. Ich denke auch, dass uns dieses Thema ja noch länger beschäftigen wird.

Was uns jetzt noch zusätzlich beschäftigt, ist tatsächlich ein bestimmter Wunsch. Da stehe ich hier wieder als Anfängerin mit einer Frage an alle. Wir haben ja jetzt oder zumindest bald den neuen Ausschuss für Digitalisierung. Nach unserer Meinung macht es natürlich Sinn, wenn man so eine Technik neu aufsetzt und solche Dinge neu anleiert und entscheidet, dass das dann in dem entsprechenden Ausschuss bearbeitet und ausgearbeitet wird.

Insofern ist meine Frage als Anfängerin: Können wir das heute hier noch irgendwie entsprechend entscheiden? Dann würde ich einen Antrag darauf stellen - oder in welcher Form auch immer das nötig wäre -, dass diese Thematik in den Ausschuss für Digitalisierung verschoben wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Selbstverständlich kann man diesen Antrag stellen. Insbesondere für euren eigenen Antrag könnt ihr das machen. Dann muss es dafür eine Mehrheit geben. Aber dann heißt das erst einmal, dass das nicht umgesetzt wird.

Mit dem Antrag, der hier aus der Mitte des Rates kommt und auf den Erfahrungen basiert, die wir haben, möchten wir den Livestream anders machen - so wie zum Beispiel Düsseldorf. Da möchte ich als Kölner nicht mehr hinterherhängen; das muss ich wirklich einmal sagen. Darum möchte ich, dass das heute auch beschlossen wird.

Ich habe das Vertrauen in die Verwaltung, die jetzt auch schon Erfahrung mit dem Livestream gemacht hat, dass sie die Umsetzung dessen, was wir heute in diesem Antrag aus der Mitte des Rates stehen haben, auch schafft.

Dann kann sich der Ausschuss für Digitalisierung das nachher auch noch einmal anschauen. Vielleicht hat er dann auch noch Verbesserungsvorschläge.

Ihr habt ja jetzt etwas Weiterreichendes beantragt. Das müsste man auch wirklich ausprobieren. Da kann es vielleicht sinnvoll sein, das dort zu beraten. Aber das müsst ihr entscheiden. Das ist eure Sache.

Aber ich bitte doch sehr darum, dass wir den Ursprungsantrag, nachdem wir das endlich mit diesen Unterschriften geschafft haben, heute auch verabschieden. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen! Zur Barrierefreiheit: Herr Bauer-Dahm, in der Tat enthält Ihr Antrag einen Punkt zur Barrierefreiheit. Er lautet aber nur:

> Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, wie der Livestream und die Archivierung barrierefrei gestaltet werden kann.

Das ist noch nicht einmal ein Prüfauftrag. Das ist wirklich sehr schwach. Das ist gar nichts.

Menschen mit Behinderung haben nun einmal aufgrund der UN-Konvention schlicht und einfach das Recht, diese Informationen, die wir hier diskutieren, auch verfolgen zu können, nachhören oder nachsehen zu können, wie auch immer. Diese Möglichkeit müssen wir ihnen schaffen.

Herr Breite hat gerade Düsseldorf angesprochen. Düsseldorf archiviert nicht nur schon seit Langem den Stream, sondern man kann dort auch einfach in der App auf „mit Gebärdendolmetschung“ klicken. Dann sieht man das. Das geht. Das ist technisch möglich.

Das war auch die Intention bei unserem Antrag. Es macht überhaupt keinen Sinn und gibt gar keine Notwendigkeit, das jetzt noch weiter bei der Verwaltung schlummern zu lassen. Wir wollen die Verwaltung beauftragen, es umzusetzen - natürlich erst einmal nur in einem Pilotversuch, damit wir gucken: Wie kommt es an? Wird es überhaupt genutzt?

Daher rührt die Befristung auf zwei Jahre. Und dann sieht man weiter. Natürlich kann man den Piloten dann fortsetzen. Wenn das Angebot aber überhaupt nicht angenommen wird, muss man darüber nachdenken, ob es vielleicht doch nicht notwendig ist.

Zur Finanzierung haben wir extra deswegen auch einen Punkt aufgenommen. Wir wollen es nicht morgen haben. Natürlich kann das Ganze erst dann starten, wenn es auch finanziert ist. Daher hat die Verwaltung noch genügend Zeit, das zu prüfen und vorzubereiten. Insofern werbe ich noch einmal ausdrücklich für unseren Punkt in dieser Frage.

Zu den Bezirksvertretungen und den Ausschüssen, Herr Bauer-Dahm, findet sich in dem Antrag der Mehrheit überhaupt nichts, kein einziges Wort. Wir möchten gerne, dass das mit hineinkommt. Es ist ja in diesem Punkt tatsächlich erst einmal nur eine Prüfung. Das halten wir auch für wichtig. Denn manche Debatten werden tatsächlich in den Bezirksvertretungen oder in den Fachausschüssen geführt. Und warum soll man das, wenn der Ausschuss es selber wünscht, nicht technisch möglich machen? - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Um noch einmal zu erklären, wie hier die Rednerreihenfolge ist: Es handelt sich um Antragsteller. Diese sprechen zunächst. Deswegen frage ich jetzt auch erst Herrn Wortmann, ob er sprechen möchte. - Nein, er spricht nicht. Dann hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen! Ich bin ein bisschen erstaunt, Herr Görzel und Herr Breite. Wo waren Sie denn Ende letzten Jahres, als wir genau diesen Antrag eingebracht haben? Damals haben Sie sich noch dagegen ausgesprochen.

An die Adresse von Herrn Homann: Sie hätten uns ja auch für die Geschäftsführerrunde fragen können. Wir hätten dann selbstverständlich mit daran gearbeitet und auch zugestimmt.

Das Beispiel von Düsseldorf ist heute mehrfach erwähnt worden. Auch das entspricht genau der damaligen Rede von Herrn Boyens.

Aber ich möchte auch etwas Gutes daran lassen; denn wir als AfD-Fraktion stehen selbstverständlich dem Vorstoß, den Livestream endlich attraktiver zu machen, ganz offen gegenüber.

Wie gesagt, hätten Sie das schon im letzten Jahr mit uns haben können. Aber wir haben es ja beim AZ-Antrag gesehen: Da schlägt die AfD mal was Gutes vor, und dann wird es abgelehnt.

(Zuruf: Oh!)

- Ja, nicht so traurig sein.

Wir können diesem Vorstoß zustimmen - und auch den Änderungsanträgen. Ich schließe mich den Kollegen an. Wenn sie in Prüfaufträge umgewandelt werden, können wir auch damit leben und ihnen zustimmen. Damit zeigen wir den Kölnerinnen und Kölnern, die nicht hier sind oder nicht hier sein können, dass wir gemeinsam etwas Gutes auf den Weg bringen können.

Wir möchten als AfD den Livestream noch attraktiver machen. Das funktioniert aber nicht allein durch diese Ausweitung des Angebotes. Das Recherchesystem und die Speicherung finden wir zwar sehr gut. Wir möchten aber gerade auch an die Hardware herangehen. Denn was nützt uns das neueste Auto, wenn der Motor nur im ersten Gang läuft?

Hat sich jemand von Ihnen schon einmal die Livestream-Übertragung angeschaut? Die Qualität

ist zwar erträglich. Das Ganze erinnert aber eher an die frühen 2000er-Jahre - und nicht an das Jahr 2021.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen müssen wir die technischen Möglichkeiten schaffen, die es zulassen, dass man diese Übertragung auch ohne Kopfschmerzen sehen kann.

Neben den guten Vorschlägen - Umsetzung der Barrierefreiheit, Speicherung der Sitzungen, Recherchemöglichkeiten etc. - wollen wir uns abschließend vor allem für die Überprüfung einer Verbesserung der Kamera aussprechen.

Liebe Kollegen, lassen Sie uns doch einmal gemeinsam Köln zeigen, dass wir den Livestream attraktiver machen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der guten Ordnung halber darf ich darauf hinweisen, dass die Ratssitzung während der Sitzung natürlich immer auf der Startseite verlinkt ist - auch heute. Ich durfte mich unmittelbar nach Ihrem Beitrag davon überzeugen.

(Mike Homann [SPD]: Im Laufband! Aber egal!)

- Ich schicke auch gerne Herrn Vogel einmal herunter.

(Mike Homann [SPD]: Alles gut! Wir sind gerade in der Klärung!)

- Okay. Danke schön.

Dann lasse ich jetzt abstimmen - weitere Wortmeldungen sehe ich nämlich nicht -, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der Gruppen, danach über den Änderungsantrag der AfD und dann über den Ursprungsantrag. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, über den Änderungsantrag der Gruppen einzeln abzustimmen, also bitte die einzelnen Punkte zur Abstimmung zu stellen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Eine ganz kurze Verständnisfrage zum Verfahren: Ich habe ja bei der Einbringung gehört, dass der Fraktionszwang aufgehoben ist. Dann gehe ich davon aus, dass dies auch für die Änderungsanträge gilt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt ja offiziell gar keinen Fraktionszwang.

Dann lasse ich so wie eben angekündigt und beantragt abstimmen und beginne mit dem Punkt 1 des Änderungsantrags der Gruppen. Wer ist dafür? - Das ist jetzt von hier aus ein bisschen kompliziert; aber wir werden es bestimmt hinbekommen. Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, die FDP-Fraktion ganz, Teile der CDU, nämlich sechs Stimmen, Volt ganz, Herr Wortmann, Herr Zimmermann, Frau Gabrysch und Herr Schwanitz, also eine Stimme von den Grünen. Bei der SPD habe ich niemanden gesehen. Gibt es Enthaltungen? - Das sind die AfD ganz, also drei Stimmen, und bei den Grünen vier Enthaltungen. Weitere Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist der Punkt 1 dieses Änderungsantrags abgelehnt.

Wer stimmt für den Punkt 2 des Änderungsantrags der Gruppen? - Das sind DIE LINKE, die AfD-Fraktion, die SPD-Fraktion komplett, Die PARTEI, Frau Gabrysch, von den Grünen zwei Stimmen, von der CDU keine Stimme, die FDP komplett, Volt komplett, Herr Wortmann und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Ich sehe sechs Hände von den Grünen. Dann müsste das die Mehrheit sein. Gegenstimmen? - Die CDU-Fraktion komplett und zehn Stimmen von den Grünen. Dann ist diesem Punkt zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

- Wir kommen ja noch zur Gesamtabstimmung. Ich bin jetzt immer noch bei dem Änderungsantrag der Gruppen. - Wer dem Punkt 3 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion, die LINKEN, die SPD-Fraktion, Die PARTEI, Frau Gabrysch, von den Grünen zwei Stimmen, die CDU komplett, die FDP komplett, Volt komplett, Herr Wortmann und Herr Zimmermann. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das sind die anderen der Grünen. - Ich muss mir das hier auch aufschreiben; sonst wird es völlig unübersichtlich. - Noch einmal die Enthaltungen, bitte. Ich bin bisher nur bis zu den Grünen gekommen. Weiter bin ich noch nicht gekommen. Gibt es auf dieser Seite des Raumes noch Enthaltungen? - Das kann es auch nicht. Sie

haben ja eben alle zugestimmt. Punkt 3 hat damit auch eine Mehrheit bekommen. - Ich mache hier nur die Gegenprobe. Das, was hier verkündet wird, muss ja stimmen.

Jetzt kommen wir zu einer Gesamtabstimmung über diesen Änderungsantrag der Gruppen - natürlich nur mit den Punkten 2 und 3; der Punkt 1 hat ja keine Mehrheit bekommen. Gibt es Gegenstimmen gegen die Punkte 2 und 3?

(Ralph Sterck [FDP]: Gibt es nicht!)

- Was gibt es nicht?

(Ralph Sterck [FDP]: Sie können doch nicht noch einmal über den Gesamtantrag abstimmen lassen!)

- Das muss ich doch.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Wir haben doch punktweise abgestimmt!)

- Ja. Aber ich mache doch immer die punktweise Abstimmung und lasse dann über den Gesamtantrag abstimmen.

(Zuruf: Bei Vorlagen!)

Das ist doch keine Neuigkeit.

(Ralph Sterck [FDP]: Über den so geänderten Ursprungsantrag, ja!)

Ein Blick in die Geschäftsordnung wird uns weiterhelfen.

(Ralph Sterck [FDP]: Über den so geänderten Ursprungsantrag können Sie abstimmen lassen!)

- . Meines Erachtens gilt das auch dafür.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Wenn Sie punktweise abstimmen, nicht!)

Ich muss beides zur Abstimmung stellen. Ich muss hinterher auch noch über den geänderten Ursprungsantrag abstimmen lassen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ja, aber nur das!)

- Natürlich.

(Ralph Sterck [FDP]: Aber diese Abstimmung ist falsch, weil Sie dann das Ergebnis verfälschen!)

§ 24, Abstimmungsverfahren. - Ja, es ist eine komplizierte Abstimmung. Aber ich bin der Meinung, dass der Änderungsantrag jetzt noch einmal als Ganzes abgestimmt werden muss -

(Zuruf: Dann machen wir das doch!)

der Änderungsantrag, nicht der Ursprungsantrag; der auch, aber erst am Schluss der Abstimmung. So steht es in § 24 der Geschäftsordnung.

Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, dass das Ihre Geschäftsordnung ist.

(Heiterkeit)

Das ist für mich nämlich schwierig. Ich werde immer für diese Geschäftsordnung verantwortlich gemacht, obwohl ich sie selber gar nicht erfunden habe.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Gruppen bezüglich der Punkte 2 und 3 - das ist nämlich die geänderte Fassung - abstimmen und frage nach Gegenstimmen.

Das hat man davon, wenn man so eine komplizierte Abstimmung beantragt. Wollen wir jetzt bei dieser komplizierten Abstimmung bleiben?

Wie viele von den Grünen stimmen dagegen?

(Zuruf: Worüber stimmen wir ab?)

- Ich lasse über den gesamten Änderungsantrag abstimmen, der so geändert wurde, dass der Punkt 1 nicht beschlossen wurde, aber die Punkte 2 und 3 beschlossen wurden. Darüber muss ich noch einmal insgesamt abstimmen lassen.

Gegenstimmen? - Bei den Grünen sehe ich zwei Gegenstimmen. Bei der CDU sind es alle. Gibt es Enthaltungen? - Wir haben bei den Grünen jetzt 14 gezählt. Weitere Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist der Änderungsantrag in der geänderten Form beschlossen. - Nach dieser Abstimmung ist man ja zwangspromoviert.

Jetzt lasse ich über den AfD-Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich noch über den Ursprungsantrag in der geänderten Fassung abstimmen, meine Damen und Herren. Ich möchte jetzt wirklich die Fraktionen einzeln aufrufen. Das ist von hier aus

nämlich sonst sehr unübersichtlich. Ich rufe Sie jetzt so auf, wie Sie sitzen, und beginne mit den LINKEN. Wer stimmt dem geänderten Ursprungsantrag zu? - Die komplette LINKE, vier Stimmen. Die AfD? - Stimmt komplett zu, drei Stimmen. Die SPD-Fraktion? - Stimmt komplett zu. Die PARTEI? - Stimmen beide dafür. Frau Gabrysch? - Stimmt auch dafür. Die Grünen? - Wir sehen 15 Stimmen dafür. Die CDU-Fraktion? - Ich zähle sieben Stimmen dafür. Die FDP-Fraktion? - Stimmt geschlossen dafür, drei Stimmen. - Volt? - Ebenfalls drei Stimmen dafür. Herr Wortmann? - Stimmt dafür. Herr Zimmermann? - Auch. Gibt es Gegenstimmen? - Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Drei. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

I. Punktweise Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

Zu Ziffer 1

Beschluss:

1. Der letzte Satz (zur Barrierefreiheit) wird wie folgt ersetzt:

Um zukünftig das Live-Streaming möglichst barrierefrei anbieten zu können, wird das Live-Streaming (und dessen Archivierung) in einem zwei-jährigen Pilotversuch um folgende Punkte ergänzt.

a. Übersetzung in einfacher Sprache

b. Audiodeskription für Blinde und Sehbehinderte

c. Gebärdensprachdolmetscher

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen 1 Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 6 Stimmen der CDU-Fraktion, die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei 4 Stimmenthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion abgelehnt.

Zu Ziffer 2

Beschluss:

2. Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, in welchem Umfang und zu welchen Kosten ein Live-Streaming ebenfalls aus den Ausschüssen, sowie von den Sitzungen der Bezirksvertretungen erfolgen kann. In einem Konzept soll dargestellt werden, ob ein regelmäßiger Stream sinnvoll, oder es ausreichend ist, nur bei zu erwartendem hohen öffentlichen Interesse zu streamen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit 2 Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, Volt, AfD, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei 6 Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Zu Ziffer 3

Beschluss:

3. Zur Finanzierung legt die Verwaltung bis zu den diesjährigen Haushaltsplanberatungen eine Kostenschätzung vor.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit 2 Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Die Linke, FDP, Volt, AfD, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei 16 Stimmenthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Gesamtabstimmung über den so geänderten Änderungsantrag (Ziffer 2 – 3)

Beschluss:

2. Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, in welchem Umfang und zu welchen Kosten ein Live-Streaming ebenfalls aus den Ausschüssen, sowie von den Sitzungen der Bezirksvertretungen erfolgen kann. In einem Konzept soll dargestellt werden, ob ein regelmäßiger Stream sinnvoll, oder es

ausreichend ist, nur bei zu erwartendem hohen öffentlichen Interesse zu streamen.

3. Zur Finanzierung legt die Verwaltung bis zu den diesjährigen Haushaltsplanberatungen eine Kostenschätzung vor.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen 2 Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Stimmen der CDU bei 14 Stimmenthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Beschluss:

Der Beschlusstext des Ursprungsantrages wird wie folgt ergänzt:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Livestream noch attraktiver zu gestalten.

Insbesondere soll als nächste Stufe die Archivierung der Sitzungen in einer öffentlich zugänglichen Mediathek ermöglicht werden. Die Verwaltung soll hierbei sicherstellen, dass die Nutzungsrechte der Videos nur bei der Stadt und dem Redner persönlich liegen. Auch soll bei der Archivierung das Recht der Ratsmitglieder am persönlichen Bild durch entsprechende Widerspruchsmöglichkeiten jederzeit gewährleistet sein. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, inwiefern die bestehende Hardware weiterverwendet werden kann. (Kabel, Internetanbindung, Mikrofontechnik etc.) Der Rat beschließt, dass die Kamera durch eine neue, höher auflösende Kamera ersetzt wird. Hier wird die Verwaltung beauftragt eine kostengünstige Prüfung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

III. Abstimmung über den geänderten Ursprungsantrag der Ratsmitglieder verschiedener Fraktionen, Gruppen und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Livestream noch attraktiver zu gestalten. Insbesondere soll als nächste Stufe die Archivierung der Sitzungen in einer öffentlich zugänglichen Mediathek ermöglicht werden. Die Verwaltung soll hierbei sicherstellen, dass die Nutzungsrechte der Videos nur bei der Stadt und dem Redner persönlich liegen. Auch soll bei der Archivierung das Recht der Ratsmitglieder am persönlichen Bild durch entsprechende Widerspruchsmöglichkeiten jederzeit gewährleistet sein.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, beim Livestream zusätzlich zum aktuell besprochenen Tagesordnungspunkte auch den dazugehörigen Titel einzublenden. Wichtige Informationen, wie die Verlinkung zu der Tagesordnung, den Vorlagen, Anfragen und Anträgen ist in der Videobeschreibung zu veröffentlichen. Gleichzeitig ist eine Stichwortsuche in der Mediathek zu ermöglichen.

Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, wie der Livestream und die Archivierung barrierefrei gestaltet werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, in welchem Umfang und zu welchen Kosten ein Live-Streaming ebenfalls aus den Ausschüssen, sowie von den Sitzungen der Bezirksvertretungen erfolgen kann. In einem Konzept soll dargestellt werden, ob ein regelmäßiger Stream sinnvoll, oder es ausreichend ist, nur bei zu erwartendem hohen öffentlichen Interesse zu streamen.

Zur Finanzierung legt die Verwaltung bis zu den diesjährigen Haushaltsplanberatungen eine Kostenschätzung vor.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit 15 Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion, 7 Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktionen Die Linke., FDP, Volt, AfD, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln, von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie von Frau Oberbürgermeisterin Reker bei 3 Stimmenthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Anmerkung:
Punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag AN/0213/2021 auf Antrag von RM Kienitz.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Impf-Taxi-Gutscheine für vulnerable Gruppen, Hilfen für Taxi-Unternehmen in Köln“

AN/0196/2021

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0246/2021

Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir vor circa zwei Wochen unseren Antrag zur Ausgabe von Impf-Taxi-Gutscheinen gestellt hatten, waren wir sehr erfreut, zwei oder drei Tage später bereits der Presse entnehmen zu können, dass die Stadt genau dieses umsetzt und auch so handhabt. Wir freuen uns darüber, dass Sie auch in diese Richtung denken und handeln.

Allerdings hätten wir uns gewünscht, dass das deutlich unbürokratischer läuft. Wir müssen der Presse entnehmen, dass man eine Pflegegrad-Bescheinigung braucht, zum Hausarzt gehen muss usw. usf.

In unserem Änderungsantrag schlagen wir daher vor, unbürokratisch entsprechende Gutscheine an alle über 70-Jährigen auszugeben. Unter Vorlage des Personalausweises können sie ihn in Anspruch nehmen, um zum Impfzentrum hin und wieder zurück zu fahren, und damit ist die Sache gegessen.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben zu Recht auf einen weiteren Punkt hingewiesen, nämlich gesagt, dass damit auch die Möglichkeit besteht, einem Gewerbe, dem es sehr schlecht geht, dem Taxigewerbe, etwas Gutes zu tun. Das unterstützen wir.

Wir fordern die Verwaltung auch auf, dort gerade in den Corona-Zeiten genauer hinzuschauen. Sprechen Sie einmal mit Taxiunternehmen. Dort wird man Ihnen sagen, dass ganz viele Taxifahrer zwar offiziell in Kurzarbeit sind, aber 12 oder 14 Stunden auf der Taxe sitzen, um Geld zu holen. Da muss das Ordnungsamt, da müssen wir genauer hinschauen. Es gibt etliche schwarze Schafe.

Wir schlagen hier zwei Maßnahmen vor.

Zum einen sollten Hauptzollamt und Ordnungsamt dort schärfer kontrollieren. Wenn das Zollamt das einmal tut und beispielsweise am Hauptbahnhof Kontrollen durchführt, sind binnen Minuten 30 Prozent der Taxen weg, weil sie plötzlich einen Ölwechsel und einen dringenden Reifenwechsel vornehmen müssen. Sie können sich denken, warum sie plötzlich verschwinden. Das ist also ein Riesenthema. Dort müsste die Stadt und sollte die Stadt den rechtschaffenen Taxiunternehmen den Rücken stärken, indem schärfer und enger kontrolliert wird und indem Unternehmen wie Uber, die nicht zugelassen sind, das Leben schwergemacht wird.

Zum anderen sollten die Taxiunternehmen diese Gutscheine bekommen, damit sie über die nächsten Tage und Wochen eine gewisse Zusatzeinnahme haben. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus unserer Sicht hat sich dieser Antrag erledigt, da die Verwaltung bereits, wie am Anfang dargestellt, entsprechende Maßnahmen ergriffen hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt über den Erledigungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag angenommen, und der Antrag der AfD hat sich erledigt.

Mündlicher Geschäftsordnungsantrag von RM Hammer auf Erledigung der Angelegenheit

I. Abstimmung über den mündlichen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung der Angelegenheit wegen der bereits von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Die Abstimmung über den Antrag erübrigt sich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.6 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Resolution zur Finanzsituation der Kommunen in der Covid 19-Pandemie“

AN/0199/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0232/2021

Herr Joisten hat als Erster das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, es kurz zu machen, weil wir hier doch sehr einheitlich unterwegs sind. Es geht darum, aus diesem Stadtrat heute noch einmal die klare Botschaft an das Land zu senden, dass die Corona-Hilfen, die bisher von Bund und Land gewährt wurden, durchaus schon vieles gelindert haben, bei Weitem aber noch nicht die Entlastung gebracht haben, die wir brauchen, und vor allen Dingen in die Zukunft gerichtet fortgeschrieben werden müssen.

Wir wollen diese Resolution auch zum Anlass nehmen, noch einmal sehr deutlich zu machen, dass wir auch einen Verteilungsschlüssel brauchen, der den unterschiedlichen Situationen in den Kommunen gerecht wird. Deswegen ist uns sehr wichtig, dass heute hier mitbeschlossen wird und noch einmal in Richtung Land gesendet wird, dass gerade auch das, was wir jetzt an Nichtschließung von Lücken im Haushalt für 2020 hatten, doch dann in den weiteren Hilfen von Bund und Land entsprechend Berücksichtigung findet. Deswegen sind wir froh darüber, auch an dieser Stelle eine sehr klare Botschaft senden zu können.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die aus allen Fraktionen konstruktiv daran mitgewirkt haben, dass uns das möglich war; denn ich glaube, dass wir nur dann, wenn wir gemeinsam und geschlossen klare Botschaften an die Bundesregierung und an die Landesregierung senden, auch gehört werden. - In diesem Sinne sage ich ein herzliches Dankeschön und freue ich mich gleich auf eine breite Mehrheit für diesen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die COVID-19-Pandemie darf keine Kürzungswelle folgen. Die Pandemie hat für viele Menschen Kurzarbeit gebracht; kleine Unternehmen sind von Pleiten bedroht; Vereine und Initiativen haben Mühe, die Pandemie zu überstehen.

Wir dürfen aus der schwierigen Lage des Kölner Haushaltes nicht die falsche Schlussfolgerung ziehen, ihn durch Kürzungen sanieren zu wollen. Würde die Stadt sich als Auftraggeberin, als Nachfragerin von Dienstleistungen und auch als Fördergeberin einschränken, würde dies vielen Unternehmen, Vereinen und Initiativen den Rest geben.

Kommunen, auch Köln, können nur zum kleineren Teil über ihre Einnahmen und ihre Ausgaben selbst entscheiden. Den größeren Einfluss haben der Bund und das Land. Daher sind Bund und Land gefordert, den Kommunen die Kosten und Einnahmeausfälle zu erstatten, die ihnen durch die Pandemie entstanden sind und noch entstehen werden.

Und diese sind echt gewaltig. Die Kämmerei rechnet bis 2024 mit einem Minus von 966 Millionen Euro. Der Städtetag erwartet bei den Kommunen bis 2024 ein Defizit von etwa 35 Milliarden Euro. Das können die Kommunen nicht tragen. Sie sind bereits ohne Krise strukturell unterfinanziert.

Der Bund und die Länder haben in 2020 den Kommunen die Ausfälle bei der Gewerbesteuer erstattet. Das war eine gute und richtige Entscheidung.

Die Entlastung bei den Kosten der Unterkunft kam auch zur richtigen Zeit. Das hatten die kommunalen Spitzenverbände ja schon lange gefordert.

Dies hat allerdings nicht direkt mit der Pandemie zu tun.

Wichtig ist aber, dass Bund und Land nun nicht nachlassen, sondern auch für 2021 und die Folgejahre die Steuerausfälle ausgleichen. Die Kommunen dürfen nicht auf den Kosten der Pandemie sitzen bleiben.

Insofern freue ich mich darüber, dass wir heute einen gemeinsamen Resolutionsantrag zustande gebracht haben. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich mache es kurz. Eigentlich habe ich nichts zu ergänzen. Ich finde es aber großartig - das möchte ich noch hinzufügen, auch Bezug nehmend auf das, was hier gerade passiert ist -, dass es doch sehr positive Beispiele dafür gibt, dass wir hier unabhängig von den Farben, die wir tragen, zusammenarbeiten. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Schneeloch hat das Wort.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste und liebe Zuschauer am Stream! Eine Resolution ist ein Stilmittel, welches wir hoffentlich in dieser Ratsperiode nicht allzu häufig und inflationär benutzen werden.

Aber dennoch bin ich sehr froh darüber, dass wir hier gemeinschaftlich zu einer Lösung kommen, unseren Unmut in Richtung Land und Bund kundzutun und deutlich zu machen, dass wir als Kommune nicht im Regen stehen gelassen werden wollen.

Die Corona-Pandemie trifft nicht nur unsere Kölner Gewerbetreibenden, unsere Friseurinnen und Friseure, unsere Gastronomie und unseren Einzelhandel - die übrigens immer noch auf ihre Hilfen aus Dezember und November warten -, sondern wird auch an uns als Stadt nicht spurlos vorbeigehen. Auch wenn wir das Narrativ des enger geschnallten Gürtels eigentlich nicht bedienen wollen, dürfen wir uns hier alle nichts vormachen: Die Realität wird eine andere sein.

Die Gewerbesteuerausfälle können wir zwar buchhalterisch ausbuchen. Belasten werden sie uns in den kommenden Jahren trotzdem.

Unser gemeinsamer Appell an Bund und Land ist daher wichtig. Wir wollen nämlich in Zukunft nicht Klimaschutz gegen Spielplätze oder die Mobilitätswende gegen die Kulturförderung ausspielen müssen. Deshalb müssen wir finanziell gut ausgestattet sein und dürfen nicht auf den Kosten der Pandemie sitzen bleiben.

Daher ist unser gemeinsamer Appell, dass die Gelder auch bei uns ankommen, dass wir handlungsfähig bleiben, dass wir unsere Stadt weiter in Richtung einer ökosozialen Stadt transformieren können und dass wir das auch unter einem angespannten finanziellen Haushalt weiterhin tun können und dürfen.

Vielleicht darf ich unsere Kollegen, die auf Landesebene sitzen und Zugang zur Regierung haben, bitten, das einfach einmal dort zu platzieren, wo es auch nötig ist.

Ich bin froh darüber, dass wir das heute hier zusammen beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer am Livestream und hier im Hause! Ich halte es für wichtig, mit einem Dank zu starten; denn im letzten Jahr haben Bund und Land die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Das war nicht selbstverständlich. Wir haben nachhaltige Entlastungen bei den Kosten der Unterkunft, die uns auch in den nächsten Jahren noch wertvolle Entlastung im Haushalt bringen.

Nichtsdestotrotz ist es wichtig - da wir wahrscheinlich erst Ende September komplett durch die Impfstraßen durch sind und die Pandemie auch dieses Jahr weiterhin negative Effekte nicht nur auf die Wirtschaft, sondern damit indirekt auch auf unseren kommunalen Haushalt hat -, dass wir

hier analog dem Städtetag ein gemeinsames Zeichen setzen und Bund und Land auffordern, auch für 2021 und gegebenenfalls 2022 noch einmal entsprechende Hilfspakete zu schnüren, damit die Kommunen nach der Krise auch genauso kraftvoll dastehen wie zuvor. Das ist unser gemeinsames Ziel.

Das schließt natürlich das Thema ÖPNV ein. Gerade in den letzten Tagen kommt ja wieder stärker zum Ausdruck, dass der öffentliche Personennahverkehr ganz besonders stark belastet wird. Hier brauchen wir noch einmal eine Initiative aus dem Bundeshaushalt, damit wir auch bei der KVB weiterhin ein ordentliches Netz unterhalten können und nicht etwa rigide Einschränkungen vornehmen müssen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir hier dieses starke Signal aus Köln in Richtung Düsseldorf und Berlin senden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Schneeloch, ich habe besonders gerne gehört, dass die Resolution, die jetzt notwendig ist, eine Ausnahme sein soll, weil wir gerade in der letzten Ratsperiode eine Inflation von Resolutionen gehabt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können ja gerne unsere Briefe an wie viele Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerinnen auch immer schreiben. Ich glaube allerdings, dass wir uns um unsere Politik kümmern sollten.

Aber hier geht es ja ganz klar um unsere Politik. Gerade bei der Gewerbesteuer sind es Auswirkungen dessen, was die Kanzlerin und der Ministerpräsident machen. Darum sind die Bundesebene und die Landesebene hier auch gefordert, uns Kommunen zu helfen, weil wir überhaupt keine Einwirkungsmöglichkeiten auf diese Entscheidungen haben.

Die dadurch verursachten Schwierigkeiten sieht man gerade bei der Wirtschaft. Was infolge des Lockdowns in der Wirtschaft passiert, wird jetzt deutlich. Ein Beispiel, das eine Kollegin von Ihnen auch schon genannt hat, sind die Friseure. Das trifft dann natürlich auch die Kommunen.

Darum war es für die FDP insbesondere wichtig, deutlich zu machen, dass hier eine Verantwortung von Bundes- und Landesebene für die Kommunen besteht, und zwar nicht nur 2020, sondern auch 2021.

Wir geben das auch sehr gern entsprechend weiter. Die CDU hat es da ein bisschen leichter; sie hat direkt den Landtagsabgeordneten hier sitzen. Aber ich gebe das auch gern an unseren Landtagsabgeordneten weiter. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Ich mache es ganz schnell. - Ja, man sieht auch an meinen Haaren, dass die Friseurinnen und Friseure seit einer Weile nicht mehr zum Zuge kommen.

Ich bedanke mich noch einmal bei allen dafür, dass das hier gemeinsam gemacht wird, insbesondere bei Nicolin - danke, dass du das noch einmal so betont hast - und bei Christian. Das finde ich super. Das wünschen wir uns von Volt: pragmatische gemeinsame Ansätze.

Damit soll es das jetzt auch gewesen sein. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es auch ganz kurz. - Wir werden uns enthalten, weil wir schon wieder vermisst haben, uns einzubinden.

(Zurufe: Oh!)

Wir hätten es natürlich auch mitgetragen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird noch weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den von vielen gestellten Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall - Christian Joisten [SPD]: Jetzt noch einmal über den gesamten Antrag! - Vereinzelt Heiterkeit)

- Nein. Das war ein Ersetzungsantrag.

Den TOP 3.1.7 hatten wir vorhin schon mitbehandelt.

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt fest, wie wichtig und hilfreich die finanziellen Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Ländern in 2020 für die Städte waren. Die Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen sowie der ÖPNV-Rettungsschirm durch Bund und Land, die Anhebung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sowie viele weitere Maßnahmen seitens des Bundes und des Landes haben trotz dramatischer Ertragseinbrüche der Finanzlage Kölns im Jahr 2020 sehr geholfen.*

2. *Der Rat der Stadt Köln fordert Bund und Land auf, auch für die Jahre 2021 und 2022 Stabilisierungsmittel den Kommunen bereitzustellen und eine angemessene Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch Bund und Land für die Jahre 2021 und 2022 zu erreichen. Der Rat der Stadt Köln bittet die Landesregierung NRW, bei der Festlegung des Finanzvolumens die Verwerfungen im Verteilungsmodus 2020 durch einen neuen Verteilungsschlüssel zu ändern.*

3. *Darüber hinaus fordert der Rat der Stadt Köln das Land auf, Sorge zu tragen, dass der kommunale Finanzausgleich auch über das Jahr 2021 hinaus hinreichend ausgestattet ist, damit die kommunalen Haushalte handlungsfähig bleiben.*

4. *Der Rat der Stadt Köln tritt für die Fortschreibung der für 2020 gewährten Unterstützungen für den ÖPNV-Sektor ein und appelliert an Bund und Land diese für die Jahre 2021/2022 fortzusetzen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag hat sich aufgrund der Beschlussfassung zum Ersetzungsantrag erledigt.

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Klimanotstand: Tunnelplanungen auf der Ost-West-Achse einstellen!"

AN/0198/2021

Anmerkung:
TOP 3.1.7 wurde zusammen mit und unter TOP 3.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "PR-Auftrag Ostwest-Achse", AN/0200/2021 behandelt (siehe Seite 22).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Deswegen kommen wir jetzt zu:

3.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Darstellung der Umstellung auf erneuerbare Energien“

AN/0191/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. und FDP

AN/0235/2021

Dazu hat zunächst Frau Niknamtavin das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben hier einen relativ kleinen Antrag für mehr Transparenz eingereicht und freuen uns sehr darüber, dass nun auch andere Fraktionen sich mit den kleinen Änderungen als Antragstellende anschließen.

Kurze Hintergrundgeschichte: Der Rat hatte im Jahr 2017 beschlossen, die Umstellung der RheinEnergie auf erneuerbare Energie nachverfolgen zu wollen.

Nun ist es aber so, dass für ein vollständiges Bild nicht nur der Zuwachs an erneuerbarer Energie dargestellt werden muss, sondern auch, wie viel konventionelle Energie hierdurch weniger produziert wird. Nur so kann man den Fortschritt der Umstellung beurteilen, also durch eine Gegenüberstellung der Erzeugung erneuerbarer Energie und der Erzeugung fossiler Energie, weil das eigentliche Ziel ja die Verringerung von CO_2 ist.

Darum fordern wir, dass zur Beurteilung des Fortschritts bei der Umstellung auf erneuerbare Energie sowohl die Entwicklung bei der erneuerbaren Energie als auch die Entwicklung bei der fossilen Energie dargestellt wird. Nur im direkten Vergleich lässt sich nämlich erkennen, ob tatsächlich Fortschritte erzielt werden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Abé hat das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte mich den Worten meiner Vorrednerin anschließen. Es ist sehr wichtig, dass wir jetzt endlich zu einem solchen CO_2-Monitoring kommen und die Zahlen gegenüberstellen. Deswegen ist es super, dass wir diesen Änderungsantrag gefunden haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wünscht die SPD das Wort? - Nein. Wünscht die CDU das Wort? - Auch nicht. Herr Breite? - Auch nicht. Volt? - Nein. Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Der Ursprungsantrag hat sich damit erledigt.

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag:

Beschluss:

1. Die RheinEnergie AG stellt ab 2021 in ihrem Erzeugungsbericht die erzeugte Arbeit (Strom und Wärme getrennt in MWh), die damit korrespondierende installierte Leistung (in MW) sowie die emittierten CO_2-Emissionen (in Tsd. t) je Brennstoff bzw. Energieträger für die jeweils letzten drei Jahre als Gesamtsumme wie auch separat pro Erzeugungsanlage (Anlagen größer 2 MW_{el} installierte Leistung, sowie die Anzahl der vorhanden Anlagen erneuerbarer Energie und deren erzeugte Energie als Gesamtsumme) dar.

2. Der Erzeugungsbericht umfasst die direkt im Eigentum der RheinEnergie AG befindlichen Erzeugungsanlagen.

3. Darüber hinaus fügt die RheinEnergie eine Erläuterungsteil bei, der auf die wesentlichen historischen Entwicklungen eingeht und einen Ausblick für die nächsten Jahre gibt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag hat sich aufgrund der Beschlussfassung zum Ersetzungsantrag erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (FWK) betreffend „Erwerb des Grundstückes Deutz-Mülheimer Straße 147 bis 149 (ehemalige KHD-Hauptverwaltung)“

AN/0234/2021

Wird dazu das Wort gewünscht? - Dann hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, es überrascht mich jetzt etwas, dass ich als Erster das Wort habe.

(Ralph Sterck [FDP]: Du wolltest es ja als Einziger haben!)

Aber wenn das Hohe Haus das so wünscht, komme ich diesem Wunsch natürlich gerne nach und bedanke mich.

Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede zwar als Erster. Es ist aber natürlich nicht alleine mein Verdienst. Denn in den letzten Tagen und Wochen haben wir zusammen diskutiert, insbesondere die stadtentwicklungspolitischen Sprecher der Fraktionen gemeinsam mit den Akteuren vor Ort an der Deutz-Mülheimer Straße und natürlich auch mit der Verwaltungsspitze.

Deswegen können wir heute hier aller Voraussicht nach den sehr klugen Beschluss fassen, dass die Stadt das Gelände an der Deutz-Mülheimer Straße in direkten Verhandlungen kauft und nicht auf das Vorkaufsrecht warten muss.

Gleichzeitig sprechen wir uns dafür aus, dass wir auch in den Besitz des dahinter liegenden Areals kommen, das derzeit noch NRW.URBAN gehört.

Meine Damen und Herren, wenn es uns glückt, dass wir diese beiden Gelände als Stadt gemeinsam mit den Akteuren vor Ort entwickeln können, können wir etwas Exemplarisches für diese Stadt leisten, nämlich eine Stadtentwicklung von unten, die es ermöglicht, mit den Akteuren vor Ort etwas zu entwickeln, was der Historie dieses Ortes auch gerecht wird.

Gleichzeitig kann es uns gelingen, meine Damen und Herren, das zu entwickeln, was der Mülheimer Süden unbedingt braucht, nämlich ein gemischtes Quartier, das Wohnen und Arbeiten für jedermann umfasst. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin. - Auch wenn es einer kleinen Unaufmerksamkeit meinerseits geschuldet war und ich mich nicht rechtzeitig gemeldet habe, denke ich, dass es bei dieser sehr gemeinsamen Sache durchaus auch legitim ist, wenn DIE LINKE zuerst das Wort hat, und entschuldige mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen, mit denen das anders abgesprochen war.

Bereits im März 2020 hat der Rat einen sehr wegweisenden Beschluss gefasst, nämlich das besondere Vorkaufsrecht für das Otto-Langen-Quartier bzw. für die beiden Grundstücke beschlossen.

Zwei Monate später wurde das dann in einer gemeinsamen Resolution aller Ratsfraktionen bestätigt, und es wurde noch einmal bekräftigt, dass es eine gewünschte gemeinwohlorientierte Entwicklung mit einem Nutzungsmix aus Gewerbe, Wohnen und Kultur mit dem Ankerpunkt raum13 geben soll.

Der neue Rat hat das kürzlich auch noch einmal bestätigt.

Heute nun gibt es vor dem Hintergrund der sehr komplizierten Grundstücksbesitzverhältnisse und auch des Räumungstitels gegen raum13 die sehr klare Aufforderung an die Verwaltung, schnell einen Direktankauf zu verhandeln und gegebenenfalls auch zu realisieren.

Die Geschlossenheit, mit der hier alle hinter dieser Sache stehen, ist nicht nur erfreulich, sondern zeigt auch, welch dringlichen Handlungsbedarf wir sehen, um diesen gewünschten Nutzungsmix mit der Gemeinwohlorientierung dort zu realisieren. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Vorredner*innen nur anschließen. Im Namen meiner gesamten Fraktion möchte ich noch einmal betonen, dass der hier vorliegende Dringlichkeitsantrag unserer Meinung nach wirklich die letzte Chance bietet, dieses einmalige historische Gelände, diese Erinnerungsstätte, die das Otto-Langen-Quartier ja darstellt, mit hohem Entwicklungspotenzial im Sinne der Gemeinwohlorientierung zu erschließen.

Daher bekräftigen wir mit diesem Dringlichkeitsantrag erneut den bereits mehrfach zum Ausdruck gebrachten politischen Willen, das Otto-Langen-Quartier inklusive des KHD-Geländes und inklusive des Teils, den NRW.URBAN bisher im Eigentum hat, in städtisches Eigentum zu überführen und nun den Direktkauf vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen es: Dieses Gelände hat alles, was wir brauchen, um moderne urbane Stadtentwicklung vorantreiben zu können.

Wir wollen eine schnelle Gesamtlösung und wollen hier auch noch einmal ein letztes Mal die absolute Dringlichkeit der Sache betonen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, moderne Stadtentwicklung braucht Visionen. Diese Visionen liegen auf dem Tisch, und das seit vielen Jahren. Dieses Gelände gibt alles dafür her. Wir fordern, dass dieser Prozess nun von der Stadt ermöglicht wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Gelände ermöglicht, die Entwicklung eines Quartiers voranzutreiben, das es aktuell so nicht gibt. Es gibt in anderen Städten zwar Vergleichbares. Ich glaube aber, dass wir mit einer Entwicklung an dieser Stelle unter den Aspekten, die die Kolleginnen und Kollegen gerade genannt haben, in Europa einmalig wären.

Unsere Stadt wächst und wird in den nächsten Jahren neue Quartiere bekommen. Dieses Quartier kann einen anderen Fokus haben und die Themen Soziales, Kulturelles, Wohnen und Gewerbe verbinden.

Das große Verdienst der beiden Akteure in raum13 war ja, dieses Gelände wieder in den Fokus und in das Gedächtnis der Stadt zu rufen - mit dem ganzen historischen Erbe, das sich auf diesem Grundstück versammelt.

Deswegen ist es wichtig, dass wir als Stadt deutlich machen, dass wir eine solche Entwicklung anstreben und dass wir dort Eigentum erwerben sollen. Umso schöner ist es, dass wir heute noch einmal gemeinsam in Zeichen in dieser Sache setzen und das gemeinsam beschließen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den hier schon gesagten Worten natürlich anschließen - insbesondere auch dem, was Niklas Kienitz zur historischen Bedeutung erwähnt hat.

Wir haben an anderen Stellen leider schon sehr viel Substanz der industriellen Kultur in Köln verloren. Da denke ich zum Beispiel an das CFK-Gelände. Gerade hier, wo der Ottomotor seine Anfänge nimmt und damit die Motorisierung der Welt beginnt, sollte man das entsprechend herausstellen, auch für die Stadt nutzen und für die Nachwelt erhalten.

Insofern halte ich diese Initiative für wirklich wichtig. Deswegen haben wir uns gerne daran beteiligt. Wir sind auch für das bürgerschaftliche Engagement, das das Ganze erst in den Fokus gebracht hat, dankbar. Ich bin also froh darüber, dass wir heute diese gemeinsame Initiative hier noch einmal starten können.

Bei der Taktik der Stadt müssen wir aufpassen, dass wir das Grundstück nicht selber im Grunde herunterrechnen. Das würde nämlich den bisherigen Eigentümer verschrecken und ihn auch darin bestärken, sich dieser Kunstinitiative zu entledigen.

Wir dürfen auch unsere Verhandlungsmöglichkeiten nicht einschränken. Möglicherweise müssen wir nachher den einen oder anderen Euro drauflegen, um dann dieses Grundstück auch zu bekommen. Wir haben nun einmal keine Möglichkeit, ihn zu enteignen. Ich erinnere nur daran, dass wir in der Richard-Wagner-Straße ein wesentlich kleineres, lange nicht so bedeutendes Grundstück haben, bei dem uns der Eigentümer seit Jahren eine lange Nase zeigt, sodass wir nicht an das Grundstück herankommen und es keine Entwicklung gibt. Das darf hier in Mülheim nicht passieren. Deswegen müssen wir uns alle Optionen erhalten.

Ich hoffe, dass die Verwaltung bei diesen Verhandlungen eine glückliche Hand hat, und möchte ihr auch möglichst viel Freiheit geben, damit wir dieses wertvolle Grundstück für die Stadtentwicklung im Rechtsrheinischen, für die Stadt und für die Nachwelt wirklich sichern können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Venturini.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Eigentlich war die Absprache ja, dass nur eine Person für uns alle redet. Aber weil jetzt jeder etwas gesagt hat, sage ich auch einmal einige Worte dazu.

Ich schließe mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern auf jeden Fall an und bin superglücklich über diese fraktionsübergreifende Zusammenarbeit. Wir haben uns in den letzten Tagen sehr spontan und kurzfristig hier sehr gut abstimmen können. Ich bin wirklich sehr zufrieden mit diesem Ergebnis und möchte noch einmal Danke sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich erneut mit dem Eigentümer des Grundstücks Deutz-Mülheimer Straße 147 bis 149, 51063 Köln (ehemalige KHD-Hauptverwaltung) in Verhandlungen einzutreten und die bisher geführten Gespräche zu intensivieren, um die Immobilie im Direktkauf zu erwerben. Dabei ist insbesondere das Spannungsfeld zwischen Verkehrswert und Marktwert auszuloten. Gegebenenfalls ist bei den Verkaufsgesprächen die städtische Beteiligungsgesellschaft moderne Stadt einzubeziehen.*

2. *Der Rat bekräftigt seinen mehrfach zum Ausdruck gebrachten Willen (siehe die Beschlüsse 0095/2020; 4014/2017; AN/1520/2016) das gesamte Otto & Langen-Areal – d.h. die o.g. ehemalige KHD Hauptverwaltung sowie den Grundstückteil, der sich im Eigentum von NRW-Urban befindet- zu einem gemeinwohlorientierten gemischten, urbanen Quartier mit einem Nutzungsmix aus Kultur, Gewerbe und Wohnen zu entwickeln.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu:

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke, der Gruppen KLIMA FREUDE und GUT Köln betreffend „Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße“

AN/0248/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/0250/2021

Wird dazu das Wort gewünscht? - Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es geht um Gemeinschaftsunterkünfte. Jede und jeder, die bzw. der sich mit der Materie auskennt - und das sind hier im Saal ziemlich viele, auch wenn die meisten sozialpolitischen Sprecherinnen heute fehlen -, weiß, dass Gemeinschaftsunterkünfte keine gute Lösung für die Unterbringung von Menschen sind.

Wir haben das als Politik akzeptiert, als ganz viele Menschen sich zu uns geflüchtet hatten und plötzlich unterzubringen waren. Da waren Gemeinschaftsunterkünfte immer noch besser, allemal besser als Turnhallen.

Wir haben in den letzten Jahren die Anstrengungen der Verwaltung - auch von Ihnen, Herr Dr. Rau, und Ihren Mitarbeiterinnen - wahrgenommen, die Gemeinschaftsunterkünfte frei zu ziehen. Das ist Ihnen gar nicht einmal so unerfolgreich in vielen Bereichen gelungen. Dafür haben wir Sie auch gelobt, zuletzt noch im Sozialausschuss.

Aber jetzt leben wir in anderen Zeiten. Jetzt haben wir eine Pandemie hier in Köln. Da sind Gemeinschaftsunterkünfte nicht nur keine gute Lösung; Sie sind schlichtweg gefährlich.

Leider ist es nicht überraschend dazu gekommen. Das beweist uns der Ausbruch in der Herkulesstraße. Ich nenne die Zahlen: 108 Bewohner leben da. 41 von ihnen und 16 Mitarbeiter haben sich infiziert, viele davon mit der höchst ansteckenden Mutant. - Wie gesagt, war das zu erwarten.

Deshalb bitten wir, die antragstellenden Fraktionen, den Rat, heute zu beschließen, dass die Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße umgehend geschlossen wird. Die Bewohner sollen kurzfristig in abgeschlossenen Wohneinheiten untergebracht werden. Auch die übrigen Gemeinschaftsunterkünfte - einige haben wir ja noch - sollen kurzfristig ebenfalls leer gezogen werden.

Zu diesem Vorgehen gibt es aus unserer Sicht keine Alternative. Das Gebot der Stunde - das sage jetzt nicht ich; das sagen Leute, die noch mehr davon verstehen als ich - ist die größtmögliche Kontaktreduktion. Wir haben Schulen und Restaurants, Theater und die ganze Kulturszene geschlossen, damit Menschen sich nicht begegnen. Da ist es absolut kontraproduktiv, Menschen in Gemeinschaftsunterkünften wohnen zu lassen.

Das ist nicht nur kontraproduktiv, sondern, wie wir jetzt sehen, auch gefährlich - für die Menschen, die dort wohnen, für die Mitarbeitenden, die sie betreuen, aber auch für die Menschen in dieser Stadt.

Liebe Kolleginnen von CDU, Grünen und Volt, ihr habt einen Änderungsantrag geschrieben.

Im Punkt 1 kommt er unserem Antrag sehr nahe. Das freut uns. Ich war mir auch sehr sicher, dass wir da Einvernehmen finden.

Der Punkt 2 ist ein bisschen schwierig. 5 Prozentpunkte pro Jahr bedeutet, dass wir erst in vier Jahren auf null wären. Das ist mir zu langsam - was nicht so schlimm wäre. Aber das ist dem Virus zu langsam. Wir müssen jetzt schnell die Gemeinschaftsunterkünfte schließen. Wir können nicht auf Prozentpunkte über vier Jahre verteilt setzen. Das muss möglichst in den nächsten Wochen geschehen. Das Virus wartet nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Euer Punkt 3 steht bei uns ohnehin schon drin.

Mit eurem Punkt 4, dass dem Sozialausschuss halbjährlich berichtet werden soll, rennt ihr bei uns offene Türen ein. Das können wir gerne so machen. Vierteljährlich war besser. Wie gesagt, haben wir jetzt aber nicht schrecklich viel Zeit, diese wichtigen Dinge umzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir Demokraten im Rat sind uns einig: Wir wollen zurück zu den Leitlinien zur dezentralen Unterbringung von Geflüchteten, wie sie 2004 beschlossen wurde und sich bewährt hat.

Die demokratischen Fraktionen und Gruppen, soweit sie damals im Rat waren, haben 2016 und 2017 die Gemeinschaftseinrichtungen wie die Herkulesstraße für eine Übergangszeit akzeptiert. Denn die Alternative waren beheizte Zelte, und das wollte wirklich niemand.

Aber nun ist die Zahl der Geflüchteten seit Jahren rückläufig. Die Gemeinschaftseinrichtungen werden nicht mehr gebraucht und sollten entsprechend aufgelöst werden.

Daran arbeitet die Verwaltung auch. Ihre Anstrengungen wollen wir gar nicht in Abrede stellen. Sie hat natürlich in der Corona-Pandemie auch viele andere Aufgaben zu erledigen.

Doch der dramatische Krankheitsausbruch aufgrund der mutierten Virusvarianten hat gezeigt, dass hier die Prioritäten noch einmal anders gesetzt werden müssen. Abstand halten zu können, sich von anderen fernhalten zu können, muss in diesen Zeiten ein elementares Recht sein. Das geht aber in einer Einrichtung, in der sich alle die Essensräume, Bäder und Toiletten teilen, nun einmal nur eingeschränkt.

Unser Beschluss heute ist dazu da, die Priorität in der Flüchtlingsunterbringung auf die abgeschlossene Unterbringung einzelner Haushalte zu legen, damit wir alle gut durch die Pandemie kommen.

Ich möchte mich hier vorab schon einmal bei dem Kölner Flüchtlingsrat und den

Willkommensinitiativen bedanken, die bei diesem Thema nicht lockergelassen haben und stets den Finger in die Wunde legen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist sehr schade, dass die Kollegen von CDU, Grünen und Volt nicht vorher das Gespräch mit uns gesucht haben und wir heute diesen Änderungsantrag bekommen. In einer so wichtigen Sache ist doch gemeinsames Handeln das A und O.

Ich möchte gerne noch einmal auf den Antrag eingehen. Unser Antrag ist weitergehend. Wir schreiben in dem Punkt 1:

> Die Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße ist zu schließen.

Das ist ein Symbol. Es ist wichtig, dass die Herkulesstraße in diesem Antrag steht; denn das macht den Antrag erst rund und wichtig.

Deswegen finde ich es ein bisschen befremdlich, dass das hier nicht entsprechend übernommen worden ist oder man nicht zumindest darüber diskutiert.

Wir möchten noch einmal fragen, ob die Kollegen von CDU, Grünen und Volt sich nicht doch dazu bequemen könnten, zumindest folgenden Satz im Punkt 1 zu übernehmen:

> Zunächst sollen Risikogruppen und vulnerable Personen kurzfristig in freie abgeschlossene Wohneinheiten oder Einrichtungen, die besseren Infektionsschutz sicherstellen, sowie in Hotels untergebracht werden.

Wenn Sie das mit aufnehmen, wird Ihr Antrag dadurch einfach auch nur besser, glaube ich.

Außerdem rege ich an, dass man unseren Punkt 3 noch mit aufnimmt. Er schadet doch auch keinem. Der Kollege Paetzold hat schon etwas dazu gesagt. Natürlich können wir punktweise abstimmen. Aber es wäre gut, wenn der Punkt 3 unseres Antrags auch übernommen würde.

Ich bitte Sie also, noch einmal in sich zu gehen und zu überlegen, ob Sie diese Punkte nicht doch auch noch in Ihren Antrag aufnehmen können, damit das Ganze rund wird und damit wir heute gemeinsam eine Entscheidung treffen, die zum Wohle aller Menschen ist. Darüber würden sich sicherlich auch die ganzen Initiativen, die über Jahre wirklich hart daran arbeiten, sehr freuen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben ja Antragsteller und Änderungsantragsteller. Deswegen frage ich, ob noch weitere Wortmeldungen der Antragsteller gewünscht sind. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich schließe mich meinen Vorredner*innen an. Auch ich würde mich sehr freuen, wenn wir vor dem Hintergrund der Mehrheitsverhältnisse, die sich jetzt abzeichnen, hier dazu kämen, dass die Antragsteller*innen des Änderungsantrags sich dazu durchringen könnten, doch etwas weiter reichende Beschlüsse zu formulieren.

Denn wir haben in der Tat keine vier Jahre Zeit. Das ist etwas, was jetzt passieren muss. Es muss absolut höchste Priorität haben. Wir haben gerade in diesem Augenblick jede Menge leer stehende Gebäude mit abschließbaren Einzelzimmern. Da muss es doch irgendwie möglich sein, diese Menschen jetzt sofort unterzubringen.

Ich möchte - auch wenn ich mir damit vielleicht keine Freunde und Freundinnen mache - auch an ein Thema erinnern, das wir eben schon hatten. Es gibt hier keinen Fraktionszwang. Wenn sich also irgendwer berufen fühlt, vielleicht doch in diese Richtung zu tendieren, würde ich mich auch sehr freuen, wenn wir das hier hinkriegen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, wünschen Sie auch das Wort dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann komme ich jetzt zu den Änderungsantragstellern und gebe zunächst Frau Yazicioglu das Wort.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Paetzold, Sie haben hier Kritik bezüglich der 5 Prozentpunkte geäußert. Ja, natürlich wäre es super, wenn wir von heute auf morgen alle Gemeinschaftsunterkünfte schließen könnten. Aber was bringt uns eine Forderung, die

wir sowieso nicht umsetzen können? Sie bringt uns nichts.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen realistisch bleiben und realistische Forderungen einbringen.

(Zuruf: Wir haben jede Menge Hotels frei! - Gegenruf: Ruhe!)

- Lassen Sie mich bitte ausführen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das Wort ist bei Frau Yazicioglu.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde gerne noch einige Worte zu Frau Kollegin Tokyürek sagen. Natürlich ist es immer gut, wenn wir gemeinsam Anträge einbringen. Aber wir hätten eventuell auch erwartet, dass die Gespräche mit uns gesucht werden. Das wurde auch nicht getan. Es ist also beiderseits.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns Grüne stand schon immer fest: Menschen, die bei uns Schutz suchen, müssen auch menschenwürdig untergebracht werden. Dazu gehört auch die Unterbringung der Schutzsuchenden in abgetrennten Wohneinheiten. Abgetrennte Wohneinheiten sind notwendig, um ein sicheres und eigenständiges Leben zu führen. Sie ermöglichen auch eine gesellschaftliche Teilhabe.

Spätestens seit der Pandemie wissen wir alle, dass abgetrennte Wohneinheiten wichtig für den Schutz von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das rasante Infektionsgeschehen in der Unterkunft stellt nicht nur eine Gefahr für Bewohnerinnen und Mitarbeiter dar, sondern ist auch eine Belastung für das Gesundheitsamt vor Ort. Das macht der Ausbruch in der Notunterkunft in der Herkulesstraße ganz klar.

Ja, wir haben 80 Prozent der Menschen bereits in abgetrennten Wohneinheiten untergebracht. Die restlichen 20 Prozent müssen auch in abgetrennte Wohneinheiten kommen. Deshalb fordern wir in unserem Änderungsantrag die Auflösung aller Gemeinschaftsunterkünfte mit Gemeinschaftsverpflegung, -küchen und -sanitäranlagen und sind dafür, dass man sich zügig dafür einsetzt, dass auch die restlichen 20 Prozent in abgetrennte Wohneinheiten überführt werden. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Erkelenz.

Martin Erkelenz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Tokyürek, Sie haben gerade gesagt, Ihr Antrag sei der weitestgehende Antrag. Ich denke, dass es genau umgekehrt ist. Schauen Sie sich Ihren Antrag an. Darin steht, dass Sie die Einrichtung in der Herkulesstraße schließen wollen. Wir wollen alle Gemeinschaftsunterkünfte schließen.

(Zuruf: Wir auch! - Vereinzelt Beifall)

Wir wollen die Gemeinschaftsunterkünfte schließen, in denen wir gemeinschaftliche Verpflegungsstätten und gemeinschaftliche sanitäre Anlagen haben. Davon müssen wir wegkommen. Dazu hat meine Kollegin schon einiges gesagt. Aber wir müssen das sukzessive tun, denke ich.

Die Verwaltung - dafür möchte ich der Verwaltung auch danken - hat hier schon eine ganze Menge erreicht. Wir haben mehr Individualität und mehr Privatsphäre geschaffen. Auch wenn man das nicht alles mit Corona begründen kann, weil die Verwaltung das ja schon jahrelang macht, haben wir so auch schon längst einen viel besseren Infektionsschutz erreicht. Wir hatten in der Herkulesstraße früher bis zu 600 Flüchtlinge, die dort wohnen, man kann fast sagen, mussten. Heute sind es ungefähr 100. Wir wollen da weiter herunter. Außerdem wollen wir schauen - wir brauchen ja weiterhin eine Notunterkunft -, dass wir auch in einer Notunterkunft zu mehr Privatsphäre kommen.

Das ist unser Antrag. Deshalb werbe ich dafür, unseren weiter gehenden Antrag zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Schon einmal fürs Protokoll: Gemäß § 24 der Geschäftsordnung beantragen wir hier getrennte Abstimmung.

Ich werde auch unser Abstimmungsverhalten erklären. Dabei beziehe ich mich auf den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt. Dem Punkt 1 des Änderungsantrags werden wir nicht zustimmen. Den Punkten 2 bis 4 werden wir zustimmen. Bei der anschließend gemäß § 24 der Geschäftsordnung durchzuführenden Gesamtabstimmung werden wir uns enthalten. Ich erkläre, warum.

Der Punkt 1 des Änderungsantrags geht zwar in die richtige Richtung. Wer wollte keine Gemeinschaftsunterkünfte mit gemeinsamen Küchen abschaffen? Ich kenne niemanden, der nicht jedem Menschen wünschen würde, abschließbare Wohnräume zu haben. Das gehört zur Menschenwürde und zur Selbstbestimmung natürlich dazu. Gleichwohl habe ich den Verdacht, dass dieser Punkt 1 eine gewisse weiße Salbe ist. Denn er enthält keinen Zeitkorridor. Darin steht nicht, in welchem Rahmen dies erfolgen soll. Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht ist das also ein Placebo. Das ist ungefähr damit vergleichbar, dass man sich zwei linke Bergschuhe anzieht und auf eine Wanderung begibt. Dann geht man irgendwo im Kreis.

Die Punkte 2, 3 und 4 sind aus unserer Sicht in Ordnung.

Ich möchte an dieser Stelle noch Folgendes zu bedenken geben: Wie die Frau Oberbürgermeisterin zu Beginn der heutigen Sitzung gesagt hat, haben wir erfreulicherweise „nur“ - in Anführungsstrichen - 62 Indexfälle in allen Unterkünften in ganz Köln. Das sind 62 zu viel; da sind wir uns alle einig. Ich finde aber, dass die Zahlen das, was hier eben zum Teil durchgeklungen ist, nicht hergeben.

Daher will ich abschließend noch erläutern, warum wir den Punkt 1 des Änderungsantrags aus unserer Sicht nicht unterstützen können. Solange nicht gesichert ist, dass es eine andere Notaufnahme gibt als eine Notaufnahme mit Gemeinschaftsunterkunft, kann man die Gemeinschaftsunterkünfte ja nicht abschaffen. Hier wird begriffslogisch der zweite Schritt vor dem ersten gemacht.

Deswegen können wir, so gut der Antrag gemeint ist, den Punkt 1 des Antrags aus grundsätzlichen Erwägungen und logischen Erwägungen nicht mittragen, werden uns am Ende aber enthalten. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann erlauben Sie mir bitte, einige Worte dazu zu sagen. Denn es ist in der Tat so - die Diskussion hat sich jetzt ja differenziert entwickelt -, dass es sich hier um eine Notaufnahme handelt. Herr Paetzold, ich war ja schon froh, dass Sie nicht „Massenunterkunft“ gesagt haben, wie ich es heute in der Zeitung lesen durfte. Ich wundere mich dann auch immer sehr darüber, dass Menschen, die sich Jahrzehnte mit diesem Thema beschäftigen, die Begriffe nicht klar auseinanderhalten.

Bei der Herkulesstraße handelt es sich um eine Notaufnahme für Menschen, die direkt nach Köln kommen. Es ist eine Aufnahme, die eine Versorgung mit zehn medizinischen und sozialberatenden Angeboten enthält, und zwar täglich. Herr Paetzold, Ihnen muss ich das gar nicht genau erklären. Sie wissen es als langjähriger Vorsitzender des Sozialausschusses selbst. Wir haben ja sehr gut zusammengearbeitet.

Diese Notaufnahmeeinrichtung ist derzeit mit rund 20 Prozent dessen, was sie hergeben würde, belegt. Wenn sie jetzt voll belegt wäre, würde ich versuchen, mit dem Gesundheitsamt eine Möglichkeit zu finden, dass zu diesem Zeitpunkt - - Die ganze Einrichtung steht nämlich unter Quarantäne, wie es auch woanders bei Krankenhäusern der Fall ist - wo man übrigens auch kein Zimmer hat, das man von innen abschließen kann; aber egal.

In der Herkulesstraße ist im Moment gesichert, dass die Familien in einzelnen Zimmern untergebracht sind. Sie können sich auch ihr Essen - es sind 13 Familien infiziert - selbstverständlich kultursensibel zubereitet holen. Sie sind gar nicht verpflichtet, das Essen in den Gemeinschaftsunterkünften einzunehmen.

Dass wir alle dahin wollen, dass Menschen, die in Köln integriert werden, in abgeschlossenen Wohneinheiten untergebracht sind, wissen wir schon lange. Wir sind nämlich mit unserem System schon seit mehr als zehn Jahren unterwegs.

Das gilt allerdings nicht für diese Menschen, die in die Notaufnahme kommen. Sie kommen nämlich gerade erst hier an. Weil sie jetzt infiziert sind, können sie auch zu dem jetzigen Zeitpunkt gar nicht verlegt werden. Schon deshalb ist es schwierig, Ihren Antrag umzusetzen. Abgesehen davon wüsste ich nicht, wo sie hinsollten. Ich wüsste auch gar nicht, wie wir ihnen dort fairerweise diese Angebote, die sie brauchen, und zwar als Erstankömmlinge täglich brauchen, zur Verfügung stellen wollten.

Das ist also eine schwierige Gemengelage.

Ich halte es für ganz richtig, noch einmal zu bekräftigen, dass wir uns vorstellen, in Köln das Gros der Menschen - und sowieso alle, die sich hier integrieren sollen - in abgeschlossenen Wohneinheiten unterzubringen.

Aber eine Notaufnahmeeinrichtung braucht diese Stadt. Diese Einrichtung, die sie in der Herkulesstraße hat, ist zu rund 20 Prozent belegt. Damit stehen natürlich auch alle sanitären Einrichtungen entsprechend für die Familien zur Verfügung. Das wäre bei einer vollen Belegung nicht der Fall, ist jetzt aber so. Diese Einrichtung ist derzeit mit insgesamt rund 120 Menschen belegt.

Diese Informationen wollte ich Ihnen einfach noch einmal für Ihre Entscheidung zur Kenntnis geben. Ich könnte Ihnen jetzt auch noch vorlesen, welche Angebote es in der Notaufnahme gibt. Das kann ich Ihnen auch gerne hinterher noch einmal zustellen, damit Sie das alles differenziert nachlesen können.

Es ist also keineswegs so, dass wir hier nicht sorgsam mit diesen Menschen umgehen würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, möchte ich nun - - Jetzt hat sich doch noch Herr Hammer gemeldet. Bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zuge der Debatte und auch Ihren Ausführungen zufolge möchten wir gerne unseren Punkt 1 dahin gehend ergänzen, dass wir bei der Unterbringung von Menschen in abgeschlossenen Wohneinheiten den Fokus auf die vulnerablen Gruppen legen, wie es im Antragstext von SPD, LINKEN, GUT und KLIMA FREUNDEN heißt.

Das ist eine Ergänzung um folgenden Halbsatz:

> …, wobei Risikogruppen und vulnerable Personen vorrangig in anderen Unterkünften untergebracht werden sollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Punkt 1 wird also um diesen Halbsatz ergänzt? So habe ich Sie verstanden.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist genau richtig. Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen und - - Herr Paetzold hat sich noch gemeldet.

Michael Paetzold (SPD): Sorry, dass das erst jetzt quasi in der Abstimmung kommt. Aber Sie hatten mich persönlich angesprochen, Frau Oberbürgermeisterin.

Es hat, glaube ich, niemand - und ich erst recht nicht - der Stadt, dem Gesundheitsamt und all denen, die in der Herkulesstraße arbeiten, unterstellen wollen, dass sie nicht sorgsam und gut mit den Menschen dort umgehen. Ich weiß sehr wohl um die Anstrengungen, die von den Mitarbeitenden dort getätigt werden.

Nichtsdestotrotz haben wir in der Herkulesstraße einen Ausbruch der Corona-Pandemie. 30 Prozent der Bewohner - Gott sei Dank sind es nur noch 108 - sind plötzlich infiziert, und zwar zum Teil eben auch mit den höchst ansteckenden Mutanten.

Das muss uns Sorgen machen. Das muss zu neuen Aktionen führen. Dahin ging unser Antrag.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie können sicher sein: Es wird zu neuen Aktionen führen. Die heißen aber nicht „Auszug“, jedenfalls für die Verwaltung nicht - es sei denn, heute wird etwas anderes entschieden; das ist ja selbstverständlich.

Ich lasse jetzt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen - mit der Ergänzung um

Risikogruppen und vulnerable Personen in Punkt 1 und natürlich punktweise, wie von der FDP beantragt.

Punkt 1. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Punkt 2. Gegenstimmen? - Der LINKEN, der AfD und der SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Punkt 3. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Punkt 4. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Dann lasse ich noch einmal über den gesamten Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der FDP. Dann ist der Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Der Ursprungsantrag entfällt damit.

I. Punktweise Abstimmung über den Ersetzungsantrag

Beschluss:

Zu Ziffer 1 mit einer Ergänzung

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, alle Gemeinschaftsunterkünfte mit Gemeinschaftsverpflegung, -küchen, und –sanitäranlagen für geflüchtete Menschen in Köln aufzulösen und geflüchtete Menschen in abgeschlossenen Wohneinheiten unterzubringen, wobei Risikogruppen und vulnerable Personen vorrangig in anderen Unterkünften untergebracht werde sollen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD zugestimmt.

Zu Ziffer 2

Beschluss:

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Quote der geflüchteten Menschen, die in Köln in abgeschlossenen Wohneinheiten leben (derzeit 80%), jährlich um 5%-Punkte zu steigern.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD zugestimmt.

Zu Ziffer 3

Beschluss:

3. *Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, wie mittelfristig, weil benötigt, abgeschlossene Wohneinheiten in der Notaufnahme in der Herkulesstraße geschaffen werden können.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Zu Ziffer 4

Beschluss:

4. *Dem Ausschuss für Soziales und Senioren, sowie dem Integrationsrat ist halbjährlich zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über den gesamten und in Ziffer 1 ergänzten Ersetzungsantrag

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, alle Gemeinschaftsunterkünfte mit Gemeinschaftsverpflegung, -küchen, und –sanitäranlagen für geflüchtete Menschen in Köln aufzulösen und geflüchtete Menschen in abgeschlossenen Wohneinheiten unterzubringen, wobei Risikogruppen und vulnerable Personen vorrangig in anderen Unterkünften untergebracht werde sollen.*

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Quote der geflüchteten Menschen, die in Köln in abgeschlossenen Wohneinheiten leben (derzeit 80%), jährlich um 5%-Punkte zu steigern.

3. Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, wie mittelfristig, weil benötigt, abgeschlossene Wohneinheiten in der Notaufnahme in der Herkulesstraße geschaffen werden können.

4. Dem Ausschuss für Soziales und Senioren, sowie dem Integrationsrat ist halbjährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

III. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag hat sich aufgrund der Beschlussfassung zum Ersetzungsantrag erledigt.

Anmerkung:
Punktweise Abstimmung auf Antrag von RM Görzel.
Ziffer 1 ergänzt um einen Halbsatz auf Antrag von RM Hammer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Die Antworten liegen fast alle vor. Wir bitten Sie, zu akzeptieren, dass die vorab eingereichten Nachfragen schriftlich beantwortet werden. Die noch ausstehenden Beantwortungen erfolgen spätestens zur nächsten Sitzung - wenn möglich, schon vorher.

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend „Beachtung des PCG Kodex in erfolgten Aufsichtsratswahlen“

AN/1515/2020

Antwort der Verwaltung vom 03.02.2021

0310/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend „Umsetzung Haushaltsbeschlüsse“

AN/1468/2020

Antwort der Verwaltung vom 01.02.2021

3553/2020

Die Antwort liegt vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“

AN/0905/2020

Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021

3577/2020

Auch hier liegt die Antwort vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Livestream zur Sozialen Erhaltungssatzung Severinsviertel am 09.11.2020“

AN/0182/2021

Antwort der Verwaltung vom 03.02.2021

0295/2021

Die Antwort liegt vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Leistungs- und Trainingszentrum des 1. FC Köln umsetzen!“

AN/0192/2021

Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021

0368/2021

Die Antwort liegt ebenfalls vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft in Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer Schulbau GmbH“

AN/0226/2021

Zu dieser Anfrage liegt die Antwort noch nicht vor. Sie wird spätestens zur nächsten Sitzung erfolgen.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kein Veedel für Rassismus an Kölner Schulen“

AN/0228/2021

Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021

0355/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.8 Sicherheit des Lehrpersonals und Beschulung der Kölner Schüler

AN/0227/2021

Antwort der Verwaltung vom 04.02.2021

0356/2021

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.9 Beitrag der Bühnen der Stadt Köln zur musisch-kulturellen Bildung in Kölner Kitas und Schulen

AN/0231/2021

Die Antwort erfolgt spätestens zur nächsten Sitzung.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das waren die Anfragen.

Jetzt komme ich zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See

2234/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Neufassung der Satzung zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln

3236/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage1 beigefügte Neufassung der „Satzung zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln". Die am 04.04.2017 beschlossene Satzung zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.3 Neufassung der Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln

0173/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der „Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln". Die am 10.09.2009 beschlossene Satzung über die Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Satzungsänderung

0060/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln vom 05.11.2009 in der in der Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln

3242/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die als Anlagen 1 und 2 vorgelegte Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Neugestaltung des Spielplatzes „Trendsportarten Mühlenweg“ im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“

2331/2020

Das ist eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Die Tagesordnungspunkte 10.1 und 10.2 sind zurückgestellt.

10.1 Abriss und Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Cohnenhofstraße, 50769 Köln, Planungsbeschluss 0002/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 4).

10.2 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss 1898/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 4/5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Straßen- und Wegekonzept gemäß § 8a Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

1480/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *das Straßen- und Wegekonzept gemäß § 8a Kommunalabgabengesetz in der dieser Vorlage beigefügten Fassung (Anlage 1),*
2. *dass als anderes adäquates Beteiligungsverfahren für die Anliegerinnen und Anlieger bei Maßnahmen der alleinigen Erneuerung der Straßenbeleuchtung und der Straßenentwässerung sowie bei Maßnahmen an der Oberfläche von Anliegerstraßen ohne flächenmäßige Veränderung der Online-Dialog oder das schriftliche Beteiligungsverfahren festgelegt wird,*
3. *die 7. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln gemäß Anlage 2.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Ebertplatz: Fortführung der Zwischennutzung und Ausarbeitung eines Zwischennutzungskonzeptes für den Zeitraum nach Juni 2021

Arbeitstitel: Fortführung der Zwischennutzung Ebertplatz

2156/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt den Zwischenbericht 2019 zur Kenntnis.*
2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzepts für eine Fortführung der Zwischennutzung, welches bis zum 1. Quartal 2021 inkl. inhaltlicher Schwerpunkte und Finanzierungsplan als Beschlussvorlage eingeht.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.5 Benutzungsordnung der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln und Rahmenbenutzungsordnung der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte (KunstBibliothek Köln, KuBi Köln)
2468/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung

hier: Wirtschaftsplan 2021

2921/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Wirtschaftsplan der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2021

im Erfolgsplan

mit Erträgen von	*162.800 Euro*
sowie Aufwendungen von	*61.500 Euro*
und einem Jahresüberschuss von	*101.300 Euro*

fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.7 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg - Baubeschluss
2952/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Förderung von Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen in Köln in 2021

hier: Förderung der „Beratungsstelle Arbeit“ und Sicherung der bestehenden Beratungsstruktur für arbeits- und erwerbslose Personen

3244/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. *Die vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte „Beratungsstelle Arbeit“ wird in der Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2022 mit jährlich maximal 32.740 Euro kommunal bezuschusst. Voraussetzung ist ein rechtskräftiger Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Köln über die Förderung der Einrichtung mit Mitteln des Landes und der EU. Im Haushaltsplan 2020/2021 stehen die*

erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 im Teilplan 0504 -Freiwillige Sozialleistungen und Diversity- in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen - unter der Zuschussbezeichnung „Z Kommunale Förderung der Arbeitslosenzentren“ zur Verfügung.

2. *Die verbleibende Beratungsstruktur in Form von Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen wird mit den im Haushaltsplan 2020/2021 für das Haushaltsjahr 2021 in Teilplan 0504 -Freiwillige Sozialleistungen und Diversity- in der Teilplanzeile 15 -Transferaufwendungen - unter der Zuschussbezeichnung „Z Kommunale Förderung der Arbeitslosenzentren“ verbleibenden Fördermitteln in Höhe von 91.060 Euro erhalten.*

3. *Aufgrund des Wegfalls der Landesförderung für mehr als eine Erwerbslosenberatungsstelle und mehr als ein Arbeitslosenzentrum werden die ab dem 01.01.2021 erforderlichen Mittel in Höhe von 159.350 Euro zur Erhaltung der Beratungsstruktur überplanmäßig im Teilplan 0504 -Freiwillige Sozialleistungen und Diversity- bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 1501 -Wirtschaft und Tourismus-, Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen-.*

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den im Netzwerk vertretenen Trägern in 2021 die Beratungsstruktur sowie die Betreuung des Beratungsnetzwerkes ab 2022unter den geänderten Rahmenbedingungen der Landesfinanzierung fortzuentwickeln*

5. *Der bisherige Beschluss des Rates vom 10.02.2009 zur kommunalen Förderung der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen (DS 5728/2008) wird durch diesen Beschluss ersetzt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Feststellung der Gültigkeit der Kommunal- und Integrationsratswahl 2020 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) KWahlG

3730/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der am 25.10.2020 bei der Wahlleiterin eingegangene Einspruch von Frau Joanna Spitkovskaya gegen das Ergebnis der Kommunalwahlen 2020 der Stadt Köln wird als unzulässig zurückgewiesen.*

2. *Hinsichtlich der Wahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters, der Wahl des Rates, der Wahl der Bezirksvertretungen und der Wahl des Integrationsrates vom 13.09.2020 sowie der Stichwahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters vom 27.09.2020 wird gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit §§ 46a und 46b Kommunalwahlgesetz NRW (KWahlG) und § 18 der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln vom 14.05.2020 festgestellt, dass keiner der unter § 40 Absatz 1 Buchstabe a) bis c) KWahlG genannten Fälle vorliegt.*

3. *Die Wahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters vom 13.09.2020 wird mit dem im Amtsblatt der Stadt Köln vom 15.09.2020 (Nr. 66/2020) öffentlich bekannt gemachten Ergebnis für gültig erklärt.*

   Die Wahl des Rates vom 13.09.2020 wird mit dem im Amtsblatt der Stadt Köln vom 29.09.2020 (Nr. 70/2020) öffentlich bekannt gemachten Ergebnis für gültig erklärt.

   Die Wahl der Bezirksvertretungen vom 13.09.2020 wird mit dem im Amtsblatt der Stadt Köln vom 28.10.2020 (Nr. 82/2020) öffentlich bekannt gemachten Ergebnis für gültig erklärt.

   Die Wahl des Integrationsrates vom 13.09.2020 wird mit dem im Amtsblatt der Stadt Köln vom 29.09.2020 (Nr. 70/2020) öffentlich bekannt gemachten Ergebnis für gültig erklärt.

   Die Stichwahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters vom 27.09.2020 wird mit dem im Amtsblatt der Stadt Köln vom 02.10.2020 (Nr. 72/2020) öffentlich bekannt gemachten Ergebnis für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen

0423/2020

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 12.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses (Anlage 12) und der BV 2 Rodenkirchen (Anlage 11):

1. *Der Rat stellt den Bedarf fest, die Planungen für den Abbruch und Neubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven durchzuführen. Die Planungskosten betragen rund 487.000 € brutto.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen der Objektplanung bis zur Ausschreibung (einschließlich LPH6 der HOAI) vorzubereiten.*

3. *Der Rat beschließt zur Finanzierung der o. g. Maßnahme die außerplanmäßige Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 487.000 € im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6901-1202-2-0640, Ersatzneubau Brücke am Tannenhof, im Haushaltsjahr 2020. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im o. g. Teilfinanzplan aus der Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6901-1202-0-0310, Grunderneuerung der Mülheimer Brücke.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung zunächst nur mit der Durchführung der Vorentwurfsplanung inklusive Kostenermittlung für einen Ersatzbau der Fußgängerbrücke „Am Tannenhof". Darüber hinausgehende Aktivitäten bedürfen einer weiteren Beschlussfassung.*

5. *Zudem wird die Verwaltung beauftragt, die HGK und die KVB nachdrücklich darum zu bitten, parallel zur Durchführung dieses Planungsprozesses - wie im Ortstermin am 08.10.2020 zugesagt - einen eigenen Prüfprozess zu starten. Dieser soll alle Notwendigkeiten rechtlicher, technischer und wirtschaftlicher Art zueinander und im Verhältnis zu Dritten (z.B.: Eisenbahnbundesamt, zu beteiligende Kommunen) klären, die notwendig sind, um eine höhengleiche Kreuzung an der Stadtbahn-Haltestelle Michaelshoven anstelle eines Brückenbauwerks zu realisieren.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Teilnahme des Berufskollegs an der Lindenstraße (BK 3) am Schulversuch „Fachoberschule für Verwaltung und Rechtspflege Schwerpunkt Polizeivollzugsdienst"

3648/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG), zum Schuljahr 2022/23 die Einrichtung des Bildungsgangs

„Fachoberschule für Verwaltung und Rechtspflege Schwerpunkt Polizeivollzugsdienst"

gemäß Anlage C der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg (APO-BK) am Berufskolleg an der Lindenstraße, Lindenstraße 78, 50674 Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Beschaffung eines Qualitätsmanagement-Tools für die Kölner Lichtsignalanlagen sowie Beschluss zur Bereitstellung von außerplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigungen und Freigabe von investiven

Auszahlungsermächtigungen; hier: neue Finanzstelle 6400-1201-0-0012 LSA-Qualitätsmanagement-Tool

3094/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt den Bedarf für die Beschaffung eines Qualitätsmanagement-Tools für die Kölner Lichtsignalanlagen (LSA) - vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln des Bundes im Rahmen der „Förderrichtlinie Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ - mit Kosten in Höhe von 880.290,60 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme.*

2. *Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2021 - vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln des Bundes im Rahmen der Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ - die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 838.640,60 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022-2024 (495.718,30 € in 2022, 296.809,80 € in 2023 und 46.112,50 € in 2024) im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der neuen Finanzstelle 6400-1201-0-0012, LSA-Qualitätsmanagement-Tool Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Die Bereitstellung der benötigten Kassenmittel bei der gleichen Finanzstelle für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 41.650 € erfolgt durch außerplanmäßige Umbuchungen im Rahmen der Bewirtschaftung.*

   Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigungen im gleichen Teilfinanzplan zu Lasten der Finanzstelle 6601-1201-0-1088, Ost-West-Achse. Aus dieser Finanzstelle erfolgt auch die Deckung für die in 2021 benötigten Kassenmittel in Höhe von 41.650 €.

3. *Der Rat beschließt - vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln des Bundes im Rahmen der Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ - die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 41.650 € für das Haushaltsjahr 2021 im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6400-1201-0-0012, LSA-Qualitätsmanagement-Tool, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen für die Beschaffung eines Qualitätsmanagement-Tools für die Kölner Lichtsignalanlagen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Verlängerung des Mietvertrages der frei finanzierten Objekte Münsterer Str. 23, 31 und 33 in 51063 Köln-Mülheim

3315/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf fest, das Mietverhältnis mit der Eigentümergemeinschaft der Objekte Münsterer Str. 23, 31 und 33 in 51063 Köln-Mülheim weitere 15 Jahre ab 2022 fortzusetzen und beschließt, den Mietvertrag entsprechend verlängern. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Nachtrag zum bestehenden Mietvertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.14 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag
0068/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Aufwandsneutrale Ausweitung der Projektunterstützung für die Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung

0011/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die aufwandsneutrale Ausweitung der Projektunterstützung für die Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Feststellung des Jahresabschlusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.12.2019

3184/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) in Verbindung mit § 4 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12. 2019 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln fest. Er beschließt, das nach Ergebnisausgleich zugunsten der Kernverwaltung (7.710.267,82 Euro) verbleibende Jahresergebnis von 2.572.622,38 Euro einer Instandhaltungsrücklage zuzuführen.*

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Ersatzbeschaffung von Start- und Steganlagen auf der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See

3349/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Ersatzbeschaffung der Start- und Steganlagen auf der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung. Die voraussichtlichen Kosten für die Gesamtmaßnahme bei einer Ausführung ab dem Jahre 2021 betragen ca. 760.000,-- € brutto.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2021 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 300.000,-- € zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung / Unterhaltung der Sportstätten, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei der Finanzstelle 5201-0801-6-5244, Fühlinger See, Erneuerung Albano-System. Die Deckung erfolgt durch entsprechend geringere Verpflichtungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6601-1201-2-1031 Bonner Str. (Nord-Süd-Stadtbahn, 3. BA), da sich die Umsetzung der Maßnahme zeitlich verzögert.

Für das Jahr 2021 stehen bei der Finanzstelle 5201-0801-6-5244, Fühlinger See, Erneuerung Albano-System, Mittel in Höhe von 260.000,-- € zur Verfügung. Die Finanzierung der darüber hinausgehenden Kassenmittel von 200.000,-- € für das Haushaltsjahr 2021 erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung innerhalb des Budgets des Dezernates IV, Dezernat für Bildung, Jugend und Sport.

Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 460.000,-- € für das Haushaltsjahr 2021 im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung / Unterhaltung von Sportstätten, bei Finanzstelle 5201-0801-6-5244, Fühlinger See, Erneuerung Albano-System.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Zügigkeitserhöhung für den Bildungsgang „Tiermedizinische Fachangestellte“ am Barbara-von-Sell-Berufskolleg (BK 5)

3481/2020

Wortmeldungen? - Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ehrenamtlicher Ausbildungsberater der Tierärztekammer Nordrhein möchte ich mich im Namen der praktizierenden Kollegen und der Auszubildenden recht herzlich bedanken. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG), die Zügigkeit des Bildungsgangs

Tiermedizinische Fachangestellte

am Barbara-von-Sell-Berufskolleg, Niehler Kirchweg 118, 50733 Köln (BK 5) zum Schuljahr 2021/22 von 7 (Jahrgang 1) und 6 Zügen (Jahrgang 2) auf 9 (JG 1) und 8 Züge (JG 2) zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.19 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. o. Nr. 2, 51143 Köln - Baubeschluss
3660/2019

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Kölner Renn-Verein 1897 e. V.

Zuschuss zum Erhalt der denkmalgeschützten Anlage der Pferderennbahn Köln, Scheibenstr., Köln-Weidenpesch

3698/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und der Gruppe GUT Köln

AN/0251/2021

Ich bitte um Wortmeldungen. - Bitte sehr, Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird dem Änderungsantrag zustimmen.

Die Rede gebe ich zu Protokoll.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Das ist großartig. Vielen Dank, Herr Philippi. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ich muss noch über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist es so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

1. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt grundsätzlich die Initiative der Bezirksvertretung Nippes zur Sanierung und zum Erhalt der denkmalgeschützten*

Fußballtribüne in Weidenpesch (ehemalige VFL-99 Tribüne).

2. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Rennverein ein Sanierungskonzept mit Kostenschätzung für diese Fußballtribüne im Jahr 2021 den zuständigen Ausschüssen vorzulegen. Dabei sind etwaige Zuschussmöglichkeiten von Bundes- und Landesebene zu berücksichtigen.*

3. *Die Verwaltung stellt in Zusammenarbeit mit dem Rennverein die Verkehrssicherheit der Tribüne bis zur Sanierung sicher.*

4. *Der Rennverein gibt die Verwendung der Zuschussmittel für 2020 und 2021 „zum Erhalt und Instandsetzung der denkmalgeschützten Aufbauten“ den zuständigen Ausschüssen zur Kenntnis."*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die so ergänzte Vorlage

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 300.000 € an den Kölner Renn-Verein 1897 e. V. zum Erhalt und Instandsetzung der denkmalgeschützten Aufbauten inkl. der ebenfalls unter Denkmalschutz stehenden Grünflächen der Pferderennbahn Köln in Köln-Weidenpesch, Scheibenstr./Rennbahnstr.*

2. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt grundsätzlich die Initiative der Bezirksvertretung Nippes zur Sanierung und zum Erhalt der denkmalgeschützten Fußballtribüne in Weidenpesch (ehemalige VFL-99 Tribüne).*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Rennverein ein Sanierungskonzept mit Kostenschätzung für diese Fußballtribüne im Jahr 2021 den zuständigen Ausschüssen vorzulegen. Dabei sind etwaige Zuschussmöglichkeiten von Bundes- und Landesebene zu berücksichtigen.*

4. *Die Verwaltung stellt in Zusammenarbeit mit dem Rennverein die Verkehrssicherheit der Tribüne bis zur Sanierung sicher.*

5. *Der Rennverein gibt die Verwendung der Zuschussmittel für 2020 und 2021 „zum Erhalt und Instandsetzung der denkmalgeschützten Aufbauten“ den zuständigen Ausschüssen zur Kenntnis."*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Philippi gibt seinen Wortbeitrag zur Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Errichtung eines Neubautraktes, Generalinstandsetzung und Neubau von sechs Sporthalleneinheiten inklusive Interimsbauten für das Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln - Erweiterter Planungsbeschluss

2486/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die erwarteten Mehrausgaben für die Planungskosten in Höhe von rund 2.386.250 Euro zur Kenntnis und beschließt die Erweiterung des ursprünglichen Planungsbeschlusses (3782/2014). Er beauftragt die Verwaltung mit der Errichtung eines Neubautraktes und einer 3-fach-Sporthalle sowie drei zusätzlichen Sporthalleneinheiten (einschließlich 2 Sporthalleneinheiten für den Bedarf des Berufskollegs Weinsbergstraße) inklusive zusätzlicher Funktionsräume für die Außensportanlage, zusätzlicher allgemeiner und naturwissenschaftlicher Unterrichtsräume, die eine Zügigkeitserhöhung ermöglichen sowie einer Generalinstandsetzung inklusive Interimsbauten. Hierfür ist der Abriss der Trakte C (1-fach-Turnhalle), D (3-fach-Sporthalle) und E (Unterrichtsräume) zur Errichtung der Neubauten erforderlich.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI betragen nach vorläufiger Kostenschätzung rund 3.400.000 Euro (statt bisher rund 1.013.750 Euro).

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten in Höhe von rund 2.266.700 Euro sind im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt und in Höhe von rund 1.133.300 Euro im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zusätzlich zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.22 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Porz Mitte
hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Porz Mitte sowie Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat Porz Mitte zur Wahlperiode 2020/2025
3621/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: „Erhöhung des Förderetats für interkulturelle Projekte“ sowie „Etatisierung eines Förderbudgets für freie inklusive Kulturarbeit“

3385/2020

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung von zwei Maßnahmen im Jahr 2021 für kulturelle Teilhabe - „Erhöhung des Förderetats für interkulturelle Projekte“ i.H. v. 50.000 € sowie „Etatisierung eines Förderbudgets für freie inklusive Kulturarbeit“ i.H. v. 50.000 €, das als Inklusionszuschlag abgerufen werden kann, und beschließt zur Umsetzung dieser Maßnahmen die haushaltsneutrale Umschichtung von 100.000 Euro innerhalb des Teilplans 0416 – Kulturförderung aus der Teilplan-zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – in die Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Ermöglichung des Tagesaufenthaltes in den Winterhilfeunterkünften inkl. der Essensversorgung und Sicherstellung einer Einzelunterbringung

0175/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, kurzfristig die Anmietung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten mit Tagesangebot sowie die Nutzung der Unterbringungsreserven für Geflüchtete bzw. die Nutzung vorhandener Kapazitäten in Sozialhäusern zwecks Unterbringung von obdachlosen Menschen zunächst befristet bis 31.03.2021 bedarfsgemäß in die Wege zu leiten.

Mit der Umsetzung sind Aufwendungen in Höhe von rund 198.000 Euro verbunden, die aus veranschlagten Mitteln in Teilergebnisplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen finanziert werden.

Bei einer Fortführung des Angebotes ist eine erneute Beschlussvorlage einzubringen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.25 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme 'Deutzer Hafen' – ergänzendes Verfahren
0082/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer III - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Corona-Sondermaßnahmen Kultur 2021 des Kulturamtes - zunächst bis Juni 2021

3270/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/0249/2021

Ich würde gerne Frau Laugwitz-Aulbach um eine kurze Mitteilung der Verwaltung zu Punkt 3 des Änderungsantrags bitten.

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach: Ja, das mache ich sehr gerne. Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie mit dem Punkt 3 Ihres Änderungsantrags in eine ganz neue Systematik übergehen würden. Das gesamte Corona-Hilfspaket des Kulturamtes ist auf Veranstalter aufgebaut. Mit diesem Beschluss würde die Anzahl der Antragsteller fast unüberschaubar werden und - das müssen wir heute schon sagen - würde unser Budget nicht ausreichen.

Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, darüber nachzudenken, ob wir diesen Punkt 3 nicht noch einmal mitnehmen können und im nächsten KuK darüber diskutieren oder nach Lösungen suchen können. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Laugwitz-Aulbach. - Jetzt liegen mir verschiedene Wortmeldungen vor. Als Erste Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Der Punkt 3 ist ohnehin als Prüfauftrag an die Verwaltung gemeint. Darin steht ja nur:

> In den Maßnahmenkatalog sind auch mögliche Förderungen von Soloselbstständigen aufzunehmen, die keine Veranstaltenden sind.

Im Maßnahmenkatalog steht bereits, dass es auch Soloselbstständige betreffen könnte, die selber veranstalten usw. Und „mögliche Förderungen … aufzunehmen“ ist für mich eine sehr offene Formulierung.

Wir haben ja den gesamten Änderungsantrag darauf ausgerichtet, dass deutlich wird: Die Konzepte gilt es ganz schnell vorzulegen. - Das wird zwar auch in der Vorlage schon angedeutet. Es ist uns aber wichtig, deutlich zu machen: Uns liegt daran, dass wir ganz schnell Konzepte bekommen, die dann auch belastbar sind, damit die Betreffenden tatsächlich Planungssicherheit und Planungsgrundlagen haben.

Dieser Punkt 3 ist genau ein Anteil und ein kleiner Teil davon. Das wird dann auch dem Ausschuss vorgelegt. Insofern widerspricht es nicht dem, was Sie gerade gesagt haben, das also mitzunehmen, im Ausschuss auch noch genauer zu diskutieren und dann auch genau so umzusetzen. Das ist nicht strittig, denke ich. Jetzt ist es vielleicht noch einmal deutlich erläutert.

Wenn ich schon die Gelegenheit habe, hier zu stehen: Im Ratssystem stehen immer noch zwei Vorlagen. Ich gehe davon aus, dass die Vorlage mit Freigabedatum „03.02.2021“ jetzt zur Grundlage zu machen ist. Im Augenblick sind immer noch beide Vorlagen parallel dort enthalten, warum auch immer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht, zunächst von den Antragstellern? - Von den Antragstellern nicht. Dann haben Sie das Wort, Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Ich habe eine Verständnisfrage an die antragstellenden Fraktionen. Wird jetzt die Ziffer 3 fallen gelassen oder nicht?

(Zurufe: In den Ausschuss! - In den KuK!)

- Sie wird in den Ausschuss verwiesen. Okay.

Dann möchte ich wirklich zu bedenken geben - auch nach den Anmerkungen der Kollegin -, dass es nicht nur eine finanzielle Belastung ist, sondern

auch eine wahnsinnige personelle Belastung darstellt, wenn hier unklare Auswahlkriterien definiert werden. Das öffnet nach Verständnis meiner Fraktion zumindest - ich will nicht sagen: Willkür - zweifelhaften Auswahlentscheidungen Tür und Tor.

Im Übrigen: Wir haben hier, wenn ich das richtig gelesen habe, 770 000 Euro eingestellt. Bei 8 000 Soloselbstständigen, die nicht gleichzeitig Veranstalter wären, blieben - ich mache momentan mit meinem Sohn viel Homeschooling; deswegen bin ich schnell im Kopfrechnen - round about 96 Euro pro Antragsteller, wenn alle 8 000 einen Antrag stellen würden.

(Zuruf: Die stellen aber den Antrag nicht!)

- Das können Sie ja dann im Kulturausschuss untereinander klären. Ich gebe hier nur zu bedenken, dass sowohl inhaltliche als auch mathematische Gründe deutlich gegen die Ziffer 3 sprechen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können auch rechnen! Das ist nicht das Thema!)

- Daran habe ich keinen Zweifel. Sie sind ja Lehrerin. Sie können ja alles. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Heiterkeit - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich muss mich hier doch nicht beleidigen lassen! Das ist wirklich nicht nötig! - Lisa Steinmann [SPD]: Was sind das denn für Umgangsformen?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Werter Kollege, das hat jetzt natürlich noch einmal eine Gegenrede provoziert. Ich wollte mich eigentlich nicht melden, weil Frau von Bülow mehr oder weniger alles erläutert hat, was zu dem Änderungsantrag zu erläutern ist.

Was auch noch gesagt werden muss, nachdem die Verwaltung sich dahin gehend eingelassen hat, es gebe 8 000 Soloselbstständige, ist Folgendes: Frau von Bülow hat doch deutlich gemacht - das steht ja auch so darin -, dass wir überhaupt keine Kriterien definieren. Das muss natürlich die Verwaltung machen - auf der Basis dessen, was machbar ist. Dass unsubstanziierte Anträge keine Förderung bekommen, ist wohl auch klar. Und nicht jeder Soloselbstständige in Köln wird einen Antrag stellen wollen und können. Gerhard Richter beispielsweise ist per Definition auch Soloselbstständiger. Er wird wahrscheinlich nicht beim Kulturamt vorstellig werden und um Förderung bitten. Da gibt es auch noch diverse andere.

Bleiben Sie einfach sachlich, und werden Sie nicht polemisch. Außerdem haben wir es ja auch in den Kulturausschuss verschoben. Deswegen hätte man jetzt gar nicht reden müssen.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen.

Wird getrennte Abstimmung gewünscht? - Nein, nicht punktweise. Okay. Das wollte ich nur wissen. Ich will hier ja richtig abstimmen lassen.

(Volker Görzel [FDP]: Vielen Dank!)

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

1. *Das Konzept zur Förderung des Open-Air-Angebots wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur zur Beschlussfassung vorgelegt, ebenso das Zwischennutzungskonzept von Spielstätten der „Huckepackfonds“*

Dies ist wegen der Planungsmöglichkeiten und -sicherheit unabdingbar.

2. *Zu Punkt 1 b:*

Die Finanzmittel in Höhe von 400.000€ des Zwischennutzungsfonds stehen auch für die

Finanzierung der Infrastruktur der Open-Air -Flächen Angebote zur Verfügung.

Dies ist eine wichtige Voraussetzung für weitere wirtschaftlich tragfähige Programmplanungen.

3. Zu Punkt a) Corona- Sonderförderung :

In den Maßnahmenkatalog sind auch mögliche Förderungen von Soloselbständigen aufzunehmen, die keine Veranstaltende sind.

4. Dem Ausschuss für Kunst und Kultur ist regelmäßig über die Sachstände zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Umsetzung der folgenden Maßnahmen „Corona-Sondermaßnahmen Kultur 2021" des Kulturamtes mit einer Gesamtlaufzeit vom 01. Januar bis zum 30. Juni 2021 gemäß der im Maßnahmenkatalog (Anlage 1) erläuterten Kriterien:

a. Corona-Sonderförderung zur Struktursicherung freier Kulturvereine und Kulturbetriebe im Umfang von bis zu 770.000 Euro,

b. Erschließung „alternativer" Spielstätten: Corona-Zwischennutzungsfonds für Spielstätten (Huckepack-Fonds) und Förderung des Open-Air-Angebots im Umfang von insgesamt bis zu 400.000 Euro

c. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für weitere wirtschaftlich tragfähige Programmplanungen.

d. Corona-Aufstockungsfonds für Betriebskostenzuschüsse im Umfang von bis zu 450.000 Euro

e. Weiterführung der Corona-bedingten Flexibilisierung der Bewilligungsauflagen in der regulären Projektförderung innerhalb des bisherigen regulären Projektbudgets 2021

f. Lärmschutzfonds mit besonderer Konzentration auf Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von Lüftungsanlagen innerhalb des bisherigen dafür vorgesehenen Projektbudgets 2021

g. Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen im Umfang von 1,0 Stelle Sachbearbeitung Corona-Sonderförderung und 0,5 Stelle Kultur-Info-Stelle Corona beim Kulturamt für die Dauer der Maßnahmen.
Die Stellen werden verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

2. Der Rat beschließt für die Umsetzung dieser Maßnahmen die Bereitstellung von insgesamt 2,52 Mio. Euro.

Mittel in Höhe von 0,8 Mio. Euro werden aus dem Budget 2021 aus dem Teilplan 0416 – Kulturförderung in ihrer Höhe unverändert bereitgestellt.

Zusätzlich werden Mittel in Höhe von 1,72 Mio. Euro benötigt.
Die im Teilplan 0416 - Kulturförderung in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen vorhandenen Restmittel von ca. 1,34 Mio. Euro als auch Anteile der im Teilplan 0416 - Kulturförderung in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen vorhandenen Restmittel von 380.000 Euro sind aus 2020 nach 2021 zu übertragen und für die Corona-Sondermaßnahmen Kultur 2021 zur Verfügung zu stellen.

Ergänzung des Beschlusses gemäß Änderungsantrag:

1. Das Konzept zur Förderung des Open- Air-Angebots wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur zur Beschlussfassung vorgelegt, ebenso das Zwischennutzungskonzept von Spielstätten der „Huckepackfonds". Dies ist wegen der Planungsmöglichkeiten und -sicherheit unabdingbar.

2. Zu Punkt 1 b:
Die Finanzmittel in Höhe von 400.000€ des Zwischennutzungsfonds stehen auch für die Finanzierung der Infrastruktur der Open-Air - Flächen Angebote zur Verfügung. Dies ist

eine wichtige Voraussetzung für weitere wirtschaftlich tragfähige Programmplanungen.

3. *Zu Punkt a) Corona- Sonderförderung: In den Maßnahmenkatalog sind auch mögliche Förderungen von Soloselbständigen aufzunehmen, die keine Veranstaltende sind.*

4. *Dem Ausschuss für Kunst und Kultur ist regelmäßig über die Sachstände zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach weist darauf hin, dass man mit Punkt 3 des Änderungsantrages in eine neue Systematik der Förderung übergehen würde.

Die Verwaltung wird das Konzept für mögliche Änderungen des Maßnahmenkatalogs dem Ausschuss für Kunst und Kultur vorlegen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Förderantrag für das Projekt der KölnBäder GmbH „KidsSpa im Zollstockbad - Wassergewöhnung für Kleinkinder“

0171/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte, Frau Venturini.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich habe nur eine Verständnisfrage. Wurde der Tagesordnungspunkt 10.25 jetzt zurückgestellt?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, er ist vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt worden.

Gibt es zu TOP 10.27 Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. *beauftragt die Verwaltung, den Förderantrag für das Förderprogramm „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ zu stellen. Im Zollstockbad soll durch den Umbau der ehemaligen Sauna ein Wassererlebnis- und Pädagogik-Bereich für Kleinkinder (KidsSpa) entstehen (s. Anlage 1 – Projektbeschreibung)*

2. *stimmt zu, unter Vorbehalt der Förderzusage des Landes NRW an die Stadt Köln, den Zuschuss an die KölnBäder GmbH in Höhe von 852.477 € verteilt auf fünf Jahre weiterzuleiten. Durch die beantragte Förderung des Landes NRW in Höhe von 767.229 € (= Zuschuss von 90%) ergibt sich ein kommunaler Eigenanteil (= 10%) in Höhe von insgesamt 85.248 € (2021: 4.262 €, 2022: 21.312 €, 2023: 25.574 €, 2024: 21.312 €, 2025: 12.788 €), welcher aus dem Teilfinanzplan 0801-Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 11-Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, Finanzstelle 5200-0801-0-AZ04 – KölnBäder Zollstockbad finanziert wird. Die Vorfinanzierung der Maßnahme ist von der KölnBäder GmbH sichergestellt.*

3. *beschließt gleichzeitig die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 42.624 € (Förderung: 38.362 € + Eigenanteil 4.262 €) im Teilfinanzplan 0801-Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 11-Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, Finanzstelle 5200-0801-0-AZ04-KölnBäder Zollstockbad.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62547/02

Arbeitstitel: Damiansweg in Köln-Volkhoven/Weiler

3035/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *den Geltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfs betreffend die Aufstellung des Bebauungs-planes Nummer 62547/02 –Arbeitstitel: Damiansweg in Köln-Volkhoven / Weiler – gemäß des Aufstellungsbeschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 9. November 2017 auf das vom Bebauungsplan-Entwurf betroffene Gebiet zu verkleinern (siehe Anlage 1);*

2. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Gebiet südlich der landwirtschaftlichen Flächen (Flurstück 1266, Flur 46, Gemarkung Worringen), westlich der Mercatorstraße, nördlich der Merianstraße sowie östlich des Damiansweges —Arbeitstitel:— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3,4 und 5;*

3. *den Bebauungsplan mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 275. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2105/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 275. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Feldgärtenstraße von Hillesheimstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl
2350/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

17 Wahlen

Wir haben ja eben beschlossen, hier nur einen Teil der Tagesordnungspunkte abstimmen zu lassen.

Tagesordnungspunkt

17.1 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

3026/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat beschließt, die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) mit folgenden neun Organisationen und Selbsthilfegruppen als stimmberechtigte Mitglieder zu besetzen:

1. anyway e.V.

2. Aidshilfe Köln e.V.

3. rubicon e.V.

4. KLuST e.V. (Kölner Lesben- und Schwulentag e.V.)

5. SCHLAU Köln e.V.

6. TXKöln (Selbsthilfeverein für transgeschlechtliche Menschen)

7. SC Janus e.V.

8. Wirtschaftsweiber e.V. (Regionalgruppe NRW)

9. Völklinger Kreis e.V. (Regionalgruppe Köln)

Die genannten Organisationen und Selbsthilfegruppen entsenden je eine Person als stimmberechtigtes Mitglied gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 der Geschäftsordnung der StadtAG LST.

II. Weiterhin beschließt der Rat, die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) mit folgenden sechs Organisationen und Selbsthilfegruppen als stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder zu besetzen:

1. Rainbow Refugees Cologne-Support Group e.V. für SCHLAU Köln e.V.

2. LSVD NRW e.V. für SC Janus e.V.

3. Wirtegemeinschaft Schaafenstraße e.V. für Völklinger Kreis e.V.

4. Rheinfetisch e.V. für KLuST e.V.

5. IG Dyke March Cologne für Wirtschaftsweiber e.V.*

6. St. Sebastianus & Afra Schützenbruderschaft e.V. für TXKöln

Auch diese Organisationen und Selbsthilfegruppen entsenden je eine Person als Vertreterin oder Vertreter gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 der Geschäftsordnung der StadtAG LST.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.2 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln
3167/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Bestellung weitere Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner für den Ausschuss Soziales und Senioren

0002/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt die folgenden Personen zu sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern bzw. stellvertretenden sachkundigen Einwohnerinnen

und Einwohnern in den Ausschuss für Soziales und Senioren:

Einrichtung	*Sachkundige Einwohnerin / Sachkundiger Einwohner*	*Stellvertretende sachkundige Einwohnerin / stellvertretender sachkundiger Einwohner.*
Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH	*Herrn Jörg Zeyßig*	*Frau Martina Schönhals*
Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.	*Frau Ulrike Helga Volland – Dörmann*	*Frau Eva-Maria Hefner*
Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	*Herrn Peter Krücker*	*Herrn Markus Peters*
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V.	*Herrn Markus Johannes*	*Herrn Christof Wild*
Deutsche Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.	*Herrn Marc Ruda*	*Herrn Wolfgang Schaefer*
Synagogengemeinde Köln	*Herrn David Klapheck*	*Frau Tatiana Puris*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.4 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat
1956/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 6).

17.5 Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua
3029/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 6).

17.6 Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung - Verstetigung und Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung - Hier: Wahl der Ratsmitglieder
3011/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 6).

17.7 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk Kölner Süden
3222/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 6).

17.8 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025
3078/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 6).

17.9 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement
3288/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 6).

17.10 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft
hier: Entsendung in den Stiftungsrat
1583/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 6).

17.11 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Benennung der acht Delegierten der Stadt Köln
0219/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 Neubesetzung des Aufsichtsrates der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH

0263/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet Herrn Beigeordneten Markus Greitemann anstelle von Frau Brigitte Scholz, als den von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in den Aufsichtsrat der modernen stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei den von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.13 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner/innen in die Ratsausschüsse

0103/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet folgende Mitglieder des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerin / sachkundigen Einwohner bzw. stellvertretende sachkundige Einwohnerin / stellvertretenden sachkundigen Einwohner in die Fachausschüsse:

Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Herr Stefan Mitu

als sachkundigen Einwohner

Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan

als Stellvertretung

Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden

Frau Eugenie Rempel

als sachkundige Einwohnerin

Her Abdullah Aydik

als Stellvertretung

Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern

Frau Dorsa Billstein

als sachkundige Einwohnerin

Frau Carine Weber

als Stellvertretung

Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (Jugendhilfeausschuss)

Frau Antonietta Abbruscato

als sachkundige Einwohnerin

Frau Eugenie Rempel

als Stellvertretung

Ausschuss für Kunst und Kultur

Herr Turan Özkücük

als sachkundige Einwohnerin

Herr Luziano Gonzalez Tejon

als Stellvertretung

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Frau Gönül Topuz

als sachkundige Einwohnerin

Herr Musa Yüceel

als Stellvertretung

Ausschuss für Soziales und Senioren

Frau Aylin Yildirim

als sachkundige Einwohnerin

Frau Carine Weber

als Stellvertretung

Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün

Herr Fardad Hooghoughi

als sachkundigen Einwohner

Herr Luziano Gonzalez Tejon

als Stellvertretung

Bauausschuss (zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)

Herr Abdullah Aydik

als sachkundigen Einwohner

Herr Turan Özkücük

als Stellvertretung

Digitalisierungsausschuss

Frau Vivian Berhane

als sachkundige Einwohnerin

Herr Abdullah Aydik

als Stellvertretung

Gesundheitsausschuss

Herr Musa Yüceel

als sachkundigen Einwohner

Herr Luziano Gonzalez Tejon

als Stellvertretung

Sportausschuss

Herr Ali Esen

als sachkundigen Einwohner

Herr Alparslan Babaoglu-Marx

als Stellvertretung

Stadtentwicklungsausschuss

Herr Alparslan Babaoglu-Marx

als sachkundigen Einwohner

Frau Dorsa Billstein

als Stellvertretung

Verkehrsausschuss

Herr Luca Paglia

als sachkundigen Einwohner

Herr Christophe Twagiramungu Mugabowindekwe als Stellvertretung

Wirtschaftsausschuss

Herr Christophe Twagiramungu Mugabowindekwe

als sachkundigen Einwohner

Frau Vivian Berhane

als Stellvertretung

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.14 Benennung eines zusätzlichen sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Kunst und Kultur

0273/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt Herrn Dr. Klaus Piehler als zusätzlichen sachkundigen Einwohner in den Ausschuss Kunst und Kultur.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.15 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Berufung sachverständiger Bürger

0334/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beruft

1. *den amtierenden Dombaumeister / die amtierende Dombaumeisterin*
2. *Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner (Regionalverbandsvorsitzende Köln des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz)*
3. *Herrn Jürgen Keimer (Vorstandsmitglied im Haus der Architektur Köln)*

als für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger mit beratender Stimme zur Beratung von Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz in den Ausschuss für Kunst und Kultur.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.16 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Benennung von sachkundigen EinwohnerInnen im Digitalisierungsausschuss“

AN/0242/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch, Sie melden sich zu Wort. Bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja, Entschuldigung. Ich habe hier leider heute keinen Zugriff auf das System. Dieser Punkt ist zugesetzt. Ich habe den Antrag „Benennung von sachkundigen EinwohnerInnen im Digitalisierungsausschuss“ einfach noch nicht gesehen. Werden darin die kompletten Einwohner*innen benannt?

(Michael Paetzold [SPD] zeigt der Rednerin den Antrag auf seinem iPad)

- Ach so. Okay. - Ja, alles gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist nur die Besetzung durch die SPD-Fraktion.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion benennt nachfolgende sachkundige EinwohnerIn zur Entsendung in den Digitalisierungsausschuss:

für Christian Joisten: Lisa Wicharz

für Mike Homann: Joachim Vranken

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.17 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung des Finanzausschusses“

AN/0247/2021

Gegenstimmen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ist das jetzt der Antrag der CDU?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das ist der Antrag der Fraktion Volt.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Okay. Dann würde ich gerne, wenn die CDU dran ist, noch etwas sagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die CDU kommt unter TOP 17.18.

(Ulrich Breite [FDP]: Führen wir jetzt Personaldebatten?)

Gibt es bei Tagesordnungspunkt 17.17 Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Finanzausschusses: Wahl von Herrn Olivier Fuchs (sachkundiger Einwohner) anstelle von Frau Miriam Arimond.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.18 Neubesetzung der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der CDU-Fraktion in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 03.12.2020

AN/0243/2021

Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Nur ganz kurz: Ich habe das einmal überschlagen und wundere mich doch sehr. Ich finde es schade und nehme das mit einer gewissen Enttäuschung zur Kenntnis, dass hier vor allem ganz viele Frauen durch Männer ersetzt werden. Unter dem Strich werden mehr als eine Handvoll Frauen dann durch Männer ersetzt. Bei der Besetzung, wie sie hier steht, sind es nur rund 20 Prozent Frauen.

Meine Anfrage an die CDU ist einfach, warum das so ist und wieso da nicht irgendwie auf die Frauenquote geachtet wird. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Nicolin, du bist eine neue Kollegin. Ich darf

dir vielleicht von dieser Stelle aus zurufen: Bei diesem Tagesordnungspunkt ist es eigentlich nicht üblich, hier infrage zu stellen, welche Fraktionen mit welchen Kolleginnen und Kollegen ihre Ausschussplätze besetzen.

Wie du mitbekommen haben solltest, ist in der letzten Sitzung auf Bitten der Verwaltung eine Ersatzbesetzung vorgenommen worden in dem Bereich der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner durch Ratskolleginnen und Ratskollegen auf Positionen, die unserer Fraktion zustehen.

Ich verbitte mir Kommentierungen der Art und Weise, wer hier was zugesetzt hat und wie wir das hier vorgenommen haben.

Ich darf auf Folgendes hinweisen: Bei der CDU bauen die Frauen; drei Kolleginnen vertreten uns im Bauausschuss. Bei der CDU verwalten die Kolleginnen das Liegenschaftsvermögen; das sind drei Kolleginnen. Bei der CDU wird die Stadtentwicklung auch von zwei Kolleginnen betreut.

Insofern bitte ich darum, von solchen Kommentierungen abzusehen. Das kannst du gerne über die sozialen Medien machen. Aber in diesem Haus hat das nichts zu suchen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neubesetzung der Ausschüsse mit den sachkundigen Einwohnern der CDU-Fraktion auf Grundlage des Ratsbeschlusses vom 03.12.2020:

Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (3)

Neu:

Bisher:

Herr Aaron Apphun ersetzt Florian Weber

Herr Axel Hopfauf ersetzt Claudia Heithorst

Herr Jürgen Schuiszill ersetzt Monika Roß-Belkner

Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden (3)

Neu:

Bisher:

Herr Heinz Klein ersetzt Felix Spehl

Frau Yvonne Kürping ersetzt BM Dr. Ralph Elster

Frau Frederike Steinmetz ersetzt Bernd Petelkau

Finanzausschuss (1)

Neu:

Bisher:

Herr Michael Hoffmann ersetzt Eric Haeming

Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern (3)

Neu:

Bisher:

Herr Dr. Thomas Günther ersetzt Henk van Benthem

Frau Eva Gärtner-Plückthun ersetzt Bernd Petelkau

Frau Prof. Dr. Anja Karlshausen ersetzt Niklas Kienitz

Ausschuss für Kunst und Kultur (3)

Neu: *Bis-*
her:

Herr Janning Trumann *er-*
setzt *Fe-*
lix Spehl

Frau Karin Reinhardt *er-*
setzt *Ni-*
klas Kienitz

Herr Udo Peter Stodden *er-*
setzt *Dirk*
Michel

Liegenschaftsausschuss (1)

Neu: *Bis-*
her:

Herr Daniel Kastenholz *er-*
setzt *Ann*
e Henk- Hollstein

Ausschuss für Schule und Weiterbildung (3)

Neu: *Bis-*
her:

Herr Dr. Klaus Zimmermann *er-*
setzt *Flo-*
rian Weber

Frau Simone Schäfer *er-*
setzt *Cla*
udia Heithorst

Herr Marius Rhode *er-*
setzt *Mo-*
nika Roß-Belkner

Ausschuss für Soziales und Senioren (3)

Neu: *Bis-*
her:

Herr Markus Peters *er-*
setzt *Hen*
k van Benthem

Herr Dieter Gruner *er-*
setzt *Eric*
Haeming

Herr Taner Erdener *er-*
setzt *Mo-*
nika Roß-Belkner

Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün (3)

Neu:

Bis-

her:

Herr Dr. Johannes Zischler er-
setzt

Tho

mas Welter

Frau Dr. Janina Jänsch er-
setzt BM
Dr. Ralph Elster

Herr Reinhard Zöllner er-
setzt Ur-
sula Gärtner

Digitalisierungsausschuss (3)

Neu:

Bis-

her:

Frau Dr. Marie-Christine Frank er-
setzt Mo-
nika Roß-Belkner

Herr Dominic Land er-
setzt

Con

stanze Aengenvoort

NN

Gesundheitsausschuss (3)

Neu:

Bis-

her:

Herr Yannik Breuer er-
setzt Fe-
lix Spehl

Herr Dr. Gunther Quinkler er-
setzt

Mar

tin Erkelenz

Herr Mario Schmitz er-
setzt Te-
resa De Bellis

Rechnungsprüfungsausschuss (1)

Neu:

Bis-

her:

Herr Marvin Simon er-
setzt Ira
Sommer

Sportausschuss (2)

Neu:

Bis-

her:

Herr Peter Heinzlmeier er-
setzt BM
Dr. Ralph Elster

Herr Mehmet Erdener er-
setzt Te-
resa De Bellis-Olinger

Stadtentwicklungsausschuss (3)

Neu:

Bis-

her:

Herr Dominik Kaven er-
setzt

Ann

e Henk-Holstein

Herr Stefan Götz er-
setzt Dirk
Michel

Herr Dr. Ulrich Soénius er-
setzt BM
Dr. Ralph Elster

Verkehrsausschuss (3)

Neu:

Bis-

her:

Herr Stefan Götz er-
setzt

Ann

e Henk-Hollstein

Herr Holger Potthoff er-
setzt Fe-
lix Spehl

Herr Manfred Hemmersbach er-
setzt BM
Dr. Ralph Elster

Wirtschaftsausschuss (2)

Neu: *Bisher:*

Herr Nicolai Lucks *ersetzt* *BM Dr. Ralph Elster*

Herr Silvio Crapis *ersetzt* *Werner Marx*

In den Bauausschuss (zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft) werden

Herr Dr. Martin Schoser

Herr Andreas Bischoff

auf Vorschlag der CDU-Fraktion als Sachkundige Einwohner gewählt.

In den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (JHA) (2 + feste Stellvertreter)

werden

Frau Celina Knöller (fester Stellvertreter Herr Hajo Bauer)

Frau Kerstin Preuss (fester Stellvertreter Frau Daniela Topp-Burghardt)

auf Vorschlag der CDU-Fraktion als Sachkundige Einwohner gewählt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Gibt es Einwendungen dagegen, dass ich über die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidungen gemeinsam abstimmen lasse? - Die AfD ist dagegen. Dann lasse ich einzeln darüber abstimmen.

Tagesordnungspunkt

18.1 Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen für neu anzumietende Objekte gem. § 5 Abs. 2a der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019

3318/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt zur Aufgabenwahrnehmung der Wohnraumversorgung im Amt für Wohnungswesen die Bedarfsplanung für die Erstanmietung und Verwaltung von Wohnungen für von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen und Geflüchtete sowie für Menschen mit Vermittlungshemmnissen auf dem regulären Wohnungsmarkt für den Bedarfszeitraum 2020 -2024 zu den in der Vorlage genannten Rahmenbedingungen.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70390/02

Arbeitstitel: Auenviertel in Köln-Rodenkirchen

3498/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Volt enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) wird folgender Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 70390/02 für das Gebiet zwischen Rhein und Weißer Straße, südlich der Uferstraße, westlich der Grüngürtelstraße, nördlich der Weißer Straße und östlich der Mettfelder Straße und Grimmelshausen Straße in Köln- Rodenkirchen—Arbeitstitel: Auenviertel in Köln-Rodenkirchen— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2,7,9 und 11;*

2. *den Bebauungsplan-Entwurf 70390/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;*

3. *den Bebauungsplan 70390/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Volt zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.3 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0412 - Historisches Archiv im Haushaltsjahr 2020 - K³ Ausstellungs- und Veranstaltungsort

3604/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 60 Abs.1 S.2 GO NRW einen überplanmäßigen zahlungswirksamen Aufwand in Höhe von 9 Mio. € gem. § 83 GO NRW im Teilergebnisplan 0412 – Historisches Archiv, Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen zur Gewährung eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2020.

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge aus der Schadenregulierung in gleicher Höhe im Teilergebnisplan 0412 – Historisches Archiv in Teilplanzeile 7 – Sonstige ordentliche Erträge, Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.4 Wiederholung der Wahl eines Mitglieds der Kommunalen Bank des Braunkohleausschusses bei der Bezirksregierung Köln

3691/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt Herrn Bezirksbürgermeistern Reinhard Zöllner aus dem Stadtbezirk Chorweiler als kommunalen Vertreter der Stadt Köln in den Braunkohlenausschuss bei der Bezirksregierung Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.5 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen

0054/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt, dass auch für den eingeschränkten Pandemiebetrieb von Kindertagesbetreuungen (Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen, offene Ganztagsschulen) im Januar 2021 auf die Erhebung von Elternbeiträgen verzichtet wird.

Für den Januar 2021 wird der volle Monatsbetrag erlassen, von dem das Land die Hälfte übernimmt.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.6 Ankauf von Werken der Künstlerin Adrian Piper für das Museum Ludwig

3201/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 1, Satz 2 GO NRW beschließen wir den Ankauf der Kunstwerke von Adrian Piper für das Museum Ludwig in Höhe von insgesamt rd. 403.526 € sowie die Freigabe der investiven Mittel.

Die Mittel stehen im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 301.810 € und im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 101.716,23 € im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen - Ankaufsetat Museum Ludwig zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 18.28 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.20

zu Protokoll gegebene Rede

Franz Philippi *(SPD): Die SPD-Fraktion wird der Verwaltungsvorlage zur erneuten Auszahlung der 300 000 Euro an den Kölner Renn-Verein zustimmen, weil das im Doppelhaushalt 2020/21 eingepreist ist.*

Mit Blick auf die vielen kleineren Sportvereine, die derzeit von den Einschränkungen in der Pandemie stark betroffen sind, aber für eine deutlich breitere Masse der Bevölkerung von Bedeutung sind, sind weitere kritiklose Finanzspritzen an den Kölner Renn-Verein allerdings nicht länger zu rechtfertigen.

Mit Blick auf die Haushaltsaufstellung 2022 möchten wir die demokratischen Fraktionen im Rat zu einem Dialog einladen, damit wir gemeinsam zu einer Lösung für die Rennbahn in Weidenpesch kommen können.

Wir stellen uns vor, dass sich die Rennbahn für Familien und ein breiteres Spektrum der Bevölkerung öffnet, dass dort zum Beispiel Feste und Events veranstaltet werden, die sich jeder leisten kann.

Wir wollen eine Öffnung der Rennbahn für natur- und sportbegeisterte Menschen als Grünanlage und Bewegungsraum.

Wir möchten uns an der Sportentwicklungsplanung orientieren, die wir gemeinsam verabschiedet haben, und Sport vor Ort ermöglichen, Angebote für Individual- und Trendsportarten schaffen oder dort einen weiteren Sportkiosk einrichten.

Wir bitten die Verwaltung, die sportpolitischen Sprecher der demokratischen Fraktionen einzuladen und einen Dialog zu eröffnen - mit dem Ziel, schon für die nächste Haushaltsaufstellung einen konkreten Lösungsweg aufzuzeigen.

5. Sitzung vom 23. März 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppe KLIMA FREUNDE betr. "Änderung der Zuständigkeitsordnung des Digitalisierungsausschusses"

AN/0540/2021

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

AN/0622/2021

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Corona Hilfen aus Corona – Bußgeldern"

AN/0532/2021

3.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Wieder Ärger um Kölner Spitzenamt"

AN/0362/2021

von der Tagesordnung abgesetzt

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT betreffend "Geflüchtete aus Seenotrettung, griechischen Lagern und aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion aufnehmen"

AN/0543/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0613/2021

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Neutralitätsgebot"

AN/0541/2021

3.1.6 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Accountkarussel OB"

AN/0472/2021

3.1.7 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Umstrukturierung der Dezernate sowie Bestellung einer allgemeinen Vertreterin bzw. eines allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin"

AN/0546/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0617/2021

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

AN/0623/2021

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Immobilie Hornstraße 2 (ehemaliges Pascha) sinnvoll nutzen"

AN/0533/2021

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Karl Küpper Preis 2021 – Resolution des Kölner Stadtrates"

AN/0534/2021

von der Tagesordnung abgesetzt

3.1.10 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Masterplan Grün Köln"

AN/0535/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE

AN/0599/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0603/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0612/2021

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

AN/0619/2021

3.1.11 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Öffentliches Silvesterfeuerwerk"

AN/0542/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0618/2021

3.1.12 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., Volt, Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Kita/OGS-Gebühren gerechter gestalten"

AN/0539/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0610/2021

3.1.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Änderung der Zuständigkeitsordnung, Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern"

AN/0620/2021

zugesetzt

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und Gut Köln betreffend "Beitritt zur Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland"

AN/0621/2021

Zugesetzt

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft in Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer Schulbau GmbH"

AN/0226/2021

Antwort der Verwaltung vom 22.03.2021

0366/2021

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Beitrag der Bühnen der Stadt Köln zur musisch-kulturellen Bildung in Kölner Kitas und Schulen"

AN/0231/2021

Antwort der Verwaltung vom 03.03.2021

0385/2021

4.3 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend "Werbeanlagen Stadt Köln"

AN/0330/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021

1064/2021

4.4 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend "Sachstand Erwerb des Grundstückes Deutz-Mülheimer-Straße 147 bis 149 (ehemalige KHD-Hauptverwaltung)"

AN/0513/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021

1019/2021

4.5 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend "Veränderungssperre Belgisches Viertel"

AN/0578/2021

zugesetzt

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021

1073/2021

4.6 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend "Schutzauftrag Kindeswohl in Zeiten der Pandemie"

AN/0576/2021

zugesetzt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Köln erneut auf dem letzten Platz des bundesweiten ADFC Fahrrad-Ranking"

AN/0593/2021

zugesetzt

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021

1109/2021

4.8 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend "Stand Impfungen städtische Kliniken"

AN/0596/2021

zugesetzt

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021

1082/2021

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See

2234/2020

6.1.2 Änderung der Hauptsatzung Hier: Erweiterung der Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

0935/2021

zugesetzt

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung Hier: Erweiterung der Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft

Lesben, Schwule und Transgender

0904/2021

zugesetzt

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Benutzungsordnung der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln und Rahmenbenutzungsordnung der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte (Kunst-Bibliothek Köln, KuBi Köln)

2468/2020

6.2.2 Entgelt- und Benutzungsordnung der artothek - Raum für junge Kunst

3168/2020

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Integriertes Handlungskonzept Lindweiler hier: Änderung der Geschäftsordnung des Veedelsbeirates Lindweiler

0352/2021

6.4.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Porz Mitte hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Porz Mitte sowie Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat Porz Mitte zur Wahlperiode 2020/2025

3621/2020

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

0584/2021

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalsanierung des Umkleidegebäudes auf der Sportanlage Rixdorfer Str. 56, 51063 Köln

0454/2021

7.2.2 Neugestaltung der Spielplätze „Rixdorfer Str.“ und „Wuppertaler Str./Stegwiese“

0614/2021

7.2.3 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

1003/2021

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag

0068/2021

zurückgestellt

10.2 AchtBrücken GmbH hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2022-2024

0415/2021

10.3 10. Änderung des Gesamtverkehrskonzepts der Stadt Köln hier: Trassenfreihaltung zur Fortführung der Äußeren Kanalstraße von Bilderstöckchen zum Niehler Ei als Radverkehrstrasse

2891/2020

10.4 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str., 50968 Köln-Marienburg - Baubeschluss

2952/2020

10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021

0537/2021

10.6 Teilnahme der Stadt Köln am Landesprojekt „Guter Lebensabend NRW“

0373/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt

AN/0616/2021

10.7 Abriss und Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Cohnenhofstraße 50769 Köln, Planungsbeschluss

0002/2020

10.8 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss

1898/2020

10.9 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str., 51143 Köln - Baubeschluss

3660/2019

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln), AöR: Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht 2021

0162/2021

10.11 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Äußerer Grüngürtel Nord
Grüne Brückenschläge (Bedarfsanerkennung, Schenkungsannahme)

0063/2020

10.12 Schulsporthallen

2035/2020

10.13 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme 'Deutzer Hafen' – ergänzendes
Verfahren

0082/2021

10.14 Kinderoper Köln – Förderung durch das Programm „Neue Wege“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit dem NRWKULTURsekretariat

0062/2021

10.15 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Erarbeitung der verbindlichen Bauleitplanung (fünf Teilbebauungspläne und ein Bebauungsplan-Änderungsverfahren) und der Durchführung der Vergabe von Fachgutachten für das Städtebauprojekt Parkstadt Süd

2948/2020

10.16 Ankauf eines weiteren Drittels des Kunstwerkes Sympathische Kommunistin von Martin Kippenberger für das Museum Ludwig

3268/2020

10.17 Generalsanierung der Gemeinschaftsgrundschule Halfengasse 25 in 50739 Köln - Baubeschluss

2966/2020

10.18 Vergabe der institutionellen Förderung von Interessenvertretungen der freien Szene

0492/2021

10.19 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln Umgestaltung des Ebertplatzes - Bedarfsfeststellungsbeschluss

1939/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP

AN/0150/2021

zurückgezogen

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/0615/2021

10.20 Verlängerung der Fristen für die Corona-Sondermaßnahmen

0978/2021

zugesetzt

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 6, Köln-Chorweiler, Arbeitstitel: Teilraum Nordwest, Wohnbauflächen in Köln-Esch/ Auweiler hier: Feststellungsbeschluss

1102/2019

zurückgestellt

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58485/02 Arbeitstitel: Zum Dammfelde in Köln-Widdersdorf

0005/2021

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 65450/05, Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord

0314/2021

zurückgestellt

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0529/2021

zurückgestellt

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

AN/0538/2021

zurückgestellt

12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 74410/02 Arbeitstitel: Eisenbahnersiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven

3510/2020

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Goldnesselweg von Kreisverkehr bis öffentliche Grünfläche in Köln-Sürth

0297/2021

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tausendschönweg von Sürther Feldallee bis öffentliche Grünfläche in Köln-Sürth

0370/2021

16.3 Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

3228/2020

16.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Feldgärtenstraße von Hillesheimstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl

2350/2020

16.5 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Hermann-Löns-Straße/An den Seen von Parzellen 259 und 261 einschließlich bis Hermann-Löns-Str. 78r bzw. An den Seen einschließlich in Köln-Auweiler

3152/2020

17 Gremienbesetzungen

17.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FPD und Volt betreffend "Bildung von Unterausschüssen"

AN/1392/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1520/2020

zurückgezogen

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0245/2021

17.2 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Benennung der acht Delegierten der Stadt Köln

0219/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0614/2021

17.3 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft hier: Entsendung in den Stiftungsrat

1583/2020

17.4 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat

1956/2020

17.5 Wahl des Naturschutzbeirates bei der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Köln

2418/2020

17.6 Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung - Verstetigung und Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung - Hier: Wahl der Ratsmitglieder

3011/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/0604/2021

17.7 Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua

3029/2020

17.8 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025

3078/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. FDP und Volt

AN/0605/2021

17.9 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln

3167/2020

17.10 Neubestellung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Soziales und Senioren

0774/2021

17.11 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss

0538/2021

17.12 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk Kölner Süden

3222/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/0606/2021

17.13 MAKK-Förderstiftung-Bestellung des Kuratoriums

3024/2020

17.14 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement

3288/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/0607/2021

17.15 Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln für den Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln

0506/2021

17.16 Antrag der CDU-Fraktion betreffen "Wahl eines Sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Soziales und Senioren"

AN/0558/2021

zurückgezogen

17.17 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der StadtAG LST

0900/2021

17.18 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

0894/2021

zugesetzt

17.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Digitalisierungsausschuss – sachkundige Einwohner*innen"

AN/0611/2021

Zugesetzt

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Zustimmung zur Beteiligung der Stadt Köln am Förderprojekt „I-Dunion“ im Rahmen des Innovationswettbewerbs „Schaufenster Sichere Digitale Identitäten“ des BMWi

0233/2021

18.2 Erstattung von Elternbeiträgen wegen des eingeschränkten Regelbetriebes aufgrund von Covid-19 in den Ganztagsangeboten der Sekundarstufe I und in der Kurzbetreuung bzw. "Schule von acht bis eins" in der Primarstufe für Januar 2021

0302/2021

18.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 0403 - Römisch-Germanisches Museum - für das Haushaltsjahr 2020

3246/2020

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg;

Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Meier, Katharina;

Stenografen

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frebel, Polina; Tritschler, Sven; Welter, Thomas;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister

Weitekamp, Cornelia; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Bezirksbürgermeisterin; ‚Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Haaks, Stefanie; Mötting, Bettina; Steinkamp, Dieter, Dr.;

(Beginn: 15.37 Uhr - Ende: 20.09 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 5. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, liebe Mitglieder des Rates.

Wie bei der letzten Sitzung tagen wir auch heute im Großen Saal des Gürzenichs, und ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, dass entsprechend dem Beschluss des Rates vom 4. Februar zum Livestream schon die heutige Ratssitzung nicht nur über die Website der Stadt Köln übertragen wird, sondern auch über den Social-Media-Kanal der Stadt auf YouTube.

(Vereinzelt Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Frebel, Herr Tritschler und Herr Welter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Giesen, Frau Helmis und Herrn Bürgermeister Dr. Elster.

Wie immer legen wir zuerst die Tagesordnung fest. Im Entwurf der Tagesordnung sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Änderungsanträge sind beim jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.5 bis 4.8, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.1.2, TOP 6.1.3, TOP 10.20, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.17 bis TOP 17.19 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6 und TOP 24.7.

Abgesetzt wurden TOP 10.1, TOP 10.11, TOP 11.1, TOP 17.16.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt haben heute zum Thema *Änderung der Zuständigkeitsordnung, Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern* einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.13. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch das nicht. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 3.1.14 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE sowie der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT ebenfalls vom heutigen Tage vor. Es geht um das Thema *Beitritt zur Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland*. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Über den Sinn und Unsinn einer Resolution, die wir gerade in der letzten Ratsperiode so häufig gehabt haben, möchte ich jetzt hier nicht debattieren, aber ob das jetzt hier dringlich ist. Die Tatsache, dass es so kurzfristig hereinkommt, dass ich es noch nicht einmal als Tischvorlage hier vorliegen habe, zeigt schon, wie ich finde, dass es gar nicht dringlich gewesen sein kann, insbesondere eine Diskussion, die wir im Bundestag noch gar nicht abgeschlossen haben. Darum kann das in der Form nicht dringlich sein.

Ich appelliere gerade in Corona-Zeiten an die Antragstellerinnen und Antragsteller: Es geht nicht, ohne dass wir das als Tischvorlage oder sonst etwas haben, so etwas zu thematisieren, wenn wir einen solchen Antrag nicht haben. Das finde ich einfach eine Unverschämtheit für alle Ratsmitglieder, die unter Corona-Bedingungen in diesem Raum sind. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung?

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Nicht direkt zur Reihenfolge, aber wir möchten vorschlagen, die Punkte 3.1.3 und 3.1.9 von der Tagesordnung zu nehmen.

3.1.3 hat sich aus unserer Sicht erledigt, denn eine Neuaufsetzung der genannten Besetzungsverfahren ist nicht nötig, da die Verfahren bisher noch gar nicht gestartet sind. Ich möchte kurz auf Tagesordnungspunkt 3.1.7 verweisen. Dort schlagen die Antragsteller ein geordnetes Verfahren zur Dezernatsbesetzung vor, und vorausgesetzt, eine Mehrheit stimmt dem zu, wird das dann der Startschuss für alle Verfahren sein, die in 3.1.3 genannt sind. Damit sind die geforderten Punkte in 3.1.3 erfüllt.

Zu 3.1.9: Die Richtlinien zur Verleihung des Karl-Küpper-Preises sehen vor, dass die Preisträgerin oder der Preisträger sinngemäß in Köln oder in Deutschland wirksam waren. Da dies bei der vorgeschlagenen Person nicht der Fall ist, hat sich der Antrag für uns auch erledigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Zum Tagesordnungspunkt 12.2 - Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf im Belgischen Viertel - möchte Volt Beratungsbedarf anmelden. Grund hierzu ist: Wir möchten klarstellen, dass auch wir als Volt das Lebensgefühl und die Situation im Belgischen Viertel erhalten möchten und schützenswert finden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte hier nur zur Tagesordnung sprechen.

Isabella Venturini (Volt): Alles klar. Wir möchten Beratungsbedarf anmelden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Verstanden.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Vielen Dank, Frau Reker. - Liebe Kolleg*innen! Ich finde nicht, dass der Antrag von der Tagesordnung gesetzt werden sollte. Zunächst einmal ist es meine und unsere Erfahrung, dass ein Antrag nicht notwendigerweise umgesetzt werden können muss, um gestellt zu werden.

Ich erinnere hier nur - um ein Beispiel zu nennen - an einen Antrag, der im Hauptausschuss, ich glaube, von Herrn Sterck von der FDP gestellt wurde. Nur, um einmal ein Beispiel aufzuführen, um das deutlich zu machen: Dort wurde ein stellenweiser Ausstieg aus den Corona-Maßnahmen oder so ähnlich vorgeschlagen. Es war von Anfang an klar, dass das nicht durchgehen kann, da allein schon die Kompetenz beim Land liegt und nicht bei der Stadt.

So, wie ich es verstanden habe, war es ein populistischer Antrag, um dem Wähler zu signalisieren, dass man arbeitet und sich zum Thema Gedanken macht. Wir machen uns zu diesem Thema auch Gedanken. Ich sehe das nicht als erledigt. Es ist nicht ganz unwesentlich, dass hier das Prinzip der Bestenauslese beim Ausschreibungsverfahren für die zu wählenden Beigeordneten berücksichtigt wird. Das sehen wir nicht genügend berücksichtigt. Deswegen möchten wir diesen Antrag durchaus heute besprechen und nicht von der Tagesordnung nehmen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe noch eine Wortmeldung. - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das mit dem Karl-Küpper-Preis sehen wir nicht so. Ausweislich der Jury richtet sich dieser Preis an Menschen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung engagieren. Es ist nicht davon die Rede, dass das nur an deutsche Staatsbürger zu vergeben ist. Insofern plädieren wir dafür, diesen Antrag auf der Tagesordnung zu lassen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse gleich darüber abstimmen, aber ich frage jetzt erst noch, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Dann lasse ich nacheinander abstimmen. Ich sage vorher, worüber ich abstimmen lasse, und zwar, ob 3.1.3, 3.1.9 und 12.2, wo Beratungsbedarf von Frau Venturini geltend gemacht worden ist, auf der Tagesordnung bleiben oder abgesetzt werden.

Ich rufe als Erstes den Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf. Gibt es Gegenstimmen gegen die Absetzung? - Das sind die FDP, die Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann und die SPD.

(Christian Joisten [SPD]: Und DIE LINKE, glaube ich, auch!)

- Und DIE LINKE. Entschuldigung!

(Zuruf: Und Die PARTEI!)

- Und Die PARTEI ganz hinten. Okay.

Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Ich rufe jetzt die Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3.1.9 auf. Gibt es Gegenstimmen gegen die Absetzung? - Das ist die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der TOP abgesetzt.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 12.2 auf: Beratungsbedarf der Partei Volt. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Bei der AfD. Dann ist hier verschoben, also der Beratungsbedarf festgestellt.

Meine Damen und Herren, jedem von Ihnen ist das klar: Auch bei dieser Sitzung ist von uns allen wieder viel Disziplin gefragt, damit wir die Sitzungsdauer so kurz wie möglich halten können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Außerdem ist mir mitgeteilt worden, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen so weit wie

möglich verzichten bzw. diese zu Protokoll geben. Dafür bedanke ich mich ganz ausdrücklich und frage jetzt, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung noch einmal abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder. Der Rat tagt heute im Gürzenich.

I. Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt sie Herrn Giesen, Frau Helmis und Herrn Bürgermeister Dr. Elster vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.5 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend "Veränderungssperre Belgisches Viertel"
AN/0578/2021

4.6 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend "Schutzauftrag Kindeswohl in Zeiten der Pandemie"
AN/0576/2021

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Köln erneut auf dem letzten Platz des bundesweiten ADFC Fahrrad-Ranking"
AN/0593/2021

4.8 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend "Stand Impfungen städtische Kliniken"
AN/0596/2021

*6.1.2 Änderung der Hauptsatzung Hier: Erweiterung der Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik*
0935/2021

*6.1.3 Änderung der Hauptsatzung Hier: Erweiterung der Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender*
0904/2021

7.2.3 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
1003/2021[1]

10.20 Verlängerung der Fristen für die Corona-Sondermaßnahmen
0978/2021

*17.17 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der StadtAG LST*
0900/2021

*17.18 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik*
0894/2021

[1] Die Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates unter TOP 7 erfolgte ohne ausdrückliche vorherige Zusetzung von TOP7.2.3.

*17.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Digitalisierungsausschuss – sachkundige Einwohner*innen"*
AN/0611/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

24.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
0964/2021

24.7 Filmhaus, Maybachstr. 111 - Antrag der FK Filmhaus Köln UG auf Mieterlass und Mietvertragslaufzeitänderung
0911/2021

24.8 Restitution des Aquarells „Kauernder weiblicher Halbakt“ von Egon Schiele aus dem Bestand des Museum Ludwig
0594/2021

Absetzungen:

III. Öffentlicher Teil

10.1 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung
GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag
0068/2021

10.11 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Äußerer Grüngürtel Nord
Grüne Brückenschläge (Bedarfsanerkennung, Schenkungsannahme)
0063/2020

11.1 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 6, Köln-Chorweiler, Arbeitstitel: Teilraum Nordwest, Wohnbauflächen in Köln-Esch/ Auweiler
hier: Feststellungsbeschluss
1102/2019

17.16 Antrag der CDU-Fraktion betreffen "Wahl eines Sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Soziales und Senioren"
AN/0558/2021

Anmerkung:
TOP 24.8 n.ö.T. wurde vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil zugesetzt.

III. Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor.

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Änderung der Zuständigkeitsordnung, Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern
AN/0620/2021

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.13 behandelt.

- *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und Gut Köln betreffend "Beitritt zur Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland"*
AN/0621/2021

RM Breite spricht sich gegen die Dringlichkeit aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, AfD und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.14 behandelt.

III. RM Martin beantragt, die Tagesordnungspunkte

TOP 3.1.3
Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Wieder Ärger um Kölner Spitzenamt"
AN/0362/2021

von der Tagesordnung abzusetzen.

RM Hock spricht sich für den Verbleib von Top 3.1.3 auf der Tagesordnung aus.

RM Martin beantragt ebenso, den Tagesordnungspunkt

TOP 3.1.9
Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Karl Küpper Preis 2021 – Resolution des Kölner Stadtrates"
AN/0534/2021

von der Tagesordnung abzusetzen.

RM Boyens spricht sich für den Verbleib von TOP 3.1.9 auf der Tagesordnung aus.

RM Venturini beantragt wegen Beratungsbedarf die Vertagung von Tagesordnungspunkt

TOP 12.2

Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 65450/05,

Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord
0314/2021

und der dazugehörenden Änderungsanträge.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Absetzungsanträge und Antrag auf Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum Absetzungsantrag von TOP 3.1.3:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, der Gruppen Die PARTEI und GUT Köln sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zum Absetzungsantrag von TOP 3.1.9:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zum Vertagungsantrag der Volt-Fraktion zu TOP 12.2:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und FDP bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

IV. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Redezeit in der Sitzung auf 3 Minuten zu reduzieren. Der Rat ist hiermit einverstanden.

Das Gremium will soweit wie möglich auf Redebeiträge verzichten und diese stattdessen zu Protokoll geben.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir beginnen mit dem öffentlichen Teil.

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppe KLIMA FREUNDE betr. „Änderung der Zuständigkeitsordnung des Digitalisierungsausschusses“

AN/0540/2021

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

AN/0622/2021

Als Erste hat - wenn ich jetzt keine Wortmeldung von Bündnis 90/Die Grünen sehe - Frau Steinmann das Wort.

(Lisa Steinmann [SPD]: Herr Jeschka wollte reden! Das ist der Ausschussvorsitzende!)

Ich habe keine Meldung. Darum habe ich extra noch einmal gefragt. - Herr Jeschka.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorab würde ich gern noch einen Änderungsantrag mündlich stellen, bevor wir zu dem Punkt 3.1 kommen, und zwar würden wir gern in dem Beschlusstext unter 1.4 das Wort *vorab* streichen.

Ich kann auch gern einfach weiterreden zu dem Antrag. Ich dachte, wir stimmen jetzt darüber ab.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie dürfen auch weitersprechen. Wir haben das aufgenommen. Dieser Änderungsantrag war so kurz, weil er nur ein Wort umfasst, dass wir das, glaube ich, auch ohne schriftliche Mitteilung entgegennehmen können.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Okay. - Dann zum eigentlichen Antrag.

Ich und wir alle, glaube ich, sind sehr froh darüber, dass wir mit etwas Verspätung es jetzt doch geschafft haben, eine Zuständigkeitsordnung vorzulegen. Die digitale Transformation ist in vollem Gange, und wir als Stadt haben jetzt endlich die Möglichkeit, vornweg zu gehen oder hinterherzulaufen.

Wir sehen Digitalisierung bzw. die digitale Transformation als ein Querschnittsthema, das Einfluss auf fast alle Lebensbereiche heutzutage hat. Wir sehen diese Zuständigkeitsordnung als Möglichkeit, im Digitalisierungsausschuss viele Möglichkeiten in Bezug auf die Digitalisierung zu bündeln und andere Ausschüsse in der Transformation zu unterstützen.

Dabei wollen wir natürlich kein Buzzword-Bingo betreiben und einfach mit Begriffen wie Open Source, CDO, KI oder Blockchain um uns schmeißen, als wäre es Konfetti an Karneval, sondern wir wollen die Digitalisierung für alle Kölnerinnen und Kölner vorantreiben.

Meine Partei Volt hat im Wahlkampf bereits damit geworben, dass wir die Digitalisierung wie in Estland realisieren wollen. Nichts weniger haben wir mit diesem Ausschuss vor. Wir haben noch vier Jahre Zeit dafür und wollen auch sofort loslegen. Deswegen bitte ich Sie alle, diesem Antrag zuzustimmen.

Lassen Sie mich noch ein Wort verlieren: Die Inzidenz liegt in Köln seit neun Tagen in Folge über dem Wert von 100, und dennoch sitzen wir mit fast 100 Menschen hier im Saal. Das liegt nicht an mangelnder Digitalisierung, sondern an fehlender Handlungsbereitschaft des Landes NRW. Ich möchte an dieser Stelle deshalb bitte an die Landesregierung und an alle Parteien, die in der Landesregierung bzw. im Landtag vertreten sind, appellieren, uns endlich auf kommunaler Ebene die Möglichkeit einzuräumen, digital zu tagen. Ein spätes Handeln mitten in der dritten Welle ist besser als gar kein Handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann frage ich nach weiteren Wortmeldungen. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ratsgruppen haben einen kleinen Änderungsantrag vorgelegt, den Sie sicherlich auf Mandatos finden. Es geht da nur um zwei oder drei Wörtchen, die wir bitten zu ändern.

Beim zweiten Punkt von I Abs. 2 bitten wir darum, dass in der vorberatenden Zuständigkeit auch das Livestreaming aufgenommen wird. Wir hatten in einer der letzten Ratssitzungen gerade das Livestreaming erfreulicherweise gestärkt. Wir denken, dass sich der Ausschuss auch explizit um

dieses Thema in seiner Zuständigkeit kümmern sollte. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dann würde ich gern die Kämmerin um ihre Wortmeldung bitten.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank erst einmal für die Erläuterung der verschiedenen Anträge zur Festlegung der Zuständigkeitsordnung des Digitalisierungsausschusses.

Ich würde gern zur Klarstellung an der Stelle noch zwei Worte bezogen auf den Änderungsantrag von Ihnen, Herr Jeschka, sagen. Zum einen ist die Streichung des Wortes *vorab*, Herr Jeschka, in Ihrem Antrag sicherlich im Sinne der Sache, indem es eine Vorab-Informationsverpflichtung und damit eine verlangsamte Verwaltung an der Stelle verhindert. Es bleibt damit bei einer nachträglichen Informationspflicht. Diese würde so, wie sie im Moment vorgesehen ist, allerdings im Abschnitt über die Entscheidungszuständigkeiten des Ausschusses stehen, obwohl Sie - so verstehen wir den Antrag - die eigentliche Zuständigkeit und damit die Kompetenz der Verwaltung an der Stelle nicht verändern wollen. Sie sieht eine Berichterstattung an der Stelle über laufendes Verwaltungsgeschäft vor.

Da ich die bisherigen Rückmeldungen allerdings so verstanden habe, dass eine Blockade der Verwaltung gerade mit Ihrer Änderung vermieden werden soll, und auch um Rechtsunsicherheiten - wir bewegen uns hier in der Zuständigkeitsordnung - zu vermeiden, würde ich hier an der Stelle ganz gern kurz zusammenfassen, wie wir diesen Änderungsantrag verstehen. Wir gehen davon aus, dass es sich um eine Berichtspflicht bzw. um die Aufforderung zu einer nachträglichen Berichterstattung und gerade nicht um eine Zuständigkeitsregelung handelt. Wir würden diesem Wunsch dann selbstverständlich auch durch eine entsprechende Berichterstattung im Digitalisierungsausschuss Rechnung tragen.

Mit diesem kleinen Hinweis zur Klarstellung haben wir keine Bedenken, dass eine solche Regelung dann auch zulässig ist. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Dr. Diemert. - Dann lasse ich jetzt über den Tagesordnungspunkt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der Gruppen. Gegenstimmen? - Von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Herrn Wortmann und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Von AfD und Volt. Dann ist der Änderungsantrag so abgelehnt.

Ich rufe die Abstimmung über den Ursprungsantrag mit der mündlich vorgetragenen Änderung von Herrn Jeschka auf, und zwar Streichung des Wortes *vorab*, und frage nach Gegenstimmen. - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der Beschlusstext des AN/0540/2021 wird im Absatz I (2) 2. Nach den Worten „… der digitalen Teilhabe, …“ und vor „dem Datenschutz“ wie folgt ergänzt:

„des Live-Streamings aus Rat und Ausschüssen“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD; CDU, FDP und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktionen Volt und AfD abgelehnt.

II. Abstimmung über den mündlich geänderten Ursprungsantrag
(Absatz I. Ziffer 4: „….. über die zuvor genannten Punkte ~~vorab~~ zu informieren.“)

Beschluss:

I. Die Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln wird erweitert um einen Paragraphen „Digitalisierungsausschuss“, in dem die Entscheidungs- und Vorberatungsbefugnisse wie folgt geregelt werden:

(1) Dem Digitalisierungsausschuss wird die Entscheidungsbefugnis in folgenden Angelegenheiten übertragen:

1. Beteiligung der Stadtverwaltung an Projekten der Digitalisierung / der digitalen Transformation ab einer Eigenbeteiligung in Höhe von mehr als 300.000 € bis zu 1,5 Mio.€;

2. Bedarfsfeststellung von Lieferungen und Leistungen im Bereich von Hard- und Software sowie von Support- und Beratungsdienstleistungen zur Digitalisierung / zur digitalen Transformation von mehr als 300.000 € bis zu 1,5 Mio. €;

3. Beteiligung an Förderprojekten zur Digitalisierung / zur digitalen Transformation ab einer Eigenbeteiligung der Stadt von mehr als 300.000 € bis 1,5 Mio €.

4. Bei einer Summe von 50.000 € - 300.000 € ist der Digitalisierungsausschuss über die zuvor genannten Punkte zu informieren.

5. Thematisch betroffene Fachausschüsse werden vorberatend eingebunden.

(2) Insbesondere in folgenden Angelegenheiten ist der Digitalisierungsausschuss vorberatend im Sinne des § 1 Abs. 5 dieser Zuständigkeitsordnung zu beteiligen:

1. Gründung, Erwerb oder Veräußerung/Kündigung von Mitgliedschaften und Unternehmensbeteiligungen mit Schwerpunkt Digitalisierung

2. Grundsatzfragen der Digitalisierung / der digitalen Transformation und der strategischen Ausrichtung der Digitalisierung / digitalen Transformation, insbesondere bei Angelegenheiten der schulischen und außerschulischen Bildung, der Smart City, der Open Source Strategie, der digitalen Teilhabe, dem Datenschutz, der Datensicherheit und der Datenkommerzialisierung, der digitalen Diskriminierung, der digitalen Infrastruktur (insbesondere der Verkehrs- und Energieinfrastruktur), im Bereich des e-Sport, des e-Government und des open Government

II. § 14 Abs. 5 der Zuständigkeitsordnung wird in Bezug auf die Entscheidungsbefugnisse des Liegenschaftsausschusses wie folgt geändert:

„Bedarfsfeststellungen von Lieferungen und Leistungen für fachliche und dv-technische

Aufgaben der Liegenschafts-, Vermessungs- und Katasterverwaltung einschließlich des Geodatenmanagements bei Auftragswerten von mehr als € 100.000 bis einschließlich € 1 Mio.“

III. § 8 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung wird in Bezug auf die Vorberatungszuständigkeiten des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales ergänzt um eine Ziffer 8:

„Grundsatzfragen der Digitalisierung.“

„Bedarfsfeststellung von Lieferungen und Leistungen im Bereich von Hard- und Software sowie von Support- und Beratungsdienstleistungen zur Digitalisierung / zur digitalen Transformation von mehr als 300.000 € bis zu 1,5 Mio. €, soweit diese Hard- und Software von Beschäftigten der Stadt Köln verwendet werden soll; insbesondere gilt dies für solche Hard- und Software, deren Einführung, Anwendung und Erweiterung der Mitbestimmungspflicht des Personalrats unterliegt.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Änderungsantrag von RM Jeschka (Streichung des Wortes „vorab“ in Beschlusspunkt I, Absatz 1, Ziffer 4 des Ursprungsantrages AN/0540/2021 „….. über die zuvor genannten Punkte ~~vorab~~ zu informieren.“)

Hinweis von Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert, dass die unter Beschlusspunkt I, Absatz 1, Ziffer 4 genannte Information an den Ausschuss als Bericht im Nachhinein erfolgt. Der Rat ist damit einverstanden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Corona-Hilfen aus Corona-Bußgeldern“

AN/0532/2021

Ich gebe Herrn Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Corona-Maßnahmen, die derzeitige Lockdown-Strategie und die bisherigen Strategien zwingen den stationären Einzelhandel immer mehr in die Knie. Auch das Termin-Shopping und die Click-and-Meet-Angebote bringen nicht annähernd genügend Geld in die Kassen der Einzelhändler. Wir müssen gerade denjenigen - dazu hat unser Fraktionsvorsitzender im letzten Jahr schon gesprochen - helfen. Teilweise sind Corona-Novemberhilfen erst im Februar dieses Jahres gezahlt worden. Das ist wirklich untragbar für viele Unternehmen und viele Einzelhändler. Diesen Missstand können wir heute beheben.

Viele Bürger können schon nicht nachvollziehen, dass beispielsweise Bußgelder wegen Geschwindigkeitsüberschreitung oder wegen Falschparkens erhoben worden sind und dann nicht in die Sanierung der Straßen oder in den Straßenverkehr fließen. Wir als bisher erfolgreicher Impulsgeber im Stadtrat

(Vereinzelt Lachen)

wollen deswegen einen Solidaritätsfonds für Kölner Unternehmen ins Leben rufen.

Da kann man ruhig einmal klatschen, das stimmt.

(Unruhe)

Die Bußgelder, die wegen der Nichteinhaltung von Abständen, dem Nichttragen von Masken etc. verhängt werden -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte um Ruhe. Ich würde Herrn Büschges gern verstehen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Matthias Büschges (AfD): - vielen Dank -, fließen eben sofort in diesen Fonds, der von Kölner Unternehmen dann ganz unkompliziert beantragt werden kann. Ich bin mir sicher, dass sich heute auch das eine oder andere Ratsmitglied dazu durchringen könnte, diesen Antrag und diesen Fonds zu unterstützen; denn hier geht es eben nicht um dieses parteipolitische Klein-Klein, sondern hier geht es um eine sehr große Chance für Kölner Unternehmen. - Danke sehr.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung eines Solidaritätsfonds zur Unterstützung von Unternehmen, die aufgrund des zweiten Lockdowns schließen mussten.

Die Höhe dieses Fonds ist abhängig von den Bußgeldern, die wegen Verstößen gegen die Corona-Schutzverordnung eingenommen werden. Antragsberechtigt sind die Unternehmen, die gemäß § 11 der Corona Schutzverordnung NRW schließen mussten.

Die Antragsfrist bestimmt die Verwaltung.

Der Zuschuss an die Unternehmen wird in Form einer Einmalzahlung bewilligt, die nicht zurückgezahlt werden muss. Die Vorlage eines Verwendungsnachweises ist nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

3.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Wieder Ärger um Kölner Spitzenamt"
AN/0362/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt (siehe Ziffer III – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT betreffend „Geflüchtete aus Seenotrettung, griechischen Lagern und aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion aufnehmen“

AN/0543/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0613/2021

Ich gebe Frau Yazicioglu das Wort.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen die erschreckenden Bilder und Berichte aus den Lagern. Die Menschenrechte der Schutzsuchenden auf Leben, auf Würde, auf Wohnraum, Gesundheit und Bildung werden nicht nur offen ignoriert, sondern auch massiv verletzt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir heute auf diese Situation aufmerksam machen und politischen Druck ausüben; denn unsere Aufgabe als Kommune ist es auch, den politischen und öffentlichen Druck nach dem Entschluss heute hochzuhalten, damit sich endlich dort etwas verändert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn hier geht es um unsere politische Mitverantwortung. Wir setzen uns weiterhin für die Auflösung von menschenunwürdigen und rechtswidrigen Flüchtlingslagern ein. Wir fordern die Aufnahme von Schutzsuchenden aus Seenotrettung im Mittelmeer, aber auch die Aufnahme von Schutzsuchenden aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion, nämlich aus den Lagern Lipa und Kara Tepe. Bis heute gibt es keine legalen und sicheren Flucht- und Migrationswege. Schutzsuchende riskieren auf den Fluchtrouten ihr Leben und sind dann den illegalen Push-Backs an den Grenzen ausgesetzt. Diese illegalen Push-Backs und die Rechtsbrüche an den Grenzen müssen untersucht und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der LINKEN und Beifall bei Volt)

An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es für mich sehr wichtig, deutlich zu machen: Seenotrettung ist kein Verbrechen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der LINKEN und Beifall bei Volt)

Die Rettung von Menschenleben darf nicht kriminalisiert werden. Sie verdient unseren höchsten Respekt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Aufnahme von Schutzsuchenden durch Länder und Kommunen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, darf auch nicht länger von der Bundesregierung verhindert werden. Ich bin froh und finde es sehr, sehr wichtig, dass wir nicht nur tatenlos zusehen, sondern dass wir bereit sind, Schutzsuchende hier bei uns in Köln aufzunehmen und dass wir dem Bündnis *Städte Sicherer Hafen* mit der Unterzeichnung der Potsdamer Erklärung beitreten.

In diesem Sinne: Wir sind solidarisch, und wir haben Platz. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der LINKEN und Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort. Nein? - Dann nicht. - Herr Detjen.

(Michael Paetzold [SPD]: Meine Kollegin!)

Dann bitte ich darum, dass sich demnächst diejenigen melden, die auch sprechen wollen. - Bitte sehr.

Claudia Brock-Storms (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt den auf Hinweis des Kölner Flüchtlingsrats von der Fraktion der Grünen initiierten gemeinsamen Antrag zur Aufnahme von Geflüchteten aus Seenot aus den Lagern in Griechenland und der bosnisch-kroatischen Grenzregion ausdrücklich.

Das ist ein wichtiges Signal des neuen Kölner Stadtrats in der viertgrößten Kommune Deutschlands. Man könnte auch sagen: Der Rat zeigt Haltung. Dieses Signal und die damit verbundene Botschaft *Wir lassen euch nicht allein!* sind wichtig. Aber es darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir damit an der Lage der

Schutzbedürftigen in den Elendslagern erst einmal nicht viel ändern werden.

Damit wir angesichts der humanitären Katastrophe vor unserer Haustür nicht nur unser schlechtes Gewissen beruhigen, braucht es mehr - ein Mehr an Solidarität und Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die neue Kampagne *Wir haben Platz* der AG Bleiben und der Seebrücke Köln ausdrücklich. Die Idee dahinter ist einfach: Man bringt Organisationen und Religionsgemeinden dazu, öffentlich ihre Bereitschaft zu erklären, Geflüchteten von den EU-Außengrenzen für ein bis zwei Jahre Wohnraum und ehrenamtliche Begleitung zur Verfügung zu stellen. Mit diesen handfesten Unterstützungsangeboten wird gezeigt, wie groß die zivilgesellschaftliche Aufnahmebereitschaft für Menschen ist, um dann die Landes- und Bundesregierung zu überzeugen, ein Landesaufnahmeprogramm in NRW zu starten, um dem Elend der Menschen in den Flüchtlingslagern ein Ende zu machen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin überzeugt, dass wir alle hier einen Beitrag dazu leisten können und damit zum Gelingen von *Wir haben Platz*. Den Ehrenamtlern in den Initiativen gilt unser besonderer Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte an der Stelle aber auch noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken, die bei der Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen eine gute, oft unterschätzte Arbeit leisten.

Auf unsere Anfrage vom vergangenen März im Sozialausschuss teilte die Verwaltung mit, dass sie unabhängig von der vom Rat beschlossenen Reservehaltung von Unterbringungsplätzen jederzeit in der Lage wäre, deutlich mehr Menschen in Köln aufzunehmen, wenn sich die Bundesrepublik an humanitären Maßnahmen in Griechenland beteiligt und Geflüchtete anschließend den Kommunen zuweisen würde.

Viele sind der Meinung, unsere Gesellschaft wäre gar nicht in der Lage, mehr zu tun. Doch wir können. Wie wir sehen: Auch Köln kann, darf aber nicht. Noch nicht!

Ich könnte hier noch viel zur Flüchtlingspolitik sagen, aber aufgrund der gebotenen Kürze möchte ich hier enden. Doch noch so viel: Der heutige Bericht im *Stadt-Anzeiger* über die traumatisierten Kinder in den griechischen Flüchtlingslagern ist erschütternd. Wir alle wissen hier, dass die Entscheidung, wer nach Deutschland kommen darf und wer nicht, nicht in den Kommunen getroffen wird. Wir alle wissen aber auch, dass in diesem Jahr eine Bundestagswahl ansteht, die eine Weichenstellung für die Flüchtlingspolitik und für die Politik für Flüchtlinge in Deutschland sein wird. In diesem Sinne: Glück auf! Den Änderungsantrag der FDP tragen wir nicht mit. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Ich freue mich, dass wir diesen Antrag mit breiter Mehrheit fassen werden. Er ist entstanden, weil Kölnerinnen und Kölner, die sich für Geflüchtete, für Seenotrettung und für würdige Zustände in den Geflüchteten-Einrichtungen einsetzen, von dem, was die Stadt Köln und der Stadtrat konkret tun, konkret helfen und konkret handeln, enttäuscht sind. Wir bessern jetzt nach.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir wollten 100 Geflüchtete aus der Seenotrettung aufnehmen. Eine Person, ein Mensch ist uns zugeteilt worden. Das ist die Realität.

Dazu kommt, dass die Lage für die Menschen sowohl an der bosnisch-kroatischen Grenze als auch in den Lagern am Mittelmeer immer schlechter wird. Verlängert die EU den Flüchtlingspakt mit Erdogan, der uns die ganze Zeit mehr oder weniger erpresst? - All das treibt die Kölnerinnen und Kölner um.

Der Rat beschließt heute, dass die Stadt Köln die Potsdamer Erklärung unterschreibt und dem Bündnis *Städte Sicherer Hafen* beitritt. Immerhin ist dies ein kleiner konkreter Schritt.

Ich möchte Ihnen von einem anderen konkreten Schritt erzählen: Der Gemeinderat der Stadt Konstanz hat eine Patenschaft mit dem Verein Sea-Eye zur Unterstützung des Geflüchteten-Schiffes Alan Kurdin beschlossen und für zwei Jahre 10.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Ich bitte den Rat, aber auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, einen solchen konkreten Schritt zu prüfen. Ich hatte Ihnen das bereits schon einmal vorgeschlagen. Wenn die Stadt Konstanz das kann, warum kann das nicht die Stadt Köln?

In Punkt 6 des Antrages wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, wie konkrete Hilfen für Geflüchtete in den Camps aussehen könnten und wie Hilfsmaßnahmen auch konkret finanziell möglich werden. Wir von den LINKEN wollen dazu einen konstruktiven Dialog. Wir hoffen, dass wir gemeinsame Wege finden, wie den Menschen in Zukunft geholfen werden kann. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vorab ist es mir ganz wichtig, festzustellen, dass auch meine Fraktionskollegin und auch meine Fraktionskollegen genauso geschockt sind wie Sie über die Bilder, die wir aus den Lagern Kara Tepe und Lipa und auch aus den griechischen Flüchtlingslagern sehen müssen. Auch wir fühlen die Verantwortung, dass hier Hilfe und Unterstützung notwendig ist.

Wir haben trotz alledem einen Änderungsantrag geschrieben. Ich möchte Ihnen aber auch etwas dazu sagen, warum wir das gemacht haben. Ich habe deutlich gemacht, dass wir kritisieren, wie diese Push-Backs von griechischen und kroatischen Beamten vor Ort vonstattengehen. Das kritisieren wir. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Gleiches gilt für die griechischen Lager. Hier hat die FDP im vergangenen Jahr - das hat Herr Detjen angesprochen - den Antrag im Stadtrat unterstützt, 100 hilfebedürftige Geflüchtete und 16 minderjährige Geflüchtete aufzunehmen. Die FDP steht zu ihrer humanitären Verpflichtung, Menschen in unserer Stadt Schutz und Unterkunft zu bieten. Überhaupt kein Zweifel!

Wir sind auch bereit, in der humanitären Notsituation zusätzliche Unterbringungskapazitäten bereitzustellen. Aufgrund dieser Haltung können wir auch ganz vielen Punkten in Ihrem vorgelegten Antrag zustimmen. Der Knackpunkt, in dem wir uns von den Antragstellern unterscheiden, ist folgender: Wer entscheidet über die Aufnahme von Geflüchteten? - Hier ist für uns die Antwort ganz eindeutig: Über die Aufnahme Geflüchteter entscheidet allein die Bundesregierung - die Bundesregierung, die von CDU und SPD getragen wird. Das möchte ich den Kollegen hier auch noch einmal im Rat ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Rechtsauffassung, die übrigens auch bisher von der Verwaltung geteilt wurde, wie sie uns auch in den Mitteilungen an den Sozialausschuss verdeutlichte. In dem vorgelegten Antrag kommt aber eine komplett andere Rechtsauffassung zum Tragen. So heißt es in der Begründung - ich zitiere -:

> Und sie

- damit ist das Bündnis *Städte Sicherer Häfen* gemeint -

> kämpfen für das Recht, endlich selbst über die Aufnahme von Menschen entscheiden zu können.

Meine Damen und Herren, diese Art - ich nenne es einmal so - kommunaler Außenpolitik ist nicht das Thema der FDP. Diese lehnen wir ab. Die Entscheidung über Aufnahmekapazitäten muss beim Bund liegen und bei niemandem sonst. Die Kommunen können indes ihre Bereitschaft dokumentieren, in schwierigen Situationen Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufzunehmen - auch über die Aufnahmequote hinaus. Dazu stehen auch wir Freien Demokraten im Kölner Rat. Genau das drücken wir in unserem Änderungsantrag aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, unsere differenzierte Haltung zu diesem Thema würden wir auch gern im Rahmen der Abstimmung zum Ausdruck bringen. Deshalb bitten wir um punktweise Abstimmung.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Des eigenen Antrages, also des Änderungsantrages oder des Ursprungsantrages? - Ich möchte es nur verstehen.

Katja Hoyer (FDP): Wir könnten hier alternativ zu den Änderungspunkten, die wir haben, abstimmen. Es sind drei Punkte, die wir anders sehen. Wenn wir da alternativ abstimmen könnten, wäre das sehr gut. Bei den anderen Punkten stimmen wir zu. Da könnten Sie immer den Punkt 1

alternativ zur Abstimmung stellen: FDP oder Ursprungsantrag. Und den Punkt 2 - dem würden wir zustimmen - könnten Sie auch zur Abstimmung stellen. Immer alternativ.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht überraschen, dass wir den vorliegenden Antrag für inhaltlich falsch, für unsere Stadt schädlich und politisch für töricht halten.

Warum inhaltlich falsch? - Schon in der Überschrift begehen die Antragsteller den alten Kardinalfehler und werfen alle Menschen in den griechischen und bosnischen Lagern in einen Topf, indem sie fälschlicherweise von *Geflüchteten* sprechen. Dabei wissen Sie ganz genau: Es handelt sich um eine Mischung von Migranten, Asylbewerbern, Flüchtlingen und sonstigen Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben. Die Zahl der anerkannten Asylbewerber, also der Personenkreis, der wirklich schutzbedürftig und der tatsächlich anspruchsberechtigt ist, liegt im Schnitt der letzten Jahre - man kann es nicht oft genug wiederholen - konstant und regelmäßig unter 2 Prozent. Unter 2 Prozent, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Warum ist Ihr Antrag für unsere Stadt schädlich? - Nun, Köln hat schon heute eine deutlich unterdurchschnittlich qualifizierte Einwohnerschaft.

(Lachen)

- Doch! Nehmen Sie die Zahlen doch bitte zur Kenntnis.

Bei den Arbeitnehmern mit akademischem Abschluss liegt München auf Platz 1, Bonn belegt immerhin noch Platz 7, und Köln liegt ganz weit hinten auf dem drittletzten Platz.

Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sieht es folglich ganz ähnlich aus: Im bundesdeutschen Wettbewerb liegen hier Wolfsburg und Ingolstadt auf den vorderen Plätzen. Düsseldorf kommt immerhin noch unter die Top 10, aber Köln spielt weit abgeschlagen beim BIP pro Kopf in einer Liga mit Weiden in der Oberpfalz. Weiden in der Oberpfalz - das ist kurz vor der tschechischen Grenze, ehemaliges Zonenrandgebiet. Da spielt Köln. Wir lernen also: unterdurchschnittlich qualifizierte Arbeitnehmerschaft, unterdurchschnittlich beim BIP pro Kopf.

So wundert es auch nicht, dass Köln heute mit 14 Prozent Hartz-IV-Empfängern mehr als das Doppelte des Bundesdurchschnitts aufweist. Jetzt wollen Sie die Gestrandeten aus den bosnischen und griechischen Lagern nach Köln holen. Dazu sollten Sie die jüngsten Zahlen zu Harz-IV-Beziehern nach Herkunftsländern wissen: Deutsche - nur, um einmal den Vergleichswert zu haben - 6 Prozent, Westbalkanstaaten 15 Prozent, Nigeria, Pakistan 23 Prozent, Somalia 45 Prozent, Afghanistan 50 Prozent, Irak 56 Prozent, Syrien 76 Prozent.

Jeder, meine Damen und Herren, der heute hier für diesen Antrag stimmt, sollte wissen, was das für Köln heißt. Es bedeutet weitere Absenkung des Qualitätsniveaus, noch mehr Hartz-IV-Empfänger und eine noch höhere soziale Disparität in dieser Stadt.

Sie, die Antragsteller, sind typische Gesinnungsethiker. Sie folgen einem kurzfristigen humanistischen Impuls. Sie suhlen sich geradezu in Ihrem Gutmenschentum. Ganz typisch: Alles, was Sie tun, tun Sie immer und ausnahmslos mit dem Geld fremder Leute, nie mit eigenem Geld. Um die Folgen für unsere Stadt scheren Sie sich einen feuchten Kehricht.

Wir hingegen als Verantwortungsethiker fragen

(Zurufe und Lachen)

- jawohl, Max Weber lässt grüßen -: Was sind die langfristigen Folgen, was wird es kosten, und wer wird dafür bezahlen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens, die Redezeit ist abgelaufen.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe hier in den vier Jahren, in denen ich bisher im Rat bin, bisher nicht nennenswert überzogen. Ich bitte Sie, mir jetzt diese gottverdammte Minute zu geben, um das hier zum Abschluss zu bringen.

(Zurufe: Nein!)

Das sind die Fragen, die wir stellen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir werden Ihnen jetzt nicht mehr zuhören, Herr Boyens. Ich glaube, das bringt gar nichts.

(Lebhafter Beifall)

Stephan Boyens (AfD): Aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag ab. Er ist inhaltlich falsch, er ist schädlich für unsere Stadt, und er ist politisch töricht, weil er ein falsches Signal sendet. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Ich habe mir das eben noch einmal angesehen und denke, es ist richtig, dass ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen lasse, dann zifferweise über den Ursprungsantrag - Ziffer 1, 3 und 7 zusammen, Ziffer 2, 4 bis 6 - und dann zur Gesamtabstimmung komme.

Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Ich hätte mir das jetzt eigentlich so vorgestellt, dass Sie Ziffer 1 vom Ursprungs- - Geht nicht? - Okay. Wenn Frau Gies schon mit dem Kopf schüttelt, dann glaube ich das.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Man konnte Sie jetzt leider nicht verstehen, weil Sie schon während des Sprechens weggingen. Es ist total schwierig - Sie können hier einmal mit mir tauschen für fünf Minuten -, Sie alle zu verstehen mit den Masken.

Katja Hoyer (FDP): Ich kann das gut nachvollziehen, Frau Oberbürgermeisterin, dass es schwierig ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Entschuldigung, das ist jetzt wirklich nicht persönlich gemeint. Ich habe es nicht verstanden.

Katja Hoyer (FDP): Ich habe nur gesagt: Wenn Frau Gies schon den Kopf schüttelt, dann nehme ich das auch hin und dann weiß ich, dass das Abstimmungsverhalten richtig ist und ich mich täusche. Ich glaube, das ist doch jetzt eine gute Äußerung gewesen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen, zunächst die Ziffern 1, 3 und 7 zusammen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Ziffer 2, 4 bis 6 zusammen: Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die LINKEN, Die PARTEI, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die AfD, Volt, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die KLIMA FREUNDE. Gibt es Enthaltungen? - Die kann es nicht mehr geben. Dann ist das so beschlossen.

Gesamtabstimmung: Gegenstimmen? - AfD-Fraktion. Enthaltungen? - FDP und Herr Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Änderung:

Punkt 1 wird wie folgt ersetzt:

- *Der Rat der Stadt Köln steht zu seiner humanitären Verantwortung, geflüchtete Menschen in Köln aufzunehmen und ihnen Schutz zu bieten.*

Punkt 3 wird wie folgt ersetzt:

Gegenüber der Landes- und Bundesregierung signalisiert der Kölner Rat seine Bereitschaft, für besonders

schutzbedürftige Geflüchtete in einer Notsituation Aufnahmeplätze bereitzustellen.

Punkt 7 wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird gebeten auf ihrer Internetseite die Rubrik „Situation und Unterstützung von Geflüchteten“ einzurichten, zu pflegen und mit Organisationen der Zivilgesellschaft zu verlinken, um die Öffentlichkeit über die Lage und entsprechende Aktivitäten zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Punktweise Abstimmung über den Ursprungsantrag

Zu Ziffer 1,3 und 7

Beschluss:

1. *Der Rat bekräftigt seine Beschlüsse vom 14.02.2019 (AN/0179/20) und vom 06.02.2020 (0361/2020).*

3. *Der Rat der Stadt Köln schließt sich der Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“ an. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, die Erklärung im Namen der Stadt Köln mitzuzeichnen.*

7. *Die Verwaltung wird gebeten, auf ihrer Internetseite die Rubrik "Stadt Köln als sicherer Hafen" einzurichten, zu pflegen und mit Organisationen der Zivilgesellschaft zu verlinken, um die Öffentlichkeit über die Lage und entsprechende Aktivitäten zu informieren.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, AfD und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Zu Ziffer 2 und 4 – 6

Beschluss:

2. *Der Rat der Stadt Köln setzt sich weiterhin für die Auflösung von menschenunwürdigen und rechtswidrigen Flüchtlingslager wie z.B. in Griechenland (Moria, Kara Tepe) ein.*

4. *Darüber hinaus erklärt sich der Rat der Stadt Köln bereit, über die Aufnahme von Geflüchteten aus Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme Geflüchteter aus den griechischen Auffanglagern hinaus, Geflüchtete aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion, v.a. aus den Lagern Lipa und Kara Tepe aufzunehmen.*

5. *Der Rat verurteilt die illegalen Pushbacks von griechischen und kroatischen Beamten, die regelmäßig dokumentiert werden, und appelliert an Bund und Land, dass Maßnahmen ergriffen werden, die diese Praxis unverzüglich beenden, dass die begangenen Rechtsbrüche untersucht werden und alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.*

6. *Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen die Initiierung und Koordinierung eines Projekts der Stadt und der Kölner Zivilgesellschaft, um Menschen in einem Geflüchteten-Camp in einem der besonders betroffenen Erstankunftsländern die dringend humanitäre und rechtliche Unterstützung zu ermöglichen, befördert und auch finanziell unterstützt werden kann.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., Volt, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln zugestimmt.

III. Abstimmung über den Gesamtantrag

Beschluss:

1. *Der Rat bekräftigt seine Beschlüsse vom 14.02.2019 (AN/0179/20) und vom 06.02.2020 (0361/2020).*

2. *Der Rat der Stadt Köln setzt sich weiterhin für die Auflösung von menschenunwürdigen und rechtswidrigen Flüchtlingslager wie z.B. in Griechenland (Moria, Kara Tepe) ein.*

3. *Der Rat der Stadt Köln schließt sich der Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“ an. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, die Erklärung im Namen der Stadt Köln mitzuzeichnen.*

4. *Darüber hinaus erklärt sich der Rat der Stadt Köln bereit, über die Aufnahme von Geflüchteten aus Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme Geflüchteter aus den griechischen Auffanglagern hinaus, Geflüchtete aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion, v.a. aus den Lagern Lipa und Kara Tepe aufzunehmen.*

5. *Der Rat verurteilt die illegalen Pushbacks von griechischen und kroatischen Beamten, die regelmäßig dokumentiert werden, und appelliert an Bund und Land, dass Maßnahmen ergriffen werden, die diese Praxis unverzüglich beenden, dass die begangenen Rechtsbrüche untersucht werden und alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.*

6. *Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen die Initiierung und Koordinierung eines Projekts der Stadt und der Kölner Zivilgesellschaft, um Menschen in einem Geflüchteten-Camp in einem der besonders betroffenen Erstankunftsländern die dringend humanitäre und rechtliche Unterstützung zu ermöglichen, befördert und auch finanziell unterstützt werden kann.*
7. *Die Verwaltung wird gebeten, auf ihrer Internetseite die Rubrik "Stadt Köln als sicherer Hafen" einzurichten, zu pflegen und mit Organisationen der Zivilgesellschaft zu verlinken, um die Öffentlichkeit über die Lage und entsprechende Aktivitäten zu informieren.*

Abstimmungsergebnis.

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Neutralitätsgebot“

AN/0541/2021

Hier hat als Erster Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass die Stadt Köln ein offensichtliches Problem mit dem Linksextremismus hat, wissen wir seit der letzten Ratssitzung und seit der Diskussion um das AZ. Aber jetzt zu *Kein Veedel für Rassismus*. Vorweg: Natürlich lehnt auch meine Fraktion ausdrücklich Rassismus ab.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Ach so!)

Jedoch sollte dieses berechtigte Anliegen nicht als Mittel zum Kampf gegen konservativ-patriotische Kräfte missbraucht werden.

Kein Veedel für Rassismus wird nachweislich von linksextremen Organisationen wie der Interventionistischen Linken oder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend unterstützt. Der VVN-BdA steht im Impressum. Die Bundesvereinigung dieses VVN hat zwischenzeitlich ihre Gemeinnützigkeit verloren und das bei einem Berliner Finanzamt. Das spricht Bände.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt aber zurück zu Köln und seinen Schulen in städtischer Trägerschaft sowie anderen städtischen Gebäuden, an denen diese Fahnen hängen bzw. hingen. Sie können dort draußen auf dem Alten Markt schauen: Am Jugendbüro hängt so eine Fahne. Das widerspricht glasklar dem Neutralitätsgebot des Staates. Denn wenn man auf die Webseite dieser Organisation klickt, sieht man: Es richtet sich glasklar gegen eine politische Partei, die völlig legal in diesem Land agiert, und das ist meine Partei.

Ich würde übrigens auch bei jeder anderen Partei, die hier ist, sagen, wenn dort gegen sie Antipropaganda hängen würde: Die muss herunter, der Staat hat sich im demokratischen Meinungskampf neutral zu verhalten.

(Beifall bei der AfD)

Aber was soll man auch von den Kölner Schulen erwarten? - Während des Kommunalwahlkampfes tolerierte die Stadt es über einen sehr langen Zeitraum, dass am städtischen Rathaus ebendiese Fahne hing - wohl am Büro einer Bürgermeisterin, die jetzt nicht mehr Bürgermeisterin ist.

(Zuruf: Das hat sie richtig gemacht, super!)

Die Stadt ist bekanntlich Träger der Schulen. Wir hatten dazu auch eine Anfrage im Rahmen der letzten Ratssitzung gestellt. Die war unbefriedigend. Viele Fahnen hängen immer noch. Wir sollten dafür sorgen, dass unsere Schulen frei von linksextremer Propaganda sind.

Deshalb: Stimmen Sie diesem Antrag zu! Machen Sie das, dann können Sie etwas für Köln tun. So können Sie die Neutralität des Staates fördern. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *Die Verwaltung der Stadt Köln erfragt bei der Verwaltung der Bezirksregierung Köln die Standorte der Schulen, die widerrechtlich politische Fahnen aufgehängt haben.*

2. *Die so ermittelten Schulen werden durch die Stadtverwaltung angeschrieben und den entsprechenden Schulleitern eine Weiterbildungsmaßnahme zu „politischer Neutralität an Schulen und sonstigen öffentlichen Gebäuden“ ermöglicht. Zusätzlich werden diese Schulleiter aufgefordert, die Fahnen abzuhängen. Bei Zuwiderhandlung werden dann Abmahnungen verfasst.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.6 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „Accountkarussell OB“

AN/0472/2021

Hier hat zunächst Frau Dickas das Wort.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Da ich ebenso gut vom Blatt ablesen kann, werde ich Ihnen heute etwas zu unserem Antrag vorlesen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsangehörige der demokratischen Parteien! Liebes Team Reker! Sehr verehrtes Wahlvieh draußen an den Geräten! Im Rahmen der Recherchen für diesen Antrag haben wir uns an das Jahr 2017 zurückerinnert. Der damalige Bundestagswahlkampf war der erste große Wahlkampf, der zu einem beträchtlichen Teil online geführt wurde. Damals wurde zum Beispiel Martin Schulz von einem Medienbranchendienst zum Facebook-Wahlkampfsieger ausgerufen, und seine Facebook-Seite hat immer noch beträchtliche Abonnentenzahlen. Erstaunlich, wenn man sich anschaut, dass er dort überwiegend Screen-Shots seiner Tweets postet.

Uns ist dieser Wahlkampf 2017 in guter Erinnerung geblieben, weil wir dort 30 Facebook-Gruppen der AfD mit über 180.000 Sympathisanten okkupieren konnten. Da waren Gruppe dabei wie der Frauke-Petry-FanCLUB oder die Gruppe *Heimatliebe*, die wir sofort in *Humusliebe* umbenannt haben. Das war sicherlich ein schmerzlicher Verlust für die AfD so kurz vor der Wahl.

Wer einen Social-Media-Kanal betreibt, muss dafür Sorge tragen und die Verantwortung übernehmen. Das ist die eine Wahrheit. Eine andere lautet: Macht klar, wer verantwortlich ist! Beim Reker‘schen Accountkarussell fehlt genau das. Mal wurden die Accounts von Frau Reker und ihrem Team, mal von der städtischen Pressestelle bespielt.

Nicht nur das! Frau Rekers Social-Media-Berater wurde sogar aus städtischen Mitteln bezahlt. Die Rede ist von über 73.000 Euro. Damit hat die Stadt die Accounts hochgepäppelt und als offizielle Kanäle der Stadt etabliert, um sie dann, so ausgestattet, in Frau Rekers persönliche Obhut zu übergeben. Scheinbar ist es jetzt möglich, dass die Stadt Köln ohne OB-Account auskommt, oder sie wartet einfach, bis Gras über die Sache gewachsen ist, um sich dann für weitere fünf Jahre den Reker-Kanälen anzunehmen.

Wir wollen aber jetzt schon Klarheit, und die einzig klare und vertrauenswürdige Lösung ist die Rückführung der Reker-Kanäle in die städtische Verantwortung unter klaren und eindeutigen Regeln, die dieser Rat mit zu beschließen hat. Wir wollen die Reker-Kanäle als OB-Kanäle, und sollte es ein Leben nach Frau Reker geben, werden die Kanäle eben umbenannt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht jetzt das Wort? - Herr Krupp und dann Herr Petelkau.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Um es ganz deutlich zu sagen: Das, was über diese Social-Media-Accounts der Oberbürgermeisterin im Vorfeld des OB-Wahlkampfes berichtet wurde - namentlich auch durch das Internetmagazin *report-K*, aber auch durch die Zeitungen der Stadt -, hat uns schon sehr erschrocken. Es war wirklich - das sage ich in aller Deutlichkeit - aus unserer Sicht nicht in Ordnung, diese Kanäle an die Stadt nach der Wahl 2015 zu verleihen, sie dann - das muss man so deutlich sagen - mit Hilfe von Steuergeld aufpumpen zu lassen, um sie dann pünktlich zur OB-Wahl 2020 wieder sozusagen in private Trägerschaft zurückzuholen und für diese OB-Wahl zu nutzen. Wir wollen hier ganz ausdrücklich sagen: Wir sind damit nicht einverstanden, wir halten das nicht für richtig. Es wäre richtig gewesen, diese Kanäle immer in privater Trägerschaft zu lassen, damit politisch umzugehen - das macht jeder Politiker, das ist völlig in Ordnung -, aber dann bitte auch mit eigenen Mitteln und auf eigene Kappe, wie wir das alle machen. Dann kann man die selbstverständlich auch bei den Wahlkämpfen nutzen. So ist aber ein ganz übles Geschmäckle entstanden, was zu Recht hier große Fragen aufgeworfen hat.

Unser Punkt war aber immer: Lassen Sie es in privater Trägerschaft. Wenn wir das richtig sehen, ist es jetzt in privater Trägerschaft. Ganz ehrlich: Es jetzt an die Stadt zurückzugeben, damit Herr Vogel sich sozusagen mit 140 Zeichen - ich sage das mal so süffisant - täglich eine digitale Heiligenverehrung aus den Fingern saugen kann,

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

macht doch auch keinen Sinn. Deswegen werden wir den Antrag der PARTEI, der einen ganz wichtigen Punkt aufgegriffen hat, ablehnen.

Die PARTEI hatte in ihrem Redebeitrag eben in vielen Punkten recht: Es ist nicht nur nicht so super, sondern es ist wirklich nicht in Ordnung gewesen. Obwohl wir das auch so sehen, sind wir konsequent. Wir haben immer gesagt: Das soll in privater Hand bleiben. Jetzt ist es in privater Hand. Da soll es bleiben. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. Aber einen wichtigen Punkt hat Die PARTEI hier gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Zuschauerinnen und Zuschauer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein Satz zu den letzten Äußerungen des Kollegen Krupp: Wir haben das im letzten Jahr auch ausführlich im Ausschuss diskutiert. Das Ergebnis war eindeutig: Es war angemessen, weil die Stadt Köln unter dem damaligen SPD-Vorgänger überhaupt gar keinen Account hatte, diese Sache nach der Wahl 2015 zu übertragen, damit auch auf diesem wichtigen Medium überhaupt eine Kommunikation stattfinden konnte.

Das Zweite ist, was ebenfalls ausführlich geprüft wurde: Es war auch rechtlich absolut in Ordnung, sauber und damit der Situation angemessen, dass hier so gehandelt wurde, nämlich dass im Wahlkampf eine Trennung erfolgt ist. Das nur einmal zur Klarstellung, weil hier wieder der Versuch unternommen wird, eine Geschichtsklitterung vorzunehmen.

Den Antrag der PARTEI lehnen wir ab, weil die Trennung der persönlichen Daten natürlich jetzt sinnvoll ist, da die Stadt Köln inzwischen auch die Gelegenheit hat, klar Dinge zu veröffentlichen, wir uns hier weiterentwickelt haben. Es gibt in Zukunft eine klare Trennung in die Konten der Oberbürgermeisterin, in die Funktion, und die persönlichen Konten. Deshalb ist der Antrag, den Die PARTEI hier vorgestellt hat, nicht zielführend, und deshalb lehnen wir diesen ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dem, was Herr Krupp zu den Geschehnissen des Wahlkampfes gerade gesagt hat, habe ich nichts hinzuzufügen. Dieser Darstellung stimme ich so zu.

Der Antrag der Gruppe Die PARTEI betrifft jetzt aber doch die Gegenwart und die Zukunft, und ich

muss sagen, ich halte das für einen plausiblen Verfahrensvorschlag, wie mit diesem Thema umgegangen wird. Es geht im Kern um die Frage, ob auf dem privaten Account von Ihnen, Frau Reker, Inhalte verbreitet werden, die Ihre Tätigkeit als Oberbürgermeisterin darstellen, Informationen über diese Tätigkeiten, Erklärungen und Meinungsäußerungen dazu. Wenn das so ist, kann man zu dem Schluss kommen, dass die Ihrerseits privat betriebene Facebook-Seite von vielen Menschen, die sich diese anschauen, als eine Art amtliche Präsenz der Oberbürgermeisterin im Internet aufzufassen ist.

Wir halten es deshalb für einen vernünftigen Vorschlag, dass die Stadt Köln einen Account der Oberbürgermeisterin einrichtet, damit es ganz eindeutig geklärt ist, in wessen Auftrag und wozu dort gesprochen wird. Wir halten es auch für triftig, dass in diesem Antrag gesagt wird: Diese Äußerungen müssen auch zur Veraktung und Dokumentation dort abgelegt sein, damit die städtischen Dienststellen darauf Zugriff haben. Deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Bürger - ich sage bewusst nicht *Stimmvieh* - an den Apparaten dort draußen! Liebe Pressevertreter! Es ist wirklich schön, dass der eine oder andere jetzt hier schon Themen aufgreift, die die vorherige AfD-Fraktion in einer der letzten Ratssitzungen aufgegriffen hat. Schön, dass Sie dazulernen.

Natürlich sind auch wir für eine Trennung der Politikerin Reker und der Verwaltungschefin Reker. Dass das technisch nicht schon längst hätte gemacht werden können, das glaube ich nicht. Ich bin von einer Partei, die nun einmal sehr internetaffin und facebookaffin ist. Da kann ich nur sagen: Das ist alles leicht einstellbar, leicht machbar.

Die PARTEI musste zwar vorhin das Bashing machen, hat aber gern, glaube ich, aufgegriffen, dass es eigentlich ein AfD-Thema war, was wir schon einmal auf die Agenda gesetzt haben. Von daher noch ein kurzer Hinweis an Die PARTEI: Wenn Sie sich bei uns in die Gruppen einhacken oder Ähnliches, dann machen Sie damit in der Öffentlichkeit wiederum Werbung für uns, weil wir dann in den Medien stattfinden. Insofern vielen Dank für die Werbung.

(Beifall bei der AfD)

Das hat bei der letzten Bundestagswahl, glaube ich, ganz gut für uns funktioniert. Warten wir einmal ab, was im September ist, und dann schauen wir einmal. Vielen Dank schon einmal für die Werbung.

Wir werden uns, weil man unsere Bürger nicht als *Stimmvieh* bezeichnet, hier in diesem Fall enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die LINKEN, Die PARTEI und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD und von Herrn Zimmermann. Sie sind so weit weg, das ist wirklich ein Problem. Vielleicht müssen Sie bunte Stimmkarten oder so etwas benutzen. - Enthaltungen? Das waren Enthaltungen? - Ja, Enthaltung bei den KLIMA FREUNDEN. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Die öffentlichen Social-Media-Kanäle der Oberbürgermeisterin Reker werden an das Presseamt der Stadt Köln übergeben und dort zentral verwaltet und bespielt.*

2. *Frau Reker übergibt die bisher getätigte Öffentlichkeitsarbeit zur ordnungsgemäßen Dokumentation an die zuständige Stelle (ausgedruckt für die Veraktung).*

3. *Sollte es für die Oberbürgermeisterin keine offiziellen städtischen Accounts geben, sind diese anzulegen und auf offizielle Seiten zu referenzieren.*

4. *Auf private Homepages darf von öffentlicher Seite nicht bzw. nur im Rahmen des öffentlichen Auftrages verwiesen werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppe Die PARTEI und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung

der AfD-Fraktion und der Ratsgruppen KLIMA FREUNDE und GUT Köln abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Umstrukturierung der Dezernate sowie Bestellung einer allgemeinen Vertreterin bzw. eines allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin“

AN/0546/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0617/2021

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

AN/0623/2021

Ich gebe zunächst Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle werden mir recht geben, wenn ich sage: Die Zeiten, in denen wir aktuell leben, könnten nicht krasser sein. Die Herausforderungen wachsen täglich - nicht nur, dass wir in einer wachsenden Stadt leben mit all ihren damit einhergehenden Anforderungen, nicht nur, dass wir in einer Klimakrise stecken, die uns vernichten wird, wenn wir sie nicht stoppen. Nein, wir kämpfen auch seit fast über einem Jahr gegen eine Pandemie, und das Licht am Ende des Tunnels ist heute nur sehr schwach zu sehen. All dem müssen wir uns als gewählte Mitglieder des Rates stellen. Wir müssen nachhaltige, zukunftsgewandte und verlässliche Politik machen. Wir brauchen dafür eine starke, schlagkräftige, agile und bestens aufgestellte Verwaltung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir schlagen die Bildung von zwei neuen Dezernaten und einige Umstrukturierungen innerhalb der Dezernate vor, um den Verwaltungsvorstand zu stärken und ein zukunftsfestes Fundament unserer Arbeit zum Wohle unserer Stadt zu schaffen.

Das neue Dezernat VIII Umwelt, Klima und Liegenschaften wird künftig das Umweltamt und das Grünflächenamt unter einem Dach vereinen, was zu erheblichen Synergien führen und Schnittstellen bilden wird.

Wenn wir in Köln die Pariser Klimaziele einhalten wollen, heißt das, dass wir bis spätestens 2035 klimaneutral sein müssen. Um das zu schaffen, bedarf es der Bündelung und Stärkung aller Kräfte. So wird natürlich auch die Koordinierungsstelle Klimaschutz unter dem Dach des neuen Dezernates beheimatet sein und zur weiteren Stärkung das strategisch wichtige Amt der Liegenschaften.

Auch die Schaffung eines neuen Dezernats IX Stadtentwicklung, Wirtschaft und Digitalisierung soll den neuen vor uns liegenden Herausforderungen gerecht werden. Wo, wenn nicht in einem solchen Dezernat, könnten die Probleme einer von Leerstand bedrohten City gelöst werden? Und wenn wir gemischte und lebendige Quartiere erhalten und entwickeln wollen, dann benötigen wir Stadtentwicklungskonzepte, die nachhaltig im Sinne der Ökologie, der Ökonomie und des Sozialen sind und die nachhaltig auch unseren Wirtschaftsstandort stärken.

Die dritte Säule des Dezernats, die Digitalisierung, ist hier auch bestens aufgehoben. Wir sind uns sicherlich alle einig: Köln soll zu einer ganzheitlichen Smart City werden. Das schreit geradezu nach einer engen Verzahnung von Stadtentwicklung und Digitalisierung.

Zusammengefasst: Den Antragstellern scheint die Schaffung von zwei Dezernaten nicht nur angemessen, sondern auch notwendig. München hat übrigens 14 Dezernate.

Jetzt ist meine Redezeit schon fast vorbei. - Wir schlagen auch noch eine gleichmäßigere Aufteilung der bestehenden Aufgabenfelder vor. So soll das bisher mit sehr vielen Aufgabenbereichen betraute Dezernat I nicht mehr das Rechtsamt und das Gleichstellungsamt beherbergen.

(Zurufe von der AfD: Zeit!)

Diese beiden Ämter werden in die Kämmerei verlegt.

(Zurufe von der AfD: Zeit!)

Meine Damen und Herren, ich bin mir bewusst, dass ich nicht alle hier im Saal zur Zustimmung bewegen kann, aber ich hoffe, dass ich die eine oder den anderen überzeugt habe, dass unsere Vorschläge plausibel sind und dazu beitragen

werden, dass wir nachhaltig die Herausforderungen in dieser Zeit stemmen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt bitte ich einmal aufzuzeigen, von wem das Wort gewünscht wird. Meine Redeliste geht mit Herrn Görzel weiter.

(Christian Joisten [SPD] meldet sich zu Wort.)

Herr Joisten. Eigentlich wäre erst Herr Petelkau an der Reihe. Ich bitte wirklich darum, das vorher einzureichen, sonst funktioniert das hier nicht, schon gar nicht in diesem Saal, den man nicht überblicken kann. - Herr Joisten, Sie haben das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als das Ratsbündnis der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2003 die Geschäftskreise des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten neu festgelegt haben und auf insgesamt acht Dezernate verschlankten, wurden sie - so stand es damals in der Begründung dieses Antrages - vom Gedanken einer effizienten und effektiven Verwaltungsorganisation geleitet. Schlankere Strukturen in der Verwaltungsspitze sollten sicherstellen, dass zukünftige Aufgaben durch weniger Beigeordnete geleistet werden. So erfolgte die letzte umfassende Dezernatsneuordnung der Stadtverwaltung auf Initiative eines Ratsbündnisses aus CDU und Grünen. So viel zur Geschichte.

Welch Widerspruch also zu dem, was wir heute vorliegen haben, im Gegensatz zu der damaligen Ausrichtung. Die Ämter der Stadtverwaltung werden auf insgesamt zehn Dezernate aufgeteilt. Wieso verabschiedet sich dieses Bündnis von einer schlanken Verwaltungsstruktur, frage ich Sie hier in diesem Haus. Es wird nämlich in Zukunft viel mehr Reibungsverluste geben, gerade auch bei *der* sozialen Frage dieser Stadt und unserer Zeit, nämlich dem Thema Wohnen. Maßgebliche Ämter werden nach dem Vorschlag von CDU, Grünen und Volt auf sage und schreibe vier Dezernate aufgeteilt. Der Wohnungsbau wird auf diese Weise an die Kette gelegt. Wenn das schon kein vorsätzliches Ausbremsen von bezahlbarem Wohnen in Köln ist, dann zumindest grob fahrlässig.

(Beifall bei der SPD)

Aus unserer Sicht ist eine Erhöhung der Beigeordnetenzahl auch angesichts der massiven finanziellen Belastung der Kommune durch die Corona-Pandemie nicht vertretbar. Gleichwohl besteht Handlungsbedarf, da die für das Thema Wohnen und Wohnungsbau maßgeblich zuständigen Ämter endlich in einem Dezernat gebündelt werden müssen. Zugleich muss das Thema Wohnen endlich zur Chefsache gemacht werden, um beim Wohnungsbau voranzukommen. Wie Sie in unserem Änderungsantrag sehen, ist dieses Ziel auch ohne eine Erhöhung der Dezernatszahl lediglich durch eine geschickte Anordnung der Ressorts zu bewerkstelligen.

Die gleiche Priorität muss aus unserer Sicht auch auf dem Thema Klimaschutz liegen. Auch hier sprechen wir uns in unserem Antrag für die Einrichtung einer entsprechenden Taskforce aus.

Die Zuordnung des Amtes für Denkmalschutz und Denkmalpflege soll nach unserem Modell im Dezernat VI bleiben. Somit würde sich eine Ausschreibung von drei neuen Dezernatsstellen erübrigen und die Nachbesetzung der vakanten Stelle im Dezernat I unmittelbar vorgenommen werden.

Da wir aber alle hier in diesem Raum wissen, warum diese Aufblähung des Stadtvorstandes und diese nicht sachgemäße Umverteilung von Ämtern und Dienststellen entlang klar erkennbarer Parteilinien vorgenommen wird, wird dieses neu formierte Bündnis heute unseren vernünftigen und der Stadt dienenden Änderungsantrag ablehnen. Dessen sind wir uns sicher, da ansonsten die vereinbarten Preise nicht gezahlt werden können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass die Besetzung der neuen Dezernatspositionen ausweislich der Presseberichterstattung bereits festzustehen scheint, wird die Dimension dieses Postengeschachers besonders deutlich.

Im Übrigen sei zu diesem Vorgang noch angemerkt, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, im Falle der Neubesetzung des Dezernats IV im Jahr 2019 eine pure Pressespekulation zum Anlass genommen haben, entgegen auch der Position Bezirksregierung dieses Verfahren zu stoppen und neu aufzusetzen und die damals in der Presse benannte Kandidatin als verbrannt zu

betrachten und nicht weiter zur Geltung kommen zu lassen. Wenn diese Maßstäbe heute angelegt werden, dann ist der Kreis der infrage kommenden Kandidaten sehr klein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vor diesem Hintergrund lehnen wir selbstverständlich diesen Antrag ab und hoffen immer noch auf Zustimmung für unseren Änderungsantrag, der diese Stadt maßgeblich entlasten sowie schlanker und effizienter gestalten würde. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, bitte gestatten Sie mir zunächst, darauf hinzuweisen, dass der Desinfektionsmittelständer neben dem Rednerpult steht, damit Sie die Möglichkeit haben, sich - wenn Sie ihn benutzen - die Hände zu desinfizieren. Das nützt natürlich nichts mehr, wenn man es gerade verlassen hat, Herr Joisten. Von daher gilt das für die Zukunft.

Ich möchte Sie auch daran erinnern - aber Sie wissen das, Herr Joisten -, dass es keine reine Spekulation war, sondern dass es eine eindeutige Aussage der SPD-Fraktion war, für welchen Kandidaten sie sich entschieden hatte. Ich wollte Sie nur daran erinnern, Sie wissen es ja, Sie haben ja selbst diese Aussage gemacht.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Jetzt bitte ich als Nächsten Herrn Petelkau ans Mikrofon oder ans Rednerpult - wie auch immer.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern zwei Dinge ergänzen und herausarbeiten.

Diese Umorganisation ist angemessen, sie ist zielgerichtet, und sie hilft uns dabei, die Aufgaben, die in den nächsten Jahren anstehen, besser und schneller zu bewältigen. Denn eines, lieber Kollege Joisten, hat sich seit 2003 geändert: Die Herausforderungen sind größer geworden. Wir haben den Klimawandel, der entsprechend geschafft werden muss. Wir haben aber auch durch die Pandemie neue Herausforderungen so wie die Digitalisierung im Wirtschaftsgeschehen. Darauf muss man reagieren. Darauf haben wir reagiert mit unserem Antrag.

Es ist zudem auch im Vergleich zu anderen Großstädten, Metropolen angemessen: Frankfurt hat inklusive Oberbürgermeister elf Dezernate, München 15. Ich glaube, da sind wir mit zehn am Ende angemessen unterwegs. Wir wollen die Gelegenheit nutzen, hier die Stadtverwaltung auf höchster Ebene effizient aufzustellen und damit die wichtigen Aufgaben dieser Stadt auch besser zu gestalten.

Hinsichtlich der Besetzung hat die Frau Oberbürgermeisterin gerade eben schon gesagt: Wir haben hier ein entsprechendes Ausschreibungsverfahren auf den Weg gebracht. Kandidaten, die vorher genannt werden, werden in der Presse genannt. Ob sie kandidieren, wird man sehen. Aber Fakt ist definitiv, dass es keinerlei Aussagen gibt, wer wie was wo wird. Das ist genau das entscheidende Kriterium. Wir werden nach den entsprechenden Richtlinien definitiv einen Personalberater beauftragen, wie es guter Brauch ist. Kandidaten können sich dort bewerben, es wird ausgeschrieben. Vor diesem Hintergrund stehen wir am Anfang eines Verfahrens und nicht am Ende, und genau dieses Verfahren wollen wir abwarten. Die Besten werden am Ende die Kandidaten werden, die die Stadtspitze künftig verstärken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel, vielen Dank für Ihre Geduld.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr gern. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst meine Irritation darüber zum Ausdruck bringen, dass allen Ernstes von Ihnen, liebe Grüne, eben der Antrag von der PARTEI überstimmt und als erledigt betrachtet wurde. Ich finde, das ist kein gutes Omen, dass gerade Sie als eine Partei, die früher auch klein war, die es gelernt hat, wie es ist, wenn Große ihre Muskeln zeigen, so mit einem Newcomer in unserem Rat umgehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen des neuen Ratsbündnisses, das ist kein Menetekel Ihres neuen Stils.

Wohl aber Bestätigung des Stils des Bündnisses ist es, Personen und Ämter vor Inhalte zu setzen; denn genau das ist der Inhalt dieser Dezernatsschaffung. Inhalte lesen wir keine im Antrag. Wir haben keine Begründung im Antrag gehört, warum es erforderlich ist, zwei neue Dezernate zu schaffen. Ganz im Gegenteil. Ich gehe gleich noch auf Ihre Begründungsversuche ein, Frau Martin; bitte geben Sie mir auch ein wenig Geduld.

Vielmehr ist es so, dass hier nach dem Strickmuster - eines für die Grünen, eines für die CDU - zwei neue Dezernate geschaffen werden sollten unter dem Deckmantel einerseits der Umwelt- und andererseits der Wirtschaftspolitik.

(Zuruf: Sie haben Volt vergessen!)

- Ja, Volt bekommt die Stabsstelle Digitalisierung, die wir im Übrigen schon vor sieben Jahren gefordert haben.

Liebe Kollegen von Volt, herzlichen Dank, dass ihr den Antrag von uns seinerzeit aufgenommen habt. Wunderbar.

Das Ganze folgt dem alten Strickmuster: eines für die einen, eines für die anderen. Das ist sehr durchsichtig.

Wenn hier auf München oder Frankfurt verwiesen wird, dann sei daran erinnert, dass beide Städte in Bundesländern liegen, die eine ganz andere Kommunalverfassung haben. Wenn wir München folgen würden, wäre unser Rat auch nur halb so groß, und wären wir in Hessen, wäre der Rat nur ein Drittel so groß, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Vergleich hinkt enorm.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wenn damit argumentiert wird, die Klimakrise müsse einen Klimadezernenten nach sich ziehen, bin ich absolut d'accord. Wer will dagegen sein? Aber wir leben doch momentan in der größten Krise, die Köln nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat, und wir erleben keine Schaffung des Gesundheitsdezernenten. Das ist doch Beleg dafür, dass es nicht um Inhalte geht, sondern um irgendwelche Etiketten, um am Ende Personenpolitik unter dem Deckmantel der Inhalte durchzuführen.

Last but not least: Ich gönne jedem von den genannten Kandidaten, die da durchgestochen wurden, von ganzem Herzen, dass er Dezernent wird. Das sind alles hervorragende Namen; einige sind auch hier im Raum. Aber dieses Verfahren erinnert doch wieder an die alten Machenschaften, an die alten Seilschaften. Es erinnert eklatant, Herr Petelkau, an die Stadtwerke-Affäre von vor drei Jahren, nur mit geänderten Spielpartnern.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

- Freu dich nicht zu früh, Christian. Jetzt steht nicht ihr im Mittelpunkt, jetzt sind es die Grünen, die an vorderster Front mitklüngeln.

(Zuruf: Das ist gelogen!)

Das ist ein schlechtes Menetekel. Ich hoffe, das bleibt eine Eintagsfliege. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Bürger oder - besser gesagt - lieber Steuerzahler! Kurz vorweg einige Worte an Frau Martin: Sie sprechen davon, dass wir in krassen Zeiten leben. Sagen Sie es genau! Wir leben in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik. Was macht das neue Ratsbündnis? - Städtische Posten und Jobs ohne jede Scham schaffen. Typisch Kölscher Klüngel!

In Köln gibt es aktuell viele Menschen und Familien, die aufgrund von Corona um ihre Existenz bangen und nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Viele der sogenannten Maßnahmen gegen Corona sind irrsinnig und führen zu noch mehr wirtschaftlichem Elend. Die von Grünen und CDU getragene Oberbürgermeisterin träumt dann auch noch vom totalen Lockdown. Das kann man keinem Gastronomen, keinem Friseur, keinem Kurzarbeiter, keinem Einzelhändler erklären und schon gar nicht diese Stellenorgie.

(Beifall bei der AfD)

Da hauen Sie wirklich dem Fass den Boden aus.

Was macht jetzt die Kölner Koalition aus Grünen und CDU plus der Absicherung durch Volt? - Sie schafft zwei neue Beigeordnetenstellen. B 8 ist das. In Worten: über 11.000 Euro pro Monat. Das wollen Sie den gebeutelten Menschen dort draußen erzählen? - Es geht doch auch ohne diese Stellen aktuell.

(Beifall bei der AfD)

Dann soll es jetzt hier irgendeine Pseudoausschreibung geben, und dafür soll dann auch noch ein Personalberater eingestellt werden, der dann wiederum Geld kostet. Der Steuerzahler sagt Danke!

Glauben Sie bitte auch nicht, dass Sie die zerstörten Arbeitsplätze durch städtische Jobs retten können. Das ist nämlich eine Milchmädchenrechnung. Die müssen nämlich von den Leuten dort draußen bezahlt werden.

Laut der Kölner Medienlandschaft ist es sowieso schon klar, wer es wird: ein Ratsherr unter uns, irgendein Grüner, und dann ist die Sache auch schon gegessen. Nicht zu vergessen die ganzen Jobs, die dann mit den Dezernaten kommen.

Zu Volt: So kurz dabei und schon mittendrin im Kölschen Klüngel. Ich bin gespannt, was Sie in der nächsten Zeit noch bekommen werden.

(Beifall bei der AfD)

Dann vielleicht noch kurz etwas zur Bestellung der neuen Stadtdirektorin. Das ist auch ein Beispiel für Parteiklüngel. Parteiproporz geht in dieser Stadt vor Kompetenzproporz. Die versierteste Beigeordnete ist Frau Prof. Dr. Diemert, das weiß hier jeder. Warum wird sie nicht bestellt? - Weil sie nicht CDU-nah ist und wohl eher von den Grünen kommt. Mir glaubt wohl jeder, dass ich kein Fan der Grünen bin und meine Fraktion schon gar nicht.

(Beifall bei der AfD)

Das ganze Vorgehen, das Sie hier an den Tag legen, untergräbt das Vertrauen in die Demokratie. Dadurch wird kein Risikopatient von Corona gerettet, keine privatwirtschaftliche Existenz gerettet, die infolge von Corona leidet, und spätestens nach Greensill hätten wir das Ganze hier stoppen müssen. Das ist schamlos. Der Steuerzahler hat das nicht verdient. Lassen Sie uns effizient sein, lassen Sie uns die Stadtspitze kleinhalten. Keine deutsche Aktiengesellschaft hat so einen großen Vorstand. Man kann das auch mit wesentlich weniger Leuten machen. Deshalb: Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben auch einen eigenen Änderungsantrag, den ich hier kurz begründen möchte.

Wir sagen Ja zu einem Klimaschutzdezernat. Wir finden es gut, wenn sich im Stadtvorstand eine weitere Stimme für den Klimaschutz entschieden einsetzt, und unterstützen diesen Plan.

Wir kommen aber nicht damit klar und verstehen nicht, warum neben einem Stadtentwicklungsdezernat ein zweites Stadtentwicklungsdezernat gegründet werden soll oder warum wir das statt eines Stadtentwicklungsdezernates gründen. Das entzieht sich unserer Kenntnis, und das halten wir in der Tat für überflüssig und lehnen daher dieses zweite zusätzliche Dezernat ab.

Wir sagen auch Nein zu - wie soll man sagen? - der Veränderung des Aufgabenbereiches von Frau Blome. Wir haben Frau Blome als Beigeordnete für Verkehr gewählt - übrigens auch mit unseren Stimmen -, und diese Tätigkeit soll sie bitte weiter ausüben. Natürlich brauchen wir eine neue Stadtdirektorin oder einen neuen Stadtdirektor, aber dies soll bitte durch eine Ausschreibung geschehen. Daher lehnen wir diesen Punkt im Antrag von CDU, Grünen und Volt ebenfalls ab.

Eine Nebensächlichkeit, aber eigentlich auch keine Nebensächlichkeit ist zum Beispiel die Geschichte mit dem Denkmalschutz. Auch da lehnen wir die Verlagerung dieses Amtes ab und sagen: Das soll im Dezernat für Kultur bleiben.

Zur SPD und ihrem Antrag: Ja, wenn man vom Kuchen nichts abkriegt - das ist nun einmal leider so -, ist vollkommen selbstverständlich, dass man die neuen Dezernate nicht will.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben uns immer auch dafür ausgesprochen, dass die großen Fraktionen angemessen proportional im Stadtvorstand vertreten sein sollen mit ihrem Vorschlagsrecht etc. Das ist ganz klar. Das wird hier höchstwahrscheinlich nicht der Fall sein, aber wir werden mal die Ausschreibung abwarten, und am Ende entscheidet der Rat, wer diese Tätigkeiten bekommt oder nicht bekommt. Wir werden Ihren Antrag ablehnen, da wir zum Klimaschutzdezernat stehen.

Wir haben uns alle vorliegenden Anträge angeschaut, und ich weiß nicht, wie wir es gleich im Abstimmungsverhalten machen werden.

Natürlich könnten wir viele Sachen punktweise abstimmen. Manchen Punkten würden wir zustimmen, anderen eben nicht. Wir haben stattdessen einen eigenen Änderungsantrag eingebracht, der die Sache unserer Ansicht nach richtig sortiert: Ja zum Klimaschutzdezernat, Nein zu den anderen Überlegungen. Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich nichts sagen, weil wir dachten, wir halten die Sitzung wegen Corona kurz, aber so eine Diskussion ist auch wichtig und richtig.

Wir von Volt können natürlich grundsätzlich Kritik verstehen; Zeiten ändern sich. Aber gerade als Politikneulinge ist es für uns erstaunlich, dass eine Stadt wie Köln mit über 20.000 Mitarbeitenden nur sieben Chefs und Chefinnen hat. Wir wollen in den kommenden viereinhalb Jahren wirklich etwas voranbringen in Köln - gerade, weil wir an einem so historischen Scheideweg stehen.

Wie gehen wir mit den Folgen der Corona-Pandemie um? Wie schaffen wir die Verkehrswende? - Wir müssen jetzt handeln im Klimaschutz, in der Unterstützung der Wirtschaft während und nach einer globalen Pandemie mit der digitalen Transformation. Dazu brauchen wir entsprechende Expertise und Handlungsmöglichkeiten. Die können wir mit den angepassten Dezernatsstrukturen erreichen.

Wichtig ist, dass das ein sauberer Besetzungsprozess für alle ist, den wir hier heute beschließen. Das hat nichts mit negativem Klüngel zu tun. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Wortmann, Herr Petelkau und Herr Hock. Aber zunächst Herr Wortmann bitte.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es von meinem Platz aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde diesen Antrag und auch die Änderungsanträge ablehnen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil aus keiner Begründung hervorgeht, was diese Maßnahme bewirkt, um die Verwaltungsreform weiter zu befeuern. Sie würfeln hier mit Dezernaten und Amtsleitungen herum, ohne möglicherweise die Auswirkungen auf die breite Mitarbeiterschaft einschätzen zu können.

(Beifall bei der AfD)

Das mag bei Jennifer Glashagen eben durchgeklungen sein, aber, Entschuldigung, dafür sind Sie einfach zu jung.

(Zurufe: Oh!)

- Zu jung im Rat. Entschuldigung!

Das ist jetzt die zweite Reform, die ich hier erlebe, und die führt genauso wenig zu einer Verwaltungsreform, wie es vorher geschehen ist. Deshalb lehne ich diesen Antrag ab. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Ich mache das auch einmal von hier.

Frau Reker! Liebe Kolleg*innen! Sie waren so freundlich, unseren Antrag zum Dezernatskarussell von der Tagesordnung zu nehmen. Vielen Dank. Das erspart mir viel Arbeit.

Trotzdem, unser unterbezahlter Redenschreiber hat mir etwas mit auf den Weg gegeben, und das muss ich irgendwo loswerden. Ich nutze die Gelegenheit also hier.

Das A in PARTEI steht für Arbeit. Deswegen begrüßen wir natürlich die Errichtung neuer Dezernate. Selbstverständlich sollen die personell auch möglichst ausgiebig bestückt werden. Wir gehen davon aus, dass die neuen Dezernate und Zuständigkeitsregelungen nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, sondern auch neue Arbeit generieren. Wir freuen uns auf Zuständigkeitsgerangel und *Passierschein A 38* hin- und hergeschickt; das wird sicher sehr gut.

Das K in PARTEI steht für Klüngel. Deswegen können wir dem Antrag leider nicht zustimmen. Wir wurden nicht berücksichtigt bei diesem Personalkarussell. Das bedauern wir sehr. Wir müssen unsere Leute unterbringen, um ein bisschen weiterzukommen. Dafür haben Sie sicherlich Verständnis. Deswegen können wir dem so, wie es sich jetzt gerade im Antrag darstellt, nicht zustimmen.

Dann noch eine ganz kurze Sache: Das R in PARTEI steht für Rechtsstaat. Herr Petelkau sprach es eben an: Es sind hier im Vorfeld schon Namen gefallen für die Besetzung der Dezernatsspitzen. Das halte ich für sehr schwierig. Es gibt sogar grundrechtlich verankert nach Artikel 33, wie Sie sicherlich wissen, einen Grundsatz Bestenauslese. Man fragt sich: Wie kann man wissen, wer der Beste ist, wenn man schon vorher weiß, wen man für einen Platz benennt, der noch nicht einmal ausgeschrieben worden ist?

Deswegen: Die PARTEI ist wachsam, wir halten die Augen auf. Schauen wir einmal. Wir stellen den Antrag einfach noch einmal nächstes Mal. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Reker! Liebe Kolleg*innen! Vielen Dingen von dem, was hier gesagt wurde, kann ich mich anschließen, aber eher in einer bunten Mischung, was auch - wie mein Kollege Zimmermann sagte - dazu geführt hat, dass wir uns entschieden haben, einen eigenen Antrag zu stellen.

Klar ist aus unserer Sicht: Wir brauchen ganz dringend mehr Fokus und mehr Gewicht auf das Thema Klimaschutz - so, wie wir es jetzt auch beantragt haben - mit einem weiteren Dezernat zum Thema Klimaschutz und am liebsten parallel, was dann quasi eine Kombination aus den beiden anderen Anträgen wäre, also in Kombination mit einem Nachhaltigkeitsmanager oder einer Nachhaltigkeitsmanagerin, die direkt der Oberbürgermeisterin untergeordnet ist und sich damit auf der Metaebene darum kümmert, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei allen Themen, Dezernaten und Entscheidungen konsequent berücksichtigt wird.

Ich möchte auch noch einmal kurz darauf hinweisen, dass auch wir es nicht verstehen, dass das Thema Wohnen, was wir als ähnlich wichtig erachten wie das Thema Klimaschutz, gerade zu jetzigen Zeiten, wie eben auch schon gesagt wurde, auf mehrere Dezernate verteilt wird.

Abgesehen davon macht eine Umstrukturierung der Dezernate und Zuständigkeiten unserer Meinung nach nur Sinn, wenn jegliche Erkenntnisse aus der bisherigen Arbeit der Verwaltungsreform zur Optimierung der Organisationsstruktur berücksichtigt werden. Wir fragen also: Welche Erkenntnisse liegen diesbezüglich vor?

Auch möchte ich auf die seit Juli 2016 bestehende ISO 37101 - nachhaltige Entwicklung von Kommunen, Managementsystem für nachhaltige Entwicklung -, die mit den dazugehörigen Leitfäden hier sinnvolle evidenzbasierte Vorgaben geben würde, hinweisen.

Grundsätzlich gilt natürlich auch unserer Meinung nach, dass neu zu besetzende Posten ausgeschrieben werden sollten. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat noch einmal Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur zwei Hinweise. Erstens zu dem unsäglichen AfD-Beitrag, den ich hier entschieden zurückweise. Wir haben erstklassige Dezernent*innen, die einen hervorragenden Job machen und die auch künftige Jobs wunderbar ausfüllen werden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Zweiten zum Verfahren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es hilft, auch wenn einem Anträge nicht gefallen, wenn man diese Anträge liest. Dort ist klar beschrieben: Positionen werden ausgeschrieben. Damit sollte das wohl allen klar sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann würde ich Ihnen zunächst gern vor der Abstimmung den Hinweis geben, dass die Gemeindeordnung vorsieht, dass die Geschäftskreise der

Beigeordneten im Einvernehmen zwischen Oberbürgermeisterin und Rat festgelegt werden. Entsprechend stimme ich bei den betreffenden Punkten nicht mit, sondern erkläre hiermit meine Zustimmung. Mit dem Beschluss des Rates wird dann das Einvernehmen hergestellt.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wo stimmen Sie denn zu? Dem SPD-Antrag?)

- Ich lese Ihnen das gern noch einmal vor, weil es der Vorgabe entspricht, aber ich denke, Sie haben mich schon verstanden.

Ich lasse jetzt zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen, anschließend über den Änderungsantrag der Ratsgruppen und dann über den Ursprungsantrag.

Wer dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei der AfD und der LINKEN. Dann ist der abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Ratsgruppen abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Ratsgruppen GUT, die KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von AfD, FDP, der Ratsgruppe GUT, von Herrn Wortmann, von der SPD-Fraktion, der LINKEN, von den KLIMA FREUNDEN und der PARTEI. Enthaltungen? - Diese gibt es nicht. Dann ist dem zugestimmt, und es ist so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr, dass Sie sich auf eine ständige Vertreterin für mich als Oberbürgermeisterin verständigen konnten und damit auch diese wichtige Position der Stadtdirektorin bald wieder besetzt ist.

Sogleich gratuliere ich natürlich der Beigeordneten Andrea Blome sehr herzlich dazu, dass sie der Rat der Stadt Köln zur neuen und ersten weiblichen Stadtdirektorin Kölns bestellt hat.

(Lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich - Bernd Petelkau [CDU] und Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] übergeben der Beigeordneten Andrea Blome Blumen)

Liebe Andrea Blome, die städtischen Blumen wurden schon coronakonform ins Büro geliefert. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit. Auch wenn wir uns noch etwas gedulden müssen, denke ich, dass wir auch diese Vakanz noch überbrücken können.

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

1. *Der Rat spricht sich für folgende veränderte Zuständigkeiten und veränderte Bezeichnungen der bisherigen Dezernate mit sofortiger Wirkung aus und erbittet dazu das Einvernehmen der Oberbürgermeisterin nach § 73 Abs. 1 S. 1 GO NRW:*

   Dez. OB

   - *VI/1 Wohnungsbauleitstelle (von VI) wird zu OB/3 TASK FORCE Wohnen*
   - *V/7 Koordinationsstelle Klimaschutz (von V) wird zu OB/4 TASK FORCE Klimaschutz*

   II- Finanzen, Digitalisierung und Wirtschaft

   - *I/D2 Stabsstelle Digitalisierung (von I)*
   - *12 Amt für Informationsverarbeitung (von I)*
   - *VI/2 Wirtschaftsförderung (von VI)*

   III- Mobilität

   V- Soziales, Umwelt und Klima, Gesundheit

   - *67 Amt für Landschaftspflege und Grünflächen (von VI)*

   VI - Stadtentwicklung, Wohnen, Planen, Bauen, Liegenschaften

- *23 Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster (von III)*
- *56 Amt für Wohnungswesen (von V)*

2. *Die Stelle der oder des Beigeordneten für das Dezernat I Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht wird gemäß § 71 Abs. 2 Satz 2 GO NRW ausgeschrieben. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung beauftragt, alle erforderlichen Schritte durchzuführen einschließlich der Beauftragung eines Personalberatungsunternehmens.*

*Die/der Beigeordnete soll zur allgemeinen Vertretung (Stadtdirektor*in) der Oberbürgermeisterin der Stadt Köln gem. § 68 Abs. 1 S. 1 GO NRW bestellt werden.*
Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises vor.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und AfD abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

Beschluss:

1. *Der Rat legt im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin auf der Grundlage des § 73 Abs. 1 GO NRW die Einrichtung von einen neuem Dezernat mit der Bezeichnung „III – Umwelt, Klima und Liegenschaften“ und fest.*

2. *Dem Dezernat werden folgende Geschäftskreise und Zuständigkeiten zugeordnet:*

   Dezernat „III – Umwelt, Klima und Liegenschaften“:

   - *Amt für Liegenschaften (23)*
   - *Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz (57)*
   - *Amt für Landschaftspflege und Grünflächen (67)*
   - *Koordinationsstelle Klimaschutz (V/7)*
   - *Eigenbetriebsähnliche Einrichtung AWB (V/6)*

   Der Rat behält sich eine weitere Änderung der Geschäftskreise vor.

3. *Dem Dezernat III wird über die Zuordnung der unter Ziffer 2 genannten Ämter und Dienststellen hinaus jeweils die übliche Stellenausstattung für die Dezernatsbüros zur Verfügung gestellt.*

4. *Die Stellen der/des Beigeordneten für das neue Dezernate III – Umwelt, Klima und Liegenschaften, sowie des/der Stadtdirektor*in Dezernat I werden gemäß § 71 Abs. 2 Satz 2 GO NRW ausgeschrieben. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung beauftragt, alle erforderlichen Schritte durchzuführen und unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen geeignete Personalberatungsunternehmen auszuwählen, die – parallel zu einer öffentlichen Stellenausschreibung – mit der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, dem Führen von Auswahlgesprächen sowie einer Darstellung der Ergebnisse beauftragt werden.*

   Sofern den Personalberatungsunternehmen neben der Direktansprache von Bewerberinnen bzw. Bewerbern weitere geeignete Sondierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können und sollen diese auch genutzt werden.

5. *Die unter 2 und 3 genannten Regelungen werden zum 24.6.2021 umgesetzt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

1. *In § 30 Satz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln (Anzahl der Beigeordneten) wird die Zahl „8“ durch die Zahl „9“ ersetzt.*

2. *Der Rat legt im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin auf der Grundlage des § 73 Abs. 1 GO NRW die Einrichtung von zwei neuen Dezernaten mit den Bezeichnungen „VIII – Umwelt, Klima und*

Liegenschaften“ und „IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales“ fest.

3. *Den Dezernaten werden folgende Geschäftskreise und Zuständigkeiten zugeordnet:*

   Dezernat „VIII – Umwelt, Klima und Liegenschaften“:

   - *Amt für Liegenschaften (23)*
   - *Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz (57)*
   - *Amt für Landschaftspflege und Grünflächen (67)*
   - *Koordinationsstelle Klimaschutz (V/7)*
   - *Eigenbetriebsähnliche Einrichtung AWB (V/6)*

   Dezernat „IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales“:

   - *Amt für Stadtentwicklung und Statistik (15)*
   - *Amt für Informationsverarbeitung (12)*
   - *Wirtschaftsförderung (VI/2)*
   - *I/D2 Stabstelle Digitalisierung*

   Der Rat behält sich eine weitere Änderung der Geschäftskreise vor.

4. *Die bisherigen Dezernate erhalten folgende zusätzliche Zuständigkeiten und veränderte Bezeichnungen:*

   I – Allgemeine Verwaltung und Ordnung

   II – Finanzen und Recht

   - *Amt 30 (Rechtsamt)*
   - *I/1 (Amt für die Gleichstellung von Frauen und Männern)*

   III – Mobilität

   V – Soziales, Gesundheit und Wohnen

   VI – Planen und Bauen

   - *Amt 48 (Denkmalschutz und Denkmalpflege)*

5. *Die gemäß § 1 Abs. 3 LPVG gebildete selbstständige Dienststelle „OB/I/II“ umfasst künftig die Dezernate OB, I (ohne die selbständige Dienststelle „Feuerwehr“), II und IX und wird umbenannt in „OB/I/II/IX“. Die selbständige Dienststelle „III/VI“ umfasst künftig die Dezernate III, VI und VIII und wird umbenannt in „III/VI/VIII“. Die übrigen selbständigen Dienststellen „IV/V“, „Kita“, „Feuerwehr“ und „VII“ bleiben bestehen.*

6. *Den Dezernaten VIII und IX wird über die Zuordnung der unter Ziffer 3 genannten Ämter und Dienststellen hinaus jeweils die übliche Stellenausstattung für die Dezernatsbüros zur Verfügung gestellt.*

7. *Die Stellen der Beigeordneten für die neuen Dezernate VIII – Umwelt, Klima und Liegenschaften und IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales sowie für das Dezernat III - Mobilität werden gemäß § 71 Abs. 2 Satz 2 GO NRW ausgeschrieben. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung beauftragt, alle erforderlichen Schritte durchzuführen und unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen geeignete Personalberatungsunternehmen auszuwählen, die – parallel zu einer öffentlichen Stellenausschreibung – mit der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, dem Führen von Auswahlgesprächen sowie einer Darstellung der Ergebnisse beauftragt werden.*

   Sofern den Personalberatungsunternehmen neben der Direktansprache von Bewerberinnen bzw. Bewerbern weitere geeignete Sondierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können und sollen diese auch genutzt werden.

8. *Gem. § 68 GO NRW wird Frau Andrea Blome zur allgemeinen Vertreterin (Stadtdirektorin) der Oberbürgermeisterin bestellt.*

   Der Geschäftsbereich der 1. Beigeordneten Andrea Blome wird verändert. Ihr wird das Dezernat I zugeordnet. Als Geschäftskreis werden im Einvernehmen mit

der Oberbürgermeisterin nach § 73 GO die folgenden Dienststellen zugewiesen:

- *02 Bürgerämter*
- *11 Personal- und Verwaltungsmanagement*
- *32 Amt für öffentliche Ordnung*
- *33 Ausländeramt*
- *34 Bürgerdienste*
- *37 Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz*
- *1000 Zentrale Dienste*
- *1100 Zusatzversorgung und Beihilfe*
- *I/D4 Strategisches Projektmanagement*
- *I/2 Betriebliches Gesundheitsmanagement*
- *I/3 Zentrum für Kriminalprävention und Sicherheit*

9. *Die unter 3,4,5,6 und 8. genannten Regelungen werden zum 24.6.2021 umgesetzt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, AfD, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Frau Oberbürgermeisterin Reker erklärt vor der Abstimmung ihre Zustimmung zur Festlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten. Entsprechend stimme sie bei den betreffenden Punkten nicht mit. Mit dem Beschluss des Rates werde das nach der Gemeindeordnung vorgesehene Einvernehmen hergestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Immobilie Hornstraße 2 (ehemaliges Pascha) sinnvoll nutzen“

AN/0533/2021

Hier hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich erzähle Ihnen nichts Neues: Das Hochhaus Hornstraße 2 steht leer. Der Betreiber des größten Laufhauses - so heißt das wohl - Europas, die Lobscheid Ltd., ist insolvent. Das Pascha ist zunächst einmal Geschichte.

Damit haben wir, der Rat der Stadt Köln, die einmalige Möglichkeit, zu überlegen, was denn in Zukunft aus diesem Hochhausstandort werden soll. Okay, das wissen wir, wir lesen auch Zeitung: Das Gebäude ist mittlerweile für 11 Millionen Euro verkauft. Auch das konnten Sie lesen. Die neuen Besitzer planen dort dem Vernehmen nach erneut ein Großbordell. Aber wer sagt denn, dass das so kommen muss?

Meine Fraktion ist der Meinung, dass die Immobilie und seine Umgebung etwas Besseres verdient haben. Das Gebäude kann weitaus sinnvoller genutzt werden als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Wir schlagen vor, anstelle des bisherigen Bordellbetriebs für die Hornstraße 2 ein sozial und kulturell ausgerichtetes Nutzungskonzept zu entwickeln. Bei den etwa 100 Einzelzimmern mit eigener Nasszelle in der Hornstraße 2 und bei der Wohnungsnot hier in Köln drängt sich ein Wohnprojekt geradezu auf. Appartements für Obdachlose, für Geflüchtete, aber eben auch für Studierende und Auszubildende - ein solch gemischtes Wohnkonzept wäre der Schritt in die richtige Richtung: gegen Ghettoisierung, für Integration und für bezahlbaren Wohnraum gerade für junge Menschen in dieser Stadt.

Nein, wir sind nicht blauäugig. Solch ein Projekt läuft natürlich nicht von allein. Da braucht es professionelle Unterstützung, psychosoziale Betreuung und Hilfe bei der Integration in den Alltag und beim Wiedereinstieg in die Arbeitswelt. Ja, das kostet Geld, aber das ist gut angelegtes Geld, so finden wir, und wir sind uns sicher, dass wir das an anderer Stelle doppelt und dreifach wieder einsparen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Stadt das nicht selber machen will oder kann: In dieser Stadt gibt es mehr als einen Träger, der über die nötige Kompetenz verfügt und diese Aufgabe sicher gern übernehmen will.

Es geht aber noch weiter: Im Erdgeschoss der Hornstraße 2 befindet sich - so kann man bei *Wikipedia* lesen - zumindest ein Saal, den man als Begegnungsstätte von Kunst und Kultur und als multifunktionellen Veranstaltungsraum nutzen könnte. Irgendwann ist diese Pandemie hoffentlich einmal vorbei. Wir sind uns sicher, dass die benachbarten Betreiber des Odoniens und des WandelWerks gern an der Entwicklung eines solchen Konzeptes mitarbeiten würden. Sie sollten deshalb aktiv in diesen Prozess beteiligt werden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, den ich noch einmal kurz zusammenfasse - bei der Menge an Papier, die wir heute zu lesen hatten -: Die Verwaltung wird beauftragt, das Objekt Hornstraße 2 zu erwerben, um dort ein soziokulturelles Nutzungskonzept zu etablieren. Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit just dieser Nutzungszweck und nur dieser Nutzungszweck realisiert werden kann. Last but not least: Die 2018 - das ist schon ein bisschen her - vom StEA beauftragte Neuordnung des Bereichs ist von der Verwaltung doch bitte, bitte endlich anzugehen, selbstverständlich unter Beteiligung der BVen und der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, ich komme bald zum Ende. Das von uns vorgeschlagene Nutzungskonzept würde der Stadt nicht nur bei der Unterbringung von Menschen helfen. Ein solches Projekt einer integrativen soziokulturellen Nutzung einer Großimmobilie hätte Modellcharakter und würde weit über die Stadt hinaus strahlen. Außerdem würde dieses Areal erheblich aufgewertet und endlich den Schmuddelcharakter verlieren, der ihm durch das Großbordell anhaftet und den es nie verdient hatte.

Erlauben Sie mir zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Ich hielte es für einen sehr schönen Nebeneffekt, wenn meine Vaterstadt den höchst fragwürdigen Titel *Stadt mit dem größten Bordell Europas* endlich nicht mehr tragen müsste.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte nochmals um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Uns liegt jetzt der zweite Vorstoß der SPD-Fraktion zur Immobilie Hornstraße 2 vor, wobei der Unterschied zum ersten Antrag im Kauf statt in der möglichen Beschlagnahmung liegt. Wie heißt es so schön: Doppelt hält eben besser.

Beim ersten Lesen haben die Ideen einen gewissen Charme: Wohnen für Auszubildende, Studierende, Unterbringung obdachloser Menschen, Begegnungsstätte, Ort für Kunst und Kultur, modellhafte Projekte mit psychosozialer Betreuung und auch noch Hilfen zur Integration und Beschäftigungsförderung. Das gesamte Programm eben.

Es ist unbestritten, dass wir mehr Wohnraum für viele unterschiedliche Bevölkerungsgruppen benötigen. Dazu sind auch innovative Denkmodelle hilfreich. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, nicht hilfreich ist es, ein Gebäude kaufen zu wollen, bei dem quasi eben erst ein Eigentümerwechsel vollzogen worden ist.

Noch schlechter ist die Idee, wenn man weiß, dass hier nur Gewerbe zulässig ist und kein dauerhaftes Wohnen. Die notwendige Umwidmung wäre mit hohem Aufwand verbunden und würde sich ewig hinziehen. Und warum sollte der Betreiber, für den die bisherige Nutzung als Laufhaus mit Zimmerpreisen um 1.000 Euro die Woche äußerst lukrativ ist, das Objekt überhaupt verkaufen wollen?

Bei so einem Kasten mit zehn Stockwerken und 126 Appartements aus den 70er-Jahren stellt man sich unweigerlich die bange Frage zum baulichen Zustand und zu notwendigen Anforderungen für eine Sanierung. Wir haben damit ja unsere Erfahrungen gemacht. Ich werfe nur kurz das Stichwort *Bonotel* ein. Das ist aus den 80er-Jahren und hatte recht viele Überraschungen parat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht richtig ärgerlich ist das Vorpreschen der SPD in Bezug auf das Thema Kauf einer

Immobilie durch die Stadt Köln. Offenbar geht es ihr vor allem um mediale und öffentliche Aufmerksamkeit. In der Begründung weist die Fraktion auch selbst stolz darauf hin, also noch eben den Schwung mitnehmen. Anders ist jedenfalls nicht zu erklären, wieso sie diesen handwerklichen Fehler begeht. Geschäfte dieser Art werden üblicherweise im nichtöffentlichen Raum diskutiert. Ansonsten ist jede Chance vertan, ein Gebäude zu einem vertretbaren Preis durch die Stadt Köln zu erwerben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu haben wir inzwischen auch hinreichend Erfahrungen gemacht. Das weiß die SPD auch. Sorry, liebe Kolleginnen und Kollegen, das lässt umso mehr an der Ernsthaftigkeit des Antrags zweifeln.

Auch wenn die SPD mit ihrem Antrag recht viel Fantasie entfaltet und sogar noch die beschlossene städtebauliche Neuordnung der Umgebung in Punkt 4 einfordert, lehnen wir den Antrag aus den oben genannten Gründen ab. Das Haus steht schlichtweg nicht zum Verkauf. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe SPD-Fraktion! Danke, Frau Heuser, Sie haben mir vieles vorweggenommen. Ich habe das erste Mal von dieser Idee gehört, das Pascha in eine Unterkunft für Obdachlose zu wandeln, und dachte: Respekt, das ist mal ein richtig guter PR-Gag. Das lief ja auch. Zu dem Zeitpunkt wurde die Insolvenz des größten Bordells Europas bekannt, deshalb durfte man tatsächlich mal eine Minute an so etwas denken. Heute jedoch sieht es ganz anders aus. Das Gebäude ist von Privatbesitz in einen anderen Privatbesitz gewechselt, und man hatte genug Zeit, darüber nachzudenken, warum diese Idee leider nicht mehr ist als ein guter PR-Gag.

Ich könnte meinen Beitrag mit den Worten beenden, dass die Stadt keinen direkten Zugriff auf die Immobilie hat - wie Frau Heuser schon festgestellt hat - und sich das Thema somit erledigt hat. Ich möchte Ihnen aber den Gefallen tun, die Was-wäre-wenn-Frage nicht außer Acht zu lassen. Was wäre, wenn die Immobilie von der Stadt Köln erworben werden könnte?

Als Erstes müsste man sich die Frage stellen, ob und - wenn ja - mit welchem Aufwand eine baurechtliche Genehmigung für eine von Ihnen angestrebte multifunktionale Nutzung erreicht werden könnte. Ein Gebäude, seit den 1970er-Jahren als Bordell gewerblich genutzt und damit baurechtlich dem Bestandsschutz unterliegend, würde bei einer Umnutzung diesbezüglich komplett neu bewertet werden. Meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Bausektor werden mit mir erahnen können, was das zeitlich und auch monetär bedeutet. Ob die Immobilie für den angestrebten Zweck überhaupt genutzt werden kann oder unter Umständen sogar abgerissen werden muss, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Der monetäre und zeitliche Faktor legt hier nahe, eine vielleicht weniger utopische Lösung zur Unterbringung vor allem von Obdachlosen zu finden; denn das war eigentlich Ihre Ursprungsidee. Nachdem aber klar wurde, dass man nicht 150 Obdachlose mal eben in einem geschlossenen Bordell unterbringen konnte, wurden mit Studierenden, Auszubildenden, Geflüchteten und der Kultur weitere unterstützenswerte Gruppen mit ins Boot geholt. Da darf man ja gar nicht Nein sagen, um nicht als unmenschlich zu gelten.

Nun hat aber der Ausschuss für Soziales und Senioren in seiner letzten Sitzung genau hier schon viele Maßnahmen beschlossen, die kurzfristig umgesetzt werden können und keiner jahrelangen Luftplanung bedürfen. Da Sie dabei gewesen sind, werde ich Ihnen die Details hier ersparen.

Lassen Sie uns auch noch von Menschenwürde sprechen. Der sozialen Durchmischung dienlicher wäre es gewesen, wenn hier nicht wieder eine Konzentration von Unterkünften für Obdachlose gefordert werden würde. Glaubwürdiger und sozialer wäre ein Umbau in ein Mehrfamilienhaus für Familien mit drei oder mehr Kindern gewesen; denn nur durch großzügige Strukturen lässt sich eine solche Atmosphäre aufbrechen.

Von der Würde der bisherigen Bewohnerinnen möchte ich gar nicht erst anfangen. Wer hat sich hier darüber Gedanken gemacht, wo sie untergekommen sind, wovon sie leben und wie ihre Zukunft ausschaut? Haben Sie sich mit der Historie des Hauses beschäftigt, welches ausdrücklich von der Stadt unterstützt wurde, um die

Prostitution aus der Kleinen Brinkgasse herauszubekommen? Da man inzwischen herausgefunden hat, dass Prostitution nicht verschwindet, weil man sie an einem Ort verbietet, würden wir auch hier eine städtische Lösung benötigen.

Eigentlich schafft Ihr Antrag mehr Probleme, als er löst. Deshalb kann man es eigentlich wieder auf den Punkt am Anfang meiner Rede bringen: Das Haus ist offensichtlich nicht auf dem Markt und somit als Verfügungsmasse für einen Antrag nicht vorhanden. Bevor Sie jetzt wieder mögliche Instrumente erwähnen, sei Ihnen gesagt, dass das nicht der richtige Ort für Enteignungsfantasien ist. Wir werden deshalb diesen Antrag ebenfalls ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer an den Geräten! Dieser Antrag ist der Versuch von der Sozialdemokratie, mit der Methode *Sex sells* ein bisschen Aufmerksamkeit zu generieren.

Ich gebe gern zu, bei uns in der Fraktion haben wir alle etwas geschmunzelt, als wir ihn gelesen haben. Es waren gewisse Detailkenntnisse enthalten, die mir so nicht geläufig waren, aber na ja.

Allerdings könnte man auch ganz boshaft sagen: Die SPD möchte einen Immobilieninvestor reich machen. Die Bude wurde gerade verkauft. Glauben Sie wirklich, dass derjenige Ihnen das einfach so weiterverkauft? - Der würde einen deftigen Aufschlag verlangen.

Deswegen: Es bringt, glaube ich, hier gar nichts, das Formulieren ganz offen im Rat über so ein Objekt. Das hätte man diskreter im Hintergrund machen müssen. Deshalb ist das für uns auch nur ein reiner Schaufensterantrag.

Aber kurz zur Historie: Die SPD-geführte Bundesregierung von Gerhard Schröder hat meines Wissens nach die Prostitution in Deutschland vollkommen normalisiert und legalisiert. Dazu kann man stehen, wie man will. Ich will gar kein Urteil darüber fällen. Aber jetzt wollen Sie das hier in Köln allein regeln, was Ihr letzter Bundeskanzler - der konnte wirklich Wahlen gewinnen - gemacht hat. Wir sind aber nicht der Deutsche Bundestag. Wir werden die Prostitution in Köln auch nicht im Alleingang verbieten können. Sie ist nun einmal legal, und Ihre Partei trägt nun einmal die Verantwortung dafür. Wenn überhaupt, endet es dann nämlich so, dass durch die Schließung dieses Ortes die Prostitution wahrscheinlich in den Untergrund verschwindet und unkontrollierbar wird usw. usf.

Der einzige Verlierer bei dem ganzen Vorgehen wäre definitiv der Steuerzahler. Der müsste den kopflosen Kauf finanzieren. Damit wäre dann wohl auch noch das nächste Unterstützungspaket für die Sozialindustrie fällig. Sie schreiben ja von sozialen Trägern.

Auch wir als AfD - das wurde auch schon von dem einen oder anderen Vorredner angesprochen - haben erhebliche Zweifel daran, ob der Ort für ein Hilfsprojekt überhaupt geeignet ist und ob die starke Konzentration auf Menschen, die hilfsbedürftig sind, Sinn macht.

Der Antrag ist aus unserer Sicht ein Versuch, Öffentlichkeit zu generieren, erklärt aber nicht, was mit den Prostituierten passieren soll - das ist vorhin auch schon von der FDP-Rednerin angesprochen worden -, die haben schließlich auch eine Würde. Ich glaube, keiner hier will die auf weitere unkontrollierbare Straßenstriche oder sonst wohin schicken. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über den Antrag zu Tagesordnungspunkt 3.1.8 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und Die PARTEI. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die Ratsgruppe GUT, die LINKEN und die KLIMA FREUNDE.

(Zuruf: Und Die PARTEI!)

DIE LINKE habe ich gesagt und die KLIMA FREUNDE. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Objekt Hornstraße 2 zu erwerben und anstelle des bisherigen Bordellbetriebs ein sozial und*

kulturell ausgerichtetes Nutzungskonzept zu etablieren.

- *Denkbar sind z.B. ein gemischtes Wohnkonzept für Auszubildende und/oder Studierende sowie Appartements für Obdachlose und/oder Geflüchtete. Darüber hinaus könnte die ehemalige Bar als Begegnungsstätte von Kunst und Kultur genutzt werden – beispielweise als Veranstaltungsraum. Zur Umsetzung eines solchen modellhaften Projekts bedarf es zwingend einer psychosozialen Betreuung sowie Hilfen zur Integration und zur Beschäftigungsförderung. Entsprechende Mittel sind bereitzustellen.*

2. *Die Betreiber des „Odonien“ auf der gegenüberliegenden Straßenseite sowie des Wandelwerks sollten aktiv an diesem Prozess beteiligt werden.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alles Erforderliche (ordnungs-, gewerbe-, planungs- oder baurechtliche Maßnahmen) in die Wege zu leiten, um den Nutzungszweck nach Ziffer 1 zu erreichen.*

4. *Die 2018 vom Stadtentwicklungsausschuss beauftragte städtebauliche Neuordnung des Bereichs zwischen Innerer Kanalstraße, Herkulesstraße/K4, Parkgürtel und S-Bahntrasse Nippes ist auch vor dem Hintergrund dieser Entwicklung endlich anzugehen – mit Beteiligung der Öffentlichkeit von Anfang an und der engen Einbindung der Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Nippes.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe Die PARTEI sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke., der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT Köln abgelehnt.

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Karl Küpper Preis 2021 – Resolution des Kölner Stadtrates"
AN/0534/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt (siehe Ziffer III – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Masterplan Grün Köln“

AN/0535/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE

AN/0599/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0603/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0612/2021

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

AN/0619/2021

Es hat zunächst Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen! Ich freue mich wirklich unheimlich, diesen Antrag Ihnen hier heute vorstellen zu dürfen. Köln ist sehr stolz auf seine Grünzüge, seine Grüngürtel, auf das Netz aller Grünflächen. Man muss aber auch sagen, dass die Bestände und Qualitäten sehr unterschiedlich und planungsrechtlich nicht immer gesichert sind. Geht es um eine bestimmte Grünfläche, zum Beispiel für eine Bebauung, dann müssen die verschiedensten Planungen wie Flächennutzungspläne und Landschaftspläne konsultiert werden oder auch mitunter regional sehr kleine Planungen. Deshalb gibt es auch immer wieder die Versuche des Zugriffs auf diese Grünflächen. Denn es herrscht auch bei manchem Investor gern die Meinung vor, wie ich sie selbst schon gehört habe: Das ist doch nur Grün, dort ist doch nichts, da kann man doch bauen.

So soll es nicht sein! Wir wollen weiter unsere Grünflächen schützen, und wir müssen sie planungsrechtlich sichern. Unser Antrag sieht also zum einen die Sicherung der vorhandenen Flächen vor, die Komplettierung. Das soll einer Verbesserung des Stadtklimas dienen und auch zur

Aufenthalts- und Erholungsfunktion der Bevölkerung weiterhin genutzt werden können.

Es sollen die Grünflächen mit Blick auf die Art der planungsrechtlichen Absicherung erfasst werden, und sie sollen, soweit nicht vorhanden, qualifiziert und eben dann auch gesichert werden. Des Weiteren sollen Potenziale für eine ökologische Aufwertung und Weiterentwicklung gehoben werden, und nicht mehr notwendige Verkehrsflächen sollen für eine eventuelle Entsiegelung identifiziert werden.

Zu den Änderungsanträgen der anderen Fraktionen nur ganz kurz: Dem Antrag der FDP können wir nicht folgen, weil das, was wir an Sport dort sinnvoll finden, ist mit dem Terminus *Erholungsfunktion* schon abgesichert. Der Profisport hat in den Kölner Grünflächen nichts zu suchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Den Änderungsantrag der LINKEN finden wir in Umfang und Stil bedenklich, und wir sehen uns eigentlich außer Stande, den zu übernehmen.

Der Änderungsantrag der SPD fordert, wie ich finde, qualitativ wirklich einige sinnvolle Festsetzungen. Allerdings ist unser Antrag nur planungsrechtlich gemeint. Der sagt überhaupt noch nichts über die Qualitäten aus. Das sollte dann auch erst einmal in einem Fachausschuss beraten und weiterentwickelt werden.

Fazit: Alle bisherigen Konzepte sollen zusammengeführt und gegebenenfalls angepasst werden und dann für alle Menschen in dieser Stadt eine verbindliche Referenz darstellen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! *Eine Lebensfrage Kölns: Wald, Feld und Wiese vom Rhein bis zum Rhein* - das ist der Titel, den Konrad Adenauer einem Artikel gegeben hat, den er 1920 im *Kölner Stadt-Anzeiger* veröffentlicht hat und in dem er seine Pläne für die Gestaltung der Grüngürtel vorgestellt hat.

Nun ist es auch heute noch eine Lebensfrage aus meiner Sicht. Es gibt aber auch wesentliche Unterschiede zu der Zeit von vor 100 Jahren. 1920 hatte Köln etwa 660.000 Einwohner, heute sind wir bei etwa 1,1 Millionen. Damit ist der Nutzungsdruck, der auf den Grünflächen liegt, wesentlich gestiegen. Wir erleben das jetzt gerade im Lockdown: Bei den ersten Sonnenstrahlen sind wir alle draußen, wir gehen an den Rhein, wir gehen in die Grüngürtel und in die Parks und beanspruchen dadurch natürlich auch extrem unsere Grünflächen.

Außerdem konnte sich Konrad Adenauer noch nicht den Klimawandel vorstellen, der uns heute begleitet und auf den wir uns einstellen müssen, wodurch für das Stadtklima die Grünflächen noch einmal wichtiger werden.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Wir leben in einer wachsenden Stadt. Das bedeutet eben auch extreme Flächenkonkurrenzen. Wir alle wissen, dass wir eine freie Fläche immer mit mehreren Funktionen auch nutzen könnten, wenn wir das denn könnten. Für Schulen, für Wohnbau, für Gewerbe brauchen wir dringend Flächen. Darin liegt meiner Meinung nach auch die Leistung dieses Antrags, dass wir einen Masterplan Grün aufstellen, der die Grünflächen bzw. das städtische Grün sichert.

Nun reicht allein das Bewahren nicht aus. Wir müssen das Grün auch qualifizieren und weiterentwickeln. Da möchte ich vier Aspekte aus dem Masterplan Grün aufgreifen.

Wir wollen die vorhandenen Konzepte konsolidieren. Das gehört auch dazu. Man muss sagen: In den vergangenen Jahren wurde schon stark daran gearbeitet, und es wurde auch schon gute Konzepte erstellt. Die wollen wir durchsehen und strategisch dann im Masterplan bündeln.

Wir wollen die Grünflächen planungsrechtlich absichern und eben Möglichkeiten der ökologischen Aufwertung aufzeigen, wie man Artenvielfalt auf den vorhandenen Flächen stärker fördern kann.

Zudem wollen wir Flächen identifizieren, die entsiegelt werden können. Gerade für Grün ist es möglich, dass man auch kleinteilige Flächen nutzt. Das müssen gar nicht die großen Flächen sein. Aber das städtische Grün wird davon profitieren.

Konrad Adenauer wollte etwas schaffen, wovon auch die nachfolgenden Jahrhunderte etwas

haben, und der Masterplan Grün leistet einen Beitrag dazu, dass es weitere 100 Jahre werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Jäger das Wort.

Christiane Jäger (SPD): Ich mache das einmal von hier aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Da liegt ein Antrag vor, und dann reicht die SPD einen Änderungsantrag ein, der den Charakter eines Ersetzungsantrages hat. Warum? Waren wir hobbylos? Hatten wir zu viel Freizeit? - Nein! Das haben wir deswegen gemacht, weil uns die Entwicklung des Kölner Grüns wichtig ist und weil der vorliegende Antrag uns zu wenig greift.

Der vorliegende Antrag ist ein Auftrag an die Verwaltung, in Form einer Fleißarbeit zusammenzustellen, Sachstände zusammenzutragen und aufzuzeigen, wo einzelne Konzepte stehen. Der vorliegende Antrag sagt: Es muss ein Abgleich mit der Stadtstrategie stattfinden. Ganz ehrlich: Die Stadtstrategie muss überhaupt erst einmal abschließend politisch im Rat beschlossen werden, bevor sie mit irgendeinem Konzept abgeglichen wird.

(Beifall bei der SPD)

Das Agglomerationskonzept ist überhaupt nicht in städtischer Zuständigkeit. Also: Warum gleichen wir nicht mit dem Sportentwicklungsplan ab - Dinge, die lebendig sind, die wir beschlossen haben und die Auswirkungen haben?

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Was wir jedoch für die Entwicklung des Kölner Grüns brauchen, ist eine Strategie: Wohin wollen wir unser Kölner Grün entwickeln? Welche Entwicklungsziele brauchen wir? Wie kriegen wir Grün und Grünversorgung in die Stadtteile, die mit solchen Flächen unterversorgt sind?

(Beifall bei der SPD)

Die wichtigste Frage von allen: Wie können wir die vielfältigen Nutzungskonflikte auflösen? - Dafür braucht es eine strategische Antwort. Wir müssen aus dem Klein-Klein der einzelnen Fläche herauskommen. Wir müssen das Gesamte in den Blick nehmen. Wir müssen schauen, was Wohnungsbebauungen, wenn wir sie nicht machen, an Verdrängungen ins Umland bedeuten, weil die Leute hier keinen Wohnraum finden können. Was erzeugen wir dann für Verkehrsprobleme, die wir auch nicht haben wollen?

Also raus aus dem Klein-Klein, hin zur Gesamtstrategie. Das aber nicht nur in der Verwaltung und hier im politischen Rahmen, sondern das unbedingt mit denen zusammen, die das Grün nutzen, also mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, mit den Sportlern, mit den Naherholern. Es geht um Erholung, es geht um Energiegewinnung, es geht um Grün, es geht um Klimaschutz, es geht um Biodiversität usw. Es gibt mindestens 25 bis 30 verschiedene Nutzungen, die gilt es zusammenzubringen in einem Bürgerbeteiligungsprozess, damit wir dann am Ende gemeinsam einen Masterplan *Grün für Köln* haben, der diesen Namen auch verdient.

Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingereicht, der ein Ersetzungsantrag ist, und deswegen lehnen wir als SPD den Ausgangsantrag und alle Änderungsanträge, die noch vorliegen, ab, weil sie nicht treffen. Wir bitten um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! In unseren Augen macht ein weiterer Masterplan dann Sinn, wenn wir die vorhandenen Einzelpläne, Konzepte usw. usf. zusammenfassen. Das mag vielleicht auch der Sinn des vorliegenden Antrags sein, aber Sie haben das - soweit ich das richtig verstehe - nicht beantragt. Korrigieren Sie mich, wenn ich falschliege.

Um diesen Mangel auszugleichen, haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Die Frage ist: Was nützen uns die besten Masterpläne, wenn kein oder zu wenig Personal für dessen Umsetzung zur Verfügung steht?

Wir mussten zum Beispiel im Umweltausschuss zur Kenntnis nehmen, dass der Baumschutz gerade aus diesem Grund über Jahre vernachlässigt

worden ist. Wir können also gemeinsam den Masterplan in einem großen Dokument zusammenfassen und dann auch aus dem Planungsstadium herauskommen in die Umsetzung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dem Antrag *Masterplan Grün Köln* hätten wir gern zugestimmt. Für die Vollendung des Grüngürtels ist die FDP schon immer. Wir hatten auch schon ein dickes Buch zur Vollendung hier, welchem der Rat einstimmig zugestimmt hat, mit ganz vielen wichtigen Projekten. Dies hier noch einmal zu bestätigen, halten wir für sehr wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Es wurde hier - das fand ich besonders wichtig - auch noch einmal Konrad Adenauer genannt und welche Botschaften und Zielsetzungen er damit hatte. Darum haben wir eigentlich nur ein Wort, das wir hier hineinbringen wollten, ein Wort, aber mit einer großen Bedeutung - insbesondere, wenn man die Botschaft der Schriften von Konrad Adenauer zum Grüngürtel kennt und weiß, warum er das gemacht hat. Darum sollte es dann so heißen:

> Der Masterplan Grün dient der Sicherung der vorhandenen Grüngürtel …, sowie der Aufenthalts-,

- jetzt kommt es -

> Sport- und Erholungsfunktion für die Kölner Bevölkerung.

Was mussten wir hier gerade hören? - Die Sportfunktion soll gestrichen werden und hier nicht hineinkommen. Da frage ich mich: Wohin kommt das? - Nur, um den FC zu erwähnen - ich möchte dieses Thema jetzt gar nicht mehr öffnen, sondern man muss doch wissen, welche Sportvereine und Sportanlagen wir im Grüngürtel haben. Ich glaube, wir müssen da insbesondere die CDU-, Grünen- und Volt-Sportpolitiker mitnehmen und ihnen die einzelnen Vereine zeigen, die insbesondere auch Inklusionssportarbeit leisten,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

da man ihre Existenz hier einfach nicht sieht, weil man sich nur auf einer Wiese aufhält und gar nicht das Ganze sieht im Rechts- wie auch im Linksrheinischen. Das gilt nämlich für beide Seiten. Da hätte ich hier wird mehr erwartet.

Man kann gern den Sportentwicklungsplan einstimmig unterschreiben, aber wenn es dann darum geht, ihn zu sichern, jedoch das hier einfach nicht mitzunehmen, sondern zu streichen und bestimmte Sachen beim Grüngürtel herauszunehmen, dann muss ich sagen, dann steht nicht mehr der gesamte Rat hinter dem Sportentwicklungsplan, meine Damen und Herren. Das muss hier deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Das wird jetzt hier dokumentiert, und das werden wir sicherlich auch mit den Sportvereinen besprechen. Wer noch Anwalt für den Kölner Sport ist und wer nicht, hat man, glaube ich, heute bei dieser Streichung gesehen. Wer *Sportfunktion* hört und meint, das wäre nur Profisport, der weiß nicht, was im Breitensport und im Ligabetrieb in Köln alles geleistet wird. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD) Ich mache es auch wieder von hier.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss heute zwei Lanzen brechen: einerseits für Herrn Breite, weil ich auch finde, dass Sport zum Grüngürtel gehört, und andererseits für die SPD, weil wir gerade diesen Änderungsantrag als sehr charmant empfinden.

Das Konrad-Adenauer-Zitat muss ich jetzt nicht mehr wiederholen. Die AfD ist wie die antragstellende Fraktion der Meinung, dass eine Großstadt wie Köln dem entsprechend viele Grünflächen auch innerhalb der Stadt haben sollte. Wir sind uns sicher, dass sich an der Stelle auch diverse Kommunalwahlprogramme überschneiden. Unter anderem haben auch wir in unseres hineingeschrieben: Wir befürworten weitere umweltfreundliche Maßnahmen wie Baumpflanzungen und zusätzliche Grünflächen etc.

Der Antrag hat natürlich ein kleines Geschmäckle, denn - liebe Kollegen von der CDU, verzeihen Sie es mir - es sieht so aus, als wenn Sie das schlechte Abschneiden in dem Bezirk rund um den Grüngürtel, vor allem in Lindenthal, damit so ein bisschen kaschieren wollen.

Zurück zum SPD-Änderungsantrag: Er ist, wie gesagt, sehr charmant. Einige Punkte sind darin aus unserer Sicht aber noch verbesserungswürdig. So würden wir niemals den Menschen vorschreiben wollen, die Dachbegrünung zu forcieren, sondern wir würden den Menschen natürlich die freie Meinung und Entscheidung darüber überlassen. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir unterstützen den Ursprungsantrag der Antragstellerin und freuen uns, dass ein Masterplan für das Kölner Grün jetzt auf dem Weg ist.

Es wurde der Konflikt um das Grün schon angesprochen: Mehr Einwohner*innen brauchen nicht nur mehr Wohnungen in unserer Stadt, sondern sie brauchen auch deutlich mehr Grün. Unserer Ansicht nach ist das möglich, wenn wir beim Wohnen zunächst auf die versiegelten Flächen schauen und das Grün erhalten.

Doch was erleben wir tagtäglich? - Angriffe auf unser Grünsystem. An sehr vielen Stellen wird seit Jahren immer wieder am Grün geknabbert. Dies wollen wir beenden. Daher stellen wir einen Änderungsantrag. Es soll ein Punkt 6 ergänzt werden, der die Grünflächen, die im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind, quasi unter Bestandsschutz stellt, und zwar so lange, bis der Masterplan fertiggestellt ist, sodass eben dort nicht weiter am Kölner Grün geknabbert wird. Wir nennen das auch *Grünfraß*. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt in folgender Reihenfolge abstimmen: zunächst über den Änderungsantrag der SPD, der in Wirklichkeit ein Ersetzungsantrag ist, anschließend über den Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE, dann über den Änderungsantrag der Ratsgruppen, den Änderungsantrag der FDP als Ergänzungsantrag und zum Schluss über den Ursprungsantrag.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - AfD, Ratsgruppe GUT und DIE LINKE. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, Die PARTEI und die KLIMA FREUNDE. Enthaltungen? - AfD. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Ratsgruppen: Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Ratsgruppen. Enthaltungen? - AfD. Dann ist der Antrag auch abgelehnt.

Den Änderungsantrag der FDP rufe ich auf. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich den Ursprungsantrag auf. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist dieser Antrag so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung eine gesamtstädtische Strategie zu entwickeln, mit der städtisches Grün in Köln nachhaltig gesichert und weiterentwickelt werden soll. Wesentliche Aspekte hierfür sind Klimaschutz und Biodiversität sowie die Sicherung gesunder und gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Quartieren der Stadt. Neben den

vorhandenen Grüngürteln und Grünzügen soll dabei insbesondere die Freiraumqualität in dieser Hinsicht benachteiligen Veedeln gestärkt werden durch Anlage und Vernetzung von kleinteiligen, wohnortnahen Grünräumen, Parks und Plätzen.

2. *In die Strategie einzubeziehen und in diesem Kontext weiterzuentwickeln sind u.a. die Bestrebungen zur Forcierung von Dach- und Fassadenbegrünung, Programme zur Entsiegelung von Flächen, zum Erhalt und zur Gestaltung von Kleingärten und urbanen Gemeinschaftsgärten sowie die bestehenden Stadtentwicklungskonzepte für die Grünflächenentwicklung. Die Entwicklung einer gesamtstädtischen Grünstrategie muss darüber hinaus im Zusammenspiel mit weiteren Planungen wie der Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030“, dem Masterplan Innenstadt oder auch dem Landschaftsplan erfolgen.*

3. *Bei der Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie für das Kölner Grün sollen insbesondere folgende Maßgaben Berücksichtigung finden:*

   a. *Die Sicherung gesunder Lebensverhältnisse und der Erhalt naturnaher und vernetzter Lebensräume von Flora und Fauna in der Großstadt erfolgt bei gleichzeitiger Erfüllung der sozialen und wohnungspolitischen Aufgaben, um wirkungsvoll der bestehenden Wohnungsnot und sozialer Spaltung entgegenzuwirken. Für die notwendigen politischen Entscheidungen und die hierfür erforderlichen Abwägungen bei Nutzungskonflikten im Einzelfall soll die Gesamtstrategie Anhaltspunkte und Bewertungsmaßstäbe liefern.*

   b. *Neben generellen Handlungsmaximen und Entwicklungszielen für das Kölner Grün ist in einem Maßnahmenkatalog konkret zu benennen, welche Maßnahmen mit Priorität zu verfolgen sind, da sie in besonderem Maße zur Erreichung der festgelegten Ziele der Grünstrategie beitragen.*

   c. *Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst eine Konzeption für einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess für die Entwicklung einer Kölner Grünstrategie zu erarbeiten und dem Rat Anfang 2022 vorzustellen. Auf der Grundlage einer breiten gesellschaftlichen Diskussion sollen dann im Weiteren Zielsetzungen, Rahmenbedingungen und konkrete Maßnahmen zur Schaffung, Sicherung, Weiterentwicklung und Vernetzung von grüner Infrastruktur in Köln beschrieben und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.*

Abstimmungsergebnis.:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke, AfD und der Gruppe GUT Köln abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE

Beschluss:

Die im Folgenden fett dargestellten Passagen werden neu eingefügt, die durchgestrichenen dafür gestrichen:

~~Die Verwaltung wird beauftragt, einen Masterplan Grün Köln mit den folgenden Maßgaben aufzustellen:~~

Die Verwaltung wird gebeten die bestehenden Konzepte, Projekte und ähnliches, wie

- *Masterplan Grün Region Köln/Bonn*
- *Masterplan Innerer Grüngürtel*
- *Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Äußerer Grüngürtel*
- *Rechtsrheinische Perspektiven*
- *Zukunftskonzept "Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025"*
- *Integrierten Stadtentwicklungskonzepte für diverse Sozialräume*
- *Straßenbaumkonzepte für diverse Bezirke*
- *Gewässerentwicklungskonzept 2020 bis 2026*
- *Konzept „Essbare Stadt“*
- *Projekt „Hecken und Säume“*
- *Förderung Streuobstwiesen*
- *Konzept zur ökologischen Aufwertung von Grünflächen*
- *Maßnahmenkonzept „Stadtgrün naturnah“*
- *….*

unter den folgenden Maßgaben zu einem Masterplan Grün Köln zusammenzufassen und zu ergänzen:

1. *Der Masterplan Grün dient der Sicherung der vorhandenen Grüngürtel, der Grünzüge sowie der Komplettierung, Wiederherstellung und Neuschaffung der grünen Strukturen in Köln und einer damit einhergehenden Verbesserung des Stadtklimas, sowie der Aufenthalts- und Erholungsfunktion für die Kölner Bevölkerung.*

2. *In einem ersten Schritt soll das vorhandene Kölner Grünsystem im Hinblick auf seine planungsrechtliche Absicherung und die bestehenden Planungskonzepte erfasst werden, sowie - so nicht vorhanden - durch notwendige Maßnahmen (Landschaftsplan, Flächennutzungsplan, Bebauungsplan …) gesichert und qualifiziert werden.*

3. *In einem weiteren Schritt sollen die unter Berücksichtigung der Vorgaben der Kölner Perspektiven 2030 und des Agglomerationskonzeptes identifizierten Flächen (insbesondere solcher mit sehr intensiver Nutzung wie im bestehenden Inneren Grüngürtel, den Poller Wiesen und der Merheimer Heide) aufgezeigt werden. Hierbei sollen die Potenziale für eine ökologische Aufwertung (Biotopverbund) für natürliche Retentions- und Regenwasserneubildung (City-Polder) und die stadtklimatische Bedeutung (Stadt- und Lokalklima) dargestellt und in das zu erstellende Gesamtkonzept eingebunden ~~werden~~, sowie ihre Weiterentwicklung konzipiert werden.*

4. *~~Bei der Identifizierung von stadträumlich relevanten Flächen sind nicht~~ Angefangen in den Stadtteilen mit hoher Bevölkerungsdichte und relativ wenig Grün pro Kopf, sind nicht mehr notwendige Verkehrsflächen auf ihre Entsiegelungsmöglichkeiten hin zu überprüfen und im Masterplan entsprechend zu kennzeichnen. Hierbei sind gefällte Beschlüsse der Bezirke aufzunehmen und eine Möglichkeit zu schaffen, dass Einwohner*innen solche Flächen melden können. Eine dynamische Weiterentwicklung ist zu berücksichtigen. Unterversorgte Stadträume sind bei der Planung von grünen Korridoren in die Region hinein zu berücksichtigen.*

5. *Für den Masterplan Grün werden alle bisher erarbeiten Konzepte (Landschaftsplan, Kölner Perspektiven 2030, Masterplan für die Kölner Innenstadt, Impuls Grün, Agglomerationskonzept) überprüft und ggfs. angepasst.*

6. *Förderprogramme, wie zum Beispiel „Grün-Hoch3“ sind ebenfalls zusammen zufassen und dem Masterplan als Anhang oder eigenes Kapitel beizufügen.*

7. *Das Amt 67 für Landschaftspflege und Grünflächen ist in zukünftigen Stellenplänen zukunftsfähig in allen Abteilungen von Planung bis Pflege mit zusätzlichen Stellen zu berücksichtigen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppen Die PARTEI und KLIMA FREUNDE sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

III. Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

Beschluss:

Der Beschlusstext des AN/0535/2021 wird um einen Punkt 6 ergänzt:

„Bis zum Inkrafttreten des Masterplan Grün Köln gibt es einen Bestandsschutz für alle im Flächennutzungsplan als Grünflächen ausgewiesenen Flächen“.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

IV. Abstimmung über den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Änderung:

Die Vorlage wird wie folgt in Punkt 1. ergänzt:

„Der Masterplan Grün dient…, sowie der Aufenthalts-, Sport- und Erholungsfunktion für die Kölner Bevölkerung.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

V. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Masterplan Grün Köln mit den folgenden Maßgaben aufzustellen:

1. *Der Masterplan Grün dient der Sicherung der vorhandenen Grüngürtel, der Grünzüge sowie der Komplettierung der grünen Strukturen in Köln und einer damit einhergehenden Verbesserung des Stadtklimas, sowie der Aufenthalts- und Erholungsfunktion für die Kölner Bevölkerung.*

2. *In einem ersten Schritt soll das vorhandene Kölner Grünsystem im Hinblick auf seine planungsrechtliche Absicherung und die bestehenden Planungskonzepte erfasst werden, sowie - so nicht vorhanden - durch notwendige Maßnahmen (Landschaftsplan, Flächennutzungsplan, Bebauungsplan …) gesichert und qualifiziert werden.*

3. *In einem weiteren Schritt sollen die unter Berücksichtigung der Vorgaben der Kölner Perspektiven 2030 und des Agglomerationskonzeptes identifizierten Flächen (insbesondere solcher mit sehr intensiver Nutzung wie im bestehenden Inneren Grüngürtel) aufgezeigt werden. Hierbei sollen die Potenziale für eine ökologische Aufwertung (Biotopverbund) für natürliche Retentions- und Regenwasserneubildung (City-Polder) und die stadtklimatische Bedeutung (Stadt- und Lokalklima) dargestellt und in das zu erstellende Gesamtkonzept eingebunden werden, sowie ihre Weiterentwicklung konzipiert werden.*

4. *Bei der Identifizierung von stadträumlich relevanten Flächen sind nicht mehr notwendige Verkehrsflächen auf ihre Entsiegelungsmöglichkeiten hin zu überprüfen und im Masterplan entsprechend zu kennzeichnen. Unterversorgte Stadträume sind bei der Planung von grünen Korridoren in die Region hinein zu berücksichtigen.*

5. *Für den Masterplan Grün werden alle bisher erarbeiten Konzepte (Landschaftsplan, Kölner Perspektiven 2030, Masterplan für die Kölner Innenstadt, Impuls Grün, Agglomerationskonzept) überprüft und ggfs. angepasst.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.11 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Öffentliches Silvesterfeuerwerk“

AN/0542/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0618/2021

Ich gebe Herrn Schallehn das Wort.

Robert Schallehn (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Zum Thema Feuerwerk: Wir haben es im Kooperationsvertrag mit ganz vielen Themen zu tun und haben uns überlegt, wir wollen mit unserem Kooperationsvertrag im Bündnis ein Antragsfeuerwerk abbrennen. Wie könnte man das besser einleiten als mit einem Antrag zum Thema Feuerwerk?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Thema Feuerwerk beschäftigt mich persönlich auch seit langer Zeit. Wenn wir alle einmal ehrlich sind, ist Feuerwerk einfach unvernünftig. Feuerwerk ist unvernünftig, weil wir dort verbrennen. Wir erzeugen Feinstaub - PM 2,5, PM 10 - in ungeahnten Größen. 2.000 Tonnen an Feinstaub wird an diesem einen Tag in die Luft geblasen.

Bitte verzeihen Sie uns, dass noch die alten Zahlen des Umweltbundesamtes in unserem Antrag stehen. Die 2.000 Tonnen sind die aktuellen Zahlen.

Wir haben das Thema Plastikmüll, das beim privaten Feuerwerk abgebrannt wird. Es ist eine unglaubliche Menge an Müll, die wir mit dem privaten Feuerwerk in die Natur schießen. Wenn ich das damit vergleiche, dass wir ein Bußgeld auf Zigarettenkippen, die auf den Boden geworfen werden, in Höhe von 150 Euro erheben, ist das doch

nicht in Relation zu setzen, dass wir dann an Silvester das ganze Plastik in die Natur verschießen.

Des Weiteren haben wir das Thema Tierschutz. Ich habe selbst einen Hund. Viele von Ihnen haben auch Haustiere. Wir alle als Haustierhalter wissen, was Feuerwerk mit den Tieren macht. Mein Hund Lucy würde sich sehr freuen, wenn wir weniger Feuerwerkszonen hätten, an denen privates Feuerwerk stattfindet.

Wir haben das Thema Brandgefahr. Denken Sie an den Krefelder Zoo. Das Thema ist virulent.

Wir haben die Unfallgefahr bei privatem Feuerwerk.

All das sind Gründe, warum Feuerwerk unvernünftig ist und warum wir schauen müssen, dass wir weniger privates Feuerwerk haben. Aber natürlich hat Feuerwerk auch eine Tradition. Einige Menschen - nicht alle Menschen - finden Feuerwerk schön. Deswegen balanciert unser Antrag mit einem städtischen, öffentlichen und professionellen Feuerwerk diese beiden Bedürfnisse aus und sorgt dafür, dass wir sowohl den Umweltschutz und den Tierschutz betrachten können als auch das Bedürfnis der Menschen nach einem angemessenen Jahreswechsel.

Ein Wort vielleicht noch zum Drohnenfeuerwerk, weil es mich auch durchaus öfter erreicht. Warum veranstalten wir nicht gleich ein umweltfreundliches Drohnenfeuerwerk? - Das ist leider momentan noch ein Placebo. Selbstverständlich sind wir dabei, wenn es technisch möglich ist, das in Zukunft zu machen, aber momentan geht es nicht. Einfaches Beispiel: Drohnen fliegen nicht bei Wind oder Regen, und wir wollen nicht wie in Shanghai an einem anderen Tag unser Feuerwerk veranstalten.

Den SPD-Antrag lehnen wir ab, weil im Prinzip genau das Gleiche darin steht wie in unserem Antrag. Natürlich sollen in der Vorlage auch ein Sicherheitskonzept und die Finanzen stehen. All das soll darin stehen. Insofern brauchen wir den SPD-Antrag an der Stelle nicht.

(Christian Joisten [SPD]: Wir verbieten nicht! Das ist der Unterschied!)

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Spehl das Wort.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Wir als CDU-Fraktion schauen natürlich mit zwei Gesichtern auf diesen Antrag. Einerseits - das ist klar gesagt - treten wir für die Freiheit des Menschen ein und damit auch für die allgemeine Handlungsfreiheit. Die umfasst auch, dass man zu Silvester privates Feuerwerk veranstaltet. Deswegen sei hier klar gesagt, dass wir hier nicht weitergehen werden, als jetzt gerade der Antrag als Grenze zieht.

Auf der anderen Seite ist es ein wundervoller Kompromiss, den wir dort erzielen konnten, und vermutlich auch etwas, was unserer Heimatstadt und unserer Metropole schon lange gebührt, und zwar, dass wir endlich ein großes zentrales Feuerwerk bekommen. Wir sind die Millionenstadt hier in Nordrhein-Westfalen, aber hatten so etwas bis jetzt noch nicht. Deswegen ist es umso schöner, dass wir es bekommen, und zwar mit einer großen Festivität drum herum.

Ich glaube, wir dürfen viele Aspekte dabei nicht unterschätzen. Das ist auf jeden Fall der umweltpolitische Aspekt. Ich sehe auch ein, dass es viele Vorzüge haben wird, dass Menschen auf privates Feuerwerk verzichten. Das ist sehr schön, sehr gut und auch förderungswert.

Auf der anderen Seite ist es der wirtschaftliche Aspekt, weil wir damit die Attraktivität zu Silvester für unsere Heimatstadt noch steigern. Zu guter Letzt ist es der gesellschaftliche Aspekt. Es sind die Großveranstaltungen wie Kölner Lichter, St. Martin und Karneval, die die Gesellschaft stärken und die Einheit zusammenbringt. Deswegen finde ich es umso schöner, dass wir jetzt hier einen wegweisenden Antrag mit den Grünen und Volt auf den Weg gebracht haben, und bitte um Ihre Unterstützung. - Schönen Tag noch!

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort. Hatte sich noch jemand gemeldet? Herr Dr. Krupp, hatten Sie sich gemeldet?

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ja!)

Das war leider ein bisschen spät. Frau Röhrig ist schon unterwegs und stand auf der Rednerliste. Wenn Sie ihr bitte den Vortritt lassen wollen, wäre das sehr angemessen.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Okay!)

Danke.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein generelles Verbot des privaten Silvesterfeuerwerks möchte DIE LINKE nicht.

(Beifall bei der FDP)

Dem vorliegenden Antrag aber können wir zustimmen. Wir glauben, dass er einen guten Kompromiss darstellt zwischen Gesundheitsförderung und Umweltschutz und auch den Menschen entgegenkommt, die an Silvester gern ein Feuerwerk haben möchten.

Es ist unbestritten, dass das Feuerwerk für eine kurze Zeit sehr viel CO_2 in die Luft bläst und damit den Klimawandel anheizt. Auch der freigesetzte Feinstaub beeinträchtigt die Gesundheit von vielen Menschen, auch wenn der Verband der pyrotechnischen Industrie das nicht wahrhaben möchte. Dazu gibt es sehr viele Untersuchungen, die auch schon hier in Köln gemacht worden sind. Ich denke da allein an die Berliner Straße in Mülheim.

Menschen werden verletzt, wenn unachtsame, unerfahrene oder betrunkene Feiernde mit Feuerwerkskörpern hantieren. Auch wenn die Zahl der ernsthaft Verletzten nicht groß sein wird, für uns in der Corona-Krise und, ich glaube, für beanspruchtes Klinikpersonal ist jeder unnötige Patient im Krankenhaus zu viel. Wer kann schon jetzt sagen, wann die Pandemie endgültig vorbei sein wird?

Die Verletzungsgefahr ist gerade in den engen Innenstadtbereichen groß. Deswegen würde es Sinn machen, hier ein Verbot auszusprechen, wenn es rechtlich machbar ist. Wer glaubt, unbedingt selbst böllern zu müssen, kann dann immer noch in weniger gefährdete Bezirke ausweichen. Alle anderen Innenstädter bekommen zum Ausgleich auf ihren Verzicht ein schönes Spektakel geboten. Mit dieser Lösung sollten alle leben können.

Der Änderungsantrag der SPD - ich habe mir ihn mehrfach durchgelesen und mit dem Antrag von Grünen, Volt und CDU verglichen - sagt nicht viel Neues aus.

(Vereinzelt Beifall)

In dem Beschlusstext ist nur ein einziger neuer Satz.

(Christian Joisten [SPD]: Das Verbot fehlt! Das ist der Unterschied!)

Deswegen muss ich Ihnen sagen, liebe Genossen von der SPD: DIE LINKE wird sich hier enthalten. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Meine Damen und Herren, ich wasche meine Hände in Unschuld.

(Der Redner desinfiziert sich die Hände.)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag Silvesterfeuerwerk zeigt in erster Linie, wie dieses neue Ratsbündnis arbeitet, nämlich relativ uneinheitlich.

(Beifall bei der SPD)

Da sind die Grünen und vielleicht sogar auch Volt, die das in erster Linie aus Umweltgründen wollen, die bei zentraler Feuerwerkveranstaltung möglichst viel verbieten, und da ist die CDU, die das wahrscheinlich nicht will, aber dann Sicherheitsgründe vorschiebt, um es noch mitmachen zu können. Wenn das in den nächsten vier Jahre so weitergeht, dann gute Nacht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich will einmal auf den Antrag eingehen: Kern dieses Antrags ist offensichtlich, ein Zückerli zu bieten mit dem zentralen Feuerwerk, um dann eine Verbotsorgie abzuhalten, was privates Feuerwerk in der Innenstadt angeht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Da muss ich Ihnen sagen, auch wenn der Redner Herr Schallehn von den Grünen es eben korrigiert hat: Es ist ja schon bezeichnend, dass in diesem Antrag schriftlich steht, es wären 4.000 Tonnen Feinstaub im Jahr, die in Deutschland zu Silvester sozusagen in die Luft emittiert werden. Das hatten

wir hier ungelogen schon in der Dezembersitzung, als die KLIMA FREUNDE es waren, die sich an dem Thema versucht haben, und ich sie schon in dieser Sitzung darauf aufmerksam gemacht habe, dass nach neuesten Studien des Umweltbundesamtes eben nicht 4.000 Tonnen in Rede stehen, sondern 2.000 Tonnen, also glatt die Hälfte.

Herr Schallehn, da muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie sagen, Feuerwerk sei unvernünftig, kann das durchaus sein, aber wissen Sie, was auch unvernünftig ist? - Feuerwerk wegen diesen geringen Mengen verbieten zu wollen und es nicht hinzukriegen, in dieser Stadt einen Tunnel zu bauen, damit die U-Bahn unterirdisch fährt und die Autos von der Straße kommen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Damit würden wir viel mehr gewinnen, als wenn wir hier das Feuerwerk reglementieren. Das ist wirklich die weiße Salbe, die hier verteilt wird, und ein bisschen bezeichnend für die Politik, die in dieser Stadt betrieben wird.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wenn Sie jetzt fragen: Worin unterscheidet sich denn der SPD-Antrag? - Der unterscheidet sich an einer ganz entscheidenden Stelle. Ja, ein zentrales Feuerwerk ist okay, aber bitte nicht mit einer Verbotsorgie. Dort, wo aus Sicherheitsgründen Feuerwerk verboten werden muss, weil Gebäude entflammen können oder Menschen gefährdet sind, gehe ich doch bitte schön davon aus, dass die Stadt Köln das bis jetzt auch schon tut. Und das tut sie auch. Zum Beispiel haben wir 2016 eine Verbotszone um den Dom geschaffen, und zwar aus genau solchen Gründen.

Ich rate Ihnen, ins Amtsblatt von damals zu schauen und sich die Allgemeinverfügung durchzulesen, die, glaube ich, auf sechs Seiten - ich habe es mir gestern noch einmal angetan - versucht zu konstruieren, warum dort ein Verbot sein muss. Das hat auch gehalten. Aber daran sehen Sie, wie schwer es ist. Insofern verteilen Sie hier bitte keine weiße Salbe, ziehen Sie nicht Rechtsgrundlagen heran, die nicht dafür vorhanden sind, um umweltpolitische Themen durchzubringen, sondern seien Sie ehrlich. Deswegen unser Antrag: zentrales Feuerwerk ja, Verbote nur, wo aus Sicherheitsgründen erforderlich - so, wie bisher auch schon -, und im Übrigen eine Aufklärungskampagne bzw. eine Informationskampagne, die über die Gefahren des Feuerwerks und seine Umweltauswirkungen informiert und die Bürger zu einer aufgeklärten Entscheidung ermutigt. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Lieber Gerrit, ganz herzlichen Dank für deine Rede. Falls du in die FDP eintreten möchtest, ich schicke dir gleich gern per E-Mail einen Antrag.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich bin froh, dass bei den Kölner Sozialdemokraten noch so viele freiheitliche Gedanken anzutreffen sind. Ganz große Klasse!

Das als Spaß vorweg. Aber nun einmal ganz im Ernst: An einem Tag, an dem uns gesagt wird, wir müssen nächste Woche fünf Tage in den Super-Verbots-Shutdown gehen, allen Ernstes darüber nachzudenken, den Leuten jetzt schon zu sagen, sie dürfen Silvester nicht mehr knallen, der hat möglicherweise genau einen solchen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich finde diesen Antrag in der aktuellen Diskussion, wo wir jeden Tag dafür kämpfen müssen, damit wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger noch ein bisschen Lebensfreude geben können, unsäglich.

Liebe Kollegen von den Grünen, Sie haben es eben selbst gesagt: Es ist die Umsetzung Ihres Regierungsbündnisses. Sie gehen damit aber an der Tonalität und am Nerv unserer Leute komplett vorbei.

Gerrit hat es auch schon angedeutet. Ich habe mir eben einmal die Gesichter angeschaut. Als der junge Kollege von der CDU hier davon geschwärmt hat, wie wir am Silvesterabend alle Hand in Hand auf der Deutzer Brücke stehen und über dem Dom ein Brokat-Feuerwerk erkennen, leuchtende blaue Sterne im Himmel, um anschließend noch in der Altstadt einen trinken zu gehen, da haben Sie von den Grünen betreten nach unten geschaut. Als der Kollege von den Grünen über Umweltschutz sprach, haben die Kollegen von der CDU betreten eine Faust in der Tasche gemacht. So sieht Ihre parteipolitische Linie aus, was ich nicht durchgehen lassen kann.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der AfD)

Hier allen Ernstes zu behaupten - wir haben hinten einen promovierten Tierarzt sitzen, Ralf -, ein Feuerwerk wäre schlecht für den Tierschutz bzw. für die Hunde

(Zuruf: Natürlich! - Zuruf: Klar, ist es!)

- ja, ein Feuerwerk ist schlecht für den Tierschutz, aber ein zentrales Großfeuerwerk ist gut für den Tierschutz? Wem wollen Sie das denn erklären? - Sie messen, wie immer, mit zweierlei Maß. So lange es Ihre Ziele deckt, ist Ihnen wirklich kein Antrag zu schade, um den Leuten noch ein wenig Lebensfreude zu nehmen.

Ihr Antrag - das sage ich vor allem in Richtung CDU - geht so am Lebensnerv vorbei, was ich nicht verstehen kann. Das ist blinder Aktionismus, blinde Verbotskultur in einer Zeit, in der wir wirklich etwas anderes brauchen.

Richard von Weizsäcker - ich habe gestern ein Zitat von ihm gesehen - sagte:

> Die Freiheit arbeitet mit den Menschen und nicht gegen die Menschen.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD) Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Krupp, wenn Sie in eine freiheitliche Partei eintreten wollen, die ein bisschen Profil hat, dann kommen Sie lieber zur AfD.

(Zurufe: Oh!)

Herr Schallehn, das Affenhaus - an die Tragödie erinnere ich mich - ist nicht abgebrannt, weil dort einige Raketen hineingeschossen sind, sondern diese illegalen, in Deutschland nicht zu erwerbenden Himmelslaternen haben dafür gesorgt, dass das Affenhaus abgebrannt ist.

Aber kommen wir zum Antrag: Sie schreiben in Ihrem Antrag - Zitat -:

> Mit dem zentralen … Feuerwerk stärken wir die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher, die am Silvesterabend in der Innenstadt unterwegs sind.

Ich bin mir sicher, geschätzte Kollegen, dass Innenminister Reul nicht nur wegen umherfliegender Silvesterraketen jedes Jahr die Sicherheitszone am Dom besucht. Das hat gewiss andere Gründe.

Es stimmt zwar, dass das Verletzungsrisiko an Silvester mit dem Konsum von Alkohol steigt. Tatsächlich sind auch viele Politiker dieser Meinung, dass man über Verbotszonen sprechen sollte, aber ein generelles Feuerwerksverbot ablehnen - so wie Innenminister Reul.

Der Antrag will aber genau das. Sie würden es am liebsten ganz verbieten, und das ist das, was ich Ihnen nicht glaube, Herr Spehl. Diese Interpretation lässt eben der letzte Satz der Begründung zu - ich zitiere -:

> Auf Grund der schwierigen Rechtsgrundlage muss das Verbot anhand von Schutzzonen um einzelne Gebäude … hergeleitet werden.

Die Sicherheit wird hier als Deckmantel genommen, um auch die letzten Befürworter von Silvesterböllerei in die Ablehnung zu treiben. Es sollte immer die freie Entscheidung der Menschen sein, zu böllern und Raketen steigen zu lassen, in eigener und der selbst ernstzunehmenden Freiheit eines jeden einzelnen. Deshalb lehnen wir beide Anträge ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Dickas das Wort.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Vielen Dank. - Ich hoffe, ich spreche jetzt das Abschlusswort zu diesem Antrag.

Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen, Herren und Diverse! Liebe Wähler*innen, Judit und Pflegekräfte! Erstaunt hat Die PARTEI diesen lustigen Lila-Laune-Antrag zur Kenntnis genommen. Wurde er doch tatsächlich von der PARTEI abgeschrieben. Im Dezember forderten wir eine zentrale Sammelstelle zum kontrollierten Abbrennen von Feuerwerkskörpern, um damit Dinge wie die Oper, den Kalkberg oder eine der maroden Brücken wegzusprengen,

wahlweise auch einen hässlichen Platz, wie zum Beispiel den Wiener Platz.

Es sollten nur noch Frauen Feuerwerk zünden dürfen. Somit wäre auch das Verletzungsrisiko für Männer minimiert.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Nachdem wir alle in der letzten Silvesternacht erfolgreich das Licht an- und ausgeschaltet haben, hat Die PARTEI einen sehr guten Vorschlag für alle Kölner*innen: Man kann doch einfach ein Buch über Silvester lesen. Das schont die Umwelt und macht keinen Dreck. Mangelt es der grünen CDU an eigenen Ideen? - Machen Sie doch endlich seriöse Politik! Oder müssen wir das für Sie übernehmen? - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal begrüße ich sehr, dass wir über diesen Antrag im März sprechen und somit noch genug Zeit haben werden, ordentlichere Lösungen zu finden. Ein großes öffentliches Feuerwerk und die Prüfung eventueller Verbotszonen in der Innenstadt - wem ist damit geholfen? - Dem Umweltschutz wohl kaum, der Sicherheit marginal. Es wird einfach nur ein weiteres großes Feuerwerk sein. Und als Stadt wird man sich natürlich nicht lumpen lassen, das Ganze soll sich auch sehen lassen. Ob wir dann weniger Feinstaub in die Luft geblasen haben werden? - Wir sollten endgültig von dieser Art des Geldverbrennens wegkommen.

Liebe Grüne, ihr seid die stärkste Fraktion hier im Rat, aber dieser Antrag steht nicht für vorausgehenden Klimaschutz. Ein stadtweites Verbot von Feuerwerk und eine gute Alternative wie Lichtshows oder Ähnliches, das sollte unsere Rakete der Hoffnung sein.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

(Zurufe: Doch!)

Doch, es gibt noch welche. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich war eigentlich der Meinung, dass ich das in der E-Mail auch kundgetan hatte. Es tut mir leid, wenn das untergegangen ist. Ich kann es mir aber jetzt nicht nehmen lassen, auch wenn ich natürlich meiner Vorrednerin absolut zustimme und dank der PARTEI jetzt gerade wieder ein bisschen bessere Laune habe. Dennoch möchte ich kurz eine Sache loswerden.

Klar, wir haben natürlich jetzt hier wieder über Verletzungsrisiko, über Müll, über Feinstaubbelastungen gesprochen, die dann wiederum das Gesundheitssystem belasten infolge von Erkrankungen, Stichwort *Kostensenkung*.

Wir haben über den Lärm gesprochen, über das Tierleid, und wir waren uns auch alle einig, dass wir in Zeiten der Pandemie ohnehin dafür sorgen müssen, dass die Menschen Abstand halten und nicht irgendwelche Massenveranstaltungen draußen stattfinden. Im Moment können wir, glaube ich, getrost davon ausgehen, dass uns das Thema zum nächsten Neujahrswechsel auch noch begleiten wird.

Das einmal in den Raum gestellt, muss ich mich doch sehr wundern. Ich verstehe wirklich nicht, was in manchen Köpfen bezüglich der Klimakrise immer noch nicht angekommen ist. Hier wird von Wirtschaftlichkeit geredet. Zum einen gibt es eine massive Kostensenkung, und wenn dann vielleicht die Pyrotechniker ihre Arbeit verlieren, dann gibt es dafür die LED-Drohnen-Lichtshowmacher, die dafür Arbeitsplätze bekommen. Das Stichwort *Wirtschaftlichkeit* kann hier einfach mal gar kein Thema sein.

Dann wird hier ständig von Lebensfreude und von Freiheit geredet. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, was meinen Sie denn bzw. was meint ihr denn, was wir alle noch an Lebensfreude und an Freiheit genießen werden, wenn die Klimakrise hier mit ganz großen Schritten angerückt ist? Dann werden wir hier ganz andere Sorgen haben als eine Pandemie. Was meint ihr denn, was die Leute dann sagen werden, wenn wir ihnen ein Feuerwerk versprechen? - Dann werden sie sagen: Mit Verlaub, Scheiß auf euer Feuerwerk, wir brauchen hier ganz andere Dinge.

Es ist einfach höchste Zeit, dass wir den Menschen einmal klarmachen, dass ein Leben wie bisher nicht weitergehen kann, wenn wir ernsthaft

vorhaben, diese Klimakrise noch halbwegs vernünftig abzuwenden.

Ich verstehe wirklich nicht, was hier angesichts der wirklich krassen Zukunft, die uns gerade bevorsteht, immer wieder geredet wird. Ich appelliere inständig an alle, dass man hier mit solcher Polemik aufhört wie: Ja, wir wollen den Leuten doch nicht die Lebensfreude nehmen. - Wir haben ganz andere Sorgen, als den Leuten zu Silvester das Feuerwerk zu nehmen.

Als Letztes sei noch zur Drohnenshow gesagt: Es kann doch nicht wirklich euer Ernst sein, dass ihr uns erzählen wollt, dass dieser Antrag für ernst gemeinten Klimaschutz steht. Man kann doch kein großes Feuerwerk mit echter Pyrotechnik planen, wenn man ernsthaften Klimaschutz betreiben möchte. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen und lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Habe ich jemanden übersehen? - Nein. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Die PARTEI, die KLIMA FREUNDE, die Ratsgruppe GUT, die AfD, die FDP und Herr Wortmann. Enthaltungen?[2] - Dann ist dieser Prüfantrag so beschlossen. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der erste Absatz des Beschlusstextes bleibt bestehen.

Der zweite Absatz des Beschlusstextes ist durch folgenden Absatz zu ersetzen:

"In der Vorlage sollen die mögliche Größe und Verortung des Feuerwerks angegeben werden. Verbote sind durch die Stadt Köln - wie bisher - dort zu verfügen, wo dies aus Gründen der Gefahrenabwehr erforderlich ist. Darüber hinaus soll ein Sicherheitskonzept sowie die finanziellen Auswirkungen dargestellt werden. Die Verwaltung soll zudem ein Konzept für eine Öffentlichkeitskampagne vorlegen, mit der über einen verantwortungsvollen Umgang mit privatem Feuerwerk informiert wird."

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beschlussvorlage für die Durchführung eines öffentlich zugänglichen Feuerwerks ggf. in Kooperation mit einem externen Veranstalter für den diesjährigen oder den darauf folgenden Jahreswechsel zu erstellen und den zuständigen Gremien zeitnah vorzulegen.

In der Vorlage soll neben der möglichen Größe und Verortung des Feuerwerks ein Konzept enthalten sein, welches für die Innenstadt, soweit rechtlich möglich, Verbotszonen für privates Feuerwerk vorsieht. Darüber hinaus soll ein Sicherheitskonzept sowie die die finanziellen Auswirkungen dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP, AfD, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.12 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., Volt, Die

[2] Anmerkung: Frau Oberbürgermeisterin Reker enthält sich.

PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Kita/OGS-Gebühren gerechter gestalten“

AN/0539/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0610/2021

Hier hat als Erste Frau Kessing das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Kölnerinnen und Kölner pflegen grundsätzlich eine große Liebe zu Diversität und das auch gern plakativ. In Kurzform heißt das dann immer: Jeder Jeck, jede Jeckin ist anders. Aber manchmal schauen wir dann doch nicht so genau hin.

In Köln besuchen rund 42.000 Kinder eine Kita, ihre Eltern sind verheiratet, waren es nie oder nicht mehr, ihre Familien sind queer oder hetero. Es gehört zur Lebensrealität vieler Kinder, dass die Familien, in die sie hineingeboren wurden, sich verändern. Die Eltern trennen sich.

Bundesweit sind knapp ein Fünftel der Familien alleinerziehend, und nach wie vor leben neun von zehn Kindern bei ihren Müttern. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, den Blick noch einmal auf eine andere Gruppe zu wenden. Heute richten wir unseren Blick auf die Kinder, die im Wechsel bei einem jeweiligen Elternteil leben. Wir möchten wissen, ob wir im Sinne von mehr Beitragsgerechtigkeit auch diese Lebenssituation abbilden können. Kleinere Städte, wie zum Beispiel Hennef, praktizieren das schon. Wir fragen, ob dies und - wenn ja - mit welchem Aufwand in Köln auch möglich wäre.

Diese Initiative ging von einer Frage der Gruppe GUT aus, die nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten ist. Gleichwohl werden wir die Antworten dort diskutieren müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, an dieser Stelle ein Wort zu eurem Änderungsantrag. Wir als Kooperation von CDU, Grünen und Volt haben uns festgelegt: Wir möchten in dieser Wahlperiode für mindestens 60 Prozent der Kinder unter 3 Jahren einen Kinderbetreuungsplatz schaffen. Das ist eine echte Herausforderung in einer wachsenden Stadt mit begrenzten Flächen. Um dieses Ziel zu erfüllen, brauchen wir alle Träger. Sie zu gewinnen wird nicht immer leicht, und wir wissen auch, das wird nicht ganz billig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wenn wir mehr Chancengleichheit für alle Kinder wollen, brauchen wir mehr Kita-Plätze, deren Qualität auch stimmen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb wollen wir vorrangig in Qualität und Quantität investieren. Der Blick auf die Beitragssätze anderer Städte und auch der Stadt Köln zeigt, welche Qualitäten und welche Schwächen unser Beitragssystem hat. Dieses Thema werden wir sicherlich in dieser Wahlperiode noch einmal aufgreifen müssen.

Aber heute: Wenn wir den Ausbau der Kitas wollen, wenn wir die Qualität erhalten oder sogar steigern wollen, dann sehe ich momentan keine Spielräume für eine kommunalfinanzierte Beitragsfreiheit aller Eltern. Ich will diese Hoffnung auch nicht durch Fragen schüren, und deshalb lehnen wir euren Ergänzungsantrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Stadtdirektorin und auch der Rest der Dezernenten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die geschätzte Kollegin Kessing hat schon das wesentliche Inhaltliche zu dem Antrag gesagt. Dem kann ich mich natürlich erst einmal anschließen.

Was klar und was unser Ziel ist: Wir wollen die Beitragsstaffelung gerechter gestalten. Das ist nicht erst seit heute oder gestern das Ziel, sondern mindestens seit vorgestern und hat uns auch die letzte und vorletzte Legislaturperiode schon begleitet.

Was heute neu ist: Wir haben uns eigentlich in den letzten Jahren nie mit der Gruppe der getrennt lebenden Eltern speziell in einem Antrag beschäftigt. Deshalb kann man auch heute sagen: Wir nehmen einen Prüfantrag für diese Gruppe heraus, danken der Initiative, die auf GUT

zurückgeht, und wollen das hier im Rat auch einmal als Prüfung beschließen.

Was die Kollegin Kessing richtig gesagt hat: Es reicht uns natürlich nicht, wenn wir die Beitragsstaffelung bearbeiten, dass wir uns nur - in Anführungszeichen - die getrennt lebenden Eltern aussuchen. Wir schauen uns die komplette Staffelung an. Dazu will ich jetzt nur einmal sagen: Die Unwuchten, die Sprünge und die Ungerechtigkeiten, die in der Kölner Beitragsstaffelung vorhanden sind, und zwar nicht erst seit gestern, werden wir uns anschauen. Ich verspreche jetzt nicht, dass wir auch die beste Lösung hinbekommen, aber wir wollen auf jeden Fall zusammen eine bessere Lösung finden und laden alle Fraktionen mit ihren Ideen dazu ein.

Ein Wort vielleicht auch noch einmal zu dem Änderungsantrag der SPD: Ich würde Sie bitten, beim nächsten Mal - das macht das Lesen einfachen - oben noch *Und täglich grüßt das sozialdemokratische Murmeltier* zu schreiben. Denn wir diskutieren das nicht zum ersten, nicht zum zweiten, nicht zum dritten Mal, sondern zum vierten Mal, wie ich glaube, aber es wird dadurch nicht besser. Die Positionen, die Grüne und CDU seit 2014, glaube ich, zu dieser Frage entwickelt haben, ändern sich auch durch den fünften Antrag nicht.

In unserem Kooperationsvertrag lesen Sie: Unser Ziel ist auch die Beitragsfreiheit. Das erste beitragsfreie Jahr haben wir zusammen mit Rot-Grün im Land verwirklicht. Das zweite beitragsfreie Jahr haben wir mit CDU/FDP realisiert. Ich hoffe, dass wir das dritte beitragsfreie Jahr mit der neuen Landesregierung - in welcher Zusammensetzung auch immer - umsetzen können. Da haben Sie uns natürlich auch alle hier an Ihrer Seite. So kann das nur gehen. Die Gründe hat Ulrike Kessing richtig genannt: Quantität ist das eine, aber uns ist die Qualität mindestens genauso wichtig. Deshalb gehen wir nicht einfach in eine kommunalfinanzierte Beitragsfreiheit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser gemeinsame Antrag auf Initiative der Ratsgruppe GUT wird von uns unterstützt und mitgetragen. Er ist eine kleine, aber doch wichtige Verbesserung, wenn diese Prüfung erfolgreich ist und die Lücke im städtischen Service geschlossen werden kann.

Es zeigt sich aber jetzt schon bei meiner Vorrednerin und meinem Vorredner, dass der Änderungsantrag der SPD offenbar doch auch ein gewichtiges Problem trifft, denn er hat dort bisher einen ziemlichen Raum in der Diskussion eingenommen. Auch wenn das zu begrüßen ist und Frau Kessing und Herr Schlieben hier sagen, dass sie an der Kölner Beitragsstaffelung arbeiten werden - auch noch in dieser Ratsperiode -, so vertrösten sie aber doch die Lösung dieses Problems.

Es ist sicherlich richtig, Qualität zu verbessern, die Zahl der Plätze auszubauen oder zu sichern und gleichzeitig die Beiträge zu senken, und zwar mit der Perspektive, eine Beitragsfreiheit herbeizuschaffen. Das ist sicherlich eine anspruchsvolle Aufgabe. Aber ich denke, die Stadt Köln hat in anderen Bereichen auch anspruchsvolle Aufgaben auf sich genommen. Warum nicht im Bereich der Bildung und der Kinderbildung? Denn es trifft ein Bedürfnis vieler Menschen und ein gewisses Gerechtigkeitsempfinden, dass Bildung in unserem Staat kostenfrei zu sein hat.

Das Selbstverständnis hat sich in den letzten Jahrzehnten auch verändert. Die Bildung, die Kitas vermitteln, wird zunehmend als äußerst wichtig angesehen. Insofern bin ich nicht unfroh darüber, dass die SPD nicht nachlässt und diesen Änderungsantrag stellt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn unsere Nachbarstadt Düsseldorf, die ich als Geburtsstadt Heinrich Heines und auch meiner Frau sehr schätze, Kita-Bildung mit eigenen Mitteln gebührenfrei stellen kann, warum soll das nicht auch Köln können? - Der Vorschlag der SPD sagt nicht: jetzt gleich und sofort. Zudem müssen wir sehen: Es ist ein Prüfantrag. Es soll in Stufen eine Beitragsfreiheit von der Verwaltung abgebildet werden, und dann kann der Rat immer noch darüber entscheiden. DIE LINKE wird natürlich genau prüfen und eher in Richtung Beitragsfreiheit tendieren, aber es wäre dann noch eine Entscheidung möglich. Deshalb werden wir den Änderungsantrag unterstützen und uns auch darüber freuen, wenn möglichst viele Kolleginnen und Kollegen hier im Rat das auch tun.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Gott, Ulrike hat mich schon so streng angesehen. Helge kann es auch fast nicht mehr hören. Aber es zeigt doch: Wir haben immer wieder einen Nerv getroffen. Ich muss wirklich sagen: Wir reden und reden und reden. Lasst dem doch endlich mal Taten folgen!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Jedes Jahr grüßt das Murmeltier - ich fand das schön; ich wollte das eigentlich auch sagen, obwohl wir uns gar nicht abgesprochen haben. *Das rote Murmeltier* wollte ich sagen. Da hat Helge mir das vorweggenommen, aber gut.

Wir alle wollen die Gerechtigkeit der Kita- und OGS-Gebühren. Das haben alle gesagt, und ich glaube, das fuchst uns alle. Insofern haben wir die Initiative von GUT, die wir selbstverständlich unterstützen, zum Anlass genommen, hier einmal zu debattieren. Ich merke, dass das ein Thema ist, das vielen auf der Seele brennt.

Mehr noch: Alle bekräftigen Beitragsfreiheit ständig, dass die Gebühren am besten abgeschafft werden sollten. Die Wahlprogramme der Parteien sehen das schon lange in ihren gedruckten Papieren vor.

Genau vor einem Jahr - insofern ist das Murmeltier richtig - haben wir mit der FDP zusammen diesen Einstieg in die stufenweise Befreiung beantragt. Wir hatten gesagt - das will ich nur einmal kurz nennen - ein Stufenmodell zur Reduzierung der Kita-Beiträge mit dem Ziel, eine komplette Beitragsfreiheit zu projizieren. Das wurde vor einem Jahr mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Der Grund, warum ich das jetzt noch einmal so ausführlich sage, ist: Viele Kolleginnen und Kollegen waren letztes Jahr noch nicht dabei. Kann man sagen: Das wissen Sie alle? Niemand käme heute auf die Idee, das Schulgeld wieder einzuführen. Nun spreche ich die Grünen an: Es war eine Herkulesaufgabe, die Studiengebühren freizulassen. Aber im schwächsten Bereich, also bei den Kindern, bei den Kleinsten in der Kita und OGS, verlangen wir immer noch das Geld von den Eltern. Das kann nicht sein und ist auf Dauer nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist in der neuen Ratsperiode Anlass genug, das auf die Tagesordnung zu setzen.

Natürlich suchen wir gemeinsam nach Mehrheiten für das Thema. Deswegen auch die Unterstützung des Antrages, der in die Gerechtigkeit geht mit der Frage des Residenzmodells, was in Punkt 1 genannt wird. Wir wollen aber noch die Staffelung der Beiträge insbesondere für niedrige Einkommen fordern. Das ist genau aus Ihrem Bündnisvertrag. Machen wir das also doch genau am Anfang.

Als Zweites wollen wir das, was wir letztes Jahr auch schon zusammen mit der FDP beantragt haben, entwickeln, nämlich ein Stufenmodell. Wir wollen dieses noch nicht beschließen, aber wir brauchen Facts und Daten, damit wir hier gerecht in die Diskussion gehen können, was wir dann wollen. Es ist noch kein Beschluss, sondern es sind erst einmal Daten zu sammeln, damit wir sauber darüber diskutieren können. Das ist eine faire und solide Grundlage, liebe Kolleginnen und Kollegen. Geben Sie sich einen Ruck, wir würden uns sehr freuen. Sonst wird das Murmeltier immer wieder weiter grüßen. Alles Gute!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Erstes zum Ursprungsantrag: Die FDP unterstützt das Wechselmodell. Das ist ein für Kinder mit Sicherheit sehr wertvolles Modell und für Eltern ganz schön viel Arbeit. Es ist deswegen eigentlich eine sehr gute Idee, Eltern in ihrer Arbeit zu unterstützen, ihnen eine Last und eine Sorge wegzunehmen. Wir können dem also nur zustimmen.

Liebe SPD, lieber Ralf Heinen, Sie wissen, dass wir Ihre Idee mit der Beitragsfreiheit für Kinder im Kindergarten normalerweise begrüßen. Allerdings sind wir hier der Meinung, dass der Änderungsantrag den Ursprungsantrag verwässert. Wir wollen dieses eine Modell gern unterstützen, möchten aber nicht, dass ein Riesenberg daraus wird, der jetzt wieder ewig bearbeitet wird. Wir möchten dieses Thema einzeln betrachten.

Das Thema zu den niedrigen Einkommen und Beiträgen: Wir haben eine Beitragsstaffelung in der Stadt, die niedrige Einkommen in Teilen - je nachdem, wie niedrig sie sind - sogar von einem Beitrag komplett freistellt. Der Handlungsbedarf dort erschließt sich mir gerade nicht so ganz. Wir werden deshalb gern den Antrag von dem Ratsbündnis unterstützen und müssen dann heute einmal den Änderungsantrag von der SPD ablehnen, weil er uns inhaltlich einfach nicht dorthin passt. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 3.1.12? - Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank an die vielen Vorrednerinnen und Vorredner, die sich so positiv zu diesem Antrag ausgesprochen haben. Wir freuen uns auch, dass sich so viele andere Fraktionen, Gruppen und Herr Wortmann unserem Antrag angeschlossen haben, die Kita- und OGS-Gebühren in der Stadt Köln gerechter zu gestalten.

Im Sinne der Gleichstellung und der Förderung von modernen Familienstrukturen sehen wir es als wichtigen Schritt, die Gebühr dahin gehend anzupassen, dass es getrennt lebenden Eltern erleichtert wird, eine faire Aufteilung von Care-Arbeit anzugehen.

Den eingegangenen Änderungsantrag verstehen wir nicht ganz; denn eine Staffelung für geringverdienende Eltern gibt es bereits. Generell sind die Beiträge nach Einkommen gestaffelt.

Einen gänzlichen Wegfall der Gebühren kann man sicherlich als eigenen Antrag stellen. Hier geht es jedoch erst einmal nur um die simple Anpassung von Gebühren und dem praktischen Ausstellen von zwei Steuerbescheiden, um Konflikte finanzieller Natur von getrennt lebenden Familien fernzuhalten. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen SPD und DIE LINKE. Enthaltungen? - Diese gibt es nicht. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den ursprünglichen Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?[3] - Dann ist der Antrag so angenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, auch ich möchte, dass das so gerecht wie möglich gestaltet wird. Das ist völlig klar. Aber ich schütze die Verwaltung vor diesem Antragsfeuerwerk der Prüfungen, weil sie schließlich auch noch funktionieren muss. Deswegen enthalte ich mich heute bei manchen Anträgen. Ich bitte dafür um Verständnis.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen,

1. *inwieweit Gerechtigkeit bei der Bemessung von Kita/OGS-Beiträgen für getrenntlebende Eltern hergestellt werden kann, die ihre Kinder im Wechselmodell betreuen.*

Soll wie folgt ergänzen werden:

2. *wie eine Staffelung der Beiträge ausgestaltet werden kann, um insbesondere Eltern mit niedrigem Einkommen zu entlasten. wie die Kölner Familien von den Gebühren für den Besuch ihrer Kinder in einer Kita oder Tagespflege sowie in der Offenen Ganztagsschule perspektivisch vollständig freistellt werden können. Hierfür wird die Verwaltung gebeten, ein Stufenmodell vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:

[3] Anmerkung: Frau Oberbürgermeisterin Reker enthält sich.

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit Gerechtigkeit bei der Bemessung von Kita/OGS-Beiträgen für getrenntlebende Eltern hergestellt werden kann, die ihre Kinder im Wechselmodell betreuen.

*Geprüft werden sollen die Möglichkeiten einer künftigen Erstellung von zwei separaten Beitragsbescheiden für getrenntlebende Eltern, die sich individuell am jeweiligen Einkommen der einzelnen Partner*innen bemessen.*

Insbesondere ist zu ermitteln

- *ob und inwieweit ein verwaltungstechnischer Mehraufwand entsteht.*
- *ob und welche finanziellen Auswirkungen durch diese Anpassung auf den städtischen Haushalt zu erwarten sind.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend „Änderung der Zuständigkeitsordnung, Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern“

AN/0620/2021

Das ist ein heute eingereichter Dringlichkeitsantrag, den ich offen gestanden selbst noch gar nicht gelesen habe, aber das wird geschehen. Frau De Bellis-Olinger hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bisher ist das Thema Gleichstellungspolitik, wenn überhaupt, eher im Zusammenhang mit Personalfragen auf die Tagesordnung gekommen. Gleichstellungspolitik ist aber ein Querschnittsthema, das eine Rolle in vielen verschiedenen kommunalpolitischen Entscheidungen spielt.

Am 3. Dezember vergangenen Jahres hat der Rat der Stadt Köln den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschlossen. Der Ausschuss soll als Steuerer, Begleiter und Impulsgeber der Gleichstellungspolitik dienen. Viele Herausforderungen stehen bevor. Mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag beschließen wir die Zuständigkeitsordnung und somit auch den Start der Ausschussarbeit.

An dieser Stelle möchte ich allen Akteurinnen und Akteuren, insbesondere den gleichstellungspolitischen Sprechern, und auch der Verwaltung einen herzlichen Dank für die gute und konstruktive Zusammenarbeit aussprechen. Die sachliche Diskussion war nicht immer einfach, aber wir haben dasselbe Ziel, das wir auch nie aus den Augen verloren haben. Einfach ein herzliches Dankeschön. Es hat mir sehr viel Spaß gemacht.

(Vereinzelt Beifall)

Von daher kann ich einfach auch nur sagen, dass ich mich ganz besonders auf die Zusammenarbeit mit Ihnen freuen werde, um die tatsächliche Gleichstellung in Köln voranbringen zu können. - Herzlichen Dank und weiter so!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

I. Die Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln wird erweitert um einen Paragraphen „Ausschuss für Gleichstellung von Frauen und Männern“, in dem die Entscheidungs- und Vorberatungsbefugnisse wie folgt geregelt werden:

Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern

(1) Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern wirkt bei der

Umsetzung des verfassungsrechtlichen Gebots der Gleichstellung von Frauen und Männern nach Art. 3 Abs. 2 GG und des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG NRW) mit und überprüft Maßnahmen der Stadt Köln auf Geschlechtergerechtigkeit. Hiervon bleiben die Zuständigkeiten des Rates, der Bezirksvertretungen, der Ausschüsse und der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters sowie die Zuständigkeiten der Gleichstellungsbeauftragten nach § 5 GO NRW und § 27 der Hauptsatzung der Stadt Köln unberührt.

(2) Dem Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern wird die Entscheidungsbefugnis in folgenden Angelegenheiten übertragen:

1. Maßnahmen, die auf den Abbau von Benachteiligungen in der Lebenssituation von Frauen und Mädchen sowie von Männern und Jungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Öffentlichkeit, Stadtentwicklung, Städtebau, Bildung, Freizeit, Gesundheit, Sport und Kultur etc. zielen bei Kosten von mehr als 100.000 Euro bis einschließlich 1,5 Mio. Euro

2. Maßnahmen gegen strukturelle und offene Gewalt gegen Frauen und Mädchen und präventive Konzepte zur Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, bei Kosten von mehr als 100.000 Euro bis einschließlich 1,5 Mio. Euro

3. Maßnahmen zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern bei Kosten von mehr als 100.000 Euro bis einschließlich 1,5 Mio. Euro

4. Vergabe von Fördermitteln ab 8.000 Euro für Frauenorganisationen, -projekte und Initiativen sowie für Maßnahmen und Projekte zur Förderung der Gleichstellung und zum Abbau von Benachteiligungen in der Lebenssituation von Frauen und Mädchen und sowie von Männern und Jungen

(3) Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern wird in Angelegenheiten anderer Ausschüsse vor einer Beschlussfassung so rechtzeitig gehört, dass seine Stellungnahme bei der Beratung in den jeweiligen Fachausschüssen mit berücksichtigt werden kann, wenn diese spezifische Interessen von Frauen und Männern berühren. Er ist insbesondere in folgenden Angelegenheiten vorberatend im Sinne des § 1 Abs. 5 dieser Zuständigkeitsordnung zu beteiligen:

1. Grundsatzfragen zur Frauenförderung und Gleichstellung von Frauen und Männern

2. Grundsätze der Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und Antidiskriminierung

3. Fortschreibung des Gleichstellungsplanes der Stadt Köln

4. Stellenplan in Bezug auf gleichstellungsrelevante Fragen

*5. Einzelmaßnahmen zur Hilfe von aufgrund des Geschlechts benachteiligten Personengruppen in besonderen Situationen (z. B. Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Fluchthintergrund, Menschen ohne Obdach, Sexarbeiter*innen, Senior*innen) und von intersektionaler Diskriminierung Betroffener*

(4) Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern nimmt Berichte der Gleichstellungsbeauftragten und der Verwaltung zu gleichstellungsspezifischen Belangen zur Kenntnis.

II. Vorbehaltlich einer Beschlussfassung im Zuge der Beratungen über den Haushalt bzgl. eines Gender Budgeting wird Absatz (3) mit folgender Formulierung in einem neuen Punkt 6.) ergänzt.

„6. unmittelbar gleichstellungsrelevante Haushaltsangelegenheiten im Sinne eines Gender Budgeting“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln betreffend „Beitritt zur Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“

AN/0621/2021

Ich gebe Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen lieben Dank, Frau Reker. Danke, liebe Kolleg*innen. Ich möchte mich auch zunächst einmal dafür entschuldigen, dass das alles jetzt tatsächlich bei der Verwaltung so kurzfristig eingegangen ist. Also auch Ihnen noch einmal ausdrücklich vielen Dank, dass Sie mich da so unterstützt haben, dass das so kurzfristig noch geklappt hat. Auch eine ausdrückliche Entschuldigung an die Kolleg*innen hier im Raum, dass diese Tischvorlage so spät kam.

Ich hoffe, dass Sie mittlerweile genug Zeit hatten bzw. ihr mittlerweile genug Zeit hattet, euch das anzuschauen. Ansonsten gibt es jetzt auch eine kleine Vorstellung des Inhaltes.

Wir haben diesen Antrag eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Herstellung unserer Kleidung, der Technik, mit der wir hier arbeiten, und unserer Lebensmittel usw. kein Luxus sein darf, sondern Standard werden muss. Dabei geht es um Menschenrechte - also etwas, das allen zusteht: uns genauso wie Menschen auf Kakaoplantagen, in Minen und in Nähfabriken, so jung sie auch sein mögen.

Die Wahrheit ist aber eine andere; das wissen Sie, das wisst ihr genauso gut wie ich: Umweltverschmutzung und die Missachtung von grundlegenden Arbeits- und Menschenrechten sind der Standard in den Lieferketten unserer Güter. Davon zeugen Dammbrüche von Klärschlammbecken in Brasilien und Fabrikeinstürze in Bangladesch, um nur zwei der zahlreichen Beispiele zu nennen.

Trotzdem ist der faire Handel, der es besser machen will, eine absolute Nische. Das weiß Fairtrade Deutschland, die hier bei uns in Köln sitzen, genauso schmerzlich wie unsere Verwaltung, wenn sie bei der Beschaffung von Arbeitskleidung oder Spielzeug versucht, solche sozialen und ökologischen Herstellungskriterien zu berücksichtigen. Es gibt oft gar keine Anbieter, die diese erfüllen.

Damit sich daran etwas ändert und wir hier in Köln, also jede Bürgerin und jeder Bürger sowie die Stadt, nachhaltig hergestellte Produkte kaufen können, braucht es mindestens auf nationaler Ebene einen gesetzlichen Rahmen, der das von allen Unternehmen gleichermaßen fordert. Stichwort: Wettbewerbsgerechtigkeit.

Der Referent*innen-Entwurf der Bundesregierung für solch ein Lieferkettengesetz, der momentan dem Bundestag vorliegt, greift da an entscheidenden Stellen zu kurz. Es reicht nicht, sich nur das erste Glied einer langen Lieferkette anzuschauen, es reicht nicht, nur die 600 größten deutschen Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen, und es reicht auch nicht, nur auf soziale Kriterien zu achten, sondern es braucht auch Umweltstandards.

(Unruhe - Zuruf: Liebe Herren, könntet ihr einmal ein bisschen leiser sein? Das wäre sehr schön! - Vereinzelt Beifall)

- Vielen Dank, die Herren.

Diese und weitere Punkte können jetzt im Bundestag noch nachgebessert werden, daher auch der Dringlichkeitsantrag. Es braucht aber alle Unterstützung für ein starkes Lieferkettengesetz, wie es die Initiative Lieferkettengesetz, aber auch Bundesentwicklungsminister Müller von der CSU und Arbeitsminister Heil von der SPD zum Beispiel wie auch diese besagte Resolution fordern.

Da sollte es für uns als Fairtrade-Stadt keine Frage sein, dass wir diese Resolution gemeinsam mit den 34 erstunterzeichnenden Kommunen mittragen und damit zeigen: Ja, wir wollen, dass die Menschen und die Umwelt in den Lieferketten unserer Produkte gemäß ihrer Grundrechte mit Würde behandelt werden.

Ich freue mich, dass wir so viele Gruppen und Fraktionen gewinnen konnten, die mit uns diesen Antrag gemeinsam stellen, und mir auch schon von anderen zugesagt wurde, dass sie den Antrag mittragen. Deswegen freue ich mich wirklich sehr und bedanke mich ausdrücklich, dass wir das hier heute gemeinsam beschließen. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiges und wertvolles Signal, das die Stadt Köln damit nach außen sendet. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Görzel?

(Volker Görzel [FDP] macht eine verneinende Geste. - Vereinzelt Beifall)

Ich frage noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

(Zuruf: Doch!)

- Doch. - Bitte, Herr Kockerbeck.

(Zurufe: Nein, Michael!)

Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist von Nicolin Gabrysch erwähnt worden: Die Stadt Köln ist Fair Trade Town, und die Stadt Köln engagiert sich für Geflüchtete. Es würde sehr gut passen, wenn die Stadt Köln auch zu den Unterzeichner*innen dieses Aufrufes gehören würde und für ein solches Gesetz zur Achtung der Menschenrechte im Handel und in der Produktion in südlichen Ländern Partei ergreifen würde. Zu den Unterzeichnern dieser Resolution gehören Städte wie Bonn, Mainz, Fürth, Bremen, Halle, Hannover, München, Münster und Koblenz, und es würde, wie gesagt, das Gewicht dieses Aufrufs einfach stärken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage jetzt noch einmal, ob es Wortmeldungen gibt? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind natürlich die KLIMA FREUNDE, DIE LINKE, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ratsgruppe GUT, Volt und Die PARTEI. Enthaltungen?[4]

(Zuruf: Einige der CDU!)

Dann ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

(Zuruf: Gegenstimmen? - Gegenruf: Nein, kann man doch zählen! Wir können zählen!)

- Ja, wir können zählen. Aber danke für den Hinweis.

Beschluss:

Die Stadt Köln unterzeichnet die Resolution „Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., Volt und der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft in Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer Schulbau GmbH“

AN/0226/2021

Antwort der Verwaltung vom 22.03.2021 0366/2021

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

[4] Anmerkung: Die CDU-Fraktion enthält sich.

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Beitrag der Bühnen der Stadt Köln zur musisch-kulturellen Bildung in Kölner Kitas und Schulen“

AN/0231/2021

Antwort der Verwaltung vom 03.03.2021 0385/2021

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.3 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend „Werbeanlagen Stadt Köln“

AN/0330/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021 1064/2021

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.4 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend „Sachstand Erwerb des Grundstückes Deutz-Mülheimer-Straße 147 bis 149 (ehemalige KHD-Hauptverwaltung)“

AN/0513/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021 1019/2021

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.5 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend „Veränderungssperre Belgisches Viertel“ AN/0578/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021 1073/2021

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.6 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend „Schutzauftrag Kindeswohl in Zeiten der Pandemie“

AN/0576/2021

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Köln erneut auf dem letzten Platz des bundesweiten ADFC Fahrrad-Ranking“

AN/0593/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021 1109/2021

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.8 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend „Stand Impfungen städtische Kliniken“
AN/0596/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021

1082/2021

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte Sie, den Tagesordnungspunkt mit mir coronakonform ganz kurz durchzuführen. Die Anfragen sind bis auf die Anfrage von 4.6 schriftlich beantwortet, und die vorab eingereichten Nachfragen werden ebenfalls schriftlich beantwortet. Die noch ausstehende Beantwortung wird zur nächsten Sitzung erfolgen. Können wir Tagesordnungspunkt 4 so behandeln?

(Zuruf: Ja!)

Das ist ganz wunderbar.

Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

Tagesordnungspunkt

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See

2234/2020

Hier bitte ich zunächst um Wortmeldungen. - Keine. Dann lasse ich abstimmen, wie der aktualisierte Beschlussvorschlag Anlage 1b das vorsieht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in aktualisierter Fassung (s. Anlage 1b):

Der Rat beschließt die in Anlage 1b aktualisierter Fassung der Satzung der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Änderung der Hauptsatzung Hier: Erweiterung der Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

0935/2021

Das ist eine unmittelbare Ratsvorlage. Gibt es hier Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*1. Der Rat beschließt, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zukünftig auch sachkundige Einwohner*innen und deren Stellvertretungen für die Fachausschüsse des Rates vorschlagen darf, in denen die Themen Allgemeine Verwaltung sowie Digitalisierung und Wirtschaft behandelt werden.*

2. § 23 a Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln wie folgt geändert:

„(3) Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik kann Mitglieder der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die für Soziales, Gesundheit, Verkehr, Kultur, Sport, Umwelt, Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Schule, Weiterbildung, Gleichstellung, Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten, Allgemeine Verwaltung, Digitalisierung und Wirtschaft zuständigen Ausschüsse

vorschlagen. Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wählt der Rat diese gem. § 58 Abs. 4 GO NRW in die Ausschüsse. (…)“

*3. Der Rat bestellt auf Vorschlag der stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG Behindertenpolitik folgende Personen als sachkundige Einwohner*innen und deren Stellvertretungen für die nachstehenden Ausschüsse:*

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales
Marcel Adolf

als sachkundigen Einwohner
Elisa Braune

als Stellvertretung

Digitalisierungsausschuss

Marcia Grant

als sachkundige Einwohnerin
Dr. Dr. Rainer Broicher

als Stellvertretung

Wirtschaftsausschuss
Hier wurde noch keine Benennung vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung
Hier: Erweiterung der Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

0904/2021

Das liegt ebenfalls unmittelbar als Ratsvorlage vor. Wortmeldungen? - Keine Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*I. Der Rat beschließt, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) zukünftig auch sachkundige Einwohner*innen und deren Stellvertretungen für die Fachausschüsse des Rates vorschlagen darf, in denen die Themen Allgemeine Verwaltung sowie Digitalisierung und Wirtschaft behandelt werden.*

II. § 23 b Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln wird wie folgt geändert:

„(3) Die Stadtarbeitsgemeinschaft LST kann Mitglieder der Lesben-, Schwulen- und

Transgenderorganisationen und –selbsthilfegruppen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die für Soziales, Gesundheit, Verkehr, Kultur, Sport, Umwelt, Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Schule, Weiterbildung, Gleichstellung sowie Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten, Allgemeine Verwaltung, Digitalisierung und Wirtschaft zuständigen Ausschüsse vorschlagen. Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft LST wählt der Rat diese gem. § 58 Abs. 4 GO NRW in die Ausschüsse (…)“

*III. Der Rat bestellt auf Vorschlag der StadtAG LST folgende Personen als sachkundige Einwohner*innen und deren Stellvertretungen für die nachstehenden Ausschüsse:*

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales
Alf Spröde

als sachkundigen Einwohner
Deborah Timm

als Stellvertretung

Digitalisierungsausschuss

Dirk Bachhausen

als sachkundigen Einwohner
Alf Spröde

als Stellvertretung

Wirtschaftsausschuss
Alf Spröde

als sachkundigen Einwohner

Dirk Bachhausen

als Stellvertretung

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Benutzungsordnung der Kunst und Museumsbibliothek der Stadt Köln und Rahmenbenutzungsordnung der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte (KunstBibliothek Köln, KuBi Köln)

2468/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Benutzungsordnung der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln auf der Grundlage des dieser Beschlussvorlage anliegenden Entwurfs (Anlage 1).

Gleichzeitig beschließt der Rat die Aufhebung der bisherigen Benutzungsordnung der Kunst- und Museumsbibliothek in der Fassung vom 18. April 2002.

Der Rat nimmt die Rahmenbenutzungsordnung der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte (KunstBibliothek Köln, KuBi Köln) entsprechend des dieser Beschlussvorlage anliegenden Textes zur Kenntnis (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.2 Entgelt- und Benutzungsordnung der artothek - Raum für junge Kunst

3168/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte „Benutzungs- und Entgeltordnung der artothek – Raum für junge Kunst"; diese tritt am 01.07.2021 in Kraft.

Die am 04.12.1996 veröffentlichte „Satzung über die Ausleihe von Kunstgegenständen aus der Artothek der Stadt Köln" wird gleichzeitig aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Integriertes Handlungskonzept Lindweiler

hier: Änderung der Geschäftsordnung des Veedelsbeirates Lindweiler

0352/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt, dass künftig die Sitzungen des Veedelsbeirates Lindweiler bei Vorliegen sachlicher Gründe digital durchgeführt werden können.*
2. *Der Rat beschließt die Änderungen und Anpassungen der Geschäftsordnung gemäß Anlage 1.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.4.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Porz Mitte

hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Porz Mitte sowie Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat Porz Mitte zur Wahlperiode 2020/2025

3621/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen, einmal Ziffer 1 in der Fassung der BV Porz, Anlage 4. Da geht es um die Entsendung der Vertreter der BV Porz. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Dann Ziffer 2 bis 5, wie StEA-Anlage 6 mit den Änderungen aus Anlage 5. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. *Abstimmung über Ziffer 1 in der Fassung der Bezirksvertretung 7 (Porz) (Anlage 4)*

Beschluss:

1. *Die Bezirksvertretung Porz schlägt die folgenden Vorsitzenden der Bezirksfraktionen sowie entsprechende Stellvertreter/-innen als Beiratsmitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Beirates Porz Mitte zur Ernennung vor:*

   Mitglieder

   stellvertretende Mitglieder

   Werner Marx

   Andreas Bischoff

   Dr. Simon

   Bujanowski Pascal Pütz

   Dieter Redlin

   Thomas Werner

   Helmuth Krämer

   Jonas Hallmann

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. *Abstimmung über Ziffer 2 – 5 in der Fassung des Stadtentwicklungs-ausschusses mit den Änderungen in Anlage 5*

Beschluss:

2. *Der Stadtentwicklungsausschuss schlägt die folgenden Vertreter/-innen der stimmberechtigten Fraktionen sowie entsprechende Stellvertreter/-innen aus dem Stadtentwicklungsausschuss als Beiratsmitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Beirates Porz zur Ernennung vor:*

   Mitglieder

   stellvertretende Mitglieder

   Laurens Wellmann

   Christine Seiger

   Michael Frenzel

   Elfi Scho-Antwerpes

   Anne Henk-Hollstein

   Henk van Benthem

   Michael Weisenstein

   Marcela Cano

   Elvira Bastian

   Tim-Lennart Gottsleben

   Philipp Gotzen
   Isabella Venturini

3. *Der Rat beschließt für die Wahlperiode 2020/2025 die Ernennung der in Anlage 1 vorgeschlagenen Personen aus den Institutionen zu Beiratsmitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Beirates Porz Mitte. Der Rat ernennt weiterhin die unter Beschluss 1 und 2 benannten Personen zu Beiratsmitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern.*

4. *Der Rat überträgt der Bezirksvertretung Porz künftig weiterhin die Ernennung von Beiratsmitgliedern und stellvertretenden Beiratsmitgliedern bei personellen Veränderungen in den Institutionen.*

5. *Der Rat beschließt die in der Anlage 2 markierten Änderungen bzw. Anpassungen der Ziffern 2, 3, 4, 6, 7 und 8 der Geschäftsordnung des Beirates Porz Mitte.*

6. *Dabei sind gemäß Anlage 5 außerdem folgende Änderungen zu berücksichtigen (s. Beschlussprotokoll der BV Porz vom 11.02.2021):*

   Anlage 1

   - *statt „IHK (Porzer Wirtschaft)“ Änderung in „Porzer Wirtschaft - IHK Köln“*
   - *statt „Solibund Porz e.V.“ Änderung in „Migrationsvertreter/in“*
   - *statt „Diakonie Michaelshoven e.V.“ Änderung in „Sozialraumkoordination Porz-Mitte/Urbach“*

   Anlage 2

   - *unter Ziffer 3, Abs. 1 statt „Vertreter/in Porzer Wirtschaft“ Änderung in „Vertreter/in Porzer Wirtschaft – IHK Köln“*
   - *unter Ziffer 3, Abs. 1 Ergänzung „Migrationsvertreter/*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

0584/2021

Das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es dazu eine Erklärung? - Das ist nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalsanierung des Umkleidegebäudes auf der Sportanlage Rixdorfer Str. 56, 51063 Köln

0454/2021

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist auch nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Neugestaltung der Spielplätze „Rixdorfer Str.“ und „Wuppertaler Str./Stegwiese“
hier: Unterrichtung des Rates über eine Kostenerhöhung
0614/2021

Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Vielen Dank.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.3 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
1003/2021

Das ist die neue haushaltsrechtliche Unterrichtung. Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Können Sie einmal kurz den Titel bitte vorlesen?)

Haushaltsrechtliche Unterrichtung. - Frau Dr. Diemert, bitte.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine relativ kurzfristig vorgelegte haushaltsrechtliche Unterrichtung mit schlicht und ergreifend dem Titel: Unterrichtung gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung. Das ist die Vorlagennummer 1003/2021 und betrifft unsere regelmäßige Berichterstattung in Sachen Corona, in der wir über den derzeitigen Sachstand in Sachen Corona-Isolation und die weiteren Aussichten berichten. Sie kennen das schon. Das ist auch Gegenstand der regelmäßigen Berichterstattung im Finanzausschuss. Wir hoffen, dass wir Ihnen im nächsten Finanzausschuss dann wieder etwas aktuellere Daten vorlegen können. Wir sind im Moment mitten in den Jahresabschlussbuchungen, aber wir wollten es hier nicht versäumen, Ihnen auch in diesem Rat einen aktuellen Sachstandsbericht dazu vorzulegen. Wenn es Fragen gibt, beantworten wir sie natürlich gern. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Fragen an Frau Dr. Diemert? - Das ist nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag
0068/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 AchtBrücken GmbH

hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2022-2024

0415/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der AchtBrücken GmbH zur Durchführung des Musikfestivals „ACHTBRÜCKEN Musik für Köln“ für die Jahre 2022-2024 folgende Betriebskostenzuschüsse zuzusagen:

2022:	*415.800 €*
2023:	*413.800 €*
2024:	*421.500 €*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 10. Änderung des Gesamtverkehrskonzepts der Stadt Köln

hier: Trassenfreihaltung zur Fortführung der Äußeren Kanalstraße von Bilderstöckchen zum Niehler Ei als Radverkehrstrasse

2891/2020

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 5. Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Der FDP und der AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 02.03.2021:

Der Rat beschließt die Änderung des Hauptstraßennetzes im Bezirk Nippes wie folgt:

Die zwischen dem Knoten Äußere Kanalstraße/Escher Straße im Stadtteil Bilderstöckchen und dem Kreisverkehrsplatz Bremerhavener Straße/Industriestraße („Niehler Ei“) im Stadtteil Niehl im Gesamtverkehrskonzept der Stadt Köln (GVK) vorgesehene Trasse zur möglichen Verlängerung der Äußeren Kanalstraße wird als in erster Linie dem Kfz-Verkehr dienende Straße aufgegeben und durch eine Freihaltetrasse für den qualifizierten Radverkehr nach dem Radschnellwegestandard des Landes Nordrhein-Westfalen ersetzt. Die Vorhalteplanung für diese Radverkehrsfreihaltetrasse soll in den zu aktualisierenden Planwerken der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung Berücksichtigung finden.

Die Trasse wird zur tatsächlichen Einrichtung eines Fahrradweges, zunächst von der Äußeren Kanal-straße (Bilderstöckchen) bis zur Etzelstraße (Mauenheim), verwendet. ~~Dabei soll es sich auf der gesamten Trasse ausdrücklich nicht um einen Radschnellweg handeln.~~

Es ist vielmehr unbedingt darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Trasse nicht den von Menschen aus dem Stadtteil, Unternehmen und der Stadt Köln errichteten und noch auszubauenden Klimapark (https://www.klimapark-koeln.de/) beeinträchtigt, sondern sich baulich und in der Wegeführung in diesen im Sinne des Beschlusses der Bezirksvertretung vom 3. September 2020 (1028/2020 , Karte siehe https://ratsinformation.stadt-koeln.de/get-file.asp?id=783740&type=do&) einfügt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str., 50968 Köln-Marienburg - Baubeschluss

2952/2020

Wortmeldungen? - Keine. Ich stimme ab wie BV Rodenkirchen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) vom 15.03.2021 (Anlage 12):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau zweier Wohngebäude im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o. Nr., 50968 Köln-Marienburg, Gemarkung Rondorf, Flur 51, Flurstücke 597, 708, 1208 und 1209 mit Gesamtkosten in Höhe von 6.077.000 € mit der Maßgabe:

1. *Der entfallende Bolzplatz wird durch eine gleichwertige Anlage in unmittelbarer Umgebung des zu bebauenden Grundstücks ersetzt, ggf. durch Grundstücksankauf. Die vorgesehene Fläche auf dem Nachbargrundstück kommt dafür nicht in Frage. Als zeitliche Zielgröße für die Suche nach einem Alternativstandort wird maximal 1 Jahr angesetzt. Die Verwaltung informiert die BV in regelmäßigen Abständen (3 Monate) über die Fortschritte.*

2. *Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach (insbesondere auf dem Dach von Haus 2) soll ergänzt werden und so die energetische Bilanz der Gebäude verbessern.*

3. *Die Anzahl der PKW-Stellplätze (2 behindertengerechte, 3 Cambio-Stellplätze) wird um zwei weitere Parkplätze mit E-Ladesäule erweitert.*

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, nach der Umschichtung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH bei der Finanzstelle 5620-1004-2-5153 - Neubau Brohler Str. freigegeben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen dies Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021

0537/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln für das Wirtschaftsjahr 2021 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 20,0 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögensplans erforderlich ist, wird auf 111,0 Mio. Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Teilnahme der Stadt Köln am Landesprojekt „Guter Lebensabend NRW“

0373/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt

AN/0616/2021

Ich habe Ihnen mitzuteilen, dass der Integrationsrat vorab darüber informiert worden ist, warum eine Beschlussfassung der Vorlage in der heutigen Sitzung erforderlich ist.

Wortmeldungen? - Es gibt einen Änderungsantrag. Den lasse ich zunächst abstimmen und dann die Vorlage, die wir vorher hatten. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Bitte, Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Oberbürgermeisterin, der Integrationsrat hatte gar nicht getagt, und wir haben uns mit der Frage, ob eine Änderung möglich ist, natürlich sehr intensiv auseinandergesetzt. Schließlich wollen wir nicht, dass die Stadt Köln nicht an dem Programm teilnehmen kann. Wir haben ausdrücklich hier in unserem Änderungsantrag betont, dass uns das wichtig ist und dass wir das Programm des Landes begrüßen. Wir möchten nur möglichst viele Gruppen von Migranten erfassen und deshalb die eine Stelle, die über SBK hinausgeht, auf zwei aufteilen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um ein Landesprojekt von CDU und FDP, und dafür muss man sich bewerben. Bei diesen Bewerbungssachen gibt es Probleme; denn das ist relativ eingeschränkt. Die Verwaltung, also die Oberbürgermeisterin hat diese Vorlage erstellt, und diese Vorlage versucht, dieses Problem zu lösen, indem ein konkreter Akteur genannt wird. Das ist in diesem Fall gar nicht anders möglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen unterstützen wir - ich glaube, ich kann auch für die Kollegen von der SPD sprechen - diese Vorlage der Oberbürgermeisterin so, wie sie ist, weil es gar keinen anderen Weg als diesen gibt.

Ich bedanke mich, Frau Oberbürgermeisterin, dass Herr Oster auch noch einmal ausdrücklich alle Fraktionen angerufen und darum geworben hat, dass man dieser Vorlage - so, wie sie von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, gestellt worden ist - zustimmen sollte. Deswegen werden wir den Änderungsantrag ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt inzwischen doch eine andere Möglichkeit, Herr Detjen, obwohl es bis heute Morgen so richtig war. Aber inzwischen gibt es die Möglichkeit. Ich verweise auf Anlage 3. - Herr Dr. Rau bitte dazu.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist so, dass wir von der Bezirksregierung Arnsberg die Auskunft erhielten, dass wir theoretisch noch einmal einen Trägerwechsel machen können. Ich

verweise allerdings darauf, dass das Zeit kosten wird und - wenn wir zu viel Zeit brauchen - dieses Projekt gefährdet ist. Wir kommen deshalb zum Vorschlag, dass die Verwaltung von Ihnen ermächtigt wird, eine Kriterienmatrix anzuwenden - das schaffen wir noch vor dem 01.04. - und in Anwendung dieser Matrix eine Auswahl der Träger gemäß Ihrer Vorstellung zu machen, um damit das Projekt quasi noch rechtzeitig an den Start bringen zu können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, in der Anlage steht sogar, dass es keine zeitliche Verzögerung gibt. - Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich muss jetzt wirklich einige kritische Worte an dieser Stelle finden, weil es in der Tat genauso ist, wie Herr Detjen gesagt hat: Wir haben einen Anruf von Herrn Oster bekommen, in dem uns gesagt wurde, es sei eigentlich nicht möglich, den Träger zu wechseln.

Wir haben uns dann schlaugemacht; das war vor allem der Verdienst der Kollegen von der CDU-Fraktion, muss ich sagen, und dann haben sie auf einmal feststellen können, dass es doch möglich ist. Ich muss wirklich sagen: Da fühlt man sich als Sozialpolitikerin ein bisschen - ich sage es einmal vorsichtig - im Regen stehen gelassen.

(Zuruf: Verarscht!)

- Ja, wir können auch *verschaukelt* sagen.

Aber es kann doch nicht sein, dass wir uns im Grunde genommen selbst informieren müssen, dass das doch möglich ist, Herr Dezernent, wenn wir vorher von Ihnen ausdrücklich eine andere Auskunft bekommen haben. Das halte ich für sehr schwierig.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Detjen. Ich möchte jetzt aber zuvor einmal fragen, ob Ihnen die Anlage - ich habe sie nämlich heute erst unterschrieben - vorliegt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die ist in Session, ja!)

- Gut, die ist in Session. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Auf Grundlage der Einlassung von Herrn Dr. Rau würde ich folgenden Vorschlag machen, und zwar, dass wir diese Äußerung zu Protokoll nehmen und die Verwaltungsvorlage beschließen. Damit ist das Problem gelöst. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf: Guter Trick!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe zunächst über den Änderungsantrag abstimmen zu lassen. - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Ganz interessante Sachen sind hier wieder aufgetaucht. Offensichtlich ist die AfD-Fraktion von Herrn Oster, der unmittelbar neben uns sitzt, vergessen worden. Deswegen wollten wir die Anträge dementsprechend auch ablehnen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Gut, dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und Herr Wortmann. Gegenstimmen? - AfD-Fraktion, SPD-Fraktion, DIE LINKE, Die PARTEI, GUT Köln und die KLIMA FREUNDE.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Herr Dr. Rau, können Sie das trotzdem bitte zu Protokoll geben?)

Ich kann Sie nicht verstehen, Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ich bitte darum, die Äußerung von Herrn Dr. Rau zu Protokoll zu nehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, wir machen hier ein Wortprotokoll. Hier ist alles im Protokoll.

(Vereinzelt Beifall)

Gibt es Enthaltungen zum Änderungsantrag? Ich bin hier nämlich mitten in der Abstimmung. - Das

ist nicht der Fall. Dann ist der Änderungsantrag beschlossen.

Dann ist die Vorlage mit den Ergänzungen aus dem Änderungsantrag abzustimmen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Teilnahme am Landesprogramm „Guter Lebensabend NRW".*

2. *Der Rat stimmt der Vorlage unter der Maßgabe zu, dass die Frage der Träger die nicht in städtischer Hand sind als offen angesehen wird und die eine Vollzeitstelle auf zwei 0,5-Stellen verteilt wird.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln zugestimmt.

II. Abstimmung über die so ergänzet Vorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt unter dem Vorbehalt der Förderung aus Projektmitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) die Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm „Guter Lebensabend NRW" für die Zeit vom 01.04.2021 bis 31.12.2022 mit einem Gesamtprojektvolumen von 259.208,50 €.

Die Finanzierung des kommunalen Eigenanteils von 22.167,50 € im Haushaltsjahr 2021 erfolgt aus veranschlagten Mitteln in Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15., Transferaufwendungen. Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2022 ist der Eigenanteil von 29.674,20 € innerhalb des dann zugewiesenen Budgets des Dezernates für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen ggf. durch Umschichtung zu berücksichtigen.

Ergänzung:

1. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Teilnahme am Landesprogramm „Guter Lebensabend NRW".*

2. *Der Rat stimmt der Vorlage unter der Maßgabe zu, dass die Frage der Träger, die nicht in städtischer Hand sind, als offen angesehen wird und die eine Vollzeitstelle auf zwei 0,5-Stellen verteilt wird.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Der Integrationsrat ist vorab darüber informiert worden, warum eine Beschlussfassung der Vorlage in der heutigen Sitzung erforderlich ist und deshalb eine Vorberatung im Integrationsrat nicht mehr möglich ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Abriss und Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Cohnenhofstraße o. Nr., 50769 Köln, Planungsbeschluss

0002/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen wie Bauausschuss Anlage 9, wie Finanzausschuss Anlage 10. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Bauausschusses vom 08.03.2021 (Anlage 9) und des Finanzausschusses vom 15.03.2021 (Anlage 10):

Der Rat beschließt die Planung und Durchführung des Abbruchs des Bestandsgebäudes und Planung der Errichtung eines Mehrparteienhauses zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung alleinstehender Personen auf dem städtischen Grundstück Cohnenhofstraße o. Nr., 50769 Köln, Gemarkung Worringen, Flur 61, Flurstück 66.

Dazu ermächtigt der Rat die Verwaltung, die erforderlichen Fachplaner und Abrissfirmen zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen

(Statik, Vermessung, Boden-, Schadstoff-, Lärmschutzgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen konsumtiven Aufwendungen für den Abriss (25.000 €) einschließlich der Planung (5.000 €) belaufen sich auf rd. 30.000 € brutto.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung darüber hinaus, ein Architekturbüro mit den Vorplanungen auf der Basis der HOAI-Gebührenordnung, Leistungsphasen eins bis drei, zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Architekten und Fachingenieuren einzuholen.

Die voraussichtlichen Planungskosten für den Neubau des Wohngebäudes für die Leistungsphasen 1-3 belaufen sich auf rd. 116.000 € brutto.

Gleichzeitig werden die investiven Mittel in Höhe von 116.000 € im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH bzw. 5620-1004-5-5209, Neubau Cohnenhofstr. freigegeben.

Ergänzung

- *Die Planung erfolgt entsprechend den Städtischen Energieleitlinien in Passivhaus-Bauweise.*
- *Die Dachflächen sind, soweit möglich, vollflächig für Solaranlagen zu nutzen.*
- *Die Fassaden (und eventuell Dächer) sind grundsätzlich zu begrünen.*
- *Falls PKW-Stellplätze nötig sind, sind in Zusammenarbeit mit der Rheinenergie öffentlich nutzbare Elektro-Ladestationen zu schaffen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss

1898/2020

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Bauausschuss Anlage 10. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Bauausschusses vom 08.03.2021 (Anlage 10):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau einer Flüchtlingsunterkunft auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Gemarkung Lövenich, Flur 19, Flurstück 1337 mit Gesamtbaukosten in Höhe von rund 3.619.000 € und Kosten für die Erstausstattung in Höhe von rund 22.000 €.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, nach der Umschichtung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH bei der Finanzstelle 5620-1004-3-5202 – Neubau Potsdamer Str. 1 b, freigegeben.

Ergänzung:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

- *Dachflächen zusätzlich für Photovoltaik zu nutzen,*
- *Fassaden zu begrünen und*
- *für die PKW-Stellplätze in Zusammenarbeit mit der Rheinenergie öffentlich nutzbare Elektro-Ladestationen zu schaffen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str., 51143 Köln, Baubeschluss

3660/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Bauausschuss Anlage 13, wie Finanzausschuss Anlage 14. Gegenstimmen? -

AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Bauausschusses vom 08.03.2021 (Anlage 13) und des Finanzausschusses vom 15.03.2021 (Anlage 14):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf den städtischen Grundstücken Houdainer Str. o. Nr., 51143 Köln-Zündorf, Gemarkung Oberzündorf, Flur 1, Flurstück 251 mit Gesamtkosten in Höhe von 3.840.000 €.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, nach der Umschichtung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH bei der Finanzstelle 5620-1004-7-5203 - Neubau Houdainer Str. freigegeben.

Ergänzung: Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

- *Dachflächen für PV-Anlagen zu nutzen,*
- *Fassaden zu begrünen und*
- *für die PKW-Stellplätze in Zusammenarbeit mit der Rheinenergie öffentlich nutzbare Elektro-Ladestationen zu schaffen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln), AöR: Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht 2021

0162/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.11 ist zurückgestellt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Bericht zum Kölner Abwasserbeseitigungskonzept für das Berichtsjahr 2021 (Bericht ABK 2021) nach Kapitel 5.1.2 der „Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten“ vom 08.08.2008 zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.11 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Äußerer Grüngürtel Nord Grüne Brückenschläge (Bedarfsanerkennung, Schenkungsannahme) 0063/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Schulsporthallen

2035/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, entsprechend der Sportentwicklungsplanung bei der Planung und beim Bau von Schulsporthallen die Bedarfe des Vereinssports angemessen zu berücksichtigen. Dadurch sollen die nachhaltige Nutzbarkeit von Sporthallen erhöht und Sportbedarfe besser abgedeckt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Deutzer Hafen“ - ergänzendes Verfahren

0082/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt den Bericht über die vorbereitenden Untersuchungen nach § 165 Abs. 4 BauGB nebst Anlagen für das Gebiet „Deutzer Hafen“ (Anlage 3) erneut zur Kenntnis.*

2. *Der Rat nimmt die in der aktualisierten Anlage 4 dargestellten Belange der betroffenen Grundstückseigentümer zur Kenntnis und wägt sie wie in der aktualisierten Satzungsbegründung (Anlage 2) vorgeschlagen ab. Ferner nimmt der Rat das Gutachten „Fortschreibung der entwicklungsunbeeinflussten Anfangswerte und der entwicklungsbeeinflussten Endwerte für das Gebiet des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Deutzer Hafen“(Dezember 2019) zur Kenntnis. (Anlage 5)*

3. *Der Rat beschließt für das in Anlage 1 dargestellte Gebiet in Köln-Deutz die Satzung über die förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Deutzer Hafen“ nach § 165 Abs. 6 Satz 1 BauGB und setzt sie gemäß § 214 Abs. 4 BauGB rückwirkend zum 20.06.2018 in Kraft. Das von dem Entwicklungsbereich betroffene Gebiet ist in Anlage 1 nach Flurstücken abgegrenzt und in einem Lageplan dargestellt. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses. Zur Begründung der Satzung wird auf die Satzungsbegründung (Anlage 2) verwiesen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Kinderoper Köln - Förderung durch das Programm „Neue Wege“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit dem NRWKULTURsekretariat

0062/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss Anlage 3. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses vom 15.03.2020 (Anlage 3):

1. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die zusätzlich durch die Bühnen akquirierte Förderung der Kinderoper Köln aus dem Projekt „Neue Wege“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen aufgeteilt auf zwei Spielzeiten (2020/21 und 2021/22) insgesamt 1.241,4 T€ beträgt. Eine Veränderung des geplanten Jahresergebnisses der Oper ist durch die Förderung nicht zu erwarten. Es ergeben sich keine Auswirkungen auf den Gesamthaushalt der Stadt Köln.*

2. *Der stadtkölnische Beitrag für das interkommunale und vom Land NRW mitfinanzierte Projekt „Kinderoper Neue Wege“, wird auf 550,5 T€ für die Spielzeit 2020/21 und auf 557,9 T€ für die Spielzeit 2021/22 festgesetzt.*

Zur Finanzierung dieses Beitrags wird ein Teil des im Wirtschaftsplan der Bühnen Köln vorgesehenen Betriebskostenzuschussanteils der Oper in Höhe von rund 550,5 T€ für die Spielzeit 2020/21 und rund 557,9 T€ für die Spielzeit 2021/22 umgewidmet. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt damit im Rahmen des bereits beschlossenen Wirtschaftsplans bzw. der Mittelfristplanung.

3. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der tatsächlich genehmigten Fördermittel und der entsprechend anzupassenden künstlerischen Planung die im Erfolgsplan des Wirtschaftsplans der Bühnen Köln für die Spielzeit 2020/21 angesetzten Gesamtbeträge sowohl der geplanten Erträge als auch der geplanten Aufwendungen überschritten werden.*

4. *Der Eintrittspreis für erwachsene Besucher der Kinderoper wird von 12,50 € auf 20,00 € angepasst. Hiervon ausgenommen ist die Begleitperson minderjähriger Kinder, diese zahlt weiterhin den Eintrittspreis von 12,50 €.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Erarbeitung der verbindlichen Bauleitplanung (fünf Teilbebauungspläne und ein Bebauungsplan-Änderungsverfahren) und der Durchführung der Vergabe von Fachgutachten für das Städtebauprojekt Parkstadt Süd

2948/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Dann ist bei Enthaltung von Herrn Wortmann so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *erkennt den Bedarf für die Erarbeitung der verbindlichen Bauleitplanung (fünf Teilbebauungspläne und ein Bebauungsplan-Änderungsverfahren) inklusive der Durchführung der Vergabe von Fachgutachten für das Städtebauprojekt Parkstadt Süd in Höhe von 1.130.500 €/brutto (950.000 €/netto) an,*

2. *beauftragt die Verwaltung mit der EU-weiten Ausschreibung des VgV-Verfahrens zur Auswahl eines geeigneten Planungsbüros.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Ankauf eines weiteren Drittels des Kunstwerkes Sympathische Kommunistin von Martin Kippenberger für das Museum Ludwig

3268/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Ankauf eines weiteren Drittels des Kunstwerks „Sympathische Kommunistin“ von Martin Kippenberger aus dem Jahr 1983 für das Museum Ludwig für 1,0 Mio. € gestaffelt über drei Jahre sowie die erste Freigabe in Höhe von 333.000 € im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen auf der Finanzstelle 4511-0402-0-2000 – Ankaufsetat Museum Ludwig, Hj. 2021.

Die Verwaltung wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. die erforderlichen Mittel in Höhe von 333.000 € für das Haushaltsjahr 2022 und in Höhe von 334.000 € für das Haushaltsjahr 2023 berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Generalsanierung der Gemeinschaftsgrundschule Halfengasse 25 in 50739 Köln - Baubeschluss

2966/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wir stimmen ab wie die Vorlage. Die ergänzenden Hinweise der Bezirksvertretung Nippes zum Verkehr und für künftige Vorhaben nimmt die Verwaltung mit. Die beteiligten Dezernate haben bereits abgestimmt, dass vorrangig andere Flächen zu prüfen sind und eine Versiegelung von Landschaftsschutzgebieten und Parks nur das letzte Mittel sein kann.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Generalsanierung des Altgebäudes der Gemeinschaftsgrundschule Halfengasse 25 in 50739 Köln gemäß der Energieleitlinie mit Gesamtkosten inklusive Einrichtungskosten in Höhe von rund 5.186.000 Euro brutto.

Er stellt den Bedarf zur Generalsanierung fest und beauftragt die Verwaltung mit der Beantragung

der Baugenehmigung, der Submission, Baudurchführung und Einrichtung.

Zudem genehmigt der Rat der Stadt Köln einen Risikozuschlag in Höhe von 20 Prozent bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten. Dies entspricht einem Betrag von rund 784.000 Euro brutto.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sich die Generalsanierung der Schule mit dem Bau eines neuen unterhalb der Schulhoffläche verlaufenden Rheindükers der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) überschneidet. Der vorgesehene Interimsstandort befindet sich in einem Landschaftsschutzgebiet. Bis zum Abschluss beider Maßnahmen wird die Schule auf das Grundstück der StEB am Niehler Damm / Bremerhavener Straße in eine Modulbauanlage ausgelagert.

Die Kosten der Auslagerung werden zwischen StEB und Gebäudewirtschaft auf der Grundlage des als Anlage 6 beigelegten Kostenverteilungsschlüssels geteilt. Der Rat stimmt dem Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zu. Die anteiligen Kosten für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln betragen rund 2.415.000 Euro brutto.

Die Gesamtkosten der Maßnahme inklusive der Kosten für die Einrichtung, die Auslagerung und den Risikozuschlag betragen demnach rund 8.385.000 Euro brutto.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung der investiven Kosten von rund 4.886.000 Euro erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Reinigungs- und sonstige Nebenkosten in Höhe von rund 113.000 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2024 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 190.000 Euro sind im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten von rund 110.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die ergänzenden Hinweise der Bezirksvertretung Nippes für künftige Vorhaben nimmt die Verwaltung mit: Die beteiligten Dezernate haben bereits abgestimmt, dass vorrangig andere Flächen zu prüfen sind und eine Versiegelung von Landschaftsschutzgebieten und Parks nur das letzte Mittel sein kann.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Vergabe der institutionellen Förderung von Interessenvertretungen der freien Szene

0492/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416 - Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für die nachfolgenden Interessenvertretungen der freien Szene eine Bezuschussung als institutionelle Förderung in Höhe von jährlich insgesamt 100.000 Euro für den Zeitraum vom 01. Januar 2021 bis 31. Dezember 2023:

- *Literaturszene Köln e.V. 16.000 €*
- *Art Initatives Cologne (AIC) Kunstinitiativen Köln e.V. 18.000 €*
- *Initiative Freies Theater Köln (IFT Köln) 20.000 €*
- *KLUBKOMM e.V. 20.000 €*
- *KINOAktiv e.V. 12.000 €*
- *KulturNetzKöln e.V. i. Gr. 14.000 €*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Faktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln
Umgestaltung des Ebertplatzes - Bedarfsfeststellungsbeschluss

1939/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Erst haben die Grünen das Wort. Frau Seiger und dann Frau Recktenwald.

Christine Seiger (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als einer der großen Plätze ist der Ebertplatz ein wesentlicher Teil der Kölner Ringe. Aktuell hat der Platz leider immer noch die Gestalt, die ihm die Idee von der verkehrsgerechten, autogerechten Stadt vor 50 Jahren aufgezwungen hat - mit allen bekannten Folgen und Begleiterscheinungen.

Die Neugestaltung soll dazu führen, dass der Ebertplatz seine vielfältige Rolle souverän ausfüllen kann - als Teil des Ringsystems, Teil der Kölner Innenstadt und als lebenswerter Ort innerhalb seiner direkten Umgebung. Die heute anstehenden Beschlüsse sind ein Schritt auf diesem Weg.

Die Beschlussvorlage bezieht sich auf die Vorentwurfsplanung für die Umgestaltung. Variante 1 folgt den Leitlinien Kölner Ringstraßen und sieht eine ebenerdige Gestaltung vor. Variante 2 folgt dem Gedanken einer Umgestaltung unter der Berücksichtigung des aktuellen Bestandes inklusive der Passagen. Sie umfasst auch die Prüfung einer verbleibenden Nutzungsdauer des Passagenbauwerks und die Kosten für eine langfristig tragfähige Sanierung.

Das Ergebnis der Prüfungen soll Klarheit darüber schaffen, welche technischen und finanziellen Aufwände die verschiedenen Varianten mit sich bringen. Der Rat wird danach zu entscheiden haben, welcher Variante wir zutrauen, einen Platz auszuformen, der sich dann über viele Jahrzehnte hinaus bewähren und funktionieren kann.

Der gemeinsame Änderungsantrag nimmt zusätzlich zwei Dinge in den Blick: Die Vorprüfung künftiger Nutzungen des Platzes und die Frage nach einer möglichen Neuordnung der Flächenverteilung zwischen Straßenraum und Platzfläche.

Unser gemeinsamer Anspruch ist und bleibt, gründlich und zügig an einer Neugestaltung des Ebertplatzes weiterzuarbeiten, die es ihm ermöglicht, das zu sein, was er sein soll: ein lebenswerter, prominenter Teil des innerstädtischen Boulevards.

Wir freuen uns auf einen konstruktiven Prozess und die regelmäßigen Berichte. Ergänzend bittet meine Fraktion darum, die Berichte auch dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Verfügung zu stellen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Recktenwald das Wort.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst für das Engagement der Bürger- und Kunstinitiativen bedanken, das auch uns durchaus noch einmal zum Nachdenken über den Ebertplatz angeregt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Solche Beiträge beleben die Debatte und führen dazu, dass auch langjährige Positionen immer wieder neu begründet sein wollen.

Die SPD setzt sich schon lange für eine ebenerdige Lösung am Ebertplatz ein. Diese Lösung bietet unserer Meinung nach die besten Voraussetzungen, was Schnelligkeit, Realisierbarkeit und Flexibilität in der Planung angeht. Auch wenn durch bürgerschaftliches Engagement vieles verbessert wurde, so bleibt der Ebertplatz in seiner Struktur mit unübersichtlichen Ecken und zu viel Beton ein städtebauliches Problem, das es eben auch städtebaulich zu lösen gilt. Doch niemand kann hier heute in die Glaskugel blicken. Welches Verfahren am Ende am besten zum Ziel geführt hätte, werden wir erst in einigen Jahren wissen. Heute ist es wichtig, dass eines der größten städtebaulichen Projekte Kölns auf breiten Mehrheiten steht.

(Beifall bei der SPD)

Für die Zwischennutzung haben wir uns immer starkgemacht. Es ist selbstverständlich, dass die Ergebnisse der Zwischennutzung sowie der Bürgerbeteiligung in die Planungen mit einfließen:

ober- oder unterirdisch. Auch wenn wir weiterhin glauben, dass sich die oberirdische Variante am Ende als beste Lösung erweisen wird, so ist es uns doch wichtig, größtmögliche Akzeptanz für das Projekt zu schaffen. Wir werden uns daher heute ebenfalls dem gemeinsamen Antrag anschließen und unseren Änderungsantrag zurückziehen.

(Beifall)

Der Ebertplatz ist als Gesamtgefüge zu denken, in dem Kultur, soziales Leben, Verkehr und Grün in einer guten Balance zueinander stehen sollten. - Danke.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um Akzeptanz und Identifikation. Das sind zwei Worte, die uns letzten Freitag in einem Gespräch mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort gespiegelt wurden. Das, was sich dort in den letzten Jahren entwickelt hat, muss der Rat - deswegen ist es toll, dass sich heute so viele Fraktionen hinter dem Änderungsantrag versammeln können - wertschätzen.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir die Chance jetzt ergreifen, für die nächsten 50 Jahre hier etwas richtig Gutes hinzusetzen, und dass wir das wertschätzen und aufnehmen, was sich in den letzten Jahren über die Zwischennutzung entwickelt hat. Deswegen ist es gut - das hat die Kollegin gerade gesagt -, dass das mit einer breiten Mehrheit beschlossen wird. Vielen Dank für die politische Kompromissfähigkeit und den Diskurs in dieser Sache. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es auch ganz kurz. Ich finde es ganz toll, dass wir einen Prozess durchlaufen sind, den wir vor Jahren angefangen haben und bei dem es eine vorgefertigte überwiegende Meinung gab: Wir müssen diesen Ebertplatz ebenerdig machen. Jetzt haben wir einen offenen Diskurs mit den Akteuren vor Ort und mit der Nachbarschaft. Wir haben gesehen, wie sich dieser Platz in den letzten Jahren entwickelt hat. Ich bin sehr froh, dass Politik an dieser Stelle auch so lernfähig ist, noch einmal einen Schritt zurückzugehen und sich das genau anzuschauen.

Wir würden weiterhin den Bestand präferieren, aber selbstverständlich werden wir uns auch genau die Untersuchungen ansehen und das anhören, was die Leute zu sagen haben, und dann eine Entscheidung fällen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich ein Novum, dass bei solch einem Tagesordnungspunkt direkt zwei Änderungsanträge unter dem Briefkopf der FDP auf dem Tisch liegen, die dann auch noch in unterschiedliche Richtungen gehen.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich glaube aber, es ist ein gutes Zeichen auch für die Diskussionskultur, die wir im Stadtentwicklungsausschuss haben, dass wir sagen können: Wir können in einer solchen Frage auch schlauer werden.

Der erste Antrag, den wir gemeinsam mit der SPD gestellt haben und zu dessen Inhalt ich auch nach wie vor stehe, weil ich genau wie die Kollegin der Meinung bin, dass die oberirdische Lösung wahrscheinlich die tragfähigere ist, ist schon einige Wochen oder gar Monate alt, die Diskussion ist weitergegangen, und dem wollen wir uns nicht verschließen.

Ich habe mit dem Vorsitzenden des Bürgervereins Herrn Wennemar geschrieben. Da fragte er unter anderem: Warum seid ihr nicht dafür, das entsprechend unten zu untersuchen und zu erhalten? - Ich habe darauf gesagt: Herr Wennemar, ich gehe davon aus, dass der Erhalt des Unterirdischen oder das Aufwerten der inneren Nutzung einen zweistelligen Millionenbetrag kosten wird. - Da

fragte Herr Wennemar: Wie kommen Sie darauf? - Darauf antwortete ich: Ja, das sagt meine Lebenserfahrung. Wenn wir in Köln so etwas anpacken, dann kostet das so viel. - Darauf sagte er: Ja, Ihre Lebenserfahrung, Herr Sterck, reicht mir bei aller Wertschätzung nicht, sondern das wollen wir untersucht haben. - Diesbezüglich gebe ich ihm auch recht.

Insofern wollen wir das jetzt entsprechend umsetzen, damit wir wirklich belastbare Zahlen und ein belastbares Nutzungskonzept haben, was uns dort unten erwartet. Wir haben gerade auf die Fragen des Brandschutzes, der energetischen Sanierung und des Zeitplans Wert gelegt, dass darüber regelmäßig an die Gremien berichtet wird, wie es weitergeht, damit es am Ebertplatz weitergeht.

Insofern haben wir heute eine große, breite Mehrheit in diesem Rat für eine weitere Untersuchung, dass es am Ebertplatz weitergeht. Das ist, glaube ich, für den Anfang eines solchen Prozesses sehr, sehr wichtig. Wir werden aber dann irgendwann dazu kommen müssen, uns für den einen oder anderen Weg zu entscheiden. Das wird dann noch einmal eine härtere Auseinandersetzung werden. Aber da schauen wir uns dann die Ergebnisse der Untersuchungen an, die wir haben.

Herzlichen Dank an alle aus der Bürgerschaft, aus der Politik, die sich an diesem Prozess beteiligt haben. Ich bin sehr froh, dass wir heute diese breite Mehrheit hier finden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich noch Frau Syndicus auf der Redeliste.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ebertplatz ist einer der wenigen tatsächlich großen Plätze in Köln. Nehmen wir andere wie den Friesenplatz oder den Barbarossaplatz fällt schnell auf: Der Zusatz *Platz* im Sinne einer Begegnungsstätte für Bürger*innen ist hier eher unglücklich gewählt.

Zum Ebertplatz gab es in den letzten Jahren viele Schlagzeilen im negativen und im positiven Sinne. Lange Zeit zum Angstort verkommen, unter anderem durch Sparmaßnahmen seitens der Stadt, wie dem Abschalten der Rolltreppen, formierte sich eine besondere Bürgerbeteiligung, und es zog wieder Leben ein.

Ja, mittlerweile ist der Ebertplatz wieder zu einem Ort der Begegnung und des Verweilens geworden. Die Kunstschaffenden in den Passagen trugen einen großen Teil dazu bei. Das *Labor* ermöglicht seit über 15 Jahren Kunst im öffentlichen Raum und macht diese erfahrbar für Menschen auch jenseits eines Museumsbesuchs. Bei der Neugestaltung sollten die Akteure*innen rund um die Nutzung des Ebertplatzes unbedingt mit einbezogen werden.

Nur eine Planungsvariante weiter zu verfolgen ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die sich hier eingebracht haben, und führt nur zu einem Vertrauensverlust in die Politik. Wir sind gewählte Vertretende der Bürger und Bürgerinnen, und es ist unsere Aufgabe, ihnen zuzuhören und sie einzubeziehen.

Wir können die Stadt nicht glattbügeln durch einfaches Schließen oder Zuschütten von sogenannten Angsträumen. Die Probleme werden sich dann einfach an anderer Stelle wiederfinden.

Im Kulturentwicklungsplan ist festgelegt, dass es keine ersatzlose Streichung von Kunsträumen und Ateliers mehr geben darf bzw. diese Flächen ausgeglichen werden müssen. Doch was heißt das genau? Wenn die Fläche in Form der Quadratmeterzahl ausgeglichen wird, der Standard jedoch plötzlich ein ganz anderer ist, und wenn es heißt, man könnte die Kunsträume doch oberirdisch neu bauen nach Umgestaltung des Ebertplatzes, dann bin ich sehr gespannt, ob tatsächlich ein mindestens 400 Quadratmeter großes Kunsthaus auf dem Ebertplatz stehen wird; denn so umfassend sind die Räumlichkeiten in den Passagen. Und wo erfolgt die Unterbringung in der Zwischenzeit? - In Köln weiß man: Nichts hält so lange wie das Interim.

Beide Planungsvarianten sollten weiterverfolgt und die beste Lösung gefunden werden, aber bitte auch mit Rücksicht auf Umwelt und Klima. Wir können noch so umweltfreundlich bauen, nichts ist umweltfreundlicher als der Erhalt von Substanz.

Mit Blick auf die Architektur möchte ich sagen: Der Brutalismus ist nicht jedermanns Sache, aber wie oft hat man sich Jahrzehnte später doch geärgert, wenn man ganze Baustile aus dem Stadtbild verbannt hat, nur weil sie dem aktuellen Geschmack nicht mehr entsprachen? - Ich bin dankbar, dass

die Akteure und Akteurinnen rund um den Ebertplatz so laut geworden sind, dass wir nicht anders können, als ihnen zuzuhören. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat erst Frau Gabrysch das Wort und anschließend Herr Hupke.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich mache es auch kurz.

Ich freue mich auch mal wieder sehr - so, wie schon in der letzten Sitzung -, dass hier alle doch so kompromissfähig sind und sich geeinigt haben. Das ist immer wieder erfreulich.

Ich schließe mich meiner Vorrednerin absolut an: Der Ebertplatz ist in den letzten Jahren zu einer Kunst- und Kulturstätte geworden. Ich würde fast schon sagen: eine Kultstätte.

Wir müssen das absolut erst einmal prüfen. Ich würde sogar fast so weit gehen, zu sagen: Ich hoffe, dass bei der Analyse herauskommt - nicht so, wie eben gesagt wurde, dass wir dann sowieso sehen werden, dass die oberirdische Variante die einzig sinnvolle Lösung ist -, dass wir feststellen werden, dass vor allem unter Klimaschutzgesichtspunkten die Bestandswahrung die sinnvolle Variante ist, und dann dementsprechend hier eine Entscheidung getroffen wird. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommt Herr Bezirksbürgermeister Hupke und spricht das Schlusswort bitte.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Zeitzeuge als einer, der 1974 in die Innenstadt gezogen ist und den ganzen Bau der Unterpflasterbahn mitbekommen hat und damit auch vom Ebertplatz, der 1977 - wenn ich richtig liege - eröffnet wurde.

Ich will Folgendes in Erinnerung rufen: Dieser Ebertplatz wurde damals weder vom Oberbürgermeister noch vom Oberstadtdirektor, den es damals noch gab in der Doppelspitze, noch von einem Direktmandatratsmitglied eröffnet, sondern vom Ersten Bezirksvorsteher Horst Schoeler, SPD, nach der kommunalen Neugliederung. Er hat den Platz eröffnet.

Der Ebertplatz - das will ich auch in Erinnerung rufen - war lange Zeit sehr beliebt und auch sehr belebt. Warum ist er nun so abgerockt? - Das waren die Sparmaßnahmen, das war das Abschalten des Brunnens, das war das Einstellen der Pflegemaßnahmen und auch - wie eben gesagt wurde - das Abschalten der Rolltreppen. Der Platz wurde einfach vergessen. Das ist das Gefährliche, wenn man sagt: Na ja, wir bauen den neu, aber dann wird nichts mehr gemacht.

Jetzt bringe ich - dafür bin ich da - die Bezirksvertretung ins Spiel, die sich bereits vor zehn Jahren darum gekümmert hat, weil die Probleme auf dem Ebertplatz vorhanden waren. Sie sind dann noch dadurch eruptiert, dass zwei Totschlagsfälle geschehen sind. Insofern hat die Bezirksvertretung schon viel früher gesagt: Es kann nicht sein, es darf nicht sein, es darf auch nicht so weitergehen, dass dieser Platz so verkommt. So kann man das auch ausdrücken. Insofern haben wir Beschlüsse gefasst.

Der Ebertplatz liegt glasklar in der Kompetenz des Rates - das habe ich heute hier erfahren; und das ist auch so -, aber wir sind in der Beratungsfolge. Ich sage hier sehr selbstbewusst: Bei allem, was am Ebertplatz und aus den diesbezüglichen Entscheidungen folgt, sind wir in der Beratungsfolge dabei. Wir wollen auch alle Informationen erhalten, weil wir das weiter begleiten wollen und auch weiter begleiten werden, was wir dort bereits geleistet haben, bevor all das abging. Da lassen wir uns auch nichts wegnehmen.

Dass die Künstler dort sind, haben wir beschlossen. Wir haben mit ihnen auch zusammengearbeitet. Dann wurde das von der Verwaltung bzw. vom Stadtraum-Management aufgenommen. Das muss man deutlich sagen. Dort kamen weitere Künstler, die Bürgergemeinschaft etc. pp. und dann auch der Rat. Insofern bitte ich darum, dass das in diese Richtung läuft, beschlossen wird, und dann können wir weiter an einem Strang ziehen, dass das ein guter Platz wird. - Danke fürs Zuhören.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Keine weiteren Wortmeldungen? - Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag, dem sich jetzt auch die

SPD-Fraktion angeschlossen hat. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD und von Herrn Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung bei Ziffer 1 abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

Beschluss:

1. Verfahren

Die Verwaltung wird beauftrag gemäß Anlange 8 im Vorfeld des geplanten europaweiten VgV –Verhandlungsverfahren Variante 1 und 2 durch eine komprimierte Vorqualifizierung unter Einbindung der Erkenntnisse aus der temporären Nutzung zu konkretisieren. Darüber hinaus soll eine Klärung über die städtebauliche Grundidee sowie die gewünschte zukünftige Nutzung herbeigeführt werden. Dazu ist die Öffentlichkeit über ein geeignetes Verfahren einzubinden.

2. Gutachten

Die im Rahmen einer Vorqualifizierung vorgebrachten Ideen sollen von externen Experten gutachterlich begleitet werden. Dies gilt sowohl für eine Begleitung im Fachbereich Verkehr als auch im Bereich Statik und der technischen Umsetzung inkl. des Brandschutzes und der energetischen Sanierung.

3. Flächenaufteilung

Zur Vorbereitung des weiteren Verfahrens für den Ebertplatz sollen vordringlich die verkehrlichen Rahmenbedingungen geklärt werden, damit deutlich wird, welche zusätzlichen Flächen zur Gestaltung des Platzes zur Verfügung stehen können.

Die Planungsbüros haben zudem Gestaltungsideen für den konzeptionellen Betrachtungsraum „Ringe“ (vom Rhein bis Kümpchenshof sowie von der Eigelsteintorburg bis St. Agnes einschließlich des Sudermanplatzes und der angrenzenden Verkehrsflächen) unter Beachtung des Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.03.2019 zur Vorlage 3880/2018 zu erarbeiten.

4. Nutzung

Analog zu einer gutachterlichen Begleitung in technischer Hinsicht muss im Rahmen der Vorqualifizierung seitens der jeweils zuständigen Fachämter eine belastbare Aussage zur Umsetzbarkeit einer vorgeschlagenen Nutzung erbracht werden. Hierzu sollen ein Raumprogramm sowie entsprechende Betreiber- und Finanzierungs-konzepte dargelegt werden.

5. Weiteres Verfahren

Die im Rahmen der komprimierten Vorqualifizierung erarbeiteten Ergebnisse sind die Basis für die weitere Beauftragung der Planungsleistungen im europaweiten VgV-Verhandlungsverfahren gem. § 17 Vergabeverordnung. Der Beauftragung muss ein mehrstufiges Wettbewerbsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit vorgeschaltet werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, den beteiligten Gremien, insbesondere der Bezirksvertretung Innenstadt, dem Stadtentwicklungsausschuss sowie dem Finanzausschuss, regelmäßig – mindestens aber halbjährlich – zum Stand des Verfahrens zur Umgestaltung des Ebertplatzes zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II. Abstimmung über Ziffer 1 in der soeben geänderten Fassung

Beschluss:

1. Der Rat erkennt den Bedarf für die Vergabe von externen Planungs- und Dienstleistungen für die Umgestaltung des Ebertplatzes mit Kosten in Höhe von insgesamt 1.260.000 € (davon ca. 630.000 € investiv und ca. 630.000 € konsumtiv) an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des ersten

Bearbeitungsschrittes (Vorentwurfsplanung - Leistungsphasen 1 und 2 HOAI 2013).

Ergänzung:

1. Verfahren

Die Verwaltung wird beauftrag gemäß Anlange 8 im Vorfeld des geplanten europaweiten VgV –Verhandlungsverfahren Variante 1 und 2 durch eine komprimierte Vorqualifizierung unter Einbindung der Erkenntnisse aus der temporären Nutzung zu konkretisieren. Darüber hinaus soll eine Klärung über die städtebauliche Grundidee sowie die gewünschte zukünftige Nutzung herbeigeführt werden. Dazu ist die Öffentlichkeit über ein geeignetes Verfahren einzubinden.

2. Gutachten

Die im Rahmen einer Vorqualifizierung vorgebrachten Ideen sollen von externen Experten gutachterlich begleitet werden. Dies gilt sowohl für eine Begleitung im Fachbereich Verkehr als auch im Bereich Statik und der technischen Umsetzung inkl. des Brandschutzes und der energetischen Sanierung.

3. Flächenaufteilung

Zur Vorbereitung des weiteren Verfahrens für den Ebertplatz sollen vordringlich die verkehrlichen Rahmenbedingungen geklärt werden, damit deutlich wird, welche zusätzlichen Flächen zur Gestaltung des Platzes zur Verfügung stehen können.

Die Planungsbüros haben zudem Gestaltungsideen für den konzeptionellen Betrachtungsraum „Ringe“ (vom Rhein bis Kümpchenshof sowie von der Eigelsteintorburg bis St. Agnes einschließlich des Sudermanplatzes und der angrenzenden Verkehrsflächen) unter Beachtung des Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.03.2019 zur Vorlage 3880/2018 zu erarbeiten.

4. Nutzung

Analog zu einer gutachterlichen Begleitung in technischer Hinsicht muss im Rahmen der Vorqualifizierung seitens der jeweils zuständigen Fachämter eine belastbare Aussage zur Umsetzbarkeit einer vorgeschlagenen Nutzung erbracht werden. Hierzu sollen ein Raumprogramm sowie entsprechende Betreiber- und Finanzierungs-konzepte dargelegt werden.

5. Weiteres Verfahren

Die im Rahmen der komprimierten Vorqualifizierung erarbeiteten Ergebnisse sind die Basis für die weitere Beauftragung der Planungsleistungen im europaweiten VgV-Verhandlungsverfahren gem. § 17 Vergabeverordnung. Der Beauftragung muss ein mehrstufiges Wettbewerbsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit vorgeschaltet werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, den beteiligten Gremien, insbesondere der Bezirksvertretung Innenstadt, dem Stadtentwicklungsausschuss sowie dem Finanzausschuss, regelmäßig – mindestens aber halbjährlich – zum Stand des Verfahrens zur Umgestaltung des Ebertplatzes zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Fraktionen SPD und FDP ziehen ihren Änderungsantrag zurück und schließen sich dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt an.

Ziffer 2 wurde bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 01.02.2021 beschlossen:

Beschluss des Finanzausschusses vom 01.02.2021:

2. Gleichzeitig beschließt der Finanzausschuss die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 630.000 € im Teilplan 0901, Stadtplanung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 6100-0901-1-3000, Umgestaltung des Ebertplatzes im Haushaltsjahr 2021.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.20 Verlängerung der Fristen für die Corona-Sondermaßnahmen

0978/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Ich bin froh, dass die Vorlage vorliegt. Sie entspricht auch dem, was wir im Ausschuss Kunst und Kultur tatsächlich diskutiert und beschlossen haben. Allerdings fehlt mir ein Teil. Deswegen möchte ich nachfragen, und zwar: Eigentlich ist es die Voraussetzung, dass man - wenn die Fristen verlängert werden - dann auch beantragen kann, aber zum Beantragen fehlt uns immer noch das Konzept der Förderung der Open-Air-Angebote. Das wurde uns für die heutige Ratssitzung zugesagt, und das sollte das Umfassende sein, damit dann auch entsprechende Anträge gestellt werden können.

Jetzt ist meine Nachfrage: Wie sieht es mit diesem Konzept aus? Wann kommt das? - Es ist schließlich unbedingt notwendig, dass wir das haben. Ansonsten können diejenigen, die etwas veranstalten wollen, gar nicht loslegen; und es ist schon Ende März. Die nächsten Sitzungen sind im April. Dann wird es, ehrlich gesagt, richtig spät, wenn man noch irgendetwas stemmen und planen möchte. Selbst wenn man erst im Mai oder Juni anfangen kann, muss man dennoch einen Vorlauf von einigen Monaten haben. Deswegen die Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir hatten darum gebeten, die Nachfragen schriftlich zu stellen. Wir werden sie auch schriftlich beantworten.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Vorlage ist so kurzfristig reingekommen!)

Bei uns kommen die Vorlagen auch über Nacht rein, sogar während der Sitzung. Das ist leider so. Aber wir beantworten sehr schnell, Frau Bürgermeisterin von Bülow.

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Vorlage. Es stellt sich die Frage, ob sie ohne die Antworten abstimmungsfähig ist. - Das ist der Fall. Dann stelle ich sie zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

TOP 11.1 ist zurückgestellt.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Ausweitung der im Rat am 04.02.2021 beschlossenen Corona-Sondermaßnahmen (BV 3270/2020) in folgenden Punkten:

- *In Maßnahme a. „Corona-Sonderförderung zur Struktursicherung freier Kulturvereine und Kulturbetriebe“ werden Corona-bedingt eintretende, finanzielle Unterdeckungen der Kulturbetriebe bis 30.06.2021 berücksichtigt*
- *In Maßnahme c. „Corona-Aufstockungsfonds für Betriebskostenzuschüsse werden Corona-bedingt eintretende, finanzielle Unterdeckungen der Kulturbetriebe“ bis 30.06.2021 berücksichtigt*

Damit wird jeweils der Betrachtungszeitraum für die Förderung verlängert.

Die sonstigen Antrags- und Förderbedingungen bleiben bestehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 6, Köln-Chorweiler,
Arbeitstitel: Teilraum Nordwest, Wohnbauflächen in Köln-Esch/ Auweiler
hier: Feststellungsbeschluss
1102/2019

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer II - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58485/02

0005/2021

Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte jetzt ganz lange ausholen, warum wir an dieser Stelle Beratungsbedarf noch haben. Wir haben ihn, und ich versuche mich kurzzufassen.

Die Beantwortung einer Anfrage kam heute herein. Diese ist schon sehr gut. Wir haben dennoch eine Nachfrage. Deswegen Beratungsbedarf.

Wenn ich auf die Uhr schaue, habe ich das in 20 Sekunden geschafft.

Erlauben Sie mir den selbstkritischen Hinweis an uns alle: Das hier ist Stunde 4 in Corona-Zeiten. Ich glaube, wir könnten uns alle ein bisschen kürzer fassen.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das werte ich als Vertagungsantrag. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

12.2 ist zurückgestellt.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Vertagungsantrag der SPD-Fraktion wegen Beratungsbedarf

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 65450/05,
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord
0314/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0529/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU
AN/0538/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer III - Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 74410/02

3510/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 74410/02, Zielsetzung: Erhalt des Ortsbildes, sowie der öffentlichen Grünanlagen und Wegeverbindungen betreffend die Häuser beidseitig der Hohenstaufenstraße, die Bebauung am Bahnhofplatz, der Rather Straße einschließlich des Talweges mit den Bebauungen am Langobraden- und Frankenplatz*

   — Arbeitstitel: Eisenbahnersiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;

2. *den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 74410/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;*

3. den Bebauungsplan Nr. 74410/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

4. Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung 7 (Porz) dem Beschluss ungeändert zustimmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Goldnesselweg von Kreisverkehr bis öffentliche Grünfläche in Köln-Sürth

0297/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Goldnesselweg von Kreisverkehr bis öffentliche Grünfläche in Köln-Sürth in der als Anlage 4 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tausendschönweg von Sürther Feldallee bis öffentliche Grünfläche in Köln-Sürth

0370/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tausendschönweg von Sürther Feldallee bis öffentliche Grünfläche in Köln-Sürth in der als Anlage 4 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.3 Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

3228/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 19. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrags – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage

Feldgärtenstraße von Hillesheimstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl

2350/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 19.01.2021:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Feldgärtenstraße von Hillesheimstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.5 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Hermann-Löns-Straße/An den Seen von Parzellen 259 und 261 einschließlich bis Hermann-Löns-Str. 78r bzw. An den Seen einschließlich in Köln-Auweiler

3152/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Hermann-Löns-Straße/An den Seen von Parzellen 259 und 261 einschließlich bis Hermann-Löns-Str. 78r bzw. An den Seen einschließlich in Köln-Auweiler in der als Anlage 4 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf Tagesordnungspunkt

17 Gremienbesetzungen

Bevor wir mit der ersten Abstimmung beginnen - jetzt kann es wirklich genau auf die Stimmenzahl ankommen -, möchte ich die heutige Anwesenheit kurz für das Protokoll festhalten. Ich bitte die Geschäftsführer, mir ein Zeichen zu geben, wenn ich hier nicht richtig unterwegs bin.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit allen 26 Mitgliedern vertreten?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen): Ja, das ist richtig!)

Bei der SPD sind es 18?

(Mike Homann [SPD]: Ja!)

Bei der CDU-Fraktion sind 18 Mitglieder anwesend?

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja, richtig!)

Die Fraktion DIE LINKE ist mit sechs Mitgliedern anwesend,

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

die FDP mit fünf,

(Ulrich Breite [FDP]: Ja!)

Volt mit vier und die AfD-Fraktion mit drei Mitgliedern vertreten. Bei den drei Ratsgruppen sind jeweils beide Ratsmitglieder da,

(Zuruf: Ja!)

auch wenn ich jetzt nicht mehr alle sehe, aber gut, sie kommen wieder.

(Zuruf: Wir verstecken uns hin und wieder!)

- Ja, Sie verstecken sich sowieso dort hinten, aber das liegt auch wirklich daran, dass Sie genau hinter Ihrem Vordermann sitzen.

Herr Wortmann ist ebenfalls anwesend, wie wir schon bemerkt haben.

Mit der Oberbürgermeisterin sind heute 88 Mitglieder anwesend. Das ist jetzt die Grundlage, auf der die Gremienbesetzungen erfolgen.

Ich beginne mit Tagesordnungspunkt

17.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und

Volt betreffend „Bildung von Unterausschüssen“

AN/1392/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1520/2020

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0245/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Zum Änderungsantrag, ja.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD-Fraktion begrüßt natürlich die Schaffung von Unterausschüssen, die die Ausschussarbeit inhaltlich unterstützen und vorbereiten sollen. Aber hier wird nach § 50 Gemeindeordnung NRW - wie von den antragstellenden Fraktionen offensichtlich gewünscht - eine kleine illustre Runde gewählt, die nur ausgewählte Mitglieder zulässt. Das widerspricht aber dem vielfältigen und diversen Stadtrat in jeder Hinsicht. Denn wenn Sie wirklich die Ausschussarbeit inhaltlich unterstützen wollen, sollten Sie mehr Mitglieder haben. Auch Meinungen kleiner Gruppen oder Fraktionen sind in den meisten Fällen sicher hilfreich.

Um die Diversität und Vielfalt des Stadtrats sicherzustellen, beantragen wir, diese Ausschüsse nach § 58 zu wählen, um diese Runden zu erweitern.

§ 58 Gemeindeordnung NRW ist *lex specialis* zu § 50 Gemeindeordnung NRW. Das ergibt sich zum einen aus der Überschrift, die bei § 58 GO NRW *Zusammensetzung der Ausschüsse und ihr Verfahren* lautet. Zum anderen ergibt sich aus § 50 Gemeindeordnung NRW erst dann die Frage nach der Zusammensetzung der Ausschüsse, wenn sich die Ratsmitglieder auf einen einheitlichen Wahlvorschlag einigen. Bei § 50 geht es also in erster Linie um die Frage, wie abgestimmt wird.

Die Geschäftsführer unter Ihnen werden sicher die Mail an ihre Fraktionen weitergeleitet haben, in der ich als Geschäftsführer der AfD-Ratsfraktion Ihnen schon damals die Hand reichte, um einen gemeinsamen Wahlvorschlag für die Ausschüsse zu erarbeiten. Bis heute sind uns die Geschäftsführer der Fraktionen mindestens eine Antwort schuldig.

Ich möchte es noch einmal betonen: Für konstruktive Gespräche steht die AfD-Fraktion selbstverständlich bereit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Antrag selbst. Ich lasse zunächst über die Beschlusspunkte 1 und 2 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine.

Meine Damen und Herren, die vorab eingereichten Wahlvorschläge sind in der Präsentation, die Ihnen als Sitzungsunterlage im Ratsinformationssystem vorliegen müsste, eingestellt. Wie ich bisher sehen kann, gibt es bei den stimmberechtigten Mitgliedern keinen gemeinsamen Wahlvorschlag. Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Zunächst der Unterausschuss Stellenplan, Punkt 3. Jetzt beginne ich mit den Vorschlägen. Vorschlag 1 Grüne. Wer stimmt dafür? - 26. Vorschlag 2 SPD? - 18. Vorschlag 3 CDU? - 18. Vorschlag 4? - DIE LINKE. Vorschlag 5? - Die FDP und Herr Wortmann. Vorschlag 6? - Volt komplett. Vorschlag 7? - Die AfD. Vorschlag 8? - Die Ratsgruppe GUT, KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Das sind sechs. Ich habe es verstanden.

Michael Hock (Die PARTEI): Frau Reker, eine kurze Wortmeldung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Wir haben hier hinten Internetprobleme und können die Vorlagen nicht aufrufen. Es wäre sehr hilfreich, wenn Sie immer vor der Nummer des Vorschlages noch

einmal die Partei nennen, damit uns da nichts durchgeht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind bei TOP 17.1: Bildung von Unterausschüssen, hier Unterausschuss Stellenplan.

Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Noch einmal zur Erläuterung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann Sie jetzt nicht verstehen. Bitte gehen Sie ganz nah an das Mikrofon.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Ja. - Noch einmal zur Erläuterung. Ich möchte Herrn Hock unterstützen. Wir können die Präsentation nicht sehen, also einzelne Mitglieder des Rates haben die Präsentation nicht. Daher bitten wir Sie, bei den Listen noch einmal kurz zu sagen, von wem die Liste ist, also nicht einfach nur *Vorschlag 7* sagen, sondern bitte jedes Mal auch die Liste und von wem sie ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich dachte, das hätte ich getan.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Nein, manchmal haben Sie es leider vergessen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, ich sage es jetzt noch einmal.

Vorschlag 1 waren die Grünen, Vorschlag 2 die SPD, Vorschlag 3 die CDU, Vorschlag 4 DIE LINKE, Vorschlag 5 die FDP, Vorschlag 6 Volt, Vorschlag 7 AfD, Vorschlag 8 die Ratsgruppe GUT.

Damit ergibt sich jetzt hier folgende Sitzverteilung: Alle Personen aus den Vorschlägen 1 bis 6 und 8 sind als stimmberechtigte Mitglieder in den Ausschuss gewählt. Auf den Vorschlag 7 ist kein Platz entfallen.

Ich muss trotzdem noch einmal fragen: Wieso können Sie das nicht sehen? Woran liegt das?

(Zuruf: Wir haben hier Internetprobleme!)

Dafür haben wir einen großen Raum. Man kann nicht alles haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bitte das zu entschuldigen, das war jetzt ein bisschen despektierlich. Bitte noch einmal neu einwählen. Das geht immer wieder weg? - Es tut mir wirklich leid. Damit habe ich jetzt auch nicht gerechnet.

Wir versuchen das jetzt bitte trotzdem, weil es wichtig ist, dass wir die Gremienbesetzungen heute abschließen. Ich versuche, so deutlich wie möglich zu sagen, was gewählt wird und wer das Vorschlagsrecht hat.

Ich bin noch bei TOP 17.1, der Bildung von Unterausschüssen: Unterausschuss Selbsthilfegruppen.

Vorschlag 1 von Bündnis 90/Die Grünen? - Alle stimmen mit, 26. Vorschlag 2? - Die SPD stimmt komplett für ihren Vorschlag. Vorschlag 3 der CDU? - Auch da komplett alle 18. Vorschlag 4 von DIE LINKE? - 6. Vorschlag 5 der FDP? - Die FDP und Herr Wortmann. Vorschlag 6 von Volt? - Das sind Volt. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von Die PARTEI? Sehe ich es richtig, dass hier wieder die drei Ratsgruppen für diesen Vorschlag der PARTEI stimmen? - Das ist so, ja.

Dann ergibt sich jetzt die Sitzverteilung 1 bis 6 und 8. Es gibt keinen Platz für die Liste der AfD.

Ich bin immer noch bei der Bildung von Unterausschüssen, TOP 17.1, hier Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit.

Vorschlag 1 der Grünen? - Komplett. Vorschlag 2 der SPD? - Ebenso komplett. Vorschlag 3 der CDU? - Komplett. Vorschlag 4 von DIE LINKE? - Komplett. Vorschlag 5 der FDP? - Ebenfalls komplett plus Herr Wortmann. Vorschlag 6 von Volt? - Auch komplett. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von KLIMA FREUNDE? Darf ich die drei Ratsgruppen erwarten? - Ja, das ist so: 6 Stimmen.

Dann sind hier auch wieder die Vorschläge 1 bis 6 und 8 angenommen. Auf den Vorschlag 7 entfällt kein stimmberechtigtes Mitglied.

Ich bin jetzt beim Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit. Da wäre eine Abstimmung als gemeinsamer Wahlvorschlag möglich für die

beratenden Mitglieder. Eben haben wir die stimmberechtigten Mitglieder gewählt, und jetzt wählen wir die beratenden Mitglieder. Da wäre meines Erachtens ein gemeinsamer Wahlvorschlag möglich. Jetzt können Sie das nicht nachvollziehen. Geht es trotzdem?

(Zuruf: Das machen wir!)

Okay, dann stelle ich das zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann gibt es hier einen gemeinsamen Wahlvorschlag, und es entfallen auf den Vorschlag 1 bis 6 plus den Vorschlag 8 die Stimmen. Den Vorschlag 7 gab es gar nicht; der wurde gar nicht berücksichtigt.

Dann komme ich jetzt zum Unterausschuss Wohnen, und zwar zunächst zu den stimmberechtigten Mitgliedern.

Vorschlag 1 der Grünen? - Komplett. Vorschlag 2 der SPD? - Komplett. Vorschlag 3 der CDU? - Komplett. Vorschlag 4 von DIE LINKE? - Auch da komplett. Vorschlag 5 der FDP? - FDP plus Herr Wortmann. Vorschlag 6 von Volt? - Komplett. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von Die PARTEI? - Dafür stimmen alle drei Ratsgruppen.

Dann haben wir auch hier wieder Vorschlag 1 bis 6 und Vorschlag 8. Vorschlag 7 geht bei den stimmberechtigten Mitgliedern leer aus.

Wir sind bei Tagesordnungspunkt 17.1: Bildung von Unterausschüssen Wohnen, hier aber bei den beratenden Mitgliedern. Auch hier wäre wieder eine Abstimmung als gemeinsamer Wahlvorschlag möglich. Gibt es da Einvernehmen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch hier Vorschlag 1 bis 6 und 8 gewählt.

Wir sind immer noch bei 17.1, meine Damen und Herren. Wenn nach dem Ergebnis der Wahlen eine Fraktion in den Unterausschüssen nicht stimmberechtigt vertreten ist, werden auch hier weitere beratende Mitglieder bestellt. Die AfD-Fraktion hat vorab erklärt, dass dann die bereits vorgeschlagenen Personen als beratende Mitglieder benannt werden sollen. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

2. Den Unterausschüssen gehören jeweils 16 Mitglieder an.

In allen Unterausschüssen gibt es zusätzlich 14 Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner.

Sie in entsprechender Anwendung des § 58 Abs. 1 GO NRW vom Rat zu wählen.

Die/der Vorsitzende sowie die/der stellvertretende Vorsitzende des jeweiligen Unterausschusses werden aus der Mitte des jeweiligen Unterausschusses gewählt.

3. Aufgabe des Unterausschusses Stellenplan ist die Vorberatung und Bewertung des jährlichen Stellenplans als Bestandteil des Haushaltsplanes zur anschließenden Beschlussfassung im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales. Der Rat entsendet in den Unterausschuss Stellenplan:

1. _____ *9.* _____

2. _____ *10* _____

3. _____ *11.* _____

4. _____ *12.* _____

5. _____ *13.* _____

6. _____ *14.* _____

7. _____ *15.* _____

8. _____ *16:* _____

*Und folgende Sachkundige Einwohner*Innen*

1. _____ *8.* _____

2. _____ *9* _____

3. _____ 10. _____

4. _____ 11. _____

5. _____ 12. _____

6. _____ 13. _____

7. _____ 14. _____

Der Unterausschuss Selbsthilfegruppen bereitet die Vergabeempfehlung im Bereich der Selbsthilfegruppen vor. Der Rat entsendet in den Unterausschuss Selbsthilfegruppen:

1. _____ 9. _____

2. _____ 10 _____

3. _____ 11. _____

4. _____ 12. _____

5. _____ 13. _____

6. _____ 14. _____

7. _____ 15. _____

8. _____ 16: _____

*Und folgende Sachkundige Einwohner*Innen*

1. _____ 8. _____

2. _____ 9 _____

3. _____ 10. _____

4. _____ 11. _____

5. _____ 12. _____

6. _____ 13. _____

7. _____ 14. _____

5. Aufgabe des Unterausschusses Regionale Zusammenarbeit ist die Beratung von Aspekten und Themen der Regionalen Zusammenarbeit insbesondere aus den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft und Realisierung von Synergien in der Region.

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit:

1. _____ 9. _____

2. _____ 10 _____

3. _____ 11. _____

4. _____ 12. _____

5. _____ 13. _____

6. _____ 14. _____

7. _____ 15. _____

8. _____ 16. _____

*Und folgende Sachkundige Einwohner*Innen*

1. _____ 8. _____

2. _____ 9. _____

3. _____ 10. _____

4. _____ 11. _____

5. _____ 12. _____

6. _____ 13.
_____

7. _____ 14.
_____

6. Aufgabe des Unterausschusses Wohnen ist die Vorberatung von Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Schaffung und dem Schutz von Wohnraum.

Dies beinhaltet die Vergabe von für Wohnungsbau geeigneten Liegenschaften, die Planung neuer Wohnquartiere (inkl. Sozialer Infrastruktur, an den Klimawandel angepasstes Bauen und Energieversorgungskonzepte), die Schaffung von Baurecht, Wohnungsbauförderung, Wohnraumversorgung und den Schutz bestehenden Wohnraums.

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Wohnen:

1. _____ 9.
_____

2. _____ 10
_____

3. _____ 11.
_____

4. _____ 12.
_____

5. _____ 13.
_____

6. _____ 14.
_____

7. _____ 15.
_____

8. _____ 16.
_____

*Und folgende Sachkundige Einwohner*Innen*

1. _____ 8.
_____

2. _____ 9.
_____

3. _____ 10.
_____

4. _____ 11.
_____

5. _____ 12.
_____

6. _____ 13.
_____

7. _____ 14.
_____

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über Ziffer 1 und 2 des Ursprungsantrages

Beschluss:

1. Zur inhaltlichen Unterstützung und Vorbereitung der Arbeit der Fachausschüsse bildet der Rat folgende Fachausschüsse begleitende Unterausschüsse:

a. Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

- Unterausschuss Stellenplan

b. Ausschuss für Soziales und Senioren, Gesundheitsausschuss

- Unterausschuss Selbsthilfegruppen

c. Wirtschaftsausschuss, Stadtentwicklungsausschuss und Verkehrsausschuss

- Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit

d. Ausschuss für Soziales und Senioren sowie Stadtentwicklungsausschuss, Liegenschaftsausschuss

- Unterausschuss Wohnen

2. Den Unterausschüssen gehören jeweils 14 Mitglieder an. Sie in entsprechender Anwendung des § 50 Abs. 3 GO NRW vom Rat zu wählen. Die/der Vorsitzende sowie die/der stellvertretende Vorsitzende des jeweiligen Unterausschusses werden aus der Mitte des jeweiligen Unterausschusses gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

III. Wahlen und Abstimmungen zu Ziffer 3 – 5 des Ursprungsantrages

3. Aufgabe des Unterausschusses Stellenplan ist die Vorberatung und Bewertung des jährlichen Stellenplans als Bestandteil des Haushaltsplanes zur anschließenden Beschlussfassung im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales.

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Stellenplan:

Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

Bildung von Unterausschüssen

Unterausschuss Stellenplan (14)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 26	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 18	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 18	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 6	Vorschlag 5 - FDP Stimmen: 6
1. Daniel Bauer-Dahm	1. Dr. Gerrit Krupp	1. Werner Marx	1. Güldane Tokyürek	1. Ulrich Breite
2. Derya Karadag	2. Uli Müller	2. Niklas Kienitz		
3. Manfred Richter	3. Sven Kaske	3. Felix Spehl		
4. Hans Schwanitz				

Vorschlag 6 - Volt Stimmen: 4	~~Vorschlag 7 - AfD~~ Stimmen: 3	Vorschlag 8 - GUT Stimmen: 6
1. Lisa Gerlach	~~1. Christer Cremer~~	1. Tobias Scholz

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von Liste 1 bis 6 und 8 als stimmberechtigte Mitglieder in den Unterausschuss Stellenplan gewählt.

Beschluss:

Die von der AfD-Fraktion als stimmberechtigte Mitglieder vorgeschlagenen Personen (Vorschlag 7) werden als beratende Mitglieder für den Unterausschuss Stellenplan bestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4. Der Unterausschuss Selbsthilfegruppen bereitet die Vergabeempfehlung im Bereich der Selbsthilfegruppen vor.

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Selbsthilfegruppen:

Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

Bildung von Unterausschüssen

Unterausschuss Selbsthilfegruppen (14)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 26	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 18	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 18	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 6	Vorschlag 5 - FDP Stimmen: 6
1. Daniel Bauer-Dahm	1. Michael Paetzold	1. Ursula Gärtner	1. Jörg Detjen	1. Katja Hoyer
2. Marion Heuser	2. Elfi Scho-Antwerpes	2. Claudia Heithorst		
3. Floris Rudolph	3. Viola Recktenwald	3. Henk van Benthem		
4. Christine Seiger				

Vorschlag 6 - Volt Stimmen: 4	~~Vorschlag 7 - AfD~~ Stimmen: 3	Vorschlag 8 – Die PARTEI Stimmen: 6
1. Andrea Salis	~~1. Nele Werrmann~~	1. Barbara Veronica Baus

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von Liste 1 bis 6 und 8 als stimmberechtigte Mitglieder

in den Unterausschuss Selbsthilfegruppen gewählt.

Beschluss:

Die von der AfD-Fraktion als stimmberechtigtes Mitglied vorgeschlagene Person (Vorschlag 7) wird als beratendes Mitglied für den Unterausschuss Selbsthilfegruppen bestellt.

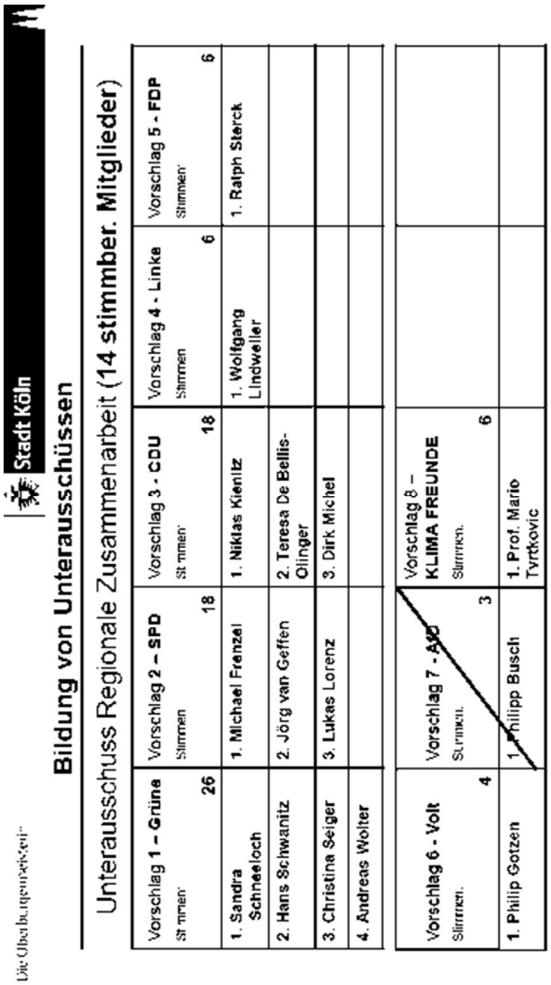
Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

5. *Aufgabe des Unterausschusses Regionale Zusammenarbeit ist*

   die Beratung von Aspekten und Themen der Regionalen Zusammenarbeit insbesondere aus den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft und Realisierung von Synergien in der Region.

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit:

- *folgende Sachkundige Bürgerinnen und Bürger:*



Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

Bildung von Unterausschüssen

Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit (**14 stimmber. Mitglieder**)

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen: 26	Vorschlag **2 – SPD** Stimmen: 18	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen: 18	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen: 6	Vorschlag **5 - FDP** Stimmen: 6
1. Sandra Schneeloch	1. Michael Frenzel	1. Niklas Kienitz	1. Wolfgang Lindweiler	1. Ralph Sterck
2. Hans Schwanitz	2. Jörg van Geffen	2. Teresa De Bellis-Olinger		
3. Christina Seiger	3. Lukas Lorenz	3. Dirk Michel		
4. Andreas Wolter				

Vorschlag **6 - Volt** Stimmen: 4	~~Vorschlag **7 - AfD** Stimmen: 3~~	Vorschlag 8 – **KLIMA FREUNDE** Stimmen: 6
1. Philip Gotzen	~~1. Philipp Busch~~	1. Prof. Mario Tyrtkovic

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von Liste 1 bis 6 und 8 als stimmberechtigte Mitglieder in den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit gewählt.

Beschluss:

Die von der AfD-Fraktion als stimmberechtigtes Mitglied vorgeschlagenen Person (Vorschlag 7) wird als beratendes Mitglieder für den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit bestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag:

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit:

- *folgende Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:*

-

Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

Bildung von Unterausschüssen

Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit (**14 beratende Mitglieder**)

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen:	Vorschlag **2 – SPD** Stimmen:	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen:	Vorschlag **5 - FDP** Stimmen
1. **Barbet Hölzing**	1. **Christian Jolsten**	1. **Stefan Götz**	1. **Michael Schwan**	1. **Dr. Christian Beese**
2. **Mario Michalak**	2. **Mike Homann**	2. **Monika Roß-Belkner**		
3. **Lars Wahlen**	3. **Lisa Steinmann**	3. **Werner Marx**		
4. **Dilan Yazicioglu**				

Vorschlag **6 - Volt** Stimmen:	Vorschlag **8 - GUT** Stimmen
1. **Isabella Venturini**	1. **Marcel Hövelmann**

Als gemeinsamer Wahlvorschlag einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von Liste 1 bis 6 und 8 als beratende Mitglieder in den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit gewählt.

6. Aufgabe des Unterausschusses Wohnen ist

die Vorberatung von Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Schaffung und dem Schutz von Wohnraum. Dies beinhaltet die Vergabe von für Wohnungsbau geeigneten Liegenschaften, die Planung neuer Wohnquartiere (inkl. Sozialer Infrastruktur, an den Klimawandel angepasstes Bauen und Energieversorgungskonzepte), die Schaffung von Baurecht, Wohnungsbauförderung, Wohnraumversorgung und den Schutz bestehenden Wohnraums.

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Wohnen:

- *folgende Sachkundige Bürgerinnen und Bürger:*

Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

Bildung von Unterausschüssen

Unterausschuss Wohnen (**14 stimmberechtigte Mitglieder**)

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen: 26	Vorschlag **2 – SPD** Stimmen: 18	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen 18	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen: 6	Vorschlag **5 - FDP** Stimmen: 6
1. **Daniel Bauer-Dahm**	1. **Michael Frenzel**	1. **Niklas Kienitz**	1. **Michael Weisenstein**	1. **Stefanie Ruffen**
2. **Marion Heuser**	2. **Jürgen Kircher**	2. **Teresa De Bellis-Olinger**		
3. **Sabine Pekulat**	3. **Pascal Pütz**	3. **Ursula Gärtner**		
4. **Robert Schallehn**				

Vorschlag **6 - Volt** Stimmen: 4	~~Vorschlag **7 - AfD** Stimmen: 3~~	Vorschlag **8 – Die PARTEI** Stimmen: 6
1. **Lisa Gerlach**	~~1. **Dana Finsterle**~~	1. **Alexander Serjoscha Brommer**

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von Liste 1 bis 6 und 8 als stimmberechtigte Mitglieder in den Unterausschuss Wohnen als stimmberechtigte Mitglieder gewählt.

Beschluss:

Die von der AfD-Fraktion als stimmberechtigtes Mitglied vorgeschlagene Person (Vorschlag 7) wird als beratendes Mitglieder für den Unterausschuss Wohnen bestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag:

Der Rat entsendet in den Unterausschuss Wohnen:

- *folgende Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:*

Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

Bildung von Unterausschüssen

Unterausschuss Wohnen (**14 beratende Mitglieder**)

Vorschlag 1 – **Grüne** Stimmen	Vorschlag 2 – **SPD** Stimmen:	Vorschlag 3 - **CDU** Stimmen:	Vorschlag 4 - **Linke** Stimmen:	Vorschlag 5 - **FDP** Stimmen:
1. Max Derichsweiler	1. Rafael Struwe	1. Thomas Tewes	1. Christoph Besser	1. Maria Tillessen
2. Bärbel Hölzing	2. Oliver Seeck	2. Franz Corneth		
3. Hans Schwanitz	3. BM Dr. Ralf Heinen	3. Felix Spehl		
4. Christine Seiger				

Vorschlag 6 - **Volt** Stimmen	Vorschlag 8 – **Klima Freunde** Stimmen:
1. Jennifer Glashagen	1. Linda Rennings

Als gemeinsamer Wahlvorschlag einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von Liste 1 bis 6 und 8 als beratende Mitglieder in den Unterausschuss Wohnen gewählt.

Anmerkung:
Der Änderungsantrag AN/1520/2020 wurde von den Antragstellenden zurückgezogen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt am Ende der Wahlen und Abstimmungen über die Entsendung der von der AfD-Fraktion als stimmberechtigte Mitglieder vorgeschlagenen Personen als beratende Mitglieder gemeinsam abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

17.2 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Benennung der acht Delegierten der Stadt Köln

0219/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0614/2021

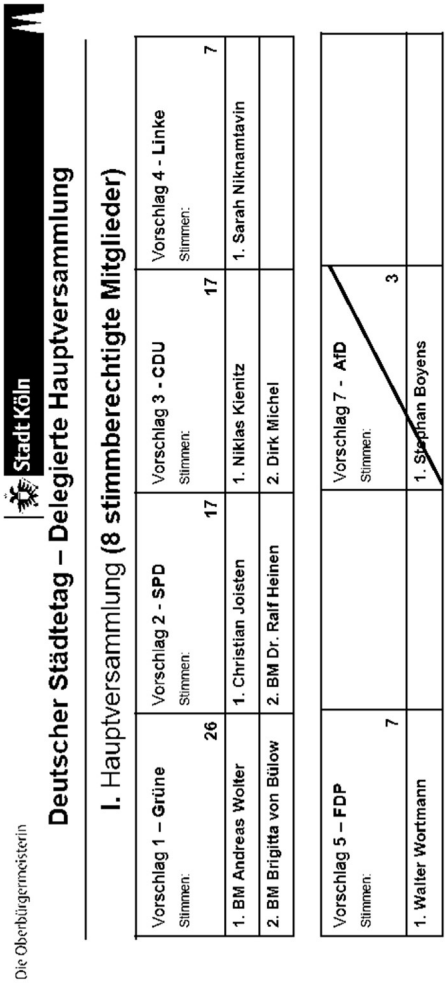
Vorschlag 1 der Grünen? - Komplett. Vorschlag 2 der SPD? - Minus 1. Vorschlag 3 der CDU? - Minus 1. Vorschlag 4 der LINKEN? - DIE LINKE plus 1. Vorschlag 5 der FDP? - Die FDP plus Herr Wortmann plus eins. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Dann haben wir hier gewählt als stimmberechtigte Mitglieder nach den Vorschlägen 1 bis 5.

Wir sind noch bei 17.2 - ich habe so viel Papier hier -, und zwar beim Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und von Herrn Wortmann.

Jetzt stimmen wir über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. *Wahl zu Ziffer 1 der Vorlage*

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf den Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.



Die Oberbürgermeisterin | Stadt Köln

Deutscher Städtetag – Delegierte Hauptversammlung

I. Hauptversammlung **(8 stimmberechtigte Mitglieder)**

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 26	Vorschlag 2 - SPD Stimmen: 17	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 17	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7
1. BM Andreas Wolter	1. Christian Joisten	1. Niklas Kienitz	1. Sarah Niknamtavin
2. BM Brigitta von Bülow	2. BM Dr. Ralf Heinen	2. Dirk Michel	

Vorschlag 5 – FDP Stimmen: 7	Vorschlag 7 - AfD Stimmen: 3
1. Walter Wortmann	1. Stephan Boyens

II. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages:

I. Der Rat der Stadt Köln wählt die folgenden acht Delegierten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages:

1.: BM Andreas Wolter

2.: BM Brigitta von Bülow

3.: Christian Joisten

4.: BM Dr. Ralf Heinen

5.: Niklas Kienitz

6.: Dirk Michel

7.: Sarah Niknamtavin

8.: Walter Wortmann

Die Delegierten unter I. und die unter II. genannten Gäste ohne Stimmrecht sind für die 41. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages gewählt.

*II. Der Rat macht von der Alternative zu II. der Beschlussvorlage Gebrauch und benennt folgende Teilnehmer*innen als Gäste ohne Stimmrecht zur virtuellen Teilnahme in die Hauptversammlung:*

1. *Christian Achtelik*
2. *Nicolin Gabrysch*
3. *Michael Hock*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft
hier: Entsendung in den Stiftungsrat

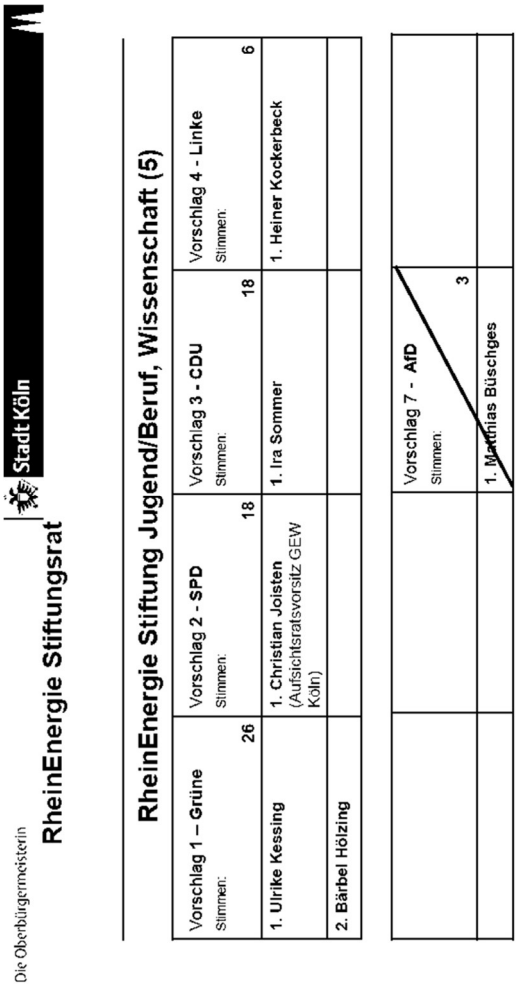
1583/2020

Da gibt es einmal den Vorschlag der Grünen. - Dem wird zugestimmt. Der SPD? - Auch hier. CDU? - Vollständig. DIE LINKE? - Auch vollständig. Vorschlag der AfD? - 3 Stimmen. 1 bis 4 sind gewählt.

Wir müssen hier noch über Punkte in der Vorlage abstimmen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das auch abgestimmt.

II. *Wahl zu Ziffer 1 der Vorlage*

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf den Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.



Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

RheinEnergie Stiftungsrat

RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft (5)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 26	Vorschlag 2 - SPD Stimmen: 18	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 18	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 6
1. Ulrike Kessing	1. Christian Joisten (Aufsichtsratsvorsitz GEW Köln)	1. Ira Sommer	1. Heiner Kockerbeck
2. Bärbel Hölzing			

Vorschlag 7 - AfD Stimmen: 3
1. Matthias Büschges

II. Abstimmung über die gesamte Vorlage:

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Stiftungsrat der RheinEnergieStiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft:

1. *Herrn Christian Joisten, Vorsitzender des Aufsichtsrates der GEW Köln AG*
2. *Ulrike Kessing*
3. *Bärbel Hölzing*
4. *Ira Sommer*
5. *Heiner Kockerbeck*

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei den vom Rat benannten Stiftungsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung bzw. auf die Verankerung eigenständiger Compliance Standards hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat

1956/2020

Hier könnten wir eine gemeinsame Liste aus den Vorschlägen 1 bis 4 bilden. Gibt es da Zustimmung? Ja? - Es liegt noch ein Vorschlag der AfD vor.

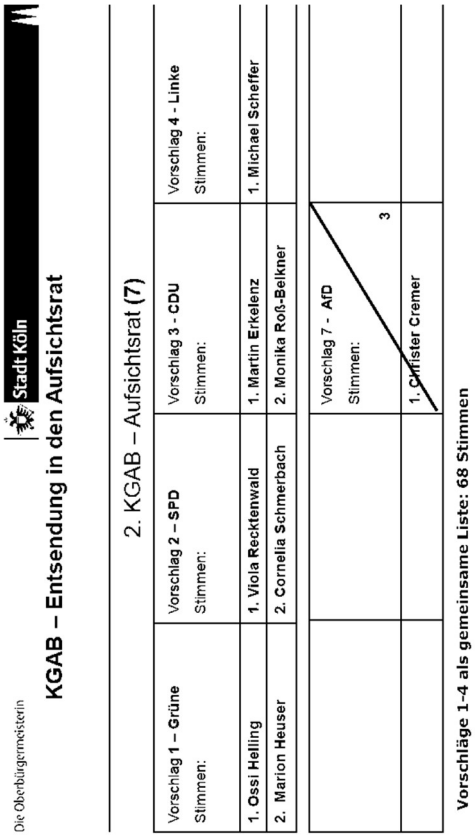
(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann können wir gern eine gemeinsame Liste machen!)

Dann stimme ich zunächst über die gemeinsame Liste ab. Wer ist dafür? - DIE LINKE, SPD, Grüne, CDU. Gegenstimmen kann ich nicht sehen.

Dann rufe ich den Vorschlag 7 auf - das ist der Vorschlag der AfD -: 3 Stimmen. Dann ist die gemeinsame Liste beschlossen.

Jetzt muss ich die übrigen Punkte der Vorlage abstimmen wie eben. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer 1 der Vorlage



Die Oberbürgermeisterin | Stadt Köln

KGAB – Entsendung in den Aufsichtsrat

2. KGAB – Aufsichtsrat (7)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen:	Vorschlag 2 – SPD Stimmen:	Vorschlag 3 - CDU Stimmen:	Vorschlag 4 - Linke Stimmen:
1. Ossi Helling	1. Viola Recktenwald	1. Martin Erkelenz	1. Michael Scheffer
2. Marion Heuser	2. Cornelia Schmerbach	2. Monika Roß-Belkner	

Vorschlag 7 - AfD Stimmen: 3
1. Christer Cremer

Vorschläge 1–4 als gemeinsame Liste: 68 Stimmen

Damit sind die Vorschläge 1 – 4 als gemeinsame Liste gewählt worden. Auf den Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

II. Abstimmung über die gesamte Vorlage

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB):

1) Dr. Katja Robinson, Amtsleiterin des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW).

2) Ossi Helling

3) Marion Heuser

4) Viola Recktenwald

5) Cornelia Schmerbach

6) Martin Erkelenz

7) Monika Roß-Belkner

8) Michael Scheffler

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt:

17.5 Wahl des Naturschutzbeirates bei der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Köln

2418/2020

Hier gibt es nur einen Beschluss, wie Umweltausschuss Anlage 12. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von FDP und Herrn Wortmann. Dann ist das bei den Enthaltungen von FDP und Herrn Wortmann so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün vom 04.03.2021 (Anlage 12):

Der Rat wählt auf Vorschlag der in § 70 Abs. 4 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW) genannten Verbände folgende Vertreter in den Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Köln:

2 Vertreter/innen

des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Anlage 1

Ordentliche Mitglieder	*Stellvertretende Mitglieder*
Sabine Hammer	*Anita Brinkhoff*
Jochen Woite	*Clemens Rott*

2 Vertreter/innen

des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) Anlage 2

Ordentliche Mitglieder	*Stellvertretende Mitglieder*
Dr. Susanne Euler-Bertram	*Jörg Siemers*
Jakob Risch	*Bastian Rixen*

3 Vertreter/innen

der Landesgemeinschaft Naturschutz

und Umwelt Nordrhein-Westfalen (LNU) Anlage 3

Ordentliche Mitglieder	*Stellvertretende Mitglieder*
Hubert Sumser	*Michael Schmitz*
Angelika Burauen	*Dorothea Schwab*
Harald von der Stein	*Lars Westermann*

1 Vertreter/in

der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Nordrhein-Westfalen e.V. (SDW) Anlage 4

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Hermann Schmidt	*André Knopf*

2 Vertreter/innen

des regional zuständigen Landwirtschaftsverbandes (RLV) Anlage 5

Ordentliche Mitglieder	*Stellvertretende Mitglieder*
Christian Fuchs	*Günther Hecker*
Heinrich Meid	*Hans-Georg Hermes*

1 Vertreter/in

des Waldbauernverbandes (WBV) Anlage 6

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Arnold Nesseler	*Jürgen Strätz*

1 gemeinsame/r Vertreter/in

des Landesverbandes Gartenbau Rheinland e.V., des Landesverbandes Gartenbau Westfalen-Lippe e.V. und des Provinzialverbandes Rheinischer Obst- und Gemüsebauer e.V. (LGR) Anlage 7

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Heribert Demel	*Stefan Schmitz*

1 Vertreter/in

des Landesjagdverbandes (LJV) Anlage 8

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Adalbert Fuchs	*Stefan Würz*

1 Vertreter/in

des Fischereiverbandes Nordrhein- Westfalen e. V. (FV) Anlage 9

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Jürgen Szesny	*Paul Hoffmann*

1 Vertreter/in

des LandesSportBundes Nordrhein-Westfalen e.V. (LSB) Anlage 10

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Dieter Sanden	*Klaus Wefelmeier*

1 gemeinsame/n Vertreter/in

des Imkerverbandes Rheinland e.V. und des Landesverbandes

Westfälischer und Lippischer Imker e.V.
Anlage 11

Ordentliches Mitglied	*Stellvertretendes Mitglied*
Inge Fuhrmann	*Anja Tsonos-Lannois*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung - Verstetigung und Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung hier: Wahl der Ratsmitglieder

3011/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/0604/2021

Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Wir hätten bei uns bei der Stellvertretung nicht Herrn Lars Wahlen, sondern Herrn Manfred Giesen - bei den Stellvertretern.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bei 17.6, ja. Dann habe ich Herrn Derichsweiler und als Stellvertreter Manfred Giesen. So stimmt es, okay.

Auch hier könnten wir mit dieser Änderung eine gemeinsame Liste von 1 bis 5 bilden. Gibt es da Einvernehmen?

(Zurufe: Ja!)

Dann lasse ich über die gemeinsame Liste abstimmen. - DIE LINKE, SPD, Grüne, CDU, FDP, Volt und Herr Wortmann; er gehört für mich in der Abstimmung zur FDP. Dann ist diese Liste abgestimmt.

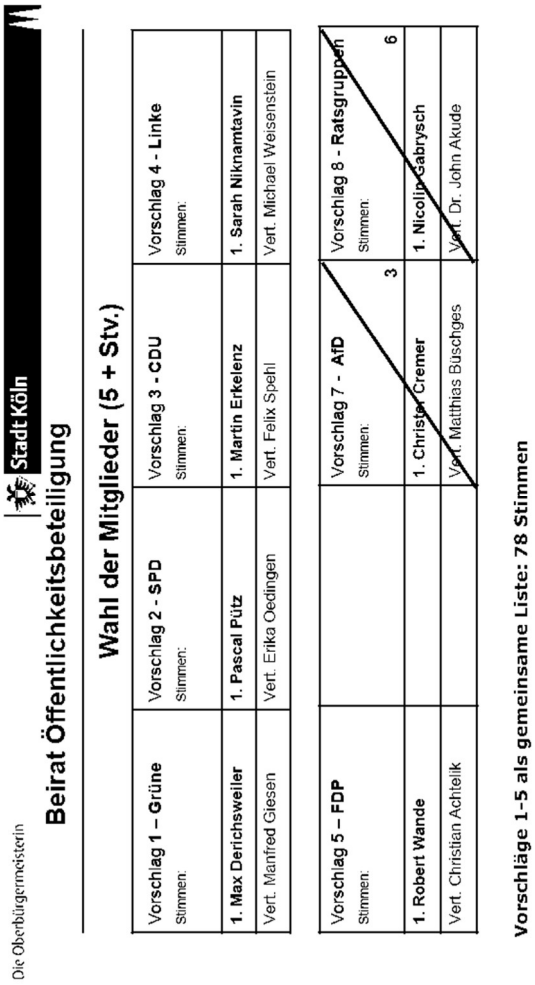
Aber wir brauchen noch den Vorschlag 7 und 8. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von den Ratsgruppen? - 6 Stimmen der Ratsgruppen für Frau Gabrysch und Herrn Dr. Akude.

Dann sind 1 bis 5 gewählt, weil es fünf Mitglieder gibt.

Dann muss ich über die Vorlage noch einmal in der Fassung des Änderungsantrages abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. *Wahl zu Ziffer 1 der Vorlage*

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf die Vorschläge 7 und 8 entfallen keine Sitze.



Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung

Wahl der Mitglieder (5 + Stv.)

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen:	Vorschlag **2 - SPD** Stimmen:	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen:	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen:
1. Max Derichsweiler	**1. Pascal Pütz**	**1. Martin Erkelenz**	**1. Sarah Niknamtavin**
Vert. Manfred Giesen	Vert. Erika Oedingen	Vert. Felix Spehl	Vert. Michael Weisenstein

Vorschlag **5 – FDP** Stimmen:		Vorschlag **7 - AfD** Stimmen: 3	Vorschlag **8 - Ratsgruppen** Stimmen: 6
1. Robert Wande		**1. Christian Cremer**	**1. Nicolin Gabrysch**
Vert. Christian Achtelik		Vert. Matthias Büschges	Vert. Dr. John Akude

Vorschläge 1-5 als gemeinsame Liste: 78 Stimmen

II. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages

Beschluss:

Der Rat entsendet folgende Vertreterinnen/Vertreter bzw. Stellvertreterinnen/Stellvertreter

Mitglied

Stellvertretung

1. Max Derichsweiler
1. Manfred Giesen

2. Pascal Pütz
2. Erika Oedingen

3. Martin Erkelenz
3. Felix Spehl

4. Sarah Niknamtavin
4. Michael Weisenstein

5. Robert Wande
5. Christian Achtelik

in den Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung. Die weiteren drei Plätze sowie drei Stellvertretungsplätze werden für Vertreterinnen beziehungsweise Vertreter aus den Stadtbezirken zur Verfügung gestellt und aus dem Kreis der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister bestimmt.

Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder gewählt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua

3029/2020

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie viele Vorschläge liegen da vor?)

Da liegen sechs Vorschläge vor. 1 bis 5 könnten eine gemeinsame Liste bilden. - Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei dem SPD-Vorschlag muss das anstatt Maria Helmis Elfi Scho-Antwerpes heißen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Und wer vertritt dann?

(Mike Homann [SPD]: Eva Bürgermeister!)

Okay, das bleibt dabei.

Dann könnten wir aber trotzdem meines Erachtens mit dieser Änderung eine gemeinsame Liste bilden. Besteht darüber Einvernehmen? - Die gemeinsame Liste wäre dann gebildet durch die Vorschläge 1 bis 5. Dann bitte ich um Zustimmung. - DIE LINKE, SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP, Volt und Herr Wortmann.

Es gibt darüber hinaus einen Vorschlag der AfD. Den bitte ich zu votieren. - AfD-Fraktion, 3 Stimmen. Das heißt, die Liste ist gewählt.

Jetzt stimme ich über die übrigen Punkte der Vorlage ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. *Wahl zu Ziffer 1*

Für die gemeinsame Liste (Vorschläge 1 – 5) werden folgende Stimmen abgegeben. Auf den Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua

Lenkungskreis MiQua **(6 + Stv.)**

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen:	Vorschlag 2 - SPD Stimmen:	Vorschlag 3 - CDU Stimmen:	Vorschlag 4 - Linke Stimmen:
1. BM Brigitta von Bülow	**1. Elfi Scho-Antwerpes**	**1. BM Dr. Ralph Elster**	**1. Ulrike Detjen**
Vert. Mario Michalak	Vert. Dr. Eva Bürgermeister	Vert. Ira Sommer	Vert. Jörg Kobel
2. Dominik Schneider			
Vertr. Sabine Hartmannshenn			
Vorschlag 5 – FDP Stimmen:		**Vorschlag 7 - AfD** Stimmen: 3	
1. Ralph Sterck		**1. Stephan Boyens**	
Vert. Ulrich Wackerhagen		Vert. Philipp Busch	

Vorschläge 1-5 als gemeinsame Liste: 78 Stimmen

II. *Beschluss über die gesamte Vorlage:*

I. Der Rat entsendet in den Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua:

Mitglied
Stellvertretung

1. BM Brigitta von Bülow
1. Mario Michalak

2. Dominik Schneider
2. Sabine Hartmannshenn

3. Elfi Scho-Antwerpes
3. Dr. Eva Bürgermeister

4. BM Dr. Ralph Elster
4. Ira Sommer

5. Ulrike Detjen
5. Jörg Kobel

6. Ralph Sterck
6. Ulrich Wackerhagen

II. Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes gewählt werden.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025

3078/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/0605/2021

Hier gibt es einen gemeinsamen Änderungsantrag, und zwar soll da beschlossen werden, einen Vertreter/eine Vertreterin der im

Gesundheitsausschuss stimmberechtigten Fraktionen zu entsenden. Insgesamt gibt es sechs Mitglieder. Hier brauchen wir gar keine Liste. Ich lasse erst über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

Dann lasse ich die Vorlage mit der soeben beschlossenen Änderung und den Vorschlägen, die Sie gemacht haben, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

„Der Rat beschließt, für den Beirat der Forensischen Klink Köln-Porz wie bisher neben drei von der Verwaltung und zwei von der Bezirksvertretung Porz jeweils ein Mitglied der stimmberechtigen Fraktionen im Gesundheitsausschuss für den Rat vorzuschlagen.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. *Abstimmung über die Vorlage in so geänderter Fassung mit den Ergänzungen der Bezirksvertretung 7 (Porz), (Anlage 2):*

Beschluss:

I. Der Rat beschließt, für den Beirat der Forensischen Klink Köln-Porz wie bisher neben drei von der Verwaltung und zwei von der Bezirksvertretung Porz jeweils ein Mitglied der stimmberechtigen Fraktionen im Gesundheitsausschuss für den Rat vorzuschlagen.

II. Dem Landschaftsverband Rheinland werden für eine Benennung als Mitglieder des Forensikbeirates an der LVR-Klinik Köln vorgeschlagen:

Auf Vorschlag der Verwaltung

- *Herr Dr. Rau Beigeordneter für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen*
- *Frau Dr. Eichberg Gesundheitsamt der Stadt Köln*
- *Herr Dr. Albers Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft*

Auf Vorschlag der Bezirksvertretung Porz

- *Bezirksbürgermeisterin Sabine Stiller*
- *Christoph Weitzel*

Für den Rat

1. *Joachim Heinlein (für Bündnis 90/Die Grünen)*
2. *Viola Recktenwald (SPD)*
3. *Alexander Yohannes (für die CDU)*
4. *Ulrike Detjen (für Die Linke.)*
5. *Bettina Houben (für die FDP)*
6. *Lorenz Hundgeburth (für Volt)*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Bauer-Dahm nimmt wegen Befangenheit nicht an Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln

3167/2020

Aktualisierter Beschlussvorschlag Anlage 2. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in aktualisierter Fassung (s. Anlage2):

Der Rat beschließt die Neuberufung des Wohnungsbauforums Köln für die Ratsperiode 2020-2025 und stimmt folgender Besetzung unter der Leitung der Oberbürgermeisterin zu:

Mitglieder Politik, insgesamt 6:

*je 1 Vertreter*in der im Unterausschuss Wohnen stimmberechtigt vertretenen Fraktionen*

Mitglieder Wohnungswirtschaft/Private, insgesamt 18:

*1 Vertreter*in der GAG Immobilien AG*

*5 Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen (Köln AG)*

*2 Vertreter*innen des Landesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen NRW e.V. (BFW)*

*3 Vertreter*innen der Wohnungsbauinitiative Köln (WIK)*

*1 Vertreter*in des Kölner Haus –u. Grundbesitzervereins*

*1 Vertreter*in des Mietervereins Köln*

*1 Vertreter*in der Industrie- und Handelskammer zu Köln*

*1 Vertreter*in des Hauses der Architektur Köln*
*1 Vertreter*in der Sparkasse Köln Bonn*

*1 Vertreter*in der Kreissparkasse Köln*

*1 Vertreter*in des Mehr-als-Wohnen-Paktes Köln*

Mitglieder Verwaltung, insgesamt 9:

Oberbürgermeisterin (Vorsitz)

*Fachreferent*in Oberbürgermeisterin*

Dez. VI – Dezernent für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Wirtschaft

Dez. V – Dezernent für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen

Dez. III – Dezernentin für Mobilität und Liegenschaften

VI/1 – Amtsleitung Wohnungsbauleitstelle

61 – Amtsleitung Stadtplanungsamt

56 – Amtsleitung Amt für Wohnungswesen

15 – Geschäftsführung Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Der Teilnehmerkreis kann anlassbezogen durch weitere Personen ergänzt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Neubestellung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Soziales und Senioren

0774/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt die folgende Person zur stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Soziales und Senioren.

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Stellvertretendes beratendes Mitglied:
Frau Monika Kuntze

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss

0538/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger von Frau Maria Große-Perdekamp (beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für den Kinderschutzbund Köln e.V.)

Herrn Lars Hüttler (Kinderschutzbund Köln e.V.) gemäß § 4 III S.1 lit. i der Satzung des Jugendamtes i.V.m. § 5 III S.1 AG-KJHG NRW als beratendes Mitglied für den Kinderschutzbund Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Die persönliche Stellvertretung gemäß § 5 Abs. 2 AG-KJHG NRW von Herrn Lars Hüttler übernimmt Frau Maria Schweizer-May.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk Kölner Süden

3222/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/0606/2021

Den Änderungsantrag lasse ich zunächst abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Dann lasse ich die geänderte Beschlussvorlage aus Anlage 1 mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

„Jede im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales stimmberechtigte Fraktion entsendet jeweils ein Mitglied und eine Stellvertretung.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag in Anlage 1 mit der soeben beschlossenen Änderung

Beschluss:

Jede im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales stimmberechtigte Fraktion entsendet jeweils ein Mitglied und eine Stellvertretung.“

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen entsendet eine gleiche Anzahl von Mitgliedern der Bezirksvertretung.

Im Übrigen bleibt die Zusammensetzung unverändert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.13 MAKK-Förderstiftung-Bestellung des Kuratoriums

3024/2020

Auch hier soll je ein Vertreter bzw. eine Vertreterin der im Ausschuss Kunst und Kultur stimmberechtigt vertretenen Fraktionen entsandt werden, insgesamt sechs Mitglieder. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt in das Kuratorium der MAKK-Förderstiftung

Mario Michalak	*Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*
Dr. Eva Bürgermeister	*für die SPD-Fraktion*
Udo Peer Stodden	*für die CDU-Fraktion*
Jörg Kobel	*für die Fraktion Die Linke.*
Lorenz Deutsch	*für die FDP-Fraktion*
Robert Cristott	*für die Fraktion Volt*

Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Kuratoriums gewählt werden.

Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien

an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodes der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.14 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement

3288/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/0607/2021

Über den Änderungsantrag lasse ich zunächst abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Über den geänderten Beschlussvorschlag aus Anlage 1 mit der soeben beschlossenen Änderung lasse ich jetzt abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

„Jede im Hauptausschuss stimmberechtigt vertretende Fraktion entsendet jeweils ein Mitglied.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag in Anlage 1 mit der soeben beschlossenen Änderung

Beschluss:

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 10.12.2020 zur Zusammensetzung von u.a. Beiräten beschließt der Rat, die Besetzung der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement wie folgt zu ändern:

Jede im Hauptausschuss stimmberechtigt vertretene Fraktion entsendet jeweils ein Mitglied.

Im Übrigen bleibt die Zusammensetzung unverändert.

Die Geschäftsordnung wird entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.15 Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln für den Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln

0506/2021

Hier könnte man eine gemeinsame Liste machen, wenn Sie das wünschen.

Michael Hock (Die PARTEI) Eine Wortmeldung kurz von der PARTEI.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Frau Reker, danke schön. - Ja, es ist so, dass wir noch einen Vorschlag eingereicht haben. Ich kann den jetzt hier in der ausgedruckten Version nicht sehen. Da gibt es einen Herrn Markus Kompa.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben einen Vorschlag eingereicht, ja: Markus Kompa und Vertreter Michael Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Das bin ich. Danke schön. Das wollte ich nur klarstellen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das ist schon so. 1 bis 6 würden eine gemeinsame Liste bilden. Vorschlag 7 würde extra abgestimmt werden und auch Ihr Vorschlag als Vorschlag 8.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Keine gemeinsame Liste!)

- Keine gemeinsame Liste, okay.

Dann rufe ich jetzt den Vorschlag der Grünen auf. - Komplett. Vorschlag der SPD? - Minus 3. Vorschlag der CDU? - Minus 2. Den Vorschlag der LINKEN? - Das ist DIE LINKE und eine. Vorschlag der FDP? - Das ist die FDP, Herr Wortmann. Und leihen Sie sich noch eine Stimme von der CDU?

(Ralph Sterck [FDP]: Leihstimme!)

Nein, natürlich nicht. Entschuldigen Sie bitte vielmals. Wie kann man das sagen? - Ich nehme alles zurück. Die Stimme ist abgegeben für die Liste der FDP.

Ich komme zum Vorschlag 6 von Volt. - Das ist Volt. Wer wünscht, für Volt zu stimmen? - Dreimal die SPD. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von den Ratsgruppen? - 6 Stimmen.

Damit sind die Vorschläge 1 bis 6 gewählt und 7 und 8 entfallen.

Ich lasse über die restliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. *Wahl zu Ziffer I*

Die Oberbürgermeisterin

Stadt Köln

Vertreter*innen Polizeibeirat

Vertreter*innen Polizeibeirat (10 + Stv.)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 26	Vorschlag 2 - SPD Stimmen: 15	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 16	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7
1. Hans Schwanitz	**1. Dr. Gerrit Krupp**	**1. Felix Spehl**	**1. Christoph Willms**
Vert. Daniel Bauer-Dahm	Vert. Uli Müller	Vert. Florian Weber	Vert. Güldane Tokyürek
2. Dilan Yazicioglu	**2. Pascal Pütz**	**2. Werner Marx**	
Vert. Derya Karadag	Vert. Alparslan Babaoglu-Marx	Vert. Stephan Pohl	
3. Manfred Richter			
Vert. Sarah Brunner			

Vorschlag 5 – FDP Stimmen: 7	Vorschlag 6 - Volt Stimmen: 7	Vorschlag 7 - AfD Stimmen: 3	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen: 6
1. Volker Görzel	**1. Elizaveta Khan**	**1. Philipp Busch**	**1. Markus Kompa**
Vert. Ulrich Breite	Vert. Isabelia Venturini	Vert. Christer Cremer	Vert. Michael Hock

*Der Rat wählt die Personen der Vorschläge 1 bis 8 als Vertreter*innen der Stadt Köln in den Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln. Die Personen von Liste 7 und Liste 8 werden nicht gewählt.*

II. Abstimmung über die gesamte Vorlage

Beschluss:

Beschluss:

*I. Der Rat wählt i folgende Personen als Vertreter*innen der Stadt Köln in den Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln.*

	Mitglieder		*Stellvertreter*
1.	*Hans Schwanitz*	*1.*	*Daniel Bauer-Dahm*
2.	*Dilan Yazicioglu*	*2.*	*Derya Karadag*
3.	*Manfred Richter*	*3.*	*Sarah Brunner*
4.	*Dr. Gerrit Krupp*	*4.*	*Uli Müller*
5.	*Pascal Pütz*	*5.*	*Alparslan Babaoglu-Marx*
6.	*Felix Spehl*	*6.*	*Florian Weber*
7.	*Werner Marx*	*7.*	*Stephan Pohl*
8.	*Christoph Willms*	*8.*	*Güldane Tokyürek*
9.	*Volker Görzel*	*9.*	*Ulrich Breite*
10.	*Elzaveta Khan*	*10.*	*Isabella Venturini*

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates. Bei der Entsendung von Rats- bzw. Ausschussmitgliedern endet sie mit dem Ausscheiden aus dem maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.16 Antrag der CDU-Fraktion betreffen "Wahl eines Sachkundigen Einwohners in den Ausschuss Soziales und Senioren"
AN/0558/2021

Die Antragstellenden ziehen den Antrag zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.17 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der StadtAG LST

0900/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat bestellt gemäß § 23 b Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) die nachstehenden Personen als sachkundige Einwohner*innen und deren Stellvertretungen gemäß § 58 Abs. 4 GO NRW in folgenden Ausschüssen:*

Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern

Maria Kunz als sachkundige Einwohnerin

Inge Linne als Stellvertretung

Ausschuss Klima, Umwelt, Grün

Annette Rösener als sachkundige Einwohnerin

Alf Spröde als Stellvertretung

Ausschuss Kunst und Kultur

Joanna Stange als sachkundige Einwohnerin

Antje Baumkemper als Stellvertretung

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Wolfgang Hülsmann als sachkundigen Einwohner

Bodo Busch als Stellvertretung

Ausschuss Soziales und Senioren

Inge Linne als sachkundige Einwohnerin

Sophie Sänger als Stellvertretung

Bauausschuss

Deborah Timm als sachkundige Einwohnerin

Dirk Bachhausen als Stellvertretung

Gesundheitsausschuss

Sophie Sänger als sachkundige Einwohnerin

Kathrin Balke als Stellvertretung

Jugendhilfeausschuss

Laura Becker als sachkundige Einwohnerin

Sven Norenkemper als Stellvertretung

Sportausschuss

Stephan Borggreve als sachkundigen Einwohner

Deborah Timm als Stellvertretung

Stadtentwicklungsausschuss

Alf Spröde als sachkundigen Einwohner
die Stellvertretung bleibt zunächst unbesetzt

Verkehrsausschuss

Uwe Lautenschläger als sachkundigen Einwohner

Dirk Bachhausen als Stellvertretung

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.18 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

0894/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat bestellt gemäß § 23 a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln auf Vorschlag der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die nachstehenden Personen als sachkundige Einwohner*innen und deren Stellvertretungen gemäß § 58 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW in die folgenden Ausschüsse:*

Ausschuss	*Sachkundige Einwoh-ner*innen*	*Stellvertretung*
Anregungen und Beschwerden	*Andreas Albrecht*	*Achim Schmitz*
Bauausschuss	*Manuela Kohlhaas*	*Helga Mesmer*
Jugendhilfeausschuss	*Juliane Passavanti*	*Lydia Richter*
Gesundheitsausschuss	*Uta Grimbach-Schmalfuß*	*Dr. Dr. Rainer Broicher*
Gleichstellung von Frauen und Männern	*Dr. Klara Groß – Elixmann*	*Ulrich Höddinghaus*
Ausschuss für Kunst und Kultur	*Ute Palm*	*Uta Grimbach-Schmalfuß*
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*Stephanie Stangier*	*Ulrike Müller-Hardt*
Ausschuss für Soziales und Senioren	*Paul Intveen*	*Frank Feles*
Sportausschuss	*Achim Schmitz*	*Ingo Wellsandt*
Stadtentwicklungsausschuss	*Bernd Fahlenbock*	*Manuela Kohlhaas*
Verkehrsausschuss	*Bernd Fahlenbock*	*Herr Jürgen Over*
Ausschuss für Umwelt und Grün	*Frank Feles*	*Hilde Naurath*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Digitalisierungsausschuss - sachkundige Einwohner*innen“

AN/0611/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Für den Digitalisierungsausschuss benennt der Rat

Frau Sara Jansen-Neubart für RM Denise Abé

Frau Mela Chu für RM Ulrike Kessing

Herrn Heiner Fröschen für RM Floris Rudolph

Herrn Florian Gewecke für RM Hans Schwanitz

*als sachkundige Einwohner*innen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Zustimmung zur Beteiligung der Stadt Köln am Förderprojekt „IDunion“ im Rahmen des Innovationswettbewerbs „Schaufenster Sichere Digitale Identitäten“ des BMWi

0233/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln stimmt der Beteiligung der Stadt Köln am Förderprojekt „I-Dunion“ an der Umsetzungsphase des Innovationswettbewerbs „Schaufenster Sichere Digitale Identitäten“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zu.

Darüber hinaus beschließt der Hauptausschuss, vorbehaltlich der Fördermittelzusage von 100% der zuwendungsfähigen Aufwendungen durch das BMWi, die befristete Zusetzung von vier Stellen für die Projektdauer von drei Jahren sowie förderfähiger Sachkosten in Höhe von maximal 5% der Personalkosten. Die Stellenbesetzung ist für den 01.04.2021 geplant.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 Erstattung von Elternbeiträgen wegen des eingeschränkten Regelbetriebes aufgrund von Covid-19 in den Ganztagsangeboten der Sekundarstufe I und in der Kurzbetreuung bzw. „Schule von acht bis eins“ in der Primarstufe für Januar 2021

0302/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, dass den Ganztagsträgern der Sekundarstufe I sowie den Trägern der Kurzbetreuung/“Schule von acht bis eins“ in der Primarstufe für den Monat Januar 2021 die entgangenen Elternbeiträge erstattet werden.

Die Erstattung der Mindereinnahmen in Höhe von voraussichtlich rund 130.000 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2021 aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Das Land NRW wird den hälftigen Ertragsausfall von rund 65.000 Euro im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allg. Umlagen erstatten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 0403 - Römisch-Germanisches Museum - für das Haushaltsjahr 2020

3246/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen gemäß § 83 GO NRW im

Haushaltsjahr 2020 für den Teilergebnisplan 0403 – Römisch-Germanisches Museum in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von insgesamt 483.800 € zur Deckung des dort entstandenen Mehrbedarfs.

Die Deckung dieser Mehraufwendungen erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in folgenden Teilergebnisplänen:

0407 - Museum Schnütgen, Teilplanzeile 13 in Höhe von 60.000 €

0409 - Kunst- und Museumsbibliothek / Rheinisches Bildarchiv, Teilplanzeile 16 in Höhe von 85.800 €

0413 - Archäologische Zone und Jüdisches Museum, Teilplanzeilen 13 und 16 in Höhe von 104.000 €

0418 - Stadtbibliothek, Teilplanzeile 13 in Höhe von 234.000 €

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor wir jetzt in den nichtöffentlichen Teil eintreten, schlage ich im Nachgang vor, den TOP 24.8 im nichtöffentlichen Teil zuzusetzen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der zugesetzt.

Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 20.09 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 4.1

zu Protokoll gegebene Nachfragen zur Beantwortung der Verwaltung auf die Fragen der SPD-Fraktion AN/0226/2021

1. *Laut Aussage der Verwaltung soll sich die neue Gesellschaft ausschließlich mit bisher noch nicht personalisierten Schulbaumaßnahmen befassen - also in Ergänzung zur GW am Schulbau arbeiten. Wo und wie wird das Personal für die Gesellschaft akquiriert, wenn angenommen wird, dass das Personal der GW nicht in die Gesellschaft wechselt?*

2. *In welchem Zeitfenster plant die Verwaltung die Gründung der Gesellschaft, wann werden Geschäftsführung und Aufsichtsrat Ihre Arbeit aufnehmen können und die Aufgabenstruktur einschließlich Auftraggeber-/Auftragnehmer-Verhältnis festgelegt sein?*

6. Sitzung vom 6. Mai 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Rheinisches Bildarchiv durch den Fotografen Manfred Wegener
hier: Schenkung Fotoarchiv Wegeners während seiner Tätigkeit als Fotograf bei der Stadtrevue - circa 50 Ordner mit circa 180.000 Aufnahmen (4,5 Regalmeter) und circa 350.000 Digitalaufnahmen (6 Terabyte)

3556/2020

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen GUT und KLIMA FREUNDE und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Umbenennung des Ausschusses für Soziales und Senioren"

AN/0941/2021

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Nutzung Applikation RADar durch Stadt Köln im Zeitraum von Stadtradeln im Jahr 2021"

AN/0938/2021

Zurückgestellt

3.1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. und Volt betreffend "Planungssicherheit für die Händlerinnen und Händler am Großmarkt schaffen und das Frischezentrum in Marsdorf zügig entwickeln"

AN/0929/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1005/2021

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Karl Küpper Preis 2021 – Resolution des Kölner Stadtrates"

AN/0932/2021

zurückgestellt

3.1.5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat VII - Kunst und Kultur"

AN/0745/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1017/2021

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Unterstützung von benachteiligten Stadtteilen in der Corona-Pandemie"

AN/0900/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1023/2021

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Demokratieklausel

bei der Förderung von Vereinen"

AN/0934/2021

3.1.8 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Erstellung eines Zero Waste-Konzepts"

AN/0942/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1016/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1004/2021

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verbleib von 86 „entwichenen“ minderjährigen Flüchtlingen in Köln im Jahre 2020"

AN/0937/2021

zurückgestellt

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Abschaffung von Gendersprache"

AN/0936/2021

zurückgestellt

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. FDP, Volt, der Gruppen Die Partei, KLIMA FREUNDE und GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "KHD-Gelände"

AN/1020/2021

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage Die Partei betreffend "Schutzauftrag Kindeswohl in Zeiten der Pandemie"

AN/0576/2021

Antwort der Verwaltung vom 30.04.2021

1332/2021

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Sachstand "Masterplan Quartiersgaragen""

AN/0985/2021

zurückgestellt

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Offene Fragen zum Lebenslagenbericht"

AN/0998/2021

Antwort der Verwaltung vom 06.05.2021

1681/2021

4.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Angriffe auf Kölner Ordnungskräfte nehmen zu – welche Gegenmaßnahmen hat die Stadt im Sinn?"

AN/0997/2021

Zurückgestellt

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.5 Satzungen

6 Ortsrecht

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)

0329/2021

zurückgestellt

6.1.2 Stellplatzsatzung für Köln

3217/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0528/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0503/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und Die Linke.

AN/1011/2021

6.1.3 Änderung der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln vom 12.04.2010

0786/2021

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif

0539/2021

6.2.2 Satzung zur rückwirkenden Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 2012

0988/2021

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Richtlinie für den Einsatz von Abschlussprüferinnen und -prüfern bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben / eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

0686/2021

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

1419/2021

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln - Kostenerhöhung

0061/2021

7.2.2 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2021

1012/2021

7.2.3 Herrichtung von Trendsportangeboten für Kinder und Jugendliche, Stresemannstraße in Köln-Finkenberg

0609/2021

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag

0068/2021

zurückgezogen

10.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Äußerer Grüngürtel Nord
Grüne Brückenschläge (Bedarfsanerkennung, Schenkungsannahme)

0063/2020

10.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln für die Silvesterfeiern in den Jahren 2021 bis 2024 und Vergabe der Leistungen

0283/2021

10.4 Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt; hier: Bauvorhaben Hohenzollernring 62

1152/2020

10.5 Baubeschluss für den Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße sowie Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung

1349/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0148/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1015/2021

10.6 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich-geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg o. Nr., 51143 Köln-Porz-Mitte, Gemarkung Porz, Flur 2, Flurstück 3304 - Baubeschluss

2440/2020

10.7 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2019 für die Bühnen der Stadt Köln

3185/2020

10.8 Live-Stream attraktiver gestalten

1327/2021

10.9 Bestellung von Herrn Hein Mulders zum Opernintendanten und zum Mitglied der Betriebsleitung Bühnen Köln

1402/2021

10.10 Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
hier: Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2019 - 31.12.2019

0672/2021

10.11 Wirtschaftsplan 2021 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

0604/2021

10.12 Förderprojekt "Wasser muss zum Baum"
hier: Planungsbeschluss sowie Bereitstellung und Freigabe von außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigungen

0403/2021

10.13 Kölner Lebenslagenbericht

0615/2020

zurückgestellt

10.14 Fortsetzung der Gemeinwesenarbeit in den bestehenden Quartieren auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms

0949/2021

10.15 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Elektrogeräten für Leistungsbeziehende aus den Rechtskreisen des SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie für die

Einrichtungen des Amtes für Wohnungswesen

0975/2021

10.16 Neubau einer Zweifachturnhalle an der Kurt-Tucholsky-Hauptschule, Helene-Weber-Platz 3 in 51109 Köln-Neubrück - Planungs- und Baubeschluss

1544/2020

10.17 Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln

3534/2020

10.18 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“

3704/2020

10.19 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“
hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2

1004/2021

10.20 Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR, Stadtwerke Köln GmbH; Gründung und Beteiligung an der "KLAR GmbH" (Klärschlammverwertung am Rhein GmbH)

1178/2021

10.21 Zuschuss zur Erhaltung des Kölner Domes

1234/2021

10.22 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2020

1417/2021

10.23 Ersatzneubau der Kragplatte am Altstadtufer; Baubeschluss

2695/2020

10.24 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim"; Programm "Starke Veedel - Starkes Köln"

2994/2020

10.25 Förderprogramm "Dritte Orte" (verwiesen aus dem Finanzausschuss vom 03.05.2021)

0022/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
(verwiesen aus dem Finanzausschuss vom 03.05.2021)

AN/1002/2021

Zurückgezogen

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und der Gruppe GUT

AN/1010/2021

10.26 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen

1602/2021

10.27 Erstattung von Elternbeiträgen für die Monate Mai und Juni 2021 wegen des eingeschränkten Regelbetriebs aufgrund von Covid-19 an den Offenen Ganztagsschulen und in weiteren schulischen Ganztagsangeboten

1623/2021

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 Betreff: 225. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim, Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
hier: Erneuter Feststellungsbeschluss

0238/2021

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58485/02 Arbeitstitel: Zum Dammfelde in Köln-Widdersdorf

0005/2021

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 65450/05, Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord

0314/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0529/2021

Änderungsantrag der Faktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

AN/0538/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT

AN/1021/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1022/2021

12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 7340/02 Arbeitstitel: Kölner Str. / Hauptstraße in Köln-Porz und Köln-Porz-Ensen

0907/2021

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

17 Gremienbesetzungen

17.1 Besetzung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission (ABK) für die Wahlperiode 11-2020 - 2025

3683/2020

17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln

0348/2021

17.3 Neuwahl eines beratenden JHA-Mitglieds

1095/2021

17.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

1182/2021

17.5 Neuwahl eines stellvertretend beratenden JHA-Mitglieds

1096/2021

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Wahl eines neuen Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt / Köln gGmbH"

AN/0970/2021

17.7 Antrag der SPD-Faktion betreffend "Entsendung in Unterausschüsse und den AR KGAB"

AN/0984/2021

17.8 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt Fraktion für den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit"

AN/0999/2021

17.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Umbesetzung in den Ausschüssen - Hauptausschuss"

AN/1000/2021

17.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Umbesetzung in den

Ausschüssen - Rechnungsprüfungsausschuss"

AN/1001/2021

17.11 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Ausschuss Schule und Weiterbildung"

AN/1003/2021

17.12 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Stadt Köln

1593/2021

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Helmis, Maria; Heuser, Marion; Hock, Michael; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Krupp, Gerrit, Dr.; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Michel, Dirk; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Pütz, Pascal; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schneeloch, Sandra; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Steinmann, Lisa; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Vogel, Alexander;

Stenografen

Frau Köchy;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Büschges, Matthias; Derichsweiler, Max Christian; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hölzing, Bärbel; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Lorenz, Lukas; Marx, Werner; Michalak, Mario; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Philippi, Franz; Recktenwald, Viola; Röhrig, Uschi; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlömer, Ursula; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Sterck, Ralph; Welter, Thomas; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister

Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina;

(Beginn: 15.38 Uhr - Ende: 19.23 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 6. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und natürlich die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister. Ich freue mich, dass Sie,

die Mitglieder des Rates, auch hier sind - nicht alle, aber dazu komme ich gleich.

Ich möchte zunächst gern Herrn Busch verpflichten, den ich bitte, zum Redepult zu kommen.

(Philipp Busch [AfD] geht zur Tribüne)

Herr Busch wurde als Nachfolger für Herrn Tritschler gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sich alle von Ihren Plätzen zu erheben, auch die Gäste, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und die Bezirksbürgermeister.

(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Sehr geehrter Herr Busch, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Philipp Busch [AfD] nickt)

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte wieder Platz.

(Alle Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Wie bei der letzten Ratssitzung tagen wir auch heute im Großen Saal des Gürzenichs, aber dieses Mal angesichts der seit Tagen hohen und fast unveränderten Inzidenzzahlen in deutlich verkleinerter Besetzung. Das tun wir wieder, damit auch in dieser Situation die für Köln notwendigen Entscheidungen in rechtssicherer Form getroffen werden können. Ich bedanke mich bei Ihnen allen sehr herzlich, dass Sie dieses Verfahren gewählt haben. Ich glaube, das ist ein recht gutes Signal in die Stadt hinein.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich alle mit dem QR-Code an den Türen über Ihre Corona-WarnApp zu dieser Sitzung eingecheckt haben.

Damit wir heute hier tagen können, verzichten folgende Ratsmitglieder auf die Anwesenheit im Sitzungssaal: Herr Achtelik, Frau Abé, Herr Bauer-Dahm, Herr Boyens, Herr Büschges, Herr Derichsweiler, Frau Dickas, Herr Bürgermeister Dr. Elster, Herr Erkelenz, Frau Frebel, Herr Giesen, Frau Heithorst, Frau Henk-Hollstein, Frau Hölzing-Clasen, Frau Jäger, Herr Jeschka, Herr Kaske, Frau Kessing, Herr Klemm, Herr Kockerbeck, Herr Lorenz, Herr Marx, Herr Michalak, Frau Niknamtavin, Frau Oedingen, Herr Paetzold, Herr Philippi, Frau Recktenwald, Frau Röhrig, Herr Rudolph, Frau Ruffen, Herr Schallehn, Frau Schlömer, Frau Scho-Antwerpes, Herr Schwanitz, Frau Sommer, Herr Spehl, Herr Sterck, Herr van Benthem, Herr Welter, Frau Yazicioglu und Herr Zimmermann.

Als Stimmzählerin und Stimmzähler benenne ich Frau Karadag, Herrn Pütz und Herrn Haeming.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor, die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, die AfD-Fraktion würde aufgrund der heutigen Sitzung und auch angesichts der Pandemielage beantragen, dass unsere Anträge zu 3.1.2 und 3.1.4 vertagt werden auf die nächste Sitzung sowie die Tagesordnungspunkte 3.1.9 und 3.1.10. Wir wollen damit unseren Beitrag zu einer schnellen Sitzung leisten, zudem sind wir auch nicht in voller Zahl anwesend.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie wünschen, vier Tagesordnungspunkte zu vertagen?

Christer Cremer (AfD): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe das jetzt notiert. Wir werden gleich darüber abstimmen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die Anfragen unter Tagesordnungspunkt 4.2 bis 4.4, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 10.24 bis Tagesordnungspunkt 10.27, die Gremienbesetzungen unter

TOP 17.6 bis 17.12, und im nichtöffentlichen Teil wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 10.1 und 10.13 abgesetzt.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Die AfD hat gerade den Antrag gestellt, die Tagesordnungspunkte 3.1.2, 3.1.4, 3.1.9 und 3.1.10 zu vertagen.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Volt und die Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT und Herr Wortmann haben heute zum Thema KHD-Gelände einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.11.

Ich frage zunächst, ob es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit gibt. - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Auch bei dieser Sitzung, meine Damen und Herren, ist von uns allen wieder besondere Disziplin gefragt, damit wir die Sitzungsdauer so kurz wie möglich halten können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen. Außerdem möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie mitgeteilt haben, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen so weit wie möglich verzichten und diese zu Protokoll geben. Ich hoffe, dass wir damit die Sitzung so rechtzeitig beenden können, damit wir alle vor 21 Uhr zu Hause sind und damit den Ordnungsdienst entlasten. Wir könnten das zwar sicherlich alle begründen, aber das müssten wir dann vielleicht, auch wenn wir nicht von der Person bekannt sind.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Bitte sehr, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden Beratungsbedarf anmelden zu dem Punkt 10.4. Es ist überhaupt nicht möglich, das zum derzeitigen Zeitpunkt sachgemäß zu entscheiden, da der angestoßene Prozess von der Stadtverwaltung bezüglich des neuen Höhenkonzeptes in den Kinderschuhen steckt. Er wurde vor etwa drei Wochen begonnen, und heute nun soll ein 67 Meter hohes Hochhaus in diesem Bereich beschlossen werden. Ich bitte also um Beratungsbedarf unter 10.4.

Ebenso melden wir Beratungsbedarf zu 10.20 an. Vielleicht hat der eine oder andere gelesen, dass sich in Chorweiler bzw. in Merkenich dazu sehr viele Fragen ergeben. Wir würden gern zunächst die Beratung vor Ort - das ist mit Sicherheit auch im Sinne der Bezirksvertretung - noch einmal suchen und zu einem späteren Zeitpunkt uns sehr gern positiv zu dieser Vorlage äußern. - Schönen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Hammer, Gegenrede.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Weisenstein, zwei Klarstellungen dazu. Erstens geht es heute nicht um den Beschluss zum Bau eines Hochhauses, sondern es geht inhaltlich um etwas völlig anderes. Von daher sehen wir nicht die Notwendigkeit, das heute von der Tagesordnung zu nehmen, sondern da den Prozess fortzuschreiben.

Zum anderen zu dem von Ihnen angesprochen Punkt 10.20, die Gründung des Klärschlamm-Verbundes: Auch dazu steht heute nur die Gründung im Vordergrund. Auch diese Vorlage wurde bereits in etlichen Gremien beraten. Auch Ihre Fraktion hat durch die Teilnahme an diversen Gremiensitzungen die Gelegenheit gehabt, sich ordentlich zu informieren. Wir glauben, dass die Gründung heute entscheidungsreif ist, und würden das heute auch gern auf der Tagesordnung lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich direkt darüber abstimmen.

(Christian Joisten [SPD]: Differenzierung bitte!)

- Ja, darüber muss man vielleicht in zwei Punkten abstimmen lassen. So hatte ich es auch vor.

Jetzt sehe ich eine weitere Wortmeldung.

(Jürgen Kircher [SPD]: Nein, nein, später!)

- Später, okay.

Dann lasse ich zunächst über die Anmeldung des Beratungsbedarfes zu 10.4. abstimmen. Wer Herrn Weisenstein beipflichtet und den Beratungsbedarf anerkennen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD, AfD, Herr Wortmann, GUT und KLIMA FREUNDE. Gibt es Enthaltungen?

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Ich kann Sie nicht verstehen.

(Ulrich Breite [FDP]: Waren das zwei Stimmen?)

- Ja, die KLIMA FREUNDE sind heute entgegen der anderen Fraktionen beide da.

(Ulrich Breite [FDP]: Oh! - Zuruf von der CDU: Es zählt nur eine Stimme! - Ulrich Breite [FDP]: Nein, es zählen beide Stimmen! Sehr solidarisch!)

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP und Volt. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über 10.20. Wer hier den Beratungsbedarf anerkennt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, AfD und Herr Wortmann. Gegenstimmen? - SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, die KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch hier der Antrag abgelehnt, Herr Weisenstein.

Ich lasse jetzt über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. - Bitte sehr, Herr Kircher.

Jürgen Kircher (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu dem Tagesordnungspunkt 6.1.2 - Stellplatzsatzung für Köln - den Änderungsantrag gesehen, und das sind 15 Unterpunkte. Das ist in dieser Kürze, die wir jetzt von unserem Verkehrsausschuss bis zu Beginn der Ratssitzung hatten, nicht zu schaffen, das durchzuarbeiten. Wir melden hier Beratungsbedarf an. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum der Änderungsantrag Ihnen nicht vorzeitig zugestellt worden ist mit der Bitte um Beratung, lässt sich, glaube ich, jetzt nachträglich nicht mehr aufklären. Wir glauben aber, dass darin Punkte enthalten sind, die auch in Ihren Änderungsanträgen, die Sie bisher schon eingereicht haben, durchaus mit eingeflossen sind. Von daher würden wir das gern auch heute beraten, damit wir endlich eine Stellplatzsatzung in dieser Stadt bekommen.

Zum Vorwurf, es seien 15 Punkte, die kurzfristig eingegangen sind, vielleicht Folgendes: Ich möchte an die letzte Ratssitzung erinnern, in der auch seitens der SPD-Fraktion noch in unsere Fraktionssitzung während der vorbereitenden Sitzung auch etliche diverse Änderungsanträge hereingeflattert sind. Auch da haben wir auf Geltendmachung von Beratungsbedarf verzichtet. Vielleicht können Sie sich einfach am Ende enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht, diesem Beratungsbedarf zuzustimmen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und SPD. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann wird auch darüber heute verhandelt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung, die ich Ihnen vorgestellt habe, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich möchte noch einmal die heutigen Anwesenheiten im Protokoll festhalten. Ich habe eben deswegen auch so ausführlich abstimmen lassen, damit es nicht zu irgendwelchen Unklarheiten unter Umständen kommt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit 13 Mitgliedern vertreten, die SPD- und die CDU-Fraktion jeweils mit zehn Mitgliedern, DIE LINKE und die FDP mit je drei, die Fraktionen Volt und AfD mit jeweils zwei Mitgliedern, die KLIMA FREUNDE nehmen vollzählig teil, also zu zweit, bei den anderen Gruppen nimmt jeweils ein Mitglied teil, und Herr Wortmann ist bei uns. Damit sind heute mit der Oberbürgermeisterin 49 Mitglieder des Rates anwesend. Wir sind also beschlussfähig.

*Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder. Der Rat tagt in verkleinerter Besetzung im Großen Saal des Gürzenichs.*

IV. Frau Oberbürgermeisterin Reker verpflichtete das neue Ratsmitglied Philipp Busch im Sinne des § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

*V. Als Stimmzähler*innen schlägt sie Frau Karadag, Herrn Pütz und Herrn Haeming vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

VI. Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, das folgende Ratsmitglieder heute auf die Teilnahme verzichten, damit der Rat vor dem Hintergrund der Infektionslage in verkleinerter Besetzung tagen kann:

Herr Achtelik, Frau Abé, Herr Bauer-Dahm, Herr Boyens, Herr Derichsweiler, Frau Dickas, Herr Bürgermeister Dr. Elster, Herr Erkelenz, Frau Frebel, Herr Giesen, Frau Heithorst, Frau Henk-Hollstein, Frau Hölzing-Clasen, Frau Jäger, Herr Jeschka, Herr Kaske, Frau Kessing, Herr Klemm, Herr Kockerbeck, Herr Lorenz, Herr Marx, Herr Michalak, Frau Niknamtavin, Frau Oedingen, Herr Paetzold, Herr Philippi, Frau Recktenwald, Frau Röhrig, Herr Rudolph, Frau Ruffen, Herr Schallehn, Frau Schlömer, Frau Scho-Antwerpes, Herr Schwanitz, Frau Sommer, Herr Spehl, Herr Sterck, Herr van Benthem, Herr Welter, Frau Yazicioglu, Herr Zimmermann

VII. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Sachstand "Masterplan Quartiersgaragen""
AN/0985/2021

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Offene Fragen zum Lebenslagenbericht"
AN/0998/2021

4.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Angriffe auf Kölner Ordnungskräfte nehmen zu – welche Gegenmaßnahmen hat die Stadt im Sinn?"
AN/0997/2021

10.24 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim"; Programm "Starke Veedel - Starkes Köln"
2994/2020

10.25 Förderprogramm "Dritte Orte" (verwiesen aus dem Finanzausschuss vom 03.05.2021)
0022/2021

10.26 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen
1602/2021

10.27 Erstattung von Elternbeiträgen für die Monate Mai und Juni 2021 wegen des eingeschränkten Regelbetriebs aufgrund von Covid-19 an den Offenen Ganztagsschulen und in weiteren schulischen Ganztagsangeboten
1623/2021

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Wahl eines neuen Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt / Köln gGmbH"
AN/0970/2021

17.7 Antrag der SPD-Faktion betreffend "Entsendung in Unterausschüsse und den AR KGAB"
AN/0984/2021

17.8 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt Fraktion für

den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit"
AN/0999/2021

17.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Umbesetzung in den Ausschüssen - Hauptausschuss"
AN/1000/2021

17.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Umbesetzung in den Ausschüssen - Rechnungsprüfungsausschuss"
AN/1001/2021

*17.11 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Ausschuss Schule und Weiterbildung"*
AN/1003/2021

17.12 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Stadt Köln
1593/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

26.1 Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 BauGB für die Grundstücke Kurt-Schumacher-Str. in Köln-Eil
1267/2021

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

*6.1.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)*
0329/2021

10.1 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag
0068/2021

10.13 Kölner Lebenslagenbericht
0615/2020

V. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag vor.

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU , Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "KHD-Gelände"
AN/1020/2021

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.11 behandelt.

VI. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Redezeit in der Sitzung auf 3 Minuten zu reduzieren. Der Rat ist hiermit einverstanden.

Das Gremium will, soweit wie möglich, auf Redebeiträge verzichten und diese stattdessen zu Protokoll geben.

VIII. RM Cremer beantragt,

die Tagesordnungspunkte

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Nutzung Applikation RADar durch Stadt Köln im Zeitraum von Stadtradeln im Jahr 2021"
AN/0938/2021

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Karl Küpper Preis 2021 – Resolution des Kölner Stadtrates"
AN/0932/2021

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verbleib von 86 „entwichenen“ minderjährigen Flüchtlingen in Köln im Jahre 2020"
AN/0937/2021

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Abschaffung von Gendersprache"
AN/0936/2021

in die nächste Sitzung zu vertagen.

IX. RM Weisenstein meldet Beratungsbedarf zu den Tagesordnungspunkten

10.4 Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt; hier: Bauvorhaben Hohenzollernring 62
1152/2020

und

10.20 Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR, Stadtwerke Köln GmbH; Gründung und Beteiligung an der "KLAR GmbH" (Klärschlammverwertung am Rhein GmbH)
1178/2021

an.

RM Hammer spricht sich für den Verbleib der beiden Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Vertagung wegen Beratungsbedarfs abstimmen.

Abstimmungsergebnis zu TOP 10.4:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD, der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zu TOP 10.20:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., AfD und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 10.4 und 10.20 verbleiben auf der Tagesordnung.

X. RM Kircher meldet zum Tagesordnung

6.1.2 Stellplatzsatzung für Köln
3217/2019

Beratungsbedarf an. RM Hammer spricht sich für den Verbleib auf der Tagesordnung aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Anmeldung des Beratungsbedarfs abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 6.1.2 verbleibt auf der Tagesordnung.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Anmerkung
Frau Oberbürgermeisterin Reker hält die Anwesenheiten für das Protokoll fest:

Bündnis 90/Die Grünen Mitglieder	*13*
SPD-Fraktion Mitglieder	*10*
CDU-Fraktion Mitglieder	*10*
Fraktion Die Linke. Mitglieder	*3*
FDP-Fraktion Mitglieder	*3*
Fraktion Volt Mitglieder	*2*
AfD-Fraktion Mitglieder	*2*
Gruppe Die PARTEI Mitglied	*1*

Gruppe KLIMA FREUNDE *Mitglieder*	*2*
Gruppe GUT *Mitglied*	*1*
Freie Wähler Köln *Mitglied*	*1*

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch Frau Annika Escher zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin des Rates vorschlagen. - Frau Escher, wenn Sie einmal aufstehen, dass alle Sie sehen können.

(Beifall)

Ich frage, wer gegen die Bestellung zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin spricht? - Das ist niemand. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank, Frau Escher, und alles Gute.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat

0795/2021

Beschluss:

Der Rat bestellt für seine Wahlperiode 2020 bis 2025 Frau Annika Escher zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, dann treten wir jetzt in die Tagesordnung ein. Da wir keine Aktuelle Stunde haben, rufe ich zunächst auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Rheinisches Bildarchiv durch den Fotografen Manfred Wegener hier: Schenkung Fotoarchiv Wegeners während seiner Tätigkeit als Fotograf bei der Stadtrevue - circa 50 Ordner mit circa 180.000 Aufnahmen (4,5 Regalmeter) und circa 350.000 Digitalaufnahmen (6 Terabyte)

3556/2020

Wer dem zuzustimmen beabsichtigt, den bitte ich um das Handzeichen. - DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, Herr Wortmann, die Ratsgruppen KLIMA FREUNDE, GUT und Die PARTEI sowie die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist diese Schenkung einstimmig angenommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Herrn Manfred Wegener.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des Fotoarchivs Wegener mit ca. 180.000 analogen Aufnahmen und rund 350.000 Digitalaufnahmen durch den Stadtrevue-Fotografen Manfred Wegener dankend an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen dann zu den Anträgen des Rates.

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich rufe als Erstes auf:

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen GUT und KLIMA FREUNDE und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Umbenennung des Ausschusses für Soziales und Senioren“

AN/0941/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

3.1.2 entfällt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren wird umbenannt in:

„Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Nutzung Applikation RADar durch Stadt Köln im Zeitraum von Stadtradeln im Jahr 2021"
AN/0938/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. und Volt betreffend „Planungssicherheit für die Händlerinnen und Händler am Großmarkt schaffen und das Frischezentrum in Marsdorf zügig entwickeln“

AN/0929/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1005/2021

Ich gebe Frau Karadag das Wort.

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Gäste! Köln war schon immer Stadt des Handels, und das soll sie auch bleiben. Für uns Grüne ist die Existenz eines modernen Großmarktes in Köln mit einer Angebotsvielfalt für Einzelhandel, für Wochenmärkte und für die Gastronomie von elementarer Bedeutung schon immer gewesen. Die Versorgung mit frischen und möglichst umwelt- und ressourcenschonend erzeugten Lebensmitteln ist für uns nicht nur für das gute Leben der Bürgerinnen und Bürger wichtig, sondern auch ein entscheidender Standortfaktor im Wirtschaftssektor.

Der heute vorliegende Antrag soll Planungssicherheit für den Handel bringen und den Aufbau eines Frischezentrums in Marsdorf vorantreiben. Hierbei möchten wir nicht nur einen regionalen Erzeugermarkt schaffen, sondern gerade den Vertrieb von biologisch erzeugten Produkten ausweiten. Qualität geht für uns vor Quantität.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rat der Stadt Köln hat bereits 2007 beschlossen, dass der jetzige Großmarkt in Raderberg aufgegeben und ein Umzug nach Marsdorf auf den Weg gebracht werden soll. 2007! Warum dauert in Köln alles so lange, kann man sich berechtigterweise die Frage stellen.

Aus diesem Grund haben wir in unserem Antrag, der hier von einem breiten Bündnis getragen wird, auch eine Zeitachse eingepflegt. Wir als Wirtschaftsausschuss haben uns vorgenommen, diese Zeitachse eng zu begleiten, und wünschen uns natürlich auch von der Verwaltung, dass diese Zeitachse eingehalten wird.

Wie das Frischezentrum dann letzten Endes aussieht, Art und Umfang - das wird sich noch ergeben. Aber für uns Grüne steht fest: Zwischen FC und Frischezentrum steht kein *oder*.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe mir gerade schon etwas von der Verwaltung gewünscht, und ich wünsche mir jetzt auch noch etwas von der FDP. Ich wünsche mir nämlich von der FDP, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Blockadehaltung aufgeben, den Standort Marsdorf endlich mittragen und dass Sie das erfüllen, was Ihre Wählerinnen und Wähler sich von Ihnen versprechen, nämlich sich an die Seite des Unternehmertums zu stellen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Lisa Steinmann [SPD])

Dieser Antrag wird von einer breiten Mehrheit getragen, leider nicht von der FDP. An die Kollegen zu meiner Linken: Vielleicht gehen Sie noch einmal in sich.

Der Antrag ist nicht nur allen Handelnden hier zu verdanken, sondern auch Dirk Michel als Ausschussvorsitzender, der sich sehr engagiert hat, hier zu einem effizienten Konsens zu führen. - Danke, Dirk.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen CDU, von Lisa Steinmann [SPD] und Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Damit hast du dann auch das Wort.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Karadag, mit Verlaub, das Wort erteile ich, und das bekommt jetzt Frau Steinmann.

Lisa Steinmann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen das breite Bündnis in diesem Rat zur Schaffung von Planungssicherheit am jetzigen Standort für die Händler und deren Mitarbeiter. Das ist vor allem in diesen krisenhaften Zeiten außerordentlich wichtig.

Die Instandsetzungsmaßnahmen sind dringlich und unverzichtbar, und die finanziellen und personellen Ressourcen müssen deshalb jetzt bereitgestellt werden.

Zugleich ist das von Frau Karadag eben schon angesprochene Bekenntnis der antragstellenden Fraktionen zum Standort Marsdorf für das neue Frischezentrum ein wichtiges und klares Signal. Es soll Klarheit bedeuten für die Händler und ihre Kunden, es soll auch Planungssicherheit für die Parkstadt Süd bedeuten.

Mit dem heutigen Bekenntnis zu Marsdorf müssen sich alle Standortdebatten aber dann bitte auch ein für alle Mal erledigt haben.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ich betone das, weil ich mich schon 2007 in der Bezirksvertretung Lindenthal für diesen Standort eingesetzt habe. Das heißt für mich persönlich und für uns als Fraktion: Dann muss aber jetzt die Realisierung des Frischezentrums in Marsdorf Fahrt aufnehmen und zügig angegangen werden. Wir erwarten deshalb von der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung, dass sie alle Anstrengungen unternehmen werden, damit die Voraussetzungen für den Umzug der Händler spätestens 2025 verbindlich geschaffen werden. Der 31.12.2025 ist als klares Enddatum zu verstehen, nicht etwa als lockere Empfehlung.

Wir unterstützen zudem ausdrücklich, dass unter Beteiligung der Markthändler nun ein Gremium etabliert werden wird, das in engem Turnus den Umzugsprozess begleiten wird. Auch das ist ein Zeichen des Respekts an die Akteure, und wir sind sicher, dass die Beratungen des Gremiums sich positiv und auch pragmatisch auf die Realisierung des Frischezentrums auswirken werden.

Ich danke auch stellvertretend für meine Fraktion allen Beteiligten, die an dem Prozess mitgewirkt haben und zu diesem Antrag heute geführt haben. Ob Sie als Antragsteller unterstützen oder auch nicht - ich hoffe, dass in diesem Konsens auch die weitere Arbeit das Frischezentrum in Marsdorf auf eine gute Bahn bringen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Wir stellen heute die Weichen für ein Frischezentrum der Zukunft in unserer Region. Unser Antrag ist sowohl ein Bekenntnis an den jetzigen Standort als auch zur Verlagerung nach Marsdorf.

Am neuen Standort schaffen wir eine Handelsplattform für regionale und auch internationale Lebensmittel und einen Frischemarkt. Es geht um die Versorgung mit frischesten Produkten aus Landwirtschaft und Gartenbau für unsere Stadt und das Umland.

Neben der Perspektive gilt es, am jetzigen Handelsplatz Unsicherheiten und Investitionsstau abzubauen. Laufzeitverlängerung bis Ende 2025, eine neue Verkehrsführung und Maßnahmen zur Sauberkeit sollen für Planungssicherheit sorgen. Wir dürfen die Existenz von Unternehmen und Arbeitsplätzen auch für die nachgelagerten Wirtschaftskreisläufe nicht gefährden.

Die Marktakteure werden bereits von der Verwaltung aktiv an der Zukunftsgestaltung beteiligt. Sie sind der Fundus für das neue Frischezentrum. Ein Gremium aus IHK, Verwaltung, Händlern und Politik soll für einen Interessenausgleich sorgen. Die Unternehmen werden informiert, beraten und in einem nahtlosen Übergang in den neuen Standort begleitet.

Wochenmärkte und Frischemarkt sind miteinander verbunden. Die Nachfrage nach frischen Produkten und die Bedeutung vom Einkaufserlebnis Markt nimmt stetig zu. Zusätzlich sind unsere

Märkte ein wichtiger Baustein in den Einzelhandelszentren und -konzepten von Städten. Wir brauchen dafür eine leistungsfähige Marktverwaltung. Die offenen Stellen müssten wiederbesetzt und zusätzliches Personal eingesetzt werden, um ein besseres Niveau zu erreichen. Schon bald werden wir über die Bauleitverfahren und das Frischemarktkonzept entscheiden. Noch sind wir im Zeitplan. Doch die Abstimmungen zum Verkehrsprojekt, der dritten Ausbaustufe Nord-Süd-Stadtbahn und der Quartiersentwicklung der Parkstadt Süd enthalten auch Risiken.

Ich freue mich auf die nächsten Schritte und bedanke mich bei den anderen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Heute legen wir einen Grundstein für das Frischezentrum in Marsdorf und geben ein klares Bekenntnis für die Zukunft des Kölner Großmarktes ab. Ja, wir setzen eine jahrhundertelange Tradition fort.

Danke an meine Ratskolleginnen und -kollegen für die konstruktive Diskussion zu diesem Antrag, danke an die IG Kölner Großmarkt für ihre Geduld und danke an die IHK für ihre moderierende, konstruktive Rolle.

Lassen Sie mich drei Gedanken in meiner dreiminütigen Redezeit zu diesem großen Thema ausführen.

Erstens. Wir haben in unserem Antrag auf Vorschlag von Herrn Michel ein Begleitgremium geschaffen, das jetzt schnell eine Vertragsverlängerung mit allen Großmarkthändlern herbeiführen muss. Das hört sich einfach an, ist es aber überhaupt nicht, weil wir viele unterschiedliche Verträge, unterschiedliche Laufzeiten und die prekäre Lage haben, dass es inzwischen Prozesse zwischen der Stadt und einigen Großmarkthändlern gibt. Wir müssen den Großmarkthändlern eine Perspektive eröffnen. Da muss die Verwaltung uns unterstützen. Wir müssen Vertrauen schaffen, das im Moment nicht vorhanden ist. Da müssen wir die Liegenschaftsverwaltung bitten, flexibel zu agieren. Ich befürchte, Frau Oberbürgermeisterin, wir werden da Ihre Hilfe noch benötigen.

Zweitens. Wir sind uns parteiübergreifend einig, dass wir die Marktverwaltung auch personell stärken müssen. Das muss schnell passieren. Wir können es uns nicht leisten, wenn in einem halben Jahr zwei Mitarbeiterinnen neu dazukommen. Wir brauchen einen schnellen Personalwechsel und eine schnelle Erweiterung.

Drittens. Der Großmarkt muss über die Sommermonate saniert werden. Die Arbeitsbedingungen auf dem Großmarkt sind haarsträubend und menschenunwürdig.

Zum Schluss: Liebe Grüne und liebe CDU, mit diesem Antrag haben Sie Ihre taktischen Spielchen zum Großmarkt eingestellt. Ich hoffe, es bleibt dabei.

Für gesunde Ernährung mit regionalen Produkten brauchen wir den Großmarkt. Für ökologische, fair gehandelte Früchte aus der ganzen Welt brauchen wir einen attraktiven Umschlagplatz, und zwar auch für unsere bunten Wochenmärkte in den Veedeln. Diese Wochenmärkte sind nicht wegzudenken. Auch deswegen brauchen wir den Großmarkt. - Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und von Ulrich Breite [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Dirk Michel, von dieser Stelle aus möchte ich dir im Namen meiner Fraktion ganz herzlich danken, dass du in deiner Eigenschaft als Ausschussvorsitzender die Fahne in die Hand genommen und dieses Thema nach vorn getrieben hast.

Ich möchte auch den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen sehr danken, die in den letzten Wochen sehr konstruktiv, zum Teil Samstagsvormittag um 10 Uhr sich Gedanken gemacht haben, wie wir das eigentlich akute Ziel erreichen können, nämlich den von der Existenz bedrohten Händler*innen am Großmarkt jetzt auf Sicht Planungssicherheit zu geben.

An diesem Prozess haben wir mitgewirkt, und aus diesem Grund, liebe Frau Kollegin Karadag, kann ich Ihnen an dieser Stelle schon einmal zurufen: Sechs Siebtel Ihres Wunsches, nämlich dass wir mitmachen, erfülle ich Ihnen hiermit. Ich beantrage hiermit die getrennte Abstimmung als Ziffernblock 1 bis 6 und dann die Ziffer 7 getrennt. Ihr könnt euch vorstellen, wie wir anschließend abstimmen. 1 bis 6 machen wir natürlich mit; denn der Kollege Detjen hat vollkommen recht: Wir müssen jetzt akut ein Zeichen setzen für die Händler*innen vor Ort. Es sind untragbare Zustände. Jemand hat einmal gesagt: Nachts hört und sieht man die Ratten dort durchhuschen. Ich sage das nicht so laut, damit das nicht geschlossen wird. Aber wir alle wissen: Dort herrschen momentan unhaltbare Zustände. Hier müssen wir ganz schnell handeln. Ich glaube, diese Handlungsfähigkeit haben wir an dieser Stelle bewiesen.

Last, but not least - ich habe es gerade schon angedeutet -: Bei der Ziffer 7, Standort Marsdorf, können wir natürlich nicht mitmachen.

Frau Kollegin Karadag, ich freue mich, dass Sie hier vor der Öffentlichkeit Kölns noch einmal unterstrichen haben, dass uns die Schicksale der Händlerinnen und Händler, der Unternehmerinnen und Unternehmer nicht egal sind. Natürlich, dafür stehen wir. Aber etwas anderes ist uns Liberale als auch ganz wichtig; und zwar, dass nach der Wahl gilt, was wir vor der Wahl gesagt haben.

(Beifall bei der FDP)

An dieser Stelle entscheiden wir uns für unsere Wahlversprechen, für Vertrauen, und da bitte ich um Verständnis. Wir stehen zu unserem Wort. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zu dem Antrag der CDU einen Ergänzungspunkt unter Nr. 8 und bitte darum, das aufzunehmen, und bringe den natürlich zur Abstimmung. Und zwar soll der lauten:

> Alle baulichen Maßnahmen die Parkstadt Süd betreffend, die den Ablauf des Großmarktes und die Betriebe der Kaufleute betreffen, können nur in Abstimmung mit der IG Großmarkt geplant und umgesetzt werden.

Ich weise darauf hin, weil eigentlich die Gespräche von der IG Großmarkt massiv jetzt zeitlich auf Sie zugekommen sind, weil erhebliche Behinderungen durch Baumaßnahmen, die auch mit der Vorbereitung der Parkstadt Süd zusammenhängen, ablaufen. Deshalb bitte ich um Aufnahme des Punktes und um Zustimmung. - Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, könnten Sie uns bitte Ihr Skript geben, weil wir das quasi als Ergänzung einflechten müssen?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich habe versucht, es hinüberzuschicken, aber wir sind hier im Internet leider im Moment nicht funktionstüchtig - zumindest, was meinen Laptop von der Stadt Köln betrifft. Ich schicke Ihnen den Text zu; das mache ich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann schlage ich zunächst vor, über den Änderungsantrag der FDP abzustimmen, anschließend über den mündlichen Änderungsantrag von Herrn Wortmann und dann über den Ursprungsantrag, und zwar so, wie von Herrn Görzel beantragt, zunächst über Ziffer 1 bis 6 und dann über Ziffer 7 des Ursprungsantrags, bevor ich zur Gesamtabstimmung komme.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse darüber abstimmen, ob die Änderung von Herrn Wortmann als Ziffer 8 des Ursprungsantrags aufgenommen wird. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist natürlich Herr Wortmann und auch die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist das abgelehnt.

Dann komme ich zur Abstimmung über den Ursprungsantrag, zunächst über Ziffer 1 bis 6. Gibt

es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über Ziffer 7 des Ursprungsantrags abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Ich nehme jetzt eine Gesamtabstimmung vor: Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Vielen Dank. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD und der LINKEN)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Änderung:

Im zweiten Absatz wird der letzte Satz wie folgt geändert und ergänzt:

*Daher werden die planerischen, betrieblichen und baulichen Planungen des Frischezentrums unter enger Einbeziehung der Marktakteurer*innen vorangetrieben.*

Der Rat beschließt folgende Ersetzung:

Punkt 7 wird wie folgt ersetzt:

Es sind alternative Standorte als Marsdorf ebenfalls zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den mündlichen Ergänzungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) (Ergänzung des Antrages um eine Ziffer 8)

Beschluss:

Punkt 8.

Alle baulichen Maßnahmen, die Parkstadt Süd betreffend, die die Abläufe des Großmarktes und der Betriebe der Kaufleute beeinträchtigen, können nur in Abstimmung mit der IG Großmarkt geplant und umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

III. Punktweise Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss zu Ziffer 1 - 6:

1. *In Abänderung seines Beschlusses aus dem Jahr 2018 (3124/2018) wird der Betrieb des Großmarkts am Standort Raderberg bis zum 31.12.2025 verlängert (im Sinne der Satzung für die Wochenmärkte und den Großmarkt Raderberg der Stadt Köln - Kölner Marktsatzung - vom 19. Dezember 1994 in der Fassung der 2. Satzung zur Änderung der Kölner Marktsatzung vom 21. Dezember 2016). Die Verlängerung endet auch mit einem gesonderten Beschluss des Rates der Stadt Köln zur Schließung des Betriebes am jetzigen Standort und dem nahtlosen Übergang in das neue Frischezentrum.*

2. *Es wird ein Gremium aus Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Verwaltung, IHK Köln und der Marktakteure geschaffen. Dieses Gremium erarbeitet einen Interessenausgleich zwischen der Stadt Köln und den auf dem Großmarkt ansässigen Unternehmen. Es etabliert einen vorzugsweise quartalsweisen Austausch.*

3. *Den ansässigen Unternehmen wird über individuelle Laufzeitverlängerungen in Raderberg ein nahtloser Übergang in das neue Frischezentrum ermöglicht. Für diese Verlängerungen soll durch das vorgenannte Gremium ein Kriterienkatalog erarbeitet werden. Zudem soll die Verwaltung darlegen, inwieweit es durch die Betriebsverlängerung des jetzigen Großmarkts in Raderberg Konsequenzen für die Umsetzung der beschlossenen Planung zur Parkstadt Süd gibt. Dem Wirtschaftsausschuss wird über den Stand der Vertragsverlängerungen berichtet.*

4. *Der Bedarf für die Instandsetzungsmaßnahmen, die zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes des derzeitigen Großmarkts erforderlich sind, wird festgestellt und die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Maßnahmen mit den erforderlichen Kosten beauftragt. Dies schließt u.a. auch die Wiederherstellung der Geländebegrenzung für eine sinnvolle Parkraumüberwachung und Zufahrtskontrolle mit ein, eine Erhöhung der Sauberkeit, Ausbesserung von Gebäude- und Wegeschäden, eine Verbesserung der Sanitäranlagen sowie die Belüftung und Heizung der Großmarkthalle.*

5. *Die personelle Ausstattung der Marktverwaltung wird dem gestiegenen Arbeitsaufkommen entsprechend angepasst und erhöht. Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Sommerpause 2021einen Nachtragsbeschluss über die in dieser Vorlage noch nicht bezifferbaren Kosten vorzulegen.*

6. *Vor der geplanten Sperrung der jetzigen Hauptzufahrt an der Bonner Straße / Ecke Marktstraße entwickelt die Verwaltung ein Verkehrskonzept für das Gelände des Großmarktes in Raderberg, das einen uneingeschränkten Betrieb sicherstellt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Beschluss zu Ziffer 7:

7. *Der Rat steht zu seinem Beschluss von 2007, den Großmarkt mit einem neuen Frischemarkt bis 2025 in Marsdorf zu verwirklichen. Die Verwaltung legt den Gremien des Rates in 2021 ein Raumkonzept für das neue Frischezentrum in Marsdorf vor sowie Optionen für die unterschiedlichen Größenmodelle. Ein dazu gehöriges Betreiberkonzept soll in dem in Punkt 2 geschaffenen Begleitgremium entwickelt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Abstimmung über den gesamten Ursprungsantrag

Beschluss:

1. *In Abänderung seines Beschlusses aus dem Jahr 2018 (3124/2018) wird der Betrieb des Großmarkts am Standort Raderberg bis zum 31.12.2025 verlängert (im Sinne der Satzung für die Wochenmärkte und den Großmarkt Raderberg der Stadt Köln - Kölner Marktsatzung - vom 19. Dezember 1994 in der Fassung der 2. Satzung zur Änderung der Kölner Marktsatzung vom 21. Dezember 2016). Die Verlängerung endet auch mit einem gesonderten Beschluss des Rates der Stadt Köln zur Schließung des Betriebes am jetzigen Standort und dem nahtlosen Übergang in das neue Frischezentrum.*

2. *Es wird ein Gremium aus Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Verwaltung, IHK Köln und der Marktakteure geschaffen. Dieses Gremium erarbeitet einen Interessenausgleich zwischen der Stadt Köln und den auf dem Großmarkt ansässigen Unternehmen. Es etabliert einen vorzugsweise quartalsweisen Austausch.*

3. *Den ansässigen Unternehmen wird über individuelle Laufzeitverlängerungen in Raderberg ein nahtloser Übergang in das neue Frischezentrum ermöglicht. Für diese Verlängerungen soll durch das vorgenannte Gremium ein Kriterienkatalog erarbeitet werden. Zudem soll die Verwaltung darlegen, inwieweit es durch die Betriebsverlängerung des jetzigen Großmarkts in Raderberg Konsequenzen für die Umsetzung der beschlossenen Planung zur Parkstadt Süd gibt. Dem Wirtschaftsausschuss wird über den Stand der Vertragsverlängerungen berichtet.*

4. *Der Bedarf für die Instandsetzungsmaßnahmen, die zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes des derzeitigen Großmarkts erforderlich sind, wird festgestellt und die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Maßnahmen mit den erforderlichen Kosten beauftragt. Dies schließt u.a. auch die Wiederherstellung der Geländebegrenzung für eine sinnvolle Parkraumüberwachung und Zufahrtskontrolle mit ein, eine Erhöhung der Sauberkeit, Ausbesserung von Gebäude- und Wegeschäden, eine Verbesserung der Sanitäranlagen sowie die Belüftung und Heizung der Großmarkthalle.*

5. *Die personelle Ausstattung der Marktverwaltung wird dem gestiegenen Arbeitsaufkommen*

entsprechend angepasst und erhöht. Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Sommerpause 2021einen Nachtragsbeschluss über die in dieser Vorlage noch nicht bezifferbaren Kosten vorzulegen.

6. *Vor der geplanten Sperrung der jetzigen Hauptzufahrt an der Bonner Straße / Ecke Marktstraße entwickelt die Verwaltung ein Verkehrskonzept für das Gelände des Großmarktes in Raderberg, das einen uneingeschränkten Betrieb sicherstellt.*

7. *Der Rat steht zu seinem Beschluss von 2007, den Großmarkt mit einem neuen Frischemarkt bis 2025 in Marsdorf zu verwirklichen. Die Verwaltung legt den Gremien des Rates in 2021 ein Raumkonzept für das neue Frischezentrum in Marsdorf vor sowie Optionen für die unterschiedlichen Größenmodelle. Ein dazu gehöriges Betreiberkonzept soll in dem in Punkt 2 geschaffenen Begleitgremium entwickelt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Karl Küpper Preis 2021 – Resolution des Kölner Stadtrates"
AN/0932/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat VII - Kunst und Kultur“

AN/0745/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1017/2021

Ich gebe Herrn Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir haben eine Vorlage eingebracht, um das Kulturdezernat hier entsprechend auch zeitnah zu besetzen, den Prozess aufzugreifen, der mit dem Ausscheiden von Frau Laugwitz-Aulbach jetzt ansteht.

Wie in den anderen Fällen, die wir in der letzten Ratssitzung beantragt haben, wollen wir, dass der Prozess wieder von Ihnen geführt wird und auch die Details der Ausschreibung - ich sage einmal so - durch das Büro der Oberbürgermeisterin vorbereitet werden. Deshalb ist der vorliegende Ergänzungsantrag der LINKEN an der Stelle überflüssig. Wir gehen davon aus, dass alle wesentlichen Themen - ich glaube, Frau Oberbürgermeisterin ist da auch Garant -, egal, ob es Diversität ist oder andere Dinge, in der Ausschreibung auch berücksichtigt werden. Deshalb würden wir den Änderungsantrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Laugwitz-Aulbach! Nachdem die Presse immer wieder vermeldet hat und es auch Bestrebungen gab, die Dezernentin vorzeitig abzulösen, haben Sie und wir es nun Schwarz auf Weiß: Das Mehrheitsbündnis des Rates beantragt die Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für Kunst und Kultur und damit das Auslaufen Ihres Vertrages, Frau Laugwitz-Aulbach.

Als Sie im September 2013 Ihre Stelle in Köln antraten, gingen wir alle noch davon aus, dass Sie zwei Jahre später die Wiedereröffnung von Oper und Schauspielhaus mit uns begehen könnten. Was ist nicht alles in den zurückliegenden Jahren passiert und über Sie und uns hereingebrochen? - Darum möchte ich diese Ratssitzung bereits nutzen, um Ihnen im Namen der LINKEN und im Namen des Arbeitskreises Kunst und Kultur einmal zu danken. Sie waren uns stets eine gute Ansprechpartnerin und gern gesehener Gast unserer Fraktion.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Doch nun geht es um die Neubesetzung, und bei einer Neubesetzung muss der Rat wissen, was er denn jetzt braucht und möchte. Da reicht es nicht, im vorliegenden Antrag eine technische Verwaltungsvorlage zu schreiben, sondern da muss man an der Personalfindung auch inhaltliche und charakterliche Punkte mit auf den Weg geben. Deshalb haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Da geht es um Demokratisierung, da geht es darum, die Machtverhältnisse aufzubrechen, da geht es darum, spartenübergreifend zu schauen: Wer ist dafür geeignet?

Ich möchte drei Punkte aufwerfen. Wir haben in die Stadtgesellschaft hineingehört: Was ist wichtig, wenn man das ausschreibt, was ist wichtig für die nächsten Jahre im Bereich Kunst und Kultur? - Da geht es darum: Eine Person mit Migrationserfahrung könnte dazu beitragen, die Kluft zwischen Bevölkerungsgruppen zu verringern. Das würde auch der aktuellen diversen kulturellen Produktion Rechnung tragen; und das wird verstärkt gefordert. Das sollten wir uns wirklich auf die Fahnen schreiben, entsprechend auch in dieser Ausschreibung. Deswegen, glaube ich, Herr Petelkau, reicht es nicht, wenn man sagt: technische Vorlage, und wir als Rat geben nichts mit auf den Weg dorthin. So geht das, glaube ich, nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich glaube, wir als Politikerinnen und Politiker sind gefragt, auch da die Weichen zu stellen.

Es sollte jemand sein, der eine spartenübergreifende Expertise hat, auch die Kultur selbst, die Grenzen zwischen den Sparten bildende Kunst, Theater, Performance, Musik immer mehr auflöst bzw. infrage stellt.

Es sollte jemand sein, der entschieden neugierig ist auf die kulturellen Akteur*innen und kritischen Initiativen in Köln und der bereit ist, die vorhandene Expertise durch Kontaktpflege und Gespräche aufzugreifen und zu nutzen. Das sollten wir mitnehmen.

Es ist wichtig, dass wir diese Sachen aus der Stadtgesellschaft ins Dezernat hineintragen und auch entsprechend in die Vorlage hineinschreiben, was wir als Politikerinnen und Politiker möchten. Daher unsere Ergänzung, der Sie sicher zustimmen werden; denn vor uns liegt die Zukunft, und die wird maßgeblich durch uns mitgestaltet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabrysch, bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich möchte nur kurz sagen: Wir danken den LINKEN für diesen Antrag und stimmen dem Gesagten voll zu. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich war noch nicht in der Abstimmung, aber Sie dürfen das natürlich gleich machen. Das ist klar.

Ich möchte mich nur für den Hinweis bedanken. Die Machtverhältnisse innerhalb der Kulturinstitutionen sind mir natürlich bekannt, und eine Reflexion wird selbstverständlich vorgenommen. Sie können davon ausgehen, dass alle Hinweise in dieses Verfahren einfließen. Das ist für mich selbstverständlich.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann können Sie ja unserem Antrag zustimmen!)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD und die Ratsgruppen Die PARTEI, GUT und Frau Gabrysch von den KLIMA FREUNDEN. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Als erstes Kapitel wird vor dem bisher vorliegenden Beschlusstext, das folgende eingefügt:

> *"Wichtige Kriterien bei der Auswahl einer neuen Dezernatsleitung sind Kompetenzen im Bereich der Demokratisierung des Kulturbetriebs und der Reflektion von Machtverhältnissen in Kulturinstitutionen.*

Die spartenübergreifende Gestaltung des Dezernates soll Berücksichtigung finden. Die freie Szene hat einen besonderen Fokus im Dezernat."

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke., der Gruppe Die PARTEI, von RM Gabrysch (Gruppe KLIMA FREUNDE) und der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, gemäß § 71 Gemeindeordnung NRW ein Besetzungsverfahren für die Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat VII mit dem Geschäftsbereich Kunst und Kultur entsprechend des Zuschnitts und des Anforderungsprofils einzuleiten.

Die Verwaltung soll dazu unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen ein geeignetes Personalberatungsunternehmen auswählen und mit der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, der Führung von Auswahlgesprächen sowie einer Darstellung der Ergebnisse zu beauftragen.

Sofern dem Personalberatungsunternehmen neben der Direktansprache von Bewerberinnen bzw. Bewerbern weitere geeignete Sondierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können und sollen diese auch genutzt werden. Sobald die Auswahl des Personalberatungsunternehmens seitens der Verwaltung getroffen worden ist, werden die Fraktionen unverzüglich über das Ergebnis schriftlich unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Unterstützung von benachteiligten Stadtteilen in der Corona-Pandemie“

AN/0900/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1023/2021

Ich gebe Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Ich habe mich gefreut, als ich die Bilder vom Impfen auf dem Liverpooler Platz im Fernsehen gesehen habe. Respekt und Wertschätzung für Menschen in benachteiligten Stadtteilen. Endlich! Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben mutig gehandelt. Ich danke Ihnen.

Warum konnte Köln dieses Modellprojekt entwickeln? - Viele Akteure, auch früh DIE LINKE, haben sich in den letzten Wochen den Kopf zerbrochen: Was kann man für die benachteiligten Stadtteile tun? - Dabei darf man nicht vergessen: Mit der Schaffung von 15 Sozialräumen haben wir in Köln bundesweit Kompetenz. Diese Erfahrung wirkt sich jetzt aus.

Wo in Köln die Oberbürgermeisterin, das Gesundheitsamt und die Feuerwehr mutig vorangeschritten sind, hat sich die Landesregierung zaghaft und vornehm zurückgehalten. Ohne Druck aus Köln wäre nichts passiert. Ich glaube, ich kann für viele Leute hier im Saal sprechen, wenn ich sage: Wir fordern mehr Impfstoff im Land für dieses Kölner Projekt!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

In den benachteiligten Stadtteilen herrscht Armut, leben Familien in kleinen Wohnungen, und die Menschen gehen meistens schwerer und schlecht bezahlter Arbeit nach. Die Arztdichte ist unzureichend: In Lindenthal kommen 1 670 Einwohner auf einen Arzt, in Chorweiler sind es 4 368.

Die Pandemie verschärft die Ungleichheit. Neben Armut und Ungleichheit gibt es aber noch ein weiteres Problem: die Teilhabe, sich am gesellschaftlichen Leben auch unter Corona aktiv zu beteiligen, nicht zu resignieren, sondern sich um andere und sich selbst zu kümmern und sich selbst zu schützen.

Teilhabe muss man lernen in der Schule, im Betrieb, im Leben überhaupt. Wer nicht wählen geht,

dem ist die Gesellschaft egal. Seine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist geringer. Es macht mich nachdenklich und besorgt. Schaffen wir es, flächendeckend die Impfquote auch in den benachteiligten Stadtteilen auf 70 Prozent zu bringen?

Wir müssen überlegen, wie wir diese komplexe Lage aufbrechen und die Teilhabe verbessern können. Unser Kölner Modellprojekt steht am Anfang und nicht am Ende. Wenn am Freitag das mobile Impfteam in einen anderen Stadtteil abzieht, muss in Chorweiler weiter für das Impfen geworben werden. Da müssen viele mitmachen, und zwar ganz unterschiedlicher Couleur. Das müssen wir organisieren und unterstützen.

Wir haben mit unserem Antrag einen Aufschlag gemacht. Wir haben Differenzen, zum Beispiel über die Ausgangssperre, zurückstellt, um mit allen demokratischen Parteien diesen Änderungsantrag gemeinsam zu beschließen. Dieser Ratsbeschluss ist für uns LINKE ein Anfang. Weitere Vorschläge werden wir machen, zum Beispiel kostenlose Hotelunterbringung für Menschen in Quarantäne, mehr Impfstoff für Ärzte in den benachteiligten Stadtteilen, weil die Ärztedichte dort viel geringer ist.

Der Rat, die Verwaltung und Sie, Frau Oberbürgermeisterin, sollten dieses Kölner Modell jetzt gemeinsam weiterverfolgen und darum kämpfen, dass es auch wirklich erfolgreich wird.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen und bin an einer weiteren engen Zusammenarbeit sehr interessiert. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte meine Rede mit einem Lob und Dank an die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung für die Impfaktionen in den benachteiligten Stadtteilen von Köln einleiten. Diese Impfkampagne hat nicht nur bundesweit hohe Aufmerksamkeit erzielt. Das ist kein Wunder; denn mit Fortschreiten der Pandemie haben sich bundesweit problematische Inzidenzzahlen in benachteiligten Stadtteilen entwickelt. Von vielen Seiten wird richtigerweise seit geraumer Zeit darauf gedrungen, dass hier aufgrund hoher Bevölkerungsdichte und beengter Wohnverhältnisse besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen das eigentliche Ziel der 70-Prozent-Impfquote der Bevölkerung und damit den Schutz der Menschen nicht aus den Augen verlieren. Das möchte ich auch der Landesregierung dringend empfehlen; denn es ist im äußersten Maße fahrlässig, das vorbildliche Kölner Modell zum Rohrkrepierer werden zu lassen, indem nicht ausreichend Impfdosen geliefert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Es geht um Menschenleben, und jeder Tag zählt.

Zu unserem fraktionsübergreifenden Antrag möchte ich Folgendes vorausschicken: Wir wollen die Verwaltung unterstützen. Wir haben bewährte soziale und soziokulturelle Strukturen in den Stadtteilen. Nutzen wir sie als Multiplikatoren und Helfer, um niedrigschwellige, mehrsprachige Aufklärungsarbeit zur Erhöhung der Teilnahme an den Impfaktionen zu bewirken. Inzwischen kann sich jeder kostenlos testen lassen. Sorgen wir für mehr Teststellen in benachteiligten Stadtteilen.

Eines der größten Probleme ist nach wie vor die Frage der Chancengleichheit im Bildungsbereich, insbesondere für leistungsbeziehende Familien und deren Kinder. Dazu hatte der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bereits umfangreiche Maßnahmen beschlossen. Deshalb wollen wir den Fokus auf zwei Aspekte lenken. Es braucht offenbar weiterhin mehr Informationen sowie Informationswege und vor allem mehr Unterstützung, um die Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe für jedes Kind und jeden Jugendlichen am digitalen Unterricht zu schaffen. Kein Kind und keine Familie dürfen zurückgelassen werden. Auch die digitale Infrastruktur muss stabil und zuverlässig sein - egal, ob in Schulen oder Haushalten.

Als letzten Punkt möchte ich Lücken bei der Inanspruchnahme von kostenlosen Mittagessen, Nahrungsmittelpaketen oder Gutscheinen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes ansprechen. Es scheitert in Einzelfällen daran, dass Anmeldungen bei Caterern und Lieferdiensten fehlen. Kein Kind sollte Hunger leiden, weil es an Informationen mangelt.

Ich komme zum Schluss. Die Pandemie trifft uns zwar alle, aber eben nicht alle gleichermaßen, und daher mein Appell an die Verwaltung: Denken Sie bitte schon jetzt über das Kölner Impfmodell hinaus und planen Sie ämterübergreifende Maßnahmen, um benachteiligte Stadtteile zu stabilisieren und zu unterstützen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte es nicht versäumen, an den Anfang meines kurzen Beitrages zu stellen, dass die Verwaltung aus unserer Sicht in diesem Fall des Impfens in den benachteiligten Stadtteilen sehr schnell, sehr zügig und sehr pragmatisch die Impulse aus der Politik aufgenommen hat, aber auch im Krisenstab die richtigen Konzepte zur richtigen Zeit entwickelt hat. Das hat auch die bundesweite Berichterstattung gezeigt. Dafür auch an dieser Stelle im Namen der SPD-Fraktion ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Umso ärgerlicher, umso empörender ist es, wenn wir jetzt sehen müssen, dass die Landesregierung - Armin Laschet war am letzten Wochenende eindeutig zu vernehmen, dass er das voll unterstützt und für einen richtigen Weg hält; auch andere Vertreter der Landesregierung haben das immer wieder kundgetan - der Stadt Köln mit ihren 1 Million Einwohnern und wahrscheinlich etwa 200 000 - etwas mehr mögen es auch sein - Bewohnerinnen mit Bewohnern in benachteiligten Stadtteilen ganze 1 000 Impfdosen zur Verfügung stellt und jetzt nichts nachliefert, was uns in die Lage versetzt, auch die Menschen neben Chorweiler in Meschenich, Mülheim, Kalk oder Finkenberg zu versorgen. Das wäre ein Skandal. Deswegen kann ich auch hier nur noch einmal an die regierungstragenden Fraktionen im Rat appellieren: Reden Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung! Hier muss es weitergehen - genauso wie in anderen Städten. Setzen Sie sich dafür ein, damit wir diesen erfolgreichen Weg weitergehen können!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn richtig ist - das wurde heute auch schon von Kollegen Detjen und anderen gesagt -: Wer arm ist, hat ohnehin mehr gesundheitliche Probleme, hat weniger Chancen und Möglichkeiten, sich präventiv zu verhalten. Wer in Hochhäusern oder in engen Wohnverhältnissen wohnt, ist nicht in der Lage, in gleichem Maße wie Bewohner von Einfamilienhäusern oder von großzügigen Wohnungen in anderen Stadtteilen auf Distanz zu gehen. Umso wichtiger ist, dass wir uns um diese Menschen sehr gezielt kümmern. Dazu ist dieser Antrag hier ein gutes Instrument.

Ich danke auch der LINKEN für die Initiative und finde es sehr gut und sehr zielgerichtet, dass wir gemeinsam jetzt diesen Weg weiter beschreiben, den die Verwaltung dann im Weiteren umsetzen muss, damit wir die Menschen in diesen Stadtteilen, vor allem aber auch endlich die Kinder und Jugendlichen, in den Blick nehmen, die nämlich die großen Verlierer der Pandemie zu werden drohen. Deswegen ist es, glaube ich, jetzt höchste Zeit, vieles von dem, was wir hier noch einmal gemeinsam aufgeschrieben haben, umzusetzen. Deswegen meine Bitte auch noch einmal an die Verwaltung, das sehr akribisch und sehr ernst zu nehmen, damit wir Kinder und Jugendliche nicht verlieren. Wir müssen den Kampf gegen das Virus und die Pandemie gewinnen, aber wir müssen auch die Menschen mitnehmen. Nur, wenn wir alle mitnehmen, wenn wir alle sozusagen im System halten, haben wir die Chance, am Ende des Tages auch gut aus dieser Krise herauszukommen.

In diesem Sinne noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Akteure und noch einmal die Bitte in Richtung Landesregierung: Machen Sie die Türen auf für ein Fortsetzen dieses Impfbusses und dieser Impfkampagne! Nur so haben wir eine Chance hier in Köln und darüber hinaus. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort. - Bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Unser gemeinsamer Antrag befasst sich mit einem Thema, das uns sehr wichtig ist: Wie können wir die Menschen

in den benachteiligten Stadtteilen in der Corona-Pandemie wirksam unterstützen? - In der Kürze der Redezeit lässt sich das Thema leider nicht umfassend behandeln. Daher möchte ich nur die wichtigsten Aspekte ansprechen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass unsere Oberbürgermeisterin und der Krisenstab die Initiative ergriffen haben, in den Sozialräumen vor Ort ein zusätzliches Impfangebot zu schaffen. Vielen Dank dafür.

Dieses Modell hat bundesweit - das wurde schon erwähnt - Aufmerksamkeit erregt, und die positive Resonanz der Chorweiler Bevölkerung hat uns bestätigt, dass dieser Weg ein guter ist.

Leider steht einer Ausweitung dieses Angebotes der Mangel an zusätzlichem Impfstoff derzeit noch entgegen. Es ist aber unredlich, auf das Land einzudreschen. Was nicht vorhanden ist, kann man auch nicht verteilen. Zaubern kann auch das Land nicht. Wir sind aber davon überzeugt, dass die insgesamt positive Entwicklung bei der Impfstoffmenge auch hier zu einer Lösung führen wird.

Unser Antrag zielt darauf ab, die Impfstrategie durch flankierende Maßnahmen zu unterstützen. So sollen alle vor Ort wirkenden Akteure - in Streetwork, Sprach- und Kulturmittlung, Sozialraum und Seniorenkoordination und viele mehr - darin einbezogen werden, die Menschen vor Ort anzusprechen. Sie haben den Zugang zu den Menschen im Veedel und können am besten informieren und aufklären.

Ein besonderes Augenmerk möchten wir auf die Kinder und Jugendlichen richten. Hinsichtlich der Notbetreuung und personellen wie räumlichen Ausstattung an Schulen hat der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bereits im März umfangreiche Maßnahmen beschlossen. Wir möchten die Umsetzung politisch begleiten und unterstützen.

In diesem Zusammenhang müssen auch die weitere Ausstattung mit digitalen Endgeräten, die Sicherstellung der notwendigen digitalen Infrastruktur und der Support vorangetrieben und leistungsberechtigte Schulkinder und Eltern von Verwaltung und Job-Center weiterhin wirksam unterstützt werden. Schließlich wollen wir, dass durch Fortsetzung der Informationen über die Möglichkeiten einer Inanspruchnahme von kostenlosem Mittagessen, Nahrungsmittelpaketen bzw. Gutscheinen für Kinder und Jugendliche im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes möglichst viele Eltern, Kinder und Jugendliche erreicht werden, die von diesem Angebot Gebrauch machen möchten.

Wir freuen uns über eine breite Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Meine Damen und Herren! In Zeiten von Corona sind die Momente der Freude nicht immer so häufig, aber ich glaube, heute haben wir wirklich Grund zur Freude mit diesem Antrag. Ich freue mich sehr, dass sich alle demokratischen Fraktionen zusammengefunden haben und die Unterstützung für die Impfungen in den Corona-Hotspots mit diesem Antrag zum Ausdruck bringen. Aber ganz ehrlich, ich habe mich noch viel mehr gefreut, als ich am Montag in den Nachrichten die Bilder aus Chorweiler gesehen habe, die lange Schlange auf dem Liverpooler Platz, wo die Menschen geduldig gestanden und gewartet haben, dass sie eine Impfung bekommen. Das war gut für Chorweiler, und das ist gut für unsere Stadt.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, CDU und der LINKEN)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Ihnen und auch der Öffentlichkeit ist es nicht verborgen geblieben, dass wir manchmal auch Probleme mit Corona-Maßnahmen der Verwaltung haben. Ich nenne nur einmal die Ausgangssperren. Aber im Fall der Corona-Impfungen in sozial benachteiligten Stadtteilen können Sie voll auf die Unterstützung der FDP-Fraktion zählen. Nehmen Sie bitte unseren Dank mit in die Verwaltung. Danken Sie der KV, danken Sie der Feuerwehr, die einen Bombenjob gemacht hat.

An dieser Stelle muss ich eingehend auf das Thema Landesregierung, wo ein bisschen unterschwellig anklang, die Landesregierung möchte das nicht unterstützen, sagen: Das sehe ich wirklich nicht so. Ich möchte an das, was Frau Gärtner gesagt hat, anschließen: Es ist in verschiedenen Stellungnahmen von Regierungsmitgliedern deutlich geworden, dass die Landesregierung

durchaus die Notwendigkeit sieht, aber Impfstoff ist ein knappes Gut, und benachteiligte Stadtteile gibt es nicht nur in Köln, sondern in ganz NRW. Liebe Kollegen von der SPD, auch im Ruhrgebiet, was eher die Hochburg von Ihnen ist, gibt es Stadtteile, die auf Impfstoffe warten.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Christian Joisten [SPD])

Deswegen muss die Landesregierung dieses knappe Gut gut verteilen.

Weiterhin: Nicht jeder Impfstoff ist auch gleichermaßen akzeptiert. Ich nenne nur einmal das Stichwort *AstraZeneca*.

Aber nichtsdestotrotz, die Impfungen in sozial benachteiligten Stadtteilen sind wichtig und richtig. Denn spätestens seit der Fraunhofer-Studie wissen wir, dass Menschen in diesen Viertel besonders häufig an Corona erkranken und es unsere soziale Verpflichtung ist, sie zu unterstützen. Angesichts dieser Verpflichtung kann ich Diskussionen über die Impfreihenfolge nicht nachvollziehen. Wen das Argument der sozialen Verantwortung nicht überzeugt, muss doch zumindest anerkennen, dass durch die Impfungen in den sozial schwachen Stadtteilen nicht nur dort die Inzidenzzahlen sinken, sondern in der gesamten Stadt.

Meine Damen und Herren, die FDP begrüßt, dass in diesen sozial schwachen Vierteln auch das Testangebot ausgebaut werden soll und die Impfmobile demnächst auch in weitere Corona-Hotspots fahren sollen. Mit Freude habe ich auch gehört, dass am Wochenende oder am Freitag in Ehrenfeld und in Neuehrenfeld in der Moschee schon geimpft werden soll. Das ist doch auch ein toller Erfolg.

(Beifall bei der FDP)

Entscheidend für den Erfolg ist die Frage: Wie erfahren die Menschen vor Ort von diesem Angebot? - Da erinnere ich mich wieder an Montag, als es in verschiedenen Medien hieß, die Nachricht, dass man sich in Chorweiler impfen lassen könne, hätte sich wie ein Lauffeuer verbreitet. Das zeigt uns: Vor Ort müssen die Menschen angesprochen werden, und zwar am besten von Menschen, denen die Bevölkerung vertraut - Menschen, die aus der Community stammen, die die Sprache der Menschen sprechen und die wissen, wie sie diese überzeugen können.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss noch eine kleine Bemerkung. Sie schließt an das an, was Herr Joisten gesagt hat. Es ist gut, dass wir im vorgelegten Antrag einen Schwerpunkt auf die Situation der Kinder legen. Die Corona-Diskussion wird natürlich von dem gesundheitlichen Aspekt beherrscht. Wir alle sind zu halben Virologen geworden. Inzidenzen, R-Faktor - Begriffe, die wir vor zwei Jahren vielleicht noch gar nicht gekannt haben. Corona hat aber auch eine andere Seite, eine soziopsychologische Seite, und hier liegen mir unserer Kinder und Jugendlichen ganz besonders am Herzen. Sie haben in der ersten Welle der Pandemie Rücksicht auf die ältere Generation genommen. Diese jungen Menschen verdienen unsere volle Unterstützung, im Hinblick auf schulische und berufliche Qualifikationen, aber auch im Hinblick auf eine fröhliche und gute Zukunft gemeinsam mit Freundinnen und Freunden, in Alltag und Freizeit. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, Sie wundern sich wahrscheinlich, warum ich dieser Überschreitung der Redezeiten nicht Einhalt gebiete, aber die Verwaltung kann natürlich von solchen positiven Worten und so viel Dank gar nicht genug bekommen. Das sind wir gar nicht gewohnt.

(Beifall)

Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich dem großen Dank anschließen, dem Dank Ihnen, Frau Reker, der Stabsstelle bzw. dem Krisenstab, der Feuerwehr, allen helfenden Händen, die in Chorweiler geholfen haben und auch weiterhin helfen werden.

Die Zahlen, die letzte Woche veröffentlicht wurden, haben uns geschockt, aber leider nicht überrascht; denn sie belegen das, was viele seit Beginn der Pandemie befürchtet hatten, nämlich dass Menschen, die in strukturell benachteiligten und dicht besiedelten Stadtteilen wohnen, besonders hart von der Pandemie betroffen sind. Die Zahlen und die einzelnen Schicksale hinter jeder Ziffer geben uns als Politiker*innen einen klaren Handlungsauftrag: Wir müssen in der Pandemiebekämpfung viel stärker auf die erhöhte Gefährdung von ökonomisch benachteiligten

Menschen achten; denn es macht einen Unterschied, ob ich die Möglichkeit habe, mich morgens in meinem Einfamilienhaus an meinen Schreibtisch an die Arbeit im Homeoffice zu setzen, mir meine Lebensmittel liefern zu lassen, mich nach der Arbeit auf meine Terrasse setzen zu können und mir sicher sein kann, dass mein Nachbar, der auch noch Arzt ist, mir schon eine Impfdosis reserviert, oder ob ich diese Möglichkeit nicht habe und ich mich morgens in eine volle Bahn drängen muss, um meiner Arbeit in der Pflege, im Einzelhandel, im Bau, in der Produktion oder im Lieferdienst nachgehen zu können und abends in ein Mehrfamilienhaus zurückzukehren, in dem ich auf engem Raum mit mehreren Menschen zusammenlebe. Dazu sind Hausärzte in manchen Stadtteilen sowieso rar. Das haben wir gerade auch mehrfach gehört.

Der Ernst der Lage erfordert eine Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte. Daher begrüßen wir den Antrag aus vollem Herzen, der absolut mit der Corona-Position von Volt übereinstimmt. Ich möchte mich herzlich bei euch bedanken.

Wir möchten jedoch durch diesen Änderungsantrag zum Ausdruck bringen, dass dieses Pilotprojekt in dieser Woche in Chorweiler ein sinnvoller erster Schritt ist, der weiter ausgebaut werden muss. Wir sind nicht naiv und wissen, dass niemand zaubern kann, und trotzdem möchten wir einen Appell an die Landesregierung senden, um mehr Impfstoff zur Verfügung zu stellen, sobald er verfügbar ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Vielleicht ist der Punkt, den ich jetzt als Ergänzungsantrag einbringe, nicht so angenehm, aber ich möchte einfach nur darauf hinweisen, weil er mir fehlt.

Ich bitte, auch diesen Punkt mehr banal zu betrachten und nicht in irgendeiner Form gefärbt. Ich bitte um Aufnahme des Ergänzungspunktes 5 zum Änderungsantrag:

> Es stehen bei möglichen Störungen im Rahmen der Durchsetzung pandemiebedingter Maßnahmen, insbesondere zum Schutz der leistenden, Ordnungskräfte in ausreichendem Maße bereit.

Das ist ein Punkt, den ich angesetzt habe, weil ich letzte Woche an drei Punkten im Rechtsrheinischen gewesen bin und davon ausgehen kann, dass dort solche Maßnahmen, wenn sie breiter gesetzt werden, nicht unbedingt friedlich ablaufen. Es gibt verschiedene Hinweise aus der Bevölkerung, die leider vom Ordnungsdienst nicht in diesem Maße angenommen und behandelt worden sind. Ich möchte darauf hinweisen, aber ich glaube, es ist wichtig für die Leistungserbringer, dass sie auch geschützt werden. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich gar nicht melden. Wir werden uns gleich enthalten. Sicherlich ist es richtig, Leuten ein einfaches Impfangebot zu machen, solange es freiwillig ist und die Leute darüber frei entscheiden können. Nur, es ist hier leider Gottes eine Sache nicht wirklich ausgesprochen worden, und zwar: Wer trägt eigentlich die Schuld daran, dass wir jetzt nicht genug Impfstoff haben?

Es gab in den USA einen ganz tollen deutschstämmigen Präsidenten, den Herrn Trump, der das Zeug einfach in ausreichendem Umfang bestellt hat. Der Fehler sitzt in Brüssel, und das ist die Europäische Union. Das sollte hier erwähnt werden. Wenn sie es nicht verbockt hätten, dann hätten wir jetzt genug Impfstoff und müssten auch nicht darüber diskutieren, wo wie sanktioniert wird. Dann wäre Impfstoff für jeden da, und zwar unabhängig davon, ob er in Chorweiler, in Kalk, in Marienburg, Porz, Lindenthal, Klettenberg, Sülz oder Marsdorf oder sonst wo in Köln wohnt. Es wäre einfach genug da, und dann müssten wir solche Diskussionen nicht führen, wenn die etablierte Politik es nicht verbockt hätte.

Kurzer Hinweis: Die AfD ist an keiner Landes- oder Bundesregierung beteiligt.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das bleibt auch so!)

Das kann sich ja noch ändern. Abwarten! Das hat man bei Ihnen auch früher gesagt, Herr Weisenstein.

Von daher: Es sollte hier ganz offen angesprochen werden, wer das verbockt hat.

Ich begrüße in einem Punkt sogar den Antrag der LINKEN ausdrücklich, und zwar, dass sie sich gegen Ausgangssperren aussprechen. Die sollten aber in ganz Köln nicht gelten - egal, wo.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, zunächst einmal bedanke ich mich wirklich sehr bei den antragstellenden Fraktionen, dass Sie das als Modellprojekt begonnene Impfen in den vulnerablen Stadträumen mittragen und wir uns über die Maßnahmen, die wir dort als Maßnahmen der Gefahrenabwehr ergriffen haben, einig sind. Es ist wichtig für die Kolleginnen und Kollegen - egal, ob im Gesundheitsamt oder bei der Feuerwehr -, dass sie bei solchen Maßnahmen, die kein Vorbild haben, sondern von uns selbst erdacht und auch umgesetzt werden, Ihren Rückhalt haben. Das ist auch nicht immer der Fall, wie wir jetzt auch thematisiert haben, sondern es sind Maßnahmen der Gefahrenabwehr, über die im Krisenstab entschieden wird. Ich denke, wenn mehr Impfstoff vorhanden ist, werden wir auch mehr Impfstoff bekommen.

Herr Wortmann, ich möchte noch auf Ihren Ergänzungsantrag eingehen. Es ist natürlich so, dass der Ordnungsdienst nicht überall in dieser großen Stadt sein kann und dass wir Ihnen deswegen auch wirklich nur ein umsichtiges Bemühen zusagen können, dass natürlich auch unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen, die solche Impfungen durchführen, geschützt werden. Aber es gibt natürlich Situationen, die eben dadurch, dass der Ordnungsdienst wie gesagt einfach nicht überall sein kann, auch entstehen. Ich würde jetzt ungern mit Ihnen darüber in eine Debatte eintreten.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich habe nur einen Hinweis dazu: Der Katalog der hier dargestellten Leistungen umfasst deutlich mehr und wird auch deutlich andere Bereiche einbinden. Deshalb habe ich diesen Hinweis gegeben. Das bezieht sich nicht nur *expressis verbis* auf das Impfen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Wir könnten jetzt hier stundenlang darüber sprechen, was wir alles schon tun, aber vielleicht wird das dann einmal in den zuständigen Gremien thematisiert werden, damit Sie wirklich wissen, was Verwaltung auch im Vorfeld getan hat, um zu informieren, was wir im Rat der Religionen besprochen haben, um auch immer wieder zu testen, zu impfen usw.

Jetzt gibt es noch eine Wortmeldung.

(Niklas Kienitz [CDU]: Der Bezirksbürgermeister aus Chorweiler hat eine!)

Der Bezirksbürgermeister aus Chorweiler hat als Letzter das Wort. Das sage ich immer so. Es hört sich zwar komisch an, aber das ist so bei den Bezirksbürgermeistern.

Herr Bezirksbürgermeister Zöllner, Sie haben das Wort.

Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner (Chorweiler): Danke schön, Frau Reker. - Ich als Bezirksbürgermeister von Chorweiler möchte mich nur für die Aktion bedanken und sage danke all denjenigen, die geholfen haben, dass diese Aktion umgesetzt worden ist. Ich bedanke mich recht herzlich dafür. - Danke schön, Frau Reker.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen herzlichen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich jetzt zunächst über den mündlichen Ergänzungsantrag von Herrn Wortmann abstimmen, anschließend über den gemeinsamen Änderungsantrag, und wahrscheinlich hat sich der Ursprungsantrag dann erledigt.

Zunächst: Wer dem Antrag von Herrn Wortmann zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich.

Dann lasse ich jetzt über den gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Der Ursprungsantrag hat sich damit erledigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD, FDP und der LINKEN)

I. Abstimmung über den mündlichen Ergänzungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zum Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

Beschluss:

Der Text zu Punkt 5 des Änderungsantrags soll lauten:

Es stehen bei möglichen Störungen im Rahmen der Durchsetzung pandemiebedingter Maßnahmen insbesondere zum Schutz der Leistenden, Ordnungskräfte in ausreichendem Maße bereit.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen von RM Wortmann bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln unterstützt die Maßnahmen der Verwaltung in den benachteiligten Stadtteilen, um auch dort die durchschnittlich angestrebte Impf-Quote von mehr als 70 % zu erreichen.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt das Konzept von Oberbürgermeisterin Reker einer aufsuchenden Impfung in benachteiligten Stadtteilen und die Aufhebung der Impffolge in diesen Gebieten. Dieses Kölner Modell wird jetzt mit zusätzlichem Impfstoff durch die Landesregierung NRW unterstützt und findet bundesweite Beachtung.

Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung um die Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. *Um den Erfolg der modellhaften Impfstrategie in den sozial benachteiligten Stadtteilen und -quartieren zu steigern, werden weitere Einrichtungen und Multiplikatoren (wie Streetworker*innen, Sprach- und Kulturmittler*innen, Stadtteilmütterprojekte, Veedelslotsen, Sozialraum- und/oder Seniorenkoordinationen, Interkulturelle Zentren; Religionsgemeinschaften und Bürgerhäuser, Ärzt*innen, Ansprechpartner*innen aus den jeweiligen communities,... etc....) einbezogen die:*

   a. *verschiedensprachige Informations- und Aufklärungsmaterialien bereit stellen und durch niedrigschwellige sowie aufsuchende mehrsprachige Beratungsangebote Vorbehalten gegen das Impfen entgegenwirken respektive helfen, die Impfbereitschaft zu erhöhen,*

   b. *auf kostenfreie Test- und Impfmöglichkeiten hinweisen, kostenlose Masken zur Verfügung stellen und insbesondere diejenigen verbliebenen Bürger*innen ansprechen, welche sich über die deutsch-sprachigen Medien oder das Internet nicht entsprechend informieren können.*

2. *Hinsichtlich der Notbetreuung und personellen wie räumlichen Ausstattung an Schulen wird auf den Beschluss des Ausschuss für Schule und Weiterbildung vom 1.3.2021 (AN/0356/2021; TOP 2.2) verwiesen, in dem zum Start des Präsenzunterrichtes im Februar 2021 umfangreiche Maßnahmen beschlossen worden sind. In der Umsetzung des Beschlusses soll die Stadtverwaltung Schulen in benachteiligten Stadtgebieten prioritär behandeln.*
   Wir bitten die Verwaltung, die Ergebnisse der Prüfanträge des oben genannten Beschlusses vom 1.3.2021 im Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Hauptausschuss in seiner Sitzung am 31.5.2021 vorzulegen.
   Auf Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ihre Familien ist ein besonderes Augenmerk zu richten.

3. *Schulen mit Kindern aus einkommensarmen Familien sollen zur Versorgung mit digitalen Endgeräten, notwendiger digitaler Infrastruktur sowie Support über die Beschaffungswege (Digitaler Sofortausstattungs-programm der Landesregierung NRW; Jobcenter Köln ...) erneut informiert und entsprechend unterstützt werden. Damit jedes Kind gleichberechtigt am Unterricht teilnehmen kann, sollen betroffene Kinder und Jugendliche aus leistungsberechtigten Familien bei der Antragstellung für*

Computer, Tablets und Drucker unterstützt werden. Die Verwaltung soll gemeinsam mit dem JobCenter prüfen, wie das bisherige Verfahren der Versorgung jedes Schulkindes mit einem Tablet noch verbessert werden kann.

4. *Damit Kinder und Jugendliche im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BUT) die Ausgabe und direkte Belieferung von kostenlosem Mittagessen und Nahrungsmittelpaketen / bzw. - gutscheinen in Anspruch nehmen, werden die entsprechenden Informationswege genutzt, um deren Eltern über die Beantragungswege zu informieren und zu unterstützen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

III. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag hat sich aufgrund der Beschlussfassung zum Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Demokratieklausel bei der Förderung von Vereinen“

AN/0934/2021

Hier hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen: Köln hat ein Linksextremismus-Problem, und das haben wir nicht erst seit gestern. Die jüngsten Vorkommnisse am Barbarossaplatz sind ein Symbol dafür. Die Stadt Köln muss daher endlich die Vergabe öffentlicher Gelder an eine Demokratieklausel mit einem klaren Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung knüpfen. Es kann nicht sein, dass hier Verfassungsfeinde mit öffentlichen Geldern und städtischer Infrastruktur gefüttert werden.

Das Autonome Zentrum ist städtisches Eigentum und der Ausgangspunkt unter anderem für Landfriedensbruch am 17.04.2021 in dieser Stadt. Ich kann Ihnen allen in diesem Zusammenhang die Vorlage der Landesregierung 17511 empfehlen. 50 Leute ziehen aus dem sogenannten AZ über die Luxemburger Straße zum Barbarossaplatz. Die im Netz leicht auffindbaren Fotos zeigen klar, dass das eine Machtdemonstration von Leuten war. Sie legten den Autoverkehr lahm. Die Linken wollten einmal zeigen, was passiert, wenn sie nicht ihren Willen bekommen. Die Polizei scheint durch ihr Eingreifen Schlimmeres verhindert zu haben. Es konnten laut Landesregierung 20 Personen dingfest gemacht werden. Davon waren mehr als die Hälfte als Linksextreme bereits bekannt.

Am Tag selbst muss es nicht nur laut Landesregierung am Barbarossaplatz zu einer Sachbeschädigung gekommen sein, sondern auch am Spanischen Bau des Kölner Rathauses.

Frau Reker, ich hoffe, Sie tragen Ihr T-Shirt mit der Aufschrift *AZ bleibt* nie wieder und entsorgen es immer Sondermüll.

Ich habe es schon einmal ausgeführt, dass im sogenannten AZ fünf linksextreme Organisationen Unterschlupf gefunden haben. Hier wird also städtische Infrastruktur den eigenen Feinden zur Verfügung gestellt, die mit ihrem asozialen und kriminellen Verhalten eine Nachfolgelösung in ihrem Sinne erpressen wollen. Es soll laut Unterstützungs-Tweets ein Vorgeschmack geschaffen werden, dass man, wenn man nicht einen vernünftigen alternativen Standort im eigenen Sinne bekommt, dann schon weiß, wie man hier zu handeln hat.

Festzuhalten bleibt: Die Stadt Köln vergibt Eigentum an Menschen, die ihre politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen wollen. Das geht leider, weil wir keine Demokratieklausel in dieser Stadt haben. Man müsste sich einmal vorstellen, wenn eine rechte Kameradschaft oder Fußballhooligans sich ähnlich aufführen würden. Aber wie gesagt, das Autonome Zentrum ist kein Einzelfall in dieser Stadt. Ich erinnere nur an die städtische Unterstützung für gewisse Bürgerzentren, zum Beispiel die Alte Feuerwache. Dort werden dann die Besetzer vom Hambacher Forst geschult. Die Polizisten, die zum Teil auch aus Köln kommen, werden sich sicherlich freuen, wenn ihre Stadt die sie mit Fäkalien beschmeißenden Individuen auch noch gefördert hat.

Deswegen, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns ein Stoppschild errichten und ein Signal zum Schutz unserer FDGO setzen! Stimmen Sie

unserem Antrag zu! Köln braucht eine Demokratieklausel. Wir sagen Ja zur Freiheit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

„Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die rechtlichen Grundlagen einer kommunalen Demokratieklausel zu prüfen. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes soll zukünftig die Voraussetzung für die Ausschüttung von städtischen Fördermitteln sowie anderer Unterstützungen z.B. das dauerhafte Überlassen von städtischen Immobilien (z.B. dass Autonome Zentrum) an Vereine und sonstige Organisationen sein.“

Der Rat der Stadt Köln verurteilt die linksextremen Ausschreitungen der Unterstützerszene des Autonomen Zentrums am 17. April rund um den Barbarossaplatz.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Erstellung eines Zero Waste-Konzepts“

AN/0942/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1016/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1004/2021

Hier hat zunächst Frau Schneeloch das Wort.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleg*innen! Lieber Zuschauer*innen im Stream! Mit einem Zero-Waste-Konzept für die Stadt Köln gehen wir gemeinsam auf einen Weg, den viele Kölner*innen in den vergangenen Monaten an ihren unzähligen Corona-Spaziergängen bereits gegangen sind. Dieser Weg führt vorbei an viel Müll, den keiner will. Alle regen sich auf, aber keiner will es gewesen sein.

Müll und dessen Vermeidung sind nicht nur eine lokale, sondern eine globale Herausforderung. Im Pazifik gibt es eine Müllinsel, die 1,6 Millionen Quadratkilometer groß ist. Das ist viermal die Größe von Deutschland, das ist ungefähr 3 950 Mal Köln oder - damit es alle verstehen - das sind 56 000 Fußballfelder.

Die Corona-Pandemie hat auch in Köln aufgezeigt und noch verstärkt: Wir haben *to go* bestellt. Alu- und Styroporverpackungen haben zugenommen. Aber jeder Laden, in dem ich war - ich koche schlecht, deswegen war ich in vielen Läden -, hat gern meiner Bitte entsprochen, in eine mitgebrachte Dose ihre Speisen entsprechend abzufüllen.

Die Stadt München hat gestern im Vorgriff auf die kommende EU-Regulierung, ab 2023 Mehrwegalternativen *to go* anbieten zu müssen, einen finanziellen Support ihrer Gastro beschlossen. Was hieße das für uns in Köln? - Weniger Kosten für Verpackungen für unsere Gastro, mehr Müllvermeidung und somit auch weniger Müll in unseren Mülleimern, in unseren Grüngürteln und auf den Plätzen unserer Stadt.

Müllvermeidung ist Umwelt- und Naturschutz, und Müll ist ein Designfehler, wenn wir zu viel davon nur der thermischen Verwertung zuführen. Denn sind wir einmal ehrlich: Niemand benötigt drei in Plastik eingeschweißte Paprika aus dem Supermarkt. Wir müssen zur Müllvermeidung auch das Spannungsfeld zwischen Verbraucher*innen und Produzent*innen betreten. Liebe Aldis dieser Welt, fühlt euch gern angesprochen.

Es ist auch Gewöhnungssache, sich einen To-go-Becher von zu Hause mitzunehmen. Es ist auch nicht schlimm, wenn man den einmal vergisst; denn es braucht Hunderte Menschen, die Zero Waste ein bisschen machen, anstatt einer Person, die es perfekt macht.

Bevor das Geschrei wieder losgeht, wir Grünen würden gern alles verbieten - Müll ja - oder den

Menschen sagen, wie sie ihr Leben zu leben haben: Vermeidbaren Müll nicht einzudämmen, ist unklug, weil in vielen Materialien wertvolle Grundstoffe stecken, deren Verbrauch wir uns nicht leisten können, weil sie endlich sind. Das Märchen vom unendlichen Wirtschaftswachstum, liebe FDP, ist auserzählt. Die Geschichte wachsender Müllinseln ist es nicht. Daher werden wir auch euren und Ihren Änderungsantrag ablehnen; denn er befasst sich mit Kreislaufwirtschaft und Recycling. Das ist keine Müllvermeidung, sondern Müllaufbereitung, und darum geht es in einem Zero-Waste-Antrag nicht.

Gestern war Earth Overshoot Day. Wir sind in Deutschland einer der Top-5-Ressourcenkiller dieser Welt und benötigen mit unserem aktuellen Lebensstil drei Erden. Die haben wir nicht, aber wir haben die Möglichkeit, ein Right to Repair zu nutzen, bevor wir Waren wegschmeißen, und wir haben eben auch die Möglichkeit, Müll zu vermeiden.

Machen wir die AWB mit einem Zero-Waste-Konzept überflüssig? - Natürlich nicht. Sie bleibt weiter unsere *Kehr Force One*, ein Key-Player zum Erreichen unserer Ziele für mehr Müllvermeidung in unserer wachsenden Stadt. Dazu brauchen wir mehr Verantwortungsbewusstsein, gute Zusammenarbeit aller Akteure.

Ich freue mich auf einen breit getragenen Antrag hoffentlich heute und grüße ganz besonders meinen Kollegen Alex Volk im Stream, der das Thema so vorangebracht hat.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bis spätestens 2022, liebe SPD, sagt unser Antrag - gern auch früher -, wollen wir mit allen zusammen dieses Konzept gestalten und auch, um jedem gerecht zu werden, in unserer Freizeit all unseren Müll aufsammeln, zum Beispiel wie die KRAKE, die eine erste Müllfalle im Rhein installieren will, um auch Köln daran teilhaben zu lassen, damit unsere Meere nicht weiter vermüllen und Müllinseln entsprechend gar nicht erst entstehen.

Auch wenn das hier im Raum einige gern mal vergessen: Köln ist keine Insel, und Köln ist erst recht keine Müllinsel. Deswegen freue ich mich, wenn alle diesen Antrag von uns heute mittragen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Niklas Kienitz [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Frau Aengenvoort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist die Zero-Waste-Stadt ein klares Bekenntnis zu ressourcenschonendem Handeln und zur Abfallvermeidung. Ich glaube, das ist die zentrale Botschaft dieses Antrags. Viele Kölnerinnen und Kölner sind auf diesem Weg ohnehin schon unterwegs. Klar, während Corona gibt es jetzt gerade Rückschläge, aber genau diese Kölnerinnen und Kölner werden mehr Unterstützung durch die Maßnahmen erfahren, die wir in das Konzept hineinschreiben wollen. Andere wollen wir eben noch mitnehmen. Daher sollen die Maßnahmen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden, mit Unternehmen, mit lokalen Initiativen. Das, was wir brauchen, sind praxisnahe und lebensnahe Maßnahmen, die es auch einfach machen, den Müll zu vermeiden.

Erfolg werden wir dann haben, wenn viele mitmachen und wenn jeder von uns bei sich selbst anfängt. Das ist das, was wir heute mitgeben wollen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger am Livestream! Ich möchte meinen beiden Vorrednern recht geben: Der Abfall ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Wir haben in den Weltmeeren Müllberge schwimmen, und wir haben auch in Dritte-Welt-Ländern Müllberge, die es zu vermeiden gilt.

Es ist also umweltpolitisch ein riesengroßes Problem, und wir müssen da handeln. Wir hätten schon viel früher an der Stelle handeln müssen. Deswegen hatten wir das auch vor. Am 18.01.2018 hat die SPD den Antrag gestellt: *Ideen für weniger Abfall in Köln entwickeln, bündeln und umsetzen*. Das ist also nicht neudeutsch ein Zero-Waste-Konzept, sondern wir haben das einen *Leitfaden zur Abfallvermeidung* genannt, und das ist genau das, was Sie hier beantragen.

Sie haben das im Übrigen damals damit abgelehnt, dass Sie auf das Abfallwirtschaftskonzept warten wollten. Jetzt sehen Sie natürlich ein - die beiden Rednerinnen haben das eben dargelegt -, dass das Abfallwirtschaftskonzept etwas anderes ist als ein Abfallvermeidungskonzept. Insoweit sind wir mit Ihnen völlig d'accord. Wir finden es auch gut, dass Sie auch andere Städte zurate ziehen wollen, wie die das gemacht haben, zum Beispiel die Stadt Kiel. Die hat nämlich zeitgleich 2018 ein solches Konzept beschlossen, also die Erarbeitung eines solchen Konzeptes. 2019 wurde das vorgelegt, und seitdem arbeitet und handelt die Stadt Kiel nach diesem Konzept. Wir wären also drei Jahre weiter, wenn wir es damals so gemacht hätten. Wir finden es gut, dass Sie sich unsere Idee zu Herzen genommen haben, wenn auch etwas später.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, weil er, wie gesagt, genau unserer Richtung entspricht, haben aber mit unserem Änderungsantrag unter 1a) noch einige Präzisierungen - insbesondere, wo es um Abfallvermeidung unserer eigenen Stadtverwaltung geht, der Eigenbetriebe, der Gewerbebetriebe und natürlich der Bürgerinnen und Bürger. Wir glauben, je präziser wir das formulieren, desto schneller kann ein solches Konzept am Ende auch umgesetzt werden.

Wir würden den Antrag der FDP mitgehen, und ich würde Sie bitten, unseren Antrag, der nicht im Widerspruch zu Ihrem steht, sondern eine Präzisierung ist, ebenfalls mitzutragen.

Da Abfallwirtschaft natürlich auch etwas mit Recycling zu tun hat und man natürlich gute Ideen recyclen kann, lade ich selbstverständlich meine Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen gern zu uns in die SPD-Fraktion ein. Wir haben noch viele tolle Ideen aus den letzten sechs Jahren, die alle abgelehnt worden sind. Vielleicht setzen wir uns bei einem Kaffee mal zusammen und sprechen darüber. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und von Ulrich Breite [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Antragsteller*innen! Sie schreiben in Ihrer Begründung, dass Sie Abfallvermeidung vor Wiederverwendung, vor Recycling, vor sonstiger Verwertung, vor Beseitigung mit Ihrem Antrag würdigen wollen. Warum tun Sie es denn dann nicht? - Sie haben die aufgezählten Punkte nämlich in Ihren Beschlüssen nicht ein einziges Mal erwähnt. Sie werden dem entgegengetreten, dass dies Bestandteile des Zero-Waste-Konzeptes seien. Aber weitere Bestandteile sind natürlich auch Kompostierung und Konsumverweigerung.

Dass die CDU die Konsumverweigerung nicht explizit in einem eigenen Antrag genannt haben wollte, leuchtet sehr wohl ein. Aber das Thema Kompostierung ist eng mit der subventionierten Biotonne verbunden, die leider für viele Menschen immer noch nicht erhältlich ist, wenn ihre Vermieter dies ablehnen und die Verweigerung der AWB dies ermöglicht. Damit das Kreislaufwirtschaftsgesetz einzuhalten, ist im Betriebsausschuss AWB bereits legendär.

Wir unterstützen die Erstellung eines Zero-Waste-Konzeptes und glauben, dass die AWB dies ideologiefrei erstellen kann. Wir haben die Erwartung, dass die eben angesprochenen beiden Punkte darin ebenso auftauchen wie eine spezielle Steuer auf Einwegverpackungen wie Pastaboxen und Kaffeebecher; denn solche Verpackungen verursachen Kosten. Im besseren Fall landet der Müll in den Mülltonnen der Stadtverwaltung, deren Aufstellung und Leerung Geld kostet. Die BV Kalk hat gerade beschlossen, in Höhenberg in der Nähe von Fastfood-Restaurants neue Mülltonnen aufzustellen, da der Einwegmüll überhandnimmt. Im schlechteren Fall landet er irgendwo in der Landschaft, wo er teuer wieder eingesammelt werden muss oder vom städtischen Rasenmäher in Mikroplastik verwandelt wird.

Die Verursacher dieser Kosten zahlen zu lassen ist ökonomisch und ordnungspolitisch sehr wohl richtig, aber das ganze Konzept darf natürlich nicht dazu führen, dass man zum Beispiel keine abgepackten Nudeln oder Haferflocken mehr in Kölner Supermärkten kaufen kann und für unverpackte mehr als das Doppelte zahlen muss. Das mögen sich vielleicht viele erlauben können, aber Zigtausend Kölnerinnen und Kölner müssen den Cent zweimal umdrehen.

Kurzum: Wir bitten die AWB, den sozialen und finanziellen Aspekt in ihrem Konzept zu berücksichtigen. Dazu gehört auch die Etablierung eines Tausch- und Verschenkmarktes, wie ihn die Berliner Stadtreinigung bereits seit Jahren betreibt,

und die Einführung des Abfallfreitags. Wir können uns da einiges vorstellen, aber auch, dass es Jahre dauern kann, bis ein solches Konzept vorgelegt wird, und die Politik es dann zerredet. Es wäre schön, hier Einigkeit zu demonstrieren. Der Umweltschutz eignet sich nicht zur politischen Profilierung.

Ich möchte gern noch auf die Änderungsanträge von SPD und FDP eingehen. Herr Homann, Sie haben es gerade genannt: Es geht um die Präzisierung und nicht um ein Dagegen-Sein. Das verstehen wir. Wir können die Anträge von der FDP auch nachvollziehen. Es sind Präzisierungen. Aber wir glauben, dass die AWB erst einmal die Möglichkeit haben muss, ein Konzept zu erstellen, und wenn dieses Konzept erstellt ist, dann können wir als Politikerinnen und Politiker dort hineingehen und Änderungen vornehmen. Ich glaube, wir sollten das auf den Weg geben und entsprechend wirklich erst einmal die AWB arbeiten lassen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Wir werden dem Antrag dann zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer möchte nicht Abfall vermeiden? Wer möchte nicht geringere Müllberge haben? Wer möchte nicht weniger Müllexport nach Ostasien oder Nordafrika haben? - Ich glaube niemand.

Sie, Frau Schneeloch, haben eben eine Chance vertan, ein sehr wichtiges Thema aus der Profilierungsecke herauszuholen und einzuladen. Wenn Sie allen Ernstes sagen, Recycling sei Ausdruck des Kapitalismus und Wirtschaft wachse nicht immer, dann steht das doch diametral entgegen der Begründung in dem Antrag. Bevor Sie hier lächeln, lesen Sie den Antrag. Darin steht: Abfallwirtschaft, Kreislaufwirtschaft sind erforderlich. Sie haben echt eine Chance zur Profilierung verpasst.

Gleichwohl möchte ich auch noch einige Dinge zur Sache sagen.

Erstens zur Argumentation der SPD: Abfallvermeidung, Menschen zu empowern, Abfall zu vermeiden, aufzuklären, ist doch eigentlich das, was wir brauchen. Es glaubt doch niemand, dass Sie Zero Waste tatsächlich hinbekommen. Es wird immer Müll geben. Und wer das nicht glaubt, der muss zugestehen, dass er unehrlich ist. Deswegen sind mir doch die ganzen Zwischenschritte viel wichtiger. Einer dieser Zwischenschritte ist von der SPD aufgebracht worden. Deswegen werden wir den SPD-Änderungsantrag gern unterstützen.

Zu unseren beiden Änderungsvorschlägen: Wer ist denn hier im Raum, der nicht dagegen wäre, dass Littering ebenfalls vermieden werden soll? - Sie schreiben es doch in Ihrer Begründung, Frau Schneeloch. Sie haben es eben sogar gesagt: die Leute bei ihren Corona-Spaziergängen. Das, was Sie eben gesagt haben, haben wir beantragt. Deswegen verstehen wir die Schärfe nicht, mit der Sie unseren Antrag abgelehnt haben.

Last but not least: Zum Thema Recycling habe ich eben auch schon ausgeführt. Recycling ist nach wie vor Abfallkreislauf. Das ist gar nicht wegzudenken. Da können wir beschließen, was wir wollen. Wenn wir hier zumindest eine kleine Nuancierung beschließen könnten, um es effizienter und treffsicherer zu machen, dann wäre uns allen gedient. Frau Schneeloch, Sie haben eine Chance verpasst, schade. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Vorweg: Wir begrüßen diesen Antrag und die eingebrachte Expertise absolut. Danke, Alex! Wir wünschen uns allerdings einen noch ganzheitlicheren Ansatz.

Im Antrag ist die AWB als Hauptverantwortliche für die Entwicklung des Zero-Waste-Konzeptes angeführt. Es ist sehr erfreulich, dass der städtische Betrieb diese Verantwortung übernehmen möchte. Das Tagesgeschäft der AWB zeigt allerdings hauptsächlich Expertise im Ressourcenzyklus, in den Phasen Ressourcenrecycling und -entsorgung aus der Dienstleisterperspektive.

Um sicherzustellen, dass der gesamte Ressourcenkreislauf aus allen Perspektiven berücksichtigt wird, sodass das Konzept der Kreislaufwirtschaft ganzheitlich funktioniert und vor allem auch damit

vermeidbarer Müll konsequent vermieden wird, ist es aus unserer Sicht sinnvoll und unabdingbar, dass alle weiteren Akteur*innen aus der Stadtgesellschaft mit gleicher Verantwortung beteiligt werden. Vor allem braucht es echte Beteiligung der Zivilgesellschaft. Das erfordert Transparenz des Prozesses sowie der Entscheidungen in der Entwicklung des Zero-Waste-Konzeptes für die Stadt Köln. Vor allem erfordert es auch die Möglichkeit, sich regelmäßig und konstruktiv am Inhalt beteiligen zu können. Dies könnte beispielsweise durch einen agilen bürger*innenzentrierten Gestaltungsprozess gelingen, wie er etwa aus Service, Design, Civic Design und ähnlichen Ansätzen bekannt ist. So könnten beispielsweise Zwischenversionen des Konzeptes veröffentlicht und diskutiert oder gar prototypisch getestet werden. Dies würde die Machbarkeit und vor allem die Akzeptanz der Maßnahmen in der Stadtgesellschaft signifikant erhöhen.

Generell unterstützen wir natürlich absolut den Zero-Waste-Köln-Verein und begrüßen eine enge Beteiligung und Mitwirkung dieser zivilgesellschaftlichen Expertise. Im Übrigen würden sich die KLIMA FREUNDE darüber freuen, wenn die Einladung der SPD an die Fraktionen, sich mal gemeinsam an einen Tisch zu setzen zu diesem Thema, auch auf die KLIMA FREUNDE und die anderen Ratsgruppen ausweiten würde.

(Mike Homann [SPD]: Jederzeit, jederzeit!)

- Danke.

Mit Blick Richtung FDP sei noch gesagt, dass es bei den KLIMA FREUNDEN selbst zwei Mitglieder gibt, die das Zero-Waste-Konzept konsequent leben, und zwar sogar mit einem Kleinkind und einem Baby. Es ist also möglich. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt wie folgt abstimmen: zunächst über den Änderungsantrag der FDP, dann über den Änderungsantrag der SPD und dann über den Ursprungsantrag.

Wer dem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die SPD-Fraktion und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und die AfD. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Die PARTEI, Frau Gabrysch, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und Frau Syndicus.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, die gibt es auch noch!)

- Sie ist so weit weg von mir. Das ist für mich immer so ein Problem.

Dann frage ich nach Enthaltungen. - Es enthalten sich die Fraktionen DIE LINKE und die AfD. Dann ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist diesem Antrag so zugestimmt. Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Ergänzungen:

5. Das Kölner Abfallwirtschaftskonzept ist zu einem Kreislaufwirtschaftskonzept weiter zu entwickeln. Die Verwaltung wird aufgefordert, in guter Zusammenarbeit mit ihren Partnern die Mengen an Sortierabfall zu ermitteln, die bei der Sortierung Kölner Wertstofftonnen anfallen und als Abfall oder Ersatzbrennstoff verbrannt werden. Dem Rat sollen Vorschläge vorgelegt werden, wie die Sortier- und Recyclingfähigkeit der in den Wertstofftonnen erfassten Materialien - wo sie gut ist - erhalten und - wo sie unbefriedigend ist - verbessert und die Menge an verbrannten Sortierresten minimiert werden kann.

6. Bei allen Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen ist dem Rat gegenüber transparent abzuwägen, inwieweit vorgeschlagene Maßnahmen das Risiko von mehr Müll im Straßenraum und in Grünflächen enthalten. Anreize zum illegalen Entsorgung von Wertstoffen und Restmüll in Grünflächen oder in öffentlichen Abfallbehältern sind im Hinblick auf die Sauberkeit der Stadt zu vermeiden.

7. Im Sinne einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Entwicklung ist eine Steigerung der Abfallgebühren oberhalb der Entwicklung der Nettolöhne in den unteren Lohngruppen zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und FDP, von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE), sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und AfD abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Punkt 1 des Beschlusses wird um Punkt 1a) ergänzt:

1a) Hierzu soll ein „Leitfaden Abfallvermeidung“ erstellt werden, in dem die ganze Palette an Absatzmöglichkeiten berücksichtigt wird, wie im jeweiligen Einflussbereich z.B. der Bürgerinnen und Bürger, von Unternehmen und Gewerbetreibenden, aber auch innerhalb der Stadtverwaltung selbst Abfallvermeidung erfolgreich umgesetzt werden kann. Konkrete Vorschläge für eine nachhaltige Abfallvermeidung sollen gebündelt dargestellt werden und als Grundlage für die Umsetzung durch die unterschiedlichen Zielgruppen dienen.

Neben den bisherigen Maßnahmen zur Abfallvermeidung soll hierbei z.B. Folgendes mit aufgenommen werden:

- *Vermeidung von Abfällen in Stadtverwaltung, stadteigenen und stadtnahen Gesellschaften und Unternehmen in der Stadt (Gewerbebetriebe, Einzelhandel usw.) z.B. als Kriterium bei der Beschaffung, bei Baustellen, durch die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, durch das papierarmes Büro, sowie die Nutzung von Mehrwegbechern bei Veranstaltungen, usw.*

- *Vermeidung von Abfällen durch Bürgerinnen und Bürger der Stadt (z.B. Verbraucherinformationen zur generellen Abfallvermeidung, Aufzeigen von Alternativen zum „Wegwerfen von Nahrungsmitteln“) sowie Gewerbe- und Industriebetriebe.“*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP, der Gruppe Die PARTEI und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE), der Gruppe GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und AfD abgelehnt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

1. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln (V/6) wird beauftragt, bis spätestens Ende 2022 ein "Zero Waste-Konzept" für Köln zu erstellen. Neben dem öffentlichen Bekenntnis der Stadt Köln zur Abfallvermeidung, soll das Konzept entsprechend verbindliche Ziele und Maßnahmen benennen. Hierzu soll auch Kontakt zu anderen Städten und Akteur:innen aufgebaut werden, die bereits ein "Zero Waste-Konzept" entwickelt haben, wie zum Beispiel die Stadt Kiel.

2. Das "Zero Waste-Konzept" wird unter Beteiligung der Öffentlichkeit, lokal agierender Initiativen, lokalen Unternehmen und in Zusammenarbeit mit einem wissenschaftlichen Institut erarbeitet. Dabei muss geprüft werden inwieweit Fördermöglichkeiten durch Programme des Landes, Bundes und der Europäischen Union in Anspruch genommen werden können. Für die Konzepterarbeitung und Umsetzung sind entsprechende Ressourcen bei V/6 einzuplanen, die erforderlichenfalls möglichst über den Gebührenhaushalt zu finanzieren sind.

3. Gemeinsam mit relevanten städtischen Akteur:innen sollen Gespräche mit der von der EU unterstützten Organisation "Zero Waste Europe" initiiert werden. Ziel der Gespräche ist es Köln als "Zero Waste Stadt" zu etablieren und die dafür notwendigen Maßnahmen herauszuarbeiten.

4. Zusätzlich zu den im AWK veröffentlichten bekannten Zahlen über die in der Stadt Köln anfallenden Abfälle, soll geprüft werden, wie eine Bestandsaufnahme des gewerblichen und generell jedes in der Stadt Köln

anfallenden Abfalls erstellt werden kann und dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verbleib von 86 „entwichenen“ minderjährigen Flüchtlingen in Köln im Jahre 2020"
AN/0937/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 5).

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Abschaffung von Gendersprache"
AN/0936/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu dem eben noch zugesetzten Dringlichkeitsantrag.

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „KHD-Gelände“

AN/1020/2021

Ich frage: Wer spricht?

(Niklas Kienitz [CDU]: Niemand! - Zuruf von der CDU: Der ist selbsterklärend!)

Es spricht niemand. Gut.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD, FDP, der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert,

1. *unmittelbar in Verhandlungen mit NRW urban zur mietweisen Übernahme der Freifläche einzutreten.*
2. *Voraussetzungen zu prüfen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um eine Nutzung des Geländes als Veranstaltungsort für die Weiterbearbeitung der stadtentwicklungskünstlerischen Arbeit zu ermöglichen.*
3. *diesen Prozess so voranzutreiben, dass eine Bespielung der Fläche im Sommer möglich wird.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu den Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung.

Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage Die PARTEI betreffend „Schutzauftrag Kindeswohl in Zeiten der Pandemie“

AN/0576/2021

Antwort der Verwaltung vom 30.04.2021

1332/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Wir haben es so ausgemacht, dass vorab eingereichte Nachfragen schriftlich beantwortet werden.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Sachstand Masterplan Quartiersgaragen“

AN/0985/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diese Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wurde zurückgestellt.

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Offene Fragen zum Lebenslagenbericht“

AN/0998/2021

Antwort der Verwaltung vom 06.05.2021

1681/2021

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nachfragen sind schriftlich eingereicht!)

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die Fraktion Die Linke. hat zwei schriftliche Nachfragen zur Beantwortung im Nachgang der Sitzung eingereicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: - Ja, die Nachfragen werden schriftlich eingereicht.

4.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Angriffe auf Kölner Ordnungskräfte nehmen zu - welche Gegenmaßnahmen hat die Stadt im Sinn?“

AN/0997/2021

Diese kurzfristig eingegangene Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wurde zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)
0329/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Stellplatzsatzung für Köln

3217/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0528/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0503/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und Die Linke.
AN/1011/2021

Ich gebe als Erstem Herrn Wahlen das Wort.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ich dachte, wir reden nicht! Wir haben doch gesagt, wir reden nicht!)

Herr Wahlen, Sie haben das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sag *zu Protokoll*!)

Sie wollten nicht reden, aber bei mir stehen Sie auf der Redeliste. Alle verzichten?

(Mike Homann [SPD]: Wir müssen kurz zwei Sätze dazu sagen, warum!)

Können Sie vielleicht die Rede zu Protokoll geben, um die Stimmung nicht ganz auf den Tiefpunkt zu bringen?

(Jürgen Kircher [SPD]: Ja!)

Das ist wunderbar.

Jürgen Kircher (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wie ich es eben schon einmal gesagt habe: Es ist natürlich ein Ding, so etwas so kurzfristig uns zu geben. Das haben wir aber schon einmal gesagt, klar, aber es ist heute schon so viel gesagt worden.

Ich möchte trotzdem noch einmal erwähnen, was eben auch von den Grünen gesagt worden ist: Natürlich sind Inhalte darin, aber wir haben nicht die Zeit gehabt, dies zu bearbeiten. Ich möchte das hier noch einmal zu Protokoll geben. Wir hätten mit Sicherheit darüber abstimmen können, aber wir sind inhaltlich nicht so weit in der Zeit gekommen. Es ist schade, es ist wirklich schade, dass wir das jetzt hier so abbügeln. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind auch nicht sortiert, Herr Kircher.

(Jürgen Kircher [SPD]: Ja, das macht nichts! Wir sind ja alle nur Menschen! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Abstimmen!)

. Auch die Verwaltung ist in einer ähnlichen Situation. Ich möchte das einfach mal sagen.

Da kommt der Redebeitrag zu Protokoll.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU] überreicht der Verwaltung ein Dokument)

Ich frage zunächst einmal die Antragsteller SPD und DIE LINKE, ob sie ihren Antrag aufrechterhalten.

(Güldane Tokyürek [DIE LINKE]: Wir nicht! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir nicht!)

- Sie nicht?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein!)

Hält die SPD ihren Änderungsantrag aufrecht?

(Mike Homann [SPD]: Ja! - Jürgen Kircher [SPD]: Natürlich!)

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen, dann über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und DIE LINKE.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und DIE LINKE abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Zugestimmt!)

- Ja, er ist aber trotzdem abgelehnt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wieso?)

- Das reicht ja nicht. Was habe ich gefragt? - Ich habe gefragt: Gegenstimmen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Genau!)

Gegenstimmen waren von der SPD-Fraktion, AfD-Fraktion, FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! - Christian Joisten [SPD]: Ich würde es gern so sehen! - Mike Homann [SPD]: Wir können das gern so machen!)

- Jetzt haben wir einmal die Gelegenheit gehabt, Herr Joisten. Stimmt, ja, ich stand jetzt auf dem Schlauch.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und DIE LINKE abstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja, jetzt stimmt es! Das war eine schwere Geburt!)

Jetzt stimme ich über die Vorlage -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Geänderte Vorlage!)

- in Anlage 16 in der durch den gerade beschlossenen Änderungsantrag beschlossenen Form ab. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion, von FDP und Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. So stimmt es jetzt aber.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nach drei Jahren!)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die „Satzung über die Herstellung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge und Fahrradabstellplätzen sowie die Erhebung von Ablösebeträgen“ nach §§ 48 Absatz 3 und 89 Absatz 1 Nr. 4 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) mit den Änderungen gemäß Anlage 16 unter Berücksichtigung folgender Maßgaben:

a. Bei Baulückenschließungen, Beseitigungen von Minderbebauungen und dem Ausbau von Dachgeschossen wird der Geldbetrag für die ersten 10 abzulösenden Stellplätze erlassen. § 8 der Satzung ist entsprechend zu ergänzen.

b. Soweit in den unter a) genannten Konstellationen öffentlich geförderter Wohnungsbau errichtet wird, entfällt der Ablösebetrag in Gänze, unabhängig von der Anzahl der abzulösenden Stellplätze.

c. Abweichend zu Anlage 16 wird in der Richtzahlliste die Quote für die Einkommensklasse A des öffentlich geförderten Wohnungsbaus auf 0,4 festgesetzt.

d. Die Umsetzung von Maßnahmen, mit denen die Anzahl der herzustellenden Stellplätze gemäß Anlage 3 reduziert werden kann, ist in geeigneter Form nachzuweisen. § 10 der Stellplatzsatzung (Ordnungswidrigkeiten) ist entsprechend zu ergänzen, damit ein nicht erbrachter Nachweis sanktioniert werden kann.

e. Die §§ 4 Abs. 3 und 6 Abs. 2 der Stellplatzsatzung werden gestrichen.

2. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, von der Möglichkeit gemäß § 1 Abs. 4 der Stellplatzsatzung, eigenständige Regelungen für Bebauungsplangebiete zu treffen, insbesondere für große städtebauliche Entwicklungsgebiete wie Deutzer Hafen, Mülheimer Süden, Parkstadt-Süd, Zündorf-Süd, Kreuzfeld und Rondorf-Nordwest Gebrauch zu machen. Voraussetzung für das Ziel einer weiteren Reduzierung von Stellplätzen ist jeweils die verbindliche Umsetzung eines schlüssigen und belastbaren Verkehrs- und Mobilitätskonzepts. Die Umsetzung ist in geeigneter Form nachzuweisen.

3. Um die Stellplatzsatzung und deren Anwendung in der Praxis evaluieren zu können, wird die Verwaltung beauftragt, künftig zu erteilten Baugenehmigungen mit reduziertem Stellplatzschlüssel folgende Informationen zu erfassen:

- Bauprojekt, Bauträger, Wohneinheiten,

- genehmigter Stellplatzschlüssel,

- Art und Grund der Reduzierung,

- Nachweis der Realisierung.

Eine Evaluierung der Stellplatzsatzung erfolgt unter Berücksichtigung dieser Informationen nach Ablauf von zwei Jahren. Die Ergebnisse sind den politischen Gremien entsprechend aufbereitet vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und Die Linke.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die

Stellplatzsatzung wie folgt zu ändern:

1. *Im geförderten Wohnungsbau ist bei der Einkommensgruppe A lediglich eine Quote von 0,5 Stellplätzen zu bauen. Dies gilt auch für barrierefreie Wohnungen, bzw. rollstuhlgerechte Wohnungen für Einzelpersonen, deren Wohnungsgröße in der Regel bei 52, bzw. 55 qm liegen. Auf einen Ablösebetrag für Stellplätze im geförderten Wohnungsbau wird verzichtet.*

2. *Die Reduktionsmöglichkeiten bei Sonderwohnformen sollen in der Einzelfallprüfung mit höchstmöglichen Stellplatzreduzierungen bedacht werden.*

   Zu den Sonderwohnformen zählen:

   - *Micro-Wohnen und Seniorenwohnungen*
   - *Baugruppen und andere gemeinschaftliche Wohnformen*
   - *Wohngemeinschaften, z.B. Demenz-WGs, geförderte Studierenden-WGs*
   - *Cluster-Wohnungen, in denen Miniapartments oder Wohnungen zu Großwohnungen kombiniert werden*
   - *Genossenschaften*
   - *Soziokulturelle Projekte, Nachhaltigkeitsprojekte und Nachbarschaftscafés*

   Bei der Umnutzung von denkmalgeschützten Bauwerken und Gebäuden von historischer Bedeutung zur kulturellen Nutzung, kann die Verwaltung die Pflicht zur Stellplatzschaffung erlassen, sofern diese die Umsetzung des kulturellen Projekts gefährden würde.

3. *Eine Mischnutzung von Stellplätzen durch GE und WE muss von den Vorhabenträger*innen dargestellt werden.*

4. *Im gesamten Gebiet des Bezirks Innenstadt wird mindestens eine Reduktion um 50 % ermöglicht.*

5. *Für Stadtteile ohne schienengebundenen ÖPNV-Anschluss gilt ein Reduktionsfaktor von 0 %.*

6. *Bei Einfamilienhäusern werden „gefangene“ Stellplätze angerechnet, also solche, die nur über andere Stellplätze zu erreichen sind. Auch hier gelten mögliche Ablöseszenarien wie gute ÖPNV Anbindung etc.*

7. *Die für Fahrräder angesetzte Größe eines Abstellplatzes gilt als Richtschnur, für die es Ausnahmen geben kann, wenn Fahrradparksysteme installiert werden, die eine höhere Dichte zulassen.*

8. *Die Fahrradabstellplätze sollen so angelegt sein, dass die Räder vor Diebstahl und Wettereinflüssen geschützt sind.*

9. *Durch die Satzung muss sichergestellt werden, dass autofreie Quartiere entwickelt werden können. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Nicht-Errichtung von Stellplätzen nicht zu Lasten der Parksituation in den angrenzenden Quartieren geht.*

10. *Bei Kindertagesstätten (Nr. 9.1) sind PKW-Stellplätze im Verhältnis 1 je 4 Beschäftigte, jedoch mindestens 2, und Fahrradabstellplätze 1 je 5 Kinder, jedoch mindestens 2 für Spezialräder, davon 50 % Besucheranteil, herzustellen.*

11. *Bei Grundschulen (Nr. 9.2) sind PKW-Stellplätze 1 je 4 Beschäftigte und Fahrradabstellplätze 1 je 2 Schüler, davon 10 % Besucheranteil, herzustellen.*

12. *Bei sonstigen allgemeinbildenden Schulen (9.3) sind PKW-Stellplätze 1 je 4 Beschäftigte und Fahrradabstellplätze 2 je 3 Schüler, davon 10 % Besucheranteil, herzustellen.*

13. *In § 3 Absatz 4 werden die Worte „durch Gutachten“ gestrichen.*

14. *Die Verwaltung wird beauftragt bis Ende des Jahres zu evaluieren, wie das nachfolgende Konzept in die Stellplatzsatzung übernommen werden kann.*

    Der Reduktionsschlüssel, soll durch einen dynamischen Schlüssel ersetzt werden, um der tatsächlichen Erschließungsqualität der Gebiete Rechnung zu tragen.

Die Einteilung des Stadtgebiets (Anlage 2 zur Stellplatzsatzung) soll stattdessen nach folgendem Schlüssel erfolgen (eine Unterteilung in Innenstadt/Kernstadt etc. findet nicht statt): Punkte je Kriterium	*Erreichbarkeit[5]*	*Dichte der Verkehrsmittel*	*Leistungsfähigkeit[6] (Taktfolge werktags 6h-19h)*	*Attraktivität des Verkehrsmittels*
1	*Mindestens eine Haltestelle des ÖPNV in R => 500m – max. 600m*	*Mehr als 1 Bus- oder Bahnlinie*	*Takt max. 15. Min*	*Bus überwiegend auf eigener Busspur*
2	*Mindestens eine Haltestelle des ÖPNV in R => 300m – max. 500m*	*Mehr als 2 Bus- oder Bahnlinie*	*Takt max. 10 min*	*Straßenbahn, Stadtbahn*
3	*Mindestens eine Haltestelle in R = 300m*	*Mehr als 3 Bus- oder Bahnlinien*	*Takt max. 5 min*	*Schienenschnellverkehr (S-Bahn, Stadtbahn) mit eigenem Gleiskörper*

Es sind im günstigsten Fall, d.h. bei maximaler Punktzahl in jeder der 4 Kategorien, 12 Punkte erreichbar.

Die Stellplätze werden folgendermaßen gemindert:

Unter 4 Punkten = 10%

4-6 Punkte = 20%

7-9 Punkte = 40%

10-11 Punkte = 60%

12 Punkte = 70%

An scharfen Grenzen sollen Übergangszonen in 5%-Schritten definiert werden.

Die Reduzierung ist in regelmäßigen Abständen neu zu evaluieren.

*Die Minderung kann von Bauträger*innen jederzeit selbst ermittelt werden.*

Die Minderung kann sich auch auf aktuell geplante, aber noch nicht umgesetzte ÖPNV Projekte beziehen.

Aus Anlage 1 wird nach Nutzungsart und Größe der Anlage eine Zahl von Stellplätzen ermittelt. Diese wird ggf.

[5] Es soll explizit der tatsächliche Fußweg und nicht der radiale Abstand genommen werden.

[6] Kürzester Takt des leistungsfähigsten Verkehrsmittels.

entsprechend der oben ermittelten Punktzahl gemindert.

15. Zusätzlich wird die Verwaltung beauftragt nach drei Jahren eine Evaluation der Stellplatzsatzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP, AfD und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

III. Abstimmung über den aktualisierten Beschlussvorschlag (Anlage 16) in der so geänderter Fassung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die „Satzung über die Herstellung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge und Fahrradabstellplätzen sowie die Erhebung von Ablösebeträgen“ nach §§ 48 Absatz 3 und 89 Absatz 1 Nr. 4 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) mit den Änderungen gemäß Anlage 16

und unter Berücksichtigung folgender Änderungen:

1. Im geförderten Wohnungsbau ist bei der Einkommensgruppe A lediglich eine Quote von 0,5 Stellplätzen zu bauen. Dies gilt auch für barrierefreie Wohnungen, bzw. rollstuhlgerechte Wohnungen für Einzelpersonen, deren Wohnungsgröße in der Regel bei 52, bzw. 55 qm liegen. Auf einen Ablösebetrag für Stellplätze im geförderten Wohnungsbau wird verzichtet.

2. Die Reduktionsmöglichkeiten bei Sonderwohnformen sollen in der Einzelfallprüfung mit höchstmöglichen Stellplatzreduzierungen bedacht werden.
Zu den Sonderwohnformen zählen:

- Micro-Wohnen und Seniorenwohnungen
- Baugruppen und andere gemeinschaftliche Wohnformen
- Wohngemeinschaften, z.B. Demenz-WGs, geförderte Studierenden-WGs
- Cluster-Wohnungen, in denen Miniapartments oder Wohnungen zu Großwohnungen kombiniert werden
- Genossenschaften
- Soziokulturelle Projekte, Nachhaltigkeitsprojekte und Nachbarschaftscafés

Bei der Umnutzung von denkmalgeschützten Bauwerken und Gebäuden von historischer Bedeutung zur kulturellen Nutzung, kann die Verwaltung die Pflicht zur Stellplatzschaffung erlassen, sofern diese die Umsetzung des kulturellen Projekts gefährden würde.

*3. Eine Mischnutzung von Stellplätzen durch GE und WE muss von den Vorhabenträger*innen dargestellt werden.*

4. Im gesamten Gebiet des Bezirks Innenstadt wird mindestens eine Reduktion um 50 % ermöglicht.

5. Für Stadtteile ohne schienengebundenen ÖPNV-Anschluss gilt ein Reduktionsfaktor von 0 %.

6. Bei Einfamilienhäusern werden „gefangene“ Stellplätze angerechnet, also solche, die nur über andere Stellplätze zu erreichen sind. Auch hier gelten mögliche Ablöseszenarien wie gute ÖPNV Anbindung etc.

7. Die für Fahrräder angesetzte Größe eines Abstellplatzes gilt als Richtschnur, für die es Ausnahmen geben kann, wenn Fahrradparksysteme installiert werden, die eine höhere Dichte zulassen.

8. Die Fahrradabstellplätze sollen so angelegt sein, dass die Räder vor Diebstahl und Wettereinflüssen geschützt sind.

9. Durch die Satzung muss sichergestellt werden, dass autofreie Quartiere entwickelt werden können. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Nicht-Errichtung von Stellplätzen nicht zu Lasten der Parksituation in den angrenzenden Quartieren geht.

10. Bei Kindertagesstätten (Nr. 9.1) sind PKW-Stellplätze im Verhältnis 1 je 4 Beschäftigte, jedoch mindestens 2, und Fahrradabstellplätze 1 je 5 Kinder, jedoch mindestens 2 für Spezialräder, davon 50 % Besucheranteil, herzustellen.

11. Bei Grundschulen (Nr. 9.2) sind PKW-Stellplätze 1 je 4 Beschäftigte und

Fahrradabstellplätze 1 je 2 Schüler, davon 10 % Besucheranteil, herzustellen.

12. *Bei sonstigen allgemeinbildenden Schulen (9.3) sind PKW-Stellplätze 1 je 4 Beschäftigte und Fahrradabstellplätze 2 je 3 Schüler, davon 10 % Besucheranteil, herzustellen.*

13. *In § 3 Absatz 4 werden die Worte „durch Gutachten“ gestrichen.*

14. *Die Verwaltung wird beauftragt bis Ende des Jahres zu evaluieren, wie das nachfolgende Konzept in die Stellplatzsatzung übernommen werden kann.*

    Der Reduktionsschlüssel, soll durch einen dynamischen Schlüssel ersetzt werden, um der tatsächlichen Erschließungsqualität der Gebiete Rechnung zu tragen.

    Die Einteilung des Stadtgebiets (Anlage 2 zur Stellplatzsatzung) soll stattdessen nach folgendem Schlüssel erfolgen (eine Unterteilung in Innenstadt/Kernstadt etc. findet nicht statt):

Punkte je Kriterium	*Erreichbarkeit*[7]	*Dichte der Verkehrsmittel*	*Leistungsfähigkeit*[8] *(Taktfolge werktags, 6h-19h)*	*Attraktivität des Verkehrsmittels*
1	*Mindestens eine Haltestelle des ÖPNV in R => 500m – max. 600m*	*Mehr als 1 Bus- oder Bahnlinie*	*Takt max. 15. Min*	*Bus überwiegend auf eigener Busspur*
2	*Mindestens eine Haltestelle des ÖPNV in R => 300m – max. 500m*	*Mehr als 2 Bus- oder Bahnlinie*	*Takt max. 10 min*	*Straßenbahn, Stadtbahn*
3	*Mindestens eine Haltestelle in*	*Mehr als 3 Bus- oder Bahnlinien*	*Takt max. 5 min*	*Schienenschnellverkehr (S-Bahn,*

[7] *Es soll explizit der tatsächliche Fußweg und nicht der radiale Abstand genommen werden.*

[8] *Kürzester Takt des leistungsfähigsten Verkehrsmittels.*

	R = 300m			*Stadtbahn) mit eigenem Gleiskörper*

Es sind im günstigsten Fall, d.h. bei maximaler Punktzahl in jeder der 4 Kategorien, 12 Punkte erreichbar.

Die Stellplätze werden folgendermaßen gemindert:

Unter 4 Punkten = 10%

4-6 Punkte = 20%

7-9 Punkte = 40%

10-11 Punkte = 60%

12 Punkte = 70%

An scharfen Grenzen sollen Übergangszonen in 5%-Schritten definiert werden.

Die Reduzierung ist in regelmäßigen Abständen neu zu evaluieren.

*Die Minderung kann von Bauträger*innen jederzeit selbst ermittelt werden.*

Die Minderung kann sich auch auf aktuell geplante, aber noch nicht umgesetzte ÖPNV Projekte beziehen.

Aus Anlage 1 wird nach Nutzungsart und Größe der Anlage eine Zahl von Stellplätzen ermittelt. Diese wird ggf. entsprechend der oben ermittelten Punktzahl gemindert.

15. *Zusätzlich wird die Verwaltung beauftragt nach drei Jahren eine Evaluation der Stellplatzsatzung durchzuführen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP, AfD, und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Die Fraktion Die Linke hat den Änderungsantrag AN/0503/2021 zurückgezogen.

RM Kirchner gibt zu Protokoll, dass die SPD-Fraktion sich aufgrund der Kurzfristigkeit des vorgelegten umfangreichen Änderungsantrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und Die Linke. (AN/1011/2021) mit dessen Inhalten nicht ausreichend auseinander setzen konnte.

RM de Bellis-Olinger reicht ihren Wortbeitrag schriftlich zu Protokoll ein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

6.1.3 Änderung der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln vom 12.04.2010

0786/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln vom 12.04.2010 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif
0539/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ein kurzes Statement: Die FDP-Fraktion zeigt sich solidarisch mit den Taxiunternehmern, die hier Veto einlegen gegen den TAXI RUF Köln wegen der Tariferhöhungen. Wir teilen die Sorge dieser Taxiunternehmer, dass diese Erhöhung, die eigentlich sicherlich gut gedacht ist, bei den Taxiunternehmern noch viel

mehr Schaden anrichtet, weil sich dadurch der Wettbewerb mit Uber, mytaxi bzw. FREE NOW und anderen dieser Unternehmen noch weiter verschärfen wird, und sie werden zurückbleiben. Heutzutage entscheiden Sie sich schon für die App und können sich das aussuchen, und dann entscheidet das auch der Preis. Darum wird diese Erhöhung nicht helfen. Das sehen viele Taxiunternehmer auch so. Darum werden wir uns solidarisch zeigen und diese Verordnung ablehnen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für die in der Stadt Köln zugelassenen Taxis -Kölner Taxitarif- gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

6.2.2 Satzung zur rückwirkenden Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 2012

0988/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die in Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 2012.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Richtlinie für den Einsatz von Abschlussprüferinnen und -prüfern bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen 0686/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Änderung der „Richtlinie für den Einsatz von Abschlussprüferinnen und -prüfern bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen“ in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 2) zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu den haushaltsrechtlichen Unterrichtungen des Rates. Können wir das gemeinsam zur Kenntnis nehmen? Gibt es dazu von Ihnen Übereinstimmung, oder ist jemand dagegen? - Herr Wortmann. Sie würden das einzeln haben wollen?

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln] nickt)

Dann machen wir das.

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -

auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

1419/2021

Gegenstimmen? - Keine.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln - Kostenerhöhung

0061/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen, okay. Oder ist das eine Wortmeldung, Herr Wortmann? - Eine Wortmeldung muss er machen dürfen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Anmerkung:
RM Jennifer Glashagen gibt ihren Wortbeitrag schriftlich zu Protokoll.

7.2.2 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2021

1012/2021

Wünscht das jemand nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Nein.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2.3 Herrichtung von Trendsportangeboten für Kinder und Jugendliche, Stresemannstraße in Köln-Finkenberg

0609/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wird auch zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann haben wir die 7er-Tagesordnungspunkte abgearbeitet.

Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag
0068/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe Ziffer IV – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Äußerer Grüngürtel Nord Grüne Brückenschläge (Bedarfsanerkennung, Schenkungsannahme)

0063/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) „Grüne

Brückenschläge“ im Äußeren Grüngürtel Köln Nord für die Förderqualifizierung.

2. *Die Förderantragsstellungen als Voraussetzung für die Realisierung der einzelnen Projekte erfolgen nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes nach finanzieller Sicherstellung der städtischen Eigenanteile unter Beachtung der jeweils entscheidungszuständigen politischen Gremien.*

   Der Rat erteilt in diesem Zusammenhang gem. § 5 (2) a) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln die grundsätzliche Bedarfsanerkennung.

3. *Der Rat nimmt das von der Kölner Grün Stiftung erstellte ISEK zustimmend zur Kenntnis und erklärt die Annahme der Schenkung in Höhe von 52.000.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln für die Silvesterfeiern in den Jahren 2021 bis 2024 und Vergabe der Leistungen

0283/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Bitte, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden hier mit Nein stimmen, weil es hier um das Thema Silvester geht.

Meine Frage an Sie alle ist: Wann haben wir endlich wieder ein normales Silvester, dass diese Sicherheitskonzepte in dem Umfang nicht erforderlich sind, dass nicht Tausende Polizisten in der Kölner Innenstadt unterwegs sein müssen? - Das heißt nicht, dass wir gegen Sicherheitskonzepte sind. Wir sagen nur: Wir wollen ein normales Silvester, Köln bitte normal, genauso wie Deutschland bitte normal. Von daher: Ich glaube, das geht ein bisschen am Thema vorbei. Das ist der Grund für unsere Nein-Stimme.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Weitere Wortmeldungen sehe ich nämlich nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Köln analog der Vorjahre anlässlich der Silvesterfeiern 2021 bis 2024 ein erhöhtes Risiko-Management und in diesem Rahmen Maßnahmen zur Vermeidung und Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung plant und durchführt.*

2. *Der Rat der Stadt Köln erkennt den mit der Übernahme dieses erhöhten Risikomanagements verbundenen finanziellen Bedarf für Sicherheitsmaßnahmen zu Silvester in Höhe von netto insgesamt 1.702.500 EUR (brutto 2.025.975 EUR) für die Jahre 2021 bis 2024 an und stimmt der Vergabe der Leistungen als Gesamtpaket im Wege einer öffentlichen Ausschreibung für das Jahr 2021 mit der Option der dreimaligen Verlängerung für die Jahre 2022 bis 2024 zu.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.4 Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt; hier: Bauvorhaben Hohenzollernring 62

1152/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, hier hat zunächst Frau Pakulat das Wort.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das sind die Grünen, die hoch hinaus wollen! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Illegalerweise!)

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrtes Publikum! Ich werde hier zunächst einmal als Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses ein paar mehr Worte verlieren, bemühe mich trotzdem, mit meinen drei Minuten Redezeit auszukommen.

Der Rat hat letztes Jahr den Auftrag an die Verwaltung vergeben, ein neues Höhenkonzept aufzustellen, das existierende für die linksseitige

Innenstadt zu erweitern und nachzubessern. Diesem Auftrag wurde sehr prompt nachgekommen. Wir hatten im März eine sehr gute Auftaktveranstaltung mit viel Expertise aus dem In- und Ausland gehabt, die uns auch schon auf dem Erkenntnisweg ein wenig weitergebracht hat.

Nicht neu dabei war, dass Köln eine relativ überschaubare Anzahl an Hochhäusern hat, was natürlich an der Topographie, also an der Fläche liegt, aber natürlich auch daran, dass diese Stadt maßgeblich durch den Dom dominiert wird. Der Dom ist hier der Maßstab aller Dinge. Danach muss sich auch eine Bebauung richten. Der Dom ist auch eine Bürde in der Beziehung, aber er ist auch eine Hilfe, weil er natürlich ganz klare Parameter schafft.

Wir wenden unseren Blick mal auf die Ringe oder den Ring - so muss man eigentlich sagen -, der als *gute Stube* Kölns oder eigentlich eher als *Salon* von Köln mal geplant war. Er sollte schon etwas feiner sein, eine Ausgehmeile für die gute Gesellschaft.

Am Hohenzollernring 62 steht im Moment ein Hochhaus mit der Höhe von 33 Metern. Auch dieses Hochhaus passt schon nicht ins Hochhauskonzept, also ins existierende Höhenkonzept.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das wurde aber vorher gebaut!)

Es wurde vorher gebaut, gewiss, aber es besteht natürlich ein gewisser Bestandsschutz für diese Höhe, bis der Eigentümer vorhat, es abzureißen. Dieser hat aber jetzt die Intention geäußert, ein neues Hochhaus an der Stelle zu bauen - überwiegend, weil diese Gewerbeimmobilie für den heutigen Bedarf nicht mehr nutzbar ist, jedenfalls nicht für eine solch - sagen wir einmal so - herausragende Adresse; denn das sollte sie eigentlich sein.

Wenn wir uns aber diesen Ort genauer anschauen, sehen wir auch, dass dort - die Verwaltung nennt das so - ein wenig qualifizierter öffentlichen Raum entstanden ist mit dem Bau des existierenden Hauses. Eigentlich finde ich den Ausdruck noch ganz schmeichelhaft: *wenig qualifizierter öffentlicher Raum*. Jeder kann sich vorstellen, dass es mit einer andersförmigen Bebauung dort sehr viel besser aussehen könnte. Für einen Neubau sollte nicht der einzige Parameter die Höhe sein, sondern es sollte auch die Breite und Tiefe sein. Ich sage einmal: die Masse. Und die Masse, die dort im Moment steht, ist - egal, von welcher Achse Sie schauen - sehr unpassend für diesen Ort. Eigentlich weiß ich gar nicht, warum man das an der Stelle einmal genehmigt hat.

Jetzt setze ich mal mein grünes Hütchen auf. Es kursieren immer einige Märchen, Grüne seien grundsätzlich gegen Hochhäuser, Grüne kippten jetzt um und seien plötzlich für Hochhäuser. Weder das eine noch das andere ist wahr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können uns an einigen Stellen durchaus Hochhäuser vorstellen, weil die Maxime für die kommenden Jahre sein sollte: weniger Flächenversiegelung. Wir müssen Flächen einsparen, und besser ist es natürlich, sie beim Gewerbe einzusparen als beim Wohnen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat, die Redezeit ist um ein Weites überschritten.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Ich komme auch fast zum Ende.

Das Ring-Konzept, das auch Teil des Höhenkonzepts ist, sagt an einer Stelle aus: Es sollen auch Solitäre von maximal 60 Meter Gebäudehöhe über Gelände zulässig sein, wenn diese innerhalb der Blöcke liegen und um etwa eine Gebäudetiefe zurückspringen.

Eine solche Aussage muss man natürlich ernst nehmen - auch für eine kommende Bebauung.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber nicht an dieser Stelle!)

Das, was wir uns jetzt von dieser Neuplanung versprechen, ist vor allem, dass sie uns bei der Entwicklung des Höhenkonzeptes weiterhilft. Denn es hilft nicht, das rein theoretisch zu machen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann muss man es zurückstellen!)

Es muss sich an der Praxis zeigen und an der Praxis auch abarbeiten. Wir müssen auch einen Beweis führen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber erst einmal bauen und dann der Plan!)

- Es wäre unheimlich nett, wenn ich erst einmal ausreden dürfte.

Deshalb sagt unser gemeinsamer Änderungsantrag des Bündnisses auch: Wir brauchen zuallererst eine Massestudie, um festzustellen: Was passt an diesen Ort? - Nein, dieses hier heute ist kein Beschluss für ein neues Hochhaus. Ganz und gar nicht. Es ist der Beschluss für eine Planung. Was uns dann noch bevorstünde, wäre ein Aufstellungsbeschluss und ein Bebauungsplanbeschluss. Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Wir wollen diese Prüfung haben, und ich sage Ihnen: Wir stehen mit dieser Planung noch ganz am Anfang. Es muss erst einmal bewiesen werden, was dorthin passt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Der Änderungsantrag zum Bauvorhaben Hohenzollernring 62, verfasst vom Kernbündnis, dient ausschließlich zur Verwirklichung von Investoreninteressen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Während das Thema vor der Wahl mehrfach von den Grünen aufgrund von Verfristungen oder diversen Beratungsbedarfen sowohl im StEA als auch in den Bezirksvertretungen geschoben werden musste, scheint es jetzt nach der Wahl keinen Aufschub mehr zu dulden. So wurde der umfangreiche Änderungsantrag dem Stadtentwicklungsausschuss zum Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgehändigt, sodass im Vorfeld keine Bewertung und Beratung in den verschiedenen Fraktionen möglich war. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Stil.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ein Höhenkonzept, welches zu Beginn der 2000er-Jahre mit breiter Beteiligung und im Konsens der Stadtgesellschaft beschlossen wurde, soll nun faktisch zur Realisierung eines einzigen Bauvorhabens und zur Befriedigung der Interessen eines Investors, der sich leider für den Ankauf einer möglicherweise überteuerten Immobilie entschieden hat, über den Haufen geschmissen werden. Dem neuen Höhenkonzept, was wir alle gemeinsam mit der Stadtgesellschaft entwickeln wollen, greifen Sie an diesem Punkte vor. Da fragt man sich: Warum haben wir nicht die Zeit, um auf dieses neue Höhenkonzept zu warten?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bei dem Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt wurden die romanischen Kirchen klar als Relationsmaßstab herangezogen. Ich möchte hier ganz eindringlich davor warnen - Frau Pakulat, Sie haben gerade eben, für eine Kölnerin wirklich erstaunlich, den Kölner Dom eine Bürde genannt -, Fakt ist: Wir haben das Höhenkonzept erstellt, um nicht den Verlust des UNESCO-Weltkulturerbes in Kauf nehmen zu müssen. Das ist der Grund - zum Schutze auch unseres Kölner Doms. Nun sollen diese Leitlinien geopfert werden. Ich frage Sie: Wem gehört unsere Stadt? - Möchten wir als Politik der Stadt Köln weiterhin Entscheidungen im Sinne der Allgemeinheit treffen, oder wollen wir uns durch Investoreninteressen leiten lassen? Wollen wir uns unter Druck setzen lassen von denen, die ihren teuren Einkauf nun wieder hereinholen müssen, indem für sie alle Maßstäbe außer Kraft gesetzt werden, damit sie deutlich höher und damit auch rentabler bauen können? - Ich möchte daran erinnern: Erst wollten die Investoren dort 99 Meter bauen und jetzt als Kompromiss nur 67 Meter, was immer noch doppelt so hoch ist, wie sie eigentlich dürften.

Damit wir die Steuerungswirkung, die das Höhenkonzept derzeit hat, nicht verlieren, können wir diesem Änderungsantrag nicht zustimmen. Im Übrigen kommt die Verwaltung in ihrer Anlage 9 auch zu dem Schluss, dass wir die Steuerungswirkung des Höhenkonzepts mit Ihrem Antrag verlieren würden. Folglich würden Begehrlichkeiten geweckt, und in Zukunft würden viele Investoren höher bauen wollen. Das kann aber nicht unser Bestreben sein.

Die zulässige Bauhöhe prägt das Stadtbild maßgeblich und muss gut durchdacht sein. Eine unterstützende Genehmigung ohne fundierte Abwägung der Folgen für die gesamte Stadtentwicklung kann nicht unser Ziel sein. Das Gebäude kann saniert werden und in der gegebenen Höhe weiterentwickelt werden. Das sollte das erklärte Ziel für dieses Objekt sein. Aus diesen Gründen bitte ich Sie alle, für die von der Verwaltung vorgeschlagene Alternative A zu stimmen und den Bürger*innen dieser Stadt klar zu signalisieren, dass die Stadt uns allen gehört und nicht einem drängenden Investor. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon etwas erstaunt, welches Narrativ Sie bedienen wollen, welche Bilder Sie hier aufzeichnen. Ich kann das in Teilen, Herr Homann, nur darauf zurückführen, dass Sie neu im Stadtentwicklungsausschuss sind.

(Zuruf von Jürgen Kircher [SPD])

Sonst hätten Sie die Diskussion mitbekommen, die im Übrigen in der BV 1 sehr dezidiert geführt wurde. Und auf der Beschlusslage fußt der Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt. Er greift Punkte auf aus den Veranstaltungen, an denen wir alle über Videostream, glaube ich, teilnehmen konnten. Er greift Punkte auf, was den öffentlichen Raum betrifft, was den Mehrwert für den öffentlichen Raum betrifft und was die Mischung für solche Vorhaben betrifft.

Kollege Sterck ist heute nicht anwesend. Wer sich zurückerinnert: Kollege Sterck hat in der Diskussion, die noch in der letzten Wahlperiode geführt wurde, ausgeführt, dass es Ausnahmen zum Höhenkonzept gibt. Es gibt Ausnahmen zum Höhenkonzept, deswegen gibt es das Gebäude gegenüber des hier angesprochenen Gebäudes, ehemaliges Gerling-Gebäude, die Entwicklung bzw. die Architektur von Foster. An dieser Höhenentwicklung haben wir uns orientiert.

Es tut mir leid, aber Sie tragen inhaltsmäßig hier einen Artikel vor - ich weiß nicht, ob Sie das mit der Kollegin inszeniert haben. Sie hat in den letzten sechs Jahren mit Ihnen im Stadtentwicklungsausschuss gesessen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich weiß nicht, wie man dazu kommt, in die Überschrift eines Artikels heute zu schreiben, dass wir etwas genehmigen würden. Das Gegenteil ist doch der Fall. Da kann ich nur an eine sachliche Debatte Ihrerseits appellieren.

Wir haben zwei Schritte beauftragt: zum einen eine Massestudie und zum anderen einen Qualifizierungswettbewerb. Das bedeutet bei weitem keine Genehmigung, sondern einen Diskussionsprozess, einen Planungsprozess, in den der Stadtentwicklungsausschuss eingebunden ist - erstens.

Die Kollegin sitzt nicht mehr im Stadtentwicklungsausschuss. Ich weiß nicht, warum,

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

sonst hätte sie nämlich die Diskussion am letzten Donnerstag verfolgen können.

Zweitens hat der Stadtentwicklungs- und Baudezernent deutlich ausgeführt, dass diese Prozesse dringend miteinander verzahnt werden müssen.

Ich glaube, die Kollegin Barbara Schock-Werner gehört auch zu denjenigen, die immer gleich an erster Stelle sind, auf uns Politiker einzudreschen, wenn es mal irgendwo in der Stadt nicht weitergeht. Jetzt gehen wir hier mal endlich an dieser Ecke einen Schritt weiter. Die Kollegin hat es ausgeführt, dass es ist hier einen Impuls braucht.

Noch einmal: Wir genehmigen gar nichts, sondern wir gehen in ein Verfahren hinein, bei dem wir gemeinsam im Stadtentwicklungsausschuss über die gerade bezeichneten Verfahren Dinge entwickeln, die dem Standort guttun. Das ist kein Investoren-Hinterherlaufen oder sonst etwas.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt sagen, der mir wirklich auf der Seele liegt. In dem Artikel wird beschrieben, wie das in dem neuen Bündnis zugeht oder wie man sich abspricht. Ich zitiere aus dem Artikel:

> Erklärbar ist das für mich nur als Folge eines üblen politischen Geschachers mit dem Koalitionspartner CDU. Nach dem Motto: Gebt ihr uns unsere Verkehrsberuhigung, dann kriegt ihr eure investorengesteuerte Stadtplanung.

Frau Schock-Werner sieht vielleicht gerade zu. Ich muss das im Namen der CDU und auch im Namen des Bündnisses auf das Schärfste zurückweisen und kritisieren.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich freue mich über einen inhaltlichen Diskurs, wie hoch wir bauen können, was wir an der Stelle machen können, und da soll natürlich auch eine so hochangesehene Persönlichkeit ihren Beitrag leisten in ihren Kolumnen - das ist völlig zugestanden und muss man aushalten -, aber das, was Frau Schock-Werner da macht, diskreditiert im Übrigen die gesamte Politik. Das lassen wir uns nicht bieten, und das muss ich zurückweisen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal: Wir genehmigen nichts, wir entscheiden nichts, was einem Baubeschluss gleichkommt. Wir gehen in ein Verfahren hinein. Das ist eng verzahnt mit der Entwicklung des Höhenkonzeptes. Es braucht aber diesen Planungsimpuls, diesen Ideenimpuls für diesen Standort. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kienitz, Sie probieren hier - Frau Kollegin Pakulat hat das auch getan -, uns ein X für ein U vorzumachen. Das kann natürlich nicht funktionieren.

Sie haben letzte Woche im Stadtentwicklungsausschuss eine Massestudie beschlossen; das ist völlig richtig. In dieser Massestudie haben Sie aber die Maße für die Höhe hineingeschrieben, und die liegen zwischen 39 und 67 Metern. Das wissen Sie. Und Sie wissen auch, dass wir momentan ein aktuelles Höhenkonzept haben, welches im linksrheinischen Innenstadtbereich die 22,50 Meter vorschreibt. Ja, es sind Hochpunkte möglich, aber diese Hochpunkte sind möglich, wenn sie stadtgestalterisch an dieser Stelle Sinn machen, und nicht, weil ein Investor sagt: Ich würde aber gern dort mindestens 67 Meter hoch bauen und in Wirklichkeit 99 Meter.

Herrn Sterck haben Sie eben zitiert - er ist heute nicht da -, und er hat es letzte Woche im Stadtentwicklungsausschuss auf den Punkt gebracht. Er hat nämlich die Wahrheit gesagt zu Ihrer Strategie: Wir haben die Pandemie, jetzt können wir doch froh sein, dass irgendjemand überhaupt baut. Was soll man denn da jetzt noch lange über Konzepte diskutieren?

(Beifall bei der LINKEN und von Christian Joisten [SPD])

Das ist der Geist Ihres Herangehens in dieser Frage, meine Damen und Herren.

Peinlich für Sie ist nur, dass Sie jetzt von ungewohnter Stelle auch noch richtig unter Beschuss geraten. Eine hochgeschätzte Person, die Frau Schock-Werner, die sich nun wirklich mit der Frage Dom und Schutz der romanischen Kirchen auskennt, haben Sie hier, wie ich meine, nicht gerade sachlich kritisiert, sondern Sie haben alte Dinge ausgegraben und Ihre Gekränktheit ans Licht geführt. Das finde ich nicht in Ordnung. Die Frau hat sich meiner Meinung nach sehr verdient gemacht um das Stadterscheinungsbild, und jetzt wird sie hier so diskreditiert. Das ist nicht in Ordnung.

Aber auch Ihre natürlichen Verbündeten, der Haus- und Grundbesitzerverein, hat diese Woche eine Presseerklärung herausgegeben und gesagt: Was Schwarz-Grün-Lila hier macht, ist irritierend. Der Haus- und Grundbesitzerverein ist in Sorge um das Stadtbild der Kölner linksrheinischen Innenstadt aufgrund Ihrer unüberlegten Handlungen und wegen dem Kniefall vor den Investoren, was hier Schwarz-Grün-Lila vollbringt.

(Beifall bei der LINKEN - Niklas Kienitz [CDU]: Das ist ein Widerspruch!)

- Nein, das ist überhaupt kein Widerspruch.

Der Kollege hat eine Zwischenfrage, ich freue mich darauf.

(Zuruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Gut, keine Zwischenfrage.

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen: Ich bin wirklich erschüttert. Mit großem Tamtam und Brimborium diskutieren wir darüber, dass wir für Köln ein neues Höhen- und Hochhauskonzept brauchen. Wir fingen diese Diskussion am Samstag vor zwei Wochen an, und zwar mit hochkarätigen Gästen aus London, aus Mailand, aus Frankfurt, wo es durchaus Stimmen gab, die sagen: Es gibt gute Hochhäuser - es spricht auch niemand dagegen -, aber man muss sensibel damit umgehen. Man braucht zuerst das Konzept, und dann muss man überlegen, wo man ein Hochhaus baut, und nicht: Jetzt baut man eines, und danach strickt man sich ein gefälliges Konzept drum herum.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das kann nicht sein, meine Damen und Herren! Ich bin wirklich erzürnt.

Worüber ich noch erzürnt bin, ist - das hat der Kollege Homann schon ausgeführt, das muss ich nicht noch einmal wiederholen -: Da kriegt man so etwas auf den Tisch geknallt in so einer wichtigen Sache, es war noch nicht einmal in Mandatos

eingestellt, und eine halbe Stunde später gehen Sie darüber hinweg, als wäre es irgendein Piefkram irgendwo in einer Ecke, wo es um nichts geht. Das ist, wie ich finde, kein guter Stil. Selbstverständlich lehnen wir das ab bzw. stimmen für die Alternative. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir halten uns an die Beschränkungen, die Sie vorgegeben haben. Darum habe ich die Ehre, aber insbesondere das Glück, einmal zur Stadtentwicklung hier vor dem Hohen Hause zu sprechen.

Ich freue mich und gebe das natürlich weiter, weil Herr Sterck nicht da ist. Herr Weisenstein, Herr Sterck sagt selbstverständlich immer die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Aber schön, dass Sie das noch einmal zu Protokoll gegeben haben. Das hören wir doch immer gern von der linken Seite; das wissen Sie.

Über Hochhäuser reden wir noch einmal, vielleicht auch mit Ihren Genossen in Berlin; denn ich weiß, diejenigen in der Regierungsverantwortung sehen das ein bisschen anders als Sie. Aber das müssen wir jetzt hier nicht diskutieren.

Frau Oberbürgermeisterin, ich weiß, Ihr Vorgänger Konrad Adenauer konnte bei einer Brücke die Linken auch schon einmal überzeugen, dass wir sie bekommen. Vielleicht können wir uns das auch einmal in Berlin anschauen, was man dort für hervorragende Hochhäuser bauen kann.

Ich weiß nicht, wer 2007 im Rat dabei war; Herr Detjen war bei dem Beschluss dabei. Daher weiß Herr Detjen auch und hat Ihnen bestimmt erzählt, dass wir ausdrücklich beim Höhenkonzept entlang der Ringe Solitäre mit über 60 Metern zugelassen haben. Darum haben wir zum Beispiel beim Rudolfplatz auch anders gebaut. Hier haben wir einen Solitär. Man kann das in der Form machen; gerade bei den Kreuzungen war das in der Form angedacht. Darum ist das hier schon passend. Okay, Sie wollen das jetzt nicht, aber Sie müssen - wir wollen ja bei der Wahrheit bleiben, wie Sie gerade gesagt haben - schon sehen: Das steht im Höhenkonzept. Darum kann das Bündnis das, was es hier macht, auch machen. Darum unterstützen wir das auch.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Frau Pakulat, was ich mir nach Ihrer Rede noch wünschen würde, ist, dass Sie noch ein bisschen den Turbo einschalten; denn Sie sagen immer: Da wollen wir noch einmal schauen. Das ist eine Kölner Krankheit; es dauert alles immer so lange. Ich weiß auch - ich habe auch ein Interview von Ihnen, Frau Martin, gelesen -, das soll jetzt alles schneller werden. Da wünsche ich mir ein bisschen *Wumms*, dass es weitergeht, und zwar auch bei solchen Sachen. Denn wir wollen bauen und bauen. Wir haben auch gesagt, dass wir höher bauen wollen - gerade auch bei der Verdichtung in der Innenstadt. Da ist das in der Form sehr wichtig. Denn ich möchte nicht noch einmal erleben, was mit den Studentenwohnheimen an der Ecke Subbelrather Straße/Innere Kanalstraße passiert ist. Das ist nämlich zu Fall gekommen. Das ist sehr traurig, gerade, weil wir eine Studentenstadt sind. Egal, welche Gründe es sind, aber es kam nachher keine Alternative heraus. Darum hoffe ich, dass wir jetzt mit diesem Konzept ein Beispiel geben.

Ich bitte Sie, auch bei der Wortwahl ein bisschen aufzupassen - bei aller Kritik und weil man das anders sieht. Aber immer nur auf Investoren zu dreschen, die hierhin kommen, um zu investieren, ist nicht richtig. Wir sollten eigentlich dankbar sein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Deswegen ist der Haus- und Grundbesitzerverein auch so kritisch!)

Wir geben das als Politik vor. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, ein Investor ist immer schädlich und gegen die Stadtpolitik, das muss ich für meine Fraktion verneinen. Versuchen wir doch gemeinsam, mit denen, die das Geld geben, das Beste für Köln zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Ich wollte eines noch sagen: Bei der SPD war man - ich kann mich noch an Herrn Ott erinnern - auch immer sehr gern für Hochhäuser, gerade auch im Rechtsrheinischen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Ich hatte eigentlich vorhin kurz überlegt, meinen Redebeitrag zurückzustellen, aber ich muss ganz ehrlich sagen: Mir platzt hier gerade ein bisschen der Kragen. Mir ist es, ehrlich gesagt, völlig egal, wer hier wann und wo was früher gesagt und getan hat. Ich kann das, ehrlich gesagt, gerade auch nicht beurteilen. Deswegen hätte ich mich wahrscheinlich enthalten und werde mich wahrscheinlich auch enthalten, inwieweit es hier jetzt darum geht, sich nach dem Wunsch eines einzelnen Investors zu richten oder auch nicht.

Für mich geht diese Diskussion, die wir hier seit ungefähr einer halben Stunde führen, an der Sache vorbei. Wir müssten längst da sein, dass wir hier heiß darüber diskutieren, was wir mit jeglichen neuen Gebäuden - also auch mit diesem, das dort entstehen soll - an Flächennutzung machen, an Dachflächennutzung, an Fassadenflächennutzung. Wir haben, ehrlich gesagt, ganz andere Probleme in dieser Stadt, in diesem Land und auf dieser Welt. Es muss darum gehen, wie wir hier Gebäude errichten, die den zur Verfügung stehenden Platz, der sehr begrenzt ist, optimal nutzen, um der Klimaerhitzung bestmöglich entgegenzublicken und entgegenzuwirken. Es muss hier mittlerweile vor allem darum gehen, wie wir jeden Quadratmeter dafür nutzen, entweder Dach- und Fassadenbegrünung zu machen oder die Fläche für PV, Solarthermie oder auch eine Kombi zu nutzen. Das wünsche ich mir hier ab sofort in Zukunft. Das ist das, was meiner Meinung nach hier heiß diskutiert werden muss. - Danke.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Bei einem 99-Meter-Bau können wir mehr Grün dranhängen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer*innen! Das Bauen in die Höhe ist eine absolut adäquate Möglichkeit, weiterem Flächenfraß vorzubeugen, und ich begrüße dies, wenn wir über Aufstockung von Bestandsgebäuden oder über bezahlbaren Wohnraum sprechen. Hier sprechen wir allerdings davon, dass die Stadt das übliche Investorenspiel mitspielt und zugunsten von Profitinteressen ihr Höhenkonzept links liegen lässt. Wie kann es passieren, dass im neuen Bündnis zwei Parteien, welche sich meines Erachtens nach gegen solche Erpressungsspielchen von Investoren durchsetzen müssten, auf etwas hereinfallen, was jeder zweite Kaffeeladen in seiner Preiskalkulation bei *klein*, *groß* und *mittel* beherrscht?

(Beifall bei der LINKEN)

67 Meter sind zwar nicht 100 Meter, aber eben auch nicht 22,5 Meter. Aufgrund der Mehrheiten im Rat ist zu befürchten, dass es tatsächlich zum Bau kommen könnte. Ich bin schon sehr gespannt auf die dortigen 30 Prozent WBS-Wohnungen, die Cradle-to-Cradle-Bauweise, die Fassadenbegrünung und die Solaranlagen, die ein neu errichteter Bau zu Zeiten des Klimanotstandes so vorzeigen sollte.

Bruche mer nit, fott domet sollte bitte nicht beim Höhenkonzept gelten, sondern bei einzelnen Investoren. - Danke.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bezirksbürgermeister Hupke das Wort. - Jetzt hat sich noch Frau Venturini gemeldet. Das habe ich eben nicht gesehen. Andreas, bleibst du in der Nähe und lässt bitte erst Frau Venturini sprechen. Sie stand nicht auf meiner Rednerliste.

Isabella Venturini (Volt): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der ganzen Emotionalität hier möchte ich einfach nur einige Dinge sagen und versuchen, wieder sachlich auf diesen Änderungsantrag zurückzukommen, weil ich das Gefühl habe, hier wird mit Behauptungen durch den Raum geschmissen, was, glaube ich, einen falschen Eindruck erweckt.

Ich möchte auf einen ganz bestimmten Punkt in unserem Änderungsantrag zurückkommen, und zwar beschließen wir bzw. möchten wir in einem Qualifizierungsverfahren verschiedene und klar differenzierte Höhenentwicklungen von 39 bis maximal 67 Meter über Gehweg inklusive Technik prüfen und darstellen lassen.

Also: Es ist nicht richtig, dass wir hier beschlossen haben, dass dort jetzt auf einmal ein Gebäude hingeklatscht wird, das 67 Meter hoch ist. Nur einmal so: 39 Meter bis 67 Meter sollen geprüft werden.

Zudem haben wir ein großes Interesse daran, dass auf dieser Fläche auch Wohnungen hinkommen. Das heißt, wir möchten prüfen lassen, inwiefern dieses Grundstück aufgeteilt werden kann in eine gewerbliche Fläche und in ein Wohngebiet, also in Wohnraum, damit dort auf Grundlage des kooperativen Baulandmodells hoffentlich auch Wohnungen hinkommen können. Darum geht es.

Zudem, was zum Beispiel Niklas Kienitz schon gesagt hatte, geht es uns darum, auch diesen öffentlichen Raum, der aktuell hässlich ist, einfach aufzuwerten.

Noch einmal: Bei diesen Ideen haben wir uns ganz stark an der BV 1 orientiert. Nur einmal so. Also versuchen wir, hier wieder ein bisschen sachlich zu sein. Ich würde mich freuen, wenn wir dann über diese Punkte konkret sprechen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für die Klarstellung. - Jetzt Herr Hupke.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates der Stadt Köln! Der Beschluss, den wir, glaube ich, im Juni 2020 gefasst haben, liegt Ihnen vor. Wie sich das für einen Bezirksbürgermeister gehört, hat er den Beschluss, der durchgekommen ist, hier zu vertreten, auch wenn er nicht dafür gestimmt hat. Das nenne ich mein demokratisches Verständnis. Damals wurden die Grünen und die FDP niedergestimmt, oder der Beschluss wurde weggestimmt, und gewonnen haben CDU, SPD, LINKE, Deine Freunde und GUT. Das war sehr bunt.

Zur Sache selbst will ich einfach nur anmerken, dass auch ich in dieser Diskussion zur Besonnenheit rate, weil das Thema hochsensibel ist. Das habe ich schon mitbekommen bezüglich der Diskussion des Höhenkonzeptes, wie das in Deutz losging mit dem Triangel, wie es jetzt heißt, und dass damit auch - was noch mehr geplant war - das Weltkulturerbe Kölner Dom in Gefahr war.

Ich kann auch nur empfehlen: Wenn die Fachleute aus der ganzen Welt eingeladen werden, dann sollten auch die Fachleute von der UNESCO mit zu Rate gezogen werden, damit nicht noch einmal so etwas passiert, was damals passiert ist.

Dann komme ich jetzt eigentlich auch schon auf die Ziellinie: Weil es so eine hochsensible Sache ist, bitte ich darum, in einem freundlicheren Ton miteinander umzugehen, auch wenn hier ein Mensch, den ich sehr schätze - wie man auf Kölsch sagt -, auf die *Trumm kloppt*. Das darf sie, weil sie auch viel Gutes getan hat und auch weiterhin viel Gutes tut. Frau Schock-Werner kann auch Kritik vertragen. Es ist auch gut, dass wir solche Stimmen in der Stadt haben, die die Mahnerinnen oder die Mahner in der Wüste sind oder dann auch immer daran erinnern, was daraus werden könnte.

Zum Schluss zu dem Kollegen Breite: Es stimmt, dass Investoren kommen können. Aber man muss sagen: Die sollen zwar kommen, aber sollen Respekt haben, und zwar für demokratisch gewählte Gremien, und dürfen dann nicht so auftreten - ich meine das allgemein; ich war in vielen Preisgerichten - und einfach sagen: Ich will das und das und das, da musst du einfach nur noch dafür stimmen. - So geht das nicht! Da sollten wir auch sagen, wer Chefin oder Chef im Ring ist. - Danke fürs Zuhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über die Vorlage mit den Änderungen aus dem StEA, Anlage 11, abstimmen. Einen Änderungsantrag gibt es nicht, Herr Weisenstein, weil Sie eben gesagt haben, Sie wollen die Alternative.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja, Entschuldigung!)

- Okay. Ich wollte es nur noch einmal klarstellen, damit wir hier keine Missverständnisse aufbauen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein, nein, es ist gut!)

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind DIE LINKE, die AfD, die SPD, Die PARTEI, Herr Wortmann und Frau Syndicus. Enthaltungen? - Frau Gabrysch. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.04.2021 (Anlage 11):

Der Rat

a. beschließt, dass als Vorbereitung auf ein Qualifizierungsverfahren in einem ersten Schritt eine Massestudie angefertigt und dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung vorgelegt wird.

b. beauftragt die Verwaltung, auf Grundlage der Ergebnisse der Beratungen zu a) am Standort Hohenzollernring 62 die Planungen für den Neubau eines Hochhauses fortzuführen. Dies unter besonderer Berücksichtigung der Aufwertung des öffentlichen Raums im Kreuzungsbereich und möglichst unter Einhaltung der Grundstücksgrenzen.

c. beschließt, dass für den Standort Hohenzollernring 62 im Rahmen dieses Qualifizierungsverfahrens verschiedene und klar differenzierte Höhenentwicklungen von 39 bis maximal 67 m über Gehweg inkl. Technik geprüft und dargestellt werden sollen. Zudem soll eine mögliche Aufteilung in gewerbliche Flächen und Wohnungsbau auf Grundlage des Kooperativen Baulandmodells in verschiedenen Gebäudekörpern geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD, der Gruppen Die PARTEI, GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung von RM Gabrysch (Gruppe KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

10.5 Baubeschluss für den Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße sowie Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung

1349/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0148/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1015/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier habe ich eine ganz kurze Rednerliste. Es beginnt Frau Gabrysch.

(Mike Homann [SPD]: Ach so?)

- Ja, ich habe niemand anderes auf der Rednerliste. Es tut mir leid.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich hatte mir das vorbehalten, dass ich, wenn es so von meiner Basis gewünscht ist, dann hier doch ans Mikrofon treten werde.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer*innen und Zuschauer*innen! Es ist löblich, dass die Verwaltung an diesen Verkehrsknotenpunkten für mehr Verkehrssicherheit sorgen möchte, aber in der Beschlussvorlage heißt es: Die Auswirkungen auf den Klimaschutz seien positiv, weil der Verkehr dann effizienter abgewickelt werde.

Wenn wir uns bei allen Bauvorhaben damit zufriedengeben, dass es irgendwo einen Tropfen auf den heißen Stein gibt, wird sicher dieser Stein, genannt *Klimaerhitzung*, nicht abkühlen. Das bedeutet, dass es heiß werden wird - auch für Menschen zu Fuß und auf dem Rad entlang der Oskar-Jäger-Straße. Solche Situationen gibt es immer mehr; denn das früher hauptsächlich industriell und gewerblich genutzte Gebiet wandelt sich immer mehr in Richtung Wohnviertel.

Wenn wir hier zukunftsfähig planen und bauen wollen, dürfen wir - anders, als hier geplant - keine Bäume fällen, sondern müssen mehr Bäume pflanzen. Konkret schlagen wir vor, die lückenhafte Baumreihe auf der rechten Straßenseite der Oskar-Jäger-Straße zwischen Melatengürtel in Richtung und bis zur Höhe Aurelis-Gelände sollte mit neu zu pflanzenden Bäumen aufgefüllt werden. Die Baumscheiben sollten nicht bepflastert werden. Stattdessen muss auf ein gleichförmiges Substrat im Untergrund als Versickerungsraum geachtet werden. Stichwort: Das Wasser muss zum Baum.

Der Radweg auf dieser Straßenseite muss durchgängig neben der bestehenden Baumreihe geführt werden. Sollten dort Parkplätze im Weg sein, müssen diese zugunsten des Fahrradweges aufgelöst werden.

Einige Gewerbe- und Industriegebiete planen gerade, die Oskar-Jäger-Straße zu verlassen, wie

zum Beispiel Thyssen oder die Bühnen der Stadt Köln. Da gäbe es bestimmt Möglichkeiten, eine Fläche für den Betrieb einer Quartiersgarage zu erwerben oder umzunutzen.

Anstatt Ampelkreuzungen sollten an den Kreuzungen mit der Weinsbergstraße, Widdersdorfer und der Stolberger Straße Kreisverkehre mit Begrünung gebaut werden. Dadurch würde der Verkehrsfluss mindestens genauso verbessert, entschleunigt und gefährdende Geschwindigkeitsübertretungen würden unterbunden. Bei Ampelkreuzungen gehen Autofahrende eher aufs Gas, um die Ampel noch bei Gelb zu erwischen; bei Kreisverkehren gehen sie vom Gas. Zu Fuß Gehende und Radfahrende haben immer Vorrang zum Autoverkehr, womit Wartezeiten entfallen.

Die KLIMA FREUNDE möchten, dass die Oskar-Jäger-Straße nicht nur ein bisschen verkehrssicherer gemacht wird, sondern auch im Hinblick auf das sich wandelnde Klima und die Klimaschutzziele, zu denen sich die Stadt verpflichtet hat, sollte daran gedacht werden, den Menschen die Fortbewegung zu Fuß oder mit Fahrrädern auch im Sommer bei hohen Temperaturen zu ermöglichen. Dazu ist es sinnvoll, die parkenden Autos von der Straße zu holen, diese in Quartiersgaragen unterzubringen und dafür Bäume zu pflanzen, die Schatten spenden.

Wir bitten, unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der weiteren Planung und Konzeption zu berücksichtigen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kircher.

Jürgen Kircher (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Änderungsantrag zu, haben aber eine Anmerkung, die wir zu Protokoll geben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Welchem Änderungsantrag?

Jürgen Kircher (SPD): Dem Änderungsantrag des Bündnisses.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, danke. - Ich habe hier mehrere Änderungsanträge. Frau Gabrysch, ich gehe davon aus, dass Sie Ihre Wortmeldung im Protokoll wiederfinden und die dadurch auch eingespeist wird.

Ich lasse dann zunächst über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der abgelehnt.

Dann lasse ich die Vorlage mit den Änderungen des ersten Änderungsantrages abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Von AfD, FDP und Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

Die Beschlüsse der BV 3 und BV 4 werden entsprechend den Empfehlungen der Verwaltung in Anlage 17 übernommen. Zusätzlich sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Stellplätze und geplanten Bäume zwischen Aachener Straße und Melatengürtel entlang der Friedhofsmauer entfallen können, um die Radschutzstreifen zu Radfahrstreifen zu erweitern. Außerdem soll geprüft werden, ob bei einem Wegfall der Stellplätze die Tiefgarage unter dem Bezirksrathaus auch am Wochenende für die Friedhofsbesucher*innen geöffnet werden kann.*

2. *Der Linksabbieger von der Oskar-Jäger-Straße in die Stolberger Straße soll verkürzt werden, um den gewonnen Platz für eine Verbreiterung der Radschutzstreifen zu*

nutzen, sofern dies nicht zu erheblichen Verzögerungen bei der Umsetzung führt.

3. Die Prüfergebnisse sind dem Verkehrsausschuss erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

In Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

"Die Planung ist dahingehend umzuarbeiten, dass die Zahl der wegfallenden Parkplätze massiv gesenkt wird."

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

III. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße gemäß der beigefügten Planung durchzuführen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 8.043.447 € (davon 181.993 € konsumtiv zu buchende Beleuchtungskosten).

2. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2021 die Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 € zulasten des Haushaltsjahres 2023 für den Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-4-5044, Oskar-Jäger-Straße, Ausbau, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

3. Die Beschlüsse der BV 3 und BV 4 werden entsprechend den Empfehlungen der Verwaltung in Anlage 17 übernommen. Zusätzlich sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

*a. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Stellplätze und geplanten Bäume zwischen Aachener Straße und Melatengürtel entlang der Friedhofsmauer entfallen können, um die Radschutzstreifen zu Radfahrstreifen zu erweitern. Außerdem soll geprüft werden, ob bei einem Wegfall der Stellplätze die Tiefgarage unter dem Bezirksrathaus auch am Wochenende für die Friedhofsbesucher*innen geöffnet werden kann.*

b. Der Linksabbieger von der Oskar-Jäger-Straße in die Stolberger Straße soll verkürzt werden, um den gewonnen Platz für eine Verbreiterung der Radschutzstreifen zu nutzen, sofern dies nicht zu erheblichen Verzögerungen bei der Umsetzung führt.

c. Die Prüfergebnisse sind dem Verkehrsausschuss erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

10.6 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich-geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg o. Nr., 51143 Köln-Porz-Mitte, Gemarkung Porz, Flur 2, Flurstück 3304 - Baubeschluss

2440/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Venturini.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Wir möchten hier bei TOP 10.6 abstimmen wie die BV Porz. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie stellen also den Änderungsantrag, so abzustimmen

wie die BV Porz? - Sonst würde ich nämlich abstimmen wie Vorlage.

(Isabella Venturini [Volt] nickt)

Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen. Das ist jetzt ein Problem? - Ja, für mich auch; das habe ich nicht gewusst. Das müssen wir besorgen. Wir können es vielleicht zurückstellen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Was ist denn die BV Porz? - Isabella Venturini [Volt]: Die Anlage 13, ist eingestellt!)

Anlage 13, ist eingestellt. Dann würde ich vielleicht eine kurze Lesepause machen wollen. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn uns vielleicht jemand aus der Verwaltung den Unterschied zwischen dem Beschluss Bauausschuss und BV Porz kurz darstellen könnte, wären wir wahrscheinlich relativ schnell im Bilde. Vielleicht kann die Verwaltung das ja tun. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann das gern mit Stichworten tun.

Der Bauausschuss hat der Vorlage zugestimmt, und die BV Porz hat nach Anlage 13 gestimmt. Das ist die Umsetzung des Neubaus im Energiestandard Passivhaus, Dach- und Wandbegrünung sowie E-Ladestationen, Berücksichtigung von *GRÜN hoch 3*.

Der Finanzausschuss hat das nicht übernommen. Deswegen lasse ich grundsätzlich wie Vorlage abstimmen. Wenn ich allerdings jetzt den Änderungsantrag bekomme, wie BV Porz abzustimmen, dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Wenn ich das richtig sehe, gab es eine Vereinbarung mit der Verwaltung, dass man sagt: Projekte, die eingeleitet sind, werden jetzt so fortgeführt, und neue Projekte werden dann anders gemacht. Deswegen bitte ich darum, dass die Koalition diese Vereinbarungen, die sie auch mit der Verwaltung getroffen hat - das sind ja Planungen -, auch einhält. Wir stimmen dem auch so zu. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] nickt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz. Anschließend würde ich gern Herrn Rau bitten, zu erklären, dass der Passivhausstandard nicht umzusetzen ist. So war es bisher von mir verstanden. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir halten uns an das, was abgesprochen ist, Herr Detjen. Wir greifen auf, was der Kollege Brust im Bauausschuss auf die Reise mitgegeben hat. Das sind nämlich alle Punkte aus der BV Porz, bis auf das Thema Passivhausstandard. Insofern - weil das dann ja in die Beratung im Finanzausschuss eingeflossen ist und dann auch in die entsprechende Beschlussfassung - beantragen wir, wie Finanzausschuss abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Jetzt sind alle Sachverhalte benannt worden. Es war tatsächlich so: Die BV 7 hat zusätzlich den Passivhausstandard beschlossen. Dagegen argumentieren wir, weil er eine erhebliche zeitliche Verzögerung von mindestens einem Jahr bedingen würde. Von daher war im Vorfeld auch die Vereinbarung: Künftig geplante Projekte im geförderten Wohnbau werden im Passivhausstandard gemacht. Porz wird jetzt ohne Passivhausstandard, aber mit den anderen Maßnahmen - Photovoltaik und Fassadenbegrünung - gemacht. Wir wären froh, es könnte so beschlossen werden, das heißt also nach dem Beschluss Bauausschuss und nicht nach dem Änderungsbeschluss BV 7.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Volt): Herzlichen Dank, Herr Dr. Rau, für diese Stellungnahme. - Mit dieser Aussage würden wir diesen Antrag zurückziehen und sind sehr glücklich darüber, dass bis auf

den Passivhausstandard alle Forderungen der BV Porz umgesetzt werden. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Glashagen. - Dann kann ich jetzt abstimmen lassen wie Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg o. Nr., 51143 Köln-Porz-Mitte, Gemarkung Porz, Flur 2, Flurstück 3304, mit Gesamtbaukosten in Höhe von rund 4,43 Mio. € brutto.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, nach der Umschichtung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH bei der Finanzstelle 5620-1004-7-5197 – Neubau Deutzer Weg, freigegeben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
RM Glashagen zieht nach den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Dr. Rau ihren mündlichen Antrag, so wie die Bezirksvertretung Porz abzustimmen, zurück.

10.7 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2019 für die Bühnen der Stadt Köln

3185/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4c der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Jahresabschluss zum 31.08.2019 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 01.09.2018 bis 31.08.2019 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 30.06.2020 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SWS Schüllermann AG für die Bühnen der Stadt Köln fest.*

2. *Im Wirtschaftsjahr 2018/19 haben die Bühnen einen Jahresverlust in Höhe von 4.883.661,94 € erwirtschaftet, von dem nach Verrechnung mit dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 888.569,32 € (ergibt sich aus dem Verlustvortrag vom 31.8.2018 in Höhe von 249.455,85 € unter Einschluss der zusätzlichen Gewinnanteile von 605.822,46 € gemäß Ratsbeschlusses 1770/2019 vom 26.03.2020 zur Feststellung des Jahresabschlusses 31.08.2017 und von 532.202,71 € gemäß Ratsbeschlusses 3915/2019 vom 14.05.2020 zur Feststellung des Jahresabschlusses 31.08.2018) zum 31.08.2019 ein Bilanzverlust von 3.995.092,62 € verbleibt. Dieser soll um eine weitere anteilige Auflösung der bestehenden Sanierungsrücklage (1.316.021,92 €) zum Ausgleich des Sanierungsverlustes 2018/19 sowie durch eine anteilige Auflösung der zweckgebundenen Gewinnrücklage für das Interim in Höhe des Fehlbetrages von 651.918,55 € vermindert und wie folgt verwendet werden:*

vorläufiger Bilanzverlust 31.08.2019	*- 3.995.092,62 €*
Auflösung zweckgebundene Rücklage Sanierung	*1.316.021,92 €*
Auflösung zweckgebundene Rücklage Interim	*651.918,55 €*
Vortrag auf neue Rechnung	*- 2.027.152,05 €*

3. *Damit stellt sich das Eigenkapital der Bühnen nach Ergebnisverwendung wie folgt dar:*

Gezeichnetes Kapital	*50.000,00 €*
Gewinnrücklagen (zweckgebunden)	
Spielbetrieb	*0,00 €*
Interim	*622.081,35 €*
Sanierung	*7.181.507,27 €*
	7.803.588,62 €
Verlustvortrag	*- 2.027.152,05 €*
Eigenkapital 31.08.2019	*5.826.436,57 €*

4. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

5. Dem Betriebsausschuss wird (gem. § 4 EigVO NRW) Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.8 Live-Stream attraktiver gestalten

1327/2021

Eine Wortmeldung von Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Das haben wir zu Protokoll gegeben. Ich hoffe, das ist angekommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Dann lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur attraktiveren Gestaltung des Live-Streams zur Kenntnis, beauftragt die Verwaltung mit der entsprechenden Umsetzung der Maßnahmen, und erkennt den Bedarf von jährlich 35.000 € an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Gabrysch gibt ihren Wortbeitrag schriftlich zu Protokoll.

10.9 Bestellung von Herrn Hein Mulders zum Opernintendanten und zum Mitglied der Betriebsleitung Bühnen Köln

1402/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Liebe Frau Reker! Liebe Kollegen! Liebe alle im Internet und wo auch immer! Wir können uns zu der Personalie, die wir nun entscheiden sollen, nicht qualifiziert äußern. Das ist aber nach unserer bisherigen Erfahrung kein Grund, nicht trotzdem hier zu sprechen.

Herr Mulders wird ein schweres Erbe antreten. Die Ouvertüre zu dieser Personalentscheidung haben wir mit mäßigem Interesse verfolgt. Jedenfalls möge ein neues Morgenrot anbrechen, der Ring wird übergeben.

Ein, zwei Geleitworte zu dieser Gelegenheit von uns: Das E in der PARTEI steht für Elitenförderung. Deswegen sind wir selbstverständlich für überteuerte Großprojekte wie die Sanierung der Kölner Oper. Bis zu 644 Millionen Euro für ein überschaubares Grüppchen voll von Kultur, Bonvivants und perlenbehängten Begleiterinnen halten wir für angemessen. Die Einstellung eines entsprechend honorierten Intendanten für konsequent.

Schlimm, dass das Wahlvieh das nicht goutiert und der Bund der Steuerzahler das Projekt vollkommen zu Unrecht in seinem Schwarzbuch erwähnt. Diesem kulturfernen Unverständnis sei erwidert: All that glisters is not gold. Wozu also die Aufregung?

Ein kleiner Tipp von uns an dieser Stelle auch für andere Projekte: Führende PARTEI-Mathematiker haben empirisch anhand von zwei Großbauprojekten für eine realistische Kosteneinschätzung die *4711-Formel* entwickelt. Demnach sollten die angenommen Kosten eines Projektes mit 47 multipliziert und dann durch 11 dividiert werden, um sich den tatsächlichen Kosten eines Projektes zumindest zu nähern. So ließe sich vermeiden, dass es nachher zu teuer wird, zum Beispiel bei dieser Oper, der Herr Mulders nun als Intendant vorstehen wird.

Aus unserer Sicht am elegantesten wäre es wohl gewesen, wenn man den Vorschlag von Herrn Monsieur Pierre Boulez gefolgt wäre. Schon 1967 hatte der visionäre Dirigent und Komponist gefordert, alle Opernhäuser zu sprengen. Leider haben wir diese Chance vertan. Herr Boulez ist tot. Frau Meyer ist gegangen worden, und wir müssen wohl einen Holländer einfliegen lassen. Uns Schnupsis von der PARTEI ist es letztlich egal, wer dieses Amt bekleidet. Sollten wir zu der nächsten alkoholgeschwängerten illegalen After-Show-Party inklusive Räumung durch das Ordnungsamt eingeladen werden, versprechen wir schon jetzt, am lautesten zu rufen: *Ei, wie herrlich die neuen Kleider sitzen! Welches Muster, welche Farben!* - Bis dahin aber betrachten wir das Elend und tragen nicht dazu bei. Deswegen von Die PARTEI heute eine vornehme Enthaltung zu diesem Laienschauspiel. - Vielen Dank, vielen Dank, vielen Dank.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön, dass Sie Ihre Redezeit eingehalten haben, Herr Hock.

Ich lasse das jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN, der PARTEI und von Frau Gabrysch. Damit ist das so beschlossen. Danke.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt Herrn Hein Mulders ab dem 01.09.2022 bis zum 31.08.2027 als Nachfolger von Frau Dr. Birgit Meyer zum Operninteindanten und zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke., der Gruppe Die PARTEI und von RM Gabrysch (Gruppe KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

10.10 Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
hier: Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2019 - 31.12.2019

0672/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 5 Abs. 1 c der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 2 EigVO NRW den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 22.12.2020 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft dhpg Dr. Harzem & Partner mbB, Köln, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2019 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 01.01.2019 bis 31.12.2019 fest.*

   Der Jahresfehlbetrag des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019 in Höhe von 788.423,82 € wird unter Einschluss des Gewinnvortrags in Höhe von 2.059.339,70 € auf neue Rechnung vorgetragen.

2. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

3. *Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.11 Wirtschaftsplan 2021 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

0604/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2021 erforderlich ist, wird auf 563,5 Mio. Euro festgesetzt. Die Betriebsleitung wird ferner ermächtigt, bis zur Höhe der je investiver Maßnahme genehmigten Gesamtkosten (Baubeschluss beziehungsweise Kostenfortschreibungsbeschluss einschließlich Risikobudget) Verpflichtungen einzugehen, die in künftigen Jahren zu Ausgaben führen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird für das Wirtschaftsjahr 2021 auf 75 Mio. Euro festgelegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.12 Förderprojekt „Wasser muss zum Baum“
hier: Planungsbeschluss sowie Bereitstellung und Freigabe von außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigungen

0403/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung des Förderprojektes „Wasser muss zum Baum“ und beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 200.000 € im Haushaltsjahr 2021, Teilfinanzplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, bei der neuen Finanzstelle 6700-1301-0-9500 "Modellprojekt Wasser muss zum Baum".

Die Deckung erfolgt aus im Polit. VN des Hpl. 2020/2021 für Stationäre Systeme zur Baumbewässerung im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellten Mitteln in Höhe 100.000 € aus Finanzstelle 6700-1301-0-0100 Kfz.- vorbehaltlich der Übertragung von investiven Auszahlungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2021 – sowie in Höhe von 100.000 € aus im Haushaltsjahr 2021 im gleichnamigen Teilergebnisplan 1301, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, für den v.g. Zweck bereitgestellten Aufwendungen, die im Rahmen der Bewirtschaftung auf o.g. Finanzstelle bereitgestellt werden.

Des Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung, die Finanzierung der Gesamtmaßnahme unter Berücksichtigung voraussichtlicher Fördermittel im Haushaltsplan 2022ff sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.13 Kölner Lebenslagenbericht
0615/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 5).

10.14 Fortsetzung der Gemeinwesenarbeit in den bestehenden Quartieren auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms

0949/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortsetzung der Förderung der Gemeinwesenarbeit in den fünf Quartieren Kalk Nord, Holweide-Ost, Siedlung Am Donewald,

Neu-Bocklemünd und Westend vom 01.07.2021 bis zum 30.06.2025.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die genannten Quartiere ab dem 01.07.2021 in das neu entwickelte Förderprogramm Gemeinwesenarbeit zu integrieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.15 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Elektrogeräten für Leistungsbeziehende aus den Rechtskreisen des SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie für die Einrichtungen des Amtes für Wohnungswesen

0975/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse die Vorlage mit der Ergänzung aus dem Sozialausschuss, Anlage 4 abstimmen, die vom Finanzausschuss übernommen worden ist. Entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes wird die Verwaltung prüfen, ob Rahmenverträge zusammengelegt werden können.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 15.04.2021 (Anlage 4) und des Finanzausschusses vom 03.05.2021 (Anlage 6):

Der Rat beschließt, die Verwaltung zu ermächtigen, zum Zweck des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Elektrogeräten für Leistungsbeziehende nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie für die Einrichtungen des Amtes für Wohnungswesen (im Schwerpunkt Geflüchteten-Unterkünfte, vereinzelt OBG-Unterkünfte) das Vergabeverfahren durchzuführen.

Die Geräte sind entsprechend der in Anlage 1 genannten Kriterien vor dem Hintergrund des durch den Rat der Stadt Köln ausgerufenen Klimanotstands auszuschreiben und zu beschaffen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Die Anmerkung des RPA im letzten Abschnitt (Zusammenlegung der Rahmenverträge) wird übernommen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.16 Neubau einer Zweifachturnhalle an der Kurt-Tucholsky-Hauptschule, Helene-Weber-Platz 3 in 51109 Köln-Neubrück - Planungs- und Baubeschluss

1544/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse die erste Alternative wie Sportausschuss und Finanzausschuss und BV 8 abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss über die 1. Alternative in der Fassung der vorberatenden Gremien (Anlage 6 – 9):

1. Alternative:

*Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für einen Neubau einer Zweifachturnhalle für die Kurt-Tucholsky-Hauptschule Helene-Weber-Platz 3 in 51109 Köln-Neubrück fest. Die Gesamtkosten betragen rund 8,6 Mio. Euro brutto. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der schnellstmöglichen Umsetzung der Maßnahme durch eine*n Totalunternehmer*in.*

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergibt sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von rund 219.000 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2025 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert wird.

Mit der Entscheidung für den Neubau sind neben den Kosten für die Errichtung des Neubaus zusätzlich 149.000 Euro an vergeblichen Planungskosten für die nicht mehr verfolgte

Generalinstandhaltung verbunden. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.17 Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln“

3534/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Der FDP. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln“ auf der Grundlage des Konzeptes aus Anlage 1 und des Förderprogramms aus Anlage 2 ab dem 01.05.2021.*

2. *Zur Finanzierung der Erweiterung des Projektes beschließt der Rat gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0209 – Ausländerangelegenheiten – in Höhe von 191.740 EUR in der Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen sowie in Höhe von 147.340 EUR in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Minderaufwendung im Teilergebnisplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Zum Haushaltsplan 2022 ff. erfolgt die Bereitstellung der benötigten Mittel im Rahmen einer haushaltsneutralen Umschichtung.*

3. *Für die Erweiterung des Projekts erfolgt die Einrichtung folgender unbefristeter Stellen zum Stellenplan 2022*

   - *2,0 Planstellen Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in, EGr. S12 TVöD-SuE*
   - *1,0 Planstellen Verwaltungsbeschäftigte/r EGr.:9c TVöD bzw. StOI BGr. A10 LBesG NRW*
   - *1,0 Planstellen Verwaltungsbeschäftigte/r EGr.: 8 TVöD bzw. StHS BGr. A 8 LBesG NRW*

4. *Bis zum Start des erweiterten Programms wird die aktuelle Projektarbeit fortgesetzt und den beteiligten Trägern eine Förderung gemäß der bisherigen Projektkooperation gewährt, um einen fließenden Übergang des Projekts in das neue Programm zu ermöglichen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.18 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“

3704/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Fortschreibung des erstellten Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (Ratsbeschluss 14.02.2019, Vorlage-Nr. 3789/2018) für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“.*

2. *Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kostenübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2024 in Höhe von circa 3,464 Mio. € (Brutto) sind im städtischen Doppelhaushalt 2020/21 inkl. der*

mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 bereits berücksichtigt und führt nicht zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Wirtschaft wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel ggf. durch Umschichtungen vorsehen.

Der darüber hinaus entstehende Finanzbedarf wird in den Haushaltsjahren nach 2024 in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung

a. mit der Umsetzung der Maßnahmen der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden

b. die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren

c. mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.19 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2

1004/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. die Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM) sowie die Umsetzung der Förderbausteine

(1) Implementierung und Betrieb eines strategischen Kommunalen Integrationsmanagements und

(2) Implementierung eines rechtskreisübergreifenden, individuellen Case Managements

unter dem Vorbehalt der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI). Für das Jahr 2021 liegen die Bewilligungsbescheide der Bezirksregierung Arnsberg bereits vor. Die Laufzeit des Projektes beginnt am 01.05.2021 und endet zum 31.12.2022.

2. die Finanzierung des Gesamtprojektvolumens von 1.686.708,05€ wie folgt:

- Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 213.633,33€, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen i.H.v. 226.666,67€ und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen i.H.v. 78.100,00€ benötigt. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen i.H.v. 463.500,00€ zu rechnen. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Der Eigenanteil i.H.v. 54.900,00 € wird innerhalb des Budgets des Teilplans 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.

- Haushaltsjahr 2022: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 326.859,00€, in

der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen i.H.v. 680.000,00€ und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen i.H.v. 78.100,00€ und in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen i.H.v. 843.100,00€ benötigt. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Die genannten Aufwendungen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsplanungsprozesses 2022ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.

- *Haushaltsjahr 2023: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 83.349,05€ benötigt. Die genannten Aufwendungen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.*

3. die für den Förderzeitraum (01.05.2021-.31.12.2022) und die nachfolgende Abwicklung der Projektabschlussarbeiten vom 01.05.2021 bis 31.03.2023 befristete Einrichtung von folgenden Stellen:

Förderbaustein 1

- *1,0 E 13 TVöD bzw. A13 Lg. 2, 2. Eingangsamt LBesG NRW (Leitung und Strategischer Overhead)*
- *1,5 S17 TVöD S (Strategische Steuerung Integration Zugewanderte in den Arbeitsmarkt)*
- *0,5 A7 LBesG NRW (Assistenz)*

Förderbaustein 2

- *1,0 S15 TVöD S (Mitarbeit Strategische Steuerung Beratungslandschaft für Zugewanderte/ Case Management in Köln und operative Koordination der Case-Manager*innen)*

Für die vorzeitige Besetzung ab dem 01.05.2021 werden bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2022 verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.20 Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR, Stadtwerke Köln GmbH; Gründung und Beteiligung an der „KLAR GmbH“ (Klärschlammverwertung am Rhein GmbH)

1178/2021

Hier habe ich eine Reihe von Wortmeldungen. Es beginnt Herr Hammer bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es hier eigentlich bei dieser Klärschlammverbrennungsanlage? - Meine Kollegin Sandra Schneeloch hat vorhin in ihrer Rede gesagt, dass wir in Deutschland einer der größten Ressourcenkiller überhaupt sind. Mit der Klärschlammverbrennung gelingt es uns, dass wir zum Beispiel den Phosphor wieder herausfiltern können und so auch den Phosphorbedarf, den wir weiterhin haben, entsprechend mit dem decken können, was wir - ich sage es einmal so - alle selbst produzieren und dann entsprechend verbrennen müssen, um es nicht einfach so in die Landschaft zu bringen, wie es bisher auch gern mal mit Klärschlamm gemacht wurde.

Die Frage ist: Warum muss das Ganze denn jetzt in Köln stattfinden? Welche Vorteile hat eine solche Anlage für Köln? - Wir alle wollen, wie dieser Rat auch mehrfach bestätigt hat, das Braunkohlekraftwerk in Merkenich letztlich ersetzen. Das müssen wir auch, wenn wir unsere Klimaziele in dieser Stadt einhalten wollen. Wir haben dabei sehr ambitionierte Ziele. Das heißt, das Braunkohlekraftwerk kann dort keinerlei Rolle mehr spielen.

Wir haben aber durch dieses Kraftwerk, das dort bisher noch in Betrieb ist, diverse andere Funktionen, außer Strom zu erzeugen, nämlich vor allem auch Fernwärme. Das heißt, einen adäquaten Ersatz dafür zu finden in Kombination mit einer entsprechenden Klärschlammverbrennung, halten wir für unsere Fraktion für eine Win-Win-Situation, auch weil - das geht in der Diskussion vielleicht alles ein bisschen unter - wir es schaffen, den Klärschlamm durch Schiffe anliefern zu lassen. Auch dazu gibt es bereits Modellprojekte, wie man das nicht mit Dieseltankern wie bisher macht, sondern mit modernen Schiffen auf alternativer Basis. Wir haben einen Düker vor Ort, das heißt, ich muss auch nicht mit den Lkw vor Ort das Ganze anfahren lassen. So können wir dort annähernd CO_2-neutral trotzdem Fernwärme erzeugen, die wir zum Beispiel für Ford und für Prozessdampf etc. brauchen.

Das heißt, es gibt viele gute Gründe, diese Anlage bzw. diesen Braunkohlekessel quasi durch eine solche Klärschlammverbrennungsanlage zu ersetzen.

Ja, es gibt vor Ort durchaus sehr viele Bedenken, dass die Lkw-Verkehre dort zunehmen. Der Kölner Norden ist - das wissen wir alle - durchaus einer der belastetsten Stadtbezirke, was Lkw- und Industrieverkehre angeht. Aber man darf eben auch nicht vergessen: Gerade durch die Klärschlammverbrennung werden dort auch Verkehre letztlich reduziert, indem wir alternative Anlieferungswege haben.

Ich glaube, es ist uns allen im Ausschuss für Umwelt und Grün gelungen, einen sehr guten Kompromiss zu finden, was die Klärschlammverbrennung auf der einen Seite angeht, aber auf der anderen Seite eben auch die Verkehrsprobleme vor Ort in Einklang zu bringen.

Wir hatten es gerade auch bei der Diskussion um das Hochhaus, was vermeintlich sofort käme: Auch hier kommt morgen nicht die Klärschlammverbrennungsanlage. Wir gründen mit diesem Beschluss die Gesellschaft, die die Verbrennungsanlage perspektivisch bauen wird. Bis dahin gibt es noch sehr viele Prozesse. Dazu wird es natürlich eine adäquate Bürger*innenbeteiligung geben. Die StEB geht auch noch einmal auf die Leute zu, um entsprechend alle mitzunehmen. Von daher kann ich für unsere Fraktion nur dafür werben, heute diesem Gründungsbeschluss für die KLAR zuzustimmen in der Fassung des Umweltausschusses, um hier auch einen weiteren Schritt in Richtung Klimaneutralität zu gehen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE] und Christian Joisten [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren auch dort draußen an den Bildschirmen! Ich glaube, ich brauche jetzt nicht die Vorteile, die Lino Hammer gerade für das KLAR-Projekt aufgezählt hat, alle im Detail zu wiederholen. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass wir es hier mit einem durchaus sehr sinnvollen Projekt zu tun haben. So können wir doch die Biomasse, die wir alle produzieren, zur Energieerzeugung nutzen, Schadstoffe herausfiltern und eben gleichzeitig auch Verkehr ökologisch und nachhaltig gestalten bzw. wegfallen lassen. Die vielen Lkw-Transporte, die heute noch von Stammheim quer durch die Stadt erforderlich sind, werden zukünftig nicht mehr gebraucht, weil eine Hochdruckleitung diese Masse nach Merkenich bringt. Auch das macht schon deutlich, warum Merkenich eben in diesem Fall fast ein alternativloser Standort ist, weil all diese Eigenschaften, dass wir also einen kurzen Weg unter dem Rhein hindurch haben, dass wir eine Schiffsanlegestelle haben, dass wir ein vorhandenes Kraftwerk haben und auch eine Einspeisung in das Fernwärmenetz möglich ist, in Merkenich vorhanden sind. Das macht den Standort so attraktiv.

Dennoch können wir die Sorgen und Ängste der Menschen im Kölner Norden sehr gut nachvollziehen und werden - das sage ich hier auch eindeutig zu - diesen Rechnung tragen. Wir haben das in Teilen schon getan, nicht zuletzt auch durch Beschlussfassung im Umweltausschuss und im Aufsichtsrat.

Denn eines ist klar: Der Kölner Norden gehört zu den auch in der Vergangenheit immer wieder besonders belasteten Bereichen und der Stadtteil Merkenich ganz besonders.

Die Menschen vor Ort haben die Erfahrung gemacht, dass Politik vieles beschließt, wenig kommuniziert und sie am Ende des Tages viel mit Belastungen leben und wenig davon haben. Als jüngstes Beispiel, womit wir ein bisschen von

unserer eigenen städtischen Verantwortung weglenken können, hat sich auch das Land nicht mit Ruhm bekleckert, als es darum ging, die Baumaßnahme rund um die A 1 bzw. die Leverkusener Brücke dort vor Ort zu erklären und darzustellen. Da kam es dann schon einmal zu der Situation, dass nachts um 2 Uhr eine ganze Armada von Tiefladern und Baustellenfahrzeugen vorfuhr und kein Mensch wusste, dass diese kommen, sodass die gesamte dort wohnende Nachbarschaft aufgeweckt wurde und nicht mehr zum Schlafen gebracht werden konnte.

Deswegen verstehen wir, dass an der Stelle eine hohe Skepsis vorhanden ist, und zwar trotz aller Beteiligung - das erkennen wir an, das ist auch durchaus löblich -, die die Stadtwerke hier geleistet hat. Es hat eine frühe Einbindung in diesem Fall der Interessenvertretungen gegeben. Das muss auch sehr intensiv fortgesetzt werden. Wir haben schon gemeinsam auch auf unsere Initiative hin, aber dann doch breit in diesem Rat getragen, einen Änderungsantrag, den wir heute mit beschließen, auf den Weg gebracht, sodass eine bestimmte Wegführung vorgegeben wird. Wir halten es auch für dringend erforderlich, dass sich daran gehalten wird.

Last, but not least sollten wir uns hier heute alle gemeinsam auch darauf committen und verständigen, dass die Menschen im Kölner Norden darauf vertrauen können, dass wir ihnen nicht nur Belastungen als Stadt insgesamt bringen, sondern dass wir uns hier auch um sie kümmern. Deswegen will ich dazu aufrufen, dass wir uns gemeinsam in den nächsten Wochen und Monaten um den Kölner Norden, um die Straßenzustände, um ÖPNV, Fernwärme oder Glasfaseranbindungen, um Kita- und Schulinfrastruktur oder auch um den fehlenden Einzelhandel kümmern. Alles Punkte, die in diesen Stadtteilen in den letzten Jahren deutlich vernachlässigt wurden. Wenn wir das machen - da sind wir jetzt in der moralischen Verantwortung -, dann gewinnen wir auch die Menschen vor Ort für ein solches Projekt. Dafür werbe ich. Wir Sozialdemokraten werden da vorangehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Frau Aengenvoort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beschlussvorlage sieht vor, dass sich die Stadtwerke Köln und die Stadtentwässerungsbetriebe an der Gründung der KLAR GmbH beteiligen. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung und dann auch der Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage. Wir benötigen diese Anlage, weil es eben ab 2029 eine gesetzliche Pflicht gibt, aus Klärschlamm Phosphor zurückzugewinnen.

Das Konzept, das die StEB mit weiteren Partnern entwickelt hat, überzeugt uns, vor allem auch unter Umweltgesichtspunkten. Der Standort in Merkenich ist eben über das Schiff und über die Bahn zu erreichen. Der Klärschlamm aus Stammheim kann sogar über einen Düker dorthin gepumpt werden. Dadurch reduzieren sich die Lkw-Fahrten insgesamt in Köln, die für Klärschlammtransporte erforderlich sind, und zwar um bis zu 90 Prozent.

Außerdem kann die Abwärme der Anlage im Fernwärmenetz verwendet werden, und so leisten wir auch einen Beitrag zur Versorgung, wenn dann das Heizkraftwerk am selben Standort die Verwendung von Braunkohle aufgibt.

Wir halten die Entscheidung für diese Klärschlammverbrennungsanlage auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für sinnvoll - jedenfalls dann, wenn wir die Mindestmenge von den 30.000 Tonnen Trockenrückstand erreichen. Sie ist sinnvoll, weil wir damit unabhängig von der Marktentwicklung für die Klärschlammentsorgung werden und eine gewisse Preisstabilität erreichen. Das schlägt sich natürlich am Ende auch in der Gebührenstabilität nieder.

Außerdem sichern wir Technologiewissen im Stadtwerkekonzern und schaffen letztlich auch Arbeitsplätze am Standort. Gesamtstädtisch betrachtet ist das eine gute Entscheidung, die wir hier heute treffen. Aber es gibt natürlich auch einen Stadtteil, der an dieser Stelle belastet wird, und das ist Merkenich.

In den Gesprächen im Vorfeld - meine Fraktionskollegen aus dem Kölner Norden haben viele Gespräche geführt - haben wir die Sorgen wahrgenommen und auch viele Fragen gehört. Die Sorgen beziehen sich insbesondere auf gesundheitliche Risiken und auf die Verkehrsbelastung. Die Fragen sind auch wirklich sehr ausführlich und differenziert gestellt worden. Die Leute vor Ort haben sich wirklich auch schon gut informiert. Die

StEB umgekehrt hat sehr dezidiert bereits einen 71 Fragen umfassenden Fragenkatalog beantwortet, sodass ich glaube, dass wir durchaus auf einem guten Weg sind, was den Austausch angeht.

Um die Sorgen aufzunehmen, haben wir eben - wie auch schon erwähnt - im Umweltausschuss den Beschluss zur Verkehrsführung gefasst und dass die Lkw-Fahrten möglichst reduziert werden sollen. Wir bitten jetzt die Verwaltung und auch die StEB, die Resolution der Bezirksvertretung Chorweiler zu berücksichtigen, dort noch einmal Antworten zu geben und auch über den gesamten dann noch anstehenden Planungsprozess im Austausch zu bleiben.

Wir als CDU-Fraktion werden ein Augenmerk darauf haben, dass die Punkte der Resolution bearbeitet werden; denn nur so wird es am Ende eine gute Lösung für die gesamte Stadt, wenn auch die Merkenicher diese Anlage dort akzeptieren können.

(Beifall bei der CDU und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Breite bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich finde es immer sehr bemerkenswert, wie fantasiereich die Stadtwerke sind, wenn es um die Namensgebung ihrer neuen Unternehmen geht. Hier haben wir es jetzt mit der KLAR GmbH zu tun. Wie man bei Klärschlamm jetzt auf KLAR kommt, weiß ich nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine Abkürzung! - Christian Joisten [SPD]: Abkürzung!)

- Herr Hammer, Sie haben mir wieder einmal geholfen, vielen Dank. Darauf wäre ich jetzt nicht gekommen.

Ich glaube, trotzdem wird die Namensgebung, Frau Oberbürgermeisterin, nicht viel helfen. Wir müssen die Menschen noch ein bisschen davon überzeugen. Denn wenn man erst einmal *Klärschlamm* hört, denkt man nicht an klar, sondern dann denkt man an schmutzig, es stinkt oder sonst irgendetwas. Wenn man sich dann einmal diese Konzepte anschaut, dann hat das viel weniger damit zu tun, sondern es ist auch ökologisch richtig, dieses Verfahren hier zu wählen. Dass wir die Braunkohle dort aufgeben und dieses innovative Verfahren hier wählen, ist, glaube ich, richtig.

Ich möchte auch daran erinnern - das wurde hier, glaube ich, auch schon gesagt -, dass wir dies hier insbesondere auch für die Fern- bzw. Betriebswärme benötigen, die wir für Industriegebiete brauchen. Ford Merkenich wurde angesprochen. Viele Arbeitsplätze hängen davon ab, dass wir dort wieder ein Kraftwerk hinbauen, das Wärme erzeugt. Das erreichen wir hiermit. Das müssen wir den Menschen dort auch deutlich machen.

Ich bin auch für die Ausführungen meiner CDU-Kollegin sehr dankbar, die noch einmal deutlich gemacht hat, welche Chancen das bietet. Man muss einfach die Bürger mitnehmen, dass wir hier Chancen haben - gerade auch für den Kölner Norden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Aus unserer Sicht wurde alles Wichtige schon gesagt. Ich ziehe daher zurück. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich begrüße die Gründung der Klärschlamm GmbH. Seitens der Bürger und Bürgerinnen gab es viel Gegenwind, was insbesondere an gefühlt mangelnder Kommunikation und Transparenz lag. Durch einen umfassenden Fragenkatalog, der wirklich zeitnah beantwortet wurde, ist hoffentlich ein wenig Klarheit eingetreten. Der Klärschlamm ist nicht erst seit gestern da und sollte bestmöglich genutzt werden. Ich begrüße die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen.

Ich appelliere an die StEB und an die Verwaltung, auch in Zukunft transparent zu sein und auf Bedenken der Bürger und Bürgerinnen zeitnah zu reagieren - unabhängig von erst später durchzuführenden Öffentlichkeitsbeteiligungen. - Vielen Dank.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE] und Jennifer Glashagen [Volt])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt hat der Bezirksbürgermeister Herr Zöllner das Wort.

Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner (Chorweiler): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Kollegen Bezirksbürgermeister! Sehr geehrte Zuschauer! Ich möchte Ihnen von der Stimmung im Bezirk berichten, über die Freude, dass der Bezirk wieder einmal in den Fokus der gesamten Stadt gerückt ist.

Der Bezirk soll wieder für das Image der Stadt Köln herhalten. Zuletzt war es die Biogasanlage. Ein belasteter Bezirk bzw. ein stark belastetes Veedel, wie wir schon gehört haben. Ich nenne nur die Baustelle der A1-Brücke, der Verkehr, der sich täglich durch den Bezirk und durch die Orte schiebt und sich nicht nur entsprechend dort durchschiebt, sondern auch in den Orten steht, wodurch die Verhältnisse für die Anwohner sehr unbefriedigend sind.

Dies hat auch mit der geplanten Klärschlammverbrennung zu tun. Hier müssen viele Punkte beachtet werden, wenn entsprechend eine solche Anlage entstehen soll. Einige Punkte sind bereits genannt worden. Ich möchte diese aber noch einmal zusammenfassen:

- Benennung und Auflistung der geprüften Alternativstandorte für die Klärschlammverbrennung mit Bewertungskriterien der einzelnen Standorte,
- Bewertung der verschiedenen technischen Verfahren zur Rückgewinnung des Phosphors aus der Klärschlammverbrennung und Begründung des ausgewählten Verfahrens,
- Auflistung der geprüften Alternativen zur Verbrennung von Klärschlamm in Merkenich und um die Standortsicherheit für Fernwärme und Prozessdampf zu gewährleisten,
- Prüfung und Benennung einzelner Systeme zur Abgasreinigung bei der Klärschlammverbrennung,
- Aufstellung einer Liste aller Verbrennungen von aus Klärschlamm entstehenden Stoffe - feste, gasförmige und flüssige - sowie deren Zusammensetzung und Kategorisierung,
- Prüfung, welche Möglichkeiten bestehen, Fernwärme in Merkenich auszubauen bzw. teilweise überhaupt erst anzubieten.

Es scheint vielen nicht bekannt zu sein, dass Großteile von Merkenich noch nicht einmal mit Fernwärme versorgt werden. Das ist eigentlich ein unmöglicher Zustand.

(Beifall von Christian Joisten [SPD])

Weiterhin:

- dass der Abtransport der Verbrennungsrückstände ausschließlich über die Schiene erfolgt,
- Festlegung von verbindlichen An- und Abfahrtswegen für die zwingenden Lkw-Fahrten,
- Festlegung von Maximalzahl von Lkw-Fahrten zu und von der Klärschlammverbrennungsanlage, die nicht durch Transporte über die Schiene ersetzt werden können,
- Feststellungen, dass der Transport von Klärschlamm anderer Kommunen, die Rheinanlieger sind, nur über den Wasserweg erfolgt,
- Sicherstellung, dass die Anlieferung von Klärschlamm aus Stammheim nur über Rohrleitungen zu erfolgen hat,
- detaillierte Informationen für die Bevölkerung auf digitalem Weg und auch wieder, wenn es möglich ist, auf Präsenzveranstaltungen.

Unabhängig von der Klärschlammverbrennung ist es unbedingt erforderlich, die Lkw-Fahrten und die Möglichkeiten der Lkw-Abstellung für den gesamten Bezirk zu analysieren und zu prüfen. Ein Lkw-Führungskonzept für den Bezirk 6 muss eng mit der Verwaltung, dem Rat und der BV 6 erarbeitet und erstellt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD und AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für diesen Beitrag. - Dann komme ich jetzt zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen wie Umweltausschuss, Anlage 5. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün vom 22.04.2021 (Anlage 5):

1. *Der Rat der Stadt Köln erklärt sich vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht damit einverstanden, dass sich die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln), in Abhängigkeit von den insgesamt eingebrachten Klärschlammmengen mit einem Gesellschafteranteil von minimal 35,6 % und maximal 46,3 % und die Stadtwerke Köln GmbH (SWK) mit einem Gesellschafteranteil in Höhe von 24,9 % an der KLAR GmbH (Klärschlammverwertung am Rhein) nach den Maßgaben dieser Vorlage beteiligen.*

2. *Die Gründung der KLAR GmbH steht unter dem Vorbehalt, dass die Mindestmenge von 30.000 t Trockenmasse (t_{mt}) pro Jahr für die Verbrennung aufgrund von verbindlichen Entscheidungen der potenziellen Gesellschafter zur Verfügung steht.*

3. *Die Beteiligung erfolgt auf Basis des in Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertragsentwurfes für die zu gründende Gesellschaft. Die Leistungsbeziehungen der StEB Köln AöR als Gesellschafterin zur KLAR GmbH sind konform zu den Vorgaben des Europäischen Beihilferechts auszugestalten.*

4. *Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen insbesondere des Gesellschaftsvertrages als notwendig oder zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.*

5. *Bei der Realisierung des Projektes ist die Anlieferung von Klärschlämmen per LKW auf das absolute Mindestmaß zu beschränken.*

   Die Führung des LKW-Verkehrs hat dabei unter größtmöglichem Schutz der Wohnbebauung und keinesfalls über den Ivenshofweg zu erfolgen. Vielmehr erfolgt die Anlieferung per LKW ausschließlich über die Straße „Am Ölhafen". Diese ist auf Kosten des Vorhabenträgers im erforderlichen Umfang zu ertüchtigen.

   Die LKW-Führung zur Straße „Am Ölhafen hat über die BAB A1-Industriestr-Emdener Str. zu erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

10.21 Zuschuss zur Erhaltung des Kölner Doms

1234/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass sich die Stadt Köln in den Jahren 2021 bis 2025 weiterhin an den Kosten für die denkmalpflegerischen Wiederherstellungsarbeiten des Kölner Domes beteiligt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.22 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2020

1417/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass aus dem Jahresüberschuss, den die Stadtwerke Köln GmbH im Geschäftsjahr 2020 erwirtschaftet hat, ein Betrag in Höhe von 50.400 T€ an die Stadt Köln ausgeschüttet wird.

*Der*die Vertreter*in der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird ermächtigt, die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.23 Ersatzneubau der Kragplatte am Altstadtufer; Baubeschluss

2695/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage, wer das Wort wünscht; ich habe nämlich eine sehr übersichtliche Redeliste. - Niemand. Dann können wir darüber abstimmen.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 9. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 06.05.2021 (Anlage 9):

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Abbruch und Ersatzneubau der Kragplatte am Altstadtufer. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme (Planungs- und Baukosten) betragen voraussichtlich ca. 13,2 Mio. € brutto*

2. *Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2021 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 12.988.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022 und 2023 (7 Mio. € in 2022 und 5.288.000 € in 2023) im Teilfinanzplan 1302, Wasser und Wasserbau bei Finanzstelle 6904-1302-1-0100, Ersatzneubau Kragplatte, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.*

   Die Deckung der Verpflichtungsermächtigungen erfolgt durch eine veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, ÖPNV – zu Lasten der Finanzstelle 6901-1202-0-0310, Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen. Die zur Ablösung dieser Verpflichtungsermächtigungen notwendigen Kassenmittel werden im Rahmen des Hpl.-Entwurfes 2022 ff. in den Jahren 2022 und 2023 entsprechend berücksichtigt.

3. *Bevor der Bau beginnen kann, muss dem Verkehrsausschuss eine neue bauzeitliche Führung des Fuß- und Radverkehrs zur Entscheidung vorgelegt werden. Die neue Führung für den Fußverkehr muss barrierefrei sein. Für den Radverkehr muss eine zügige und sichere Verbindung entwickelt werden, die bei den Radfahrer*innen auf größtmögliche Akzeptanz stößt und die Kapazitäten hat, um die großen Mengen des Radverkehrs aufzunehmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.24 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim"; Programm „Starke Veedel - Starkes Köln"

2994/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Die Bezirksvertretung Mülheim*

   stimmt der Umsetzung der Baumaßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim" zu.

2. *Der Rat*

   a. *nimmt die geänderten Gesamtkosten der Baumaßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim" von insgesamt 2.555.920,15 € brutto zur Kenntnis.*

   b. *beschließt in Abänderung seines Beschlusses vom 14.02.2019 „Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum ‚Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst' (Vorlage 0020/2019)", für die Umsetzung der Maßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim" die Maßgabe des Erreichens einer Förderquote von mindestens 50 % aufzuheben. In der Folge beläuft sich der Eigenanteil der Stadt Köln an den Gesamtkosten auf 1.927.250,15 €.*

   c. *beauftragt die Verwaltung, vor dem*

Hintergrund der Kostenentwicklung gemäß aktualisierter Kostenberechnung zusätzliche Fördermittel zugunsten der baulichen Maßnahme zu beantragen.

d. beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 2.555.920,15 € im Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung, Teilplanzeile 11 – Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen unter der Finanzstelle 1502-0902-9-AZ03 für das Projekt „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.25 Förderprogramm „Dritte Orte“ (verwiesen aus dem Finanzausschuss vom 03.05.2021)

0022/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und der Gruppe GUT

AN/1010/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Zuruf: Änderungsantrag!)

- Ja, es gibt einen Änderungsantrag, aber ich frage erst einmal - weil bei mir gar nichts vorliegt -, ob sich jemand dazu äußern möchte.

Dann lasse ich zunächst den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und der Ratsgruppe GUT abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine.[9] Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und der Gruppe GUT (AN/1010/2021)

Beschluss:

1. Ziffer 2 wird wie folgt geändert:

Der Rat beschließt, die in den politischen Veränderungsnachweisen 2019 und 2020 für das Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und –zentren, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zugesetzten Teilansätze „Betriebskostenzuschüsse für Bürgerbegegnungsstätten und soziokulturelle Nutzer in den Stadtteilen“ in Höhe von 200.000 Euro, „Betriebskostenzuschüsse für Bürgerbegegnungsstätten und soziokulturelle Nutzer“ in Höhe von 150.000 Euro sowie „Baukostenzuschüsse für Bürger- und Vereinseinrichtungen (ohne Sport)“ in Höhe von 350.000 Euro zu einem Gesamtbudget (700.000 Euro in 2021) zur Förderung von Begegnungsinitiativen im Sinne des Förderprogramms „Dritte Orte“ zusammenzuführen, um eine flexible, bedarfs- und empfängerorientierte Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen.

Ferner beschließt Rat, die Freigabe vorgenannter Mittel gemäß Gliederungspunkt 1, mit Ausnahme des Teilansatzes „Zuschüsse Bürgervereine für Instandsetzung, Renovierung und kleinere Anschaffungen (ohne Sport)“ in Höhe von 50.000 Euro dem Ausschuss für Soziales und Senioren zu übertragen.

Der Teilansatz in Höhe von 50.000 Euro verbleibt in der Budgethoheit der Bezirksbürgerämter und der Entscheidungskompetenz der Bezirksvertretungen.“

2. In Anlage 1 Förderprogramm, S. 4, II.2 „Projektkostenzuschuss“ wird bei der Aufzählung der Handlungsfelder als erster Spiegelstrich „Bürgerschaftliche Begegnung“ aufgeführt, dann folgen die weiteren Punkte.

[9] Anmerkung: Die AfD-Fraktion hat nach der Abstimmung zu Protokoll gegeben, dass sie sich enthalten wollte.

3. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Möglichkeit von 2 Förderantragsfristen im Jahr eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

1. Der Rat

nimmt das Förderprogramm „Dritte Orte“ in der dieser Vorlage beigefügten Fassung (Anlage 1) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Förderprogramms.

Die seitens der Fachverwaltung auf der Grundlage fristgerecht eingegangener, prüffähiger Antragstellungen zu erarbeitende Vorschlagsliste für Zuwendungen an Berechtigte im Sinne des Förderprogramms „Dritte Orte“ wird dem Ausschuss für Soziales und Senioren vor Förderzusage und Mittelausschüttung nach Vorberatung in den örtlich betroffenen Bezirksvertretungen zur Entscheidung und Mittelfreigabe vorgelegt.

2. Der Rat beschließt, die in den politischen Veränderungsnachweisen 2019 und 2020 für das Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und –zentren, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zugesetzten Teilansätze „Betriebskostenzuschüsse für Bürgerbegegnungsstätten und soziokulturelle Nutzer in den Stadtteilen“ in Höhe von 200.000 Euro, „Betriebskostenzuschüsse für Bürgerbegegnungsstätten und soziokulturelle Nutzer“ in Höhe von 150.000 Euro sowie „Baukostenzuschüsse für Bürger- und Vereinseinrichtungen (ohne Sport)“ in Höhe von 350.000 Euro zu einem Gesamtbudget (700.000 Euro in 2021) zur Förderung von Begegnungsinitiativen im Sinne des Förderprogramms „Dritte Orte“ zusammenzuführen, um eine flexible, bedarfs- und empfängerorientierte Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen.

Ferner beschließt der Rat, die Freigabe vorgenannter Mittel gemäß Gliederungspunkt 1, mit Ausnahme des Teilansatzes „Zuschüsse Bürgervereine für Instandsetzung, Renovierung und kleinere Anschaffungen (ohne Sport)“ in Höhe von 50.000 Euro dem Ausschuss für Soziales und Senioren zu übertragen.

Der Teilansatz in Höhe von 50.000 Euro verbleibt in der Budgethoheit der Bezirksbürgerämter und der Entscheidungskompetenz der Bezirksvertretungen.“

3. In Anlage 1 Förderprogramm, S. 4, II.2 „Projektkostenzuschuss“ wird bei der Aufzählung der Handlungsfelder als erster Spiegelstrich „Bürgerschaftliche Begegnung“ aufgeführt, dann folgen die weiteren Punkte.

4. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Möglichkeit von 2 Förderantragsfristen im Jahr eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die Antragstellenden ziehen den aus dem Finanzausschuss in den Rat verwiesenen Antrag AN/1002/2021 zurück.

RM Cremer hat nach der Abstimmung zu Protokoll gegeben, dass sich die AfD-Fraktion enthalten wollte.

10.26 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen

1602/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diese Vorlage ist zugesetzt worden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass wegen des weiter eingeschränkten Pandemiebetriebs in der Kindertagespflege und in den Kindertageseinrichtungen bzw. wegen des Betreuungsverbotes mit bedarfsorientierter Notbetreuung im Mai und Juni auf die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung in Kindertagespflege und in den Kindertageseinrichtungen sowie bei den in städtischen

Kindertageseinrichtungen angemeldeten Kindern zusätzlich auf das Essensgeld verzichtet wird.

Für die Monate Mai und Juni 2021 wird jeweils der volle Monatsbeitrag erlassen.

Das Land hat geäußert, dass von dort die Hälfte der Kosten übernommen wird. Soweit das Land darüber hinaus Einschränkungen erlässt und den Kommunen anteilig Elternbeiträge erstattet, muss ein neuer Beschluss herbeigeführt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.27 Erstattung von Elternbeiträgen für die Monate Mai und Juni 2021 wegen des eingeschränkten Regelbetriebs aufgrund von Covid-19 an den Offenen Ganztagsschulen und in weiteren schulischen Ganztagsangeboten

1623/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich einer entsprechenden Erlassregelung von Seiten des Landes, dass wegen des eingeschränkten Pandemiebetriebs in den Offenen Ganztagsschulen auf die Erhebung von Elternbeiträgen für die Monate Mai und Juni 2021 verzichtet wird.

Für diese zwei Monate wird jeweils der volle Monatsbeitrag in Höhe von voraussichtlich rund 1,8 Mio. Euro (= insgesamt rund 3,6 Mio. Euro) erlassen. Die im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 04, öffentlich rechtliche Leistungsentgelte im Haushaltjahr 2021 resultierenden Mindereinnahmen von insgesamt rund 3,6 Mio. Euro werden vom Land Nordrhein Westfalen hälftig in Höhe von rund 1,8 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allg. Umlagen erstattet.

Der Rat beschließt weiterhin, ebenfalls vorbehaltlich einer entsprechenden Erlassregelung von Seiten des Landes, dass den Ganztagsträgern der Sekundarstufe I sowie den Trägern der Kurzbetreuung /"Schule von acht bis eins" in der Primarstufe für die Monate Mai und Juni 2021 die entgangenen Elternbeiträge erstattet werden. Die Erstattung der Mindereinnahmen in Höhe von voraussichtlich rund 260.000 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2021 aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Das Land Nordrhein Westfalen wird den hälftigen Ertragsausfall von rund 130.000 Euro im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allg. Umlagen erstatten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 Betreff: 225. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim, Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus hier: Erneuter Feststellungsbeschluss

0238/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 225. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) mit dem Arbeitstitel "Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus" eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Anlagen 5 und 6;*

2. *stellt die 225. Änderung des FNPs mit dem Arbeitstitel "Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus" mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch beigefügten.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58485/02 Arbeitstitel: Zum Dammfelde in Köln-Widdersdorf

0005/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das circa 9.700 qm große Plangebiet zwischen den Straßen Buchenweg, Zum Dammfelde, Unter Gottes Gnaden, den Wohnbaugrundstücken Unter Gottes Gnaden 119, 121 und 123 sowie Buchenweg 17 in Köln-Widdersdorf —Arbeitstitel: Zum Dammfelde in Köln-Widdersdorf — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

2. *den Bebauungsplan mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 65450/05
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord

0314/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0529/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

AN/0538/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT

AN/1021/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1022/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da beginnt meine Redeliste mit Christiane Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen! Wem gehört die Stadt? Wem gehört das Belgische Viertel? - Über diese Fragen lässt sich trefflich streiten, und genau das tut halb Köln seit geraumer Zeit. Soll das bekannte und beliebte Ausgeh- und Wohnviertel *Belgisches Viertel* einen Bebauungsplan bekommen, um zukünftige Nutzungen festzulegen, oder nicht? - Die einen sagen: Unbedingt! Die anderen sagen: Auf gar keinen Fall!

Dabei ist das Ziel, das beide Seiten im Auge haben, durchaus unstrittig. Es geht um den Erhalt der Vielfalt in diesem Viertel, um die bunte Mischung, um das urbane Flair, um die Mischung aus Wohnen, kleinen Läden sowie Gastronomie mit Kneipen, Bars und Restaurants.

Es ist auch klar, dass beides geschützt werden muss: das Wohnen, aber eben auch die Gastronomie und der Einzelhandel. Sie sollen sich weder ausbreiten noch verdrängt werden. Wir sind davon überzeugt, dass ein Bebauungsplan das richtige Instrument ist, um dieses Ziel zu erreichen. Allerdings - in Klammern - wird der Bauungsplan nicht erreichen, dass auf dem Brüsseler Platz Ruhe einkehrt; das ist ein ordnungsrechtliches Problem, das sich baurechtlich nicht lösen lässt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU und SPD)

Wir sind aber auch davon überzeugt, dass der vorliegende Entwurf an einzelnen Stellen der vereinbarten Zielsetzung zuwiderläuft. Bestimmte Regelungen würden aktuelle gewerbliche Nutzungen unverhältnismäßig einschränken. Um dem entgegenzuwirken, haben wir einen Änderungsantrag vorgelegt.

Herr Greitemann, bitte nehmen Sie das mit an Ihre Leute: Wir möchten der Verwaltung für den vorliegenden Entwurf natürlich grundsätzlich danken. Gleichzeitig bitten wir aber um Verständnis, dass wir Sie nun mit den im Änderungsantrag genannten Nachbesserungen beauftragen. Diese haben das Ziel, den Status quo im Belgischen Viertel zu erhalten. Uns ist auch bewusst, dass wir den Prozess nun noch einmal hinauszögern, halten dies aber für verhältnismäßig.

Wir gehen davon aus, dass noch in diesem Jahr der B-Plan in dieser veränderten Vorlage beschlossen werden kann, dass damit ein Ausgleich all der verschiedenen und gleichermaßen berechtigten Interessen erreicht wird und das Belgische Viertel als urbanes Viertel erhalten werden bleiben kann - so, wie die Kölner*innen es lieben. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskolleg*innen! Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger am Stream! Der geplante Bebauungsplan für das Belgische Viertel beschäftigt uns alle schon seit mehreren Jahren. Stehen doch die Interessen der Gewerbetreibenden nach Ausübung ihres Berufes - im Übrigen auch ein Grundrecht - auf der einen und die Interessen der Bürger*innen nach Nachtruhe und Erholung auf der anderen Seite.

Das Belgische Viertel ist ein besonderes Viertel mit einem besonderen Charme und viel urbanem Leben. Aber dass lange Zeit vorher schon bei der Diskussion über einen B-Plan ein Gefühl war, dass man mit diesem baurechtlichen Instrument den Versuch startete, ein eigentlich ordnungsrechtliches Problem am Brüsseler Platz zu lösen, das war auch der Grund, weshalb sich die SPD-Fraktion lange Zeit gegen einen B-Plan ausgesprochen hat. Denn Folgendes muss uns bewusst sein: Die für die Anwohner*innen besonders belasteten nächtlichen Versammlungen am Brüsseler Platz - wenn die Pandemie hoffentlich bald vorbei ist -, werden auch durch einen B-Plan nicht gelöst oder verhindert werden. Die Lärmbelästigung der Anwohner*innen wird sich auch nicht einzig durch den städtischen Ordnungsdienst beseitigen lassen. Diese Verantwortung, die die Stadt Köln am Brüsseler Platz trägt, wird der heute zu beschließende B-Plan nicht mindern. Wir werden weiterhin gemeinsam nach Lösungen für diesen Ort suchen müssen.

Obwohl der Weg bis hierin kein leichter war und Interessenlagen und Bedürfnisse sehr unterschiedliche sind, freue ich mich umso mehr, dass wir nun über einen gemeinsamen Änderungsantrag aller demokratischen Parteien abstimmen können. Der Änderungsantrag vereint die Interessen sowohl der Anwohnerinnen und Anwohner als auch der Gewerbetreibenden im Veedel. Einerseits ist der Bebauungsplan nun differenzierter ausgearbeitet, sodass Gewerbetreibende Planungssicherheit haben und ihren Beruf im Belgischen Viertel weiterhin ausüben können, andererseits wird eine unverhältnismäßige Ausbreitung von gewerblicher Nutzung eingegrenzt, sodass die Sorge der Anwohner und Anwohnerinnen vor der Entwicklung einer Partymeile im klassischen Sinne im Veedel berücksichtigt wird.

Ich denke, dass es uns allen nun gelungen ist, eine für alle Seiten zufriedenstellende und sinnvolle Lösung zu entwickeln. Der nun zu beschließende Bebauungsplan stellt einen Kompromiss dar, den wir als SPD-Fraktion nun voller Überzeugung mittragen können, weil er alle Bedürfnisse im Rahmen der Möglichkeiten bestmöglich berücksichtigt. Aus diesem Grund werbe ich natürlich ebenfalls um Zustimmung zum gemeinsamen Änderungsantrag und bedanke mich ausdrücklich bei allen für die allseitige Unterstützung und die konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer hätte das

gedacht, dass ein B-Plan so emotionalisieren kann, wie das in den letzten Wochen und Monaten bei der Diskussion über den B-Plan für das Belgische Viertel passiert ist. Da war von *Feuerwalze* die Rede, von dem Ende eines Viertels. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere - ich weiß gar nicht, ob das in der Debatte eingebracht wurde - an das Argument, es hat eine Partei im Wahlkampf gegeben, die gesagt hat: Das kommt hier alles weg. - Das wollte natürlich keiner. Also eine hochemotionale Debatte, weil vielleicht zu viele Erwartungen an dieses sehr formale Werk eines B-Planes geknüpft wurden. Er soll halt alles regeln, und hier haben wir nun einmal relativ viel zu regeln und viel zu berücksichtigen.

Wir haben das Thema Wohnen - ja, es ist ein Wohnquartier. Wir kennen die Probleme, die direkt am Brüsseler Platz in den letzten Jahren entstanden sind. Es ist gesagt worden, das sei ein ordnungsrechtliches Thema. Wir haben aber auch Gewerbetreibende, wir haben die Gastronomie, wir haben Clubs, Bars usw. All das sollte versöhnt werden. Wahrscheinlich war dieses Regelwerk von Anfang an überfrachtet und infolgedessen auch zum Scheitern verurteilt.

Das, was jetzt in den letzten Wochen, in den vielen Gesprächen, in den vielen Runden gelungen ist, ist der Versuch, diese widerstreitenden Interessen zu versöhnen und sich aufeinander zuzubewegen; denn wir glauben, dass der vorliegende B-Plan das nicht in Gänze erbracht hat oder erbringen konnte. Das heißt, wir justieren jetzt an der einen oder anderen Stelle nach - ja, es ist richtig: zulasten des Wohnens, aber wir glauben, dass hier sozusagen eine Ungleichheit in der Austarierung des vorliegenden B-Plans beseitigt wird.

Ich weiß gar nicht, wer es gerade angesprochen hat - Mike Homann wahrscheinlich -: In den Gesprächen bzw. in den vielen Runden ist aber auch deutlich geworden, dass es dort ein unheimliches Engagement gibt. Vielleicht ist das auch über die Diskussion etwas eingeschlafen. Ich glaube, die Politik ist gut beraten, das, was sich an Energie und an Engagement vor Ort geäußert hat, aufzugreifen und an Konzepten und an Ideen weiterzuarbeiten, wie das Zusammenleben in den nächsten Jahren in diesem Viertel gestaltet werden kann.

Wer das bei Social Media verfolgt hat: Es gibt jetzt erste Initiativen für ein Verkehrskonzept und dergleichen mehr. Vielleicht gibt es auch innovative Ideen, wie man tatsächlich noch durch schallmindernde Maßnahmen Dinge regeln kann. Ich glaube, Politik hat jetzt die Aufgabe, an dieser Stelle nicht stehenzubleiben. Wir müssen das Formale abarbeiten, und zwar mit der Verwaltung zusammen. Politik hat die Aufgabe, das, was geäußert wurde und in den letzten Wochen und Monaten vorgetragen wurde, aufzugreifen und weiterzuentwickeln. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich vorausschicken, dass ich davon ausgehe, dass alle, die sich in den letzten Wochen mit dem Thema Belgisches Viertel auseinandergesetzt haben, ein Ziel haben, nämlich dass es ein ausgeglichenes Viertel wird oder bleibt. Da fängt es schon an, sich zu differenzieren. Alle, die sich damit beschäftigt haben, wissen auch, dass ein B-Plan nur ein bestimmter Teilaspekt bzw. ein bestimmter Teil der Lösung sein kann.

Aber ein B-Plan ist natürlich eine relativ langfristige Sache, und wir sind schon der Auffassung, dass der B-Plan so, wie er von der Verwaltung vorgelegt worden ist, dazu tauglich gewesen wäre, das Belgische Viertel langfristig als ein gemischtes Quartier zu sichern. Deswegen finden wir es sehr bedauerlich, dass an diesem Bebauungsplan, den die Verwaltung vorgelegt hat und in den die Verwaltung sehr viel Arbeit und Energie gelegt hat, jetzt herumgedoktert wird.

Wir haben hier das typische Phänomen, dass Politik probiert, Verwaltungsarbeit zu erledigen, indem sie sich einen Bebauungsplan vornimmt und bestimmte Dinge, die einen politisch unangenehm sind, einfach herauspickt. Dabei vergessen Sie bzw. Sie haben es nicht vergessen, sondern Sie haben es Gott sei Dank noch früh genug erkannt: Sie probieren jetzt, das nach außen so zu spielen, als wären Sie in der Lage, einen B-Plan zu verändern, um damit einzelne Einrichtungen zu schützen. Das geht aber nicht. Ein B-Plan richtet sich immer nach öffentlichen Kriterien und nach öffentlichen Interessen und nicht nach einzelnen Einrichtungen. Sie waren nun so klug und haben es kurzfristig als Prüfauftrag umgedoktert; das ist

gut, weil dann die Verwaltung in vier, sechs, acht oder zehn Wochen sagen kann: Tut uns leid, das ist rechtlich nicht möglich. - Insofern ist es gut, dass Sie das gemacht haben, weil auf der anderen Seite spätestens irgendein Verwaltungsgericht gesagt hätte: Das geht so nicht, was ihr hier macht. - Das wussten Sie, und deswegen erteilen Sie jetzt einen Prüfauftrag.

Das Fatale daran ist, dass Sie hier so tun, als würden Sie es in der Hand haben, diese Diskotheken oder diese Gaststätten und dieses Gewerbe, was dort jetzt wirklich ein Problem hat, zu schützen. Sie tun es aber nicht. Sie tun nur so. Das Schlimme ist: Sie wissen das auch.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hätten doch jetzt, nachdem Sie das Bündnis haben - Sie haben doch die Macht in dieser Stadt - Folgendes machen können: Sie hätten doch diesen B-Plan, den die Verwaltung vorgelegt hat und an dem sie jahrelang gearbeitet hat, beschließen können und danach schauen können: Wie können wir den individuell Betroffenen, die dort wirklich Nachteile erlangen - da müssen wir gar nicht herumdiskutieren -, helfen?

Warum haben Sie es nicht so gemacht, dass Sie erst den B-Plan beschlossen hätten und dann zu den Leuten hingegangen wären und gesagt hätten: Jetzt schauen wir, wie wir Ihr Interesse irgendwie mit Kulturförderung, mit Umzug meinetwegen usw. usf. in den Griff kriegen?

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

So ist es aber völlig unrealistisch, was Sie hier machen.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen] macht eine verneinende Geste.)

- Sie schütteln den Kopf, Frau Martin. Wir werden uns spätestens in einem Jahr darüber wieder austauschen.

Es wird in der Realität so kommen: Ihr B-Plan wird so, wie Sie ihn heute probieren zu beschließen, nicht kommen. Das Schlimme daran ist, dass wir jetzt wieder mindestens ein Jahr haben, in dem nichts passiert und in dem der Bestand im Belgischen Viertel sich ändert, und dann ist schon wieder ein Stück in die Richtung alles weiter manifestiert, eine Richtung, die wir nicht haben wollen, nämlich zu Ungunsten des gemischten Gewerbes und zu Ungunsten der Wohnsituation und zu Gunsten der Gastronomie und der Büdchenkultur. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Bezirksbürgermeister aus der Innenstadt Andreas Hupke! Andreas, ich glaube, es gibt kaum ein Thema, über das du in der Bezirksvertretung Innenstadt oder ich, der früher auch in der BV 1 war, so häufig in den letzten 15 Jahren diskutiert hat wie über den Brüsseler Platz bzw. das Belgische Viertel. Wie viele unzählige Bürgerbesprechungen haben wir durchgeführt, wie viele unzählige Verfahren?

Ich erinnere die Jüngeren, die das wahrscheinlich noch gar nicht miterlebt haben, weil sie damals noch gar nicht in Köln wohnten: Es gab ein Schlichtungs- bzw. ein Moderationsverfahren mit einem fast sechsstelligen Betrag, in dem versucht wurde, alle Interessen zusammenzuführen. Wir haben Gerichtsverfahren bis zum Oberverwaltungsgericht geführt. Wir haben einen sogenannten Modus Vivendi vereinbart mit einem Ziel: Interessen auszugleichen, das Belgische Viertel zu befrieden.

Wir hätten ein Mosaikstück in diesen Frieden auf der letzten Ratssitzung einbauen können. Es lag eine beschlussreife Vorlage vor, die Kollegen der Grünen und der CDU haben sich zugerufen, wir hätten heute entscheiden können, und dann haben die Freunde von Volt gesagt: Wir müssen noch einmal nachdenken, wir schieben das. - Seitdem ist das Belgische Viertel gespalten, wie ich es in 15 Jahren noch nicht erlebt habe.

Niklas, du hast eben schön verklärt gesagt: Das wird diskutiert. - Diskurs ist gut, aber derart gehässige Äußerungen von Nachbarn bzw. von Anwohnern zueinander habe ich in 15 Jahren noch nicht erlebt. Das ist für mich ein unhaltbarer Zustand. Wir müssen diese Baustelle heute schließen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Voltis, es tut mir leid, aber ihr habt diese Spaltung, diese Zustände im Belgischen Viertel in den letzten zwei Monaten mit eurem Antrag herbeigeführt. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Was hätte denn die alte Vorlage gesagt? - Wir hatten einen Freeze-in. Keinem Anwohner, keinem Gewerbetreibenden, keinem Clubbesitzer wäre etwas weggenommen worden. Nichts! Bestandsschutz. Selbst das Veräußern von Gaststätten wäre nicht möglich gewesen - Bestandsschutz. Keinem wäre etwas genommen worden.

Dieser Konsens, der von der Verwaltung mit der Bürgergesellschaft ausgehandelt wurde, wird heute aufgemacht. Es glaubt doch niemand hier im Raum, dass dieses Verfahren nur fünf Monate dauert. Es glaubt doch niemand in diesem Raum, dass diese gehässigen nachbarschaftlichen widerstreitenden Interessen aufhören. Das Gegenteil wird der Fall sein. Jetzt geht es doch erst richtig los.

Die Lösung habt ihr geliefert: Grüne und CDU. Ihr habt in der letzten Sitzung zum 25. März einen Antrag aus der BV Innenstadt von Andreas Hupke und seinen Leuten übernommen. Das wäre eine Lösung gewesen. Hier hätten wir die Vorlage der Verwaltung beschlossen, hätten uns das angeschaut und in Ruhe die Interessen ausgeglichen. Dieser Weg wurde nicht beschritten, lieber Niklas Kienitz, liebe Frau Martin. Stattdessen habt ihr euch für einen anderen Weg entschieden. Ihr könnt euch allerdings noch umentscheiden; denn wir haben euren Antrag und die Entscheidung der BV Innenstadt vom 11. März dieses Jahres euch zur Abstimmung vorgelegt als Tischvorlage, als Änderungsantrag. Wir können hier heute dieses Fass zumachen und das Belgische Viertel befrieden, statt zu spalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich meinen beiden Vorrednern auf gar keinen Fall anschließen. Als politische Vertreter*innen der Kölnerinnen und Kölner ist es unsere Pflicht, die Stimme der Anwohner zu diesem Thema zu hören. Genau das konnten wir in den vergangenen sechs Wochen seit der Anmeldung unseres Beratungsbedarfs tun. Dafür, dass Sie diesem mehrheitlich zugestimmt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir Ihnen ausdrücklich unseren herzlichen Dank sagen.

Wir möchten auch den Vertreter*innen der Verwaltung für ihre intensive Arbeit danken, die seit 2016 in den Bebauungsplan fließt, und für die aufschlussreichen Gespräche, die uns allen während der letzten sechs Wochen sehr weitergeholfen haben. Herzlichen Dank.

Der vorliegende B-Plan soll städtebauliche Fehlentwicklungen verhindern und den Wohnraum und dessen Anwohnende schützen. Das ist richtig und wichtig. Aus diesem Grund möchten wir nicht den Bebauungsplan verhindern. Wir sehen in der aktuellen Fassung Verbesserungspotenzial; denn im Belgischen Viertel leben nicht nur Menschen, sondern viele üben vor Ort ihren Beruf aus. Anwohnende sowie Gastro- und Gewerbetreibende haben vielfach im persönlichen Gespräch und gemeinschaftlich deutlich gemacht, dass die vorliegende Entwurfsfassung den Status quo der Nutzung im Viertel nicht im erforderlichen Umfang erfasst und die vorhandenen gewerblichen und gastronomischen Nutzungen langfristig unverhältnismäßig einschränken.

Die Sorge und Bedürfnisse möchten wir auch berücksichtigen; denn so unterschiedlich die Interessen auch sein mögen, es herrscht doch Konsens darüber, dass man den einzigartigen Charakter des Viertels und seine Lebensqualität dort erhalten möchte.

Zur Klarstellung: Die Beruhigung des Brüsseler Platzes - da möchte ich noch einmal das betonen, was in den ersten Reden betont worden ist -ist durch den Bauungsplan nicht zu erreichen, wie die bisherigen verwaltungsrechtlichen Verfahren über Lärmstörungen zeigen. Hier braucht es stattdessen weiterhin ordnungsrechtliche Maßnahmen.

Die angestrebten Änderungen dienen der Kompromissfindung zwischen der politischen Notwendigkeit des Wohnraumerhalts im Belgischen Viertel und dem Mindestmaß der Existenzsicherung von Gast- und Gewerbetreibenden im Viertel. Somit wird der Status quo erhalten.

Aufgrund der angestrebten Änderungen wird eine erneute Offenlegung erforderlich. Das ist so. Diese Zeit ist aus unserer Sicht jedoch zu verkraften angesichts der Verzögerungen, die Normenkontrollverfahren anstelle dessen durch die betroffenen Gastronomie und Gewerbebetriebe mit sich bringen würden.

Demokratie lebt von Diskussion, und sie macht Kompromisse erforderlich, um Lösungen zu

finden, die für alle Beteiligten tragbar sind. Wir hoffen, hier auf einer gemeinsamen, sehr großen politischen Basis einen solchen gefunden zu haben, und möchten Sie daher bitten, unserem gemeinsamen Änderungsantrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Zu den Inhalten und den Gründen, warum wir es richtig finden, dass diese Diskussion noch einmal weitergeführt wurde, wurde gerade schon ausreichend Stellung genommen.

Ich möchte nur noch einmal ausdrücklich auch seitens der KLIMA FREUNDE hinzufügen, dass wir auch den Kolleg*innen von Volt sehr dankbar sind, dass sie das möglich gemacht haben, und möchte an dieser Stelle auch noch einmal ganz deutlich sagen, dass das nun einmal so ist, wie Demokratie funktioniert. Wenn Wahlen stattgefunden haben und neue Kräfte in den Rat gekommen sind und neue Menschen, die bisher eben nicht - wie gerade gesagt wurde - seit vielen Jahren schon dabei sind, sondern sich in die Themen neu einzuarbeiten haben, dann ist es einfach nur legitim, dass solche Diskussionen noch einmal aufgemacht werden und die Dinge noch einmal neu besprochen werden. - Vielen Dank.

(Beifall von den Zuschauerplätzen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Bezirksbürgermeister Hupke, wünschen Sie das Wort?

(Bezirksbürgermeister Andreas Hupke [Innenstadt] nickt)

Ja, dann habe ich es richtig gesehen.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Saal und draußen an den Schirmen! Ich habe das Werk einmal mitgebracht. Das ist der Bebauungsplan.

(Der Redner hält einen dicken Hefter hoch)

Geschätzt 1,5 Kilogramm schwer. Das ist ein bisschen zu viel, aber 1 Kilogramm ist es.

Ich will auch nicht mehr auf die inhaltlichen Diskussionen eingehen. Die sind geführt worden, daher wäre das auch hier in Anbetracht der drei Minuten verschwendete Zeit. Ich wollte nur kurz noch anmerken, wie ich eben sagte: Ich bin zweimal gewählt worden, einmal von den Bürgerinnen und Bürger in die Bezirksvertretung, und ich bin von allen Kolleginnen und Kollegen der Bezirksvertretung zum Bezirksbürgermeister einstimmig gewählt worden. Dann ist es meine Plicht, Beschlüsse und die Interessen des Bezirkes zu vertreten. Wenn ich dann in den sogenannten sozialen Medien oder sonst irgendwie ins Fadenkreuz genommen werde, sage ich den Menschen, die das machen: Das ist nicht okay, lasst uns einfach, was das anbelangt, mit Respekt umgehen, sonst funktioniert das nicht.

Es ist auch meine Erfahrung, wie Völker Görzel das eben gesagt hat: Wir sind fast 15 Jahre an dem Thema. Seitdem bin ich dabei und kenne mich da auch aus. Das, was mich auch erschreckt hat, ist, dass ich die letzten Wochen gesehen habe, wie tief der Graben ist. Ich habe jetzt die Hoffnung, dass sehr viel hinter diesem Antrag stehen, und ich danke auch allen Rednerinnen und Rednern, die heute hier zu diesem Bebauungsplan aus ihrer unterschiedlichen Opposition heraus gesprochen haben.

Das, was mir allerdings Sorgen macht - das ist jetzt die hohe Kunst der Juristinnen und Juristen in der Verwaltung, aber auch im Rat, die hier sind -, ist, ob das rechtlich so zu halten ist, dass in diesem Zeitabschnitt, bis es wieder hier im Rat ist, gar nicht so viel passiert. Das ist Ihre Verantwortung. Sie sind jetzt hier am Ruder.

Ich will zum Schluss sagen: Die beste Möglichkeit wäre, wenn solche Kommunen wie die Stadt Köln in einer besseren Situation sein würden, dass sie mehr Möglichkeiten hätten beim Vorkaufsrecht und natürlich auch das Geld hätten. Wenn die Kommune dann die Häuser kaufen könnte, in denen diese Clubs und diese schönen Geschäfte drin sind, die wären dann nicht den heftigsten Kräften des Marktes ausgesetzt, die Kommune könnte eine vernünftige Miete nehmen, wie das in Wien der Fall ist - Viertel wie in Wien -, dann hätten wir auch Frieden. Dafür kämpfe ich in der Zukunft. Da können Sie mich beim Wort nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Ich gehe davon aus, dass sich der Änderungsantrag der SPD durch die Verbindung mit den anderen Fraktionen erledigt hat.

(Christian Joisten [SPD] und Mike Homann [SPD] nicken.)

Als Zweites lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Volt, KLIMA FREUNDE und GUT und dann über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, Herr Wortmann, DIE LINKE und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den soeben genannten Änderungsantrag der vielen Fraktionen abstimmen.

(Unruhe)

Wer wünscht, dagegen zu stimmen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das war eben nicht zu hören! Das war der große Antrag?)

- Entschuldigung, es war ja hier auch eine Diskussion.

Also, ich lasse über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Volt, KLIMA FREUNDE und GUT abstimmen. Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die AfD, die FDP und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das sind die FDP, Herr Wortmann, DIE LINKE und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan Belgisches Viertel mit folgenden Maßgaben umzusetzen.

Die Festsetzungen des Bebauungsplans sollen nach zwei Jahren auf ihre Wirkung hin überprüft und ausgewertet werden. Die Ergebnisse der Evaluation sind den politischen Gremien zur Beratung zu geben.

Technische Nachrüstungen von Gastronomie und Handel, die durch die Pandemie notwendig werden, dürfen nicht dazu führen, dass die Betriebe in andere Kategorien eingestuft werden und ihre Existenz durch die Festlegungen im Bebauungsplan zusätzlich gefährdet wird. Pandemiebedingte Ausnahmeregelungen für die Außengastronomie gelten für die Betriebe im Belgischen Viertel ebenso wie für andere Gastronomiebetriebe in Köln. Durch die lange Laufzeit des bisherigen Verfahrens sind die Planungsziele des Bebauungsplans im Belgischen Viertel nur noch unzureichend bekannt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP und AfD sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT

Beschluss:

Die Punkte 1 und 2 bleiben erhalten.

Punkt 3 & 4 werden ersetzt durch:

3. Die Verwaltung wird beauftragt,

I. folgende Änderungen, nach rechtlicher Prüfung, in den Bebauungsplan-Entwurf

65450/05 einzuarbeiten:

a. Antwerpener Straße beiderseits als WB 2 zu beplanen

b. Beiderseitige Planung des Brüsseler Platzes auf WB2.

c. Moltkestr. (östliche Seite) statt WA1 als WB2 zu beplanen.

d. Brüsseler Straße inklusive Nr. 78 und 78a beiderseits als WB2 zu beplanen.

e. Brabanter Str. (westliche Seite Höfe Nr. 3 – 11) statt WB1 als WB2 beplanen.

f. In 1.3 b) der textlichen Festsetzung „die der Versorgung des Gebietes dienenden“ ersatzlos streichen.

g. In 1.7 b) der textlichen Festsetzung einfügen „- Musikgaststätten“.

h. In 1.8 a) der textlichen Festsetzung einfügen „- Musikgaststätten“

II. die aufgrund der in I. genannten Änderungen erforderliche Offenlage des Bebauungsplans, nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, zu planen und für diesen Sommer zu terminieren.

III. die Beschlussvorlage Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord (0314/2021) nach erfolgter Offenlage und Änderung des Bebauungsplan-Entwurfs schnellstmöglich (in diesem Jahr) dem Rat zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP, AfD und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

III. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. das Plangebiet gemäß dem Aufstellungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.01.2016 entlang des Straßenverlaufs Brüsseler Straße, Bismarckstraße und Moltkestraße zu teilen und das westliche Teilgebiet gemäß der Anlage 1 bis zur Bahnanlage getrennt fortzuführen und zunächst ruhen zu lassen;

2. über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Gebiet zwischen Moltkestraße, Bismarckstraße, Brüsseler Straße, nordöstliche Grenze der Grundstücke Brüsseler Straße 104, Bismarckstraße 38 und 27, östliche Grenze des Grundstücks Antwerpener Straße 16, nördliche Grenze der Grundstücke Antwerpener Straße 14 bis 4, nördliche und östliche Grenze des Grundstücks Antwerpener Straße 2, Antwerpener Straße, Brüsseler Straße, Genter Straße, Brabanter Straße, südliche und westliche Grenze des Grundstücks Brabanter Straße 3, westliche Grenze der Grundstücke Brabanter Straße 5 bis 7, südliche Grenze der Grundstücke Lütticher Straße 13 bis 45 und Brüsseler Straße 54, östliche Grenze der Grundstücke Brüsseler Straße 52 bis 48, östliche und südliche Grenze des Grundstücks Brüsseler Straße 46, südliche und westliche Grenze des Grundstücks Brüsseler Straße 47a, westliche Grenze des Grundstücks Brüsseler Straße 49, südliche Grenze der Grundstücke Lütticher Straße 51 bis 67 sowie östliche und südliche Grenze des Grundstücks Moltkestraße 56 in Köln-Neustadt/Nord—Arbeitstitel: (Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4.1;

3. Die Verwaltung wird beauftragt,

I. folgende Änderungen, nach rechtlicher Prüfung, in den Bebauungsplan-Entwurf 65450/05 einzuarbeiten:

a. Antwerpener Straße beiderseits als WB 2 zu beplanen

b. Beiderseitige Planung des Brüsseler Platzes auf WB2.

c. Moltkestr. (östliche Seite) statt WA1 als WB2 zu beplanen.

d. Brüsseler Straße inklusive Nr. 78 und 78a beiderseits als WB2 zu beplanen.

e. Brabanter Str. (westliche Seite Höfe Nr. 3 – 11) statt WB1 als WB2 beplanen.

f. In 1.3 b) der textlichen Festsetzung „die der Versorgung des

Gebietes dienenden“ ersatzlos streichen.

g. In 1.7 b) der textlichen Festsetzung einfügen „- Musikgaststätten“.

h. In 1.8 a) der textlichen Festsetzung einfügen „- Musikgaststätten“

II. die aufgrund der in I. genannten Änderungen erforderliche Offenlage des Bebauungsplans, nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, zu planen und für diesen Sommer zu terminieren.

III. die Beschlussvorlage Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord (0314/2021) nach erfolgter Offenlage und Änderung des Bebauungsplan-Entwurfs schnellstmöglich (in diesem Jahr) dem Rat zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP, AfD sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

IV. Eine Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion hat sich aufgrund der Beschlussfassung unter II erledigt.

Anmerkung:
Der Änderungsantrag AN/0538/2021 wurde von den Antragstellenden zurückgezogen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 7340/02 Arbeitstitel: Kölner Str./Hauptstraße in Köln-Porz und Köln Porz-Ensen

0907/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu den Gremienbesetzungen unter Tagesordnungspunkt 17. Meine Damen und Herren, sind Sie bereit zur Abstimmung?

(Niklas Kienitz [CDU]: Sehr gern!)

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nummer 7340/02 für das Gebiet zwischen Urbacher Weg 41 bis 43 im Norden (Gemarkung Ensen 4982, Flur 6, Flurstück 195), entlang des Urbacher Wegs nach Osten mit dem Grundstück Urbacher Weg 35, Kölner Straße 14 und 16 (Gemarkung Ensen 4982, Flur 6, Flurstück 260), bis zur östlichen Grenze des Grundstücks Urbacher Weg 33 (Gemarkung Ensen 4982, Flur 6, Flurstück 148) sowie entlang der Grundstücksgrenze nach Süden folgend des Grundstücks Kölner Straße 8 (Gemarkung Ensen, Flur 6, Flurstück 261) in Köln-Porz-Ensen—Arbeitstitel: Kölner Straße / Hauptstraße in Köln-Porz und Köln-Porz-Ensen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön.

17 Gremienbesetzungen

17.1 Besetzung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission (ABK) für die Wahlperiode 11-2020 - 2025

3683/2020

Wir stimmen ab wie AVR, Anlage 2, mit folgenden Ergänzungen: bei den Mitgliedern in der Ausländerrechtlichen Beratungskommission: Stellvertreter für die SPD-Fraktion Eli Abeke und für Volt als Mitglied Stephanie Sczuka und als Stellvertreter Lars Müller.

Wir stimmen auch über den Vorschlag des Integrationsrates, Anlage 1, ab: Anna Maria Klimaszewska-Golan als Mitglied und Carine Weber als Stellvertreterin.

Über die so ergänzte Vorlage lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

I. Die Geschäftsordnung der ausländerrechtlichen Beratungskommission wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1 lautet: Der ausländerrechtlichen Beratungskommission gehören von den stimmberechtigt im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertretenen Fraktionen des Rates der Stadt Köln je ein benanntes Mitglied sowie jeweils drei Vertreter/innen der freien Wohlfahrtspflege, ein/e Vertreter/in der Flüchtlingsberatungsstellen, ein/e Vertreter/in des Integrationsrates, ein/e Vertreter/in des Amtes für Integration und Vielfalt und der/die Vertreter/Vertreterin der Ausländerbehörde an. Die Fraktionen benennen jeweils ein Mitglied und eine Stellvertretung.

II. Der Rat bestellt gemäß § 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung der ausländerrechtlichen Beratungskommission

*a) auf Vorschlag der Fraktionen im Rat folgende Mitglieder und Stellvertreter*innen*

Mitglied

Stellvertretung

1. Dilan Yazicioglu

Firat Yurtsever

(Grüne)

2. Claudia Brock-Storms

Eli Abeke

(SPD)

3. Aaron Appuhn

Felix Spehl

(CDU)

4. Güldane Tokyürek

Jörg Detjen

(Linke)

5. Catherine Schöppen

Stefanie Ruffen

(FDP)

6. Stephanie Sczuka

Lars Müller

(Volt)

*b) auf Vorschlag des Integrationsrates folgende Mitglieder und Stellvertreter*in*

1. Anna Maria Klimaszewska-Golan Carine Weber

c) Auf Vorschlag der freien Wohlfahrtspflege, der Flüchtlingsberatungsstellen, des Amtes für Integration und Vielfalt und der Ausländerbehörde (Anlage 1 zur Vorlage):

	Ordentliches Mitglied	*Stellvertreter*in*
Für die freie Wohlfahrtspflege		
Diakonisches Werk Köln	*Birgit Pikullik*	*Annette de Fallois*

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	*Monika Kuntze*	*Susanne Rabe-Rahman*
Deutsches Rotes Kreuz	*Marita Bosbach*	*(Stellvertretung erfolgt durch Int. Bund)*
Internationaler Bund (Stellvertretung für DRK)	*./.*	*Peter Zinken*
Für die Flüchtlingsberatungsstellen	*Claus-Ulrich Prölß (Kölner Flüchtlingsrat e. V.)*	*Denise Klein (agisra e.V)*
Für das Amt für Integration und Vielfalt	*Susanne Kremer-Buttkereit*	*Andreas Vetter*
Für die Ausländerbehörde	*Christina Boeck*	*Ulrike Willms*

III. Die Bestellung erfolgt für die Dauer der Wahlperiode des Rates.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln

0348/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, Frau Kerstin Wasser für das Amt für Kinder, Jugend und Familie (bisher Herr Udo Bathen) und Frau Ada Lüder für das Jobcenter Köln (bisher Frau Martina Griese) zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellungen der beiden bisherigen stellvertretenden Mitglieder werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.3 Neuwahl eines beratenden JHA-Mitglieds

1095/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolgerin von Frau Ingrid Welke (beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für den Träger Rom e.V.): Frau Marion Krämer (Rom e.V.)

gemäß §5 Abs.3 AG-KJHG NRW und §4 Abs.3 lit. i der Satzung des Jugendamtes als beratendes Mitglied für Rom e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Die persönliche Stellvertretung gem. §5 Abs.2 AG-KJHG NRW von Frau Marion Krämer übernimmt weiterhin Frau Simone Treis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

1182/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger von Frau Karin Grevelhörster (beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für den Träger „Zentrum für Frühbehandlung & Frühförderung gGmbH“) Herrn Oliver Tibussek gemäß §5 Abs.3 AG-KJHG NRW und §4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als beratendes Mitglied für das Zentrum für

Frühbehandlung & Frühförderung gGmbH in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.5 Neuwahl eines stellvertretend beratenden JHA-Mitglieds

1096/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie Herrn Jochen Schäfer (Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH) gemäß §5 Abs.3, 1.AG-KJHG NRW und §4 Abs.3 lit. i der Satzung des Jugendamtes als stellvertretend beratendes Mitglied für Herrn Wolfgang Schmidt für die Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wahl eines neuen Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH“

AN/0970/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Herrn Dr. Ralph Elster Herrn Janning Trumann in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt / Köln gGmbH.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Entsendung in Unterausschüsse und den AR KGAB“

AN/0984/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich stimme ab ohne Ziffer 1. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Gremienbesetzung:

~~1. Unterausschuss Stellenplan~~

~~Entsendung Pascal Pütz anstelle von Ulrich Müller~~

2. Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit

Entsendung Christiane Jäger anstelle von Lukas Lorenz

3. Aufsichtsrat KGAB
Entsendung von Pascal Pütz anstelle von Conny Schmerbach

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die SPD-Fraktion hat in der Sitzung mitgeteilt, dass sich Punkt 1 des Antrages erledigt hat.

17.8 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit“

AN/0999/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt Fraktion für den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit.

Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit:

Neu: Timon Löhr

Bisher: Isabella Venturini

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Umbesetzung in den Ausschüssen - Hauptausschuss“

AN/1000/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Herr Christer Cremer wird als Mitglied des Hauptausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Umbesetzung in den Ausschüssen - Rechnungsprüfungsausschuss“

AN/1001/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Herr Matthias Büschges wird für Herrn Christer Cremer als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.11 Antrag der Gruppe GUT betreffend „Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Ausschuss Schule und Weiterbildung“

AN/1003/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung. Wahl von Herrn Udo Heinrichs (Sachkundiger Einwohner) anstelle von Frau Aline Raab-Damaske.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.12 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Stadt Köln

1593/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln benennt gemäß § 3 Abs. 2 c) und d) der Satzung für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises als Mitglieder des Kuratoriums:

- *Sponsorenvertreter/in:*

  Konrad Adenauer

- *Vorstandsvertreter/in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf:*

  Dr. Stefan Vesper, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann stelle ich jetzt die Nichtöffentlichkeit her, weil wir keine Dringlichkeitsentscheidungen im öffentlichen Teil zu genehmigen haben. Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 19.23 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 4.4

zu Protokoll gegebene Nachfragen zur Beantwortung der Verwaltung auf die Fragen der Fraktion DIE LINKE AN/0998/2021

1. *Als Begründung, warum der seit März 2020 vorliegende Bericht den politischen Gremien erst ein Jahr später vorgelegt worden ist, verweist die Verwaltung auf die zunächst verwaltungsintern durch alle betroffenen Dezernate erfolgte Überprüfung und Bewertung. Auch sei das weitere Vorgehen abgestimmt worden. Es sei zusammengetragen worden, welche Maßnahme aus der Analyse abgeleitet werden können und welche dieser Maßnahmen bereits von der Verwaltung ergriffen worden sind oder geplant sind. Zudem sein ein Austausch über mögliche Konsequenzen und Anpassungen wichtig gewesen.*

   Welche Maßnahmen sind aus dieser Überprüfung und Bewertung abgeleitet worden und welche dieser Maßnahmen bereits von der Verwaltung ergriffen worden oder sind geplant?

2. *Die durch den Lebenslagenbericht identifizierten Stadtteile mit „stark erhöhten Problemlagen“ liegen nach Auskunft der Verwaltung „nahezu alle in den vorhandenen Sozialraumgebieten“.*

   Welche durch den Lebenslagenbericht identifizierten Stadtteile mit „stark erhöhten Problemlagen“ liegen nicht in einem vorhandenen Sozialraumgebiet, und beabsichtigt die Verwaltung, diese Stadtteile in das Programm „Lebenswerte Veedel“ aufzunehmen?

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 6.1.2

zu Protokoll gegebene Rede

Teresa De Bellis-Olinger *(CDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich außerordentlich, dass wir heute die Stellplatzsatzung verabschieden. Man kann trefflich darüber diskutieren, ob man eine solche Stellplatzsatzung braucht oder nicht. Wir meinen, dass ein völliger Verzicht auf eine Stellplatzregelung, wie es in Berlin und Hamburg der Fall ist - diese werden immer wieder als Beispiel angeführt -, bei uns schlichtweg nicht sinnvoll ist, weil es dort - in Berlin und Hamburg - wesentlich mehr öffentlichen Raum für den ruhenden Verkehr gibt.*

Ich möchte auf die aus unserer Sicht wichtigsten Neuerungen eingehen. Dazu gehört auch der Wunsch der Wohnungswirtschaft, und zwar, dass die Zahl der notwendigen Stellplätze bei Bedarf leichter erhöht werden kann, da keine aufwendigen Gutachten erforderlich sind.

Blick auf die Ortsteile, die nicht schienengebunden sind und somit andere Mobilitätsvoraussetzungen mit sich bringen: Hier sind wir der Ansicht, dass keine Reduzierung erforderlich ist, und das spiegelt sich in unserem Änderungsantrag wider. Das Punktesystem haben wir uns in Baden-Württemberg abgeschaut.

Kurz zusammengefasst: Je näher ein Haus am schienengebundenen ÖPNV steht, desto weniger Stellplätze müssen nachgewiesen werden. Um ein für Köln praktikables Punktsystem zu erstellen, wird uns die Verwaltung noch in diesem Jahr Vorschläge unterbreiten.

Ein besonderes Augenmerk haben wir bei Nutzungsänderungen von denkmalgeschützten und historisch bedeutenden Gebäuden gelegt. Hier kann die Verwaltung bei einer kulturellen Folgenutzung auf die Schaffung von Stellplätzen verzichten.

Ich möchte noch auf eine weitere wichtige Änderung eingehen: Neben dem ÖPNV gewinnt das Fahrrad immer mehr an Bedeutung. Deshalb ist es nur konsequent, dass sich das Fahrrad nun auch in der neuen Stellplatzsatzung wiederfindet. Die Räder werden immer größer und teurer, sodass der Anspruch besteht, diese wetterfest und sicher abzustellen.

Zu den autofreien Quartieren sind wir der Auffassung, dass sie möglich sein müssen. Allerdings darf der ruhende Verkehr nicht zulasten der bereits bestehenden Quartiere gehen. Aus der Erfahrung in Nippes haben wir gelernt.

Last, but not least haben wir auch gern die Änderung, die wir für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen haben, den wir noch einmal deutlich erleichtern, berücksichtigt, um ihn auch für Bauherren attraktiver zu machen, da wir dort davon ausgehen, dass in der Regel nicht so viele Stellplätze notwendig sind. Das zeigt schon die Realität, und das kann uns wirklich helfen, die Baukosten nachhaltig zu senken.

Ich möchte es kurz machen: Wir schaffen mit der neuen Stellplatzsatzung, die dann endlich in Kraft treten kann, mehr Flexibilität und bauen vor allem auch kostentreibende Investitionshemmnisse für den Wohnungsbau ab. Insofern können wir wirklich sagen: Es ist ein guter Tag. Es hat etwas länger gedauert, aber wir haben als Bündnis einen guten Antrag auf den Weg gebracht.

Vielleicht wird es das nächste Mal schneller gehen. Wir arbeiten alle fleißig daran.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 6.1.2

zu Protokoll gegebene Rede

Lars Wahlen *(Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Stellplatzsatzung entspricht unserer Überzeugung, dass private Pkw auch auf privaten Stellplätzen stehen sollen, damit der öffentliche Raum auch dem öffentlichen Leben dienen kann.*

Mit unserem gemeinsamen Änderungsantrag haben wir uns bemüht, auch die vielen guten Anregungen der anderen Fraktionen aufzugreifen. So stellt unser Änderungsantrag sicher, dass insbesondere Wohnungen im geförderten Wohnungsbau nicht an der Stellplatzpflicht scheitern werden. Auch nehmen wir Veränderungen vor, um die Anzahl der Stellplätze an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen - etwa, um zu verhindern, dass bei Schulbauten zu viel Platz von Parkplätzen verbraucht wird. Zusätzlich machen wir einen Vorschlag, wie die Stellplatzsatzung in Zukunft noch besser auf die Qualität des ÖPNV abgestimmt werden kann.

Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 7.2.1

zu Protokoll gegebene Rede

Jennifer Glashagen *(Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Aus den Fenstern unserer Fraktionsgeschäftsstelle im Spanischen Bau blicken wir auf ein Areal, das von vielen als die „spannendste Baustelle Deutschlands“ bezeichnet wird. Die Volt-Fraktion betrachtet das Museumsprojekt MiQua als bedeutsames Projekt für Köln - gerade in diesem Jahr, in dem wir 1 700 Jahre dokumentiertes jüdisches Leben in Deutschland feiern, und das in der Stadt der nachweislich ältesten jüdischen Gemeinde nördlich der Alpen.*

Im Spanischen Bau freuen wir uns, beim Blick aus dem Bürofenster zu sehen, wie das Konstrukt der MiQua Gestalt annimmt und in die Höhe wächst. Wir freuen uns jedoch weniger über den Anblick der ebenfalls in die Höhe wachsenden Kosten des Projektes. Mit Blick auf den in Deutschland zunehmenden Antisemitismus darf an den Sicherheitskosten keinesfalls gespart werden. Allerdings haben wir als Fraktion im Vorfeld um Transparenz hinsichtlich möglicher Alternativen gebeten. Dabei geht es uns ausdrücklich nicht um Schuldzuweisungen bezüglich der Kostensteigerung, sondern um ein offenes Aufzeigen unserer Möglichkeiten. Gerade als neue Fraktion im Rat wollen wir eine derartig drastische Kostensteigerung nicht einfach so „abnicken“.

Deshalb wünschen wir uns in diesem Antrag mehr Transparenz hinsichtlich alternativer Möglichkeiten. Die bereits kommunizierten Alternativen möchten wir daher gern in der in einer der nächsten Sitzungen folgenden Beschlussvorlage enthalten sehen, um hier als politische Vertretung der Kölnerinnen und Kölner eine vollumfänglich informierte Entscheidung treffen zu können.

In Anbetracht der Tatsache, dass eine alternative Variante des architektonischen Oberbaus eine Einsparung von 25 Millionen Euro mit sich bringt, von der die museale Nutzung nicht tangiert wird, müssen wir uns die Frage stellen, warum der Rat nicht die Möglichkeit bekommen soll, über diese Alternative abstimmen zu können.

Wir möchten uns daher bei Herrn Greitemann für die Zusicherung dieser Möglichkeit im Finanzausschuss vom 3. Mai 2021 bedanken.

In Zukunft wünschen wir uns eine realistische und ehrliche Kommunikation bei der Planung von Bauvorhaben wie der MiQua, die für Köln von einmaliger Bedeutung sind.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.8

zu Protokoll gegebene Rede

Nicolin Gabrysch *(KLIMA FREUNDE): In der Beschlussvorlage der Verwaltung ist in Bezug auf Klimaauswirkungen „NEIN“ angekreuzt. Dass dies der Wahrheit entspricht, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wo fallen bei einem Livestream üblicherweise Ressourcen an? - Auf dem Server für das Streaming, bei der Produktion der Hard & Software für die gesamte Infrastruktur, und selbst wenn das CO_2-neutral wäre, können wir gar nicht sicherstellen, dass alle Konsument*innen des Streams erneuerbare Energien nutzen, geschweige denn die gesamte Serverinfrastruktur, die es braucht, bis der Stream zu ihnen kommt.*

Streaming verbraucht je nach Zugriffsbedingungen etwa 0,025 bis 0,23 kWh pro Gigabyte. In Deutschland hatten wir 2019 beim bundesweiten Strommix Emissionen von 401 Gramm CO_2 pro kWh Strom. Das macht auf Grundlage dieser Zahlen (0,2 kWh pro GB angenommen) bei einer Ratssitzungslänge von insgesamt 5 Stunden und Streaming bei Auflösung 1080p 30 fps (Annahme 4 000 kB/s, ähnlich bei Youtube) insgesamt 72 GB Daten und damit 72 GB mal 0,20 kWh/GB, macht das 14,4 kW/h und damit 5,8 Kilogramm CO_2 pro Zuschauer.

Anhand der Zugriffszahlen kann man es einmal schätzen: Es sind im Schnitt etwa 2 000 Menschen, die durchgängig dranbleiben. Das sind dann 11 600 Kilogramm CO_2-Emissionen insgesamt pro Ratssitzung.

Natürlich sind solche Rechnungen von vielen Variablen abhängig, aber es zeigt, wie schnell man die Klimaauswirkungen unterschätzt und man dann mal eben „NEIN“ ankreuzt.

Das zeigt auch: Wir müssen bei allen digitalen Projekten/Diensten auch Suffizienz mitdenken, das heißt niedrige Auflösung, zum Beispiel 360 p als Standard für Stream/Mediathek setzen, generell die Bitrate niedrig halten und herausfinden, wie lange die Videos wirklich vorgehalten werden müssen (eventuell anhand der Aufrufe) in der Mediathek, da diese speicherintensiv sind.

Korrektur Niederschrift 23.03.2021 zu TOP 6.4.2 (auf Seite 47)

Integriertes Stadtentwicklungskonzept Porz Mitte hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Porz Mitte sowie Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat Porz Mitte zur Wahlperiode 2020/2025
3621/2020

In Ziffer 5 des Beschlusses zu TOP 6.4.2 wird folgender Passus aus dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses ergänzt:

> *„Ziffer 2 wird wie folgt ergänzt:*
>
> *Vorsitz und Sitzungsleitung liegen beim Bezirksbürgermeister bzw. bei der Bezirksbürgermeisterin kraft seines/ihres Amtes. Die Stellvertretung des/der Vorsitzenden hat der/die stellvertretende Bezirksbürgermeister bzw. Bezirksbürgermeisterin kraft seines/ihres Amtes. Eine weitere Stellvertreterin bzw. ein weiterer Stellvertreter wird aus der Mitte des Beirates gewählt.“*

Der Beschluss lautet demnach wie folgt:

6.4.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Porz Mitte hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Porz Mitte sowie Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat Porz Mitte zur Wahlperiode 2020/2025
3621/2020

III. Abstimmung über Ziffer 1 in der Fassung der Bezirksvertretung 7 (Porz) (Anlage 4)

Beschluss:

7. Die Bezirksvertretung Porz schlägt die folgenden Vorsitzenden der Bezirks fraktionen sowie entsprechende Stellvertreter/-innen als Beiratsmitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Beirates Porz Mitte zur Ernennung vor:

Mitglieder

stellvertretende Mitglieder

Werner Marx

Andreas Bischoff

Dr. Simon Bujanowski

Pascal Pütz

Dieter Redlin

Thomas Werner

Helmuth Krämer

Jonas Hallmann

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

IV. Abstimmung über Ziffer 2 – 5 in der Fassung des Stadtentwicklungs-ausschusses mit den Änderungen in Anlage 5

Beschluss:

8. Der Stadtentwicklungsausschuss schlägt die folgenden Vertreter/-innen der stimmberechtigten Fraktionen sowie entsprechende Stellvertreter/-innen aus dem Stadtentwicklungsausschuss als Beiratsmitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Beirates Porz zur Ernennung vor:

Mitglieder

stellvertretende Mitglieder

Laurens Wellmann

Christine Seiger

Michael Frenzel

Elfi Scho-Antwerpes

Anne Henk-Hollstein

Henk van Benthem

Michael Weisenstein

Marcela Cano

Elvira Bastian

Tim-Lennart Gottsleben

Philipp Gotzen
Isabella Venturini

9. *Der Rat beschließt für die Wahlperiode 2020/2025 die Ernennung der in Anlage 1 vorgeschlagenen Personen aus den Institutionen zu Beiratsmitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Beirates Porz Mitte. Der Rat ernennt weiterhin die unter Beschluss 1 und 2 benannten Personen zu Beiratsmitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern.*

10. *Der Rat überträgt der Bezirksvertretung Porz künftig weiterhin die Ernennung von Beiratsmitgliedern und stellvertretenden Beiratsmitgliedern bei personellen Veränderungen in den Institutionen.*

11. *Der Rat beschließt die in der Anlage 2 markierten Änderungen bzw. Anpassungen der Ziffern 2, 3, 4, 6, 7 und 8 der Geschäftsordnung des Beirates Porz Mitte.*

    Ziffer 2 wird wie folgt ergänzt:

    Vorsitz und Sitzungsleitung liegen beim Bezirksbürgermeister bzw. bei der Bezirksbürgermeisterin kraft seines/ihres Amtes. Die Stellvertretung des/der Vorsitzenden hat der/die stellvertretende Bezirksbürgermeister bzw. Bezirksbürgermeisterin kraft seines/ihres Amtes. Eine weitere Stellvertreterin bzw. ein weiterer Stellvertreter wird aus der Mitte des Beirates gewählt.

12. *Dabei sind gemäß Anlage 5 außerdem folgende Änderungen zu berücksichtigen (s. Beschlussprotokoll der BV Porz vom 11.02.2021):*

    Anlage 1

    - *statt „IHK (Porzer Wirtschaft)“ Änderung in „Porzer Wirtschaft - IHK Köln“*
    - *statt „Solibund Porz e.V.“ Änderung in „Migrationsvertreter/in“*
    - *statt „Diakonie Michaelshoven e.V.“ Änderung in „Sozialraumkoordination Porz-Mitte/Urbach“*

    Anlage 2

    - *unter Ziffer 3, Abs. 1 statt „Vertreter/in Porzer Wirtschaft“ Änderung in „Vertreter/in Porzer Wirtschaft – IHK Köln“*
    - *unter Ziffer 3, Abs. 1 Ergänzung „Migrationsvertreter/*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

7. Sitzung vom 24. Juni 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat III - Mobilität

2194/2021

B Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften

2195/2021

C Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales

2196/2021

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Leiko Ikemura durch Frau C. Schwahlen an das Museum Ludwig

1817/2021

2.2 Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Guan Xiao durch Nadine Zeidler und Amado Kraupa-Tuskany an das Museum Ludwig

0269/2021

2.3 Schenkung eines Kunstwerkes des Künstlers Danh Võ

1819/2021

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen GUT Köln, KLIMA FREUNDE und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Gewalt in Israel und Palästina beenden. Antisemitismus in Köln verhindern und bekämpfen. Für eine vielfältige, tolerante und friedfertige Stadtgesellschaft"

AN/1365/2021

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1502/2021

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verbleib von 86 „entwichenen“ minderjährigen Flüchtlingen in Köln im Jahre 2020"

AN/0937/2021

3.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Die PLAKATEI - Werbeanlagen ausweiten"

AN/1386/2021

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. "Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden

AN/1414/2021

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Nutzung Applikation RADar durch Stadt Köln im Zeitraum von Stadtradeln im Jahr 2021"

AN/0938/2021

3.1.6 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Erhöhung

Hundesteuer um moderate 800%"

AN/1382/2021

3.1.7 Antrag der Gruppe GUT Köln betreffend "Außengastronomie und Parkplätze"

AN/1411/2021

3.1.8 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., Volt , der Gruppe GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Einfache Sprache als Verwaltungsstandard"

AN/1415/2021

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP

AN/1504/2021

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1510/2021

3.1.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Klarheit für Eltern bei den Elternbeiträgen – einheitliche Lösung schaffen auch bei unzureichender Beteiligung des Landes"

AN/1402/2021

3.1.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Corona-Screening im Abwasser"

AN/1397/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1492/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1508/2021

3.1.11 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Abschaffung von Gendersprache"

AN/0936/2021

3.1.12 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Prüfauftrag - Elfer Ring - Aufenthaltszonen zur Freizeitgestaltung"

AN/1384/2021

3.1.13 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt betreffend "Zusätzliche Reinigungsleistungen in der Open-Air-Saison"

AN/0820/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1498/2021

Änderungsantrag der Fraktion die Linke.

AN/1500/2021

3.1.14 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Sofortmaßnahmen für die Solar-Offensive in Köln"

AN/1409/2021

3.1.15 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Sozial gerechte Liegenschaftspolitik"

AN/1379/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1495/2021

3.1.16 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Karl Küpper Preis 2021 – Resolution des Kölner Stadtrates"

AN/0932/2021

3.1.17 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Verankerung des Ziels der

gesamtstädtischen Klimaneutralität in Köln bis 2035"

AN/1377/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1501/2021

Änderungsantrag der Gruppe GUT Köln

AN/1514/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1503/2021

3.1.18 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Zählung des Radverkehrs zwischen Hohenzollern- und Deutzer Brücke"

AN/1396/2021

3.1.19 Antrag der Gruppe GUT Köln betreffend "Schwimmbäder prioritär für Nichtschwimmer*innen-Kinderkurse öffnen"

AN/1085/2021

3.1.20 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ein neu definiertes Grundnetz für den Motorisierten Individualverkehr"

AN/0566/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1507/2021

3.1.21 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen – Veranstaltungen und Partys unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ermöglichen"

AN/1468/2021

3.1.22 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., Volt und der Gruppe GUT betreffend "Ehemalige KHD Hauptverwaltung, Mülheimer Str. 147 - 149; Ausübung des besonderen Vorkaufsrechts nach § 25 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB"

AN/1488/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1513/2021

3.1.23 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und die Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „#draussentanzen #getthepartystarted: Veranstaltungen in diesem Sommer in Köln draußen ermöglichen / Freiflächen für Open Air"

AN/1516/2021

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Chorweiler zur Grenzänderung bei den Stadtteilen Merkenich und Fühlingen

0915/2021

zurückgestellt

3.2.2 Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen

1645/2021

zurückgestellt

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Angriffe auf Kölner Ordnungskräfte nehmen zu – welche Gegenmaßnahmen hat die Stadt im Sinn?"

AN/0997/2021

Antwort der Verwaltung vom 11.06.2021

1693/2021

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Sachstand "Masterplan Quartiersgaragen""

AN/0985/2021

Antwort der Verwaltung vom 22.06.2021

2294/2021

4.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Bürger*innenhaushalt wiederbeleben"

AN/1413/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2340/2021

4.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "E-Scooter – ein R(h)einfall?"

AN/1461/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2377/2021

4.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "E-Scooter im Rhein"

AN/1458/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2367/2021

4.6 Anfrage der Volt betreffend "Konditionen für den preisgedämpften Wohnraum"

AN/1475/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2379/2021

4.7 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend "Systemischer Hitzeaktionsplan für Köln"

AN/1473/2021

4.8 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt betreffend "Sachstand: Öffentliche Toiletten"

AN/1478/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2376/2021

4.9 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Arbeitszeitmodelle der Stadtverwaltung Köln nach Corona"

AN/1477/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2374/2021

4.10 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Fördermittel für die Stadt Köln"

AN/1479/2021

zurückgestellt

4.11 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten bei Anmeldungen von Versammlungen"

AN/1480/2021

zurückgestellt

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3.1 Zulässigkeit des Bürgerbegehrens "Klimawende Köln - 100 % Ökostrom bis 2030"

2242/2021

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)

0329/2021

6.1.2 Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung an das Wohnraumstärkungsgesetz NRW

1658/2021

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Rahmenplanung Braunsfeld/Müngerdorf/Ehrenfeld hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirates zur Umsetzung der Rahmenplanung

1745/2021

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

2029/2021

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung

1531/2021

7.2.2 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

2173/2021

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0108 und Teilergebnisplan 0903

0977/2021

8.2 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2020

1298/2021

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Bedarfsfeststellung für die Landtagswahl 2022

0372/2021

10.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit WLAN

1105/2021

10.3 Umsetzung Einzelhandels und Zentrenkonzept
Hier: Zentrenbudget - Erhöhung des Budgetrahmens 2021

1166/2021

10.4 Finanzielle Entschädigung für die Tätigkeit in Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungsgesellschaften

0276/2021

10.5 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser über § 16i SGB II – Erweiterung der Maßnahme

3694/2020

10.6 Mehrgenerationen Haus Lindweiler 2021

0733/2021

10.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Jahresabschluss 2020

1828/2021

10.8 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Anpassung des Medienetats der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln für das Jahr 2021

1877/2021

10.9 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Besucherstrukturanalyse für den Museumsstandort im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung (KEP)

1900/2021

10.10 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Ausbau der Online-Collections durch die Entwicklung einer zentralen Basiskomponente

1931/2021

zurückgestellt

10.11 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Ausbau der Online-Collections und Schaffung anderer digitaler Zugänge wie Multimediaguides

1929/2021

zurückgestellt

10.12 Weiterführung der Programme zur digitalen Bildung – MINTköln Festival der Stadtbibliothek

0559/2021

10.13 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung, hier: Umgestaltung der Stadtteilbibliothek Nippes im Rahmen der Neueinrichtung/Sanierung von Stadtteilbibliotheken

1757/2021

10.14 Bestellung des Geschäftsführenden Direktors Stefan Englert zum Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters

1676/2021

10.15 Leitbild für Kulturelle Teilhabe und Vielfalt

1503/2021

zurückgestellt

10.16 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum
hier: 2. Ausbaustufe

0309/2021

10.17 Fahrplanwechsel 2021 - Überarbeitung des Busnetzes im Kölner Westen

0540/2021

10.18 Fahrplanwechsel 2021 - Anbindung der Ausweichquartiere des Bezirksrathauses Rodenkirchen

0680/2021

10.19 Beschluss zur Erweiterung der P+R-Anlage an der Haltestelle Weiden West

0825/2021

10.20 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz

3956/2019

10.21 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Beschaffung von 615 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes

0928/2021

10.22 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Beschaffung eines Mobilitäts Cockpits Köln – innovativ – integrativ – intelligent (MoCKiii) zum Aufbau eines verbesserten Verkehrsmanagements

1544/2021

10.23 Kölner Lebenslagenbericht

0615/2020

10.24 Wirtschaftsplan 2021 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1243/2021

10.25 Mehrkostenbeschluss Fachraumerneuerung für die Mikrobiologieräume Berufskolleg 16, Kartäuserwall 30, 50676 Köln

1297/2021

10.26 Zuständigkeitsübertragung der Linie SB 60 für die Streckenabschnitte auf Kölner Gebiet auf die Stadt Bonn

1607/2021

10.27 Baubeschluss für die Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße, Platz 1 (an der Schule)

1608/2020

10.28 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung des Perlengrabens zwischen Blaubach und der Severinsbrücke im Stadtbezirk Innenstadt sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

1747/2020

10.29 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Zusestraße 47, 50859 in Köln-Lövenich zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

1692/2021

10.30 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Aachener Str. 744-750 in Köln-Müngersdorf zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

1748/2021

10.31 Baubeschluss Rettungswache Worringen

3039/2020

10.32 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung von 10 Löschfahrzeugen Logistik (LF-L) aufgrund von Fahrzeugtypenänderungen (Fahrzeug-Soll/Ist-Vergleich) der Feuerwehr Köln

3254/2020

10.33 Grünzug Chorweiler Nord - Wegebau

3065/2020

10.34 Fortführung der Ausbildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern bei der Berufsfeuerwehr Köln

3628/2020

10.35 Radsportzentrum NRW

1559/2021

10.36 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Sporthalle mit mindestens drei Sportübungseinheiten im Stadtbezirk Lindenthal

1894/2021

10.37 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtbezirk Ehrenfeld

1893/2021

10.38 Generalsanierung der Zentralbibliothek der Stadt Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln - Kostenfortschreibungsbeschluss

3520/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1486/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1512/2021

10.39 Umsetzung Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) 2021-2023

1947/2021

10.40 Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden - Bedarfsfeststellungsbeschluss mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

1218/2021

10.41 Drogenhilfeangebote am Neumarkt

1154/2021

10.42 Entwurf zum Haushalt 2022 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW

1763/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1497/2021

10.43 Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung ZADIK - Fördervertrag Mietkostenzuschuss

1467/2021

zurückgestellt

10.44 Häfen und Güterverkehr Köln AG: Satzungsänderung

2158/2021

10.45 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Bildende Kunst: Schaffung zusätzlicher Atelierräume

1966/2021

zurückgestellt

10.46 Filmforum NRW im Museum Ludwig - Satzungsänderung

0788/2021

10.47 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2019/2020 des Gürzenich-Orchesters Köln

1285/2021

10.48 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII - Änderungen nach dem neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz NRW)

0502/2021

10.49 Einrichtung eines Kunstbeirates für die Ratsperiode 2020-2025

3212/2020

zurückgestellt

10.50 Bedarfsfeststellungsbeschluss für eine kommunikative Begleitung der Strategie Klimaneutrales Köln: Entwicklung und Umsetzung einer Kommunikations- und Partizipationsstrategie

1953/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1515/2021

10.51 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen

2337/2021

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf mit der Nummer 74490/07 Arbeitstitel: Wasserwerkstraße in Köln Dellbrück sowie Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses mit dem Arbeitstitel - Heidestraße

1675/2021

12.2 Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73490/06; - Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -; Arbeitstitel: August - Strindberg Straße, Teilaufhebung in Köln - Holweide

1644/2021

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch

1080/2021

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt / Nord Arbeitstitel: "Westlich unter Goldschmied (Laurenz Carré)"

1348/2021

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 276. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0784/2021

17 Gremienbesetzungen

17.1 Bestellung eines sachkundigen Einwohners und seines Vertreters in den Wirtschaftsausschuss

1259/2021

17.2 Neubestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Köln

1671/2021

17.3 Neubestellung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Soziales und Senioren

1678/2021

17.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss

2025/2021

17.5 Entsendung sachkundiger Einwohner*innen in vier zusätzliche Ausschüsse auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln

1673/2021

17.6 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Unterausschuss Wohnen"

AN/1353/2021

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17: Neubesetzung sachkundige Einwohner*innen"

AN/1466/2021

17.8 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Unterausschuss Wohnen"

AN/1487/2021

17.9 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung der sachkundigen Einwohnerin der Volt-Fraktion für den Verkehrsausschuss"

AN/1489/2021

17.10 Neubesetzung Netzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“

AN/1491/2021

zurückgestellt

17.11 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Umbesetzung von Gremien"

AN/1511/2021

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Projekt "Arbeitsorientierte Grundbildung(sberatung) in Köln"

1891/2021

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen

Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Urmetzer, Marc André, 2. stellvertretender Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung

Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Lange, Maria

Stenografen

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Jäger, Christiane;

Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 14.07 Uhr - Ende: 22.13 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer heutigen Ratssitzung.

Besonders begrüßen möchte ich unsere Gäste hier im Gürzenich und die Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, die heute anwesend sind, sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, besonders Frau Laugwitz-Aulbach, die heute zum letzten Mal als Beigeordnete an einer unserer Ratssitzungen teilnimmt,

(Beifall)

und unsere neue Stadtdirektorin, Frau Blome, zu ihrer ersten Ratssitzung in dieser Funktion.

(Beifall)

Natürlich begrüße ich auch Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Wir werden zu Beginn der heutigen Sitzung den Nachfolger von Frau Blome als Leiter des Verkehrsdezernats und noch zwei weitere Beigeordnete wählen.

Wie Sie wissen, haben wir heute mit über 20 Anträgen und über 120 Vorlagen eine anspruchsvolle Tagesordnung vor uns.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich wieder alle mit dem QR-Code hier an den Türen über Ihre Corona-Warn-App zu dieser Sitzung eingecheckt haben, und würde Ihnen gerne noch einmal erläutern, dass die Maskentragungspflicht am Platz für die heutige Sitzung aufgehoben ist. Bitte tragen Sie die Maske aber bei allen Gängen - auch zum Rednerpult, wo die Maske dann wieder abgesetzt werden kann -, und halten Sie sie mindestens bereit, um sie immer dann tragen zu können, wenn Sie nicht den Mindestabstand einhalten können.

Meine Damen und Herren, Sie haben bei der vergangenen Ratssitzung beschlossen, den Livestream der Ratssitzung attraktiver zu gestalten und darüber hinaus in einer Mediathek im Anschluss an unsere Sitzungen abrufbar zur Verfügung zu stellen.

Ich finde es wirklich gut, dass ich Ihnen mitteilen kann, dass der Livestream bereits ab heute zeitgleich auch in Gebärdensprache übertragen wird

(Beifall)

und, wie bereits bei der vergangenen Sitzung, nicht nur über unsere Internetseite abrufbar ist, sondern auch über Facebook und Twitter.

Da gibt es eine sehr beeindruckende Zahl: Alleine in diesen sozialen Netzwerken wurde die letzte Ratssitzung mehr als 13 000 Mal aufgerufen. Das ist eine bemerkenswerte Zahl, die ich auch kaum glauben konnte. Aber Zahlen lügen ja nicht, wie wir wissen.

Auch die Mediathek wird bereits für diese Sitzung zum ersten Mal zur Verfügung stehen. Unbearbeitet steht der Mitschnitt circa eine Stunde nach Ende des öffentlichen Teils der Ratssitzung zur Verfügung. Die überarbeitete Version mit weiteren Funktionen wie zum Beispiel der Suchfunktion ist dann nach drei Tagen abrufbar.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie natürlich noch einmal darauf hinweisen, dass Sie jederzeit die Möglichkeit haben, uns vor einem Wortbeitrag einen Hinweis zu geben, damit Ihre Rede nicht live übertragen oder auch nicht aufgezeichnet wird.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute Frau Jäger entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Hölzing-Clasen, Herrn Kaske und Herrn Erkelenz.

Wie immer legen wir zunächst die Tagesordnung fest. Im Entwurf sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Änderungsanträge sind beim jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter den Tagesordnungspunkten 4.4 bis 4.11, die haushaltsrechtliche Unterrichtung unter TOP 7.2.2, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 10.50 und 10.51, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.7 bis 17.11 und die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung unter Tagesordnungspunkt 18.1 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.12 bis TOP 24.15.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 3.2,1, 3.2.2, 10.10, 10.11, 10.15, 10.43, 10.45 und 17.10.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wir hatten noch eine Reihe von 17er-Punkten nachgereicht. Die haben Sie jetzt nicht aufgerufen, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, die sind mir noch nicht bekannt, aber vielleicht der - - Zugesetzt wurde TOP 17.11 - und mehr nicht. Die sind mir noch nicht bekannt. Wann sind die gekommen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Heute Vormittag!)

Der Antrag der LINKEN liegt unter TOP 17.11 vor, Herr Weisenstein. Aber ich finde es richtig, dass wir das jetzt klären. Sonst geraten wir gleich ins Trudeln.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Eine Sekunde, bitte! - Die sind zusammengefasst! Alles klar!)

- Alles okay? - Gut.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich beantrage für meine Fraktion, im nichtöffentlichen Teil die Punkte 21.1 und 24.12 zusammen zu behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 21.1 und 24.12 gemeinsam. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, wir wollen den Antrag unter Punkt 3.1.19 „Schwimmbäder prioritär für Nichtschwimmer*innen-Kinderkurse öffnen“ zurückziehen und uns bei der Verwaltung bedanken, dass dies jetzt in sehr gutem Umfang für die Schwimmkurse geschieht.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. Danke schön.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Diesen Punkt wollen wir zurückziehen.

Beim Punkt 24.12 geht es um die RheinEnergie. Dieser Punkt ist im nichtöffentlichen Teil. Wir denken, dass es ein sehr hohes öffentliches Interesse an diesem Thema gibt, und beantragen daher, das im öffentlichen Teil zu verhandeln - zumindest die Debatte. Ich denke, dass das von den Redner*innen zu gewährleisten ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dass daran ein hohes öffentliches Interesse besteht, will ich überhaupt nicht bestreiten, Herr Zimmermann. Aber im Gegensatz zu Ihrer Einschätzung glaube ich, dass es sehr schwierig zu gewährleisten ist, sich dazu im öffentlichen Teil zu äußern. Ich würde daher vorschlagen, dass wir es nach wie vor im nichtöffentlichen Teil behandeln.

Wir stimmen aber natürlich darüber ab, wo es behandelt wird. Wer für die Behandlung im öffentlichen Teil ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist erkennbar eine Minderheit. Enthaltungen? - Von Volt. Dann bleibt es bei der Behandlung im nichtöffentlichen Teil. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch einmal zur Klarstellung: Ich gehe davon aus, dass, wenn die Verwaltung geprüft hat, ob Sachen im nichtöffentlichen Teil behandelt werden müssen, das dann auch so ist.

Daher haben wir uns jetzt nicht in der Lage gesehen, über diese rechtliche Einschätzung überhaupt abstimmen zu können. - Dies vielleicht nur noch einmal zur Klarstellung, weil es für uns eine rechtliche Frage ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für Ihr Vertrauen. Ich habe trotzdem, um die Souveränität des Rates ernst zu nehmen, darüber abstimmen lassen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Aber wir sind unter dem Eindruck, dass es rechtlich nicht möglich ist, und wenn es rechtlich nicht möglich ist, dann - -

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber die Abstimmung ist ja gelaufen. Herr Hammer, wenn Sie zur Tagesordnung sprechen möchten, würde ich Sie jetzt darum bitten.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Dann komme ich einmal zur weiteren Tagesordnung.

Wir beantragen, dass wir den Tagesordnungspunkt 3.1.17[10] zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.1.21 und 3.1.23 behandeln, da sie alle das gleiche Themenfeld betreffen.

Außerdem würden wir gerne den Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 3.1.9 zusammen mit der Verwaltungsvorlage unter TOP 10.51 behandeln, da es auch dort um den gleichen Themenkomplex geht.

Ferner beantrage ich für unsere Fraktion, dass wir den Tagesordnungspunkt 24.9 aus dem nichtöffentlichen Teil, zu dem ja im Finanzausschuss schon Beratungsbedarf geltend gemacht wurde, heute nicht beraten, sondern gegebenenfalls im Hauptausschuss dann wieder aufrufen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf zum Tagesordnungspunkt 10.49.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.49. - Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beantragt für TOP C, Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX, geheime Wahl.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, der Kollege Zimmermann hat soeben pauschal beantragt, den Punkt RheinEnergie in den öffentlichen Teil zu ziehen. Das finde ich grundsätzlich richtig. Aber meines Erachtens muss man die Thematik um die RheinEnergie differenziert betrachten. Da gibt es Möglichkeiten, sie zum Teil im öffentlichen Teil und zum Teil im nichtöffentlichen Teil zu diskutieren.

Insbesondere war unsere Absicht, mit dem Antrag unter Punkt 21.1 Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, die Gelegenheit zu geben, in angemessenem Umfang die Öffentlichkeit zu informieren. Daher möchte ich darum bitten, dass der Punkt 21.1 im öffentlichen Teil behandelt wird. Wir würden uns sehr über eine Einschätzung Ihrerseits in der Öffentlichkeit freuen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt stimmen wir irgendwie zweimal über das Gleiche ab.

(Zuruf von der LINKEN)

- Doch, natürlich. Herr Zimmermann ist sicherlich nicht davon ausgegangen - wenn ich mir jetzt anmaßen darf, das zu sagen -, dass alles öffentlich behandelt werden soll. Er hat gesagt: Die Wortmeldungen kann man so fassen, dass man das, was nichtöffentlich ist, auch nichtöffentlich lässt. - So habe ich Sie verstanden, Herr Zimmermann.

Und nichts anderes wollen Sie im Grunde auch. Sie wollen ja nicht, dass hier nichtöffentliche Teile öffentlich behandelt werden.

[10] Anmerkung: Gemeint war TOP 3.1.12 (s. Klarstellung auf Seite 33 des Wortprotokolls)

Ich lasse der guten Ordnung halber noch einmal darüber abstimmen. Wer ist für die öffentliche Behandlung des Punktes 21.1? - Herr Joisten ist jetzt dagegen, dass ich noch einmal abstimmen lasse. Ich habe hier die Sitzungsleitung. Ich lasse das jetzt noch einmal abstimmen, und zwar in Bezug auf den Punkt 21.1.

(Christian Joisten [SPD]: Es geht um eine rechtliche Bewertung! Das war die Frage!)

- Die rechtliche Bewertung hat die Verwaltung vorgenommen, so wie Herr Hammer das unterstellt hat, als es auf die Tagesordnung gekommen ist.

Ich zitiere aus Ihrer eigenen Geschäftsordnung, meine Damen und Herren. § 2 Abs. 4 letzter Satz lautet:

Über Ausnahmen entscheidet der Rat mit der Mehrheit der Stimmen der Ratsmitglieder.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist aber nicht die Fragestellung! - Bernd Petelkau [CDU]: Hier geht es um Geschäftsgeheimnisse!)

- Herr Petelkau, mir ist vollkommen klar, dass es hier um Geschäftsgeheimnisse von Unternehmen geht. Darum haben wir das in den nichtöffentlichen Teil eingeordnet.

Gleichwohl habe ich nach Ihrer Geschäftsordnung darüber abstimmen zu lassen. Wir stimmen also ganz deutlich auch darüber ab, ob es geht oder nicht. Ich stelle das deswegen noch einmal zur Abstimmung. Und dann sollten wir auch die Diskussion über die Geschäftsordnung beenden. Sie können sich gerne eine neue Geschäftsordnung geben.

(Heiterkeit)

Wir sind noch bei diesem Tagesordnungspunkt - - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja gerade auch eine Abstimmung vollzogen, und Sie haben unser Abstimmungsverhalten beobachten können.

Gleichwohl halte ich es für unerlässlich, der Öffentlichkeit zu erklären, warum es nicht möglich ist, dass dieser Tagesordnungspunkt geteilt wird. Genau dieses Ansinnen hatten wir nämlich auch an die Verwaltung herangetragen. Wegen des Hinweises, dass es rechtlich nicht zulässig ist, haben wir akzeptiert, dass es im nichtöffentlichen Teil bleibt. Aber genau diese Erklärung ist jetzt gegenüber der Öffentlichkeit auch einmal abzugeben. Die Verantwortung liegt dann nämlich in dieser rechtlichen Bewertung und nicht bei der freien Entscheidung dieses Rates. Das macht den großen Unterschied aus.

Deswegen möchte ich darum bitten, die inhaltlich-rechtliche Bewertung, warum es nicht teilöffentlich verhandelt werden kann, uns und damit der Öffentlichkeit hier noch einmal darzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht glauben Sie der Kämmerin das mehr als mir. Dann soll sie bitte als Rechtsdezernentin dazu Stellung nehmen. - Darf ich Ihnen die Geschäftsordnung noch einmal geben, oder liegt sie Ihnen vor? - Okay. Bitte.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal ganz kurz zur Erläuterung: Grundsätzlich sind Dinge öffentlich zu behandeln. Allerdings gilt eine Verschwiegenheitspflicht der Ratsmitglieder vor allem für Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich und besonders vorgeschrieben ist.

Als ihrer Natur nach geheim definiert § 30 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung solche Angelegenheiten, „deren Mitteilung an andere dem Gemeinwohl oder dem berechtigten Interesse einzelner Personen zuwiderlaufen würde.“ Dazu zählt insbesondere die Verletzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. In diesem Fall drohen tatsächlich auch Schadenersatzansprüche.

Nun ist es schwer, die genauen Geschäftsgeheimnisse zu umreißen, ohne auf nichtöffentliche Teile der heutigen Behandlung einzugehen. Ich will es gleichwohl grob versuchen, ohne das Vertraulichkeitsprinzip zu verletzen.

Die Behandlung der Rheinland-Kooperation - das ist die Einschätzung der Verwaltung - wäre allenfalls nur auf ganz wenige Teile der Transaktion beschränkt möglich, ohne Geschäftsgeheimnisse der RheinEnergie/GEW zu verletzen.

In dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass es, wie bei solchen Transaktionen üblich, Vertraulichkeitserklärungen - auch mit Schadenersatz bewehrt - gibt, weil es hier tatsächlich um veritable Geschäftsinteressen der beteiligten Partner - auch für den Fall, dass eine solche Kooperation nicht zustande kommen sollte - geht. Das betrifft insbesondere Aussagen, die Wettbewerbern Rückschlüsse auf das künftige Marktverhalten der RheinEnergie und der rhenag ermöglichen würden, sodass hier die Positionen des Unternehmens im Wettbewerb geschädigt würden.

Wenn also beispielsweise bestimmte inhaltliche Bewertungen der Gesellschafterin Stadt zu bestimmten Transaktionen öffentlich würden - zum Beispiel bezüglich der Integration bestimmter Geschäftsteile, der Potenziale der Rheinland-Kooperation, der Entwicklungspotenziale und Synergien insgesamt oder gar der Unternehmensbewertung oder der Geschäfts- oder Preispolitik der RheinEnergie -, wäre hier eindeutig ein Verstoß anzunehmen.

Vor diesem Hintergrund sind auch inhaltliche Aussagen zu bestimmten Inhalten der Rheinland-Kooperation, wie sie in Teilen in der Medienlandschaft kolportiert worden sind, nie vonseiten des Unternehmens oder auch der Stadt bestätigt worden. Denn diese Kenntnisse erlauben Dritten Rückschlüsse auf Realisierungschancen, auf Interessenlagen und vor allen Dingen auf deren kommerzielle Bewertung.

Vor diesem Hintergrund ist eine Behandlung im nichtöffentlichen Teil vorgesehen und raten wir als Verwaltung dringend dazu, keinen Versuch zu unternehmen, die öffentlichen Teile von den nichtöffentlichen Teilen zu trennen, weil das - ich denke und hoffe, dass es angesichts der Breite der angesprochenen Themen deutlich geworden ist - mit einem erheblichen Risiko für die handelnden Beteiligten und für die Diskussion verbunden wäre. Und das - so habe ich jedenfalls alle Rückmeldungen von Ihnen bisher verstanden - ist ja nicht Ziel. Ziel ist, eine möglichst umfassende, transparente Debatte aller Punkte der Rheinland-Kooperation zu ermöglichen. Diese würde hier aber künstlich und hoch risikoreich aufgespaltet werden.

So weit die rechtliche Beurteilung hierzu. Ich hoffe, dass Ihren Fragen damit Rechnung getragen worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall - Christian Joisten [SPD]: Danke schön!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soll Ihr Begehren aufrechterhalten bleiben, darüber abstimmen zu lassen, Herr Weisenstein? Das müsste ich nämlich nach der Geschäftsordnung noch einmal tun.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann würde ich darum bitten!)

- Gut. - Herr Zimmermann hat sich noch einmal gemeldet.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir nicht noch einmal die gleiche Abstimmung durchführen. Ich hatte es zu Punkt 24.12 beantragt, und Herr Weisenstein hat es zu Punkt 21.1 beantragt. Das sind unterschiedliche Tagesordnungspunkte. Daher ist durchaus eine zweite Abstimmung erforderlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das wurde inzwischen verstanden. Darum habe ich ja gefragt, ob der Antrag auch nach der Erklärung der Kämmerin aufrechterhalten bleibt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja!)

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob ausnahmsweise nach § 2 Abs. 4 letzter Satz der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Köln die Behandlung von Punkt 21.1 im öffentlichen Teil erfolgen soll. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, Herr Zimmermann, Herr Wortmann, Frau Gabrysch, Frau Syndicus und Herr Dr. Akude. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann bleibt das im nichtöffentlichen Teil.

Jetzt gibt es eine weitere Wortmeldung von Herrn Hock, Die PARTEI. - Wir können Sie leider noch nicht verstehen. Aber da kommt schon die Technik.

Michael Hock (Die PARTEI): Hallo! Frau Reker! Liebe alle! Schönen Gruß auch an Judit ohne h! Auch Die PARTEI schließt sich der SPD an, was den Tagesordnungspunkt C angeht. Wir widersprechen der Offenheit der Wahl und möchten darüber gerne in geheimer Wahl abstimmen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen, meine Damen und Herren.

Die SPD-Fraktion hat am 18. Juni 2021 zum Thema „Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen - Veranstaltungen und Partys unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ermöglichen“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Sie finden ihn unter TOP 3.1.21.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 3.1.22 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, LINKE und Volt sowie der Ratsgruppe GUT vom heutigen Tage vor. Da geht es um das Thema „Ehemalige KHD Hauptverwaltung; Ausübung des besonderen Vorkaufsrechts“.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Unter Punkt 3.1.23 liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, LINKE, FDP und Volt sowie der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE vom heutigen Tage vor. Da geht es um das Thema „Veranstaltungen in diesem Sommer in Köln draußen ermöglichen/Freiflächen für Open Air“.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Keine. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung wurde eben von Herrn Hammer vorgetragen.

Angesichts der langen Tagesordnung brauchen wir wieder eine besondere Disziplin, damit wir die Sitzungsdauer so kurz wie möglich halten können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten auf maximal vier Minuten festzulegen. Wir werden Ihnen nach drei Minuten ein Zeichen geben, damit Sie wissen, dass Sie zum Ende kommen sollten.

Aber wie immer gibt es natürlich auch heute die Möglichkeit, Redebeiträge zu Protokoll zu geben.

Ich frage jetzt abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen, die Tagesordnung so zu gestalten, wie sie eben vorgeschlagen wurde? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die geänderte Tagesordnung so beschlossen.

*Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder. Der Rat tagt im Großen Saal des Gürzenichs.*

V. Frau Oberbürgermeisterin Reker begrüßt insbesondere Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach zu ihrer letzten Ratssitzung und Frau Stadtdirektorin Blome zu ihrer ersten Ratssitzung in dieser Funktion.

VI. Sie informiert darüber, dass ab sofort die Sitzungen des Rates in einer Mediathek im Anschluss an die Sitzungen abrufbar zur Verfügung stehen werden und der Livestream auch in Gebärdendolmetschung übertragen wird und – wie bereits in der vergangenen Sitzung – nicht nur über die Internetseite der Stadt Köln gestreamt wird, sondern auch über Facebook und Twitter.

*VII. Als Stimmzähler*innen schlägt sie die Ratsmitglieder Hölzing-Clasen, Kaske und Erkelenz vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

VIII. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "E-Scooter – ein R(h)einfall?"

AN/1461/2021

4.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "E-Scooter im Rhein"

AN/1458/2021

4.6 Anfrage der Volt betreffend "Konditionen für den preisgedämpften Wohnraum"

AN/1475/2021

4.7 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Systemischer Hitzeaktionsplan für Köln"

AN/1473/2021

4.8 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt betreffend "Sachstand: Öffentliche Toiletten"

AN/1478/2021

4.9 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Arbeitszeitmodelle der Stadtverwaltung Köln nach Corona"

AN/1477/2021

4.10 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Fördermittel für die Stadt Köln"

AN/1479/2021

4.11 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten bei Anmeldungen von Versammlungen"

AN/1480/2021

7.2.2 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

2173/2021

10.50 Bedarfsfeststellungsbeschluss für eine kommunikative Begleitung der Strategie Klimaneutrales Köln: Entwicklung und Umsetzung einer Kommunikations- und Partizipationsstrategie

1953/2021

10.51 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen 2337/2021

*17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17: Neubesetzung sachkundige Einwohner*innen"*

AN/1466/2021

17.8 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Unterausschuss Wohnen"

AN/1487/2021

17.9 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung der sachkundigen Einwohnerin der Volt-Fraktion für den Verkehrsausschuss"

AN/1489/2021

17.10 Neubesetzung Netzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ AN/1491/2021

17.11 Umbesetzung von Gremien AN/1511/2021

18.1 Projekt "Arbeitsorientierte Grundbildung(sberatung) in Köln"

1891/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

24.12 RheinEnergie AG

2032/2021

24.13 Projekt Klinikverbund: weiterer Beratungsbedarf

2078/2021

24.14 Rückwirkende Abfallsatzungen für die Jahre 2013, 2015, 2016 und 2017

2324/2021

24.15 Rückwirkende Abfallgebührensatzungen für die Jahre 2013 - 2020
2313/2021

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Chorweiler zur Grenzänderung bei den Stadtteilen Merkenich und Fühlingen

0915/2021

3.2.2 Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen

1645/2021

10.10 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Ausbau der Online-Collections durch die Entwicklung einer zentralen Basiskomponente

1931/2021

10.11 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Ausbau der Online-Collections und Schaffung anderer digitaler Zugänge wie Multimediaguides

1929/2021

10.15 Leitbild für Kulturelle Teilhabe und Vielfalt

1503/2021

10.43 Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung ZADIK - Fördervertrag Mietkostenzuschuss

1467/2021

10.45 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Bildende Kunst: Schaffung zusätzlicher Atelierräume

1966/2021

17.10 Neubesetzung Netzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ AN/1491/2021

IX. Ratsmitglied (RM) Breite beantragt, im nichtöffentlichen Teil die Tagesordnungspunkte

21.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "RheinEnergie AG" AN/1373/2021

und

24.12 RheinEnergie AG 2032/2021

zusammen zu behandeln.

RM Zimmermann zieht für die Gruppe GUT Köln folgenden Antrag zurück und bedankt sich bei der Verwaltung, dass die Umsetzung bereits vorangeht:

*3.1.9 Antrag der Gruppe GUT Köln betreffend "Schwimmbäder prioritär für Nichtschwimmer*innen-Kinderkurse öffnen" AN/1085/2021*

RM Zimmermann bittet aufgrund des hohen öffentlichen Interesses den

Tagesordnungspunkt aus dem nichtöffentlichen Teil

24.12 RheinEnergie AG 2032/2021

im öffentlichen Teil zu debattieren.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Antrag, den Tagesordnungspunkt 24.12 n.ö.T. im öffentlichen Teil zu behandeln, abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppen Die PARTEI und GUT Köln sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Fraktion Volt abgelehnt.

RM Hammer beantragt, folgende Tagesordnungspunkte

3.1.12 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Verankerung des Ziels der gesamtstädtischen Klimaneutralität in Köln bis 2035" AN/1377/2021

3.1.21 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen – Veranstaltungen und Partys unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ermöglichen" AN/1468/2021

3.1.23 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und die Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "#draussentanzen #getthepartystarted: Veranstaltungen in diesem Sommer in Köln draußen ermöglichen ..." AN/1516/2021

unter TOP 3.1.12 zusammen zu behandeln.

Außerdem beantragt RM Hammer, den Antrag

3.1.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Klarheit für Eltern bei den Elternbeiträgen – einheitliche Lösung schaffen auch bei unzureichender Beteiligung des Landes" AN/1402/2021

zusammen mit der Verwaltungsvorlage

10.51 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen 2337/2021

unter Top 3.1.9 zu behandeln.

RM Hammer meldet zum nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt

24.9 Bedarfsfeststellung für die Erweiterung des Fuhrparks beim Ordnungsdienst 0937/2021

Beratungsbedarf an. Eventuell kann der Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses behandelt werden.

RM Kienitz meldet zum Tagesordnungspunkt

10.49 Einrichtung eines Kunstbeirates für die Ratsperiode 2020-2025 3212/2020

Beratungsbedarf an.

RM Homann beantragt zum Tagesordnungspunkt

*C Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales 2196/2021*

geheime Wahl.

RM Weisenstein beantragt, dass der nichtöffentliche Tagesordnungspunkt

21.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "RheinEnergie AG" AN/1373/2021

im öffentlichen Teil behandelt wird.

RM Joisten und RM Weisenstein bitten um eine rechtliche Bewertung, warum die Tagesordnungspunkte TOP 21.1 und 24.12 n.ö.T. nicht im öffentlichen Teil behandelt bzw. teilweise diskutiert werden können.

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert erläutert die rechtlichen Hintergründe, warum eine Aufspaltung der Debatte in einen öffentlichen und nichtöffentlichen Teil aufgrund der betroffenen Geschäftsgeheimnisse mit einem erheblichen Risiko verbunden und nicht zu empfehlen sei.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt darüber abstimmen, ob der Tagesordnungspunkt 21.1 n.ö.T. im öffentlichen Teil behandelt werden soll (gem. § 2 Abs. 4 letzter Satz der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

RM Hock beantragt ebenfalls zu Tagesordnungspunkt

*C Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales*
2196/2021

geheime Wahl.

X. Es liegen drei Dringlichkeitsanträge vor.

- *Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen – Veranstaltungen und Partys unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ermöglichen"*
  AN/1468/2021

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.21 behandelt.

- *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., Volt und der Gruppe GUT Köln betreffend "Ehemalige KHD Hauptverwaltung, Mülheimer Str. 147 - 149; Ausübung des besonderen Vorkaufsrechts nach § 25 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB"*
  AN/1488/2021

  Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

  Abstimmungsergebnis:
  Einstimmig zugestimmt.

  Der Antrag wird unter TOP 3.1.22 behandelt.

- *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und die Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „#draussentanzen #getthepartystarted: Veranstaltungen in diesem Sommer in Köln draußen ermöglichen / Freiflächen für Open Air "*
  AN/1516/2021

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.23 behandelt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Redezeit in der Sitzung auf 4 Minuten zu reduzieren. Der Rat ist hiermit einverstanden.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zunächst zu:

A Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat III - Mobilität

2194/2021

Aufgrund der Empfehlung des externen Personalberatungsbüros, das mit dem Verfahren zur Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat III beauftragt wurde, wird Herr Ascan Egerer für diese Beigeordnetenstelle vorgeschlagen.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Auch das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer sich für Herrn Ascan Egerer ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Christer Cremer [AfD] meldet sich zu Wort)

- Wir sind jetzt bereits in der Abstimmung.

(Christer Cremer [AfD]: Nein, ich wollte etwas beantragen! Ich wollte geheime Abstimmung beantragen!)

- Damit kommen Sie jetzt zu spät. Wir sind mitten in der Abstimmung.

(Christer Cremer [AfD]: Nein!)

- Doch. - Wer sich für Herrn Ascan Egerer ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die KLIMA FREUNDE, die CDU-Fraktion, Volt, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Die PARTEI. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion. Wünscht sich jemand zu enthalten? - Das sind die AfD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE.

Ich stelle fest, dass Herr Ascan Egerer vom Rat der Stadt Köln zum Beigeordneten für das Dezernat III gewählt wurde.

(Anhaltender Beifall)

Ich bitte Sie nach vorne, Herr Egerer, damit Sie die Wahl annehmen können.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Ascan Egerer begeben sich neben das Redepult)

Herr Egerer, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Ascan Egerer: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte! Ich nehme die Wahl sehr gerne an und bedanke mich ganz herzlich für Ihr Vertrauen.

(Lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich - Ascan Egerer erhält Blumensträuße und Glückwünsche - Es werden Fotos aufgenommen)

Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bedanken. Ganz herzlichen Dank für die Wahl und für das Vertrauen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Egerer, wir bringen Ihnen gleich Ihre Blumensträuße. Keine Sorge; sie werden hier nicht mehrfach verteilt.

Beschluss:

Der Rat wählt

Herrn Ascan Egerer

*zur*zum Beigeordneten für die Dauer von acht Jahren. Als Geschäftskreis wird das Dezernat III – Mobilität übertragen.*

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises gemäß § 73 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW vor.

Es werden Bezüge der Besoldungsgruppe B 8 nach dem Landebesoldungsgesetz Nordrhein-Westfalen, Anlage 7, gezahlt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und AfD zugestimmt.

Anmerkung:
Herr Egerer erklärt, er nehme die Wahl an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bedanke mich sehr bei Ihnen und komme jetzt zur Wahl des Beigeordneten - -

(Philipp Busch [AfD]: Frau Oberbürgermeisterin, direkt zur GO, bitte!)

- Würden Sie mich erst aussprechen lassen?

(Philipp Busch [AfD]: Gerne!)

- Vielen Dank. - Wir kommen nun zu:

B Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften

2195/2021

Und da steht schon Herr Busch, wenn auch nicht an dem für ihn vorgesehenen Platz. Das ist nämlich nach meiner Liste eigentlich der Platz für Herrn Boyens. Aber ohne Maske beschlägt die Brille ja nicht. Sie wollen also etwas beantragen.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, wir beantragen, die nächsten beiden Dezernatswahlen dann auch geheim durchzuführen. - Danke.

(Zurufe: Wieso „auch“?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind jetzt bei Tagesordnungspunkt B. Der Antrag wird auch da entgegengenommen.

Zur Abstimmung zu stellen brauche ich es nicht. Wenn einer diesen Antrag stellt, reicht das aus.

Jetzt haben wir also zwei geheime Abstimmungen vor uns, meine Damen und Herren. Wir werden diese Abstimmungen gemeinsam durchführen. Das ist entsprechend vorbereitet.

Deswegen rufe ich jetzt zusätzlich auf:

C Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales

2196/2021

Ich bitte Sie, Ihre Entscheidung eindeutig durch ein Kreuz deutlich zu machen. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig.

Zum Ersten stimmen wir über die Wahl des Beigeordneten für das Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften - ab. Vorgeschlagen ist Herr Wolfgramm.

Zum Zweiten stimmen wir über die Wahl des Beigeordneten für das Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales - ab. Vorgeschlagen ist Herr Kienitz.

Wer dafür ist, macht bitte sein Kreuz in den Kreis bei „Ja“. Wer dagegen ist, macht bitte sein Kreuz in den Kreis bei „Nein“. Wenn Sie sich enthalten wollen, kreuzen Sie bitte den Kreis bei „Enthaltung“ an.

Die Kabinen für die Abstimmung sind bereits im Isabellensaal aufgestellt. In Kabine 1 stimmen Sie bitte über die Wahl von Herrn Wolfgramm und in Kabine 2 über die Wahl von Herrn Kienitz ab.

Gibt es weitere Nachfragen oder Anmerkungen? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Guten Tag, Frau Oberbürgermeisterin! Ich bin gerade ein bisschen verwundert. Vorhin haben Sie noch nach anderen Bewerbern gefragt. Das haben Sie jetzt bei diesen beiden Positionen nicht gemacht. Muss das nicht auch noch erfolgen? Nicht, dass die Wahl deswegen nachher anfechtbar ist! Es scheint ja möglich zu sein - ich glaube zwar nicht, dass es passieren

wird -, dass theoretisch jemand hier aus der Versammlung heraus noch einen anderen Bewerber vorschlägt. Ich will ja nur, dass die Wahl sicher verläuft.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist sehr fürsorglich von Ihnen. Vielen Dank.

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieses Risiko ausgeräumt. - Danke sehr.

Dann bitte ich die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Abstimmung vorzubereiten. Ich habe gerade die Stimmzählerinnen und Stimmzähler benannt. Das sind Frau Hölzing-Clasen, Herr Kaske und Herr Erkelenz. Ich bitte sie, sich jetzt in den Isabellensaal zu begeben. - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Nur ein Hinweis der guten Ordnung halber: Bei der Wahl des Beigeordneten für das Dezernat IX ist Herr Kienitz nicht stimmberechtigt und nimmt an der Wahl nicht teil. - Ich bitte, dass wir das im Protokoll festhalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Davon bin ich ausgegangen. Das steht selbstverständlich auch so im Protokoll.

Jetzt bitte ich unsere Schriftführerin, Frau Lange, die Ratsmitglieder am Mikrofon in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen. Ganz zum Schluss sollen dann die Stimmzählerinnen und Stimmzähler zur Stimmabgabe aufgerufen werden. Frau Lange, würden Sie bitte ans Mikrofon gehen? - Da kommt sie schon.

(Der Namensaufruf und die Auszählungen erfolgen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Wir treten wieder in die Ratssitzung ein. Ich möchte Ihnen jetzt die Wahlergebnisse für die Dezernate VIII und IX mitteilen. Die Abstimmungsergebnisse stehen fest.

Zu Tagesordnungspunkt B, der Wahl des Beigeordneten für Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften -: Vorgeschlagen war William Wolfgramm. Es sind insgesamt 90 Stimmen abgegeben worden. Es gab keine ungültige Stimme. Enthaltungen 8, Ja-Stimmen 70, Nein-Stimmen 12.

(Anhaltender Beifall)

Damit hat der Vorschlag eine Mehrheit erhalten.

Ich stelle somit fest, dass Herr Wolfgramm vom Rat der Stadt Köln zum Beigeordneten für das Dezernat VIII gewählt wurde, und bitte ihn, mit mir nach vorne zu gehen, damit er die Wahl auch vor Ihnen annehmen kann.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker und William Wolfgramm begeben sich neben das Redepult)

Herr Wolfgramm, der Rat der Stadt Köln hat Sie zum Beigeordneten gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

William Wolfgramm: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, ich nehme die Wahl an. Ich danke Ihnen auch für das mir entgegengebrachte Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall - William Wolfgramm erhält Blumensträuße und Glückwünsche - Es werden Fotos aufgenommen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei Tagesordnungspunkt C steht das Abstimmungsergebnis fest. Abgegeben wurden 89 Stimmen. Es gab keine ungültige Stimme und keine Enthaltung. 50 Stimmen entfielen auf die Ja-Stimmen, 39 Stimmen votierten mit Nein.

Damit hat der Vorschlag eine Mehrheit erhalten, und der Rat der Stadt Köln hat Herrn Niklas Kienitz zum Beigeordneten gewählt.

(Anhaltender Beifall)

Ich stelle also fest, dass der Rat der Stadt Köln Herrn Kienitz zum Beigeordneten für das Dezernat IX gewählt hat, und bitte ihn nach vorne, damit er die Wahl annehmen kann.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Niklas Kienitz begeben sich neben das Redepult)

Herr Kienitz, der Rat der Stadt Köln hat Sie zum Beigeordneten gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Niklas Kienitz: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Wahl sehr gerne an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Lebhafter Beifall - Niklas Kienitz erhält Blumensträuße und Glückwünsche - Es werden Fotos aufgenommen)

2195/2021

Beschluss:

Der Rat wählt

Herrn William Wolfgramm

*zur*zum Beigeordneten für die Dauer von acht Jahren. Als Geschäftskreis wird das Dezernat VIII – Umwelt, Klima und Liegenschaften übertragen.*

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises gemäß § 73 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW vor.

Es werden Bezüge der Besoldungsgruppe B 8 nach dem Landebesoldungsgesetz Nordrhein-Westfalen, Anlage 7, gezahlt.

Abstimmungsergebnis:
In geheimer Wahl mehrheitlich mit folgendem Ergebnis zugestimmt:

gültige abgegebene Stimmen

90

Ja-Stimmen

70

Nein-Stimmen

12

Enthaltungen

8

Anmerkung:
Geheime Wahl auf Antrag von RM Busch

Herr Wolfgramm erklärt, er nehme die Wahl an.

2196/2021

Beschluss:

Der Rat wählt

Herrn Niklas Kienitz

*zur*zum Beigeordneten für die Dauer von acht Jahren. Als Geschäftskreis wird das Dezernat IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales übertragen.*

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises gemäß § 73 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW vor.

Es werden Bezüge der Besoldungsgruppe B 8 nach dem Landebesoldungsgesetz Nordrhein-Westfalen, Anlage 7, gezahlt.

Abstimmungsergebnis:
In geheimer Wahl mehrheitlich mit folgendem Ergebnis zugestimmt:

gültige abgegebene Stimmen

89

Ja-Stimmen

50

Nein-Stimmen

39

Enthaltungen

0

Anmerkung:
RM Kienitz nimmt nicht an der Wahl teil. Geheime Abstimmung auf Antrag von RM Homann, RM Hock und RM Busch.

Herr Kienitz erklärt, er nehme die Wahl an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, nun rufe ich auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Leiko Ikemura durch Frau C. Schwahlen an das Museum Ludwig

1817/2021

Hier haben wir die Möglichkeit, eine Schenkung eines Kunstwerks der Künstlerin Leiko Ikemura durch Frau Schwahlen an das Museum Ludwig anzunehmen.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die KLIMA FREUNDE, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Volt und GUT. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Frau Schwahlen für diese großzügige Schenkung an das Museum Ludwig.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des Kunstwerkes von Leiko Ikemura an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt. der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Guan Xiao durch Nadine Zeidler und Amado Kraupa-Tuskany an das Museum Ludwig

0269/2021

Dann gibt es die Möglichkeit, die Schenkung eines Kunstwerks der Künstlerin Guan Xiao durch Nadine Zeidler und Amado Kraupa-Tuskany an das Museum Ludwig anzunehmen.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich wiederum um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die KLIMA FREUNDE, die FDP, Volt, Herr Wortmann und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist auch diese großzügige Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Frau Zeidler und Herrn Kraupa-Tuskany.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des Kunstwerkes von Guan Xiao an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.3 Schenkung eines Kunstwerkes des Künstlers Danh Võ

1819/2021

Dann gibt es eine Schenkung eines Kunstwerks des Künstlers Danh Võ.

Hier bitte ich wiederum um Ihr Handzeichen, wenn die Schenkung angenommen werden soll. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die PARTEI, Bündnis 90/Die Grünen, die KLIMA FREUNDE, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist auch diese Schenkung angenommen.

Auch diese Schenkung geht an das Museum Ludwig. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Daniel Buchholz und Christopher Müller.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des Kunstwerkes von Danh Võ an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen GUT, KLIMA FREUNDE und von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Gewalt in Israel und Palästina beenden. Antisemitismus in Köln verhindern und bekämpfen. Für eine vielfältige, tolerante und friedfertige Stadtgesellschaft“

AN/1365/2021

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1502/2021

Meine Damen und Herren, üblicherweise halte ich mich ja, wie Sie wissen, bei Resolutionen sehr zurück. Aber im Fall der Resolution gegen Antisemitismus und für eine friedliche Lösung im Nahostkonflikt mache ich heute eine Ausnahme, weil das Thema so bedeutsam ist und weil es mir wichtig ist, und zwar nicht nur im Festjahr „1 700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“, sondern zu jeder Zeit an jedem Tag, den wir im Kalender haben.

Wir fühlen mit den Menschen unserer Partnerstadt Tel Aviv, die unter den Raketenangriffen zu leiden haben. Zugleich denke ich auch an die Menschen unserer Partnerstadt Bethlehem, die von diesem Konflikt ebenfalls betroffen sind.

Ich stehe solidarisch an der Seite all derer, die anstelle von Gewalt eine friedliche Lösung anstreben. Denn Gewalt erschwert den Frieden und führt zu weiterer Eskalation.

Die Stadt Köln wird als engagierte Partnerstadt für Tel Aviv und Bethlehem weiterhin den Dialog und die Zusammenarbeit fördern, wo immer das möglich ist.

Aber auch der zweite Aspekt der Resolution ist mir wichtig, nämlich das Bekenntnis gegen Antisemitismus, der sich unter dem Deckmantel der Israel-Kritik immer wieder auf erschreckende Weise zeigt.

Diese Resolution ist nicht nur gegen den Hass gerichtet, der daraus folgt, sondern ist ein positives Bekenntnis zu den jüdischen Kölnerinnen und Kölnern, die seit mindestens 1 700 Jahren die Geschichte unserer Stadt mitgestalten und am Aufstieg Kölns zur einzigen Millionenmetropole am Rhein sicherlich mitgewirkt haben.

Ich stelle noch einmal in aller Deutlichkeit klar, damit es wirklich jedem und jeder bewusst wird: In Köln gibt es keinen Platz für Antisemitismus.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Haltung bedeutet null Toleranz gegenüber antisemitischem Gedankengut. Und das wird schon in den Schulen dieser Stadt vermittelt: Zivilcourage. Darauf bin ich sehr stolz, weil sie jede und jeder Einzelne in ihrem und seinem täglichen Leben verwenden kann.

Das ist das Zeichen des Rates der Stadt Köln, und es ist ein Zeichen, hinter dem sich auch die Stadtverwaltung an 365 Tagen im Jahr versammelt.

Zuvorderst benennen möchte ich das große Engagement unseres NS-Dokumentationszentrums für das jüdische Leben in Köln und für die ganz wichtige Präventions- und Beratungsarbeit.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Fraktionen, die diese Resolution unterstützen, für ihre Initiative. Danke sehr für dieses wichtige Zeichen gegen Antisemitismus!

(Beifall)

Dann liegt mir eine Wortmeldung zum Änderungsantrag der AfD vor. Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion war tief betroffen über die jüngsten Angriffe gegen Israel. Insbesondere waren wir schockiert über die Bilder der Angriffe auf unsere Partnerstadt Tel Aviv durch die radikalislamische Hamas.

Sicherlich ist der Kölner Stadtrat nicht der Ort für deutsche Außenpolitik. Aber angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen an über 6 Millionen Juden in Deutschland und Europa muss man sich auch hier zum Existenzrecht Israels bekennen.

(Beifall bei der AfD)

Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten. Allein deshalb ist es ein natürlicher Verbündeter für unser Land. Wie jedes Land hat es das Recht und die Pflicht, seine Bürger zu schützen.

Wir als AfD-Fraktion haben einen Änderungsantrag vorgelegt, in dem wir dem Rat die Chance bieten, sich klar zu dem Existenzrecht wie aber auch dem Selbstverteidigungsrecht Israels zu bekennen.

Außerdem stellen wir mit unserem Änderungsantrag klar, dass die militärische Antwort auf den Raketenterror der radikalislamischen Hamas nicht mit dem Selbstverteidigungsrecht Israels gleichgesetzt werden darf.

Der Satz im Antrag - ich zitiere - „Wir fordern ein Ende dieser sinnlosen Gewalt, die nur den gewaltbereiten Kräften auf beiden Seiten nützt“ sagt das nämlich de facto aus. Und wir sind nicht der Meinung, dass die legitimen Handlungen Israels mit den Angriffen der Hamas gleichgesetzt werden dürfen.

Des Weiteren sollten wir klarstellen, dass es eine Zweistaatenlösung nur geben kann, wenn der jüdische Charakter Israels bewahrt bleibt.

Außerdem bitte ich Sie: Lassen Sie uns als praktisches politisches Bekenntnis hier vor Ort in Köln beschließen, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit israelfeindlichen Organisationen geben darf.

(Beifall bei der AfD)

Zu guter Letzt möchte ich Sie alle hier auffordern, sich bei Ihren jeweiligen Kölner Bundestagsabgeordneten für ein proisraelisches Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag, dem für Außenpolitik zuständigen Parlament, einzusetzen.

Ich finde es wirklich bedauerlich, dass im Jahre 2019 bei der Abstimmung über einen FDP-Antrag für eine stärkere Unterstützung Israels bei Abstimmungen im Rat der Vereinten Nationen - Bundestagsdrucksache 19/7560 - aus Köln nur die beiden AfD-Abgeordneten Fabian Jacobi und Jochen Haug für diesen Antrag gestimmt haben. Es kam keine Mehrheit für diesen Antrag zustande, auch nicht unter den Kölner Abgeordneten. Die AfD-Fraktion hatte übrigens in ihren Reihen die höchste Zustimmung zu diesem Antrag.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie höflichst um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist dieser Antrag angenommen. - Ich bedanke mich nochmals recht herzlich.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag:

Beschluss:

Ein neuer Punkt 1 wird hinzugefügt:

Der Rat der Stadt Köln bekennt sich vorbehaltlos zum Existenzrechts Israels und zum Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israels. Der Staat Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten. Wenn die Demokratie Israel z.B. durch Raketen von radikal islamischen Terrororganisationen angegriffen wird, hat sie das unveräußerliche Recht, sich und seine Bevölkerung auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen.

Alle anderen Punkte werden um einen Punkt nach hinten verschoben.

Punkt 2 Neu / Punkt 1 alt: Alle Sätze nach „Wir

stehen solidarisch an der Seite der der Stadt Tel Aviv und ihrer Bevölkerung.“ werden durch den Satz „Tel Aviv und seine Bewohner haben das Recht in Frieden und Freiheit zu leben.

Punkt 2 alt / Punkt 3 neu wird um den folgenden Satz am Schluss ergänzt:
Bei einer Zweistaatenlösung darf der jüdische Charakter Israels nicht in Frage gestellt werden.

Punkt 7 wird hinzugefügt:

Der Rat der Stadt Köln lehnt jegliche Zusammenarbeit mit Organisation, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen ab, die Beziehungen zu Terrororganisationen wie z.B. der Hamas und/oder Staaten pflegen, die den Staat Israel bekämpfen und sein Existenzrecht in Frage stellen. Diese Ablehnung umfasst auch Staaten und Organisationen, die den Kampf gegen Israel durch Dritte führen lassen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln ist erschüttert und tief besorgt über die Raketenangriffe auf unsere Partnerstadt Tel-Aviv. Wir stehen solidarisch an der Seite der Stadt Tel Aviv und ihrer Bevölkerung. Mit besonderer Sorge blicken wir auf die zunehmend bürgerkriegsähnlichen Züge und die zunehmende Gewalt in Israel und Palästina, die auch unsere Partnerstadt Bethlehem erreicht hat. Wir fordern ein Ende dieser sinnlosen Gewalt, die nur den gewaltbereiten Kräften auf beiden Seiten nützt.*

   Der Konflikt zwischen Israel und Palästina kann nur in Frieden, im Dialog und in der Anerkennung der Existenzberechtigung der Völker in der Region gelöst werden.

2. *Köln pflegt mit seinen Städtepartnerschaften Tel Aviv Yafo und Bethlehem Beziehungen mit beiden Seiten des Konfliktes und kennt beiderlei Geschichte.*

   Wir unterstützen darum jede friedliche Form der Begegnung zwischen Israelis und Palästinensern, wie zum Beispiel den 1988 gegründeten Friedenskindergarten in Tel Aviv-Yafo.

   Im Rahmen der städtepartnerschaftlichen Beziehungen werden wir auch in Zukunft Initiativen in Bethlehem und Tel Aviv unterstützen, die sich für Dialog und Zusammenarbeit, den Schutz der Menschenrechte und die Realisierung der Zweistaatenlösung einsetzen.

3. *Wir verurteilen auf das Schärfste alle Versuche hierzulande, den aktuellen Konflikt zwischen Israel und Palästina für Hetze gegen Menschen jüdischen Glaubens und den Staat Israel zu missbrauchen. Angriffe auf jüdische Einrichtungen und antisemitische Äußerungen darf es in unserer Stadt nicht geben.*

   Wir begrüßen die vielfältigen aktuellen Initiativen in der Stadtgesellschaft, die sich gegen Gewalt, Antisemitismus und Rassismus richten.

4. *Im Zusammenhang mit den erneuten Ausbrüchen der Gewalt im Israelisch- Palästinensischen- Konflikt, ruft die „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (abgekürzt BDS) auch in Deutschland erneut zum Boykott gegen Israel auf. Der allumfassende Boykottaufruf führt in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes. Das ist inakzeptabel und scharf zu verurteilen. Der Kölner Stadtrat tritt jeder Form des Antisemitismus schon im Entstehen entschlossen entgegen und verurteilt die BDS-Kampagne und den Aufruf zum Boykott.*

5. *Der Der Rat der Stadt Köln bekräftigt seine Resolution vom 5. Juli 2018 („Kein Raum für Antisemitismus in Köln! Für eine solidarische Stadt Gesellschaft!“)*

   „Der Rat der Stadt Köln verurteilt aufs Schärfste jegliche Form von Antisemitismus. Antisemitismus ist ein Angriff auf unsere demokratische, weltoffene und tolerante Gesellschaft. Für antisemitisches, rassistisches, extremistisches, radikales und antidemokratisches Gedankengut ist in unserer Stadt kein Platz.

   Wir wenden uns gegen jede Form des Antisemitismus. Jeder Mensch in Köln ist aufgerufen, sich gegen antisemitische Propaganda und antisemitische Übergriffe zu stellen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Verbleib von 86 ‚entwichenen' minderjährigen Flüchtlingen in Köln im Jahre 2020"

AN/0937/2021

Hier hat zunächst der Antragsteller das Wort. Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich das Thema, um das es jetzt geht, einmal in die typische Denk- und Vorstellungswelt der Grünen übersetze. Stellen Sie sich vor, liebe Grüne, dass Sie mit einer Jahrgangsstufe von 100 Schülerinnen und Schülern auf Klassenfahrt fahren und am Ende mit nur noch 78 Schülern und Schülerinnen zurückkommen. Wir können uns, glaube ich, alle vorstellen, wie der öffentliche Aufschrei wäre.

Nun, meine Damen und Herren, genau das ist im letzten Jahr dem Amt für Kinder, Jugend und Familie in der Stadt Köln passiert. Von insgesamt 397 Kindern und Jugendlichen, Flüchtlingen, sind im Jahr 2020 86 verschwunden. Oder, wie eine führende Internetzeitung süffisant titelte - Zitat -:

> Neues von Henriette Rekers Lach- und Sachgeschichten: mehr als ein Fünftel der Kölner UMAs spurlos verschwunden

Meine Damen und Herren, wir reden hier über Minderjährige, ja, über Kinder, die nach einer langen, oft beschwerlichen Flucht, oft traumatisiert, hier in Köln endlich Schutz gefunden haben. Und plötzlich sind 22 Prozent davon spurlos verschwunden. Das kann uns als Stadtgesellschaft doch nicht kaltlassen.

> 86 minderjährige Flüchtlinge sind während der vorläufigen Inobhutnahme entwichen.

So stand es in der Mitteilung der Verwaltung 0186/2021.

Das, meine Damen und Herren, kann doch nicht alles sein, was unserer Verwaltung dazu einfällt.

Wir als AfD-Fraktion fragen: Was genau versteht die Verwaltung in diesem Zusammenhang unter „entwichen"? Was ist der Verwaltung über den Verbleib dieser Kinder und Jugendlichen und über die Gründe ihres Untertauchens bekannt? Wurden davon einige und, wenn ja, wie viele wieder aufgegriffen? Welche Konsequenzen zieht die Stadt aus diesem Vorgang?

Dies fragen wir insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling, ein sogenannter UMA, den Steuerzahler pro Monat 6 800 Euro kostet. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von sechs Monaten sind also nicht nur 86 Flüchtlinge, meine Damen und Herren, sondern auch 3,5 Millionen Euro verschwunden und entwichen.

Wir fragen: Wurden die Zahlungen an die betreuenden Sozialorganisationen - Caritas, Diakonie etc. - um die Zahl der entwichenen Flüchtlinge reduziert? - Fragen über Fragen!

Zu guter Letzt ein persönliches Wort an Sie, Frau Oberbürgermeisterin. Als Frau hätten Sie ja auch Mutter sein können.

(Zurufe: Unglaublich! - Pfui! - Aufhören!)

Und jedes dieser 86 Kinder - auch die mit starkem Bartwuchs, die wie 25 aussehen - hätte auch ihr Kind sein können.

(Weitere Zurufe)

Als Oberbürgermeisterin und oberster Repräsentantin dieser Stadt sind diese Kinder letztlich auch Ihre Kinder.

Offene Briefe zu schreiben und die Bereitschaft zu erklären, noch mehr Kinder aufzunehmen, ist das eine. Aber die Kinder, wenn sie dann hier sind, auch aufzunehmen und fürsorglich zu betreuen, sodass sie dabeibleiben, ist das andere.

Oder, um es mit Wilhelm Busch zu sagen: Mutter werden ist nicht schwer, Mutter sein dagegen sehr.

(Zurufe)

Wir erwarten von Ihnen als Oberbürgermeisterin, dass Sie den Verbleib dieser Flüchtlinge zur Chefsache machen und diese Kinder als Ihre Verantwortung anerkennen.

(Zurufe: Aufhören!)

Stimmen Sie daher für unseren Antrag. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Buh!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Viele! - Lisa Steinmann [SPD]: Erst einmal durchatmen!)

Das ist erkennbar nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert das Dezernat IV auf, umgehend Auskunft über den Verbleib von 86 minderjährigen Flüchtlingen zu geben, die im Laufe des Jahres 2020 aus der vorläufigen Inobhutnahme des Amtes für Kinder, Jugend und Familie entwichen sind.

Das Dezernat IV wird beauftragt, kurzfristig ein Konzept auszuarbeiten und vorzulegen, mit dem sichergestellt wird, dass Kinder und minderjährige Flüchtlinge in Zukunft nicht mehr zunächst mit hohem finanziellem Aufwand auf Kosten der Steuerzahler betreut und anschließend mit unbekanntem Ziel „entweichen“ können.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „Die PLAKATEI - Werbeanlagen ausweiten“

AN/1386/2021

Hier hat der Antragsteller das Wort. Herr Hock, bitte.

Michael Hock (Die PARTEI): Liebe Frau Reker! Liebe alle! An den Anfängen moderner Verbraucherinformationen stand eine Idee. Edward Bernays, der Erfinder des Begriffs „Propaganda“ - zwischenzeitlich hatte ein hinkender Unsympath vom Niederrhein Bernays’ Methoden und auch den Begriff dafür etwas in Verruf gebracht - und später auch der Erfinder des Begriffs „Public Relations“, jener amerikanische Neffe von Sigmund Freud also, brachte es bereits 1928 auf den Punkt - Zitat -:

> Die bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ist ein wichtiges Element der demokratischen Gesellschaft.

Leider haben wir uns gesamtgesellschaftlich entschieden, dieses Element an Private zu übergeben. Wir von der Partei Die PARTEI bedauern das. Fantasielos und uninspiriert wird es von Ströer und Konsorten allein zur Förderung einer Konsumismus-Grundideologie genutzt. Das ist schade.

Noch viel schadiger ist es, dass wir den öffentlichen Raum hier in Köln so unverschämt billig verscherbelt haben. Unsere PARTEI-Anfrage in der vorletzten Ratssitzung und Recherchen des geschätzten Kollegen Hövelmann von GUT kommen zu dem Ergebnis, dass die Einnahmen der Stadt Köln und die der bezuschlagten Unternehmen ungefähr im Verhältnis 1 : 30 stehen.

Die Verträge hierzu sind zudem auch noch aus absolut unverständlichen Gründen für 15 Jahre geschlossen worden. Vielleicht war es die weihnachtliche Stimmung, die den Finanzausschuss am 19. Dezember 2011 zur Initiierung dieser einstimmig beschlossenen, man möchte fast schon sagen, Schenkung bewogen hat.

Die Kolleginnen und Kollegen Breite, Wolter und Henk-Hollstein von der FDP, den Grünen und der CDU sind uns ja erhalten geblieben. Vielleicht können sie uns etwas unerfahrenen Schnupsis die Hintergründe einmal bei einem Kölsch erläutern. Wir würden uns freuen.

Na ja, et is, wie et is; et hätt noch immer jot jejange. Deswegen blicken wir heute zuversichtlich in die Zukunft. Es gibt da draußen noch so viel Raum, den wir den Märkten zugänglich machen können, beispielsweise den Dom. Vielleicht denkt man auch einmal eine Umgestaltung von Sankt Peter als Apple Store an, damit diese alte Pilgerstätte wieder in neuem Glanz erstrahlt.

Wir von der PARTEI wollen auch nicht immer nur lamentieren und uns beschweren, sondern selber helfen, wo es geht. Deswegen ist die sehr gute Werbeagentur Die PLAKATEI GbR im Prozess der Gründung. Die Gesellschafter der GbR, Dickas und Hock, sind dem Vernehmen nach bereit, etwa dreimal so viel wie die bisherigen Anbieter zu zahlen. Wäre das nicht eine konstruktive Lösung?

Die Ratsmitglieder der PARTEI werden sich bei der Abstimmung - wegen eventueller Befangenheit im Hinblick auf Punkt 3 - enthalten. Wir sind aber sicher, dass unser Antrag auf breite Zustimmung stoßen wird, und bedanken uns vorab für Ihr Vertrauen. - Vielen Dank.

(Beifall von Birgit Beate Dickas [Die PARTEI])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Ulrich Breite [FDP]: Nein! - Heiterkeit)

Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Antragsteller wollen sich enthalten. Gibt es weitere Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann und Frau Syndicus. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, im Wege eines Ausschreibungsverfahrens nach einem Vertragspartner zu suchen, der weitere öffentliche Flächen im Kölner Stadtgebiet neben den bereits genutzten Flächen für den Betrieb von Werbeanlangen nutzt.*

2. *Die an St. Peter, dem Dom, vorhandenen Freiflächen werden zu Werbezwecken freigegeben und bei der unter gemäß 1. dieses Antrags initiierten Ausschreibung ebenfalls berücksichtigt.*

3. *Die Verwaltung prüft Möglichkeiten, mit anderen als den bisherigen Vertragspartnern (bspw. der sehr guten PLAKATEI GbR) Verträge hinsichtlich des weiteren Ausverkaufs von öffentlichem Raum zu schließen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppen Die PARTEI, GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“

AN/1414/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Max Christian Derichsweiler (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden freue ich mich über die Gelegenheit, kurz diesen Antrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung zu begründen.

Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, dass es fraktionsübergreifend in enger Absprache mit der Verwaltung gelungen ist, das Potenzial dieses Ausschusses weiter auszuschöpfen.

Neben dem zentralen Bereich der Behandlung von Bürgeranfragen und Eingaben wird der Ausschuss nun auch von seiner Zuständigkeit her der Ort sein, an dem fachlich-politisch über Bürgerbeteiligung diskutiert wird.

Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Fundament unserer lebendigen Stadtgesellschaft. Aktive und Engagierte setzen sich in Köln dafür ein und wollen sich an Diskussionen beteiligen und in Vereinen oder Initiativen ehrenamtlich mitwirken.

Dieses Engagement wollen wir weiter fördern und über Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung auch an städtischen Vorhaben beraten.

Ich denke, dass ich für alle Mitglieder des Ausschusses spreche, wenn ich sage, dass wir mit der Änderung der Zuständigkeitsordnung zeigen, dass wir es mit der tatsächlichen Diskussion über

die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung und Weiterentwicklung unserer Stadt ernst meinen.

Das ist ein guter Schritt, um das Vertrauen in politische und Verwaltungsprozesse und -entscheidungen und damit generell in das demokratische System zu stärken.

Teilhabe ist der Schlüssel dafür, der eigenen Lebenswirklichkeit eine Stimme zu geben, und kann Motivation sein, sich selbst verantwortungsvoll für unsere Stadtgesellschaft zu engagieren.

Mit diesem Antrag werden nicht nur der Ausschuss gestärkt und seine Kompetenzen erweitert. Wir erweitern den Rahmen, Bürgerbeteiligung in Köln zu entwickeln. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Die Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln wird erweitert um einen Paragraphen „Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“, in dem die Entscheidungs- und Vorberatungsbefugnisse wie folgt geregelt werden:

Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden

1. *Dem Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden wird die Vorbereitung der Erledigung der Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW übertragen. Zuständigkeit und Verfahren sind im Einzelnen in § 14 Hauptsatzung geregelt. Die Zuständigkeiten der anderen Ausschüsse, der Bezirksvertretungen und der Oberbürgermeisterin bleiben unberührt.*

2. *Der Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden ist in folgenden Angelegenheiten vorberatend zu beteiligen:*

   a. *Grundsatzfragen der Beteiligungskultur in Köln*

   b. *Strategische Fragen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements*

   c. *Umsetzung und Weiterentwicklung der Leitlinien für Öffentlichkeitsbeteiligung der Stadt Köln*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Nutzung Applikation RADar durch Stadt Köln im Zeitraum von Stadtradeln im Jahr 2021“

AN/0938/2021

Hier hat zunächst der Antragsteller das Wort. Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, wir geben die Rede zu Protokoll. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön.

Dann stimmen wir ab. Wer wünscht dem Antrag zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, dass die Stadt Köln während der Stadtradeln-Tage, initiiert durch das Klima-Bündnis, vom 01.09.-21.09.2021 an der Applikation RADar „kostenlos“ teilnimmt um auch nachhaltig zu zeigen, dass die Stadt Köln sich ihrer Verantwortung durch die Feststellung des Klimanotstandes bewusst ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „Erhöhung Hundesteuer um moderate 800 %“

AN/1382/2021

Ich gebe hier der Antragstellerin das Wort. Frau Dickas.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Hunde! Die Idee zu diesem Antrag entstand während der vorletzten Ratssitzung am 23. März 2021. Damals hat uns ein Kollege von den Grünen sehr engagiert die Angst seiner Hündin Lucy vor dem durch Bürger abgebrannten Silvesterfeuerwerk geschildert. Das hat uns sehr beeindruckt; denn das T in PARTEI steht bekanntlich für den Tierschutz.

Lediglich unser Ansatz ist ein anderer. Wir haben nicht vor - und da unterscheidet sich unsere Politik von der grünen Politik -, die Gesellschaft für unsere privaten Hobbys und Vergnügungen in die Verantwortung zu nehmen.

Liebe Freunde, wir haben hier eine der seltenen Gelegenheiten, das Hundeunwesen in unserer Stadt in den Griff zu bekommen. Sie alle wissen: Hunde machen Dreck, sehr viel Dreck. Zwischen ihren Pfoten sammelt sich der Schmodder. Sie haaren ständig. Alles ist voll von ihrem Fell, auf dem Flöhe und Läuse ein fröhliches Come Together feiern. Sie sabbern und lecken alles an. Sie stinken, und wenn ihr Fell nass ist, stinken sie noch erbärmlicher. Sie riechen und schnuppern schamlos an den Hinterteilen ihrer Artgenossen und essen nichts lieber als Kot. Das ist widerlich und wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig thematisiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie sich nicht vom Dackelblick beeindrucken. Lassen Sie sich nicht erzählen, dass dieser Wuffi aber anders sei als die anderen Kläffer. Wir finden: Hunde haben in unserer Mitte nichts verloren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie mit uns Hand in Hand einen großen Schritt hin zu einer klimagerechten Stadt, die alles zum Erhalt der Biodiversität unternimmt. Wir haben das in der schriftlichen Antragsbegründung ausführlich erläutert. Lassen Sie uns die Tölen und Mistviecher aus dem Stadtbild verdrängen, damit Mauerbienen, Holzbienen, Maskenbienen, Sandbienen und viele weitere Wildbienen eine Chance haben. Diese süßen Bienchen haben keine Lobby, keine Lobby außer uns.

Unser Antrag ist ausgewogen und sozial gerecht. Sämtliche Ausnahmetatbestände bleiben unangetastet, wie etwa die Befreiung für Blinden- und Assistenzhunde.

Wir werben für Ihre Unterstützung. 800 Prozent hört sich zunächst viel an. Aber wir wollen 800 Prozent mehr Bienenvielfalt, 800 Prozent mehr heimische Pflanzenvielfalt und 800 Prozent mehr Nahrungsquellen für unsere heimischen Wildbienen. Daher ist eine moderate Erhöhung der Hundesteuer um 800 Prozent angemessen und alternativlos. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Ich lasse dann darüber abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die PARTEI. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Hundesteuer wird um moderate 800% erhöht.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe Die PARTEI abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Gruppe GUT betreffend „Außengastronomie und Parkplätze“

AN/1411/2021

Auch hier bitte ich zunächst um Wortmeldungen. - Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Gastro-Branche ist nach

wie vor arg gebeutelt von den Aus- und Nebenwirkungen der Pandemie. Weihnachtsfeiern, Silvester, Karneval: All diese Ausfälle sorgten in diesem und im vergangenen Jahr für große Verluste.

Der DEHOGA empfiehlt, die Preise für Speisen und Getränke um 20 Prozent zu erhöhen.

Lassen Sie uns als Stadt die Gastro unterstützen und anerkennen, wie flexibel sich die Branche in dieser Situation gezeigt hat. Lassen Sie uns den Betrieben auch erlauben, die direkt anliegenden Parkplätze zu nutzen.

Nebenbei bemerkt: Es ist auch ein schöner Nutzen, diesen Platz vielen Menschen zur Verfügung zu stellen und nicht einem einzelnen Stehzeug.

Die Innenstadt hat es vorgemacht. Doch Köln besteht aus neun Bezirken. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Karadag das Wort.

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle freuen uns über das neu gewonnene gastronomische Außenflächenangebot. Insbesondere auf Parkplätzen sitzen wir ganz gerne.

Um die Gastronomie auch weiterhin zu unterstützen und ihr Planungssicherheit zu geben, möchten wir die Sondergenehmigungen auch über dieses Jahr hinaus bis Ende 2022 verlängern, wie die BV 1 das bereits beschlossen hat.

Auch die temporären Erweiterungen sind weiterhin schnell und unkompliziert zu ermöglichen.

Einen Gebührenerlass möchten wir aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht beschließen. Mit Blick auf die pandemische Lage und auch auf unsere Haushaltslage in der Kommune möchten wir dieses noch nicht abschließend entscheiden. Ich schaue die Kämmerin an.

Aus diesem Grund bitten wir, folgenden Änderungsantrag zu beschließen:

> Der letzte Satz im Beschlusstext wird anteilig gestrichen. Es entfällt der erste Teil, nämlich „Gebühren für die Sondernutzung fallen nicht an und“.

Wir bitten, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ich würde es vom Platz aus machen!)

- Gut. Aber da bitte mit Maske. So ist es leider.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir würden dem Antrag in der Ursprungsform zustimmen. Frau Karadag sagte gerade, dass die Grünen gerne auf Parkplätzen sitzen. Das kann ich für die SPD nicht durchgängig bestätigen. Aber wenn es um Außengastronomie gerade im innerstädtischen Bereich geht, ist es jedenfalls eine sehr charmante Lösung, die in den letzten Jahren schon gefunden wurde, Außengastronomie auf Parkplätzen zu ermöglichen.

Lassen Sie mich noch Folgendes sagen: Frau Karadag, Sie haben jetzt beantragt, den Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren zu streichen. Dann fallen sie aber an. Das muss klar sein. Denn nach der Satzung - ich habe nachgeschaut - ist es nun einmal so, dass nur darauf verzichtet werden kann, wenn das wirklich im überwiegenden öffentlichen Interesse ist. Und dass man das ohne Weiteres so herbeikonstruieren kann, wage ich zu bezweifeln. Deswegen bedarf es aufgrund des Satzungscharakters schon einer politischen Entscheidung, auf diese Sondernutzungsgebühren zu verzichten. Uns muss also klar sein: Wenn wir den Verzicht heute streichen, ist das erst einmal so.

Wir sind tatsächlich der Meinung: So, wie die Gastronomie in der Corona-Krise gebeutelt wurde, bedarf es wirklich aller Unterstützung. Deswegen sind wir für den Ursprungsantrag und für den Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren.

Wie gesagt, finden wir das Modell „Sitzen statt Parken“ durchaus charmant. Wir haben auch zuletzt im AVR eine Anfrage dazu gestellt, in der es noch einmal um das Thema Barrierefreiheit ging. Vielleicht kann die Verwaltung da ja etwas großzügiger sein und der Gastronomie ermöglichen,

mit einer Palette oder Ähnlichem eine Barrierefreiheit herzustellen.

Noch einmal die Conclusio: Nach dem, was die Gastronomie in der Corona-Zeit mitgemacht hat, hat sie hier alle Hilfe verdient, denke ich. Deswegen sind wir für den Ursprungsantrag.

(Beifall bei der SPD - Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Tragt ihr auch den nächsten Haushalt mit?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Spehl das Wort.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer am Livestream! Der hier eingebrachte Antrag der Ratsgruppe GUT greift ein absolut wichtiges Thema auf. Dementsprechend ist es sehr gut, dass wir alle konstruktiv darüber diskutieren und eine Lösung finden.

Jedoch wissen wir alle natürlich auch, dass die Gastronomie durch die Corona-Krise sehr gebeutelt war. Das muss man hier niemandem erzählen. Man muss sich nur mit den Gastronomen vor Ort unterhalten. Dann merkt man, wie eng es ist. Sie mussten das ganze Tafelsilber verkaufen.

Umso richtiger ist es, dass man ihnen jetzt entgegenkommt und entsprechende Möglichkeiten einräumt. Wir sehen auch die Außengastronomie als ein gutes Mittel zum Zweck, dass wir den Gastronomen Erleichterung verschaffen.

Andererseits - die grüne Kollegin hat es schon angesprochen - ist Nachhaltigkeit wichtig. Das setzt zwar nicht nur bei der Außengastronomie an. Aber auch die Gastronomen haben ein Interesse daran, dass wir jetzt erst einmal einen guten Haushalt hinbekommen. Dementsprechend ist es vorerst erst einmal so, dass wir als CDU-Fraktion dem Änderungsantrag der Grünen folgen und dafür um Unterstützung bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir vonseiten der FDP-Fraktion sind dankbar für diese Initiative von GUT, aber auch der Meinung, dass der hier formulierte Vorschlag, die Gebührenfrage quasi zu vertagen, um sowohl die pandemische Lage als auch die Lage der Außengastronomie weiter zu beobachten, uns anzuschauen, wie das in diesem Sommer und im Herbst läuft, und dann zu einem späteren Zeitpunkt zu bewerten, genau die richtige Antwort für diese noch ungeklärte Situation ist.

Daher würden wir dem so geänderten Antrag als FDP-Fraktion dann auch zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Antrag von GUT in der Ursprungsversion zu. Den Antrag der Grünen können wir nicht mittragen. Wir halten das so, wie es die Gruppe GUT geschrieben hat, für genau richtig. In der Tat sollte man auf Gebühren verzichten.

Die Kölnerinnen und Kölner wollen im Sommer draußen sitzen. Die Wirtinnen und Wirte wollen mehr Umsatz machen und sind nach den diversen Corona-Wellen oft auch darauf angewiesen. Beiden tut dieser Antrag etwas Gutes.

Parkflächen im öffentlichen Raum dagegen mindern die Aufenthaltsqualität. Wir haben uns vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, Parkplätze vor allem in der Innenstadt in Quartiersgaragen zu verlagern. Auch angesichts dieses Weges, die Stadtzentren wieder lebenswerter zu machen, ist dieser Antrag folgerichtig.

Doch wir müssen auch darauf achten, dass die Interessen der Fußgänger gewahrt bleiben. Oft schon konnten wir alle beobachten, dass mehr Fläche für die Außengastronomie auch zu mehr rücksichtlosem Wildwuchs führte.

Wenn nun Parkplätze zeitweise umgewidmet werden und zur Stellfläche für Tische und Stühle werden, muss das Ordnungsamt mit ausreichenden Kontrollen dafür sorgen, dass genügend Platz zum Passieren bleibt - nicht nur für einzelne Fußgänger, sondern auch für Eltern mit Kinderwagen, alte Menschen mit Rollator oder Menschen im

Rollstuhl. Auch die Bedürfnisse sehbehinderter Menschen nach einer klaren Aufteilung von Flächen und Elementen, die ihnen zur Orientierung dienen, dürfen nicht ignoriert werden.

Die Barrierefreiheit muss gewahrt bleiben. Dann kann die Ausweitung der Außengastronomie zu einem tollen Sommer für alle beitragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse zunächst über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und der LINKEN. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Ich lasse nun über den Ursprungsantrag in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist er so beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlicher Änderungsantrag, den Passus „Gebühren für die Sondernutzung fallen nicht an und…“ zu streichen

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über den so geänderten Antrag

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Sondergenehmigungen für die Außengastronomie auf dem gesamten Stadtgebiet bis zum 31.12.2022 zu verlängern. Zudem erhalten Gastronom:innen die Möglichkeit, die Außengastronomie auf direkt an den Betrieb angrenzende Parkplätze auszuweiten. Neugenehmigungen sind weiterhin möglich.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Mündlicher Änderungsantrag von RM Karadag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., Volt, der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Einfache Sprache als Verwaltungsstandard“

AN/1415/2021

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP

AN/1504/2021

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1510/2021

Hierzu hat als Erster Herr Bauer-Dahm das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Sprache ist ganz schön schwer. Sprache ist so schwer, dass wir als Kinder alle Jahre brauchen, um sprechen zu lernen. Sprache ist so schwer, dass man jahrelang zur Schule geht, um schreiben zu lernen. Sprache ist sogar so schwer, dass wir uns immer wieder falsch verstehen, obwohl wir doch eigentlich die gleiche Sprache sprechen.

Und weil Sprache so schwer ist, schließt sie auch ganz oft Menschen aus. Nicht alle können eine Sprache perfekt lernen, nicht alle supergut lesen lernen, und für einige ist die deutsche Sprache auch einfach neu.

Sprache muss aber nicht immer schwer sein. Dafür soll die Stadt Köln die Dinge einfacher erklären, mit einfachen Worten und mit einfachen Sätzen. Wenn man einen Brief bekommt, muss man verstehen, worum es geht. Darauf hat jeder Mensch ein Recht, auch Menschen mit geistiger Behinderung. Das steht so im Gesetz.

Ich lese jeden Tag auf der Arbeit Texte in schwerer Sprache. Denn ich arbeite mit Gesetzen. Die sind immer in besonders schwerer Sprache geschrieben. Deshalb verstehen viele Menschen auch

Gesetze nicht. Dabei sind viele Gesetze auch für Menschen gemacht, die nur einfache und Leichte Sprache verstehen, also zum Beispiel Menschen mit geistiger Behinderung oder Menschen, die neu in Deutschland sind. Das ergibt keinen Sinn.

Für Menschen, die jeden Tag schwere Sprache lesen, ist es erst einmal ganz schön ungewohnt, einfache Sprache zu benutzen. Einfach zu schreiben und zu sprechen, ist daher am Anfang schwer. Aber das geht. Man muss das nur wollen.

Das kann jede Person, die schon die schwere Sprache beherrscht. Man muss nämlich nur Sachen weglassen, komplizierte, fremde Wörter zum Beispiel oder viele Nebensätze. Eigentlich ist das gar nicht so kompliziert.

Für Menschen, die schwere Sprache können, ist es oft einfach nur bequemer, so zu schreiben und zu sprechen. Sie sind es so gewohnt.

Menschen, die schwere Sprache nicht verstehen, sind dann aber ausgeschlossen. Das wollen wir nicht mehr.

Deswegen gibt es heute diesen Antrag hier im Rat der Stadt Köln. Wir entscheiden gleich, ob die Stadt Köln das ab sofort nicht mehr möchte. Alle Kölnerinnen und Kölner sollen alles verstehen, was die Stadt schreibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der LINKEN)

Wenn viele Menschen so einen Antrag stellen, muss man sich gut absprechen. Alle wollen ein bisschen etwas anderes. Das ist normal. Dabei können dann auch Fehler passieren. Das ist leider auch bei diesem Antrag so.

In der „Zusammenfassung in einfacher Sprache“ steht etwas Falsches. Da steht:

> Der Teil in einfacher Sprache ist in männlicher Form geschrieben.
>
> Zum Beispiel schreiben wir: Mitarbeiter.

Da muss aber stehen: Teile in Leichter Sprache sind in männlicher Form geschrieben - und auch nur da. Die einfache Sprache arbeitet immer mit allen Geschlechtern.

Die Stadt hat dafür schon tolle Tipps für die Praxis erstellt. Sie haben leider einen etwas komplizierten Namen. Denn sie heißen „Praxistipps für eine geschlechterumfassende Sprache und wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln“.

(Heiterkeit)

Sie sollen natürlich weiter gelten.

Zum Glück ist der Fehler in unserem Antrag aber nicht in dem Teil vom Text, den wir heute beschließen wollen, sondern nur in der Begründung.

Die Praxistipps benutzen die Mitarbeitenden der Stadt bereits jetzt. Wenn man etwas trotzdem nicht versteht, muss man das nur sagen. Man kann dann einfach die Mitarbeitenden der Stadt fragen. Man muss keinen Grund dafür nennen, und niemand muss sich dafür schämen. Alle, die es möchten, bekommen dann ihre Briefe sogar in Leichter Sprache.

Leichte Sprache ist ganz besonders einfach. Leichte Sprache müssen wir aber noch richtig lernen. Damit einige Mitarbeitende der Stadt das können, dürfen sie eine Fortbildung machen. Uns Politikerinnen und Politiker kann man übrigens auch immer ansprechen, wenn man einmal etwas nicht versteht.

Alle Firmen, die zur Stadt gehören, sollen das auch so machen.

Das gilt aber ganz besonders für die KVB. Alle Menschen in Köln sollen den Bus und die Bahn gut nutzen können. Daher soll die KVB nur noch Leichte Sprache benutzen.

Das hilft dann vielleicht auch mir. Ich kann zwar einfache und schwere Sprache lesen, aber leider keine KVB-Pläne.

(Heiterkeit)

Die Änderungsanträge helfen leider niemandem. Deswegen lehnen wir sie ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auf meiner Rednerliste steht als Nächste Frau Röhrig.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede und jeder von uns hat das selbst schon einmal erlebt: Ich bekomme ein Schreiben von der Stadt Köln. Ich lese das Schreiben einmal. Ich lese es noch einmal. Ich verstehe es nicht. Es ist zu schwer geschrieben.

So wie mir geht es vielen Menschen. Das muss sich ändern. Vor allem Menschen mit Lernschwierigkeiten und Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen, hilft eine einfache und verständliche Sprache.

Mit dem Antrag „Einfache Sprache als Verwaltungsstandard für jegliche Außenkommunikation der Verwaltung“ wollen wir das erreichen.

Außenkommunikation: Das ist so ein Wort, das wir in Zukunft vermeiden wollen. Und wenn sich so ein schweres Wort nicht vermeiden lässt, dann muss es erklärt werden.

Wir fordern nicht nur die Verwaltung auf, verständlich zu schreiben und die Sätze kurz zu halten. Wir wollen uns auch selbst um diese einfache Sprache bemühen - so, wie ich es jetzt in dieser Rede versuche.

Diese Umstellung wird nicht von heute auf morgen klappen. Wir müssen üben. Wichtig ist, dass wir uns auf den Weg machen. Wichtig sind Kursangebote, um die einfache Sprache zu lernen.

Wichtig ist vor allem die Einsicht: Die Stadt ist für die Bürgerinnen und Bürger da, und die Stadt muss so sprechen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sie verstehen. - Das klingt einfach. Das ist aber eine große Herausforderung. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg, diese Herausforderung zu meistern.

Den Antrag der SPD und der FDP würden wir als Ergänzung zu unserem Antrag unterstützen. Es ist gut, wenn die Verwaltung den aktuellen Stand erläutert. Es ist aber nicht gut, wenn es dabei bleibt. Wir wollen heute schon die nächsten Schritte beschließen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! In Deutschland waren bis 2019 85 000 Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen, und zwar deshalb, weil sie unter Betreuung stehen. Es handelt sich hierbei um den expliziten Ausschluss aus der demokratischen Teilhabe einer willkürlich gewählten - weil sie unter einer Betreuung stehen und dies damit verknüpft wird - Gruppe von Menschen.

Glücklicherweise wurde dieser Ausschluss 2019 vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Das Bundesverfassungsgericht teilt in seiner Entscheidung aber ebenfalls mit, dass demokratische Teilhabe nicht nur alle paar Jahre durch ein Kreuzchen auf einem Zettel erfolgt, sondern dass ein inklusives Wahlrecht bedeuten muss, dass Menschen, die regieren, und Menschen, die regiert werden und die Ersteren wählen, miteinander kommunizieren können müssen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Politikerinnen und Politiker und als Verwaltungsmitarbeiter und Verwaltungsmitarbeiterinnen mit den Menschen auch kommunizieren können.

Es darf keine Voraussetzung sein, täglich Zeitung zu lesen oder schlimmstenfalls auch noch ein Jurastudium abgeschlossen zu haben, um die Kommunikation auch zu verstehen. Auch Kölnerinnen und Kölnern, die unter anderem eine andere Muttersprache als Deutsch haben, erleichtert die einfache Sprache den Alltag. Unser Anspruch sollte es sein, jeden Kölner und jede Kölnerin bei den wichtigen Entscheidungen, die wir hier treffen, mitzunehmen.

Deshalb möchten wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu aufrufen, diesem Antrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt ist es etwas doof, dass ich immer ein bisschen aus der Lamäng rede und mir deswegen nicht so einen wunderbaren Text in einfacher Sprache geschrieben habe. Aber ich will einmal so sprechen, dass Sie mich hoffentlich alle verstehen.

Um eines voranzustellen: Die Intention Ihres Antrags ist selbstverständlich richtig. Niemand hier im Saal - jedenfalls von den demokratischen Parteien - möchte Menschen über das Instrument der Sprache ausschließen. Davon bin ich überzeugt.

Allerdings zeigt sich hier: Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht.

Das beginnt bei Ziffer 1 Ihres Antrags. Sie wollen nämlich schlicht sämtliche Außenkommunikation der Stadt auf einfache Sprache umstellen. Das ist aber ein Anspruch, der in absehbarer Zeit niemals zu erfüllen sein wird.

Deswegen ist es doch gerade richtig, das Ganze, wie das mit unserem Änderungsantrag geschieht, einmal abzuschichten, es etwas genauer zu betrachten und vor allen Dingen da auch mit der Verwaltung und den Mitarbeitern, die das ja dann umsetzen müssen, zu kooperieren. Deswegen wollen wir von der Verwaltung erst einmal wissen, wie weit die Bemühungen in diese Richtung eigentlich schon gediehen sind.

Um das noch einmal auseinanderzunehmen: Sie müssen unterscheiden zwischen einfacher Sprache - kompliziert, aber nicht zu kompliziert -, Leichter Sprache mit starrem Regelwerk - wirklich anspruchsvoll - und dem, was ich einmal als verständliche Verwaltungssprache bezeichnen würde und auf das sicherlich auch jede Bürgerin und jeder Bürger einen Anspruch haben.

Ich sage einmal so: Wenn Sie jetzt so anfangen, dass Sie fordern, die Verwaltung müsse ihre sämtliche Außenkommunikation umstellen, dann wird das nicht funktionieren.

Im Übrigen haben wir da auch - und das finde ich ganz beruhigend - eine Broschüre und eine Empfehlung der Agentur Barrierefrei, übrigens beschlossen durch den Inklusionsbeirat Nordrhein-Westfalen, an unserer Seite. Das sind die Empfehlungen für Träger öffentlicher Belange zum strategischen Umgang mit Leichter Sprache. Die sagen dort ausdrücklich: Es ist niemandem geholfen, wenn man jetzt anfängt, alles umzustellen. Insofern soll man doch bitte Prioritäten setzen und sich gut überlegen, welcher Adressatenkreis welche Informationen als Erstes braucht.

Das ist auch völlig richtig. Denn diese Prioritätensetzung ist auch deswegen erforderlich, weil wir uns ja einig sind, dass nicht alles auf einen Schlag gehen wird. Dann ist es doch wichtig, erst einmal mit den Informationen anzufangen, die den primären Adressatenkreis auch besonders interessieren. Anschließend können wir es peu à peu ausweiten und schauen, wo was sinnvoll ist.

Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Wir verschließen uns Ihrem Vorhaben ja überhaupt nicht. Es ist legitim und richtig, sich dort zu bemühen. Aber lassen Sie uns einmal im AVR und auch im Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren alles zusammenfassen, was die Verwaltung dazu schon liefern kann und wo sie vielleicht bereits Informationen in Leichter Sprache zur Verfügung stellt. Bestimmte Menschen sind auch wirklich auf Leichte Sprache angewiesen und nicht nur auf einfache Sprache. Wir sollten einmal schauen, wo es vielleicht schon Informationen in Einfacher Sprache gibt und wie weit die Verwaltung in ihren Bemühungen gediehen ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung darin zu unterstützen, in verständlicher Verwaltungssprache mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren.

Nachdem wir uns das angeschaut haben, können wir - das würde ich vorschlagen - in den Ausschüssen gemeinsam mit der Verwaltung eine Prioritätensetzung entwickeln.

So ist keinem geholfen. Wenn man einfach nur sagt, um es einmal in einfacher Sprache auszudrücken, dass wir ab morgen alles anders machen, wird das nicht funktionieren.

Deswegen sollten wir bitte Schritt für Schritt vorgehen und dafür unseren Änderungsantrag beschließen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich möchte an das anschließen, was Herr Krupp gesagt hat. Uns alle hier eint das Ziel, dass Politik und Verwaltung verständlich kommunizieren müssen. Die Menschen müssen die Bescheide und Formulare, die die Verwaltung herausgibt, natürlich auch verstehen. Selbstverständlich hat jeder Mensch auch das Recht, wenn er es nicht versteht, dass man ihm auch eine Erklärung gibt, damit eine Mitteilung verstanden werden kann. Das gilt insbesondere bei Menschen mit eingeschränkter Lesefähigkeit.

Aber wir müssen uns hier auch ehrlich machen. Herr Bauer-Dahm, ich fand Ihren Beitrag auch sehr beeindruckend. Nun kenne ich Sie noch nicht so lange. Aber ein bisschen kenne ich Sie schon. Insofern muss ich doch sagen: Nicht immer kommunizieren Sie so wie hier und heute.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

Hier erinnere ich nur einmal an den Punkt 3.1.17 unserer heutigen Tagesordnung, unter dem wir einen Antrag des Bündnisses behandeln werden, der den Titel „Verankerung des Ziels der gesamtstädtischen Klimaneutralität in Köln bis 2035“ hat. Anspruch und Realität gehen also schon ein bisschen auseinander.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Aber ich will gar nicht böse sein, weil wir ja uns eigentlich im Ziel einig sind.

Nun zum vorgelegten Antrag: Das erste Problem des Antrags ist die Vermischung von einfacher und Leichter Sprache. Für die meisten Menschen reicht das Verständnis von Texten in einfacher Sprache aus. In der Praxis bedeutet die strikte Trennung von einfacher und Leichter Sprache, dass Verwaltungsmitarbeiter und Verwaltungsmitarbeiterinnen zwar in einfacher Sprache geschult werden können, aber Texte in Leichter Sprache gar nicht erstellen können. Das muss durch zertifizierte Übersetzungsbüros geschehen. Bei jeder Korrekturschleife müssen diese Büros auch wieder eingeschaltet werden. Das gilt, wie gesagt, für jede Textänderung. Insofern ist es ein enormer Verwaltungsaufwand, wenn alle Informationen in Leichter Sprache erstellt werden sollen.

Und einmal am Rande bemerkt: Manchmal beißt sich die Leichte Sprache auch mit anderen Zielen, die wir in dieser Stadt letztens noch beschlossen haben, zum Beispiel der gendergerechten Sprache. Wer Leichte Sprache nutzt, muss sich vom Gendersternchen verabschieden.

Das Zweite ist die Frage der Zielgruppe. Nicht alle Texte der Verwaltung - Herr Krupp hat schon darauf hingewiesen - müssen in Leichter Sprache verfasst werden. Schätzungen gehen davon aus, dass das rund ein Viertel der Kölnerinnen und Kölner betrifft. Das heißt: Wir müssen doch vor allem die Dokumente in Leichter Sprache zur Verfügung stellen, die für den betroffenen Kreis von besonderer Bedeutung sind, zum Beispiel Anträge auf Unterstützung zum Lebensunterhalt.

Drittens. Ich verstehe nicht, warum die Kollegen und Kolleginnen sich im vorgelegten Antrag nur auf das Thema Sprache beschränken. Kommunikation ist nicht allein Sprache. Andere Vermittlungsformen wie Bilder oder Videos können in vielen Fällen wirkungsvoller und verständlicher sein als Texte in Leichter Sprache. Hier sind also Innovation und Einfallsreichtum gefragt.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und FDP. Auch wir wollen eine verständliche und bürgerfreundliche Kommunikation für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Aber wir wollen zuerst einmal eine Bestandsaufnahme bereits vorhandener Angebote.

Da gibt es ja auch schon einiges. Wenn ich recht informiert bin, sind über 100 Seiten der städtischen Homepage bereits in Leichter Sprache verfasst.

Wie wir heute gehört haben, wird der Livestream jetzt auch in Gebärdensprache übersetzt. Das halte ich ebenfalls für einen guten Ansatz. Herzlichen Glückwunsch hierzu.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Ziel muss eine zielgerechte, passgenaue und realistische Kommunikationsstrategie für Menschen mit eingeschränkter Lesefähigkeit sein. Das bietet unser Antrag von SPD und FDP. Ich bitte um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es liegt ein Änderungsantrag der AfD vor. Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Ich möchte auch von hier aus sprechen, Frau Oberbürgermeisterin. - Erst einmal vorweg: Vieles, was gesagt worden ist, ist richtig und wichtig. Gerade Herr Dr. Krupp und Frau Hoyer haben eine treffende Analyse vorgenommen.

Trotzdem geht unser Änderungsantrag dahin, dass wir die einfache Sprache als Verwaltungsstandard ablehnen. Wir können aber selbstverständlich - es wurde schon oft gesagt - den Wunsch vieler Kölnerinnen und Kölner nachvollziehen, die Probleme haben, das Amtsdeutsch zu verstehen, und damit Gefahr laufen, eventuell für sie wichtige Informationen aus diesen Schreiben nicht zu verstehen.

Allerdings sehen wir das Problem, dass wir nicht jeden Bürger sofort und die Bürger allesamt mit der einfachen oder auch Leichten Sprache

konfrontieren sollten. Dann würden viele Menschen - dessen bin ich sehr sicher - sich fast schon beleidigt fühlen oder sich fragen, was die Politik und die Verwaltung denn da überhaupt gemacht haben.

Auf der anderen Seite - das habe ich eingangs schon gesagt - müssen wir aber die Bürgerinnen und Bürger abholen, die Schwierigkeiten haben, und ihnen die Möglichkeit geben, die Schreiben, die im Amtsdeutsch aufgesetzt worden sind, vollends zu verstehen. Und um frei von Verständigungsproblemen zu sein, reicht es nicht unbedingt aus, dass man Muttersprachler ist.

Für diese Menschen schaffen wir aber mit unserem Änderungsantrag ein Angebot. Bei Bedarf kann man nämlich bei den einzelnen Schreiben, die aus verschiedenen Textbausteinen bestehen, einen QR-Code mit dem Handy scannen und sie online - in Anführungsstrichen - „übersetzt“ lesen.

Dazu ein kleiner Exkurs: Ich bin mit einer Sizilianerin verheiratet und erlebe das Problem tagtäglich. Sie können mir glauben, dass das Amtsdeutsch für viele meiner Familienmitglieder, die Deutsch nicht in der Schule hatten oder erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen sind, eine sehr große Hürde ist, gerade im Austausch mit den Behörden. Daher kommt es vor, dass viele der Schreiben, die vom Amt bzw. von der Stadt kommen, gar nicht mehr geöffnet werden, weil die Frustration so groß ist, wenn man sie wirklich nicht versteht.

Deswegen sehen wir natürlich den Bedarf, diese Schreiben oder auch die Arbeit des Stadtrates transparent zu machen.

Daher bitte ich Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Stimmen Sie unserem Antrag zu, das Amtsdeutsch nicht gänzlich auszutauschen, sondern diese Möglichkeit für diejenigen nutzbar zu machen, die darauf angewiesen sind, und sie technisch so auszubauen, dass sie wegen purer Verständigungsprobleme oder einfach zum Abgleich für sich selber, ob man das einem vorliegende Schreiben auch richtig verstanden hat, zur Verfügung steht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Meine Damen und Herren, natürlich ist es wichtig, dass Verwaltungshandeln verständlich ist und dass alle Kölnerinnen und Kölner verstehen, was wir ihnen schreiben.

In der Debatte heute ist aber meines Erachtens auch deutlich geworden, dass wir dieses wichtige Anliegen, das ich auch habe, nicht von heute auf morgen umsetzen können und auch nicht von heute auf morgen umsetzen werden. Das ist mit einem riesengroßen Aufwand verbunden, der natürlich auch Kosten verursacht.

Wichtig ist allerdings, dass die Kolleginnen und Kollegen - und da gibt es ja Richtlinien innerhalb der Verwaltung - auch diese Haltung annehmen, verstanden werden zu können und sich so auszudrücken, dass es wirklich verständlich ist.

Deswegen möchte ich für die Abstimmung festhalten, dass wir diesen Antrag als Prüfantrag beschließen und die Verwaltung Ihnen mitteilen wird, in welchen Schritten wir uns zu diesem Ziel hin begeben können. Denn es wird, wie gesagt, nicht von heute auf morgen umzusetzen sein.

Aber Sie dürfen gewiss sein: Es ist auch mein Ziel, dass alle Kölnerinnen und Kölner das verstehen, was die Stadt ihnen schreibt, und nicht, wenn sie einen grauen Recyclingumschlag von der Stadt erhalten, davor zurückschrecken, ihn zu öffnen, weil sie glauben, nicht zu verstehen, was in dem Schreiben steht.

Ich lasse - -

(Ralph Sterck [FDP]: Frau Oberbürgermeisterin!)

- Ja, bitte, Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin, wenn ich nachfrage. Aber Sie haben gerade den Antrag irgendwie umgedeutet. Es ist ja ungewöhnlich, wenn das vonseiten der Verwaltung kommt. Ich möchte hier nur wissen, wie die Beschlusslage dann ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Noch gar nicht. Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge abstimmen.

Ralph Sterck (FDP): Ja. Aber Sie wollen ja den Antrag anders verstehen, als er hier eingebracht

worden ist. Deswegen frage ich jetzt nur nach. Wir beschließen am Ende doch schon den Antrag, der hier vom Bündnis eingebracht worden ist. Denn sonst müssten Sie ja den Beschluss nachher beanstanden, wenn Sie sagen, dass Sie - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich könnte den Beschluss auch so beanstanden, weil ich keine Deckung sehe. Aber das möchte ich nicht, weil wir da alle das gleiche Ziel haben.

Ralph Sterck (FDP): Mir geht es nur darum, dass wir nachher genau wissen, was wir hier beschlossen haben, weil Sie jetzt gesagt haben, dass Sie das als Prüfauftrag umdeuten wollen.

Ein Prüfauftrag ist eher das, was SPD und FDP eingebracht haben. Das ist ein Prüfauftrag und damit eigentlich das, was Sie dann mit beschließen können, wofür wir ja auch werben.

Aber das, was hier vom Bündnis eingebracht worden ist, ist ein ganz klarer Auftrag an die Verwaltung, sodass es da nichts mehr zu prüfen gibt. Sonst müssten Sie es beanstanden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch zwei weitere Wortmeldungen, und zwar zunächst von Frau Gabrysch und dann von Frau Syndicus.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Zunächst einmal bitte ich um Entschuldigung. Ich habe wirklich versucht, mich sichtbar zu melden. Aber das ist irgendwie immer ein bisschen schwierig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist von hier aus ganz schwierig zu sehen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Deswegen vielen Dank, dass wir beide jetzt noch reden dürfen. - Ich hatte tatsächlich ursprünglich vorgehabt, einen Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag zu stellen, und zwar aus dem gerade genannten Grund, dass in dem Text der Begründung des Antrags das generische Maskulinum benutzt wurde. Es freut mich, dass sich das jetzt aufgeklärt hat, dass das also nur ein Missverständnis oder ein Fehler war und dass in dem zugrunde liegenden Leitfaden tatsächlich das Gendersternchen schon vorgegeben ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein, nein, nein! Gendersternchen ist nicht einfache Sprache!)

- Ich habe das tatsächlich gerade mit den zwei Kollegen da hinten noch recherchiert. Wenn dem nicht so sein sollte, wird es sicherlich auch noch einmal einen Antrag dazu geben.

Jedenfalls möchte ich dann wenigstens noch ganz kurz den Teil meines Redebeitrags halten, der erläutert, warum das mir und auch den KLIMA FREUNDEN, für die ich hier spreche, so wichtig ist.

Grundsätzlich finde ich den Antrag großartig. Die Stadt möchte dadurch die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben stärken. Mit diesem Beschluss möchte sie ausdrücklich den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Für uns würden diese Bemühungen aber tatsächlich konterkariert, wenn dies bedeuten würde, dass in der einfachen Sprache das generische Maskulinum verwendet würde. Aus unserer Perspektive sind kleine Einbußen bei der Ästhetik, die - so haben das wissenschaftliche Studien ergeben - von den Menschen wahrgenommen werden, ein vernünftiger Preis für die gleiche Repräsentation aller Geschlechter.

Außerdem ist die Frage der Ästhetik lediglich eine Frage der Gewöhnung. Auch das ist mittlerweile wissenschaftlich belegt.

Hier sei auch noch einmal gesagt - das liegt mir sehr am Herzen -: Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Wenn wir uns jetzt dagegen wehren, unseren Sprachgebrauch umzustellen, um in unserer Ansprache wirklich alle Menschen und alle Geschlechter zu repräsentieren, dann ist das, mit Verlaub, unsere Bequemlichkeit. Und das kann nicht der Grund dafür sein.

Ich kann aus eigener Erfahrung sagen - denn auch ich habe 40 Jahre meines Lebens nicht gegendert -: Auch mir ist es am Anfang schwergefallen. Aber wenn man einmal anfängt, es zu üben, gewöhnt man sich ganz schnell daran.

Ich kann allen, die sich dagegen sträuben, nur empfehlen: Kommt uns einmal im Klimacamp auf den Uniwiesen besuchen. Wenn ihr dort ein paar Tage mit uns über Dinge diskutiert, werdet ihr euch ganz schnell daran gewöhnen.

Wir begrüßen auf jeden Fall diesen Antrag und freuen uns, dass wir hiermit ein konsequentes Zeichen setzen, indem wir auch in der einfachen Sprache die gendersensible Schreibweise anwenden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndikus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wer hätte gedacht, dass die einfache Sprache und die Leichte Sprache am Ende anscheinend so kompliziert zu definieren sind, wie wir es hier gerade merken? Im Moment weiß niemand mehr wirklich, was gemeint ist.

Auch das angefügte Beispiel im Ursprungsantrag ist im generischen Maskulinum geschrieben. Deswegen bin ich, ehrlich gesagt, gerade auch ein wenig verwirrt.

Wir sind Mitantragstellerin des Antrags. Dass in der einfachen Sprache das generische Maskulinum verwendet werden soll, war mir allerdings auch nicht bewusst.

Wir tragen natürlich die Feststellung mit, dass einfache Sprache für Inklusion und Teilhabe sorgt. Allerdings finden wir nicht, dass mit dem generischen Maskulinum alle mitgemeint sind.

Denken Sie an eine Gruppe von zehn Ärzten. Ich hoffe, dass wir in der Runde hier ein ausgewogenes Verhältnis aller Geschlechter im Kopf haben. Wissenschaftliche Studien zeigen hingegen anderes. Ich bin kein Politiker; ich bin Politikerin. Und solange man bei dem Wort „Politiker“ an einen untersetzten älteren Herrn denkt, möchte ich die Frage stellen, ob man mit diesem Antrag nicht zwei Schritte nach vorne, aber mindestens auch einen halben Schritt zurück geht.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Einfache Sprache ja, aber alle mitnehmen und nicht nur mitmeinen! - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Ich möchte Ihnen nur einmal erläutern - diejenigen, die in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik mitarbeiten, wissen das -, dass wir das schon vor Jahren diskutiert haben. Alle, die damit zu tun haben, kennen auch den Unterschied zwischen einfacher und leichter Sprache. Aber es ist in der Tat so, dass es komplexe Verwaltungszusammenhänge gibt, die wirklich übersetzt werden müssten. Das ist ein Aufwand, der nicht von heute auf morgen umzusetzen ist.

Mir ist wichtig - und darauf achte ich seit Beginn meiner Amtszeit als Sozialdezernentin -, dass das, was die Stadt schreibt, von jedem Kölner und jeder Kölnerin verstanden werden kann. Das ist manchmal nicht leicht. Aber es wird zunehmend besser.

Deswegen würde ich gerne mit Bezug auf Herrn Sterck noch einmal sagen, dass wir als Verwaltung gerne bereit sind, zu prüfen und so weit wie möglich umzusetzen und Ihnen auch darüber zu berichten, was wir jetzt in der konsequenten Umsetzung erreicht haben. Aber mehr kann ich Ihnen heute hier nicht zusagen.

Deswegen würde ich jetzt gerne unter dieser Prämisse abstimmen lassen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von SPD und FDP. Wer stimmt dagegen, meine Damen und Herren? - Das sind DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, Volt und die CDU. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die AfD, die Ratsgruppe GUT, die KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

(Ralph Sterck [FDP]: Wie haben Sie abgestimmt, Frau Oberbürgermeisterin?)

- Ich habe doch vorher gesagt, was ich für möglich halte, oder nicht? Ich halte nur dies für möglich.

(Christian Joisten [SPD]: Haben Sie jetzt zugestimmt oder abgelehnt?)

- Aber meine Stimme war nicht ausschlaggebend. Ich halte nur diese Umsetzung für möglich. Ich kann auch anders abstimmen. Es bringt aber nichts, weil wir es nicht umsetzen können.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD.

Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann gibt es den Ursprungsantrag, den ich bitte, so zu verstehen, zu prüfen und so weit wie möglich umzusetzen. Ich bitte hier um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT, die KLIMA FREUNDE und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die AfD, die SPD-Fraktion und Die PARTEI. Dann ist dieser Antrag angenommen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt ersetzt:

1. *Die Stadt Köln achtet in ihrer Kommunikation mit den Bürger*innen generell auf eine verständliche Sprache. Dies ist Ausdruck von Transparenz und Bürger*innenfreundlichkeit–Zielen, denen sich Politik und Verwaltung verpflichtet fühlen.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, den aktuellen Stand der Bereitstellung von Informationen in Leichter und Einfacher Sprache den Ausschüssen AVR und Soziales, Seniorinnen und Senioren in ihrer jeweiligen nächsten regulären Sitzung mitzuteilen. Hierbei ist insbesondere aufzuzeigen:*

   - *Ob und welche ergänzenden Informationen in Leichter Sprache bisher durch die Verwaltung entwickelt wurden. Angesprochen sind hier insbesondere solche ergänzenden Informationen, die den am 04.04.2019 durch den Inklusionsbeirat Nordrhein-Westfalen beschlossenen „Empfehlungen für Träger öffentlicher Belange zum strategischen Umgang mit Leichter Sprache“ (dort S. 14) entsprechen.*

   - *Welche sonstigen Informationen in leichter und einfacher Sprache durch die Stadt Köln in ihren öffentlichen Publikationen, in der Außenkommunikation mit Einwohner*innen (Bescheide, Amtsbriefe usw.), bei Beteiligungsverfahren, im städtischen Internet- und Social-Media-Auftritt, bei Erklärungen von Veröffentlichungen Dritter (Gesetzestexte, Formulare, Ausfüllhilfen) usw. bereitgestellt werden.*

   - *Welche weiteren Maßnahmen aus Sicht der Stadtverwaltung in welcher Reihenfolge zur Umsetzung der„ Empfehlungen für Träger öffentlicher Belange zum strategischen Umgang mit Leichter Sprache“ ergriffen werden.*

3. *Viele Mitarbeitende der Stadt Köln bemühen sich bereits aktuell im Kontakt mit Bürger*innen um eine verständliche Verwaltungssprache. Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschüssen AVR und Soziales, Seniorinnen und Senioren in ihrer jeweiligen nächsten regulären Sitzung mitzuteilen:*

   - *Welche Materialien und Schulungsangebote den Mitarbeitenden aktuell zur Verfügung gestellt werden, um diese Bemühungen zu unterstützen.*

   - *Ggf. bis wann ergänzendes Material oder ein ergänzendes Schulungsangebot zum Themenfeld verständliche Verwaltungssprache für die Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt werden wird. Hierbei geht es insbesondere um solche Materialien und Angebote, die auch die Techniken einfacher und verständlicher Sprache i.S.v. § 11 Abs. 1 BBG berücksichtigen.*

4. *Die Verwaltung soll die Einführung einer eigenen Datenbank mit kostenlosen „Leichte-Sprache-Bildern“ prüfen, in denen die von der Verwaltung – insbesondere in Zusammenhang mit den unter Ziffer 1 genannten Informationsmaterialien – entwickelten Bilder der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden können; dies mit dem Ziel, die Einführung Leichter und Einfacher Sprache in allen Bereichen zu fördern.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., und Volt sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Beschluss:

Der Beschlusstext des Ursprungsantrages wird wie folgt ergänzt:

1. *Wird gestrichen.*
2. *Die Anträge und Beschlussvorlagen werden durch einen QR Code ergänzt, der die Möglichkeit der „Übersetzung" von einfacher Sprache gibt. Diese Ergänzung wird durch die Verwaltung vorgenommen. Die „Übersetzung" erfolgt ebenfalls durch die Verwaltung.*
3. *Alle Menschen in Köln erhalten die Möglichkeit auf Erklärungen und Schreiben in leichter Sprache synonym zu § 11 II BGG. Auch dort wird mittels eines QR Codes die Möglichkeit gegeben, das Schreiben in einfacher/ leichter Sprache „übersetzt" online zu lesen.*
4. *Veröffentlichungen Dritter sowie Gesetzestexten sind ebenfalls durch einen QR Code gekennzeichnet, der die Möglichkeit gibt bei Bedarf eine „Übersetzung" in einfacher Sprache anzuzeigen.*
5. *Das „Amtsdeutsch" wird zukünftig auch weiterhin Verwaltungssprache bleiben. Es wird durch einfache/ leichte Sprache das Angebot nur ausgeweitet.*
6. *Wird gestrichen.*
7. *Wird gestrichen.*
8. *Wird gestrichen*
9. *Der KVB und sonstigen städtischen und stadtnahen Einrichtungen werden empfohlen Anweisungen, Hausordnungen etc. als digitale Version in einfacher Sprache bereitzustellen. Erreichbar ist dies ebenfalls über einen QR Code.*
10. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, was die Übersetzungstools und die Umsetzung gemäß der Ausweitung von einfacher Sprache kostet und wird die entsprechenden Gremien darüber informieren.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

III. Abstimmung über dem Ursprungsantrag in der auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin ergänzten Fassung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag zu prüfen und so weit wie möglich umsetzen sowie über die Umsetzung zu berichten:

1. *Die Stadt Köln stellt ihre Außenkommunikation mit Privatpersonen - in den Grenzen der notwendigen Rechtssicherheit - auf einfache Sprache im Sinne des § 11 I des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) und in Fortschreibung des Handlungskonzeptes zur Kölner Behindertenpolitik um.*

   Die Verwaltung hat in ihrer Mitteilung 3225/2019 selber präzisiert: „Einfache Sprache ist eine sprachlich vereinfachte Fassung der Standardsprache oder der Fachsprache. Der Sprachstil ist betont einfach, klar und verständlich. Texte in einfacher Sprache haben kürzere Sätze, einen einfachen Satzbau und wenige Nebensätze."

2. *Die Parteien bemühen sich ebenfalls ihre Anträge und Anfragen in möglichst einfacher und damit bürgerfreundlicher Sprache gemäß den unter 1. genannten Kriterien der Mitteilung 3225/2019 einzubringen.*

   Die Verwaltung bringt - in den Grenzen der notwendigen Rechtssicherheit - zukünftige Verwaltungsvorlagen ebenfalls in möglichst einfacher Sprache ein. Die Verwaltung stellt ihren Vorlagen zusätzlich eine kurze Zusammenfassung in leichter Sprache voran – ähnlich wie es z.B. der LVR bereits umsetzt.

3. *Alle Menschen in Köln erhalten einen Anspruch auf Erklärungen und Schreiben in leichter Sprache synonym zu § 11 II BGG.*
4. *Veröffentlichungen Dritter sowie Gesetzestexten sind Zusammenfassungen in leichter, aber zumindest in einfacher Sprache beizufügen.*
5. *Für den Internetauftritt der Stadt Köln gelten die oben aufgeführten Punkte ebenfalls.*

Einfache und wenn möglich leichte Sprache sind zukünftig als Verwaltungsstandard zu verwenden. Sollte schwere Sprache z. B. aus rechtlichen Gründen nicht zu vermeiden sein, ist diese folgend stets angemessen in leichter oder einfacher Sprache zu erläutern.

Die Option der leichten Sprache ist auf der Internetseite der Stadt Köln wie eine Übersetzung zu nutzen und muss dementsprechend zur Verfügung stehen.

6. *Die Stadt organisiert ein entsprechendes Kursangebot zur Erreichung dieses Ziels für ihre Mitarbeitenden und die Fraktionen (z. B. über das Amt für Weiterbildung). Sie fördert aktiv Mitarbeitende die sich diesbezüglich extern weiterqualifizieren und zertifizieren lassen möchten, wenn diese sich im Anschluss als Multiplikatoren in die Stadtverwaltung zur Verfügung stellen.*

7. *Die korrekte Verwendung von leichter und einfacher Sprache ist in allen schriftlichen Publikationen der Stadt, als auch für ihren Internetauftritt, in regelmäßigen Abständen von einer unabhängigen Stelle zu validieren und die Ergebnisse der Politik vorzulegen.*

8. *Für alle der Stadt Köln anhängigen Unternehmen, Mehrheitsbeteiligungen, Stiftungen etc. sind diese Regelungen wo immer möglich synonym anzuwenden.*

9. *Viele Menschen die auf die leichte Sprache angewiesen sind, sind ebenfalls auf die Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs angewiesen. Daher wird insbesondere die KVB beauftragt, zukünftig für Fahrpläne, Beschilderungen und Verkaufsautomaten ausschließlich leichte Sprache zu verwenden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., Volt, der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT Köln und der Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD, AfD und der Gruppe Die PARTEI zugestimmt.

Anmerkung:
Frau Oberbürgermeisterin Reker nimmt zu dem Antrag mündlich Stellung und weist vor dem Hintergrund des damit verbundenen Aufwands darauf hin, dass die Umsetzung geprüft, der Antrag so weit wie möglich umgesetzt werde und die Verwaltung über die Umsetzung berichten kann.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wie wir bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen haben, rufe ich jetzt gemeinsam auf:

3.1.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Klarheit für Eltern bei den Elternbeiträgen - einheitliche Lösung schaffen auch bei unzureichender Beteiligung des Landes“

AN/1402/2021

10.51 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen

2337/2021

Hierzu spricht als Erster Herr Bürgermeister Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Eltern und Familien am Livestream! In der letzten Sitzung des Rates der Stadt Köln formulierte ein von mir sehr geschätzter Kollege zu unserem und meinem sozialdemokratischen Kampf um die Befreiung von Elternbeiträgen Folgendes: Und täglich grüßt das Murmeltier. - Ich grüße Sie also in diesem Sinne heute erneut und möchte das Murmeltier fortführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist immer ein hartes Ringen, wenn es um Geld geht. Zur Bewältigung der Pandemie wurden riesige Mengen an Geld freigesetzt. Es bleibt aber - und da bin ich sicher nicht alleine - bei vielen Menschen der Eindruck, dass Kinder und Familien irgendwie an letzter Stelle stehen und standen.

Dieser Eindruck entsteht auch - und das ist der Grund unseres heutigen Antrages - in der Frage der Elternbeiträge bei geschlossenen Kitas oder Kitas mit Notbetreuung oder im Teilbetrieb. Eine Aussage in einfacher Sprache - keine Kita-Besuche, keine Beiträge - scheint irgendwie schwer zu sein. Das ist klar.

So wurde hinter den Kulissen immer wieder heftig um die Entlastung der Familien gekämpft. Es sind Schritte erreicht worden - wenige, die im Vergleich

zu den Abermilliarden der Pandemiefolgenbekämpfung doch recht klein erscheinen.

Nun komme ich aber zu der vielleicht auch für Sie zentralen Frage: Ist diese vor einigen Tagen erreichte Einigung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden - ich nenne jetzt einmal das Ergebnis vorweg; Sie sehen das ja in der Vorlage 10.51 - auch eine gerechte und eine wertschätzende Einigung?

(Bernd Petelkau [CDU]: Ja, klar!)

Das Ergebnis lautet, Herr Petelkau: zwei zusätzliche Wochen beitragsfrei. - Nein, das reicht nicht. Dies ist der kleinste Nenner und ein lauwarmer Kompromiss aus heiß und kalt, der viele Menschen und viele Eltern in der Ecke stehen lässt.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen. Von Januar bis Juni gab es für die Kita-Kinder wenige bis gar keine Kita-Besuche. Viele Eltern nahmen aus den unterschiedlichsten Gründen die Kita-Betreuung in dieser Zeit nahezu komplett nicht in Anspruch. Die Gründe dafür waren unterschiedlichster Natur. Zum Beispiel hatten oder haben die Familien, die Eltern oder die Alleinerziehenden berechtigte Ängste vor einer Ansteckung und einer Übertragung im Umfeld gehabt. Oder - das kam auch sehr häufig vor - viele haben aus Solidarität zu anderen Familien die Notbetreuung oder die eingeschränkten Angebote nicht in Anspruch genommen. Gerade diese Familien, die so solidarisch handelten, wären nun doppelt betroffen.

So individuell die Familiensituation in Köln auch ist, so vielfältig sind auch die Gründe, die zum Nichtbesuch einer Kita geführt haben. Nun aber müssen diese Familien für Monate zahlen, die sie nicht in Anspruch genommen haben.

Viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten zu dem aktuell gefundenen Kompromiss sagen: Na ja, besser als nichts. - Aber soll es das wirklich gewesen sein, bei all den Milliarden, die wir sonst auf uns genommen haben? Gerecht ist das nicht, insbesondere nicht für die vielen Familien, die in dieser schweren Zeit solidarisch gehandelt haben. Uns sollten die Kölner Familien mehr wert sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Kessing das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Ralf, selten bin ich so verblüfft. Wenn ich diese Rede höre und mir diesen Antrag angucke, dann sehe ich zwei Welten.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Für die Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream: Der Antrag der SPD forderte dazu auf, mit dem Land zu verhandeln, damit wir landeseinheitliche Regelungen zur Beitragserstattung haben. Das war der Antrag. Kein Wort von: Wir wollen immer niemals Elternbeiträge zahlen - ein Ziel, das sicherlich wünschenswert und richtig ist. Nur damit hier einmal ein bisschen Klarheit besteht!

(Dr. Ralf Heinen [SPD]: Vollständige Entlastung!)

- Ja, man guckt genau auf den Antrag. Es ist also sehr viel Rede für einen sehr kleinen Antragstext gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber schöne Chuzpe bei der Rede! Chapeau!

Richtig ist, dass viele Eltern und ihre Kinder vor riesigen Herausforderungen in der Pandemie gestanden haben. Die Eltern arbeiten im Einzelhandel, in Kliniken, in sozialen Einrichtungen, im Homeoffice - oder auch nicht. Das Leben mit viel oder wenig Platz, mit oder ohne Garten, hat viele Eltern gefordert und belastet. Da sind wir uns alle einig.

Die Lösungen waren individuell. Und da unterscheidet sich die Wahrnehmung. Es gab viele Eltern, die aus guten Gründen ihre Kinder auch in die Kita geschickt haben, zum Wohle der Kinder und auch zu ihrer eigenen Entlastung. Und es ist völlig richtig, diese individuellen Entscheidungen zu treffen.

Aktuell können wir durchatmen. Die Inzidenz sinkt. Die Impfquote steigt. Das Management der Pandemie der Stadt Köln erfährt auch jenseits der Stadtgrenzen eine hohe Anerkennung, manchmal sogar ein wenig Neid. Ein herzliches Dankeschön dafür!

Mich hat gefreut, dass sich im JHA alle Träger der Jugendhilfe für das Engagement der Stadt gerade in diesem Bereich sehr bedankt haben - auch bei

der Unterstützung, was Impfaktionen angeht, der Versorgung mit den Lolli-Tests etc.

Die Pandemie hat aber auch offengelegt, wo es Probleme gibt und wo wir massive soziale Missstände haben. Diese Grundsatzfragen können wir aktuell nur zum Teil in einem akuten Krisenmanagement lösen. Aber wir werden sie nicht aus dem Blick verlieren. Die Frage der Kita-Beiträge oder des Flickenteppichs in ganz NRW ist ein solches Thema.

Aber nun zum Antrag selbst: Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe SPD, es ist jetzt ein bisschen Pech - man hat es an der Rede gemerkt -, dass manche Wünsche schneller, zumindest zum großen Teil, in Erfüllung gehen, als ein Ratsantrag beschlossen werden kann. So ist das heute passiert. Die geforderte landesweite Regelung, die ein Kernbestandteil Ihrer Forderungen war, liegt nun offen auf dem Tisch. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich mit dem Land geeinigt - nach schwierigen Verhandlungen.

Wer schon einmal verhandelt hat, weiß, wie das so ist: Man kommt meistens anders heraus, als man hineingegangen ist. So ist das auch mit der Maximalforderung der vollen Beitragserstattung. Natürlich hätten wir uns auch noch mehr wünschen können und wollen. Aber wenn ich auf diese Gesamtsituation blicke, kann ich sagen: Dieses Ergebnis ist für Eltern, Kommunen und Land eine tragbare Lösung.

Wir, die wir den Haushalt verantworten müssen und dürfen, können uns auch nicht im freien Wünsch-dir-was verlieren. Wir wissen: Diese Regelung, die nun mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffen worden ist, muss jetzt umgesetzt werden.

Doch heute bitte ich Sie, liebe SPD: Ziehen Sie doch den Antrag zurück. Dann haben wir erstens ein tragbares Ergebnis und müssen zweitens den Antrag nicht ablehnen. Beim nächsten Mal können Sie dann ja wieder einen Antrag stellen, in dem Sie die Beitragsfreiheit insgesamt fordern. Dann werden wir diese Debatte erneut führen, aber an einem korrekten Antrag mit einem korrekten Beschlusstext. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Anliegen dieses Antrags der SPD ist berechtigt. Es ist zwar begrüßenswert, dass die Verwaltung jetzt ebenfalls eine Vorlage, die eine weitere Erstattung von Beiträgen an Eltern vorsieht, zugesetzt hat. Das begrüßen wir auch. Dennoch halten wir den weitergehenden Antrag der SPD für richtig.

Es ist richtig, dass Familien mit Kindern weitere finanzielle Hilfe für Belastungen in der Pandemie brauchen. Es ist richtig, dass es eingeschränkte Angebote gab und sie dafür nicht zur Kasse gebeten werden dürfen.

Der Verwaltung ist allerdings nicht zuzumuten, dass sie jetzt genau herausfindet, welche Eltern in welchem Umfang Kitas genutzt haben. Dieser Aufwand wäre zu hoch. Deshalb ist der Antrag der SPD der einzig praktikable Weg, Elternbeiträge weiter zu erstatten.

Wenn das Land allerdings nicht zu einer weiteren Erstattung bereit ist, stellt sich die Frage: Was machen wir dann? - Ich denke, dass die Stadt Köln aus ihrem Haushalt diese Kosten übernehmen sollte.

Deshalb stellt meine Fraktion folgenden Änderungsantrag zum SPD-Antrag:

> Hinter „… April.“ bitte einfügen:
>
> Sollte das Land nicht zu einer Refinanzierung bereit sein, trägt die Stadt die Kosten aus dem eigenen Haushalt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Normalerweise wäre ich nach vorne gekommen. Aber ich danke an dieser Stelle Ulrike Kessing für ihre Worte. Denen haben wir nicht viel hinzuzufügen - außer, dass wir uns sehr darüber freuen, dass Land und Kommunen einen Konsens gefunden haben,

(Beifall bei der FDP)

der alle entlastet und landesweit gleiche Verhältnisse schafft. Herzlichen Dank dafür.

Dementsprechend wird die FDP auch diesen Antrag ablehnen und freut sich über das, was schon erreicht ist. - Danke.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Ursprungsantrag in der mündlich geänderten Fassung abstimmen.

(Zuruf)

- Doch. Sie haben den Zusatz ja mündlich begründet.

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Die SPD müsste sagen, ob sie ihn übernimmt!)

- Die SPD hat zumindest geklatscht.

(Heiterkeit)

Aber die SPD mag sich trotzdem natürlich gerne als Ganzes entscheiden. Insofern würde ich zuerst über den mündlichen Änderungsantrag der LINKEN abstimmen lassen. - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir sind uns im Ziel der Elternbeitragsfreiheit einig. Das ist klar. Unsere Position kennen Sie.

Deswegen bitten wir darum, über den Änderungsantrag der LINKEN separat abzustimmen - das ist ja der weitergehende Antrag -, dann über unseren Antrag abzustimmen und anschließend über die Vorlage unter TOP 10.51, die wir ja gleichzeitig behandeln, den sogenannten Kompromiss, abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. So machen wir es.

Ich lasse also zunächst über den mündlichen Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, die SPD-Fraktion, Die PARTEI, die KLIMA FREUNDE und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen, also über den SPD-Antrag, der für mich in dem Sinne hier der Ursprungsantrag ist. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, Die PARTEI, die SPD-Fraktion, die KLIMA FREUNDE und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag nicht beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Vorlage unter TOP 10.51 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

I. Abstimmung über den mündlicher Änderungsantrag

Beschluss:

Nach dem Passus „…bis April…“ wird der Text „Sollte das Land nicht zu einer Refinanzierung bereit sein, trägt die Stadt die Kosten aus dem eigenen Haushalt.“ eingefügt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten,

beim Land NRW eine finanziell angemessene Erstattung an die Kommunen einzufordern, die es der Stadt Köln ermöglicht, den Eltern die Beiträge vollständig zu erlassen, das bedeutet: rückwirkend auch für die Monate Februar bis April.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., der Gruppen Die PARTEI,

KLIMA FREUNDE und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
Mündlicher Änderungsantrag von RM Kockerbeck

Gemeinsame Beratung mit TOP 10.51 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen, 2337/2021.

2337/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass zum weiteren Ausgleich der pandemiebedingten Einschränkungen in der Kindertagespflege, den Kindertageseinrichtungen und den Offenen Ganztagsschulen auf den halben Elternbeitrag für April 2021 sowie bei den in städtischen Kindertageseinrichtungen angemeldeten Kindern zusätzlich auf das halbe Essensgeld für April 2021 verzichtet wird. Die mit Beschluss vom 06.05.2021 erfolgte Erstattung der vollen Beiträge für Mai und Juni 2021 bleibt bestehen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat geäußert, dass von dort die Hälfte der Kosten übernommen wird.

Die in den Teilergebnisplänen 0301, Schulträgeraufgaben sowie 0603, Kindertagesbetreuung, bei Teilplanzeile 04, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, im Haushaltsjahr 2021 resultierenden Mindereinnahmen von 0,95 Mio. € bzw. 2,45 Mio. € werden vom Land NRW hälftig (also mit rund 0,45 bzw. 1,23 Mio. €) in den Teilergebnisplänen 0301, Schulträgeraufgaben sowie 0603, Kindertagesbetreuung, bei Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allg. Umlagen, erstattet.

Soweit das Land darüber hinaus Einschränkungen erlässt und den Kommunen anteilig Elternbeiträge erstattet, muss ein neuer Beschluss herbeigeführt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Corona-Screening im Abwasser“

AN/1397/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1492/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1508/2021

Ich gebe Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wir freuen uns alle darüber, dass die Inzidenzzahlen zurückgehen und wir nun wieder mehr Freiheiten genießen können. Vor allem freuen wir uns darüber, dass sich deutlich weniger Menschen mit dem Coronavirus anstecken und dadurch die Gesundheit und das Leben der Menschen eine bessere Perspektive haben.

Blicken wir doch einmal ein Jahr zurück. Da haben wir uns in einer ganz ähnlichen Lage befunden wie heute: Der Sommer war da. Die Inzidenzzahlen gingen zurück und haben dafür gesorgt, dass es uns besser ging.

Damals wäre es an der Zeit gewesen, dass die Politik vorausschauend geplant hätte. Ich meine damit ausdrücklich nicht die Kölner Politik, sondern die Bundespolitik. Ich glaube, dass dort viele Chancen vertan worden sind, weil technische und innovative Möglichkeiten nicht genutzt worden sind. Dieses sollte uns nicht noch einmal passieren.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, eines sollten wir aus der Pandemie gelernt haben: Nutzen wir alle Chancen, die uns die Wissenschaft bietet, um der Pandemie vorausschauend zu begegnen. Und mit unserem vorgelegten Antrag bietet sich eine solche Chance.

Ich gebe zu: Als wir diesen Antrag geschrieben haben, kannten wir die Initiativen der StEB im Hinblick auf die Corona-Forschung nur unzureichend. Natürlich freuen wir uns darüber, dass die StEB hier schon im Rahmen des CoroMoni-Projektes aktiv ist. Aufgrund dieser neuen Informationen haben wir unseren Antrag auch

überarbeitet und stellen ihn nun in geänderter Form zur Abstimmung.

Ich gebe auch zu: Als wir den Änderungsantrag zu unserem Antrag eingestellt haben, ist das sehr kompliziert gewesen - so, wie wir das aufgeschrieben haben. Da ist uns ein Fehler unterlaufen. Keiner ist perfekt. Es war jedenfalls kein Beispiel für Leichte oder einfache Sprache.

Eines ist aber trotzdem klar: Wir müssen diesen Antrag heute beschließen. Denn das Thema hat sich nicht erledigt. Es besitzt weiter hohe Aktualität und muss über die Zuarbeit der StEB im Rahmen des CoroMoni-Projektes hinausgehen, und zwar aus folgenden Gründen:

Von besonderer Bedeutung bei dem Corona-Abwasser-Monitoring ist die PCR-Analyse. Nur sie lässt aussagekräftige Aussagen über die Verbreitung des Virus zu. Diese Kompetenz besitzt die StEB zurzeit nicht. Das Klärwerk in Stammheim kümmert sich nur um Probenahmen und Probeaufbereitung. Die PCR-Analyse erfolgt bei anderen Partnern. Im Sinne einer schnellen und erfolgreichen Virusbekämpfung sollten wir diese Kompetenz zur PCR-Analyse in Köln vorhalten. Dies kann beim Gesundheitsamt oder auch bei einem von der StEB beauftragten Labor erfolgen.

Hier besteht auch der entscheidende Unterschied zu dem Änderungsantrag des Ratsbündnisses, weil Sie zwar eine Arbeit im Rahmen des Corona-Monitorings vorschlagen, aber nicht ausdrücklich sagen, dass wir auch die Kompetenz zur PCR-Analyse haben sollten. Deswegen werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen können.

Selbst wenn Sie zu der Entscheidung kommen sollten, unseren Antrag nicht anzunehmen, werden wir den Änderungsantrag trotzdem in der Endabstimmung unterstützen. Denn nach dem Motto „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“ ist es immerhin ein Einstieg.

Auch aus einem zweiten Grund ist dieser Antrag sehr wichtig. Die EU hat bereits eine Empfehlung zu einem Abwasser-Monitoring für Städte mit mehr als 150 000 Einwohnern gegeben. Die Umsetzung liegt zwar bei den Bundesbehörden. Aber es ist damit zu rechnen, dass die Empfehlung umgesetzt wird.

Drittens. Im Sommer 2020 stellte die Bundesregierung die Fördergelder für ein deutschlandweites Projekt des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung ein, weil sie wohl hoffte, dass sich Corona erledigt hätte. Welch eine Fehleinschätzung! Jetzt sollen Fördergelder wieder vergeben werden. Hier sollte Köln seinen Anspruch anmelden. Nutzen wir die Chance, im Bereich des Abwasser-Monitorings deutschlandweit eine Führungsrolle zu übernehmen, die zudem dem Gesundheitsschutz unserer Bürgerinnen und Bürger dient!

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna hat jetzt das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Die Kollegin Gärtner spricht für uns gemeinsam. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns unter Grünen, Volt und CDU darauf geeinigt, um Zeit zu sparen - wir haben ja so viele Anträge -, dass ich gemeinsam für das Bündnis spreche.

Um es vorwegzunehmen: Den Antrag der FDP werden wir ablehnen und stattdessen unseren eigenen Änderungsantrag voranbringen. - Das verwundert die FDP, wie ich gerade sehe, nicht.

Ich möchte Ihnen aber begründen, warum wir so vorgehen. In Köln werden viele Bausteine zur Pandemiebekämpfung eingesetzt. Ein wichtiges Beispiel ist ein engmaschiges Netz an Teststationen.

Ein weiterer möglicher Baustein, Erkenntnisse über das Infektionsgeschehen im Sinne eines Frühwarnsystems zu gewinnen, stellt in der Tat die Untersuchung von Abwasser auf Coronaviren dar. Forschungsprojekte zum Nachweis des Virus über eine Abwasseranalyse laufen bereits seit dem vergangenen Jahr sowohl in Deutschland als auch in vielen anderen Staaten. Die Konzentration des Virus in Abwasserproben erlaubt demnach Rückschlüsse darauf, ob und welche Corona-Infektionen in der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes zu- oder abnehmen.

Die StEB waren im vergangenen Jahr Teil eines Expertenteams, das dazu beitragen sollte, ein deutschlandweites Abwasser-Monitoring auf COVID-19 zu etablieren. Die StEB steuerten seit Anfang dieses Jahres ihre Erkenntnisse zu verschiedenen Projekten unterschiedlicher Forschungsträger bei. Die bisherigen Projekte haben allerdings bisher keine Erkenntnisse über Kölner Proben ergeben.

Neue oder weitergehende Projekte wurden zunächst nicht aufgelegt, weil das Infektionsgeschehen rückläufig war und insbesondere deshalb keine öffentlichen Mittel zur Finanzierung eingeworben werden konnten.

Die Zuständigkeit für diese Aktivitäten insgesamt liegt bei den Bundesbehörden, die derzeit mit Fragen einer Fortführung des Abwasser-Screenings befasst sind. Wir gehen davon aus, dass dort auch eine positive Entscheidung herauskommt.

Ein Kölner Alleingang, wie die FDP ihn fordert, macht überhaupt keinen Sinn. Es kämen erhebliche Kosten auf die Stadt zu, ohne dass damit wissenschaftlich wertvolle Erkenntnisse gewonnen und eingesetzt werden könnten, wie sie in einem bundesweiten Forschungsverbund erzielt werden.

Daher soll - so unser Antrag - die Verwaltung nach Klärung der Zuständigkeit zwischen dem Bundesgesundheits- und dem Bundesumweltministerium Interesse an einem Corona-Screening im Abwasser in Köln bekunden.

Wir wollen weiterhin dann die Verwaltung bitten, wenn der Stadt Köln eine Teilnahme am Corona-Screening in Aussicht gestellt wird, dass die Kostenträgerschaft geklärt wird und dem Rat dargelegt wird, ob und welche Kosten aus kommunalen Mitteln bzw. Mitteln der StEB dafür benötigt würden. Darüber müssten wir dann noch einmal einen gesonderten Beschluss fassen.

Wir halten es für den richtigen Weg, uns da dem bundesweiten Vorgehen anzuschließen. Das möchte ich noch einmal betonen. Wir glauben auch, dass es Sinn macht, einen so großen Forschungsverbund hier zu haben und nicht einen Alleingang zu unternehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kollegen von der FDP, wir sind sehr dankbar dafür, dass ihr den Änderungsantrag selber geschrieben habt. Dann mussten wir es nicht tun. Denn euer ursprünglicher Antrag klang so, als sei das ein etabliertes Verfahren; man könne es morgen einsetzen, und übermorgen könne der Krisenstab Handlungsanweisungen daraus ableiten.

Das ist für eine Großstadt nicht gegeben. Wir wissen noch gar nicht, wo wir Proben ziehen müssen. Eine Probe am Tag an einem Standort wird sicher nicht reichen.

All das ist hoch spannend. Ich halte das als Mediziner wirklich für eine ganz tolle Sache. Wir werden fünf bis zehn Tage vorher wissen, wie das Infektionsgeschehen verläuft, wenn das Verfahren einmal etabliert ist. Aber das muss erforscht werden.

Und - Frau Diemert wird mir zustimmen - Forschung wird nicht von der Stadt Köln bezahlt, sondern vom Land oder vom Bund. Deshalb finde ich euren Änderungsantrag gut, weil ihr genau das aufgenommen habt. Meine Fraktion wird diesem Änderungsantrag gerne zustimmen.

Zur Not - ich sage tatsächlich: zur Not; aber wahrscheinlich wird es ja so kommen - stimmen wir auch dem Änderungsantrag des Bündnisses zu, weil das wenigstens etwas ist. Ich kann mich da auf das stützen, was du gesagt hast, Katja: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Aber der Änderungsantrag der FDP ist deutlich der weitergehende und sinnvollere Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse dann zunächst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt und dann über den Ursprungsantrag der FDP in der Fassung des Änderungsantrags abstimmen, der sich allerdings bei Annahme des Ersetzungsantrags, über den ich zuerst abstimmen lasse, erledigen würde.

Ich lasse also jetzt über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen?

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Nein, ich lasse erst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. - Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Nein, eine Bemerkung. Entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin. Ich möchte mich nicht zu sehr in Ihre Abstimmungssachen einmischen. Sie würden uns allerdings nach den Wortmeldungen von SPD und FDP helfen, wenn Sie jetzt über den Änderungsantrag abstimmen lassen würden. Dann könnten wir da unser Missfallen - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Über Ihren Ursprungsantrag in der geänderten Fassung, meinen Sie?

Ralph Sterck (FDP): Nein, über den Änderungsantrag des Bündnisses. Wir würden wir dann dagegenstimmen, um damit unseren eigenen Antrag zu unterstützen. Trotzdem wird der Antrag des Bündnisses eine Mehrheit bekommen. Dann machen wir eine Endabstimmung über den so geänderten Antrag, und da könnten alle einstimmig wieder zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das ist ja ein Ersetzungsantrag. Das kann ich nicht, wenn er beschlossen wird. Ich will Ihnen gerne entgegenkommen. Ich merke ja, was hier abläuft. Aber wenn er beschlossen wird, dann geht das nicht.

Ralph Sterck (FDP): Sie können doch dann über den so geänderten, so ersetzten Antrag eine Schlussabstimmung machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Antrag ist dann erledigt; er ist ja dann ersetzt worden. Das geht leider nicht. Ich verstehe, was Ihr Ziel ist; klar.

Aber schauen Sie sich bitte, wie gesagt - darum würde ich Sie nach dem heutigen Tag wirklich sehr bitten -, noch einmal Ihre Geschäftsordnung an.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Ja, ich habe sie auch nicht auswendig gelernt. - Gut.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich warte noch ein bisschen ab.

(Ralph Sterck [FDP]: Mehr wird es nicht!)

- Mehr Gegenstimmen werden es nicht. Okay. Dann gibt es Gegenstimmen der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist der Antrag so beschlossen.

Damit entfällt, wie wir gerade gesagt haben, natürlich die Abstimmung über den Ursprungsantrag.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, nach Klärung der Zuständigkeit zwischen dem Bundesgesundheitsministerium und dem Bundesumweltministerium, Interesse an einem Corona-Screening im Abwasser in Köln zu bekunden.*
2. *Wenn der Stadt Köln eine Teilnahme am Corona-Screening in Aussicht gestellt wird, bitten wir die Verwaltung, die Kostenträgerschaft zu klären und dem Rat darzulegen, ob und welche Kosten aus kommunalen Mitteln bzw. der StEB dafür benötigt würden. Dazu müsste dann der Rat ggf. einen Beschluss fassen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag der FDP-Fraktion (AN/1397/2021) in

der Fassung des Änderungsantrages der FDP-Fraktion (AN/1492/2021) hat sich aufgrund der Beschlussfassung zum Ersetzungsantrag AN/1508/2021 erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.11 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Abschaffung von Gendersprache“

AN/0936/2021

Ich gebe dem Antragsteller das Wort. Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Neben der schon aufschlussreichen Begründung in unserem Antragstext möchte ich Ihnen noch weitere Beispiele geben, wieso das Gendern abgeschafft, mindestens aber aus der Verwaltung herausgehalten werden sollte.

(Beifall bei der AfD)

Viele versuchen, das generische Maskulinum zu umgehen, indem sie die beschreibende Form wählen und zum Beispiel „Studierende“ statt „Studenten“ schreiben. Hier wird es aber teilweise ungenau. Denn grammatikalisch gesehen muss das Partizip nicht die gleiche Bedeutung wie das dazugehörige Substantiv haben. Ein Backender zum Beispiel kann eine Person, die gerade backt, eigentlich aber Politiker, Steuerberater, Oberbürgermeister oder Ähnliches sein. Der Bäcker beschreibt hingegen eine Tätigkeit, die sich auf den Beruf bezieht.

Das generische Maskulinum bzw. die männliche Wortbildung, die alle Geschlechter einschließt, war auch heute und ist häufig der Grund für Diskussionen. Der Fahrer, der Bäcker oder der Verkäufer sind zum Beispiel Begriffe, die ihren Ursprung nicht in der männlichen Dominanz in diesen Berufen haben, sondern einfach von den entsprechenden Verben abstammen. Der Fahrer kommt vom Fahren, der Bäcker kommt vom Backen, und der Verkäufer stammt vom Verkaufen. Durch die Endung -er werden eben bestimmte Verben substantiviert.

Im Deutschen gibt es drei Genera: Maskulinum, Femininum und Neutrum. Deswegen sagen wir die Katze, das Eichhörnchen oder der Hund - unabhängig davon, welches Geschlecht das Tier hat.

Auch in Bezug auf Gegenstände wird ein Geschlecht verwendet: der Tisch, die Wand oder das Fenster. Wer eine genderneutrale Sprache konsequent verwenden möchte, müsste demnach auch das Katze, das Hund, das Tisch und das Fenster schreiben. Das ist aber - das wird Ihnen allen auffallen - grammatikalisch nicht korrekt,

(Beifall bei der AfD)

weil die deutsche Sprache nun einmal mehr als einen Genus hat.

Sprache ist natürlich auch kein starres Konstrukt, das sich nicht weiterentwickeln möchte oder das man nicht vielleicht sogar ändern kann. Die Einführung der geschlechtsneutralen Sprache aber gleicht eher einer gewaltsamen Änderung, die unseren natürlichen Sprachfluss behindert.

(Beifall bei der AfD)

Mein letzter Punkt spricht die Menschen an, die Deutsch als Zweitsprache lernen. Die deutsche Sprache ist extrem komplex. Um Deutsch verhandlungssicher sprechen zu können, benötigt man viel Übung. Man benötigt viel Ausdauer, auch Fehler zu machen und Fehler einzugestehen, um diese dann zu korrigieren. Trotzdem werden genau diesen Menschen durch Übersetzungen, die zum Beispiel die beschreibende Form haben, unnötig Steine in den Weg gelegt.

Deswegen gilt es, die Gendersprache abzulehnen und aus der Verwaltung herauszuhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Philipp Busch [AfD] meldet sich zu Wort)

- Ihre Fraktion hat bereits gesprochen, und die Redezeit ist ausgenutzt. Tut mir leid.

(Philipp Busch [AfD]: Dann eine zweite Runde!)

- Ganz neue Methoden führen wir hier heute nicht ein.

Ich stelle den Antrag jetzt zur Abstimmung. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *den Ausstieg aus der geschlechterneutralen Sprache und eine Rückkehr zur herkömmlichen, grammatikalisch richtigen und verständlichen Sprache.*

2. *dafür Sorge zu tragen, dass in Köln, im Schriftverkehr mit dem Bürger, in allen sozialen Medien und in der internen und externen Kommunikation zum generischen Maskulinum zurückgekehrt wird. Das heißt konkret, die Spielereien mit Geschlechtern und Zeichen im internen und externen Schriftausdruck der Verwaltung zu beenden, insbesondere die Verwendung des Binnen-„I“ (wie bei „SportlerInnen“), des „*“ (wie bei „Sportler*innen“) und des „x“-Suffix („Studierx“, „Professx“) auszuschließen;*

3. *der Verkomplizierung der deutschen Sprache entgegenzuwirken und den Ausstieg aus der Gender-Sprache zu fördern.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wie Sie sich sicher erinnern, wurde bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen, dass TOP 3.1.21 und TOP 3.1.23 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3.1.12 behandelt werden. Deswegen rufe ich jetzt auf:

3.1.12 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „Prüfauftrag - Elfer Ring - Aufenthaltszonen zur Freizeitgestaltung“

AN/1384/2021

3.1.21 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen - Veranstaltungen und Partys unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ermöglichen“

AN/1468/2021

3.1.23 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „#draussen-tanzen #getthepartystarted: Veranstaltungen in diesem Sommer in Köln draußen ermöglichen/Freiflächen für Open Air“

AN/1516/2021

Ich gebe zunächst Herrn Hock als Antragsteller des Antrags unter TOP 3.1.12 das Wort.

Michael Hock (Die PARTEI): Liebe Frau Reker! Liebe Kolleginnen! Liebe Menschen an den Endgeräten im Internet! Neulich stolperten wir beim Schmökern in Politiksachen über ein sehr gutes Zitat von Herrn Greitemann. Als Beigeordneter des Dezernats VI, der heute von Herrn Kienitz beerbt worden ist, sprach er sich damals dafür aus, den Inneren Grüngürtel im Rahmen der Fortschreibung des städtebaulichen Masterplans Innenstadt einer übergeordneten Gesamtbetrachtung zu unterziehen. Ziel solle es sein, in Abstimmung mit Politik und Stadtgesellschaft verbindliche Regularien für die Weiterentwicklung des Freiraums und aller damit verbundenen Maßnahmen zu schaffen. Es solle das Ziel verfolgt werden, den Inneren Grüngürtel mit einer qualitativ und quantitativ positiven Bilanz für den Freiraum städtebaulich weiterzuentwickeln.

Heute kommt von der Partei Die PARTEI dazu ein konstruktiver Vorschlag. Dieser Vorschlag ist aus Wien geklaut. Die Benamung ist populistisch. Wir bestehen nicht auf der Bezeichnung (S)Aufenthaltszonen, sondern können das auch gerne zum Beispiel Elfer Ring nennen; das klingt in Kölle eh besser. Die Idee ist auch nicht neu.

Das alles sollte Sie aber heute nicht daran hindern, das Richtige für Köln zu tun und für unseren sehr guten Antrag zu stimmen. Die Vorkommnisse am Aachener Weiher am vorletzten Wochenende - vielleicht hat es der eine oder andere dann doch gelesen -, die Diskussionen um den Bebauungsplan im Belgischen Veedel - wir erinnern uns an ermüdende Diskussionen in der, ich glaube, letzten Ratssitzung - und vor allem auch unsere eigenen Erfahrungen, dass es verdammt schwierig ist, am Kölner Rheinufer Höhe Zoobrücke nachts um zwei ein kühles Kölsch zu bekommen, zeigen deutlich: Der zivilgesellschaftliche Bedarf für einen Elfer Ring besteht.

Die zu erwartenden Mutationen und Alpha- bis Omega-Varianten von Corona sprechen dafür, bereits jetzt über Maßnahmen nachzudenken, wie ein geselliges Draußensein auch im Klimawandelsommer bis zum 11.11. realisiert werden kann, ohne dass sich alle Freunde der kölschen Lebensart um den Brüsseler Platz und den Aachener Weiher versammeln müssen, weil nur hier Toiletten und Büdchen zur Verfügung stehen.

Und das Schönste ist: Elfer Ring ist kein Opernbau. Durch die Errichtung von ausreichend sanitären Einrichtungen - übergangsmäßig reichen ein paar DIXI-Klos -, das Aufstellen von einigen Mülleimern und die Vergabe entsprechender Konzessionen an die Kölner Gastro wäre der Elfer Ring schneller realisiert, als Corona mutieren kann.

Nennen Sie uns Defätisten, Fatalisten und Schnupsis; aber wenn wir den täglichen Irrsinn und absehbaren Sprint auf den Abgrund lediglich betrachten können, dann doch bitte mit einem kühlen Kölsch in der Hand und entspannter Blase im kölschen Grün.

In diesem Sinne gehen wir wie immer davon aus, dass wir für unseren sehr guten Antrag 100 Prozent plus X Zustimmung erhalten. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann gebe ich dem Antragsteller des Antrags unter TOP 3.1.21 das Wort. Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren draußen am Bildschirm! Wir haben unter dem Tagesordnungspunkt 3.1.21 einen Antrag gestellt, der sich ganz ausdrücklich mit der Veranstaltungs- und Partysituation unter den jetzt noch herrschenden Bedingungen der Corona-Pandemie befasst und diese ermöglichen soll.

In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir gesehen, welche Einschränkungen die Menschen in Köln, gerade auch die jungen Menschen, unter der Corona-Pandemie in den verschiedenen Lockdown-Phasen hinnehmen mussten. Es ist fast selbstverständlich und nachvollziehbar, dass all diese Menschen und insbesondere die jungen Menschen, die nun über fast anderthalb Jahre ein völlig anderes Leben führen mussten, als es in dieser Lebensphase eigentlich üblich ist, jetzt draußen - oder auch in Gebäuden, aber insbesondere draußen - wieder etwas erleben möchten, etwas unternehmen möchten, etwas feiern möchten.

Insofern kommen auch die Entwicklungen der letzten Wochenenden wohl für keinen wirklich überraschend.

Überraschend ist lediglich, dass die Stadt Köln wieder so schlecht auf diese Situation vorbereitet ist, die absehbar war und die dann leider auch zu Eskalationen geführt hat - am Aachener Weiher als sinnbildliches Beispiel -, die wir alle - das will ich an dieser Stelle noch einmal betonen - ablehnen, verurteilen und auf gar keinen Fall wiederholt wissen möchten. Deswegen möchten wir auch alles dafür tun, dass das vermieden wird.

Gleichzeitig stehen wir aber auch dazu, dass die Menschen, die hier Gewalt gegen Sicherheitskräfte, gegen Ordnungskräfte verüben, entsprechend bestraft werden und dass klare Regeln an diesen Stellen eingehalten werden. Da sollten also keine Missverständnisse entstehen.

Dennoch sind wir gefordert. Genau darum geht es uns allen jetzt auch in diesen verschiedenen Anträgen. Deswegen bin ich froh darüber, dass wir hier nun gemeinschaftlich mit dem neu gefassten Antrag unter TOP 3.1.23 unterwegs sind.

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Verwaltung den Rücken gestärkt bekommt, hier Entscheidungen zu treffen, die an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch einmal ungewöhnlich oder pragmatisch sind. Wir brauchen jetzt in dieser Situation eine Ermöglichungsverwaltung und keine Verwaltung, die ausschließlich auf strenge Einhaltung von Regeln pocht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es uns sehr wichtig, dass man auch mit den Akteuren möglichst schnell in den direkten Kontakt kommt. Wir erleben und hören immer wieder, dass es da gute Verbindungen in die Verwaltung gibt, die auch gelebt werden, dass aber am Ende die Prozesse in der Verwaltung ins Stocken geraten und dann wichtige Entscheidungen nicht getroffen werden.

Das Summer-Stage-Festival ist nur ein Sinnbild dafür. Wir sind uns alle über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg einig, dass diese Veranstaltung hätte stattfinden müssen - geradezu müssen -, um auch deutlich zu machen, dass wir in dieser

Stadt auch in Zeiten von Pandemie und von Corona Kultur leben können. Leider ist genau das, obwohl es im letzten Jahr unter vielleicht sogar schärferen Bedingungen möglich war, in diesem Jahr nicht möglich geworden. Das ist nicht verständlich und nicht nachvollziehbar.

Deswegen brauchen wir jetzt - das ist dann auch Teil unserer Forderung, die hier aufgenommen wurde - einen runden Tisch, an dem die Veranstalter von Events und von Kulturveranstaltungen, die Verwaltung, aber auch die Politik gemeinsam schauen: Wie bekommen wir schnell diese Lösungen hin?

Denn eigentlich ist es jetzt schon fünf nach zwölf. Der Sommer ist da, und wir erleben draußen Hitze. Wir brauchen, wenn es noch in diesem Sommer irgendetwas geben soll, jetzt also schnelle Entscheidungen.

Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn der von uns auch mitgetragene und gemeinsam fortentwickelte Antrag unter TOP 3.1.23 Ihre breite Zustimmung erfahren würde.

Meine herzliche Bitte an die Verwaltung ist, mit uns gemeinsam alles dafür zu tun, dass wir in diesem Geiste Köln ermöglichen, hier draußen zu leben, Kultur zu leben, Veranstaltungen zu leben und gleichzeitig sicher zu agieren, damit Corona sich nicht weiter ausbreiten kann, insbesondere die Mutanten nicht. Das will keiner.

Insofern danke ich für die Aufmerksamkeit und hoffe jetzt auf eine breite Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Liebe SPD, ich bin erfreut, dass Sie unserem Antrag dann doch beitreten. Wahrscheinlich ist der Antrag unter TOP 3.1.21 damit erledigt. Aber das klärt sich ja gleich im Rahmen der Sitzungsleitung.

Endlich ist Sommer geworden. Die Corona-Zahlen gehen zurück. Es ist Fußball-EM. In Kürze beginnen die Sommerferien. Damit geht einher, was zu erwarten war: Nach Zeiten der abendlichen Ausgangssperre und nach coronabedingten Kontaktverboten zieht es die Menschen ins Freie zu Musik, Konzerten und Veranstaltungen. Angesichts sinkender Inzidenzzahlen, steigender Impfquoten und Testangeboten ist das immer mehr möglich.

Nur: Es klappt nicht so, wie seit einem Jahr von uns in Ausschüssen und im Rat beschlossen. Es klappt nicht so, wie wir es weiter bestärkt und weiter entwickelt haben. Es gibt weniger Open-Air-Möglichkeiten als angestrebt, weniger nutzbare Freiflächen und weniger Möglichkeiten, coronakonform zu feiern.

Dort, wo dies doch möglich ist, ist die Nachfrage groß. Auch die Lust, an Kunst und Kultur insgesamt wieder teilnehmen zu können, ist groß. Einiges, beispielsweise der Sommer Köln, ist am Start.

Aber nicht jeder Veranstalter mit Konzepten und Ideen kann jetzt tatsächlich loslegen. Denn oftmals stehen dem sehr aufwendige Genehmigungsverfahren entgegen. Schmerzlich mussten wir das vor zehn Tagen mit der Absage des Programms im Jugendpark erleben.

Viel Zeit ist vergangen - fast zu viel, um tatsächlich noch ein gutes, coronakonformes Open-Air-Sommerprogramm auf die Beine zu stellen.

Am Dienstag vor gut einer Woche gab es deshalb im Ausschuss Kunst und Kultur eine Aktuelle Stunde auf Antrag von Grünen, CDU und Volt zum Thema „Open-Air-Flächen sofort für Veranstaltungen bereitstellen“. Denn dies zu ermöglichen, sind Politik und Verwaltung den Kölnerinnen und Kölnern schuldig, aber auch den Künstlerinnen und Künstlern, die endlich wieder ihre Kunst zeigen und leben wollen, den Veranstaltern und den Kreativen, die trotz aller eigenen Risiken Kunst und Kultur möglich machen wollen.

Die Aktuelle Stunde schloss mit einem Beschluss, der die Verwaltung erneut beauftragte, kurzfristig Open Air zu ermöglichen und die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Diesen Beschluss nehmen wir heute in diesem Ratsantrag noch einmal auf, bekräftigen ihn, spezifizieren ihn und erweitern ihn.

Wichtig ist uns, alle Spielräume auszuloten, um möglichst optimale, kreative Lösungen zu finden.

Die Taskforce zur Ermöglichung von Veranstaltungen aus den verschiedenen Ämtern soll um eine

Vertretung der Stabsstelle Events erweitert werden.

Es wird einen runden Tisch geben - aber ohne Politik, wenn ich das richtig lese.

Außerdem soll - das ist gerade bei Open Air wichtig - geprüft werden, ob Kosten für Lärmschutzgutachten und den Einsatz von Sachverständigen von der Verwaltung übernommen werden können. Denn die Genehmigungsverfahren dürfen für die Veranstalter und Veranstalterinnen nicht zu hohen finanziellen Risiken führen.

Auch im Einklang mit heute bereits verabschiedeten Anträgen sollen alle gemeinsam - Veranstalter und Veranstalterinnen, AWB und Stadt Köln - Konzepte zu Müllentsorgung und sanitären Einrichtungen entwickeln.

Insofern sind wir noch einen Schritt weiter gegangen und machen das Ganze noch besser und noch eher möglich.

Lassen Sie uns alle gemeinsam alles dafür tun, diese Stadt im Sommer lebendig zu gestalten. Corona ist noch nicht vorbei. Gerade Veranstalter mit ihren guten Hygienekonzepten bilden eine echte Alternative zu Hotspots und illegalen Menschenansammlungen. Dies hat im letzten Sommer funktioniert. Wir müssen jetzt alles daransetzen, es wieder zu ermöglichen.

Lassen Sie uns schnell handeln und deutlich machen, dass uns Köln mit seinen vielfältigen Ausdrucksformen und Bedürfnissen am Herzen liegt. Lassen Sie uns zusammen lösungsorientiert möglichst viel für alle schaffen: Platz für Kultur und Musik, bespielbare Plätze und Veranstaltungsorte. Lassen Sie uns zur Umsetzung der häufig seit Monaten vorliegenden Konzepte und Ideen jetzt tatsächlich einen handfesten Beitrag leisten.

Insofern freue ich mich darüber, dass fast alle Fraktionen aus dem Rat unserem Antrag beigetreten sind. Ich denke, dass wir jetzt die Voraussetzung haben, um tatsächlich in diesem Sommer noch viel zu schaffen und noch viel zu ermöglichen. Vielen Dank dafür allen, die sich beteiligt haben!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort. - Frau Tokyürek spricht. Bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch DIE LINKE hält es für den richtigen Weg aus der Pandemie, Zusammenkünfte, Partys und Feiern unter freiem Himmel in der jetzigen Situation eher zu ermöglichen als zu verhindern. Insofern ist es schön, dass sich so viele Fraktionen und Gruppen zusammengefunden haben, um diesen Dringlichkeitsantrag heute in den Rat einzubringen.

Die Menschen haben sich bisher als weitgehend vernünftig und diszipliniert erwiesen. Die meisten sind gewillt, auch beim Feiern die Regeln zu beachten. Wenn für diese Menschen jetzt trotz dramatisch sinkender Inzidenz alles so weitergeht wie bisher - wegen der kleinen Gruppe von Menschen, die sich vielleicht nicht an die Regeln halten -, beginnt irgendwann auch der disziplinierteste Mensch, am Sinn der Regeln zu zweifeln.

Veranstaltungen, bei denen die Veranstalter auch für eine gewisse Kontrolle der Regeln sorgen, stärken ebenfalls das coronakonforme Feiern.

Wir müssen aber auch auf eine ausgewogene Mischung zwischen kommerziellen und kostenlosen Angeboten achten. Gerade für Jugendliche müssen nichtkommerzielle Angebote Vorfahrt haben. Der Kölner Jugendring und seine Mitgliedsorganisationen stehen hier in den Startlöchern.

Auch der seinerzeit von der LINKEN initiierte und gemeinsam beschlossene Antrag, der in Punkt 3 des SPD-Antrages erwähnt wird, möchte kleine, dezentrale Angebote in den Stadtteilen prüfen und als Pilotprojekte umsetzen. Auch das muss jetzt angepackt werden. Leider sehe ich, dass dieser Punkt in dem gemeinsamen Antrag nicht enthalten ist.

Deswegen bitte ich die Verwaltung, diesen Beschluss mitzunehmen - das ist Beschlusslage - und auch noch einmal umzusetzen. Das kommt aus dem Fachgremium, aus dem Jugendhilfeausschuss. Besonders die Jugendlichen brauchen hier Freiräume, um die Corona-Pandemie einfach noch einmal zu verarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte gerne noch einen weiteren Punkt ansprechen. Im Antrag der PARTEI geht es um die depressive Generation Y. Das kommt ein bisschen amüsant daher. Aber es ist überhaupt nicht amüsant. Denn wer Jugendliche oder junge Menschen in seinem Umfeld hat, weiß ganz genau,

was sie in der Corona-Pandemie zu erleiden hatten.

Wenn wir über Feiern und Freiräume reden, ist es ganz wichtig, dass wir gerade Jugendlichen diese Freiräume geben. Gerade sie sind besonders betroffen gewesen, sowohl im schulischen Betrieb als auch in der Freizeit. Selbst meine kleine Nichte sagt: Ich bin 15 und möchte gerne feiern, aber habe nicht die Möglichkeit dazu.

Das ist ganz wichtig für uns, glaube ich. Deswegen ist das ein sehr wichtiger Antrag. Wir müssen diesen Weg gehen und den Menschen die Freiräume geben, zu feiern, ausgelassen zu sein und wieder zurück in die Normalität zu kommen.

Aber diese Angebote werden nicht alle Kölnerinnen und Kölner erreichen. Deshalb darf keiner, der den öffentlichen Raum unorganisiert und spontan nutzt, unter Generalverdacht gestellt werden. Ich glaube auch nicht, dass die Verwaltung das tut. Aber es ist wichtig, das klarzustellen. Es gibt einfach Zusammenkünfte. Da muss man genauer hinschauen. Aber man muss ermöglichen. Es geht darum, aus der Pandemie heraus zu ermöglichen. Auch weiterhin werden Familien aus kleinen Wohnungen ohne Garten im Park picknicken oder Jugendliche sich selbstbestimmt und ohne Aufsicht auf den großen Plätzen treffen. Auch das ist in Ordnung und muss in Ordnung sein. Das müssen wir ermöglichen und zulassen.

Wir werden aber auch dem Antrag der PARTEI zustimmen. Letztlich geht es in der Sache doch darum, Zusammenkünfte, Partys und Feiern zu ermöglichen. Das will Die PARTEI natürlich auch. Wir sehen hier keinen Dissens, sondern eigentlich auch viele Schnittmengen mit dem Antrag der PARTEI, bei dem es sich um einen Prüfantrag handelt.

Liebe PARTEI, wir hätten uns aber auch gewünscht, dass ihr mit auf unseren Antrag gekommen wärt. Denn es ist wichtig, dass wir heute aus dem Rat heraus sagen, wie wichtig es ist, dass die Menschen wieder ihren Freiraum bekommen, feiern können und ausgelassen sein können.

Das ist der Weg, glaube ich. Diesen Weg sollten wir als Politikerinnen und Politiker verfolgen und auch die Verwaltung dabei begleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und von Christian Joisten [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort - oder Frau Ruffen. Bitte.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Partei Die PARTEI, Ihren Antrag haben wir zuerst gelesen und haben uns eigentlich darüber gefreut. Denn Sie haben ja an uns gedacht, indem Sie davon sprachen, dass auch wir als FDP bedacht werden, wenn dort in Ihren Feierzonen kommerzielle Kioske verkaufen dürfen.

Das war ganz interessant. Denn wir haben auf unserem letzten Kreisparteitag schon einen ähnlichen Antrag beraten - aber mit dem einzigen Unterschied, dass die JuLis als unsere Jugendorganisation eben keine kommerziellen Kioske an den Feierorten, sondern eine Bewirtschaftung durch Vereine in den Fokus gestellt haben, also ehrenamtliche Vereine, die vielleicht sowieso Anlieger sind oder wieder auf die Beine kommen wollen.

Trotz allem haben wir gesagt: Wenn Sie uns so bedenken, können wir diesem Antrag eigentlich nur zustimmen. - Verkehrte Welt! Wir wissen das. Aber vielleicht wären Sie ja bereit, bei Ihrem Antrag eine entsprechende Ergänzung aufzunehmen, dass also auch Vereine infrage kommen, für die Bewirtschaftung dieser Orte zu sorgen. Das fänden wir großartig.

Zu unserem gemeinsamen Antrag und auch zum SPD-Antrag ist alles gesagt. Alles zusammen ist genau das Richtige. Denn wir brauchen einen Sommer, in dem für jeden etwas dabei ist. Wir müssen alle wieder raus. Wir müssen alle wieder die Gelegenheit haben, uns ungefährdet zu treffen, etwas zu erleben und miteinander zu reden, aber auch Kultur und Kunst zu genießen.

Doch das alleine reicht nicht. Deswegen macht auch der Antrag der PARTEI Sinn. Die Jugendlichen, die mit Sicherheit am meisten zurückstecken müssen, brauchen tatsächlich Orte, an denen sie - und da gebe ich Frau Tokyürek recht - einfach nur feiern können. Sie möchten zusammensein. Sie möchten etwas trinken können. Sie möchten, ohne vertrieben zu werden, einfach wieder feiern können.

Daher können wir das unterstützen. Ich glaube, dass die Mischung aus diesen Anträgen genau das ist, was wir alle gemeinsam brauchen. Deswegen freue ich mich für viele auf Kunst und Kultur im Sommer und für die Jungen und

Junggebliebenen natürlich auch auf viele Partys im Sommer. Ich denke, dass wir alle gemeinsam den richtigen Weg gehen, wenn wir das hier zusammen machen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Mitstreiter*innen! Man fängt ja gerne mit Zitaten an. Das möchte ich auch einmal tun:

> Köln ist eine herausragende Kulturstadt, deren größte Stärke in der Vielfalt und Unterschiedlichkeit liegt.

So steht es auf der Homepage der Stadt Köln. - Weiter unten heißt es dann noch einmal:

> Kultur lebt in Köln

Gleichzeitig werden Trinkhallen zum Kulturerbe in NRW ernannt. Das ist die Theorie.

Aktuell sieht es in der Praxis so aus, dass Kulturschaffende ihre Pläne für den Sommer weitgehend begraben müssen, weil sie nach fünf Monaten immer noch keine Genehmigungen erhalten. Kneipen müssen ihre Außengastro schließen, weil sie die falsche Bestuhlung haben. Und in der Stadt gibt es immer noch eine Maskenpflicht an öffentlichen Plätzen - bei unserer Inzidenz.

Gleichzeitig soll das ohnehin schon chronisch unterbesetzte Ordnungsamt für Ruhe und Ordnung sorgen. Die Gewalt gegen Polizei und diese Ordnungskräfte ist absolut durch gar nichts zu rechtfertigen. Es war allerdings schon länger klar, dass dieser Knall irgendwann kommen musste.

Menschen suchen sich ihre eigenen Räume zum Feiern, wenn ihnen keine Räume gegeben werden. Infektionsschutz, Alkoholverbote sowie gewerbliche Auflagen wie das Anmelden von Steuern werden dabei weitestgehend ignoriert. Das am nächsten Morgen sichtbare Problem der Müllentsorgung und der fehlenden Infrastruktur von sanitären Einrichtungen ist ein weiteres Problem der unkontrollierten Partys im Kölner Grün. Die AWB und das Ordnungsamt können dieses Problem nicht alleine bewältigen.

Ziel dieses Antrags soll es deshalb sein, den Menschen eine legale Möglichkeit zum Feiern zu geben, bei der Corona-Regeln eingehalten und Kontakte nachverfolgt werden können sowie die Müll- und Toilettensituation übersichtlich bleibt.

Die Kölner Kulturszene hat dazu bereits im letzten Jahr Konzepte vorbereitet. Außerdem haben wir in Köln eine wunderbare App, die bei der Kontaktnachverfolgung helfen könnte.

Das bisherige Angebot der Stadt begrüßen wir ausdrücklich; das steht ganz außer Frage. Es ist bisher aber leider nur ein erster Schritt für uns. Hier geht ausdrücklich der Dank an uns alle dafür, dass der Rat so weitestgehend einig dieses Thema unterstützt. Jedoch fördert das bisherige Angebot vor allem kommerzielle Großveranstaltungen, die überhaupt nur diesen umfangreichen zeitlichen und organisatorischen Vorlauf leisten können, den man aktuell braucht.

Dabei hilft gerade dies nicht den kleinen, nichtkommerziellen Kollektiven, die sich spontan mit Freunden und Familien draußen im Grünen treffen wollen, um zur Musik zu tanzen, und es verhindert erst recht nicht die katastrophalen Zustände der letzten Wochen am Aachener Weiher.

Unser Antrag zielt deswegen auch nicht nur auf diese Großveranstaltungen, sondern insbesondere auch auf spontane Freiluftpartys, die allein schon aus Gründen des Wetters nicht Wochen im Voraus geplant werden können. Ein kurzer Blick nach Bremen reicht völlig aus, um zu zeigen, dass das auch möglich ist.

Wir alle als antragstellende Fraktionen wollen, dass dies in Zukunft oder wenigstens für diesen Sommer einen legalen Platz im Kölner Stadtbild hat. Wir wollen damit die kölsche Subkultur und die vielen freien Kollektive fördern, damit Köln sein kulturelles Potenzial auch wirklich entfalten kann, damit Köln seinem eigenen Anspruch als herausragende Kulturstadt gerecht werden kann und damit man Kultur auch wirklich in Köln leben kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

(Zurufe: Oh nein!)

Matthias Büschges (AfD): Oh doch. Aber keine Sorge: Ich mache es kurz. - Frau Reker, wir geben die Rede zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Dann würde ich gerne den Blick in die Zukunft richten und der Stadtdirektorin das Wort geben.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit der pandemischen Lage obliegen dem Krisenstab. Im Krisenstab werden auch diese Maßnahmen beschlossen.

Ich muss eine Anmerkung machen. Jetzt habe ich doch gelegentliche Anwürfe gehört, ein bisschen nach dem Motto, wir hätten die freie Entfaltung junger Menschen in der Stadt Köln hier leichtfertig verhindert oder verboten. Das ist natürlich nicht der Fall. Ich erinnere Sie gerne daran, dass wir eine Coronavirus-Schutzverordnung des Bundes und eine Coronaschutzverordnung des Landes haben, die uns selbstverständlich auch den Rahmen und die Leitplanken vorgeben, was genehmigungsfähig ist und was nicht genehmigungsfähig ist.

Der Krisenstab hat bereits in Aussicht gestellt, dass wir, wenn sich die pandemische Lage so darstellt, wie sie sich jetzt darstellt - nämlich in den kleinen Zahlen, die wir täglich alle miteinander erfreut lesen -, die Kölner Allgemeinverfügung, die ja sehr viele Regelungen von Verweilverboten über Alkoholverkaufsverbote enthält, nicht mehr verlängern werden. Morgen früh tagt der Krisenstab der Stadt Köln wieder.

Eine weitere Anmerkung: Dass wir eine derart ausufernde private Party im denkmalgeschützten Grüngürtel so nicht dulden können, hat mit Corona nichts zu tun. Da gibt es Hinterlassenschaften schlimmsten Ausmaßes. Ich glaube auch nicht - aber es obliegt natürlich Ihnen, das zu entscheiden -, dass wir als Stadt Köln bei Anträgen auf Partys privater oder kommerzieller Art und Weise jetzt all diesen Menschen mobile Toiletten zum Beispiel auf Kosten des städtischen Haushalts zur Verfügung stellen können.

Insofern ist mir folgender Hinweis wichtig, damit Sie das bei Ihrer Entscheidung im Hinterkopf haben: Die pandemische Lage sieht im Moment so aus, dass wir jedenfalls die Verschärfungen der Kölner Allgemeinverfügung nicht mehr verlängern werden. Dennoch sind natürlich noch Einschränkungen durch die Coronaschutzverordnung des Landes gegeben. Wir werden das aber morgen auch noch einmal medial aufarbeiten.

Ich würde das Wort, wenn ich darf, gerne noch an den Kollegen Greitemann weitergeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Beiträge. Ich begrüße ausdrücklich, dass Sie uns unterstützen wollen, pragmatisch vorzugehen.

Ich kann Ihnen aber ganz deutlich versichern, dass die Verwaltung pragmatisch vorgeht. Seit dem Januar dieses Jahres haben wir - ich spreche jetzt von den Veranstaltungen, die dauerhaft stattfinden sollen - intensive Kontakte mit denjenigen, die solche Veranstaltungen durchführen wollen. Sobald wir die Baugenehmigungsanträge vorliegen hatten, waren sie in kürzester Zeit genehmigt, innerhalb von spätestens sechs Wochen. Ich nenne ein Beispiel: das Bootshaus.

Vorhin ist davon gesprochen worden, dass legale kleine Veranstaltungen und auch legale Großveranstaltungen stattfinden sollen. Sie wissen genau, dass ich sehr pragmatisch bin. Bitte bedenken Sie aber, dass ich bei diesen Dingen zum Ersten die Interessen der Nutzer, also der Besucher, zum Zweiten die Interessen der Veranstalter und zum Dritten die Interessen der Nachbarschaft und der Allgemeinheit zu berücksichtigen habe. Das bitte ich immer im Hinterkopf zu haben.

Aber noch einmal, in die Zukunft gerichtet: Wie die Oberbürgermeisterin richtig gesagt hat, sind wir jederzeit bereit. Wir haben eine Arbeitsgruppe, in der Konzepte vorgelegt werden. Wir nehmen die Veranstalter an die Hand und sagen ihnen: Das und das und das brauchen wir, um eine dauerhafte Baugenehmigung erteilen zu können. - Denn in dem § 62 der Bauordnung befinden wir uns bei diesen Veranstaltungen nicht. Diese Angebote machen wir permanent. Wir werden sie auch weiterhin machen.

Daher sind die Anträge wertvoll für uns, weil sie uns unterstützen, weiterhin pragmatisch vorzugehen. Aber ich kann Ihnen sagen: Wir tun das.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich lasse jetzt abstimmen, und zwar zunächst zum Tagesordnungspunkt 3.1.12, dann zum Tagesordnungspunkt 3.1.21 und zuletzt zum Tagesordnungspunkt 3.1.23. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da müssen wir ein bisschen sortieren. Der Antrag unter TOP 3.1.23 ist etwas unorthodox in diese Reihenfolge geraten. Er hätte eigentlich ein Ersetzungsantrag für den Antrag unter TOP 3.1.21 werden sollen. Jetzt ist er auch ein Dringlichkeitsantrag geworden. Trotzdem ersetzt er den Antrag unter TOP 3.1.21, den wir gestellt haben. Wir sind ja nicht ganz schizophren und stellen zwei Anträge zum gleichen Thema.

Daher wäre jetzt der Antrag unter TOP 3.1.23 in Ersetzung des Antrags unter TOP 3.1.21 zu beschließen - allerdings mit einer kleinen Änderung im Punkt 5 auf der Seite 2. Dort heißt es:

> Die Stadtverwaltung soll einen Runden Tisch mit der Gastronomie- und Veranstaltungsbranche einberufen.

Hinter „Veranstaltungsbranche“ soll noch „sowie Politik“ eingefügt werden. An dieser Stelle - Seite 2, Punkt 5 - sollen also noch die beiden Worte „sowie Politik“ eingefügt werden. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja - wer auch immer „Politik“ dann ist. Okay. Wir können gerne in der geänderten Fassung darüber abstimmen.

Ich will jetzt nur sichergehen, dass ich das richtig verstanden habe. Ich lasse also in der von Ihnen mündlich geänderten Fassung darüber abstimmen. Aber ich verzichte auf die Abstimmung über den Antrag unter TOP 3.1.21.

(Christian Joisten [SPD]: So ist das!)

- Gut.

Dann lasse ich aber erst über den Antrag der Gruppe Die PARTEI unter TOP 3.1.12 abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Die PARTEI, DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann, die FDP und die KLIMA FREUNDE - und Die PARTEI; klar.

(Ulrich Breite [FDP]: Einmal außen rum!)

- Das ist von hier aus gar nicht einfach zu sehen, weil man da einen breiten Weitwinkel haben muss. - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Antrag unter TOP 3.1.23 in der mündlich geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung, die Einrichtung der in der Begründung näher bezeichneten 11 sog. (S)Aufenthaltszonen (Elfer-Ring) für Menschen und ggf. alternativ zu den bezeichneten Standorten mögliche Standorte zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP, den Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT Köln sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
Gemeinsame Beratung mit TOP 3.1.21 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen – Veranstaltungen und Partys unter den Bedingungen der Corona-Pandemie ermöglichen", AN/1468/2021 und TOP 3.1.23 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und die Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "#draussentanzen #getthepartystarted: Veranstaltungen in diesem Sommer in Köln draußen ermöglichen ...", AN/1516/2021.

RM Büschges gibt seinen Redebeitrag zu Protokoll.

AN/1468/2021

Die Antragstellen haben den Antrag zurückgezogen.

AN/1516/2021

Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag mit der mündlichen Änderung, in Ziffer 5 hinter „…mit Gastronomie- und Veranstaltungsbranche…“ die Worte „…sowie Politik…“ einzufügen

Beschluss:

Auch wenn schon viele Beschlüsse zu diesen Themen gefasst wurden, gebietet die aktuelle Lage sie noch einmal zu bündeln:

1. *Der Rat bekräftigt den in der Sitzung am 15.06.2021 gefassten Beschluss des Ausschusses für Kunst und Kultur zur Aktuellen Stunde.*
2. *Die Verwaltung wird aufgefordert kurzfristig die Voraussetzungen zu schaffen, dass Veranstaltungen Open air stattfinden können, hierbei sind bei der Genehmigungspraxis im Sinne eines positiven Ermessens alle Möglichkeiten einer Umsetzung der beantragten Projekte auszureizen.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt die Ermöglichungsspielräume entsprechend den bereits praktizierten Konzepten in anderen deutschen Städten, wie z.B. Bremen zu erweitern und Veranstaltungen auf Grundlage von tragfähigen Anträgen zu ermöglichen.*
4. *Da das Feiern in Clubs jetzt noch nicht möglich ist, wird die Verwaltung aufgefordert, öffentliche Flächen für Feiern, zu identifizieren und auf Grundlage von Konzepten und Anträgen potentieller Veranstalter zur Verfügung zu stellen wie vorhandene versiegelte Flächen oder durch kurzfristige Straßensperrungen entstehende Flächen.*

Hierbei sollen kreative Lösungen wohlwollend begleitet werden, wie Veranstaltungen auf Plätzen dieser Stadt, Freilichtbühnen, Messeparkplätzen etc. sowie Pop-Up Open-Air Spielstätten.

5. *Die Stadtverwaltung soll einen Runden Tisch mit der Gastronomie- und Veranstaltungsbranche sowie Politik einberufen, um vorhandene Konzepte, unter welchen Bedingungen Öffnungen von Clubs, Diskotheken, Bars und Livespielstätten sowie Konzerte nach der Sommerpause ermöglicht werden können, schnellstmöglich in die Tat umzusetzen.*
6. *Die von der Verwaltung gebildete Task-Force, wird um den bestehenden Arbeitskreis bei der Stabsstelle Events erweitert.*
7. *Die Verwaltung soll kurzfristig prüfen, ob die Kosten für Lärmschutzgutachten und für den Einsatz von Sachverständigen während der Veranstaltungen seitens der Verwaltung übernommen werden können.*
8. *Gemeinsam mit den Veranstalter*innen, der AWB und der Stadt Köln sollen Konzepte umgesetzt werden, die sowohl das Müllproblem begrenzen als auch für ausreichend sanitäre Einrichtungen sorgen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Mündlicher Änderungsantrag von RM Joisten

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.13 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt betreffend „Zusätzliche Reinigungsleistungen in der Open-Air-Saison“

AN/0820/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1498/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1500/2021

Ich gebe zunächst Frau Schneeloch das Wort.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer zu Hause! Dieses Thema passt zum vorherigen Tagesordnungspunkt. Wir haben ja die Bilder der ganzen letzten Wochen aus unseren Grüngürteln gesehen. Da stellte sich das auch entsprechend dar.

Wir haben aktuell nicht nur ein Müll-, sondern auch ein Bequemlichkeitsproblem, nämlich dahin

gehend, diesen Müll aufzuräumen. Es ist nur ein Pizzakarton. Aber wenn das auch nur 10 000 Kölnerinnen denken, dann haben wir einfach mehr als ein Bequemlichkeitsproblem. Und wir wissen eigentlich: Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht.

Davon sind wir aber aktuell noch sehr weit entfernt. Deshalb müssen wir in diesem Sommer noch nachhelfen - auch vor dem Hintergrund all der eben schon genannten Gründe, warum wir den Kölnerinnen und Kölnern ermöglichen wollen, sich auch wieder draußen aufzuhalten. Diesen Sommer müssen wir noch helfen - mit Zusatzreinigungen unserer Frei- und unserer Grünflächen, mit mehr Toiletten, mit einer Aufmerksamkeitskampagne zur Müllvermeidung und auch mit Maßnahmen zum Schutz unseres Rheins, nämlich der Unterstützung zur Einrichtung einer Müllfalle in ebenjenem.

Unseren Zero-Waste-Antrag aus der letzten Ratssitzung müssen wir jetzt ambitioniert mit allen demokratischen Parteien gemeinsam angehen - auch in enger Zusammenarbeit mit unseren Bezirksvertretungen links- wie rechtsrheinisch. Mit ihnen gemeinsam müssen wir stark betroffene Flächen identifizieren.

Das müssen wir aber eben noch in diesem Sommer tun. Wir müssen unbedingt in diesem Sommer tätig werden, auch zugunsten des Umwelt- und des Naturschutzes. Wir können leider nicht warten und es erst nach dem Sommer tun, um jetzt noch einen Antrag zum Beispiel in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün zu schieben.

An dieser Stelle geht unser ausdrücklicher Dank an die AWB, die übrigens in diesen Tagen einen ausgezeichneten Job macht, und auch an alle Ehrenamtlichen, die sie dabei unterstützen.

Solange wir noch Objekte herstellen, die nach nur wenigen Minuten Nutzung dann aber noch jahrhundertelang da sind, gibt es kein Wegkommen von Müll. Denn das, was wir wegwerfen, muss irgendwo anders hin. Darum kümmern sich gerade die AWB und auch viele Ehrenamtliche, um unsere Grüngürtel und unsere Freiflächen auch sauber zu halten.

Was definitiv weg muss, ist die Bequemlichkeit der Kölnerinnen und Kölner, die ihren Müll in den Grüngürteln liegen lassen. Bis unsere Kölnerinnen und Kölner das erkannt haben, müssen wir mit diesem Antrag helfen - mit mehr finanziellen Mitteln und mit Sonderreinigungen unserer Freiflächen und Grüngürtel. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Livestream! Dieser Antrag schließt wunderbar an den vorhergehenden an; denn nach der Party kommt das Aufräumen. Wir haben das alle wahrgenommen. Wir strömen nach draußen und wollen gerne feiern. Leider ist es aber auch so, dass wir danach die großen Müllmengen in den Grünflächen finden.

Wir wollen als Stadt Köln ein attraktives Erscheinungsbild für die Einheimischen genauso wie für Gäste abgeben. Dafür ist es notwendig, dass wir zusätzliche Reinigungsleistungen vorsehen. Wir möchten nicht, dass beim Familienspaziergang am Sonntagmorgen die Kleinkinder in die Partyreste vom Vorabend fallen und dass die Grünflächen ein Erscheinungsbild wie eine wilde Müllkippe haben. Daher investieren wir jetzt in zusätzliche Reinigungsleistungen im Sommer.

Es ist aber auch klar, dass wir das nicht beliebig steigern können. Deshalb brauchen wir nach meiner Meinung wirklich eine kluge Kampagne, um bei denjenigen, die ihren Müll nicht mitnehmen, eine Verhaltensänderung zu erreichen. Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass man seinen Müll entsorgt und in den nächsten Mülleimer bringt. Aber diese Selbstverständlichkeit ist irgendwie verloren gegangen. Deswegen müssen wir uns noch einmal darum kümmern, das ins Bewusstsein zu rufen.

Wir denken da auch nicht nur an eine Werbekampagne, in deren Rahmen man ein paar Plakate aufhängt. Vielleicht kann Die PARTEI dann sogar dem Antrag zustimmen, zumal wir uns auch um die Toiletten kümmern, die Herr Hock gerade vermisste.

Insofern ist das, glaube ich, wirklich ein gutes Angebot. Einerseits investieren wir noch einmal und räumen von städtischer Seite auf. Andererseits zeigen wir aber auch: Hier ist jeder gefragt. Es geht darum, Verantwortung für unser Zusammenleben hier in der Stadt und dafür, wie unsere

öffentlichen Flächen und Grünflächen aussehen, zu übernehmen.

Wir haben aber nicht nur dieses Phänomen der Vermüllung, sondern sehen umgekehrt auch - das ist ganz faszinierend -, dass viele Menschen sich freiwillig darum kümmern, Müll aufzusammeln. Es gibt die KRAKE. Es gibt die Rheinpaten. Es gibt die Aktion „Kölle putzmunter“. Viele Menschen verwenden ihre Freizeit dafür, Müll aufzusammeln und tatsächlich Verantwortung für ihre Stadt zu übernehmen. Deswegen stellen wir dafür auch noch einmal Geld zur Verfügung und unterstützen solche Aktionen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Die Bereitschaft dieser Ehrenamtlichen darf natürlich nicht ausgenutzt werden. Insofern ist wirklich jeder Einzelne gefragt, seinen Müll in dem nächsten Mülleimer zu entsorgen.

Zum Abschluss möchte ich noch eine Korrektur vorbringen, die erforderlich ist: Unter Punkt 6 muss es nicht „Teilplanzeile 20“, sondern „Teilplanzeile 15“ heißen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich in Anbetracht der schon sehr weit fortgeschrittenen Zeit und auch der hier zu spürenden Einvernehmlichkeit kurz halten.

Zunächst danken wir den Kolleginnen und Kollegen der Bündnis-Fraktionen ganz herzlich dafür, dass sie an uns mit der Bitte herangetreten sind, den Antrag zu unterstützen. Dieser Bitte sind wir extrem gerne nachgekommen, weil uns Sauberkeit im Kölner Stadtbild natürlich ein Herzensanliegen ist.

Ich habe hier vor zwei Monaten vor Ihnen gestanden, als es um den Bebauungsplan für das Belgische Viertel ging, und Sie in diesem Zusammenhang darüber unterrichtet - Sie wussten es wahrscheinlich alle -, dass ich ja einmal Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt war. Und wir alle wissen, dass die Vermüllung der Innenstadt und das Partyleben in der Innenstadt schon immer Gegenstand vieler Anträge waren, die wir seinerzeit gestellt haben. Das zieht sich wie ein roter Faden durch.

Es ist natürlich bedauerlich, dass jetzt das böse Coronavirus den Impuls gesetzt hat. Aber ich finde die Aktion gut, zumal ich mir erhoffe, dass es dann auch Folgeprojekte gibt. Denn es liegt meiner Fraktion und mir sehr am Herzen, dass es sich dabei nicht um eine Einmalgeschichte handelt. Vielmehr müssen wir das verstetigen. Denn wenn wir in anderen Städten sind, nehmen wir alle oftmals zur Kenntnis, dass die öffentliche Sauberkeit dort offensichtlich besser gefördert wird als bei uns. Das Stadtbild ist in vielen Städten besser ausgeprägt.

Uns ist es - da möchte ich an die Worte der Kollegin Aengenvoort anschließen - unwahrscheinlich wichtig, an das private bürgerschaftliche Engagement anzuknüpfen, von dem auch die Kollegin Ruffen gerade gesprochen hat. Wir sollten die in dieser Stadt vorhandene Bereitschaft, Hand anzulegen, auch empowern.

Ich hatte in meinem Rotary Club vor drei Wochen die Gelegenheit, gemeinsam mit KRAKE eine Anti-Plastik-Aktion am Rheinufer durchzuführen. Die sind top organisiert; es wurde gerade schon angesprochen.

Darüber hinaus geht hier auch ein Lob an die AWB, die solche privaten Maßnahmen fantastisch unterstützt. Wenn Sie mit Ihrem Ortsverband oder sonstigen Freund*innen einmal den Rhein oder andere Parks aufräumen wollen, rufen Sie bei Herrn Mooren an. Er freut sich jetzt schon darauf. Herr Mooren und sein Team von der AWB stellen alles zur Verfügung.

Laden wir also den Mist nicht in unseren Parks ab, und laden wir das Aufräumen auch nicht mehr bei der AWB ab, sondern unterstützen wir bürgerschaftliches Engagement! Das war für uns ein wichtiger Punkt, weswegen wir diesen Antrag sehr gerne unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des

Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Kollege Herr Jeschka ist in seiner Rede zum vorigen Tagesordnungspunkt bereits auf den Wunsch und das Bedürfnis nach Geselligkeit, nach Ausgelassenheit, einfach nach Draußensein eingegangen und hat das auch schon erläutert. Nach eineinhalb Jahren Corona-Einschränkungen, darunter sechs Monaten Lockdown, kann ich dieses Verlangen absolut nachvollziehen.

Doch so verständlich die Lust auf ausgelassenes Feiern auch ist, so schockierend ist der Blick am Morgen danach in den Grüngürtel, und so groß ist auch das Missverständnis.

Wir wollen zur Zero-Waste-Stadt werden. Ich kann mich gut an die tollen Reden aus der letzten Sitzung erinnern. Dahin ist es aber noch ein sehr weiter Weg.

Bis dahin wird leider auch noch sehr viel Müll anfallen. Damit er nicht im öffentlichen Raum bleibt, möchten wir die Reinigungsintensität der AWB erhöhen.

Zudem beinhaltet der Antrag einen für mich persönlich sehr wichtigen Aspekt: Wir brauchen schnellstmöglich mehr öffentliche Toiletten in Köln. Denn dass auf Kölner Spielplätzen und Grünflächen jeder Busch zur Toilette wird, finde ich fürchterlich und richtig ekelhaft. Es lässt tief blicken, wenn es eine Stadt wie Köln an vielen Stellen nicht schafft, ein hygienisches stilles Örtchen für Einwohner*innen und besonders für alle Kinder zur Verfügung zu stellen. Zusätzliche mobile öffentliche Toiletten tragen nicht nur zu einem besseren Stadtbild bei, sondern auch zur Familienfreundlichkeit von Köln und zum Sicherheitsgefühl der Kölner und besonders der Kölnerinnen.

Daher bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem Antrag zuzustimmen: für ein sauberes, hygienischeres und sicheres Köln. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Frebel das Wort.

Polina Frebel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde steht fast alles, was in dem Antrag aufgeführt ist, bereits in dem Abfallwirtschaftskonzept und in dem jährlichen Bericht dazu.

Wir haben Kampagnen für die Öffentlichkeitsarbeit. Das gibt es schon. Die PR-Kampagne für eine saubere Stadt kennen hier alle.

Die AWB betreiben pädagogische Arbeit in Kitas, Grundschulen und Sekundarstufe I. Die Mülldetektive sind aktiv. Mit Standaktionen auf Straßenfesten in Bezirken erfolgt die Beratung zu Müllentsorgung. Natürlich war das anderthalb Jahre durch Corona etwas schwieriger. Aber das ist die Arbeit, die eigentlich die AWB macht.

Die stark genutzten Flächen werden ohnehin schon öfters gereinigt. Jetzt in den Sommermonaten erfolgt die Reinigung bei Brüsseler Platz oder Steinbergs Weiher am Wochenende morgens und abends.

Die Grill-Scouts sind immer unterwegs und versuchen, dafür zu sorgen, dass die Müllverursacher ihren Müll mitnehmen, wenn sie die Plätze verlassen.

Eigentlich fehlt es eher an einer wirksamen Kontrolle, damit die Leute den Müll erst gar nicht im Park lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir möchten den Punkt 4 um drei Punkte erweitern, die für uns wichtig sind - wenn Sie dem auch zustimmen, freuen wir uns -:

> Es wird im Dialog mit allen Bezirksvertretungen ein Konzept für schwerpunktmäßige Zusatzreinigungen an besonders genutzten Standorten erarbeitet. Hierzu bekommen alle Bezirke die Gelegenheit, Örtlichkeiten aus ihrem Zuständigkeitsbereich zu benennen.
>
> Die AWB werden beauftragt, für die zusätzlichen Reinigungsleistungen vor Ort in den Bezirken zusätzliche Reinigungstrupps aufzustellen; jeweils einen links- und rechtsrheinisch.
>
> Bevor die Maßnahmen umgesetzt werden, wird dem Betriebsausschuss AWB eine Aufstellung der zu erwartenden Kosten zum Beschluss vorgelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden dem Antrag zustimmen und würden uns freuen, wenn Sie unseren drei Punkten, die ich vorgetragen habe, auch zustimmen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Niknamtavin, bitte.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Die Idee des vorliegenden Antrags ist auf jeden Fall richtig gut. Ich halte mich selber sehr oft an den aufgelisteten Orten auf und kann auf jeden Fall bestätigen, dass bei näherer Betrachtung sehr viel Müll von anderen Menschengruppen dagelassen wird.

Auch die Aussage meiner Vorredner*innen, dass es sehr an Toiletten mangelt, stimmt auf jeden Fall. Es ist vor allem als Frau richtig anstrengend, dann darauf angewiesen zu sein, im Park auf irgendwelche Gebüsche umsteigen zu müssen. Das muss auch einfach nicht sein.

(Vereinzelt Beifall)

Die Antragsteller*innen haben allerdings - das ist unsere Kritik - zu wenige Orte aufgenommen, die bei diesen Reinigungsleistungen berücksichtigt werden sollen. Da wir der Stadtrat für alle Einwohner*innen sind, wäre es richtig gut, wenn auch Orte wie Finkenberg, der Kölnberg, der Wiener Platz in Mülheim usw. usf. mit in diese Liste aufgenommen würden, da es dort auch Orte gibt, an denen sich Leute zur Erholung aufhalten und Müll produzieren. Diese Leute weichen nicht unbedingt an so beliebte Orte wie den Aachener Weiher aus.

Welche Orte es konkret sein sollten, könnte dann in Absprache mit Initiativen oder Bezirksvertretungen vor Ort festgelegt werden. Damit würde man nebenbei auch die Partizipation der Bezirke stärken. Natürlich dauert Beteiligung etwas länger. Allerdings ist das Ganze dann auch gerechter und nachhaltiger.

Eine Aufklärungskampagne mit Unterstützung der Sozialraumkoordinatoren wäre sicherlich neben der Werbekampagne auch sehr sinnvoll. Sauber wird die Stadt nämlich nicht dadurch, dass sie für andere sauber aussieht, sondern dadurch, dass wir sie auch sauber halten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. - Doch. Da gibt es eine Wortmeldung.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich finde beide Anträge super. Denn ich muss Ihnen ehrlich sagen: An dem Tag, an dem der Verein KRAKE sich auflöst, Aktionen wie „Kölle putzmunter“ nicht mehr nötig sind und wir endlich dieses Müllproblem in den Griff bekommen haben, mache ich eine Flasche Sekt auf.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Punkt 3, der Werbekampagne: Wir sollten nicht unbedingt nur darauf pochen, dass die Leute weniger wegschmeißen, sondern auch dem Beruf des Müllwerkers oder der Müllwerkerin wieder zu Ansehen verhelfen und ihn aus der sogenannten Schmuddelecke herausholen. Denn da gehört er nicht hin. Das ist einer der wichtigsten Berufe, die wir hier in dieser Stadt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Punkt 4, in dem es darum geht, die Leistungen gegebenenfalls anzupassen: Vielleicht überlegt man einmal zusammen mit der AWB, ob es nicht möglich ist, für den Sommer Ferienjobs oder Studierendenjobs bei der AWB anzubieten. Denn die Hemmschwelle, etwas einfach wegzuschmeißen, dürfte wesentlich größer sein, wenn man weiß, dass die Kommilitonin am nächsten Morgen diesen Müll aufsammelt. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN, danach über den Änderungsantrag der SPD und anschließend über den Ursprungsantrag mit der mündlichen Aktualisierung abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der LINKEN, die SPD-Fraktion, die AfD-Fraktion, die KLIMA FREUNDE, Die PARTEI und GUT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Die PARTEI, die KLIMA FREUNDE, die Ratsgruppe GUT und die AfD. Habe ich jemanden vergessen? Es ging jetzt

nämlich so schnell. - Nein. Das ist gut. Dann frage ich: Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Ursprungsantrag mit der Aktualisierung und mit dem veränderten Deckungsvorschlag abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

I. Der Begriff „Open Air“ wird im gesamten Antrag durch den Begriff „Freiluft“ ersetzt.

II. Punkt 1 des vorliegenden Antrags wird durch folgenden neuen Punkt 1 ersetzt:

1.

die AWB zu beauftragen während der Freiluft-Saison zusätzliche Reinigungsleistungen auf allen Grünflächen und öffentlichen Plätzen zu erbringen, die in dieser Zeit besonders intensiv genutzt werden und ein hohes Besucheraufkommen haben.

Außerdem wird die Verwaltung beauftragt weitere mobile Toiletten aufzustellen, insbesondere an solchen intensiv genutzt Stellen, an denen es bisher keine bzw. zu wenig öffentliche Toiletten gibt.

Sicherzustellen ist auch die regelmäßige Reinigung der Toiletten.

Stadtweit sollen zunächst insgesamt 20 Flächen (jeweils 10 im Rechtsrheinischen und im Linksrheinischen) berücksichtigt werden, welche besonders betroffen sind. Dies ist in Absprache mit den Bezirksvertretungen, den örtlichen Bürgervereinen und der AWB unter der Berücksichtigung von Meldungen (z.B. „sag’s uns“) festzulegen.

Dies können beispielsweise sein:

Linksrheinisch Nord:

- *Eigelstein*
- *Wilhelmplatz*
- *Altstadtpromenade*
- *Hans-Böckler-Platz*
- *Helios-Gelände / Vogelsanger Straße / Oskar-Jäger-Straße*
- *Weserpromenade*
- *Görlinger Zentrum*

Linksrheinisch Süd:

- *Karl-Schwering-Platz*
- *Moselstraße / Uni-Mensa*
- *Severinsviertel*
- *Chlodwigplatz*
- *Rodenkirchener Riviera*
- *Kölnberg*

Rechtsrheinisch:

- *Rheinpromenade*
- *Auenweg / Sachsenberg*
- *Kalker Hauptstraße / Postplatz*
- *Poller Wiesen*
- *Porzer Rheinpromenade*
- *Wahner Heide*
- *Platz der Kulturen*
- *Merheimer Heide*
- *Königsforst*
- *Bürgerpark Kalk*
- *Wiener Platz*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD und der Gruppen Die

PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Es soll ein neuer Punkt 4a ergänzt werden:

4a. Es wird im Dialog mit allen Bezirksvertretungen ein Konzept für schwerpunktmäßige Zusatzreinigungen an besonders genutzten Standorten erarbeitet. Hierzu bekommen alle Bezirke die Gelegenheit, Örtlichkeiten aus ihrem Zuständigkeitsbereich zu benennen.

Die AWB werden beauftragt, für die zusätzlichen Reinigungsleistungen vor Ort in den Bezirken zusätzliche Reinigungstrupps aufzustellen; jeweils einen links- und rechtsrheinisch.

Bevor die Maßnahmen umgesetzt werden, wird dem Betriebsausschuss AWB eine Aufstellung der zu erwartenden Kosten zum Beschluss vorgelegt."

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD und der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln abgelehnt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag mit der mündlich eingebrachten Änderung (In Ziffer 6 wird „Teilplanzeile 20“ durch „Teilplanzeile 15“ ersetzt)

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. die AWB zu beauftragen während der Open-Air-Saison zusätzliche Reinigungsleistungen

auf ausgewählten Grünflächen und öffentlichen Plätzen zu erbringen, die in dieser Zeit besonders intensiv genutzt werden und ein hohes Besucheraufkommen haben.

Außerdem wird die Verwaltung beauftragt weitere mobile Toiletten aufzustellen, insbesondere an solchen Stellen, an denen es bisher keine bzw. zu wenig öffentliche Toiletten gibt. Sicherzustellen ist auch die regelmäßige Reinigung der Toiletten.

Stadtweit sollen insgesamt 15 Flächen berücksichtigt werden. Dies sind:

Linksrheinisch Nord:

- *Eigelstein*
- *Wilhelmplatz*
- *Altstadtpromenade*
- *Hans-Böckler-Platz*
- *Helios-Gelände / Vogelsanger Straße / Oskar-Jäger-Straße*

Linksrheinisch Süd:

- *Karl-Schwering-Platz*
- *Moselstraße / Uni-Mensa*
- *Severinsviertel*
- *Chlodwigplatz*
- *Rodenkirchener Riviera*

Rechtsrheinisch:

- *Rheinpromenade*
- *Auenweg / Sachsenberg*
- *Kalker Hauptstraße / Postplatz*
- *Poller Wiesen*
- *Porzer Rheinpromenade*

2. die erste Umsetzungsphase noch in der Sommersaison 2021 zu realisieren.

3. eine Werbekampagne zu erarbeiten und umzusetzen, mit der Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert werden, ihren Müll nicht in Grünflächen und Parks liegen zu lassen.

4. eine Evaluation der zusätzlichen Reinigungen durchzuführen, um die Leistungen gegebenenfalls für die Saison 2022 anzupassen.

5. *Neben der Sauberkeit auf den oben genannten Flächen, sollen darüber hinaus*

   Initiativen, die insbesondere die Sauberkeit des Rheinufers und des Rheins fördern, wie z.B. die Müllfalle im Rhein, unterstützt werden.

6. *Die Finanzierung erfolgt aus dem Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft; Teilplanzeile 15.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.14 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sofortmaßnahmen für die Solar-Offensive in Köln“

AN/1409/2021

Ich gebe als Erstem Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren an den Bildschirmen! Der Klimanotstand ist ausgerufen. Frau Oberbürgermeisterin Reker fordert zu Recht die Erreichung der Klimaneutralität Kölns deutlich vor 2050. Berlin beschließt noch in dieser Legislaturperiode einen Klimapakt, der zum Ziel hat, bereits fünf Jahre früher als geplant, also 2045, treibhausgasneutral zu werden. Bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken, und für 2040 wird eine Zielmarke von 88 Prozent weniger Treibhausgase festgelegt.

Trotzdem verwundert es, dass die Einführung einer Solarpflicht für Neubauten, durch die SPD im Bund gefordert, ohne eine mögliche Einigung mit der CDU leider vom Tisch ist.

Wenn wir jedoch den Anspruch haben, als Metropole die verschärften Klimaschutzvorgaben deutlich vor 2050 zu erreichen, muss unter anderem die Nutzung von erneuerbaren Energien massiv vorangetrieben werden - in Köln im Wesentlichen durch Photovoltaikanlagen. In Köln sind aktuell 3 424 PV-Anlagen, wie sie abgekürzt heißen, installiert.

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz hat das Potenzial für Photovoltaik in Köln repräsentativ ermittelt. Demnach gibt es in Köln ein enormes PV-Potenzial auf den Dächern der Stadt und zusätzlich noch auf Freiflächen.

Auch die ambitionierte Empfehlung des Klimarats der Stadt Köln, in den kommenden Jahren 50 Prozent des PV-Potenzials in Köln zu heben, verdeutlicht die Wichtigkeit. Das entspricht 1 900 Megawatt bzw. 200 Megawatt jährlich.

Hierbei ist jedoch nicht zu vergessen, dass in Köln in den vergangenen zehn Jahren nur insgesamt 60 Megawatt installiert wurden und wir in diesem Schneckentempo, ohne Nägel mit Köpfen zu machen, die Ziele niemals erreichen werden können.

Die Verwaltung selbst hat ermittelt, dass auf den städtischen Gebäuden insgesamt 6 000 Kilowatt installiert werden können. Das ist deutlich weniger als bei vergleichbaren Städten in der Region. Es sind beispielsweise etwa 50 Prozent der viermal kleineren Stadt Aachen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein wesentlicher Baustein für erfolgreichen Klimaschutz. Wenn wir unseren Beitrag für die Klimaziele leisten wollen, müssen wir aufhören, über Konzepte und Ziele zu reden, und müssen handeln. Windkraftanlagen wie auch Geothermie sind jedoch nicht realistisch. Aber Dächer sind massenweise in Köln vorhanden.

Es ist grob fahrlässig, wenn nicht jetzt ganz konkret und mit voller Energie der Ausbau von PV-Anlagen vorangebracht wird. Wir müssen die uns zur Verfügung stehenden Instrumente vollständig ausschöpfen. Bauleitplanung, Auflagen bei Neubau und Hallenbau, Bauvorhaben auf Grundstücken der Stadt und Denkmalschutzvorschriften, die strenger als anderswo sind und PV-Anlagen praktisch verbieten, müssen hinterfragt und angepasst werden.

Auch kann und darf es nicht sein, dass versäumt wird, Hauseigentümer aktiv konkret und systematisch anzusprechen. Andere Städte machen es vor, und wir als Metropole hinken hinterher.

Daher appelliere ich mit klarer Botschaft an alle Fraktionen, nicht immer nur neue, kleinteilige Konzepte vorzulegen und nicht immer nur Gründe zu suchen, warum es nicht geht. Lassen Sie uns die Kräfte bündeln. Lassen Sie uns mutig sein. Gerade im Klimaschutz müssen wir einen klaren

Schwerpunkt auf die konkret umsetzbaren Maßnahmen legen und müssen jetzt handeln.

Kölns Dächer bieten ein enormes Potenzial zum Ausbau der Solarenergie. Dieser Ausbau kann massiv vorangetrieben werden - mit deutlich mehr als 5 000 Dächern pro Jahr. Außerdem sind auf Freiflächen in Köln erhebliche PV-Potenziale verfügbar.

Deshalb fordern wir, dass die Maßnahmen, die ohne weitere Bewertung, Konzeptentwicklung und Zielvereinbarung direkt umzusetzen sind, sofort in Angriff genommen werden. Dazu dient unser Antrag. Stimmen Sie ihm zu, damit wir in der Klimawende weiterkommen, die wir, glaube ich, alle wollen. Gleich haben wir noch einen anderen Antrag, der noch ehrgeizigere, aus unserer Sicht aber auch unrealistische Ziele setzt. Hier können wir aber einen ganz konkreten Schritt gehen, um realistisch weiterzukommen.

Stimmen Sie also unserem Antrag zu. Wir und vor allen Dingen die Kölnerinnen und Kölner und das Klima werden es Ihnen danken. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Abé das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Intention stehen wir hinter dem Antrag der SPD. Die meisten Fraktionen hier sind sich sicherlich einig, dass wir für die Klimawende eine Solaroffensive brauchen, und werden bereits eigene Ideen gesammelt haben. Die größten Potenziale beim Ausbau der Erneuerbaren in Köln liegen in der Solarenergie.

Gleich werden wir über die Verankerung des Ziels der Klimaneutralität bis 2035 beraten. Mehr dazu dann!

Teil unseres Antrags ist auch die Erarbeitung eines Maßnahmenplans. Bestehende Konzepte und Programme sollen mit einbezogen werden. Dass bereits projektierte Vorhaben auch im Bereich Solar damit nicht stillstehen, ist für uns selbstverständlich.

Wie Herr Joisten schon gesagt hat, hat die Projektgruppe Energie des Klimarats Vorarbeit geleistet und bereits Ideen zum Solarausbau ermittelt. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün wird sich in einer Videokonferenz Anfang Juli die bisherigen Ergebnisse des Klimarats noch einmal im Detail vorstellen lassen und dazu austauschen.

Wie das weitere Verfahren bezüglich des Bürgerbegehrens Klimawende Köln verlaufen wird, ist auch noch offen. Daraus könnten Konsequenzen für den Solarausbau folgen.

Was die Freiflächen angeht, wird es wohl auch noch Beratungen im Naturschutzbeirat geben, der ein Positionspapier erarbeiten will.

Alle diese Punkte sollten wir abwarten und noch einmal in Ruhe beraten. Wir möchten uns die einzelnen Vorschläge der SPD gerne im Detail anschauen. Den Antrag würden wir daher nach der heutigen Debatte gerne zur Beratung in die Fachausschüsse Umwelt, Bauen und Liegenschaften verweisen lassen und später auch noch einmal offiziell darum bitten.

Als Vorsitzende des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün werde ich mich dafür einsetzen, dass dort ausreichend Raum für fachlichen Austausch zur Verfügung stehen wird. In einem sind wir uns doch alle einig: Wir brauchen eine Solaroffensive so schnell wie möglich. Diese sollten wir aber fachlich ausreichend beraten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Aengenvoort hat jetzt das Wort. - Nein, sie verzichtet. Frau Niknamtavin.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! DIE LINKE verweist seit Jahren auf Maßnahmen aus dem Paket KlimaAktiv 2022, wie Sie gleich bei TOP 3.1.17 wieder hören werden. Daher freuen wir uns sehr, die Stadt gemeinsam auf den richtigen Weg in eine gute und breit akzeptierte Solaroffensive zu bringen.

Wir waren in der Fraktion und in unserem Arbeitskreis Umwelt trotzdem über den Vorgang des Antrags ein bisschen verwundert. Unser Mitarbeiter musste für eine gemeinsame Anfrage zum Thema Solaroffensive leider der SPD mühsam

hinterhertelefonieren, und jetzt reicht die SPD einen Einzelantrag ein.

Wir werden dem Verweisungsbeschluss allerdings trotzdem zustimmen und würden uns sehr freuen, wenn Sie nächstes Mal Teil eines solchen Bündnisses wie der Solaroffensive würden und dort gemeinsam mit uns und anderen Ihre Ideen einbrächten, damit wir nächstes Mal zusammen einen Antrag stellen könnten, der konsens- und zustimmungsfähig wäre. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fasse mich angesichts des fortgeschrittenen Tages kurz.

Seit einem Dreivierteljahr versuche ich, auf unserem Kölner Dach eine PV-Anlage zu errichten. Ich stolpere, komme mit dem Finanzamt nicht klar und habe mit dem Brandschutz Probleme.

Deshalb sehe ich, dass das alles ein bisschen komplexer ist und es nicht ausreicht, einfach „Lasst uns mal machen“ oder „Macht mal“ zu sagen. Daher freue ich mich, wenn wir so etwas in den Fachausschüssen diskutieren und überlegen, wie wir in Köln wirklich vorwärtskommen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE]: Doch!)

- Doch. Es tut mir leid. Bitte, Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Ich überlege mir, glaube ich, einmal etwas für da hinten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das wäre gut. Auffälligere Kleidung würde helfen.

(Heiterkeit)

Hier ist es dunkel. Dunkel auf dunkel ist sehr schwierig zu erkennen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Okay. Ich schaue einmal, was ich im Kleiderschrank finden kann - oder vielleicht einen Hut, irgendeinen Karnevalshut, etwas Großes mit Blinklicht obendrauf.

(Heiterkeit)

Bitte verstehen Sie das, was ich gleich sage, nicht miss. Ich finde den Antrag super. Ich finde es auch total wichtig, dass wir da wirklich konsequent und entschlossen voranschreiten. Ich stimme den Vorredner*innen in dieser Sache also absolut zu.

Allerdings hätte ich mir tatsächlich gewünscht, wie das auch schon gesagt wurde, dass sich gerade in dieser absolut zentralen, wichtigen Sache - an der übrigens nicht nur die Fraktionen alle ein Interesse haben, sondern auch die Gruppen; das möchte ich noch ergänzen - alle zusammen an einen Tisch setzen. Denn diese Sache ist für unser Empfinden einfach zu wichtig, um hier ein Kräftemessen zu veranstalten.

In der Tat brauchen wir ganz dringend die Klimawende und damit auch die Energiewende als einen zentralen, großen Baustein. Wir brauchen die Solaroffensive, und wir brauchen die bestmögliche, schnellstmögliche Ausnutzung der PV-Potenziale in unserer Stadt.

Das Ganze ist ein sehr komplexes Thema. Wir brauchen alle Flächen, die uns in irgendeiner Form zur Verfügung stehen - städtische Dächer, Dächer von Eigentümer*innen und Dächer von Eigentümergemeinschaften. Das ist gar nicht so leicht. Es ist auf jeden Fall ein Kernpunkt - da kann sicherlich noch Arbeit hineingesteckt werden -, wie man Eigentümergemeinschaften dazu bringt, das gemeinsam zu beschließen.

Wir brauchen Mieterstrommodelle. Wir brauchen Balkonmodule. Das alles gibt es auch schon. Wir brauchen vor allem die Informationen darüber.

Wir brauchen aber auch die Industrieflächen usw.

Außerdem brauchen wir transparente, umfassende Informationen für alle Akteur*innen in diesem Sektor und - das wurde gerade auch schon gesagt - die proaktive Ansprache der Menschen.

Wir brauchen Fördermittel, und zwar zum einen stadteigene Fördermittel, die wir den Menschen auch transparent und ganz proaktiv kommunizieren, damit die Menschen darüber Bescheid wissen und diese auch abrufen.

Zum anderen brauchen wir aber auch für die Stadt in dieser Sache ganz massiv Fördermittel von Land, Bund und EU. Ich weiß, dass ich mich wiederhole. Aber da gibt es wirklich ziemlich viele Fördertöpfe. Andere sind da auch schon viel weiter als wir und haben bereits viel mehr abgerufen. Da ist also ganz viel möglich.

Zudem müssen wir natürlich auch an die Hersteller der Module, der Wechselrichter usw. denken. Die Bundesregierung hat es in den letzten Jahren sehr erfolgreich geschafft, den Erneuerbare-Energien-Sektor eher klein zu halten.

Solarteur*innen, die bereit waren, diesen Beruf auszuüben, sind dann sogar wieder aus ihrem Beruf ausgestiegen, haben umgeschult und machen jetzt etwas anderes.

Wenn es um die Solaroffensive geht, ist daher tatsächlich eines der größten Probleme, dass wir einen massiven Personalkräftemangel haben. Das heißt: Wir brauchen Solarteur*innen. Wir brauchen Elektriker*innen. Wir brauchen Dachdecker*innen. Vor allem brauchen wir eine massive Ausbildungsoffensive. Es wird geschätzt, dass ungefähr fünfmal so viele Menschen als Solarteur*innen oder in ähnlichen Berufen arbeiten müssen wie bisher, die wir händeringend suchen müssen und ganz dringend brauchen, wenn wir das auch nur ansatzweise schaffen wollen. Auch da haben wir unserer Meinung nach die Aufgabe, uns mit den entsprechenden Akteur*innen zusammenzusetzen und eine Ausbildungsoffensive zu starten.

Vor allem brauchen wir ein koordiniertes und gemeinsames Vorgehen aller Akteur*innen, also auch der Verwaltung und der Politik. Ich freue mich sehr darüber - ich sagte es bereits; das wurde jetzt auch schon mehrfach gesagt -, dass wir uns auch alle einig zu sein scheinen, dass dies ein ganz wichtiges, großes Thema ist, und dass wir uns da alle gemeinsam an einen Tisch setzen wollen.

Inzwischen ist wahrscheinlich auch zu allen durchgedrungen, dass es diesen gemeinsamen Tisch schon gibt. Die Solaroffensive Köln existiert ja mittlerweile als Plattform für Koordinierung, für Austausch und für gemeinsames Pläneschmieden. Zumindest alle demokratischen Fraktionen und Gruppen sind dort bereits vertreten.

Ich kann euch nur herzlich dazu einladen, dass wir diese Plattform jetzt über den Sommer gut nutzen und dann hoffentlich in der nächsten Ratssitzung - so, wie ich das hier gerade sehe, wird es frühestens in der nächsten Ratssitzung sein - einen guten Beschluss fassen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage wieder nach Wortmeldungen. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Keine Sorge; keine zweite Rederunde. Ich wollte nur Frau Abé gezielt ansprechen, weil sie mich auch angesprochen hat.

Wir glauben zwar, dass das, was wir hier aufgeschrieben haben, relativ einfach ist, sodass wir es heute beschließen könnten. Aber natürlich sind wir trotzdem dazu bereit, in den Fachgremien noch einmal intensiver darüber zu beraten.

Lassen Sie uns aber doch zumindest heute hier als Commitment miteinander vereinbaren, dass wir noch in diesem Jahr einen Beschluss zu dieser wichtigen Frage fassen. Denn wir haben eben alle gesagt: Es ist dringend und höchste Zeit, diese Hemmnisse, die bestehen, aufzuheben.

Deswegen ist mein Wunsch, dass wir uns zumindest hier gemeinsam committen, in diesem Jahr als Politik, als Rat der Stadt Köln noch eine solche Solaroffensive zu starten. Das wäre zumindest ein kleines Signal auch an die Menschen draußen, dass wir das ernst nehmen und es nicht einfach nur in Arbeitskreise vertagen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erstens gibt es einen Geschäftsordnungsantrag, es nicht einfach nur in einen Arbeitskreis zu vertagen, sondern in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün.

Zweitens kann man das sicherlich als Protokollnotiz festhalten.

(Christian Joisten [SPD]: Dafür wäre ich dankbar!)

- Gut.

Ich lasse darüber abstimmen. Der Verweisungsantrag ist im Redebeitrag von Frau Abé gestellt worden. - Frau Abé.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Der Antrag sollte nicht nur in den Umweltausschuss, sondern auch noch in den Bauausschuss und in den Liegenschaftsausschuss verwiesen werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Danke für die Ergänzung.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann machen wir das so und nehmen auch die Protokollnotiz auf.

Beschluss:

Der Antrag wird in die Fachausschüsse Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün, Bauausschuss und Liegenschaftsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Verweisungsantrag von RM Abé

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.15 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Sozial gerechte Liegenschaftspolitik“

AN/1379/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1495/2021

Ich gebe zunächst Herrn Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Ich freue mich, dass ich Ihnen hier in gebotener Kürze unseren Antrag zur sozial gerechten Liegenschaftspolitik vorstellen darf.

Wir haben uns mit diesem Antrag relativ viel Mühe gemacht und mit dem Einzelmandatsträger, den Gruppen und den Fraktionen, auch mit der SPD, intensiv darüber diskutiert. Es ist dann in zwei Anträgen gemündet. Das ist nicht weiter tragisch. Aber es war ein interessanter Diskussionsprozess. Wir wünschen uns, dass wir diesen Diskussionsprozess jetzt auch hier mit Ihnen als, ich nenne es einmal, Regierungsbündnis in einer konstruktiven Art und Weise führen können.

Meine Damen und Herren, wenn wir eine sozial gerechte Liegenschaftspolitik erreichen wollen, dann brauchen wir eine Wende in der Liegenschaftspolitik. Wir können das nicht weiter so machen, wie wir es in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben eine große Konkurrenz um die Flächen. Wir sind - das brauche ich hier niemandem zu erzählen - eine Wachstumsregion. Es wird um jeden Quadratmeter für Wohnen, für Bildungseinrichtungen, für Grünflächen und für Gewerbe und Arbeitsplätze gekämpft.

Deswegen ist es nicht nachvollziehbar, meine Damen und Herren, dass die Stadt und ihre Töchter dieses hohe Gut nach wie vor verkaufen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen dazu übergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Gelände, die wir einem Investor - zu welchem Zweck auch immer - zur Verfügung stellen, dann aber, bitte schön, nicht per Verkauf, sondern in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen auch darüber diskutieren, nach welchen Kriterien wir Land in Erbpacht vergeben. Dabei muss natürlich der- oder diejenige den Vorzug bekommen, der oder die der Allgemeinheit am meisten mit seinem oder ihrem Projekt dient. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

In dieser Richtung muss auch darüber diskutiert werden, wie hoch der Erbpachtzins ist. Wenn

jemand etwas realisiert, bei dem er sich sehr stark dem Gemeinwohl verpflichtet und dementsprechend eine geringe Renditeerwartung hat, muss auch der Zinssatz sehr niedrig sein. Wenn jemand eine Immobilie oder einen Industriebetrieb entwickelt, bei der oder dem er eine sehr hohe Rendite erwartet, muss natürlich auch der Zinssatz dementsprechend höher sein, meine Damen und Herren.

Der eine oder andere wird wissen, dass wir in dieser Stadt durchaus schon sehr erfolgreiche Projekte im Rahmen der Erbpacht umgesetzt haben. Hier nenne ich den Kalscheurer Weg. Ich will kurz erklären, was das ist. Dort ist es uns gelungen, in Erbpacht mit der Initiative vor Ort ein integratives Wohnprojekt auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Sie verpflichten sich auch, dauerhaft - mindestens für 50 Jahre - preisgebundenen Wohnraum anzubieten.

Meine Damen und Herren, dahin müssen wir kommen. Das müssen wir sehr viel öfter machen. Denn wir haben mit der Erbpacht natürlich ganz andere Möglichkeiten. Nicht alle, aber viele von Ihnen werden sich mit der Frage auseinandergesetzt haben, wie lange eine Mietwohnung im städtebaulichen Vertrag als preiswert festgeschrieben werden darf. Da haben uns die Gerichte gelehrt: Das wird schwierig, wenn du das Land verkauft hast. Wenn du es in der Erbpacht hältst, kannst du es für die ganze Erbpachtzeit als billige oder als preiswerte Wohnung festschreiben - also für bis zu 99 Jahre.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns bitte zu der Erbpacht als Regel übergehen. Die katholische Kirche macht das seit vielen Hundert Jahren mit sehr großem Erfolg.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Dass sie momentan in der Kritik steht, ist ja gar keine Frage. Natürlich ist das ein Problem. Aber man kann trotzdem von jemandem, der etwas gut macht, auch etwas lernen. Das ist meine Meinung.

Liebe SPD, der von euch gestellte Antrag ist ja nicht schlecht. Aber ihr macht doch einen Riesenfehler, wenn ihr die städtischen Unternehmen da nicht mit hineinnehmt. An der Stelle müsst ihr noch einmal zu Ende denken. Wenn nur die Stadt selbst Erbpacht macht und die städtischen Unternehmen weiterhin verkaufen dürfen, wird doch die moderne stadt künftig genau das tun. Dann werdet ihr eure Brachflächen der modernen stadt geben, und die moderne stadt wird sie verkaufen. Das geht doch nicht. Deshalb müsst ihr die städtischen Unternehmen mit hineinnehmen - ganz im Sinne von Hans-Jochen Vogel.

Das sollte euch hier noch einmal eine Unterstützung sein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, obwohl ich ein bisschen überzogen habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort. - Frau Pakulat, Sie haben jetzt das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Ich war der Meinung, dass erst die SPD ihren Antrag vorstellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die SPD ist Stellerin des Änderungsantrags. Deswegen ist sie noch nicht an der Reihe.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Gut. - Ich würde gerne beide Anträge in den Liegenschaftsausschuss verweisen, weil das der zuständige Fachausschuss ist. Weil diese Anträge sehr viele verschiedene Themen behandeln und zum Teil auch sehr detailliert sind, gehören sie in den Fachausschuss, damit wir uns dort auch fachlich damit auseinandersetzen können.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das tun wir doch schon seit drei Jahren!)

Ich möchte aber auch noch etwas zu Protokoll geben. Diese Anträge sind nämlich auch eine Folge davon, dass wir jetzt schon seit zwei Jahren auf die Vorlage zum Erbbaurecht warten. Wir haben vor einem Jahr eine Mitteilung dazu bekommen und haben dann gedacht: Jetzt geht es aber schnell; nach den Ferien haben wir dann die Beschlussvorlage. - Sie ist bis heute nicht eingetroffen. Die Folge sind dann natürlich auch solche Anträge.

Deshalb ist meine eindringliche Bitte an die Verwaltung, uns diese Vorlage schnellstmöglich vorzulegen und nicht erst bis Ende des Jahres. - Vielen Dank.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann hat unser Antrag ja etwas geholfen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat, darf ich davon ausgehen, dass sich der von Ihnen gestellte Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung nach der Debatte hier bezieht? Oder soll sofort verwiesen werden? Soll ich sofort darüber abstimmen lassen?

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Nach der Debatte!)

- Nach der Debatte hier. Gut. - Dann würde ich aber gerne zur Objektivierung Frau Blome fragen, wo die Vorlage bleibt, wenn sie denn noch nicht da ist.

(Mike Homann [SPD]: Wir können jetzt zum Änderungsantrag sprechen!)

- Aber dann können Sie ja gleich dazu Stellung nehmen. Dann haben Sie doch einen objektiven Tatbestand, hoffe ich. - Frau Blome.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ruf nach der Vorlage ist angekommen. Es ist auch nicht so, dass an der Vorlage nicht gearbeitet worden wäre. Sie wissen ja im Zusammenhang mit dem Entwurfsstand, den Sie oder jedenfalls die seinerzeitigen Fachpolitiker auch schon gewürdigt haben, dass noch vieles zu tun war. Wir hatten mit dem Wohnungsbauforum eine große Runde und müssen noch einmal eine Runde mit dem Wohnungsbauforum machen. Es haben auf der Etappe etliche Abstimmungsgespräche mit der köln ag stattgefunden. Es hat auch noch verwaltungsintern dezernatsübergreifende Workshops gegeben.

Ich persönlich bedaure, dass ich dies in meiner aktiven Zeit als Liegenschaftsdezernentin tatsächlich nicht mehr geschafft habe. Das ist natürlich wahr. Aber ich gehe davon aus, dass es nach der Sommerpause dann zügig vorgelegt werden kann, weil der Vorgang sehr weit fortgeschritten ist. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön, Frau Blome. - Jetzt hat Herr Pütz das Wort.

Pascal Pütz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Redebeiträgen hat sich meine Rede aus meiner Sicht tatsächlich schon zum Teil erledigt. Nichtsdestotrotz möchte ich trotzdem noch einmal auf unseren Änderungsantrag eingehen.

Köln ist eine wachsende Stadt, deren Flächen begrenzt und ein äußerst knappes Gut sind. Folglich muss Flächenpolitik dem Ziel einer nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung dienen. Dies ist nur möglich, wenn Köln den strategischen Ankauf von Flächen aktiv gestaltet und vor allem intensiviert.

Neben einer aktiven Ankaufspolitik dürfen die wertvollen Flächen der Stadt eben nicht meistbietend und planlos veräußert werden. Vielmehr benötigen wir einen sensiblen Umgang bei der Veräußerung, welche vorrangig im Wege von Erbbaurecht, Verpachtung und Vermietung erfolgen muss. Nur so erhalten wir unserer Stadt die Möglichkeit, die Nutzung unserer Flächen politisch zu steuern und das öffentliche Eigentum dauerhaft im Sinne künftiger Generationen zu erhalten.

Dazu soll die Verwaltung bitte bis zum Jahresende diesem Gremium eine Beschlussvorlage vorlegen, welche regelt, dass städtische Grundstücke besonders für den Wohnungsbau vorrangig unter Nutzung des Erbbaurechts vergeben werden. Das Hauptziel muss hierbei die Schaffung von Wohnraum in unserer Stadt sein. Denn dieser ist - das ist uns allen hier bekannt - nicht ausreichend vorhanden.

Sofern bei einer Veräußerung andere Zwecke als Wohnungsbau beabsichtigt werden, soll die Verwaltung ein Konzept vorlegen, welches regelt, wie trotzdem politische Steuerungsmöglichkeiten erhalten bleiben. Veräußerungen dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen und anhand eines verbindlichen Kriterienkatalogs erfolgen.

Meine Damen und Herren, wir können es uns nicht erlauben, städtische Flächen weiterhin so zahlreich aus der Hand zu geben und somit politische Steuerungsmöglichkeiten für nachhaltige und soziale Stadtentwicklung zu verlieren.

Den Ursprungsantrag begrüßen wir von seiner Zielrichtung her. Allerdings - lieber Michael, wir haben schon intensiv darüber diskutiert - schießt er aus der Sicht der SPD-Fraktion in einigen Punkten tatsächlich über das Ziel hinaus. Du hast eben das Stichwort „städtische Tochterunternehmen“ genannt. Da sind wir tatsächlich im Moment noch anderer, unterschiedlicher Meinung. Ich finde es auch gar nicht schlimm, dass wir - -

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Ich habe ja die Hoffnung, dass die Meinung sich vielleicht bei euch ändert und wir dann zusammenkommen.

Nichtsdestotrotz sind wir da ja auf einem guten Weg, glaube ich. In diesem Sinne möchte ich den Rat der Stadt Köln bitten, unserem Änderungsantrag zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die FDP spricht jetzt für Erbbaurecht!)

Volker Görzel (FDP): Der Herr Kollege Detjen kann es ja kaum erwarten, und ich weiß auch, warum. - Ich bin in den 70er-Jahren groß geworden; antiautoritäre Erziehung. In meinem Kindergarten - das war damals so eine freie Geschichte; heute würde man sagen: Kita - mussten wir immer ein bestimmtes Lied singen. Als ich den Antrag gelesen habe, ist mir eine Strophe aus diesem Lied eingefallen. Sie lautet:

Wäre das nicht fabelhaft?
Mein und Dein wird abgeschafft!

(Vereinzelt Beifall)

- Ich merke schon, liebe Freunde von den LINKEN und von den KLIMA FREUNDEN: Das ist Ihr Credo, Mein und Dein abzuschaffen. - Das ist auch Ihr gutes Recht. Wir leben ja in einem freien Land.

Gleichwohl kann mich als Freien Demokraten ein solcher Antrag - er ist auch ernst gemeint; er ist auch sehr gut begründet - nicht ruhig lassen. Der Antrag atmet einen gewissen Geist nicht nur der 70er-Jahre, sondern auch der Sozialisierung und des Gemeinwohls: Gemeinsam ist immer besser; Staat vor Privat.

Haben Sie bitte Verständnis. Ich habe vorhin meine erste Impfung bekommen und kriege jetzt so ein Kribbeln auf der Haut. Aber bei diesem Antrag kriege ich wahrscheinlich sogar ein bisschen Schüttelfrost. Denn dieser Antrag zielt in den Kern unserer Gesellschaftsordnung und in den Kern unserer Wirtschaftsordnung.

Wer von Ihnen hat denn privates Eigentum? Das werden gar nicht so wenige sein. Sie können die Hände alle unten lassen.

Warum haben wir privates Eigentum? Weil zu Recht das Lehnswesen des Mittelalters, Herr Weisenstein, von der katholischen Kirche abgeschafft wurde. Dass Sie es sind, die hier das Lehnswesen des Feudalismus propagieren, verursacht bei mir auch noch einen Kälteschauer.

(Beifall bei der FDP)

Aber im Ernst: Wir reden doch auch von Demografie. Wir reden davon, dass unsere Generation bzw. die nach uns folgende Generation später einmal von irgendetwas leben muss. Eigentum ist Versorgung. Eigentum ist Rente. Eigentum ist Altersversorgung.

Das schaffen Sie mit einem Erbbaurecht doch gar nicht. Nach 99 Jahren ist Schluss. Heimfall! Da kann nichts vererbt werden. Dann muss man wieder bei null anfangen. Sie wollen also den Kern unserer privaten Altersvorsorge angreifen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Akzeptieren Sie einen Zwischenruf von Herrn Weisenstein? Er hat eine Zwischenfrage.

Volker Görzel (FDP): Herr Weisenstein ruft nie dazwischen. Er macht immer kluge Anmerkungen. - Bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Kollege, Sie haben ja jetzt ein Loblied auf das Privateigentum gesungen.

(Volker Görzel [FDP]: Zu Recht, Herr Kollege! Zu Recht!)

- Das ist Ihr gutes Recht. - Jetzt kommt meine Frage: Ist Ihnen denn bekannt, dass Sie Ihr hochgelobtes Einfamilienhaus auch gerne auf einem Erbpachtgrundstück bauen können und es Ihnen sehr wohl gehört? Nach 99 Jahren geht dann halt wieder die Verhandlung los, ob der Grund und Boden weiterhin von der Kommune gehalten wird. Ist Ihnen also bekannt, dass man auch privates Eigentum auf öffentlichem Grund bauen kann?

Volker Görzel (FDP): Ich war zwar im Grundstücksrecht und im Sachenrecht immer sehr schlecht. Aber ich erinnere mich noch an Vorlesungen - ich habe ja vor vielen Jahren einmal Jura studiert -, in denen genau diese Fragen diskutiert wurden. Deswegen habe ich auch den Fachbegriff des Heimfalls hier einfließen lassen, um eine gewisse Kompetenz auf diesem Gebiet deutlich zu machen, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP)

Sie legen also die Axt an das Eigentum, an einen der zentralen Begriffe unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, an. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich dem nicht zustimmen kann.

Das kann ich erst recht nicht, wenn ich mir auch noch diese ganzen bürokratischen Dinge durchlese, die Sie da fordern: Kataster, Grundbesitz, Durchführung von regelmäßigen Erhebungen. - Ich sehe ja quasi die Kollegin Blome schon zittern - oder wer in Zukunft dafür zuständig ist. Niklas, du wahrscheinlich; ich weiß es nicht. Glückwunsch von meiner Seite!

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, nein, nein! Der Kollege da hinten!)

- Oder auch der Liegenschaftsdezernent. Ich sehe ihn doch schon zittern. Er wird ja immer kleiner, wenn er darüber nachdenkt, wie viele Stellen er zusetzen muss, nur um hier den Sozialismus in unserer Stadt nach vorne zu bringen.

Liebe Freundinnen und Freunde, tut ihm einen Gefallen. Er hat mit Klima genug zu tun. So einen Quatsch brauchen wir nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Danke, Herr Görzel. Das muss ich gerade noch einmal verdauen.

In der städtischen Liegenschaftspolitik muss die soziale Gerechtigkeit mitgedacht werden und sich am Gemeinwohl orientieren. Daher befürworten wir die im Antrag festgeschriebene grundsätzliche Vergabe im Erbbaurecht sowie den umfassenden Katalog zu den Kriterien der Gemeinwohlorientierung.

(Beifall bei Volt und der LINKEN)

Auch die besondere soziale Ausgestaltung und Berücksichtigung von Klimaschutz in der Liegenschaftspolitik sind von enormer Bedeutung. Insofern unterstützen wir die inhaltliche Ausgestaltung dieses Antrags.

Allerdings würden wir uns für die Umsetzung einen intensiveren Dialog mit der Verwaltung wünschen - jetzt haben wir auch eine neue Person da -, damit diese Umsetzung auch tatsächlich möglich wird und es nicht nur bei einem Beschluss bleibt.

Daher befürworten wir, dass wir diesen fachspezifischen Antrag noch einmal im zuständigen Liegenschaftsausschuss intensiv und breit diskutieren.

Auf jeden Fall geht aber auch unser Dank an die Fraktionen und Ratsgruppen, die an diesem Antrag mitgewirkt haben.

(Beifall bei Volt und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau Sommer.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Verfahren: Wer im Liegenschaftsausschuss ist, weiß, dass ein Fachgespräch nach der Sommerpause avisiert ist, und weiß auch, warum es bis jetzt nicht stattgefunden hat: weil die Liegenschaftsverwaltung dies sehr gerne Face to Face und nicht über Zoom machen möchte.

Weil dieses Thema ganz bedeutend und wichtig ist, haben wir dann auch gesagt: Wir machen das so. - Aus diesem Grund haben wir es auch nicht vorher mit aller Deutlichkeit eingefordert, sondern haben gesagt: Wir warten ab, bis wir uns sehen können.

Herr Weisenstein, Sie haben völlig recht; Wohnungsbaugrundstücke werden in Erbpacht vergeben. Der Kalscheurer Weg ist doch das beste Beispiel. Er ist nicht nur ein Beispiel, sondern eines der letzten großen Projekte, die wir auch in dieser

Hinsicht beschlossen haben. Daher verstehe ich den Einwand mit der Formulierung, als ob das nicht geschehen würde, auch nicht ganz. Es wird gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Sommer. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Verweisungsantrag in den Liegenschaftsausschuss abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Entscheidung in den Liegenschaftsausschuss als federführenden Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.16 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Karl Küpper Preis 2021 - Resolution des Kölner Stadtrates“

AN/0932/2021

Ich gebe Herrn Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden wir die Rede zu Protokoll geben. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Ich gebe meine Rede nicht zu Protokoll, weil ich es schon wichtig finde, auf diese AfD-Anträge von heute zu antworten.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass hier im Rat seit vielen Jahren alle demokratischen Fraktionen und Gruppen zusammenstehen - zusammenstehen gegen menschenverachtende Anträge und Äußerungen wie die der AfD, die wir heute auch hören mussten.

Diese Anträge - jetzt liegt uns der letzte AfD-Antrag für heute vor - machen deutlich: Die AfD setzt wieder bei ihren Kernthemen an und bedient sich ihrer alten menschenverachtenden Muster. Im Versuch, sich in Köln ins Gespräch zu bringen, bindet die AfD für heute einen unerquicklichen und unerträglichen Themenstrauß zusammen, angefangen vom Verbleib von 86 entwichenen minderjährigen Flüchtlingskindern über RADar und die Abschaffung der Gendersprache bis zum Karl-Küpper-Preis - so, als könne es die AfD nicht lassen. Bestimmte Themen reizen sie immer wieder, auch wenn es auf die AfD glücklicherweise nach wie vor wenig Resonanz gibt.

Zum Antrag selbst lassen Sie mich Folgendes vorwegschicken: Die Initiatoren des Karl-Küpper-Preises, die Freunde und Förderer des Kölnischen Brauchtums und das Festkomitee Kölner Karneval, würdigen mit diesem Preis den Karnevalisten Karl Küpper, der sich im Dritten Reich offen gegen die Nationalsozialisten positionierte. Die Auswahl der Preisträger übernimmt eine fünfköpfige Jury, der neben der Oberbürgermeisterin der Präsident des Festkomitees Kölner Karneval, der Vorsitzende der Freunde und Förderer des Kölnischen Brauchtums, der Direktor des NS-Dokumentationszentrums sowie ein Vertreter der Familie Karl Küppers angehören. Ziel ist es, Engagement für Demokratie und Toleranz auszuzeichnen.

Ehrlich gesagt, sehe ich hier keinerlei Zuständigkeit des Rates, keinerlei Notwendigkeit, dass der Rat der Jury Tipps gibt, und noch weniger Notwendigkeit, dass die AfD versucht, diesen Preis für sich zu vereinnahmen.

(Lebhafter Beifall)

Dieses Vereinnahmen haben diejenigen, die in der letzten Wahlperiode hier saßen, noch im Kopf. Die AfD hat das ja bereits einmal versucht.

Ich vermute, dass dieser Antrag, der uns vorliegt, die Antwort der AfD auf die Auswahl der Preisträgerin von 2020 ist. Denn Carola Rackete wurde für ihr besonderes Engagement in der Flüchtlingshilfe als Kapitänin der *Sea-Watch* ausgezeichnet. Das kann der AfD nicht gefallen haben. Vermutlich wollen Sie mit Ihrem Antrag eine weitere solche

Preisverleihung verhindern - mit durchschaubaren Argumenten.

Wenn man sich genau anschaut, wen Sie mit welchen Argumenten vorschlagen, dann ist festzustellen: Empathiefrei nutzen Sie von der AfD diesen Antrag vor allem auch, um Ihrer Islamophobie zu frönen. Sie missbrauchen in Ihrem Antrag Sprache, Zitate und Begriffe, gepaart mit Heuchelei und billigem Populismus. Und wenn man es zusammenfassen möchte, dann sind Ihre Aussagen rassistischer gemeint, als sie formuliert sind. Auch deshalb ist dieser Antrag wie viele weitere abzulehnen.

Ich komme zu meinen ersten Sätzen zurück. 2020 haben alle Demokratinnen und Demokraten im Rat der Stadt ihre Resolution von 2014 bekräftigt und damit ihre gemeinsame Grundhaltung klargemacht. Ich zitiere:

> Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Humanität und Solidarität sind Grundwerte in unserer Demokratie, die die Grundlage unseres kommunalen Handelns sind. Dafür gilt es eindeutig Position zu beziehen.

Der Preis steht genau in dieser Tradition. Ich zitiere dazu Christoph Kuckelkorn:

> Auch heute noch braucht es Menschen, die sich öffentlich für den Schutz der Demokratie einsetzen und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form der Diskriminierung stellen. Diese Menschen und ihr Engagement möchten wir mit der Vergabe des Preises würdigen.

Dem ist nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer wünscht zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Jury des Karl Küpper Preises dazu auf, den Karl Küpper Preis 2021 an die Menschenrechtsaktivistin Sabatina James zu verleihen. Sabatina James und ihr Team helfen mit dem Verein Sabatina e. V. insbesondere Frauen, die verfolgt, unterdrückt und zwangsverheiratet werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.17 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Verankerung des Ziels der gesamtstädtischen Klimaneutralität in Köln bis 2035“

AN/1377/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1501/2021

Änderungsantrag der Gruppe GUT

AN/1514/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1503/2021

Ich gebe zunächst Frau Abé das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln muss bis 2035 klimaneutral werden. Mit diesem Ziel sind wir Grüne, sind Sie, Frau Oberbürgermeisterin, und sind viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Wahlkampf angetreten.

Wenn unser Antrag heute beschlossen wird, ist das nicht nur ein politischer Meilenstein, sondern auch ein Erfolg für die Mehrheit in diesem Rat und vor allem für unsere Stadt.

Extremwetterereignisse, heiße Sommer, sterbende Bäume und ein vertrockneter Grüngürtel haben uns in den letzten Jahren in erschreckender Weise vor Augen geführt: Die Klimakrise ist da.

Daher ist es jetzt Zeit, schnell zu handeln. Es ist unsere Pflicht, die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und das 1,5-Grad-Ziel zu erfüllen.

Natürlich müssen dafür von Landes-, Bundes- und Europaebene die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Aber auch wir in der Kommune können und wollen zum Vorbild und Impulsgeber beim kommunalen Klimaschutz werden und beweisen, dass die kommunale Klimaneutralität gelingen kann. Denn die konkrete Umsetzung erfolgt vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Ausrufen des Klimanotstands hat die Stadt Köln bereits vor zwei Jahren die Brisanz der Lage anerkannt. Im daraus resultierenden Klimarat haben sich die für den Klimaschutz notwendigen Akteur*innen zusammengefunden, um gemeinsam für unsere Stadt die gesamtstädtische Klimaneutralität zu erreichen. Erste Zwischenziele wurden erarbeitet.

Wir finden dieses Bündnis richtig und wichtig und erkennen seine Arbeit hoch an. Eine enge Zusammenarbeit und der Austausch mit den Beteiligten liegen uns weiterhin am Herzen.

Aber wenn wir die Klimakrise aufhalten wollen, brauchen wir ambitioniertere Ziele. Unser Ziel lautet daher: klimaneutral bis 2035. Dies muss zur Zielmarke der Stadt Köln werden und von allen städtischen Töchtern und Beteiligungen sowie dem Klimarat berücksichtigt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Dafür müssen die bisherigen Anstrengungen, Strategien und Konzepte fortgeschrieben, gebündelt und ausgebaut werden sowie definierende Berechnungen zur Klimaneutralität erstellt werden.

Wir brauchen einen konkreten sektorenspezifischen und ämterübergreifenden Maßnahmenplan, der mit dem Klimarat und allen Beteiligten mit professioneller Unterstützung durch das bereits beauftragte Konsortium erarbeitet wird.

Dieser Fahrplan muss der Politik möglichst zügig vorgelegt werden und einem regelmäßigen Controlling unterzogen werden.

Mögliche Finanzierungslücken für Personal und Umsetzung müssen geprüft und im anstehenden Haushalt beraten werden.

Noch kurz zu den Änderungsanträgen, und zwar zunächst zum Antrag der LINKEN: In Anbetracht der Herausforderungen der Wärmewende halten wir 2035 für realistisch. Geht es schneller, ist es gut. Dem Änderungsantrag können wir daher aber nicht zustimmen.

Dass die bisherigen Konzepte mit einbezogen werden und bereits avisierte Maßnahmen umgesetzt werden, ist selbstverständlich. Mit dem Bürgerbegehren der Klimawende sollten wir uns dann beschäftigen, wenn es auch so weit ist.

Der Änderungsantrag der SPD geht uns nicht weit genug und ist in Teilen bereits in Planung.

Den Antrag von GUT übernehmen wir gerne.

Statt uns über Details zu streiten, müssen wir nun gemeinsam Hand in Hand voranschreiten, um unser notwendiges und ambitioniertes Ziel zu erreichen. Es liegt auch in unserer Verantwortung, die Klimakrise zu stoppen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hallo in den Livestream! Wir stecken uns das Ziel, für die Stadt und die städtischen Beteiligungsunternehmen die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen. Ich will daher vier Aspekte herausgreifen, die mir wichtig sind.

Erstens: der Maßnahmenplan. Die Klimaneutralität 2035 ist ein ehrgeiziges Ziel, das nichts wert wäre, wenn wir nicht auch aufzeigen würden, dass es realistisch ist und erreicht werden kann. Deswegen ist dieser Maßnahmenplan so wichtig, weil dort konkret dargestellt wird, wie wir das Ziel erreichen, welche Schritte wir gehen müssen und welche Belastungen damit verbunden sind. Es wird transparent werden, welche Zielkonflikte wir zu lösen haben. Wir werden aber einen großen Schritt weiter sein, wenn wir den Maßnahmenplan vereinbart haben, die Indikatoren zur Überprüfung der Umsetzung festgelegt haben und dann in die Abarbeitung kommen.

Der zweite Punkt ist die Kostenbetrachtung, die mir sehr wichtig ist; denn zu der Erreichung des Ziels gehört eben auch, zu sagen: Was kostet es, und in welchen Szenarien kostet es was? - In Klimaschutz investiertes Geld ist meiner Meinung nach gut investiertes Geld. Alternativ wäre es so,

dass wir mehr in die Klimafolgenanpassung investieren müssten. Deswegen ist es sinnvoll, dass wir zunächst in den Klimaschutz investieren und das Ziel der Klimaneutralität unterstützen. Das sage ich vor allen Dingen auch im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen; denn da brauchen wir ein entsprechendes Budget, um die entsprechenden Maßnahmen tatsächlich umsetzen zu können.

Das Dritte ist, dass in diesem ambitionierten Ziel meiner Meinung nach auch eine große Chance steckt - natürlich für den Klimaschutz, aber eben auch in der Hinsicht, dass diese Herausforderung auch Innovationen befördert und dass noch einmal Technologien neu entwickelt werden, wovon wir als Stadt profitieren können. Ich nehme wahr, dass unsere Wirtschaftsförderung da aktiv ist, Unternehmen anspricht und in den Dialog geht, um dafür zu sorgen, dass wir als Stadt Köln auch davon profitieren können.

Als Viertes ist mir wichtig, zu sagen, dass wir viele Akteure benötigen und ansprechen müssen, um dieses Ziel erreichen zu können. An erster Stelle möchte ich hier den Klimarat ansprechen. Im Klimarat sind viele wichtige handelnde Personen und Unternehmen, Verbände und Vereine vereint, die sich auch schon Ziele gesetzt haben. Diese Ziele weichen zwar von dem heute von uns benannten Ziel 2035 ab. Aber für diejenigen, die diese Ziele ausgehandelt haben, sind es auch ambitionierte Ziele. Das möchten wir auf jeden Fall schätzen und würdigen.

Uns geht es darum, mit dem vorliegenden Antrag zu zeigen, dass wir von städtischer Seite den erforderlichen Beitrag leisten wollen, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Wir brauchen diese vielen Akteure, die sich anschließen.

Insgesamt ist es eine große Herausforderung, die städtische Klimaneutralität 2035 zu erreichen. Das ist kein Projekt mit schnellen Erfolgen, sondern erfordert Durchhaltevermögen. Dieses Durchhaltevermögen bringt meine Fraktion mit.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause! Auch wenn wir uns hier an einem für Köln typischen Sommertag zusammenfinden, ist der Klimawandel auch in Köln angekommen. Wir spüren ihn an der Häufigkeit und zunehmenden Intensität extremer Wetterereignisse.

Bis 1980 gab es in Köln durchschnittlich 36 Tage im Jahr, an denen es wärmer als 30 Grad war. Inzwischen sind das 47 Tage. Die Anzahl der Tropennächte, in denen es nachts immer noch wärmer als 20 Grad ist, hat ebenfalls stark zugenommen. Im vergangenen August war jede zweite Nacht in der Kölner Innenstadt eine Tropennacht.

Ich spreche hier über Köln, damit es für uns alle greifbarer und anpackbarer wird. Aber die viel schlimmeren Auswirkungen spüren jetzt schon Länder um den Äquator, die deutlich weniger zu dieser aktuellen Krise beigetragen haben und aktuell auch deutlich weniger tun können, um sich in dieser Krise zu helfen.

Es wird aktuell viel diskutiert, wie wir der jungen Generation für ihr Verantwortungsbewusstsein während der Corona-Pandemie danken können und wie wir ihr für ihr solidarisches Handeln etwas zurückgeben können.

Entscheidungsträger*innen wie wir können Generationengerechtigkeit herstellen. Die beste Variante dafür ist effizienter und ambitionierter Klimaschutz. Das bahnbrechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor wenigen Wochen setzt auch für uns hier neue Maßstäbe. Um künftigen Generationen keine radikalen Einschnitte zuzumuten, dürfen wir beim Klimawandel heute nicht tatenlos zusehen. Wir müssen ihn jetzt effizient und vorausschauend bekämpfen. Denn die Schritte, die wir heute nicht gehen, werden in die Grundrechte zukünftiger Generationen eingreifen.

Daher ist es dringend notwendig, dass wir einen konkreten Maßnahmenplan vorlegen, der die einzelnen Schritte auf dem Weg zur Klimaneutralität aufzeigt. Ich freue mich sehr darüber, dass wir heute hier eine breite Mehrheit für das Jahr 2035 als Ziel bekommen werden. Aber das hilft uns alles nichts, wenn wir keinen konkreten Fahrplan bis dahin bekommen, der Zwischenetappen enthält und das Ganze für einzelne Sektoren herunterbricht.

Das Ziel ist also klar. Durch den Plan kann jede Kölnerin und jeder Kölner nachvollziehen, wie wir als Stadtgesellschaft gemeinsam dort hinkommen. Gleichzeitig ermöglicht ein konsequentes

Monitoring durch eine regelmäßige Erhebung der Immissionsdaten dann auch ein Verständnis und ein transparentes Verfolgen dieser Zielerreichung. Beides zusammen macht die Politik in unserer Stadt nicht nur transparent, sondern auch messbar.

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung und den Beteiligungsunternehmen haben wir die Chance, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Ich freue mich insbesondere auch darüber, dass Herr Steinkamp von der RheinEnergie heute hier ist und diese Debatte, in der wir diese großen Schritte beschließen, verfolgen kann.

Das, was bisher in Köln im Kampf gegen den Klimawandel geschehen ist, ist zwar nicht nichts, jedoch aus unserer Sicht nicht ambitioniert genug und auch nicht strukturiert genug. Genau das ändern wir gemeinsam mit diesem Antrag. Wir müssen die Pariser Klimaziele erreichen. Wir müssen ambitioniert sein. Nur so können wir Generationengerechtigkeit schaffen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort.

(Christian Joisten [SPD]: Wieso nicht die SPD?)

- Sie waren nicht angemeldet. Aber dann sprechen Sie als Nächster nach Frau Niknamtavin.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Ich dachte auch, dass die SPD zuerst drankommt. Deswegen war ich ein bisschen verwirrt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt hier Rednerlisten, nach denen ich zumindest zunächst einmal vorgehe. Und wenn man sich nicht anmeldet, dann wird das für mich schwierig.

(Christian Joisten [SPD]: Aber trotzdem kann man fragen!)

- Ja, ich frage demnächst immer. Okay. Das mache ich. Ich frage jedes Mal.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Ich würde gerne zunächst auf die organisatorische Ebene in unserem neuen Punkt 7 eingehen. Dieser ist ein Zeichen des Rates, das Engagement Zigtausend Kölner*innen ernst zu nehmen und eine Abstimmung vorzubereiten, die ihren Namen auch verdient. Zumindest darauf können wir uns, glaube ich, alle einigen.

Jetzt zum inhaltlichen Teil: Sich ambitionierte Ziele zur Bekämpfung des Klimawandels zu setzen, ist kein Überbietungs- oder Unterbietungswettkampf. Denn im Ziel sollten wir uns alle einig sein: Wir alle wollen die Erde als lebenswerten Planeten erhalten.

Aber die Ideen und Maßnahmen zu entwickeln und auch umzusetzen, um diese selbst gesteckten Ziele auch zu erreichen, muss konsequent und schnell geschehen. Je früher wir damit beginnen und je effektiver wir sind, umso weniger drastisch müssen wir eingreifen.

Das Ziel, bis 2035 Köln klimaneutral zu machen, ist besser als ein Ziel, das um viele Jahre weiter nach hinten verlegt wird,

(Beifall bei der LINKEN)

aber schlechter als ein Ziel, das früher angestrebt werden kann.

Jede Tonne Klimagas, die wir dieses Jahr nicht einsparen, muss in Zukunft zusätzlich eingespart werden. Es muss schnell und zupackend gehen, wie wir das auch in der Pandemie gezeigt haben. Meine Freund*innen und andere junge Menschen gingen und gehen jede Woche protestieren - und nicht erst in zehn bis fünfzehn Jahren -, um die wichtige Dringlichkeit gegenüber Menschen wie uns, die hier im Stadtrat sitzen, jedes Mal zu betonen. Es ist unabdingbar, dass wir durch schnelles und konsequentes Handeln zeigen, dass wir diese Bemühungen auch ernst nehmen.

Meine Fraktion hat schon bei der Verabschiedung des sogenannten Umsetzungsprogramm für den Klimaschutz KölnKlimaAktiv 2022 vor mittlerweile zweieinhalb Jahren darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen konkret zu entwickeln und vor allem umzusetzen sind.

Dass wir hier vor zwei Jahren den Klimanotstand beschlossen haben, hat außer neuen Zielen und Planungen aber auch noch keine wirkungsvollen Maßnahmen zur Folge gehabt.

Wenn die Erde auf dem Weg ist, krank zu werden, müssen wir alles tun, damit es nicht so weit

kommt. Dabei werden uns weder Wahlprogramme ohne konsequente Ziele noch Programme voller Ziele und Willensbekundungen ohne konkrete Maßnahmen helfen.

(Beifall bei der LINKEN und den KLIMA FREUNDEN)

Die gesamtstädtische Klimaneutralität in Köln bis 2030 mit konkreten Maßnahmen - beispielsweise der Reduzierung der vom Flughafen Köln/Bonn aus- und am Flughafen eingehenden Flüge um ein Viertel - ist eines unserer Ziele für eine emissionsärmere Welt. Denn alles in allem ist Klimaschutz letztlich eine Investition in die Zukunft. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und den KLIMA FREUNDEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht für die SPD-Fraktion zu sprechen? - Herr Joisten. Bitte sehr.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt vielen Reden zugehört, insbesondere denen des einbringenden Ratsbündnisses, und bin zumindest Herrn Achtelik dankbar, der in seiner Rede auch darauf hingewiesen hat, dass es vor allen Dingen einen Plan braucht - hier wurden eben auch noch einmal Maßnahmen angesprochen -; denn ansonsten ist das, was in diesem Antrag postuliert wird, doch schlichte Augenwischerei.

Wenn wir uns in immer ambitionierteren Zielen überbieten, ohne dass wir eine Idee und konkrete Pläne entwickeln, wie wir diese denn erreichen wollen, ist das alles nur Schall und Rauch und irritiert die Menschen, die am Ende 2035 feststellen werden: Wir sind nicht da, wo wir hin wollen.

Denn realistisch - das zeigen auch alle internationalen Vereinbarungen - ist das Zieljahr 2040. Dieses Jahr hat man ja nicht umsonst gewählt. Es ist an sich schon sehr ambitioniert. Alle früheren Zieldaten - das können Sie in zahlreichen Studien, Untersuchungen und auch Einschätzungen aller derer, die sich mit diesen Vorgängen beschäftigen, nachlesen - sind Utopie.

Zunächst aber zum Begriff der Klimaneutralität: Ist das wirklich so gemeint, liebes Ratsbündnis? In Ihrem Antrag geht es unter dem Punkt 1 darum, dass nicht mehr Treibhausgase emittiert werden, als auf natürliche und künstliche Art und Weise gebunden werden können. Das müsste dann Treibhausgasneutralität sein. Denn Klimaneutralität ist mehr. Dieser Begriff umfasst neben Treibhausgasen auch Änderungen bei der Landnutzung, den Rückgang von Eisflächen und alle anderen Handlungen, die das Klima beeinflussen und dann auch deutlich über den kommunalen Handlungsrahmen hinausgehen.

Insofern gehen wir einmal davon aus - das haben wir in unserem Änderungsantrag dann auch vorgeschlagen -, dass wir von Treibhausgasneutralität sprechen.

Wir möchten selbstverständlich, dass die Stadt Köln und natürlich auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften eine besondere Vorbildfunktion bei dem Weg hin zur Treibhausgasneutralität einnehmen. Wir wollen, dass die Verwaltung im Einvernehmen mit den Beteiligungsgesellschaften einen verbindlichen Fahrplan entwickelt, wie alle direkt beeinflussbaren Treibhausgasemittenten bis spätestens 2040 das Ziel der Treibhausgasneutralität erreichen.

Der Maßnahmenplan zur Treibhausgasneutralität - ich nenne es jetzt einmal so - muss ämterübergreifend erarbeitet werden. Maßnahmen und Ziele müssen verbindlich zugeteilt werden. Der Maßnahmenplan wird bis Ende 2021 der Stadtgesellschaft vorgestellt - so sieht es unser Antrag vor - und natürlich dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün sowie dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Direkt von der Stadt Köln beeinflussbar sind logischerweise auch nur die städtischen Dienststellen sowie die Beteiligungsgesellschaften. Was Sie so vollmundig als gesamtstädtische Klimaneutralität bis 2035 verkaufen, ist doch in Wirklichkeit nichts anderes als Klimaneutralität der Stadtverwaltung und der Stadtwerke. Da wir zum Beispiel wissen, dass die städtischen Gebäude gerade einmal 1 Prozent der Emissionen in Köln ausmachen, ist das nicht sonderlich viel.

Wir wollen, dass eine belastbare Kostenschätzung vorgelegt wird. Diese stellt zum einen die direkten Kosten für den städtischen Haushalt dar. Zum anderen werden die Auswirkungen auf den Stadtwerke-Konzern beurteilt. Dabei geht es insbesondere um die Konsequenzen für den steuerlichen Querverbund, aber auch um die Gewinnabführungen an den städtischen Haushalt; denn daran hängt wiederum die Verkehrswende, die wir

auch brauchen, wenn wir Klimaneutralität erreichen oder einen Beitrag dazu leisten wollen.

Ich betone noch einmal: Für den weitaus größten Teil der Treibhausgasemissionen in Köln gilt, dass diese nicht direkt durch die Stadt und ihre Beteiligungen beeinflusst werden können.

Wir wollen, dass basierend auf der Vorarbeit des Klimarates sektorspezifische Ziele definiert werden. Dabei werden den drei größten Sektoren jeweils konkrete Minderungsziele zugeordnet. Zugleich wird definiert, mit welchen realistisch umsetzbaren Maßnahmen diese erreicht werden sollen.

Hierbei wird nach dem Paretoprinzip vorrangig die Maßnahme angegangen, mit der die höchstmögliche Treibhausgasreduktion bei gleichzeitig geringstem Aufwand erreicht werden kann.

Es werden, dem Beispiel erfolgreicher Kommunen wie beispielsweise Bottrop folgend, Strategien entwickelt, wie durch gezielte Maßnahmen konkrete Einsparungen umgesetzt werden können.

Last, but not least legt die Verwaltung eine jährlich fortzuschreibende Treibhausgasbilanz auf Grundlage international anerkannter Standards vor, um die Ziele und deren Erreichung transparent und fassbar zu machen.

Fazit: Ihr Antrag ist aus unserer Sicht mehr Schein als Sein und ein eher billiger Versuch, hier eine große Botschaft zu senden, ohne dass viel dahintersteckt und es mit einem klaren Plan und einer klaren Umsetzungsstrategie verbunden ist.

Folgen Sie unserem Änderungsantrag. Denn im Ziel - das will ich noch einmal betonen - sind wir uns doch alle einig: Das Klima muss geschützt werden. Eine Treibhausgasneutralität wollen wir alle so schnell wie möglich erreichen. Es muss aber realistisch sein. Wir dürfen den Menschen keine Versprechungen machen, die wir alle nicht halten können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, die per Livestream dabei sind! Sie haben bei meinem Vorredner gerade eine Rede der schweren Sprache gesehen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Insbesondere konnte ich bei der Schnelligkeit gar nicht allem folgen, Herr Joisten, was Sie gesagt haben.

Im Übrigen halte ich es nicht für entscheidend, ob es nun Treibhausgasneutralität oder, wie in dem Antrag von Grünen, CDU und Volt, Klimaneutralität heißt. Denn wir wissen alle, wenn wir uns die letzten Jahre ansehen, worum es geht und dass wir etwas tun müssen.

Wenn wir uns hier streiten, möchte ich sagen: Viele Wege führen nach Rom. Aber wir müssen etwas fürs Klima tun. Die Wichtigkeit von Klimaneutralität ist uns allen, glaube ich, bewusst.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb streiten wir uns über die Wege, wie das geht, aber nicht darüber, dass wir diesen Aspekt haben. Das finde ich sehr bedeutsam.

Es ist insbesondere deshalb bedeutsam, weil wir bei der Europäischen Union und bei der Bundesregierung das Jahr 2040 haben. Jetzt kommt bei diesem Antrag das Jahr 2035. Wir sehen das, was die Bundesregierung und die Europäische Union sagen, eigentlich schon als einen guten Schritt an. Aber wir haben intensiv darüber diskutiert, weil wir als Fortschrittspartei sagen: Man muss sich doch überlegen, ob man sich noch ein anderes Ziel setzt.

Jetzt kommt euer Antrag. Dann werden sofort andere Anträge vorgelegt, weil gesagt wird: Dann können wir ja noch andere Zahlen nehmen. - Schaffen wir doch erst einmal dieses hier. Damit gehen wir ja schon weiter als der Bund und Europa. Das ist natürlich eine Herausforderung, die wir haben.

Wenn hier die städtischen Beteiligungen mit einbezogen werden sollen, ist das noch eine große Herausforderung. Denn wir haben bei der RheinEnergie nicht nur eine Verantwortung für unseren städtischen Haushalt, sondern auch für die dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist eine große Herausforderung.

Wir von der FDP wollen uns dieser Herausforderung stellen und werden darum diesem Antrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auf meiner Rednerliste steht jetzt noch Herr Zimmermann. Wird darüber hinaus das Wort gewünscht? - Von der PARTEI und von Frau Gabrysch. - Herr Zimmermann, leider muss ich Sie noch einmal zurück auf Ihren Platz schicken. Ich habe jetzt, wie eben versprochen, gefragt, ob weiter das Wort gewünscht wird, und es wird gewünscht. - Frau Dickas.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Die Ratsgruppe Die PARTEI möchte noch einen weiteren Änderungsantrag zur Sache stellen. Wir gehen mit den ganzen Forderungen aller Fraktionen überein. Anscheinend ist die Jahreszahl das große Problem. Wir wollen Klimaneutralität bis 2029 erreichen. Damit lösen wir unser Wahlversprechen ein: immer ein Jahr weniger als die anderen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Mich freut ehrlich, dass wir uns hier wirklich alle, zumindest fast alle, einig sind. Das macht Mut.

Wie ihr euch alle vorstellen könnt, gibt es aber natürlich auch aus der Sicht der KLIMA FREUNDE noch ein bisschen etwas dazu zu sagen. Ich versuche einmal, das auf den Punkt zu bringen.

Wir haben vor zwei Jahren den Klimanotstand in Köln ausgerufen, da die Klimakatastrophe bereits da ist. 2035 ist nicht schnell genug.

Ich nenne hier die Scientists for Future. Die Wissenschaft sagt: Wir haben nur noch wenige Jahre Zeit, wenn wir ernsthaft versuchen wollen, das Pariser Abkommen einzuhalten. - 2035 ist nicht schnell genug.

Die technischen Möglichkeiten sind vorhanden. Andere machen es uns längst vor. Wir müssen uns nur in der Welt umschauen. 2035 ist nicht schnell genug.

Die finanziellen Mittel stehen zur Verfügung. Das Geld ist da. Wir müssen es nur abrufen. 2035 ist nicht schnell genug.

Jeder Tag Verzögerung kostet uns mehr - in vielerlei Hinsicht. 2035 ist nicht schnell genug.

Das Bundesverfassungsgericht hat ein klares Zeichen gesetzt. Deutschland wurde bereits von der EU wegen Mangelleistung verklagt. Auch die Stadt Köln ist vor Klagen nicht gefeit. 2035 ist nicht schnell genug.

Wir sind die von Kölner*innen gewählten Vertreter*innen. Es ist unsere Verantwortung, diesen Menschen und vor allem auch ihren Kindern und Kindeskindern eine lebenswerte Zukunft in dieser Stadt zu ermöglichen. 2035 ist nicht schnell genug.

Ja, wir haben auch eine Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmer*innen, zum Beispiel der RheinEnergie. Aber ich sagte es bereits mehrfach und wiederhole es auch gerne heute noch einmal: Was bringt Menschen ein Arbeitsplatz, wenn der Lebensraum nicht mehr lebenswert ist? - 2035 ist nicht schnell genug.

Hier wurde zu Recht bemängelt, dass es viele warme Worte zum Thema gibt, aber noch keine handfesten Taten, noch keinen wirklichen Plan.

Ich sage: Unite behind the science. Schaut euch die Kölner Perspektiven 2030 an. Sprecht mit den Menschen, mit den Scientists for Future; die haben Pläne. 2035 ist nicht schnell genug. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und im Livestream! Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieser Antrag heute hier gestellt wurde und höchstwahrscheinlich auch gleich beschlossen wird. Die Grünen und die Oberbürgermeisterin lösen damit ein wichtiges und auch zentrales Wahlversprechen ein. Sie haben „2035“ in der ganzen Stadt plakatiert. Neun Monate nach der Wahl kommen wir nun dazu.

Die Jahreszahlen sind nicht wirklich wichtig. Aber ich möchte noch einmal klarstellen: Die SPD setzt eher auf 2040, weil sie das für realistischer hält, und die LINKEN setzen auf 2030, weil sie das für notwendiger halten. - Es ist ganz klar, dass wir es so schnell wie möglich erreichen müssen. Diese Zahlen stören mich nicht. Deswegen halte ich mich auch an der 2035 nicht weiter auf.

Interessant fand ich aber im Zusammenhang mit dem Jahr 2030, das von den LINKEN noch einmal in den Raum geworfen wurde, dass die EU dieses Ziel ja noch gar nicht aufgegeben hat. Die EU hat das Programm „100 klimaneutrale Städte bis 2030“. Dieses Ziel steht also auch noch.

Daher haben wir einen kleinen Ergänzungsantrag eingebracht, in dem die Verwaltung gebeten wird, einmal zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten es bei der EU und auch beim Bund gibt, um dieses Ziel schnellstmöglich zu erreichen. Wenn es 2030 werden sollte, wäre das umso besser.

Es freut mich sehr, dass Sie von der FDP diesem Antrag, den das Bündnis hier eingebracht hat, zustimmen werden. Ich musste auch bei dem Bundesverfassungsgerichtsurteil an die FDP denken. Interessanterweise geht es in der Begründung gar nicht konkret um Klimaschutz und auch nicht um Gesundheit. Es geht um Freiheitsbedürfnisse und Rechte. Die Begründung des Bundesverfassungsgerichtsurteils besteht ja im Wesentlichen darauf, dass wir jetzt etwas unternehmen und die Maßnahmen vorziehen. Das wird darin von der Bundesregierung verlangt. Denn wenn wir dies nicht täten, würde das bedeuten, dass die Einschränkungen für künftige Generationen, gerade was Freiheitsrechte angeht, noch wesentlich höher wären. Daher ist die Bundesregierung aufgefordert worden, die Ziele nach vorne zu verlegen.

Noch einmal ganz kurz zum Antrag des Bündnisses: Ich finde es gut, dass der Klimarat und die Koordinationsstelle Klimaschutz im Antrag und auch in der Begründung des Antrags explizit erwähnt werden.

Der Klimarat hält unsere Ziele, die wir heute beschließen, offensichtlich nicht für realistisch. Zumindest hat er das im April dieses Jahres in einer Pressemitteilung verlautbaren lassen.

Den Klimarat halte ich als Organisation, der in die Stadtgesellschaft hinein wirkt, wie Sie es beschrieben haben, Herr Rau, natürlich weiterhin für wichtig. Aber ich finde ganz klar, dass das Primat in dem Fall bei der Politik liegt. Und wenn wir andere Vorgaben machen, wünschen wir uns natürlich, dass sich der Klimarat mit diesen neuen Vorgaben dann auch auseinandersetzt - mit dem Ziel, das dann auch unter den Akteuren vor Ort zu diskutieren.

Die Koordinationsstelle Klimaschutz ist ein - ich sage es einmal vorsichtig - eher trauriges Kapitel. Ich wünsche mir, dass diese Koordinationsstelle unter dem neuen Beigeordneten - herzlichen Glückwunsch! - endlich richtig in Schwung kommt, ob nun mit externer Unterstützung oder - in Anführungszeichen - „nur“ mit eigenen Verwaltungsmitarbeiter*innen. Sie sollte wirklich einmal anfangen, den Klimaschutz in Köln zu koordinieren.

Wir sind gar nicht ganz hilflos und ausschließlich auf EU oder Bund angewiesen. Hier in Köln können wir - und da möchte ich Herrn Joisten widersprechen - weit mehr bewirken als nur das 1 Prozent, das die städtischen Gebäude ausstoßen. Natürlich können wir jede Menge Beschlüsse fassen, die in die Stadtgesellschaft hinein wirken.

Das geht mit PV-Anlagen, zu denen Sie selbst einen Antrag gestellt haben. Natürlich wird das mehr bewirken als nur das 1 Prozent, das die Verwaltung zu verantworten hat.

Es geht um Erbpacht. Selbstverständlich können wir Erbpacht so gestalten, dass sie klimaneutral wirksam wird.

Wir können uns über den Flughafen unterhalten. Dort sind große Wirkungen möglich.

Wir können über den Verkehr diskutieren und nachdenken.

Wir können uns auch endlich einmal über Entsiegeln statt Versiegeln in Köln unterhalten.

Ein ganz wichtiger Punkt ist natürlich in der Tat die RheinEnergie.

(Zurufe: Die Redezeit!)

Das höchstwahrscheinlich bald anstehende Bürgerbegehren zeigt, dass die RheinEnergie ein hervorragendes Instrument ist, das wir zwar nicht komplett selbst in der Hand haben, aber mit dem wir diesen Klimaneutralitätsgedanken gestalten können.

Ich weiß, dass meine Redezeit abgelaufen ist. Die Erinnerung nach drei Minuten habe ich vermisst.

Daher möchte ich den Rat auffordern, dass wir uns gleich im nichtöffentlichen Teil wirklich dessen

bewusst sind, was für ein Schatz die RheinEnergie ist, wenn wir den Weg zur Klimaneutralität gestalten wollen, und dass wir uns da alle Handlungsoptionen weiter offenlassen.

Ich wünsche mir mehr Mut. Sie brauchen keine Angst vor Veränderungen zu haben. Die große Mehrheit der Bevölkerung steht dahinter und fordert wirksame Maßnahmen in Sachen Klimaschutz.

Wie eine Redner*in erwähnte, hat die Pandemie gezeigt, wozu wir tatsächlich in der Lage sind und welche Ressourcen wir aufrufen können. Ich wünsche mir, dass wir das jetzt endlich auch für den Klimaschutz tun. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den mündlichen Änderungsantrag der PARTEI, dann über den Änderungsantrag der SPD, danach über den Änderungsantrag der LINKEN und anschließend über den Ursprungsantrag mit den Ergänzungen des Änderungsantrags der Ratsgruppe GUT.

Wir treten in die Abstimmung ein. Wer dem Änderungsantrag der PARTEI zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die PARTEI. Enthaltungen? - DIE LINKE und die KLIMA FREUNDE enthalten sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der SPD. Zustimmung? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Änderungsantrag der LINKEN. Zustimmung? - Durch DIE LINKE und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Der PARTEI und der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann komme ich zu dem Ursprungsantrag mit den Ergänzungen des Änderungsantrags der Ratsgruppe GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der Gruppe Die PARTEI

Erreichung der Klimaneutralität bis 2029.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe Die PARTEI sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt ersetzt:

1. *Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu dem Ziel, schnellstmöglich gesamtstädtische ~~Klimaneutralität~~ Treibhausgas (THG)-Neutralität zu erreichen. Dies bedeutet, dass im Gebiet der Stadt Köln nicht mehr Treibhausgase emittiert werden, als auf natürliche oder künstliche Art und Weise gebunden werden können.*

2. *Die Stadt Köln und Ihre Beteiligungen haben eine besondere Vorbildfunktion. Daher wird die Verwaltung im Einvernehmen mit den Beteiligungsgesellschaften einen verbindlichen Fahrplan entwickeln, wie alle direkt beeinflussbaren THG-Emittenten bis spätestens 2040 das Ziel der THG-Neutralität erreichen. Dazu werden konkrete Minderungsziele mit Meilensteilen und Zwischenzielen festgelegt und ein geeignetes Indikatoren-Set zur Überprüfung eingesetzt. Dies gilt auch für die Ausbauziele im Bereich erneuerbare Energien. Der „Maßnahmenplan THG-Neutralität“ wird ämterübergreifend erarbeitet und Maßnahmen und Ziele entsprechend verbindlich zugeteilt. Der Maßnahmenplan wird bis Ende 2021 der Stadtgesellschaft vorgestellt und dem AKUG und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.*

3. *Es wird eine belastbare Kostenschätzung vorgelegt. Diese stellt zum einen die direkten Kosten für den städtischen Haushalt dar. Zum anderen werden die Auswirkungen auf den Stadtwerkekonzern beurteilt, insbesondere was die Konsequenzen für den steuerlichen Querverbund sowie die Gewinnabführung an den städtischen Haushalt angeht.*

4. *Für den weitaus größten Teil der THG-Emissionen in Köln gilt, dass sie nicht direkt*

durch die Stadt und ihre Beteiligungen beeinflusst werden können. Basierend auf der Vorarbeit des Klimarates werden sektorenspezifische Ziele definiert. Dabei werden den drei größten Sektoren (Verkehr, Industrie, Gebäude) jeweils konkrete Minderungsziele zugeordnet. Zugleich wird definiert, mit welchen realistisch umsetzbaren Maßnahmen diese erreicht werden sollen. Hierbei werden nach dem „Pareto-Prinzip“ vorrangig die Maßnahmen angegangen, mit denen die höchstmögliche THG-Reduktion bei gleichzeitig geringstem Aufwand erreicht werden kann. Es werden dem Beispiel erfolgreicher Kommunen (wie z. B. Bottrop) folgend Strategien entwickelt, wie durch gezielte Maßnahmen konkrete Einsparungen umgesetzt werden können.“

5. *Die Verwaltung legt eine jährlich fortzuschreibende THG-Bilanz auf Grundlage international anerkannter Standards vor, um die Ziele und deren Erreichung transparent und messbar zu machen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

III. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

1. *In Antragspunkt 1 wird die Jahreszahl 2035 durch die Jahreszahl 2030 ersetzt.*

2. *In Antragspunkt 2 wird die Jahreszahl 2035 durch die Jahreszahl 2030 ersetzt.*

3. *Der Antragspunkt 3 wird durch folgenden neuen Punkt 3 ersetzt.*

   *Die Verwaltung wird, mit Unterstützung des bereits beauftragten Konsortiums und des Klimarates, einen Maßnahmenplan zur Erreichung des Klimaziels der Stadtverwaltung, ihrer Beteiligungsgesellschaften sowie unter Einbezug möglichst vieler weiterer THG-Emittent*innen erarbeiten. Dabei sollen nicht nur erfolgreiche Beispiele anderer Großstädte berücksichtigt werden, sondern auch die Vorschläge zu Grunde gelegt werden, die in der Modellrechnung des am 14.02.2019 beschlossenen Klimaschutzmaßnahmenumsetzungsprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ auf Seite 10 dargestellt werden.*

   Weitere bestehende Konzepte werden berücksichtigt, sektorenspezifische Minderungsziele mit Meilensteilen und Zwischenzielen (2024, 2027) werden festgelegt und ein geeignetes Indikatoren-Set zur Überprüfung eingesetzt, dies gilt auch für die Ausbauziele im Bereich erneuerbarer Energien. Der „Maßnahmenplan Klimaneutralität bis 2030" wird basierend auf der Ratsentscheidung zur Berechnung von Klimaneutralität ämterübergreifend erarbeitet und Maßnahmen und Ziele entsprechend verbindlich zugeteilt. Der Maßnahmenplan wird bis Ende 2021 der Stadtgesellschaft vorgestellt und dem AKUG und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

4. *Die Antragspunkte 4 und 5 bleiben unverändert.*

5. *Ein Antragspunkt 6 wird angefügt:*

   Zwischenzeitlich werden die bereits beschlossenen Maßnahmen umgesetzt beziehungsweise der Umsetzung forciert, damit nicht noch weitere Zeit verloren geht.

6. *Ein Antragspunkt 7 wird angefügt:*

   Der Rat der Stadt Köln befasst sich unmittelbar nach der Sommerpause mit dem Bürgerbegehren der Klimawende und prüft, ob er dem Begehren stattgibt und gemeinsam mit den städtischen Beteiligungsunternehmen umsetzt. Parallel bereitet die Verwaltung einen Bürgerentscheid zur Bundestagswahl am 26.09.2021 vor.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Gruppe KLIMA FREUNDE sowie bei Stimmenthaltung der Gruppen Die PARTEI und GUT Köln abgelehnt.

IV. Abstimmung über den Ursprungsantrag mit der aus dem Änderungsantrag der Gruppe GUT Köln übernommenen Ergänzung (Ziffer 6)

Beschluss:

*1. Das Klimaziel der Stadt Köln wird auf die gesamtstädtische Klimaneutralität bis 2035 angepasst und der Rat der Stadt Köln empfiehlt dem Klimarat dies als Zielmarke zu berücksichtigen. Dies bedeutet, dass alle von der Stadt Köln direkt beeinflussbaren THG-Emittent*innen inkl. der Beteiligungsgesellschaften innerhalb und außerhalb des Stadtgebiets nicht mehr Treibhausgase (THG) emittieren als auf natürliche oder künstliche Art und Weise gebunden werden können.*

2. Die Stadtverwaltung erarbeitet unterschiedliche Berechnungen zur Klimaneutralität 2035 für Köln und legt diese dem AKUG und dem Rat zur Ent-scheidung vor.

*3. Die Verwaltung wird, mit Unterstützung des bereits beauftragten Konsortiums und des Klimarates, einen Maßnahmenplan zur Erreichung des Klimaziels der Stadtverwaltung, ihrer Beteiligungsgesellschaften sowie unter Einbezug möglichst vieler weiterer THG-Emittent*innen erarbeiten. Dabei sollen erfolg-reiche Beispiele anderer Großstädte berücksichtigt werden. Bestehende Konzepte werden berücksichtigt, sektorenspezifische Minderungsziele mit Meilensteilen und Zwischenzielen (2025, 2030) werden festgelegt und ein geeignetes Indikatoren-Set zur Überprüfung eingesetzt, dies gilt auch für die Ausbauziele im Bereich erneuerbarer Energien. Der „Maßnahmenplan Klimaneutralität bis 2035“ wird basierend auf der Ratsentscheidung zur Berechnung von Klimaneutralität ämterübergreifend erarbeitet und Maßnahmen und Ziele entsprechend verbindlich zugeteilt. Der Maßnahmenplan wird bis Ende 2021 der Stadtgesellschaft vorgestellt und dem AKUG und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.*

4. Eine Beurteilung der Kosten mit mehreren Szenarien inkl. der sich dadurch ergebenden Änderungen bzgl. möglicher Querfinanzierungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns ist aufzustellen.

5. Der erhöhte Personalbedarf in der Koordinationsstelle Klimaschutz bzw. dem Dezernat Klima zu diesem Aufgabenbereich ist abzuschätzen. Um eine zeit-nahe Umsetzung zu gewährleisten, wird geprüft, ob eine weitere externe Unterstützung notwendig ist.

6. Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob eine Teilnahme an EU-Klimaschutzprogrammen im Rahmen von „Horizont Europa“ (z.B. „100 klimaneutrale Städte bis 2030“) möglich ist und bei der Erreichung der oben genannten Ziele unterstützen kann.
Ebenso soll die Teilnahme an entsprechenden Programmen des Bundes geprüft werden. Im Falle einer positiven Prüfung wird sich die Stadt Köln für diese Programme bewerben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD zugestimmt.

V. Die Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe GUT Köln (AN/1514/2021) hat sich damit erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.18 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Zählung des Radverkehrs zwischen Hohenzollern- und Deutzer Brücke“

AN/1396/2021

Ich gebe Herrn Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir hätten uns eigentlich gewünscht, diese Debatte zu diesem Thema im Verkehrsausschuss führen zu können, aber dort wurde die Dringlichkeit für dieses Thema leider abgelehnt. Da es wirklich dringlich ist, wie ich Ihnen jetzt beschreiben werde, müssen wir es dann nun einmal leider hier machen.

Die Nord-Süd-Radverkehrsbeziehungen und Verbindungen entlang des linksrheinischen Rheinufers sind sehr unbefriedigend. Das steht außer Zweifel. Der ADFC hat den Vorschlag gemacht, eine Hochbahn für Radfahrer durch den Rheingarten zu bauen. Wenn Sie auf Ihrem iPad einmal bei Google eingeben: „Rheingarten Radweg Hochlage“, finden Sie ein sehr interessantes Video, wie Sie über diese Hochstrecke mit dem Fahrrad fahren können. Oder es geht eben darum, eine Spur - auch das ein Vorschlag des ADFC - im Rheinufertunnel für den Radverkehr freizugeben.

Beides sind sehr teure, sehr aufwändige Maßnahmen, die entweder städtebaulich oder verkehrlich massive Einschnitte bedeuten. Beides hat den Nachteil, dass es zwischen Deutzer und Hohenzollernbrücke für den Ziel- und Quellverkehr in Richtung Altstadt keine Anbindung gibt.

Bevor wir uns auf solche aufwändigen Wege begeben - gerade für die Lösung in Sachen Rheinufertunnel gibt es hier in diesem Hause auch politische Mitbewerber, bei denen diese Lösung hoch im Kurs steht -, brauchen wir verlässliche Daten über den Radverkehr in diesem Bereich; insbesondere über den Raddurchgangsverkehr, der von der Deutzer Brücke bis zur Hohenzollernbrücke durchfährt - oder umgekehrt -, für den sich der Tunnel dann überhaupt eignen würde. Denn für alles, was Ziel- und Quellverkehr ist, was also in den Altstadtgassen versickert, kommt der Tunnel nicht infrage, weil man an der Stelle nicht herauskommt.

Jetzt - bevor wir die Kragplatte anpacken an der Rheinuferpromenade, bevor diese neu gebaut wird und über Jahre eine Baustelle entsteht - ist die Zeit, die entsprechenden Daten zu erheben. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, damit wir hier in dieser Frage nicht im verkehrspolitischen Blindflug agieren, sondern mit klarer Datenlage die beste Lösung für diesen sensiblen Bereich finden.

Deswegen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich hier um Ihre Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender des Verkehrsausschusses bin ich dann doch über die Aussage, dass man diesen Antrag gerne im Verkehrsausschuss diskutiert hätte, aber nicht konnte, weil die Dringlichkeit aberkannt wurde, insofern etwas überrascht, als heute Morgen um 11 Uhr eine Sitzung des Verkehrsausschusses stattgefunden hat - eine Sondersitzung, wegen vieler anderer Themen auch -, wo der FDP-Antrag bewusst auch noch einmal auf die Tagesordnung genommen wurde, damit wir diese Fachdebatte eben nicht hier im Rat führen müssen, sondern im Ausschuss.

(Beifall)

Dort hat dann Ihr Kollege im Ausschuss den Antrag mit der Begründung zurückgezogen, man könne es dann auch im Rat diskutieren. Von daher würde ich diese Kritik vielleicht nur ungern gelten lassen.

Aber noch zwei, drei inhaltliche Aspekte zu ihrem Antrag: Es gibt in Köln ja schon diverse Fahrradzählstellen und auch eine schöne App dazu, wo man sich das angucken kann. Es gibt auf der Deutzer Brücke eine, auf der Severinsbrücke, auf der Hohenzollernbrücke auch. Das heißt, die Datenlage, die wir über Radverkehre haben, ist jetzt nicht so unbefriedigend. Wir haben auch ein Verkehrsmodell, was wir ja auch kontinuierlich erneuern und erweitern, wo auch entsprechend die Daten mit einfließen.

Das ist ein sehr kleinteiliger Antrag von Ihnen, wo genau, wann, wie, was gezählt werden möge. Ich gehe davon aus, dass sich bei der Bewertung von möglichen Umleitungsrouten für die Führung des Radverkehrs während der Sanierung der Kragplatte selbstverständlich unsere Fachverwaltung auch Gedanken dazu macht, wie es sein könnte, wie man aber sowohl eine durchgehende Verbindung für den Nord-Süd-Verkehr als auch für den Ziel- und Quellverkehr herstellt.

Bei Ihnen klang so ein bisschen durch, dass es nur Ziel- und Quellverkehre gäbe. Wir gehen aber davon aus - und ich denke, dass die Zahlen auch entsprechend kommen werden -, dass es auch die Durchgangsverkehre geben wird.

Da brauchen wir aber nicht erst noch aufwändig alles zu zählen in diesem Sommer und zu gucken, wer will denn wohin, sondern es ist einfach klar: Wenn wir den Radverkehr in dieser Stadt stärken

wollen, werden wir in Zukunft auch beide Verbindungen brauchen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP! Wir hätten das heute sehr gut besprechen können im Verkehrsausschuss, wie der Kollege Lino Hammer das schon gesagt hat. Wir halten es immer noch für sinnvoll, dass das Ganze in die Fachdiskussion in den Verkehrsausschuss verwiesen wird und dann dort diskutiert wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gehen Sie davon aus, dass erst die Debatte hier stattfindet, oder gilt der Verweisungsantrag sofort, Herr Lorenz?

(Lukas Lorenz [SPD]: Wir können erst diskutieren!)

Dann würde ich aber zunächst fragen, ob von der CDU das Wort gewünscht wird.

(Zuruf von der CDU: Es reicht einer aus dem Bündnis!)

Das ist nicht der Fall. - Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einfach mit einsteigen, was Lino Hammer gerade gesagt hat. Das war ja doch ein wenig merkwürdig: Erst war es ein Dringlichkeitsantrag, dann war es in der Sondersitzung heute um 11 Uhr. Wir hatten wirklich ausreichend Zeit, diesen Antrag wirklich ausgiebig zu diskutieren. Das machen wir dann jetzt hier. Also das ist schon bemerkenswert, dass man einen Antrag zurückzieht, obwohl heute Vormittag doch alles hätte abgeräumt werden können.

Begründet wird dieser Antrag damit, dass Erkenntnisse über die Erhebung, für die Verkehrsführung, während der Baumaßnahme Kragplatte genutzt werden sollen. Ich möchte hier nur anschließend an das, was Lino Hammer gesagt hat, aber noch einmal anmerkend auf Folgendes hinweisen: In einen Vortrag der Stadt Köln aus dem Jahre 2018 mit dem Titel „Mobilität in Köln“ wird dargestellt, dass der Ratsverkehr nach Umsetzung von Verbesserungsmaßnahmen im Schnitt um 65 Prozent zugenommen hat. Das ist also wirklich unglaublich viel.

Man sieht, dass Verbesserungen einfach auch dazu führen, dass der Radverkehr zunimmt. Auf der Bonner Straße gab es sogar eine Verdopplung des Radverkehrs, was wirklich sehr viel ist. Was sagt uns das? - Dass Verbesserungen immer zu einer Steigerung der Nutzung führen. Deshalb werden die Erhebungen nicht das zutage fördern, von dem ich glaube, dass es sich die FDP davon erhofft. Man muss ja mutmaßen, ob sie sich erhoffen, dass diese entsprechenden Verbesserungen der Maßnahmen für den Radverkehr doch nicht so angezeigt sind, oder eben nicht in dem Umfang. Aber das ist ja ein Trugschluss.

Wie gesagt: Verbesserungen führen zu Nutzung. Deshalb halten wir auch diese Erhebungen nicht für erforderlich. Insofern können Sie gerne auch noch einmal in den Verkehrsausschuss verweisen, aber wir werden auch bei der Entscheidung bleiben, dass wir diesen Antrag nicht zielführend finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini hat das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskollegen und Ratskolleginnen! Eigentlich begrüßen wir den Anstoß der FDP-Fraktion, eine Faktenlage schaffen zu wollen, um aus den resultierenden Erkenntnissen eine Entscheidung zu treffen. Davon sind wir eigentlich auch immer - -

(Zurufe: Man versteht kein Wort! - Man versteht es nicht!)

- Ja, ist ja gut. So besser? - Eigentlich begrüßen wir den Anstoß der FDP-Fraktion, eine Faktenlage schaffen zu wollen, um aus den resultierenden Erkenntnissen eine Entscheidung zu treffen.

Im Kontext der Baumaßnahmen der Kragplatte halten wir es jedoch für sehr, sehr wichtig, die Sicherheit der Radfahrenden in den Vordergrund zu stellen, ungeachtet der Zahl der dort mit dem Fahrrad verkehrenden Menschen.

Köln belegt 2020 nicht umsonst den letzten Platz im Ranking der fahrradfreundlichsten Großstädte Deutschlands. Auf der Hinfahrt wurde ich auch fast wieder angefahren mit dem Fahrrad.

Wir müssen die Sicherheit der Radfahrenden stärken und der historischen Priorisierung des motorisierten Individualverkehrs in Köln endlich einmal eine Absage erteilen. Daher wollen wir hier die Sicherheit der Radfahrenden nicht von einer Erhebung abhängig machen und möchten auch nicht die Ressourcen der Verwaltung durch die Zählung unnötig binden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen, der von der SPD gestellt wurde. Gibt es Gegenstimmen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Gegen die Verweisung?)

- Gegen die Verweisung. Das sind Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist die Verweisung abgelehnt. Das heißt, wir haben heute über die Anträge zu entscheiden.

Wer ist für den Antrag der FDP-Fraktion? - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Wünscht sich jemand zu enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

TOP 3.1.19 ist von Herrn Zimmermann zurückgezogen.

I. Abstimmung über den Verweisungsantrag

Der Antrag wird in den Verkehrsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Antrag

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zählung des Radverkehrs am linksrheinischen Ufer zwischen Hohenzollernbrücke und Deutzer Brücke vorzunehmen. Diese soll die Anzahl an Radfahrenden nach folgenden Kriterien ermitteln:

1. *unterschiedliche Wochentage (mindestens ein Tag von Montag bis Freitag und ein Tag am Wochenende)*
2. *unterschiedliche Tageszeiten (mindestens eine Zählung im Berufsverkehr von 7 bis 9 Uhr und eine Zählung mitten am Tag)*
3. *innerhalb und außerhalb von Ferien*
4. *unterschiedliche Wetterlagen*
5. *Durchgangsverkehr bzw. Ziel- und Quellverkehr in der Altstadt*

Anfallende Kosten sind über Produktbereich 12/Produktgruppe 1201 Straßen, Wege, Plätze/ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu decken.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Lorenz

3.1.19 Antrag der Gruppe GUT Köln betreffend "Schwimmbäder prioritär für Nichtschwimmer*innen-Kinderkurse öffnen"

AN/1085/2021

Der Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (s. Ziffer V - Seite 6) der Niederschrift.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.20 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Ein neu definiertes Grundnetz für den Motorisierten Individualverkehr“

AN/0566/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

AN/1507/2021

Herr Wahlen hat das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mit dem neuen Grundnetz für den motorisierten Individualverkehr gehen wir einen konsequenten Schritt in Richtung der Verkehrswende. Schon jetzt wird an vielen Stellen überflüssiger Verkehrsraum vom Auto zum Umweltverbund umverteilt; etwa, wenn wir Fahrspuren in Radfahrstreifen umwandeln oder Busspuren einrichten. Aber das passiert bisher immer nur in einzelnen Abschnitten und nicht systematisch, stadtweit.

Die meisten Straßen in Köln wurden für eine autogerechte Stadt gebaut, mit einem immer weiter wachsenden Autoverkehr. Jedoch nimmt bereits heute der Autoverkehr in Teilen der Stadt ab; so fahren auf den Ringen teilweise bis zu 2000 Autos weniger pro Tag. Um den enormen Herausforderungen der Klimakrise gerecht zu werden, müssen wir diesen Trend noch deutlich verstärken und auf die gesamte Stadt ausweiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Laufen Sie einmal nachts durch die Stadt. Sehen Sie sich die verlassenen Straßen und die riesigen Kreuzungen an. Mit dem Rückgang des Autoverkehrs werden enorme Flächen frei, die in einer so dicht bebauten Stadt wie Köln enorm wertvoll sind.

Mit dem Grundnetz wollen wir dieses Potenzial schöpfen. Wir wollen die Flächen schon jetzt identifizieren und neue, sinnvolle Verwendungen für sie finden. Denn nicht nur für den Fuß- und Radverkehr können wir diese Flächen nutzen, sondern auch für mehr Lebensqualität in den Veedeln. In der Pandemie konnten wir doch alle sehen, wie viel schöner es ist, wenn am Straßenrand Leute sitzen und essen, anstatt dass Autos den Blick versperren.

Meine Damen und Herren! Gute Lösungen wachsen nicht auf Bäumen, aber wachsende Bäume sind eine gute Lösung für die Folgen des Klimawandels in der Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie spenden nicht nur Schatten für Fußgänger*innen, sondern kühlen durch ihre Verdunstungen auch die Umgebung ab. Auch für diese Bäume brauchen wir Platz. Zwar geht es in dem Antrag um ein neues Grundnetz, aber wir wollen auch auf die Straßen blicken, die nicht Teil dieses Grundnetzes sein werden. Denn hier führen wir einen Paradigmenwechsel herbei, indem bei zukünftigen Straßenplanungen nicht mehr die Leistungsfähigkeit des Autoverkehrs über allem steht, sondern auch die Bedürfnisse der Menschen und der umweltfreundlichen Verkehrsmittel in den Fokus rücken. Denn wer Autoinfrastruktur sät, wird Autoverkehr ernten. Deshalb müssen wir künftig so viel Infrastruktur wie möglich bauen, die die Menschen zum Gehen und Radfahren einlädt und sie nicht davon abschreckt.

Lassen Sie mich noch auf den Änderungsantrag eingehen. Liebe Kolleg*innen der LINKEN! Ich finde es ja sehr nett, dass Sie sich entschieden haben, unsere Anträge korrekturzulesen. Ich habe mich aber doch sehr gewundert, dass Sie dabei zu einem Änderungsantrag gekommen sind, der größtenteils unsere Sätze nimmt und einfach nur neu formuliert, ohne am Inhalt etwas zu ändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Natürlich muss der Verkehr in Köln als Gesamtsystem betrachtet werden. Dafür machen wir dieses Grundnetz. Ich glaube, auch die Verwaltung wäre von selbst darauf gekommen, dass mit „Verkehrsverbänden“ auch der ADFC und VCD gemeint sind. Wenn die Leistungsfähigkeit des MIV außerhalb des Grundnetzes in den Hintergrund rückt, wird das natürlich auch zu autoarmen Straßen führen. Und natürlich wird es auch auf dem Grundnetz möglich sein, die Situation des Umweltverbunds zu verbessern. Der MIV hat nur Priorität, nicht Narrenfreiheit.

Es ist doch de facto so, dass bisher der MIV auf allen größeren Straßen bei Planungen Priorität hatte, und trotzdem haben wir in den letzten

Jahren auf vielen Straßen die Situation für die Umweltverbund verbessert.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Ende und lade nun Sie ein. Gehen Sie mit uns einen weiteren Schritt in Richtung Zukunft, einen weiteren Schritt zu einem lebenswerteren Köln. Stimmen Sie gemeinsam mit uns für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Moderne Mobilität ist uns wichtig. Sie gehört zu unserer Daseinsvorsorge, genauso wie Wasser, Lebensmittel, Energie, medizinische Versorgung und soziale Teilhabe. Genau deshalb setzen wir mit dem neu definierten Grundnetz für den motorisierten Individualverkehr einen wesentlichen Punkt unseres Bündnisvertrages um und sind überzeugt, dass die Umsetzung unseres Antrags wegweisend für die positive Entwicklung unserer Stadt ist.

Wir wollen keine rückwärtsgewandte Mobilitätswende, sondern blicken nach vorne. In unserem Antrag geht es um eine sinnvolle und zeitgemäße Veränderung am Anteil der genutzten Verkehrsträger. Der motorisierte Individualverkehr wird immer ein wesentlicher Bestandteil unserer Mobilität bleiben. Unser Lebensstandard, die Stärke unserer Wirtschaft und viele Aspekte unserer Gesellschaft waren, sind und werden auch in Zukunft in großem Maße davon abhängig sein. Dennoch braucht es ein Umdenken in vielen Bereichen. Genau dafür haben wir das Grundnetz neu definiert.

Dabei geht es auch darum, den unterschiedlichsten Anforderungen gerecht zu werden. Neben dem reibungslosen Anwohner-, Durchgangs- und Lieferverkehr muss auch in Zukunft die Erreichbarkeit der Innenstadt und ein besserer Verkehrsfluss für den ÖPNV gewährleistet sein. Gerade letzterer ist eine der Hauptsäulen moderner Mobilität.

Um dieses Ziel auch erreichen zu können, bedarf es einer Lösung, die nur als Masterplan für ganz Köln gedacht werden kann. Mit Einzelentscheidungen für jede einzelne Straße kommen wir da nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Ein Großteil des Verkehrs in Köln ist Durchgangsverkehr, und dies gerade an den Straßen mit Grenzwertüberschreitungen. Mit der Neudefinition des Grundnetzes erhalten wir eine leistungsfähige Mobilität und erreichen gleichzeitig die Ziele für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung. Die Neugestaltung des Verkehrsnetzes hat aber natürlich auch eine wichtige soziale Komponente: Die Innenstadt muss auch weiterhin für alle erreichbar bleiben, und das ganz unabhängig vom Geldbeutel der einzelnen Bürgerinnen und Bürger.

Das neu gestaltete Grundnetz soll und wird die engagierten Radverkehrskonzepte berücksichtigen, und auf den Straßen, die nicht zum Grundnetz gehören werden, soll der Umweltverbund Priorität haben. Auf diesen Straßen steht die Leistungsfähigkeit für Fußgänger und Radfahrer maßgeblich im Vordergrund. Der MIV soll diesen Stadtraum untergeordnet weiter mitbenutzen.

Last but not least, können wir mit einer intelligenten Raumaufteilung öffentliche Räume gestalten. Der Wohlfühlfaktor spielt gerade für die Mobilität zu Fuß eine ganz entscheidende Rolle. Er wird gerne ausschließlich den Spaziergängern oder gar den Flaneuren zugeordnet, trifft aber genauso auf den Alltagsverkehr zu, der beim zu Fuß Gehen kaum vom Freizeitverkehr zu trennen ist. Deshalb sind in Zukunft die Bedürfnisse der Fußgängerinnen und Fußgänger stärker zu beachten - egal, ob sie zielgerichtet einen Weg zurücklegen oder einfach nur Zeit im öffentlichen Raum verbringen. All das sieht unser Antrag vor.

Vertrauen Sie uns: Es soll und wird durch das neue Konzept keine Konkurrenzsituation zwischen Auto, Fußgänger und Rad hergestellt werden. Das Ziel ist ein ausgewogenes, modernes und leistungsfähiges Mobilitätskonzept. Die in die Planung eingebundenen Interessengruppen, wie beispielsweise die IHK oder die Handwerkskammer, Vertreter des Einzelhandels und natürlich die Verkehrsverbände werden ein Ergebnis bringen, das auch eine möglichst breite Zustimmung in der Bevölkerung haben wird.

Kurz zum Änderungsantrag der LINKEN: Mein Kollege Lars Wahlen hat schon einiges eingebracht. Es ist wirklich sehr traurig, dass man unseren Antrag nimmt und praktisch nur

Formulierungsvorschläge macht. Man kommt sich fast vor wie in der Schule. Von daher können und werden wir an der Stelle dem Änderungsantrag nicht zustimmen. Denn unsere Sprache, die wir sprechen, ist verständlich. Und da gibt es auch nichts zu korrigieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich lade sie ein, nachzudenken, Ihren Antrag zurückzunehmen und, wie auch die anderen Kollegen, hoffentlich unserem Antrag zuzustimmen. Wir können gemeinsam eine zukunftsweise und nachhaltige Verkehrspolitik gestalten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! „Autos raus: Köln wie Barcelona!“ titelte der Express am Mittwoch unseren Antrag und zitierte die Bürgermeisterin Barcelonas mit dem schönen Satz: „Lasst uns die Straßen mit Leben füllen“. Das finden wir eigentlich ganz treffend.

Wir müssen in der Stadtplanung Menschen vor Autos priorisieren und Mobilität neu denken, um die Verkehrswende voranzutreiben. Ähnlich wie in Barcelona wollen wir mit diesem Antrag Zonen innerhalb der Stadt errichten, in denen Menschen und Radfahrende Vorrang vor Autos haben.

Klar ist aber auch: Das Konzept des Superblocks in Barcelona lässt sich nicht eins zu eins auf unsere historisch gewachsene Stadt übertragen. Dennoch ist die Identifizierung von notwendigen Korridoren für den MIV ein wichtiger Schritt und spiegelt auch das mediterrane Lebensgefühl der Kölnerinnen und Kölner wider. Die Realisierung des zurückgedrängten Autoverkehrs hätte die Verbesserung der Kölner Luftqualität zur Folge, der Verkehrslärm würde minimiert. In den jeweiligen Zonen verbessert sich auch die Sicherheit zum Beispiel von Radfahrenden.

Was die Erfahrung in Barcelona gezeigt hat, ist: Weder bricht der Verkehr zusammen, noch muss der lokale Einzelhandel leiden. Wenn man Menschen vor Autos in der Stadtplanung priorisiert, profitiert davon die Wirtschaft in den verkehrsberuhten Zonen. Aber zur Wahrheit gehört auch: Der Prozess, den wir durch den Antrag anstoßen, wird vermutlich nicht bis zur nächsten Wahl vollendet sein, sondern wir blicken jetzt zehn Jahre in die Zukunft, statt nur auf die nächsten vier Jahre. Das Umdenken muss aber jetzt passieren.

Deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Stimmt für unseren Antrag und lasst uns Köln für die nächsten Jahre neu denken. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Timing Ihres Antrags ist für uns ausgesprochen verwunderlich. Wir haben im Verkehrsausschuss gerade erst die Verwaltung mit einer Modal-Split-Erhebung und mit einem Gesamtverkehrskonzept beauftragt, im Rahmen einer nachhaltigen urbanen Mobilitätsplanung, kurz: SUMP.

Als Tischler weiß ich, dass man erst die Grundmasse braucht, um ein Möbelstück zu bauen, und dass das auch seine Zeit braucht. Vielleicht denken Sie ja, dass alles flotter geht, wenn man die Fachleute gar nicht erst fragt, bevor man etwas umsetzt.

Will denn niemand von Ihnen wissen, wo in Köln die Lieferverkehre fließen, ob sich diese überhaupt auf 10 Prozent reduzieren lassen? Pendeln Sie diese Frage aus, oder nehmen Sie dafür die Glaskugel, um das vorauszusagen?

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Sie haben den Antrag nicht gelesen!)

Ist Ihnen bewusst, dass beispielsweise auf der Aachener Straße, auf der Luxemburger Straße, auf dem Clevischen Ring Menschen wohnen, auf die eine zusätzliche Belastung von Stückoxiden zukäme?

Es spricht nichts dagegen, gute Ideen aus anderen Städten für Köln anzupassen. Vielleicht füllen Sie sich damit auch die in Ihrem Antrag deutlichen Lücken. Gute Lösungen für den ruhenden Verkehr im öffentlichen Raum oder für schnellen und komfortablen ÖPNV - das alles haben Sie nämlich in Ihrem Antrag derzeit komplett außen vorgelassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was wir wirklich brauchen, ist eine fundierte Diskussion im Fachausschuss. Hier wird der letzte Schritt vor dem ersten gemacht und am Verkehrsausschuss vorbei den Ergebnissen des SUMP vorgegriffen. Wir müssen bedenken bei der ganzen Sache: Die Umsetzung Ihrer Beschlusspunkte hat erhebliche Auswirkungen auf das Leben in unserer Stadt und die Mobilität.

Daher beantrage ich für die SPD-Fraktion die Verweisung dieses Antrags zur fachlichen Diskussion in den Verkehrsausschuss nach der Debatte. Im Anschluss gehören vernünftig ausgearbeitete Vorschläge natürlich wieder in diesen Rat zur Beschlussfassung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, Kollegen! Der Antrag von Grünen, CDU und Volt geht uns in vielen Punkten nicht weit genug. Was hat Lars Wahlen gerade gesagt? Dieser Antrag wäre ein Paradigmenwechsel. Das müssen Sie natürlich selbst glauben, denn es ist auch Ihr Antrag, aber das sehen wir nicht so.

Ihr Antrag blendet den Pendelverkehr komplett aus. Eine Verkehrswende kann aber nur gelingen, wenn wir Autopendler zum Umstieg auf den Umweltverbund bewegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Etwa die Hälfte der Menschen, die nach oder von Köln pendeln, tut dies mit dem Auto. Diese Zahl wollen wir halbieren. Damit sie umsteigen, müssen wir attraktive Angebote schaffen. Und wo müssen diese Alternativen entstehen? - Natürlich entlang der Routen, über die Pendler nach Köln hineinfahren. Denn dort ist ja offensichtlich der Bedarf. Genau diese Strecken wollen sie aber von Veränderungen herausnehmen.

Meine Damen und Herren! Durchgangsverkehr gehört heraus aus der Stadt. Er muss um die Stadt herumgeleitet werden. In Ihrem Antrag sprechen Sie aber davon, den Durchgangsverkehr auf ein notwendiges Maß reduzieren zu wollen. Wenn man, wie Sie, keinerlei Kriterien definiert, nach denen sich „notwendig“ bestimmt, sagt diese Formulierung genau gar nichts aus.

Lesen Sie den Antrag, fragen Sie sich: Was ist das notwendige Maß? Ich stand vor diesem Antrag da und dachte: Was ist denn das? Ich habe das sogar noch nachgefragt im Bündnis. Es war schwierig, da überhaupt einen Fall herausbekommen: Was ist notwendiges Maß?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren von Grünen, CDU und Volt! Wie halten Sie es eigentlich mit der Öffentlichkeitsbeteiligung? Laut Ihrem Antrag sollen Bürgerinnen und Bürger und auch die Politik nur informiert werden. Der Verkehr im Veedel wird neu strukturiert. Der öffentliche Raum wird umgestaltet. Und die Menschen, die dort leben, erhalten keine Möglichkeit zur Mitsprache. Meine Damen und Herren, so geht das nicht! Das können Sie nicht tun.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Unzufrieden sind wir auch mit Ihrer Auswahl an Vereinen und Verbänden, die in die Planung eingebunden werden sollen. Der Großteil ihrer Aufzählung besteht aus Wirtschaftsverbänden. Frau De Bellis hat die IHK, andere Wirtschaftsverbände und nebenbei noch die Verkehrsverbände. Aber wenn man das konkretisiert und hineinschreibt, was ist daran so schlimm? Was haben Sie eigentlich gegen Konkretisierung Ihres Antrages? Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das ist ja schön und gut, aber was ist mit den Behindertenorganisationen, Senior*innen, Umweltverbänden, Fahrgastverbänden oder den Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Finden Sie es nicht relevant, dass diese in die Planung der zukünftigen Mobilität in Köln eingebunden werden? - Anscheinend nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der Antrag, den Sie vorgelegt haben, ist unentschieden und ängstlich. Ich möchte auch darauf eingehen, was alles an Vorwürfen an unseren Antrag angetragen worden ist, wir würden korrekturlesen. Was heißt hier „korrekturlesen“? Wir haben uns den Antrag ganz genau angeschaut. Das ist doch gut! Freuen Sie sich doch, dass wir uns Gedanken machen, als LINKE, wie wir die Mobilität, die Verkehrswende voranbringen können.

Davon zu reden, dass wir in der Schule wären - ich finde, da haben Sie unseren Antrag nicht genau gelesen. Das gebe ich gerne zurück. Sie müssen sich mit den Änderungsanträgen auch ein bisschen mehr beschäftigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Einige unserer Punkte sind Konkretisierungen, Verbesserungen, Klarstellungen. Ich möchte eines noch sagen: Sie glauben ja wohl nicht, dass wir als LINKE in unserer Blase sitzen, uns nicht informieren und die Anträge einfach korrekturlesen, aber nichts hineinschreiben. Wie können Sie das glauben?

Natürlich sprechen wir mit dem Verkehrsverbänden. Natürlich haben wir eine Rückkopplung in die Stadtgesellschaft. Daher rühren auch unsere Änderungsvorschläge, unsere Konkretisierungen und Verbesserungsvorschläge. Es liegt nämlich daran, dass Ihr Antrag ängstlich und unentschieden ist, nicht konkret genug ist, nicht verständlich genug ist. Das ist auch der Grund, warum wir hier entsprechend diesen Antrag gemacht haben.

Ganz kurz, denn Frau De Bellis hat sich ja gemeldet: Ihr Antrag schreibt für das Grundnetz den derzeitigen schlechten Status quo auf Dauer fest. Wir können ihm so nicht zustimmen. Deswegen haben wir einige Punkte.

Ich möchte noch eine Sache hier mitteilen. Es ist nicht so, dass wir als LINKE nicht an das Bündnis herangetreten sind. Es war vielleicht von der Zeit her sehr kurz. Aber ich hätte einfach grundsätzlich eine Bitte. Wenn hier alle wirklich übereinstimmt sagen: Wir möchten die Mobilitätswende, wir möchten die Verkehrswende. Dann würde ich auch bitten, dass man das gemeinsam tut, dass das Bündnis auf die anderen zukommt, wenn wir Änderungsvorschläge haben, dass man mit uns diskutiert.

Das habe ich versucht, aber es wurde einfach überhaupt nichts angenommen. Es wurde gar nicht diskutiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Und ich finde, so eine Mobilitätswende in einer solchen Stadt wie Köln können wir nur gemeinsam schaffen. Deshalb auch mein Angebot, mein Wunsch an das Bündnis, dass man gemeinsam auch an diesen Anträgen arbeitet, dass man einfach schaut: Was gibt es für Verbesserungen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Akzeptieren Sie eine Rücksprache zu Frau De Bellis?

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte schön.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): In Anbetracht der Zeit halte ich mich auch ganz kurz. Frau Tokyürek, unter Punkt 9 Ihres Änderungsantrages kritisieren Sie, dass wir praktisch den Kommissionskreis - ich nenne es so - leider sehr kurz gefasst haben. Sie schreiben aber auch „zum Beispiel“ und führen den auch nicht zu Ende. Da sind Sie ja schon im Widerspruch. Hier meine Frage: Warum dürfen Sie eine zum-Beispiel-Auflistung hier aufführen und vermissen bei uns die Vollendung dieser Liste?

Eine andere Sache: Gut, wir beide haben nicht gesprochen, aber es ist ja auch legitim, dass das Bündnis seine Anträge alleine einbringt. Wir haben Sie ja eingeladen, dem Antrag zuzustimmen. Damit gestalten Sie ja auch mit.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Das kann man gerne so sehen, Frau De Bellis. Aber ich habe es ja eben gesagt: Gerade, weil es ein sehr großes, wichtiges Thema ist, die Verkehrswende, glaube ich, ist es wichtig, da auch zusammen den Weg zu gehen. Das glaube ich schon. Im Verkehrsausschuss klappt es ja auch ab und an mal ganz gut.

Natürlich haben wir auch Aufzählungen. Aber das ist es ja: Wir machen Verbesserungsvorschläge. Die kann man doch einfach übernehmen. Ich weiß nicht, was verschlägt sich denn, wenn man Verbesserung einfach mit aufnimmt? Darum geht es gerade.

Natürlich kann man nicht eine ganze Latte von Verbänden aufschreiben. Aber wichtig ist doch: Wenn wir Verbesserungsvorschläge haben, wenn es verständlicher ist, wenn wir dazu beitragen, dass ihr Antrag verständlicher ist, dann sollten Sie doch aber froh sein und sagen: Okay, super, dass sich auch andere Fraktionen damit beschäftigt haben und sich vielleicht auch auf den Weg begeben. Dann sollten Sie vielleicht auch das Angebot annehmen, um Änderungen einzuarbeiten. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

> Das Netz der öffentlichen Nachverkehrsmittel ist sehr gut ausgebaut. Man kommt fast überall mit der Metro hin. Es bestehen mehr als 230 Buslinien und nochmals 30 Nachtbuslinien zur Verfügung. Durch Tram und Seilbahn wird das ergänzt. Das Metronetz ist eng, weitgehend barrierefrei, absolut zuverlässig. Die Linien fahren in einem engen Takt von bis zu 1:30 Minuten. Sie brauchen also keinen Fahrplan. Innerhalb des Stadtgebiets kann man die Nahverkehrszüge wie die Metro nutzen. Sie fahren ebenfalls unterirdisch. Das Straßenbahnnetz wird ebenfalls weiter ausgebaut. Es ergänzt das U-Bahn-Netz mit mehreren Linien. Die Nachtbusse fahren außerhalb der Betriebszeiten der regulären Busse und U-Bahnen. Die Linien laufen zentral am Placa Catalunya zusammen.

Der letzte Satz hat es verraten: Es ist kein Traum eines KVB-Nutzers, den ich da vorgetragen habe, sondern es ist ein Werbetext der Stadt Barcelona über das ÖPNV-Angebot. Das ist das Problem Ihres Antrages. Sie beschließen hier Maßnahmen, ohne dass bei uns in Köln die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen wären.

Die Stadt Wien - wir haben uns das ja als Verkehrsausschuss in der letzten Periode angeguckt - hat 40 Jahre gebraucht und massive Investitionen in das Netz, insbesondere in das U-Bahn-Netz, gebraucht, um dahin zu kommen, wo die Stadt Wien in Sachen ÖPNV heute steht.

Wir haben heute ja einen Schienenfachmann als neuen Verkehrsdezernenten gewählt. Auch wenn wir ihn wegen der misslichen politischen Rahmenbedingungen nicht wählen konnten, verspreche ich mir aber von der Erfahrung von Herrn Egerer hier eine Menge, dass wir gerade in den ÖPNV-Ausbau hier in Köln investieren können.

Aber es wird - und das zeigt die Roadmap, die wir beschlossen haben, die wir mit breiter Mehrheit beschlossen haben - allein 20 Jahre dauern, um die Rückstände aufzubauen für die Investitionen, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht gemacht worden sind. Sie machen also den zweiten oder dritten Schritt vor dem ersten.

Und dann kommen hier Partner zusammen, die eigentlich gar nicht politisch zusammenpassen, wo die Inhalte und die Reden auch nicht zusammenpassen. Herr Schmitz von der Kölnischen Rundschau hat das sehr schön zusammengefasst in seinem Artikel:

> Während De Bellis-Olinger (CDU) sich am Ende des Prozesses ein leistungsfähiges Straßennetz erhofft, das den Wirtschaftsstandort Köln nicht gefährdet, hat bei Lars Wahlen (Grüne) das Grundnetz nur eine kurze Daseinsberechtigung.

Da passen die Sachen entsprechend nicht zusammen. Wir brauchen den motorisierten Individualverkehr auch langfristig. Auch wenn wir in zehn Jahren alle mit Elektro fahren, auch wenn wir in 20 Jahren möglicherweise mit Wasserstoff fahren: Wir haben heute 300.000 Pendlerinnen und Pendler jeden Tag in die Stadt. Wir sind eine Arbeits- und eine Einkaufsstadt. Wir wachsen als Wohnstandort. Wir sind die Wirtschaftsmetropole hier im Westen. Wir brauchen individuelle Mobilität für größere Strecken und für größere, schwerere Güter, als sie in eine Einkaufstasche passen.

Peter Pauls vom Kölner Presseklub hat in seinem Newsetter das sehr schön zusammengefasst. Er erinnert sich an einen kernigen Satz der ehemaligen Dombaumeisterin Barbara Schock-Werner, wenn er die Politik des Kölner Ratsbündnisses und ihre Vorschläge für den Kölner Verkehr sieht. Er zitiert hier Barbara Schock-Werner, die gesagt hat:

> Verkehrspolitik ist nichts für Dilettanten.

- Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau Dickas hatte sich gemeldet, und dann Frau Gabrysch. Bitte schön.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Ich fordere das Ende der Debatte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war ein Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

(Christian Joisten [SPD]: Wer steht denn noch auf der Redeliste?)

Frau Gabrysch kann bitte noch sprechen. Und dann haben wir einen Geschäftsordnungsantrag der SPD, der zunächst abgestimmt wird. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich sehen wir das total positiv, denn auch wir sind natürlich der Meinung - wie ihr alle wisst -, dass es nicht schnell genug gehen kann mit der Verkehrs- und Mobilitätswende hier in Köln. Wir haben aber folgende Anmerkungen.

Im Text heißt es:

> Der stadtweite Anteil des Umweltverbundes soll bis 2035 auf 75 Prozent und innerhalb der Innenstadt von über 80 Prozent auf bis zu 90 Prozent erhöht werden.

2035 ist mit Blick auf die Klimakatastrophe und die konsequente Umsetzung der Klimawende und damit der Mobilitätswende eindeutig zu spät. Mit kurzfristigen Maßnahmen kann die Stadt Köln dieses Ziel innerhalb von fünf Jahren erreichen, siehe zum Beispiel Paris.

Bis 2035 sind die Voraussetzungen schon wieder ganz andere. Bis 2035 muss die Stadt Köln längst autofrei sein. Diese Antragsformulierung ist wieder einmal ein Beispiel dafür, dass auf Basis von Ideen, die heute schon 20 Jahre alt sind, weit in die Zukunft geplant wird, obwohl es eigentlich Visionen für die Zukunft und vor allem eine sofortige Umsetzung längst möglicher und anderswo längst praktizierter Maßnahmen braucht.

Es heißt weiter:

> Auf dem verbleibenden Grundnetz hat bis auf weiteres der MIV Priorität, auf allen anderen Straßen der Umweltverbund.

Es ist ja davon auszugehen, dass mit „Grundnetz“ die Hauptstraßen Kölns gemeint sind. Diese sind aber in der Regel immer die kürzesten und direktesten Verbindungen; insbesondere wenn es darum geht, aus den Außenbezirken Richtung Innenstadt und andersherum zu kommen. Gerade dort wäre es aber am wichtigsten, dass es gut ausgebaute, attraktive, baulich gesicherte, direkte Radwege entlang der Hauptrouten gibt, welche zugleich den Autofahrenden signalisiert, dass es attraktive Alternativen zum MIV gibt.

Der vorliegende Antrag zielt hingegen darauf ab, weiterhin dem MIV die attraktivsten, weil direkten Routen zuzuweisen und den Rad- und Fußverkehr auf Nebenrouten auszulagern, auf denen die Nutzer*innen deutlich schlechter vorankommen. Es wird also der Status quo sogar noch ausgebaut und der MIV weiterhin massiv bevorzugt.

Die eigentlich zukunftsorientierte Entscheidung wäre also an dieser Stelle, gerade die Hauptrouten zu Routen für den Umweltverbund auszubauen und den unbedingt notwendigen MIV auf Nebenrouten auszulagern. Grundsätzlich sollte dort, wo der MIV fahren darf, flächendeckend Tempo 30 angeordnet werden - natürlich Straße für Straße, so wie die Straßenverkehrsordnung es vorsieht.

Weiter heißt es:

> Verlässt der MIV das Grundnetz, kann er dort, wo es notwendig ist, untergeordnet den Stadtraum weiter mitnutzen. Der Durchgangsverkehr der Kernstadt wird dabei auf ein notwendiges Maß reduziert.

Zu der Definition von „notwendig“ haben wir gerade eben schon einen Kommentar gehört; dem schließe ich mich an. Diese Formulierung lässt dem MIV alle Hintertüren offen und mündet voraussichtlich bzw. erfahrungsgemäß darin, dass es niemals echte Fahrradstraßen geben wird, die den Namen „Fahrradstraße“ auch verdienen. Erfahrungsgemäß wird der Verkehr auf solchen Straßen so aussehen, dass die Autos ungehindert durch die Straßen fahren und parken, wo sie parken wollen, sodass letztendlich keine ehrliche Umwidmung des Straßenraums eintritt. Wenn solche Routen schon nicht komplett für den MIV gesperrt werden sollen, sollte dort zumindest grundsätzlich Schritttempo und ein Überholverbot gelten.

Weiter heißt es:

Die Bewertung soll durch einen Facharbeitskreis aus Verkehrsplaner*innen und weiteren Fachleuten erfolgen. In den Prozess sollen darüber hinaus die Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft, die Handwerkskammer, den Einzelhandelsverband, die Kölner Verkehrsbetriebe, die DEHOGA, Verkehrsverbände und ggf. weitere Institutionen eingebunden werden.

Im Hinblick auf einen beratenden, bewertenden Kreis aus Fachleuten ist unserer Meinung nach die Einbindung der Verkehrsverbände - zum Beispiel ADFC, VCD, Radkomm, FUSS e.V. und andere - zentral für das Vorgehen. Diese Verbände, die sich seit Jahren mit genau den vorliegenden Themen intensiv beschäftigen, können einen signifikanten Beitrag zum schnellen und umfassenden Gelingen des Vorhabens leisten; vor allem, da sie einen Perspektivwechsel ermöglichen und dadurch unterstützen, dass die in Punkt 1 formulierten Ziele tatsächlich zu erreichen sind.

Unserer Meinung nach ist es unerlässlich, hier, wie überall, die vorhandenen Kompetenzen aus der Kölner Zivilbevölkerung einzubinden und für ehrliche Bürgerbeteiligung zu sorgen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt auf den Verweisungsantrag der SPD in den Verkehrsausschuss abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Die PARTEI, Die KLIMA FREUNDE, die AfD-Fraktion und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag auf Verweisung abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag der LINKEN. Das sind DIE LINKE, Die PARTEI, Die KLIMA FREUNDE, die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Keine. Damit abgelehnt.

Ich lasse jetzt den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der SPD-Fraktion, der PARTEI, den LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT. Dann ist diesem Antrag zugestimmt. Damit ist er beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, den Tagesordnungspunkt 3.1.21 haben wir soeben behandelt.

I. Abstimmung über Verweisungsantrag in den Verkehrsausschuss

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD, den Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird in den folgenden Punkten geändert bzw. ergänzt (durchgestrichen bzw. im Fettdruck):

Der Rat setzt das Ziel, die Mobilitätswende in Köln voranzubringen: Der Verkehr in der Stadt Köln findet weitgehend durch die Verkehrsträger des Umweltverbundes statt, der MIV wird zukünftig eine untergeordnete Rolle einnehmen. Der Rat beauftragt die Verwaltung für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) ein neues Grundnetz zu definieren, mit dem Ziel, den vorhanden Straßenraum für den MIV deutlich zu reduzieren, um dem so gewonnen Straßenraum neuen Funktionen zuzuordnen. Der MIV soll nur noch auf diesem reduzierten Grundnetz leistungsfähig mit Priorität in die übergeordneten Ziele wie Veedel oder Zentren fahren können. Dies soll unter folgenden Kriterien und Maßgaben erfolgen:

1. *Basis sind die vorliegen Verkehrsbelastungszahlen, angepasst an die Ziele von KölnMobil 2025 und darüber hinaus: Der stadtweite Anteil des Umweltverbundes soll bis 2035 auf 75 Prozent und innerhalb der Innenstadt, sowie in den Bezirkszentren ~~von über 80 Prozent~~ auf bis zu 90 Prozent erhöht werden.*

   Bei den Pendlerverkehren (die nicht im Modal Split erfasst sind) soll ein weitgehender Umstieg vom MIV auf den Umweltverbund erzielt werden. Der ein- und auspendelnde MIV wird bis 2035 um die Hälfte reduziert.

2. *Um eine nachvollziehbare Umsetzbarkeit zu erreichen, wird das Stadtgebiet in*

Korridore eingeteilt, welche nacheinander einzeln betrachtet und bewertet werden. Der Verkehr in Köln ist dabei als Gesamtsystem zu betrachten.

3. *Besonders berücksichtigt werden dabei Liefer-, Wirtschafts-, Ziel- und Quellverkehre, sowie Durchgangs- und Pendlerverkehre.*

4. *Das Grundnetz soll die Radverkehrskonzepte berücksichtigen und sollte insbesondere dem Gelben Netz nicht entgegenstehen oder zum Rückbau von Radinfrastruktur führen. Der ÖPNV muss weiterhin sowohl auf dem Grundnetz als auch auf den restlichen Straßen funktionieren.*

   Bei Kreuzungen und Konflikten zwischen den Netzen haben die Verkehrsmittel des Umweltverbundes Priorität.

5. *Die Erreichbarkeit der Innenstadt für Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, wie z. B. Anwohnende, Handwerkerinnen und Handwerker, Lieferverkehre, Menschen mit Behinderung, Pflege- und Gesundheitsdienste bleibt erhalten.*

6. *Auf dem verbleibenden Grundnetz hat bis auf weiteres der MIV Priorität, auf allen anderen Straßen der Umweltverbund. Dort ist die Leistungsfähigkeit des Fuß- und Radverkehrs und des ÖPNV maßgeblich.*

7. *~~Verlässt der MIV das Grundnetz, kann er dort, wo es notwendig ist, untergeordnet den Stadtraum weiter mitnutzen. Der Durchgangsverkehr der Kernstadt wird dabei auf ein notwendiges Maß reduziert.~~ Der Verkehrsraum außerhalb des MIV-Grundnetzes wird weitgehend autoarm gestaltet. Durchgangsverkehr wird aus dem Stadtgebiet herausgehalten.*

8. *~~Straßen, die nicht Teil des Grundnetzes sind, sollen als Stadträume~~ Der öffentliche Raum soll als Stadtraum mit Aufenthaltsqualität weiterentwickelt werden und dabei dem neuen Anspruch an Leistungsfähigkeit oder der Anpassung an die Klimafolgen gerecht werden. Auch Straßen, die Teil des MIV-Grundnetzes sind, werden neu gestaltet, um Verbesserungen für Fuß- und Radverkehr und den ÖPNV zu erzielen.*

   Zur Schaffung von attraktiven Umsteigealternativen vom MIV auf den Umweltverbund werden diese Alternativen vor allem entlang der Strecken mit dem höchsten MIV-Aufkommen geschaffen.

9. *Die Bewertung soll durch einen Facharbeitskreis aus Verkehrsplaner*innen und weiteren Fachleuten erfolgen. In den Prozess sollen darüber hinaus die Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft, die Handwerkskammer, den Einzelhandelsverband, die Kölner Verkehrsbetriebe, die DEHOGA, Verkehrsverbände (wie VCD, ADFC, Pro Bahn), Umweltverbände, Betroffenenverbände (z.B. Behinderten- oder Seniorenverbände) und Gewerkschaften und ggf. weitere Institutionen eingebunden werden.*

10. *Um die Umsetzbarkeit über Korridore zu prüfen, wird die Verwaltung beauftragt zunächst 3 Korridore (zwei links- und einen rechtsrheinischen) zu identifizieren und entsprechend ausgearbeitete Vorschläge dem Verkehrsausschuss vorzulegen.*

11. *~~Um den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Politik Transparenz über den Umsetzungsstand zu ermöglichen, ist über den Fortschritt regelmäßig zu berichten.~~*

    Einwohnerinnen und Einwohner werden umfassend an den Verkehrsplanungen und der Neugestaltung des öffentlichen Raums beteiligt. Die Politik wird in Beratung und Beschlussfassung einbezogen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln abgelehnt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) ein neues Grundnetz zu definieren, mit dem Ziel, den vorhanden Straßenraum für den MIV deutlich zu reduzieren, um dem so gewonnen Straßenraum neuen

Funktionen zuzuordnen. Der MIV soll nur noch auf diesem reduzierten Grundnetz leistungsfähig mit Priorität in die übergeordneten Ziele wie Veedel oder Zentren fahren können. Dies soll unter folgenden Kriterien und Maßgaben erfolgen:

1. *Basis sind die vorliegen Verkehrsbelastungszahlen, angepasst an die Ziele von*

   KölnlnMobil 2025 und darüber hinaus: Der stadtweite Anteil des Umweltverbundes soll bis 2035 auf 75 Prozent und innerhalb der Innenstadt von über 80 Prozent auf bis zu 90 Prozent erhöht werden.

2. *Um eine nachvollziehbare Umsetzbarkeit zu erreichen, wird das Stadtgebiet in Korridore eingeteilt, welche nacheinander einzeln betrachtet und bewertet werden.*

3. *Besonders berücksichtigt werden dabei Liefer-, Wirtschafts-, Ziel- und Quellverkehre.*

4. *Das Grundnetz soll die Radverkehrskonzepte berücksichtigen und sollte insbesondere dem Gelben Netz nicht entgegenstehen oder zum Rückbau von Radinfrastruktur führen. Der ÖPNV muss weiterhin sowohl auf dem Grundnetz als auch auf den restlichen Straßen funktionieren.*

5. *Die Erreichbarkeit der Innenstadt für Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, wie z. B. Anwohnende, Handwerkerinnen und Handwerker, Lieferverkehre, Menschen mit Behinderung, Pflege- und Gesundheitsdienste bleibt erhalten.*

6. *Auf dem verbleibenden Grundnetz hat bis auf weiteres der MIV Priorität, auf allen anderen Straßen der Umweltverbund. Dort ist die Leistungsfähigkeit des Fuß- und Radverkehrs maßgeblich.*

7. *Verlässt der MIV das Grundnetz, kann er dort, wo es notwendig ist, untergeordnet den Stadtraum weiter mitnutzen. Der Durchgangsverkehr der Kernstadt wird dabei auf ein notwendiges Maß reduziert.*

8. *Straßen, die nicht Teil des Grundnetzes sind, sollen als Stadträume mit Aufenthaltsqualität weiterentwickelt werden und dabei dem neuen Anspruch an Leistungsfähigkeit oder der Anpassung an die Klimafolgen gerecht werden.*

9. *Die Bewertung soll durch einen Facharbeitskreis aus Verkehrsplaner*innen und weiteren Fachleuten erfolgen. In den Prozess sollen darüber hinaus die Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft, die Handwerkskammer, den Einzelhandelsverband, die Kölner Verkehrsbetriebe, die DEHOGA, Verkehrsverbände und ggf. weitere Institutionen eingebunden werden.*

10. *Um die Umsetzbarkeit über Korridore zu prüfen, wird die Verwaltung beauftragt zunächst 3 Korridore (zwei links- und einen rechtsrheinischen) zu identifizieren und entsprechend ausgearbeitete Vorschläge dem Verkehrsausschuss vorzulegen.*

11. *Um den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Politik Transparenz über den Umsetzungsstand zu ermöglichen, ist über den Fortschritt regelmäßig zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, AfD und der Gruppe Die PARTEI sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT Köln zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Lorenz

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

3.1.22 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., Volt und der Gruppe GUT betreffend „Ehemalige KHD Hauptverwaltung, Mülheimer Str. 147 - 149; Ausübung des besonderen Vorkaufsrechts nach § 25 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB“

AN/1488/2021

Von wem wird das Wort gewünscht? - Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen! Es gibt wohl kaum ein Thema, das so konstant auf fast jeder Tagesordnung der Ratssitzung gestanden hat wie das Thema Otto-Langen-Quartier. Das zeigt die

Brisanz und die Wichtigkeit, die die Vorgänge um dieses Gelände haben. Vor einigen Wochen ist dann, was das KHD-Hauptgebäude angeht, das passiert, worauf wir im Grunde gewartet haben.

Nachdem der Eigentümer einen Direktverkauf an die Stadt abgelehnt hat, gibt es jetzt einen anderen, einen dritten Käufer. Gemäß der von uns beschlossenen Vorkaufssatzung kann die Stadt nun doch zum Zuge kommen. Einmal mehr den politischen Willen zum Vorkaufsrecht zu bekräftigen, ist Ziel dieses Antrags, und gleichzeitig auch den Beschluss aus dem Stadtentwicklungsausschuss zu bekräftigen, eine Beteiligungsstruktur für die Entwicklung des Gesamtgeländes umzusetzen. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Recktenwald.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Martin hat es schon gesagt: Dieses Thema war schon häufig hier im Rat und auch im Stadtentwicklungsausschuss Thema, und es gab immer eine große Einigkeit zwischen den Fraktionen zu diesem Thema. Trotzdem hat sich natürlich in letzter Zeit, gerade durch die Räumung, ein gewisses Ohnmachtsgefühl auch bei uns eingestellt. Jetzt gibt es, Gott sei Dank, die Möglichkeit, Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Deshalb möchte ich, stellvertretend für meine Fraktion, heute auch noch einmal die Gelegenheit nutzen, die eindringliche Bitte an die Verwaltung loszuwerden, alle Anstrengungen zu unternehmen, um hier das Vorkaufsrecht zu nutzen und das Gelände zu erwerben.

(Beifall bei der SPD)

Aber selbst dann stehen wir noch ganz am Anfang. Ziel muss doch hier ganz klar sein, das Gelände als Ganzes zu entwickeln, also auch mit dem Teil von NRW.URBAN, und dabei die Akteure vor Ort mit einzubeziehen. Daher richte ich meinen Appell heute an die Verwaltung und hoffe doch, dass unsere Bemühungen hier am Ende zum Erfolg führen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort dazu gewünscht? - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von unserer Seite möchte ich noch einmal klar bekräftigen, dass wir den städtischen Teil - oder den Teil, der jetzt privat verkauft worden ist - gerne per Vorkaufsrecht über die Stadt erwerben wollen, um hier das Konzept, was gemeinsam vorgesehen ist für die Entwicklung dieses Gebietes, auch entsprechend umsetzen zu können. Denn dieses Konzept zeigt einmal neue Wege auf, aber auch eine hochwertige städtebauliche Entwicklung.

Wir wollen außerdem, dass die Stadt Köln über eine ihrer Töchter dieses Areal, was zurzeit noch auf der Landesseite ist, klar erwerben kann, um eine Gesamtrealisation in diesem Gebiet erreichen zu können. Dafür setzen wir uns als CDU nicht nur in Köln, sondern auch in Düsseldorf ein, damit hier eine echte städtebauliche Chance genutzt werden kann und wir auch den Künstlern von raum13 an der Stelle eine weitere gute Entwicklung ermöglichen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke meinen Vorrednerinnen und Vorrednern. Ich habe eben mit sehr großer Freude Ihre letzten Worte, Herr Petelkau, zur Kenntnis genommen, dass sie nämlich auch nach wie vor dazu stehen, dass wir auch mit Blick auf das Gelände, was im Hinterland liegt, das NRW.URBAN-Gelände, Anstrengungen unternehmen, damit wir in Besitz dieses Geländes kommen.

Das überrascht mich, dass das so deutlich von Ihnen gekommen ist. Dafür möchte ich mich auch ganz herzlich bedanken. Das steht ja heute nicht in dem Antrag. Wir haben das deswegen auch nicht in den Antrag aufgenommen, weil wir dachten, da kriegen wir heute keinen Konsens. Wir wollen hier heute ein breites Bündnis. Wir

kommen bestimmt noch einmal ins Gespräch bezüglich des NRW.URBAN-Geländes.

Mit den Aussagen von Ihnen heute freue ich mich, wenn man dazu kommt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird das Wort gewünscht von Volt oder GUT? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Nur kurz vom Platz aus: Wir sind natürlich dem Antrag auch gerne beigetreten, weil wir sehr gerne natürlich diesen breiten Willen weiterhin aufrechterhalten wollen oder mittragen wollen, das Gelände zu kaufen.

Wenn man das jetzt allerdings wortwörtlich liest, könnte man auch etwas stutzig werden. Daher möchte ich eine Frage an die Verwaltung richten. Der Rat bekräftigt ja seinen Willen, das Gelände zu erwerben. In der Begründung heißt es auch - ich weiß, die Begründung ist nicht Teil des Beschlusses -, dem soll nachgekommen werden.

Jetzt ist das ja eine Willenserklärung sozusagen. Ich möchte wissen, wie die Verwaltung damit umgeht. Es geht ja auch darum, dass da jetzt eine Frist abläuft. Wird die Verwaltung dann einsteigen in die Realisierung der Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes. Also wird sie es kaufen? Oder ist es nur eine Willensbekräftigung des Rates?

Denn wir könnten ja eigentlich drei Wörtchen austauschen. Statt „bekräftigt seinen Willen“ könnten wir schreiben: „beauftragt die Verwaltung“. Daher würde ich vor Abstimmungen dann doch gerne wissen, wie die Verwaltung mit diesem Beschluss umgehen wird, und was für eine Möglichkeit wir haben, falls die Verwaltung sagen sollte: Nein, wir kaufen doch nicht.

Wann haben wir dann noch Zeit, als Rat - da wird ja auch immer der Hauptausschuss ins Spiel gebracht -, dann doch noch einen Beschluss herbeizuführen, der ganz klar sagt: Wir kaufen, Punkt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Direkt dazu, Frau Blome, bitte.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Klarstellung: Dass wir das Vorkaufsrecht ausüben sollen, hat der Rat schon mehrmals bekräftigt. Wir sind auch als Verwaltung mitten im Verfahren. Im Verfahren sind wichtig und federführend das Liegenschaftsamt und das Amt für Stadtentwicklung.

Das Prozedere ist beschrieben im Baugesetzbuch, im Abschnitt Gesetzliche Vorkaufsrechte, §§ 24 bis 28. Dort ist ganz genau geregelt, wie das zu laufen hat, weil es sich ja da um einen doch erheblichen Eingriff in das Eigentumsrecht - ich sage mal, einen enteignungsgleichen Eingriff - handelt.

Im § 27 ist die Abwendung des Vorkaufsrechts geregelt.

> Der Käufer kann die Ausübung des Vorkaufsrechts abwenden, wenn die Verwendung des Grundstücks nach den baurechtlichen Vorschriften [usw.] (…).

Also sprich, wenn er sich verpflichtet - Sie können das alles nachlesen - die städtebaulichen und stadtentwicklungspolitischen Ziele, die wir ja dezidiert beschreiben, umzusetzen.

Zunächst läuft jetzt erst einmal das Verfahren zur Anhörung des Eigentümers. Das läuft jetzt. Die Frist kennen wir sehr genau. Der Rat muss uns nicht sagen, dass wir das machen sollen. Wir sind schon mitten dabei. Aber es ist mir jetzt im Moment wichtig, Sie noch einmal darauf hinzuweisen, dass der Käufer auch ein Recht auf eine Abwendungsvereinbarung hat nach dem Baugesetzbuch. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, ist damit Ihre Fragestellung aufgenommen, oder soll Frau Blome das noch einmal konkretisieren?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Dann doch noch eine Konkretisierung: Wie erfährt der Rat, zu welchem Zeitpunkt, wenn der Investor das abwenden möchte? Wie können wir dann agieren und sagen: Nein, nein, wir wollen einfach jetzt kaufen? Ist das dann ein Rechtsstreit, der sich androht, oder können wir dann noch einmal Handlungsanweisungen oder Empfehlungen geben?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Der Rat - und vor allen Dingen auch die Verwaltung, aber auch der Rat - ist an Recht und Gesetz gebunden. Hier geht es um verbriefte Rechte eines Eigentümers, die durch einfachen Ratsbeschluss nicht einfach aufgehoben werden können. Man müsste sich dann in einen Rechtsstreit hineinbegeben, über dessen Implikationen sicher die Rechtsdezernentin dann zum richtigen Zeitpunkt Auskunft geben kann. Das kann ich nicht. Aber das ist genauso vorgesehen, dass es dieses Recht auf eine Abwendung auch gibt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kollegen! Sie werden festgestellt haben, dass die FDP-Fraktion heute nicht als Mitantragsteller auf diesem Antrag steht. Dies nicht nur, weil er inhaltlich im Grunde vollkommen überflüssig ist, weil er nur das bekräftigt, was schon Beschlusslage des Rates oder des Stadtentwicklungsausschusses ist, und Sie auch gehört haben, dass die Verwaltung schon in diese Richtung arbeitet.

Aber ich möchte einen anderen Aspekt hineinbringen in die Debatte. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt. Weil wir heute hier etwas unter Sondermaßnahmen tagen, ist der nicht verteilt worden. Sie können ihn in Ihrem Mandatos nachlesen. Ich kann ihn aber auch gerade vorlesen:

> Der Rat der Stadt Köln fordert die Stadtverwaltung auf, unverzüglich Verhandlungen mit dem Käufer der KHD-Hauptverwaltung Jamestown aufzunehmen, um zu eruieren, inwieweit er bereit ist, die städtischen Ziele zur Umnutzung des Otto-Langen-Quartiers (siehe Mitteilung 2038/2021) umzusetzen und welche inhaltlichen, zeitlichen und finanziellen Auswirkungen eine Einbindung des Investors für das weitere Verfahren hat. Dem Hauptausschuss am 19. Juli 2021 ist ein entsprechender Bericht mit einem Verfahrensvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Das ist ungefähr ja auch das, was Frau Blome jetzt Anhörung nennt. Ich würde das etwas konstruktiver entsprechend angehen, weil wir natürlich mit Jamestown hier nicht irgendeine Heuschrecke haben, vor der wir vielleicht immer Angst gehabt haben, irgendjemanden, bei dem man nicht weiß, wo das nachher landet. Sondern er ist ein Bestandshalter, der erfolgreich gezeigt hat, wie er mit Industriebrachen umgeht, wie er sie einer neuen Nutzung zuführen kann.

Ich bin zufällig in einem Objekt von ihm gewesen, in Boston. Da muss ich noch nicht, dass es von Jamestown ist. Das ist eine alte Lagerhalle im Hafen, über 100 Jahre alt, die entsprechend umgenutzt worden ist und die ein gutes Beispiel dafür gibt. Er hat in Gesprächen bereits signalisiert, dass er sich vorstellen kann, die städtischen Ziele weitgehend entsprechend mit umzusetzen.

Wir hätten natürlich damit einen Partner für diesen, um hier einen urbanen Stadtbaustein zu schaffen, der die Prozesse wesentlich professioneller, wesentlich schneller und für den städtischen Haushalt wesentlich günstiger - weil wir privates Kapital aktivieren würden - umsetzen kann.

Seien Sie bitte ehrlich, welche Vorstellungen wir haben, wenn die Stadt selbst das entwickelt, wie viele Jahre das brauchen wird. Gucken Sie sich Projekte an, die lange nicht so groß sind wie das, was wir hier haben, und wie schwer sich die Stadtverwaltung damit entsprechend tut.

Und es gibt - das hat Frau Blome jetzt nicht gesagt - jetzt die Anhörung des Investors, aber es gibt ja auch noch ein Recht des Alteigentümers. Das gibt es auch noch. Der kann auch noch sagen: Nein, liebe Stadt Köln, so haben wir nicht gewettet, wir kommen mit dem Preis zum Beispiel nicht entsprechend klar; ich trete von dem Kaufvertrag zurück. Und dann tut sich Jahre gar nichts mehr an dieser Stelle.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Und das blockiert alles, was wir für Mülheim Süd wollen. Ich glaube auch, dass die Chancen für den zweiten Teil - deswegen ist das natürlich wichtig, Herr Weisenstein, dass wir den zweiten Teil von NRW.URBAN entsprechend bekommen; und deswegen habe ich mich über die Ausführungen von Herrn Petelkau gar nicht so sehr gewundert, dass wir an den zweiten Teil auch entsprechend kommen - mit einem solchen Investor im Rücken wesentlich größer sind, als wenn wir es als Stadt Köln entsprechend versuchen.

Von daher setzen wir das als Änderungsantrag hier, um ein Zeichen zu setzen, nicht noch einmal das zu beschließen, was der Rat und der Stadtentwicklungsausschuss längst beschlossen hat, sondern ein Signal zu senden, dass wir einen Weg möglicherweise mit dem Investor gehen, um hier professioneller, schneller und günstiger für die öffentliche Hand einen Fortschritt in diesem wichtigen Quartier zu bekommen.

Von daher würde ich mich freuen, wenn Sie sich unserem Änderungsantrag anschließen. Weil das, was Sie heute beschließen, haben wir schon beschlossen, das brauchen wir nicht. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die FDP, Herr Wortmann, die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Ursprungsantrag auf. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, 3.1.21 haben wir behandelt, sodass wir jetzt in der Tagesordnung weitergehen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der Rat möge den Beschlussvorschlag durch folgende Formulierung ersetzen:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Stadtverwaltung auf, unverzüglich Verhandlungen mit dem Käufer der KHD-Hauptverwaltung Jamestown aufzunehmen, um zu eruieren, inwieweit er bereit ist, die städtischen Ziele zur Umnutzung des Otto-Langen-Quartiers (siehe Mitteilung 2038/2021) umzusetzen und welche inhaltlichen, zeitlichen und finanziellen Auswirkungen eine Einbindung des Investors für das weitere Verfahren hat. Dem Hauptausschuss am 19. Juli 2021 ist ein entsprechender Bericht mit einem Verfahrensvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung von Frau Oberbürgermeisterin Reker abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

1. *Der Rat bekräftig seinen Willen das ehemalige Verwaltungsgebäude des KHD-Geländes, Mülheimer Str. 147 - 149 in Köln-Kalk im Wege der Ausübung des besonderen Vorkaufsrechts nach § 25 Absatz 1 S. 1 Nr. 2 BauGB zu erwerben (siehe Beschluss AN/0234/2021 vom 04.02.2021).*

2. *Der Rat bekräftigt den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses von 17.06.2021, dass beim weiteren Verfahren und der weiteren Entwicklung des Otto-Langen-Quartiers -*

   neben der fachlichen Begleitung (Ständige Jury) - auch eine Beteiligungsstruktur zu entwickeln ist, die es ermöglicht Politik und Akteurinnen vor Ort (insbesondere

   Vertreterinnen des „Deutzer Zentralwerks der Schönen Künste“) einzubinden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

3.1.23 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und die Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend "#draussentanzen #getthepartystarted: Veranstaltungen in diesem Sommer in Köln draußen ermöglichen ..."

AN/1516/2021

Anmerkung:
Gemeinsame Beratung mit TOP 3.1.12 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Prüfauftrag -

Elfer Ring - Aufenthaltszonen zur Freizeitgestaltung", AN/1384/2021 und TOP 3.1.21 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verschärfte Corona-Maßnahmen überprüfen – Veranstaltungen und Partys unter den Bedin-gungen der Corona-Pandemie ermöglichen", AN/1468/2021.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe gemäß § 4 der Geschäftsordnung die Anfragen auf.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-vertretungen

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Angriffe auf Kölner Ordnungskräfte nehmen zu – welche Gegenmaßnahmen hat die Stadt im Sinn?“

AN/0997/2021

Antwort der Verwaltung vom 11.06.2021

1693/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Die Nachfragen werden schriftlich beantwortet. Ich bitte darum, diese einzureichen, wenn es sie gibt.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Sachstand „Masterplan Quartiersgaragen“„

AN/0985/2021

Antwort der Verwaltung vom 22.06.2021

2294/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Anfrage der FDP-Fraktion ist beantwortet. Die Antwort liegt vor, Nachfragen schriftlich.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Bürger*innenhaushalt wiederbeleben“

AN/1413/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2340/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „E-Scooter – ein R(h)einfall?“

AN/1461/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2377/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.5 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „E-Scooter im Rhein“

AN/1458/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2367/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.6 Anfrage der Volt betreffend „Konditionen für den preisgedämpften Wohnraum“

AN/1475/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2379/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.7 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Systemischer Hitzeaktionsplan für Köln“

AN/1473/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die kurzfristig eingegangene Anfrage kann erst zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

4.8 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt betreffend „Sachstand: Öffentliche Toiletten“

AN/1478/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2376/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.9 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Arbeitszeitmodelle der Stadtverwaltung Köln nach Corona“

AN/1477/2021

Antwort der Verwaltung vom 24.06.2021

2374/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

4.10 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Fördermittel für die Stadt Köln“

AN/1479/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier ist leider keine geschäftsordnungsgemäße Anfrage eingereicht worden, Frau Gabrysch, sondern eine Vielzahl von Anfragen, die so nicht akzeptiert werden.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE] nickt.)

Das wissen Sie aber schon, gut. Danke schön.

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag keine geschäftsordnungskonforme Anfrage vor. Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

4.11 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten bei Anmeldungen von Versammlungen“

AN/1480/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das gleiche gilt für diesen TOP. - Damit hätten wir die Viererpunkte erledigt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag keine geschäftsordnungskonforme Anfrage vor. Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann sind wir bei Tagesordnungspunkt

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier gibt es eine unmittelbare Ratsvorlage, meine Damen und Herren.

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3.1 Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Klimawende Köln - 100 % Ökostrom bis 2030“

2242/2021

Herr Zimmermann. - Nein, er möchte nicht sprechen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 26 Absatz 2 Satz 7 Gemeindeordnung NRW fest, dass das Bürgerbegehren „Klimawende Köln - 100% Ökostrom bis 2030“ mit der Fragestellung

> *„Soll die Stadt Köln im Rahmen ihrer Unternehmensbeteiligung darauf hinwirken, dass die RheinEnergie AG und deren Tochterunternehmen spätestens ab 2030 nur Strom aus erneuerbaren Energien liefern, wobei sie diesen selbst in eigenen Anlagen produzieren, im Rahmen von Stromlieferverträgen aus veröffentlichen Anlagen erwerben oder im Rahmen von Mieterstrommodellen zur Verfügung stellen?“*

mit Ausnahme der Voraussetzungen des § 26 Absatz 4 Gemeindeordnung NRW (Unterschriftenquorum) zulässig ist.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind bei Tagesordnungspunkt

6 Ortsrecht

Ich komme zu den Satzungen, meine Damen und Herren.

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)

0329/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt, dass die SVK-Stadtkonferenz zukünftig auch sachkundige Einwohner*innen für die Fachausschüsse des Rates vorschlagen darf, in denen die Themen Allgemeine Verwaltung sowie Digitalisierung, Wirtschaft und Gleichstellung behandelt werden.*

2. *§ 23 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Köln wie folgt geändert:*

   (4) Die SVK-Stadtkonferenz kann Mitglieder als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in den für Soziales, Gesundheit, Verkehr, Kultur, Sport, Umwelt, Stadtentwicklung, Jugend, Schule und Weiterbildung, Bauen, Wohnen, Anregungen und Beschwerden, Digitalisierung, Wirtschaft, Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellung zuständigen Fachausschüssen vorschlagen. Hierfür schlägt die SVK-Stadtkonferenz aus ihrer Mitte je ein Mitglied und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter für den Verhinderungsfall vor. Auf Vorschlag der SVK-Stadtkonferenz wählt der Rat diese gem. § 58 Abs. 4 GO in die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.1.2 Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung an das Wohnraumstärkungsgesetz NRW

1658/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Mit Inkrafttreten des Wohnraumstärkungsgesetzes NRW (WohnStG NRW) zum 01.07.2021 werden Änderungen maßgeblicher Rechtsgrundlagen für den Erlass und die Inhalte kommunaler Satzungen zum Wohnraumschutz wirksam.

Daher beschließt der Rat in Anbetracht des fortbestehenden erhöhten Wohnungsbedarfs in Köln und im Interesse der Rechts- und Planungssicherheit den Erlass der als Anlage beigefügten Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung) mit Gültigkeit vom 01.07.2021 bis zum 30.06.2026.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Rahmenplanung Braunsfeld/Müngerdorf/Ehrenfeld hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirates zur Umsetzung der Rahmenplanung

1745/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie BV 4 Anlage 3, BV 3 Anlage 4, StEA Anlage 5. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Abstimmungsergebnis in der Fassung der Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld) vom 31.05.2021 (Anlage 3), der Bezirksvertretung 3 (Lindenthal) vom 14.06.2021 (Anlage 4) und des Stadtentwicklungsausschusses vom 17.06.2021 (Anlage 5)

Beschluss:

Der Rat beschließt eine Anpassung der Geschäftsordnung des Beirats zur Umsetzung der Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld gemäß Anlage 1, um künftige Sitzungen des Beirats bei Vorliegen sachlicher Gründe digital durchführen zu können.

Über die vorgeschlagenen Änderungen hinaus, wird die Geschäftsordnung wie folgt angepasst:

In Ziffer 2 Absatz 4:

(4) Außerdem gehören di~~e Bezirksvorsteherin bzw. der Bezirksvorsteher~~ Bezirksbürgermeisterin bzw. der Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks 3 Lindenthal und die~~ Bezirksvorsteherin bzw. der Bezirksvorsteher~~ Bezirksbürgermeisterin bzw. der Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks 4 Ehrenfeld dem Beirat mit beratender Stimme an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zur haushaltsrechtlichen Unterrichtung des Rates.

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

2029/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist eine Kenntnisnahme.

7.2.1 Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung

1531/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Auch das ist eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2.2 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

2173/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldung? - Keine. Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin bei den überplanmäßigen Aufwendungen.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0108 und Teilergebnisplan 0903

0977/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von insgesamt 834.000 €, hiervon 742.000 € im Teilergebnisplan 0108, Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten und 92.000 € im Teilergebnisplan 0903, Grundstücksbezogene Basisinformationen, Grundstücksordnung und Wertermittlung im Haushaltsjahr 2020. Der Betrag ist ausschließlich in der Teilplanzeile 14, bilanzielle Abschreibungen angefallen. Es handelt sich um nicht zahlungswirksamen Mehraufwand.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

8.2 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2020

1298/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von insgesamt 1.347.000 € im Teilergebnisplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2020.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2020 durch Wenigeraufwendungen in Höhe von 1.347.000 € im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu den allgemeinen Vorlagen, meine Damen und Herren.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Bedarfsfeststellung für die Landtagswahl 2022

0372/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den Gesamtbedarf zur Durchführung der Landtagswahl 2022 in Höhe von 5.867.700 EUR an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit WLAN

1105/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den Bedarf für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit Breitbanddienst und WLAN in Höhe von 1.666.481 Euro Brutto an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.3 Umsetzung Einzelhandels und Zentrenkonzept Hier: Zentrenbudget - Erhöhung des Budgetrahmens 2021

1166/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Aktualisierung von „Konzept und Förderrichtlinie zur Aktivierung privater Initiativen in Geschäftszentren – Zentrenbudget“ rückwirkend zum 01.01.2021. Als Beitrag zur Bewältigung der Folgen der Coronakrise beschließt der Rat die Anhebung des maximalen Förderbetrags von bisher 2.974 € auf 5.949 € sowie eine Absenkung des Eigenanteils der Antragsteller von bisher 50 % auf 20 % bis Ende 2021. Ab 2022 gelten wieder die bisherigen Förderbedingungen (maximaler Förderbetrag in Höhe von 2.974 € und 50 % Eigenanteil des Antragstellers), sollte kein anderslautender Beschluss erfolgen.*

2. *Der Rat beschließt als Beitrag zur Bewältigung der Folgen der Coronakrise im Haushaltsjahr 2021 gem. § 8 (1) der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2021 eine vom Hpl. 2020/2021 abweichende Verwendung von Zuschussmitteln im Teilergebnisplan 0902 – Stadtentwicklung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen und damit die Erhöhung des in 2021 veranschlagten Zuschusses für Zentrenentwicklung / Einzelhandel von rd. 26.500 € auf nunmehr 100.000 €. Die Deckung der Mehraufwendungen i.H.v. rd. 73.500 € wird durch eine budgetneutrale Umschichtung im Teilplan 0902 – Stadtentwicklung bei der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sichergestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderrichtlinie zeitlich befristet bis zum 31.12.2021 anzupassen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.4 Finanzielle Entschädigung für die Tätigkeit in Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungsgesellschaften

0276/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stimmt den Grundsätzen der finanziellen Entschädigung für die Tätigkeit in Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungsgesellschaften entsprechend Ziff. IV der Begründung dieser Vorlage zu.

Er beauftragt die Verwaltung, die Vergütung jeweils zum Ende einer Wahlperiode für die Folgeperiode entsprechend der Inflationsentwicklung fortzuschreiben und die Zuordnung der Beteiligungsgesellschaften nach Größenklassen zu überprüfen und erforderlichenfalls zu aktualisieren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.5 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser über § 16i SGB II – Erweiterung der Maßnahme

3694/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Verwaltung die Maßnahme zur Unterstützung

Langzeitarbeitsloser in folgendem Umfang umsetzen kann:

a. Begleitung der Vollkräfte durch die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB) für die Unterstützung der Bürgerämter und der Feuerwehrschule (Zeitraum: 01.03.2021-28.02.2023) mittelfristiges Mittelvolumen insgesamt: 363.198,13 Euro

b. Verlängerung von bis zu 18 Arbeitsverträgen nach §16i SGB II Corona bedingt auf fünf Jahre; mittelfristiger Eigenanteil bzw. mittelfristiges Mittelvolumen insgesamt: 998.721,67 Euro

c. Verlängerung der bisherigen 60 Stellen um ein Jahr bis zum 31.12.2025, mittelfristiges Mittelvolumen insgesamt: max. 255.764,49 Euro

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung AfD-Fraktion zugestimmt.

10.6 Mehrgenerationen Haus Lindweiler 2021

0733/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt und unterstützt die Teilnahme des „Sozialen Zentrum Lino-Club e.V." an dem Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus ab 2021 bis 2028.

Weiterhin beschließt der Rat bei einer Teilnahme des Sozialen Zentrums mit dem Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler an dem Bundesprogramm, dass:

- *der Träger aus dem Förderzuschuss für die Jugendeinrichtung 10.000 € p.a. als kommunalen Beitrag für das Bundesprogramm verwenden darf.*
- *das Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler (Stadtteilzentrum Lindweiler) weiterhin, wie schon von 2014 bis 2020, in die kommunalen Planungen bzw. Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses eingebunden wird (s. Integriertes Handlungskonzept (IHK) Lindweiler / Ratsbeschluss (2404/2014) vom 16.12.2014.*
- *das Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler in die kommunalen Aktivitäten zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger eingebunden wird.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung AfD-Fraktion zugestimmt.

10.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Jahresabschluss 2020

1828/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Uns hat sich bei diesem Tagesordnungspunkt die Frage gestellt: Wir haben es ja mit dem Jahresabschluss der StEB zu tun. Der weist einen Gewinn von rund 25 Millionen Euro aus. Wenn ich das richtig sehe, dann ist das konstitutive Element von Gebühren, dass es dem Kostendeckungsprinzip folgt. Das heißt, die Kosten sollen und werden gedeckt durch die Gebühren der Bürger, aber es ist keine Gewinnerzielungsabsicht vorgesehen.

25 Millionen finde ich, ist ein Betrag, bei dem man schon einmal die Frage stellen könnte und sollte: Gehört dieses Geld nicht zurückerstattet an die Gebührenzahler, also an die Haushalte mit Entwässerungsanschluss?

Das sind immerhin - wenn man jetzt einmal die 560.000 Haushalte nimmt - in Köln rund 45 Euro pro Haushalt. Also unsere Frage ist: Wieso wird hier nicht entweder die Abwassergebühr gesenkt oder das Geld sogar über eine Rückzahlung den Bürgern wieder zugemessen? - Danke.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem in der Begründung dargestellten Beschlussvorschlag zur Feststellung des Jahresabschlusses der

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR für das Wirtschaftsjahr 2020 zu.

Weiterhin stimmt der Rat der Stadt Köln dem Beschlussvorschlag zur Ergebnisverwendung zu:

Gewinnausschüttung für das Wirtschaftsjahr 2020

Jahresüberschuss 2020 23.671.153,24 €

Entnahme aus der Kapitalrücklage +2.234.875,60 €

Vorabgewinnausschüttung an die Stadt Köln - 0,00 €

Bilanzgewinn zum 31.12.2020 25.906.028,84 €

Zuführung zur Gewinnrücklage im Geschäftsjahr 2021 - 934.514,00 €

(davon ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag 2020 934.514,00 €)

Zwischensumme 24.971.514,84 €

Thesaurierung Ergebnis der Betriebe gewerblicher Art - 170.957,09 €

Gewinnausschüttung in 2021 für 2020 in Höhe von 24.800.557,75 €

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Die Nachfrage von RM Boyens wird schriftlich beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Frage würden wir gern schriftlich beantworten, Herr Boyens. Sie wird Ihnen zugehen.

Weitere Wortmeldungen zu 10.7? - Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.8 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Anpassung des Medienetats der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln für das Jahr 2021

1877/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme „Anpassung des Medienetats der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln für das Jahr 2021“ aus der Kulturentwicklungsplanung.

Gleichzeitig beschließt der Rat für die Umsetzung der Maßnahme überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 50.000 im Teilergebnisplan 0409 – Kunst- und Museumsbibliothek / Rheinisches Bildarchiv, in Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen, im Haushaltsjahr 2021. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ebenfalls im Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.9 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung hier: Besucherstrukturanalyse für den Museumsstandort im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung (KEP)

1900/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme Intensivierung von Marketingmaßnahmen durch die einzelnen Häuser und ein gemeinsames Standortmarketing aus der Kulturentwicklungsplanung. Konkret wird eine Besucherstrukturanalyse umgesetzt.

Gleichzeitig beschließt der Rat für die Umsetzung der Maßnahmen überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 77.350 € im Teilergebnisplan 0411 – Museumsdienst, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im

Haushaltsjahr 2021. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.10 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung
hier: Ausbau der Online-Collections durch die Entwicklung einer zentralen Basiskomponente

1931/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 5).

10.11 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung
hier: Ausbau der Online-Collections und Schaffung anderer digitaler Zugänge wie Multimediaguides

1929/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.10 entfällt, ebenso 10.11.

10.12 Weiterführung der Programme zur digitalen Bildung – MINTköln Festival der Stadtbibliothek

0559/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Weiterführung von Workshop- und Programmangeboten zur digitalen und gesellschaftlichen Bildung im Kontext MINT - besonders für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene und Familien.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.13 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung, hier: Umgestaltung der Stadtteilbibliothek Nippes im Rahmen der Neueinrichtung/Sanierung von Stadtteilbibliotheken

1757/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Stadtbibliothek mit der Umsetzung der folgenden Maßnahme aus der Kulturentwicklungsplanung (KEP)

- *Umgestaltung der Stadtteilbibliothek Nippes im Rahmen der Neueinrichtung/Sanierung von Stadtteilbibliotheken*

Im Haushalt 2020/2021 stehen Mittel für die Kulturentwicklungsplanung zur Verfügung. Die Maßnahme soll mit insgesamt 25.000 € im Jahr 2021 aus diesem Budget finanziert werden. Der KEP-Lenkungskreis hat die Maßnahme befürwortet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.14 Bestellung des Geschäftsführenden Direktors Stefan Englert zum Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters

1676/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt Herrn Stefan Englert weiterhin bis zum 31.08.2028 zum Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.15 Leitbild für Kulturelle Teilhabe und Vielfalt

1503/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.15 entfällt.

10.16 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum hier: 2. Ausbaustufe

0309/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 1, AVR Anlage 2 und StEA Anlage 3. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Abstimmung in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 08.06.2021 (Anlage 1), des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 14.06.2021 (Anlage2) und des Stadtentwicklungsausschusses vom 17.06.2021 (Anlage3)

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung die notwendigen Schritte zur Umsetzung einer 2. Ausbaustufe zur Erweiterung der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum in die Wege zu leiten. Diese 2. Ausbaustufe soll ein Volumen von insgesamt 1.000 Ladepunkten (das entspricht 500 Ladesäulen) haben, die in den Jahren 2022 bis 2024 zu errichten sind. Hierzu soll wiederum eine Direktvergabe an die Stadtwerke Köln GmbH (SWK) auf Basis des bestehenden Vertrags erfolgen, die neben der Planung und Errichtung der Ladepunkte (einschließlich der erforderlichen verkehrstechnischen Anpassungsarbeiten im Straßenraum) auch deren Betrieb und deren Vermarktung umfasst. Zur eigentlichen Beauftragung wird dem Rat, nach den notwendigen Verhandlungen mit der SWK, eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt. Diese Beschlussvorlage wird auch die Kostenauswirkungen für die Stadt, die erst nach dem vorliegenden Grundsatzbeschluss ermittelt werden können, umfassen.*

2. *Die Einrichtung von Lademöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum erfolgt anhand der im verabschiedeten Standortkonzept festgelegten Kriterien (vgl. Beschluss zur Vorlagen-Nr. 3677/2018), insbesondere auch unter Berücksichtigung von Verkehrssicherheitsaspekten und der konfliktfreien Gestaltung mit dem Rad- und Fußverkehr. Auf dieser Basis soll in der 2. Ausbaustufe zudem für die Stadtgesellschaft, die Wirtschaft und die Politik die Möglichkeit bestehen, Vorschläge für Ladestationsstandorte zu machen. Diese Vorschläge werden innerhalb des Planungsprozesses auf Umsetzbarkeit geprüft. Die endgültige Entscheidung über die Umsetzung treffen die jeweils zuständigen Bezirksvertretungen, für die die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der SWK entsprechende Vorlagen vorbereiten wird.*

3. *Die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Ladesäulenanzahl auf die einzelnen Stadtbezirke erfolgt grundsätzlich anhand der jeweiligen Anteile der Einwohner*innen an der Kölner Gesamtbevölkerung. Die Beschlussfassung über die Verteilung der den Bezirken zugewiesenen Standorte auf die einzelnen Stadtteile obliegt den Bezirksvertretungen.*

4. *Da gerade im Innenstadtbereich kaum noch Flächen für die Errichtung von Ladestationen im öffentlichen Straßenraum zur Verfügung stehen, beauftragt der Rat die Verwaltung mit externer Hilfe Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die die Einrichtung von Lademöglichkeiten in den innerstädtischen Parkhäusern unterstützt. Zudem soll systematisch untersucht werden, ob Ladeeinrichtungen an den künftigen Mobilstationsstandorten, den Park-and-Ride-Anlagen sowie auf städtischen Grundstücken mit öffentlicher Nutzung außerhalb des Straßenlands eingerichtet werden können.*

5. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, parallel zur Umsetzung der nächsten Ladestationsbaustufe die Erstellung eines Konzepts vorzubereiten, in dem untersucht wird, wie die Ladeinfrastruktur, für die sich die Stadt verantwortlich zeichnet oder auf die sie Einfluss nehmen kann, mittel- bis langfristig, also*

nach der Umsetzung der in den Punkten 1. bis 4 beschriebenen Ausbaustufe, nachfragegerecht weiterentwickelt werden sollte. Hierbei sind u. a. eine Gesamtanalyse des aktuellen und künftigen Ladeinfrastrukturbedarfs vorzunehmen sowie Möglichkeiten aufzuzeigen, in welcher Form die im öffentlichen Raum benötigte Ladeinfrastruktur künftig errichtet werden kann. Zudem müssen die Wettbewerbssituation zwischen verschiedenen Ladestrom- und Infrastrukturanbietern betrachtet und die rechtlichen Rahmenbedingungen der Ladeinfrastruktureinrichtung und des -betriebs im öffentlichen Raum auf Handlungsspielräume hin überprüft werden, um die für Köln optimalen Entwicklungsbedingungen identifizieren zu können. Die Verwaltung wird versuchen, für die Vergabe der Studie Fördermittel einzuwerben. Die konkrete Beauftragung zur Ausschreibung der Konzepterstellung wird in Abhängigkeit einer solchen Förderung und der dann abschätzbaren Kosten den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

*Die Verwaltung wird gebeten, ein Informations-/Fachgespräch mit der RheinEnergie und den Vertreter*innen der politischen Gremien durchzuführen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.17 Fahrplanwechsel 2021 - Überarbeitung des Busnetzes im Kölner Westen

0540/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 3, Finanzausschuss Anlage 4. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 08.06.2021 (Anlage 3) und des Finanzausschusses vom 21.06.2021 (Anlage 4):

1. *Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung dargelegten Maßnahmen zum Busangebot der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) im Kölner Westen aus. Die Umsetzung erfolgt zeitlich gestaffelt.*

   Die planmäßige Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass sich die zur Einrichtung erforderlichen Beschaffungsvorgänge trotz der aktuellen Coronakrise zeitgerecht durchführen lassen.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit den Angebotserweiterungen im Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen. Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i. H. v. 20.400 Euro für 2021, 940.000 Euro für 2022, 1,543 Mio. Euro für 2023, 1,46 Mio. Euro für 2024 sowie 1,36 Mio. Euro für 2025 ff wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was potenziell zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen kann.*

   Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastungen wird jeweils um ein Jahr verzögert und damit auf die Jahre 2022-2026 prognostiziert.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob in der 2. Stufe das Krankenhaus Hohenlind auch sonntags über die Linie 136 angebunden werden kann, sofern der Bedarf gegeben ist.

Darüber hinaus wird um Prüfung gebeten, ob in der 2. Stufe die Betriebszeiten der Buslinie 143 in das Gewerbegebiet Marsdorf bis 23 Uhr verlängert werden können, sofern der Bedarf gegeben ist.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.18 Fahrplanwechsel 2021 - Anbindung der Ausweichquartiere des Bezirksrat-hauses Rodenkirchen

0680/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat spricht sich auf Basis des Beschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 15.06.2020 (vgl. Vorlagen-Nr. 1515/2020) für*

die kurzfristige Umsetzung des in der Begründung beschriebenen alternativen Fahrangebotes von der Haltestelle „Rodenkirchen Bf." entlang des Linienwegs der Linie 130 bis zum Ausweichquartier an der Industriestraße 161 zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021, aus.

Die planmäßige Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass sich die zur Einrichtung erforderlichen Beschaffungsvorgänge trotz der aktuellen Coronakrise zeitgerecht durchführen lassen.

2. *Das alternative Fahrangebot soll aufgrund der hohen Betriebskosten schnellstmöglich durch die Buslinie 130 ersetzt werden. Daher spricht sich der Rat dafür aus, dass die Verwaltung die notwendigen Abstimmungen zur Verlängerung der Buslinie 130 bis zum Standort an der Industriestraße durchführt. Die Verwaltung legt zur Verlängerung der Buslinie 130 eine entsprechende Beschlussvorlage vor.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit der Angebotserweiterung im Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen.*

   Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i.H.v. 56.000 Euro für 2021 und 150.000 Euro ab 2022 ff. wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was potenziell zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen kann. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird auf das Jahr 2022 prognostiziert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.19 Beschluss zur Erweiterung der P+R-Anlage an der Haltestelle Weiden West

0825/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 2, Finanzausschuss Anlage 4. Gegenstimmen? - Von Ratsgruppe GUT und KLIMA FREUNDE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 08.06.2021 (Anlage 2) und des Finanzausschusses vom 21.06.2021 (Anlage 4):

1. *Der Rat beschließt, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) mit der Planung und der baulichen Umsetzung der Erweiterung der P+R-Anlage an der Haltestelle Weiden West auf rund 1.280 Stellplätze nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA) zu beauftragen.*

2. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass mit diesem Ratsbeschluss die (Folge-)Kosten der Erweiterung der P+R Anlage Weiden West mit in den ÖDLA aufgenommen werden.*

   Der zusätzlich entstehende Verlust der KVB i. H. v. voraussichtlich 0,9 Mio. € ab Mitte 2024 ff. wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen. Dies kann zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird für das Jahr 2025 prognostiziert.

   Die KVB AG wird darüber hinaus gebeten

   - *zusammen mit der RheinEnergie zu prüfen, ob und wie Photovoltaik-Anlagen installiert werden können,*
   - *bedarfsgerecht ausreichende Ladepunkte einzurichten und*
   - *zu prüfen, ob eine einfache Fassadenbegrünung möglich ist.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT Köln zugestimmt.

10.20 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz

3956/2019

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 4 mit dem

Hinweis, dass der Passivhausstandard überall dort umgesetzt wird, wo es technisch noch möglich ist. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 08.06.2021 (Anlage 4) mit dem Hinweis, dass der Passivhausstandard überall dort umgesetzt wird, wo dies technisch möglich ist:

Der Rat stimmt dem Standort für die Errichtung eines neuen Busbetriebshofs in Köln Porz, Kaiserstraße 127 zu.

Im Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung, zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse vom 09.07.2019 zu den Vorlagen-Nr. 1215/2019 und 1103/2019 (Busnetz dauerhaft und Busnetz interim in 2019) zu veranlassen, dass die KVB den für die Unterstellung der benötigten zusätzlichen Fahrzeuge erforderlichen zusätzlichen Busbetriebshof Köln Ost realisiert. Die vom Rat bereits beschlossenen Busnetzerweiterungen sind Bestandteil des am 01.01.2020 in Kraft getretenen Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA). Die für den Busbetriebshof Ost erforderlichen Aufwendungen sind über den ÖDLA ausgleichsfähig.

Ergänzung:

Für die Entwicklung des Geländes sind folgende Punkte erforderlich

- *Die gesamte Fläche wird nach dem Projekt Grün hoch 3 entwickelt. Hierbei ist insbesondere auf eine Entsiegelung von Flächen und geringstmögliche Versiegelung zu achten. Dort, wo keine Solargewinnung auf den Dächern stattfindet, soll eine Dachbegrünung erfolgen. Die Außenwände sind zu begrünen entsprechend dem Projekt Grün hoch 3.*
- *Sämtliche zu errichtenden Bauten sind mindestens nach dem Passivhausstandard zu errichten, besser noch nach dem Passivhaus-Plus Standard.*

Auf den Ladetraversen werden Photovoltaik-Anlagen eingerichtet.

Die KVB AG wird gebeten zusammen mit der RheinEnergie zu prüfen, ob auf dem Gelände weitere Photovoltaik-Anlagen installiert werden können.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.21 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Beschaffung von 615 Parkscheinautomaten 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes

0928/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 615 Parkscheinautomaten mit Gesamtkosten in Höhe von 3.075.000 € fest und beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich der Umsetzungsbeschlüsse der Bezirksvertretungen zur Einrichtung neuer Bewohnerparkgebiete – das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.*
2. *Der Rat beschließt die Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2021 zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 in Höhe von 1.510.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.22 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Beschaffung eines Mobilitäts Cockpits Köln – innovativ – integrativ – intelligent (MoCKiii) zum Aufbau eines verbesserten Verkehrsmanagements

1544/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt den Bedarf für die Beschaffung*

eines Mobilitäts Cockpits Köln – innovativ – integrativ – intelligent (MoCKiii) zum Aufbau eines verbesserten Verkehrsmanagements mit Kosten in Höhe von 2.000.000 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme.

2. *Der Rat beschließt zur Finanzierung der o. g. Maßnahme gem. § 83 GO NRW für das Haushaltsjahr 2021 die außerplanmäßige Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 383.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der neuen Finanzstelle 6400-1201-0-0013, Erweiterung Verkehrsrechner, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im o. g. Teilfinanzplan bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1088, Ost-West-Achse (Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen).*

   Darüber hinaus beschließt der Rat ebenfalls für das Haushaltsjahr 2021 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 1.617.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022-2024 (638.000 € in 2022, 489.500 € in 2023 und 489.500 € in 2024) im gleichen Teilfinanzplan und gleicher Teilplanzeile bei der neuen Finanzstelle 6400-1201-0-0013, Erweiterung Verkehrsrechner. Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigungen im gleichen Teilfinanzplan zu Lasten der Finanzstelle 6601-1201-0-1088, Ost-West-Achse (Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen).

3. *Der Rat beschließt die auf vier Jahre befristete Zusetzung einer projektseitig geförderten Stelle (beabsichtigt in der Entgeltgruppe 14 TVÖD) für das auftraggeberseitige Projektmanagement.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.23 Kölner Lebenslagenbericht

0615/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mir nicht sicher, ob alle hier im Saal sich durch die 360 Seiten des Kölner Lebenslagenberichtes durchgekämpft haben. Klar ist, den Bericht kann man aus ganz unterschiedlicher Perspektive betrachten. Je nach Perspektive fällt das Fazit unterschiedlich aus. Aus Sicht der Sozialverbände ist der Bericht ein gefundenes Fressen. Aus Sicht eines Haushalts- und Finanzpolitikers ist der Bericht ein Albtraum. Aus Sicht eines Sozial- und Integrationspolitikers ist der Bericht eine Bankrotterklärung.

Gefundenes Fressen für die Sozialverbände? - Nun, der Lagebericht liefert die Begründung frei Haus für jede Menge weiterer Streetworker, Sozialbetreuer, Integrations- und Fortbildungskurse, und, und, und.

Er ist ein Albtraum für die Haushalts- und Finanzpolitiker. Denn das alles will ja bezahlt werden. Wir wissen, ein UMA beispielsweise kostet die Stadt pro Monat 6.800 Euro. Wir haben ja vorhin gehört: 22 Prozent entweichen dann plötzlich. Corona hat große Löcher in die Kassen gerissen. Deshalb haben wir schlichtweg das Geld für diese Programme nicht.

Und es ist letztlich eine Bankrotterklärung für die Integrations- und Sozialpolitiker. Wir müssen konstatieren: Wenn Sie diesen Sozialbericht, diesen Lebenslagenbericht gelesen haben, über die einzelnen Viertel, -

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Lesen Sie den!)

- Frau Heuser, dann kommen Sie zu dem Schluss, dass die Integration in ganz vielen Fällen in Köln gescheitert ist.

Der türkische Generalkonsul, der sich neulich vorgestellt hat - ich weiß nicht, wer das Interview mit ihm in der Zeitung gelesen hat - hat ein zentrales Problem ganz wichtig benannt. Er hat nämlich darauf hingewiesen, dass 37 Prozent der türkischstämmigen Menschen in Köln zwischen 20 und 34 Jahren keine Ausbildung haben, über keine Ausbildung verfügen.

Und noch einmal, das sind ja Menschen; gerade die Türken stehen uns ja kulturell noch deutlich näher als andere Zuwanderer und leben hier über viele Generationen, häufig in der zweiten und dritten Generation. Wenn in dieser Bevölkerungsgruppe 37 Prozent über keine Ausbildung verfügen, dann darf uns das nicht einfach kaltlassen.

(Beifall bei der AfD)

Nehmen Sie andere Problemgruppen. Noch einmal: Sie weigern sich, diese Dinge zur Kenntnis zu nehmen und sie wahrzunehmen.

Wir haben in einer der letzten Sitzungen über die 1065 Roma gesprochen, aus den Westbalkanstaaten, die ausreisepflichtig sind, jetzt mit einem Riesenaufwand zwangsintegriert werden sollen und sich in der Regel durch folgende Eigenschaften auszeichnen: Sie sind seit über acht Jahren in Deutschland; sie sprechen kein Deutsch; sie haben keinen Schulabschluss; Schulschwänzer, Analphabetismus, und so weiter.

Meine Damen und Herren, jeden Euro, den wir hier investieren, werden wir nicht wiedersehen. Was wir hier investieren, ist Scheitern mit Ansage. Jeder, der hier heute in Köln den Lebenslagenbericht formal zur Kenntnis nimmt, sollte wissen, worum es sich hierbei in Wirklichkeit handelt: Es ist eine Bankrotterklärung von 40 Jahren gescheiterter Einwanderungs- und Integrationspolitik!

Es ist zugleich ein finanzpolitischer Albtraum, ein Albtraum, der unseren Kindern und Kindeskindern als zukünftigen Steuerzahlern erhebliche Lasten aufbürdet. Nachhaltig ist das auf keinen Fall. Jedes Ratsmitglied, das diesen Bericht heute hier formal zur Kenntnis nimmt, sollte sich dessen gewahr sein. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Bauer-Dahm, Sie haben das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen! Ich bitte darum, zu beschließen wie der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren, dass aber die Anregungen der BVen bitte als Input an die Verwaltung wahrgenommen und festgehalten werden. Selbiges gilt natürlich auch für etwaige Anregungen der Stadt-Arbeitsgemeinschaften und des Integrationsrats, dass eben nichts davon untergeht, aber beschließen bitte wie der ASSS. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der SPD das Wort dazu gewünscht? - Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Nein. Dann hat Herr Detjen jetzt das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren, ich hatte mich eigentlich nicht melden wollen zu dem Tagesordnungspunkt. Aber die Rede der AfD finde ich unerträglich. Das muss ich ganz klar sagen.

(Beifall)

Ich möchte mich ausdrücklich bedanken bei der Verwaltung, dass wir diesen Lebenslagenbericht bekommen haben. Es sind sehr viele Anregungen für die Sozialpolitik, die dort anstehen.

Wir müssen doch eines sagen: Wir sind in Köln in der Sozialpolitik gegenüber anderen Städten etwas weiter, und zwar im positiven Sinne, weil wir diese Sozialräume geschaffen haben. Das ist ein ganz klarer Weg, den wir weitergehen müssen. Der Lebenslagenbericht gibt viele Anhaltspunkte, wo wir noch verbessern können.

Das wird Geld kosten. Aber darüber werden wir uns hier unter den demokratischen Parteien unterhalten, wie wir das am besten machen. Da brauchen wir auch nicht die AfD, die immer so tut, als ob sie für die kleinen Leute ist, aber hier und heute gehetzt hat gegen arme Leute und deren Interessen nicht wahrnehmen will. Das, muss ich sagen, finde ich unerträglich.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, Sie sind jetzt schon zum Platz gegangen, aber Herr Boyens hatte noch eine Nachfrage. Lassen Sie diese zu?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nein!)

Stephan Boyens (AfD): Es ist keine Nachfrage, es ist eine Replik. Ich glaube, ich kann darauf antworten, Frau Oberbürgermeisterin.

(Zurufe: Nein! - Das gibt es nicht! - Es gibt keine zweite Runde hier!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke nicht, denn Sie haben eben gesprochen, und Ihre Redezeit war abgelaufen. Wenn Sie keine Nachfrage haben, können Sie Ihre Redezeit nicht verlängern. - Dann machen wir eine zweite Rederunde, okay. - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Herr Detjen, ein getroffener Hund bellt. Noch einmal: Wir haben hier nicht gehetzt, wir haben Tatsachen beschrieben. Wir haben unangenehme Wahrheiten ausgesprochen. Das sind Dinge, die uns allen zu denken geben müssen. Und noch einmal: Wenn Sie damit ein Problem haben und damit nicht umgehen können, ist das Ihre Sache.

Aber es kann uns nicht egal sein, wenn wir diese schweren sozialen Verwerfungen, dieses mangelnde Integrieren von gewissen Gruppen hier feststellen nach vielen Jahrzehnten. Das ist der Punkt. Daran müssen wir arbeiten. Darauf muss jemand hinweisen. Und das sind wir in diesem Haus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Boyens, wenn Sie sich da aus diesem Bericht nur etwas herauspicken, was Ihnen gerade in Ihr Konzept passt, dann können Sie das gerne so lesen. Wir lesen den ganz anders. Uns bringt der in der Sozialpolitik weiter - das zum Thema. Wir lassen uns von Ihnen nicht in so eine Hetzecke stecken.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Akude hat das Wort.

Dr. John Akude (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Sehr geehrte Zuschauer zu Hause! Ich habe heute zum zweiten oder dritten Mal immer wieder diese Tiraden der AfD auf Mitbürger und Mitbürgerinnen mit internationaler Familiengeschichte gehört. Es gefällt mir nicht so sehr, dass dieses Thema das erste Thema ist, das ich hier ansprechen sollte. Aber ich denke, es ist an die Zeit, dass ich etwas dazu sage.

Man schmeißt mit der Statistik herum, als wäre es eine gottgegebene Wahrheit. Es mag stimmen, dass 37 Prozent der Türken - zweite, dritte Generation, egal - keine Ausbildung haben. Aber die wichtigere soziale Frage ist: Warum?

(Beifall)

Und das ist das Problem. Das ist das Problem, dass viele von uns mit diesem Lebenslagenbericht haben, dass Dinge gesagt wurden, wie sie sind, ohne zu sagen, warum sie sind, wie sie sind. Und für uns als Entscheidungsträger ist dieses „Warum“ das Wichtigste, denn von dort aus kann man die politischen Maßnahmen ergreifen, um das zu bekämpfen.

Ich möchte noch hinzufügen: Integration mag gescheitert sein. Aber es ist nicht das Scheitern der zu Integrierenden. Es ist nicht das Scheitern der Leute, die hierhergekommen sind, sondern das Scheitern der Mehrheitsgesellschaft. Ihr habt versagt, Leute, die hierhingekommen sind, zu integrieren.

(Beifall)

Ich bin auch ein Flüchtling. Kein Mensch geht in eine Gesellschaft, ohne Bereitschaft, sich in diese Gesellschaft zu integrieren. Jeder, der irgendwann migriert ist - Weißer, Schwarzer, Grüner, Brauner, ist egal -, wenn du gezwungen bist, deine Heimat zu verlassen und irgendwohin zu gehen, um dort zu leben, bringst du enorme Bereitschaft mit, dich zu integrieren; sogar mehr Bereitschaft als die Leute, die dort geboren sind. Diese Dinge sind wissenschaftlich bewiesen. Ich sage es nur nicht hier, weil ich auch ein Migrant bin. Es ist ein Versagen der Mehrheitsgesellschaft.

Viele von uns sind hier, und wir wollen helfen, dass es mit diesem Versagen aufhört, so dass wir unseren Beitrag zu Deutschland leisten können. Wir mögen schwarz sein. Wir mögen irgendwoher kommen. Aber wer hier denkt, er würde Deutschland mehr lieben als einige von uns, der macht einen riesigen Fehler.

(Beifall)

Wir sind bereit, für dieses Land zu kämpfen, und wir sind bereit, für dieses Land zu sterben. Dieses Land hat manchen von uns Dinge gegeben, die unsere Geburtsländer nicht geben können. Deswegen lieben wir es, und deswegen respektieren wir es. Aber wir wollen auch teilhaben. Und wir wollen Chancen. Und wir werden niemanden enttäuschen, der uns diese Chancen gibt.

Also bitte, es ist besser, für Deutschland, für die ganze Welt, dass ihr diese Haltung ändert. Es ist eine Haltung, die ins Verderben führt. Das habt ihr irgendwann schon einmal versucht in der Vergangenheit. Und jeder weiß, wozu das geführt hat. - Danke.

(Anhaltender Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Wenn ich jetzt beschließen lasse wie Sozialausschuss, dann weise ich darauf hin, dass der Sozialausschuss oder der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren der Vorlage unverändert zugestimmt hat. Wir können das natürlich als Protokollnotiz aufnehmen, Herr Bauer-Dahm, was Sie uns noch an Anregungen mitgegeben haben. Einverstanden? - Gut.

Dann lass ich jetzt beschließen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist der Lebenslagenbericht so zur Kenntnis genommen. Vielen Dank.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt den 1. Kölner Lebenslagenbericht 2020 zur Kenntnis.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Basis der Erkenntnisse des Lebenslagenberichts über Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Lebenslagenbereichen mit der Verstetigung und dem Ausbau einer integrierten, strategischen Sozialplanung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
RM Bauer-Dahm bittet die Verwaltung, die Anregungen aus den vorberatenden Gremien miteinzubeziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

10.24 Wirtschaftsplan 2021 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1243/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Abs. 1 Buchst. b der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i.V.m. § 4 Buchst. b der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021 in der beigefügten Fassung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10.25 auf.

10.25 Mehrkostenbeschluss Fachraumerneuerung für die Mikrobiologieräume Berufskolleg 16, Kartäuserwall 30, 50676 Köln

1297/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die zusätzlichen Einrichtungs- und Baukosten für die Fachraumerneuerung der Mikrobiologieräume in der oberen Etage im D-Trakt für das Berufskolleg 16, Kartäuserwall 30, 50676 Köln in Höhe von rund 338.000 € zur Kenntnis und stimmt der Fortführung der Baumaßnahme, vorbehaltlich der Zustimmung des ASW, zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr rund 2,08 Mio. € statt rund 1,74 Mio. €.

Die konsumtiven Mehrkosten für die Haustechnikgewerke in Höhe von rund 223.000 € werden im Haushaltsjahr 2021 aus veranschlagten Mitteln des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert.

Die Finanzierung der investiven Mehrkosten für die Einrichtung in Höhe von rund 115.000 € erfolgt im Haushaltsjahr 2022 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei

Finanzstelle 4016-0301-1-5005 BK 16 Kartäuserwall, FR Mikrobiologie.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.26 Zuständigkeitsübertragung der Linie SB 60 für die Streckenabschnitte auf Kölner Gebiet auf die Stadt Bonn

1607/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Die Stadt Köln überträgt der Stadt Bonn durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung die Aufgabe und Befugnisse der zuständigen Behörde für die Abschnitte der Schnellbuslinie SB 60 auf Kölner Stadtgebiet. Die Verwaltung wird ermächtigt, die dazu erforderliche Vereinbarung mit der Stadt Bonn abzuschließen und zur Genehmigung bei der Bezirksregierung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.27 Baubeschluss für die Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße, Platz 1 (an der Schule)

1608/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie BV 7 Anlage 6 und Finanzausschuss Anlage 7. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Bezirksvertretung Porz (Anlage 6) vom 17.06.2021 und des Finanzausschusses vom 21.06.2021 (Anlage 7):

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Entwurfsplanung und Kostenberechnung mit der Durchführung der Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße, Platz 1 (an Schule) in Köln-Porz. Diese beinhaltet u.a. den Bau von einem Großspielfeld aus Kunststoffrasen, weitere Sportmöglichkeiten und den Neubau eines Umkleide- und Sanitärgebäudes.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 4.286.764,28 € brutto. Aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ sind Fördermittel in Gesamthöhe von 2.600.000,00 € (245.000,00 € Voruntersuchung und Planung, 2.355.000,00 € Generalsanierung) bewilligt. Der noch erforderliche Eigenanteil beträgt für die Stadt Köln voraussichtlich 1.686.764,28 €.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Umsetzung der Maßnahme im Haushaltsjahr 2021 eine überplanmäßige Bereitstellung investiver Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 2.355.000,00 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-7-5216 (Sportanlage Humboldtstraße, Platz 1 - KRP). Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlung in gleicher Höhe im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 4050-0301-0-6013 (Gute Schule 2020).

Zudem beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2021 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 1.686.764,28 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung / Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5201-0801-7-5216 Sportanlage Humboldtstraße, Platz 1 KRP. Die Deckung erfolgt durch entsprechend geringere Verpflichtungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201-Straßen, Wege, Plätze zu Lasten der Finanzstelle 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, da sich die Umsetzung der Maßnahme zeitlich verzögert.

Der Rat beschließt die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 2.355.000,00 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5201-0801-7-5216 Sportanlage Humboldtstraße, Platz 1 KRP.

Im Zuge der Neuplanung soll geprüft werden wie sich bestehende Stellplätze, die über der Berechnung des tatsächlichen Stellplatzbedarfs umwandeln lassen in

- Abstellmöglichkeiten für Lastenfahrräder, Fahrräder, Car-sharing Anbieter,

oder

- entsiegelte Naturfläche

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.28 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung des Perlengrabens zwischen Blaubach und der Severinsbrücke im Stadtbezirk Innenstadt sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

1747/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 8 und Finanzausschuss Anlage 9. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 08.06.2021 (Anlage 8) und des Finanzausschusses vom 21.06.2021 (Anlage 9):

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Generalinstandsetzung des Perlengrabens zwischen Blaubach und der Severinsbrücke mit Gesamtkosten in Höhe von 3.301.000 €.*

2. *Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 3.072.500 € für die Generalinstandsetzung des Perlengrabens im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2021.*

3. *Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 1302 – Wasser und Wasserbau – in Höhe von 228.500 € bei der Finanzstelle 6904-1302-0-2505, Hochwasserverschlusssystem Perlengraben, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2021.*

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

Die Umsetzung des "Radverkehrskonzept Innenstadt" aus dem Jahr 2016 muss während Bauarbeiten berücksichtigt und mitgedacht werden.

Zur kurzfristigen Verbesserung der Situation für Radfahrende wird als Maßnahme die vereinfachte und direkte Auffahrt in ausreichender Breite auf die Severinsbrücke aus der Ulrichgasse umgesetzt.

Langfristiges Ziel muss es sein, den Radverkehr möglichst direkt von und auf die Severinsbrücke zu führen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.29 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Zusestraße 47, 50859 in Köln-Lövenich zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

1692/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung eines städtischen Gymnasiums mit 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II mit 3-fach Turnhalle am Standort Zusestraße 47, 50859 Köln-Lövenich zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet am 01.08.2022 mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf.*

   Es handelt sich hierbei ausschließlich um den Beschluss zur schulrechtlichen Errichtung. Die Thematik Schulhausmeister, -sekretariat, -sozialarbeiter sowie die Einrichtung der Schule in gesonderter Form durch die zuständigen Gremien werden nachgelagert beschlossen.

2. *Der Rat der Stadt Köln passt seinen Beschluss vom 18.05.2017 (1123/2017) dahingehend an, als dass das zum Schuljahr 2017/18 in der Neuen Sandkaul in*

Widdersdorf gestartete Gymnasium nicht in das Schulgebäude Zusestraße umzieht, sondern dauerhaft am Standort in Widdersdorf verbleibt. Der Beschluss vom 18.05.2017 ist damit als schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Neue Sandkaul in Widdersdorf auszulegen. Da zum Zeitpunkt der Beschlussfassung im Mai 2017 noch nicht absehbar war, ob und wie lange das Gymnasium in der Neuen Sandkaul verbleiben kann, was aber nunmehr gesichert ist, hatte der Rat den Standort in Widdersdorf auf Vorschlag der Verwaltung zunächst als Interim betrachtet und einen Umzug nach Lövenich vorgesehen.

3. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass das Gymnasium in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als gebundene Ganztagsschule geführt wird.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die schulrechtliche Errichtung, Inbetriebnahme und den Schulbetrieb des Gymnasiums Zusestraße zum Schuljahr 2022/23 bereitzustellen.*

5. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschluss-fassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.*

6. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.30 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Aachener Str. 744-750 in Köln-Müngersdorf zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

1748/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums am Standort Aachener Straße 744-750, 50933 Köln-Müngersdorf zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet am 01.08.2022 mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass das Gymnasium in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als gebundene Ganztagsschule geführt wird.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die schulrechtliche Errichtung, Inbetriebnahme und den Schulbetrieb des Gymnasiums Aachener Straße 744-750 ab dem Schuljahr 2022/23 bereitzustellen.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.*

5. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.31 Baubeschluss Rettungswache Worringen

3039/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Neubaus der Rettungswache Worringen auf dem Grundstück St.-Tönnis-Str. 60-62 in Worringen (Gemarkung 4965 Worringen, Flur 96, Flurstück Nr. 1060) mit Gesamtkosten von 4.264.107 €.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Abriss des Bestandsgebäudes St.-Tönnis-Straße 62 mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 19.000 €.*

3. *Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2021 außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 3.664.234 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022 und 2023 (2.574.000 € in 2022 und 1.090.234 € in 2023) im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 3701-0212-6-5535 „Neubau Rettungswache Worringen". Zur Ablösung der vorgenannten Verpflichtungsermächtigungen werden im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. entsprechende Auszahlungsermächtigungen bei Finanzstelle 3701-0212-6-5535 in den Haushaltsjahren 2022 ff. eingeplant.*

   Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch eine in 2021 veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung im gleichen Teilfinanzplan bei Finanzstelle 3701-0212-0-0100 „Kraftfahrzeuge" in Höhe von 3.090.234 € bzw. bei Finanzstelle 3703-0212-0-0100 „Kraftfahrzeuge" in Höhe von 574.000 €. Durch Verzögerungen in der Beschaffung werden die dort veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen nicht in voller Höhe benötigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.32 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung von 10 Löschfahrzeugen Logistik (LF-L) aufgrund von Fahrzeugtypenänderungen (Fahrzeug-Soll/Ist-Vergleich) der Feuerwehr Köln

3254/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stimmt den Fahrzeugtypenveränderungen des Fahrzeug Soll/Ist-Vergleiches zu, und damit einer Kostensteigerung von 2.471.000 € gegenüber den ursprünglich geplanten Ersatzbeschaffungen.*

2. *Der Rat stimmt dem dargestellten Bedarf zur Neu- bzw. Ersatzbeschaffung von 10 Löschfahrzeugen LF-Logistik in Höhe von brutto 4.910.000 € brutto zu.*

3. *Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2021 die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4.910.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022 und 2023 (2.910.000 € in 2022 und 2.000.000 € in 2023) im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3701-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge.*

   Zur Ablösung der vorgenannten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 4.910.000 € werden im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. entsprechende Auszahlungsermächtigungen bei Finanzstelle 3701-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge in den Haushaltsjahren 2022 ff. eingeplant.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.33 Grünzug Chorweiler Nord - Wegebau

3065/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Umweltausschuss Anlage 6, Finanzausschuss Anlage 7. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün vom 04.06.2021 (Anlage 6) und des Finanzausschusses vom 21.06.2021 (Anlage 7):

1. *Die Bezirksvertretung Chorweiler nimmt den Entwurf der Wegebaumaßnahme im Grünzug Chorweiler Nord zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme mit Gesamtkosten von 905.000 €.*

2. Der Rat beschließt die Freigabe einer Auszahlungsermächtigung im Teilfinanzplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen, in Höhe von 566.646 € bei der Finanzstelle 6700-1301-6-1017 Grünzug Chorweiler Nord Wegebau FW, Hpl. 2020/2021.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2021 zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 in Höhe von insgesamt 310.000 € im Teilfinanzplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6700-1301-6-1017 Grünzug Chorweiler Nord Wegebau FW. Die Deckung erfolgt durch eine veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe im gleichen Teilfinanzplan bei Finanzstelle 6700-1301-0-1001 Inn.Grüngürtel/Eifelwall Parkst.Süd FW.

Aus Klimaschutz- und Klimaanpassungsgründen wird der Bau eines wassergebundenen Weges mit einer Breite von max. 3,50 m empfohlen. Zusätzlich wird die Verwaltung gebeten, die Pflanzung weiterer Bäume zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.34 Fortführung der Ausbildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern bei der Berufsfeuerwehr Köln

3628/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*1. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des Ratsbeschlusses 2445/2017 vom 28.09.2017 im Rahmen der Sicherstellungsverpflichtung gemäß § 6 Abs. 1 RettG NRW damit, die Ausbildung von Notfallsanitäter*innen an der Berufsfachschule für Notfallsanitäter*innen der Berufsfeuerwehr Köln fortzusetzen und den Schulbetrieb sukzessive auf vier Klassen pro Jahr (insgesamt zwölf Klassen) auszubauen. Parallel werden die in den Rettungsdienst der Stadt Köln eingebundenen Leistungserbringer / Hilfsorganisationen weiterhin durch eigene Ausbildungsangebote bei der Ausbildung von Notfallsanitäter*innen unterstützen.*

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Kosten für die Notfallsanitäterausbildung gemäß § 14 Abs. 3 RettG NRW zwar grundsätzlich als Kosten des Rettungsdienstes gelten, jedoch die seitens der Verwaltung angestrebte 100%-ige Refinanzierung nicht erreicht wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.35 Radsportzentrum NRW

1559/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. befürwortet den Umbau des heute offenen Radstadions (Albert-Richter-Bahn) zu einer ganzjährig nutzbaren und beheizten Halle zwecks Errichtung eines neuen Bundes- und Landesstützpunktes Radsport mit einem für weitere Sportarten nutzbaren Innenraum mit einem Gesamtkostenvolumen von 60,4 Mio. Euro. Dafür wurden der Kölner Sportstätten GmbH als Eigentümerin des Radstadions und Bauherrin Landeszuschüsse in Höhe von 16,6 Mio. Euro und Bundeszuschüsse in Höhe von 3,4 Mio. Euro bewilligt.

2. stimmt zu, dass der Kölner Sportstätten GmbH ein Gesellschafterdarlehen für die Gesamtkosten (abzüglich der Zuschüsse und des Anteils für die Nutzung des Innenraums) in Höhe von bis zu 36,8 Mio. Euro gewährt wird.

3. stimmt der Zuwendung an die Kölner Sportstätten GmbH in Höhe von 3,6 Mio. Euro (verteilt auf die Haushaltsjahre 2021-2023

zu jeweils 1,2 Mio. Euro) für die Planung und den Umbau des Innenraums für eine multifunktionale Sportnutzung zu.

4. beschließt die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 1,2 Mio. Euro im Teilfinanzplan 0801 - Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 11 – Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen bei der Finanzstelle 5200-0801-0-AZ03 – Radstadion.

5. beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der Kölner Sportstätten GmbH nach Möglichkeiten zu suchen, einen höheren Vorsteuerabzug zu ermöglichen und die zu erwartenden Betriebskosten zu senken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Ruffen nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

10.36 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Sporthalle mit mindestens drei Sportübungseinheiten im Stadtbezirk Lindenthal

1894/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau einer Sporthalle mit mindestens drei Sportübungseinheiten zur Abdeckung des Schul- und Vereinssports insbesondere für den neuen Schulstandort einer weiterführenden Schule an der Aachener Straße 744-750 ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Bereich Lindenthal mit einem maximalen Entfernungsradius von 2 Kilometern Luftlinie um den Schulstandort zu finden. Das Grundstück muss für die Unterbringung von mindestens drei Sportübungseinheiten geeignet sein.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens zum Bau einer Sporthalle für den Stadtbezirk Lindenthal.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.

Nach Fertigstellung der Sporthalle soll diese entweder einschließlich Grundstück vom Investor beziehungsweise von der Investorin gekauft oder langfristig angemietet werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

10.37 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtbezirk Ehrenfeld

1893/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau einer Grundschule im Stadtbezirk Ehrenfeld ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Stadtteil Ehrenfeld zu finden, auf den sich der Suchradius beschränkt. Das Grundstück muss für die Unterbringung einer Grundschule (5 Züge Primarstufe) und einer Zweifachsporthalle geeignet sein.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens zum Bau einer 5-zügigen Grundschule mit einer Zweifachsporthalle für den Stadtbezirk Ehrenfeld.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.

Die Beteiligung der Bezirksvertretung Ehrenfeld wird vorab im Rahmen einer Dringlichkeitsvorlage eingeholt. Der Ausschuss Schule und Weiterbildung konnte nicht mehr rechtzeitig beteiligt werden und wird per Mitteilung über den Beschluss informiert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

10.38 Generalsanierung der Zentralbibliothek der Stadt Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln - Kostenfortschreibungsbeschluss

3520/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

AN/1486/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1512/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Zunächst frage ich die Grünen, ob dazu das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Dann beginnt Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir entscheiden hier im Rat heute über die Komplettauslagerung der Zentralbibliothek während des anstehenden Umbaus. Für die SPD-Fraktion begrüße ich diese Entscheidung der Verwaltung und sage: endlich.

Von Anfang an - und das heißt, seit September 2012 - diskutieren wir im Rat, ob sich diese wichtige und sinnvolle Maßnahme durchführen lässt. Während des regulären Betriebs auf einer Baustelle eine solche Umbaumaßnahme durchzuführen, erscheint für jeden, der den regulären Betrieb einer solchen Stätte kennt, nicht sinnvoll und auch nicht zielführend.

Nun ist also klar, dass die Zentralbibliothek für ihr wichtiges Bildungsangebot ein Interimsstandort bekommen soll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie die Maske bitte anziehen? - Danke schön. Oder Sie kommen nach vorne zum Rednerpult.

Maria Helmis (SPD): Ich bleibe hier, danke.

Das begrüßen wir sehr. Was unsere Fraktion aber wirklich irritiert, ist der Umgang der Bauverwaltung mit unseren berechtigten Fragen zur Bauausführung und zu den Kostenangaben, die wir im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft gestellt haben. Zunächst einmal vielen Dank für die Beantwortung zur heutigen Sitzung. Wir haben sie seit gestern vorliegen, und unsere Baufachleute halten sie für unvollständig und intransparent.

So werden von uns auch die regelmäßigen Sachstandsberichte der Bauverwaltung wahrgenommen. Die Berichte lassen jeglichen Blick in die Zukunft vermissen. Ein Blick in die Anlagen zur Vorlage zeigt, dass es nicht nur uns verwehrt blieb, sich korrekt und umfassend mit den Aussagen der Bauverwaltung zu befassen, sondern dass es auch den Rechnungsprüfungsamt so geht. Das RPA bezweifelt sogar, dass die notwendigen Beschlüsse zur kompletten Änderung der Innenarchitektur ordnungsgemäß eingeholt wurden.

Kurzum: Wir möchten dem laufenden Betrieb und der Sanierung nicht im Wege stehen. Wir möchten deswegen den Änderungsantrag der Grünen auch hier begrüßen und ihm zustimmen. Wir möchten aber, dass unsere offenen Fragen noch weiter beantwortet werden und dass die Punkte 1 und 2 in die nächste Sitzung der Gebäudewirtschaft geschoben werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort dazu gewünscht? - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist natürlich schön, wenn der Gebäudewirtschaftsausschuss beteiligt wird, aber der Kulturausschuss sollte natürlich auch beteiligt werden, wenn es noch einmal zum Aufruf der Tagesordnungspunkte 1 und 2 kommt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann hat jetzt Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt heute diese Vorlage schieben, brauchen wir unseren Änderungsantrag nicht einzubringen und zu begründen, denn der bezieht sich auf die betreffenden Punkte, die heute vertagt werden.

Wir haben die gleiche positive Haltung wie die SPD zu einer Komplettauslagerung. Das ist ein Segen für die Zentralbibliothek und war vor Jahren nicht möglich. Jetzt gibt es die Möglichkeit dazu.

Ich muss auch sagen: Auch die Änderung bei der Innenarchitektur - das neue Architektenbüro von Aat Vos - halten wir für eine sehr gute Wahl. Die Bezirksbibliothek in Kalk hat gezeigt, was für eine tolle Bibliothek dabei entstehen kann. Ansonsten würden wir den Beratungsbedarf, der angemeldet ist, gewähren. Da würden wir den anderen Fraktionen halt zustimmen.

Wie gesagt, den Änderungsantrag halten wir aufrecht. Den bringen wir dann neu ein, wenn die Vorlage neu eingebracht wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich das SPD-Ansinnen richtig verstanden habe, geht es ja darum, heute den Punkt 3 der Vorlage auf jeden Fall zu beschließen. Dazu haben wir ja auch einen Änderungsantrag noch eingebracht, der noch einmal klarmacht, dass, wenn ein Interimsstandort entsprechend gefunden wurde, uns dieser auch zur Beschlussfassung noch einmal vorgelegt wird.

Meine Frage an die Fachverwaltung wäre jetzt noch: Verschlägt es etwas, wenn wir die Punkte 1 und 2 heute nicht beschließen im weiteren Prozedere? Denn wir sind der Auffassung, dass wir auf jeden Fall diesen eingeschlagenen Weg weitergehen sollten und jetzt nicht noch weitere Schleifen daran machen. Wenn Sie sagen, dass die Vertagung der Punkte 1 und 2 mit den anderen beiden Schleifen nichts verschlägt und wir nun den Punkt 3 beschließen würden, würden wir uns dem natürlich nicht verschließen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Direkt dazu der Baudezernent, bitte.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zum einen bin ich etwas überrascht, dass die Fragen nicht auskömmlich beantwortet worden sind. Wir hatten vorab auch noch Informationsveranstaltungen interfraktionell gehabt. Aber das muss ich so akzeptieren, respektieren. Deswegen werden wir das natürlich nacharbeiten.

Zum Zweiten: Natürlich verschlägt es genau drei Monate, weil wir damit die Ausschreibung genau drei Monate später rausbringen. Aber ich stelle anheim, dass wir das noch einmal nacharbeiten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der FDP-Fraktion das Wort gewünscht? - Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gab ja zu dieser Vorlage tatsächlich in den diversen Ausschüssen viele Fragen. Ich habe als Vorsitzende im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft auch einiges gefragt, weil: Die einen Kosten kommen dazu, da müssten eigentlich an anderer Stelle welche wegfallen. Auch der zeitliche Faktor müsste sich eigentlich noch einmal ändern.

Persönlich würde ich diese Vorlage nicht aufhalten wollen, denn der Baumarkt wird immer enger. Wir sind eigentlich hier in einem laufenden Projekt, was wir nicht aufhalten sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten uns aber auf die Fahne schreiben, dass wir das eng begleiten, dass wir vor allem die Kosten eng begleiten und auch die Zeiten, dass wir auch Nachbesserungen der Beantwortung noch wünschen.

Ferner finde ich den Änderungsantrag des Ratsbündnisses unterstützenswert. Ich hätte mir gewünscht, man hätte genauer formuliert, was die Verwaltung denn ausgeben soll, darf oder möge für einen Interim. Dann wäre das noch etwas spezifischer geworden. Denn in der Information haben wir ja erfahren, dass es maximal zu gleichen Preisen, wie im Grunde jetzt die Mieten sind, angemietet werden soll. Das wäre ganz schön gewesen.

Den Änderungsantrag der LINKEN halte ich für eine schöne Idee, das Projekt sofort zu beerdigen. Deswegen würden wir den auf jeden Fall ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik, Sie haben das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer, falls Sie noch zuschauen! Vielen Dank, dass unser Änderungsantrag hier auf Zustimmung stößt. Uns ist besonders wichtig, Transparenz in das Verfahren zu bekommen. Deswegen ist es wichtig, dass auch die Kosten für eine Interimslösung dann noch einmal vorgelegt werden.

Aber auch wir sehen den Punkt, der gerade von der Kollegin der FDP noch gemacht worden ist, dass es jetzt keinen großen Wert hat, das noch weiter aufzuhalten. Uns ist wichtig, dass die Interimslösung gefunden wird, dass der Bibliotheksbetrieb weiter aufrechterhalten werden kann, ohne Störung im Bau.

Dementsprechend würden wir auch vorschlagen, dass der Punkt 3 mit unseren Änderungen beschlossen wird und die anderen Punkte dann ebenso heute zur Beschlussfassung kommen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann gebe ich einmal wieder, was ich verstanden habe: Die SPD hat einen Verweisungsantrag der Ziffern 1 und 2 in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft gestellt.

(Christian Joisten [SPD]: In den Sitzungslauf noch einmal!)

Sagen Sie das bitte noch einmal, Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Wir nehmen den Vorschlag natürlich an. Der Kulturausschuss ist genauso wichtig, deshalb würden wir Vorlage Gebäudewirtschaft und Kulturausschuss mit aufnehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir die Sitzung für fünf Minuten unterbrechen, damit wir uns alle einmal sortieren und einen gemeinsamen Verfahrensvorschlag machen können. Denn es bringt jetzt nichts, die verschiedenen Sachen gegeneinander abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das wäre gut. Vielen Dank. Fünf Minuten heißt, wir sehen und hören uns um 21.50 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 21.45 bis 21.50 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Was darf ich denn als Ergebnis der Beratungen entgegennehmen, Herr Hammer?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir den Punkt 3 heute in der geänderten Fassung durch unseren Änderungsantrag abstimmen sowie die Punkte 1 und 2 in den Hauptausschuss vertagen, damit wir sie dort final auch beschließen können, wenn bis dahin alle Fragen beantwortet wurden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, dann ist der Vorteil, dass wir nicht so viel Zeit verlieren. Dann darf ich davon ausgehen, dass ich das so abstimmen lassen kann. Herr Joisten, darf ich davon ausgehen, dass ich das so abstimmen lassen kann? - Okay. Dann stimme ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag ab. - Jetzt besteht hier Verwirrung, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, entschuldigen Sie, dass ich

Verwirrung gestiftet habe. Ich würde gern darum bitten, dass wir den Änderungsantrag von CDU, Grüne und Volt jetzt abstimmen. Dann wird höchstwahrscheinlich der Punkt 3 geändert werden; das entnehme ich den Gesprächen gerade eben.

Diesen dann geänderten Punkt 3 würden wir dann auch gerne heute in dieser Sitzung beschließen, damit da weitergemacht werden kann. Darüber gibt es keine weiteren Fragen und auch Konsens. Die Punkte 1 und 2 der Vorlage gehen dann allerdings zur Beschlussfassung in den Hauptausschuss geben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt haben wir es. Ja, okay, dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse jetzt über Ziffer 3 der Ursprungsvorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das beschlossen.

Wir beraten Ziffer 1 und 2 im Hauptausschuss am 19. Juli. - Wir beschließen über Ziffer 1 und 2. Okay, vielen Dank.

Dann lasse ich auch das noch einmal abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Punkt 3 wird wie folgt abgeändert:

Zusätzlich zum vorgenannten Beschluss stellt der Rat der Stadt Köln den Bedarf für eine Komplettauslagerung fest und ermächtigt die Verwaltung, Verhandlungen für die Anmietung eines entsprechenden Objekts zu führen. Die Kosten werden dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und dem Finanzausschuss zur Abstimmung vorgelegt.

Die Anmietung und alle für die Unterbringung nötigen.... (weiter wie Beschlussvorlage)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über Ziffer 3 der Ursprungsvorlage in der so geänderten Fassung

Beschluss:

Zusätzlich zum vorgenannten Beschluss stellt der Rat der Stadt Köln den Bedarf für eine Komplettauslagerung fest und ermächtigt die Verwaltung, Verhandlungen für die Anmietung eines entsprechenden Objekts zu führen. Die Kosten werden dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und dem Finanzausschuss zur Abstimmung vorgelegt.

Die Anmietung und alle für die Unterbringung nötigen Umbaumaßnahmen sollen aus dem Etat der Gebäudewirtschaft finanziert werden. Die Refinanzierung erfolgt über den Flächenverrechnungspreis. Der Vorteil einer Komplettauslagerung ist, dass die Sanierung nicht im laufenden Betrieb durchgeführt werden muss, baubedingte, temporäre Schließungen vermieden werden können und mit einer Bauzeitverkürzung gerechnet werden könnte.

Eine Kostenschätzung kann aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen nicht abgegeben werden. Sobald ein geeignetes Objekt gefunden wurde werden die beteiligten Ausschüsse zeitnah darüber mit einer separaten Mitteilung informiert.

Im Fall einer Komplettauslagerung werden die Einrichtungskosten und die damit verbundenen Abschreibungen erst zum Ende der Generalsanierung anfallen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

III. Abstimmung über den mündlichen Geschäftsordnungsantrag, Ziffer 1 und 2 der Beschlussvorlage zur Entscheidung in den Hauptausschuss zu verweisen

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

IV. Die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. (AN/1486/202)

hat sich nach der Beschlussfassung zu I. und II. erübrigt.

Anmerkungen:
Sitzungsunterbrechung auf Geschäftsordnungsantrag von RM Hammer von 21:45 Uhr – 21:55 Uhr wegen interfraktionellen Abstimmungsbedarfs.
Verweisungsantrag von RM Hammer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind bei Tagesordnungspunkt

10.39 Umsetzung Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) 2021-2023

1947/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Fortsetzung der Vergabe von jährlich 15 Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) für die Jahre 2021 bis 2023 durch das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstler e.V. (Kulturwerk des BBK Köln e.V.), gemäß dem 2019 erarbeiteten Konzept (Vorlagen Nr. 3567/2019).*

2. *Weiterhin beschließt der Rat die Erhöhung der Institutionellen Förderung für das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler Köln e.V. um 90.000 € zweckgebunden für die Umsetzung des beschlossenen Konzeptes bzw. Vergabe der og. 15 Stipendien für den Zeitraum 2021 bis 2023 (Strukturförderung, vgl. Vorlage 1995/2020).*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.40 Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden - Bedarfsfeststellungsbeschluss mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

1218/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für die Vergabe von externen Ingenieurleistungen für die Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) sowie für die erforderlichen Gutachter- und Dienstleistungen zur Realisierung der Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden in Höhe von 2.422.000 € fest. Mit dem Bau der Stadtbahnanbindung wird der gesamte Straßenraum überplant.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Leistungen stufenweise an externe Fachbüros zu beauftragen.*

3. *Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 575.000 € für die Vergabe der Ingenieurleistungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-9-1109, Straßen- u. Stadtbahnbau Mülheimer Süden, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.41 Drogenhilfeangebote am Neumarkt

1154/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ich habe nur eine Frage: Es wundert mich schon, dass bis jetzt immer bei allem, was mit dem Thema Drogenkonsumraum zu tun hatte, z.B. Drogenhilfeangebote, der Sozialausschuss mit beteiligt war, in dieser Runde aber überhaupt nicht. Soll das in Zukunft weiterhin so sein, oder ist es einfach ein Fehler? Es würde mich freuen, wenn das ein Fehler ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau?

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Ich bin nicht sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe. Die Beteiligung des Sozialausschusses: Hintergrund ist natürlich, dass drogenabhängige Menschen häufig auch ein soziales Thema haben. Von daher leuchtet mir schon ein, dass das Sozialausschuss auch ein Interesse dran hat, an der Weiterentwicklung unserer Drogenkonzepte beteiligt zu sein, informiert zu sein.

Katja Hoyer (FDP): Das war bisher ja auch immer so, nur dieses Mal nicht.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Entschuldigung, dann werde ich dafür sorgen, dass es in den Sozialausschuss kommt, ganz klar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber ich gehe davon aus, dass es im Gesundheitsausschuss war. Der hat nämlich einstimmig zugestimmt. - Okay, in Zukunft wieder beides.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 10.41? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt, auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 28.09.2017 (2360/2017) den Betrieb des Drogenkonsumraumes am Neumarkt in städtischer Eigenregie unter der Leitung des Gesundheitsamtes.*

2. *Der Rat beschließt, die dafür benötigten zusätzlichen 1,0 Stellen Sozialarbeiter*in und 3,8 Stellen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen und beauftragt die Verwaltung, diese bei der Anmeldung für den Stellenplan 2022ff. zu berücksichtigen. Der entstehende Minderbedarf von 2,74 Stellen für Hilfskräfte (zugunsten von 5 Bundesfreiwilligen) wird entsprechend verrechnet.*

   Damit der Betrieb des Drogenkonsumraums beginnen kann, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2022 ab dem 01.09.2021 unterjährig leihweise entsprechend bewertete PR-Planstellen aus dem I/7 – zentraler Personalreserveplan zur stellenplantechnischen Verrechnung zur Verfügung gestellt.

3. *Für die Gewinnung von 5 Unterstützungskräften des Bundesfreiwilligendienstes werden Sachmittel sowie die für die Einstellung benötigten Stellen im Stellenplan zur Verfügung gestellt.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, das mobile Angebot am Cäcilienhof bis zur Inbetriebnahme der neuen Räume fortzusetzen.*

5. *Hinsichtlich der Finanzierung des Stellenmehrbedarfes und der anfallenden Sachaufwendungen ermächtigt der Rat die Verwaltung, die durch Beschluss vom 28.09.2017 zu Vorlage 2360/2017 im Haushaltsplan 2020/2021 veranschlagten Mittel im Teilergebnisplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen bedarfsgerecht haushaltsneutral im Haushalt 2021 umzuschichten:*

   - in Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen 74.600 €

   - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 130.300 €

   - in Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen 18.200 €

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

10.42 Entwurf zum Haushalt 2022 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW

1763/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

AN/1497/2021

Wünschen die Grünen das Wort? - Wünscht die SPD-Fraktion das Wort? - Wünscht die CDU-

Fraktion das Wort? - Dann, Frau Tokyürek, bekommen Sie gerne das Wort von mir.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache das hier vom Platz aus. Wir haben diesen bescheidenen Änderungsantrag eingebracht, weil die Vorlage mal wieder die - wenn auch relativ geringe - Inflationsrate nicht berücksichtigt. Es geht hierbei um eine Gesamtsumme von nicht einmal 65.000 Euro.

Wenn man sich die anderen Vorlagen der heutigen Sitzung anschaut, wirkt das nicht nur bescheiden, sondern fast lächerlich. Das liegt aber auch daran, dass die Haushaltsmittel, die wir den Bezirken zu freien Verfügung stellen, im Vergleich zum Gesamthaushalt verschwindend gering sind. Hinter vorgehaltener Hand wird sogar von „Spielgeld“ geredet.

Aber das, was uns im Vergleich so gering vorkommt, das sind Zuschüsse in Höhe von wenigen hundert Euro für engagierte Menschen in den Veedeln. Das ist Geld für Bürger, Sport und Schützenvereine, für freiwillige Feuerwehren und teilweise sogar für städtische Kitas und Schulen, weil sie mehr machen, als sie gesetzlich müssen. Eigentlich müsste hier sogar eine noch stärkere Erhöhung stattfinden, aber das berechnen wir für unseren Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf.

Hier und heute geht es uns lediglich um den Inflationsausgleich. Wenn es diesen nicht gibt, haben wir de facto eine Kürzung. Das wäre gerade jetzt, während der Pandemie, ein fatales Zeichen. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Ich möchte bloß noch mitteilen, dass sich ein Fehlerteufel eingeschlichen hat: Im Beschluss ist noch der alte Betrag aus der Ursprungsvorlage drin; es müsste 1.492.000 sein. Das ist uns einfach erst später aufgefallen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen, zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag nicht beschlossen worden.

Ich lasse die Ursprungsvorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlich geänderten Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. (Änderung: 1.492.000 € statt 1.427.100 € im 1. Absatz)

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage ist durch folgenden Beschlusstext zu ersetzen

Der Rat beschließt die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden, für das Haushaltsjahr 2022 auf 1.492.000 € festzusetzen.

Von diesem Gesamtbetrag entfallen auf die einzelnen Stadtbezirke die folgenden Teilbeträge:

1 Innenstadt	*173.200 €*
2 Rodenkirchen	*154.700 €*
3 Lindenthal	*201.500 €*
4 Ehrenfeld	*154.000 €*
5 Nippes	*162.500 €*
6 Chorweiler	*123.700 €*
7 Porz	*158.300 €*
8 Kalk	*166.300 €*
9 Mülheim	*197.800 €*

Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs. 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung der Mittel muss hinreichend konkret sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden, für das Haushaltsjahr 2022 auf 1.427.100 € festzusetzen.

Von diesem Gesamtbetrag entfallen auf die einzelnen Stadtbezirke die folgenden Teilbeträge:

1	*Innenstadt*	*165.700 €*
2	*Rodenkirchen*	*147.900 €*
3	*Lindenthal*	*193.000 €*
4	*Ehrenfeld*	*147.200 €*
5	*Nippes*	*155.400 €*
6	*Chorweiler*	*118.000 €*
7	*Porz*	*151.400 €*
8	*Kalk*	*159.100 €*
9	*Mülheim*	*189.400 €*

Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs. 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung der Mittel muss hinreichend konkret sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

10.43 Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung ZADIK - Fördervertrag Mietkostenzuschuss

1467/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer V - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den Tagesordnungsfunkt 10.44 auf,

10.44 Häfen und Güterverkehr Köln AG: Satzungsänderung

2158/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit den Änderungen der Satzung der Häfen und Güterverkehr Köln AG gemäß den dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlagen einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörden oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen der Satzung als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln damit einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt der Satzung nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.45 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Bildende Kunst: Schaffung zusätzlicher Atelierräume

1966/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite V der Niederschrift).

10.46 Filmforum NRW im Museum Ludwig - Satzungsänderung

0788/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Änderungen des § 8 der Satzung des Filmforum NRW e.V. im Museum Ludwig.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.47 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2019/2020 des Gürzenich-Orchesters Köln

1285/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 25.03.21 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG versehene Jahresabschluss zum 31.8.2020 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2019 bis 31.8.2020 festgestellt.*

2. *Der Bilanzgewinn für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2019 bis zum 31.8.2020 in Höhe von EUR 3.105.770,34, der sich aus dem Jahresüberschuss 2019/2020 in Höhe von EUR 2.362.648,93 nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag von EUR 739.121,41 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 4.000,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.*

3. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.48 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII - Änderungen nach dem neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz NRW)

0502/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Kessing.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, nur eine Klarstellung: Wir haben zu dieser Vorlage ja noch nicht beschlossen. Es sind teilweise Alternativen in dieser Beschlussvorlage vorgesehen. Ich würde aber gern noch einmal klarstellen, dass wir dem Vorschlag der Verwaltung folgen wollen und den jeweils weitergehenden Beschlüssen folgen wollen, die ein Mehr an Qualität und ein Mehr an Leistung zusichern. Nur damit klar ist, worüber wir heute hier abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das ist so. - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas zu der Alternative zu Punkt 6 sagen. Wir möchten beantragen, dass bei Punkt 6, Qualifizierung, nach Alternative 1 abgestimmt wird. Es geht da um die Fortbildung und die Kosten, die Tagespflegepersonen tragen müssen nach der Ausgangsvorlage.

Wir denken, dass es angemessen ist, dass die Stadt die vollständigen Fortbildungskosten für Tagespflegepersonen übernimmt. Die Bezahlung in diesem Bereich ist nicht so hoch; und wir denken, dass es angemessen wäre, dass die Stadt diese Fortbildungskosten mitträgt.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, war das jetzt ein Änderungsantrag?

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Wir beantragen, bei Punkt 6 nach Alternative 1 abzustimmen. - Das müsste, glaube ich, dann separat abgestimmt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Volt): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. Liebe Kollegen und Kollegen! Ich muss ehrlich sagen, dass diese Vorlage mich sehr verwirrt hat, ich sie mehrfach durchgelesen habe und jetzt auch erneut verwirrt bin.

Denn: 1, 5 und 6 haben Alternativen, und jeweils die erste ist die weitgehendste. Und so, wie ich das gerade von Frau Kessing verstanden habe, soll auch darüber abgestimmt werden. Dann müsste die 6 nicht abgestimmt werden.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Immer der Hauptvorschlag der Verwaltung!)

Es ist aber leider so, dass auch der Hauptvorschlag der Verwaltung bei diesem einen Punkt „Alternative“ heißt. Das ist leider nicht bei allen Punkten gleich beschrieben. Deshalb hat es bei mir tatsächlich für Verwirrung gesorgt. Deshalb noch einmal die Frage, ob wir immer nach Verwaltungsvorschlag abstimmen können. Das wäre dann entweder der Beschlusstext und/oder die erste Alternative. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, dass das so ist. Herr Voigtsberger? - Herr Voigtsberger, würden Sie bitte Ihr Mikrofon anschalten und uns alle teilhaben lassen.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr gern. - Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag der Verwaltung ist immer der Beschlussvorschlag. Und bei den Positionen 1, 5 und 6 gibt es noch Alternativen, über die natürlich ebenfalls abgestimmt werden kann, sofern Sie das wünschen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann wären wir, Herr Kockerbeck, mit Ihrem Vorschlag, bei Punkt 6 nach Alternative 1 abzustimmen, noch klarer. - Genau. Wir werden dann so abstimmen, würde ich sagen. - Frau Ruffen vorher noch einmal.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich wundere mich ein bisschen, weil ich Ihnen extra eben einen Zettel zugesteckt habe, dass ich hier noch reden möchte.

Ich finde, diese Vorlage, lieber Herr Voigtsberger, ist ein Beispiel dafür, dass wir im Rat manchmal auch eine einfache Sprache brauchen. Ich glaube, die Rückfragen waren zahlreich. In den Ausschüssen wurde er verwiesen, weil wir alle nicht so richtig klarkamen und gar nicht wussten, was wir damit machen sollten.

Mir wäre es wichtig an dieser Stelle, dass wir die Tagespflege noch einmal deutlicher mitnehmen, dass wir die Tagespflege stärken. Da gebe ich Herrn Kockerbeck sogar recht. Die haben in der Pandemie am wenigsten Unterstützung bekommen. Sie leisten vieles: Denn sie gewährleisten einmal die Kinderbetreuung, die wir durch mangelnde Kitaplätze nicht gewährleisten können, und sie gewährleisten eine Wahlfreiheit für Eltern.

Deswegen möchten wir auch zugunsten der Kindertagespflege abstimmen. Das ist zum Beispiel im Punkt 1 nicht die Alternative. In Punkt 6 ist es die Alternative. Da wären wir dann so dabei.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Voigtsberger hat noch einmal das Wort.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ruffen! Es ist richtig, dass die Vorlage nicht im Jugendhilfeausschuss beraten wurde, weil sie zu kurzfristig eingegangen ist. Ich hatte allerdings im Jugendhilfeausschuss bereits allen Fraktionen das Angebot gemacht, Fragen im Vorfeld einzureichen. Von diesem Vorschlag haben auch einige Fraktionen Gebrauch gemacht.

Wir sind auch gestern noch auf die FDP-Fraktion in dem Zusammenhang zugegangen, und uns wurde mitgeteilt, dass man nach der Fraktionssitzung dann gegebenenfalls auch noch mit Fragen auf uns zukommen wird. Das ist nicht geschehen.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir im Rahmen der Beteiligung auch eine Expertenrunde für Tagespflege ins Leben gerufen haben - dazu gibt es einen Ratsbeschluss -, die sich ebenfalls im Rahmen dieser Vorlage geäußert hat. In Anlage 3, glaube ich, können Sie dort auch die Stellungnahme sehen.

Insgesamt ist die gesamte Tagespflege grundsätzlich sehr zufrieden mit dieser Vorlage. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen. Und die Vorschläge seitens der Verwaltung finden sie, wie gesagt, immer ganz oben. Zu den anderen - 1, 5 und 6 - gibt es Alternativen, wo man jetzt letztendlich auch über 6, über den Alternativvorschlag abstimmen könnte. Und für den Rest ist ja dann, denke ich, Klarheit geschaffen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, dann lasse ich jetzt abstimmen. Als erstes über den Änderungsantrag der LINKEN, nämlich bei Punkt 6 Alternative 1 anzunehmen. Als zweites lasse ich die Ursprungsvorlage abstimmen; das, was eben erläutert wurde, dass klargestellt wurde: Wir stimmen über den Beschlussvorschlag ab, wenn nicht der Änderungsantrag zu Punkt 6 Erfolg hat. Dann lasse ich das jetzt abstimmen.

Zunächst zum Änderungsantrag der LINKEN: Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE und Volt.

Ich lasse noch einmal abstimmen: DIE LINKE und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das leider nicht so beschlossen.

Wir kommen zur Ursprungsvorlage, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Gibt es da Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

Zu 10.49 wurde soeben Beratungsbedarf deutlich gemacht.

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag

Beschluss:

Zu Ziffer 6 der Beschlussvorlage wird Alternative 1 beschlossen:

Alternative 1:

*Die entstehenden Kosten, abzüglich der Landesförderung zum QHB (5.650 Euro minus 2.000 Euro pro Teilnehmer*in), werden weiterhin vollumfänglich von der Stadt Köln getragen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Volt abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

Der Rat beschließt die nachfolgenden Änderungen und Anpassungen in der Kindertagespflege:

Die bisherigen Ratsbeschlüsse zur Förderung in Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII vom 08.04.2014 Vorlagen Nummer: 0178/2014, vom 16.12.2014 Vorlagennummer 2301/2014 in Verbindung mit der Vorlagennummer: 0493/2015 vom 17.03.2015 (JHA), sowie vom 19.12.2017 Vorlagennummer: 2750/2017 werden wie folgt modifiziert fortgeschrieben:

1. Anpassung der laufenden Geldleistung

Der durch den Beschluss vom 01.10.2013 festgelegte Betrag zur Anerkennung der Förderleistung in Höhe von 3,27 Euro wird ab dem 01.08.2021 um 0,20 Euro pro Kind und Stunde auf 3,47 Euro erhöht.

Der durch den Beschluss vom 17.03.2015 festgelegte Betrag in Höhe von 11,45 Euro für Kinder mit besonderem Förderbedarf wird ab dem 01.08.2021 um 0,70 Euro pro Kind und Stunde auf 12,15 Euro erhöht.

Im gleichen Zuge entfällt in beiden Fällen die bisherige Leistung zur erhöhten Förderung durch Nachweis von 10 Stunden Fortbildung in Höhe von 0,20 Euro pro Kind und Stunde ab dem 01.08.2021. Hierdurch wird eine größtmögliche Kompensation der Erhöhung erreicht. Ab dem 01.08.2022 erfolgt eine jährliche Dynamisierung der Beträge zur Anerkennung der Förderleistung um 2 Prozent.

2. Gewährung der laufenden Geldleistung während der Eingewöhnung, der Krankheit oder Abwesenheit des Kindes

Analog des Verfahrens in Kindertageseinrichtungen wird die laufende Geldleistung an

Tagespflegepersonen in Höhe der vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten mit Beginn der Eingewöhnungszeit gewährt. Ebenso wird bei vorübergehender Abwesenheit oder Erkrankung des Kindes die vertraglich vereinbarte Betreuungszeit weiter gefördert.

3. *Gewährung der laufenden Geldleistung während Ausfallzeiten der Tagespflegeperson*

   Die Weiterzahlung der Förderleistung für erkrankte Tagespflegepersonen wird auf maximal 21 Kalendertage jährlich festgelegt. Ab dem 22. Krankheitstag wird die Förderung eingestellt beziehungsweise der vertretenden Tagespflegeperson ausgezahlt. Die Kommune übernimmt gemäß § 23 Absatz 2 Nummer 4 SGB VIII die hälftige Zahlung von Kosten einer angemessenen Krankengeldversicherung.

4. *Gewährung von Verfügungsstunden (mittelbare Bildungs- und Betreuungsarbeit)*

   Im Rahmen der laufenden Geldleistung nach § 23 Absatz 2 und 2a SGB VIII erhalten Tagespflegepersonen rückwirkend ab 01.08.2020 für jedes von ihnen betreute Kind einen Zuschuss zur Anerkennung der Förderleistung nach Ziffer 1 eine Stunde pro Betreuungswoche für mittelbare Bildungs- und Betreuungsarbeit gemäß § 24 Absatz 3 Satz 6 Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Die bisherige Leistung von 25,00 Euro Pauschale pro Monat und Tagespflegeperson für mittelbare Bildungs- und Betreuungsarbeit entfällt. Für Tagespflegepersonen, die aufgrund der neuen Regelung in einem Monat nur geringere Beträge erhalten, gilt bis 31.7.2021 ein Bestandschutz und sie erhalten den bisherigen Zuschuss.

5. *Gewährung von kostenfreien Fortbildungen bei kooperierenden Weiterbildungs-trägern für in Köln tätige Kindertagespflegepersonen*

   Zur Sicherung und Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität in der Kindertagespflege sind Kindertagespflegepersonen ab dem 01.08.2020 verpflichtet, 12 Unterrichtseinheiten jährlich an Fortbildungen wahrzunehmen. Wird die Fortbildung durch kooperierende Bildungsträger in Köln angeboten, übernimmt die Stadt Köln die Kosten für in Köln tätige Tagespflegepersonen.

6. *Qualifizierung nach dem Qualitätshandbuch (QHB)*

   *Die ab dem Kindergartenjahr 2022/2023 für neue Kindertagespflegepersonen gesetzlich geforderte Qualifizierung, die inhaltlich und nach zeitlichem Umfang dem Standard des vom Deutschen Jugendinstitutes entwickelten Kompetenzorientierten Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege (QHB) entspricht, wird ab 2021 umgesetzt. Ein Qualifizierungsplatz kostet somit zukünftig zirka 5.650 Euro. Kosten, die über die anteilige Finanzierung des Landes NRW (zirka 2.000,00 Euro pro Teilnehmer*in) und die bisherige durchschnittliche Fördersumme der Stadt Köln (zirka 1.500,00 Euro pro Teilnehmer*in) nach dem DJI Curriculum hinausgehen, sind von den künftigen Tagespflegepersonen selbst zu tragen.*

7. *Pädagogische Konzeption*

   Das Konzept einer Tagespflegeperson für ihre Tätigkeit ist bei Ersterteilung der Erlaubnis zur Kindertagespflege nach § 43 SGB VIII vorzulegen. Es ist schriftlicher Bestandteil der Prüfung in der Qualifizierung zur Kindertagespflegeperson. Zur weitergehenden Sicherung der pädagogischen Qualität ist bei Neuerteilung der Erlaubnis, spätestens jedoch nach 5 Jahren Tätigkeit, ein überarbeitetes Konzept vorzulegen.

8. *Konzeptionelle Erweiterung des Vertretungsmodells 3 und Einstellung des Vertretungsmodells 2 sowie Vertretungszeiten*

   Das Vertretungsmodell 2 – Anstellung von Tagespflegepersonen oder Vertretung auf Honorarbasis für Ausfallzeiten der Tagespflegeperson – wird zu Gunsten des Vertretungsmodells 3 nicht mehr ausgeweitet, da sich Modell 3 im Sinne der Qualitätsweiterentwicklung in der Kindertagespflege fachlich und organisatorisch positiv bewährt hat und gut zu steuern ist. Bei nicht selbstständigen Kindertagespflegepersonen sind Ruhepausen nach § 4 Arbeitszeitgesetz einzuhalten. Da dies in Vertretung von Ausfallzeiten nicht umsetzbar ist, werden grundsätzlich bei diesen angestellten Vertretungstagespflegepersonen maximal 30 Stunden wöchentliche Arbeitszeit gefördert.

   *Das Vertretungsmodell 3 – Vertretungsstützpunkt – wird erweitert. An die Vertretungsstützpunkte werden zusätzliche Tagespflegekräfte als Springer*innen angebunden, die insbesondere Tagespflegepersonen in angemieteten Räumen vertreten sollen. Die eingestellten*

Gelder für Modell 2 werden sukzessive umgeschichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.49 Einrichtung eines Kunstbeirates für die Ratsperiode 2020-2025

3212/2020

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 5 der Niederschrift).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

10.50 Bedarfsfeststellungsbeschluss für eine kommunikative Begleitung der Strategie Klimaneutrales Köln: Entwicklung und Umsetzung einer Kommunikations- und Partizipationsstrategie

1953/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1515/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen: zunächst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt, dann über die Vorlage.

Zur Abstimmung des Änderungsantrages: Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD- und der AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag so beschlossen.

Dann lasse ich über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage in der ergänzten Fassung beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Der Rat

- *erkennt den Bedarf für die kommunikative Begleitung der der künftigen, mit der Politik abgestimmten Strategie Klimaneutrales Köln basierend auf AN/1377/2021 mit der Entwicklung und Umsetzung eines Kommunikationskonzeptes in Höhe von 400.000 Euro (Netto) an und*
- *beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung eines Vergabeverfahrens*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD zugestimmt.

II. Abstimmung über Vorlage in der so geänderten Fassung

Beschluss:

Der Rat

- *erkennt den Bedarf für die kommunikative Begleitung der der künftigen, mit der Politik abgestimmten Strategie Klimaneutrales Köln basierend auf AN/1377/2021 mit der Entwicklung und Umsetzung eines Kommunikationskonzeptes in Höhe von 400.000 Euro (Netto) an und*
- *beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung eines Vergabeverfahrens*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.51 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen

2337/2021

Anmerkung:
Gemeinsame Beratung mit TOP 3.1.9. Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Klarheit für Eltern bei den Elternbeiträgen – einheitliche Lösung schaffen auch bei unzureichender Beteiligung des Landes", AN/1402/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.51 haben wir gemacht.

Dann bin ich bei Tagesordnungspunkt

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf mit der Nummer 74490/07 Arbeitstitel: Wasserwerkstraße in Köln Dellbrück sowie Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses mit dem Arbeitstitel - HeidestraßeA

1675/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. den Bebauungsplan Nummer 74490/07 für das Gebiet verlaufend von der Wasserwerkstraße im Westen, von den Grünflächen (Gemarkung: Thurn-Strunden, Flur: 70, Flurstück: 280 und Gemarkung: Wichheim-Schweinheim, Flur: 10 und Flurstück 79) im Norden, von der Heidestraße im Osten und von der Bergisch Gladbacher Straße im Süden -Arbeitstitel: Wasserwerkstraße in Köln Dellbrück- nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung,

2. die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 11.03.1986 (öffentliche Bekanntgabe am 01.04.1986) für das Gebiet zwischen Heide Straße, Bergisch Gladbacher Straße und der Wasserwerkstraße in Köln-Dellbrück -Arbeitstitel: Heidestraße-.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

12.2 Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73490/06; - Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -; Arbeitstitel: August - Strindberg Straße, Teilaufhebung in Köln - Holweide

1644/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zu der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73490/06 für das Grundstück August-Strindberg Straße 11, Gemarkung Wichheim-Schweinheim, Flur 9 Flurstück 3812. Das Grundstück ist durch die August-Strindberg Straße erschlossen und wird begrenzt im Norden durch eine Grünanlage, im Westen durch die Häuser Adalbert-Stifter Str. 4 – 8 und im Osten durch eine Wohnanlage —Arbeitstitel: August – Strindberg Straße, Teilaufhebung in Köln - Holweide— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 3 und 4;

2. die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73490/06 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV Nordrhein-Westfalen S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu den Veränderungssperren unter Tagesordnungspunkt

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen

Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch

1080/2021

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch – Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch – für das Gebiet zwischen Escher Straße bis in Höhe der Straße Am Baggerfeld, westlich Donatusstraße, südlich und westlich der Straße Im Gewerbegebiet Pesch, westlich Donatusstraße und nördlich der Straße Am Pescher Holz bis zur Escher Straße in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt / Nord Arbeitstitel: „Westlich unter Goldschmied (Laurenz Carré)“

1348/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln- Altstadt / Nord – Arbeitstitel: "Westlich unter Goldschmid (Laurenz Carré)"– für das Gebiet zwischen den Straßen Am Hof, Unter Goldschmied, Große Budengasse, der östlichen Grenze des Flurstücks 1200, der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 1271, der südlichen Grenzen der Flurstücke 1151 und 1037, Unter Goldschmied, Laurenzplatz, Salomonsgasse, Marspfortengasse und Sporergasse in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind bei Tagesordnungspunkt

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 276. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0784/2021

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Die PARTEI. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 276. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Die PARTEI zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu den Gremienbesetzungen.

17 Gremienbesetzungen

17.1 Bestellung eines sachkundigen Einwohners und seines Vertreters in den Wirtschaftsausschuss

1259/2021

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt gemäß § 23 a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als sachkundige Einwohner gemäß § 58 Abs. 4 GO NRW und dessen Vertretung in den folgenden Fachausschuss:

Ausschuss	*Sachkundiger Einwohner*	*Vertretung*
Wirtschaftsausschuss	*Dr. Dr. Rainer Broicher*	*Paul Intveen*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.2 Neubestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Köln

1671/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt, gemäß §§ 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 07.07.1987 in der derzeit gültigen Fassung, rückwirkend für die am 01.04.2021 beginnende und bis zum 31.03.2026 dauernde 16. Amtsperiode des Umlegungsausschusses der Stadt Köln nachstehend aufgeführte, nicht dem Rat angehörende Mitglieder:

1. a. Herrn Franz Muschkiet

zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Köln

b. Frau Michaele Drescher zur stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Köln

2. a. Herrn Heinrich Roggendorf

als Sachverständigen für die Ermittlung von Grundstückswerten des Umlegungsausschusses der Stadt Köln

b. Herrn Timm Dolenga als dessen Stellvertreter

3. a. Herrn Thomas Merten

als zum höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst befähigtes Mitglied

b. Herrn Björn Semler als dessen Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.3 Neubestellung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Soziales und Senioren

1678/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt die folgende Person zur stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss Soziales und Senioren.

Synagogen-Gemeinde Köln:

Stellvertretendes beratendes Mitglied

Frau Alina-Toyah Schiller

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss

2025/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolgerin von Frau Petra Supplie (beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für den Träger „Handwerkerinnenhaus Köln e.V.“):

Frau Mira Sin

gemäß §5 Abs.3 AG-KJHG NRW und §4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als beratendes Mitglied für das Handwerkerinnenhaus Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.5 Entsendung sachkundiger Einwohner*innen in vier zusätzliche Ausschüsse auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln

1673/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat entsendet gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung folgende Mitglieder der Seniorenvertretung Köln als sachkundige Einwohner*innen bzw. stellvertretende sachkundige Einwohner*innen in die Fachausschüsse:*

Wirtschaftsausschuss

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins als sachkundige Einwohnerin
Herr Peter Mülhens als Stellvertretung

Digitalisierungsausschuss

Herr Peter Mülhens als sachkundigen Einwohner
Herr Heinz-Peter Bourry als Stellvertretung

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Herr Bernd Tillmann-Gehrken als sachkundigen Einwohner
Herr Dr. Martin Theisohn als Stellvertretung

Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern

Frau Hedwig Krüger-Israel als sachkundige Einwohnerin
Herr Heinz-Peter Bourry als Stellvertretung

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.6 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE betreffend „Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Unterausschuss Wohnen“

AN/1353/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Unterausschusses Wohnen: Wahl von Herrn Ioannis Theocharis (Sachkundiger Einwohner) anstelle von Frau Linda Rennings.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17: Neubesetzung sachkundige Einwohner*innen“

AN/1466/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

*Der Rat beschließt die Neubesetzung sachkundiger Einwohner*innen für*

1. *den Verkehrsausschuss*

   Neu: Eva Kniel Bisher: Sandra Schneeloch

2. *den Stadtentwicklungsausschuss*

   Neu: Hans-Peter Vietzke Bisher: Bärbel Hölzing

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.8 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Unterausschuss Wohnen“

AN/1487/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Unterausschuss Wohnen:

Neu: *Roman Jochim*

Bisher: *Isabella Venturini*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.9 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung der sachkundigen Einwohnerin der Volt-Fraktion für den Verkehrsausschuss“

AN/1489/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neubesetzung der sachkundigen Einwohnerin der Volt-Fraktion für den Verkehrsausschuss:

Neu: *Monja Sauvagerd*

Bisher: *Lara Kasnitz*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.10 Neubesetzung Netzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“

AN/1491/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 17.10 ist zurückgezogen.

17.11 Umbesetzung von Gremien

AN/1511/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Umbesetzung folgender Gremien:

1. *Im Kreiswahlausschuss ersetzt zukünftig Heiner Kockerbeck als stellvertretendes Mitglied das bisherige stellvertretende Mitglied Michael Weisenstein.*
2. *Im Gesundheitsausschuss ersetzt zukünftig Albert Nowak als Sachkundiger Einwohner den bisherigen Sachkundigen Einwohner Denis Badorf.*
3. *Im Ausschuss für Soziales und Senioren ersetzt zukünftig Fatima Remli als Sachkundige Einwohnerin den bisherigen Sachkundigen Einwohner Klaus Roth.*
4. *Im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern ersetzt zukünftig Funda Rosenland als Sachkundige Einwohnerin die bisherige Sachkundige Einwohnerin Sarah Jessica Blume.*
5. *Im Unterausschuss Wohnen ersetzt zukünftig Angelika Link-Wilden als Sachkundige Einwohnerin den bisherigen Sachkundigen Einwohner Christoph Besser.*
6. *In der Ausländerrechtlichen Beratungskommission ersetzt zukünftig das Mitglied Fatima Remli das bisherige Mitglied Güldane Tokyürek.*

7. *Im Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein ersetzt zukünftig das Mitglied Jasmin Yildirim das bisherige Mitglied Denis Badorf.*

8. *Im Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) ersetzt zukünftig das Mitglied Marcela Cano das bisherige Mitglied Christoph Besser.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zur Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Projekt „Arbeitsorientierte Grundbildung(sberatung) in Köln“

1891/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Beteiligung an dem Verbundprojekt „Arbeitsorientierte Grundbildung(sberatung) in Köln“ für den Zeitraum 01.09.2021 bis 31.08.2024 unter der Voraussetzung einer Förderung der zuwendungsfähigen Kosten für die einzurichtende Personalstelle in Höhe von 100% durch den Bund.

Die Maßnahme wird im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus abgebildet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit wären wir am Ende des öffentlichen Teils angelangt. Bevor wir die Nichtöffentlichkeit herstellen, habe ich Ihnen mitzuteilen, dass eine Brille mit braunroten Bügeln gefunden wurde. Wer immer sie vermisst: Sie liegt auf der Theke im Foyer. Ich würde Sie bitten, diese dort abzuholen.

Es wird dann die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

(Schluss: 22.13 Uhr)

8. Sitzung vom 18. August 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2022

1.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022

2513/2021

1.2 Einbringung des 1. Veränderungsnachweises Verwaltung zum Entwurf des Haushaltsplans 2022

2605/2021

2 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Dezernat IX wieder auflösen – Strukturierung der Dezernate nach sachpolitischen Erfordernissen"

AN/1570/2021

zurückgestellt

2.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Auflösung des Dezernats IX nach dem jüngsten Personalbesetzungsdesaster"

AN/1565/2021

2.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Transparenzoffensive 2021"

AN/1572/2021

zurückgestellt

2.1.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Die PARTEI betreffend "Transparenz und breitere Ratsbeteiligung bei der Wahl der*des Beigeordneten für Kunst und Kultur"

AN/1603/2021

zugesetzt

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung Hier: Ausbau der Online-Collections und Schaffung anderer digitaler Zugänge wie Multimediaguides

1929/2021/1

3.2 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung Hier: Ausbau der Online-Collections durch die Entwicklung einer zentralen Basiskomponente

1931/2021/1

3.3 Strukturerhaltende Maßnahme zur Sicherung der Bürgerhäuser/-zentren in freier Trägerschaft

2350/2021

4 Weitere Vorgänge

4.1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kienitz-Affäre"

AN/1578/2021

zugesetzt

Antwort der Verwaltung vom 17.08.2021

2928/2021

4.1.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Auswahlverfahren zur Wahl der/des Beigeordneten für Kunst und Kultur"

AN/1577/2021

zugesetzt

Antwort der Verwaltung vom 17.08.2021

2909/2021

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister
Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.;

Verwaltung
Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Stenografen
Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Abé, Denise; Heuser, Marion; Lutz, David, Dr.; Scho-Antwerpes, Elfi; Steinmann, Lisa; Welter, Thomas;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Bezirksbürgermeisterin; ,Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete;

(Beginn: 14.11 Uhr - Ende: 16.09 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste - sowohl auf der sogenannten Zuschauertribüne als auch alle, die im Livestream zuschauen und zuhören -, die

Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Zu Beginn der Sitzung möchte ich Sie über eine Änderung hier im Rat informieren. Herr Wortmann und die Ratsgruppe Die PARTEI bilden seit dem 11. August 2021 eine Fraktion mit dem Namen Die FRAKTION. Ab September dieses Jahres wird auch Frau Syndicus dazugehören.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Abé, Frau Heuser, Herr Dr. Lutz, Frau Scho-Antwerpes und Frau Steinmann.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Klemm, Frau Jäger und Frau Heithorst.

Zunächst, meine Damen und Herren, legen wir die Tagesordnung fest.

Heute steht die Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für 2022 auf der Tagesordnung. Dazu werde zunächst ich sprechen, bevor ich dann der Kämmerin das Wort gebe. Wie üblich werden wir, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt damit schließen und die Vorlagen zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verweisen.

Danach behandeln wir die übrigen Tagesordnungspunkte.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.1.1 und 4.1.2.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen.

Die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion Die FRAKTION haben am 13. August 2021 zum Thema „Transparenz und breitere Ratsbeteiligung bei der Wahl der*des Beigeordneten für Kunst und Kultur“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist der TOP 2.1.4.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Reihenfolge habe ich keine Wortmeldung.

Ich habe aber eine Wortmeldung zum TOP 2.1.1. Die antragstellenden Fraktionen möchten den unter diesem TOP vorliegenden Antrag in die nächste reguläre Sitzung vertagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: In die nächste reguläre Ratssitzung?

Mike Homann (SPD): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jawohl. Okay.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker, unser Antrag „Transparenzoffensive 2021“, der unter Tagesordnungspunkt 2.1.3 vorliegt, soll bitte auch in die nächste reguläre Sitzung verschoben werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Dann nehmen wir das so auf.

Nun lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen; denn weitere Änderungswünsche sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

*Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder. Der Rat tagt im Großen Saal des Gürzenichs.*

I. Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert

darüber, dass die Mitglieder der Ratsgruppe Die PARTEI ab dem 11.08.2021 gemeinsam mit RM Wortmann eine Fraktion mit dem Namen „Die FRAKTION“ bilden. Zum 01.09.2021 wird auch RM Syndicus in die Fraktion „Die FRAKTION“ eintreten.

*II. Als Stimmzähler*innen schlägt sie die Ratsmitglieder Herrn Klemm, Frau Jäger und Frau Heithorst vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kienitz-Affäre" AN/1578/2021

4.1.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Auswahlverfahren zur Wahl der/des Beigeordneten für Kunst und Kultur" AN/1577/2021

IV. Es liegt zur Sitzung ein Dringlichkeitsantrag vor.

*Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Die PARTEI betreffend "Transparenz und breitere Ratsbeteiligung bei der Wahl der*des Beigeordneten für Kunst und Kultur" AN/1603/2021*

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 2.1.4 behandelt.

V. RM Homann beantragt,

TOP 2.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Dezernat IX wieder auflösen – Strukturierung der Dezernate nach sachpolitischen Erfordernissen"
AN/1570/2021

in die nächste reguläre Sitzung des Rates am 16.09.2021 zu vertagen.

RM Hock beantragt,

TOP 2.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Transparenzoffensive 2021" AN/1572/2021

in die nächste reguläre Sitzung des Rates am 16.09.2021 zu vertagen.

Der Rat stimmt der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

1 Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2022

1.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022

2513/2021

Jetzt bitte ich Herrn Bürgermeister Wolter, während meiner Rede die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle noch einmal von dieser Stelle aus. - Das Wort hat die Frau Oberbürgermeisterin. Bitte schön, Frau Reker.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Gäste auf der Tribüne und im Livestream! Heute geht es um die Zukunft Kölns. Denn heute wird der Haushaltsplanentwurf für das nächste Jahr, für 2022, eingebracht. Und dieser steht unter der Überschrift: Zukunftsgerichtetes Köln!

Wir planen einen Haushalt in Höhe von 5,2 Milliarden Euro. Zentrale kommunale Aufgaben sind

zu erfüllen. Ich nenne nur als Beispiel die über 1 Milliarde Euro für soziale Hilfen, die in diesem Haushalt geplant sind. Wir erwarten geringere Einnahmen. Gleichzeitig haben unsere Aufgaben in der Pandemie zugenommen.

Und doch schlagen wir keinen Sparhaushalt vor, sondern mutige Investitionen, um alle urbanen Megathemen zu beschleunigen.

Das bedeutet im Ergebnis, dass der Haushaltsausgleich, der für Köln ja zum Greifen nah schien, sich leider wieder entfernt hat - durch den Einfluss der Pandemie und trotz unserer harten Arbeit für einen ausgeglichenen und generationengerechten Haushalt.

Aber - und das ist mir unglaublich wichtig - anders als viele Kommunen im Land werden wir die Grenze des 5-prozentigen Vermögensverzehrs nicht überschreiten. Dieser Haushalt bleibt trotz der Krise grundsolide.

Er steht für Verlässlichkeit und Stabilität. Denn wir haben uns bewusst entschieden, bisherige Strukturen und Förderungen weiterzuführen. Damit steht dieser Haushalt für die hohe Resilienz, die unsere Stadt und unsere Wirtschaft insgesamt an den Tag gelegt haben.

Und mehr noch! Dieser Haushalt ist ein echter Gestaltungshaushalt, der die urbane Transformation abbildet und forciert:

- Klimaneutralität, Mobilitätswende und attraktiver Stadtraum,
- beste Bildungschancen für alle und
- Digitalisierung.

Mit all dem ebnen wir den Weg hin zu einer smarten, enkeltauglichen und modernen Metropole im Herzen Europas.

Liebe Ratsmitglieder, wir haben alle mit Schrecken die Flutkatastrophe in der Region verfolgt. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Kölnerinnen und Kölner, die geholfen haben und mit angepackt haben! Sie haben die Mitmenschlichkeit über ihr Eigeninteresse gestellt. Ich bedanke mich sehr herzlich für diesen großartigen Akt der Solidarität.

(Beifall)

Obwohl wir hier im Rat schon vor über zwei Jahren den Klimanotstand ausgerufen haben, konnte sich kaum jemand ausmalen, dass eine solche Katastrophe in Deutschland möglich wäre. Und doch hat der Klimawandel unsere Breiten längst erreicht. Er bringt unser Leben und unseren Wohlstand in Gefahr. Spätestens jetzt muss wirklich jedem klar werden, dass der schnellstmögliche Umbau Kölns unser aller Auftrag ist.

Ich habe mehrfach deutlich gemacht, dass ich das Ziel der Klimaneutralität schnellstmöglich, jedenfalls für 2035, anstrebe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht nur um die Erfüllung einer abstrakten Zielmarke. Es geht auch nicht mehr nur um den Erhalt der Welt für nachfolgende Generationen. Klimaneutralität ist schon für uns eine existenzielle Frage, und zwar hier und heute. Denn wir haben es bereits hier und heute mit einer veritablen Krise zu tun, der wir uns entschlossen und im gesamten Konzern Stadt stellen.

Das bedeutet auch, dass der Großteil der für die Klimaneutralität erforderlichen Anstrengungen in den Wirtschaftsplänen unserer Konzerntöchter wie der RheinEnergie, der KVB oder der Gebäudewirtschaft sichtbar wird.

Ungeachtet dessen begegnen wir dieser Krise auch im sogenannten Kernhaushalt mit einem starken Budget für Klimaschutz und Klimaanpassung. 76 Millionen Euro nehmen wir dafür in die Hand.

Allein 20 Millionen Euro planen wir in 2022 sowie in den Folgejahren für einen zusätzlichen Investitionstopf unseres neuen Umwelt-, Klima- und Liegenschaftsdezernats ein. Damit werden wir ganz gezielt Maßnahmen fördern, die auf das Ziel der CO_2-Neutralität einzahlen - insbesondere beim klimaneutralen Wohnen.

Weitere 21 Millionen Euro fließen allein 2022 in die Mobilitätswende. Wichtige Posten sind:

- das Radwegesanierungsprogramm mit 20 Millionen Euro in der Mittelfristplanung,
- die Planung der Ost-West-Achse und
- die 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn.

Ferner planen wir weitere Mobilitätsstationen im gesamten Stadtgebiet.

Zudem gehen wir den Weg der Neuaufteilung des Straßenraums konsequent weiter - in der Altstadt

und in anderen Quartieren. Wir widmen Parkplätze um und investieren in Radabstellplätze, sichere Radwege und mobiles Grün - alles, um den öffentlichen Raum aufzuwerten und attraktiver und lebenswerter zu gestalten.

Auch bei der Entsiegelung und Begrünung von privaten Flächen bleiben wir am Ball.

Und natürlich setzen wir weiter auf die Bildung - etwa zum Thema Energiesparen. Denn klar ist auch: Wir können Klimaneutralität nicht per Dekret verordnen. Über 1 Million Kölnerinnen und Kölner müssen mit uns an einem Strang ziehen. Nur dann können wir unsere Ziele erreichen.

Liebe Mitglieder des Rates, das Stichwort „Bildung“ bringt mich zum nächsten Schwerpunkt dieses Gestaltungshaushaltes, der Stärkung der Bildung in unserer Stadtgesellschaft.

Sie wissen, dass wir gemeinsam - also Rat und Verwaltung - ein 1,7 Milliarden Euro schweres Schulbaupaket beschlossen haben. Im kommenden Jahr investieren wir über 370 Millionen Euro in Schulbaugroßprojekte und verwirklichen unsere Vorhaben nach Plan.

Als lernende Organisation haben wir zudem die Lehren aus der Pandemie gezogen. Wir erhöhen kräftig unsere Investitionen in die digitale Infrastruktur der Schulen von rund 10 auf knapp 13 Millionen Euro und verdoppeln nahezu unsere Ausgaben für die Unterhaltung der bestehenden Ausstattung von über 6 auf 12 Millionen Euro.

Ich möchte in diesem Zusammenhang bereits auf ein geplantes Kompetenzzentrum bei der Stadt hinweisen, das Schulen in Sachen Digitalisierung künftig berät und betreut. Dem entsprechenden Ausschuss werden wir hierzu im Herbst ein Konzept vorlegen.

Auch die gute Betreuung unserer Jüngsten ist ein zentrales Anliegen der Stadt Köln. Durch eine Herabsetzung und teilweise Übernahme von Eigenanteilen durch die Stadt in Höhe von rund 4,5 Millionen Euro pro Jahr unterstützen wir die Träger, damit wir Kinderbetreuungsplätze weiter ausbauen und ihre Qualität sichern.

All das, meine Damen und Herren, sind wirklich gute Nachrichten für die Familien und für die jungen Generationen von heute und auch von morgen.

Sehr verehrte Ratsmitglieder, unsere Anstrengungen bei der Digitalisierung reichen selbstverständlich auch 2022 weit über die Schulhöfe hinaus. Wir werden jährlich knapp 12 Millionen Euro in den Ausbau unseres Gigabitnetzes investieren, damit unser Wirtschaftsstandort State of the Art und damit attraktiv für weltweit agierende Unternehmen bleibt.

Denn eines ist klar: Wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Auch wenn wir vergangene Woche sogar vom Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen für die digitale Vorreiterrolle Kölns in der Pandemie gelobt werden: Jetzt gilt es, dranzubleiben und sicherzustellen, dass unsere Wirtschaft auf Erfolgskurs bleibt.

Die Zeichen dafür stehen gut:

- Selbst im Krisenjahr 2020 gründeten sich in Köln 100 neue Start-ups.
- Diese Start-ups leisten bereits einen ganz konkreten Beitrag zum Wirtschaftsleben. Ich denke hier etwa an die Kölner Erfolgsprodukte RecoverApp und MeineCheckins, womit die Kontaktnachverfolgung für Gastronomie und Einzelhandel endlich komfortabel wurde - von Beginn an nutzergerecht entwickelt.
- Und: 10 Prozent aller Kölner Start-Ups zählen zum Bereich Deep Tech - einem echten Zukunftsfeld. In Köln verfügen wir nach London, Paris und Amsterdam über die meisten Softwareentwicklerinnen und -entwickler in ganz Europa. In Sachen Digitalisierung ist Köln Spitzenklasse - übrigens auch dank der rund 100 000 Studierenden an unseren Hochschulen.

Liebe Ratsmitglieder, Digitalisierung genießt darüber hinaus natürlich auch in der Verwaltung hohe Priorität, um schneller und besser zu werden. 2022 wenden wir rund 130 Millionen Euro für unser Digitalisierungsprogramm auf - und hier sind noch nicht einmal die beiden Großprojekte „unbox Cologne“ und „Digitale Zukunftsstadt“ enthalten.

Mit unserer Digitalisierungsoffensive schaffen wir Tempo - beispielsweise, um Bauverfahren zu verkürzen. Zugleich vereinfachen wir natürlich die Prozesse. Es ist also nicht so, dass wir einfach die vorhandenen Prozesse digitalisieren und die Chance vergeben, sie ganz neu aufzusetzen. Ein gutes Beispiel ist sicherlich unser modernes digitales Förderportal, das wir Schritt für Schritt ausrollen und das auch schon in anderen Städten der Bundesrepublik kopiert wird.

All das haben wir im Haushalt berücksichtigt und ist dort gut investiert in eine moderne Verwaltung,

die immer mehr zur Dienstleisterin und Ermöglicherin wird.

Das Thema Bauen hatte ich gerade schon kurz angesprochen. Und in der Tat: Wir können alle nicht zufrieden sein mit der Preisentwicklung für Mieten und mit den Wohnungsbauzahlen. Ich versichere Ihnen: Als Verwaltung geben wir alles, um Bauprozesse zu beschleunigen, geförderten Wohnungsbau zu realisieren und über Milieuschutzsatzungen und die Kontrolle zur Zweckentfremdung von Wohnraum die Mieten auch im Griff zu halten.

Zudem sind wir gerade dabei, ein umfangreiches Programm aufzulegen, um Investoren Anreize zu geben, damit sie neben dem klassischen geförderten sozialen Wohnungsbau insgesamt in preisgedämpften Wohnraum investieren. Rund 33 Millionen Euro ist uns das jährlich wert - und es ist unsere Kölner Antwort auf den Berliner Mietendeckel, der inzwischen ja passé ist.

Aber klar ist auch: Wir haben als Stadt nicht alles in der Hand. Umso glücklicher bin ich, dass wir uns als Stadt auf die GAG, unsere - wenn auch nicht unsere alleinige - Wohnungsbaugesellschaft, verlassen können. Sie wendet im nächsten Jahr 200 Millionen Euro für den Bau und die Modernisierung von Wohnraum auf. Mehr als die Hälfte davon steht für sozial geförderte Wohnungen bereit.

Zu guter Letzt, meine Damen und Herren, komme ich zur Förderung unserer Kultur. Wie Sie vielleicht wissen, hat die Stadt München für die dortige Kulturszene massive Kürzungen beschlossen. Einige Beobachterinnen und Beobachter waren angesichts des Münchener Beschlusses bereits von einer Signalwirkung für kommunale Haushalte in ganz Deutschland ausgegangen.

Aber Köln geht hier ganz bewusst einen anderen Weg. Wir senden das Signal in Richtung Kulturschaffende: Auf uns ist Verlass!

Und: Wir haben in der Pandemie den Stellenwert der Kultur für unsere Gesellschaft noch einmal ganz klar erkannt. Der Kulturetat wächst, ob konkret bei den Bühnen, für das Projekt „Museen, Menschen, Medien“, das mehr Menschen ins Museum bringen wird, oder auch bei der Umsetzung des Kulturentwicklungsplans. Denn wir wollen unser bereits hohes Niveau auch in angespannten Haushaltsjahren halten, damit erstklassige Kultur in Köln über die Pandemie hinaus wirken kann und unsere Stadt lebenswert erhält und ihre Gesellschaft reflektiv und lebendig bleibt.

Liebe Ratsmitglieder, ich werfe jetzt natürlich nur einige Schlaglichter auf unseren 5-Milliarden-Euro-Haushalt. Aber ich denke, es ist deutlich geworden, dass dies ein zukunftsgerechter Haushalt ist, der den urbanen Megathemen ordentlich Schub verleiht. Klima, Mobilität, Bildung, Digitalisierung, Wohnen, Soziales und Kultur - dieser Haushalt bringt Köln nach vorn.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich mich an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung wenden, weil es wirklich jedes Jahr wieder ein Kraftakt ist, den Haushalt aufzustellen. Danke, dass Sie mit weiterhin hoher Haushaltsdisziplin und dem nötigen fachlichen Weitblick diesen Haushalt vorbereitet und möglich gemacht haben! Insbesondere geht mein Dank an unser Dezernat II, also an die Kämmerei, für die großen Anstrengungen.

Liebe Ratsmitglieder, ich bitte Sie um grünes Licht zu diesem Entwurf für diesen zukunftsgerichteten Haushalt für Köln. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Damit ist meine Zeit hier oben auch schon abgelaufen; denn Frau Reker wird jetzt wieder diesen Platz einnehmen. - Ich bedanke mich. Sie haben mir die Zeit hier oben sehr leicht gemacht. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich gebe das Wort jetzt an die Stadtkämmerin ab. Frau Dr. Diemert.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Mitglieder des Rates der Stadt Köln! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, im Stream und hier im Rat! Zwei Jahre ist es her, dass ich das letzte Mal vor Ihnen gestanden habe und den Doppelhaushalt 2020/2021 erläutern durfte.

Zwei Jahre, in denen im Zuge der Pandemie und der jüngsten Hochwasserkatastrophe

vermeintliche Gewissheiten wie Sand zwischen den Fingern zerronnen sind.

Zwei Jahre, in denen Krisenmanagement gefordert war und auch noch weiter gefordert sein wird.

Zwei Jahre, die auch ihre finanziellen Spuren hinterlassen haben und die den steten Aufwärtstrend der jüngeren Vergangenheit jäh, wirklich jäh unterbrochen haben.

Das hat uns alle - Politik ebenso wie Verwaltung - in Atem gehalten. Und es galt und gilt, Antworten auf drängende Fragen zu finden.

Vier Aspekte, sehr geehrte Damen und Herren, waren dabei leitend, vier Themenkreise, an denen ich mich auch heute orientieren will:

Erstens. Welche finanziellen Folgen hat die Corona-Pandemie?

Zweitens. Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus für unseren neuen Haushalt?

Drittens. Ganz wesentlich - denn Corona ist ja beileibe nicht alles -: Wie begegnen wir den konkreten zahlreichen Zukunftsaufgaben für diese Stadt?

Viertens. Und schließlich: Wie kann es auch über 2022 hinaus weitergehen? Was heißt das alles für die Zukunft und insbesondere für den von uns angestrebten Haushaltsausgleich?

Sehr geehrte Ratsmitglieder, lassen Sie mich zunächst einen Blick zurück werfen: Welche finanziellen Folgen hat die Corona-Pandemie?

Schon bei der Aufstellung des letzten Haushaltes - der eine oder andere wird sich erinnern - hatten wir eine konjunkturelle Abkühlung erwartet und unsere Steuern damals deutlich vorsichtiger geplant.

Der Rat ist diesen Weg mehrheitlich mitgegangen und hat - trotz zahlreicher Wünsche und Erwartungen, die an ihn herangetragen worden sind - im Haushaltsberatungsprozess Augenmaß gewahrt.

Rückblickend zeigt sich: Das war der richtige Schritt. Ohne ihn wären die heutigen Deckungslücken noch viel größer.

Doch trotz aller Vorsicht: Der konjunkturelle Einbruch in Gestalt der Corona-Pandemie kam schneller, und er kam heftiger als erwartet. Die Auswirkungen werden wir noch einige Jahre lang spüren, auch deutlich über den aktuellen, Ihnen jetzt vorliegenden Haushalt hinaus.

Nur damit Sie ein Gefühl für die Größenordnung haben, über die wir hier sprechen:

Im Verhältnis zu unseren Planungen aus der Zeit vor der Krise fehlen uns bei den wesentlichen Steuererträgen rund 291 Millionen Euro. Das sind mehr als 10 Prozent unseres damaligen Planungsniveaus.

Und auch im Vergleich zu unserem deutlich vorsichtigeren Doppelhaushalt 2020/2021 mussten wir unsere Prognosen noch einmal schmerzlich nach unten korrigieren. Bei der Gewerbesteuer liegen wir derzeit rund 94 Millionen Euro unter der bisherigen Planung. Bei der Einkommensteuer, bei der sich die Kurzarbeit deutlich bemerkbar macht, ist es sogar noch dramatischer. Hier fehlen uns rund 111 Millionen Euro oder gut 15 Prozent.

Auch bei den Ausschüttungen unserer Beteiligungen haben wir vorsichtiger kalkuliert. Hier gehen wir derzeit - je nach Szenario und einem möglichen ÖPNV-Rettungsschirm - von Mindererträgen in Höhe von etwas über 30 Millionen Euro aus.

Sehr geehrte Mitglieder dieses Rates, das alles sind Lücken - Lücken, die es erst einmal zu schließen gilt.

Erwartungsgemäß zeigen sich die Folgen dieses Einbruchs erst mit Zeitverzögerung in unserem Haushalt.

Im ersten Jahr der Pandemie, in 2020, haben noch zahlreiche Hilfen unseren Haushalt gestützt - in Höhe von etwas über 200 Millionen Euro.

Nur dank dieser Hilfen und auch dank eines konsequenten Managements bei uns vor Ort werden wir das Jahr 2020 wohl mit schwarzen Zahlen abschließen.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine große Erleichterung. Mein Dank gilt all denen, die sich für diese schnelle und tatkräftige Unterstützung auch der kommunalen Haushalte eingesetzt oder diese ermöglicht haben. Im Namen dieser Stadt: Vielen, vielen Dank dafür!

(Beifall)

Sehr geehrte Ratsmitglieder, gleichzeitig bereiten mir diese guten Zahlen tatsächlich auch Sorge - die Sorge nämlich, dass sich die Entscheidungsträger*innen in Bund und Land, dass wir uns alle

in falscher Sicherheit wiegen, dass wir uns der Illusion hingeben, die Krise der kommunalen Haushalte sei abgewehrt und weitere Hilfen würden nun nicht mehr nottun.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist beileibe nicht der Fall:

- Derzeit zeichnet sich nicht ab, dass die Hilfen bei der Gewerbesteuer fortgeführt werden.
- In diesem und im kommenden Jahr wird sich erst zeigen, ob die in unseren Büchern stehenden und in der Krise ja zunächst nur gestundeten Steuerforderungen tatsächlich einbringlich sind.
- Und erst auf der Strecke, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind und wenn wegen eines anlaufenden Betriebs aber auch keine Kurzarbeit mehr möglich ist, geht es für viele - ja, auch für kommunale - Unternehmen ans Eingemachte.
- Bei der Messe, beim Flughafen, im Kultur- und Sportbereich, ja, im gesamten Veranstaltungs-, Reise- und Tourismusgeschäft sind wir immer noch gefühlte Lichtjahre von einer Vor-Corona-Normalität entfernt. Und ja, das hat Folgen: Die Eigenkapitaldecke wird dünner, Betriebskostenzuschüsse müssen aufgestockt werden, Ausschüttungen fallen niedriger oder ganz aus.

Dies bringt mich zu dem zweiten Themenkreis: Welche Schlussfolgerung ziehen wir? Was bedeuten die massiven Einbrüche für unseren neuen Haushaltsplan?

Diese Frage, sehr geehrte Ratsmitglieder, war eine der drängendsten Fragen in den vergangenen eineinhalb Jahren.

Die Antwort darauf ist ebenso klar wie gradlinig: Konsequent bleiben! Handlungsfähig bleiben! Abgewogen und zielorientiert handeln!

Diese Grundhaltung haben wir mit zahlreichen Hilfsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie unter Beweis gestellt, und davon ist auch dieser Haushaltsentwurf geprägt.

Dieser Haushalt ist - das hat auch schon die Oberbürgermeisterin gesagt - bewusst kein Sparhaushalt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

Wir haben uns im Gegenteil entschieden, Strukturen und Budgets weitestmöglich auf dem Vor-Corona-Niveau abzusichern und quasi, wenn Sie so wollen, das 2019er-Niveau quer durch die Krise zu schreiben, also zu retten.

Und obwohl wir immer wieder - zuletzt von der Gemeindeprüfungsanstalt - attestiert bekommen, dass unsere Steuersätze hier in Köln vergleichsweise niedrig sind, werden wir die Löcher, die bei uns im Haushalt entstehen, nicht durch Steuererhöhungen bei der Gewerbe- oder der Grundsteuer schließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU sowie von Christian Joisten [SPD])

Zur Ehrlichkeit gehört natürlich auch, dass damit die Möglichkeiten für neue Aufgaben, Ausweitungen und Zusetzungen begrenzt sind.

Deshalb haben wir im Planungsprozess alle Anmeldungen kritisch hinterfragt, Budgets teilweise enger geschnitten und Puffer im Haushalt reduziert - mit einem Ziel: trotz der schwierigen Gesamtsituation Spielräume für Zukunftsthemen, für Schwerpunkte zu schaffen.

Und das, sehr geehrte Ratsmitglieder, ist meines Erachtens sehr gut gelungen.

Damit bin ich beim dritten Aspekt: Wie begegnen wir in unserem Haushalt den zahlreichen Herausforderungen der Zukunft?

Ein paar harte Fakten vorweg:

Trotz massiver Einbrüche auf der Ertragsseite werden für die Aufgaben dieser Stadt 2022 insgesamt 5,27 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Das sind 130 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr.

Davon entfallen 2,17 Milliarden Euro und damit über 40 Prozent unseres Etats auf die Produktbereiche Soziale Hilfen sowie Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Deshalb dazu ein paar weiterführende Erläuterungen:

- Wir haben hohe Steigerungsraten bei der Eingliederungshilfe. Kostentreiber sind hier die Aufwendungen für Schulbegleiter im Rahmen der schulischen Inklusion.
- Sehr stark steigen auch die Kosten für die Wohnungsnotfallprävention - eine Folge der Entwicklung am Kölner Wohnungsmarkt.

- Leider bleiben auch die Kostenpauschalen des Landes nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz deutlich hinter den tatsächlichen Kosten und Standards in Köln zurück.

(Zuruf: Hört! Hört!)

- Im Bereich der Jugendhilfe gibt es - ich sage Ihnen hier leider nicht Neues - weiter konstant steigende Fallzahlen und -kosten.

- Bei der Kindertagesbetreuung schlägt sich der Zuwachs an Betreuungsplätzen in den Zahlen nieder. Außerdem machen sich die finanziellen Folgen des Kinderbildungsgesetzes - wie schon in meiner letzten Haushaltsrede angekündigt - mit einem Mehraufwand von zusätzlich rund 43 Millionen Euro bemerkbar.

- Bei den Schulträgeraufgaben gibt es ein Plus von 34,6 Millionen Euro oder fast 8 Prozent. Das ist insbesondere eine Folge - und das ist positiv - von Neu- und Umbauten und der Digitalisierung im Schulbereich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt sowie von Christian Joisten [SPD])

- Immerhin: Der Bund hat seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft deutlich erhöht. Hier ist - wohl auch dank Corona - ein wegweisender Durchbruch gelungen, und es wurde eine uralte Forderung der Städte erfüllt. 2022 bedeutet das für Köln Mehrerträge in Höhe von 61,6 Millionen Euro. Auch das ist eine Ansage, finde ich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Christian Joisten [SPD])

Generell ist jedoch festzustellen, dass diese Bereiche von einer starken gesetzlichen und finanziellen Dynamik geprägt sind.

Umso wichtiger ist es, dass Bund und Land dem Konnexitätsgedanken, also dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt!“, bitte schön, auch endlich gerecht werden.

Sehr aufmerksam werden wir deshalb Entwicklungen bei der Ganztagsbetreuung beobachten.

Wie wichtig hier eine ausreichende Finanzierung ist, zeigen jedenfalls unsere Zahlen. Im Vorgriff auf die angekündigten Gesetze haben wir einen sukzessiven Ausbau auf bis zu 34 300 Plätze berücksichtigt. In Zahlen bedeutet das voraussichtlich jährliche Mehraufwendungen in Höhe von über 16 Millionen Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren, von enormer Bedeutung für unseren Haushalt sind auch die Personalaufwendungen. 2022 werden wir rund 1,3 Milliarden Euro - und damit fast ein Viertel unseres Budgets - für Personalaufwendungen bereitstellen. Um schlagkräftig auf die diversen Herausforderungen reagieren zu können, haben wir hierbei ein Kontingent für 252 Mehrstellen, für die keine anderweitige Refinanzierung, also beispielsweise durch Fördermittel, vorliegt, eingepreist.

Auch der Abbau des Investitionsstaus bleibt eine der zentralen Herausforderungen dieser Stadt.

Im Jahr 2022 stehen im Kernhaushalt allein für Investitionen im engeren Sinne rund 642 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind - und diese Zahlen können sich sehen lassen, finde ich - rund 146 Millionen Euro mehr als noch im letzten Haushaltsjahr.

Darin enthalten sind wichtige Infrastruktur- und Großprojekte, aber auch ein erstmalig aufgelegtes Programm für zusätzliche Klimaschutzinvestitionen im Kernhaushalt von jährlich 20 Millionen Euro.

Daneben werden wir mit städtischen Mitteln im Rahmen der Konzernfinanzierung einzelne gesamtstädtisch wichtige Projekte finanzieren. Beispielsweise verweise ich auf die zur Modernisierung des ÖPNV geplante Anschaffung neuer Nieder- und Hochflurfahrzeuge mit einem sich über mehrere Jahre erstreckenden Gesamtfinanzierungsvolumen von bis zu 1,24 Milliarden Euro.

Diese Auflistung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ließe sich auch für viele weitere Bereiche beliebig fortsetzen. Dann säßen wir wahrscheinlich morgen noch hier. Auch wenn dieser Rat wirklich dafür bekannt ist, dass er Sitzfleisch hat, will ich uns das allen nicht antun. Unsere Oberbürgermeisterin hat Ihnen gerade einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen und Schwerpunkte gegeben, auf die ich hier verweisen möchte.

Fest steht in jedem Fall: Wir werden mit dem Haushalt 2022 viel bewegen.

Allerdings muss ich Ihnen auch ohne Wenn und Aber sagen: Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir werden uns gewaltig anstrengen müssen, unsere

Gestaltungsambitionen mit Finanzierungsrealismus zu verbinden.

Und damit bin ich bei meinem letzten Themenkreis: Was bedeutet das alles für die Zukunft, insbesondere für den angestrebten Haushaltsausgleich?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten uns für 2022 realistische und gleichzeitig ehrgeizige Ziele vorgenommen. 2022 - so unser Plan - sollte der Haushalt unserer Stadt ausgeglichen und damit der schleichende Verzehr des städtischen Vermögens endlich beendet werden.

So schmerzlich es auch ist: Dieses Ziel, dieses wichtige und richtige Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir - Stand heute - aus eigener Kraft nicht erreichen können.

Derzeit gehen wir vielmehr davon aus, dass das Jahr 2022 planerisch mit einem Minus von rund 222 Millionen Euro schließen wird. Der damit einhergehende Eigenkapitalverzehr, die sogenannte Entnahmequote, liegt dann bei rund 4 Prozent.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind keine schönen Zahlen - beileibe nicht. Im Gegenteil: Das sind tiefrote Zahlen.

Und gleichzeitig ist wichtig: Es sind Zahlen, die leben - Zahlen, die sich verändert haben und sich auch noch verändern werden.

Wie komme ich zu dieser Einschätzung?

Erstens. Diese Zahlen sind deutlich besser, als wir es noch bis vor Kurzem befürchten mussten. Der Ihnen vorliegende Planentwurf weist noch ein Defizit von rund 319 Millionen Euro und im ersten Jahr einen Eigenkapitalverzehr von 5,84 Prozent und damit über der magischen 5-Prozent-Schwelle aus.

Die Verbesserung beim Defizit um rund 100 Millionen Euro ist eine ganz aktuelle Entwicklung, die wir daher in den 1. Veränderungsnachweis, der Sie ebenfalls heute erreicht hat, aufgenommen haben.

Zweitens. Wir rechnen damit, dass wir Ihnen - je nach Signal aus dem Düsseldorfer Landtag - in den kommenden Wochen einen weiteren Veränderungsnachweis werden vorlegen können. Mit der geplanten Verlängerung des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen - das Gesetz heißt halt so - werden wir die sogenannten coronabedingten Schäden im Haushalt isolieren und qua Gesetz quasi ausbuchen können.

Derzeit gehen wir davon aus, dass diese Corona-Schäden 2022 bis an die 200 Millionen Euro heranreichen könnten. Wenn wir diese nun ausbuchen könnten, würde sich unser geplantes Defizit von minus 222 Millionen Euro quasi auf einen Schlag in Luft auflösen. Der angestrebte Haushaltsausgleich wäre dann so gut wie erreicht.

Also alles gut? Nein, liebe Ratsmitglieder. Nein! Jedenfalls dann nicht, wenn wir verantwortungsvolle, nachhaltige Finanzpolitik wollen - eine Finanzpolitik, die auch unseren Kindern und Enkelkindern noch Spielräume bewahrt.

Warum, werden Sie sich fragen, angesichts dieser verbesserten Zahlen dieses eindeutige Nein?

Zunächst: Die deutliche Verbesserung um rund 100 Millionen Euro liegt nicht daran, dass sich die Situation hier vor Ort entspannt hätte. Die Verbesserung hat ihren Grund allein darin, dass sich die Landesregierung angesichts der Steuerrückgänge kürzlich entschlossen hat, den kommunalen Finanzausgleich 2022 aus Landesmitteln zusätzlich zu stützen.

Dieser Schritt der Landesregierung ist - das will ich hier in aller Deutlichkeit betonen - sehr zu begrüßen. Er wird uns 2022 massiv entlasten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Allein: Diese Unterstützung, diese Verbesserung soll nur im Wege einer Kreditierung - also auf Pump - erfolgen.

Das heißt: Wir dürfen uns gerade nicht darauf verlassen, dass diese Hilfe auch in Folgejahren fließen wird. Nein, im Gegenteil: Wir müssen davon ausgehen, dass wir diese Mittel über kurz oder lang zurückzahlen werden müssen.

Außerdem hat das Land eine Reform bei der Verteilung der Finanzausgleichsmittel angekündigt - eine Reform, die, je nachdem, wie sie ausgeht, auch Umverteilungsverluste für die Stadt Köln bedeuten könnte.

Sie verstehen daher hoffentlich, warum ich zur Vorsicht mahne und warum wir uns auf diesen Verbesserungen nicht ausruhen dürfen.

Das gilt erst recht und noch viel mehr mit Blick auf die angekündigte Corona-Isolation. Denn auch wenn diese Bereinigung um die Corona-Effekte zeigt, dass wir sehr solide gewirtschaftet haben: Das alles sind Zahlen nur auf dem Papier. Es sind Zahlen, die die tatsächliche Lage nicht wiedergeben.

Das Ausbuchen hat ja gerade nicht zur Folge, dass die Belastungen weg sind. Nein, die Belastungen werden nur in die Zukunft geschoben. Sie werden uns in späteren Haushaltsjahren sicher wieder erreichen. Wir werden lediglich die Wahl haben, ob wir die Belastungen Ende 2024 in einem Schlag abbauen oder ob wir - und die kommenden Generationen - sie über 50 Jahre im Haushalt abstottern werden.

Ich hatte die Frage gestellt: Was macht Corona mit dem angestrebten Haushaltsausgleich?

Meine Antwort lautet: Ohne Corona wäre der Haushaltsausgleich realistisch zu erreichen gewesen. Mit Corona sehen die ehrlichen Zahlen jedenfalls für 2022 ernüchternd aus. Wohlgemerkt: ernüchternd - nicht hoffnungslos.

Und damit sollten wir den Blick in die Zukunft richten. Denn wir sind auf dem richtigen Weg. Unsere Zahlen zeigen nämlich auch:

- Wir verfügen weiterhin - trotz allem - über eine sehr solide und starke Steuerbasis, um die uns viele Städte beneiden.
- Auch ohne die Schönheitskur der Corona-Isolation werden wir sicher unter der gesetzlichen Schwelle zur Haushaltssicherung bleiben.
- Und selbst wenn der Haushaltsausgleich im Jahr 2025 noch nicht in trockenen Tüchern ist: In einer gemeinsamen Anstrengung ist er greifbar.

Das, liebe Ratsmitglieder, sollte daher Anspruch und Anreiz zugleich sein - Anreiz, den eingeschlagenen Weg zum Haushaltsausgleich weiterzugehen - für uns und für Sie.

Es mag nicht allen gefallen, liebe Ratsmitglieder. Aber auch wenn unsere Stadt bisweilen eine echte Wundertüte ist, kommen wir alle gemeinsam an einer Erkenntnis nicht vorbei: Auch hier, ja, auch hier in Köln ist das Budget endlich und kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

Zur Ehrlichkeit gehört deshalb dazu, dass wir uns nicht alles - und erst recht nicht alles gleichzeitig - leisten können.

Vonseiten der Verwaltung haben wir einen Planentwurf vorgelegt,

- der eine gesunde Mischung enthält,
- der trotz massiver Ertragseinbrüche Zukunft schafft und
- der eine solide Abwägung von Chancen und Risiken vornimmt.

Gleichzeitig ist es gelungen, den Haushaltsentwurf erneut so frühzeitig vorzulegen, dass wir - wenn alles glattgeht - mit einem rechtzeitig beschlossenen und wirksamen Haushalt in das neue Jahr starten können.

Das war nur möglich, weil die Oberbürgermeisterin und meine Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand, aber auch viele, viele Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen und Ämtern diese Aufgabe gemeinsam gestemmt haben. Für diesen Schulterschluss möchte ich mich hier an dieser Stelle bei Ihnen allen, bei euch allen ausdrücklich bedanken.

(Beifall)

Mein ganz besonderer Dank geht in Richtung Kämmerei. Ganz viele von ihnen sind heute hier dabei. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei, jeder Haushalt schreibt seine eigenen Geschichten. Es waren und es sind besondere Zeiten - mit sich dynamisch ändernden Zahlen und einem bis heute unklaren Rechtsrahmen.

Und auch die Unwetterkatastrophe vor einem Monat hat vor einigen von uns nicht haltgemacht. Ich finde es bemerkenswert, dass die Kolleg*innen trotz Evakuierung und trotz Ungewissheit über das eigene Hab und Gut stets Verbindung zum Team gehalten haben und unterstützt haben, teilweise aus der Notunterkunft heraus, teilweise mit Unterstützung des nachbarlichen WLANs.

Es ist jedenfalls ihrer aller unsichtigen und manchmal mühevollen Arbeit zu verdanken, dass der Haushalt im Entwurf heute vorliegt. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall)

Jetzt, meine sehr geehrten Ratsmitglieder, legen wir den Haushaltsentwurf in Ihre Hände. Falls ich

mir wünschen darf, dass eine Botschaft hängen bleibt, dann diese: Ja, es sind stürmische Zeiten - aber die Perspektive gen Haushaltsausgleich ist da. Jetzt gilt es, Augenmaß zu wahren und Kurs zu halten - hin zu einer nachhaltigen, generationengerechten Finanzwirtschaft.

Dafür wünsche ich Ihnen, wünsche ich uns allen gute, konstruktive Beratungen. - Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Dr. Diemert.

Wie eingangs erläutert, meine Damen und Herren, soll die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 mit seinen Anlagen nach den Grundsatzreden der Oberbürgermeisterin und der Stadtkämmerin entgegen und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss.

Die Verwaltung wird ermächtigt, bis zur Verabschiedung der Haushaltssatzung durch den Rat

- *den Haushaltsplan um wesentliche Veränderungen und insb. Investitionen fortzuschreiben, die bis dahin Veranschlagungsreife erlangen, z.B. durch einen entsprechenden Ratsbeschluss,*
- *die Isolation nach dem NKF-CIG aufzunehmen, sobald mit Blick auf den Gesetzentwurf zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften zur Ergänzung entsprechender Regelungsinhalte für die Aufstellung der kommunalen Haushalte 2022 von Planreife auszugehen ist sowie*
- *aus haushaltsrechtlichen oder –technischen Gründen erforderliche Umstellungen im Haushaltsplan vorzunehmen, soweit dies in den Produktgruppen nicht zu einer Veränderung der Ermächtigungen insgesamt führt.*

Die Anpassungen werden im Wege von Veränderungsnachweisen rechtzeitig spätestens bis zur Verabschiedung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Zu diesem Tagesordnungspunkt halten Frau Oberbürgermeisterin Reker und anschließend Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert einführende Reden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

1.2 Einbringung des 1. Veränderungsnachweises Verwaltung zum Entwurf des Haushaltsplans 2022

2605/2021

Auch diese Vorlage soll, wie erläutert, zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen werden.

Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Herzlichen Dank.

Beschluss:

Der Rat nimmt den 1. Veränderungsnachweis Verwaltung zum Entwurf des Haushaltsplans 2022 mit seinen Anlagen entgegen und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

2 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Dezernat IX wieder auflösen – Strukturierung der Dezernate nach sachpolitischen Erfordernissen" AN/1570/2021

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung bis zur nächsten regulären Ratssitzung am 16.09.2021 zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 3).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Auflösung des Dezernats IX nach dem jüngsten Personalbesetzungsdesaster“

AN/1565/2021

Dazu gebe ich Herrn Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg: Herr Kienitz, Bedrohung von Ihnen und Ihrem persönlichen Umfeld verurteilt die AfD-Fraktion. So etwas ist absolut inakzeptabel.

Meine Damen und Herren, ein politisches Peinlichkeitstheater ist das Besetzungsverfahren um die Beigeordnetenposten in der Stadt Köln. Aber der Reihe nach:

In Corona-Zeiten kommt das neue Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt überein, dass man den Verwaltungsvorstand mit zwei neuen, wohldotierten Beigeordnetenstellen erweitern möchte. Man wollte sich also in Zeiten der Not einen gepflegten Schluck aus der Pulle nehmen.

Dann kursieren schon gleich die Namen von Herrn Wolfgramm und Herrn Kienitz. Wozu dann überhaupt noch eine steuerzahlerfinanzierte Ausschreibung?

Dieser gesamte Vorgang steht symbolhaft für die Verbonzung und Politisierung unserer Verwaltung durch das Altparteienkartell in Deutschland. Köln ist da leider Spitzenreiter.

(Beifall bei der AfD)

Immer öfter wird die öffentliche Verwaltung missbraucht, um Altparteienpolitiker zu versorgen: im Bund Armin Schuster, früherer CDU-Bundestagsabgeordneter, jetzt Leiter des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, oder Andrea Nahles, frühere SPD-Ministerin, jetzt Präsidentin der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation. Rot-Grün in NRW nicht besser: Frau Lütkes, frühere Grünen-Ministerin, dann Regierungspräsidentin in Düsseldorf, oder Frau Walsken, jetzt Regierungspräsidentin in Köln, davor im Landtag.

Das sind nur Beispiele für ein Auffangnetz für Parteifreunde des Altparteienkartells.

Das schädigt aber das Vertrauen der Bürger in unseren Staat und seine Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

Staatsversagen konnten wir jetzt gerade wieder in Afghanistan sehen. Und das findet hier jeden Tag und an vielen Stellen statt.

Frau Walsken ist ja die Chefin der Behörde, die Medienberichten zufolge wohl die Nichteignung von Herrn Kienitz festgestellt hat. Welche Pirouette der Politik! Herr Petelkau wird ja schon mit den Worten „Intrige“ in der Presse zitiert oder wiedergegeben. Schwarzer Klüngel gegen roten Klüngel wohl!

Frau Oberbürgermeisterin, die Antwort auf die Anfrage der LINKEN zum Thema hat nichts aufgeklärt. Haben Sie etwas zu verbergen? Waren es nun Einwände der Bezirksregierung oder Bedrohungen gegen Herrn Kienitz, die seinen Rückzug verursacht haben? Ich bin gespannt, wie sich die Landesregierung final dazu einlassen wird. Da laufen nämlich mehrere Kleine Anfragen zu dem Thema. Sie haben zumindest nichts zur Aufklärung beigetragen.

Sie haben im Juni 2016 im Deutschlandfunk Kultur ein viel beachtetes Interview gegeben, in dem Sie die Parteienwirtschaft in Köln und den daraus resultierenden Qualitätsverlust kritisiert haben.

Sie haben die Schaffung des wohldotierten Geschäftsführerjobs für Herrn Börschel verhindert. Jetzt machen Sie aber die gleiche Klüngelei mit. Wollten Sie es nicht anders machen?

Meine Damen und Herren, wir haben Corona und das Leid der Flut im Kölner Umland mit vielen

Menschen vor dem wirtschaftlichen Ruin. Da kann die Stadt Köln nicht einfach zwei wohldotierte Stellen - plus weitere Stellen; es ist ja immer ein ganzer Stab, der dann mitkommt - schaffen.

Der Rat kann die Besetzung dieser Stelle noch verhindern und ein Signal gegen die parteipolitische Verbonzung, egal welcher Couleur, setzen. Köln sollte hier endlich einmal einen positiven Standard setzen.

(Beifall bei der AfD)

Der Leistungsgedanke und die im Grundgesetz geforderte Bestenauslese müssen der Maßstab für die Kölner Verwaltung sein - und nicht das Parteibuch. Den klassischen Fachbeamten müssen wir signalisieren, dass sie eine reelle Chance auf Spitzenpositionen ohne parteipolitische Klüngelei haben.

Stimmen Sie daher bitte unserem Antrag zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 2.1.4 aufrufe, gestatten Sie mir bitte, dass ich auch in Anbetracht meines Vorredners die Gelegenheit ergreife und mich zur Transparenz des Besetzungsverfahrens der Beigeordneten äußere.

Ich muss feststellen, dass bei manchen Beobachtenden der Eindruck entstanden ist, das Auswahlverfahren bei einem der Beigeordneten sei nicht regelkonform abgelaufen. Diesem Eindruck, der sich in Ihren Fragen oder auch in Pressemitteilungen aufdrängt, trete ich ausdrücklich und entschieden entgegen. Ich versichere Ihnen, dass alle Verfahren ordnungsgemäß durchgeführt wurden und niemand in den Genuss von Privilegien kam oder etwa unsachgemäß aussortiert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werbe heute bei Ihnen für mehr Zurückhaltung in der Debatte um die Wahl von Beigeordneten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Wir möchten doch alle, dass sich die klügsten Köpfe auch weiterhin für die Stadt Köln entscheiden, statt sich von politischen Kampagnen abschrecken zu lassen.

Zum Thema Transparenz möchte ich hinzufügen: Die Verfahren sind transparent und nachvollziehbar. Aber sie sind nicht von Beginn an öffentlich. Das hat gute Gründe. Denn Bewerberinnen und Bewerber haben natürlich den Anspruch auf Vertraulichkeit und auf Diskretion. Bei der Gewinnung von Personal für unsere Stadtverwaltung kommt es vor allem auf eines an: auf Vertrauen. Insbesondere, wenn sich jemand aus einer bestehenden Aufgabe heraus bei der Stadt Köln bewerben will - ich habe es ja selbst erlebt und auch gemacht - und darum bittet, die Bewerbung vertraulich zu behandeln, möchte sie oder er den eigenen Namen eben noch nicht in der Zeitung lesen.

Wenn man sich darauf nicht verlassen kann, werden sich viele zweimal überlegen, ob sie ihren Hut überhaupt in den Ring werfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

Selbstverständlich hat der Rat als höchstes demokratisches Gremium der Stadt mit der Wahl der Beigeordneten das letzte Wort in diesem Verfahren. Und selbstverständlich steht es Ihnen allen als Ratsmitgliedern frei, Akteneinsicht zu nehmen und auch bis zuletzt Vorschläge für die Wahl zu machen.

Es steht dem Rat ebenfalls frei, ein Anforderungsprofil festzuschreiben, und auch, eine Entscheidung über den Ablauf des Verfahrens zu treffen - zum Beispiel, ob eine Auswahlkommission aus der Mitte des Rates überhaupt gewünscht ist.

Das hat allerdings dieser Rat am 6. Mai 2021 gerade nicht getan, sodass der Dringlichkeitsantrag für die Wahl der Beigeordneten oder des Beigeordneten für Kunst und Kultur einfach zu spät kommt.

Und eines möchte ich zudem klarstellen: Was den Vorschlag betrifft, den die Oberbürgermeisterin dem Rat unterbreitet, so hat der Rat, so haben Sie beschlossen, diese Verantwortung sowie die Führung des Verfahrens der Oberbürgermeisterin zu übertragen, und diese Verantwortung habe ich wahrgenommen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt beschließt die Position des Beigeordneten für das Dezernat IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales - nicht neu zu besetzen.*

2. *In § 30 Satz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln (Anzahl der Beigeordneten) wird die Zahl „9“ durch die Zahl „8“ ersetzt.*

3. *Der Rat beschließt die Auflösung des Dezernats IX. Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik wie auch die Stabsstelle Wirtschaftsförderung werden Teil des Dezernats VI – Planen und Bauen. Dieses wird in „Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Wirtschaftsförderung“ umbenannt. Das Amt für Informations-verarbeitung und die Stabsstelle Digitalisierung werden dem Dezernat der Oberbürgermeisterin zugeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

2.1.3 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Transparenzoffensive 2021" AN/1572/2021

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung bis zur nächsten regulären Ratssitzung am 16.09.2021 zurückgestellt (siehe Ziffer V – Seite 3).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt auf:

2.1.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Die PARTEI betreffend „Transparenz und breitere Ratsbeteiligung bei der Wahl der*des Beigeordneten für Kunst und Kultur“

AN/1603/2021

Das Wort hat Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wahl des Beigeordneten für Stadtentwicklung hat unter anderem gezeigt, dass die Art und Weise, wie in Köln Beigeordnete gewählt werden, im Ergebnis nicht transparent und für die Stadtgesellschaft nicht nachvollziehbar ist.

(Vereinzelt Beifall)

Eines dürfte uns aber allen klar sein: Aus diesen Geschehnissen rund um das Bewerbungsverfahren und auch der Beschwerde der Fraktionen an die Bezirksregierung sollten wir die richtigen Schlüsse ziehen.

Meine Damen und Herren, eine selbst ernannte Auswahlkommission, deren Mitglieder dem Rat der Stadt Köln nicht bekannt sind, hat sich in Anwesenheit von Oberbürgermeisterin Reker am 16. August 2021 dafür ausgesprochen, Herrn Stefan Charles als Beigeordneten für Kunst und Kultur vorzuschlagen.

Der Antrag der LINKEN und der FRAKTION vom 13. August 2021 versucht, diese Fehlentwicklung zu verhindern. Die Oberbürgermeisterin, Frau Reker, und der CDU-Fraktionsvorsitzende, Herr Petelkau, haben unseren Antrag ignoriert und Fakten geschaffen. Deshalb ist unser Antrag hier umso wichtiger.

Im Lichte dieser unglücklichen Wahlen müssen wir uns daher alle die Frage stellen, ob das gängige Verfahren nicht auf den Kopf gestellt werden muss - zum einen, weil das bekannte Verfahren nicht den Voraussetzungen des § 71 Gemeindeordnung NRW entspricht, und zum anderen, was auch sehr wichtig ist, aus unserer Verpflichtung und unserem Anspruch, unsere kommunalen Wahlbeamten in einem transparenten und alle Ratsmitglieder umfassenden Verfahren zu wählen.

Dass in Köln das Vorschlagsrecht einer der wichtigsten Faktoren ist, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir als Ratsmitglieder, jeder Einzelne der Ratsmitglieder hier im Raum, in Gänze den kommunalen Wahlbeamten wählen. Nicht eine Fraktion und auch nicht ein sogenanntes Mehrheitsbündnis wählt den kommunalen Wahlbeamten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beigeordneten werden vom Rat gewählt. So steht es in § 71 Abs. 1 Satz 3 Gemeindeordnung NRW.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber was bedeutet das für die Praxis? Ein Blick in die Kommentierung und die Rechtsprechung gibt ganz klare Vorgaben. Ich zitiere - denn es ist doch wichtig, zu wissen, welche Rechte die Ratsmitglieder hier in diesem Rat haben -:

> Den Mitgliedern der kommunalen Vertretungskörperschaft steht das Recht zu, sich über das Ergebnis der Stellenausschreibung sowie über den Werdegang und die Qualifikation der Bewerber vor der Entscheidung des Rates frei zu informieren. Dieser Informationsanspruch umfasst alle Bewerber, soweit sie nicht aus eigenem Entschluss die Bewerbung zurückgezogen haben. Ob und weshalb ein vorgeschlagener Kandidat besser geeignet ist als andere, lässt sich nur bei Kenntnis des gesamten Bewerberfeldes beurteilen.

Dazu gehören komplette Bewerbungsunterlagen - auch Lebensläufe, Anschreiben und alle weiteren Unterlagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Informationsrecht jedes einzelnen Mitglieds der Vertretungskörperschaft beinhaltet eine möglichst umfassende Informationsmöglichkeit. Nur dadurch kann jedem einzelnen Mitglied eine praktikable Möglichkeit eröffnet werden, eine eigene und vom Mehrheitsvotum abweichende Vorstellung einzubringen und eine geänderte Beschlussfassung zu erwirken.

Damit jedes Ratsmitglied auch die notwendige Informationsmöglichkeit erhält, darf die Entscheidung über die Wahl des kommunalen Wahlbeamten nicht alleine in die Hände eines Bündnisses gegeben werden. Dann hat ja sogar die sogenannte Findungskommission, die wir auch nicht beschlossen haben, das Vorschlagrecht und entscheidet.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag, dass eine Kommission unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen und Gruppen gebildet wird. Eine Kommission böte mehr Transparenz und eine breitere Ratsbeteiligung. Es würde uns gut zu Gesicht stehen, wenn die Vorbereitung der Wahl aus den Hinterzimmern dorthin geholt wird, wohin sie auch gehört, nämlich hier in diesen Rat.

(Beifall bei der LINKEN)

Insbesondere das Bündnis sollte sich vielleicht die Frage stellen, ob es von Respekt oder auch von einem tiefen demokratischen Verständnis zeugt, wenn Ratsmitglieder ihre Rechte nicht ausüben können, weil sie von der Vorbereitung der Wahl zum Teil ausgeschlossen werden.

Ich möchte gern anhand einiger Punkte darstellen, warum dieser Antrag weiterhin wichtig ist.

Wird unser Antrag heute nicht beschlossen, besteht die Gefahr, dass am nächsten Montag möglicherweise eine rechtswidrige Entscheidung über die Wahl eines Beigeordneten für Kunst und Kultur stattfindet, ohne dass allen Ratsmitgliedern die Möglichkeit gegeben wird, alle Bewerbungen vollständig einsehen zu können - und das mit Namen.

Ich möchte hier auch noch Folgendes anmerken: Als wir zusammen mit Herrn Kockerbeck letzten Freitag Akteneinsicht genommen haben, hatten wir da keine Klarnamen, sondern nur anonymisierte Bewerbungsprofile. Insofern werden wir am nächsten Freitag erneut Akteneinsicht nehmen. Ich erwarte, dass zu diesem Zeitpunkt alle Namen veröffentlicht sind, sodass wir als Ratsmitglieder die entsprechenden Informationsmöglichkeiten haben, um dann auch wirklich entscheiden zu können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen. Frau Oberbürgermeisterin Reker hat einzelnen Ratsmitgliedern gesonderte Informationen über die Bewerbung von Kandidatinnen und Kandidaten ermöglicht. Ein solches Verfahren verstößt gegen § 71 Gemeindeordnung.

Frau Reker, Sie haben gesagt, wir könnten selber Namen nennen. Das würden wir ja gerne tun, wenn wir wüssten, wer sich denn beworben hat. Wenn wir nur anonymisierte Bewerbungsprofile haben, wissen wir das natürlich gar nicht.

Deswegen noch einmal die Bitte: Wenn wir am Freitag erneut Akteneinsicht nehmen, muss es so sein, dass wir Klarnamen haben, dass wir Lebensläufe haben und dass wir wissen, warum sich die Menschen auf diese Stelle beworben haben. Sie können sich gern die Akten noch einmal anschauen. Und deswegen glaube ich - -

> (Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist das Recht der Bewerber, sich zurückzuziehen!)

- Das ist richtig. Natürlich hat jeder Bewerber das Recht, seine Bewerbung zurückzuziehen. Diese Bewerbungen meine ich überhaupt nicht. Es geht nicht darum, dass ich mir Bewerbungen anschauen möchte, die Menschen wieder zurückgezogen haben. Ich möchte gern die Bewerbungen von Menschen sehen, die sich beworben haben und noch im Bewerbungsverfahren sind. Das ist unser Recht, glaube ich.

Deswegen ist es sehr, sehr wichtig, dass dieser Antrag heute beschlossen wird. Ich denke einfach, dass wir diesen Weg nicht mehr gehen können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek, jetzt ist Ihre Redezeit wirklich abgelaufen.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ich komme gleich zum Ende, Frau Reker. - Ich halte es auch noch für wichtig, demnächst in der Findungskommission gemeinsam Beigeordnete zu wählen.

(Unruhe)

Denn das ist unser Recht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Danke schön.

(Beifall - Unruhe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe. - Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

(Michael Hock [Die FRAKTION]: Gleiches Recht für alle! Wir sind auch Antragsteller!)

- Herr Hock, es wäre schön gewesen, wenn Sie sich vorab gemeldet hätten. Dann ständen Sie auf meiner Rednerliste. Bitte sehr. Sie haben das Wort. - Danke, Herr Hammer, für Ihr Verständnis. Vielen Dank für den höflichen Umgang damit. - Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Können Sie mich hören? - Sehr gut. Ich mache das auch vom Saalmikrofon aus. Ich habe hierzu auch nichts vorbereitet. Aber wir sind Mitantragsteller, weil wir diesen Antrag inhaltlich und auch in der Form, in der er gestellt worden ist, unterstützen.

Beginnen möchte ich mit einem Zitat, einem Bildungsbürgerzitat. Letztens stolperte ich darüber, als ich etwas über das Gebäude, in dem wir uns heute leider nicht befinden, aber in dem wir uns befinden sollten, nämlich das Rathaus, gelesen habe. Im Ratskeller stand dort wohl einst in den 70er-Jahren mit goldenen Lettern: Audiatur et altera pars.

Meine Lateinkenntnisse sind auch begrenzt. Übersetzt auf Deutsch bedeutet das so etwas wie - ich weiß nicht; vielleicht weiß es noch jemand, der auf einem humanistischen Gymnasium war -: Gehört werde auch der andere Teil.

Ich halte es für richtig, dass das die Ratsmitglieder, überwiegend Herren damals, wahrscheinlich mit einigen Kölsch in der Hand, immer vor Augen hatten. Und das ist aus dem Fokus geraten und verloren gegangen. Das finden wir sehr schade.

Ich erinnere an die März-Sitzung, zu der Die PARTEI einen Antrag gestellt hatte, der freundlicherweise von der Tagesordnung genommen wurde; Frau Martin war der Ansicht, er hätte sich erledigt. Es sollte unter anderem beantragt werden, dass ein Dezernat zur Schaffung von Dezernaten eingerichtet wird. Vielleicht hätten wir jedenfalls das Problem mit der Eignung nicht, hätten wir dieses Dezernat eingerichtet. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die CDU da genügend geeignetes Personal gehabt hätte. - Es ist jetzt nicht an mir, diesen Witz noch einmal zu erklären. Jedenfalls ist eine Debatte da nicht geführt worden, weil der Antrag, wie gesagt, von der Tagesordnung genommen worden ist.

Dass der andere Teil gehört werden sollte, ist das eine. Das andere ist, dass auch wir auf kommunaler Ebene durch den Grundgesetzgeber gebunden sind. Art. 33 Abs. 2, der Grundsatz der Bestenauslese, gilt auch hier. Ich frage mich, meine Damen und Herren: Wie soll denn der Beste bestimmt werden, wenn schon im März durch die Presse kolportiert wird, wer denn am Ende des Auswahlverfahrens der Beste sein wird? Da stimmt irgendetwas nicht.

Wenn ich sage, dass Sie den anderen Teil hören sollten, meine ich damit konkret: Nehmen Sie die Opposition mit ins Boot. Es ist bekannt, dass ich bezüglich dieser einen Personalie bei der

Bezirksregierung Beschwerde eingelegt habe. Das kann ich auch gerne im Detail erklären. Ich bin da juristisch anderer Auffassung, Frau Reker. Aber das sei einmal dahingestellt. Nehmen Sie die Opposition mit. Auch uns ist daran gelegen, dass wir Fachpersonal bekommen, das den Laden hier richtig schmeißt, und nicht irgendwen. Bei dieser einen Personalie bin ich nach wie vor der Ansicht, dass das keine gute Entscheidung gewesen wäre.

Wir tragen diesen Antrag mit, weil es in der Tat Sinn macht, alle einzubinden. Dass nachher die politische Entscheidung eine Entscheidung des Mehrheitsbündnisses sein wird, ist klar. Aber dennoch müssen wir in dem Spannungsverhältnis zwischen dem gesetzlich vorgegebenen Grundsatz der Bestenauslese und dieser tatsächlich am Ende politischen Entscheidung irgendwie vermitteln. Und das erfolgt bisher leider nicht.

Ich entschuldige mich für diesen ganzen realpolitischen Quatsch. Das kommt auch nicht mehr vor. Aber jetzt lag mir gerade daran - ich hatte auch nichts vorbereitet -, darauf noch einmal hinzuweisen. Nehmen Sie uns doch einfach mit. So eine Findungskommission mit allen Fraktionen und Gruppen ist aus unserer Sicht sehr sinnvoll. Das möchten wir hier noch einmal mitgeben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mir eigentlich einen ruhigeren Redebeitrag vorbereitet. Aber nach dem, was ich gerade von der Kollegin Tokyürek gehört habe, fällt es mir schwer, hier vorne ruhig zu bleiben, weil dort über Personalfindungsverfahren, die hier stattfinden, auch relativ - ich will nicht sagen, Unwahrheiten verbreitet wurden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Wie Frau Reker schon in ihrem Eingangsstatement gesagt hat, hat der Rat genau dieses Verfahren so beschlossen. Das hat der Rat mehrheitlich getan. Es ist auch das Recht dieses Rates, mehrheitlich Verfahren so zu beschließen, wie er es getan hat.

Wenn Sie mit dem Ergebnis dieses Verfahrens nicht einverstanden sind, ist es auch Ihr gutes Recht, am Ende dagegenzustimmen.

Aber wenn Sie jetzt so tun, als sei dieses ganze Verfahren nicht rechtmäßig - solche Verfahren wurden übrigens vorher auch schon durchgeführt; damit unterstellen Sie quasi allen anwesenden Beigeordneten, die mit diesem Verfahren gewählt worden sind, dass das alles illegitim ist und dass sie dort oben nicht rechtmäßig sitzen -, fällt es mir schon sehr, sehr schwer, da ruhig zu bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Das war kein anderes Verfahren als die Verfahren, mit denen wir auch Teile unserer Dezernentinnen und Dezernenten dort oben gefunden haben.

Wer wird sich denn - auch das hat Ihr Redebeitrag noch einmal deutlich gemacht - in dieser Stadt noch für irgendetwas bewerben, wenn Namen, bevor sie überhaupt auch nur in Erwägung gezogen werden, schon in der Zeitung rauf und runter diskutiert werden und dann öffentlich diskutiert wird, wer denn der oder die Beste ist? Diese Leute sind teilweise in anderen Städten oder Organisationen - oder woher auch immer sie kommen - noch in Arbeitsverhältnissen. Dort weiß dann jeder: Aha, diese Person ist also auf dem Absprung.

Wer würde es sich denn dann noch antun, sich in dieser Stadt zu bewerben, wenn wir weiterhin in diesem Rat so miteinander umgehen bzw. wenn wir hier so mit Personalangelegenheiten umgehen? Dann wäre doch jede und jeder mit dem Klammerbeutel gepudert, überhaupt noch einen Gedanken daran zu verschwenden, sich hier zu bewerben.

Damit erreichen wir genau das Gegenteil dessen, was Sie eigentlich beabsichtigen. Dann bekommen wir nämlich garantiert nicht mehr die besten Leute, die wir in dieser Stadt eigentlich so dringend benötigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Vielleicht müssen wir auch mal wieder einen kleinen Gang herunterschalten, was diese ganzen Empörungsschleifen angeht, die hier ständig gedreht werden. Wegen jedes kleinen Verfahrens

wird hier in jeder Ratssitzung dann noch mal die gleiche Platte aufgelegt. Ich freue mich schon auf die gleiche Debatte, die wir in der September-Ratssitzung wieder führen werden. Dann können wir vielleicht einfach die Reden zu Protokoll geben, um uns auch die Zeit zu sparen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wenn wir diese Empörungsschleifen jedes Mal aufs Neue drehen und uns hier immer wieder nur mit uns selbst beschäftigen, geht es in dieser Stadt nicht voran. Damit meine ich auch das Skandalisieren von jedem kleinen bisschen, das vermeintlich irgendwie da ist. Sie geben diesem Kulturdezernenten doch noch nicht einmal die Chance, sich überhaupt bei Ihnen vorzustellen, und wissen jetzt schon, dass dieses Verfahren aber ein verkorkstes Verfahren ist.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Was bietet ihr denn an? Immer weiter so, oder was? - Gegenrufe: Das Verfahren ist doch nicht rechtswidrig, wenn der Rat es beschlossen hat! - Das ist ein beschlossenes Verfahren! - Gegenruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort. Ich bitte, die Zwischenrufe einzustellen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn Sie das Verfahren für rechtswidrig halten, steht es Ihnen selbstverständlich frei - wie bei allen anderen Dingen, die man für rechtswidrig hält -, den Rechtsweg zu beschreiten. Sie haben ja auch schon per Pressemitteilung angekündigt, dass Sie das tun werden. Dann wünsche ich Ihnen dabei viel Erfolg.

Wir sind davon überzeugt, dass dieser Rat selbstverständlich ein rechtssicheres Verfahren gewählt hat und dass dieses Verfahren auch von der Oberbürgermeisterin rechtssicher durchgeführt wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Wo sind wir denn? Wir beschließen doch nicht irgendwelche Sachen, die rechtswidrig sind. Entschuldigung!

Ja, ich wollte mich eigentlich nicht aufregen. Jetzt haben mich Ihre Zwischenrufe doch dazu verführt, mich hier ein bisschen zu echauffieren.

Noch einmal: Dieses Skandalisieren von allem und jedem, was hier angeblich getan wird, sodass wir uns im Rat überhaupt nicht mit Inhalten beschäftigen, führt doch am Ende nur dazu, dass die Politikverdrossenheit in dieser Stadt zunimmt und dass es immer heißt: Die da oben machen doch eh alles, was sie wollen.

Daher kann ich nur dafür werben: Geben Sie doch dem Kandidaten für das Kulturdezernat auch erst einmal eine Chance. Lernen Sie ihn kennen. Vielleicht können Sie sich ja - - Nach diesem Antrag werden Sie ihn wahrscheinlich sowieso nicht mitwählen können; das ist mir dann auch schon klar. Aber lassen Sie uns doch versuchen, in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam die besten Köpfe nach Köln zu holen, und darauf verzichten, hinter jeder Personalie den großen Skandal zu wittern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der SPD das Wort gewünscht? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche jetzt auch, ruhig zu bleiben; denn die Emotionen schlagen hoch, und ich finde, dass wir die Dinge ein bisschen sortieren müssen.

Lino Hammer, wenn hier der Eindruck erweckt wird, wegen jedes Kinkerlitzchens würde hier eine Empörungsschleife gefahren, wird das den Vorgängen, die wir heute eigentlich nicht beraten, die aber durchaus zur Beratung anstehen, nämlich um die Wahl des Dezernenten für das Dezernat IX, nicht gerecht.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja. Der Eindruck konnte aber entstehen. Deswegen will ich das hier noch einmal in aller Klarheit sagen. - Ich meine aber, dass wir uns heute nicht damit befassen sollten. Deswegen haben wir unseren Antrag, was dieses Verfahren betrifft, gerade auch in die nächste reguläre Sitzung verwiesen.

Heute liegt ein Antrag vor, der sich ausdrücklich mit der Wahl des Beigeordneten für Kunst und Kultur beschäftigt. Nur dazu will ich jetzt Stellung nehmen - und deswegen auch ausdrücklich nicht zu Ihren Ausführungen, Frau Oberbürgermeisterin Reker. Dazu gäbe es auch eine ganze Menge zu sagen. Das heben wir uns, wie gesagt, für die nächste reguläre Sitzung auf. Dann debattieren wir das in Gänze, was den Blick zurück betrifft.

Grundsätzlich ist uns als SPD natürlich bewusst - auch das sei vorangestellt -, dass Personalbesetzungsverfahren immer, egal an welcher Stelle, ob in dieser Stadt oder in städtischen Gesellschaften, sensible Vorgänge sind, bei denen wir mit Menschen und deren Biografien arbeiten. Deswegen müssen wir am Ende gucken - da gebe ich allen, die das jetzt im Vorfeld schon gesagt haben, durchaus recht -, dass wir Menschen das Signal senden: Hier kann man vertrauensvoll, aber auch - das ist ebenfalls wichtig - rechtskonform in diese Verfahren einsteigen.

Die Hinweise, die jetzt auf das laufende Verfahren gekommen sind, muss man ernst nehmen. Das haben wir in der Presse immer schon gesagt. Wir gucken uns auch das Verfahren an.

Jetzt geht es aber um die Frage - und das ist der Antrag, über den wir eigentlich diskutieren -, wie wir ganz konkret mit dem derzeit bereits laufenden und von diesem Rat beschlossenen Verfahren umgehen. Halten wir das Verfahren an und starten es neu? So wird es ja von den LINKEN und der PARTEI beantragt. Und da sagen wir: Sosehr wir für übergreifende Zusammenarbeit gerade im Bereich der Kultur grundsätzlich auch zur Verfügung stehen würden - ich erinnere daran, dass die letzte Kulturdezernentin in einem ähnlichen Verfahren gewählt worden ist; über das Ergebnis kann man dann unterschiedlicher Meinung sein -, ist es so, dass dieser Rat ein Besetzungsverfahren beschlossen hat. Das respektieren wir.

Auch wenn wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch eine andere Vorstellung gehabt hätten, wie man das Ganze steuert bzw. wie dieser Stadtvorstand sich insgesamt zusammensetzt - hier sei noch einmal bemerkt, dass das eben auch nicht den Rat in seinem vollen Umfang abbildet -, respektieren wir zunächst diesen Beschluss.

Wir sind der Überzeugung: Zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem wir bereits über einen konkreten Namen in der Öffentlichkeit diskutieren - diese Person stellt sich uns heute auch in der Fraktion vor -, würden wir wieder ein falsches Signal - nach vielen anderen, die es in der Vergangenheit leider schon gegeben hat - senden, wenn wir dieses Verfahren jetzt noch einmal komplett neu aufsetzten

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und sagten: Es ist schön, dass Sie sich beworben haben, lieber Herr Charles; aber wir möchten an dieser Stelle doch nicht auf Sie zurückgreifen.

Das wäre falsch. Deswegen sind wir nicht dafür, diesem Antrag zuzustimmen, und werden ihm auch nicht zustimmen.

Gleichwohl - das sei noch einmal betont - werden wir selbstverständlich auf das Verfahren und die Rechtskonformität des Verfahrens schauen. Das hat dann aber nichts mit der Person zu tun.

Wir geben - damit bin ich an dem Punkt, zu dem eben schon einmal aufgerufen wurde - dem Bewerber eine Chance; genau so, wie sich das gehört. Wir schauen uns ihn an, kommen zu einem Ergebnis und werden am Montag gemeinsam darüber beraten bzw. dann entscheiden, ob wir ihn zum Dezernenten und Beigeordneten für Kunst und Kultur wählen.

Dementsprechend sprechen wir uns, wie gesagt, gegen den Antrag aus und hoffen auf eine sachliche, aber faire und auch der Besonderheit der Situation entsprechende Debatte in der nächsten Ratssitzung. Wir freuen uns heute, an der Stelle miteinander, glaube ich, einen richtigen Weg zu gehen und für Köln ein gutes, ein wichtiges, ein zukunftsfähiges Signal zu senden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer am Livestream und hier im Saal! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einmal ein paar Dinge richtigzustellen, die hier von den Antragstellern in den Raum gestellt worden sind und so absolut unhaltbar sind.

Zum einen bewegen wir uns rein rechtlich im Zwiespalt zwischen dem Beamtenrecht und dem Recht des Einzelnen auf informationelle

Unversehrtheit, das wir gerade im Personalrecht als eines der höchsten Güter ansehen. Nicht ohne Grund ist in § 9 Bundesdatenschutzgesetz die Personalakte als ein besonders geschützter Bestandteil vorgesehen.

Wenn sich jemand bei einem Unternehmen bewirbt - - Und nichts anderes ist das hier. Man bewirbt sich beim Unternehmen Stadt Köln - ja, auf eine herausgehobene Position und keine normale Position. Aber es ist eine Bewerbung. Genau deshalb unterliegen all diese Daten auch einer besonderen Schutzwürdigkeit.

Wenn jemand, der - egal ob in der Privatwirtschaft oder in einem anderen kommunalen Haus - eine Stelle innehat, diesen richtigen und wichtigen Schritt geht und sich woanders bewirbt, muss er als Erstes darauf vertrauen können, dass seine Daten geschützt sind.

Das ist auch der Grund, warum wir am Ende dieses Prozesses in der Regel nur einen Bewerber haben. Denn alle, die sich hier bei dieser Stadt bewerben oder eine Interessensbekundung abgeben, ziehen diese natürlich zurück, wenn sie das entsprechende Signal bekommen oder selber für sich entscheiden: Ich möchte mich nicht weiter bewerben.

Diesem Recht des Einzelnen steht das Informationsrecht unseres Rates gegenüber. Wir alle wollen natürlich maximale Informationen über den Kandidaten, der am Ende herauskommt, haben.

Deshalb ist es hier im Hause bewährte Praxis, dass die Kandidaten sich mit Vorlauf auch in den Fraktionen vorstellen und dass man von derjenigen, die das Verfahren geführt hat oder führt, der Oberbürgermeisterin - oder in der Vergangenheit dem Oberbürgermeister -, einen kompletten Satz an Informationen bekommt, sodass man diesen Kandidaten auch beurteilen kann. Das ist in all den Verfahren, seitdem ich seit 2014 kontinuierlich hier im Rat gesessen habe, immer passiert, egal ob wir damals in der Opposition oder danach auch in der Verantwortung waren. Es gab immer eine ausreichende Information und die Gelegenheit, sich über den Kandidaten oder die Kandidatin entsprechend zu informieren.

Darüber hinaus hätte jede Fraktion oder sogar jedes einzelne Mitglied hier im Rat das Recht, auf die Vorlage der Oberbürgermeisterin hin einen weiteren Kandidaten vorzuschlagen. Und jeder kann sich auf die Suche machen. Da muss man nicht schauen, wer sich alles schon beworben hat, Frau Tokyürek. Sie hätten selber Leute ansprechen können und sagen können: Der ist geeignet, und wir schlagen ihn hier vor.

Dieses Recht haben Sie. Das nimmt Ihnen keiner. Es ist unredlich und auch demokratieschädlich, wenn Sie hier das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Das Zweite ist - es ist wichtig, das hier auch noch darzustellen -: Wir haben in der Tat in den letzten Jahren immer genau nach dem gleichen Verfahren alle Besetzungen vorgenommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Detjen zu?

Bernd Petelkau (CDU): Nein, momentan nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Bernd Petelkau (CDU): Ich würde gerne meine Rede - -

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Angesichts dessen, dass ich vom Ende der Redezeit nicht mehr weit entfernt bin, würde ich das gerne zu Ende ausführen.

Wie gesagt, ist das Zweite, dass diese Verfahren hier absolut ordentlich durchgeführt worden sind - nach den Grundsätzen der Gemeindeordnung. Das ist hier entsprechend vorgesehen. Die Oberbürgermeisterin führt das Verfahren, und wir haben eine Personalberatung eingeschaltet. Das ist in all diesen Verfahren entsprechend passiert.

Das Prinzip der Bestenauslese ist durch das Beamtenrecht vorgegeben. Da unterscheiden wir uns von den Ministerialbesetzungen, wo es diese Vorschriften nicht gibt. In unserem Fall führt das Beamtenrecht dazu, dass wir den strengen Maßstab der Bestenauslese in den Verfahren umsetzen. Das wird von der Verwaltung und dem Personalberater entsprechend dokumentiert. Es ist richtig und wichtig, dass das so passiert.

Wir werden in diesem konkreten Verfahren den besten Kandidaten in der nächsten Woche

präsentiert bekommen. Ich werbe für eine Zustimmung. Denn wir brauchen erstklassige Leute für Köln. Stefan Charles ist eine erstklassige Persönlichkeit, die uns in den nächsten Jahren in die Lage versetzt, im Kulturbereich wirklich auch herausragende Leistungen zu erbringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Oberbürgermeisterin hat in ihrem Vorwort zu dieser Debatte mit Recht gesagt, dass dieser Antrag zu spät kommt. Wir haben uns auf ein Verfahren verständigt. Nach diesem Verfahren haben sich Bewerberinnen und Bewerber bei der Stadt Köln beworben. Da gebietet es der Vertrauensschutz, sich an dieses Verfahren zu halten und es nicht fünf Tage vor der Entscheidung zu ändern.

Aber lassen Sie mich einmal acht Jahre auf die Wahl der letzten Kulturdezernentin zurückblicken. Da gab es nämlich das, was heute hier vorgeschlagen wird, also eine Findungskommission mit allen im Hauptausschuss stimmberechtigten Fraktionen. Da ich einer der letzten politischen Überlebenden bin, der daran teilgenommen hat, kann ich hier ja einmal ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern.

Dieser Findungskommission haben sich dann nämlich Kandidatinnen und Kandidaten entsprechend vorgestellt - natürlich auch ohne Maske und mit klarem Namen. Am Ende hat sich die damalige Ratsmehrheit aus Rot-Grün zur Beratung zurückgezogen und ist mit einem Ergebnis wiedergekommen, das dann hieß: Der Favorit aller, die sonst im Raume waren

(Dr. Ralph Elster [CDU] nickt)

- da hinten gibt es noch einen nickenden Überlebenden dieser Runde; ja, lieber Ralph Elster -, wurde ausgeschieden. Man hatte sich auf eine Kompromisskandidatin geeinigt, die wir alle die letzten acht Jahre hier erleben durften.

Sie sehen also: Es hat so etwas gegeben. Zu welchem Erfolg es geführt hat, kann dann jeder entsprechend beurteilen.

(Beifall bei der FDP)

Ja, wir teilen die Kritik an dem Verfahren mit der Sondersitzung am nächsten Montag. Wir haben das in der Fraktion beraten. Unser Fraktionsgeschäftsführer hat es auch in den Beratungen mit seinen Kolleginnen und Kollegen entsprechend eingebracht. Aber wir haben gesagt: Wir haben jetzt einen Kandidaten. Wir haben ein beschlossenes Verfahren. Wir wollen weiteren Schaden vom Kulturstandort Köln abwenden.

Denn würden wir jetzt anfangen, das aufzuweichen oder aufzuschieben, würden wir nur den Kandidaten beschädigen und den Ruf der Stadt Köln beschädigen. Das dürfen wir nicht tun, meine Damen und Herren. Deswegen wirken wir jetzt natürlich genauso konstruktiv, wie das der Kollege Joisten gesagt hat, an dem Verfahren mit, schauen uns den Kandidaten heute auch an und werden uns am Montag dann entsprechend dazu verhalten.

Wir sind als FDP-Fraktion aber gerne bereit, in Gespräche einzutreten, um zu überlegen, wie wir danach andere Verfahren finden können, auf die wir uns hier verständigen und die wir dann, wenn wir solche Ausschreibungen machen, von Anfang an entsprechend festlegen können.

Eine solche Findungskommission kann meines Erachtens nicht ganz so gebildet werden, wie das im Antrag beschrieben ist, also nach dem Motto „one fraction, one vote“. Wir müssen ja doch die Mehrheitsverhältnisse des Rates entsprechend abbilden.

Auch der Schutz von Bewerberinnen und Bewerbern ist sehr wichtig, wie Bernd Petelkau schon gesagt hat, weil wir sonst viele abschrecken würden, sich überhaupt bei der Stadt Köln zu bewerben.

Daher können wir als FDP-Fraktion Ihrem Antrag heute nicht zustimmen. Wir sind aber gerne bereit, uns nach der Entscheidung am Montag darüber zu unterhalten, wie wir die Dinge hier verbessern können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, auf meiner Rednerliste steht

jetzt Herr Zimmermann. Aber vorher frage ich, ob von Volt oder von der AfD das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Zuschauertribüne und im Livestream! Zunächst zum Antrag der LINKEN und der FRAKTION: Schon beim Lesen des Antrags war ich mittelmäßig entsetzt - und nach dem Vortrag noch mehr. Das hat unter anderem damit zu tun, dass ich aus dem Bewerberumfeld der nun noch zu wählenden Person als Beigeordnete für Kunst und Kultur mindestens eine Person kenne.

Nach deiner Rede habe ich als Erstes eine SMS geschrieben, dass diese Person bitte doch dringend auch formal ihre Bewerbung zurückzieht, damit sie nicht in die Gefahr gerät, öffentlich gemacht zu werden; denn sie ist in Lohn und Brot und auf die Vertraulichkeit angewiesen.

Wenn jetzt gesagt wird, man wolle bis zu dem und dem Tag Klarnamen haben, ist das ein großes Problem. Die Bewerber haben nämlich gar nicht alle formal ihre Bewerbung zurückgezogen. Abgesehen davon, dass das rechtlich schwierig ist, wäre es wirklich ein Vertrauensbruch, den man den Bewerber*innen nicht zumuten kann.

Im Beschlusstext selbst steht dazu, wie es zukünftig laufen soll, die Vorstellung, dass uns drei Namen genannt werden. Dann gehen also zwei Verlierer vom Platz. Wer soll sich denn dann, bitte schön, noch bewerben, wenn er irgendwo schon fest angestellt ist? Das kann man sich wirklich nicht ausmalen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

Auch das ist total illusorisch und wird garantiert nicht dazu führen, dass die Qualität der Bewerbungen in Köln steigt.

Das Verfahren, wie wir es hier praktizieren, ist okay, sage ich einmal vorsichtig. Es ist einigermaßen transparent, in vielen Punkten. Es gibt die Vertraulichkeit. Dort hört die Transparenz dann natürlich leider auf. Es ist aber nicht wirklich - - Wie soll man sagen? Es ist okay. Aber es wird eben nicht ernst genommen.

Da muss ich auch Lino Hammer etwas widersprechen. Es geht nicht um ein kleines bisschen. In Bezug auf den gewählten Stadtentwicklungsdezernenten war das Verfahren formal sicherlich okay. Aber das Ganze davor und danach war nicht okay. Und das haben nicht die Opposition oder die kritischen Stimmen versaut. Das haben Herr Petelkau und Herr Kienitz selbst versaut; ganz einfach.

Und wenn das Verfahren so toll war, muss man sich ja trotzdem fragen: Wie kann es sein, dass die Presse am Anfang des Verfahrens schreibt, Herr Kienitz werde es, und er es am Ende dann auch wird? Natürlich kann das ein Zufall gewesen sein. Aber es widerspricht diesem Gedanken der Bestenauslese. Und wenn wirklich alles so gut war und er tatsächlich der Beste war, steht immer noch die Frage im Raum - und die ist nicht wirklich beantwortet -: Warum hat Herr Kienitz dann zurückgezogen?

Das Verfahren hat aber auch noch andere Mängel. Da ist das Stichwort „Bestenauslese“. Dass eine Bestenauslese erfolgt, stimmt eben leider auch nicht. Es wird nicht der oder die Beste Dezernentin oder Beigeordneter, sondern diejenige Person, die im Rat die Mehrheit bekommt. Das ist ganz einfach so. Daher kann die Oberbürgermeisterin, die dieses Verfahren führt, nur Personen vorschlagen, die hier auch eine Mehrheit bekommen. Die Oberbürgermeisterin kann keine Person vorschlagen, die vielleicht nach ihrer Meinung die allerbeste Person ist, aber im Rat anschließend durchfällt. Daher muss die Oberbürgermeisterin als die Leiterin des Verfahrens, so wie wir das wollen, Personen vorschlagen, die hier auch gewählt werden; denn sonst wären diese Personen natürlich stark beschädigt.

Ein anderer wichtiger Punkt ist das Vorschlagsrecht. Auch das Vorschlagsrecht ist ja recht transparent. Grüne, CDU und Volt schreiben ganz klar, wo sie sich nach Verhandlungen ein Vorschlagsrecht ausbedingen oder nicht. Das ist okay. Das kann man nachlesen. Darauf kann man sich einlassen. Es ist auch legitim - also dieser Wunsch, dass die Politik sich ein bisschen mit der Verwaltung verzahnt, um langfristig auch in der Verwaltung wirken zu können. Das steckt ja mit dahinter.

Nicht mehr okay ist aber, dass der Parteiproporz nicht beachtet wird, dass dieses Vorschlagsrecht nur nach Mehrheiten vergeben wird, sodass am Ende, wenn eine Partei nur lange genug dran ist, nahezu alle Beigeordneten dann ein Parteibuch dieser Partei haben, und dass die anderen

Parteien schlicht und einfach leer ausgehen, was das Vorschlagsrecht angeht.

(Beifall von Christian Joisten [SPD])

Einen letzten Punkt möchte ich noch kurz anmerken. Diese Diskussion haben wir auch schon bei den Aufsichtsräten geführt. Frau Oberbürgermeisterin, wir hatten hier eine Zeit, in der wir kurz davor waren, das Matriarchat auszurufen. Sie waren Oberbürgermeisterin; es gab Frau Klug; es gab Frau Berg; es gab Frau Laugwitz-Aulbach; es gab Frau Dr. Klein. Nun haben wir mit den vier Beigeordneten, die zurzeit gewählt werden oder gewählt wurden, aber zurückgezogen haben, vier Männer. Es ist keine einzige Frau in dieser Reihe. Das wird sich im Stadtvorstand am Ende so widerspiegeln, dass die Quote nicht mehr erfüllt ist.

(Beifall von Maria Helmis [SPD])

Daher bitte ich, bei der noch anstehenden Besetzung auch darauf zu achten. Ich bin einmal gespannt, ob in dem erneuten Verfahren zur Wahl eines Stadtentwicklungsdezernenten einmal der Name einer Frau fällt. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn ich das richtig interpretiert habe, gibt es jetzt eine zweite Runde.

(Zurufe: Oh!)

Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Unser Antrag kommt spät. Ja, er kommt spät. Aber er kommt nicht zu spät. Und das ist das Entscheidende. Wenn wir ein Verfahren, das rechtswidrig ist, heilen können - - Und das ist der Ansatz unseres Antrages.

Sie haben ja sowohl von Herrn Sterck als auch von Herrn Joisten die Andeutung gehört, dass sie die rechtlichen Dinge prüfen werden und dass wir ein anderes Verfahren brauchen. Daran können Sie ja schon sehen, dass auch andere Parteien nachdenklich geworden sind und diese ganze Angelegenheit prüfen wollen.

Ich möchte auch noch einmal auf Folgendes hinweisen: Unser Antrag kam am 13. August 2021. Zu diesem Zeitpunkt waren die Namen noch nicht veröffentlicht. Am 13. August war es also möglich, Frau Oberbürgermeisterin und Herr Petelkau, das Ganze im Prinzip anzuhalten und zu schauen, wie die heutige Beratung hier ausgeht. Das möchte ich zu dem Zeitpunkt noch einmal sagen, und zwar deutlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben davon gesprochen, Sie hätten keine Privilegien vergeben. Doch, haben Sie. Sie haben zwei Mitgliedern der CDU - mehr kenne ich nicht; zumindest die zwei sind bekannt - das Privileg gegeben, Namen kennenzulernen, die andere Ratsmitglieder nicht kennen konnten. Wir haben es versucht und haben keine Namen sehen können.

Es geht uns in Bezug auf die ganze Aktenführung auch nicht darum, Namen von Personen, die zurückgezogen haben, zu erfahren. Darum geht es überhaupt nicht. Vielmehr geht es darum, ein ordentliches Verfahren zu finden.

Dieses Verfahren ist vom Verwaltungsgericht Münster im Jahr 2020 moniert worden. Das war übrigens eine Klage der CDU aus einer Ruhrgebietsstadt, die sich beschwert hat, dass sie nicht die Akten einsehen konnte. So viel nur einmal als kleiner Hinweis. Das kam also nicht von den LINKEN, sondern von der CDU.

Deswegen ist dieses Urteil des Verwaltungsgerichts Münster für uns die Grundlage für den Verfahrensweg, Herr Petelkau, auch in der Frage „öffentlich oder nichtöffentlich?“. Es geht um die Wahl eines politischen Beamten nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Da muss allen Mitgliedern des Rates die gleiche Möglichkeit gegeben werden, und da dürfen keine Privilegien vergeben werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Hammer, zum Stichwort „Empörungsschleife“: Die Stadt Köln war über die Wahl des Stadtentwicklungsdezernenten empört. Ich war das auch. Aber die Empörungsschleife von uns war bei Weitem nicht so groß wie die Empörungsschleife der Stadt Köln. Eine Empörungsschleife ist ja auch ein objektiver Vorgang, der in der Stadtgesellschaft stattfindet. Und diese Empörung war da. Das muss man konstatieren. Sie war auch bei vielen da. Das jetzt lächerlich zu machen, geht haarscharf an der ganzen Sache vorbei, muss ich sagen. Damit reflektiert man nämlich nicht, dass da erhebliche Fehler gemacht worden sind.

Frau Reker, wenn Sie auf die Bezirksregierung reagieren, sagen Sie, das sei alles regelkonform gemacht worden. Gut, dann müssen Sie das gegenüber der Bezirksregierung auch so vertreten.

Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass alle Ratsmitglieder Akteneinsicht zur gleichen Zeit haben. Uns geht es darum, keine Leute zu verprellen und hier im Rat ein geregeltes Verfahren zu entwickeln, bei dem alle Ratsmitglieder mitgenommen werden. Unser Vorschlag, eine Kommission zu bilden, ist eine Möglichkeit, wie man das verbessern kann.

Meine Damen und Herren, wir werden an diesem Thema weiterarbeiten und in der ganzen Frage nicht lockerlassen, weil ich glaube, dass das, was wir da vertreten, genau das ist, was vom Verwaltungsgericht Münster dargestellt worden ist. Allein eine Findungskommission - in Hagen gab es auch eine Findungskommission - reicht nämlich nicht aus. Vielmehr muss man zusätzlich auch Akteneinsicht gewähren.

Deswegen sollten Sie ruhig bleiben, meine Damen und Herren. Die Empörung in der Stadt ist groß. Sie wird auch groß bleiben, wenn wir nicht einen Weg finden, das ordentlich zu richten. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, Sie zweifeln meine Integrität im Amt und auch mein Können als Juristin an, wenn Sie mir unterstellen, ich führte unprofessionelle, unregelmäßige und rechtswidrige Verfahren. Das wird sich ja aus dem Wortprotokoll ergeben. - Herr Hammer hat jetzt das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Jörg Detjen, die Empörungsschleife, die ich gerade erwähnt hatte, bezog sich genau auf den Redebeitrag, der aus Ihrer Fraktion kam, zu dem Verfahren für das Dezernat für Kunst und Kultur, welches Sie hier zu skandalisieren versuchen.

Über das Verfahren, über das wir heute eigentlich alle gar nicht reden wollten, weil die SPD-Fraktion ja auch ihren Antrag zurückgezogen hat, können wir alle unterschiedlichster Meinung sein. Darüber kann man sich auch gerne echauffieren, wenn man das tun möchte.

Aber dieses Verfahren zur Besetzung des Dezernates für Kunst und Kultur - - Jetzt schmeißt man wieder alles in einen Topf und will hier alles über einen Kamm scheren. Man darf es dann auch zu Recht einmal Empörungsschleife nennen, wenn bei jedem Personalverfahren immer wieder alles rechtlich in Zweifel gezogen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin nachhaltig entsetzt, muss ich ganz ehrlich sagen, über das, was hier vorgetragen worden ist. Dass eine Partei, die einer Organisation entstammt, die jahrzehntelang über ein Zentralkomitee Stellenbesetzungen durchgeführt hat, uns jetzt hier Demokratie beibringen will, ist schon absurd. Das ist wirklich absurd.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Ihre Forderungen sind ja zum Teil sogar inkonsistent. Der Personalberater schlägt dem Rat drei formal und fachlich geeignete Bewerberinnen und Bewerber vor. Am Ende soll eine Kommission tagen und dann einen Vorschlag zur Wahl des Beigeordneten aus diesen drei herausdestillieren. Warum drei? In dem beruflichen Umfeld, in dem ich das gemacht habe, sind es normalerweise viel mehr. Auch hier im Rahmen meiner Tätigkeit im Rat der Stadt Köln haben wir bis zu 100 verschiedene Namen von Bewerberinnen und Bewerbern in den Verfahren im Blick. Aktuell ist das ja auch wieder der Fall gewesen. Warum sollen wir uns mit drei begnügen, wenn wir bis zu 100 oder noch mehr Expertinnen und Experten ins Auge fassen können? Das ist ein unglaublich schwachsinniger Antrag gewesen.

Er hat selbstverständlich auch im laufenden Verfahren Staub aufgewirbelt. Der aktuelle Kandidat, der von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagen worden ist, ist natürlich verunsichert, wenn er am selben Tag, an dem die Oberbürgermeisterin seinen Namen veröffentlicht, zur Kenntnis bekommt, dass es im Rat eine Gruppe gibt, von der er nicht weiß, wie mächtig diese Gruppe ist - - Oder zwei Gruppen; es gibt ja dann auch noch die Hundesteuer-PARTEI. Und diese beiden Gruppierungen

- der Kandidat kann nicht einordnen, welche Macht sie im Rat haben - schreiben einen Antrag, wonach das Verfahren aufgehoben werden soll, durch das er sich gerade durchgearbeitet hat.

Das ist so etwas von einer Katastrophe. Wenn dieser Mann jetzt zurückgezogen hätte, hätte man das ganze Verfahren rückabwickeln müssen. Wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, hätten wir mehrere Dutzend hoch qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber völlig verunsichert. Dann würden wir wieder von vorne anfangen. Und niemand würde sich bewerben. Das ist wirklich skandalös.

(Beifall bei der CDU und Volt)

Sie machen das nicht aus Gründen der Transparenz oder der Demokratie oder was auch immer Sie hier anführen. Sie machen reinen Wahlkampfklamauk. Das ist reiner Wahlkampfklamauk; denn Sie versuchen, darzustellen, dass die bestehenden Strukturen intransparent sind, nicht wirksam sind, zu falschen Schlüssen kommen und nicht rechtskonform sind. Das ist echt widerlich und schädlich für die Stadt.

Und das gelingt Ihnen nur, weil Ihre Pressemitteilungen zum Teil eins zu eins in der Zeitung auftauchen - eins zu eins. Manchmal vergisst die Redaktion sogar, darzustellen, ob das jetzt Ihre Meinung ist, ob das Fakt ist, ob das Wahrheit ist oder ob das gelogen ist.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Das ist die aktuelle Situation. Und das ist der eigentliche Skandal. Sie produzieren hier ununterbrochen Lügen und Behauptungen - Lügen und Behauptungen.

Sie haben Akteneinsicht genommen. Sie haben alle Akteneinsicht genommen. Sie haben alle die Akten gelesen. Und Sie wissen, dass nicht nur ein Kandidat das Auswahlverfahren zum Stadtentwicklungsdezernenten durchlaufen hat, sondern dass es viele Bewerber gab - genauso wie in dem Verfahren, das am nächsten Montag ansteht.

Trotzdem behaupten Sie immer, es hätte nur einen Bewerber gegeben. Trotzdem behaupten Sie gebetsmühlenartig, das Ganze sei nicht rechtskonform, und es sei intransparent. Ich weiß nicht, wie oft ich diese Vokabel in der Zeitung gelesen habe. Und die Oberbürgermeisterin hat dargestellt, dass das alles nicht stimmt.

Geben Sie einfach endlich Ruhe. Ein hier im Rat der Stadt Köln einmal beschlossenes Verfahren muss durchlaufen werden können. Ansonsten haben die Kandidatinnen und Kandidaten, die Bewerberinnen und Bewerber ja überhaupt gar keinen Schutz im Verfahren.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Weisenstein, Herr Dr. Elster?

Dr. Ralph Elster (CDU): Sehr gerne.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, es ist keine Zwischenfrage, sondern ich möchte mich offiziell darüber beschweren, dass Herr Dr. Elster - offenbar emotional sehr aufgewühlt, warum auch immer - uns hier der Lügen, des Schwachsinns und des Klamauks bezeichnet. Das ist ein Stil, den wir nicht akzeptieren möchten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Ralph Elster (CDU): Es ist nichts anderes als Klamauk, lieber Herr Weisenstein. - Und damit bin ich jetzt auch fertig.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich eine Wortmeldung von Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja, Entschuldigung. Eigentlich stand ich auch nicht auf der Redner*innenliste. Aber ich schaue und höre mir das jetzt schon eine ganze Weile an. Und einmal mehr möchte ich einfach alle bitten - -

Ich fand die Feststellung, dass es sich hier ein bisschen um Polemik handelt, gar nicht so verkehrt - auch wenn ich in der Sache die Auffassung teile, dass, wenn es da etwas juristisch zu überprüfen gibt, das auch überprüft werden sollte. Ich kenne mich damit nicht aus; das kann ich hier offen zugeben. Deswegen bin ich auch dankbar, wenn sich andere Menschen darum kümmern und dafür sorgen, dass das alles rechtens läuft.

Ich möchte aber doch um eines bitten. Wenn hier von der einen Seite der anderen Seite Polemik

und Wahlkampf vorgeworfen werden, möchte ich nur darauf hinweisen, dass das, glaube ich, alle hier ganz gut können, gerade auch die beiden großen Parteien. Nach meinem Blick von außen nimmt man sich da gegenseitig nichts. Das braucht ihr euch also nicht gegenseitig vorzuwerfen, finde ich; denn das könnt ihr alle gut.

Ich möchte aber noch eine Sache ergänzen, die mir persönlich sehr aufgestoßen ist. Das kam jetzt auch schon mehrfach in den Redebeiträgen. Wenn hier im Rat ein Bündnis die Mehrheit hat, dann zu sagen, wenn jemand aus der Opposition - - Ich würde mich und die KLIMA FREUNDE auch gar nicht als Opposition bezeichnen; denn wir schauen uns das immer ganz neutral an. Ich finde, es muss doch völlig legitim sein, dass dann andere anderer Meinung sind oder das auch kritisch hinterfragen. Es ist doch ganz normal, dass man das dann auch mal hinterfragt und Kritik äußert. Diesen Menschen kann man doch nicht vorwerfen, sie würden das Ganze in die Länge ziehen. Es wurde ja gerade schon wieder so dargestellt, als sei jetzt die Kollegin schuld, dass das hier irgendwie zu Aufregung führt.

Mit Verlaub: Wenn das Ganze so koscher wäre, wenn es da nichts zu beanstanden gäbe und wenn das allen Beteiligten und der Stadtgesellschaft und wem auch immer ganz klar wäre, dann würde es diese Aufregung doch gar nicht erst geben. Man kann doch nicht denjenigen zur Verantwortung ziehen, der versucht, darauf hinzuweisen, dass vielleicht etwas schiefgelaufen ist.

Das ist jetzt sehr auf Metaebene gesprochen, weil ich mich mit den einzelnen Sachverhalten hier nicht auskenne. Aber das ist schon etwas, was mich ziemlich ärgert. Das Ganze in die Länge zu ziehen, hier Kreise zu drehen, Echauffierungswellen zu haben und was auch immer, kriegen gerade alle ganz gut hin, finde ich. - Danke.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal zur Ratsgruppe GUT oder zu Herrn Zimmermann: Bei der Besetzung von Positionen sollte der Kompetenzproporz gelten und nicht der Geschlechterproporz.

Dann möchte ich Herrn Elster dazu gratulieren, dass er die antikommunistische Haltung der CDU wiedergefunden hat.

(Unruhe)

- Jetzt regen Sie sich nicht so auf.

(Beifall bei der AfD)

Dazu möchte ich doch sehr gratulieren. Dann lassen Sie bitte auch in Zukunft - das müssen Sie ja in der letzten Ratsperiode gemacht haben - gemeinsame Anträge mit der Linkspartei zum Thema „Karl Marx“ sein. Dann glauben wir Ihnen diese Haltung. Aber trotzdem schon einmal herzlichen Glückwunsch dazu, dass Sie es heute so gesehen haben und dass Sie wieder ins Lager der Antikommunisten zurückkehren!

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann würde ich jetzt gerne über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

*Bei der Wahl der*des Beigeordneten für Kunst und Kultur schlägt die von der Stadtverwaltung beauftragte Personalberatungsagentur dem Rat drei formal und fachlich geeignete Bewerber*innen vor.*

*Aus der Mitte des Rates wird eine Kommission gebildet, der Vertreter*innen aller im Hauptausschuss stimmberechtigten Fraktionen und Gruppen angehören. Die Kommission tagt nichtöffentlich. Sie unterbreitet zusammen mit der Oberbürgermeisterin dem Rat – ggf. mehrheitlich – einen Vorschlag, für die Wahl der*des Beigeordneten für Kunst und Kultur.*

*Die Kommission hat die Möglichkeit, sich vor der Eröffnung der Bewerbungsgespräche mit der Fachöffentlichkeit über Kriterien und Anforderungen an die*dem Beigeordneten für Kunst und Kultur zu beraten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION abgelehnt.

Anmerkung:

Frau Oberbürgermeisterin Reker verweist auf die ordnungsgemäße Durchführung des Auswahlverfahrens.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen jetzt zu:

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

3.1 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung

Hier: Ausbau der Online-Collections und Schaffung anderer digitaler Zugänge wie Multimediaguides

1929/2021/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist dem so zugestimmt.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme Dokumentation, Digitalisierung und Veröffentlichung des Bestands für unterschiedliche Zielgruppen aus der Kulturentwicklungsplanung. Konkret werden Maßnahmen umgesetzt, mittels derer verschiedene Museen Werke oder Werkkomplexe online zugänglich machen, didaktisch erschließen und zielgruppengerecht ausarbeiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat für die Umsetzung der Maßnahmen überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 205.000 € im Teilergebnisplan 0411 – Museumsdienst, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Haushaltsjahr 2021. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2021.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.2 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung

Hier: Ausbau der Online-Collections durch die Entwicklung einer zentralen Basiskomponente

1931/2021/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dem so zugestimmt.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme Dokumentation, Digitalisierung und Veröffentlichung des Bestands für unterschiedliche Zielgruppen aus der Kulturentwicklungsplanung. Konkret werden Maßnahmen umgesetzt, mittels derer verschiedene Museen Werke oder Werkkomplexe online zugänglich machen, didaktisch erschließen und zielgruppengerecht ausarbeiten.

Gleichzeitig beschließt der Hauptausschuss für die Umsetzung der Maßnahmen überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 50.000 € im Teilergebnisplan 0411 – Museumsdienst, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Haushaltsjahr 2021. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2021.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.3 Strukturerhaltende Maßnahme zur Sicherung der Bürgerhäuser/-zentren in freier Trägerschaft

2350/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt gemäß § 83 GO NRW zur Struktursicherung der Bürgerhäuser/-zentren in freier Trägerschaft überplanmäßige Aufwendungen bzw. Ausgaben in Höhe von 690.000 € im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern/-zentren, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Mit der Erhöhung der Ermächtigung werden die durch die Corona-Krise bedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Einrichtungen kompensiert. Die Deckung erfolgt

- *in Höhe von 190.000 € durch Wenigeraufwendungen/-auszahlungen in Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen und*

- *in Höhe von 500.000 € durch Mehrerträge/-einzahlungen in Teilergebnisplan 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, in Teilplanzeile 6, Kostenerstattungen und Kostenumlagen.*

Die Verteilung der Mehraufwendungen bzw. -ausgaben auf die einzelnen Bürgerhäuser/-zentren erfolgt nach Maßgabe beigefügter Anlage 1. Eventuelle Veränderungen des Zuschussbedarfs bis zu 10% des jeweils prognostizierten Defizits können innerhalb des Gesamtbudgets von der Verwaltung ohne erneute Beschlussfassung vorgenommen werden.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Weitere Vorgänge

4.1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kienitz-Affäre“

AN/1578/2021

Antwort der Verwaltung vom 17.08.2021

2928/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt Ihnen vor. Nachfragen werden schriftlich beantwortet.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Anmerkung:

Die Nachfragen der Fraktion Die Linke. werden schriftlich beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.1.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Auswahlverfahren zur Wahl der/des Beigeordneten für Kunst und Kultur“

AN/1577/2021

Antwort der Verwaltung vom 17.08.2021

2909/2021

Auch hier liegt Ihnen die Antwort der Verwaltung vor.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Es liegen auch schon Nachfragen vor!)

- Die Nachfragen werden selbstverständlich baldmöglichst beantwortet. - Vielen Dank.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Anmerkung:

Die Nachfragen der Fraktion Die Linke. werden schriftlich beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann schließe ich jetzt die öffentliche Sitzung und stelle die Nichtöffentlichkeit her. Ich verabschiede mich von den Zuschauerinnen und Zuschauern auf der Tribüne und im Livestream.

(Schluss: 16.09 Uhr)

Korrektur der Niederschrift über die 2. Konstituierende Sitzung am 03.12.2020 zu TOP 2.1 Wahl und Bestellung von Ausschussmitglieder- Vorschlag der SPD-Fraktion für die stimmberechtigten Mitglieder des Verkehrsausschusses (siehe Seite 31 der Niederschrift)

2 Bildung der Fachausschüsse und des Integrationsrates

2.1 Wahl und Bestellung von Ausschussmitgliedern
hier: I) Stimmberechtigte Mitglieder II) Beratende Mitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Sätze 7 - 10 Gemeindeordnung NRW 2020/2020

Besetzung der Ausschüsse:

Zu den einzelnen Ausschüssen liegen jeweils 7 Vorschläge vor.

…..

Verkehrsausschuss:

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige Stimmen	*88*
Enthaltungen	*5*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

Verkehrsausschuss	*Wahl*	*Ergebnis*
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)	*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):		
Lino Hammer David Lutz Ulla Schlömer Lars Wahlen	*26*	*4*
Vorschlag 2 (SPD):	*20*	*3*
Christiane Jäger		

Lukas Lorenz Jürgen Kircher		
Vorschlag 3 (CDU):		
Teresa De Bellis-Olinger Dirk Michel Eric Haeming	*18*	*3*
Vorschlag 4 (Die Linke.):		
Güldane Tokyürek	*6*	*1*
Vorschlag 5 (FDP):		
Dr. Christian Beese (Sach-kundige Bürger)	*6*	*1*
Vorschlag 6 (Volt):		
Max Pargmann (Sach-kundige Bürger)	*4*	*1*
Vorschlag 7 (AfD):		
Phillip Busch (Sachkundige Bürger)	*3*	*0*

Damit sind. alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Verkehrsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Verkehrsausschuss

Name:	*Phillip Busch (Sachkundige Bürger)*	*Fraktion:*	*für die AfD-Fraktion*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

9. Sitzung vom 23. August 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Aktuelle Stunde zur Lage in Afghanistan und den Konsequenzen für die Stadt Köln"

AN/1718/2021

1 Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat VII - Kunst und Kultur

2197/2021

2 Weitere Vorgänge

2.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, dem 19.09.2021

2502/2021

zugesetzt

2.2 GbR Historische Mitte Nachbesetzung Lenkungskreis

3012/2021

zugesetzt

2.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION betreffend "Schnellstmögliche Aufnahme von Menschen aus Afghanistan"

AN/1726/2021

zugesetzt

2.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Besetzung Ausschüsse"

AN/1730/2021

zugesetzt

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeisterinnen

Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.;

Verwaltung

Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin
Lange, Maria;

Stenografen
Frau Köchy

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Abé, Denise; Achtelik, Christian; Dickas, Birgit Beate; Heithorst, Claudia; Heuser, Marion; Jeschka, Manuel; Kaske, Sven; Lutz, David, Dr.; Paetzold, Michael; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Scho-Antwerpes, Elfi; Steinmann, Lisa; Venturini, Isabella;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung
Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.;

(Beginn: 15.41 Uhr - Ende: 16.45 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sondersitzung als 9. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, all jene, die im Livestream zuschauen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Besonders begrüße ich heute Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Heinen und gratuliere ihm herzlich zum Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Außerdem begrüße ich besonders herzlich Herrn Stefan Charles, der auf der Tribüne sitzt und heute erstmalig eine Sitzung des Kölner Stadtrates erlebt. Zumindest gehe ich davon aus, dass das richtig ist.

(Herr Charles macht eine zustimmende Geste)

Ja.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Abé, Herr Achtelik, Frau Heithorst, Frau Heuser, Herr Jeschka, Herr Kaske, Herr Dr. Lutz, Herr Paetzold, Herr Richter, Frau Scho-Antwerpes, Frau Steinmann und Frau Venturini entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Michalak, Herrn Kircher und Frau Henk-Hollstein.

Auch heute legen wir zunächst die Tagesordnung fest. Der Entwurf liegt Ihnen vor, in dem auch die Zusetzungen gekennzeichnet sind.

Die AfD-Fraktion hat am 22. August 2021 fristgemäß einen Antrag auf „Aktuelle Stunde zur Lage in Afghanistan und den Konsequenzen für die Stadt Köln“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt A behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil unter den Tagesordnungspunkten 2.1 und 2.2 die Verwaltungsvorlagen, unter Tagesordnungspunkt 2.4 die Gremienbesetzung und im nichtöffentlichen Teil Tagesordnungspunkt 3.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Zunächst Herr Hammer und dann Herr Weisenstein.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir den Tagesordnungspunkt auf Aktuelle Stunde sowie den Dringlichkeitsantrag gemeinsam behandeln und das Ganze dann nach der Wahl des Beigeordneten durchführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme das jetzt schon einmal so auf. Wir haben den Dringlichkeitsantrag zwar noch nicht auf die Tagesordnung genommen, aber wenn das geschehen sollte, können wir das gern so machen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank!)

Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hiermit beantragt die Fraktion DIE LINKE, den Tagesordnungspunkt 1 „Wahl einer*s Beigeordneten“ von der heutigen Tagesordnung zu nehmen.

Begründung:

Erstens: Aus unserer Sicht wäre der heutige Beschluss des Rates ein Verstoß gegen § 71 der Gemeindeordnung, weil nicht alle Ratsmitglieder die gleiche Möglichkeit hatten, sich über die Bewerber*innen zu informieren. Wir wissen, dass einzelne Ratsmitglieder mehr Informationen über die Bewerber*innen hatten als wir.

Zweitens: Wir haben am 16.08.2021 das Besetzungsverfahren Kulturdezernat bei Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, beanstandet, weil die von Ihnen gewährte Akteneinsicht nicht vollständig gewesen ist, und zwar weder bei unserem ersten noch bei unserem zweiten Termin. Eine Stellungnahme bezüglich unserer Beanstandung vom OB-Büro haben wir nicht erhalten. Falls unser Antrag auf Nichtbehandlung abgelehnt wird, werden wir gegen die Wahl von Herrn Charles stimmen. Dieses Stimmverhalten richtet sich nicht gegen Herrn Charles. Vielmehr ist das Stimmverhalten Ausdruck unserer Ablehnung gegenüber dem Verfahren. Unsere Ablehnung ist notwendig, um gegebenenfalls erfolgreich im juristischen Vorgehen gegen den Beschluss zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann komme ich jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Volt und Die FRAKTION haben heute zum Thema „Schnellstmögliche Aufnahme von Menschen aus Afghanistan“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 2.3.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Keine. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

(Beifall von Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen])

Dann kommen wir zur Reihenfolge der Tagesordnung. Dazu hatte Herr Hammer uns schon zur Kenntnis gebracht, wie er sich eine entsprechende Behandlung in der Tagesordnung vorstellt, und zwar stellte er einen Antrag auf gemeinsame Beratung von TOP A und TOP 2.3. Wann sollte das stattfinden, Herr Hammer? Mögen Sie das bitte noch einmal sagen?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, direkt nach der Wahl, also vor den Verwaltungsvorlagen beginnend mit 2.1 bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, gut.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich hatte den Antrag gestellt, den Punkt 1 zu vertagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das habe ich zur Kenntnis genommen. Das werden wir jetzt natürlich auch gleich abstimmen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wunderbar, danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Vorschlag von Herrn Hammer und anschließend über den Antrag von Herrn Weisenstein abstimmen. - So ist auch die richtige Reihenfolge. Ich musste mich jetzt nur noch einmal vergewissern, ob das eine das andere vielleicht stört, aber das tut es nicht.

Gibt es Gegenstimmen zum Vorschlag von Herrn Hammer? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Dann ist dem zugestimmt.

Ich lasse nun über den Antrag der LINKEN abstimmen, die Wahl von der Tagesordnung zu nehmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Änderung der Tagesordnung als Ganzes abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich würde gern vor Eintritt in die Tagesordnung noch einmal das wiederholen, was ich der Presse zu dem antisemitischen Übergriff bzw. Vorfall und zu dieser Kriminalität, die am vergangenen Samstag entstand, gesagt habe. Natürlich habe ich mit Entsetzen und Bedauern auch von dieser Tat gehört. Antisemitische Übergriffe werden in unserer Stadt nicht geduldet.

(Beifall)

Ich möchte mich in dem Zusammenhang noch einmal bei der Polizei dafür bedanken, dass sie sehr schnell tätig wurde.

Ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass in unserer Stadt jeder und jede angstfrei leben können muss - egal, welcher Religion sie angehören, welche Weltanschauung vorhanden ist und wie man lebt oder wen man liebt. Diese Weltoffenheit gehört zu Köln, sie macht uns aus, sie macht uns stark. Ich denke, dass uns solche Übergriffe immer wieder schmerzen und wir deshalb gemeinsam dagegen vorgehen und ein Zeichen setzen sollten. Vielen Dank, dass Sie mir diesbezüglich zustimmen.

(Beifall)

Das ist eine Gemeinsamkeit, die Köln immer wieder nach außen tragen sollte.

*Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauer*innen im Internet, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder. Der Rat tagt im Ratssaal.*

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt sie die Ratsmitglieder RM Michalak, RM Kircher und RM Henk-Holstein vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Es liegt von der AfD-Fraktion ein fristgerecht eingereichter Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor:

TOP A
Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Aktuelle Stunde zur Lage in Afghanistan und den Konsequenzen für die Stadt Köln"
AN/1718/2021

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

2.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, dem 19.09.2021
2502/2021

2.2 GbR Historische Mitte Nachbesetzung Lenkungskreis
3012/2021

2.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Besetzung Ausschüsse"
AN/1730/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

3 Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 25 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 für die Grundstücke Deutz-Mülheimer-Str. in Köln-Mülheim,
2977/2021

IV. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag vor.

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION betreffend "Schnellstmögliche Aufnahme von Menschen aus Afghanistan"
AN/1726/2021

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 2.3 behandelt.

V. Ratsmitglied (RM) Hammer beantragt, die Tagesordnungspunkte

TOP A
Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Aktuelle Stunde zur Lage in Afghanistan und den Konsequenzen für die Stadt Köln"
AN/1718/2021

und

TOP 2.3

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION betreffend "Schnellstmögliche Aufnahme von Menschen aus Afghanistan"
AN/1726/2021

zusammen und nach der Durchführung der Wahl zu TOP 1 zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

RM Weisenstein beantragt, den Tagesordnungspunkt

TOP 1

*Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat VII - Kunst und Kultur*
2197/2021

von der Tagesordnung zu nehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Antrag abstimmen, TOP 1 von der Tagesordnung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Der Rat stimmt der so geänderten Tagesordnung mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun rufe ich auf:

1 Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat VII - Kunst und Kultur

2197/2021

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund der Empfehlung des externen Personalberatungsbüros, das mit dem Verfahren zur Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat VII beauftragt wurde und dem ich mich vollinhaltlich angeschlossen habe, wird von mir Herr Stefan Charles für die Beigeordnetenfunktion vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen? - Es gibt auch keine Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte Sie um das Handzeichen, wenn Sie sich heute dazu entschließen, Herrn Stefan Charles die Beigeordnetenstelle zu übertragen. - Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und AfD. Zudem sehe ich Herrn Dr. Akude und Frau Syndicus. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Das sind Herr Hock und Herr Wortmann für Die FRAKTION. Herr Zimmermann enthält sich ebenfalls. - Danke.

Damit ist die Abstimmung abgeschlossen, und ich stelle fest, dass Herr Stefan Charles vom Rat der Stadt Köln mit großer Mehrheit zum Beigeordneten für das Dezernat VII gewählt wurde.

Ich bitte Sie sehr herzlich, zu uns nach unten zu kommen und die Wahl anzunehmen.

(Anhaltender Beifall - Herr Charles betritt den Sitzungssaal)

Herr Charles, nehmen Sie die Wahl an?

Beigeordneter Stefan Charles: Ja, ich nehme die Wahl an.

Oberbürgermeister Henriette Reker: Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich.

(Beifall - Herr Charles nimmt Blumen und Glückwünsche entgegen - Es werden Fotos gemacht - Herr Charles verlässt den Sitzungssaal)

Beschluss:

Der Rat wählt

Herrn Stefan Charles

zum Beigeordneten für die Dauer von acht Jahren. Als Geschäftskreis wird das Dezernat VII – Kunst und Kultur übertragen.

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises gemäß § 73 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW vor.

Es werden Bezüge der Besoldungsgruppe B 8 nach dem Landebesoldungsgesetz Nordrhein-Westfalen, Anlage 7, gezahlt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP, Volt, AfD sowie von RM Dr. Akude und RM Syndikus (GUT Köln) und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Herr Charles erklärt, er nehme die Wahl an. Durchführung der Wahl vor Behandlung der Aktuellen Stunde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, dann fahre ich in der Tagesordnung fort und rufe - so, wie eben beschlossen - auf:

A Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Aktuelle Stunde zur Lage in Afghanistan und den Konsequenzen für die Stadt Köln“

AN/1718/2021

Tagesordnungspunkt:

2.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Volt und Die FRAKTION betreffend „Schnellstmögliche Aufnahme von Menschen aus Afghanistan“

AN/1726/2021

Ich gebe zunächst Herrn Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn nach 20 Jahren Militärpräsenz und nach massivem Einsatz von Personal und Mitteln eine kleine, schlecht ausgerüstete Taliban-Streitmacht von gerade einmal 30 000 Gotteskriegern ausreicht, um die von uns bestens ausgerüsteten regulären afghanischen Streitkräfte von rund 200 000 Mann quasi aufzulösen, dann gilt es, daraus Schlüsse zu ziehen: dass die Afghanen erstens nach unseren Maßstäben offensichtlich ihre Freiheit nicht wollen, dass sie zweitens mehrheitlich - aus welchen Gründen auch immer - offensichtlich mit den Taliban sympathisieren und dass ihnen drittens das, was wir unter Freiheit verstehen, offensichtlich nicht genug wert ist, um dafür auch zu kämpfen.

Eine vernünftige Politik, meine Damen und Herren, kann daraus nur zwei Schlüsse ziehen. Erstens: Ein neuerlicher Bundeswehreinsatz würde nur neue Menschenleben kosten. Es kann nicht sein, dass wir wieder deutsche Soldaten opfern, während die afghanischen Streitkräfte davonlaufen.

Zweitens: Mit einer erneuten Aufnahme von Flüchtlingen schaffen wir nur ein weiteres Mal die völlig falschen Anreize. Warum sollte jemand für seine Heimat kämpfen, wenn er es sich hier in Germany wunderbar bequem machen kann? - Unsere Gesellschaft verträgt keine neue Migrationswelle.

(Beifall bei der AfD)

2015 darf sich nicht wiederholen. Wir brauchen keine schlecht ausgebildeten Zuwanderer aus archaischen Stammesgesellschaften und wehrfähige Männer schon gar nicht.

(Buhrufe von der LINKEN)

Die sollen gefälligst ihr Land verteidigen.

(Beifall bei der AfD)

Für Frauen und Kinder finden sich Lösungen in den Nachbarländern, wobei wir begrenzt finanziell unterstützen können. Aber eines muss klar sein, meine Damen und Herren: Nach Europa - no way. No way!

(Beifall bei der AfD)

Afghanistan, meine Damen und Herren, ist nur die Spitze des Eisbergs: Die Lage im Irak und im Jemen ist nach wie vor sehr instabil. Der Iran ist wirtschaftlich schwer angeschlagen; Gleiches gilt für die Türkei. Der Libanon ist der nächste Kandidat für die Selbstauflösung staatlicher Strukturen.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Der Blick nach Afrika, meine Damen und Herren, macht auch wenig Mut. Hier bilden die hinlänglich bekannte muslimische Rückständigkeit und afrikanisches Phlegma eine fatale Mischung.

(Zurufe von der LINKEN)

Wir fragen: Was soll eine bundesdeutsche Militärmission nach dem Afghanistan-Desaster eigentlich noch in Mali? - Angesichts dieser geopolitischen Lage im Süden von Europa kann unsere oberste Briefeschreiberin an die Bundeskanzlerin, Frau Oberbürgermeisterin Reker, schon einmal getrost einen Serienbrief aufsetzen. Wer wie die Grünen, die evangelische Kirche und andere Gutmenschen jetzt wieder Kontingente von Flüchtlingen vorschlägt und fordert, hat aus dem Migrationsdesaster von 2015 nichts gelernt, aber auch gar nichts gelernt.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD sagen: Begrenzte Aufnahme von afghanischen Ortskräfte - ja! Aufnahme von sonstigen Flüchtlingen - nein! 2015 darf sich nicht wiederholen.

Unsere Position war schon immer: Die deutsche Bundeswehr hat in Afghanistan nichts zu suchen. Wir lesen im Wochenrhythmus von jungen afghanischen Männern, die als sogenannte Flüchtlinge nach Europa kommen und hier schwerste Straftaten begehen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Unsinn!)

Erinnert sei an die vier Afghanen, die in Wien eine 13-jährige Deutsche gemeinsam vergewaltigt und dann umgebracht haben. Sie waren polizeibekannte Straftäter. Abgeschoben wurde keiner von ihnen, da Afghanistan dafür bekanntermaßen zu gefährlich ist - nur nicht für die deutschen Soldaten, die wir dorthin schicken.

Oder nehmen wir die beiden afghanischen Brüder in Berlin, die jüngst ihre Schwester ermordet haben, weil sie sich dem westlichen Lebensstil angepasst hatte. Alle drei kamen als Flüchtlinge zu uns. Deutsches Asyl, deutsches Geld und eine deutsche Wohnung haben sie alle gern genommen, aber weil die Schwester auch wie eine Deutsche leben wollte, brachten sie sie um. Wie Deutsche zu leben ist eben unehrenhaft.

In Afghanistan, meine Damen und Herren, ist der Export westlicher Lebensart, das sogenannte Nation Building, krachend gescheitert.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Werte sind nicht universell. Wer ernsthaft glaubt, man könne Generationen von ethnisch-kultureller Prägung

(Herr Michalak [Bündnis 90/Die Grünen] zählt den Countdown bis zum Ende der Redezeit herunter.)

mit Integrationskursen und Sozialarbeitern therapieren, der bezeugt nur seine komplette Ignoranz.

(Zurufe von der LINKEN)

Die One-World-Ideologie der Gutmenschen ist gescheitert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Redezeit ist abgelaufen, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Die bittere Wahrheit ist: Viele Menschen wollen partout nicht so leben wie wir und wir nicht so wie sie.

(Mario Michalak [Bündnis 90/Die Grünen]: Es reicht!)

2015 darf sich nicht wiederholen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke den antragstellenden Fraktionen, die gleich sprechen werden, sehr für den Dringlichkeitsantrag; denn die Bilder, die uns vergangene Woche aus Afghanistan erreichten, haben mich entsetzt, erschrocken und traurig gemacht. Ich muss sagen: Ebenso entsetzt hat mich gerade auch der Vortrag von Herrn Boyens.

(Beifall)

Dieses menschenverachtende Bild, was dabei gezeichnet wurde, passt nicht zu Köln. Mir war und ist die Aufnahme von Geflüchteten ein Herzensanliegen, und ich weiß, dass Sie mich dabei unterstützen. Natürlich werde auch ich Ihren Antrag ganz ausdrücklich unterstützen. Denn eines ist klar: Als Stadtgesellschaft und Kommune tragen wir eine globale Verantwortung, und ich begreife es als unsere Pflicht und als Gebot der Mitmenschlichkeit, vor Unrecht und Verfolgung Fliehende in dieser Stadt aufzunehmen und ihnen den Schutz zu bieten, den sie brauchen.

(Beifall)

Ich werde mich selbstverständlich auf allen politischen Ebenen für einen großzügigen Beitrag Kölns bei der Aufnahme Geflüchteter einsetzen, und ich werde auch deutlich machen - so, wie ich es schon seit Jahren tue -, dass wir nicht erst auf eine europäische Lösung oder auf eine Entscheidung nach der Bundestagswahl warten können. Vielmehr wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und das freundliche Gesicht unserer Stadt zeigen. Köln steht zu den humanitären Werten des Grundgesetzes. Schutz vor Verfolgung und Achtung der Menschenwürde sind wichtige Werte. Wir stehen an der Seite der Geflüchteten aus Afghanistan und sind auch bereit zu helfen, und zwar lieber morgen als übermorgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Nun spricht zunächst Frau Yazicioglu zu Tagesordnungspunkt 2.3.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Tagen erreichen uns immer neue Bilder aus Afghanistan - Bilder, die unter die Haut gehen, berühren und fassungslos machen. Diese Aufnahmen sind entsetzlich und nur schwer zu ertragen. Ich will in aller Deutlichkeit sagen: Sie sind empörend und beschämend.

(Die Rednerin deutet auf die AfD-Fraktion)

Wir tragen die Verantwortung, und es muss jetzt entschlossen gehandelt werden. Die Stadt Köln hat eine Unterbringungsreserve von etwa 1 500 Plätzen für neu ankommende Menschen. Daher müssen wir umgehend zusätzlich zu unserer Flüchtlingsaufnahmequote und den bereits beschlossenen Aufnahmekontingenten weitere Kapazitäten für Schutzsuchende aus Afghanistan schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Neben Ortskräften müssen auch Journalist*innen, Frauenrechtler*innen, Menschenrechtler*innen, Angehörige ethnischer, religiöser und sexueller Minderheiten schnell, unkompliziert und umgehend geschützt und evakuiert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Wir, die Stadt Köln, sind bereit und fordern eine großzügige Aufnahme durch die Bundes- und Landesregierung, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine Geste der Wohltätigkeit, sondern das ist unsere humanitäre Verantwortung.

(Beifall)

Jetzt möchte ich noch einige Sätze zu 2015 sagen: Wir haben im Jahr 2015 in Köln eine großartige Willkommenskultur erlebt. 2015 hat gezeigt, wie solidarisch und offen unsere Gesellschaft ist. 2015 hat auch gezeigt, wie emphatisch, hilfsbereit und engagiert die Kölnerinnen und Kölner sind. Man kann sich für den Satz mancher Politiker, 2015 dürfe sich nicht wiederholen, einfach nur schämen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Dieser Satz ist geradezu schändlich und ausländerfeindlich.

Das, was sich tatsächlich nicht wiederholen darf, ist die Überheblichkeit, die Menschenverachtung und die Unterlassung von menschenwürdiger Hilfeleistung aus Angst vor rechter Hetze, die Migration als ein bedrohliches Unheil sieht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Genau das darf sich tatsächlich nicht wiederholen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Antrag setzen wir uns auch für einen sicheren Aufenthaltsstatus für die in Köln lebenden Afghaninnen und Afghanen ein. Das heißt natürlich auch, dass wir uns zu einer sofortigen Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan bekennen.

(Zuruf von der AfD: Auch Straftäter?)

Köln ist eine vielfältige Stadt. Köln ist eine Stadt der Menschenrechte, die sich dazu bekannt hat, ein sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht zu sein. Dies müssen wir auch umsetzen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD, der LINKEN, der FDP und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst vielen Dank für die engagierte Vorrede.

Wir werden in dieser humanitären Katastrophe helfen. Die Bilder, die uns täglich aus Afghanistan erreichen, sind dramatisch: Menschen, die verzweifelt versuchen, in den Kabuler Flughafen einzudringen, weil sie auf Rettung vor den Taliban hoffen, Babys, die von ihren Vätern und Müttern über den Stacheldraht an die NATO-Soldaten gegeben werden, die nicht wissen, ob sie sie je wiedersehen werden, Menschen, die sich an startende Flugzeuge ketten und dann aus großer Höhe abstürzen - alles scheinbar besser, als Folter und Tod zu befürchten. So scheint es, und so ist es wohl auch.

Diese Bilder sind nur schwer zu ertragen; das geht nicht nur mir so. Ich glaube, jeder und jede hier im Raum hat dieses Gefühl von Entsetzen, Bedrückung und gefühlter Hilflosigkeit. Doch wir sind nicht hilflos. Ganz im Gegenteil. Wir können hier und heute in Köln einen kleinen, aber wichtigen Beitrag leisten, dieses Leid zu lindern, indem wir aus Afghanistan geretteten Menschen die Aufnahme in Köln zusichern und ermöglichen, sodass damit die Hoffnung auf ein Leben wiedergegeben wird, das ihnen einst versprochen wurde.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und von Katja Hoyer [FDP])

Wir werden unseren humanitären Beitrag für diese Herausforderung leisten. Der Rat der Stadt Köln hat sich in der Vergangenheit nie weggeduckt, wenn er gefordert war, in solchen Krisen schnell zu handeln. Das haben wir immer gemeinsam - sowohl heute mit unserer Oberbürgermeisterin als auch mit unseren Oberbürgermeistern in allen Ratsperioden davor - getan. Auch die Verwaltung hat uns im operativen Handeln immer stark unterstützt.

Wir setzen hier als größte Stadt in NRW und viertgrößte Stadt in Deutschland ganz klar auch ein Zeichen der Solidarität an alle. Wir sind bereit, zusätzlich zur Aufnahmequote einer weiteren Anzahl von Menschen Schutz zu bieten. Wir wollen hier besonders Familien, Müttern und Kindern helfen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und der FDP)

Als Stadt Köln werden wir auch - das habe ich mir deutlich versichern lassen - im gesamten interkommunalen und landesweiten Handeln prozessual Hilfe anbieten; denn wir können das.

An dieser Stelle möchte ich bereits jetzt - ich spreche für die allermeisten hier im Raum, wie wir nach der ersten Rede heute zu diesem Thema gemerkt haben - all den Initiativen, Trägern und engagierten Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt danken, die sich mit uns auf diesen humanitären Weg der solidarischen Stadtgesellschaft begeben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In diesen Stunden geht es um Hilfe in der Not, damit wir denjenigen helfen, die aktuell evakuiert werden können. Damit wir dies gemeinsam ermöglichen, bitte ich um Zustimmung zu diesem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen. Lassen Sie uns zusammen handeln und klare Zeichen setzen, und zwar hier in Köln, aber auch über Köln hinaus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der LINKEN, der FDP und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat jetzt das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen! Wir erleben derzeit schwere Stunden und eine schwere Zeit in Afghanistan. Die Bilder, die uns durch die Nachrichten auch hier in Köln erreichen, sind schreckliche Bilder - Bilder, von denen wir eigentlich gehofft hatten, diese in diesem Land nicht mehr sehen zu müssen. Die Hoffnung war, dass in Afghanistan eine neue

Demokratie entsteht und man zu Humanität zurückkehren könnte. Leider war das eine trügerische Hoffnung.

Nun ist es hier in Köln - so, wie weltweit - eine klare Verpflichtung, den Menschen, die sich dort derzeit in einer extremen Notlage befinden, zu helfen, ihnen Schutz vor den unmittelbaren Bedrohungen zu bieten, aber auch eine Perspektive. Viele der Bürgerinnen und Bürger Afghanistans haben an die Demokratie und an ein ordentliches Leben geglaubt, aber die Macht der Taliban hat dies verhindert. Jetzt ist es unsere Aufgabe in Köln - deshalb bin ich den Mitantragstellern dankbar -, zu zeigen, dass wir in Köln auch wieder ein klares Zeichen setzen; denn ein Zeichen ist notwendig - ein Zeichen der Humanität und der Hilfe, und zwar aus der Tradition unserer Stadt heraus und aus der Verpflichtung, Menschen zu helfen, wie wir es bereits vielfach an anderer Stelle getan haben; erstmalig nach dem Zweiten Weltkrieg, als viele Menschen nach Köln kamen, aber auch danach immer wieder. Genau das wird unser Antrag mit auf den Weg geben.

Wir wissen, dass wir bei der Verwaltung und auch bei den vielen Initiativen, die wir in unserer Stadt haben, offene Ohren finden. Gemeinsam können wir, glaube ich, mit diesem Zeichen und mit ganz konkreten Maßnahmen auch dazu beitragen, zumindest für einen Teil der Menschen die Not zu lindern. Wir alle hoffen sehr, dass wir weltweit eine gute Lösung finden, damit wir nicht weiter diese schrecklichen Bilder sehen müssen. Deshalb lassen Sie bzw. lasst uns hier gemeinsam diesen Antrag als Zeichen beschließen, um damit ein kleines Stückchen Hoffnung für die Menschen in Afghanistan auf den Weg zu bringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig und gut, dass zur heutigen Sitzung dieser gemeinsame Antrag vorliegt, der auf Initiative der FDP-Fraktion entstanden ist.

Bereits zweimal - im Februar 2019 und März 2021 - hat der Rat beschlossen, dass unsere Kommune ein zusätzliches Kontingent von Geflüchteten, die aus dem Mittelmeer gerettet werden konnten, aufnimmt. In dieser Tradition der Solidarität mit Geflüchteten aus Krisenregionen sehen wir den heutigen Antrag, dass Köln über die Aufnahmequote hinaus richtigerweise zusätzlich geflüchtete Menschen aus Afghanistan aufnimmt und eine Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan fordert.

Zugleich appelliert der Rat, dass unbürokratische und schnelle Aufnahmeprogramme auf allen politischen Ebenen eingerichtet werden. Dieser Antrag ist wirklich sehr gut.

Bei der Rettung muss vor Ort auf Formalitäten verzichtet werden. Weiteres Verwaltungshandeln kann in Deutschland oder in sicheren Drittländern, wenn die Menschen gerettet sind, erfolgen. Damit aber allen an Leib und Leben bedrohten Menschen in Afghanistan geholfen werden kann, sollte die Bundesregierung jetzt schleunigst eine Luftbrücke einrichten. Es müssen sofort Listen Gefährdeter in Zusammenarbeit mit allen Organisationen, die auf Basis von Mitteln des Bundeshaushalts in Afghanistan tätig werden, erstellt werden. Denn - die Kollegin von den Grünen hat es schon gesagt - es kann nicht nur um Ortskräfte der Bundeswehr gehen, sondern es muss auch um Ortskräfte deutscher Ministerien und Subunternehmen, um Organisationen deutscher NGOs und um Stiftungen inklusive ihrer Familien gehen. Es geht um Journalist*innen, die für deutsche Medien gearbeitet haben, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in Deutschland studiert und geforscht haben, um Verteidiger*innen von Frauen- und Menschenrechten, um gefährdete Autor*innen, Künstler*innen sowie um Sportler*innen und Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten. All diese Menschen müssen gerettet werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die Familienangehörigen von in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen, die zum Teil bereits seit Jahren auf Visa zum Familiennachzug warten, müssen aufgenommen werden.

Als Konsequenz der Rettungsbemühungen sollte es zusätzlich zur Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan ein vereinfachtes Asylverfahren für Deutschland und die EU geben.

Seit vielen Jahren konnte in Afghanistan von Sicherheit keine Rede sein. Heftige Kämpfe und

Bombenanschläge waren an der Tagesordnung. Durch die bewaffneten Konflikte verloren jedes Jahr Tausende Menschen ihr Leben, ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage. Hunderttausende Afghaninnen und Afghanen befanden sich seit Jahren auf der Flucht und viele davon - das vergessen wir oft - als Binnenflüchtlinge in den direkten Nachbarländern.

Wer es wissen wollte, konnte seit vielen Jahren sehen: „Nichts ist gut in Afghanistan." Die ehemalige evangelische Bischöfin Margot Käßmann wurde für diesen Satz sehr gescholten, aber sie sprach das aus, was man über die Medien erfahren konnte. Die Bundesregierung schob Menschen trotz der katastrophalen Sicherheitslage im Land nach Afghanistan ab, obwohl das für die Betroffenen bedeutete, dass sie in teils lebensgefährliche Zustände zurückgeschickt wurden. Diese Abschiebungen waren falsch. Insofern ist es gut, dass der Stadtrat jetzt dazu aufruft, Abschiebungen endlich auszusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

In mehr als 20 Jahren wurde mit dem Krieg in Afghanistan, der von einer internationalen Koalition der mächtigsten Armeen der Erde geführt wurde, keines der Ziele erreicht. Wir werden es uns in Deutschland in der öffentlichen Diskussion aber nicht so einfach machen wie gerade der Vertreter der AfD-Fraktion, der mit seinem dumpfen, ewiggestrigen, aus dem 19. Jahrhundert - der Zeit des Kolonialismus - stammenden Welt- und Menschenbild eine sehr einfache Schuldzuweisung gegeben hat.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind ökonomisch, politisch und sozial weitaus kompliziertere Vorgänge.

Heute gibt es bereits in allen Teilen Afrikas operierende islamistische Terrorgruppen, die brutal rauben und morden. Nach 20 Jahren des Krieges gegen den Terror - davon ist meine Partei überzeugt - führt uns diese Dominanz des Militärischen global tiefer hinein in den Teufelskreis aus Krieg und Terror. Es ist daher höchste Zeit für einen Strategiewechsel und eine Abkehr von der Logik des Militärischen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD - Abgeordnete der AfD-Fraktion zählen den Countdown bis zum Ende der Redezeit herunter)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Es ist vielfach schon beschrieben worden, wie schockierend die Bilder aus Kabul sind, die uns hier erreichen, und wie sie uns wirklich bis ins Mark erschüttern. Ich möchte nun aber auch einen Blick auf die vielen Kölnerinnen und Kölner mit afghanischen Wurzeln werfen, die um ihre Angehörigen in Kabul zittern.

Gestatten Sie mir einen persönlichen Einschub: Ich erlebe im Moment hautnah das Schicksal einer tadschikischen Familie mit. Zwei Jungs leben hier in Deutschland, die restliche Familie - drei Geschwister und die Eltern - ist in Kabul. Sie hätten Anspruch auf einen Platz in einem Flugzeug, aber es ist bisher schlicht und ergreifend nicht gelungen, weil sie nicht zum Flughafen durchkamen. Wie schrecklich ist das denn? - Sie haben die Chance, konnten sie aber nicht ergreifen. Sie versuchen es nun weiterhin. Die beiden Jungen sind in Deutschland gut integriert. Sie gehen zur Schule, sind erfolgreich, haben natürlich Angst um ihre Familie und müssen sich dann solche Sprüche von der AfD-Fraktion anhören.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Situation ist es gut, dass die demokratischen Fraktionen in diesem Rat gemeinsam - und das mitten im Wahlkampf - in einem Dringlichkeitsantrag zur Lage in Afghanistan Stellung genommen haben, und ich bin auch der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung sehr dankbar, dass sie uns so gut unterstützen.

In dem Antrag bringen wir unsere Solidarität zum Ausdruck, und zwar mit allen Afghaninnen und Afghanen, die aufgrund ihrer persönlichen Situation die Verfolgung durch die Taliban fürchten müssen. Die Ortskräfte, die für deutsche oder internationale Organisationen gearbeitet haben, verdienen unseren Schutz, weil sie von den Taliban besonders verfolgt werden, wie die zahlreichen Durchsuchungen von Häusern zeigen, in denen die Taliban diese Ortskräfte vermuten. Sie haben in den vergangenen Jahren für die westlichen Staaten und Institutionen gearbeitet, und zwar im Vertrauen darauf, dass der Westen sie im Falle einer Machtübernahme durch die Taliban schützt. Es ist also unsere moralische Verpflichtung, dass wir diese Erwartung nicht enttäuschen.

Meine Damen und Herren, wir haben auch eine Verpflichtung den Afghanen und Afghaninnen gegenüber, die sich in den vergangenen Jahren für Demokratie, Freiheit, Rechtstaatlichkeit und Gleichberechtigung eingesetzt haben. Ich denke dabei unter anderem an die Frauenrechtler*innen, die für Gleichberechtigung gekämpft haben. Sie müssen nun erleben, dass Mädchen der Schulbesuch verwehrt wird und Frauen sich nicht mehr ohne männliche Begleitung auf die Straßen trauen dürfen. Ich erinnere nur an die beeindruckenden Demonstrationen vor einigen Tagen, auf denen die afghanische Flagge in einem Autokorso durch die Straßen gefahren wurde. Welch ein Mut von diesen Menschen!

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

All diesen mutigen Kämpferinnen und Kämpfern für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung gilt unsere Unterstützung. Allen! Sie brauchen Schutz vor Verfolgung. Die angrenzenden Staaten, aber auch die EU, Deutschland, NRW und Köln müssen ihren jeweiligen Beitrag dazu leisten. Deshalb fordern wir zusätzliche Kapazitäten für die Aufnahme von Menschen aus Afghanistan. Denn, meine Damen und Herren, Humanität beweist sich eben nicht in Worten, sondern in Taten. - Danke.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin Reker, für Ihre klaren und starken Worte für Menschenrechte. Denen schließen wir uns uneingeschränkt an.

Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den pro-demokratischen Fraktionen, für eure klaren und starken Worte. Sie haben mich sehr berührt, sodass ich durchgängig Gänsehaut hatte.

Danke, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, dass wir uns auf Sie bzw. euch verlassen können und diese Worte nicht verhallen, sondern mit Engagement umgesetzt werden.

Danke an all die ehrenamtlich engagierten Kölnerinnen und Kölner, die jetzt und auch in naher Zukunft ihre Freizeit für diese hilfesuchenden Menschen einsetzen. Ich danke euch!

Wenn ich eure Worte hier höre, dann bin ich stolz, Wahlkölnerin zu sein, und dankbar, mich hier im Rat engagieren zu können; denn hier herrschen Menschlichkeit und Empathie. Ich konnte schon in der Vergangenheit beobachten, wie Köln in solchen Situationen agiert. Das ist etwas, was mir Hoffnung schenkt, wenn ich diese Nachrichten sehe. Wenn ich als Mutter einer kleinen Tochter sehe, wie Menschen ihre Babys über die Mauer reichen, damit sie gerettet werden - unabhängig davon, ob man als Eltern oder Angehörige mitkommen kann -, dann habe ich Tränen in den Augen. Ich kann nur erahnen, wie diese Menschen von Angst getrieben sind und wie fürchterlich es sein muss, dort zu sein.

Sicherlich haben Sie ähnliche Momente gehabt, als die Bilder und Nachrichten Sie erreicht haben. Schön, dass wir diesen Antrag nun heute so kurzfristig beschließen können und damit auch überregional ein Statement setzen. Hier zeigt Köln sein schönstes Gesicht. - Ich danke euch.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Beiträge. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die AfD hat schon gesprochen. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung! Die KLIMA FREUNDE schließen sich in jeglicher Hinsicht dem vorher Gesagten der demokratischen Fraktionen dieses Rates an. Auch wir sind über alle Maßen dankbar und erfreut, dass es diesen Dringlichkeitsantrag gibt und wir uns hier in dieser Sache einig sind. Umso unfassbarer ist es, dass wir hier auch solche rassistischen, unmenschlichen und menschenrechtsverachtenden Worte hören müssen. Ich bin wirklich empört.

(Zuruf von der AfD: Realistisch!)

- Zum Thema Realismus sage ich gern noch etwas.

Das, was derzeit in Afghanistan und den afghanischen Menschen passiert - hier wurden Bilder und

Erlebnisse geschildert; wir alle haben die Bilder auch gesehen -, ist wirklich etwas, was sich nicht wiederholen darf.

Allerdings - darauf möchte ich auch hinweisen - ist Afghanistan nicht das einzige Beispiel. Die KLIMA FREUNDE und die gesamte Klimagerechtigkeitsbewegung setzt sich für Klimagerechtigkeit ein und vor allem gegen Unmenschlichkeit und für die Einhaltung der Menschenrechte. Ich appelliere inständig an alle Menschen, die hier stellvertretend für die demokratischen Kräfte unserer Stadt sitzen: Lasst uns das hier und heute als Beispiel nehmen und auch in Zukunft weiterhin so denken und so agieren.

Es gibt auch heute schon sehr viele Menschen im globalen Süden, die sich sowohl aufgrund der Klimakatastrophe als auch aufgrund anderer Situationen in einem Lebensraum befinden, in dem sie es nicht mehr aushalten und sich lieber in den Tod stürzen, als weiterhin dort zu leben. Ich und alle Menschen, die das genauso klar sehen wie wir aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, können nur sagen: Es folgen Hunderte Millionen Menschen, wenn nicht sogar Milliarden Menschen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, die ihren Lebensraum verlieren werden. Insofern bitte ich inständig darum: Macht euch das bewusst und lasst uns auch hinsichtlich dieses Themas vernünftig und menschlich Entscheidungen treffen und eben nicht nur Worte, sondern Taten folgen. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiterhin das Wort gewünscht? - Herr Cremer. Es geht also in die zweite Runde.

(Zurufe: Nein!)

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte mich heute eigentlich gar nicht melden,

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

tue es jetzt aber doch, und das haben Sie selbst verursacht.

Fangen wir einmal bei der Linksfraktion an: Sie werfen Herrn Boyens kolonialistisches Denken vor. Sie entstammen einer Partei, die sich SED nannte.

(Beifall bei der AfD)

Das ist rechtsidentisch. Sie wissen, was Ihr großer Waffenbruder in Afghanistan versucht hat. Diese ganzen ausländischen Interventionen - sei es kommunistisch, sei es der Westen - sind also offensichtlich zum Scheitern verurteilt. Das muss man einfach einmal feststellen. Die Menschen scheinen keine Lust auf diese Sachen zu haben. Das ist nun einmal Tatsache.

Man kann, glaube ich, festhalten: Sicherlich sind all diese Bilder aus Afghanistan nicht schön. Aber warum konnte es überhaupt so weit kommen? - Wir haben im Kölner Stadtrat vier Parteien, die in den letzten 20 Jahren - so lange dauerte der Einsatz; und die AfD gibt es zum Vergleich erst seit acht Jahren -,

(Zuruf von der LINKEN: Viel zu lange! - weitere Zurufe)

dort nichts erreicht haben. Sie alle haben es nicht geschafft und tragen gemeinschaftlich die Verantwortung dafür. Warum wurden die Ortskräfte - ich meine auch wirklich nur die Ortskräfte - nicht sofort mitevakuiert? - Da muss man einfach sagen: Sie alle sind gescheitert und fordern jetzt noch mehr Migration.

Herr Boyens ist auf die gesellschaftlichen Probleme eingegangen, und jetzt haben wir auch schon das erste Beispiel: Ein verurteilter Straftäter ist über einen der Flüge zurückgekommen. Ist das das Ziel der ganzen Sache? - Ein in Deutschland verurteilter Straftäter ist über die Flüge der Bundeswehr zurück nach Deutschland gekommen - das kann es doch nicht geben. Das hat doch nichts mit Humanität zu tun.

Wenn ich Ihren Antrag von der sofortigen Aussetzung aller Abschiebungen lese, frage ich mich: Gilt das dann auch für Straftäter? Gilt das auch für Menschen, die sich hier danebenbenommen haben?

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

- Okay, also auch schwerste Straftäter dürfen dann offensichtlich hierbleiben.

Dann steht in dem Antrag auch noch, dass jede Afghanin und jeder Afghane eine Chance haben soll. Also alle 34 Millionen Menschen? Dann nur die in Kabul oder auch von woanders?

Man muss einfach sagen: Vielleicht hat die ganze westliche Interventionitererei in Afghanistan die Probleme mitverursacht, unter anderem die Korruption, die damit einhergegangen ist.

(Beifall bei der AfD)

Dafür tragen Sie alle hier die Verantwortung. Es sind Ihre Parteien im Deutschen Bundestag. Wir dagegen haben immer davor gewarnt. Deswegen wird meine Fraktion diesen Dringlichkeitsantrag natürlich ablehnen, wie Sie sich sicherlich vorstellen können.

Wir sind der Meinung, dass man den Ortskräften vor Ort helfen sollte, dass sie - aber auch nur sie - nach Deutschland geholt werden oder in den Nachbarländern entsprechend versorgt werden. Dann sollten die Afghanen - ich glaube, das alles ist wesentlich komplexer, als wir meinen; denn es gibt nicht „die Afghanen“, sondern darunter befinden sich unter anderem auch Paschtunen, Tadschiken und Usbeken - ihr Glück selbst in die Hand nehmen. Vielleicht ist es wirklich besser, wenn sich keine Macht von außen dort einmischt. Nicht umsonst wird Afghanistan das Graveyard of Empires genannt.

Nun noch einige Worte zur CDU-Fraktion: Sie haben sich jetzt hier mit dem Antrag hingestellt und machen fast den Eindruck - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde Sie schon darum bitten, zur Sache zu sprechen.

Christer Cremer (AfD): Ja, ich will doch zum Antrag der CDU-Fraktion sprechen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann warten wir einmal ab, was Sie jetzt sagen.

Christer Cremer (AfD): Dann müssen Sie mich nicht unterbrechen.

Zur CDU-Fraktion: Ich bin doch wirklich sehr überrascht, dass Sie hier einen solchen Antrag stellen, und zwar auch vor dem Hintergrund dessen, was Ihre Bundesspitze gesagt hat: 2015 darf sich nicht wiederholen. - Da muss man also einfach nur bei Ihnen vor der Tür eine Demonstration veranstalten und Sie ändern als ein nicht unbedeutender Kreisverband sofort die Meinung und stänkern dann zusätzlich noch gegen Ihren eigenen Kanzlerkandidaten und Ihre eigene Parteiführung? - Das ist wirklich sehr interessant.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zur Sache.

Christer Cremer (AfD): Bitte?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie sollen bitte zur Sache sprechen.

Christer Cremer (AfD): Ich spreche doch zur Sache. Ich rede doch zur Sache; denn ich rede über Afghanistan. Zudem war ich kurz davor, fertig zu sein, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sind Sie bitte vorsichtig? - Sonst erhalten Sie einen Ordnungsruf.

Christer Cremer (AfD): Warum denn?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil Sie mich angeschrien haben. Es gibt hier im Rat Regeln, und ich bitte Sie, sich an diese zu halten.

Christer Cremer (AfD): Auch für Sie?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, auch für mich. Genau darum gibt es diese zweite Runde, und genau darum müssen wir diesen Wortschwall jetzt ertragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD und der FDP)

Sprechen Sie also bitte entweder zur Sache oder beenden Sie Ihren Redebeitrag.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, ich glaube, ich habe meinen entscheidenden Punkt gemacht. Ich bin fertig und wünsche Ihnen allen noch einen schönen Tag. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren, in der zweiten Runde? - Das ist nicht der Fall. Ich gehe davon aus, dass die Aktuelle Stunde damit abgeschlossen und die Sache erledigt ist, da der Austausch dazu erfolgt ist. Ich frage dennoch: Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Sache tatsächlich erledigt.

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 2.3 abstimmen, den wir mitbehandelt haben. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, Herr Wortmann, Herr Zimmermann, Herr Dr. Akude, Frau Gabrysch und Frau Syndicus. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag so beschlossen. Ich bedanke mich sehr bei Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD, der FDP und bei Volt)

AN/1718/2021

Beschluss:

Die Angelegenheit ist gemäß § 5 Abs. 10 Buchstabe a) der Geschäftsordnung des Rates erledigt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
*Gemeinsame Behandlung mit TOP 2.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION betreffend "Schnellstmögliche Aufnahme von Menschen aus Afghanistan“, AN/1726/2021 und nach der Wahl zu TOP 1 Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat VII - Kunst und Kultur, 2197/2021.*

AN/1726/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zur Solidarität mit allen Afghaninnen und Afghanen und beschließt daher folgendes:

1. *Der Rat der Stadt Köln bekräftigt seine in verschiedenen Beschlüssen dokumentierte Bereitschaft, Geflüchtete aus Krisenregionen über die Flüchtlingsaufnahmequote hinaus aufzunehmen,*

2. *fordert die Verwaltung auf, schnellstmöglich Kapazitäten für die Aufnahme von Menschen aus Afghanistan zu Verfügung zu stellen und den Rat der Stadt Köln über die Möglichkeit weiterer Kapazitäten in Kenntnis zu setzen*

3. *und setzt sich für unbürokratische Aufnahmeprogramme auf allen politischen Ebenen ein.*

4. *Der Rat der Stadt Köln setzt sich bei allen in Köln lebenden Afghaninnen und Afghanen für einen sicheren Aufenthalt in Köln ein.*

5. *Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu einer sofortigen Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan.*

6. *Der Rat der Stadt Köln fordert von Bund und Land, dass ein großzügiges und unbürokratisches Aufnahmeprogramm, das für jede Afghanin und jeden Afghanen die Chance bietet, daran teilzunehmen, und unterstützt die Landesregierung bei der geplanten Aufnahme von geflüchteten Menschen, tauscht sich über weitere Hilfsmöglichkeiten aus und verpflichtet sich, einen entsprechenden Beitrag zu leisten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION, der Gruppe GUT Köln sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Dr. Akude zugestimmt.

Anmerkung:
Frau Oberbürgermeisterin Reker äußert ihre Unterstützung für den Antrag und bedankt sich bei den Antragstellenden.
Gemeinsame Behandlung mit TOP A Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Aktuelle Stunde zur Lage in Afghanistan und den Konsequenzen für die Stadt Köln", AN/1718/2021 und nach TOP 1

*Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat VII - Kunst und Kultur, 2197/2021.*

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Weitere Vorgänge

Tagesordnungspunkt

2.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, dem 19.09.2021

2502/2021

Wird das Wort gewünscht? - Mir liegen auf der Rednerliste keine Redebeiträge vor. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Die Stellungnahmen der Bezirksvertretungen sind der Vorlage als Anlagen 12 bis 18 beigelegt. Die Bezirksvertretung Nippes wurde ebenfalls angehört, hat aber nicht Stellung genommen. Die Bezirksvertretung Porz hat abgelehnt. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Herr Wortmann, Herr Zimmermann, Frau Syndicus, Frau Gabrysch und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Von Herrn Giesen. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das stadtweite Offenhalten von Verkaufsstellen am Tag des Veedels, dem 19.09.2021.

Die Freigabe der Sonntage erfolgt auf der Grundlage einer kumulativen Würdigung der Sachgründe des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1, 2 und 4 des Ladenöffnungsgesetzes NRW (LÖG).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION sowie der Gruppe GUT Köln und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und bei Stimmenthaltung von RM Giesen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert, dass die Bezirksvertretungen BV 1 (siehe Anlage 13), BV 2 (siehe Anlage 12), BV 3 (siehe Anlage 16), BV 4 (siehe Anlage 15), BV 6 (siehe Anlage 14), BV 8 (siehe Anlage 17) und BV 9 (siehe Anlage 18) der Vorlage durch Dringlichkeitsentscheidung zugestimmt haben.

Die Bezirksvertretung BV 5 hat kein Votum abgegeben und in der Bezirksvertretung BV 7 hat die Dringlichkeitsentscheidung keine Mehrheit gefunden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 GbR Historische Mitte

Nachbesetzung Lenkungskreis

3012/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Frau Dr. Isabell Nehmeyer-Srocke

Herrn Thomas Blaeser

in den Lenkungskreis der GbR Historische Mitte:

Die Entsendung endet mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion „Die FRAKTION“ zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Besetzung Ausschüsse“

AN/1730/2021

Herr Wortmann, eine Wortmeldung?

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Ein kurzer Hinweis, Frau Oberbürgermeisterin: In der Aufstellung der Ausschussbesetzungen ist der StEA zweimal von Die PARTEI bzw. Die FRAKTION besetzt. Das fällt nun auf mich, und ich behalte meinen Sitz im StEA. Deshalb bitte ich darum, den zweiten Vertreter in der Liste, den wir benannt haben, zu streichen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das nehme ich jetzt so auf, Herr Wortmann. Ich kann es im Moment zwar nicht nachvollziehen, nehme das aber so auf. Wenn das möglich ist, werden wir das auch tun.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Wir können keine zwei Sitze in diesem Ausschuss halten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, ich kann es im Moment nur nicht nachvollziehen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beruft folgende Personen als beratende Mitglieder in die benannten Ausschüsse:

Gremium	*Name*
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	*Michael Hock*
Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden	*Walter Wortmann*
Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden	*Sabine Kader*[11]
Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern	*Bea Dickas*
Ausschuss Kunst und Kultur	*Elise Teitz*
Ausschuss Schule und Weiterbildung	*Bea Dickas*
Ausschuss Soziales und Senioren	*Bea Dickas*
Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln	*Elise Teitz*
Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester	*Elise Teitz*
Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln	*Markus Schernick*
Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud	*Elise Teitz*
Digitalisierungsausschuss	*Michael Hock*
Finanzausschuss	*Markus Schernick*
Gesundheitsausschuss	*Walter Wortmann*
Sportausschuss	*Aaron von Kruedener*
Stadtentwicklungsausschuss	*Walter Wortmann*
~~*Stadtentwicklungsausschuss*~~	~~*Rolf Beierling-Hemonet*~~
Unterausschuss Selbsthilfegruppen	*Barbara Veronica Baus*
Verkehrsausschuss	*Michael Hock*
Wahlprüfungsausschuss	*Bea Dickas*
Wirtschaftsausschuss	*Walter Wortmann*

Abstimmungsergebnis:

[11] *Korrektur der Niederschrift (Keine Benennung von Frau Sabine Kader) in der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 09.11.2021 auf Seite 51 / 52 in der öffentlichen Niederschrift und auf Seite 60 / 61 in der Gesamtniederschrift.*

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Wortmann teilt mit, dass der Vorschlag auf Seite 2 in der Tabelle in Spalte 16 im Antrag gestrichen werden muss. In den Stadtentwicklungsausschuss wird RM Wortmann entsandt (nicht Herr Beierling-Hemonet).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit bin ich am Ende des öffentlichen Teils und bitte darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 16.45 Uhr)

10. Sitzung vom 16. September 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme von 17 Kunstwerken als Schenkung von Dr. Annelie Pohlen

2530/2021

2.2 Annahme einer Schenkung von Wagenentwürfen des Künstlers Otto Schindler durch Michael Schindler an das Kölnische Stadtmuseum

2542/2021

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, von RM Syndicus (Die FRAKTION), RM Dr. Akude und RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Gemeinwohlbilanzierung Pilotierung"

AN/1875/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1986/2021

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Ausreichende Förderung von unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren"

AN/1882/2021

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Antrag auf Errichtung eines städtischen Denkmals für alle Opfer religiös – ideologisch motivierter Gewalttaten"

AN/1893/2021

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit"

AN/1890/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1973/2021

3.1.5 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Dezernat IX wieder auflösen – Strukturierung der Dezernate nach sachpolitischen Erfordernissen"

AN/1570/2021

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Oberbürgermeisterin muss für Transparenz bei der Nicht-Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat IX sorgen"

AN/1895/2021

3.1.7 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Transparenzoffensive 2021"

AN/1572/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/1995/2021

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Maßnahmenpaket für günstiges Wohnen schnüren"

AN/1864/2021

3.1.9 Antrag der Fraktionen Die Linke., FDP und Die FRAKTION betreffend "Sonnendeck - PV-Anlagen über Autobahnen"

AN/1897/2021

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Köln. Aber normal. Beendigung der unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen"

AN/1896/2021

3.1.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Bürogebäude RWE zur Gesamtschule umwidmen"

AN/1902/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1993/2021

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Standortwahl Klärschlammverbrennung"

AN/1887/2021

3.1.13 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Kostenfreie Beglaubigung der Berufsurkunden beruflich Pflegender"

AN/1900/2021

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Entwicklung eines Fahrplans für Corona-Maßnahmen im Herbst und Winter: Gesundheitsschutz sicherstellen und Lockdown vermeiden"

AN/1989/2021

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Chorweiler zur Grenzänderung bei den Stadtteilen Merkenich und Fühlingen

0915/2021

3.2.2 Erhöhung der Personalressourcen im Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung

1183/2021

3.2.3 Umsetzung des Antrages AN/1160/2021 der Bezirksvertretung Kalk zur Verstetigung von Förderungen

2891/2021

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend "Systemischer Hitzeaktionsplan für Köln"

AN/1473/2021

Antwort der Verwaltung vom 27.08.2021

2658/2021

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Kosten der ungenutzen Helikopterstation auf dem Kalkberg"

AN/1941/2021

Antwort der Verwaltung vom 15.09.2021

3275/2021

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Köln: Ausweisung der Inzidenzen für Geimpfte und Ungeimpfte"

AN/1962/2021

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "RheinEnergie AG // Klimawende Köln"

AN/1954/2021

Antwort der Verwaltung vom 15.09.2021

3306/2021

4.5 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Stecker-Solaranlagen fördern"

AN/1957/2021

Antwort der Verwaltung vom 16.09.2021

3290/2021

4.6 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Sachstand Antidiskriminierungsrichtlinie"

AN/1961/2021

Antwort der Verwaltung vom 16.09.2021

3297/2021

4.7 Anfrage der Fraktion Die Fraktion betreffend "Klärung Zusammenarbeit mit Michael Winterhoff"

AN/1960/2021

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)

1588/2021

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen (Die Vorlage wurde unter TOP 10.39 umgedruckt.)

2731/2021

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

3038/2021

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Entwurf des Gesamtabschlusses 2018

3153/2021

7.2.2 Bericht über die finanzielle Lage nach § 2 Abs. 2 NKF-CIG

3116/2021

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Einrichtung eines Kunstbeirates für die Ratsperiode 2020-2025

3212/2020

10.2 Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung ZADIK - Fördervertrag Mietkostenzuschuss

1467/2021

10.3 Leitbild für Kulturelle Teilhabe und Vielfalt

1503/2021

zurückgestellt

10.4 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2021/22

1620/2021

10.5 Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln - Verlängerung der Befristung bis Ende 2023

1625/2021

10.6 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: Dokumentation, Digitalisierung und Veröffentlichung des Bestandes für unterschiedliche Zielgruppen

1764/2021

10.7 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung für das Museum Ludwig

1812/2021

10.8 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung, hier: Kunst im öffentlichen Raum II: Digitaler Skulpturenrundgang

1916/2021

10.9 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Bildende Kunst: Schaffung zusätzlicher Atelierräume

1966/2021

10.10 Bestellung von Herrn Stefan Bachmann zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen

2552/2021

10.11 Ausschreibung Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen

2595/2021

10.12 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen

2664/2021

10.13 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag

2719/2021

10.14 Verlängerung der Institutionellen Förderung WEEK-END Fest 2022

2760/2021

10.15 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2022 bis 2025

2772/2021

10.16 Kostensteigerung bei der Sanierung des Rheinparkcafés sowie Antrag auf Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung

1988/2021

10.17 Öffentliches Silvesterfeuerwerk

3047/2021

10.18 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2020

2735/2021

10.19 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage

2736/2021

10.20 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße 49 a-c, 50827 Köln-Ossendorf – Einstellung des Bauvorhabens und Rückbau

0846/2020

10.21 Modellhafte Öffnung ausgewählter Schulhöfe als Spiel-, Sport- und Bewegungsräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

0880/2021

10.22 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019

1094/2021

zurückgestellt

10.23 Bedarfsfeststellung zur Ersatz- und Neubeschaffung von insgesamt 85 Standardrettungswagen und Abschluss eines Vier-Jahres-Rahmenliefervertrages

1455/2021

10.24 Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter - Verlängerung Maßnahmen vom 01.01.2022 bis 31.12.2023

1491/2021

10.25 Einrichtung des Erweiterungsbaus und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Hildegard-von-Bingen Gymnasium, Leybergstr. 1, 50939 Köln - Sülz im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022.

1866/2021

10.26 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2021/22

1989/2021

10.27 Fortsetzung der Maßnahme „Willkommen und Ankommen in Köln“ für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU

2603/2021

10.28 Durchführung der aktivierenden Stadtteilarbeit "Zuhause im Veedel – Aktivierung und Beteiligung im Quartier“ im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) in den Sozialräumen „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ und „Ostheim und Neubrück" als Pilotprojekt in Großwohnanlagen

2675/2021

10.29 Erneuerung der Eisenbahnüberführung der Deutz-Mülheimer Straße, Bauwerk B in Köln-Deutz durch die DB Netz AG

2402/2021

10.30 Schulrechtlliche Änderung der drei Grundschulen Ernst-Moritz-Arndt-Schule, EGS Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, Albert-Schweitzer-Grundschule, GGS Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß und der Brüder-Grimm-Schule, GGS Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth zum Schuljahr 2022/23

2482/2021

10.31 Jahresabschluss 2020 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

2535/2021

10.32 3. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Köln

2548/2021

10.33 Neugestaltung des Bolzplatzes Georgestraße in Köln-Neubrück

3423/2020

10.34 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln hier: Wirtschaftsjahr 2021

1255/2021

10.35 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss von nutzungsunabhängigen Sicherungsmaßnahmen der Hallen Kalk, Hallen 76 und 77

2293/2021

10.36 Dachsanierung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud hier: Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss

2770/2021

10.37 Sanierung und Optimierung des Fotoarchivs und der Depotflächen auf der Ebene 5.0 im Rautenstrauch-Joest-Museum hier: Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss

0834/2021

10.38 Verausgabung Restmittel der Corona-Sonderförderung

2940/2021

10.39 Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen (Die Vorlage wird unter TOP 6.3.1 behandelt.)

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 220. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz-Elsdorf Arbeitstitel: Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf

0451/2021

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Umsetzung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans 66380/02 vom 1.03.2017 / Neubau der Sportanlage Kapellenstraße in Köln-Rondorf

0459/2021

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 76381/02 Arbeitstitel: "Fuchskaule" in Köln-Porz-Elsdorf

2503/2021

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

15.1 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet U 457 in Köln-Porz-Elsdorf (Südlich Friedensstraße)

1878/2021

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

17 Gremienbesetzungen

17.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss

2584/2021

17.2 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE am 24./25.03.2022 Neubesetzung der Sitze im Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE

2998/2021

17.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Umbesetzung in den Ausschüssen"

AN/1791/2021

17.4 Wahl der Beisitzer*innen und Stellvertreter*innen des Kreiswahlausschusses für die Landtagswahl 2022

2866/2021

17.5 Kölner Sportstätten GmbH; Entsendung in den Aufsichtsrat

3181/2021

17.6 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

3192/2021

17.7 AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

3193/2021

17.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Bauausschuss und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft"

AN/1968/2021

17.9 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Sportausschuss"

AN/1974/2021

17.10 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Besetzung Ausschüsse"

AN/1987/2021

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Urbach Arbeitstitel: Kaiserstraße Nummer 95-99 in Köln-Porz-Urbach

3162/2021

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister*innen
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Werner, Thomas, 2. stellvertretender Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin
Lange, Maria;

Stenografen
Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Abé, Denise; Boyens, Stephan; Heuser, Marion; Karadag, Derya; Kienitz, Niklas;

*Bezirksbürgermeister*innen*
Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Haaks, Stefanie;

(Beginn: 15.36 Uhr - Ende: 20.56 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich und eröffne die 10. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste - sowohl auf der sogenannten Zuschauertribüne als auch alle, die im Livestream zuschauen und zuhören -, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Ich möchte heute ganz besonders Frau Gärtner begrüßen und ihr zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Auch besonders begrüßen möchte ich Herrn William Wolfgramm heute als neuen Beigeordneten für das Dezernat VIII.

(Beifall)

Das ist seine erste Sitzung in dieser Funktion. Deswegen hat er gleich zu Beginn der Sitzung die Gelegenheit, das Wort an Sie zu richten. Die Gelegenheit wird er auch nutzen - so, wie ich ihn kenne.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Abé, der ich sehr herzlich zur Geburt ihres Kindes gratuliere,

(Beifall)

Herr Boyens, Frau Heuser und Frau Karadag. Herr Kienitz lässt sich heute aus einem traurigen Anlass entschuldigen: Sein Vater ist verstorben.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Lutz, Herrn Lorenz und Herrn Marx.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit den Beratungen beginnen, werden wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Im Entwurf sind die Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die Anregung einer Bezirksvertretung, TOP 3.2.3, TOP 4.2 bis 4.7, TOP 7.2.2, TOP 6.3.1 und 10.39, TOP 17.8 bis 17.10 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.7.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.3, 10.22 und 24.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Matthias Büschges (AfD): Frau Reker, vielen Dank. - Jetzt nicht zu den Punkten, die Sie genannt haben. Vielmehr haben wir als AfD-Fraktion noch eine Nachfrage zu TOP 3.1.5. Der wurde inhaltsgleich in der letzten Sitzung oder in der vorletzten Sitzung von der AfD-Fraktion eingebracht. Da möchte ich an § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates erinnern. Darin steht, dass der inhaltsgleiche Antrag erst nach drei Monaten wieder gestellt werden kann. Wir würden also beantragen, den Tagesordnungspunkt 3.1.5 abzusetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist Herr Büschges und nicht Herr Cremer. Ich bitte um Entschuldigung.

Matthias Büschges (AfD): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist für mich mit dem Spuckschutz nicht leicht zu erkennen, wer sich dahinter verbirgt.

Matthias Büschges (AfD): Kein Problem.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber ich habe es an Ihrer Stimme dann gehört. Das ist welcher Tagesordnungspunkt?

Matthias Büschges (AfD): Ich bin mal so frech: Das ist der Tagesordnungspunkt 3.1.5, der Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und FDP: „Dezernat IX wieder auflösen“. Die AfD-Fraktion hat in der vorletzten Sitzung einen identischen Antrag eingebracht, der damit als erledigt gilt und nach der Geschäftsordnung des Rates demnach erst nach drei Monaten wieder gestellt werden kann. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde darüber dann abstimmen lassen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich bin noch bei den Zu- und Absetzungen der Tagesordnung. - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Ich hätte die Bitte, weil wir hierzu Beratungsbedarf haben, den Tagesordnungspunkt 17.2 im öffentlichen Teil abzusetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorsorglich darauf hinweisen, dass wir gegebenenfalls zu Tagesordnungspunkt 3.1.4 nachher den Antrag stellen werden, den zu vertagen. Ich möchte aber gern abwarten, also möchte den Antrag noch nicht jetzt stellen, weil wir gern die Ergebnisse der Beratungen abwarten wollen.

Jetzt ist mein Mikrofon weg. Ich hoffe, das war verständlich?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Also nicht jetzt, sondern nachher bei dem Punkt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie kündigen also schon einmal an, dass eventuell ein Vertagungsantrag dazu kommt?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): So ist das. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Ja, ich wollte noch einmal auf TOP 3.1.5 und 3.1.6 zurückkommen. Zum einen ist 3.1.5 in die heutige Sitzung vertagt worden. Von daher ist es nicht so, dass der inhaltsgleich später gestellt wurde. Die sind quasi zeitgleich gestellt worden.

Zum anderen geht es bei 3.1.5 auch um die Strukturierung der Dezernate. Deswegen mag es sein, dass sie sich in einigen Punkten ähnlich sind, es sind aber dennoch inhaltsandere Anträge.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war sozusagen die Gegenrede zu Herrn Büschges?

(Mike Homann [SPD] nickt)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die SPD-Fraktion hat heute zum Thema „Entwicklung eines Fahrplans für Corona-Maßnahmen im Herbst und Winter“ - das ist die Überschrift - einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.14. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Entschuldigen Sie! Wir würden dann gern separat über 3.1.5 abstimmen lassen. So steht es auch in der Geschäftsordnung. Denn wir können der Argumentation von Herrn Homann nicht folgen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, dann lasse ich zunächst über Ihre Anregung zu Tagesordnungspunkt 3.1.5 abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen, TOP 3.1.5 heute abzusetzen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann bleibt der Tagesordnungspunkt bestehen.

Jetzt lasse ich darüber abstimmen, ob der Tagesordnungspunkt 17.2 zurückgestellt werden soll. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD, Volt, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Herr Dr. Akude. Dann kann eigentlich keiner mehr dagegen sein. Ich frage trotzdem: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Die FRAKTION. Dann ist der Antrag zurückgestellt.

Dann lasse ich über die Tagesordnung gesamt abstimmen. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte noch zur Reihenfolge der Tagesordnung etwas. Ich beantrage für unsere Fraktion, dass die Tagesordnungspunkte 3.1.4, 3.1.5 und 3.1.6 gemeinsam unter einem Tagesordnungspunkt 3.1.4 behandelt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also alle drei?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Alle drei.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Dann lasse ich über die Tagesordnung insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

*I. Als Stimmzähler*innen schlägt sie die Ratsmitglieder RM Lutz, RM Lorenz und RM Marx vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

3.2.3 Umsetzung des Antrages AN/1160/2021 der Bezirksvertretung Kalk zur Verstetigung von Förderungen 2891/2021

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Kosten der ungenutzen Helikopterstation auf dem Kalkberg" AN/1941/2021

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Köln: Ausweisung der Inzidenzen für Geimpfte und Ungeimpfte" AN/1962/2021

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "RheinEnergie AG // Klimawende Köln" AN/1954/2021

4.5 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Stecker-Solaranlagen fördern" AN/1957/2021

4.6 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Sachstand Antidiskriminierungsrichtlinie" AN/1961/2021

4.7 Anfrage der Fraktion Die Fraktion betreffend "Klärung Zusammenarbeit mit Michael Winterhoff" AN/1960/2021

6.3.1 Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen (Die Vorlage wurde unter TOP 10.39 umgedruckt.)

2731/2021

7.2.2 Bericht über die finanzielle Lage nach § 2 Abs. 2 NKF-CIG
3116/2021

*17.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Bauausschuss und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft"*
AN/1968/2021

17.9 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Sportausschuss"
AN/1974/2021

17.10 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Besetzung Ausschüsse"
AN/1987/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

24.7 Kostenfortschreibung zur Anmietung des Gebäudes Aachener Str. 744-750, 50933 Köln
1882/2021/1

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.3 Leitbild für Kulturelle Teilhabe und Vielfalt
1503/2021

10.22 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

24.1 Bedarfsfeststellung für die Erweiterung des Fuhrparks beim Ordnungsdienst
0937/2021

III. Ratsmitglied (RM) Büschges beantragt mit Verweis auf § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen die Absetzung des Tagesordnungspunktes

TOP 3.1.5
Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Dezernat IX wieder auflösen – Strukturierung der Dezernate nach sachpolitischen Erfordernissen"
AN/1570/2021,

da er bereits gleichlautend in der vorletzten Sitzung von der AfD-Fraktion eingebracht worden sei.
RM Homann weist daraufhin, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht neu eingebracht, sondern aus der vorletzten Sitzung vertagt worden sei. Außerdem behandle der Antrag im Vergleich zum AfD-Antrag ergänzend noch das Thema der Dezernatsstrukturen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Absetzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

RM Petelkau beantragt, den Tagesordnungspunkt

TOP 17.2
Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE am 24./25.03.2022 Neubesetzung der Sitze im Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE
2998/2021

wegen Beratungsbedarf von der Tagesordnung abzusetzen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Absetzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

RM Weisenstein kündigt an, bei der Beratung zum Tagesordnungspunkt

TOP 3.1.4
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit"
AN/1890/2021

eventuell die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes zu beantragen.

RM Hammer beantragt, dass die Tagesordnungspunkte

TOP 3.1.4
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit"
AN/1890/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/1973/2021

TOP 3.1.5
Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Dezernat IX wieder auflösen – Strukturierung der Dezernate nach sachpolitischen Erfordernissen"
AN/1570/2021

TOP 3.1.6
Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Oberbürgermeisterin muss für Transparenz bei der Nicht-Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat IX sorgen"
AN/1895/2021

gemeinsam unter TOP 3.1.4 behandelt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die gemeinsame Behandlung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

IV. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag vor:

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Entwicklung eines Fahrplans für Corona-Maßnahmen im Herbst und Winter: Gesundheitsschutz sicherstellen und Lockdown vermeiden"
AN/1989/2021

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.14 behandelt.

Der Rat stimmt der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte jetzt Herrn Wolfgramm ans Rednerpult und bin gespannt, was er uns vortragen wird.

Beigeordneter William Wolfgramm: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich für die Begrüßung bedanken und natürlich auch für die Gelegenheit, dass ich jetzt zu Beginn der Sitzung wenige Worte zu Ihnen sprechen darf.

Ich freue mich besonders, nachdem ich in den letzten fünf Jahren circa 60 Ratssitzungen mit Ihnen gemeinsam gestaltet habe in meiner alten Funktion, dass ich es jetzt in meiner neuen Funktion quasi zum Dienstantritt - 14 Tage, nachdem ich begonnen habe als zuständiger Beigeordneter für Klima, Umwelt, Grünflächen und Liegenschaften - einige Sätze zu Ihnen sagen darf, was in der nächsten Zeit für mich und aus meiner Sicht für uns gemeinsam als Nächstes ansteht.

Ich will Ihnen sagen, dass ich mich nicht nur freue, sondern dass ich mir natürlich auch der Bedeutung der Aufgabe bewusst bin und natürlich auch der Verantwortung, die Sie mir gemeinsam übertragen haben, diese Aufgabe zu übernehmen. In meinem Geschäftsbereich, über den ich jetzt die Verantwortung habe, stehen vielfältige Aufgaben an, zum Beispiel im Bereich Umwelt die

Fortschreibung der Biodiversitätsstrategie oder auch im Bereich Liegenschaften die Fortsetzung der Erbpacht, wozu wir später vielleicht noch ein oder zwei Worte sagen können.

Aber in den letzten 14 Tagen bin ich eindeutig zu einem ganz wichtigen Thema angesprochen worden, nämlich wie wir mit unserem Klimaschutz und unserer Klimastrategie umgehen, sodass ich mich jetzt in den Worten darauf konzentrieren möchte und vielleicht die Gelegenheit in den folgenden Sitzungen dazu nutzen kann, auch die anderen Themen anzusprechen.

Die Hauptaufgabe, die ich sehe, ist natürlich sowohl die Umsetzung der Klimaschutzanpassungsstrategie als auch, wie wir zum Jahre 2035 die Klimaneutralität gemeinsam erreichen werden. Diese Aufgabe, das gemeinsam mit Ihnen weiterzuentwickeln, ist für mich ein ganz wichtiger Schwerpunkt für die Zukunft. Dass der Rat der Stadt Köln sich schon sehr lang und intensiv mit diesem Thema beschäftigt hat, freut mich und zeigt mir auch das starke Zeichen, was Sie gesendet haben, als Sie gemeinsam mit einer breiten Mehrheit und auch fraktionsübergreifend beschlossen haben, das Ziel zur Klimaneutralität für das Jahr 2035 herauszugeben.

In meiner neuen Rolle kann ich sagen: Ich freue mich sehr darüber. Und ich freue mich auch über den Rückenwind, den Sie mir für meine Aufgabe geben. Aber uns allen muss natürlich klar sein, dass es, damit wir das Ziel erreichen können, auch außerordentliche Anstrengungen von uns allen gemeinsam bedarf.

Ich denke, wir brauchen, um das Ziel zu erreichen, die größtmögliche Allianz in der Sache und eine gemeinsame Strategie, die uns und auch den externen Akteuren Planungssicherheit geben wird und kann. Daher möchte ich die externen Akteure in diese Strategie mit einbeziehen.

Ein wirklich gutes Beispiel für das Einbeziehen ist für mich der kürzlich erzielte Kompromiss zwischen der Bürgerinitiative Klimawende und der RheinEnergie. Wir haben zwar schon darüber im Umweltausschuss gesprochen, aber ich möchte das hier trotzdem ansprechen, weil das für mich ein gelungenes Beispiel dafür ist, wie man Gemeinschaften hinbekommt und dass man gemeinsam ein Ziel erreichen kann. Die beteiligten Akteure hier im Raum wie Frau Dr. Diemert - Herr Steinkamp ist, glaube ich, noch nicht da - wissen, dass dieses Mediationsverfahren alles andere als einfach war und dass das auch ein schwerer Prozess war. Beide Seiten hatten eigentlich andere Vorstellungen, aber am Ende ist es doch aus meiner Sicht ein sehr gutes Ergebnis, was wir dort erreicht haben - jenseits vom Inhalt, den ich auch sehr gut finde. Wir haben es geschafft, gemeinsam ein Ziel zu verfolgen und so auch in einem kontinuierlichen Dialog zu bleiben. Ich hoffe, dass an diesem Beispiel, dass wir gemeinsam ein Ziel erreichen wollen, sich andere Akteure ein Beispiel nehmen und dann auch ihre Intensität in Sachen Klimaschutz noch weiter vorantreiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Wir werden nun im Weiteren den erzielten Kompromiss, das Eckpunktepapier, das Sie kennen und das wir Ihnen als Anlage vorgelegt haben, in eine Verwaltungsvorlage übersetzen und Ihnen das bis Ende dieses Jahres vorlegen, damit Sie darüber beraten können.

Das gilt allerdings auch für prioritäre Maßnahmen im Klimaschutz, die wir Ihnen genauso vorlegen wollen. Denn eines ist sicher: Wir müssen anfangen! Wir können nicht weiter abwarten für Maßnahmen im Klimaschutz.

Ein ganz wichtiger Baustein zum klimaneutralen Köln ist der Ausbau der regenerativen Energien - Sie kennen das alle -, die sogenannte Solaroffensive, die wir gemeinsam mit unseren Partnern umsetzen wollen. Zudem wollen wir das Flächenpotenzial für PV-Flächen, für Dachflächen, auf Schuldächern und in Sporthallen heben. Dazu stehen uns im Haushaltsplanentwurf, der Ihnen vorliegt, 20 Millionen Euro zur Verfügung. Die wollen wir für ein Förderprogramm nutzen, das sich an den Ausbau von regenerativen Energien richtet, aber auch für die Energieeffizienz. Ich kann Ihnen versprechen, wir werden uns sehr bemühen, dass wir diese 20 Millionen Euro quasi auch aufs Dach bekommen, damit wir hier die Energiewende weiter vorantreiben.

(Beifall)

Leider haben uns die Sturzfluten der vergangenen Wochen, die gerade das Umland sehr stark getroffen haben, aber natürlich auch bei uns in Köln zu starken Schäden geführt haben, gezeigt, dass wir auch im Bereich Klimaanpassung weiter voranschreiten müssen, damit wir weiter lebenswerte Bedingungen in dieser Stadt haben. Natürlich spielen auch das Grünflächenamt und unsere Parks eine sehr große Rolle, aber auch Förderprogramme wie *GRÜN hoch 3*. Ich habe dazu mit

meinem Kollegen Markus Greitemann noch Anfang dieser Woche gesprochen, dass wir auch die kommenden Leitlinien für den Klimaschutz in der Bauleitplanung dafür nutzen werden, damit wir dieses Thema weiter betrachten zum Thema Schwammstadt, Regenwasser-Management, damit wir da verbindliche Planungen vorlegen können.

Das zeigt, dass Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe ist, dass wir in ganz vielen Bereichen der Verwaltung den Klimaschutz umsetzen wollen. In den ersten Tagen in meinem Amt habe ich gemerkt, dass in den verschiedenen Ämtern der Verwaltung eine sehr große Kooperationsbereitschaft dafür besteht. Das, was ich aber auch merke, ist, dass ein ziemlich großer Kooperationsbedarf besteht.

Entscheidend für mich wird sein, dass wir im Klimaschutz mehr Querschnittswirkung in der Verwaltung entfalten können. Ich möchte dahin kommen, dass der Verwaltungsvorstand oder die Verwaltungsspitze anhand von klimarelevanten Kennzahlen sektorübergreifende Steuerungsmöglichkeiten bekommt - in Form von einem kontinuierlichen Monitoring, in Form eines Controllings und in Form eines klimarelevanten Controlling-Berichtes. Wir brauchen aus meiner Sicht messbare Größen - auch für Sie, damit Sie dann die politischen Entscheidungen besser abwägen können.

Eine ganz große Rolle in Sachen Klimaschutz spielt für mich aber auch das Liegenschaftsamt. Deswegen ist es gut, dass es meinem Dezernat oder dem Geschäftsbereich jetzt zugeschlagen wurde. Das habe ich gemerkt, als wir weitere Flächenpotenziale identifizieren wollten, wo man regenerative Energien errichten kann. Da ist natürlich bei der Suche für weitere Flächen das Liegenschaftsamt eine ganz große Hilfe.

Wir alle wissen jetzt schon bei ganz vielen Themen, dass Grund und Boden in dieser Stadt nicht vermehrbar ist. Das haben wir immer wieder gesagt. Ich habe gemerkt in meinen letzten fünf Jahren in der Stadtverwaltung: Bei jeder Fläche, die man angefasst oder angeschaut hat, waren mindestens schon zwei oder drei andere Interessenträger, die mit dieser Fläche etwas anfangen wollten. Aber aus diesem Grund hat das Liegenschaftsamt schon immer eine Flächenpolitik betrieben, hat Flächen angekauft, damit wir Flächen für den Wohnungsbau bereitstellen können, aber auch für die Ansiedlung von Flächen für Industrie und für Gewerbe. Das wollen wir natürlich auch weiterhin so machen. Die Vergangenheit zeigt aber auch, dass wir den Klimaschutz und die Klimaanpassung in einer aktiven Liegenschaftspolitik besser und weiter betrachten wollen, zum Beispiel, wenn wir Konzeptvergaben vorantreiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Zu Beginn habe ich gesagt, dass ich mich auf den Klimaschutz fokussieren will, aber ein Wort möchte ich trotzdem noch zur Erbpacht sagen: Die Stadt Köln beschäftigt sich schon lange mit diesem Instrument. Wir hatten Ihnen eine Mitteilung Ende der letzten Ratsperiode vorgelegt und sind auch so weit, dass wir die in der Verwaltung jetzt in der finalen internen Abstimmung haben. Wir werden die Ihnen auch bald vorlegen wollen zur Erbpacht im mehrgeschossigen Wohnungsbau. Ich denke aber, wir sollten zukünftig auch noch überprüfen, ob wir die Erbpacht nicht für weitere Themen, zum Beispiel für Gewerbe oder für die soziokulturelle Nutzung, nutzen können.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Ende möchte ich sagen: Ich bedanke mich bei Ihnen für den Empfang. Ich möchte Ihnen zusagen, dass mein Team und ich Ihnen natürlich als Ansprechpartner zur Verfügung stehen werden für all die Fragen, die aufkommen werden. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren für die Bewältigung der großen Aufgaben, die vor uns liegen. - Ganz herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Wolfgramm.

Wir können jetzt in die Tagesordnung einsteigen, meine Damen und Herren. Wir haben heute keine aktuelle Stunde und beginnen mit den Schenkungen.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme von 17 Kunstwerken als Schenkung von Dr. Annelie Pohlen

2530/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Dr. Akude hat seinen Arm gehoben, Frau Gabrysch, CDU, FDP, Volt, AfD und Die FRAKTION, Herr Zimmermann hat auch seinen Arm gehoben. Kann es noch Enthaltungen geben? - Nein. Gegenstimmen sowieso nicht. Dann ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Frau Dr. Pohlen für diese großzügige Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung von 17 Kunstwerken von Frau Dr. Annelie Pohlen für das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme einer Schenkung von Wagenentwürfen des Künstlers Otto Schindler durch Michael Schindler an das Kölnische Stadtmuseum

2542/2021

Gibt es dazu etwas von Ihnen zu sagen? - Das ist nicht der Fall. Alle freuen sich darüber. Dann stimmen wir jetzt darüber ab. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, Herr Dr. Akude, SPD, Frau Gabrysch, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, AfD, Die FRAKTION und Herr Zimmermann, der es mit seinem Nachnamen gewohnt ist, als Letzter genannt zu werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen, und ich bedanke mich sehr herzlich bei Michael Schindler für seine großzügige Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung von 214 Wagenentwürfen des Kölner Künstlers Otto Schindler durch dessen Sohn Michael Schindler dankend an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, von RM Syndicus (Die FRAKTION), RM Dr. Akude und RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Gemeinwohlbilanzierung Pilotierung“

AN/1875/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1986/2021

Dazu habe ich eine Rednerliste, die mit Frau Schneeloch beginnt.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen und Gäste! Als Kommune rühmen wir uns gern damit, dass wir unseren Bürger*innen eine gute Daseinsvorsorge bieten. Der Begriff ist alt und, ja, auch ein bisschen bequem mittlerweile. Was heißt es denn, für unsere Bürger*innen da zu sein - da zu sein und für sie vorzusorgen? Es heißt, mehr als die Grundbedürfnisse aller zu sichern - Strom, Wasser, Zugang zu Mobilität, Internet, Müllentsorgung. Alle Dienstleistungen, die wir über unsere Beteiligungsunternehmen anbieten, müssen zukunftsfähig sein - eine Daseinsfürsorge, die zukunftsfest ist. Saubere Energie und Luft zum Atmen, eine lebenswerte Umwelt, ein gesunder Planet, um die Gesundheit aller Bürger*innen und sichern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit unserem Antrag und dem Pilotprojekt der Gemeinwohl-Ökonomie tun wir mehr, als nur für die Kölner*innen da zu sein. Wir wachsen über die bestehende Daseinsvorsorge hinaus, denken größer und übernehmen mehr Verantwortung für Menschen und Umwelt, richten den Fokus auf den Wert, den ein Unternehmen für die Gesellschaft hat. Eine Gemeinwohlbilanz verbindet alle Aspekte der Nachhaltigkeit - ein ur-grünes Anliegen: ökologisch, sozial und ökonomisch. Daher freuen wir uns über den breiten Zuspruch für unsere grüne Initiative.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit zehn Kölner Unternehmen wollen wir uns im kommenden Jahr auf den Weg machen - zwei kommunale und acht privatwirtschaftliche, die ihren Blick auf Menschen und Umwelt schärfen und dem Gemeinwohl dienen wollen. Wir begleiten den Prozess als Stadt in enger Abstimmung mit unseren Dezernaten und der Wirtschaftsförderung, die sich unheimlich auf das Projekt freut, fordern eine neue Art des Daseins, die Betrachtung aller Aspekte eines Unternehmens.

Die Gemeinwohlbilanz ist ein Managementtool, das es Unternehmen erleichtert, ihr Geschäftsmodell auf Herz und Nieren zu prüfen: Wie gehen wir mit unseren endlichen Ressourcen um? Was tun meine Produkte und Dienstleistungen für die Gesellschaft? Wie behandle ich meine Kunden, meine Lieferanten, meine Banken? Wie prüfe ich meine Wertschöpfungskette auf die Einhaltung von Menschenrechten? Welchen Stellenwert haben meine Mitarbeiter*innen und deren Mitbestimmung? Wie nutze ich Kooperationen sinnvoll? Und: Wie werde ich klimaneutral? Wo sind die konkreten Hebel, und wo können wir als Unternehmen noch besser werden?

Es geht aber auch um die Attraktivität als Arbeitgeberin und um die Zukunftsfähigkeit von Jobs, um Alleinstellungsmerkmale von einem positiven Absetzen von Unternehmen, die meinen, mit einem „Weiter so!“ würden sie auch in einer von der Klimakrise bedrohten Welt einfach so weiter funktionieren können.

Auf Bundesebene setzen wir uns Grüne dafür ein, Wettbewerbsvorteile für die gemeinwohlbilanzierten Unternehmen zu ermöglichen, ob bei Steuern, Förderungen, Finanzierungen oder bei der Bevorzugung beim Einkauf der öffentlichen Hand.

Auch kleinere Unternehmen machen sich jetzt auf, obwohl sie nicht per EU-Direktive dazu verpflichtet sind, ein nichtbilanzielles Nachhaltigkeits-Reporting zu machen. Das ist ein wichtiger Schritt in eine klimaneutrale und faire Zukunft.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist darüber hinaus aber nicht zwangsläufig eine „people before profit“-Idee. Die Gemeinwohl-Ökonomie sagt nicht, dass Unternehmen keine Gewinne mehr machen sollen. Sie zeigt ergänzend zur finanziellen Berichterstattung, wie Unternehmertum neu und transparent gedacht werden kann.

Ganze Gemeinden haben sich bereits gemeinwohlbilanziert. Die Stadtentwässerung in Stuttgart war eines der ersten kommunalen Unternehmen. Die Sparda-Bank in München arbeitet auch nicht for free, sondern ist ein erfolgreiches Unternehmen in einem hochkompetitiven Marktumfeld. Die Kölner Caritas hat sich bereits auf den Weg gemacht, die Wirtschaftsförderung in Bornheim hat sich sogar schon selbst gemeinwohlbilanziert. Das würde unserer Wirtschaftsförderung auch gut zu Gesicht stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht mehr als um Greenwashing und ein bisschen Chichi. Einmal im Jahr seine Mitarbeiter*innen freizustellen, um den benachbarten Kindergarten zu streichen und das danach als Corporate Social Responsibility zu verkaufen, reicht einfach nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und ein bisschen Obst für seine Mitarbeiter*innen hinzustellen, reicht auch nicht.

Wegen Unternehmen und einer Wirtschaft, die weiter so machen will wie bisher und die sich vor sozialer und ökologischer Verantwortung wegduckt, haben wir auf der Erde jetzt genau die Kipppunkte, an denen wir gerade sind und an denen wir gerade stehen und warum wir noch größere Anstrengungen jetzt gemeinsam aufbringen müssen.

Viele Unternehmen zeigen auch bereits, dass sie weiter sind als die aktuelle Regierung. Wir sind in Köln auch nicht allen anderen politischen Ebenen ausgeliefert, sondern können mit diesem Projekt zeigen, was unser Köln als Wirtschaftsstandort nämlich wirklich kann: global denken, lokal handeln. Da sein, vorsorgen für Menschen und Umwelt - das ist wirkliche Fürsorge, die ein Unternehmen auch zukunftsorientiert aufstellt.

Wo die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Verwässerung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Standards weggenommen hat, können wir mit unserem Gemeinwohlprojekt helfen, diese lokal wieder einzuführen. Ich freue mich sehr, dass sich die KölnBäder bereit erklärt haben, sich mit uns auf diese Reise zu begeben. Dieses Projekt ist eine Einladung - eine Einladung zum einen an Unternehmen, die sich gemeinwohlbilanzieren wollen, sich dem Projekt anzuschließen. Zum anderen ist sie eine Chance, um Köln zu einem Leuchtturm für das Gemeinwohl zu machen, um Köln zu einem noch spannenderen Wirtschaftsstandort zu machen und um Köln im Kampf um junge Talente nach vorn zu bringen - für Menschen, die gern für Firmen mit Sinn arbeiten.

Für mich ist die Gemeinwohl-Ökonomie ein neuer Begriff der Daseinsvorsorge für Menschen und Umwelt, die unsere ambitionierten Klimaneutralitätsziele mitdenkt und konkrete Wege aufzeigt, wie diese zu erreichen sind. Ein Daseinsbegriff, der Köln gerecht wird, der unseren vielfältigen Unternehmen gerecht wird für Unternehmen, die neu, besser und anders wirtschaften wollen, die da sein und vorsorgen wollen, mit den endlichen Ressourcen unserer Welt vernünftig umgehen, die fürsorgen wollen, damit unsere Welt noch eine Zukunft hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Ratssaal und an den Bildschirmen! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

> Gut leben in einer Welt, in der die Wirtschaft im Einklang mit ethischen Werten ist.

Das ist die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie, festgehalten am 19. Mai 2018 in Lissabon.

Bereits 1946 hier in Köln, an der Kölner Universität klang das so:

> Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft.

Gesagt von Konrad Adenauer.

(Beifall bei der CDU)

Sie sehen, wir Christdemokraten haben bereits sehr früh die wirtschaftliche Freiheit der Einzelperson mit ihrer sozialen Verantwortung für das Gemeinwohl, sprich die Solidarität, verknüpft - eine Haltung, die in der sozialen Marktwirtschaft gemündet ist, einer Wirtschaftsordnung, die unser Land wirtschaftlich und sozial stark gemacht hat.

Wenn wir heute den Piloten für eine Gemeinwohlbilanzierung beschließen, ist das die logische Fortsetzung dieses Gedankens, ergänzt insbesondere auch um das Thema Nachhaltigkeit. Wir wären damit die erste Millionenstadt, die einen innovativen Weg geht. Wir folgen damit - die Kollegin eben hat das gerade gesagt - kleineren Gemeinden, die hier erste Schritte auf den Weg gebracht haben.

Es ist uns als CDU besonders wichtig, dass wir mit der Gemeinwohlbilanzierung eines sichtbar machen, und zwar, wie Unternehmen bereits heute zum guten Leben in Köln beitragen. Deshalb sind wir sehr froh, dass gerade auch mit KölnBäder - ein Unternehmen, was normalerweise immer nur damit bewertet wird, was denn dieses Jahr der Verlust ist - einmal aufgezeigt wird, wie wichtig das im Detail aussieht und welche zusätzlichen Zwecke auch in diesem Unternehmen bestehen. Egal, ob es die Funktion ist, dass Kinder in den Kölner Schwimmstätten schwimmen lernen eine ganz wichtige gesellschaftliche Funktion Menschen dort Sport treiben können, auch etwas für ihre Gesundheit tun können - all das ist etwas, was es lohnt, stärker herauszuarbeiten.

Wir sehen insbesondere auch zusätzlich mit der Gemeinwohlbilanzierung ein Instrument, mit dem Kölner Unternehmen andere Ziele wie Nachhaltigkeit, Solidarität oder Wahrung der Menschenrechte sichtbarer machen können - etwas, was gerade heute auf einem Arbeitsmarkt bei der jüngeren Generation ein wichtiges Kriterium ist, um auch aufzuzeigen: Was tut das Unternehmen zusätzlich neben der interessanten Arbeit weiterhin für die Gesellschaft?

Diese Chance - darauf legen wir besonders Wert, dass es nicht nur eine Verpflichtung sein soll, sondern eine Chance für jedes einzelne Unternehmen. Und um genau das Potenzial hier einmal aufzuzeigen, was es nicht nur für städtische Unternehmen, sondern auch für unsere Wirtschaft bedeutet, lohnt es sich, hier einen Piloten zu machen und tiefer in die Thematik einzutauchen.

Im Sinne von Konrad Adenauers Zitat, dass Wirtschaft den Menschen und der Umwelt dient und nicht umgekehrt, wollen wir mit diesem Antrag ein neues Zeitalter aufschlagen und bitten um Zustimmung zu unserem Pilotprojekt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause oder wo auch immer an den Bildschirmen!

> [Es] findet gegenwärtig ein globales Experiment statt: Es wird in allen Daseinsbereichen ausprobiert, ob man klar definierte Grenzen der Nutzung naturaler Gegebenheiten überschreiten kann, ob man, einfacher gesagt, in einer endlichen Welt unendlich wachsen kann. Das ist der weltweite Versuchsaufbau.

Das habe nicht ich mir ausgedacht, sondern das Zitat stammt von Harald Welzer, einem Soziologen, der an der Universität St. Gallen lehrt.

Die Regierungen in Schottland, Island und Neuseeland haben das schon verstanden und haben Wellbeing Economy Governments aufgebaut, in denen genau solche Aspekte eingebaut werden. Es wird nicht mehr allein das Wirtschaftswachstum gemessen, sondern als Ziel einer progressiven Wirtschaftspolitik das gesellschaftliche Wohlergehen am Ende betrachtet.

In die Richtung wollen wir mit der Gemeinwohlbilanzierung hier auch gehen - eine Bilanzierung anhand einer Matrix, die soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt. Positive Erfahrungen von Unternehmen, die das schon lange tun, gibt es in kleineren Kommunen; meine Vorrednerin und mein Vorredner haben das schon angesprochen.

Das ist ein aufwändiger und ressourcenbündelnder Prozess in den Unternehmen. Ich kann mir schon vorstellen, welche Kommentare wir dazu noch hören werden. Aber das hat riesige Vorteile - auch aus der wirtschaftlichen Perspektive gesprochen. Man bleibt eine attraktive Arbeitgeberin, ein attraktiver Arbeitgeber. Wenn ich mir die letzten Bewerbungsgespräche vorstelle, die ich geführt habe - sowohl hier für die Mitarbeitenden in der Fraktion als auch im Unternehmen -, wurde ich immer gefragt: Was machen wir denn sonst? Was bekomme ich denn hier außer Geld? Es wird immer nach einem Purpose gesucht, und es freut mich, dass wir das mit dieser Gemeinwohlbilanzierung hier strukturiert und vernünftig darstellen können.

Eine attraktive Arbeitgeberin, ein attraktiver Arbeitgeber sollen natürlich unsere kommunalen Unternehmen sein, aber auch die anderen acht Kölner Unternehmen, die wir hier in dem Pilotprozess mit einbinden werden.

Wir hier in Köln sind nicht die Bundesregierung, wir sind nicht die EU-Kommission, wir können in unseren Maßstäben hier aber ganz weit nach vorn gehen, es nicht für alle Unternehmen vorschreiben, aber hier den Pilotprozess starten und zeigen, dass das gut funktionieren kann. Im Kleinen dieses Umdenken anstoßen und damit die Chance, als erste Großstadt neue Maßstäbe zu setzen, auch nutzen! Wir bitten um Zustimmung. - Vielen, vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndikus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauer*innen! Gemeinwohl wird zum Ziel des Wirtschaftens. Geld ist nur Mittel, nicht Zweck der Wirtschaft. Gemeinwohl-Ökonomie ist das wichtigste Nachhaltigkeitssiegel und sollte unbedingt umfassend eingesetzt werden. Zertifizierte Unternehmen müssen echte Vorteile genießen können, um auch Unternehmen, die das bisher nicht als Ziel hatten, einen Anreiz zu schaffen und ein umfassender Teil eines Umdenkens für die Zukunft zu werden.

Zwei städtische Unternehmen werden im Jahr 2022 eine Gemeinwohlbilanzierung erstellen. Mithilfe von externen Berater*innen prüfen diese Unternehmen, ob sie dem Gemeinwohl dienen und nicht ausschließlich finanziellen oder politischen Interessen. Dies geschieht mit einer komplexen Matrix. Oberste Kriterien lauten hier: Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische

Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung.

Für städtische Unternehmen sollte die Ausrichtung auf Gemeinwohl selbstverständlich sein. Jedoch wollen wir das Interesse auch bei privaten Unternehmen wecken, sich zertifizieren zu lassen.

Gemeinwohl-Ökonomie als Mittel für ethische Marktwirtschaft - deswegen unterstützen wir diesen Antrag, um die Weichen für eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Akude, wünschen Sie das Wort?

Dr. John Akude (KLIMA FREUNDE): Nein, danke. Es ist schon alles gesagt worden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen, auch liebe Kolleg*innen von der Verwaltung! Ich freue mich über diesen Antrag ganz besonders, und ich danke der Kollegin Schneeloch ganz ausdrücklich dafür im Namen der KLIMA FREUNDE und auch im Namen der Gemeinwohl-Ökonomie-Köln-Bonn-Truppe, die hier auch ihren Beitrag geleistet hat.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich freue mich wirklich sehr darüber, dass das jetzt hier auch so starke Unterstützung findet. Wer hätte das vor einem Jahr gedacht?

Es ist tatsächlich wichtig, dass wir in jeglicher Hinsicht in ganz großem Maße umdenken - in allen Lebens- und allen Wirtschaftsbereichen und eben auch, was die Ursache unseres wirtschaftlichen Handelns angeht oder den Antrieb. Wir haben es gerade schon mehrfach gehört. Ich kann mich da nur allen Vorredner*innen anschließen, was bereits gesagt wurde. Es kann eben nicht mehr nur um Profit- und Wachstumsstreben gehen. Denn diese Form des Wirtschaftens hat uns nun einmal genau in die Katastrophe geführt, in der wir uns mittlerweile befinden und die immer deutlicher, immer näher, immer spürbarer schon Realität ist und uns immer härter trifft.

Es wurde erfreulicherweise schon betont - das ist, finde ich, auch ein ganz wichtiger Aspekt -, dass es nicht nur darum geht, dass die Arbeitnehmer*innen sich bei ihrer Arbeit einfach wieder wohler fühlen, Stichwort „Work-Life-Balance“ Stichwort übrigens auch „Freisetzung von kreativen Potenzialen“.

Wenn wir uns einmal vorstellen, wir würden alle nur noch eine 4-Tage-Woche oder 3-Tage-Woche arbeiten, wir würden alle umdenken in dem Sinne: Was bedeutet für uns Reichtum, brauchen wir diesen ganzen Konsumwahnsinn, diesen ganzen Materialismus wirklich, oder reicht uns weniger Konsum, reicht uns weniger Hab und Gut, dafür mehr Quality Time? Das ist der Ausbruch aus dem Hamsterrad. Ich habe das hinter mir, und ich kann es allen nur sehr empfehlen. Diese Form des Wirtschaftens unterstützt dieses Umdenken massiv.

Hiermit werden übrigens auch für unsere Gesellschaft in Köln und auch überhaupt riesige Potenziale freigesetzt. Wir haben das im WandelWerk zum Beispiel gesehen. Manche von euch haben sich dieses ökosoziale Transformationszentrum anschauen können, bevor es jetzt leider Geschichte wurde - zumindest vorübergehend; wer weiß, was die Zukunft bringt.

Aber es geht tatsächlich auch darum, die Attraktivität der Arbeitgeber*innen zu stärken und damit tatsächlich des Wirtschaftsstandorts Köln. Darüber freue ich mich auch ganz besonders, dass das jetzt in großen Schritten vorangeht. Deswegen sage ich hier zu allen in diesem Raum und zur Kölner Stadtgesellschaft: Willkommen in der Post-Wachstumsökonomie und willkommen unterwegs in Richtung ökosoziale Transformation! Damit ist auf jeden Fall ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung getan, in Richtung Umdenken, in Richtung Wertewandel. Es darf natürlich bei weitem nicht der letzte sein, aber die Weichen sind dafür auf jeden Fall gestellt - Richtung Klimagerechtigkeit.

Ich sage immer: Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, wir müssen uns nur umschauen, was unsere Nachbarn, andere Kommunen, andere Städte, andere Länder machen. Ich freue mich - das ist der letzte Satz hierzu -, dass wir an dieser Stelle uns durchaus auch an anderen orientieren und nachmachen, aber eben auch als eine der größten Städte Deutschlands mit dem, was jetzt

hier heute entschieden und beschlossen wird, tatsächlich auch ein Stück vorangehen und meiner Meinung nach damit auch wirklich ein tolles Leuchtturmprojekt schaffen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute mit einem Antrag zur Gemeinwohl-Ökonomie. Ich sage es einmal so: Dass die Ökonomie auch dem Gemeinwohl dienen soll, ist nun weiß Gott kein so wahnsinnig neues Konzept grundsätzlich. Das gilt zunächst einmal für die öffentlichen Unternehmen bzw. die Unternehmen, an denen die Stadt Köln mehrheitlich beteiligt ist. Selbstverständlich sollen diese dem Gemeinwohl dienen. Das ist der Sinn und Zweck des Ganzen, und zwar einmal direkt, indem sie Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen, und natürlich auch indirekt, indem sie im besten Fall sogar noch Gewinn erwirtschaften, wie das bei der SWK am Ende durch die RheinEnergie der Fall ist, und dann indirekt auch dem Gemeinwohl dienen, weil diese Gewinne wiederum zumindest teilweise in der Tasche der Kämmerin verschwinden und dort für wirklich gute Projekte umgesetzt werden.

Dann haben wir aber noch einmal das Thema Gemeinwohl-Ökonomie: Wie wird sie formell umgesetzt? Da haben wir heute schon die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die auch bei den Stadtwerken vorhanden ist, was auch durchaus sinnvoll und gut ist. Das gibt es schon. Natürlich verpflichtet auch der PCGK Köln die Unternehmen und uns zu Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlzielen.

Jetzt kommen Sie hier mit einem Konzept, das nicht so wahnsinnig neu ist, das auch in Form einer Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanzierung einzuführen. Dazu muss ich sagen: Mit diesem Antrag verheben Sie sich ganz schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wenn Herr Petelkau sagt: „Mit diesem Antrag schreiten wir in ein neues Zeitalter“, dann muss ich sagen: Das kann ich nur noch in die Abteilung Humor packen, weil wir mit diesem Antrag ganz sicher nicht in ein neues Zeitalter schreiten werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ja, wahrscheinlich - oder was heißt „wahrscheinlich“? - bzw. ganz offensichtlich schreiten wir in ein neues Zeitalter, aber nicht durch diesen Antrag, sondern durch die Welt, wie sie sich verändert, und durch die Notwendigkeiten, die sich aus dem Klimawandel ergeben, und durch die Notwendigkeit, dagegen zu steuern, und auch durch die Notwendigkeiten, die sich aus der Spaltung der Gesellschaft ergeben, gegen die wir steuern müssen. Das bringt uns in der Tat in ein neues Zeitalter, aber sicherlich nicht dieser Antrag.

Kurze Rede, langer Sinn: Sie überheben sich, und deswegen können wir dem Antrag so in Gänze nicht zustimmen. Um das klarzustellen oder um das ganz klar auszudrücken: Dass die Ökonomie dem Gemeinwohl dienen soll, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist, das ist nun weiß Gott kein Patent nur von Konrad Adenauer, sondern dafür steht die SPD schon lange.

(Beifall bei SPD)

Insofern sind wir da grundsätzlich gern an Ihrer Seite. Es macht auch durchaus Sinn, das Konzept, das so neu nicht ist und in anderen Kommunen ausprobiert wurde, wie in Stuttgart - Sie haben es selbst geschrieben -, auch einmal bei städtischen Unternehmen auszuprobieren. Deswegen sind wir bei Punkt 1 des Antrags, dass zwei Unternehmen - davon eines aus dem SWK-Konzern - dieses Konzept anwenden sollen, auch noch gern dabei. Aber das Weitere, das in diesem Antrag folgt - eine wissenschaftliche Reihe, eine Veranstaltungsreihe, ein Einbeziehen von privaten Unternehmen und Wirtschaftsförderung, die weiß Gott auch anderes zu tun hat, als sich jetzt als Allererstes darum zu kümmern -,

(Beifall bei der SPD und der FDP)

schießt über das Ziel hinaus, und zwar nicht deswegen, weil es nicht gut gemeint wäre, sondern weil es nicht gut gemacht ist. So wird es nämlich nicht funktionieren. Entweder die Unternehmen haben wirklich etwas davon, dieser Gemeinwohl-Bilanzierung zu folgen - dann werden sie es tun -, oder nicht oder sie werden dazu gezwungen. Das müssen Sie aber auf Bundes- und Landesebene umsetzen, das werden Sie hier in Köln nicht lösen. Deswegen ist dieser Antrag in den Punkten, die dann folgen, weitgehend sozusagen etwas, was nicht auf kommunaler Ebene stattfinden kann.

Eine Sache noch: Frau Gabrysch, Sie haben von „Post-Wachstumsökonomie“ gesprochen. Wie gesagt, die Sozialdemokraten sind durchaus schon lange oder vielleicht sogar schon immer der Meinung, dass die Ökonomie in erster Linie den Menschen dienen soll. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Bei einer Ökonomie, die nicht mehr wächst, wünsche ich Ihnen bei der daraus resultierenden Spannung, die die Gesellschaften dann aushalten müssen - gerade die westlichen ,- viel Spaß.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Conclusio: Bei Punkt 1 sind wir gern dabei. Lassen Sie es uns ausprobieren. Warum nicht? Die anderen Punkte überhöhen das Ganze und sind nicht nötig. Deswegen - kurze Rede, langer Sinn - werden wir dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende! Gemeinwohlorientierte Politik ist vor zwölf Jahren im Rahmen der christlichen Soziallehre wieder modern geworden. Wenn uns hier ein grüner Antrag vorliegt, dürfte die CDU-Fraktion zumindest mitgeschrieben haben.

Für uns LINKE war und ist der Kampf und das Gemeinwohl langwierig und auch mit Erfolgen der Arbeiterbewegung verbunden: die Gründung von Wohnungsgenossenschaften, die Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen, Lebensmittelgenossenschaften und vieles mehr. Ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung war die Bildung neuer Eigentumsformen neben der rein privatwirtschaftlichen Form. Das ist ein großer Erfolg.

Daneben entwickelte sich vor 100 Jahren auch die kommunale Eigentumsform, die heute ein entscheidender Treiber für gemeinwirtschaftliches Handeln ist.

Den Bezug auf die Arbeitswelt, der handelnden Personen, die Beschäftigten in den Betrieben vermissen wir in diesem Antrag. Frau Schneeloch hat das in ihrer Rede ein bisschen ausgeführt. Im Antrag fehlt es allerdings.

Der Antrag stellt die ökologischen Kriterien in den Vordergrund. Der Satz in Ihrem Antrag: „Die Wirtschaft dient den Menschen - nicht umgekehrt“ entspricht nicht der Realität und auch nicht der Praxis. Gemeinwohl kann und muss man mit den Betroffenen erstreiten. Dabei kann eine positive gesellschaftliche Meinung sehr wohl helfen. Das sehen wir schon.

Ich finde, dass in der Gemeinwohl-Matrix 2.0 für Kommunen aus dem Jahr 2020 da etwas deutlicher ist als Ihr Antrag, wenn ein Kriterium die gerechte Verteilung von Arbeit ist oder transparente und demokratische Mitbestimmung eingefordert wird.

Wenn Sie sich die Gemeinwohl-Bilanz der Stadtentwässerungsbetriebe Stuttgart ansehen - das ist sehr interessant, über 60 Seiten -, auf die Sie sich im Antrag beziehen, sehen Sie für mich zwei wichtige Aussagen: 100 Prozent gemeinwohlorientierte Eigentumsstruktur, kommunales Eigentum sowie die vielen Aussagen in dem Bericht zu Arbeitsbedingungen, Löhnen, Arbeitsschutz, prekären Arbeitsbedingungen und vieles mehr.

Die KölnBäder werden sich als ein städtisches Pilotunternehmen bewerben. Da sind wir gespannt auf die Diskussion der ersten Gemeinwohl-Bilanz - wohlwissend, dass die KölnBäder keine paritätische Mitbestimmung haben und der DGB erst kürzlich den Ausbau der Mitbestimmung für Betriebe ab 250 Beschäftigten eingefordert hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind der Auffassung: Sowohl die solidarische Wirtschaft als auch die Gemeinwohl-Ökonomie müssen eine aktive Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Wirtschaftssystem führen. Ansonsten wären diese Alternativen nur Feigenblätter zur Legitimierung des vorhandenen Modells.

(Beifall bei der LINKEN)

Das darf nicht sein. Es muss ganz klar im Vordergrund stehen, was wir denn genau wollen. Dabei müssen auch Fragen diskutiert werden, wie die Rolle von Wettbewerb und Gewinn in einer alternativen Wirtschaft ist. Auch das kann man natürlich von der Bilanz jetzt nicht erwarten, auch von diesem Antrag nicht, aber man muss an der Stelle schon weiterdenken.

Die Bewegung Gemeinwohl-Ökonomie möchte sich mit den gegenwärtig herrschenden Strukturen in der Gesellschaft und vor allem der Wirtschaft kritisch auseinandersetzen und sie auch

durchaus infrage stellen. Das ist eigentlich das Spannende - gar nicht nur diese Gemeinwohl-Bilanz, das ist nur ein Handwerkszeug.

Der Finanzbilanz stellt die GWÖ einen anderen Ansatz gegenüber. Mit der Gemeinwohl-Ökonomie soll ein ethisches Wirtschaftsmodell etabliert werden. Das Wohl von Mensch und Umwelt soll dabei zum obersten Ziel des Wirtschaftens werden. Allerdings wäre die Ausdehnung der Gemeinwohl-Ökonomie über die heute tatsächlich bestehenden Nischen hinaus nur durch gravierende Veränderungen und konkrete Markteingriffe möglich. Wenn wir tatsächlich eine andere Art von Wirtschaft wollen, die nicht mehr nur wachstumsorientiert ist, dann geht das nur mit großen Umbrüchen und großen Veränderungen. Dafür muss es aber politische Mehrheiten geben.

Ein Pilotprojekt für eine Gemeinwohl-Bilanz ist daher nur ein kleiner Teil aus dem Handwerkskasten. Die Gemeinwohl-Bilanz kann lediglich den Blick auf andere Bereiche erweitern - Frau Schneeloch hat es in ihrer Rede genannt - und eine weitere Zertifizierungsmethode für nachhaltiges Wirtschaften sein. Das kann sich vielleicht etablieren. Solange sich jedoch die Regeln nicht für alle Unternehmen ändern, werden die am Gemeinwohl orientierten Unternehmer an ihre Grenzen stoßen. Denn auch die Gemeinwohl-Unternehmen unterliegen selbstverständlich dem Kostendruck. Die LINKE-Ratsfraktion wird dennoch diesem Antrag - trotz aller Kritik - zustimmen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh! - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hoffentlich wird ein spannender Diskussionsprozess in Gang gesetzt. Wir werden diesen gesamten Prozess kritisch begleiten.

Insofern auch nur einmal ganz kurz zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Wir denken, wenn man das schon aufschlägt, nicht nur mit zwei städtischen Unternehmen, sondern das muss ein bisschen größer anfangen, das muss man wissenschaftlich begleiten. Auch darauf werden wir ein Auge haben, wie die wissenschaftliche Begleitung stattfindet. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Breite bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zuerst muss ich meine Freude hier zum Ausdruck bringen über die Kölner Sozialdemokratie. Man muss sagen: Godesberg lebt

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Das hätte ich eigentlich auch von der CDU erwartet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dazu komme ich gleich noch einmal. Stellen wir erst einmal das Positive heraus, was sozusagen Konsens ist.

Wir wissen - das kommt aus der Finanzbranche ,- dass Unternehmen bei Rating-Agenturen nach Nachhaltigkeitskriterien bewertet werden. Ich möchte jetzt von denen keine nennen, keine Schleichwerbung; denn bei dem Antrag habe ich immer das Gefühl, dass ein bisschen Schleichwerbung dabei ist, weil es ein ganz bestimmter Verein ist, der dann wahrscheinlich auch die Bewertung vornehmen will. Viele kennen sie, auch Frau Schneeloch kennt genügend Nachhaltigkeitssachen, darum möchte ich hier keine Namen nennen.

Aber bei den Kriterien ist wichtig, dass Sie nicht nur die Nachhaltigkeit des Umweltschutzes mit hineinnehmen, sondern auch der Unternehmensführung, wie Compliance, und soziale Aspekte, wie Arbeitssicherheit, faire Arbeitsbedingungen und Einhaltung von Arbeitsrechten. Das sehen wir von der FDP-Fraktion auch so und finden den-Konsens sehr gut, dass wir das am Wertpapiermarkt, aber auch als Finanzierungsinstrument als Bewertung von Unternehmen haben.

Seit 2017 - das hat auch Frau Schneeloch hier noch einmal angebracht - werden börsennotierte Unternehmen in Europa dazu verpflichtet, regelmäßig Nachhaltigkeitsberichte anzufertigen. Das geschieht meistens im Bilanzanhang. Vollkommen richtig, das kann man nach der Meinung der FDP-Fraktion auch ausbauen. Gar kein Thema.

Auch ist eindeutig, dass allein das Bruttoinlandsprodukt als einzige Richtgröße kein ausreichendes Bild darüber vermittelt, wie sich das auf die Wirtschaftslage von unseren Bürgerinnen und Bürgern auswirkt oder wie sich das Wachstum langfristig auf die Nachhaltigkeit auswirkt. Das ist ein Konsens, den wir eigentlich auch haben müssten. Das heißt, wir müssen bei der sozialen

Marktwirtschaft Anstrengungen unternehmen - gerade, wenn es um die Nachhaltigkeit geht.

Der Rat der Europäischen Union hat darum schon in einem Dokument im Juni 2019 auf Grundlage eines OECD-Berichtes über die „Schaffung von Chancen für das Wohlbefinden von Menschen und für Wirtschaftswachstum“ das zusammengefasst und wichtige Kriterien genannt. Ich möchte insbesondere - weil das jetzt noch fehlt bei diesem Verein - die Bildung und Ausbildung ansprechen. Ich finde es auch ganz wichtig, dass bei den Kriterien eines Unternehmens dieses hinzunehmen, weil das etwas mit Chancengleichheit zu tun hat.

(Beifall bei der FDP)

Aber - und jetzt kommt ein dickes Aber - alle so wichtigen, zukunftswichtigen Kriterien, die zur Anwendung kommen sollen, dienen doch dazu, die eigentlich so erfolgreiche soziale Marktwirtschaft nicht abzuschaffen, sondern für die Zukunft fit zu machen, meine Damen und Herren. Fair und mit klaren Regeln - nach klaren Regeln auch für die Nachhaltigkeit für die Zukunft fit zu machen und natürlich die Nachhaltigkeitskriterien zu versehen mit Wettbewerb, da Wettbewerb wichtig ist und nach unserer Überzeugung auch zu einem besseren Ergebnis für eine Volkswirtschaft und für Wohlstand für viele führt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Da muss ich sagen, liebe CDU: Was muss ich da hören und lesen - frei nach Wilhelm Busch? Da sehe ich auf der Seite „Theoretische Basis“:

> Unternehmen streben nach Gewinnmaximierung und verdrängen sich so lange gegenseitig vom Markt, bis nur mehr wenige große Konzerne übrig sind. Diese haben dann alle Macht gegenüber KonsumentInnen und Staaten und diktieren das globale Geschehen. Umwelt- und Sozialstandards kommen dabei unter die Räder des Profitstrebens.

Diesen Gedankengang kenne ich von irgendetwas, was ich mal gelesen habe. Aber die soziale Marktwirtschaft, gerade der Mittelstand, der bei uns so stark ist, zeigt doch einen ganz anderen Weg, den wir haben. Wir geben die Regeln vor. Wir sind der Schiedsrichter im Wettbewerb und auf dem Markt, und das klappt, meine Damen und Herren. Das ist, glaube ich, der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie das, Herr Petelkau, Ihren Kanzlerkandidaten nicht hören, wenn da steht: „Kapitalismus und Kommunismus sind gescheitert.“ Beim Kommunismus gebe ich Ihnen recht, aber die soziale Marktwirtschaft ist nicht gescheitert, meine Damen und Herren. Darum ist der Antrag nach meiner Meinung auch nicht gut.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Jetzt der letzte Punkt - ich beeile mich, aber das muss ich sagen, auch wegen der Wirtschaftsförderung -, wieder frei nach Wilhelm Busch: Was muss ich lesen und hören? Da gibt es die Zusammenfassung in zehn Punkten.

> Unternehmensgewinne

- dieser Verein hat ein paar Probleme mit Wettbewerb und auch mit Gewinnen -

> dienen der Stärkung der Unternehmen

- jawohl, das unterschreiben wir -

> sowie der Einkommenserzielung

- das unterschreiben wir -

> und der Alterssicherung der UnternehmerInnen und der Beschäftigten,

- vollkommen richtig, aber jetzt kommt es; ist das die Meinung der CDU? -

> nicht aber der Vermögensvermehrung externer KapitalgeberInnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besser kann man Investoren-Bashing nicht mehr bezeichnen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Unternehmensförderung, die wirklich Unternehmen helfen will, Investoren zu finden - gerade Startup-Unternehmen brauchen Geld -, dann das hineinzuschreiben, da bin ich der Meinung: Das ist nicht die Aufgabe unserer Unternehmensförderungsgesellschaft. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Meine lieben Zuschauer! Das, was ich hier heute erlebt habe, habe ich mir echt nicht vorstellen können. Die CDU-Fraktion hat die Reise zurückgemacht in die Phase, in der sie noch nicht zur sozialen Marktwirtschaft stand. Da gab es ja mal ein Ahlener Programm, als man dem Sozialismus sehr nah war. Wenn man sich Sie hier alle anschaut, dann kann man auch sehen: Ich glaube, dem einen oder anderen war es unangenehm, auf diesem Antrag zu stehen.

(Beifall bei der AfD)

Das, was hier nämlich gemacht werden soll, ist im Grunde genommen, die ökosozialistischen Politkommissare in die Unternehmen zu schicken. Sie wollen eine neue Form der Planwirtschaft einführen. Insofern muss ich dem Herrn Breite recht geben: Bei der SPD scheint immer noch Bad Godesberg präsent zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Es geht doch hier um nichts anderes, außer Sozialismus in einer neuen Form einzuführen. Hier soll eine neue Art der Planwirtschaft entstehen: Wenn du das nicht erfüllst oder jenes nicht erfüllst! Kurzer Tipp: Wenn Unternehmen attraktiv für Mitarbeiter sein wollen und die besten Fachkräfte finden wollen, dann machen die das von selbst, weil der Arbeitsmarkt in Teilen so eng ist, dass man sich selbst darum kümmern muss. Da ist es nicht die Aufgabe von Politikern, das zu tun und denen zu suggerieren, wie das geht. Sie haben ein Wirtschaftsverständnis, mit dem nie Google, Apple, Daimler-Benz und andere große Konzerne auf dieser Welt entstanden wären. Keinerlei Innovation.

(Beifall bei der AfD)

Ich glaube nicht, dass die Politik in der Lage ist, ein Auto selbst zu bauen oder Sonstiges. Überlassen Sie das lieber den Unternehmen und ihren Mitarbeitern. Deswegen werden wir selbstverständlich diesen Antrag ablehnen, weil die AfD-Fraktion *die* Partei der sozialen Marktwirtschaft ist.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist sie! Ich sage Ihnen ganz offen: Ludwig Erhard wäre heute Mitglied in der AfD.

(Beifall bei der AfD - Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Das ist so! Da brauchen Sie gar nicht zu lachen. Bei Ihnen dreht er sich im Grabe um, dass eine Partei, die ihn mal zum Bundeskanzler gewählt hat, einen solchen Antrag mitstellt.

(Beifall bei der AfD)

Der wäre bei uns gelandet. Da können Sie sich aber sicher sein. Sie werden im Bund dann mit den Grünen koalieren und wahrscheinlich das alles gemeinsam auf den Weg bringen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist dann nur die Frage, ob die SPD oder die CDU dann noch mitmacht.

Damit ist die Wahl in diesem Lande klar: Es gibt nur eine nichtsozialistische Partei, das ist nämlich die unsere. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird noch weiter das Wort gewünscht, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind FDP und SPD. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP und AfD. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion enthält sich. Dann ist dieser Antrag beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Änderungen:

Die Punkte 2, 3, 4 und 8 werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und FDP sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, zwei städtische Unternehmen für ein Pilotprojekt zu identifizieren, (davon eines aus dem SWK Konzern), welche sich für das Geschäftsjahr 2022 durch zertifizierte Beratungen/Auditor*innen oder als Gruppenauditierung im Sinne der Gemeinwohlökonomie bilanzieren lassen und so zu einer Bewertung gelangen, die über eine rein ökonomische HGB-Bilanzierung hinausgeht und soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt des Wirtschaftens stellt. Die Dezernate VIII – Klima, Umwelt und Liegenschaften, II – Finanzen, Beteiligungsverwaltung und V – Soziales, Gesundheit und Wohnen treffen hier eine geeignete Auswahl. Ebenso stellen sie eine wissenschaftliche Begleitung des Pilotprojekts sicher, die auch die teilnehmenden Unternehmen koordinieren soll. Diese sollte durch Fachinstitute an Hochschulen oder Universitäten erfolgen, die nachweislich Erfahrung mit nachhaltigem bzw. gemeinwohlorientiertem Berichtswesen haben.
   Um 2022 mit dem Piloten starten zu können, muss die Erarbeitung der Bilanzierungskriterien spätestens mit Abschluss des vierten Quartals 2021 abgeschlossen sein.

2. *Die KölnBusiness Wirtschaftsförderung GmbH (KBW) soll in enger Abstimmung mit den oben genannten Derzernaten Dezernaten VIII und V und dem Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales, acht weitere Unternehmen außerhalb der städtischen Beteiligungen und möglichst aus unterschiedlichen Branchen der Kölner Privatwirtschaft identifizieren, welche sich an dem Pilotprojekt beteiligen und sich ebenfalls für das Geschäftsjahr 2022 im Sinne der Gemeinwohlökonomie bilanzieren lassen.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, über die KölnBusiness Wirtschaftsförderung GmbH (KBW) geeignete Formate (zum Beispiel eine Veranstaltungsreihe) zu entwickeln und durchzuführen, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, um sowohl die Gemeinwohl-Bilanzierung selbst als auch die beiden städtischen Unternehmen und die Pilotgruppe bekannt zu machen.*

4. *Für jene Veranstaltungsreihe zum Thema Gemeinwohlökonomie, die von der KBW durchgeführt wird, sollen sowohl Unternehmen des bestehenden Netzwerks als auch interessierte Start-ups sowie städtische Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen eingeladen werden, um sich mit den Konzepten und Instrumenten der Gemeinwohlbilanzierung auseinanderzusetzen.*

   Hier hat sich die KBW bereit erklärt, die Veranstaltungen aus dem Budget für 2021 zu organisieren.

   Für städtische Unternehmen (Eigenbetriebe sowie Beteiligungen), sowie die sich am Pilotprojekt beteiligten Unternehmen, die gewillt sind, den Prozess der Gemeinwohlbilanzierung bis Ende 2022 durchzuführen, werden für die wissenschaftliche Begleitung, Beratungsleistungen und Unterstützung der Unternehmen über das Umweltdezernat 80.000 EUR zur Verfügung gestellt.

5. *Fördergelder von EU-, Bundes- oder Landesebene sind soweit möglich zu beantragen.*

6. *Über den Fortschritt des Projekts werden der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün, und der Sozial-, der Wirtschafts-, sowie der Finanzausschuss regelmäßig informiert.*

7. *Zusätzlich soll durch die wissenschaftliche Begleitung eine Bilanz des Pilotprojektes gezogen werden, die auf Evaluationen vor, während und nach dem Projekt beruht. Ziel des Projektes ist sowohl eine zukünftige Verbesserung der Gemeinwohlbilanz der beteiligten Unternehmen als auch die Ausweitung der Gemeinwohlbilanzierung auf weitere Unternehmen bzw. Projekte. Entsprechende Vorschläge sind durch die wissenschaftliche Begleitung zu erbringen.*

8. *Der Deckungsvorschlag: Die Deckung der Mittel erfolgt aus dem Budget des Dezernates für Klima, Umwelt und Liegenschaften, im Rahmen der dort noch durchzuführenden Budgetfeinplanung. Die Verwaltung prüft im Rahmen der Projektierung die Aufteilung der Haushaltsmittel zu den jeweiligen Haushaltsjahren 2021 und 2022.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend „Ausreichende Förderung von unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren“

AN/1882/2021

Zunächst hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben 2020 das Unheil schon kommen sehen: Durch die Änderung des Förderschwerpunktes der Landesregierung NRW würde ab 2021 das bewährte Netzwerk von Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen in Köln in eine finanzielle Schieflage geraten und wäre gezwungen, sein wichtiges Angebot einzuschränken oder sogar einzustellen. Quer durch alle demokratischen Fraktionen waren wir der Meinung, dass dieses Netzwerk aber unverzichtbar für Köln ist.

Dieser politische Wille und sicher auch eigene Einsicht hat die Verwaltung dazu veranlasst, die Beschlussvorlage „Sicherung der bestehenden Beratungsstruktur für arbeits- und erwerbslose Personen“ vorzulegen. Darin wurde eine nicht ganz auskömmliche, aber das System immerhin rettende Finanzierung aus städtischer Hand vorgeschlagen sowie der Auftrag formuliert, das System unter den geänderten finanziellen Rahmenbedingungen über 2021 hinaus fortzuentwickeln. Das haben wir einstimmig so beschlossen.

Weiterhin haben wir und die LINKEN als Antragsteller das Dezernat V gebeten, vor der Aufstellung des Haushaltsentwurfes für 2022 die aktuellen Bedarfe aller Beratungsstellen, zum Beispiel auch die der Frauen gegen Erwerbslosigkeit, festzustellen und zu berücksichtigen. Neun Monate später lese ich die Mitteilung der Verwaltung für den Sozialausschuss wie folgt:

> Wegen fehlender Finanzmittel wird das Beratungsnetzwerk totgespart. Die Träger künden nun alle leider an, dass sie ihr Angebot ohne die städtische Unterstützung wohl werden einstellen müssen.

Ich frage mich: Was hat den Stimmungsumschwung in der Verwaltung bewirkt? Erst weiter fördern, weil wichtig, und dann totsparen, weil vielleicht doch nicht so wichtig? Vielleicht habe ich es ja nicht mitbekommen, dass in Köln plötzlich die Vollbeschäftigung ausgebrochen ist und damit Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen obsolet geworden sind.

Meine Wahrnehmung ist eine andere. Dieser fiese kleine SARS-COVID-19-Virus hat nicht nur in Köln die Wirtschaft in die Knie gezwungen und Tausende von Jobs gerade im Niedriglohnsektor vernichtet.

Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, die Sie sicher in der Begründung unseres Antrages aufmerksam gelesen haben, dann sprechen die eher für meine These: Die Beratungszahlen sind trotz der coronabedingten Einschränkungen deutlich gestiegen. Gibt es ein besseres Indiz für die Notwendigkeit dieser Angebote?

Fehlende Finanzmittel - das ist ein Thema, mit dem ich mich an Sie, sehr geschätzte Frau Stadtkämmerin, wende, auch wenn sie gerade gar nicht zuhört. Ich beneide Sie nicht um Ihren Job, auch Sie können nur jeden Euro einmal ausgeben. Ich weiß aber, dass eine gute Arbeits- und Erwerbslosenberatung die Stadtkasse nicht be-, sondern entlastet.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es durch gute Beratung gelingt, Menschen in bestem Fall in Brot und Arbeit zu bringen oder auch nur in ein Hilfesystem zu überführen, das nicht aus städtischen Mitteln finanziert wird, dann spart die Stadt Köln bares Geld, vielleicht sogar mehr, als die Beratung kostet.

Verehrte Kolleg*innen des Gestaltungsbündnisses, der Presse war zu entnehmen, dass Sie das Thema mit in die Haushaltsplanberatung nehmen möchten. Das ist vielleicht ein kluger Schachzug. In dem ganzen Wust fällt das Totsparen der Erwerbslosenberatung dann nicht so auf.

Aber ich erinnere Sie, liebe Kolleg*innen von CDU und Grünen, an unseren gemeinsamen Beschluss im Januar dieses Jahres. Was hat sich seitdem geändert? Und ich erinnere Sie, liebe Kolleg*innen von Volt, CDU und Grünen, an Ihren eigenen Bündnisvertrag oder - besser gesagt - Ihre Bündnisvereinbarung, wie Sie sie nennen. Darin heißt es:

Arbeit und existenzsichernde Löhne sind Voraussetzung für ein von Hilfeleistungen unabhängiges Leben.

Sie haben sich „Erweiterung und Ausbau der Beratungsstellen“ zum Ziel gesetzt und sich vorgenommen, „kommunale Strukturen der unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren“ fortzuentwickeln.

Genau das können Sie jetzt und heute tun. Also: Geben Sie sich einen Ruck! Ziehen Sie das, was wichtig ist, vor die Klammer der Haushaltsplanberatung und stimmen Sie unserem Antrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine sehr geehrten Anwesenden! Zurück zum realen Kapitalismus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben im August in Ihrer Haushaltsrede gesagt, es gebe keinen Kürzungshaushalt. Leider stimmt das nicht. Das müssen wir einfach jetzt erkennen. Wer von Ihnen in den vergangenen Tagen die Presse aufmerksam gelesen hat, konnte allein zwei Kürzungen nachlesen und erfahren: die Stadtteilmütter und die Erwerbs- und Arbeitslosenzentren.

SPD und DIE LINKE im Kölner Rat haben seit zwei Jahren die Kürzungen der Förderung der Erwerbslosenberatungszentren und Arbeitslosenzentren durch das Land NRW immer wieder kritisiert und ein gemeinsames Agieren gegenüber dem Land, gegenüber Politik und Verwaltung eingefordert.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die CDU konnte die Kölner Grünen in den Dauerschlaf wiegen, obwohl die Grünen im Landtag ebenfalls die Fortführung der Finanzierung eingefordert haben. Immerhin kam es dann zu einer Zwischenfinanzierung für dieses Jahr.

Die Bedarfe dagegen - insbesondere bei den Erwerbslosenberatungsstellen - sind erheblich größer geworden. Allein im Jahr 2020 gab es 1 100 Beratungen mehr, insgesamt 6 300. Es ist ein Skandal, dass die Verwaltung den Beratungsstellen Echo, Frauen gegen Erwerbslosigkeit und Zentrum muslimischer Frauen die Mittel nicht erhöht hat, sondern drastisch kürzen will, und zwar auf 11 500 Euro.

Vorstandsfrau Brigitte Erdwig von Frauen gegen Erwerbslosigkeit und Ratsfrau von 1994 bis 1999 hat uns eben eine Petition mit 2 500 Unterschriften für den Erhalt der Kölner Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstruktur übergeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Arbeit dieser insgesamt neun Initiativen und Träger gebührt unseres Erachtens unser Respekt und Anerkennung. Wir stehen an ihrer Seite und sind mit ihnen gemeinsam solidarisch. Wir müssen einen Weg für eine ausreichende Förderung dieser Zentren finden, sonst bricht uns die gesamte Struktur zusammen. Das wäre schlimm und eine Katastrophe.

Mit unserem gemeinsamen Antrag schlagen wir Ihnen drei Fördergruppen, je nach dem Bedarf der Beratungsstelle Arbeit, KALZ, der Erwerbslosenberatungsstellen - dreimal 75 000 Euro - und der Arbeitslosenzentren - dreimal 25 000 Euro - vor. Sie sehen, es sind kleine Geldbeträge, nichts gegenüber den 88,6 Millionen Euro für die Bühnen, die Sie heute wahrscheinlich beschließen werden.

Ich habe gehört, dass CDU, Grüne und Volt unseren Antrag in die Haushaltsberatungen verweisen wollen. Danke dafür! Noch besser wäre, wenn Sie sich gleich in Ihren Reden auf die Bedarfe der Erwerbslosen- und Arbeitslosenzentren positiv beziehen würden und im Prinzip die Finanzierung zusichern würden. Das fände ich fair und richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Erwerbslosen- und Arbeitslosenzentren müssen in der Corona-Pandemie ausreichend unterstützt und gefördert werden. DIE LINKE, die SPD, die Erwerbslosenberatungsstellen, die Arbeitslosenzentren und viele mehr fordern soziale Gerechtigkeit. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bauer-Dahm das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe

Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich versuche immer, die Dinge in möglichst einfachen Worten zu erklären. Das ist heute anscheinend auch notwendig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die beiden Parteien SPD und DIE LINKE haben heute einen fürsorglichen Antrag gestellt: Der Rat der Stadt Köln soll sich weiterhin besonders für Menschen ohne Arbeit einsetzen. Erst einmal gut.

Menschen ohne Arbeit nennt man auch „Erwerbslose“. Für Menschen ohne Arbeit gibt es bisher verschiedene Hilfsangebote in Köln. Es gibt Erwerbslosenberatungsstellen, Arbeitslosenzentren und - ganz neu - auch die Beratungsstelle Arbeit. Diese wichtigen Hilfsangebote kosten alle viel Geld. Ein Teil des Geldes kommt von der Stadt Köln.

Der Antrag sagt, dass die Stadt weiter Geld für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung stellen soll. Wofür die Stadt Geld ausgibt, wird immer im Jahr davor von der Verwaltung geplant. Die fertige Planung trägt dann den Namen „Haushalt“. Das hat übrigens nichts mit putzen, kochen und spülen zu tun - für alle, die damit nichts anfangen können. Dieser Haushalt wird dann im Rat der Stadt Köln besprochen und bei Bedarf auch verändert. Für Dinge, die dem Rat dann besonders wichtig sind, kann er etwas mehr ausgeben als für andere Dinge.

Deswegen soll der Rat nun beschließen, dass auch im Haushalt für das Jahr 2022, also nächstes Jahr, Geld an die Einrichtungen für Menschen ohne Arbeit gehen soll. Für die Beratungsstelle Arbeit bekommt die Stadt Geld vom Land Nordrhein-Westfalen. Den Rest bezahlt die Stadt, und das soll auch so bleiben.

Die Erwerbslosenberatungsstellen sollen jährlich mit bis zu 75 000 Euro durch die Stadt finanziert werden. Bisher hat das Land hier die Kosten übernommen. Die Arbeitslosenzentren sollen weiterhin jährlich mit bis zu 25 000 Euro gefördert werden. Das sind sehr gute und wichtige Vorschläge. Die meisten Mitglieder hier im Rat der Stadt Köln wollen diese Hilfsangebote erhalten. Das ist richtig und wichtig. Aber heute ist der falsche Zeitpunkt, um das zu besprechen.

Es gibt im Moment sehr viele Gespräche darüber, wie wir im nächsten Jahr das Geld der Stadt Köln verteilen wollen. Aber das Geld der Stadt Köln ist leider begrenzt.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Die Grünen, die CDU und Volt sind Parteien im Rat. Sie haben seit der letzten Wahl hier die Mehrheit und arbeiten eng zusammen. Dafür haben sie aufgeschrieben, was sie bis zur nächsten Wahl zusammen machen wollen und was nicht. Das, was wir alle nicht machen wollen, ist, im Sozialbereich zu kürzen, auch nicht wegen Corona. Es soll hier keine Probleme wegen zu wenig Geld geben. Das ist aber eben nicht immer einfach - besonders, weil das Land NRW uns weniger Geld für manche Dinge zur Verfügung stellt, leider auch für Menschen ohne Arbeit.

Auch die Grünen, CDU und Volt möchten dringend die gut funktionierenden Strukturen und Angebote für Menschen ohne Arbeit erhalten. Wir werden daher alle hart dafür streiten, unser gemeinsames Ziel „keine Kürzungen im Sozialbereich“ zu halten. Aber versprechen oder beschließen können wir heute noch nichts.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Wir müssen dafür mehr Geld in die Hand nehmen, und das geht eben über den Haushalt.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Da wir inhaltlich aber alle übereinstimmen, nehmen wir die Anregung sehr gern mit in die weiteren Gespräche zum Haushalt 2022. Oder in schwerer Sprache: Wir bitten um Verweisung in die Haushaltsplanberatungen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich spreche zunächst einmal die SPD und die LINKEN mit ihrem Antrag an. In Ihrem Antrag fordern Sie - ich möchte es zitieren -

> die demokratischen Fraktionen [im Rat] auf, bei den jetzigen Haushaltsberatungen und Beschlussfassungen die jährlichen Haushaltsmittel zur Förderung von Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren zu erhöhen.

Eine bemerkenswerte Aussage. Da Sie sich sicherlich den demokratischen Fraktionen zurechnen, möchten Sie sich also selbst vom Rat auffordern lassen, Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Wir sind da etwas anders gestrickt. Wir handeln, statt Erklärungen abzugeben.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits im August 2020 haben wir gemeinsam mit den Grünen der Verwaltung den Auftrag erteilt, mit den Trägern der Angebote zu besprechen, wie der aufgrund der geänderten Landesförderung notwendige Prozess des Umbaus der Angebote gestaltet werden kann, um das gute Beratungsnetz in Köln zu erhalten. Das hat die Verwaltung auch getan. Wir haben nun Kenntnis davon, wie es weitergehen kann und welche kommunalen Mittel erforderlich sein werden, die bisherigen Angebote aufrechtzuerhalten. Sie nutzen jedoch die Umstrukturierung - das ist wieder an SPD und LINKE gerichtet - der Förderung stets zur Kritik an der Förderpraxis der Landesregierung. Das Land hat aber nicht einfach gekürzt, sondern andere Schwerpunkte gesetzt, und zwar sind die Angebote für prekär Beschäftigte und von Ausbeutung betroffene Menschen intensiviert worden. Das hätten Sie ruhig loben dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Aber nun zurück nach Köln: Wir haben hier eine etwas andere Struktur als das übrige Land. Unsere Beratungsstellen in diesem Aufgabenfeld leisten eine umfassende soziale Beratung und Begleitung über das Thema Arbeit im engeren Sinne hinaus. Auch wenn Sie mit Ihrem Antrag den Eindruck erwecken wollen, als wären Sie allein die Retter der Angebote, so bestand doch bisher im Sozialbereich stets Einigkeit über deren Wichtigkeit. Es ist dreist, dem Bündnis zu unterstellen, es wolle die betreffenden Angebote nicht sichern.

Um darüber aber nicht im luftleeren Raum zu diskutieren, sondern die Grundlage für eine Fortführung zu schaffen, beantrage ich - ebenso wie mein Vorredner - einen Verweis in die Haushaltsplanberatungen. Denn nur dort können Mittel gesichert werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Vorab möchte ich noch einmal deutlich machen, dass wir hier heute über ein Thema sprechen, das uns wirklich alle beschäftigt. Ich glaube, wir standen alle in den letzten Tagen und Wochen mit den Verantwortlichen aus den Erwerbslosen- und Arbeitslosenzentren in Kontakt. Wir haben die Sorgen und Nöte gehört, und ich glaube, keiner ist hier unbeeindruckt von dem, was uns dort gesagt worden ist. Ich glaube, das sollten wir hier auch einmal als Konsens feststellen.

(Beifall bei der FDP)

In der Tat ist es so, dass es ärgerlich ist für einen Kommunalpolitiker, für eine Kommunalpolitikerin, wenn Leistungen auf Landesebene gekürzt werden, die in Köln gebraucht werden. Darüber müssen wir uns gar nicht unterhalten. Insofern ist das nachvollziehbar.

Aber ich möchte trotzdem noch einmal das, was Frau Gärtner eben gesagt hat, deutlich machen: Es ist in der Tat nicht so, dass einfach nur soziale Leistungen generell gekürzt worden sind, sondern dass sie umgeschichtet worden sind. Es ist mir auch ganz wichtig in der Beratung, die wir hier heute führen, dass das auch berücksichtigt wird.

Ich möchte auch noch einmal auf den Beschluss des Sozialausschusses zu sprechen kommen. Wir haben uns dort verständigt, zu sagen, die Verwaltung möge bitte prüfen, inwieweit sie die fehlenden Leistungen des Landes ausgleichen kann. Hier wird jetzt ein bisschen so getan, als ob die Verwaltung nicht gehandelt hätte und dass sie - wie war eben noch einmal das Wort? – totsparen würde. Ich bin verwaltungskritisch, das können Sie mir glauben, aber das ist ein unfairer Vorwurf an die Verwaltung.

(Beifall bei der FDP)

Es ist in der Tat nicht so, dass nichts geschehen ist, sondern wir haben durchaus gesehen, dass wir Vorschläge bekommen haben und dass dieser Vorwurf des Totsparens nicht gerechtfertigt ist. Ob das auskömmlich ist - ja oder nein -, das ist eine Diskussion, die wir gern führen können. Das ist auch richtig. Die müssen wir auch führen. Die müssen wir aber nicht hier im Rat führen, die

müssen wir in der Tat in den Haushaltsplanberatungen führen. Ich glaube, das ist auch der richtige Ort. Deswegen werden wir der Verweisung zustimmen, weil jetzt die Politik am Zuge ist. Bisher war es die Verwaltung. Das ist das richtige Vorgehen.

Dann möchte ich bitte noch einmal zwei Punkte erwähnen, die von Herrn Detjen angesprochen wurden. Sie haben gesagt, es gibt zwei Themen, einmal die Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen und die Stadtteilmütter. Zum Thema Stadtteilmütter: In der Tat, wir haben am Montag die Demonstration der Stadtteilmütter hier gehabt, und auch das ist ein Anliegen, das auch mir persönlich ganz wichtig ist. Aber ich frage mich, warum Sie heute nur ein Thema hier vorgebracht haben und nicht auch dieses andere Thema, wenn es Ihnen denn so wichtig ist. Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass auch ein politischer Winkelzug dahintersteht, dass Sie das heute auf die Tagesordnung gesetzt haben.

(Beifall bei der FDP)

Dann muss ich noch einmal sagen: Ich bin überzeugte Sozialpolitikerin, aber das, was mich immer ärgert, ist dieses Ausspielen von Kultur und Sozialem.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie heute wieder mit den Bühnen kommen und sagen, die bekommen 88,6 Millionen Euro, das fehlt alles wieder im Sozialhaushalt, dann ist das, wie ich finde, auch als Ratspolitiker oder als Ratspolitikerin, die die ganze Stadt und alle Belange in dieser Stadt im Blick haben muss, nicht in Ordnung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag von Grünen und CDU, den Antrag in die Haushaltsberatungen zu verweisen, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN und der SPD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag verwiesen.

Mündlicher Antrag der Faktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU auf Verweisung in die Haushaltsplanberatungen (Finanzausschuss 04.10.2021 und Rat 09.11.2021)

Abstimmung über den mündlichen Vertagungs- und Verweisungsantrag

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Antrag auf Errichtung eines städtischen Denkmals für alle Opfer religiös-ideologisch motivierter Gewalttaten“

AN/1893/2021

Hier hat zunächst Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne und im Livestream! Der heutige Antrag ist wohl ein Rückblick auf das 20. und 21. Jahrhundert, aber auch ein Ausblick für die kommenden Generationen.

Wir als AfD-Fraktion konnten schon bei dem Karl-Küpper-Preis ein erfolgreicher Impulsgeber sein.

(Beifall bei der AfD)

Wir sind die Fraktion, die immer wieder betont, dass religiöser Hass oder eine extreme politische Meinung in Köln keinen Platz hat. Dazu gehören Rassismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Kommunismus, Salafismus, Antisemitismus und der damit verbundene Hass und krankhafte Ideologien.

Kommende Generationen müssen mit einem Denkmal aufgefordert werden, sich kritisch mit der Geschichte auseinanderzusetzen, aber noch kritischer die Zukunft zu betrachten. Kranke Ideologien oder religiöse Gewalttaten dürfen keine Rolle mehr spielen.

Geschätzte Kollegen, wir als AfD bedauern es, dass unser Änderungsantrag, den wir in Köln-Porz eingebracht haben, der alle

antidemokratischen Strukturen und noch vieles mehr zum Thema hatte, einfach abgelehnt worden war.

Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, im Dezember 2021 unsere Partnerstadt Katowice zu besuchen, um dort an die Ausrufung des Kriegsrechts und die Niederschlagung von Streiks der damaligen Demokratiebewegung zu erinnern.

Aber auch weitere Protagonisten der westlichen Demokratien mussten die Freiheit, ihre Meinung zu vertreten, mit dem Leben bezahlen. Als Beispiel nenne ich Samuel Paty, den Lehrer, der enthauptet wurde, weil er Mohammed-Karikaturen zeigte.

Aber richten wir den Blick zurück nach Deutschland und nach Köln. Einigen Kölnern wird im Gedächtnis sein, dass im September 2008 ein Mordanschlag auf eine Kölner Polizeistreife misslang, die in einen Hinterhalt gelockt worden war. Die Täter gaben an, Waffen erbeuten zu wollen, um in einen heiligen Krieg zu ziehen, um dort Amerikaner zu töten. Zwei von ihnen, inzwischen volljährig, reisten dann 2013 nach Syrien aus.

Genauso erschütternd sind der Nagelbombenanschlag auf der Keupstraße und der Anschlag auf der Probsteigasse. Beide Anschläge hatten klar das Ziel, Menschen zu töten, die nicht in das Weltbild einiger weniger passen. Und dafür gibt es in Köln keinen Platz.

(Beifall bei der AfD)

Diese Gewalttaten verurteile ich und verurteilt meine Fraktion auf das Schärfste.

Meine Damen und Herren, das Denkmal an der Keupstraße ist in der finalen Realisierung. Das begrüßen wir sehr.

Wir möchten aber nicht nur den Opfern von rechter Gewalt und Rassismus gedenken. In Köln ist es - und das bedauern wir noch mehr und zutiefst - offenbar nicht mehr möglich, mit einer Kippa auf der Straße herumzulaufen. Wir waren entsetzt über den Hass, die Feigheit und die Brutalität, die der Antisemitismus in Köln und in Deutschland annimmt.

Für viele Kölner ist es unfassbar, dass zwei Täter einen jungen Mann feige und hinterhältig krankenhausreif schlagen, nur weil er eine Kippa trägt. Das Ausmaß an Gewalt hat eine unvorstellbare Dimension angenommen.

(Zuruf: Und ihr seid die Brandstifter! - Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: So ist es!)

- Das hätten wir gern fürs Protokoll.

Meine Damen und Herren, es wird für unsere jüdischen Mitbürger immer schwerer, den höchsten jüdischen Feiertag, der übrigens heute gefeiert wird, Jom Kippur, in Frieden zu begehen.

In Hagen gab es gestern Mittag eine mögliche Gefährdungslage, schrieb Radio Köln. Die Synagoge musste von starken Polizeikräften abgeriegelt werden. Der Gottesdienst zum Jom Kippur musste abgesagt werden.

Unser Grundgesetz und die Konsequenz unserer Geschichte machen uns klar: Wir müssen zu unserer Verantwortung stehen. Kein Veedel für Antisemitismus. Kein Veedel für Rassismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Kommunismus, Salafismus und Sexismus. In Köln gibt es keinen Platz für religiös-ideologische Straftaten. In Köln gibt es keinen Platz für Extremismus.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE] - Weitere Zurufe)

Mein dringender Appell an Sie - hören Sie genau zu, Sie da hinten -: Zeigen Sie überparteilich Rückgrat - auch Sie, Herr Weisenstein. Zeigen Sie Rückgrat. Lassen Sie uns doch heute gemeinsam ein Signal an alle Kölnerinnen und Kölner senden. Lassen Sie uns gemeinsam ein Denkmal für Köln beschließen, das sich kritisch mit der deutschen Geschichte auseinandersetzt und wegweisend für die Zukunft sein kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich um Handzeichen, wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Kölner Stadtverwaltung mit der Prüfung von Ausmaß und Örtlichkeit eines städtischen Denkmals für alle Opfer religiös – ideologisch motivierter

Gewalttaten im 20. und 21. Jahrhundert. Der Kostenrahmen für die Prüfung, Planung, Beauftragung, Errichtung und Einweihung soll insgesamt 20.000 € nicht übersteigen. Die finanziellen Mittel werden aus 0504 „freiwillige Sozialleistungen und Diversity“ „Antirassismus Training“ entnommen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen jetzt zu der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 3.1.4, 3.1.5 und 3.1.6.

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit“

AN/1890/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1973/2021

3.1.5 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend „Dezernat IX wieder auflösen - Strukturierung der Dezernate nach sachpolitischen Erfordernissen“

AN/1570/2021

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Die Oberbürgermeisterin muss für Transparenz bei der Nicht-Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat IX sorgen“

AN/1895/2021

Ich beginne in der Rednerliste mit Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Sehr viel lieber wäre es uns gewesen, wenn heute auch der neue Dezernent für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit, den wir am 24. Juni gewählt haben, seine Antrittsrede gehalten hätte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Die Umstände, die dazu geführt haben, dass das nicht der Fall ist, kennen wir alle, beurteilen sie aber offensichtlich unterschiedlich.

Das Bündnis aus Grünen, CDU und Volt sieht keinerlei Anlass, am Verfahren der Dezernatsbesetzungen in der Stadt Köln irgendetwas zu ändern. Die Abläufe entsprechen exakt den Vorgaben der Gemeindeordnung und den Richtlinien der Bezirksregierung.

Wir beauftragen die Verwaltung heute in der vorgegebenen Weise, das Besetzungsverfahren neu zu starten. Die Verfahrenshoheit liegt bei der Oberbürgermeisterin. Die Stelle wird öffentlich ausgeschrieben. Der Ausschreibungstext liegt dem Antrag bei. Eine professionelle Personalberatungsagentur wird beauftragt. Es gilt selbstverständlich das Prinzip der Bestenauslese.

Insofern halten wir den Änderungsantrag der LINKEN für unnötig. Wie bei den bisherigen Besetzungsverfahren auch, wird auch bei diesem die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben sichergestellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Auch den SPD-Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.5 lehnen wir ab. Die Schaffung des neuen Dezernats IX für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit ist die richtige Antwort auf die vor uns liegenden Herausforderungen.

Wo, wenn nicht in einem solchen Dezernat, könnten beispielsweise die Probleme einer von Leerstand bedrohten City gelöst werden? Wenn wir gemischte und lebendige Quartiere erhalten und entwickeln wollen, benötigen wir Stadtentwicklungskonzepte, die unseren Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken.

Eine weitere Säule dieses Dezernats wird die Digitalisierung sein. Auch diese ist hier bestens aufgehoben. Köln soll sich zu einer Smart City entwickeln. Das verlangt geradezu nach einer engen Verzahnung von Stadtentwicklung und Digitalisierung.

Und zuletzt: Köln ist keine Insel. Als Wirtschaftsstandort und Lebensraum brauchen wir die Region, und die Region braucht uns. Stadtentwicklung muss also immer in Zusammenarbeit mit den Kommunen im Umland stattfinden.

Das Bündnis ist überzeugt davon, dass die Schaffung dieses Dezernats mit diesem Zuschnitt nicht nur angemessen, sondern auch notwendig ist. In diesem Dezernat bündeln wir zentrale Themen, die die Entwicklung der Metropole Köln stark prägen, und wir stärken strategisch den Verwaltungsvorstand unserer Stadt. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Nachricht vom Rückzug von Niklas Kienitz, angeblich wegen persönlicher Anfeindungen, am 24. Juli dieses Jahres schlug ein wie eine Bombe. Die Berichte über das regierungsamtlich festgestellte Fehlen der notwendigen Qualifikation des zuvor nur mit sehr knapper Mehrheit Gewählten verfehlten ihre Wirkung ebenfalls nicht.

Im Ergebnis war das Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt blamiert, die Oberbürgermeisterin war bloßgestellt, und unsere Stadt erschien mal wieder in einem schlechten Licht aus Klüngel und halbseidenen Machenschaften.

(Beifall bei der AfD)

Wir alle waren fassungslos angesichts der Vorgänge und Machenschaften, von denen wir doch glaubten, sie längst hinter uns gelassen zu haben.

Doch wie konnte es so weit kommen? Das muss man Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, liebe CDU, liebe Voltis, heute fragen. „Posten vor Inhalten“ scheint das Motto Ihres fragilen Bündnisses zu sein. Dezernentenposten wurden nach Parteibuch untereinander aufgeteilt, besetzt

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

und damit die Stadtverwaltung zulasten der Steuerzahler aufgebläht. - So weit, so machtbesoffen.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Als es aber um die Stelle des neuen Stadtentwicklungsdezernenten ging, haben Sie den Bogen vollends überspannt. Sie haben sich dazu entschieden, die Stelle auf eine bestimmte Person nach deren Wünschen zuzuschneiden. Statt das neue Dezernat nach sachpolitischen Erwägungen zu strukturieren, wurde ein Zuschnitt gewählt, der fachlich weder einleuchtend noch sachlich begründbar war. Hinzu kam ein intransparentes Ausschreibungsverfahren, bei dem trotz hoch qualifizierter Bewerbungen angeblich nur der Bewerber aus dem Ratsbündnis übrig blieb, dessen Name bereits während der Koalitionsverhandlungen in der Presse für das Amt gehandelt wurde. Das hatte mehr als nur ein Geschmäckle.

Gerade die Verstrickung von Herrn Kienitz in die Stadtwerke-Affäre von 2018 zeigt, dass insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU nichts gelernt haben.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle aber auch in aller Deutlichkeit sagen: In der Stadtwerke-Affäre hat sich niemand der Beteiligten mit Ruhm bekleckert. Fehler wurden auf allen Seiten gemacht - gerade auch in der Fraktion, die ich heute als Vorsitzender vertrete.

Aus diesen Fehlern gelernt und entsprechende Konsequenzen gezogen hat aber anscheinend nicht alle Fraktion in gleichem Maße. Insbesondere die CDU erscheint hier völlig ignorant zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Wie sonst kann man auf die Idee kommen, mit Niklas Kienitz - ganz unabhängig von der fehlenden fachlichen Qualifikation -

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

eine der zentralen Figuren der Stadtwerke-Affäre für ein Amt vorzuschlagen, das zuvor extra für ihn geschaffen wurde?

Es waren aber nicht nur die CDU, die hier eine Selbstbedienungsmentalität an den Tag gelegt hat, sondern auch andere in diesem Raum Anwesende, die das Vorhaben, Niklas Kienitz den Dezernentenposten zuzuschustern, maßgeblich unterstützt haben. So haben leider auch die Grünen mal wieder den Kompass verloren und dieses für Köln so schädliche Machtspiel mit ihren Stimmen erst möglich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Zudem bin ich den Kolleginnen und Kollegen der CDU sehr dankbar, dass sie in ihrer eigenen Pressemitteilung deutlich gemacht haben, dass es Oberbürgermeisterin Reker war, die das Verfahren geführt und somit verantwortet hat.

Neben der Ermöglichung dieses Postendeals, den Sie, Frau Oberbürgermeisterin, in der eigentlichen Stadtwerke-Affäre, also in einem anderen Fall, noch theatralisch vorgaben, verhindern zu wollen, scheinen Sie nun beim Führen des Verfahrens auch noch vergessen zu haben, den Rat, die Presse und auch die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß darüber zu unterrichten, was Sie wann wussten und mit wem Sie dieses Wissen wann teilten.

Wie kann es ansonsten sein, dass Sie von der Regierungspräsidentin per SMS über das sich abzeichnende Scheitern des Kienitz-Verfahrens informiert wurden und später behaupteten, dass Sie von nichts wussten?

Wie kann es zudem sein, dass die in Ihrem Amt einsehbare Akte dünn wie eine Speisekarte ist und keinerlei Aussagen über Auswahlkriterien und Bewertungen der übrigen Bewerber enthält?

Wie kann es sein, dass Anfragen zur Aufklärung dieses Klüngelskandals von Ihrer Verwaltung in einer Art und Weise beantwortet werden, die an Arbeitsverweigerung grenzt?

(Beifall bei Teilen der SPD - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie kann es also sein, dass Sie an der Bewerbung von Niklas Kienitz festgehalten haben, als sich abzeichnete, dass diese scheitern würde?

Hier muss endlich eine umfassende Aufklärung erfolgen. Und da sind gerade Sie, Frau Oberbürgermeisterin, gefordert. Sagen Sie endlich, was Sie wissen. Sagen Sie endlich die Wahrheit, und hören Sie auf, uns und die Öffentlichkeit weiter für dumm zu verkaufen.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Genauso wichtig wie die Aufklärung der Postenaffäre ist für uns Sozialdemokraten aber, nun den Blick wieder auf das Wohl der Stadt zu richten und konstruktiv an der Lösung dieser Vertrauenskrise zu arbeiten.

Dies kann nicht gelingen, wenn wir an der Struktur eines Dezernats festhalten, das für einen Mann gestrickt wurde, der nun gar nicht mehr zur Wahl steht.

Lassen Sie uns gemeinsam die Aufblähung der Stadtverwaltung rückgängig machen und unnötige Kosten für den Steuerzahler einsparen.

Lassen Sie uns hier und heute über eine Struktur abstimmen, die unterschiedliche Ämter der Stadtverwaltung wieder nach sachpolitischen Erwägungen in einem Dezernat bündelt.

Dabei halten wir Sozialdemokraten es für zentral, dass die Bereiche -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben Ihre Redezeit bereits lange überschritten.

Christian Joisten (SPD): Ich bin sofort fertig, Frau Reker.

- Stadtentwicklung, Stadtplanung und Bauen in einem Dezernat zusammengefasst sind, damit die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum endlich vorankommt. Das sind wir den vielen Kölnerinnen und Kölnern schuldig, die verzweifelt nach einer neuen Wohnung suchen und nichts Bezahlbares mehr finden.

Lassen Sie uns also jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass endlich Schluss ist mit dem Postengeschacher, dass endlich Sachpolitik vor Machtpolitik in diesem Rat und in dieser Stadt gestellt wird.

Deshalb werbe ich um Zustimmung zu unserem Antrag, das Kienitz-Dezernat wieder aufzulösen und somit auf eine erneute Ausschreibung dieses nun politisch auch im höchsten Maße vorbelasteten Postens zu verzichten. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir heute die Kraft dazu gemeinsam aufbringen würden, und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Ich finde es schon sehr bemerkenswert, Herr Joisten, was Sie sich hier heute erlauben und wie Sie die Fakten verdrehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier im Hohen Hause ja schon viele Dinge zu Wahlkampfzeiten gehört. Aber ich muss wirklich sagen, lieber Christian Joisten: Das, was hier gerade erzählt wurde, war unterirdisch und diesem Hause nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Die Zeitungen haben viel geschrieben. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten viel lesen können. Fangen wir einmal mit den einzelnen Teilbereichen an.

Beginnen wir mit dem Thema Ressortzuschnitt. Auch hier wurde ja gerade wieder behauptet, das würde alles gar nicht zueinanderpassen. Dabei sind Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit doch mit die wichtigsten Funktionen, die wir in dieser Stadt haben - neben dem Thema Nachhaltigkeit, an anderer Stelle.

Diese Bündelung der Querschnittsfunktionen haben wir teilweise in dieser Stadt auch schon gehabt. Gerade die Zeit, als das Thema Wirtschaft zusammen mit der Stadtentwicklung in den Händen von Klaus Otto Fruhner lag, war eine der besten Zeiten, die wir hier hatten. Daran wollen wir wieder anknüpfen.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund kann ich nur die Fehlbehauptung zurückweisen, hier wären irgendwelche Ressorts personell zugeschnitten worden. Nein, es macht absolut Sinn, diese Ressorts zusammenzuführen und damit in gebündelter Form unsere Stadt voranzubringen. Und genau deshalb haben wir es gemacht.

Das Zweite, was hier kritisiert worden ist, ist die Zahl der Dezernate. Wir hören auch immer wieder, wir hätten zu viele Dezernate. Ich möchte das - ich habe das an anderer Stelle schon einmal im Rat gesagt - noch einmal in den Vergleich setzen. 15 Referate, vergleichbar mit unseren Dezernaten, gibt es in München als einer Stadt mit 1,5 Millionen Einwohnern, also nur 400 000 Bürgerinnen und Bürgern mehr. Frankfurt steuert die Geschicke einer 750 000 Einwohner umfassenden Stadt ebenfalls mit zehn Dezernaten. Man kann also sagen, dass wir eine angemessene Zahl haben. Wir haben auch neue Aufgaben in dieser Stadt, und das muss geschafft werden.

Dann kommen wir einmal zum letzten Punkt. Auch das wurde hier gerade wieder behauptet. Es wurde behauptet, Niklas Kienitz wäre nicht geeignet gewesen. Woher wissen Sie das denn überhaupt?

(Beifall bei der CDU)

Die Bezirksregierung hat überhaupt nicht entschieden, ob er geeignet ist oder nicht. Das ist doch die Wahrheit - und nicht das, was hier behauptet wird.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle deutlich: Wir haben hier auch ein parteipolitisches Spiel. Wir haben eine sozialdemokratische Chefin in der Zeughausstraße.

Und ich kann für unsere Fraktion sagen: Wir werden intensiv über eine Dienstaufsichtsbeschwerde prüfen lassen,

(Beifall bei der CDU)

warum hier interne Vorgänge in die Öffentlichkeit gekommen sind und warum hier auch in Verfahren eingegriffen wird.

Ich erinnere nur daran, dass wir alle letzte Woche aus der Zeughausstraße unaufgefordert einen Leitfaden bekommen haben. Dabei sind wir doch gar nicht die Ansprechpartnerin. Wir reden hier von der Kommunalaufsicht, und die Kommunalaufsicht spricht mit unserer Verwaltungschefin, und das ist unsere Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der CDU)

Wie auf Bestellung gab es dann direkt ein Anspringen der Linkspartei. Auch dort ist das wieder, kann man sagen, bestellt worden. Es kommt der Leitfaden, und ein paar Stunden später steigt die Linkspartei darauf ein. - Alles das muss man prüfen.

Deshalb kann ich nur sagen: Wir lehnen den Antrag auf Auflösung dieses Dezernats ab. Das Dezernat ist sachgerecht, und das, was hier veranstaltet wird, ist ein offener Klamauk.

Dann kommen wir noch einmal zurück zu dem Verfahren. Dieses Verfahren, das hier in Köln seit 2015 in den verschiedensten Fällen - und da ist auch ein Sozialdemokrat herausgekommen - angewandt worden ist, ist bisher nie - nie! - von der Bezirksregierung in irgendeiner Form kritisiert worden. Im Gegenteil: Wir haben das Verfahren unter der Leitung der Oberbürgermeisterin nach

der Gemeindeordnung in vorbildlicher Form umgesetzt.

Das ist doch die Realität hier in unserer Stadt - und nicht das, was Sie hier permanent aus Wahlkampfgründen und mit sehr offensichtlichen Hintergedanken entsprechend beabsichtigen.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommen wir noch einmal zu dem Änderungsantrag der LINKEN. Sie wollen hier große Auswahlrunden machen. Das Thema Transparenz spielt für Sie im Prinzip die einzige Rolle. Wie ich in meiner letzten Ratsrede im Gürzenich schon gesagt habe, ist doch das Wichtigste, dass wir Bewerberinnen und Bewerbern den Schutz geben, dass vorzeitig keine Informationen herausgehen. Denn sonst bekommen wir nicht mehr die Besten für diese Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Und das ist genau etwas, was wir nicht wollen. Wir wollen die Besten für unsere Stadt.

Ich möchte noch einmal betonen - und da auch die Lanze für Niklas Kienitz brechen, der leider heute aus einem sehr traurigen Anlass verhindert ist -: Niklas Kienitz hat sich einem ordentlichen Verfahren gestellt und war am Ende des Verfahrens der Beste.

Und genau das ist es, was wichtig ist - auch für alle anderen Verfahren, die wir bekommen. Wir sollten hier auf der bewährten Spur weitermachen und dafür sorgen, dass wir diesen Verwaltungsvorstand, der in den letzten Jahren sehr gute Arbeit geleistet hat - mit der Oberbürgermeisterin an der Spitze -, weiter stärken.

Deshalb werben wir für unseren Antrag und werden alle anderen Anträge ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Wir haben mit SPD und FDP den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.5 gestellt, da wir wesentliche Kritikpunkte an dem Zuschnitt des Dezernats haben.

Regionales ist in einer Wachstumsregion mit angespanntem Wohnungsmarkt eng verbunden mit der Wohnungsfrage. Die Wohnungsfrage kommt in dem neuen Dezernat jedoch zu kurz. Das ist ein sehr großer Fehler. Wir wissen, dass wir bis dato alle Wohnbauziele weit verfehlt haben. Mit dem neuen Zuschnitt haben Sie es versäumt, dem Thema Wohnen das Gewicht zu verleihen, welches erforderlich und notwendig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist nicht hinnehmbar, dass Regionales nur im Hinblick auf Stadtentwicklung, Digitalisierung und Wirtschaft bearbeitet wird. Regionales ist eine Querschnittsaufgabe. Jedes Dezernat muss den regionalen Gedanken in sich tragen. Da nutzt ein separates Dezernat wenig. Wohnen, Verkehr, Gewerbe, Nahversorgung, Grünflächenentwicklung, Bildung und Kultur: Das alles erfordert regionales Denken.

Die neue Dezernatsverteilung ist nicht geeignet, die Aufgaben der Stadt und der Region zu stemmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu den Kosten hat Herr Joisten schon einiges gesagt. Da möchte ich mich gerne anschließen. Eine weitere Aufblähung der Verwaltung möchten wir nicht.

Für den Fall, dass unser Antrag keine Mehrheit findet, haben wir weitere Überlegungen angestellt, wie ein neues Ausschreibungsverfahren auszusehen hat. Deshalb haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Ich möchte die einzelnen Punkte kurz vorstellen. Denn das ist uns wichtig. Nach der letzten Ratssitzung am 18. August 2021 ging es ja wirklich munter her. Da war Highlife in allen Gassen in diesem Rat.

Wichtig ist uns, dass der Leitfaden der Bezirksregierung Köln mit seinen 13 Punkten strikt angewendet wird.

(Beifall bei der LINKEN - Bernd Petelkau [CDU]: Haben wir ja!)

- Dazu komme ich gleich.

Ich möchte noch zur Kenntnis geben, dass wir in Erfahrung bringen konnten, dass der Leitfaden erstellt wurde, weil es immer wieder Probleme mit Beigeordnetenwahlen in den kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Köln gegeben hat. Dieser Leitfaden ist mit dem Ministerium für Kommunales

abgestimmt und den anderen Bezirksregierungen zur Kenntnis gegeben und auch zur Verfügung gestellt worden.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Das ist ja schon einmal eine sehr wichtige Information, finde ich.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: CDU-Ministerium!)

Diese 13 Punkte des Leitfadens orientieren sich an der Regelung des § 71 Gemeindeordnung NRW und der aktuellen Rechtsprechung. Wenn man sich den Leitfaden genau anschaut, sieht man, dass darin auch viele Entscheidungen von Verwaltungsgerichten und Oberverwaltungsgerichten zitiert werden.

Für ein transparentes, demokratisches und regelkonformes Verfahren sind wir gut beraten, uns an den Leitfaden zu halten.

Es kann nicht die Aufgabe des Personalberatungsunternehmens sein, die Auswahlgespräche zu führen, sondern es darf diese lediglich vorbereiten. Das ist aber in Ihrem Antrag so dargestellt. So können wir das nicht stehen lassen.

Die Geheimhaltung von Bewerber*innen gegenüber dem Rat muss ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang darf es aber auch keine Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem Personalberatungsunternehmen über die Geheimhaltung von Bewerber*innen geben. Denn eine solche ist für Ratsmitglieder nicht bindend. Dies führt dann auch eventuell dazu, wenn man sein Recht sucht, dass das ein regelunkonformes Verfahren wird.

In der Ratssitzung am 18. August dieses Jahres wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Geheimhaltung ein wichtiger Faktor sei, weil Bewerber*innen ein besonderes Interesse daran haben. Das ist selbstverständlich und nachvollziehbar. Deshalb hat der Rat die Möglichkeit, nach § 30 GO die Geheimhaltung gesondert zu beschließen. Damit würden wir den Bewerber*innen zumindest die Befürchtung nehmen, dass deren Name dann in die Öffentlichkeit kommt. Also sollten wir das machen. Das wäre auch eine Möglichkeit, da voranzugehen.

Für ein Verfahren, das viele Ratsmitglieder einbindet, ist eine Findungskommission ein sehr guter Weg. Andere Kommunen machen es uns vor. Köln sollte auch diesen Weg einschlagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte gerne zum Schluss noch auf einen wichtigen Punkt eingehen. Tatsächlich bewegen wir uns bei der Dezernatswahl in einem Spannungsverhältnis zwischen den Regelungen des § 71 Gemeindeordnung, konkretisiert durch die Rechtsprechung, und dem Wunsch, dass sich fachlich sehr gut qualifizierte Menschen in Köln bewerben. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir diese Problematik als LINKE sehen und auch erkennen. Nichtsdestotrotz sind wir alle hier im Rat an gesetzliche Vorgaben gebunden.

Unser Änderungsantrag bietet die Möglichkeit, dieses Spannungsverhältnis aufzulösen und uns darauf zu konzentrieren, qualifizierte Menschen nach Köln zu holen - und das in erkennbar transparenten Verfahren, nicht nur im Rat, sondern auch in der Stadtgesellschaft.

Ganz zu guter Letzt - meine Redezeit ist fast vorbei -: Herr Petelkau, Sie haben gesagt, es sei bisher immer wunderbar in diesem Rat gelaufen. Ja, wo kein Kläger, da auch kein Richter. Wir haben hier ein Verfahren angestoßen, weil wir bestimmte Sachen nicht in Ordnung finden. Nur weil es in der Vergangenheit gut gelaufen ist, heißt das nicht, dass diese Verfahren allesamt in Ordnung waren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich an die letzte Ratssitzung. Da hat meine Vorrednerin eine Rede gehalten, die mir nicht gefallen hat. Ich bin hier ja ein leidenschaftlicher Debattenredner. Aber bei bestimmten Sachen, insbesondere wenn es um Personen geht, muss man auch wissen, welchen Ton man findet. Man muss auch nicht alles sagen, was einem aufgeschrieben wird. Das war, Herr Joisten, heute bei Ihnen so. Das können Sie besser.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Das können Sie besser. Denn es geht hier auch um einen Menschen. Das muss man auch einmal sagen. Er hat das Recht, sich zu bewerben. Wir können dann alle unterschiedlich beurteilen, wie

das Verfahren war. Aber er hat auch das Recht, sich zu bewerben. Dann muss man aufpassen, ob man das nachher alles mit seinem Namen verbindet.

Das wollte ich hier nur einmal sagen, weil ich ja schon ein bisschen länger im Rat bin und hier viele Verfahren gesehen habe. Es gab Findungskommissionen - die haben auch kein gutes Ergebnis gebracht - und andere Verfahren.

Man kann das sicherlich verbessern. Da kann man sich auch einmal zusammensetzen. Jeder kann sich optimieren. Da sind wir uns sicherlich einig.

Aber wir sollten aufpassen, dass wir hierbei nicht selber über die Stränge schlagen. Denn - das wissen alle, die schon einmal in solchen Verfahren drin waren und ein Vorschlagsrecht gehabt haben - so sehr haben sich die Verfahren - da kann ich aus meiner Erfahrung sprechen - nicht verändert, dass man sagen könnte, dass hier jetzt etwas ganz Besonderes passiert wäre. Vielmehr war das ein Verfahren, das ich in dieser Form auch üblicherweise kenne.

Neu war nur, dass sich die Bezirksregierung - in welcher Form sie kommuniziert hat, will ich jetzt gar nicht nachforschen - derart eingemischt hat und dass Sachen bei der Presse waren, bevor die Oberbürgermeisterin oder wir sie bekommen haben. Immerhin sollen wir den Beigeordneten ja wählen. Denn auch wenn dankenswerterweise die Oberbürgermeisterin das Verfahren übernommen hat, um hier eine Lösung zu finden und einen Personalvorschlag zu machen, ist es unser originäres Recht, den Dezernenten zu wählen.

Daher hätte ich eigentlich erwartet, dass die Kommunalaufsicht uns das über die Oberbürgermeisterin dann zur Verfügung stellt - aber nicht in dieser Art und Weise, wie das hier passiert ist. - Das wollte ich nur einmal in der Sache sagen.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Aber - das weiß auch das Ratsbündnis, glaube ich - die FDP war da immer eindeutig. Wir haben die Strukturierung so abgelehnt. Darum haben wir auch die Kandidaten nicht gewählt. Dann ist es auch logisch, dass Sie uns jetzt auf diesem Antrag stehen sehen. Denn wir wollten das nicht. Das hatten wir immer deutlich gemacht und es auch beantragt. Darum ist das eine inhaltliche Begründung. Ich wollte hier noch einmal zum Ausdruck bringen, dass wir das jetzt nicht mitmachen, weil das von uns vorher auch immer so kommuniziert worden ist. Darum stehen wir auf diesem Antrag auch drauf. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde gerne noch einmal ein bisschen zurückgehen. 2018 im Zuge der Stadtwerke-Affäre war ich jüngere Kölnerin - jünger als jetzt zumindest - und noch nicht sonderlich politisch. Ich war interessiert, aber nicht politisch aktiv. Die Details dieser Affäre habe ich damals nicht verfolgt und auch irgendwie gar nicht richtig mitbekommen.

Aber eine Sache werde ich nie vergessen - und das hat mich richtig aufgeregt -: dass die Politikerinnen und Politiker dieses Gremiums der Stadt Köln, des Rates der Stadt Köln, sich anschließend monatelang mit sich selbst beschäftigten statt mit den Lebensbedingungen der Kölnerinnen und Kölner und das dann auch noch in Interviews selbstbewusst kommuniziert haben. Das habe ich nicht verstanden.

Diese politische Kultur hat zu dem Eindruck beigetragen, dass es den früheren Politiker*innen Kölns, unserer gemeinsamen Stadt, in erster Linie um ihr eigenes Wohlergehen und um ihren eigenen Machterhalt geht statt um das Wohlergehen der Menschen, die in dieser Stadt leben.

Nun bin ich seit einem Jahr Teil dieses Rates. Ich bin Teil dieses Gremiums, in dem man sich jetzt fast zerfleischt, wenn es darum geht, Personen zu finden, die diese Stadt nach vorne bringen sollen und die gemeinsam konkrete Lösungen suchen sollen, um die Herausforderungen unserer Stadt anzugehen.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Kritik in unserem politischen System und im öffentlichen Diskurs ist notwendig, und dass man den Fraktionen des Gestaltungsbündnisses, zu dem ich ja auch gehöre, ganz genau auf die Finger guckt, halte ich für unheimlich wichtig und in einer Demokratie unerlässlich.

Lassen Sie uns bitte jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam nach vorne blicken, sodass die unglaublich wichtigen Themen der Stadtentwicklung, der Wirtschaft, der Digitalisierung und der Regionalen Zusammenarbeit endlich in der Verwaltungsspitze angegangen werden können.

Denn wir gemeinsam können den Kölnerinnen und Kölnern doch nicht ernsthaft erzählen, dass wir uns seit einem halben Jahr schon wieder nur mit uns selbst beschäftigen,

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

anstatt die Digitalisierung Kölns voranzubringen, anstatt mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Köln auch für die Folgen des Klimawandels und der Klimakrise gewappnet ist und nicht noch stärker dazu beiträgt, und anstatt für Wirtschaft zu sorgen, die zukunftsfähig ist und nicht im 20. Jahrhundert stecken bleibt.

Deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Beschließen Sie mit uns den Antrag zur Besetzung dieses Dezernates, damit es endlich vorangehen kann in der Verwaltung und wir die Stadt Köln stark machen können. - Danke schön.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Steuerzahler! Köln blamiert sich weiter. Die Diskussion hier ist auch eine einzige Blamage. Herr Petelkau, Sie haben mir - nämlich dem, was ich gesagt habe, als wir es auflösen wollten - eigentlich de facto gerade mit Ihrer Rede recht gegeben. Hier scheint wohl schwarzer Klüngel versus roten Klüngel zu agieren. Anders kann ich mir das Ganze, was Sie hier gesagt haben, nicht erklären.

Das zeigt auch, dass wir ein grundlegendes Problem bei der Besetzung von Spitzenbeamtenposten haben. Wir haben eine Verbonzung und eine parteipolitische Inanspruchnahme dieser Posten, die einfach ungesund ist.

(Beifall bei der AfD)

Das schwächt das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Demokratie und staatliche Institutionen.

Frau Glashagen, Sie haben soeben gesagt, dass wir uns gerade selbst beschäftigen. Aber Sie sind mittlerweile Teil dieses Ratsklüngelbündnisses. Sie machen da mit. Sie schreiben jetzt den Posten einfach neu aus, als ob nichts gewesen ist.

Es ist ein arroganter Schlag der Macht ins Gesicht der Steuerzahler, der vielen Corona-Geschädigten in dieser Stadt und auch der Flutopfer im Kölner Umland, dass jetzt dicke Posten ausgeschrieben werden und man einfach weitermacht. Man hätte hier einmal ein Signal der Bescheidenheit setzen können und einfach auf die Besetzung dieser Posten verzichten sollen.

Aber der Reihe nach: Eine Kleine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Stefan Kämmerling hat ergeben, dass die Oberbürgermeisterin - und die muss jetzt wirklich für Transparenz sorgen - mit der zuständigen Landesministerin von der CDU, Frau Scharrenbach, telefoniert hat. Angeblich soll Frau Reker nur ihre Sichtweise der Ministerin dargelegt haben. Es erscheint wenig glaubhaft, dass es da keinen Austausch zwischen den Damen gegeben hat.

Dann gibt es auch Medienberichte, dass die Frau Oberbürgermeisterin mit der Regierungspräsidentin von der SPD, Frau Walsken, in engem Kontakt via SMS stand. Zuvor hatte die Frau Oberbürgermeisterin noch verlautbaren lassen, dass es keinen Kontakt gab. Was denn jetzt? Frau Reker, hat Sie die Bezirksregierung über die mögliche Ablehnung vorgewarnt oder nicht?

Die Antwort auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Sven Tritschler von der AfD hat außerdem ergeben, dass Polizei und Staatsanwaltschaft außer den Presseberichten nichts von Anfeindungen oder Bedrohungen gegen Herrn Kienitz wissen. Es liegen also keinerlei Anzeigen vor.

Warum?

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, warum? Warum? Soll da etwas vertuscht werden?

Der gesamte Vorgang um die Besetzung des Dezernats IX macht misstrauisch. Damit meine ich auch schon den politischen Entschluss wie auch die Tatsache, dass der Name Kienitz schon zuvor in den Medien herumgeisterte.

Waren die Bedrohungen und Anfeindungen etwa nur ein Scheinargument? Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Wenn da etwas war, dann wird das mit aller Härte des Gesetzes verfolgt. - Aber wenn da nichts war und das einfach nur eine Ausrede war, dann ist das verwerflich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Dann stehen hier auch noch die laut Oberbürgermeisterin unwahren Behauptungen des früheren grünen Ratsherren Frank zu der Causa Kienitz im Raum. Warum wird nicht rechtlich dagegen vorgegangen? Ich kenne eine sehr gute Medienrechtskanzlei am Friesenplatz, Frau Reker. Ich glaube, Sie kennen sie auch. Beauftragen Sie sie doch einfach einmal, damit Herr Frank seine Aussagen zu der ganzen Causa unterlässt. Oder ist doch ein Funken Wahrheit dabei?

Es entsteht also ganz offensichtlich der Eindruck, dass hier vertuscht und verschleiert werden soll.

Die Neuausschreibung soll schnell gestartet werden. Ich bin gespannt, wann der erste Name aus dem CDU-Umfeld kursieren wird, der da mit einem wohldotierten B8-Posten versorgt werden soll.

Der Rat hätte das bereits stoppen können. Wir hatten als AfD-Fraktion ja einen ähnlichen Antrag eingebracht. Warum wurde er denn dann abgelehnt? Er hätte nämlich ein Signal gegen die ganze Klüngelei setzen können, um das Vertrauen der Bürger in unsere Stadt und ihre Institutionen zu stärken. Aber er wurde ja nur abgelehnt, weil er von der AfD war.

Die Oberbürgermeisterin muss hier endlich für Transparenz sorgen. Nur so kann das Vertrauen in die Verwaltung und in die Besetzung von Spitzenpositionen wiederhergestellt werden. Frau Reker, Sie haben bei der Stadtwerke-Affäre gegen den Parteienklüngel gestanden. Dafür auch noch einmal unser Lob. Dann sorgen Sie auch jetzt für Transparenz und Aufklärung.

Wir stehen selbstverständlich weiter für die Auflösung des Dezernats IX. Wir werden diesem Antrag auch entsprechend zustimmen und fordern die Frau Oberbürgermeisterin auf, endlich hier für Offenheit und Transparenz zu sorgen. Denn Köln kann es besser. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im World Wide Web und auf der Zuschauertribüne! Liebe alle! Vorab ein Zitat. Der sehr gute Redner der Die PARTEI hatte in einer mehr gestammelten als gehaltenen Spontanrede in der ungefähr 5. Ratssitzung des Kölner Stadtrates im März 2021 mit folgenden Worten geendet:

> Die PARTEI vergisst nicht. Wir werden den Antrag dann wohl in einer anderen Sitzung noch mal stellen.

Anlass war damals der sehr gute Antrag „Wieder Ärger um Kölner Spitzenamt“, der unverständlicherweise vom Verwaltungsbündnis einfach von der Tagesordnung genommen worden ist. Der Antrag, so Frau Martin von den Grünen - ich erwähnte es auch schon mal -, habe sich erledigt. Die PARTEI hatte damals unter anderem vorgeschlagen, ein Dezernat zur Errichtung von Dezernaten einzurichten.

Nun haben wir alle in unserer Kommunalpolitik-Bubble mit großer Aufmerksamkeit die in der Presse geführte Debatte um die Besetzung des Dezernates IX verfolgt. Angeblich sei der Aspirant und von einer Ratsmehrheit gewählte Beigeordnete dieses Dezernates nicht geeignet gewesen, den mit der Stelle verbundenen Aufgabenkreis kompetent auszufüllen.

Wir von der FRAKTION kommen nicht umhin, in aller Bescheidenheit festzustellen, dass Die PARTEI getreu ihrer Hymne auch mit ihrem damaligen Antrag und ihrer anfangs zitierten Rede wie immer recht behalten hat - zum einen damit, dass der Antrag jedenfalls thematisch dann wohl noch mal gestellt werden wird, was heute der Fall ist, und zum anderen damit, dass ein Dezernat zur Errichtung von Dezernaten sicher sinnvoll gewesen wäre. Jedenfalls wäre in diesem Fall - das hatte ich auch schon mal erwähnt - die Eignung nicht das Ausscheidungskriterium gewesen.

Eigentlich hatten wir eine interessante ornithologische Dokureihe mit dem Titel „Expedition in den Klüngelteich“ und einer Folge „Dezerneste bauen und schützen“ geplant. Leider ist dieses Projekt aufgrund unserer intern vereinbarten Faulenquote nicht umgesetzt worden. Gerne lassen wir Sie aber an der bisherigen Drehbuchgestaltung teilhaben. Die Storyline war etwa wie folgt gewesen:

Der gemeine und vitale Klüngler schafft es auch entgegen zunächst widrigen Umständen, sein Habitat entsprechend seinen Bedürfnissen konstruktiv umzugestalten. Vorrangiges Ziel ist die Schaffung eines Dezernestes, in dem er und seine Artverwandten eine produktive Brutstätte schaffen und regen Kontakt zu anderen Dezernesten aufnehmen - mit dem Ziel, diese möglichst in die eigene Dezernestruktur zu integrieren.

Doch - hier die dramaturgische Wendung - der gemeine Klüngler ist in Gefahr. Sachpolitische Erwägungen um Verschlankungen des Verwaltungsapparates und ähnlich leere Phrasen werden seitens der klüngelfeindlichen Nichtklüngler vorgeschützt, um - - Hier dann ein Cliffhanger für die nächste spannende Folge von „Expedition in den Klüngelteich“, die dann wohl heute in stilistisch etwas langweiligerer Form hier live im Rat der Stadt Köln stattfindet.

Wir von der FRAKTION jedenfalls lehnen uns zurück und beobachten mit Interesse den Fortgang dieser Tragikomödie. Stimmen werden wir in bester Fraktionsmanier mit Ja und Nein abwechselnd, gegen eine erneute Ausschreibung und für eine Auflösung des Dezernestes. Dann gibt es noch irgendwas von der NfDAP; haben wir natürlich nicht gelesen; keine Ahnung; sind wir wahrscheinlich dagegen.

Zum Ende noch ein vermittelnder Vorschlag: Zögern Sie doch die Ausschreibung und die Beauftragung des Headhunters über den Termin der Bundestagswahl hinaus. Dann steht ein Heer gescheiterter Wahlzombies zur Verfügung. Viel Glück dabei. - Gern geschehen und besten Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich muss gestehen, dass ich immer ganz dankbar für die Auflockerungen bin, die dann zwischendurch hier kommen - wobei sich das nicht nur auf die bewusste Satire bezieht, sondern, wie ich jetzt mal ein bisschen frech sagen kann, auch auf manch ungewollte Komik hier.

Damit wären wir auch schon beim Thema. Ich bin ganz dankbar, dass ich hier immer mehr oder weniger als letzte Rednerin ans Pult darf, gerade in solchen Gesprächsrunden wie eben. Ich finde es unheimlich anstrengend, was hier allen in diesem Saal und auch den Zuschauer*innen zugemutet wird. Okay, es ist Wahlkampf. Aber muss das sein, dass wir hier wie unsere Kolleg*innen bzw. eure Kolleg*innen - ich habe noch keine auf Bundesebene - nur gegenseitiges Bashing vom Feinsten betreiben, mehr oder weniger inhaltlose Polemik, und es irgendwie nur darum geht, hier im Stream möglichst gut dazustehen? Das finde ich echt richtig anstrengend. Und das hat für mich nichts mit konstruktiver Sachpolitik zu tun.

(Zurufe: Oh!)

- Danke. Danke für die Mitleidsrunde.

Ich bin für Transparenz, ja, auf jeden Fall.

Was die Zusammenlegung der Bereiche angeht, so wurde eben von der ersten Rednerin von den Grünen meiner Meinung nach durchaus plausibel dargelegt, warum es Sinn macht oder zumindest nicht völlig sinnlos ist, die Bereiche in dieser Form zusammenzulegen.

Andererseits kann man sicherlich auch anders argumentieren. Ich glaube, ehrlich gesagt, dass wir uns in der Konstellation hier sowieso nie einigen würden. Insofern: Lassen wir die Demokratie walten und die Mehrheit entscheiden.

Wahrscheinlich gibt es auch nicht die optimale Aufteilung der Bereiche in die Dezernate, weil eben, wie ja auch gesagt wurde, alles irgendwie miteinander zusammenhängt.

Gerade ich als KLIMA FREUNDIN kann nicht müde werden, zu betonen, dass das Klima-Thema sich überall durchzieht und letzten Endes alle Bereiche, alle Dezernate, alle Themen miteinander verknüpft sind und miteinander kooperieren müssen. Sonst schaffen wir es eh nicht, diese Aufgabe zu bewältigen, die uns bevorsteht.

Jetzt ist mir noch wichtig, zu sagen: Ich glaube ganz ehrlich nach dem, was ich hier bisher miterlebt habe, was die Kölner Kommunalpolitik angeht - - Ich hatte vorher schon viel über den kölschen Klüngel gehört, wie alle, und finde einiges davon bestätigt - was mich irgendwie enttäuscht und frustriert, aber was mich vielleicht auch nicht weiter überraschen sollte. Insofern möchte ich an dieser Stelle sagen: Wenn gewährleistet wäre, dass solche Posten ohne Parteibuch besetzt würden, dann hätten wir hier manche Probleme nicht.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD: Fragen Sie mal Frau Diemert!)

Aus unserer Sicht gibt es jetzt das Problem, dass manche Posten damals noch von der SPD besetzt wurden und andere aus den letzten Jahren von der CDU. Meiner Meinung, unserer Meinung nach wäre es deutlich leichter, wenn solche Posten, gerade die der relevanten Entscheidungsträger*innen in dieser Stadt, unabhängig besetzt würden -

(Beifall bei der AfD)

und vor allem nach Inhalten und nach Sachentscheidungen. Das ist meiner Meinung nach auch unsere Verantwortung gegenüber der Stadtbevölkerung.

Jetzt möchte ich noch eine letzte Sache sagen. Herr Petelkau, das richtet sich an Sie. Sie haben hier einen Kommentar wiederholt, den Sie letztes Mal schon gebracht haben. Ich empfinde das als absolute Beleidigung uns allen gegenüber - als ob wir nicht integer genug wären, uns in dieser Situation vernünftig zu verhalten. Uns steht die Akteneinsicht zu. Und wenn wir uns alle informieren würden, wer die Bewerber*innen sind, fände ich es doch wirklich vermessen und auch im Grunde genommen beleidigend, wenn dann behauptet würde, allein durch die Tatsache, dass wir von diesem Recht der Akteneinsicht Gebrauch machen, würden gute Bewerber*innen oder die besten Bewerber*innen irgendwie verscheucht oder davon abgehalten, sich zu bewerben. Dem möchte ich ganz klar widersprechen.

Als Letztes sei dazu noch gesagt - in diesem und in anderem Kontext -: Es heißt ja immer so schön: Der Mensch schließt immer erst mal von sich auf andere. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Kollegin, ich wollte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, wie viele Menschen mit grünem Parteibuch hier Dezernenten geworden sind.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nein, das ist mir nicht bekannt. Es sind ja auch noch gar nicht alle Posten besetzt.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Weil Sie das eben so pauschal gesagt haben. Ich kann Ihnen helfen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich hatte von vor allem SPD und CDU gesprochen. Das stimmt. Von Grünen hatte ich nicht gesprochen.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Lesen Sie es einfach nach. - Vielen Dank.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich möchte Ihnen allerdings schon sagen, dass ich glaube, dass dieser Rat jetzt an einem Tiefpunkt, der von Spekulationen, Beschuldigungen, Fehlinterpretationen und anderen völlig unpassenden Einschätzungen geprägt ist, angekommen ist. Das finde ich ausgesprochen bedauerlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Seit mehr als zehn Jahren verfolge ich in Köln die Wahl von Beigeordneten. Das Verfahren ist immer dasselbe, so wie es auch in Nordrhein-Westfalen immer dasselbe ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich kenne es vorher nämlich auch schon seit zehn Jahren so. Ich bin selber aus einem solchen Verfahren hervorgegangen und bin hier mit allergrößter Mehrheit gewählt worden - parteilos übrigens.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Auch das, was die Kollegin Tokyürek von den LINKEN gesagt hat, ist falsch. Es braucht keinen Kläger, sondern die Bezirksregierung überprüft jede Wahl von Beigeordneten. Manchmal teilt sie kein Ergebnis mit. Aber das heißt nicht, dass es keinen Kontakt gegeben hat.

Wie oft ich mit der Regierungspräsidentin oder mit der Ministerin telefoniere, ist ganz und gar meine Sache. Das werde ich hier nicht offenlegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wenn ich um Vertraulichkeit gebeten werde - vielleicht werden Sie davon auch mal Gebrauch machen -, dann halte ich diese Vertraulichkeit ein, bis sie von der anderen Seite aufgehoben wird oder bis man sich darüber einig ist, dass man diese Vertraulichkeit aufhebt.

Im Moment kann ich nur SMS herumzeigen. Das mache ich hin und wieder. Sie haben mich noch nicht gefragt. Sonst zeige ich sie Ihnen vielleicht auch einmal, damit Sie dann Ihre Legendenbildung sein lassen und mich nicht in eine Notsituation bringen.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Eigentlich wollte ich nach dem, was Frau Glashagen uns ins Stammbuch geschrieben hat, nichts mehr sagen. Frau Glashagen, durch Ihre Nachredner ist dieser gute Vorsatz jetzt leider wieder aufgehoben. Aber ich lasse nun über die Vorschläge abstimmen.

Und ich kann Ihnen nur sagen: Die Stadt Köln wird von vielen darum beneidet, dass sie ein Dezernat für Regionale Zusammenarbeit, ohne die Flutkatastrophe zu kennen, gegründet hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wird von allen aus der Region Köln/Bonn darum beneidet, dass sie diese Steuerungsstelle hat, die wir leider - vielen Dank, Frau Martin, dass Sie das eingangs Ihrer Rede gesagt haben - noch nicht besetzt haben.

Aber wir werden dieses Verfahren genauso regelkonform durchführen wie alle anderen, die übrigens von der Bezirksregierung nicht beanstandet wurden. Es ist noch kein einziges Verfahren von der Bezirksregierung beanstandet worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich lasse jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Antrag unter TOP 3.1.6. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Antrag unter TOP 3.1.5 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und Volt. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die SPD, das ist DIE LINKE - -

(Christian Joisten [SPD]: Sie hatten doch zuerst nach Gegenstimmen gefragt!)

- Habe ich falsch herum gefragt? - Ah so. Okay. Dann: Enthaltungen?

(Zuruf: Können wir das noch einmal wiederholen?)

- Ja. wenn Sie wünschen, können wir das Abstimmungsverfahren wiederholen.

Ich lasse über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.5 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, Volt und die Oberbürgermeisterin. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Frau Gabrysch, Herr Dr. Akude und Herr Zimmermann. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Antrag - - Herr Weisenstein. Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, den Tagesordnungspunkt 3.1.4 zu vertagen. Lassen Sie mich zwei Sätze zur Begründung sagen.

Wie Sie alle wissen, prüft die Bezirksregierung momentan das Verfahren zur Besetzung des Kulturdezernates. Sie beabsichtigen nun, das gleiche Verfahren für das Stadtentwicklungsdezernat aufzusetzen. Ich denke, es erklärt sich von selbst, dass man die drei Wochen abwarten sollte, bis die Bezirksregierung zu einem Entschluss gekommen ist, und dann neu überlegen sollte.

Außerdem möchte ich etwas anregen. Natürlich gab es in der heutigen Ratssitzung auch Misstöne. Aber ich glaube schon, dass es grundsätzlich die Bereitschaft und die Möglichkeit gibt, mit allen demokratischen Fraktionen in diesem Haus darüber zu sprechen, wie wir künftig zu einem demokratischen, transparenten und auch vertraulichen Verfahren zur Besetzung von Dezernaten kommen.

Lassen Sie uns diese drei bis vier Wochen dafür nutzen. Es verschlägt nichts, wenn wir den Antrag heute verschieben. - Vielen Dank.

Ich bitte um Abstimmung meines Ansinnens.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Wochen haben, glaube ich, auch noch einmal deutlich gemacht, dass es wichtig ist, dieses Dezernat jetzt auch zu besetzen.

Ich kann DIE LINKE durchaus verstehen, wenn sie sagt: Wir haben einen Änderungsantrag gestellt und wollen diesen Antrag jetzt vertagen. - Das ist auch vom Verfahren her vollkommen in Ordnung.

Wir halten es allerdings für notwendig und auch sinnvoll, dieses vakante Dezernat jetzt zu besetzen - auch in diesem Verfahren. Mit demselben Verfahren haben wir ja auch zum Beispiel Herrn Wolfgramm gewählt. Das ist ein Verfahren, das nicht geprüft wurde. Entsprechend können wir es jetzt auch weiter so machen.

Dem Wunsch nach einer gemeinsamen Gesprächsrunde würden wir uns auf keinen Fall verschließen. Die Misstöne, die heute gefallen sind, sind etwas, was wir auch noch einmal nachbesprechen sollten. Das sollten wir gerne auch in einer gemeinsamen Runde tun, um zu schauen, wie wir hier eigentlich generell mit den Verfahren und miteinander im Rat umgehen.

Daher würden wir jetzt den Vertagungsantrag ablehnen, aber gerne noch einmal auf die anderen zugehen und schauen, wie wir denn die Tonalität im Rat auch so gestalten können, dass hier alle fair miteinander umgehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Aber den Geschäftsordnungsantrag nehme ich natürlich zur Kenntnis. Deswegen lasse ich zunächst über den Vertagungsantrag abstimmen, bevor ich dann, je nach Ergebnis, zur Abstimmung von Tagesordnungspunkt 3.1.4 komme.

Wer dem Vertagungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Wir machen die Gegenprobe. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und die AfD. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Ursprungsantrag abstimmen.

(Zuruf von der LINKEN: Über den Änderungsantrag!)

- Moment. - Zu Tagesordnungspunkt 3.1.4. haben wir zuerst über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt. Als Nächstes kommt jetzt der Änderungsantrag der LINKEN. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Von Frau Gabrysch und von der Fraktion Die FRAKTION. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der SPD, von den LINKEN und von der AfD. Enthaltungen? - Von Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann. Dann ist diesem Antrag zugestimmt. Damit ist es so beschlossen. - Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

AN/1890/2021

Mündlicher Vertagungsantrag von RM Weisenstein

I. Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion unter TOP 3.1.6 - AN/1895/2021

Beschluss:

4. Der Rat stellt fest, dass das Handeln der Oberbürgermeisterin bei der Besetzung des Dezernats IX nicht transparent ist und das Vertrauen in ihre Amtsführung untergräbt.

5. Der Rat der Stadt fordert die Oberbürgermeisterin auf, endlich für volle Transparenz über ihre Kommunikation mit der Landesregierung, der Bezirksregierung Köln und anderen Landesbehörden beim Besetzungsprozess für das Dezernat IX und den wahren Gründen für den Rückzug gewählten Beigeordneten Niklas Kienitz zu

sorgen.

6. Die Oberbürgermeisterin wird im Besonderen aufgefordert, zu erläutern, inwieweit der Rückzug des Niklas Kienitz durch die Bezirksregierung bzw. eine andere Landesbehörde erzwungen wurde und/oder ob andere Faktoren wie z.B. Bedrohungen eine Rolle gespielt haben.

7. Der Rat fordert die Oberbürgermeisterin auf zu erklären, warum Sie keine rechtlichen Schritte gegen den früheren Grünen Ratsherren Jörg Frank, wegen seiner Behauptungen über die Gründe des Rückzugs des Herrn Kienitz im Report-K, einleitete.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP unter TOP 3.1.5 - AN/1570/2021

Beschluss:

Der Rat möge deshalb beschließen:

1. Der Rat spricht sich für die Auflösung des Dezernates IX und damit verbunden folgende veränderte Zuständigkeiten und veränderte Bezeichnungen der bisherigen Dezernate mit sofortiger Wirkung aus und erbittet dazu das Einvernehmen der Oberbürgermeisterin nach § 73 Abs. 1 S. 1 GO NRW:

Dez. OB - Oberbürgermeisterin

- Stabstelle Digitalisierung (von IX)

I - Allgemeine Verwaltung und Ordnung

- 12 Amt für Informationsverarbeitung (von IX)

VI - Stadtentwicklung, Wohnen, Bauen und Wirtschaft

- 15 Amt für Stadtentwicklung und Statistik (von IX)

- Stabstelle Wirtschaftsförderung (von IX)

III - Mobilität

- Amt für Regionales (von IX)

2. Durch die Auflösung des Dezernates IX wird eine erneute Ausschreibung der Dezernentenstelle hinfällig.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt und der Oberbürgermeisterin sowie bei Stimmenthaltung der RM Dr. Akude, RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

III. Abstimmung über den Antrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt (AN/1890/2021) und den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. (AN/1973/2021) unter TOP 3.1.4:

I. Abstimmung über den Vertagungsantrag von RM Weisenstein

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION sowie von den RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) und mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, AfD abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. (AN/1973/2021)

Beschluss:

1. Der vorliegende Antrag AN/1890/2021 wird wie folgt geändert (Ursprungstext dünn, Ergänzungen fett):

Der Rat beauftragt die Verwaltung, gemäß § 71 Gemeindeordnung NRW ein neues Besetzungsverfahren für die Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IX mit dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit entsprechend des Zuschnitts und des Anforderungsprofils sowie des beigefügten Ausschreibungstextes einzuleiten.

Bei diesem Besetzungsverfahren sind die von der Bezirksregierung Köln am 31.8.2021 veröffentlichen Rechtmäßigkeitselemente für die Vorbereitung und Durchführung einer Beigeordnetenwahl strikt zu beachten.

Die Verwaltung soll dazu unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen ein geeignetes Personalberatungsunternehmen auswählen und mit der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, der ~~Führung~~ Vorbereitung von Auswahlgesprächen sowie einer Darstellung der Ergebnisse beauftragen.

Sofern dem Personalberatungsunternehmen neben der Direktansprache von Bewerberinnen bzw. Bewerbern weitere geeignete Sondierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können und sollen diese auch genutzt werden.

*Eine Geheimhaltung von Bewerber*innen gegenüber dem Rat ist ausgeschlossen. Allen Ratsmitgliedern steht das Recht zu, sich über das Ergebnis der Stellenausschreibung sowie über den Werdegang und die Qualifikation der Bewerber*innen vor der Ratsentscheidung frei zu informieren. Dieser Informationsanspruch umfasst alle Bewerber*innen um die ausgeschriebene Position, soweit sie nicht aus eigenem Entschluss die Bewerbung zurückgezogen haben. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass der Rat eine Verschwiegenheitspflicht gemäß § 30 GO NRW beschließt.*

Sobald die Auswahl des Personalberatungsunternehmens seitens der Verwaltung getroffen worden ist, werden die Fraktionen unverzüglich über das Ergebnis schriftlich unterrichtet.

2. Nach dem Beschlusstext wird einfügt:

Für das Besetzungsverfahren wird eine Findungskommission eingerichtet.

*Diese Kommission sollte in ihrer Besetzung die Zusammensetzung des Rates abbilden. Der Kommission gehören Vertreter*innen aller im Hauptausschuss stimmberechtigten Fraktionen und Gruppen an.*

Die Kommission tagt nichtöffentlich.

*Sie unterbreitet zusammen mit der Oberbürgermeisterin dem Rat – ggf. mehrheitlich – einen oder mehrere Vorschläge für die Wahl der*des Beigeordneten für das Dezernat IX mit dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit.*

*Die Kommission hat die Möglichkeit, sich vor der Eröffnung der Bewerbungsgespräche mit der Fachöffentlichkeit über Kriterien und Anforderungen an die*den Beigeordneten zu beraten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

3. Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt (AN/1890/2021)

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, gemäß § 71 Gemeindeordnung NRW ein neues Besetzungsverfahren für die Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IX mit dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit entsprechend des Zuschnitts und des Anforderungsprofils sowie des beigefügten Ausschreibungstextes einzuleiten.

Die Verwaltung soll dazu unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen ein geeignetes Personalberatungsunternehmen auswählen und mit der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, der Führung von Auswahlgesprächen sowie einer Darstellung der Ergebnisse beauftragen.

Sofern dem Personalberatungsunternehmen neben der Direktansprache von Bewerberinnen bzw. Bewerbern weitere geeignete Sondierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können und sollen diese auch genutzt werden. Sobald die Auswahl des Personalberatungsunternehmens seitens der Verwaltung getroffen worden ist, werden die Fraktionen unverzüglich über das Ergebnis schriftlich unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD sowie bei Stimmenthaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Die Tagesordnungspunkte 3.1.4, 3.1.5 und 3.1.6 wurden auf Antrag von RM Hammer gemeinsam unter TOP 3.1.4 behandelt (siehe Ziffer III Seite 5/6). Nach der gemeinsamen Beratung erfolgte

die Abstimmung getrennt nach Tagesordnungspunkten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Transparenzoffensive 2021“

AN/1572/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/1995/2021

Herr Wortmann, Sie haben das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Gäste im Saal und Zuhörerinnen und Zuschauer! Wir alle haben im Sog der sogenannten Stadtwerke-Affäre den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln gemeinsam überarbeitet. Mit unserem heutigen Antrag wollen wir gegenüber der Bürgerschaft noch eine vertrauensbildende Maßnahme obendrauf setzen.

Dazu aber eine kleine Geschichte: Ich war schockiert, als im April 2014 ein Journalist es wagte, gegen die Herren Börschel und Ott Strafanzeige zu stellen, und eine entsprechende Klageschrift bei der Staatsanwaltschaft Köln einreichte. Es ging um den Vorwurf der Vorteilsnahme im Zusammenhang mit Vielämterei und Funktionsanhäufung. So stellte der Kläger infrage, ob den vereinbarten Honoraren und Entschädigungen auch entsprechende Leistungsmengen und Qualitäten gegenüberstehen. Unstrittig war wohl in der Klageschrift die aufgelistete Anzahl von Pöstchen: bei Herrn Ott etwas über 20, bei Herrn Börschel etwas über 30.

Die Bezüge und Aufwandsentschädigungen konnten aufgrund mangelnder Transparenz nicht dargestellt werden. Genau da setzt sieben Jahre später dieser Antrag wieder an.

Um die Geschichte abzuschließen: Bei der Pressekonferenz und Vorstellung hat der Chefredakteur einer Kölner Tageszeitung dem Kläger Wahlpropaganda und Instrumentalisierung der Medien vorgeworfen - was ich bis heute übrigens sehr bedaure. Klar, zum Zeitpunkt 14 Tage vor der Kommunalwahl hätte einem das einfallen können. Es war unglücklich, aber vom Kläger überhaupt nicht beabsichtigt, wie man weiß, wenn man ihn kennt. Ihm ging es um die Verantwortung von Ehrenamtsträgern in politischen Gremien und um Transparenz.

Wir alle haben doch nur ein Interesse: Wir wollen alle die gläserne, unangreifbare Mandatschaft für alle Kölner Politikerinnen und Politiker.

Deshalb fordern wir mit diesem Antrag eine Erweiterung der bestehenden Profile aller im Rat und in Ausschüssen und sonstigen Gremien tätigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger - für die Bürgerschaft verständlich und nachvollziehbar.

Es wird auch weitere Anträge von uns in diese Richtung geben. Es muss erkennbar sein, wer welches politische Mitglied in ein Aufsichtsgremium entsendet.

Das ist wichtig, wenn die Bürger nachfragen wollen, wenn sie zum Beispiel bei NetCologne als Teilnehmer abgezockt werden und ihnen für miserable Übertragungsraten das Flaggschiff der FritzBox-Flotte für teures Geld und einen 24 Monate laufenden Vertrag aufs Auge gedrückt wird oder wenn die RheinEnergie auf Kosten ihrer Kunden sündhaft teure Ladesäulenmodelle für Luxushaushalte an die Wand fährt.

Meine Damen und Herren, was in Berlin und Restdeutschland derzeit an Restvertrauen von der Spitzenpolitik und deren Dunstkreis an die Wand gefahren wird, soll uns nicht hindern, das Steuer herumzureißen. Also stimmen Sie für Ihr persönliches gutes Wissen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass der vorliegende Änderungsantrag in die Einzelabstimmung kommt. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FRAKTION und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von den Grünen das Wort gewünscht? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ansinnen, mehr Transparenz

hineinzubringen, ist durchaus unterstützenswert. Man muss aber auch aufpassen, dass man nicht immer wieder da Transparenz fordert, wo eigentlich schon alle Daten und Fakten bekannt sind. Mit Anträgen dieser Art wird ja teilweise auch der Anschein erweckt, das seien Geheiminformationen, die bisher nie jemand irgendwo hätte finden können. Viele der Dinge - wie hoch das Sitzungsgeld für Gremiensitzungen ist etc. - sind bekannt. Zugegebenermaßen muss man ein bisschen danach suchen.

Das Ansinnen, diese Zahlen noch einmal kompakter zusammenstellen, teilen wir also durchaus, wollen aber dem Eindruck entgegenwirken, es sei bisher nicht bekannt gewesen, weil das nicht den Tatsachen entspricht.

In unserem Änderungsantrag, der von vielen Weiteren mit unterstützt wird - vielen Dank dafür -, geht es allerdings unter anderem darum, dass wir den Punkt 3 in dieser Form nicht haben wollen. Denn wir haben mit der Beschlusslage zum PCGK, also zum Public Corporate Governance Kodex, festgelegt, dass die Verwaltung bzw. die Beteiligungsverwaltung demnächst einen Vergütungsbericht vorlegen wird, in dem auf genau diese Fragen eingegangen wird. Dann sollten wir auch diesen Vergütungsbericht abwarten und nicht jetzt im vorauseilenden Gehorsam quasi per Schnellschuss schon so etwas mit beschließen.

Daher würde ich mich freuen, wenn sich unserem gemeinsamen Änderungsantrag noch Weitere anschließen würden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es auch kurz vom Platz aus. - Grundsätzlich spricht gegen Transparenz überhaupt nichts. Das ist gut. Wir alle als Kommunalpolitiker - das würde ich jetzt für die meisten von uns in den demokratischen Fraktionen wirklich in Anspruch nehmen - sitzen hier, weil wir Überzeugungstäter sind, und nicht, weil wir damit wahnsinnig viel Geld verdienen würden. Was die Aufwandsentschädigung angeht, ist mein Credo immer: Wenn ich in derselben Zeit Pizza ausfahren würde und freundlich wäre, würde ich inklusive Trinkgeld im Zweifel mehr verdienen.

Das ist also nicht der Punkt. Transparenz ist gut. Die meisten sitzen aus Überzeugung hier. Deswegen spricht auch überhaupt nichts dagegen, das zu veröffentlichen. Man kann auch gerne darstellen, was übrig bleibt, wenn die Steuer und meine Partei drübergegangen sind. Dann reicht es nämlich tatsächlich nur noch zum Essengehen.

Dagegen spricht also überhaupt nichts. Lassen Sie uns das konzentriert sammeln und auch, wie im Änderungsantrag vorgeschlagen wird, die regelmäßige Sitzungszahl darstellen. Im Nachhinein kann man dann auch nachschauen, wie viele Sitzungen tatsächlich stattgefunden haben. Das ist ja wirklich kein Geheimnis. Das steht auch in den Geschäfts- oder Jahresberichten der Betriebe. Da sind wir also gern dabei.

Den Punkt 3 zu streichen, halten wir ebenfalls für richtig. Dort, wo Vorstände in AGs unterwegs sind, sind die entsprechenden Zahlungen ohnehin in den Geschäftsberichten zu sehen, und dort, wo Leute in einem anderen Geschäftsführerverhältnis sind, geht es die Öffentlichkeit auch erst einmal nichts an, weil es natürlich Privatleute sind, die als Geschäftsführer dort arbeiten und nicht ihr Gehalt offenlegen müssen, so wie wir das alle privat nicht tun müssen.

Die Politiker sind da anders unterwegs und anders zu beurteilen. Wenn das konzentriert gesammelt wird, spricht meines Erachtens überhaupt nichts dagegen.

Insofern würden wir dem Änderungsantrag zustimmen und dann auch dem Gesamtantrag. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Dann haben Sie das Wort, Frau Tokyürek. Bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache das auch vom Platz aus. - Vergleichen wir einmal die beiden Anträge.

Der Punkt 1 ist jetzt unstrittig. Dafür wird es ja eine Mehrheit geben.

Beim Punkt 2 können wir auch dem Änderungsantrag zustimmen. Es ist in Ordnung, wenn man das noch einmal konkretisiert.

Wir würden aber auch dem Punkt 3 zustimmen. Im Licht der Transparenz ist das auf jeden Fall ein guter Weg. Im Antrag der FRAKTION finden sich ja sehr viele Links. Andere Kommunen machen das doch schon vor. Warum soll Köln das nicht tun?

Die Begründung des Änderungsantrags des Bündnisses ist nicht ganz nachvollziehbar und auch nicht wirklich überzeugend. Da wird von Geschäftsberichten gesprochen, die man einsehen kann, und von einem Vergütungsbericht, der jetzt kommen soll. Wir können doch heute schon den Punkt 3 beschließen, und wenn der Vergütungsbericht da ist, kann man das entsprechend veröffentlichen.

Die Idee dahinter ist ja, glaube ich, dass man mit einem Klick alle Daten hat und alle Bürgerinnen und Bürger einen Zugang dazu haben. Es geht doch gar nicht um uns. Ich kann mir einen Geschäftsbericht besorgen und dann hineinschauen. Aber um mich geht es hier ja gar nicht. Es geht darum, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, auf einen Blick zu sehen: Wie hoch sind die Vergütungen? Wie ist die Höhe der Vergütungen der Mandatsträger? - Und gerade bei den Mandatsträgervergütungen halte ich es schon für bitter nötig, dass sie entsprechend veröffentlicht werden.

Insofern werden wir auch dem Punkt 3 zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir stehen auch auf dem Änderungsantrag drauf. Wir finden es gut und richtig, dass wir einmal deutlich machen, wie viele Sitzungen wir hier haben.

Mir ist nur gerade, als Herr Krupp gesprochen hat, noch eine Idee gekommen. Eigentlich hätten wir noch die Zeiten der Sitzungen mit aufnehmen müssen, um auch deutlich zu machen, wie lange wir insbesondere in Ausschüssen und in Fraktionssitzungen für das Sitzungsgeld, das wir dort bekommen, sitzen.

Bei Punkt 3 ist noch die Frage, ob im Fall von Gemeinwohl Bilanzierung und Veröffentlichung entsprechend erfolgen. Aber bis jetzt sehe ich da die rechtlichen Probleme. Meine Vorrednerin hat gesagt, dass es Städte gibt, die das veröffentlichen. Ich weiß nicht, ob sie das rechtswidrig machen. Wenn die Geschäftsführer und die Vorstände das freiwillig machen, ist das selbstverständlich möglich. Das ist immer möglich. Aber ich sehe da jetzt keine Eingriffsmöglichkeit - außer, DIE LINKE will hier politisch ein anderes System; sie hat ja gerade gesprochen. Da muss man also dann einmal schauen, wie das weitergeht.

Darum bin ich der Meinung - das ist unsere Meinung -, dass das zurzeit hier nicht geht. Deshalb haben wir den Punkt 3 auch gestrichen.

Wir bitten um eine breite Mehrheit für den Änderungsantrag, damit die Kölner Bevölkerung sehen kann, dass wir arbeiten und wie viele Sitzungen wir machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es scheint eine Rückfrage von Herrn Wortmann zu geben.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn Herr Breite die Zwischenfrage zulässt.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Ach so.

Ulrich Breite (FDP): Selbstverständlich.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Ich begrüße den Einwand von Uli Breite. Denn wir haben uns natürlich über die Formgebung einer solchen Profildarstellung keine Gedanken gemacht. Ich will ja sagen: Verwaltung macht Verwaltung, Politik macht Politik.

Deshalb werden sich daraus noch weitere Vorlagen ergeben, glaube ich. Und dann freuen wir uns auf die Abstimmung. - Danke sehr.

Ulrich Breite (FDP): War das Zustimmung zu dem, was ich gerade zu Punkt 3 gesagt habe? Ich habe es nicht ganz verstanden, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, ja.

Ulrich Breite (FDP): Ja, das meine ich auch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer an den Bildschirmen! Auch ich mache das kurz von hier.

Ich möchte an dem Punkt noch einmal die Rolle von Vertrauen betonen - Vertrauen von unseren Wählerinnen und Wählern, von den Kölnerinnen und Kölnern, wegen denen wir hier sitzen und für die wir hier alle sitzen. Dieses Vertrauen basiert zu einem großen Teil auch auf Transparenz - auf Transparenz, wie wir mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger aus deren Steuern hier umgehen.

Ein ganz wichtiger Teil sind dabei unsere, ich nenne sie jetzt mal, Bezüge, die gerade alle schon ausgeführt worden sind. Dass das transparent dargestellt wird, finden wir wichtig und völlig unstrittig. Wir freuen uns dann auf den entsprechenden Vorschlag der Verwaltung.

Wir haben bei dem Punkt 3 auch eine Schwierigkeit gesehen. Die Gründe wurden jetzt schon vielfach angesprochen. Bei diesen Personen handelt es sich nicht um gewählte Vertreterinnen und Vertreter, wie wir es sind.

Dennoch freuen wir uns an dem Punkt auf den Vergütungsbericht der Verwaltung, der viele dieser geforderten Dinge enthalten wird. Sobald er vorliegt und wir ihn uns angeschaut haben, diskutieren wir einfach noch einmal, ob er dort vernünftig verlinkt werden kann oder wie er dort noch mal dargestellt werden kann. Dann hätten wir auch diesen Punkt umgesetzt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich auf meiner Rednerliste Frau Gabrysch.

(Unruhe)

Sie haben das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Schön, dass schon ein Seufzen durch den Raum geht, wenn ich aufgerufen werde. - Ich mache es kurz. Mehr Transparenz finde ich wichtig. Ich schließe mich meinen Vorredner*innen von LINKEN und Volt an, was die Notwendigkeit angeht.

Wie eben schon einmal gesagt wurde, geht es bei Transparenz ja nicht nur darum, dass die Informationen irgendwann mit viel Mühe und Not irgendwo zu finden sind, ohne dass die Öffentlichkeit wirklich Bescheid weiß, sondern vor allem auch um Niedrigschwelligkeit und Zugänglichkeit. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, FDP, Volt und Herrn Zimmermann in Einzelabstimmung.

Zu Ziffer 2. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Zu Ziffer 3. Gegenstimmen? - Die FRAKTION, Frau Gabrysch und die LINKEN. Enthaltungen? - Dann ist dem zugestimmt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Herr Dr. Steinkamp hat das Wort.

Dr. Dieter Steinkamp (Stadtwerke Köln): Vielen Dank. - Ich nutze die Gelegenheit ja relativ selten aktiv. Aber ich möchte die von Herrn Wortmann vorhin pauschal geäußerten Abzocke-Vorwürfe gegen NetCologne und RheinEnergie nicht einfach unkommentiert hier in der öffentlichen Ratssitzung stehen lassen.

(Beifall)

Herr Wortmann, nur folgenden kurzen Hinweis: In beiden von Ihnen angesprochenen Feldern befinden sich die Unternehmen im Wettbewerb.

Bekanntlich bilden sich Preise im Wettbewerb. Da muss man dann natürlich auch das gesamte Leistungs- und Produktspektrum nehmen und darf vor allen Dingen nicht Äpfel und Birnen vergleichen.

Aber selbstverständlich - sprechen Sie mich gerne noch einmal an - können wir das im Detail vertiefen und aufklären. Ich bin sehr sicher, dass der Nebel, den Sie hier gestreut haben, sich dann positiv lichten wird. Die NetCologne hat erst vor wenigen Wochen wieder einen bundesweiten Award für ihre Breitbandehrlichkeit gewonnen, also für die garantierte Bandbreite, die dann auch im Blindtest nachgecheckt worden ist. Nehmen Sie also die Information jetzt erst einmal mit - und, wie gesagt, gerne unter vier oder sechs oder acht Augen auch mehr dazu.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln):

1. Abstimmung zu Ziffer 2

Beschluss:

Ziffer 2 wird wie folgt ergänzt:

Die Häufigkeit der Sitzungen wird pro Jahr für den regelmäßigen Turnus der jeweiligen Sitzungen angegeben, z.B. 4x im Jahr AWB, 6x im Jahr Sparkasse Köln Bonn usw. zzgl. ggf. Sondersitzungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

2. Abstimmung zu Ziffer 3

Beschluss:

Ziffer 3: wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag in so geänderter Fassung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Homepage der Stadt übersichtlich und kompakt anzugeben,

1. *wie hoch die jährliche Aufwandsentschädigung und Bezüge und wie hoch das Sitzungsgeld ist für Vorsitz, stellvertretenden Vorsitz und Mitgliedschaft in städtischen Gesellschaften, Gremien und Beteiligungen*
2. *Wie häufig Sitzungen stattfinden Die Häufigkeit der Sitzungen wird pro Jahr für den regelmäßigen Turnus der jeweiligen Sitzungen angegeben, z.B. 4x im Jahr AWB, 6x im Jahr Sparkasse Köln Bonn usw. zzgl. ggf. Sondersitzungen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Punktweise Abstimmung auf Antrag von RM Wortmann.

Nach Abstimmung weist Herr Dr. Steinkamp zum Wortbeitrag von RM Wortmann darauf hin, dass die städtischen Tochterunternehmen dem Preiswettbewerb mit anderen Anbietern auf dem Markt unterworfen seien und bietet RM Wortmann ein Erläuterungsgespräch an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Maßnahmenpaket für günstiges Wohnen schnüren“

AN/1864/2021

Hier hat zunächst Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir müssen leider wieder einmal über den Wohnungsbau in

Köln sprechen - oder, besser gesagt, über den Wohnungsbaumangel.

Am 10. September 2020 haben wir hier über den SPD-Antrag „Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!“ diskutiert. Meine Fraktion hatte sich damals die Mühe gemacht, alle schon getroffenen Beschlüsse des Rates oder des Stadtentwicklungsausschusses zusammenzufassen und dem Rat erneut zum Beschluss vorzulegen, damit sie endlich umgesetzt werden.

Wir haben hier in Köln kein Erkenntnisproblem, was fehlenden Wohnraum angeht. Wir haben auch nur in Teilen ein politisches Problem; denn auf viele Maßnahmen konnten wir uns ja verständigen. Wir haben in Köln vor allem ein Umsetzungsproblem.

Ich will das an ein paar Zahlen festmachen. Köln braucht jedes Jahr ungefähr 6 000 neue Wohnungen. Besser wären es mehr. In Köln hat circa die Hälfte der Bevölkerung Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein, und die Kosten der Unterkunft, die den städtischen Haushalt jedes Jahr mit fast 400 Millionen Euro belasten, steigen und steigen.

Und wie sieht die Realität in Köln aus? Im Jahr 2018 wurden knapp 4 000 Wohnungen fertiggestellt, 2019 waren es 2 200, und - Überraschung! - letztes Jahr waren es noch weniger, nämlich gerade mal 2 013 Wohnungen. Hier wird also nur ein Drittel der Wohnungen, die wir eigentlich bräuchten, tatsächlich bezugsfertig gebaut.

Der Bestand an geförderten Wohnungen liegt dabei stabil bei 6,8 Prozent. „Stabil“ hört sich gut an, ist es aber in dem Fall nicht. Denn wir brauchen nicht irgendwelche Wohnungen. Wir brauchen vor allem bezahlbare Wohnungen, das heißt, geförderte Wohnungen und bezahlbaren Wohnraum. Die gibt es hier kaum, obwohl viele Menschen sie sehr dringend benötigen.

Das Schlimmste dabei ist: Es werden eher weniger als mehr geförderte Wohnungen; denn wir bauen weniger geförderte Wohnungen neu, als jedes Jahr aus der Bindung herausfallen. Das Problem des fehlenden Wohnraums und vor allem des fehlenden preiswerten Wohnraums wird also jedes Jahr größer.

Unabhängig davon, dass Sie gerade das Gegenteil von Effizienz beschlossen haben, indem Sie das Thema Wohnen jetzt auf vier Dezernate aufgeteilt haben - verwaltungstechnisch nach unserer Auffassung ein Wahnsinn -, muss natürlich die Verwaltung schneller werden. Baugenehmigungen müssen zügig erteilt werden, Baupläne schnell aufgestellt werden. Dazu müssen alle Ämter an einem Strang ziehen. Das ginge natürlich besser, wenn sie in einem Dezernat zusammengelegt wären und nicht auf vier verteilt sind.

Die Wohnungsbauleitstelle müsste mit den nötigen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden. Sie darf hier kein zahnloser Tiger sein, sondern muss auch effizient handeln und entscheiden können.

Wir brauchen endlich ein strategisches Flächenmanagement, damit wir auf städtischem Grund und Boden Wohnraum schaffen, und zwar, indem wir nicht einfach an die Höchstbietenden verkaufen. Vielmehr müssen wir alle Instrumente nutzen, die wir haben, und per Erbpacht und Konzept- und Direktvergabe dafür sorgen, dass die entstehenden Wohnungen bezahlbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Stadt Köln muss auch Bauland ankaufen und, wo immer es geht, ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen. Lasst uns kreativ sein. Was ist denn aus den Überbauungen von Parkplätzen oder Supermärkten geworden? Bisher nichts.

Wenn wir eine klare Übersicht hätten, welche Flächen wir haben, die schneller bebaubar sind, könnte man loslegen und als Verwaltung ein ganz konkretes Wohnungsbauförderprogramm erarbeiten, aus dem hervorgeht, welche Flächen wir noch in diesem Jahrzehnt bebauen können. So schaffen wir bezahlbaren Wohnraum für die Menschen in Köln, die ihn am dringendsten brauchen - für junge Familien, für Studierende, für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen -, und auch Genossenschaften könnten zum Zug kommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen einen Wohnungsbaufonds, mit dem wir als Stadt Flächen ankaufen können und auch unsere städtischen und andere Wohnbaugesellschaften unterstützen, damit bezahlbare Wohnungen für alle entstehen und nicht nur für die oberen Zehntausend.

Liebe Oberbürgermeisterin, liebe CDU, liebe Grüne, andere Großstädte - da sei Hamburg als Beispiel genannt; ich werde aber jetzt nicht sagen, wer zu der Zeit dort Bürgermeister war -

(Heiterkeit)

haben es vorgemacht. Lassen Sie uns eine Offensive für bezahlbares Wohnen starten, etwas gegen die steigenden Mieten hier tun und mit diesem Beschluss bekräftigen, was wir eigentlich alle wollen, nämlich faire Mieten für alle. Die Maßnahmen liegen schon alle auf dem Tisch. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Packen wir's an. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ja, unsere Stadt steht vor vielen Herausforderungen: Klimawandel, Corona, knappe Kassen und auch steigende Mieten. Letzteres gehört zu den Problemen, die wir als Politik lösen müssen. Deshalb würde ich meine Energie gerne dafür verwenden, diese Dinge schnell und ganz konkret anzugehen, und nicht dafür, mich mit so einem Showantrag zehn Tage vor der Bundestagswahl auseinandersetzen zu müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Alles, was hier steht - wirklich alles -, ist Beschlusslage. Und nicht eine Wohnung, lieber Mike Homann, würde mehr gebaut werden, wenn wir es noch einmal beschlössen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Erster Punkt: strategisches Flächenmanagement. In der Stadtstrategie 2030 heißt es auf Seite 84:

> Um dem stetig steigenden Flächendruck zu begegnen, muss Köln zukünftig ein Flächenmanagement aufbauen und die aktive Steuerung der Bodennutzung durch eine nachhaltige Liegenschafts- und Bodenpolitik ausbauen.

Und später:

> Dafür baut Köln ein digitales strategisches Flächenmanagement auf.

Noch Fragen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört! Hört!)

Zweiter Punkt: Flächenankauf. Im Antrag der SPD heißt es:

> Die Verwaltung führt eine … noch aktivere … Bodenbevorratung ein, …

Diese Formulierung impliziert, dass die Verwaltung bereits aktiv ist. Sie tut genau das, was Sie fordern: gezielter Ankauf von Bauland. Die Aufforderung, da noch aktiver zu werden, ist unnötig.

Und natürlich ist es selbstverständlich - dafür stehen wir Grünen und das Bündnis -, dass überall da, wo das Vorkaufsrecht gilt, dieses auch genutzt wird. Allerdings ist auch klar, dass das nicht zu jedem noch so übertriebenen Preis passieren kann; denn das trägt eben nicht, wie Sie es im Antrag formulieren, immer dazu bei, dass der Preis gedämpft wird, sondern das kann die Bodenpreisspirale auch durchaus nach oben treiben.

Dritter Punkt: Geld. Im Antrag heißt es, es solle ein Fonds zum Ankauf von Grundstücken und Immobilien aufgelegt werden.

Liebe SPD, da lohnt sich ein Blick in den aktuellen Haushaltsplanentwurf. 50 Millionen Euro sind dafür vorgesehen. Ich denke, das sollte reichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Und Sie können darauf vertrauen, dass wir Grünen und das Bündnis darauf achten, dass dieses Geld zielgerichtet und nachhaltig angelegt wird.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Schon seit 20 Jahren!)

Punkt 4 des Antrags schlägt eine Umstrukturierung der Verwaltung vor. Tja, hier weichen unsere Vorstellungen voneinander ab. Die vorgeschlagene Zentralisierung von Ämtern wird dem komplexen Thema Wohnen unserer Meinung nach nicht gerecht. Das Bündnis hat den Stadtvorstand gestärkt und Veränderungen innerhalb der Verwaltung vorgenommen, was gerade mit Blick auf städtische Liegenschaften und Stadtentwicklung auch dem Wohnungsbau zugutekommen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Und schließlich Punkt 5 Ihres Antrages:

> Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen aus dem Jahr 2015 wird konsequent umgesetzt und … fortgeschrieben.

Ganz genau so machen wir das. Auch dieser Punkt 5 zitiert eins zu eins die Beschlusslage.

Abschließend noch ein Wort zu Ihrer Begründung: Da nennen Sie Hamburg als positives Beispiel - warum auch immer;

(Heiterkeit)

vielleicht, um zehn Tage vor der Bundestagswahl auf vermeintliche Verdienste des früheren Ersten Bürgermeisters hinzuweisen; man weiß es nicht. Hamburg gehört jedenfalls zu den fünf Städten in Deutschland mit den teuersten Mieten - weit vor Köln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Ich fasse zusammen: Der Antrag ist von Punkt 1 bis Punkt 5 und bis zur Begründung unnötig und frisst unser aller Zeit. - Danke, dass Sie mir trotzdem zugehört haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Sommer das Wort.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte SPD, man könnte eigentlich erwarten, dass man auf Ihren Antrag seriös antwortet. Das ist auch das, was wir hier üblicherweise tun. Aber diese Niveaulosigkeit von eben kann ich gerne einmal zurückgeben. Mehr als den Satz, dass es sich hier nur um rein populistisches Tun handelt, brauche ich nicht zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist immer das Gleiche: Sie sind gar nichts. Es sind immer die anderen; die Oberbürgermeisterin ist es; die CDU ist es. Sie setzen sich mit Fakten und Tatsachen nicht auseinander. Hier wird irgendetwas in den Raum gestellt und irgendetwas behauptet. Das ist niveaulos, aber entspricht ja Ihrem Stil von heute.

(Beifall bei der CDU)

Wohnungsnot ist nicht nur reine Chefsache; Wohnungsnot entwickelt sich vielleicht auch, und auch Sie haben damit zu tun.

Was es hier auch schwierig macht, ist zum Beispiel, dass Zielkonflikte in Ihren Anträgen überhaupt nicht mitberücksichtigt werden. Sie stellen einfach etwas in den Raum. Dass wir natürlich auf der einen Seite klimabedingt Flächen schonen wollen und auf der anderen Seite die Bautätigkeit steigern müssen, ist doch klar. Aber das wollen Sie ja gar nicht hören.

Und wenn es mal um das Thema Bauen geht: Wenn ich mir Ihr Wahlprogramm ansehe - Mietendeckel, Vermögensteuer, Enteignungsfantasien -, kann ich der SPD-Linken nur sagen: Da möchte ich doch mal private Investoren sehen, die noch Lust auf Bauen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das reicht für Sie heute. Mehr sage ich nicht dazu; denn mehr haben Sie nicht verdient.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Zunächst möchte ich mich bei der SPD dafür bedanken, dass sie heute das Thema Wohnen erneut auf die Tagesordnung gesetzt hat. Das mag Ihnen von der CDU und von den Grünen natürlich ein Stück weit unangenehm sein.

(Widerspruch bei der CDU)

- Ja. Man muss es doch einmal benennen. Das ist ja auch nachvollziehbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir haben vor drei bis vier Jahren mit großem Brimborium das sogenannte Bündnis für Wohnen ins Leben gerufen. Seitdem sind die Zahlen der fertiggestellten Wohnungen so schlecht, wie sie schon sehr, sehr lange nicht mehr waren. Es wurden 6 000 Wohnungen mit der Wohnungswirtschaft vereinbart. Wenn es einigermaßen läuft, bekommen wir 2 000 im Jahr zusammen. Das bedeutet also mindestens ein Defizit von 4 000 Wohnungen im Jahr.

Frau Martin, Sie haben vorhin mit Geld argumentiert. Das Problem ist doch: Wir haben in dem Ankaufblock, den wir haben, doch mehr Geld, als wir jemals ausgegeben haben.

(Zuruf von Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen])

- Das ist doch jetzt einmal egal. Wir müssen aber doch einmal den Problemen auf den Grund gehen. Wir schieben jährlich Millionen im Haushalt vor uns her an Geld, mit dem wir Flächen kaufen können. Wir tun es aber nicht.

Und warum tun wir es nicht? Weil wir es, was nicht nachvollziehbar ist, seit Jahren nicht hinkriegen, meine Damen und Herren, endlich einmal darüber zu reden, wie wir die Bodenpolitik der Stadt Köln tatsächlich reformieren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir warten seit Jahren auf eine Vorlage zum Erbbaurecht, und es kommt nichts. Wir hatten im Juni einen Antrag eingebracht. Da hat die SPD noch einen Antrag eingebracht. Dann wurde er in den Liegenschaftsausschuss vertagt. Und jetzt sagt das Liegenschaftsamt: Ja, nach zwei Jahren können wir jetzt wirklich einmal überlegen, ob wir bald ein Fachgespräch machen. - Ich bin ja absolut dafür, dieses Fachgespräch zu führen, und habe auch große Hoffnung, dass unser neuer Liegenschaftsdezernent - jetzt ist er leider nicht da - tatsächlich in den nächsten Wochen einmal zu diesem Gespräch einlädt. Es ist höchste Eisenbahn, meine Damen und Herren. Das müssen wir unbedingt machen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir werden nämlich nur dann dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung bauen und erhalten können, wenn das Land, auf dem die Wohnungen stehen, uns gehört und wir sagen: Ihr Investoren müsst das und das und das machen.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Sonst geht es nicht, Herr Breite. Das wissen Sie. Sie können etwas anderes dazu erzählen. Das stimmt halt einfach nicht.

Ein weiterer Punkt geht auch in Richtung SPD. Ja, es ist ein guter Antrag, und wir stimmen auch zu. Aber trotzdem muss ich zwei Dinge zur SPD sagen.

Wir müssen doch jetzt alle Kraft darauf verwenden, dass wir die GAG stärken. Und die GAG stärken können wir nur, indem wir der GAG Fläche zur Verfügung stellen. Da nutzt es nichts, nur mit dem Kopf zu nicken. Da muss man richtig aktiv werden, meine Damen und Herren. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die GAG sowohl in Kreuzfeld als auch in der Parkstadt Süd mit richtig dicken Dingen versorgt wird, damit dort preiswerter Wohnraum für alle Kölnerinnen und Kölner besteht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, noch etwas zur Liegenschaftsfrage und zum Thema Erbpacht: Wir haben ja - und es ist auch richtig gut, dass wir den haben - im Stadtwerke-Konzern einen Entwickler. Den müssen wir auch benutzen. Dem müssen wir viele Aufgaben geben. Der hat auch vieles vor der Brust. Wir haben ja viele Dinge zu entwickeln. Wir haben die Parkstadt; wir haben Kreuzfeld; wir haben das Otto-Langen-Quartier; wir haben den Deutzer Hafen; wir haben Tod und Teufel. Deswegen ist es natürlich sehr, sehr wichtig, dass wir diese Gesellschaft haben.

Jetzt appelliere ich an die SPD für diese anstehenden Fachgespräche. Wir haben da ja eine Differenz. Wir als LINKE sagen - und ich hoffe, dass das die Mehrheit in dieser Stadt auch so sieht -: Wir dürfen nicht nur kein Land mehr verkaufen, das uns direkt gehört, sondern müssen auch dafür Sorge tragen, dass auch die Unternehmen, die wir mit Projektentwicklung beauftragen, nur noch in Erbpacht vergeben können.

Das wird ein schmerzhafter Einschnitt. Da müssen wir alle als Politik zusammenhalten und mit dem Stadtwerke-Konzern richtig ins Benehmen gehen. Aber es ist ganz, ganz wichtig, dass das passiert, meine Damen und Herren. Dann wird natürlich - - Ich weiß nicht, ob es Tränen gibt; aber es wird schon Schimpfe geben. Aber da müssen wir durch. Es darf weder städtisches Land verkauft werden, noch darf Land verkauft werden, das irgendeiner städtischen Tochter gehört.

Jetzt ist meine Redezeit abgelaufen, und ich will Sie nicht länger strapazieren. Wir stimmen dem Antrag der SPD zu, weil er grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Aber ein bisschen nachdenken und feilen müssen wir noch. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen von der SPD, der Antrag hat mich total überrascht. Um das zu erklären, muss man Ihren Antrag von hinten aufrollen.

In Ihrer Begründung listen Sie im ersten Absatz die Probleme im Bereich Wohnen auf. Damit haben Sie absolut recht.

Im zweiten Absatz mutmaßen Sie über die Ursachen für diese Probleme. Auch hier kann ich Ihnen folgen bzw. stimme Ihnen sogar in weiten Teilen bzw. im Großen und Ganzen zu. Vor allen Dingen liegen Sie richtig in Bezug auf die Länge der Verfahren bei B-Plänen und Bauanträgen. Sie wissen vermutlich auch, dass ich Ihnen noch viel mehr Gründe nennen kann, zum Beispiel hohe Baukosten aufgrund von immer mehr Auflagen.

Die von Ihnen und mir genannten Ursachen haben alle eines gemeinsam: Bürokratie.

Und jetzt zu dem für mich Überraschenden an Ihrem Antrag: Statt als Lösung Ihrer richtig analysierten Problemlage einen Abbau von Hemmnissen im Wohnungsbau zu fordern und Verfahren zu beschleunigen, wollen Sie dem Ganzen mit noch mehr Bürokratie zu Leibe rücken:

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

weitere Stellen, Ämter-Tetris, neue theoretisch-akademische Steuerungselemente - das „sozialistische“ spare ich mir -, Quoten etc.

Liebe Kollegen von der SPD, warum kommen Sie nicht zu einem viel simpleren Schluss? Wir müssen schneller planen und bauen, und dafür müssen wir Hürden nicht auf-, sondern abbauen.

Einen Antrag in diese Richtung hätte die FDP sicher mitgetragen. So bleibt bei Anerkennung des guten Willens nur die Ablehnung. - Danke.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini hat jetzt das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier und im Stream! Grundsätzlich kann ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen. Die SPD und DIE LINKE haben sehr gute Dinge gesagt. Nichtsdestotrotz werden wir von Volt auch diesen Antrag ablehnen - nicht, weil wir nicht dem zustimmen, was darin steht, aber, weil der Antrag einfach nicht zielführend ist. Wie Christiane Martin schon gesagt hat, sind viele Dinge nämlich schon in der Verwaltung im Prozess und werden bereits angeschoben, fortgeschrieben und angepasst.

Ich will ja nicht sagen, dass wir hier nicht noch mehr Tempo brauchen oder dass wir nicht natürlich analysieren müssen, wo genau jetzt die Schwierigkeiten sind. Aber was im Antrag an sich steht, ist, wie gesagt, alles bereits beschlossen worden und schon in der Umsetzung. Natürlich wünsche auch ich mir mehr Tempo. Aber aus den genannten Gründen werden wir diesem Antrag jetzt nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.8 abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION, die AfD und Frau Gabrysch. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Die Verwaltung führt ein strategisches Flächenmanagement ein. Städtischer Grund und Boden wird künftig nicht mehr nach dem Höchstpreisgebot verkauft, sondern im Wege des Erbbaurechts nach Konzept- oder Direktvergabe vergeben. Ziel ist es, grundsätzlich mindestens 30% geförderten und zusätzlich 30% preisgedämpften Wohnraum zu schaffen und so Wohnformen für besondere Zielgruppen (Genossenschaften, Azubi-/studentisches Wohnen, generationenübergreifendes, kooperatives und inklusives Wohnen, städtische Housing-First-Plätze etc.) zu realisieren.*

2. *Die Verwaltung führt eine systematische, noch aktivere Liegenschafts- und Bodenbevorratung ein, indem sie gezielt Bauland ankauft und dieses zur Baureife entwickelt.*

   Durch Ankauf von auf dem Markt befindlichen Immobilen, im Rahmen des Markterwerbs oder durch Ausübung des städtischen Vorkaufsrechtes übernimmt die Verwaltung eine aktivere Rolle zur Preisdämpfung auf dem überhitzten Wohnungsmarkt.

   Sie erarbeitet ein Wohnungsbauprogramm 2030, in dem zügig bebaubare Flächen ausgewiesen und konkret geplant werden sowie parallel eine Strategie für eine Liegenschafts- und Bodenbevorratung ausgearbeitet wird.

3. *Die Verwaltung legt einen Wohnungsbaufonds auf, der dem Ankauf von Grundstücken und Immobilien, der Gewährung von Bürgschaften an städtische Gesellschaften, der finanziellen Unterstützung städtischer Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierter Vermieter*innen dient.*

4. *Die für die Themen Wohnen und Wohnungsbau maßgeblich zuständigen Ämter werden in einem Dezernat gebündelt, um Abstimmungswege zu vereinfachen, und personalmäßig so ausgestattet, dass die Bearbeitungsprozesse deutlich verkürzt werden. Die benötigten Stellen werden dem Stellenplan hinzugefügt.*

   Die Wohnungsbauleitstelle wird mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen mit Richtlinienkompetenz als Querschnittsstelle ausgestattet.

   Die Verwaltung richtet eine Beratungsstelle ein, die zu allen Wohnungsbauthemen und Fördermöglichkeiten (z.B. Bauantragsverfahren, energetische Sanierung, Photovoltaik und Solarthermie, Wärmepumpen, Anschluss Fernwärmenetz etc.) informiert und berät.

5. *Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen aus dem Jahr 2015 wird konsequent umgesetzt und bei Bedarf fortgeschrieben.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der Fraktionen Die Linke., FDP und Die FRAKTION betreffend „Sonnendeck - PV-Anlagen über Autobahnen“

AN/1897/2021

Ich gebe Frau Niknamtavin das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Da nach meiner Rede noch ausführlichere Reden folgen, halte ich mich kurz.

Wir möchten heute eine bereits versiegelte Fläche für unsere Energietransformation nutzbar machen. Ende des Monats wird uns die Verwaltung mitteilen, wie versiegelt unsere Stadt ist. Daraus werden wir zwei Schlüsse ziehen müssen:

1. Wo kann entsiegelt werden?
2. Wie können wir die versiegelte Fläche optimaler nutzen?

Unser Antrag kann bereits jetzt einen Beitrag zum Punkt 2 leisten. Daher bitte ich Sie um breite Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort. - Oder Herr Sterck. Sehr gerne auch Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin, das Bild unseres Bundestagskandidaten Volker Görzel hängt ja jetzt in der halben Stadt. Geht man irgendwo auf eine Veranstaltung, wird man freundlich begrüßt: Tag, Herr Görzel. - Dann sage ich: Nein, Herr Görzel ist der andere mit wenigen Haaren; ich bin Herr Sterck.

(Heiterkeit)

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Schmeckpeper, der früher für die Ratsgruppe GUT tätig gewesen ist, hat über dieses Thema mit mir bereits vor langer Zeit einmal gesprochen, auch wegen möglicher Einsatzformen im Rheinischen Revier. Deswegen taucht in diesem Antrag merkwürdigerweise auch die Stadt Kerpen auf, die sich um dieses Thema schon

verdient gemacht hat. Aber wir haben uns gedacht: Warum soll das nur entlang der A 4 in Kerpen passieren? Warum soll das nicht auch in Köln stattfinden?

Der Antragsentwurf ist an uns herangetragen worden. Wir haben da gerne mitgemacht. Ich habe mich gewundert, dass sich nachher so wenige Fraktionen hier beteiligt haben. Die möglichen Bedenken werden wir ja sicherlich später hören.

Köln hat wenige Möglichkeiten für erneuerbare Energien. Es soll Fraktionen geben, die gerne mehr Windräder in Köln bauen wollen. Das sehen wir als FDP-Fraktion gerade in einer so eng bebauten Stadt kritisch. Wir haben auch schon zig Beschlüsse gefasst, was Photovoltaik angeht. Ich würde einmal behaupten, dass in dieser Richtung in Köln bisher wenig bis nichts passiert ist.

Wir haben, was Flächen angeht, natürlich Probleme, Photovoltaik hier richtig auszurollen. Außer den Dachflächen gibt es da auch wenige Möglichkeiten.

Deswegen müssen wir, wie wir das in anderen Bereichen ja auch tun, über Doppelnutzungen nachdenken. „Doppelnutzungen“ bedeutet: Wie kann man die Fläche in Köln doppelt einsetzen? Da wir hier in Köln große Autobahnflächen haben, haben wir es als nachvollziehbar empfunden, genauer zu prüfen, wie man dort eine Doppelnutzung hinbekommen kann, sodass diese Flächen nicht nur für die individuelle Mobilität zur Verfügung stehen, sondern man dort möglicherweise auch noch etwas Energie erzeugen kann.

Daher hoffe ich, dass die eine oder andere Fraktion sich heute vielleicht doch noch überwinden kann, auch wenn sie nicht Mitantragsteller ist, dieser Initiative zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauer*innen hier im Saal und zu Hause an den Endgeräten! 5 000 bis 6 000 Quadratmeter stehen uns auf öffentlichen Gebäuden zur Verfügung, um diese mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Wenn es gut läuft, können wir in circa zehn Jahren erfolgreich zwei bis drei Schwimmbäder damit beheizen.

Die privaten Dachflächen entziehen sich dem unmittelbaren Zugriff der Stadt und stehen somit nicht in Berechnungsgrundlagen zur Verfügung. Sie sind privat. Daran ist nichts zu rütteln.

Zudem müssten wir, um die städtischen Klimaziele zu erreichen, pro Tag auf 40 Dächern PV-Anlagen installieren, um jährlich 15 000 einzelne Dachflächen zu bebauen, welche von der Verwaltung anvisiert sind.

Natürlich hoffen wir alle darauf, dass sich möglichst viele Eigentümer*innen dazu entschließen, in Eigeninitiative etwas zur städtischen Klimaneutralität beizusteuern. Jedoch müssen wir als Stadt die Vorreiterin sein.

Ganz abgesehen davon, stehen uns so viele Elektroingenieur*innen aktuell nicht zur Verfügung - ein Job mit Zukunft.

Deswegen haben wir uns auf bereits versiegelte Flächen auf dem Kölner Stadtgebiet konzentriert. Da Stauseen, Berghänge oder Ähnliches in der hiesigen Topografie rar gesät sind, bietet sich die Autobahn mehr als an. Diese riesige Fläche auf dem städtischen Gebiet, deren einzige Nutzung aktuell dem MIV und dem Güterverkehr zur Verfügung steht, sollte einem Mehrfachnutzen dienen. Die Autobahn hat nur eine Eigentümerin. Sie ist verkehrlich gut angebunden und wird auch die nächsten 100 Jahre noch existieren. Ergo: perfekt für Installation und Wartung.

Zudem gibt es mittlerweile lichtdurchlässige PV-Systeme, welche einem befürchteten Tunneleffekt zuvorkommen. Es gibt Beispiele für ausfahrbare Anlagen, welche bei schlechtem Wetter eingefahren werden können und eine Wartung am Rande der Autobahn ohne Vollsperrung ermöglichen.

Jedoch werden auch hier natürlich wieder Ressourcen verbraucht. Aus Pappe lässt sich so etwas nur schwer bauen. Mit einer Stahlseilkonstruktion und sparsamem Einsatz von Masten lässt sich jedoch ein schonender Umgang gestalten. Cradle to Cradle, warum nicht? Es wird in Zukunft immer wichtiger, Materialien so zu verbinden, dass sie dem Kreislauf wieder zugutekommen.

Unser Antrag bzw. unser Prüfauftrag zielt darauf, mehr valide Informationen zu dieser Option und den Grundvoraussetzungen zu erhalten.

Außerdem geht es um Gespräche mit landes- und bundesweiten Akteur*innen; denn wir wollen alle Potenziale, die sich bieten, nutzen, abwägen und betrachten. Forschung und Industrie zeigen uns, dass wir als Kommune neue Wege gehen müssen.

In unserer Nachbarkommune Kerpen gab es bereits einen Vorstoß zu diesem Thema, da dort erkannt wurde, dass die städtische Klimaneutralität aufgrund der Belastung durch die Autobahnen nicht erreicht werden kann, ohne diese mit einzubeziehen. Hier bietet sich ein regionaler Zusammenschluss an. Denn auch wir sind vom Strukturwandel in den Nachbarregionen betroffen. Wir müssen Tempo machen und auch mit einzelnen großen Projekten an den Start gehen.

Natürlich kann dieser Antrag auch Teil einer großen Solarstrategie sein. Allerdings würden wir das gerne einzeln betrachten und nicht nur in diesen großen Blumenstrauß mit aufnehmen.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen, damit die Stadt Gespräche aufnehmen kann und wir umfassende Informationen erhalten und Verhandlungsgrundlagen schaffen, um mit der Stadt einen Leuchtturm in Sachen Klimaschutz zu bilden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Schlömer das Wort.

Ursula Schlömer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um die Klimaziele zu erreichen, muss Köln beim Ausbau der Photovoltaik massiv zulegen. Da sind wir uns ja anscheinend alle einig.

Zu Beginn der heutigen Sitzung hat unser neuer Beigeordneter William Wolfgramm eindrücklich herausgestellt, dass wir eine PV-Offensive brauchen.

Zunächst einmal bieten die Kölner Dachflächen ein gigantisches Ausbaupotenzial. Dabei sind alle Akteurinnen und Akteure gefragt - vorneweg die Stadt Köln und die städtischen Beteiligungsgesellschaften mit ihren Liegenschaften, weiterhin die Wohnungswirtschaft sowie die privaten Immobilienbesitzer*innen und die Gewerbetreibenden.

Daneben sind natürlich durchaus kreative Ideen gefragt, wie noch weitere Flächenpotenziale im Kölner Stadtgebiet für den PV-Ausbau identifiziert und realisiert werden können.

Allerdings liegt in dem hier vorliegenden Antrag der Fokus nur auf den Autobahnen. Das scheint etwas eng gefasst.

Es geht hierbei auch keineswegs um ein Entweder-oder, also PV auf Dachflächen oder anderweitige Flächenpotenziale, sondern es geht darum, alle möglichen Potenziale, die technisch machbar und ökologisch und ökonomisch sinnvoll sind, auszuschöpfen.

Wir möchten die inhaltliche Diskussion darüber allerdings zunächst im zuständigen Fachausschuss führen. Daher beantragen wir, nach Abschluss der jetzigen Debatte den Antrag in den Ausschuss für Klima und Umwelt zu verweisen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jäger hat jetzt das Wort.

Christiane Jäger (SPD): Ich mache die Kommentierung der SPD zu dem Antrag auch gerne vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe alle hier im Raum und wo auch immer! Es ist ein bemerkenswertes Trio zusammengekommen, das sich auf diesem Antrag findet. Allein das führt dazu, dass man ihn schon sehr genau lesen sollte. Das haben wir dann auch gemacht.

Die Zielrichtung, mehr Flächen für PV hier in dieser Stadt zu finden, ist vollkommen richtig - das haben alle schon gesagt - und unterstützt die SPD-Fraktion selbstverständlich auch.

Eine realistische Chance, dass ein tatsächliches Sonnendeck auf irgendeinem Stück der Autobahn in Köln entstehen wird, sehen wir nicht. Wir glauben nicht, dass jemand hier in diesem Ratssaal erleben wird, dass das tatsächlich gebaut wird - auch die Jüngsten von uns hier nicht. Ich erlaube mir sogar die Kommentierung: Ich vermute, dass selbst das neugeborene Kind von Frau Abé dieses nicht erleben wird.

Nichtsdestotrotz sind wir, die SPD-Fraktion, der Meinung, dass wir natürlich kreative Lösungen brauchen, um mit der Photovoltaik

voranzukommen. Deswegen werden wir aus politischen Gründen diesem Antrag auch zustimmen.

Trotzdem möchten wir darauf hinweisen, dass in der Realität unsere Baustellen auf den Autobahnen heute natürlich schon Dauerthema sind. Eigentlich haben wir ein Jahrzehnt von Baustellen und des Dauerthemas Stau, und es geht nichts voran. Weitere Baustellen, auch im Zuge von Photovoltaikerstellung, sind möglicherweise etwas kompliziert und etwas schwierig und bringen uns nicht nach vorne.

Es wäre dem Bürger auch schwer zu vermitteln, warum jetzt bei der Photovoltaik und den Autobahnen seitens der Autobahn GmbH Gas gegeben werden soll, wo doch das Thema Lärmschutzwände seit Jahrzehnten in ganz vielen Ecken dieser Stadt ein großes Problem ist und nichts passiert.

Unsere Anregung ist daher: Möglicherweise muss die Autobahngesellschaft nicht nur gucken, was direkt über der Straße geht, sondern auch schauen, was rechts und links der Straße möglich ist. Möglicherweise gibt es sogar zukünftig kluge Lösungen, Lärmschutzwände direkt mit Photovoltaik zu versehen

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

und in diesem Kontext tatsächlich kreative Lösungen ein Stück voranzubringen.

Wie Sie sehen, haben wir uns damit beschäftigt. Wir teilen also politisch diesen Antrag und werden ihm zustimmen. Ich könnte es auch so formulieren: Bei Anerkennung des guten Willens stimmt die SPD-Fraktion zu.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen großen Konsens, glaube ich, dass wir den Photovoltaikausbau schnell vorantreiben müssen.

Herr Wolfgramm hat vorhin schon etwas zum Verhandlungsergebnis zwischen RheinEnergie und Klimawende Köln gesagt. Das fordert uns ja noch einmal heraus. Wenn ich das richtig herausgehört habe, haben Sie auch einen gewissen Respekt vor diesem Ergebnis und wissen, dass das schon eine enorme Herausforderung ist.

Wir haben in Köln viele Dächer: kleine, große, schräge, steile, flache. Aber alle Dächer werden nicht ausreichen, um in kurzer Zeit schnell den Photovoltaikausbau voranzutreiben, sodass wir glauben, dass wir tatsächlich auch zusätzliche Flächen benötigen.

Hier ist jetzt ein innovativer Ansatz vorgestellt worden, der aber auch seine Haken und Ösen hat. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass es eine ressourcenschonende Bauart sein soll. Das ist nämlich genau die Herausforderung - unter anderem. Sicherlich gibt es auch noch von den Genehmigungen her große Hürden zu nehmen.

Wir möchten dem Antrag aber gerne eine Chance geben und ihn im Fachausschuss weiterberaten. Wir sind allerdings auch der Meinung, dass wir das in einer Gesamtschau mit den anderen Möglichkeiten, Photovoltaik auszubauen, machen sollten. Deswegen schließen wir uns an und bitten um Verweisung in den Fachausschuss.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause! Ich halte mich kurz und bleibe dabei am Platz.

Auch wir erkennen natürlich die Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien an und freuen uns sehr, dann mit Herrn Wolfgramm auch innovative Vorschläge wie diesen zu diskutieren. Aber wir haben seit dieser Ratsperiode einen Ausschuss für Klima. In diesem Ausschuss sollten wir das auch fachlich diskutieren, finde ich. Ich sitze glücklicherweise selber auch darin und freue mich dann schon auf diese Diskussion. Trotzdem vielen, vielen Dank für die innovative Idee.

Ich freue mich auf den Austausch in diesem Gremium, dem Ausschuss für Klima, und schließe

mich meinen Vorrednern an, die um Verweisung in diesen Ausschuss bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Frau Gabrysch auf der Rednerliste.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es überrascht euch wahrscheinlich nicht, dass ich ein großer Fan von dieser Initiative, von dieser Idee bin. Die KLIMA FREUNDE treten - das habe ich ja schon mehr als oft genug gesagt - natürlich absolut dafür ein, dass auch PV mit großen Schritten voranschreitet. Wenn wir es mit der Klimawende ernst meinen und unsere Stadt schnellstmöglich und bestmöglich klimaresilient machen wollen, dann brauchen wir auch eine schnellstmögliche und bestmögliche Energiewende. Und da ist das Thema PV einfach einer der größten Bestandteile.

Deswegen begrüße ich auch sehr, dass die RheinEnergie eine PV-Offensive für Köln ausgerufen hat und dass sich in diesem Jahr auch die Bürger*inneninitiative Solaroffensive Köln gegründet hat.

Wir müssen alle Flächen nutzen - jeden Quadratzentimeter - für PV, für Strom, für Wärme und auch für Dachbegrünung. Es wird eine riesengroße Herausforderung. Umso wichtiger ist es, dass wir an allen Stellen schauen. Wir brauchen private Dächer. Wir brauchen wirtschaftlich genutzte Dächer. Wir brauchen unsere öffentlichen Dächer. Wir brauchen eben auch Flächen, die sich in unserem Stadtraum befinden und die uns nicht gehören, sondern vielleicht der Bundesebene gehören.

Deswegen begrüße ich dieses innovative, kreative Projekt umso mehr. Ich würde mir wünschen - - Ehrlich gesagt, weiß ich nicht, was dagegensprechen würde, ein solches Projekt auch mal separat zu betrachten und auch mal voranzuziehen. Wenn wir das jetzt wieder in eine gesamte städtische Planung einbetten, verzögern wir meiner Meinung nach den Prozess, was dieses Projekt angeht, nur unnötig, gerade weil es ein ganz besonderes Projekt ist.

Ich begrüße auch, dass hier gerade schon das Thema Lärmschutzwände angeführt wurde. Denn genau das wäre auch etwas, was ich noch zu ergänzen gehabt hätte. Man sollte wirklich darüber nachdenken, ob es nicht technisch möglich ist, bei diesen Wänden die PV-Module auch zum Lärmschutz mitzuverwenden.

Ich wünsche mir wirklich, dass wir über diesen Antrag heute positiv entscheiden, damit wir möglichst zügig voranschreiten können, neue Wege in Richtung Strukturwandel gehen, ein ganz klares Zeichen setzen, auch in der regionalen Zusammenarbeit, und wirklich mal mutig und kreativ vorangehen. Ich hatte das vorhin auch schon einmal gesagt. Natürlich freue ich mich sehr, wenn wir in alle Richtungen schauen und das den anderen nachmachen. Ich fände es aber umso schöner, wenn wir auch den Mut hätten, mal selber voranzugehen.

Von einem Weiteren bin ich auch überzeugt, was diese PV-Offensive angeht. Die Energiewende, die wir zur Klimawende brauchen, zieht sich durch alle Bereiche durch. Wir haben hier über die Flächennutzung zu beraten und zu entscheiden. Dann brauchen wir natürlich auch Beratungsstellen, bei denen sich alle Akteur*innen, alle Stakeholder*innen beraten lassen können. Da mangelt es absolut an Kapazitäten. Die Beratungsbüros sind jetzt schon überlaufen.

Außerdem brauchen wir Hersteller von Modulen und Zulieferer. Lasst uns doch die Leute hierher holen. Lasst uns doch die Leute ins Rheinische Revier holen. Lasst uns doch hier eine kleine PV-Metropole aufbauen. Und lasst uns eine Ausbildungsoffensive starten. Das ist auch total wichtig; denn es mangelt absolut an Solarteuren, an Dachdeckern und an Elektroningenieuren.

Ich plädiere also absolut dafür. Die KLIMA FREUNDE werden - ihr könnt es euch denken - mit wehenden Fahnen für diesen Antrag stimmen. Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn wir damit heute den Startschuss für etwas ganz Großes setzen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall von Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob der Antrag in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün verwiesen werden soll. Das war der Antrag der Grünen, der dann auch im Weiteren

Zustimmung fand. Gibt es Gegenstimmen? - Von den LINKEN, der FDP und der FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so verwiesen.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Entscheidung in den zuständigen Fachausschuss Klima, Umwelt und Grün verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, FDP und Die FRAKTION zugestimmt.

Anmerkung:
Antrag auf Verweisung in den zuständigen Fachausschuss von RM Schlömer, RM Aengenvoort und RM Achtelik.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Köln. Aber normal. Beendigung der unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen“

AN/1896/2021

Herr Busch hat das Wort.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dänemark hat nicht nur seine ganz eigenen sozialdemokratischen Ideen von Einwanderung und Asyl, sondern auch, was das Thema Corona angeht. Bereits seit dem 14. Juni 2021 gibt es in Dänemark keine Maskenpflicht mehr, außer in Bussen und Bahnen.

(Beifall bei der AfD)

Damals hatte Dänemark eine Impfquote bei COVID-19-Impfungen von 25 Prozent. Eine Maskenpflicht in Bussen und Bahnen gibt es heute dort nicht mehr.

In Deutschland kann man bei einer Impfquote von 62,9 Prozent nur davon träumen, dass die Politik auf den Gedanken kommt, dem Bürger auch nur den Anschein von Erleichterung der Maßnahmen zukommen zu lassen.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht sei hier auch einmal erwähnt, dass Grundrechte keine Gnadenrechte sind.

(Beifall bei der AfD)

Seitens der Politik wird dies gern einmal vergessen - mit Aussagen wie, der Bürger solle sich nur brav an Vorgaben halten, die man nach Gutdünken ersonnen hat, damit er die unverhandelbaren Rechte wiederbekommt. Es geht hier aber nicht um Gnadenrecht, sondern darum, dass sich die Politik immer und auch gerade bei Härte dieser Eingriffe fragen lassen muss, ob dies noch verhältnismäßig ist.

Nun hat Dänemark die Pandemie für beendet erklärt, ganz ohne weitere Lockdowns und Bevormundungen. Seit dem 10. September 2021 gibt es in Dänemark keine sogenannten G-Regeln mehr. Niemand muss nachweisen, dass er genesen, geimpft oder gesund ist.

Schon allein, dass man als Ungeimpfter benachteiligt wird, ist abstrus, da Geimpfte und Genesene laut Gesundheitsamt der Stadt Köln genauso ansteckend sein können wie alle anderen auch.

Hier lässt man es wieder an Verhältnismäßigkeit missen - wie so oft in den letzten anderthalb Jahren.

Während wir heute selbst im Rat kontrolliert wurden - und der eine oder andere hatte Probleme beim Einlass; ich habe das persönlich mitbekommen - und mit Maske ans Rednerpult gehen müssen, -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch!)

- Es ist so. Das haben wir eben mitbekommen. Da können Sie „Quatsch“ sagen. Fragen Sie nach.

- kann man in Dänemark unbeschwert essen und einkaufen gehen.

(Zurufe: Ab nach Dänemark mit dir! - Das ist eine Ausrede!)

- Alles gut.

Lassen Sie uns also wenigstens auf dieser Ebene die uns zur Verfügung stehenden Maßnahmen beenden und als Rat offen an Landes- und Bundesregierung kommunizieren, dass man sich

seitens der Regierung an die mehrfach gebrochenen Versprechen halten möge.

(Beifall bei der AfD)

So versprach Bundesgesundheitsminister Jens Spahn den Bürgern, wenn allen ein Impfangebot gemacht wurde, würden die Einschränkungen ein Ende haben. Jedem Bürger konnte ein Impfangebot gemacht werden.

Eine Impfpflicht durch die Hintertür lehnen wir ab - egal, wie sehr der Stand der Grundrechte durch die Sturmgeschütze des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und anderer öffentlich-rechtlicher Meinungen bereits marode geschossen wurde.

Jetzt ist es an der Zeit, die Maßnahmen zu beenden. Dänemark macht es uns vor. Wir als Köln können zeigen, dass wir in allen Belangen innovativ sind. Seien wir wie unser skandinavischer Nachbar. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, nur zur Information: Ihnen dürfte bekannt sein, dass nach der Coronaschutzverordnung des Landes die einzelnen Kommunen nicht befugt sind, solche weitgehenden Ausnahmeregelungen zu treffen. Angesichts der pandemischen Lage würde ein solches Schreiben auch nicht dem Interesse der Stadt Köln entsprechen. - Das wollte ich Ihnen nur noch einmal aus unserer Sicht bestätigen.

(Philipp Busch [AfD]: Darf ich dann direkt dazu Stellung nehmen, Frau Oberbürgermeisterin?)

- Ich gehe jetzt in die Abstimmung. Sie hatten die Möglichkeit, zu sprechen.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich für eine Beendigung aller unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen aus. Die Verwaltung prüft, wie sich das „dänische Modell“ auf Köln umsetzen lässt.

Darüber hinaus fordert der Rat die Oberbürgermeisterin auf, sowohl gegenüber der Landes- als auch der Bundesregierung einen dringenden Appell zu verfassen, in der die Beendigung der Maßnahmen gefordert wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Anmerkung:
Frau Oberbürgermeisterin Reker weist darauf hin, dass nach der Coronaschutzverordnung des Landes einzelne Kommunen nicht befugt sind, Ausnahmeregelungen zu treffen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Bürogebäude RWE zur Gesamtschule umwidmen“

AN/1902/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1993/2021

Ich gebe Herrn Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Vor gut einem Jahr bin ich, wie einige andere auch, neu in diesen Rat gewählt worden. Wenn mir allerdings vorher jemand gesagt hätte, dass im Rat der Stadt Köln ein Jahr lang nicht eine einzige Debatte über den Kölner Schulbau geführt wird, hätte ich mich wahrscheinlich gewundert.

Auch wenn Ihre Erinnerungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, an die eigene Schulzeit möglicherweise unterschiedlich ausfallen und bei einigen vielleicht schon etwas verblassen, werden wir eines allerdings gemeinsam haben: An die Angst und Sorge, dass die Wunschschule bzw. die Schule im Veedel einen als Kind ablehnt, muss sich höchstwahrscheinlich keine oder keiner von Ihnen erinnern.

Aber genau diese Dramen spielen sich seit Jahren in vielen, zu vielen Kölner Familien ab. Eltern

bangen dem Tag der Schulplatzbenachrichtigung entgegen. Kinder empfinden eine Schulabsage als persönliche Zurückweisung. Sie können einfach nicht verstehen, warum ihre Freundinnen und Freunde ausgewählt werden und sie nicht.

Und diese Situation ist in den letzten Jahren nicht besser, sondern deutlich schlimmer geworden.

(Beifall bei der SPD)

Sie hat im Frühjahr ihren vorläufigen Höhepunkt mit 700 Schulplatzablehnungen an Gesamtschulen und über 400 Ablehnungen für Gymnasien erreicht. In über 50 Familien musste man sogar die Ablehnung in der zweiten Verteilerrunde hinnehmen. Hinzu kommen noch Hunderte von Familien, die monatelang nach der Entscheidung für ihre Wunschschule im Ungewissen bleiben.

Die allgemeine Betroffenheit war groß, und die Reaktionen aus dem politischen Raum waren ähnlich. In der folgenden Schulausschusssitzung fielen Sätze wie: Das Thema Schulbau muss allerhöchste Priorität haben. Kurz- und mittelfristige Lösungen müssen nun her. Auch unkonventionelle Wege müssen beschritten werden.

Genau darum geht es uns jetzt in diesem Antrag. Wenn der klassische Schulbau deutlich zu langsam ist und wenn sich die Schulplatznot noch verschärft - darauf deuten auch die ja zum Glück steigenden Kinderzahlen hin -, müssen wir andere, neue Wege beschreiten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch nicht schlimm, wenn es dann endlich einmal etwas schneller geht. Das sind wir insbesondere den Kindern in unserer Stadt schuldig.

Mit dem Bürogebäude auf der Aachener Straße ist vor ein paar Monaten eine schnelle und passende Lösung für ein Gymnasium gefunden worden. Hier entsteht eine Schule innerhalb eines Jahres.

(Beifall bei der SPD)

In der Bezirksvertretung Porz gibt es den einstimmigen Beschluss, das Grundstück Porzer Ringstraße für ein Schulgebäude zu nutzen.

Wir wollen nun mit dem Erwerb bzw. der Nutzung des RWE-Gebäudes die Gelegenheit für eine Gesamtschule einbringen. Die Vorteile liegen auf der Hand.

Erstens: ein ausreichend großes bestehendes Gebäude ohne langwierige Planungs- und Bauzeiten und keine zusätzliche Versiegelung durch einen Neubau.

Zweitens: eine lernförderliche Umgebung im Grünen geschaffen. Ich denke an den Lernort im Stadtwald und bei benachbartem Urban Gardening.

Drittens: eine vorhandene Anbindung an Radwege und die Straßenbahn. Gerade die KVB-Linie 7 bietet mit ihrer Trassenführung eine Anbindung an mehrere Stadtbezirke bis in die Innenstadt, wo besondere Knappheit an Gesamtschulplätzen herrscht.

Viertens: die Möglichkeit von Rückbau bzw. Entsiegelung. Der vorhandene Mitarbeiter*innenparkplatz bietet sich zum Beispiel als entsiegelter Schulhof bzw. Bewegungsraum an.

Geben wir den betroffenen Familien, die sich ernste Sorgen um die Schulplätze an weiterführenden Schulen und insbesondere an Gesamtschulen machen, ein klares Zeichen:

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen nichts unversucht, um die Schulbaumisere in den Griff zu bekommen.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, wir haben uns verständigt, dass der Antrag, den wir eingebracht haben, und der Änderungsantrag des Bündnisses wie folgt miteinander verbunden werden können: Nach unseren Punkten 1 und 2 wird als Punkt 3 der erste Punkt aus dem Beschlussvorschlag des Bündnisses eingebaut, allerdings erst beginnend mit dem Passus „Auch ist darzustellen“. Der zweite Punkt des Beschlussvorschlags des Bündnisses wird als Punkt 4 übernommen. Der dritte Punkt wird dann zu Punkt 5. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hölzing das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen, auch an den Endgeräten draußen! Wir brauchen

Gesamtschulen, und das dringend. Das wissen wir. Aber wir können sie eben nicht herbeihexen.

Im Ausschuss für Schule und Weiterbildung sind wir von der Verwaltung immer wieder aufgefordert worden: Nennt uns mögliche Grundstücke und Gebäude, die wir für Schule prüfen und nutzen können. - Alles ist somit willkommen. Alles will die Verwaltung prüfen.

Wir Grünen unsererseits haben die Verwaltung aufgefordert: Seid kreativ. Seid flexibel. Geht unkonventionelle Wege im Hinblick auf die Schaffung von Schul- und Gesamtschulplätzen.

Insofern ist die Prüfung des RWE-Verwaltungsgebäudes auf dessen Tauglichkeit als Gesamtschule zu begrüßen. Für uns steht aber die Frage im Raum, ob dieses Gebäude überhaupt ansatzweise für Schule geeignet ist. Hier handelt es sich um einen alten 70er-Jahre-Bau mit erheblichen Handicaps. Es gibt keinen Bebauungsplan und keinen Aufstellungsplan. Vergaberechtliche Fragen müssen wohl auch noch geklärt werden.

Dieses Gebäude ist nicht vergleichbar mit dem Unitymedia-Gebäude an der Aachener Straße, das wir kürzlich für ein Gymnasium angemietet haben. Das Haus dort kam den Ansprüchen von Schule schon relativ weit entgegen - im Unterschied zu dem RWE-Verwaltungsgebäude. Die Treppenhäuser und Aufzüge liegen innen auf einer Achse, und die Büroflächen schließen sich wie Tortenstücke rundherum daran an. Das wird bei der Aufteilung in Klassen eine Schwierigkeit sein, und auch der Brandschutz wird eine entscheidende Rolle spielen.

Ein von uns am Schulstandort vorgeschlagenes leer stehendes ehemaliges Bürohaus bzw. Möbelhaus in Kalk fiel bei einer solchen Prüfung sofort durch.

Eine Versiegelung weiterer Flächen an dieser Stelle - immerhin liegt das Grundstück im Grüngürtel, was wir nicht vergessen wollen -, zum Beispiel beim Bau von Sporthallen oder Parkplätzen für Lehrkräfte, lehnen wir ab. Wir wollen dort so viel Entsiegelung wie möglich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da wir im Stadtgebiet auch einen Mangel an Senior*innenwohnanlagen beklagen und diese Nutzung vom Investor selbst für dieses Gebäude schon angedacht wurde, fordern wir die Verwaltung auf, auch diese Möglichkeit einer Mischnutzung zu prüfen.

Von einer schnellen Schaffung von Gesamtschulplätzen an diesem Ort ist also wahrscheinlich nicht auszugehen. Und eine Gesamtschule hier wird sicher eins, nämlich sehr teuer, weil wir ja auf einen Investor angewiesen sind.

Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, parallel dazu die Prüfung des von uns eingebrachten Standorts am Salzburger Weg

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

wieder aufzunehmen. Wir haben hier nur einen Steinwurf entfernt ein städtisches Grundstück, das unserer Meinung nach ebenfalls Potenzial für eine Gesamtschule hat und weitere Möglichkeiten bietet.

Im Schulausschuss vor gerade einmal 17 Tagen hat die Verwaltung kundgetan, dass wir in diesem Stadtteil keine weiterführende Schule mehr brauchen. Dass weiterführende Schulen aber keine bezirklichen Stadtteilschulen sind, sondern gesamtstädtische Schulen, wissen wir alle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Der Dezernent Voigtsberger hat das aber in der *Kölner Rundschau* am 10. September 2021 relativiert. Er begrüßt die Antragsinitiative der SPD. Damit ist jetzt klar, dass auch in Lindenthal Gesamtschulplätze geprüft werden. Und das begrüßen wir unsererseits sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Schülerinnen und Schüler, die auch in diesem Jahr wieder keinen Platz an einer Kölner Gesamtschule bekommen haben! Wir sind uns einig - nicht nur im Rat, sondern auch im Schulausschuss -: Wir brauchen Gesamtschulen in dieser Stadt, wir wollen Gesamtschulen in dieser Stadt, und wir werden zusätzliche Gesamtschulplätze schaffen - nicht nur durch die Diskussion oder den vermutlichen Beschluss in der heutigen Ratssitzung, sondern schon durch den Schulentwicklungsplan, der maßgeblich von diesem Bündnis, aber auch von

weiteren politischen Freunden unterstützt wurde, in dem ganz klar steht: 13 neue Gesamtschulen und acht neue Gymnasien wollen und müssen wir hier in Köln schaffen.

Der Unterschied zu vergangenen Zeiten ist nicht nur, dass man vielleicht alles lustig erklärt und schreibt, was man gerne die nächsten 20 Jahre haben will, sondern dass wir es in dieser Stadt vielleicht auch einmal umsetzen. Qualität hat ihren Preis und kostet. Das haben wir verstanden. Wir haben durch unsere Schulbaubeschleunigungspakete 1 und 2 auch Gymnasien und Gesamtschulen auf den Weg gebracht. Aber zur Wahrheit gehört genauso: Wenn man 30 Jahre lang die Schulen verkommen lässt, die Sanierung nicht durchführt und den Schulneubau nicht vornimmt, dann wird man das auch in zehn Jahren oder in einer Regentschaft als Oberbürgermeisterin nicht korrigieren können.

Deshalb sind wir selbstverständlich dabei, alle Möglichkeiten zu prüfen und uns keine Denkverbote auferlegen zu lassen, wie wir zusätzlichen Schulraum und zusätzliche Schulplätze schaffen können - ganz besonders auch, wenn in diesem Jahr 695 Kinder keinen Platz auf einer Gesamtschule bekommen können.

Sie können versichert sein - hier spreche ich für die Verwaltung wie auch für den Vorsitzenden des Schulausschusses, aber auch die Sprecher der Fraktionen -, dass wir in jeder Sitzung des Schulausschusses darum ringen und überlegen, wie wir diese Plätze hinbekommen.

Deshalb hätte ich mir diese Debatte auch im Schulausschuss gewünscht. Aber jetzt wird sie hier geführt. Das ist auch in Ordnung. Wie meine Vorrednerin schon deutlich gemacht hat, möchte ich hier nur nicht sagen: Wir versprechen, dass das an diesem Standort klappt. - Denn dann wäre die Frustration hinterher nur umso größer.

Aber wir beauftragen die Verwaltung, das zu prüfen. Das tun wir heute hier ja wohl mit allergrößter Mehrheit. Dann bin ich auch auf das Ergebnis der Prüfung gespannt. Als Vorsitzender des Schulausschusses wünsche ich mir natürlich, dass wir dort Gesamtschulplätze errichten können. Aber wir wünschen uns auch, dass wir früh genug eine Antwort haben, um zu sehen: Können wir damit planen, oder können wir damit nicht planen?

Sich nur auf diesen Antrag oder auf dieses Grundstück zu fokussieren, ist ja auch ein bisschen wenig. Deshalb wurde zu Recht gesagt: Wir als Politik haben den Salzburger Weg nicht aufgegeben. Für uns ist das ein guter Standort für eine Gesamtschule. Deshalb schreiben wir das auch wieder in diesen Antrag hinein.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Es ist ja nicht so, dass nichts passieren würde oder keine Ideen da wären. Wir wollen auch im Stadtbezirk Ehrenfeld zügiger eine vorgezogene Gesamtschule bauen. Hier nenne ich nur das Interim Fitzmauricestraße. Das sind ja Dinge, bei denen wir hoffentlich zum Zeitpunkt X - wobei X nicht größer als 1 sein sollte, in Jahren gerechnet - eine Antwort bekommen, wann das realisierbar sein wird.

Erwähnen möchte ich hier auch: Wenn sich aber herausstellt, dass dort keine Schulnutzung bzw. keine Gesamtschulnutzung möglich ist - es ist ja ein Gewerbegebiet, muss man sagen -, würden wir uns wünschen, dass natürlich auch geprüft wird, inwieweit eine gewerbliche oder wirtschaftliche Nutzung an diesem Standort möglich ist.

Wie Sie sehen, erwähne ich das ganz am Ende meiner Rede, um auch klarzumachen: Ich wünsche mir, dass eine Verwirklichung möglich ist und dort zusätzliche Gesamtschulplätze geschaffen werden können. Denn unser Ziel bleiben 13 neue Gesamtschulen und acht neue Gymnasien, um - vielleicht mit Blick auf die nächsten zehn Jahre - den Bedarf an Plätzen hier decken zu können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und werbe natürlich um Zustimmung zu diesem kombinierten Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind, denke ich, zwei gute Anträge aus dem Schulausschuss. Ich finde es sehr gut, dass die SPD diesen Antrag gestellt hat. Wir können damit durch den Änderungsantrag des regierenden Ratsbündnisses heute auch in Bezug auf das Problem Salzburger Weg entscheiden. Es ist auch eine sehr gute Sache, dass ihr das eingebracht habt.

Wir müssen natürlich Folgendes sehen - Helge Schlieben hat es angesprochen -: Der Schulentwicklungsplan sieht zwar 13 Gesamtschulen und acht Gymnasien vor. Aber als Zielvorstellung ist schon dort angepeilt, dass bis zum Jahr 2030 das Ziel, dass kein Kind mehr an einer Gesamtschule abgelehnt wird, erreicht wird. Das ist natürlich eine lange Zeit. Das heißt, dass noch viele Jahre Kinder an Kölner Gesamtschulen abgelehnt werden.

Zudem ist diese Zielsetzung wackelig. Das wissen wir alle. Das beruht nicht nur auf den Schwierigkeiten beim Schulbau, sondern auch darauf, dass der Schulentwicklungsplan diese Zielsetzung unter der Bedingung formuliert, dass der Anteil der Eltern und Kinder, die die Gesamtschulen wählen, nicht zunimmt. In den vergangenen zehn Jahren ist das aber ganz anders gewesen. Der Anteil dieser Wahl ist steil in die Höhe gegangen.

Darüber hinaus beruht es darauf, dass zum Beispiel die Klassengrößen - und gerade Gesamtschulen sind alle inklusive Schulen - nicht verändert werden. Das bedeutet, dass die Inklusion an Schulen, ob Gesamtschulen, Realschulen oder Hauptschulen, auch weiter in sehr großen Klassen stattfindet - etwas, was pädagogisch überhaupt nicht wünschenswert ist.

Das heißt: Wir sprechen hier heute natürlich über eine starke Notmaßnahme. Das wissen wir alle. Wir sprechen seit Langem vom Schulbaunotstand.

Zu diesem Schulbaunotstand gehört auch, dass im Moment die Situation mit neun Gesamtschulen sehr bitter aussieht. Es hat 2020 und 2021 keinen einzigen neuen Platz in einer neu gebauten Gesamtschule gegeben. 2022 werden - die Zahlen sind im Ausschuss kürzlich bekannt gegeben worden - 186 neue Schulplätze im 5. Schuljahr an Gymnasien geschaffen, aber nur 27 an einer Gesamtschule.

Diese realen Tatsachen sprechen nicht dafür, dass bisher der Ausbau von Gesamtschulen für die Stadt Köln ebenso wichtig ist wie der von Gymnasien.

Das bedauert DIE LINKE sehr; denn viele Studien belegen, dass an Gesamtschulen Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen und mit Migrationshintergrund eine bessere Chance auf höhere Schulabschlüsse haben als im traditionellen dreigliedrigen Schulsystem.

Die Anträge, die wir heute besprechen, sollten so, wie das hier formuliert ist, auch eine unvoreingenommene, offene Prüfung beinhalten.

Mir gefällt es jetzt besser, dass wir so abstimmen, dass der Antrag der SPD im Punkt 1 zur Grundlage genommen wird; denn bei den Kosten müssen wir sehen, dass wir gerade für dringend nötigen Schulplatz an der Aachener Straße schon eine stattliche Summe bezahlen. Das werden wir heute beschließen. Der Rat ist auch in der Pflicht, zu sagen: Wenn es um Gesamtschulplätze geht, dann werden wir in dieser Notlage auch Geld in die Hand nehmen und nicht auf einmal da mit dem Taschenrechner daherkommen und noch einmal über die Kosten nachdenken.

Die Versiegelungsproblematik im Grüngürtel zu beachten, ist ein wichtiger Gesichtspunkt. Die Prüfung des Gebäudes könnte dennoch ergeben, dass man einfach das Gebäude abreißt und sich aber als Stadt auf jeden Fall die Fläche sichert. Alle Möglichkeiten wahrnehmen, auch unkonventionelle, heißt: Wir erwarten von der Verwaltung, dass die Sicherung des Grundstückes auf jeden Fall in Betracht gezogen wird.

Den Punkt zum Salzburger Weg unterstützen wir, wie gesagt.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir auch im Rechtsrheinischen, auf der Schäl Sick, auf der ich auch wohne, einen Standort haben, nämlich im Stadtteil Neubrück am Helene-Weber-Platz, an dem eine dringend benötigte zweite Gesamtschule für den Stadtbezirk Kalk entstehen kann. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, diese Möglichkeit wahrzunehmen. Dafür spricht nicht nur der Bedarf an Gesamtschulplätzen im Stadtbezirk Kalk, sondern dort könnte auch zeitnah schon zum nächsten Schuljahr eine Gesamtschule mit 108 Plätzen im 5. Schuljahr entstehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich hatte gerade schon Sorge, dass wir eine aktuelle Stunde zu Gesamtschulen haben, Herr Kockerbeck. Aber da haben wir noch mal Glück gehabt.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Vorsitzende des Bauausschusses und als Bildungspolitikerin schlagen hier zwei Herzen in meiner Brust. Denn sowohl die Pläne des Investors für seniorengerechtes Wohnen als auch die Prüfung, ob hier eine Schule angesiedelt werden kann, sind sinnvoll, und der Bedarf ist auf jeden Fall bei beiden Dingen da.

Gerne möchte ich aber daran erinnern, dass man das Fell des Bären nicht verteilen sollte, bevor dieser erlegt ist. Hier bedeutet das konkret, dass wir kein natürliches Zugriffsrecht haben, sondern es nur versuchen können - bzw. die Verwaltung muss es versuchen. Sozialistische Mittel, der Immobilie habhaft zu werden, lehnen wir als FDP naturgemäß ab. Dem können wir dann auch nicht zustimmen.

Beim Änderungsantrag des Ratsbündnisses können wir aber gerne mitgehen. Er entspricht in etwa der Beschlusslage in der BV. Und warum sollten wir das nicht einfach prüfen?

Wie schon am Salzburger Weg würde ich mir allerdings wünschen, dass wir bei der Prüfung der Schulformen etwas offener sind bezüglich Varianten: Was kann man da wirklich am besten hinbauen? - Sie wissen, dass selbst ich mich nicht mehr gegen Gesamtschulen wehre. Wir haben den Bedarf für alle weiterführenden Schulen - das wird auch lange noch so bleiben - und müssen zusehen, dass wir das gleichmäßig übers Stadtgebiet erledigt bekommen.

Aber vielleicht gibt es eine bessere Lösung als eine Gesamtschule. Denn Gesamtschulen haben vielfältige räumlich-pädagogische Anforderungen. Und dafür, die mal so eben in einen Verwaltungsbau aus den 70er-Jahren zu pressen, fehlt selbst mir als Architektin, Herr Seeck, die Fantasie. Allein die Länge des Planungs- und Bauverfahrens würde vermutlich jeden Neubau toppen. So schnell kriegen wir das da leider nicht hin.

Vielleicht müssen wir gemeinsam im Schulausschuss - ich würde darum bitten, dass wir dort dann wieder darüber diskutieren - überlegen, ob es andere Ideen dazu gibt. Warum zum Beispiel nicht ein Berufskolleg, dessen Schüler sowieso von außerhalb kommen, nach dort draußen verlegen und dafür in der Stadt Gesamtschulplätze frei machen, oder andere alternative Lösungsformen?

Zur Entsiegelung der Flächen kann ich nur sagen: Wir haben in dieser Stadt noch nicht beschlossen, dass wir keine Lehrerparkplätze mehr brauchen. Und eine so große Schule braucht leider auch viele Lehrerparkplätze. Das ist ein frommer Wunsch. Aber da wird nicht viel passieren.

Ich freue mich auf eine entsprechende Überlegung und Diskussion im Ausschuss für Schule und Weiterbildung, und ich freue mich, wenn die Stadt es schafft, dieses Gebäude zu bekommen, um eine vernünftige Nutzung unterzubringen. Aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Morgen steht die Gesamtschule dort nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Ruffen, war das ein Antrag zur Geschäftsordnung, in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu verweisen?

Stefanie Ruffen (FDP): Dem Änderungsantrag würden wir als FDP zustimmen. Ich möchte, dass wir im Ausschuss für Schule und Weiterbildung darüber diskutieren, wie wir weitergehen. Aber dem Änderungsantrag stimmen wir heute zu. Somit kann die Verwaltung ja versuchen, erst einmal das Gebäude zu bekommen bzw. zu prüfen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist also kein direkter Verweisungsantrag?

Stefanie Ruffen (FDP): Nein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Ich will es ja nur klären, damit ich richtig abstimmen lasse. - Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe alle! Die SPD hat in ihrem Antrag richtig festgestellt, dass es an Gesamtschulplätzen mangelt. Da gehen wir mit. Vor einer guten Stunde haben Sie ebenso festgestellt, dass es einen enormen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gibt. Da gehen wir auch mit.

In diesem Antrag hätten Sie wunderbar zeigen können, dass auch beides gleichzeitig möglich ist

(Beifall bei Volt)

und dass Sie nicht nur reden, sondern auch mal etwas machen wollen. Das Ergebnis ist nun dieser Antrag. Als Politik stehen wir aber vor der Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen zu setzen, um beide Mängel zu beseitigen. Die SPD hat das Wohnen leider hier vergessen.

Daher haben wir auch den gemeinsamen Änderungsantrag des Bündnisses eingebracht und setzen uns dafür ein, dass neben der Umwandlung in eine Gesamtschule auch die Wohnnutzung mitgedacht wird. Der Standort ist ideal, insbesondere im Bezirk Lindenthal, um das gemeinsame Lernen und das Mehrgenerationenwohnen zu ermöglichen.

Wir wollen das gemeinsame Lernen und gemeinschaftliche Wohnen fördern. Modelle wie das Mehrgenerationenwohnen machen das Wohnen erschwinglicher, verringern durch das gemeinsame Nutzen der Ressourcen die negativen Auswirkungen auf die Umwelt und verbessern den sozialen Zusammenhalt - alles zutiefst SPD-lastige Themen.

Deswegen freuen wir uns natürlich auch darüber, dass wir alle damit jetzt zusammen zustimmen.

Wir stellen uns jedoch die Frage, warum diese Anmietung jetzt von der SPD wieder hier im öffentlichen Teil besprochen werden muss. Das Gebäude ist längst verkauft. Es ist ein bisschen spät gewesen, das jetzt zu beantragen. Das Vorkaufsrecht kann auch nicht mehr gezogen werden. Und die Verwaltung ist ja bereits in Gesprächen mit den Eigentümer*innen. Ich hoffe oder wir hoffen nur, dass dieser Antrag in der Öffentlichkeit jetzt nicht dazu geführt hat, dass der Investor zu Hause sitzt und sich über klingelnde Kassen freut. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch hat jetzt das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen aus der Politik und der Verwaltung! Wir haben heute hier schon viel darüber gehört, was wir alles in dieser Stadt brauchen. Und zum Stichwort Mischnutzung möchte ich jetzt mit sehr polemisch großen Worten sagen:

Ich habe einen Traum. Ich habe einen Traum für Köln. Ich habe einen Traum von einem Gebäude, das dem Gemeinwohl zur Verfügung gestellt wird, das einer Kombination aus Mehrgenerationenhaus, sozialem Wohnraum, gerne auch Kita, Schule und Umweltbildungszentrum gleichkommt, das nicht der Gewinnmaximierung dienen soll und das eine Art ökosoziales Transformationszentrum ist. Wir durften - ich erwähnte es bereits - im WandelWerk ja schon ein Jahr lang bewundern, was so ein Raum an Kreativität, an Schaffenspotenzial und an zukunftsweisenden Ideen hervorbringen kann.

Ich habe einen Traum von einem Ort, wo Selbstversorgung großgeschrieben wird, wo wir wieder lernen, uns selbst zu versorgen, wo wir wieder lernen, was unsere Eltern, Großeltern und Ahnen noch wussten und noch konnten, wo es um Flächennutzung geht, wo jeder Quadratzentimeter bestmöglich genutzt wird - für PV, für Strom und Wärme, für Wind und für Grün; Fassaden, Dächer und Balkone werden genutzt; solche Orte gibt es bereits in anderen Teilen dieser Welt -, wo es ein umfassendes Wasserauffangsystem gibt und wo es einen Gemeinschaftsgarten gibt, in dem gemeinsam gewerkelt wird.

Ich habe einen Traum von einem Raum für Gemeinschaft, Kreativität, Nachhaltigkeit, Bildung, Kultur, Forschung und Entwicklung.

Ich habe den Traum davon, dass ein solches Objekt wie das, über das wir hier gerade sprechen, ein Pilotprojekt zum Thema Quartiersentwicklung - Superblock oder wie auch immer wir das nennen möchten - werden kann, wo die Stadt Köln mutig vorangeht und wirklich mal alles, was schon irgendwo im Raum steht, zusammen betrachtet und schaut, was in einem solchen großen Gebäude und den anliegenden Flächen möglich ist.

Letzten Endes spielt bei diesem Traum keine Rolle, ob das jetzt genau dieser Standort sein wird oder ein anderer. Wir haben gerade auch von mehreren anderen Standorten gehört. Es gibt viele Gebäude und viele Flächen in Köln, die dafür infrage kämen, so einen Traum mal anzugehen. Am besten gäbe es natürlich solche Orte in jedem Stadtteil dieser großen Stadt.

Deswegen rufe ich an dieser Stelle auf: Lasst uns träumen. Denn je größer die Träume sind, desto mehr dieser Träume werden zu Visionen, je mehr

Visionen wir haben, desto mehr dieser Visionen werden zu konkreten Ideen und Projekten, und je mehr konkrete Ideen und Projekte wir haben, desto mehr davon werden zur Realität.

Die KLIMA FREUNDE begrüßen natürlich absolut, dass dieses Objekt erst mal, wie jetzt beantragt und auch in der BV beschlossen, auf diese beiden Nutzungsmöglichkeiten hin geprüft wird. Aber ich wollte an dieser Stelle gerne noch als Anregung, als Denkanstoß mit zu Protokoll geben, wie man solche Projekte auch für die Zukunft denken könnte. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar über die Ziffern 1 und 2 des Ursprungsantrages der SPD, dann den zweiten Absatz der Ziffer 1 des Änderungsantrages als Ziffer 3, die Ziffer 2 des Änderungsantrages als Ziffer 4 und die Ziffer 3 des Änderungsantrages als Ziffer 5. Habe ich das richtig verstanden? - Ja. Gibt es dann überhaupt noch Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall)

Abstimmung über den Ursprungsantrag mit den Ergänzungen (Ziffer 3 – 5) aus dem Änderungsantrag in der mündlich vorgetragenen Fassung:

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig alle notwendigen Schritte zu prüfen (z.B.: Ausübung eines eventuell bestehenden Vorkaufsrechts, Erwerb, etc.), um im Bürogebäude des RWE Verwaltungsgebäude in Köln Lindenthal zukünftig eine Gesamtschule zu errichten.*

2. *Alternativ nimmt die Verwaltung Gespräche mit den Eigentümern auf, um das Gebäude anzumieten und der oben genannten Schulnutzung zuzuführen.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig alle notwendigen Schritte zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen das Bürogebäude der RWE Verwaltung in Köln Lindenthal zukünftig für eine Gesamtschule genutzt werden könnte und mit welchen Kosten insgesamt zu rechnen ist.*
   Auch ist darzustellen, welchen grundsätzlichen Einzugsbereich von Schülerinnen und Schülern eine Schule an dieser Stelle umfassen würde.
   Zusätzlich soll geprüft werden, in wieweit eine solche Schulnutzung für eine Gesamtschule in Kombination mit einer Wohnnutzung für Seniorinnen und Senioren, Mehrgenerationen-Wohnen oder anderen z.B. wirtschaftlichen Zwecken möglich ist.

4. *Bei der Gesamtentwicklung des Grundstücks, ist darzustellen, welche Möglichkeiten der Entsiegelung (z.B. des Parkplatzes) möglich sind.*

5. *Die Prüfung des Standortes Salzburger Weg für eine Schule soll gemäß Antrag AN/1093/2021 "Schule - Parkpalette - Freifläche in Köln-Junkersdorf" und Beschluss des ASW vom 7.06.2021 parallel dazu wieder aufgenommen und weiterverfolgt werden.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Übernahme von Ziffer 1, Satz 2, Ziffer 2 und Ziffer 3 des Änderungsantrages in den Ursprungsantrag durch RM Seeck für die antragstellende Fraktion.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Standortwahl Klärschlammverbrennung“

AN/1887/2021

Ich gebe zunächst Herrn Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne unseren Antrag „Standortwahl Klärschlammverbrennung“ vorstellen.

Wir haben es hier mit einem Phänomen zu tun, das dazu führt, dass wir im Kölner Norden die Situation haben, dass es bei vielen Anwohnerinnen

und Anwohnern in Niehl und Merkenich doch erhebliche Fragen dazu gibt, warum und wieso die Klärschlammanlage ausgerechnet in ihrem Stadtteil verwirklicht werden soll.

Wenn man sich den Begriff „Klärschlammverbrennungsanlage“ einmal auf der Zunge zergehen lässt, wird man natürlich ein gewisses Verständnis dafür entwickeln können, dass die Nachbarschaft nicht unbedingt Juhu schreit, wenn so eine Anlage auf sie zukommt. Desto wichtiger ist es, dass man solche Dinge sehr transparent mit der Öffentlichkeit diskutiert.

Wir sind der Auffassung, dass dies nicht im erforderlichen Maße geschehen ist. Es sind ja insgesamt fünf Standorte in Erwägung gezogen worden, und der Bevölkerung wurde nur mitgeteilt: Wir können euch zwar nicht sagen, warum es bei den anderen vieren nicht zustande gekommen ist; aber es hat den Kölner Norden getroffen. - Das reicht unserer Meinung nach als Argumentation nicht aus.

Deswegen müssen wir hier das Verfahren noch einmal öffnen. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion im Rat der Stadt Köln darüber, warum und wieso überhaupt diese Klärschlammanlage an diesem Ort realisiert werden muss. Dabei müssen natürlich auch die Fakten bezüglich der anderen geprüften Standorte hier diskutiert werden.

Selbstverständlich gibt es da auch Daten, die man vertraulich behandeln muss. Diese Daten können wir natürlich nicht öffentlich diskutieren - das ist völlig klar -, aber eben die anderen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Kölner Norden sagen. Ich komme selbst aus dem Kölner Norden und verfolge die Diskussionen insbesondere in Niehl und Merkenich bereits seit geraumer Zeit. Es gibt in diesem Beritt schon sehr große Vorbehalte. Man muss ein bisschen in die Historie gucken, um zu sehen, warum es diese Vorbehalte gibt.

Seinerzeit - dem oder der einen oder anderen älteren Mitstreiter oder Mitstreiterin wird das noch ein Begriff sein - hatten wir die Diskussion und das Ergebnis zur Platzierung des überdimensionierten Müllofens in Köln-Niehl. Das ist etwas, was noch heute im Stadtbezirk Niehl ein Thema ist, insbesondere auch deswegen - nicht nur, aber auch -, weil der Müllofen natürlich ein erhebliches Verkehrsaufkommen in diesem Stadtteil nach sich zieht.

Warum erzähle ich das noch einmal? Weil die Skepsis in Niehl sehr groß ist, auch aus der Vergangenheit rührend. Deswegen erfordert es mehr Transparenz im Umgang mit der Platzierung dieser Klärschlammanlage.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie höflich, unserem Antrag zu folgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Michael Weisenstein, irgendwie scheint das heute eine Ratssitzung zu sein, bei der wir über Themen, über die wir schon öfters geredet haben, halt noch mal reden - nach dem Motto: Gut, dass wir noch mal darüber geredet haben.

In der Ratssitzung, in der es um die Klärschlammverwertung am Rhein, also KLAR, ging, haben wir auch schon deutlich gemacht, welches die Gründe waren, die letztendlich für den Standort im Kölner Norden gesprochen haben - ich will sie gar nicht mehr alle aufzählen -, angefangen vom Düker, der direkt von der Kläranlage am anderen Rheinufer den Klärschlamm anliefern kann, bis hin zu der Anlieferung per Schiff und der Entlastung vom Lkw-Verkehr vor Ort. Das sind alles Dinge, die sicherlich in der Öffentlichkeit durchaus auch noch besser dargestellt werden müssen.

Jetzt sind wir aber auch in einer Pandemie gewesen. In der Corona-Zeit konnte die eine oder andere Info-Veranstaltung, die geplant war, nicht stattfinden. Wenn ich richtig informiert bin, wird genau diese Öffentlichkeitsbeteiligung jetzt auch starten - in einem ordentlichen Verfahren, in dem alle Bedenken, die vor Ort noch bestehen, dann hoffentlich auch ausgeräumt werden können bzw. im weiteren Verfahren berücksichtigt werden können, sodass dann auch die vermeintlich zusätzliche Belastung vor Ort auf das irgend mögliche Minimum reduziert wird.

Zu den einzelnen Punkten schreiben Sie ja, der Rat möge sich damit noch einmal in öffentlicher Sitzung befassen. Der Rat hat sich ja bereits, zwar in einer nichtöffentlichen Sitzung - - Aber mit dem, was das Wichtigste war, hat er sich auch

öffentlich befasst, außerdem dann noch einmal in einer nichtöffentlichen Sitzung mit den geheimen Unterlagen. Wie gesagt: Der Rat hat sich damit bereits beschäftigt.

Den Punkt 4 finden wir dann aber auch, ehrlich gesagt, ein bisschen schwierig. Schließlich haben wir es schon einmal gemacht. Damit reißen Sie das ganze Verfahren letztendlich wieder auf. Ich glaube, dass wir uns alle keinen Gefallen tun, wenn wir diesen Standort wieder infrage stellen und dafür sorgen, dass diese Diskussion noch einmal von vorne losgeht. Denn letztendlich brauchen wir auch eine Klärschlammverbrennungsanlage. Wir bauen sie ja nicht aus Jux und Tollerei, sondern sind gesetzlich dazu verpflichtet, den Klärschlamm entsprechend zu recyceln bzw. zu verbrennen. Daher besteht da auch ein bisschen Zeitdruck.

In diesem Sinne können wir trotz eurer wirklich sehr höflichen Bitte diesem Antrag so leider nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Oedingen hat das Wort.

Erika Oedingen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Ja, der Kölner Norden ist bereits stark belastet - durch Industrie, durch Chemiestandorte und durch die Müllverbrennung. Speziell in Merkenich liegt besonders viel im Argen. Die Verbrennung von Braunkohle am Standort Merkenich soll zwar 2025 beendet werden. Aber genau an diesem Standort soll jetzt die Klärschlammverbrennungsanlage gebaut werden. Manche Dinge kann man sich nicht wegträumen.

Im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe - dessen Mitglied ich bin, wie einige andere von Ihnen auch - wurden am Anfang dieses Jahres das Verfahren zur Standortauswahl, die infrage kommenden Standorte und die Priorisierung der Standorte transparent dargestellt.

Zu dem Ganzen will ich jetzt hier nur noch einmal so viel sagen: Aufgrund der vorhandenen Infrastruktur bietet sich vor allen anderen Möglichkeiten der Standort Merkenich an.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Köln ist der größte, ich nenne es mal, Klärschlammerzeuger der Region; von uns stammt halt auch der meiste Abfall in der Richtung.

Der größte Teil des Kölner Klärschlamms kommt aus dem Großklärwerk Stammheim. Aufgrund der Lage am gegenüberliegenden Rheinufer kann der Klärschlamm von dort durch eine vorhandene Leitung unter dem Rhein nach Merkenich gepumpt werden. Das vermeidet zahlreiche Lkw-Fahrten auf Kölner Stadtgebiet. Aktuell fahren täglich 90 Lkw Stammheim an, um den Klärschlamm in eine Verbrennung außerhalb von Köln zu transportieren.

Da der Standort Merkenich auch an die Schiene und den Rhein angebunden ist, können Klärschlämme aus dem Umland ebenfalls zu einem großen Teil per Bahn oder Schiff angeliefert werden. Auch das führt dazu, dass der Lkw-Verkehr insgesamt minimiert wird.

Eine Errichtung der Anlage auf Kölner Stadtgebiet sichert Arbeitsplätze und Gewerbesteuereinnahmen.

Die Klärschlammverbrennung stößt ganz erheblich weniger Luftschadstoffe und Klimagase aus als die bisherige Braunkohleverbrennung am Standort Merkenich.

(Beifall bei der SPD)

Unter dem Strich werden also die Luft sauberer und das Klima geschont.

Die entstehende Wärme kann in das vorhandene Fernwärmenetz eingespeist werden. Das gibt es nämlich jetzt schon; es wird mit Braunkohle betrieben.

Die SPD-Fraktion hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, aber nach reiflicher Abwägung entschieden, die Errichtung einer Klärschlammverbrennungsanlage am Standort Merkenich zu unterstützen.

Natürlich ist uns bewusst, dass die Pläne bei den Menschen vor Ort Sorgen und Bedenken auslösen. Das nehmen wir sehr ernst. Unsere Fraktion war auch vor zwei Wochen da oben im Kölner Norden auf Tour, Herr Weisenstein, und hat mit den Menschen noch einmal gesprochen.

Wir fordern ein verbindliches Verkehrskonzept, das die Anlieferung von Klärschlämmen per Bahn und Schiff in den Vordergrund stellt. Der Transport per Lkw darf nur erfolgen, wenn es gar nicht anders geht.

Die Führung des Lkw-Verkehrs hat dabei unter größtmöglichem Schutz der Wohnbebauung zu erfolgen. Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde bereits im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün mit breiter Mehrheit der Beschluss gefasst, dass die Anlieferung der Schlämme per Lkw ausschließlich über die A 1, die Industriestraße und die Emdener Straße hin zur Straße Am Ölhafen zu erfolgen hat. Diese Straße ist auf Kosten des Vorhabenträgers zu ertüchtigen.

Wir fordern, dass die Betreiber alles tun, um eine Geruchsbelästigung der Menschen zu verhindern. Die Anlage muss maximal effizient und nach modernsten technischen Standards arbeiten. Das gilt ganz besonders für Luftschadstoffe und Klimagase. Der Ausstoß muss so gering wie möglich sein.

Wir fordern Investitionen in die Infrastruktur im Stadtteil Merkenich wie Sportanlagen und Straßen und einen Ausbau des lokalen Einzelhandels.

Es ist uns wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig transparent beteiligt werden. Wir erwarten von der Projektgesellschaft, dass sie nicht nur umfassend informiert, sondern die Bedenken der Anwohner*innen ernst nimmt und Anregungen umsetzt.

Wir setzen uns auf allen Ebenen weiter mit Nachdruck dafür ein, diese Forderungen umzusetzen. Wir nehmen die Bedenken der Menschen ernst.

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE lehnen wir ab, weil wir überzeugt sind, dass Merkenich unter den gegebenen Umständen der beste Standort ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben ja heute schon häufiger gemerkt, dass wir im Wahlkampf stehen. Meiner Meinung nach ist dieser Antrag auch exakt darauf zurückzuführen.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie suggerieren in Ihrem Antrag und vor allen Dingen im Punkt 4, dass das Verfahren zur Gründung der KLAR GmbH bislang nicht transparent und öffentlich nachvollziehbar gewesen ist. Da frage ich mich, in welchem Verfahren ich unterwegs gewesen bin. Ich erinnere mich daran, dass es Bürgerveranstaltungen gab. Es gab eine schriftliche Beantwortung eines 71-Fragen-Katalogs. Es gab die Beratung im Umweltausschuss, und es gab die Beratung im Rat.

Sie unterschlagen in Ihrem Begründungstext, dass die Umweltkriterien, die unter anderem zur Auswahl des Standortes geführt haben, in dem 71-Antworten-Katalog aufgeführt sind, und zwar direkt im Anschluss an die Passage, die Sie in Ihrem Antrag zitieren.

Der Antrag ist auch deshalb so erstaunlich, weil Ihre sachkundige Einwohnerin im Umweltausschuss am 22. April 2021 erklärt hat - ich habe es extra nachgeschaut -:

> Wir stimmen der Gründung und Beteiligung der KLAR GmbH entsprechend der Beschlussvorlage grundsätzlich zu.

Dazu gehört auch der Standort.

Was Sie machen, ist aus meiner Sicht keine verantwortungsbewusste Politik. Sie suggerieren hier etwas, was einfach nicht so ist.

Sie haben völlig recht, dass wir die Sorgen der Menschen in Merkenich und darum herum ernst nehmen müssen. Das haben wir im Rat im Mai dieses Jahres auch wirklich ausführlich diskutiert. Auch meine Kollegen aus dem Kölner Norden sind viel unterwegs gewesen und haben zahlreiche Gespräche geführt.

Aber die Entscheidung - das muss man ja auch einmal sagen - ist jetzt getroffen. Jetzt müssen wir die Sorgen ernst nehmen und schauen, dass der Prozess ordentlich läuft und dass wir den Rahmen gut setzen.

Das ist verantwortungsvolle Politik, finde ich. Und die wollen wir machen - und nicht diesen Antrag unterstützen, der reiner Wahlkampf ist.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Weisenstein, Sie und ich haben ja zwei Dinge gemeinsam. Erstens. Wir beide kandidieren für den Deutschen Bundestag, und der Wahlkreis, in dem wir antreten, umfasst Merkenich. Zweitens. Die heutige Sitzung könnte ja unsere letzte Ratssitzung sein, wenn der Wähler uns denn in den Bundestag wählt.

(Zurufe: Hört! Hört!)

Scherz beiseite, mal ganz ehrlich, Hand aufs Herz: Das ist wirklich Wahlkampfgetöse.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich hatte am Montagabend bei einer Wahlkampfveranstaltung in Merkenich, bei der Sie ja entschuldigt waren, Gelegenheit, auch die Fragen der besorgten Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema zu beantworten. Ganz ehrlich: Ich hatte bei dieser Veranstaltung den Eindruck, dass den meisten Bürgerinnen und Bürgern inzwischen schon klar ist, welche Gründe für diesen Standort sprechen. Das ist gerade von den Kolleginnen und Kollegen hier auch alles in aller Deutlichkeit noch einmal wiederholt worden. Ich glaube also, dass die Erkenntnis, dass es nun Merkenich werden soll, dort inzwischen auch akzeptiert ist.

Deswegen führen wir hier nicht nur eine Wahlkampfschlacht, sondern auch die falsche Schlacht. Meines Erachtens sollten wir an der Stelle ansetzen, an der die Kollegin von der SPD, Frau Oedingen, eben angeknüpft hat. Wir alle sollten in den Gremien, in denen wir Verantwortung tragen, dafür Sorge tragen, dass den Bedenken der Bevölkerung Genüge geleistet wird. Lasst uns nach vorne schauen und nicht zu Wahlkampfzwecken in die Vergangenheit.

Last, but not least: Uns ist natürlich allen klar, dass unter dem Vehikel der Transparenz hier noch einmal das Fass aufgemacht werden soll. Ein Stück weit bedenklich finde ich, dass Sie dabei einen Gesichtspunkt übersehen. Sie haben zwar in der Tat in Ihrem Antragstext erwähnt, dass bestimmte Informationen aus Vertraulichkeitsgründen nicht preisgegeben werden können. Diese Vertraulichkeit resultiert aus einer Vereinbarung. Ich gehe davon aus, dass hier, wie das bei solchen Prozessen üblich ist, im Vorhinein Stillhalteabkommen oder Non-Disclosure Agreements - auf Deutsch: Vertraulichkeitsvereinbarungen - abgeschlossen werden. Indem Sie jetzt dazu aufrufen, derlei Daten preiszugeben, rufen Sie unmittelbar die Stadt Köln bzw. die dem Stadt-Konzern angehörigen Unternehmen, Herr Kollege Steinkamp, zum Vertragsbruch auf. Das muss ich als Vertreter einer Rechtsstaatspartei hier rügen.

Auch aus diesem Grund können wir dem Antrag natürlich nicht zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik hat das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz und bleibe hier sitzen, weil jetzt doch schon relativ viel dazu gesagt worden ist.

Das Projekt ist zum Glück angeschoben. Wir wollen das nicht noch einmal aufmachen. Wir haben gerade viel über die Standortwahl gesprochen. Insbesondere in Bezug auf Umweltschutz ist natürlich der Transport wichtig. Es wurde ausgeführt, warum dieser Standort bezüglich der Transportkriterien sehr geeignet ist. Auch deswegen wollen wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir glauben nicht, dass eine öffentliche Aufarbeitung uns jetzt noch einmal voranbringt.

Lasst uns stattdessen gemeinsam dafür sorgen, dass das Projekt, das ja noch einige Jahre laufen wird und gerade erst beginnt, vor Ort auf Zustimmung stößt, indem wir uns alle gemeinsam darum kümmern, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit einbezogen werden, in den jeweiligen Gremien, in denen wir sitzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich ziehe zurück. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Herr Dr. Akude, ist das eine Wortmeldung? - Nein. Okay.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln befasst sich in öffentlicher Sitzung mit allen Unterlagen zur Standortuntersuchung die nicht der Geheimhaltung unterliegen bzw. von ihrem Charakter her nicht vertraulich sind.*
2. *Der Rat befasst sich mit den geheimen, bzw. vertraulichen Unterlagen zur Standortwahl in nichtöffentlicher Sitzung.*
3. *Der Rat der Stadt Köln veröffentlicht alle Daten der Standortprüfung bei denen kein berechtigtes Interesse der Geheimhaltung besteht.*
4. *Sofern dieses Verfahren der Öffentlichkeit keine ausreichende Klarheit über die Kriterien und Ergebnisse zur Standortwahl gibt, veranlasst der Rat der Stadt Köln ein transparentes und öffentlich nachvollziehbares Verfahren zur Auswahl eines geeigneten Standortes für den Betrieb einer Anlage zur umweltgerechten, sowie gesetzeskonformen Verwertung von Klärschlämmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.13 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Kostenfreie Beglaubigung der Berufsurkunden beruflich Pflegender“

AN/1900/2021

Ich gebe zunächst Herrn Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Dazu ein Geschäftsordnungsantrag: Wir würden diesen Antrag gerne in den AVR schieben.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenstimmen?

(Heiterkeit)

- Ich muss ja fragen. Es nützt doch alles nichts. Ich weiß ja nicht, ob Sie alle geklopft haben. Das kann ich von hier aus nicht sehen. - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das sicher eine gute Idee. - Vielen Dank.

Antrag auf Verweisung des Antrages in den zuständigen Fachausschuss

Beschluss:

Der Antrag wird zur Entscheidung in den zuständigen Fachausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Hock.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Entwicklung eines Fahrplans für Corona-Maßnahmen im Herbst und Winter: Gesundheitsschutz sicherstellen und Lockdown vermeiden“

AN/1989/2021

Dazu hat Herr Joisten als Erster das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln muss handlungsfähig sein. Das ist hier das Motto. Deswegen haben wir unseren Antrag noch einmal zu den Corona-Maßnahmen in dieser Stadt gestellt.

Wir erleben zwar auf der einen Seite eine rückläufige, fallende Inzidenz. Auf der anderen Seite sind aber die Hospitalisierungszahlen, insbesondere die Intensivbelegungen, Grund zur Sorge oder bieten Anlass zur Sorge. Das haben wir alle heute auch noch einmal in den Medien verfolgen können. Die Intensivkapazitäten hier in Köln sind mit Stand heute zu 100 Prozent belegt. Darunter ist zwar nur ein gewisser Anteil - 15 Prozent sind es, glaube ich - von COVID-Patienten. Aber immerhin: Wir sind bei der gesundheitlichen Versorgung dieser Stadt an einem Limit.

Umso mehr treibt uns das um. Wie sollen die Zahlen werden? Wohin sollen sich die Dinge entwickeln, wenn jetzt der Herbst kommt? Im letzten Jahr haben wir ja erlebt, dass die Zahlen dann durchaus auch noch einmal angestiegen sind.

Insofern halten wir es für dringend erforderlich, dass wir hier als Stadt Vorsorge treffen, Maßnahmen ergreifen bzw. auch klare Perspektiven aufzeigen, wie mit entsprechend gestiegenen Zahlen umzugehen ist. Es geht einfach darum, einen Fahrplan zu haben, an den sich am Ende Gastronomen, Einzelhändler, Freizeitanbieter usw. halten können oder auf dessen Grundlage sie wissen, was auf sie zukommt, wenn bestimmte Situationen eintreten.

Dafür ist eigentlich das Land in der Verantwortung. Von dort kommt im Moment leider relativ wenig. Dann müssen wir aber schon in Köln für uns Regeln haben: Was tun wir denn, wenn bestimmte Limits erreicht sind?

Insofern ist unsere Bitte und unser Ansinnen hier, genau diesen Weg jetzt miteinander zu gehen und die Verwaltung zu bitten, uns als Kölnerinnen und Kölnern hier eine klare Orientierung zu geben. Das ist sinnvoll und gut für Köln, glaube ich. Das ist gut für die Kölnerinnen und Kölner und auch für die Wirtschaftsakteure.

Gegen Planungssicherheit und klare Perspektiven kann hier eigentlich keiner sein. Insofern würde ich mich sehr freuen, wenn heute eine breite Mehrheit im Rat diesen Auftrag erteilen würde. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stadtdirektorin, möchten Sie sofort etwas dazu sagen?

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Joisten, der Orientierungsrahmen für die Corona-Schutzmaßnahmen in Köln ist da. Dieser Orientierungsrahmen ist nämlich die Coronaschutzverordnung des Landes. Die Stadt kann dazu Verschärfungen vornehmen. Das macht sie per Allgemeinverfügung.

Alles, was wir jetzt tun und was wir auch in Zukunft tun, ist selbstverständlich darauf ausgerichtet, einen weiteren Lockdown zu verhindern. Das wollen wir als Stadt Köln verhindern, und das wollen sowohl unsere Landesregierung als auch, glaube ich, ziemlich alle anderen Landesregierungen in Deutschland und auch die Bundesregierung verhindern. Insofern sind wir sicherlich inhaltlich auf die gleiche Zielstellung ausgerichtet.

Der Krisenstab trifft Maßnahmen zur Gefahrenabwehr. Das macht er vorausschauend und situativ. Insofern würde ein Plan, den wir jetzt aufstellen, ohne die Bedingungen zu kennen, die in vier Wochen herrschen, nicht zielführend sein können. Erst einmal widerspricht das der Arbeit des Krisenstabes. Maßnahmen der Gefahrenabwehr erfolgen aus sich heraus und nicht, wenn man sich Wochen vorher überlegt, was an einem bestimmten Punkt passieren könnte.

Ich darf Ihnen sagen - das wissen Sie ja auch, Herr Joisten, durch unser wöchentliches Telefonat zu diesem Thema -, dass wir hier mit sehr vielen Experten im Krisenstab sitzen und bisher immer noch die zielführenden Maßnahmen ergriffen haben.

Und, wie gesagt: Der Orientierungsrahmen ist die Coronaschutzverordnung des Landes. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht?

(Zurufe: Nächster Tagesordnungspunkt!)

- Nein, nein. Hier spricht jetzt Herr Dr. Unna.

(Zurufe: Dann müssen alle wieder reden! - Dann dauert es eine halbe Stunde länger!)

Hier spricht jetzt Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich zunächst einmal bei Ihnen für meine etwas legere Kleidung heute entschuldigen. Als ich um 8 Uhr aus dem Haus gegangen bin, hatte ich nicht damit gerechnet, heute hier reden zu dürfen, müssen, sollen. Ich habe es jetzt Christian Joisten und der SPD-Fraktion zu verdanken, dass ich das machen darf.

Die SPD-Fraktion hat quasi über Nacht zwei fundamentale Dinge festgestellt: Erstens. Wir haben eine Corona-Pandemie. Zweitens. Es wird Herbst und Winter. - Deswegen haben Sie diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In dem Dringlichkeitsantrag selber fordern Sie einen eigenen Fahrplan. Da möchte ich einen SPD-Redner vom heutigen Nachmittag zitieren, den hochgeschätzten Herrn Gerrit Krupp. „Sie verheben sich“, sagten Sie, glaube ich, an einer Stelle. Ich glaube, wir als Stadt Köln verheben uns auch, wenn wir meinen, wir könnten das besser als Land und Bund.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun zum Inhaltlichen. Ich darf zitieren:

> Wenn jedes Land, jede Stadt seine eigenen Regeln macht, stärkt das nicht unbedingt das Vertrauen in die Politik. Von daher würde ich mir wünschen, dass wir bei den bundeseinheitlichen Regeln bleiben.

Wer hat das gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen? Es war nicht ein promovierter Grüner. Das hat ein habilitierter Sozialdemokrat gesagt, der früher gerne Fliege getragen hat, Karl Lauterbach nämlich, und zwar, um genau zu sein, im ZDF am 12. August dieses Jahres.

Diesen Worten von Herrn Professor kann ich mich ausdrücklich anschließen und empfehle sie den hiesigen Sozialdemokraten zum Studium.

Inhaltlich, was Landes- und Bundesregierung anbelangt, hat die Stadtdirektorin bereits ausgeführt. Der Krisenstab der Stadt Köln macht das regelmäßig und, ich hoffe, doch sehr vernünftig. Wir sind gegen eine Insellösung der Stadt Köln und für eine einheitliche Lösung.

Aus diesen Gründen empfehle ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Blome hat hier sehr zutreffend unsere Situation geschildert, die auch hervorragend durch den Krisenstab gemeistert wird. Uns als CDU-Fraktion ist aber wichtig, noch einmal zu bekräftigen, dass wir diese Sichtweise auch haben. Denn der SPD-Antrag weckt ja völlig falsche Vorstellungen.

Unser System in NRW ist derzeit nicht überlastet, und es droht auch keine kurzfristige Überlastung.

Die Stadtverwaltung, allen voran der Krisenstab und auch die Oberbürgermeisterin, haben bisher auf alle Herausforderungen umsichtig reagiert. Dies muss jedoch - es wurde von Frau Blome schon richtig gesagt - stets im Einklang mit Bundes- und Landesregelungen geschehen. Der Krisenstab hat auch aufgrund zunehmender Erfahrungen gelernt und für seine Entscheidungen stets zugrunde gelegt, was wann wie zu tun ist.

Heute kann keiner genau voraussagen, wie sich die Pandemie in Zukunft entwickelt. Daher können wir heute auch keinen festen Fahrplan für Maßnahmen festlegen.

Nochmals: Wir sind sicher, dass der Krisenstab bereits genaue Vorstellungen hat, wie mit bestimmten Szenarien umzugehen ist. Des SPD-Antrages bedarf es überhaupt nicht. Er gehört in die Kategorie „populistisch“. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Lage nach Gesetzen und Verordnungen, die Frau Blome dargestellt hat, ist das eine. Das müssen wir so zur Kenntnis nehmen, weil es nun einmal so ist.

Das andere ist, dass wir den inhaltlichen Vorstoß der SPD sehr wohl für begründet halten. Die Situation bei den Inzidenzen und die Lage auf den Intensivstationen hat Herr Joisten zutreffend dargestellt. Wir müssen sehen, dass wir uns mitten in einer vierten Welle befinden, die wir nicht zu leicht nehmen sollten.

Deshalb halten wir es als Anstoß, als Diskussionsgrundlage, zum Beispiel mit einer Verweisung in den Hauptausschuss, durchaus für sinnvoll, dass wir die Lage noch intensiv erörtern.

Die Stadt Köln hat ja im vergangenen Jahr eine Reihe guter Maßnahmen relativ frühzeitig und selbstständig in dem Sinne, dass sie frühzeitig in Angriff genommen wurden, durchgeführt. Ich denke zum Beispiel an die Lolli-Testungen in den Kitas oder an die Aktionen in den benachteiligten Stadtteilen. Es ist zu überlegen, ob wir aus Gründen des Gesundheitsschutzes und des Schutzes vor einer Verstärkung der vierten Welle dort nicht tätig werden sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, ist das ein Verweisungsantrag?

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Ja, das war einer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christian Joisten, auch als ich heute Morgen aus dem Haus gegangen bin, lag meine größte Sorge darauf, ob meine Frisur bei dieser Rede sitzt.

Nein, Spaß beiseite: Christian, ihr habt ja vollkommen recht. Wer wünschte sich nicht den Königsweg, den Fahrplan in die vierte Welle, durch die vierte Welle und raus aus der vierten Welle? Ich glaube, jeder würde gerne diesen Fahrplan haben. Aber wir haben in den letzten anderthalb Jahren doch eines gelernt: dass es diesen Fahrplan leider Gottes nicht gibt.

Wir haben hier vergangenes Jahr Anträge gestellt - Glühweinwanderweg, Decken für Außengastronomien usw. Ich denke also, dass man uns nicht vorwerfen kann, dass die Verwaltung oder wir untätig gewesen wären.

Deswegen sage ich aus ganzem Herzen, nachdem ich auch anderthalb Jahre an der einen oder anderen Stelle die SPD-Corona-Politik sehr begrüßt habe: Das hier ist echt zu wenig. Nur zu verlangen, es möge ein Fahrplan erstellt werden, ohne auch in der Begründungsrede einen einzigen Gesichtspunkt zu nennen oder einen einzigen Vorschlag zu machen, ist wirklich heiße Corona-Luft. - Es tut mir leid. Da muss mehr kommen.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Abgesehen davon ist ja zutreffend, wie die Frau Stadtdirektorin gesagt hat, dass wir regelmäßig montags gebrieft werden. Allen Teilnehmern an dieser Runde sind auch deine immer sehr qualifizierten und ausführlichen Wortbeiträge und Vorschläge bestens bekannt. Es ist ja nicht so, als käme von euch nichts. Umso mehr ist das hier überraschend.

Schließlich ist es natürlich ein Landesthema. Das wisst ihr auch. Wir können nur verschärfen. Wir können nicht erleichtern. Die Spielräume sind gering.

Abgesehen davon finde ich, dass die Landesregierung das gar nicht mal so schlecht macht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das darf man auch mal erwähnen. Im Übrigen ist das in den SPD-geführten Ländern auch nicht anders. Aber das nur mal am Rande.

Ich denke also, dass das, was hier verlangt wird, rechtlich nicht möglich ist und auch nicht sauber begründet ist. Aber uns geht es da ähnlich wie den Kollegen von den LINKEN.

Auch war es in der Vergangenheit oft so, dass meine Fraktion oder ich persönlich mit der einen

oder anderen Corona-Maßnahme in Köln nicht einverstanden gewesen wäre. Ich denke an aus unserer Sicht zu schnell verhängte Ausgangssperren. Ich denke daran, dass das Gesundheitsamt erst kürzlich eine schärfere Gangart bei der Frage von Quarantäne in Schulen gefahren ist.

Hier hätten wir uns natürlich - und ich nutze die Gelegenheit, hier an die Verantwortlichen der Stadtverwaltung zu appellieren - in Köln ein Stück weit - - Na ja, ich will nicht „Team Lockerheit“ sagen. Aber manchmal war es in der Vergangenheit so, als wären die Verantwortlichen zu sehr im „Team Vorsicht“ gewesen. Ich glaube, für meine Fraktion sagen zu können, dass wir uns da gerne auch einen Gang zurückgeschaltet vorstellen könnten. Das nehmen Sie bitte mit, liebe Frau Oberbürgermeisterin oder liebe Frau Blome.

Bei diesem komischen Fahrplan, der ins Nirgendwo führen soll, ohne irgendeinen Vorschlag untermauert, liebe SPD, können wir aber beim besten Willen nicht mitmachen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage jetzt noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Volt): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe alle! Ich gehe nicht nach vorn, sondern bleibe am Platz. - Ich kann mich für die Volt-Fraktion nur dem lieben Kollegen Ralf Unna anschließen.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass ich, seit ich in diesem Rat sitze - und das ist ausschließlich unter Corona-Bedingungen -, nicht einen Hauptausschuss erlebt habe, in dem wir nicht über Corona gesprochen haben.

(Beifall bei Volt)

Deshalb bitte ich darum, diesen Antrag jetzt nicht in den Hauptausschuss zu verweisen,

(Beifall bei Volt)

sondern darauf zu verzichten und wie in jedem Hauptausschuss über das Thema Corona und die aktuelle Lage zu sprechen.

Gleichzeitig möchte ich diesen Moment nutzen, die Verwaltung noch einmal zu loben. Denn natürlich ist es für uns Politikerinnen und Politiker wichtig, wie hier in der Stadt mit dem Thema Corona verfahren wird. Das nimmt die Verwaltung auch sehr ernst. Sie nimmt unsere Anregungen direkt auf und setzt sie auch um.

Das sieht man auf der jetzigen Seite der Stadt Köln zum Thema „Corona-Virus in Köln - Entwicklung der Fallzahlen“. Denn das, was zurzeit am wichtigsten ist, sind die Personen, die im Krankenhaus sind, und unsere Kinder in den Kitas und in den Schulen, die wir noch nicht richtig schützen können. Dazu gibt es zwei separate Graphen.

Dafür noch einmal sehr herzlichen Dank - und noch einmal die Bitte, es nicht in den Hauptausschuss zu schieben; denn wir reden dort eh über Corona. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde. Herr Joisten, bitte.

(Zurufe: Nein!)

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus, weil ich gar nicht den Eindruck erwecken will, als würde ich hier eine zweite Rede halten.

Ich bin doch schon sehr verwundert. Zum einen möchte ich betonen: Wer den Antrag gelesen hat, wird in diesem Antrag weder im Beschlusstext noch in der Begründung irgendeine Kritik gefunden haben. Wir sind - das haben wir ja auch immer gesagt - mit den aller-, allermeisten Maßnahmen sehr einverstanden und haben auch das Gefühl, hier aus dem politischen Raum ernst genommen zu werden. Insofern ist jeder, der uns hier irgendeine Kritik unterstellt, da, glaube ich, fehl am Platze.

Dennoch haben wir jetzt gerade auch von Frau Blome nicht das gehört, was ich - ich bin 20 Jahre Katastrophenschützer und Rettungsdienstmensch gewesen - gelernt habe: Auf Krisensituationen oder auf zukünftige hoffentlich nie eintretende Situationen bereitet man sich vor und hat eben einen Plan.

Genau das haben wir hier noch einmal mit freundlichen Worten aufgeschrieben.

Wir sollten es doch ernst nehmen - das möchte ich noch einmal betonen, weil hier so getan wird, als sei das alles gar nicht schlimm -, wenn die Berufsfeuerwehr der Stadt Köln, immerhin ein Amt dieser Stadtverwaltung, gestern um 12.53 Uhr ein Fax an alle Krankenhäuser in der Stadt schickt, in dem sie eine Überlastungsanzeige der Behandlungsmöglichkeiten im Kölner Stadtgebiet sendet und anzeigt, dass damit die Intensivkapazitäten in dieser Stadt erschöpft sind.

Das habe ich auch nicht aus irgendwelchen internen Quellen. Herr Karagiannidis - immerhin derjenige, der das deutsche Intensivregister verantwortet - hat das auf Twitter gepostet, weil er darauf aufmerksam machen will, dass wir hier in einer ganz besonderen Lage sind.

Da wünsche ich mir dann schon - wie gesagt, ohne Wahlkampfgetöse und ohne, dass ich das mit irgendeiner Kritik verbinden möchte - und erwarte ich schon, dass zum einen der Rat das auch ernsthaft diskutiert und vielleicht nicht ins Lächerliche zieht und dass zum anderen man auch um ernste Antworten ringt: Wie gehen wir mit dieser Situation um, wenn sich das weiter so entwickelt? Was ist dann hier in Köln zu tun, wenn die Landesregierung uns da nicht - und das hat sie bisher nicht getan - einen klaren Fahrplan zuweist?

Das ist genau die Frage. Wenn ich diese Frage so beantwortet bekomme, dass wir einen Plan haben, wie wir in den nächsten 14 Tagen bis drei Wochen - das könnten schon die Zeiträume sein - damit umgehen, bin ich völlig zufrieden. Es geht mir nicht darum, dass ein Antrag beschlossen wird, sondern darum, dass wir in der Sache weiterkommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dazu spricht noch einmal die Stadtdirektorin, und dann hat sich auch Herr Dr. Rau gemeldet.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Joisten, weil Sie jetzt zum zweiten Mal von der Überlastung der Intensivstationen gesprochen haben, muss ich das ein bisschen einordnen. Dieses Fax ist ein völlig gewöhnlicher Vorgang. Das müssten Sie eigentlich auch wissen. Es geht nämlich darum, dass die Rettungswagenbesatzungen dann vorher bei den Krankenhäusern anrufen müssen, um abzusprechen, wo sie den Patienten unterbringen. Wenn noch Bettenreserven da sind, können sie einfach das nächstgelegene Krankenhaus oder das entsprechend erforderliche Spezialkrankenhaus anfahren.

Bei der Überlastung der Intensivstationen ist es in all den Diskussionen und bei all diesen schrecklichen Ereignissen, die wir gesehen haben, immer darum gegangen, dass die Intensivstationen mit COVID-Patienten, die schwer krank dort gelegen haben, die unter ECMO-Beatmung dort gelegen haben, überlastet waren, dass uns das Pflegepersonal knapp geworden ist und dass uns auch die Geräte in den Krankenhäusern knapp geworden sind. Das ist ja ein großer Unterschied.

Jetzt haben wir natürlich diese Situation nicht. Die Krankenhäuser bekommen im Moment ja auch keine Freihaltepauschalen bezahlt. Deswegen werden viele, viele sogenannte elektive Eingriffe, die alle unter Corona nicht durchgeführt wurden, weil die Betten für COVID-Patienten frei gehalten worden sind, jetzt nachgeholt. Es ist sicherlich auch sehr wichtig und erforderlich für Menschen, die zum Beispiel keine Hüft-OP gemacht haben und in den letzten Monaten sicher sehr daran gelitten haben, dass sie jetzt auch ihre Operationen bekommen.

Außerdem muss ich noch einmal etwas zu Ihrem Antrag sagen. Entschuldigen Sie, dass ich da jetzt etwas heftiger werde. Aber wenn das, was wir uns im Krisenstab ausdenken, nicht der akuten und aktuellen Situation entspricht, dann ist es auch nicht möglich, vorab für „eventuell zu veranlassende“ - ich zitiere jetzt aus Ihrem Antrag - Maßnahmen, von denen wir noch gar nicht wissen, ob die Rand- und Rahmenbedingungen dieser Maßnahmen überhaupt jemals eintreten werden, die Zustimmung des MAGS einzuholen. Das geht eben nur, wenn man auch einen entsprechenden Hintergrund hat. Es muss also eine akute Lage vorhanden sein, in der man über die Coronaschutzverordnung des Landes hinausgeht. Also noch einmal: Das funktioniert schon rein technisch nicht.

Entschuldigung. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ist noch etwas zu ergänzen, Herr Dr. Rau?

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Ja, vielleicht noch kurz. - Frau Oberbürgermeisterin! Herr Joisten! Meine Damen und Herren! Vielleicht einfach noch folgende Information: Vor wenigen Tagen betrug die Auslastung der intensivmedizinischen Kapazitäten durch COVID-Patienten 8 Prozent. Sie ist heute ganz geringfügig höher. Es sind um die 10 Prozent, aber jedenfalls keine 15 Prozent.

Im Falle einer weiteren, dramatischeren Entwicklung ist es natürlich schon eine der Maßnahmen, dass Land und Bund dann wahrscheinlich wieder sagen würden, dass elektive Eingriffe auch zu reduzieren wären, sodass dann wieder intensivmedizinische Kapazität zur Verfügung steht.

Aber wir waren zu keinem Zeitpunkt der Pandemie auch nur an der Grenze der zahlenmäßigen Auslastung. Das ist einfach so gesichert. Und selbst wenn diese erreicht wird, haben wir über Kleeblatt eine deutschlandweite Organisation, die hier immer einen Notstand verhindert hat.

Es wäre eben Teil einer Strategie, wenn im Herbst die Eskalation käme, dass das dann, aber auf Landes- und Bundesebene, erfolgte. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Kollegin und Herr Kollege.

Jetzt frage ich einmal, ob der Verweisungsantrag in den Hauptausschuss aufrechterhalten bleiben soll. - Ja. Und Ihr Antrag auch, Herr Joisten? - Dann lasse ich so abstimmen.

Wer dem Verweisungsantrag in den Hauptausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den Antrag der SPD abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Die LINKEN enthalten sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Verweisungsantrag der Fraktion Die Linke. in den Hauptausschuss

I. Abstimmung über den Verweisungsantrag in den Hauptausschuss

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag der SPD:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Stadtverwaltung auf, einen eigenen Fahrplan zu entwickeln, mit welchen Maßnahmen bei kritischen Inzidenzen, kritischer Hospitalisierungsrate und/oder kritischem Covid-Anteil an der Intensivkapazität der Gesundheitsschutz in Köln am besten sichergestellt werden kann. Das Mittel des (Teil-)Lockdowns soll möglichst nicht noch einmal Anwendung finden.

Dieser Fahrplan soll dem Hauptausschuss am 27.09.2021 zur Beratung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Kockerbeck. Frau Stadtdirektorin Blome verweist auf die Vorgaben der Coronaschutzverordnung und auf die situative und vorausschauende Gefahrenabwehr durch den Krisenstab.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Chorweiler zur Grenzänderung bei den Stadtteilen Merkenich und Fühlingen

0915/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich zunächst über die Alternative und dann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Wer der Alternative auf Antrag der FDP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Der LINKEN und der CDU. Dann wird dem Antrag nicht entsprochen.

Jetzt lasse ich über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Der LINKEN und der CDU. Dann ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung beschlossen.

I. Abstimmung über die Alternative auf Antrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Rat folgt der Anregung der Bezirksvertretung Chorweiler aus ihrer Sitzung am 03.12.2020, TOP 8.3.4 und beauftragt die Verwaltung,

1. *zu prüfen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die gewünschten Stadtteilveränderungen vorzunehmen und welche Aufwände und Konsequenzen für die Verwaltung sowie die Öffentlichkeit dadurch entstehen*
2. *die Ergebnisse dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktionen CDU und Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Beschluss:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Chorweiler aus ihrer Sitzung am 03.12.2020, TOP 8.3.4 und die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Rat fordert die Verwaltung auf, bei zukünftigen Planungen wo möglich die Statistischen Quartiere als Raumeinheiten zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktionen CDU und Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.2.2 Erhöhung der Personalressourcen im Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung

1183/2021

Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, bei künftigen Stellenplanverfahren sowie Stellenbesetzungen die Belange der Mobilität besonders zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.2.3 Umsetzung des Antrages AN/1160/2021 der Bezirksvertretung Kalk zur Verstetigung von Förderungen

2891/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 10.06.2021 zum Förderprogramm „Dritte Orte“ zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die institutionelle Förderung im Programm grundsätzlich mehrjährig zu bewilligen. Dabei erfolgt die Bewilligung für die Folgejahre unter Vorbehalt der Bereitstellung von Haushaltsmitteln. Die Förderung richtet sich nach den für das jeweilige Haushaltsjahr bereitgestellten

Haushaltsmitteln. Es gelten die allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend „Systemischer Hitzeaktionsplan für Köln“

AN/1473/2021

Antwort der Verwaltung vom 27.08.2021

2658/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Nachfragen werden schriftlich beantwortet. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Wenn Sie es schriftlich haben wollen, dann gerne schriftlich.

Ich wollte mich nur für die ausführliche Antwort der Verwaltung bedanken und möchte sie meinen Kolleg*innen hier im Rat und in den betreffenden Ausschüssen auch sehr empfehlen. Es geht um Hitze in der Stadt. Vielen Dank für die ausführliche Antwort. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist schön. Bedanken darf man sich hier auch mündlich.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Kosten der ungenutzen Helikopterstation auf dem Kalkberg“

AN/1941/2021

Antwort der Verwaltung vom 15.09.2021

3275/2021

Auch da liegt eine Antwort der Verwaltung vor.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Köln: Ausweisung der Inzidenzen für Geimpfte und Ungeimpfte“

AN/1962/2021

Das ist eine sehr kurzfristig eingegangene Anfrage vom 13. September 2021. Wir beabsichtigen, sie zur nächsten Sitzung zu beantworten.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „RheinEnergie AG // Klimawende Köln“

AN/1954/2021

Antwort der Verwaltung vom 15.09.2021

3306/2021

Da liegt die Antwort der Verwaltung vor.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage GUT betreffend „Stecker-Solaranlagen fördern“

AN/1957/2021

Antwort der Verwaltung vom 16.09.2021

3290/2021

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Sachstand Antidiskriminierungsrichtlinie“

AN/1961/2021

Antwort der Verwaltung vom 16.09.2021

3297/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Klärung Zusammenarbeit mit Michael Winterhoff“

AN/1960/2021

Diese ebenfalls am 13. September 2021 eingegangene Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)

1588/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.01.2021 die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.*
2. *Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.01.2021 die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrgebührensatzung) in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Tagesordnungspunkt

6.3.1 Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

2731/2021

Die Vorlage wurde unter TOP 10.39 umgedruckt.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - DIE LINKE und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an verschiedenen Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION zugestimmt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

3038/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist eine Kenntnisnahme. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Entwurf des Gesamtabschlusses 2018

3153/2021

Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es dazu Aussprachewünsche? - Das ist nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Bericht über die finanzielle Lage nach § 2 Abs. 2 NKF-CIG

3116/2021

Auch das ist eine Kenntnisnahme, die hiermit erfolgt ist.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Einrichtung eines Kunstbeirates für die Ratsperiode 2020-2025

3212/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Die CDU-Fraktion schlägt wie in der Vorperiode Freifrau von Oppenheim vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist keine Wahl. Aber wir geben das dann an Dezernat VII weiter.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den aktualisierten Beschlussvorschlag in Anlage 3 abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der aktualisierten Fassung (siehe Anlage 3):

1. *Der Rat beschließt die Einrichtung eines Kunstbeirats für die Ratsperiode 2020 – 2025.*
2. *Der Rat beschließt die Geschäftsordnung des Kunstbeirates entsprechend Anlage 4.*
3. *Darüber hinaus beruft der Rat als ständige Mitglieder mit Stimmrecht für den Kunstbeirat*

   als sachkundige Bürgerinnen und Bürger:

   - *Herrn Tobias Becker*
   - *Herrn Lutz Fritsch (2. Wahlperiode)*
   - *Herrn Prof. Gereon Krebber*
   - *Herrn Kay von Keitz (2. Wahlperiode)*
   - *Herr Prof. Oliver Kruse (2. Wahlperiode)*
   - *Frau Birgit Laskowski*
   - *Frau Ute Piroeth (2. Wahlperiode)*
   - *Frau Dr. Anne Schloen*
4. *Als ständige Mitglieder mit beratender Stimme benennt der Rat für den Kunstbeirat*
   - *die*den Beigeordnete*n für Kunst und Kultur*
   - *die*den Beigeordnete*n für Planen und Bauen*
5. *Jede im Ausschuss Kunst und Kultur stimmberechtigt vertretene Fraktion entsendet jeweils eine*n Vertreter*in.*

Die Mitgliedschaft endet mit Ablauf der Wahlperiode.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung ZADIK - Fördervertrag Mietkostenzuschuss

1467/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – zur Sicherung des Fortbestands des „Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung“ eine Bezuschussung der Mietkosten als institutionelle Förderung in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung an die Universität zu Köln in Höhe von 116.200€ im Jahr 2021 und jährlich 131.200€ ab dem Jahr 2022. Dazu soll mit der Universität zu Köln eine Fördervereinbarung für den Zeitraum vom 01. Januar 2021 bis 31. Dezember 2025 abgeschlossen werden. Zu gegebener Zeit ist die Fortführung der Förderung zu prüfen und eine Verlängerung der Fördervereinbarung dem Rat zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.3 Leitbild für Kulturelle Teilhabe und Vielfalt
1503/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer II - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2021/22

1620/2021

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021/22 in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung mit einem Überschuss in Höhe von 717,8 T€ fest. Der Überschuss dient der Rückführung von Defiziten im Spielbetrieb aus den Vorjahren.*

2. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Zusammenhang mit dem Spielbetrieb der Bühnen Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 7 Mio. € in Anspruch zu nehmen.*

3. *Die mittelfristige Erfolgsplanung wird in dem Bewusstsein zur Kenntnis genommen, dass Rat, Betriebsausschuss, Betriebsleitung und Stadtverwaltung die Auswirkungen der Corona-Pandemie nur bedingt absehen können und ggf. vor diesem Hintergrund gemeinsam korrigieren müssen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln - Verlängerung der Befristung bis Ende 2023

1625/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Grundlage seiner Beschlüsse vom 10.05.2016 (Einrichtung einer Ombudsstelle: 1252/2016), 28.06.2016 (Feinkonzept: 1826/2016), 14.11.2017 (Verlängerung der Befristung bis 31.12.2019: 2735/2017) und 07.11.2019 (Verlängerung der Befristung bis 31.12.2021: 3188/2019)

a. *die Weiterführung der Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln über die Befristung 31.12.2021 hinaus für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2023,*

b. *die Gewährung eines Zuschusses an den Kölner Flüchtlingsrat e.V. als Projektträger in Höhe von jeweils 107.000 € für die Jahre 2022 und 2023.*

Die erforderlichen finanziellen Mittel werden im Teilergebnisplan 1004 Bereitstellung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt. Das Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: Dokumentation, Digitalisierung und Veröffentlichung des Bestandes für unterschiedliche Zielgruppen

1764/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme "Dokumentation, Digitalisierung und Veröffentlichung des Bestandes für unterschiedliche Zielgruppen" aus der Kulturentwicklungsplanung.

Gleichzeitig beschließt der Rat für die Umsetzung der Maßnahmen überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 26.000 € im Teilergebnisplan 0412 – Historisches Archiv, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen, im Haushaltsjahr 2021. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für

Sach- und Dienstleistungen ebenfalls im Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung für das Museum Ludwig

1812/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Umsetzung der Maßnahmen zur Anfertigung von flexibel einsetzbarem Mobiliar für das Foyer des Museums Ludwig aus der Maßnahme der Kulturentwicklungsplanung (s. KEP-Print S.153) im Zusammenhang mit einer neuen, intensiven Auseinandersetzung mit dem Bestand sowie dessen Neupräsentation, Umsetzung des Lichtkonzeptes, Foyerumbau und Sanierung sowie Klimatisierung.

Gleichzeitig beschließt der Rat für die Umsetzung der Maßnahmen überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 45.000 € im Teilergebnisplan 0402 – Museum Ludwig, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Haushaltsjahr 2021. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ebenfalls im Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung, hier: Kunst im öffentlichen Raum II: Digitaler Skulpturenrundgang

1916/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Geschäftsführung des Kunstbeirates mit der Umsetzung der folgenden Maßnahme aus der Kulturentwicklungsplanung (KEP)

- *Kunst im öffentlichen Raum – Digitaler Skulpturenrundgang*

Im Haushalt 2020/2021 stehen Mittel für den Kulturentwicklungsplan zur Verfügung.

Die Maßnahme soll mit insgesamt 35.000 € im Jahr 2021 aus diesem Budget finanziert werden. Der KEP-Lenkungskreis hat die Maßnahme befürwortet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich

Bildende Kunst: Schaffung zusätzlicher Atelierräume

1966/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme „Schaffung zusätzlicher Atelierräume“ aus der Kulturentwicklungsplanung durch die Vergabe von zusätzlichen Mietzuschüssen für Kölner Künstler*innen in den Jahren 2021 bis 2023. Dabei steht die Umsetzung 2022 und 2023 unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Bestellung von Herrn Stefan Bachmann zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen

2552/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt Herrn Stefan Bachmann für die Zeit vom 01.09.2023 bis 31.08.2026 bzw. längstens bis zum Ende der Vertragsdauer als Schauspielintendant zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Ausschreibung Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen

2595/2021

Gibt es hierzu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Kockerbeck und Frau Gabrysch.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich rede vom Platz aus. - Wie im Jugendhilfeausschuss hält meine Fraktion diese Vorlage für außerordentlich unglücklich, und zwar aufgrund des Zeitpunktes, zu dem sie vorgelegt wird.

Seit einigen Jahren läuft im Rat ein Diskussionsprozess über diese Frage der Essensqualität an Kitas; das ist richtig. Im Juni dieses Jahres hat allerdings der Jugendhilfeausschuss einen deutlich weiter gehenden Antrag meiner Fraktion zwar weder verworfen noch ihm endgültig zugestimmt. Man hat aber beschlossen, nach Vorlage eines finalen Konzepts über diesen Antrag erneut zu befinden. Er ist also in der Diskussion.

Dieser Antrag sah eine vollständige Umstellung des Kita-Essens auf Bioqualität vor. Die jetzige Vorlage schafft Fakten für mindestens zwei, wahrscheinlich eher drei Jahre bei einer 20-prozentigen Bioqualität von Gemüse und Obst. Man muss zur Differenzierung sagen: 100 Prozent Qualität bei Fleisch und Eiern.

Nichtsdestotrotz können wir deshalb dieser Vorlage nicht zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Unsere Kita-Kinder sollen eine ausgewogene Ernährung bekommen. Das ist hier wohl unstrittig. Trotzdem macht uns KLIMA FREUNDE diese Vorlage der Verwaltung stutzig, da die Entscheidung, wer unsere Kita-Kinder für die nächsten zwei bis drei Jahre bekochen darf, zwar nicht nur vom Preis abhängt, sondern auch von der Qualität, aber die Qualitätskriterien in der Beschlussvorlage alle nur genannt werden und keinesfalls verpflichtend sein sollen.

Wir wissen alle, was dann am Ende davon erfüllt wird: Außer ein paar warmen Absichtsbekundungen wird nichts passieren, das zu erhöhter Qualität im Allgemeinen und in den in der Vorlage

genannten positiven Effekten auf das Klima im Besonderen beitragen könnte.

Hier wünschen wir uns, dass die Verwaltung im Ausschreibungstext eine klarere Sprache findet. Statt eine lange Liste von Sollkriterien zu nennen - Ressourcenschonung, Regionalität, fairer Handel, Bio, palmölarm usw. -, sollte sie besser konkrete Kriterien aufstellen. Dann wissen die Cateringunternehmen, woran sie sind, und am Ende kommt auf jeden Fall das bessere Ergebnis heraus - für das Klima, für die Produzent*innen und vor allem für die Kinder.

Zum Beispiel könnten die Auftragnehmer*innen gerade von einer Fairtrade-Stadt wie Köln - wir erinnern uns alle, dass wir zu Beginn des Jahres die Resolution zum Lieferkettengesetz unterschrieben haben - dazu verpflichtet werden, Reis und Bananen nur dann zu verwenden, wenn sie bestimmten Kriterien des fairen Handels genügen. Diese Kriterien müssen dann natürlich ebenso in den Ausschreibungstext aufgenommen werden wie mögliche Nachweise, dass sie erfüllt sind. Das heißt: Welches Siegel ist hier aussagekräftig?

Mit solchen Feinheiten müssen sich die Beschaffer*innen in der Verwaltung herumschlagen. Meine Hochachtung davor! Aber dafür gibt es Hilfestellungen, zum Beispiel von der christlichen Initiative Romero aus Münster, die bei einer ähnlichen Ausschreibung wie dieser mit der Verwaltung in Friedrichshain-Kreuzberg fairen Reis, faire Bananen und faire Ananas durchgesetzt hat. Auch hier müssen wir das Rad - wie immer - nicht neu erfinden.

Es gibt also schon Best Practices. Es gibt Musterausschreibungen und Beratungen. Wir vermitteln auch gerne Kontakt zu den Expert*innen. Dann wird das eine klare Sache, die am Ende auch alle satt macht, die Kita-Kinder und die Erzeuger*innen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen wie hier von der Verwaltung vorgesehen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Mittagessen für städtische Kindertageseinrichtungen mit den in der Vorlage genannten Qualitätskriterien auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Faktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen

2664/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN und der SPD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt, dass die Bühnen zur Fortführung des Bauvorhabens Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Verpflichtungen eingehen dürfen, die das bisher genehmigte Budget von 554,1 Mio. € überschreiten. Um dieses zu ermöglichen, wird das Budget um 88,6 Mio. € auf 642,7 Mio. € angehoben.*
2. *Der Rat verzichtet auf eine Bedarfsfeststellung, ein Vergabevorbehalt wird nicht ausgesprochen.*
3. *Der Rat ermächtigt die Bühnen, Kredite bis zu einer Höhe von 642,7 Mio. € aufzunehmen. Der Rat ermächtigt die Bühnen darüber hinaus, Kredite für Bauzeitzinsen in Anspruch zu nehmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag

2719/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit den Änderungen

a. der Satzung der GAG Immobilien AG, und

b. des Gesellschaftsvertrages der GAG Servicegesellschaft mbH (GAG SG)

gemäß den dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlagen einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen des Gesellschaftsvertrages als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln damit einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt des Gesellschaftsvertrages nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Verlängerung der Institutionellen Förderung WEEK-END Fest 2022

2760/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022 – die Institutionelle Förderung in der Sparte Popkultur für das WEEK-END Fest in Höhe von 30.000 Euro im Jahr 2022 weiterzuführen. Dieser Beschluss wird in Anknüpfung an den Beschluss des Rates Nr. 3248/2018 vom 22.11.2018 gefasst.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2022 bis 2025

2772/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – für den Zeitraum vom 01.Januar 2022 bis 31. Dezember 2025 nachfolgende Zuschüsse zur Strukturförderung (Institutionelle Förderung) zu gewährleisten:

- *„Köln im Film“ von Köln im Film e.V.32.000 € p.a.*
- *„Kurzfilmfestival Köln (KFFK)“ von Kurzfilmfreunde Köln e.V. 35.000 € p.a.*
- *„SoundTrack_Cologne“ von Televisor Troika GmbH 43.000 € p.a.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Kostensteigerung bei der Sanierung des Rheinparkcafés sowie Antrag auf Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung

1988/2021

Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Aus Zeitgründen und weil ich gern noch mal Applaus von allen möchte, ziehe ich den Wortbeitrag zurück.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat wird unterrichtet, dass sich die investiven Gesamtauszahlungen der Maßnahme „Sanierung und Revitalisierung des Parkcafés im Kölner Rheinpark“ von 3,8 Mio. Euro auf 5,75 Mio. Euro erhöhen. Der Rat nimmt dies zur Kenntnis.*

2. *Der Rat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 1,95 Mio. Euro für die Fortführung der Sanierung des Rheinparkcafés im Rahmen des Programms „Win-Win für Köln“ im Teilfinanzplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus -, Finanzstelle 8040-1501-1-5001 „Win-Win für Köln, Sanierung Rheinparkcafé“ im Haushaltsjahr 2021.*
   Die Deckung erfolgt als Teilbetrag in Höhe von 867.000 Euro aus dem Teilfinanzplan 0507 - Betrieb, Unterhaltung u. Förderung von Bürgerhäusern u. –zentren, Finanzstelle 5030-0507-1-0007, Bürgerzentrum Alte Feuerwache. Der übrige Teilbetrag in Höhe von 1.083.000 Euro wird aus dem Teilfinanzplan 1601 - Allgemeine Finanzwirtschaft -, Finanzstelle 5600-1601-0-1000 Wohnungsbauprogramm gedeckt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Öffentliches Silvesterfeuerwerk

3047/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Ich lasse abstimmen wie AVR, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 06.09.2021 (Anlage 3):

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, zu Silvester 2021 auf dem Roncalliplatz ein kulturelles Rahmenprogramm analog der Vorjahre - mit einem partizipatorischen und integrativen Bühnenprogramm, ergänzt durch Fassadenprojektionen der unmittelbaren Domumgebung zu realisieren. Voraussetzung dafür ist, dass die Pandemielage eine solche Veranstaltung zulässt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2020

2735/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2020 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln mit einer Bilanzsumme von 324.825.347,60 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 2.642.957,77 Euro fest.*

2. *Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2020 von 2.642.957,77 Euro auf das Geschäftsjahr 2021 vorgetragen wird.*

3. *Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.*

4. *Dem Betriebsausschuss wird für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Auflösung der Kapitalrücklage

2736/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2015 stammenden Verlustes von 4.598.913,90 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße 49 a-c, 50827 Köln-Ossendorf - Einstellung des Bauvorhabens und Rückbau

0846/2020

Gibt es Wortmeldungen?

(Zurufe: Wie Bauausschuss!)

- Ich lasse abstimmen wie Sozialausschuss, Anlage 5, Integrationsrat, Anlage 6, Bauausschuss, Anlage 7, und BV 4, Anlage 9. Da müsste überall das Gleiche beschlossen worden sein.

(Zuruf)

- Ja. Aber Sie finden sich ja wieder.

(Zuruf: Ja!)

- Gut. Ich hoffe, alle anderen auch.

Dann frage ich jetzt, ob es Gegenstimmen gibt. - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 27.05.2021 (Anlage 5), des Integrationsrates vom 01.06.2021 (Anlage 6), des Bauausschusses vom 14.06.2021 (Anlage 7) und der Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld) vom 28.06.2021 (Anlage 9):

Der Rat beschließt, das Bauvorhaben zur Errichtung einer Geflüchteten-Unterkunft auf dem städtischen Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße 49 a-c, 50827 Köln-Ossendorf, einzustellen.

Das Grundstück ist in seinen ursprünglichen Zustand zurückzuversetzen, sobald es für eine Nachnutzung durch den Schulbereich zwingend in Anspruch genommen werden muss oder die durch Covid-19 bedingten Einschränkungen der Haushaltsbewirtschaftung aufgehoben worden sind.

Änderung / Ergänzung:

Ausgenommen von der Zurückversetzung ist die gebaute Infrastruktur (Kanäle, Versorgungsleitungen) sowie Bodenplatten, etc., soweit sie für einen späteren Schulbau nutzbar sind.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Modellhafte Öffnung ausgewählter Schulhöfe als Spiel-, Sport- und Bewegungsräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

0880/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich die Vorlage so abstimmen, wie sie ist.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. beschließt das vorliegende Rahmenkonzept zur modellhaften Öffnung ausgewählter Schulhöfe und beauftragt die

Verwaltung mit der Modellumsetzung an neun ausgewählten Schulstandorten, nach Möglichkeit und in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der COVID-19-Pandemie sowie bei gesicherter Finanzierung ab dem 01.10.2021 für einen zunächst Zweijahres-Zeitraum bis 30.09.2023.

Die mit der Schulhoföffnung verbundenen konsumtiven Kosten in Höhe von rund 144.736 € werden im Haushaltsjahr 2021 durch Umschichtung von veranschlagten Mitteln des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben, bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert.

Im Haushaltsjahr 2022 erfolgt eine Finanzierung in Höhe von rund 549.042 € bzw. im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von rund 411.781 € durch Umschichtungen im Rahmen des im Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. zugewiesenen Budgets des Dezernates Bildung, Jugend und Sport. Die Mittel werden im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt.

Des Weiteren werden in den Jahren 2022 und 2023 jeweils Mittel in Höhe von 17.500 € über den Teilergebnisplan 0801 – Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, Leitprojekt Sportentwicklungsplanung finanziert.

2. *beauftragt die Verwaltung, ihre Erfahrungen und die Ergebnisse der Evaluation durch die Deutsche Sporthochschule Köln in 2023 in den politischen Gremien mitzuteilen und einen Vorschlag, ggf. in Varianten, zur Beendigung, Beibehaltung oder Ausweitung des Modellversuchs zu unterbreiten.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.22 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer II - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: TOP 10.22 entfällt.

Tagesordnungspunkt

10.23 Bedarfsfeststellung zur Ersatz- und Neubeschaffung von insgesamt 85 Standardrettungswagen und Abschluss eines Vier-Jahres-Rahmenliefervertrages

1455/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stimmt den Änderungen des Fahrzeug Soll/Ist-Vergleiches zu, wodurch u.a. die Anzahl der für die technische Reserve vorgehaltenen Rettungswagen um vier erhöht wird.*

2. *Der Rat erkennt den dargestellten Bedarf zur Neu- bzw. Ersatzbeschaffung von 84 Standardrettungswagen sowie eines Rettungswagens mit reinem Elektroantrieb in Höhe von brutto 18.861.500 € innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren an.*

3. *Der Rat stimmt dem Abschluss eines vierjährigen Rahmenliefervertrages mit festen Lieferterminen der jeweiligen Chargen zur Deckung des vorgenannten Bedarfs zu.*

4. *Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2021 die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 9.888.900 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022 und 2024 (4.105.500 € in 2022 und 5.783.400 € in 2024) im*

Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge. Außerdem beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2021 überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4.902.800 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2023 im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge.

Die Deckung der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch eine in 2021 veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze zu Lasten der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen in Höhe von 4.902.800 € für 2023. Aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen werden die dort veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen nicht in voller Höhe benötigt.

Zur Ablösung der vorgenannten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 14.791.700 € sowie zur Finanzierung der für 2025 vorgesehenen Auszahlungen in Höhe von 4.069.800 € wurden im Rahmen des Hpl.Entwurfs 2022 ff. bzw. werden im Rahmen des Hpl.-Entwurfs 2023 (inkl. Mittelfristplanung) entsprechende Auszahlungsermächtigungen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge in den Haushaltsjahren 2022 ff. eingeplant.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter - Verlängerung Maßnahmen vom 01.01.2022 bis 31.12.2023

1491/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortführung der Mindeststandard-Maßnahmen zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter bis 31.12.2023 in folgendem Umfang:

1. „Verbesserter Betreuungsschlüssel 1:60“ für bestimmte Einrichtungen

(Leichtbauhallen und Standorte mit Kojenunterbringung und

Gemeinschaftsverpflegung, soweit diese wieder belegt werden müssen).

2. Stärkung des Ehrenamtes:

2.1) Finanzierung von 2 Stellen (2 x 0,5 und 4 x 0,25) in 2022 und

1,75 Stellen (2 x 0,5 und 3 x 0,25) in 2023 in bestimmten

Einrichtungen mit Aufwendungen in 2022 in Höhe von 141.800 €

und in 2023 in Höhe von 124.075 €.

2.2) Beibehaltung der im Stellenplan 2018 unbefristet eingerichteten

9 x 0,5

Stellen in A10/EG 9c in den Bürgerämtern mit jährlichen

Aufwendungen in Höhe von 361.600 €.

2.3) Finanzierung von 13 x 0,5 Stellen für die Stärkung der standortüber-

greifenden Betreuung und Steuerung der ehrenamtlich Tätigen mit

jährlichen Aufwendungen in Höhe von 513.249 €.

2.4) Ausbau und Pflege des digitalen Informationsportals von Wiku mit

jährlichen Aufwendungen in Höhe von 12.200 €.

2.5) Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die administrative Unter-

stützung von Willkommensinitiativen mit jährlichen Aufwendungen

von 70.000 €.

3. Medizinische Grundversorgung von Geflüchteten in verschiedenen ,

Unterbringungsressourcen für Geflüchtete:

3.1) Finanzierung von 1,5 Stellen, angebunden beim DRK, zur

Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung in großen

Einrichtungen (Notaufnahmen/-unterkünften, z.Zt. nur in der

Herkulesstraße) mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 106.350 €.

3.2) Beibehaltung der im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 unbefristet ein-

*gerichteten 3,0 Stellen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, P7*

TVöD,

und 1,0 Stelle Hebamme, Bewertung E10 / P10 TVöD mit jährlichen

Aufwendungen in Höhe von 252.700 €.

Die Finanzierung der unter 2) dargestellten Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich der noch zu beschließenden Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022:

- *aus Mitteln im Teilplan 1004 Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 15, Transferleistungen, für die unter Punkt 2.1) dargestellte Maßnahme. Das Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.*
- *aus Mitteln im Teilplan 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 Transferleistungen – Zuschüsse, für die unter den Punkten 2.3-2.5) dargestellten Maßnahmen. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.*
- *aus Mitteln im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 15, Transferleistungen, für die unter Punkt 3.1) dargestellte Maßnahme. Das Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Einrichtung des Erweiterungsbaus und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Hildegard-von-Bingen Gymnasium, Leybergstr. 1, 50939 Köln - Sülz im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022.

1866/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Einrichtung des Erweiterungsbaus des Hildegard-von-Bingen-Gymnasiums Leybergstr. 1, Köln – Sülz mit Gesamtkosten in Höhe von rund 2.280.000 € (investiver Anteil: 1.516.000 €, konsumtiver Anteil 764.000 €).

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 764.000 € erfolgt im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Entsprechende

Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2022 vorgesehen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten von rund 1.344.000 € (neue Mensaküche für den Ganztag (239.000 €), Ausstattung der Unterrichts- und naturwissenschaftliche Räume des Neubaus (950.000 €), technische Ausstattung des Neubaus (155.000 €)) erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplan 2022 vorgesehenen Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-3-3060 – GYM Leybergstr. 1 –Erweiterung-. Die restlichen investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 172.000 € werden ebenfalls aus im Haushaltsjahr 2022 im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen vorgesehenen Mitteln finanziert.

2. *Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2022 eine Mittelfreigabe in Höhe von 1.344.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben für die Einrichtung des Erweiterungsbaus des Hildegard-von-Bingen Gymnasiums Leybergstr. 1, Köln-Sülz, bei Finanzstelle 4013-0301-3-3060 – GYM Leybergstr. 1- Erweiterung.*

   Die Beschlüsse erfolgen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2021/22

1989/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Betriebssatzung i.V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Eig. VO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester für das Wirtschaftsjahr 2021/2022 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung mit einem Defizit von 1.117 TEUR fest. Die mittelfristige Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen. Daraus ergeben sich keine Ansprüche für die Gesellschaft.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 0,5 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Fortsetzung der Maßnahme „Willkommen und Ankommen in Köln“ für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU

2603/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *Die Verwaltung wird mit der Fortsetzung der Maßnahme „Willkommen und Ankommen in Köln“ in den bisherigen Sozialräumen:*

   - *Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord*
   - *Humboldt / Gremberg und Kalk*
   - *Meschenich und Rondorf*
   - *Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße*

   ab dem 01.01.2022 zunächst bis zum 31.12.2024 beauftragt.

2. *Die Finanzierung der Maßnahme in Höhe von rd. 305.000 € jährlich erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung ab dem Haushaltsjahr 2022 ff im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und*

Diversity, in der Teilplanzelle 15 Transferaufwendungen.

3. *Die Verwaltung wird jährlich über die Maßnahme berichten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Durchführung der aktivierenden Stadtteilarbeit „Zuhause im Veedel - Aktivierung und Beteiligung im Quartier“ im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) in den Sozialräumen „Porz-Ost, Finkenberg, Grembergh oven und Eil“ und „Ostheim und Neubrück“ als Pilotprojekt in Großwohnanlagen

2675/2021

Wortmeldungen? - Da gingen jetzt die Arme hoch. Herr Paetzold und dann Herr Weisenstein.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, gestatten Sie eine kleine Anmerkung vom Platz aus. Die SPD-Fraktion hat verstanden, dass ein Nebeneinander der Maßnahme „Zuhause im Veedel - Aktivierung und Beteiligung im Quartier“, finanziert über ISEK, und der klassischen GWA in den beiden Sozialräumen nicht möglich ist. Daher stimmen wir dem Vorschlag der Verwaltung auch zu.

Wir sehen aber berechtigte Kritik am Verfahren und an dem Umgang der Stadtverwaltung mit den Trägern und schlagen der Verwaltung vor, hier klärende Gespräche zu führen. Zumindest hat uns eine solche Kritik erreicht.

Wir stimmen der Beschlussvorlage aber nur zu, weil wir fest davon ausgehen, dass die Evaluation der Projekte die Notwendigkeit einer klassischen GWA in den beiden extrem belasteten Quartieren zeigen wird. Und wir werden die Verwaltung beim Wort nehmen, dass sie eine nachhaltige GWA durch städtische Förderung langfristig ermöglicht, wenn die Evaluation das zeigt. Diese Gemeinwesenarbeit muss aus unserer Sicht unmittelbar nach dem Auslaufen des ISEK-Projektes beginnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Hinweis wird natürlich aufgenommen. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, grundsätzlich stimmen wir dem zu, was Herr Paetzold gerade gesagt hat.

Aber wenn man sich den einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Kalk noch einmal anguckt, sieht man: Zu diesem Fall, dass ISEK und Gemeinwesenarbeit-Förderung nicht parallel laufen, ist von der BV Kalk schon ein Vorratsbeschluss gefasst worden - nämlich, dass gewährleistet sein muss, dass dann, wenn die ISEK-Mittel auslaufen, die GWA-Mittel auf jeden Fall nahtlos weiterlaufen.

Da stellt sich für mich die Frage: Wie ist das politische Ansinnen, das in Kalk, wie gesagt, einstimmig so beschlossen worden ist, jetzt hier in die Verwaltungsvorlage zu integrieren?

Grundsätzlich würden wir es für sinnvoll erachten, wie die Bezirksvertretung 8 zu beschließen. Es ist natürlich nachvollziehbar, wenn die Verwaltung argumentiert, dass beide Förderungen gleichzeitig nicht möglich sind. Dann ist das - das gebe ich ja zu - ein bisschen komplex.

Aber kann die Verwaltung zu der Frage des Übergangs nach ISEK in GWA vielleicht noch drei Takte sagen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, es ist so, dass eine jetzt schon getroffene bedingungslose Entscheidung für eine nachfolgende weitere kommunale Förderung möglicherweise für das Landesprogramm förderschädlich ist. Aus diesem Grund schlagen wir genau das vor, was wir auch geschrieben haben - nämlich, dass wir die Evaluation erfolgen lassen. Wir stellen auch in Aussicht und nehmen uns alle miteinander hier quasi schon fest vor, dass bei positiver Evaluation eine weitere Förderung möglich ist. Aber davon, das jetzt schon quasi

bedingungslos final festzuschreiben, raten wir wegen der möglichen Förderschädlichkeit ab.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen wie Vorlage.

Beschluss:

Der Rat beschließt für die Dauer der mit Städtebaufördermitteln finanzierten Umsetzung der Einzelmaßnahmen „Zuhause im Veedel – Aktivierung und Beteiligung im Quartier“ im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK)

- *für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ in der Großwohnsiedlung Finkenberg bis zum 31.12.2023*
  (Ende der Laufzeit laut Zuwendungsbescheid)
- *sowie für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ in der Großwohnsiedlung Gernsheimer Straße bis zum 30.06.2025 (Ende Laufzeit vorbehaltlich des noch nicht vorliegenden Zuwendungsbescheides)*

  die vorgesehene Förderung einer klassischen Gemeinwesenarbeit in diesen Gebieten in Abänderung der Ratsbeschlüsse vom 10.09.2020 und 06.05.2021 befristet zurückzustellen.

Zeigt die Evaluation der geförderten Einzelmaßnahmen als Pilotprojekte in diesen Großwohnsiedlungen deutliche Ansätze für eine Fortsetzung der aktivierenden Arbeit, wird diese im Rahmen der Gemeinwesenarbeit durch eine städtische Förderung nachhaltig weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.29 Erneuerung der Eisenbahnüberführung der Deutz-Mülheimer Straße, Bauwerk B in Köln-Deutz durch die DB Netz AG

2402/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich einer positiven Prüfung der von der DB Netz AG erstellten Fiktivkosten- und Ablöseberechnung, eine Kreuzungsvereinbarung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) zur Erneuerung des DB-Brückenbauwerks B über die Deutz-Mülheimer Straße inklusive einer Erweiterung der lichten Höhe und der lichten Weite zur verkehrsgerechten Gestaltung des Straßenraumes mit der DB Netz AG abzuschließen, auf dieser Grundlage die Finanzierung sicherzustellen und Fördermittel nach den Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßenbaus (FöRiKomStra) sowie nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NRW (ÖPNVG) zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Schulrechtliche Änderung der drei Grundschulen Ernst-Moritz-Arndt-Schule, EGS Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, Albert-Schweitzer-Grundschule, GGS Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß und der Brüder-Grimm-Schule, GGS Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth zum Schuljahr 2022/23

2482/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der Ernst-Moritz-Arndt-Schule, Evangelische Grundschule, aktuell Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, zukünftig Sürther Straße 201, 50999 Köln-*

Rodenkirchen gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2022/23 von 3 auf 5 Züge auszubauen.

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gleichzeitig, die vorübergehend erhöhte Zügigkeit der Albert-Schweitzer-Grundschule, Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2022/23 von 4 wieder auf 3 Züge abzubauen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gleichzeitig, die vorübergehend erhöhte Zügigkeit der Brüder-Grimm-Schule, Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2022/23 von 5 wieder auf 4 Züge abzubauen.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung die Anträge gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderungen zu den Punkten 1., 2. und 3. zu stellen.*

5. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung der Beschlüsse zu den Punkten 1., 2. und 3. die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.31 Jahresabschluss 2020 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

2535/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. § 4 der Betriebssatzung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12.2020 fest und beschließt, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.*

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 3. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Köln

2548/2021

Wortmeldungen? - Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz optimistisch: Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause an den Bildschirmen! Wir haben Glück - Glück im großen Unglück. 2020 sind Grenzwerte zur Luftreinhaltung unterschritten worden. Uns allen ist auch klar, woran das unter anderem lag: Ein großer Teil des Rückgangs des Verkehrs ist auf die Corona-Pandemie zurückzuführen.

Der vorliegende Luftreinhalteplan zielt darauf ab, diesen Status fortzusetzen, was wir aus gesundheitlicher Perspektive bezogen auf die Luft natürlich begrüßen, weshalb wir dem Plan heute zustimmen werden.

Dennoch wünschen wir uns, dass zukünftig die Verkehrswende im Grundsätzlichen progressiver angegangen wird. Das heißt, dass wir uns stärker dafür einsetzen, dass Fahrräder und ÖPNV öfter Vorrang genießen und die grundsätzliche Ausrichtung unserer Stadt auf den MIV zurückgefahren wird.

Wir freuen uns darauf, dies mit Ihnen und euch allen anzugehen - hier heute Abend, bei den nächsten Sitzungen und in den nächsten Jahren im Rat. - Danke.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 10.32? - Das ist nicht der Fall.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltungen der FDP-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf der 3. Fortschreibung des Luftreinhalteplans Köln (Anlage 1) zur Kenntnis und genehmigt die abgegebene Stellungnahme (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.33 Neugestaltung des Bolzplatzes Georgestraße in Köln-Neubrück

3423/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, die Neugestaltung des Bolzplatzes Georgestraße in Köln-Neubrück mit Gesamtkosten in Höhe von 545.000 Euro durchzuführen.*

   Die Beauftragung und Realisierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Programms Starke Veedel – Starkes Köln aus EFRE-Fördermitteln mit einer Förderquote von voraussichtlich maximal 40% der förderfähigen Gesamtausgaben von 545.000 Euro (brutto) in den Haushaltsjahren 2021 bis 2022 vorbehaltlich der Zustimmung des Rates.

2. *Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 545.000 Euro (brutto) im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung).*

3. *Der Rat beschließt in Abänderung seines Beschlusses vom 14.02.2019, „Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes `Starke Veedel – Starkes Köln` für den Sozialraum `Ostheim und Neubrück`", Session-Nr. 3789/2018, die Umsetzung der Maßnahme „Neugestaltung des Bolzplatzes Georgestraße in Köln-Neubrück" auch bei einer Förderquote unterhalb von 50% umzusetzen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.34 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln

hier: Wirtschaftsjahr 2021

1255/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 5 der Betriebssatzung i.V. mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021 fest.

Die mittelfristige Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen. Daraus ergeben sich keine Ansprüche für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss von nutzungsunabhängigen Sicherungsmaßnahmen der Hallen Kalk, Hallen 76 und 77

2293/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf für die Planung von nutzungsunabhängigen Sicherungsmaßnahmen fest und beauftragt die Verwaltung mit der Planung für die nutzungsunabhängigen Sicherungsmaßnahmen bis Leistungsphase 2 (LPH 2) für die Hallen Kalk, Hallen 76 und 77, Neuerburgstraße 1a in 51103 Köln. Für die Planung werden Mittel in Höhe von rund 500.000 Euro benötigt.

Der Beschluss zur Sanierung umfasst folgende Teilmaßnahmen:

1. *Halle 76 (Museum Ludwig)*
2. *Halle 77 (kulturelle Nutzung)*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.36 Dachsanierung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud

hier: Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss

2770/2021

Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Hierzu muss ich einfach noch etwas sagen, weil ich das, ehrlich gesagt, krass finde. Da wird mal bei einem städtischen Gebäude das Dach komplett saniert. Es wurde festgestellt, dass die komplette Sanierung beider Dachflächen erforderlich ist, sodass die Dachaufbauten komplett neu erstellt werden. Die Prüfung ergab sogar, dass technisch die PV-Anlagen-Installierung auf den Dächern möglich ist. Und dann erfolgte seitens der Urheberrechtsinhaberin eine Ablehnung der Maßnahme aufgrund des Argumentes, das sei ein zu großer gestalterischer Eingriff. Daher werden nun lediglich auf dem Erweiterungsbau die geplanten PV-Anlagen installiert.

Mit den rechtlichen Gegebenheiten kenne ich mich wirklich nicht aus. Ich bin mir sicher, dass das rechtlich alles so erst mal korrekt läuft. Trotzdem muss ich an dieser Stelle aufgrund der Dringlichkeit, die heute hier auch wieder deutlich geworden ist - im Grunde genommen brauchen wir jede Fläche, erst recht, wenn ein Dach dann schon neu saniert wird; eine bessere Möglichkeit gibt es ja gar nicht -, doch noch mal fragen - ich komme da auch gerne mal zu einem persönlichen bilateralen Gespräch irgendwohin -,

(Zuruf: Das ist eine gute Idee!)

wie wir das denn in Zukunft handhaben wollen. Denn das ist ja nicht das einzige Gebäude, bei dem es Urheberrechtsinhaber*innen gibt, die da vielleicht irgendetwas verhindern können - was meiner Meinung nach gegenüber allen folgenden Generationen völlig unverantwortlich ist.

Ich weiß nicht, ob es da noch irgendwelche Möglichkeiten gibt. Ich bitte nur händeringend darum, dass wir irgendeine Lösung finden, damit auch solche Dachflächen in Zukunft genutzt werden können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, ich glaube, viele von uns können das nachvollziehen. Aber wir haben das einfach zu respektieren. Ja, das ist alles andere als wünschenswert. Aber so ist die Rechtslage.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Kann man das denn in Zukunft irgendwie verhindern?

(Zuruf: Nein, kann man nicht! - Weitere Zurufe)

- Entschuldigung. Ich sage ja, dass ich gerne mal bilateral irgendwohin komme.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Frau Gabrysch, das bilaterale Gespräch können wir beide gerne suchen. Ich kann Ihnen das erläutern. Das machen wir so.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung[12] ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf für die Dachsanierung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Baumaßnahme auf Basis der Kostenannahme aus vorgezogener Planung.

Gem. aktueller Kostenannahme belaufen sich die Kosten für die Sanierung des Daches auf insgesamt 1,34 Mio. € (1.340.832 €). Der Mittelabfluss verteilt sich auf die Jahre 2021 und 2022 wie folgt: 2021: rd. 140.000 €, 2022: rd. 1,2 Mio. €.

Die Finanzierung der aus der Dachsanierung resultierenden Aufwendungen wird über den jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan des WRM sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.37 Sanierung und Optimierung des Fotoarchivs und der Depotflächen auf der Ebene 5.0 im Rautenstrauch-Joest-Museum

hier: Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss

0834/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf zur Sanierung und Optimierung des Fotoarchivs und von Depotflächen und Arbeitsbereichen auf der Ebene 5.0 im Rautenstrauch-Joest-Museum fest und beschließt die Aufnahme der Planung bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI.

Gemäß vorläufiger Kostenschätzung belaufen sich die Planungskosten auf rund 700.000 Euro brutto.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.38 Verausgabung Restmittel der Corona-Sonderförderung

2940/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie KuK, Anlage 1.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Punkt 10.39 ist eben unter TOP 6.3.1 behandelt worden.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 07.09.2021 (Anlage 1):

Der Rat beschließen, die vorhandenen Restmittel aus der Corona-Sonderförderung aus Dezernat VII-Kunst und Kultur in Höhe von 443.111 € als angepasstes Förderinstrument ihrem ursprünglichen Verwendungszweck, der Projektförderung des Kulturamtes, Teilergebnisplan 0416 - Kulturförderung in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, zurückzuführen.

Ergänzung:

1. *Die Restgelder sollen für Träger bereitgehalten werden, die coronakonform öffnen und dabei Einkommensverluste hinnehmen müssen.*

mit dem Hinweis, dass dabei auch Träger antragsberechtigt sein sollen, die bisher vom Kulturamt nicht gefördert werden.

Abstimmungsergebnis:

[12] Enthaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.39 Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

Die Angelegenheit wurde unter TOP 6.3.1. behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 220. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz-Elsdorf

Arbeitstitel: Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf

0451/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 220. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel „Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf“ eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Anlagen 5 und 6;*

2. *stellt die 220. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel „Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf“ mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage 4 beigefügten Begründung fest.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Umsetzung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans 66380/02 vom 1.03.2017 / Neubau der Sportanlage Kapellenstraße in Köln-Rondorf

0459/2021

Wortmeldungen? - Frau Syndicus hat ihre Meldung zurückgezogen. Okay.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten geprüften Kostenberechnung mit der Umsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 66380/02 vom 31.03.2017. Die Umsetzung beinhaltet den Neubau einer Sportanlage mit Kunststoffrasen-Großspielfeld, Sportrasen-Großspielfeld, Trainingsbeleuchtungsanlage, Einfriedungen,

Wege aus Pflasterbelag, Zuschauerbereichen, Materialunterstand und Parkplatz sowie der Pflanzungen im Rahmen der Eingriffs-Ausgleich Bilanzierung.

Die voraussichtlichen Kosten für die Gesamtmaßnahme betragen 4.017.113,44 € brutto.

Zudem beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2021 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 2.000.000,00 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung / Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5201-0801-2-5200 Sportanlage Kapellenstraße. Die Deckung erfolgt durch entsprechend geringere Verpflichtungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201-Straßen, Wege, Plätze zu Lasten der Finanzstelle 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, da sich die Umsetzung der Maßnahme zeitlich verzögert.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 1.897.113,44 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung

von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-2-5200 (SpA Kapellenstraße).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 76381/02

Arbeitstitel: „Fuchskaule“ in Köln-Porz-Elsdorf

2503/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

(Mike Homann [SPD]: Über welche Version wird abgestimmt?)

- Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 10.

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses (Anlage 10):

Der Rat beschließt

1. *den Plangeltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 76381/02 mit dem Arbeitstitel "Fuchskaule" in Köln-Porz-Elsdorf aus dem Aufstellungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 12.12.2013 geringfügig in das jetzige Plangebiet zu ändern (siehe Anlage 1). Die Änderungen beziehen sich auf kleinere Vor- und Rücksprünge im Hinterland der Bebauung an der Gilsonstraße.*

2. *über die zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 76381/02 für das Gebiet zwischen der Straße Fuchskaule im Süden und der Friedrich-Hirsch-Straße im Norden, im Osten begrenzt durch die Bebauung entlang der Gilsonstraße und im Westen durch die landwirtschaftliche Nutzung —Arbeitstitel: "Fuchskaule" in Köln-Porz-Elsdorf — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4.*

3. *den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 76381/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

4. *Ergänzend zum Vorhaben- und Erschließungsplan soll mit dem Investor folgender Vertrag abgeschlossen werden: Die Solarenergetische Nutzungaller Dachflächen werden vorausgesetzt. Wo möglich wird zusätzlich Dach- und Fassadenbegrünung umgesetzt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

15.1 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet U 457 in Köln-Porz-Elsdorf (Südlich Friedensstraße)

1878/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat ordnet die Umlegung gemäß § 46 Baugesetzbuch (BauGB) vom 03.11.2017, bekannt gemacht am 10.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der derzeit gültigen Fassung, für das in der Anlage (Grenzen des Umlegungsgebietes grün umrandet) dargestellte nord-westliche Teilgebiet des im Rat der Stadt Köln am 29.06.2020 unter TOP 2.2 (Vorlagen-Nummer 0935/2020) beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 76380/03 (Arbeitstitel: „Südlich Friedensstraße – Westteil - in Köln-Porz-Elsdorf) mit dem Umlegungsgebiet Nr. 457 an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

16 KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen jetzt zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss

2584/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Punkt 17.2 ist durch Antrag der CDU-Fraktion zurückgestellt.

Beschluss:

1. *Der Rat wählt als Nachfolger von Herrn Omer Semmo:*

   Frau Laura Knöchel (DGB-Region Köln-Bonn)

   als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für Herrn Frieder Kurbjeweit in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

2. *Der Rat wählt als Nachfolger von Herrn Dirk Lening*

   Herrn Ralf Trippe (Polizeipräsidium Köln)

   als stellvertretendes beratendes Pflichtmitglied für Herrn Bernd Reuther in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.2 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE am 24./25.03.2022 Neubesetzung der Sitze im Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE
2998/2021

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer III - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Umbesetzung in den Ausschüssen“

AN/1791/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Herr Franz Gebhardt wird für Frau Diana Finsterle als Mitglied des Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Wahl der Beisitzer*innen und Stellvertreter*innen des Kreiswahlausschusses für die Landtagswahl 2022

2866/2021

Meine Damen und Herren, da liegt dankenswerterweise ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor. Wird gewünscht, dass ich ihn vortrage? - Das ist nicht der Fall.

(Zurufe: Doch!)

- Doch. Okay.

Als Beisitzer*innen werden vorgeschlagen:

1 Lino Hammer

2 Christiane Jäger

3 Felix Spehl

4 Güldane Tokyürek

5 Ulrich Breite

6 Isabella Venturini

Ich komme zu den Stellvertreter*innen. Vorgeschlagen werden:

1 Moritz Rüger

2 Dr. Gerrit Krupp

3 Werner Marx

4 Michael Weisenstein

5 Verena Will

6 Christian Achtelik

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann stimmen wir jetzt ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Einrichtung eines gemeinsamen Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl 2022 für die sieben Wahlkreise im Stadtgebiet.*

2. *In den Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl 2022 werden gewählt:*

   Beisitzer:
   Vertreter:

   1. *Lino Hammer*
      Moritz Rüger

   2. *Christiane Jäger*
      Dr. Gerrit Krupp

   3. *Felix Spehl*
      Werner Marx

   4. *Güldane Tokyürek*
      Michael Weisenstein

   5. *Ulrich Breite*
      Verena Will

   6. *Isabell Venturini*
      Christian Achtelik

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Kölner Sportstätten GmbH; Entsendung in den Aufsichtsrat

3181/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln entsendet an Stelle von Herrn William Wolfgramm*

   Herrn Beigeordneten Robert Voigtsberger

   (Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

   in den Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten GmbH.

2. *Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.*

3. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

3192/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat schlägt der Stadtwerke Köln GmbH vor,
Herrn Beigeordneten William Wolfgramm
anstelle von Herrn Dr. Rau als Vertreter der Oberbürgermeisterin in den Aufsichtsrat der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH zu entsenden.

2. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

3. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

3193/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat entsendet
Herrn Beigeordneten William Wolfgramm
anstelle von Herrn Dr. Harald Rau als Vertreter der Oberbürgermeisterin in den Aufsichtsrat der AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH.

2. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

3. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Bauausschuss und Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft“

AN/1968/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Bauausschusses und Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft:

Wahl von Frau Doris Ruch (Sachkundige Einwohnerin) anstelle von Herrn Oliver Seeck.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Sportausschuss“

AN/1974/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Sportausschuss:

Bisher: Yanis Ben Hamida

Neu: Jerry Dyllong

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Besetzung Ausschüsse“

AN/1987/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln benennt folgende Personen als beratende Mitglieder der jeweils benannten Ausschüsse:

	ALT	*NEU*
Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden	*Walter Wortmann*	*Piotr Marzar*
Ausschuss Klima, Umwelt und Grün		*Caroline Michel*
Ausschuss Schule und Weiterbildung	*Bea Dickas*	*Janja Mihaljevic*
Bauausschuss		*Birgit Dickas*
Digitalisierungsausschuss	*Michael Hock*	*Markus Schernick*
Finanzausschuss	*Markus Schernick*	*Walter Wortmann*
Liegenschaftsausschuss		*Walter Wortmann*
Rechnungsprüfungsausschuss		*Peter Jüde*
Stadtentwicklungsausschuss	*Walter Wortmann*	*Rolf Beierling-Hemonet*
Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit		*Marcel Hövelmann*
Unterausschuss Stellenplan		*Andreas Altefrohne*
Unterausschuss Wohnen		*Alexander Brommer*
Verkehrsausschuss	*Michael Hock*	*Karina Syndicus*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Urbach

Arbeitstitel: Kaiserstraße Nummer 95-99 in Köln-Porz-Urbach

3162/2021

Meine Damen und Herren, gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der CDU-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) wird folgender Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Urbach –Arbeitstitel: Kaiserstraße Nummer 95-99 in Köln-Porz-Urbach – für den Bereich südlich angrenzend an die Kaiserstraße auf der Höhe der Hausnummern 95 bis 99, begrenzt im Osten durch eine angrenzende Grünfläche (Gemarkung Urbach, Flur 13, Flurstück 496), im Süden und Westen begrenzt durch das Gewerbe- und Industriegebiet des rechtskräftigen Bebauungsplanes mit der Nummer 75389/03 in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. Ich bedanke mich und bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 20.56 Uhr)

11. Sitzung vom 9. November 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 In die Haushaltsplanberatungen verwiesenen Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Ausreichende Förderung von unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren"

AN/1882/2021

zurückgezogen

2 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen

5 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen

6 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2022

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1 GbR Historische Mitte - Nachbesetzung Lenkungskreis

3420/2021

9 Stellenpläne

9.1 Stellenplan für das Jahr 2022

2862/2021

9.2 Stellenplan 2022 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

2578/2021

9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022

2974/2021

9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2022

2976/2021

9.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022

2964/2021

10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2025

3338/2021

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner;

Michalak, Mario; Michel, Dirk; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Syndicus, Karina; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

Verwaltung
Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin
Escher, Annika;

Stenografen
Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Abé, Denise; Görzel, Volker; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Niknamtavin, Sarah; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Tokyürek, Güldane;

*Bezirksbürgermeister*innen*
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Haaks, Stefanie;

(Beginn: 9.35 Uhr - Ende: 12.00 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle herzlich und eröffne die 11. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode.

Besonders begrüßen möchte ich heute Morgen unsere Gäste auf der Zuschauertribüne.

Am heutigen 9. November, dem Gedenktag an die Opfer der November-Pogrome im nationalsozialistischen Deutschland, heiße ich die Nachfahren der Mitglieder des Kleinen Kölner Klubs, die in dieser Woche als Gäste der Stadt Köln unsere Stadt besuchen und die wir morgen auch noch einmal gesondert bei einem Empfang begrüßen werden, besonders herzlich willkommen. A warm welcome to our international guests!

(Beifall)

Zudem begrüße ich sehr herzlich das Vorstandsmitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln, Frau Viktoria Ibrahimova, und den Leitenden Geschäftsführer des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, Herrn Andrei Kovacs.

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich alle, die am Livestream zuschauen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister - Herr Giesen ist schon hier; das ist schön - und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchte ich heute auch unsere neuen Beigeordneten, Herrn Egerer für das Dezernat III und Herrn Charles für das Dezernat VII, zu ihrer ersten Ratssitzung - natürlich außer der Sitzung, in der sie gewählt wurden; danach durften sie uns dann aber wieder verlassen.

Die beiden werden gleich zu Beginn der Sitzung sicher die Gelegenheit nutzen und einige Sätze an Sie richten.

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich aber hier vor der höchsten demokratischen Institution dieser Stadt an die Bedeutung dieses 9. November erinnern.

Heute vor 83 Jahren war der Tag des Dammbruchs, als sich Hass, Hetze und Antisemitismus den Weg bahnten, als Gedanken und Worte in Gewalt umschlugen und als der Weg zu einem

perfide organisierten und industrialisierten Massenmord geebnet wurde.

Es war der Tag, als auch Kölnerinnen und Kölner Synagogen anzündeten und schändeten, als jüdische Menschen von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern angefeindet, getötet, verletzt oder inhaftiert wurden. Der 9. November 1938 war auch hier bei uns in Köln der Prolog zum menschenverachtendsten Kapitel deutscher Geschichte.

Heute gedenken wir der Opfer und ihrer Angehörigen, der Familien. Deswegen möchte ich Sie herzlich bitten, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich danke Ihnen.

Liebe Anwesende, der heutige Tag ist neben dem Gedenken auch eine Mahnung. Im Erinnern an die organisierte Unmenschlichkeit der Nationalsozialisten vergewissern wir uns, wo wir selbst stehen und welche Verantwortung wir selbst tragen.

Antisemitismus und Hass gibt es leider auch in Köln wieder, wenn sie überhaupt jemals ganz verschwunden waren. Was mir Sorge macht, ist, dass sich dieser Hass und diese Menschenfeindlichkeit in öffentlichen Debatten auch immer hemmungsloser entladen, dass sie immer öfter in Gewalt umschlagen und dass sie sich spürbar in unserer Gesellschaft verbreiten.

Die zunehmende Polarisierung - und es mag eine neue Lust an Empörung und Eskalation sein - führt zur Spaltung der Gesellschaft, zur Ausgrenzung und letztlich zu einer Entfremdung. Alles das ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft.

Viele fühlen sich bereits an Weimarer Verhältnisse erinnert.

Erich Maria Remarque schrieb in den 1920er-Jahren einmal:

> Wir haben alle zu wenig Wärme für uns
> in unseren Herzen, …

Das gilt heute möglicherweise wieder.

Es ist an uns allen, daran zu arbeiten und dies zu ändern. Öffnen wir also heute unser Herz, und fühlen wir mit den Opfern von Hass, Antisemitismus und Gewalt. Nur mit Empathie, Respekt und Mitgefühl kann Verbindung entstehen und der Polarisierung Einhalt geboten werden.

Folgendes möchte ich noch einmal sagen, meine Damen und Herren: Dass nur wenige Jahre nach dem Ende der Schoah jüdische Menschen wieder in unsere Stadt zurückkehrten und hier eine Synagoge bauten, ist für Köln ein großes Glück gewesen. Es ist für mich geradezu ein Wunder.

Ich bin den damaligen Pionierinnen und Pionieren überaus dankbar dafür, dass sie den Kölnerinnen und Kölnern eine zweite Chance gegeben haben. Denn ihnen ist es zu verdanken, dass wir in diesem Jahr 1 700 Jahre jüdisches Leben in Köln und Deutschland feiern können.

Das ist ein Grund, stolz zu sein, und ein Grund mehr, den heutigen Tag als unverzichtbare Gedankenstütze für unsere demokratische Erinnerungskultur zu begreifen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, dass Sie mir zugehört haben. Ich sehe auch in Ihren Gesichtern, dass Sie mit mir, mit uns, mit ihnen fühlen. Das ist ein wichtiges Zeichen. - Ja, manchmal kann ich auch richtig stolz auf diesen Rat sein.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Ratsmitglieder, wir haben uns für heute ja viel vorgenommen. Heute Morgen steht die Verabschiedung des städtischen Haushalts auf der Tagesordnung. Ab 14.30 Uhr folgt noch eine reguläre Ratssitzung, in der wir auch zahlreiche wichtige Beschlüsse fassen werden.

Ich freue mich darüber, dass wir heute damit die Voraussetzung dafür schaffen können, auch das nächste Jahr mit einem genehmigten Haushalt zu beginnen. Es gab ja Zeiten, in denen das keine Selbstverständlichkeit war. An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen bedanken, die dazu beigetragen haben.

Besonders begrüßen möchte ich heute Frau Karadag und Herrn Hock und ihnen herzlich zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Übrigens: Meine Mutti wäre, wenn sie noch lebte, heute 101 geworden.

Ich möchte Sie noch über eine Änderung der Zusammensetzung des Rates informieren. Herr Dr. Akude hat sich im letzten Monat der CDU-Fraktion angeschlossen.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind für diese Sitzung heute Morgen Frau Abé, Herr

Görzel, Frau Heuser, Frau Hoyer, Frau Niknamtavin, Herr Dr. Schlieben und Herr Sterck sowie bei der Verwaltung Herr Dr. Rau entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Pakulat, Frau Oedingen und Herrn Michel.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, legen wir die Tagesordnung für diese Sitzung fest, meine Damen und Herren.

Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Weisenstein. - Ich habe gerade erfahren, dass Frau Tokyürek sich auch entschuldigt hat.

Wie in den Vorjahren schlage ich vor, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festzusetzen. Heute hat ja traditionell die Politik das Wort. Bei der Einbringung des Haushalts haben Frau Stadtkämmerin Dr. Diemert und ich gesprochen. Wir schlagen vor, die Redezeiten zu verlängern, weil alle Anträge und Beschlussvorlagen in dieser Sitzung mit Haushaltsbezug erfasst werden sollen.

Ich schlage vor, die Redezeiten nach der Größe der Gruppierungen zu staffeln. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als größte Fraktion soll eine Redezeit von maximal 20 Minuten erhalten, die Fraktionen CDU und SPD jeweils eine Redezeit von maximal 15 Minuten, alle weiteren Fraktionen eine Redezeit bis zu zehn Minuten und die Einzelmandatsträgerinnen eine Redezeit bis zu sieben Minuten. Sie können die Redezeit innerhalb einer Fraktion natürlich auch auf mehrere Redner aufteilen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Gibt es Einwände gegen meinen Vorschlag? - Das ist nicht der Fall.

Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Entschuldigung; mein Mikrofon hat nicht funktioniert. - Frau Oberbürgermeisterin, wir würden gerne den Antrag unter TOP 1.1 zurückziehen. Er ist in der Sache erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Ist die SPD als Mitantragsteller damit einverstanden?

(Mike Homann [SPD] nickt)

- Okay. - Dann können wir das so mit der Tagesordnung abstimmen lassen.

Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe eine Frage zum Corona-Schutz. Wurde in Erwägung gezogen oder wäre es rechtlich möglich, so eine Veranstaltung wie diese Ratssitzung auch nach der 2G-Regel durchzuführen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben zumindest die Voraussetzungen dafür nicht geschaffen. Aber ich schalte einmal ganz kurz mein Mikrofon aus, wenn Sie mir gestatten, mich kurz zu beraten. - Wir haben es deswegen nicht Erwägung gezogen, weil die Landesregelung das nicht hergibt.

Außerdem ist Ihnen ja bekannt, dass wir heute die Informationen über Ihre Impfungen erbitten, sage ich einmal vorsichtig. Insofern glaube ich - wir haben ja auch extra den Schutz beibehalten, dass wir die Maske tragen, wenn wir uns im Raum bewegen, also zum Beispiel, wenn Sie sich zum Rednerpult begeben -, dass wir aufgrund der ganz überwiegenden Impfungen, wie wir schon feststellen können - ich habe jetzt nicht mehr alle nachhalten können -, auf der sicheren Seite sind.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung dieser Ratssitzung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge - TOP 1.1 wird zurückgezogen, und die Redezeiten werden anders strukturiert - abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich gebe zunächst Herrn Egerer das Wort.

Beigeordneter Ascan Egerer: Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich natürlich besonders, dass ich hier gleich am

Anfang - alle sind noch frisch - ein paar Worte zu Ihnen sagen darf.

Ich freue mich sehr darüber, zum ersten Mal in meiner neuen Funktion an einer Sitzung des Stadtrates Köln teilzunehmen, und bedanke mich an dieser Stelle auch noch einmal für die herzliche Begrüßung und das Vertrauen, welches Sie mir entgegenbringen.

Ich möchte Ihnen auch nicht vorenthalten, dass ich, als meine Entscheidung in der Verkehrsbranche bekannt war, durchaus auch mahnende, warnende Worte vor der Eigenart der Kölnerinnen und Kölner zu hören bekommen habe.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich lasse das einmal so stehen. Das scheint ja auch eine gewisse Tradition zu haben. Ich habe mitbekommen: Es war schon immer so, dass man gewarnt wird, bevor man hier eine entsprechende Tätigkeit aufnimmt.

Wie die meisten von Ihnen wissen, habe ich selber bereits eine längere Zeit in Köln gelebt. Ich fühle mich hier zu Hause. Insofern ist das für mich auch alles in Ordnung und keine Überraschung.

Nach den bisher geführten Gesprächen und Diskussionen kann ich auch sagen, dass das Thema „Verkehr und Mobilität“ hier überall großes Interesse hervorgerufen hat und insofern ein hochaktuelles Thema ist.

Mich persönlich hat das Thema Mobilität schon immer gefesselt. Viele Themen, über die wir in der heutigen Zeit sprechen, sind ja auch nicht wirklich neu. Es ist aber in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, dass wir in diesem Zusammenhang über unsere Zukunftsfähigkeit und die Lebensqualität vieler Menschen sprechen. Die Mobilitätswende ist somit kein punktuelles Ereignis, sondern auch hier in Köln bereits in vollem Gange.

Auf positive Weise sehen und erleben wir, dass sich die Menschen mit dem Thema Klimaschutz und dem Thema Mobilität auseinandersetzen. Es haben sich viele Initiativen gebildet, die sich mit großem ehrenamtlichem Engagement in die Diskussion einbringen.

Ich persönlich würde das als Schatz bezeichnen, den die Stadt Köln hier ihr Eigen nennen kann.

Es zeigt aber auch, wie emotional und vielseitig die Themen Mobilität, Verkehr und Stadtgestaltung wahrgenommen werden und dass in der Wahrnehmung der Menschen offenbar noch vieles fehlt bzw. vermisst wird.

Vor einigen Wochen hat der *Kölner Stadt-Anzeiger* eine kleine Umfrage gemacht - leider nicht repräsentativ. Ich fand das aber sehr spannend. Ein großer Teil der Befragten hat spontan geäußert, dass es toll wäre, wenn Köln beim Thema Mobilitätswende eine Vorreiterrolle einnehmen würde. Ich kann da nur sagen: Herzlich gerne.

Sie selbst haben bereits mit Ihrem Beschluss, gemeinsam die Klimaneutralität der Stadt Köln bis 2035 zu erreichen, der nachhaltigen Mobilität zu einem starken Aufwind verholfen.

Der Notwendigkeit einer drastischen Reduktion der Emissionen im Verkehrssektor stehen beispielsweise die in Köln erneut gestiegenen jährlichen Pkw-Zulassungszahlen oder auch das schlechte Abschneiden beim Fahrradklima-Test gegenüber.

Es liegt an uns, gemeinsam die vorliegenden Konzepte weiterzuentwickeln und in der Umsetzung zügig Fahrt aufzunehmen.

Mit welchen Ansätzen ist das zu tun? Wie kommen wir hier zu einem Erfolg? Wo fängt dabei unsere Arbeit an?

Sehr gut beschreiben dies die sogenannten drei Vs, die in der Verkehrspolitik inzwischen gerne verwendet werden. Ich möchte sie ganz kurz vorstellen.

Erstens: Vermeiden. Es geht darum, unnötigen Verkehr zu vermeiden und für kurze Wege zu sorgen. „Stadt der kurzen Wege“ wäre ein Stichwort.

Zweitens: Verlagern. Das, was an Verkehr stattfindet, ist möglichst auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger des Umweltverbundes zu verlagern. Entsprechende Angebote sind erforderlich. Das bedeutet, Wegeketten oder Reiseketten von A bis Z, von Anfang bis Ende, zu durchdenken und zu planen.

Drittens: Verbessern. Das ist die technologische Verbesserung. Dort gehört auch das Thema Antriebstechnologiewende hinein, das ja oft mit der Mobilitätswende verwechselt wird. Es ist nur ein Teilbereich. Aber hier brauchen wir die Elektromobilität und die Umstellung des Pkw- und Lkw-Verkehrs, der eben auch weiterhin erforderlich sein wird.

Ich ergänze diese Vs inzwischen gerne noch um weitere Punkte, und zwar zum einen: Vernetzen. Gemeint ist damit die Vernetzung der Angebote, um die maximale Einfachheit für die Anwenderinnen und Anwender herzustellen, sodass es gar keine Frage mehr ist, diese Angebote nicht auch zu nutzen.

Außerdem gibt es den Punkt: Versöhnen. Es geht doch um ein partnerschaftliches Miteinander ohne das heute oft wahrzunehmende gegenseitige Unverständnis, die Unsicherheiten oder bisweilen sogar Aggressivitäten, die wir im Verkehr erleben. Da frage ich mich: Warum tun wir uns das an?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ansätze hierfür sind klare Regeln, Gestaltung, Straßenräume und Platzangebot, aber auch Sicherheit.

Das Stichwort „Sicherheit“ führt zu einem weiteren Punkt, nämlich: Vision Zero. Nach meiner Überzeugung dürfen wir es nicht länger akzeptieren, dass Menschen unschuldig im Verkehrswesen unserer Stadt verletzt und getötet werden. Ein anderes Ziel als diese Vision Zero kann es aus meiner Sicht nicht geben. Alles andere wäre unwürdig - menschenunwürdig und auch unserer Stadt nicht würdig.

(Beifall)

Aus diesen Punkten ergibt sich insgesamt eine wirklich große Herausforderung, für die viel zu tun ist. Das ist, glaube ich, keine Überraschung und kein Geheimnis.

Es wird daher unsere gemeinsame Aufgabe sein, alternative Mobilitätsangebote konsequent zu stärken. Wir müssen dabei die Menschen dort abholen, wo sie sind - mit guten, ergänzten und zunehmend auch individualisierten Angeboten. Schaffen können wir das nur gemeinsam.

Lassen Sie uns die anstehenden Debatten und Diskussionen daher von allen Beteiligten offen und fair führen. Alle Argumente von Befürwortern und auch Gegnern einzelner Projekte gehören dafür gehört und bewertet - das ist meine Meinung - , damit Sie als Rat der Stadt auf einer guten Grundlage entscheiden können - im Sinne der besten Lösung für die Stadt Köln und der hier bereits angesprochenen Ziele und Wünsche der Menschen.

Wir benötigen dazu natürlich auch eine effiziente Verwaltung und vor allem auch ein sektorübergreifendes und interdisziplinäres Arbeiten.

Einer meiner ersten Wege nach meiner Wahl hier im Stadtrat führte mich dann auch ganz bewusst in das Dezernat, in die Verwaltung, um mich dort vorzustellen. Ich konnte in dem Rahmen dann auch schon schnell einige Kolleginnen und Kollegen - noch längst nicht alle, aber immerhin - kennenlernen und bin dabei schon auf viel Motivation, viel Fachwissen und viel Methodenkompetenz gestoßen. Es liegen bereits viele sehr gute und ausgearbeitete Konzepte vor.

Von diesen vor- und mitdenkenden Beschäftigten, die wir dort haben, brauchen wir natürlich noch viel mehr. Wir haben zahlreiche unbesetzte Fachstellen. Wir brauchen Planerinnen und Planer sowie Ingenieurinnen und Ingenieure. Damit wir hier auch richtig Fahrt aufnehmen können, hoffe ich auf Ihre Unterstützung für eine attraktive Verwaltung der Stadt Köln auch als Arbeitgeberin.

Lassen Sie uns also bestmöglich zusammenfinden und vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle zusammenraufen, damit wir das Ziel erreichen, Köln auch in Zukunft lebenswert und attraktiv zu gestalten - als Stadt, in der die Menschen gerne leben und arbeiten, die sie gerne besuchen, in der sie Kunst und Kultur, Events, Handel und Gastronomie wahrnehmen und erleben und in der sie den Dingen, die sie bewegen, nachgehen können.

Bereits in wenigen Jahren wird klar sein, ob wir beim Thema Klimaschutz erfolgreich sein werden oder scheitern.

Meine Damen und Herren, in vielen Dingen müssen wir gemeinsam umdenken, also auch mobil in unseren Köpfen sein. Mein Team und ich werden Ihnen dafür gerne zur Verfügung stehen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen in den nächsten Jahren und bin überzeugt, dass wir gemeinsam eine Menge bewegen können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, nur zu Ihrer Information: Wir haben die Vorhänge zuziehen lassen, damit die Sitzung im Livestream übertragen werden kann; denn sonst würde es zu stark spiegeln. Ich glaube, dass das damit in unser aller Sinne ist,

auch wenn wir uns wahrscheinlich alle erst etwas gewundert haben. Aber das hat dann doch seinen tieferen Grund.

Jetzt bitte ich Herrn Charles, nach vorne zu kommen.

Beigeordneter Stefan Charles: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Gäste! Ihnen allen wünsche ich einen guten Morgen und bedanke mich herzlich bei Frau Oberbürgermeisterin für die Einladung zu dieser Ratssitzung und dafür, dass ich hier sprechen darf.

Ich bin kürzlich gefragt worden, welches Bild ich von Köln hatte, als ich meine Stelle hier antrat. In der Tat hatte ich zu diesem Zeitpunkt schon ein sehr positives Bild von der Stadt, ihrer historischen Bedeutung und ihrer kulturellen Vielfalt.

Dieser Eindruck hat sich in den ersten Wochen - ich glaube, es sind jetzt sechs - meiner Tätigkeit noch verstärkt. Mir war klar, dass die wachsende Stadt Köln ein Schmelztiegel der unterschiedlichsten Strömungen in Kunst und Kultur ist. Es ist eine besondere Verantwortung, diese Strömungen und die Geschicke der Kultur in dieser Stadt in den kommenden Jahren mitgestalten zu dürfen.

Dennoch war es für mich eine Überraschung, welch erstaunliche Menge an Möglichkeiten, sowohl an Kunstschaffen als auch an kulturellen Angeboten, mich hier erwartet hat. Wenn ich Künstler wäre und in Deutschland Fuß fassen wollte, würde ich nach Köln kommen.

(Beifall)

Sie glauben nun vielleicht, dass ich die kölsche Seele mit dieser Aussage streicheln möchte.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber dies entspricht tatsächlich meiner Einschätzung.

Natürlich ist mir bewusst, wie schmerzlich die Verluste in der Kunst- und Kulturszene sowie in den Kulturbetrieben durch die Pandemie waren und noch immer sind. Aber ich habe durch die vielen freundlichen Einladungen und durch die offene und herzliche Aufnahme in der Stadt schon die Möglichkeit gehabt, viele Gespräche zu führen. Und es zeugt von großem Optimismus, Willen und Engagement, wie schnell viele Akteure auf die veränderten Rahmenbedingungen mit neuen Konzepten zur Sichtbarmachung von Kunst und Kultur reagiert haben.

Doch nicht nur die kreativen Lösungen zum Umgang mit Distanzregeln beeindrucken, sondern ich habe auch den Eindruck gewonnen, dass vielerorts die Startblöcke gerichtet und besetzt waren, um beim ersten Signal wieder dabei sein zu können.

Hier denke ich zum Beispiel an die wunderbare Theaterpremiere am 30. Oktober 2021 von Stefan Bachmann, als die Schauspieler*innen mit größter Lust am Spielen endlich wieder auf der Bühne standen.

Köln erfahre ich in der Kunst und Kultur als enorm zukunftsorientiert.

Um aus meinem persönlichen Start in das neue Aufgabengebiet in einen guten Lauf zu kommen, setze ich auf eine konstruktive Zusammenarbeit und offene Kommunikation mit Politik, Gremien, der gesamten städtischen Verwaltung und meinem Team, meiner Mitarbeiterschaft. Ich möchte Chancen ergreifen und vorhandene Stärken nutzen.

Dazu gehört aber unbedingt auch, den Dialog nicht nur mit Politik und Verwaltung zu führen, sondern auch mit den Kunst- und Kulturschaffenden der freien Szene; denn gerade hier eröffnet sich eine unfassbare Bandbreite an Qualität und Vielfalt künstlerischen Schaffens.

Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass wir die schon begonnen Projekte, die direkt auf diese Schaffenskraft einzahlen, fortführen und, wo nötig, weiterentwickeln.

Welche Projekte sind es, die ich hier meine? Wir benötigen eine nachhaltige Förderstruktur für Künstler*innen, um den Nährboden für künstlerisches Schaffen zu legen und die kulturelle Emergenz zu ermöglichen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Fortführung der Kulturentwicklungsplanung, sozusagen auf der Metaebene, aus der dann viele andere Projekte folgen können.

Wesentlich für die freie Szene ist die Entwicklung einer Strategie für Rahmenangebote und Präsentationsorte.

Da ist beispielsweise die Konzeptionierung des Rahmenmanagements zu nennen, die schon

begonnen wurde und die viele Ansätze auch aus anderen Bereichen mitdenken muss, um am Ende ein Ergebnis zu erzielen, das dann auch nachhaltig funktioniert.

Da wäre auch das Leitbild für kulturelle Teilhabe, das von Expert*innen aus den Bereichen Interkultur, Inklusion und Barrierefreiheit gemeinsam mit Künstler*innen erarbeitet werden soll. Selbstverständlich gehört dazu ebenfalls die Einbeziehung von Menschen, die Erfahrung mit Ausgrenzung haben. Damit greifen wir dann auch den partizipativen Gedanken wieder auf, der schon in der Erarbeitung der Kulturentwicklungsplanung ein wesentlicher Motor war.

Auch das Kulturmarketing verstehe ich als zentrale Aufgabe, um die Kölner Kunst überregional und, wo es geht, auch international in Szene zu setzen. - Dies sind nur einige Beispiele, die positiv wirken sollen.

Sehr geehrte Anwesende, ich habe meine Aufzählung nicht etwa deshalb mit der freien Szene begonnen, weil ich unsere städtischen Projekte und Institutionen weniger wichtig finde, sondern, weil ich damit auch unterstreichen möchte, dass ich die Institutionen und die freie Szene als gleichberechtigte Player gleichermaßen wertschätze.

Darüber vergesse ich nicht die enorme Qualität der städtischen Institutionen - und auch nicht die teils kritisierten Kulturbauprojekte.

Für die städtischen Einrichtungen gilt: Was angefangen wurde, muss konsequent weitergeführt werden, und Projekte müssen zum Abschluss kommen.

Ich weiß, dass mich hier große Herausforderungen erwarten. Dieser Verantwortung werde ich mich stellen.

Wir werden uns Wege überlegen müssen, wie wir auch die Bürgerschaft wieder für die Bauten und Nebengebäude begeistern können und Vertrauen schaffen. Trotz dieser Widrigkeiten, die sich aus den verschiedensten Gründen ergeben haben, gibt es vermutlich keine Kölner Bürgerin oder keinen Kölner Bürger, die oder der sich hier nicht bald ein Happy End wünschen würde.

Im Bereich der Kulturbauten bewegen wir uns heute immer in einem Spannungsfeld; denn einerseits lebt die Kultur von Präsenzangeboten, die Kunst und Kultur in besonderer Atmosphäre erfahr- und erlebbar machen, und andererseits müssen wir auch übergeordnete Ziele wie zum Beispiel - wir haben es vom Kollegen gehört - die Klimaneutralität erreichen.

Sie wissen, wie wichtig es sein wird, die dringlichen Aufgaben unserer Zeit anzugehen. Besonders den Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit werde ich mich verstärkt über alle Bereiche des Kulturbetriebes widmen; denn hier geht es um unsere Zukunft.

Da werden wir auch prüfen müssen, ob wir im eigenen Dezernat schlagkräftig genug aufgestellt sind, um den Herausforderungen der nächsten Jahre gerecht zu werden.

An dieser Stelle möchte ich Sie auch darum bitten, Kunst und Kultur grundsätzlich bei allen Bau- und Entwicklungsprojekten mitzudenken.

(Vereinzelt Beifall)

- Danke. - Ich setze hier auf eine enge Zusammenarbeit mit der Politik.

Die großen städtebaulichen Planungen sind ohne den Faktor Kultur nicht denkbar. Denn Kultur steht letztlich für die Lebensqualität der Menschen hier in Köln. Kultur steigert die Attraktivität der Projekte und gibt Investoren auch die Chance, der reinen Funktionalität einen gleichberechtigten Aspekt hinzuzufügen. Gerade in der Pandemie hat sich doch gezeigt, wie schmerzlich wir alle Kunst und Kultur vermisst haben. Für viele Menschen sind sie definitiv ein Grundbedürfnis.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Ratsmitglieder, für die Kunst und Kultur in Köln möchte ich mich mit Tatkraft, Elan und neuen Ideen voll und ganz einsetzen. Wir benötigen Konzepte, und wir benötigen Strategien, um die Kultureinrichtungen und -akteur*innen für die Zukunft aufzustellen.

Dies können wir nur gemeinsam schaffen. Denn eine gute Kulturpolitik lebt vom Einbezug und von Transparenz.

Heute möchte ich an Sie appellieren, mich bei diesem Unterfangen zu unterstützen - mit offener Kommunikation und gerne auch einmal mit konstruktiver Kritik.

Nach allem, was ich in meinen ersten sechs Wochen in Köln erleben durfte, bin ich sehr zuversichtlich, dass Sie als Kölner*innen mir diese offene Grundeinstellung entgegenbringen. Ich freue mich sehr auf eine ergebnisreiche

Zusammenarbeit und auf unseren zukünftigen Austausch. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach diesen wundervollen Ausblicken beginnen wir nun mit den Haushaltsreden. Es geht also positiv weiter.

Ich gebe zunächst Frau Martin das Wort. Frau Martin, bitte.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Kämmerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Raum und an den Bildschirmen! Vor uns liegen Hunderte Seiten eines Haushaltsplans und der dazugehörigen Satzung, über die wir heute die Ehre, aber auch die Pflicht haben, abzustimmen.

Ich möchte an dieser Stelle meinen ganz großen Dank an die Kämmerin und an alle anderen, die an diesem Werk mitgewirkt haben, richten. Der vorliegende Haushalt ist grundsolide, er ist nachhaltig, und er ist generationengerecht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Er ist kein Sparhaushalt. Trotz geringerer Einnahmen müssen wir keine Budgets kürzen. An der einen oder anderen Stelle können wir sogar noch etwas drauflegen. So bekommen unsere Gestaltungsideen eine reale Chance auf Umsetzung. Herzlichen Dank dafür.

Heute geht es also ums Geld. Es geht um Zahlen. Ich werde in der verbleibenden Zeit meiner ja sehr großzügig bemessenen Redezeit zwar nicht jede dieser vielen Zahlen kommentieren können, aber einige wenige ausgewählte Zahlen vorstellen.

Beginnen möchte ich mit einer Zahl, die nicht im Haushalt steht, aber sehr viel mit ihm zu tun hat. Das ist die 1,5. Diese Zahl markiert eine rote Linie, die 2015 in Paris definiert wurde. Wenn wir den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad begrenzen, wird es trotzdem mehr Wetterextreme, mehr Hitze und mehr Überschwemmungen geben; der Meeresspiegel wird trotzdem steigen, Menschen werden trotzdem heimatlos werden, und es werden trotzdem Pflanzen- und Tierarten aussterben. Dann wird es nur nicht ganz so schlimm.

Meine Damen und Herren, das ist die Realität. Der Klimawandel lässt sich nicht mehr verhindern Er lässt sich nur noch abmildern.

Umso mehr müssen wir hier in Köln, wie alle anderen auch, unseren Beitrag genau dazu leisten. Wir in Köln müssen alles tun, um unsere Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Bis 2035 soll Köln klimaneutral sein. Dafür wurden wir Grünen bei der letzten Kommunalwahl von fast einem Drittel der Wählerinnen und Wähler gewählt. Bei diesen Menschen stehen wir im Wort - aber auch bei der jungen Generation. Sie zeigt uns das immer wieder bei ihren Demonstrationen hier bei uns in Köln und aktuell in Glasgow.

Wer also denkt - und ich weiß, dass das der eine oder andere hier im Raum tut -, Klimaschutz könne morgen anfangen, hat sich geirrt.

Wir fangen heute damit an, und wir setzen der 1,5 20 Millionen entgegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Summe, die im Haushalt - und nicht nur im diesjährigen, sondern auch in seiner Fortschreibung - für ganz konkrete zusätzliche Maßnahmen des Klimaschutzes steht. 20 Millionen Euro Jahr für Jahr!

Diese Mittel benötigen wir zum Beispiel für eine Solaroffensive. In Köln ist das Potenzial, Energie aus Sonnenkraft zu erzeugen, nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft. Wir müssen Köln von einer Solarwüste zu einer Solaroase machen, und zwar schnell. Das kostet natürlich Geld. Unter anderem dafür sind die 20 Millionen Euro gedacht.

Weil der Klimawandel nicht nur nicht mehr zu verhindern ist, sondern seine Folgen auch deutlich spürbar sind - ich erinnere an den brütend heißen Sommer vergangenes Jahr und an die verheerende Flut in diesem Jahr -, haben wir als Grüne gemeinsam mit CDU und Volt nochmals weitere 500 000 Euro dem Haushalt zugesetzt - 500 000 Euro für Dach- und Fassadenbegrünung, für Bäume, für Wasserflächen, für Springbrunnen, für Trinkwasserspender, für hellere Straßenbeläge, die sich nicht so aufheizen wie der schwarze Asphalt, für Anlagen zum Zurückhalten von Regenwasser und für die Umsetzung der Schwammstadt-Idee.

Das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist kein spinnertes Ökozeug. Das ist die Zukunft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Wenn wir weiterhin in einer Großstadt wie Köln ein erträgliches Leben führen wollen, sind diese Maßnahmen essenziell.

Die nächste Zahl, die ich Ihnen vorstellen möchte, hängt auch mit dem Klimaschutz zusammen: 1 Million. Das ist die Summe, die wir zusätzlich im Bereich der Digitalisierung investieren wollen. Das ist die Summe, mit der aus Köln eine Smart City werden soll, eine Stadt, die Herausforderungen mit fortschrittlicher Technologie begegnet.

Digitalisierung ist der Schlüssel zu intelligenter Mobilität, zu einer serviceorientierten Verwaltung und zu mehr Klimaschutz. Deshalb finden wir: 1 Million Euro für ein zusätzliches Digitalisierungspaket lohnen sich.

Weitere 12 Millionen Euro stehen übrigens für den Ausbau des Giganetzes im Haushalt. Ohne schnelles Internet wird es nämlich auch keine Smart City geben.

Was nicht weniger essenziell ist und was uns vor allem am Herzen liegt, ist die Linderung der Not der armen Menschen in unserer Stadt. Eine Zahl, die uns betroffen macht, ist die 7 193. So viele Menschen gelten in Köln als wohnungslos - Tendenz: steigend.

Um diesem Problem strukturell begegnen zu können, setzen wir unter anderem auf das bewährte Prinzip des Housing First. Es ermöglicht obdachlosen Menschen, wieder ein Zuhause zu finden, mit einem eigenen Mietvertrag ohne Vorbedingungen. Dieses neue Zuhause kann dann Ausgangspunkt für weiterführende Hilfen und für eine Unterstützung auf dem Weg in ein hoffnungsvolleres Leben sein.

Im Haushaltsplan sind 200 000 Euro dafür vorgesehen. Wir haben weitere 300 000 Euro ergänzt. Das macht 500 000 Euro - plus weitere 1 Million Euro für Obdachlose. Das sind die Zahlen, die wir der 7 193 und ihrer steigenden Tendenz entgegensetzen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird trotzdem nicht für alle reichen - leider. Aber wir können mit diesem Geld zum Beispiel soziale Träger dabei unterstützen, im Rahmen von Housing First multifunktionale Teams aufzubauen, zu denen beispielsweise auch Immobilienkaufleute gehören. Denn - das wissen Sie alle - Mietwohnungen für Menschen von der Straße finden Sie nicht bei ImmoScout.

Was in Städten wie Berlin bereits große Erfolge im Kampf gegen Obdachlosigkeit gebracht hat, werden wir hier in Köln auch zum Erfolg führen.

Doch, meine Damen und Herren, auch wer eine Wohnung hat, lebt in Köln nicht immer problemfrei. Das zeigt die nächste Zahl: 13,53. Das ist der Preis, den Mieter*innen durchschnittlich pro Quadratmeter bezahlen müssen - kalt wohlgemerkt. Viele können sich das kaum leisten.

Was dagegen helfen würde, wäre ein Mietendeckel. Solange es ihn nicht gibt, muss die Antwort hier in Köln lauten: Bauprozesse beschleunigen, geförderten Wohnungsbau realisieren, Milieuschutzsatzungen erlassen, Zweckentfremdung von Wohnraum kontrollieren und auch ahnden, Investitionen in preisgedämpften Wohnungsbau tätigen, gemeinschaftliche und innovative Wohnformen fördern.

In Zahlen heißt das: 33 Millionen. So viel steht im Haushaltsplan dafür zur Verfügung. - Liebe SPD, das ist nicht nichts, wie ihr vielleicht gleich behaupten werdet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Nichts ist auch nicht die nächste Zahl, die ich Ihnen vorstellen möchte: 900 000. Das ist die Summe, die wir als Bündnis dem Verkehrsbereich zusätzlich geben. Damit wollen wir noch mehr Radwege bauen, neue Buslinien planen, die KVB-Bahnen sauber halten, Fahrradparkhäuser realisieren und Rasengleise anlegen.

Warum? Weil wir für eine moderne Mobilität stehen, die den Raum gerecht für alle aufteilt und nicht, wie bisher, eine Gruppe von Verkehrsteilnehmer*innen bevorzugt, nämlich die Autofahrer*innen. Damit muss Schluss sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss Schluss sein, wenn wir das Klima schützen, die Luftqualität verbessern und unsere Lebensqualität aufwerten wollen.

Aber natürlich wissen auch wir: Die Menschen lassen ihr Auto nur dann stehen, wenn sie gute

Alternativen haben. Und die kosten Geld. Eine Mobilitätswende gibt es nicht umsonst. Deshalb geben wir fast 1 Million Euro zusätzlich dafür aus - zusätzlich zu den 21 Millionen Euro, die bereits im Haushaltsplan für besseren Verkehr vorgesehen sind.

Natürlich setzen wir auch das beliebte Förderprogramm für Lastenräder fort.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Doch wir leisten uns noch mehr. Wir leisten uns auch - das zu betonen, ist mir besonders wichtig - einen auskömmlichen Kunst- und Kulturbetrieb in dieser Stadt. München, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat seinen Kulturetat um 6,5 Prozent gekürzt. Wir haben unseren Kulturetat erhöht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Das ist ein deutliches Signal an unsere Künstlerinnen und Künstler: Wir brauchen euch, wir schätzen euch, und wir unterstützen euch bei eurer wertvollen Arbeit für uns alle, für Köln und für die Welt, die hier zu Gast ist.

Hier möchte ich folgende Zahl nennen: 8,2 Millionen. Das ist die Summe, die wir zusätzlich zum Kulturetat von 230 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit fördern wir die freie Szene genauso wie die institutionelle Kunst. Wir geben Mietzuschüsse für Atelierräume. Wir fördern Open-Air-Veranstaltungen. Wir ermöglichen, dass die Bibliotheken samstags geöffnet haben und dass der Kölner Karneval nächstes Jahr sein 200. Jubiläum feiern kann.

Wir ermöglichen auch, dass die Kölner Kultur bis nach Venedig reisen darf. Im nächsten Jahr hat nämlich unser Museum Ludwig die Ehre, den Deutschen Pavillon zu kuratieren. Das finde ich eine ganz besondere Ehre. Wir unterstützen das gern mit einer Viertelmillion.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Welchen Wert Kunst und Kultur haben, haben wir gerade in der Corona-Krise schmerzlich gespürt. Wir alle haben es vermisst, ins Theater, ins Kino, ins Museum und zu Konzerten zu gehen.

Fast fühlt sich das alles wieder normal an. Aber die nächste Zahl, die ich Ihnen vorstellen möchte, erinnert uns daran, dass es noch nicht vorbei ist: 185,6. Das ist die Inzidenz von heute, meine Damen und Herren. Auch wenn diese Zahl dank der Impfungen ihren Schrecken etwas verloren hat und uns vor einem Jahr noch viel mehr in Panik versetzt hätte, zeigt sie, dass Corona mehr ist als nur eine Episode. Die Zäsuren, die die Epidemie geschlagen hat, werden lang anhaltend sein.

Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht sich auch im Stadthaushalt bemerkbar. Für 2022 hatten wir einen Haushaltsausgleich angestrebt, also einen Haushalt, der weder Schulden macht noch an Vermögen zehrt. Doch Corona hat uns sinkende Einnahmen und vermehrte Ausgaben beschert. So sind wir gezwungen, nun doch an unser Gespartes zu gehen.

Aber anders als viele andere Kommunen wird dabei die Grenze des 5-prozentigen Vermögensverzehrs nicht überschritten. Dieser Haushalt ist trotzdem enkeltauglich. Das freut mich als Politikerin und Großmutter ganz besonders.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Ich möchte Sie alle einladen, diesem Haushalt zuzustimmen. Wir Grüne tun das. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne und am Livestream! Ich möchte meine Rede mit Dank beginnen.

Zunächst geht Dank an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, für Ihre angemessenen Worte zum heutigen Gedenktag. Gerade in einem Jahr, in dem wir 1 700 Jahre jüdisches Leben nördlich der Alpen feiern, ist es notwendig, klare Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen. Das haben Sie heute Morgen getan. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Danken möchte ich auch unserer Verwaltung unter der Führung unserer Oberbürgermeisterin Henriette Reker und unserer Stadtkämmerin Dörte Diemert für den Haushalt. Sie haben ihn

rechtzeitig - und das ist für Köln ja erst seit ein paar Jahren Usus - vorgelegt, und Sie haben es geschafft, einen ausgewogenen und der Situation der Stadt angemessenen Haushalt vorzulegen. Dafür geht ein herzlicher Dank an Sie, aber auch an die ganze Mannschaft, die die Themen im Hintergrund vorbereitet hat.

Dank geht ebenfalls an unsere Bündnispartner Bündnis 90/Die Grünen und Volt für den sehr angenehmen Beratungsprozess, aber auch den sehr guten gemeinsamen politischen Veränderungsnachweis, den wir hier auf den Weg gebracht haben.

Dieser Haushalt mit dem politischen Veränderungsnachweis und auch der Verwendung der Kulturförderabgabe transportiert eine klare und deutliche Botschaft: Mit dem Etat bringen wir Köln voran, haushalten nachhaltig und finanzieren starke Initiativen zum Wohle unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Dreiklang, den wir als CDU seit Jahren mit unseren Bündnispartnern verfolgen und nun mit Unterstützung von Volt weiter fortsetzen.

Schwerpunkte, die uns als CDU besonders wichtig sind, sind klar erkennbar: stabile Steuern, solide Finanzierung und gleichzeitig - das ist gerade in Zeiten der Pandemie wichtig - steigende Investitionen insgesamt, aber auch für bestimmte Projekte. Dazu gehört nicht nur der Umweltschutz; auch die Themen Sicherheit und Sauberkeit und vor allen Dingen das Thema Kultur gehören zu dieser Stadt dazu. Diese Schwerpunkte werden hier gesetzt. Das sind gute Schwerpunkte für unsere Stadt.

Warum sind es gute Schwerpunkte? Köln wird in den Medien seit Jahren immer wieder als eine Stadt dargestellt, in der vieles nicht läuft. Mit diesem Haushaltsansatz setzen wir den Kurs der Modernisierung unserer Stadt fort und schaffen damit eine solide Basis für die nächsten Generationen.

Schauen wir uns einmal den wichtigen Bereich der Wirtschaft an. Wir haben unter großer Kritik vor ein paar Jahren die Wirtschaftsförderung in eine GmbH ausgegliedert.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das war ja nicht so toll!)

Wenn man sich das Ergebnis unserer Wirtschaftsförderungs-GmbH gerade in der Beratungsleistung während der Pandemie des letzten Jahres anschaut, erkennt man, was für eine großartige Entscheidung das war

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

und welch guten Job hier der ganze Bereich Wirtschaft für die Kölnerinnen und Kölner geleistet hat. Denn das kommt nicht nur den Wirtschaftsunternehmen zugute. Es sichert auch Arbeitsplätze.

Unser größtes Ziel in der Pandemie war es, Strukturen zu erhalten und damit der Pandemie nachhaltig keine Chance zu geben. Das ist uns im Dreiklang mit den übergeordneten Ebenen Bund und Land, aber auch mit unseren Strukturen hier in Köln bestens gelungen.

Dazu gehört neben einer Wirtschaftsförderung auch - genau deshalb erwähne ich es heute hier - , dass wir Investitionen in der Pandemie trotz niedrigerer Steuereinnahmen weiter fortgesetzt haben und damit auch die Zukunft unserer Stadt aktiv positiv gestalten.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Zu den Initiativen: Bleiben wir gerade einmal bei dem Thema Wirtschaft, das mit vielen anderen Dingen verknüpft ist. Wir werden mit unserem Haushalt - auch das ist ein klares Zeichen, dass wir die Zukunft in Köln aktiv gestalten wollen, weil das einer der großen Vorteile ist, die wir in Köln gegenüber dem ländlichen Raum, aber auch vielen anderen Kommunen haben - mehr als 130 Millionen Euro weiter im Bereich Digitalisierung investieren. Diese Investitionen sind der Schlüssel für unsere Zukunft.

Heute ist die Digitalisierung entscheidend - angefangen mit unserem Glasfasernetz, das nicht nur in den Gewerbegebieten, sondern nahezu flächendeckend in ganz Köln verfügbar ist. Das ist ein Standortvorteil, der in den letzten Jahren aufgebaut worden ist und der wichtig ist, auf dem wir uns aber nicht ausruhen dürfen. Es müssen weitere Investitionen erfolgen, damit diese Infrastruktur auch perfekt genutzt werden kann, um diese Stadt voranzubringen.

Wenn wir bei der Infrastruktur sind, kommen wir zu einem Bereich, der über Jahrzehnte in dieser Stadt vernachlässigt worden ist. Das ist der gesamte Bereich der Bildung. Über 40 Jahre lang ist von der heutigen Opposition in den Kölner

Bildungssektor, in den Schulbau nichts investiert worden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Es wurde akzeptiert, dass von der ersten Überlegung bis zur Umsetzung einer Schule 13 Jahre, also die gesamte Schullaufbahn eines Schülers oder einer Schülerin, verstreichen sollten, bis etwas Neues kam.

Wir haben, als wir 2015 hier Verantwortung übernehmen durften, ein Volumen von 50 Millionen Euro jedes Jahr in die Hand genommen - bei einem Sanierungsstau von weit über 3 Milliarden Euro.

Schauen wir uns einmal an, was wir im letzten Haushalt bzw. in diesem Jahr tatsächlich umgesetzt haben werden und im nächsten Jahr in den Planungen haben. Heute sind wir durch die Schulbaupakete bei 300 Millionen Euro plus.

In den vergangenen Jahren haben wir immer nur sagen können: Wir haben die Entscheidung getroffen; es läuft. - Aber heute sieht man, wenn man durch die Stadt geht, egal durch welche Stadtbezirke, wie die neuen Schulen aus dem Boden schießen und alte Gebäude - - Nehmen wir einmal die Bildungslandschaft Altstadt Nord. Dort ist ein wunderbarer neuer Bildungsort entstanden. Wir haben auch viele weitere Projekte, die in den letzten Jahren realisiert worden sind.

Und das ist das Entscheidende. Wir dürfen nicht nur als Politik die Voraussetzung liefern, sondern wir haben jetzt eine Verwaltung, die die Projekte auch umsetzt.

Genau das bringt dieser Haushalt klar zum Ausdruck. Wir haben Investitionen. Wir unterstützen sie als Politik mit guten Rahmenbedingungen und mit finanziellen Mitteln. Wir haben eine leistungsfähige Verwaltung, die die Projekte umsetzt.

Das gilt auch im Kulturbereich. Ich bin sehr froh darüber, dass wir auch eine herausragende Persönlichkeit für den Bereich Kultur hier in Köln gewinnen konnten. Insofern werden wir, glaube ich, auch im Kulturbereich wieder neue Akzente setzen und auch die Kulturbauten nach vorne bringen.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Aber es sind nicht nur die großen Punkte wie die Digitalisierung, die für uns entscheidend sind. Es sind auch die vielen kleinen Themen, die wir mit dem Haushalt unterstützen.

Einer der wichtigsten Bereiche, die wir hier haben, ist das Kölner Ehrenamt. Was wäre unsere Stadt ohne die Hunderttausenden Ehrenamtler, die sich in allen möglichen Bereichen dieser Stadt engagieren und diese Stadt voranbringen, beispielsweise im Sportbereich, im Kulturbereich, im Jugendbereich oder in der Integrationsarbeit?

Für diesen Haushalt gilt über die verschiedenen Etatpositionen hinweg, egal ob im Sozialetat, im Jugendetat, im Kulturetat oder in unserem politischen Veränderungsnachweis: Wir setzen hier Akzente und haben durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen dafür gesorgt, dass hier eine entsprechende Stärkung erfolgt.

Und genau das ist es, was wir für die Zukunft brauchen. Wir brauchen eine Stadt, die sich engagiert und in der ein Zusammenhalt da ist.

Das führt mich zum nächsten Bereich, dem gesamten Sozialbereich. Auch das war uns - Politik und Verwaltung ziehen da an einem Strang - in den letzten Jahren immer wichtig. Wir haben in Köln - auch dieser Haushalt setzt hier wieder klare Zeichen - niemanden zurückgelassen. Wir nehmen Menschen mit.

Was die Menschen auf der Straße angeht, geschieht dies über Housing First und andere Projekte. Sozialarbeit erfolgt in allen Bereichen. Wir kümmern uns mit Streetworkern um die Drogenabhängigen, um ihnen eine faire Chance zu geben, auch entsprechend teilzuhaben. Das sind Punkte, die für unsere Stadt wichtig sind und zur kölschen Lebensart, zu unserem Kern und zu unserem Zusammenhalt in der Stadt dazugehören.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zu unserer Stadt gehört auch - das möchte ich hier noch einmal ganz deutlich betonen, weil es in anderen Städten anders ist - dieses wunderbare Kulturangebot. Die Kultur ist einer der Markenkerne unserer Stadt, genauso wie der Sport. Im Kulturbereich haben andere Städte gerade während der Pandemie angefangen, Leistungen zusammenzustreichen. Wir gehen genau den entgegengesetzten Weg.

An dieser Stelle gestatte ich mir auch einmal einen Seitenhieb auf die Opposition. Wer die Kulturförderabgabe nutzt, um andere Dinge zu

finanzieren, und damit die freie Szene komplett ohne Finanzmittel lässt, hat diese Stadt nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die freie Szene ist einer der wichtigen Bausteine - nicht der einzige Baustein, aber ein wichtiger Baustein. Dieser Humus ist entscheidend. Es ist die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und der freien Szene, die Köln ausmacht.

Wir haben während der Pandemie gesehen und gelernt: Von den über 15 000 Förderstipendien, die wir für Kulturschaffende auf Landesebene verteilt haben, sind fast die Hälfte aller Anträge in Köln gestellt und bewilligt worden. Das heißt, dass wir ein Potenzial von mindestens 7 500 Kulturschaffenden haben. Ich will sagen: Es sind noch viele weitere mehr.

Genau das gilt es hier durch viele Einzelmaßnahmen - egal ob es die einzelne Förderung von Theatern oder von Initiativen ist - zu stärken.

Ein wichtiger Baustein - Stefan Charles sprach es gerade an - sind sicherlich die Kulturräumlichkeiten. Wir brauchen mehr Probenräume und mehr Atelierflächen, damit die Chance, Kultur entstehen zu lassen und Kultur zu praktizieren, hier auch erfolgreich genutzt werden kann. Da setzt gerade unser politischer Veränderungsnachweis einen zusätzlichen Akzent.

Neben der Kultur ist die Sportstadt ein wichtiges Thema. Wir haben in den letzten Jahren begonnen, hier etwas zu tun. Dieser Haushalt setzt das weiter fort. Wir haben es mit einem erweiterten Programm im politischen Veränderungsnachweis noch einmal zusätzlich unterlegt. Wir wollen die Sporteinrichtungen und die Sportstadt Köln weiterentwickeln - nicht durch einen großen Big Bang, sondern durch eine Vielzahl von einzelnen Maßnahmen, die dazu führen, dass gerade der Breitensport in dieser Stadt weiter in guter Form praktiziert werden kann und wir das Potenzial auch im Sportbereich entsprechend nutzen.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich erwähnen, dass uns als CDU noch ein anderes Thema - und gerade jetzt im Zusammenhang mit dem Feiern - besonders wichtig ist, nämlich das Thema Sicherheit. Diese Stadt hat in den letzten Jahren, auch dank der Unterstützung auf der Landesebene, dafür gesorgt, dass sich die Menschen in Köln sicher fühlen. Diese Position wollen wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Das erfolgt durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen im Bereich des Ordnungsamtes. Hier geht es vor allen Dingen darum - deshalb unterstützen wir auch insbesondere das Personalamt - , dass wir mehr Personal brauchen, damit wir die unbesetzten Stellen im Ordnungsamt auch besetzen können und so dafür sorgen können, dass wir in dem bewährten Kölner Dreiklang zwischen Ordnungsamt, Polizei und Streetworkern unsere Stadt und unsere Straßen weiterhin sicher halten, und zwar nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Vororten, also in den Bezirken.

Dafür werden wir in den nächsten Jahren auch noch eine ganze Reihe von politischen Initiativen auf den Weg bringen.

Ich darf mich noch einmal bedanken. Wir haben hier einen wunderbaren Haushalt vorliegen, der unsere Stadt voranbringt. Mit diesen Initiativen werden wir den aktuellen Anforderungen gerecht. Auch die Nachhaltigkeit - dazu hat meine Vorrednerin schon sehr viel gesagt - ist ein wichtiges Thema. Mit den Akzenten, die wir hier gesetzt haben, und mit einer Verwaltung, die das beherzigt, werden wir diese Stadt vernünftig voranbringen, glaube ich. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten hat das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne und am Livestream! Sie werden mir nachsehen, dass nach diesen sehr lobenden Worten über den vorliegenden Haushalt nun ein paar kritische Einlassungen zu selbigem folgen.

Bevor ich sie vortrage, möchte ich aber auch meinen ganz herzlichen Dank an alle diejenigen aussprechen, die an der Erstellung dieses Haushalts beteiligt waren; denn dahinter steckt am Ende ja viel Arbeit.

An erster Stelle möchte ich hier die Verwaltungsmitarbeiter in der Kämmerei und vor allen Dingen die Kämmerin Dörte Diemert erwähnen, die es in einem sehr konzentrierten Prozess tatsächlich

geschafft haben, uns diesen Haushalt fristgerecht vorzulegen und zur Beratung zur Verfügung zu stellen.

Ausdrücklich seien auch die demokratischen Fraktionen und Einzelmandatsträger in den Dank einbezogen. Schließlich können wir sowohl im Finanzausschuss als auch hier im Rat in aller Sachlichkeit darüber beraten.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Denn auch wenn unsere Ideale und Visionen für die Zukunft unserer Stadt unterschiedlich sein mögen - das wird sich ja gleich zeigen -, so eint uns doch - davon bin ich überzeugt - der Wille, Verbesserungen für die Menschen in Köln zu erreichen und unsere Stadt im jeweiligen politischen Sinne weiterzuentwickeln und damit zu stärken. Das ist, glaube ich, auch ein Pfund, das wir hervorheben sollten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns als SPD-Fraktion diesen Haushaltsentwurf bzw. die jetzt vorliegende Haushaltssatzung und die damit einhergehenden politischen Veränderungsnachweise sehr gewissenhaft und sehr intensiv angeschaut. Wir haben sie für uns bewertet und gewogen, ob diese Ergebnisse für uns tragbar sind.

Leider ist aber aus unserer Sicht der nun vorliegende Gesamthaushaltsplan 2022 mit Stellenplänen trotz einiger richtiger Ansätze - ich will da durchaus die Fortführung des Projekts Stadtteilmütter, das wir gemeinsam betrieben haben, die Rettung der Aidshilfe und die Finanzierung der Seenotrettungspartnerschaft erwähnen, aber auch die in Aussicht gestellte Weiterfinanzierung der Geschäftsstelle für 1 700 Jahre jüdisches Leben in Köln und das erkennbare Bemühen aller Beteiligten, zumindest den Status quo fortzuschreiben - zu unambitioniert, da er eben keine zukunftsweisenden Schwerpunkte erkennen lässt.

Unsere Stadt braucht dagegen Entschlossenheit bei den Herausforderungen Wohnen und Bildung und vor allem beim Personal. Wir müssen Kölns Zukunft gestalten, statt nur die Gegenwart zu verwalten.

Auch wenn sich die Konstellationen hier im Ratsbündnis geändert haben, können wir auch in diesem Jahr keine großen Linien in diesem Haushalt erkennen - entgegen den Ausführungen, die wir gerade gehört haben -, um die Situation in Köln zu verbessern.

Denn wir dürfen nicht vergessen, dass die Auswirkungen der Corona-Krise immer noch nicht vollständig abzusehen sind. Trotzdem lässt dieser Haushalt nicht erkennen, wie Köln gestärkt aus dieser einmaligen Krise hervorgehen soll.

Lassen Sie mich das an einigen exemplarischen Punkten aus unserer Sicht begründen.

Ein Kernproblem in Köln ist nach wie vor die unzureichende personelle Ausstattung der Stadtverwaltung. Das gilt insbesondere für die Bauverwaltung, die ja auch ein Schlüssel für das Thema Wohnungsbau ist - mit der Folge, dass nicht genug gebaut wird.

Aber auch fast alle anderen Bereiche sind davon betroffen. Der Ordnungsdienst ist hier schon angesprochen worden. Auch im Verkehrsbereich, in der Gebäudewirtschaft, im Jugend- und Schulbereich, in den Bezirksämtern und ganz aktuell auch in der Ausländerbehörde zeigt sich dieser Personalmangel jeden Tag eklatant.

Die Kölnerinnen und Kölner merken auch jeden Tag, dass die Stadtverwaltung mit ihrer personellen Ausstattung nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zufriedenstellend zu erledigen.

Das muss sich dringend ändern.

(Beifall bei der SPD)

Der falsche Ansatz dafür ist aus unserer Sicht der geplante Stellenpool von 250 neuen Mitarbeitenden. Frau Blome will offenbar alle Personalprobleme der Stadtverwaltung mit diesem Pool lösen. Man muss aber kein Prophet sein, um zu wissen: Das wird mit diesem am Ende dann doch sehr überschaubaren Pool nicht funktionieren.

Deshalb fordern wir die Stadtverwaltung auf, bei der Personalgewinnung endlich effektiver zu werden und die Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung mit denen in der Privatwirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. Es muss doch möglich sein, in einer attraktiven Millionenstadt wie Köln das richtige Personal zu finden.

Beim Thema Bezahlung muss sich die Stadtverwaltung flexibler zeigen und Anreize schaffen, zum Beispiel über Gestaltungsspielräume bei der Eingruppierung mittels Zulagen.

Die Stadtverwaltung kann ein attraktiver Arbeitgeber sein. Allerdings muss sie endlich fit gemacht werden, um im Wettbewerb um die klügsten Köpfe zu bestehen. Nur wenn wir diese haben, kann der unfassbar große Umsetzungsstau endlich aufgelöst werden.

(Beifall bei der SPD)

Die größte Herausforderung in Köln bleibt aber weiterhin der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, der sich zu einer regelrechten Wohnungskrise auszuwachsen droht, wenn jetzt nicht zügig und entschlossen gegengesteuert wird. Seit Jahren baut die Stadt zu wenige Wohnungen. Dabei müssen wir alle davon ausgehen, dass Köln in den nächsten Jahren weiter stark wachsen wird. Die Kölnerinnen und Kölner verdienen endlich eine echte Kraftanstrengung, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Das selbst gesteckte Ziel der Oberbürgermeisterin und des Ratsbündnisses von jährlich 6 000 neuen Wohnungen wird Jahr für Jahr deutlich verfehlt.

Wir fordern darum erneut einen kommunalen Wohnungsbaufonds in Höhe von 500 Millionen Euro über die nächsten fünf Jahre. Unser Ziel: 2 000 neue öffentlich geförderte Wohnungen pro Jahr und die Stärkung aller, die Wohnungen im mittleren Preissegment anbieten - unsere GAG, die Genossenschaften und die großen Arbeitgeber.

(Beifall bei der SPD)

Ausreichend Wohnungen zu bauen, ist kein Hexenwerk. Man muss es nur anpacken, so wie das in Hamburg Jahr für Jahr unter Beweis gestellt wird.

Ein Herzensanliegen für uns Sozialdemokraten ist natürlich auch die Bildung. Hier herrscht derzeit das Prinzip Hoffnung. Wir fordern einen konsequenten Einsatz für gleiche Chancen in der Bildung.

Wir wollen für unsere Kinder gute Betreuungsangebote, in denen sie lernen können und sich geborgen fühlen. Denn diese jungen Menschen sind unser aller Zukunft.

Darum darf es nicht sein, dass Eltern über die Gebühren belastet werden. Wir fordern weiterhin Gebührenfreiheit für Kitas - auch wenn Sie es nicht mehr hören können, meine Damen und Herren. Bis wir das erreicht haben, werden wir es Ihnen jedes Jahr wieder hier vortragen und um die Ohren hauen, weil dies ein Kernanliegen der Sozialdemokratie ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Corona-Pandemie hat noch einmal sehr deutlich gemacht, wie wichtig eine gute digitale Ausstattung ist. An dieser Stelle muss weiter investiert werden, um die jungen Menschen fit für die Zukunft zu machen. Dabei darf der Sozialindex nicht außer Acht gelassen werden, um für eine sozial gerechte Verteilung auch dieser Mittel zu sorgen.

Auch der Bereich Verkehr ist aus unserer Sicht in diesem Haushaltsentwurf nicht zukunftsfähig aufgestellt - allen gerade gehörten Reden zum Trotz. Alle sprechen heute von der Verkehrswende - heute Morgen auch richtigerweise unser neuer Dezernent, den ich noch einmal herzlich begrüße und dem ich sehr für diese Rede danke, die gewisse Visionen enthält, die wir hoffentlich dann auch gemeinsam umsetzen können.

Aber dafür braucht es die Finanzausstattung. Denn wir sind ja, glaube ich, alle gemeinsam wirklich für diese Verkehrswende.

Wir brauchen zum Beispiel mehr neue Radwege in dieser Stadt. Aber wenn in diesem Haushalt gerade einmal 770 000 Euro für den Neubau von Radwegen für das Jahr 2022 eingestellt sind, dann heißt das, dass am Ende davon 4 bis 5 Kilometer Radweg neu gebaut werden können. Das ist, als wollten Sie die Tour de France mit dem Tretroller gewinnen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wie auf diese Weise die dringend notwendige Verkehrswende geschafft werden soll, ist mir schleierhaft.

Wir fordern stattdessen 1 Million Euro für 2022 und ab 2023 dann 5 Millionen Euro pro Jahr für den Neubau von Radwegen. Nur so kann der Ausbau des Radwegenetzes ernsthaft vorangetrieben werden. Ausreichend ist das bei Weitem auch noch nicht.

(Beifall bei der SPD - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo habt ihr das denn gefordert?)

Für eine erfolgreiche Verkehrswende wird allerdings auch und zuallererst der öffentliche Personennahverkehr gebraucht. Nur wenn die Menschen auf den Strecken, die mit dem Fahrrad

nicht zu bewältigen sind, ein attraktives Angebot vorfinden, werden diese Distanzen nicht mit dem Pkw zurückgelegt.

Um den ÖPNV-Ausbau voranzutreiben und die Barrierefreiheit auf allen Bahnsteigen unserer Stadt endlich sicherzustellen, muss aber deutlich ambitionierter geplant und gebaut werden. Zaghafte 180 000 Euro für die Barrierefreiheit, die das Ratsbündnis in seinem Veränderungsnachweis zusätzlich bereitstellt,

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Zusätzlich!)

wirken angesichts dieser riesigen Herausforderung fast schon realitätsfremd.

Hier stellen wir uns ein Maßnahmenpaket in Höhe von 10 Millionen Euro vor, mit dem Planung und Bau zusätzlicher Bus- und Bahnlinien, zum Beispiel eines Expressbussystems, sowie die zügige Erreichung der Barrierefreiheit im gesamten System vorangetrieben werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen] und Niklas Kienitz [CDU])

Als letzten, aber wichtigen Punkt möchte ich an dieser Stelle anführen, dass die Stadtspitze erneut keine Impulse gegen die soziale Spaltung unserer Stadt setzt.

Dagegen wollen wir das Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ weiterentwickeln und gestärkt wissen, um gerade die Stadtteile zu fördern, in denen es die Menschen nicht so leicht haben. Denn das Veedel ist der Ort des Zusammenhalts und der Verantwortung füreinander. Daher halten wir als SPD-Fraktion die von uns vorgeschlagene weitere konkrete Verbesserung in den Stadtteilen für unerlässlich.

Wir hatten Ihnen und dem Finanzausschuss seinerzeit vorgeschlagen, die entsprechenden Mittel von 4,5 Millionen Euro aus der Kulturförderabgabe als Veedelsgeld für alle Maßnahmen rund um das Zusammenleben im Veedel sowie für Klima und Grün, für Kultur - meine Damen und Herren, ganz genau lesen -, für Jugend, für Sport oder für das Vereinsleben in den Veedeln zu nehmen.

Das Motto muss hier doch sein: Zukunft für unsere Veedel. - Die Akteure vor Ort in den Bezirksvertretungen wissen doch am besten, wo der Schuh drückt, und könnten die von uns vorgesehenen 500 000 Euro pro Bezirk, die wir dafür vorgeschlagen haben, zielgerichtet einsetzen. Damit stärken wir die Bezirke und die Veedel ganz entscheidend.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Worte sagen, weil jetzt immer wieder der Vorwurf kam, wir würden die freie Szene nicht fördern wollen. Meine Damen und Herren, die freie Szene aus dem, ich nenne es jetzt einmal ein bisschen salopp, Spielgeld der Kulturförderabgabe zu finanzieren, zeigt nicht Wertschätzung, sondern falsche Prioritätensetzung im Kernkulturhaushalt.

(Beifall bei der SPD)

Dahin gehört die freie Szene - und nicht in die Restmittel. Insofern setzen Sie auch da falsche Prioritäten. Wenn Sie hier andere Prioritäten gesetzt hätten, hätten wir am Ende das Geld, das wir für die Veedel brauchen.

Vor dem Hintergrund meiner jetzt gemachten Ausführungen bleibt für die Sozialdemokraten festzuhalten: Den Haushaltsentwurf und die Haushaltssatzung 2022, die heute zur Abstimmung steht, lehnen wir ab; denn hier wird ein weiteres verlorenes Jahr für Köln zementiert. Gestaltungsanspruch und ausreichender Veränderungswille sind da für uns nicht erkennbar.

Wir Sozialdemokraten wollen dagegen die Zukunft gestalten statt nur die Gegenwart verwalten. - Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Haushaltsplan Kölns ist ein umfangreiches und kompliziertes Bauwerk. Er musste in diesem Jahr unter den Bedingungen der Pandemie und ihrer sozialen, finanziellen und auch finanzpolitischen Folgen erstellt werden. Deshalb geht auch von meiner Fraktion der Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die zum Ergebnis beigetragen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Der städtische Haushalt ist für die Lebensbedingungen der in Köln lebenden Menschen von hoher Bedeutung - bei Wohnen, Verkehr, Bildung, Klima und in anderen Bereichen. Natürlich hat er durch die finanziellen Rahmenbedingungen seine Grenzen. Er ist aber daran zu messen, mit welchen politischen Schwerpunkten das Leben der Menschen in dieser Stadt erleichtert und verbessert wird.

Die Kritik meiner Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, setzt an der politischen Steuerung des Haushaltes durch das Ratsbündnis der Fraktionen von Grünen, CDU und Volt an. Ich möchte mich auf zwei Beispiele aus den Bereichen Soziales und Klimawende konzentrieren.

Erstens. Ihr Haushalt gibt keine ausreichenden Antworten auf die immensen realen sozialen Probleme der Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss sogar sagen: Er hat bei der sozialen Gerechtigkeit eine Lücke - und das, obwohl gerade in diesem Jahr der städtische Lebenslagenbericht veröffentlicht wurde. Dieser zeigt, wie weit sich in Köln die Schere zwischen Arm und Reich öffnet. Die Autorinnen und Autoren des Berichts sprechen davon, dass wir es mit einer Segregation in der Stadt zu tun haben. Damit meinen sie die soziale Entmischung Kölner Stadtteile und ihre räumliche Trennung oder Polarisierung.

Das gilt beispielsweise auch für die Bezirke der Stadt. Von 16 Stadtteilen mit „potenziell stark erhöhten Problemlagen“, wie der Bericht sagt, macht der Lebenslagenbericht elf allein im Rechtsrheinischen aus.

Das heißt: In Köln ist der soziale Zusammenhalt höchst gefährdet; das gilt natürlich nicht nur für Köln, sondern auch für andere Großstädte. Er war es schon vor der Pandemie. Aber die Pandemie hat diese Situation noch verschärft.

Jetzt ist also zu fragen: Wie geht Ihr Haushalt, wie geht der grün-schwarz-lila Haushalt mit dieser Situation um?

Eine kommunale Schlüsselfrage wurde hier bereits angesprochen: die Bekämpfung sozialer Verwerfungen beim Wohnen. Die Wohnungspolitik findet aber bei Grünen, CDU und Volt praktisch nicht statt. Das Prinzip heißt weitgehend: Der Markt wird’s schon regeln.

Es gibt kein entschlossenes städtisches Handeln gegen die Explosion der Mieten, die bei vielen Menschen einen großen Teil des Einkommens auffrisst. Das erzeugt bei vielen Angst vor Armut, auch vor Altersarmut.

Ihre politischen Reaktion auf diese Problemlage weist viele Handlungen des Unterlassens auf, beispielsweise:

- Der Bau von 2 000 günstigen, geförderten Wohnungen pro Jahr, den der Mieterverein, DIE LINKE und auch, wie wir gerade hören konnten, die SPD fordern, wird nicht einmal entfernt erreicht.

- Aus dem Jahr 2013 stammt der Ratsbeschluss zu Milieuschutzsatzungen als Schutzmaßnahme vor Verdrängung von Mieterinnen und Mietern. Seit diesem Beschluss wurde erst 2020 eine einzige Milieuschutzgebiet im Severinsviertel geschaffen. Das ist viel zu wenig.

- Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen dämmert vor sich hin.

- Der Einsatz des Erbbaurechts statt des Verkaufs von Grundstücken hängt weiter in der Luft. Seine konsequente Umsetzung würde zeigen, dass die Stadt ihren mäßigenden Einfluss auf den wild gewordenen Immobilienmarkt verstärken will.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte natürlich erwähnen, dass Sie bei der dramatisch gestiegenen Obdachlosigkeit Akzente setzen und in Ihrem Veränderungsnachweis über 1 Million Euro für Obdachlose und Housing First vorsehen. Das ist begrüßenswert.

Die Stadt wird jedoch angesichts des nahenden Winters mit ihren Hilfen hier schnell handeln müssen. In den vergangenen Jahren ist vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt negativ aufgefallen, dass private Initiativen beachtliche Hilfen für Obdachlose geleistet haben und leisten mussten, während die Stadt hier zu wenig Präsenz zeigte. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bereich Wohnen ist symptomatisch. Die Verwaltung und verwaltungsnahe Bereiche könnten bei Sozialem, Wohnung und Bildung mehr leisten. Aber dafür sind höhere Investitionen im Haushalt und mehr Personal in der Verwaltung zur Umsetzung nötig.

Zweitens. In der öffentlichen Diskussion Kölns spielt die Verkehrspolitik des Regierungsbündnisses zu Recht eine große Rolle. In der Schaffung von Fahrradspuren und in der Zurückdrängung des Autoverkehrs hat sich das regierende Bündnis gute Ziele gesetzt.

Es gibt hier Ansätze, aber zugleich, wie in vielen Bereichen, ein Umsetzungsproblem. Das langsame Tempo beim Umsetzen der Fahrradwege wurde bereits angesprochen. Wir brauchen entschlossene Akzente im Haushalt und entschlossene Vorstöße für mehr Personal in diesen Bereichen, damit dort ein schnelleres Tempo vorgelegt werden kann.

Vor allem fehlt für eine echte Verkehrswende in Köln aber der Ausbau von Bussen und Bahnen. Erst wenn es hier Verbesserungen bei Fahrpreisen, Verbindungen und Zeittakten gibt, werden viele Autonutzerinnen und -nutzer auf den öffentlichen Verkehr umsteigen - gerade die vielen Pendlerinnen und Pendler, die täglich in die Stadt kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Anstatt hier einen entschlossenen Akzent und einen Schwerpunkt im Haushalt zu setzen, ist das Bündnis zum Beispiel in der Frage des Tunnels unter der Ost-West-Achse handlungsunfähig. Es ist zerstritten, ob er gebaut werden soll oder nicht. Dabei ist gerade das eine wichtige Frage; denn der Tunnelbau würde genau die personellen Kapazitäten binden, die dringend für den Ausbau des ÖPNV in der Fläche benötigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch günstigere Fahrpreise spielen im Haushalt keine Rolle. Dabei war das 365-Euro-Ticket eine wichtige Wahlkampfforderung der Oberbürgermeisterin. Jetzt lässt es auf sich warten, und statt Fahrpreissenkungen gibt es für die Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Verkehrs sogar Fahrpreiserhöhungen.

Die Versäumnisse von Grünen, CDU und Volt in den politischen Richtlinien für den Haushalt und das Verwaltungshandeln lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Sie haben keinen strategischen Gedanken für eine Bündelung der städtischen Ressourcen in wichtigen Problemfeldern des sozial-ökologischen Umbaus.

(Beifall bei der LINKEN)

- Sie unterlassen nötige Investitionen in Gebäude, Fahrzeuge und städtisches Personal.

- Ihr Veränderungsnachweis schöpft nicht einmal finanzielle Spielräume, die existieren, aus. Die Ausgaben für Investitionen belaufen sich auf lediglich 7 Millionen Euro.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

- Bei den konsumtiven Ausgaben haben Sie lediglich 12 Millionen Euro eingestellt. Es fällt zudem schwer, einen roten Faden zu finden. Ihre Ausgaben sind zaghaft und wirken konzeptlos.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein, nein!)

DIE LINKE ist der Ansicht, dass wir bei vielen öffentlichen Bereichen anstelle der offenbar demonstrativ gezeigten Haushaltsdisziplin im Gegenteil einen entschlossenen Ausbau des öffentlichen Sektors brauchen.

Unsere Haushaltsforderungen stellen deshalb hier eine politische Alternative dar. Wir hatten in die Haushaltsberatungen Forderungen eingebracht, die auf die Schaffung von zusätzlichen 108 Stellen bei der Stadt abzielen. Wir wollten konsumtive Ausgaben von 26 Millionen Euro und Investitionen von 145 Millionen Euro.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich skizziere das nur kurz noch einmal, da es bereits im Finanzausschuss von meiner Kollegin vorgetragen wurde:

- Mit einem Gesellschafterdarlehen von 50 Millionen Euro könnten Sie die Schließung des Krankenhauses Holweide verhindern und in weiteren städtischen Kliniken nötige Investitionen tätigen.

(Beifall bei der LINKEN)

- Durch zehn zusätzliche Stellen könnten zügig acht weitere Milieuschutzgebiete geschaffen werden.

- Jährlich werden 33 Millionen Euro in der kommunalen Wohnungsbauförderung nicht abgerufen. Warum geben Sie diese Mittel nicht dem Wohnungsbauamt, das in ökologischer Bauweise hier Wohnungen baut?

(Beifall bei der LINKEN)

- Im Bereich des Verkehrs wollen wir durch 28 zusätzliche Stellen den ÖPNV-Ausbau und den Fußverkehr verbessern.
- Alle Kölner Schülerinnen und Schüler können ein kostenloses ÖPNV-Ticket haben - als Einstieg in nötige Fahrpreissenkungen.
- Schulsozialarbeit, Offener Ganztag, Kitas und Jugendzentren sollten bevorzugt in Stadtteilen mit vielen ärmeren Menschen ausgebaut werden.

Köln hat in den kommenden Jahren bei der sozialen und ökologischen Erneuerung große Aufgaben zu bewältigen. Die schwarze Null schadet hier.

Soziale Kürzungen, wie nach der Finanzkrise 2009, dürfen sich nicht wiederholen. Wir sollten nachfolgenden Generationen später einmal nicht sagen müssen: Es tut uns leid; aber wegen der hohen Kosten der Pandemie haben wir in den 2020er-Jahren bei Wohnen, Klima, Gesundheit und Bildung erst einmal eine längere Pause ein- und die nötige Verbesserung unserer Stadt ad acta gelegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Kommen wir wieder zur Realität zurück.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Auch die FDP-Fraktion dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Aufstellung des Haushaltes 2022.

Der Dank - das habe ich auch schon im Finanzausschuss gesagt, Frau Kämmerin - gilt auch für die Darstellung des Haushaltsplanes. Hier gibt es Veränderungen, die sich positiv auswirken. Er ist transparenter und besser zu lesen. Es gibt auch wichtige Informationen insbesondere im Produkthaushalt, der sich wirklich positiv entwickelt hat, um den Haushaltsplan noch besser verstehen zu können - damit ich auch meine Rede hier halten kann, verehrte Frau Kämmerin.

Erlauben Sie mir nun, nach meiner wohlwollenden Einführung zum Haushalt 2022 - denn es gibt wirklich gute Ansätze - die Kritikpunkte der FDP darzustellen und zu begründen, warum wir diesem Haushalt nicht zustimmen können und werden, meine Damen und Herren.

Fangen wir mit der Einnahmeseite an. Die Kämmerin hat bei der Einbringung des Haushaltes zu Recht - ich betone: zu Recht - darauf hingewiesen, dass wir die Folgen der Pandemie durch Corona im Haushalt noch länger spüren werden.

Nach der neuesten haushaltsrechtlichen Unterrichtung der Kämmerin für das Jahresergebnis 2021 geht sie von einer Verschlechterung des Steueraufkommens der Stadt Köln durch die Auswirkungen der Corona-Krise von rund 126 Millionen Euro aus. Zurückzuführen ist das insbesondere auf weniger Erträge bei dem Gemeindeanteil der Einkommensteuer und bei unserer so wichtigen Gewerbesteuer.

Die wahren Einkommensbelastungen für die Stadt werden wir jedoch in den kommenden Jahren spüren, da Bund und Land die Kommunen wegen Corona zurzeit finanziell besonders unterstützen.

Wir wünschen uns alle, glaube ich, dass sich die Kölner Wirtschaft von der Pandemie sehr schnell erholt. Doch für 2022 im Haushalt bei den Gewerbesteuereinnahmen 1,384 Milliarden Euro und damit die gleiche Höhe wie im Jahr 2020 vor der Pandemie anzusetzen, halten wir Liberale für, vornehm ausgedrückt, sehr ambitioniert.

Für 2023 sieht die Planung 1,5 Milliarden Euro an Gewerbesteuereinnahmen vor - und damit mehr als 200 Millionen Euro Mehreinnahmen bzw. eine Steigerung um 15 Prozent. Das halten wir bei der Haushaltsaufstellung für nicht ganz vermittelbar, meine Damen und Herren.

Damit die Auswirkung von Corona für die Kommunen nicht zum Kollaps führt, hat die Landesregierung ein Gesetz eingebracht, das es ermöglicht, die Mindererträge und Mehraufwendungen durch die Pandemie haushaltsrechtlich zu isolieren.

Mit ganz einfachen Worten - bitte verstehen Sie das richtig, Frau Kämmerin; mit ganz einfachen Worten -: Wir machen in der Haushaltsrechnung einfach so weiter, als ob es Corona gar nicht gegeben hat.

Die Corona-Belastungen, die es aber ja gegeben hat und weiter geben wird, werden außerhalb des

Haushaltes geparkt. Im Fachjargon heißt das: Bilanzierungshilfe. Ich nenne das: eine Art Darlehen. Es ist bei der Kämmerin hübscher ausformuliert: außerordentlicher Ertrag. Diesen dürfen wir ab 2025 über 50 Jahre - so steht es im Haushalt - abschreiben; ich würde sagen: abbezahlen.

Ich möchte dieses Finanzierungsinstrument hier gar nicht in Abrede stellen. Zur Abfederung der finanziellen Auswirkungen ist das wohl vonnöten.

Aber im realen Leben gibt es, meine Damen und Herren, nichts umsonst. Die jetzt stattfindenden Haushaltsbelastungen werden nur in die Zukunft geschoben. Ein heute in Köln geborenes Kind wird im Jahre 2071 einen städtischen Haushalt erleben, der immer noch die finanziellen Belastungen für die heutige Pandemie abbezahlt.

Da bekommen die Langzeitfolgen durch Corona, meine Damen und Herren, aber auch die Gründe zum Impfen einen weiteren wichtigen Gesichtspunkt hinzu. Wer wie die Spitzenkandidatin der LINKEN in NRW zur Bundestagswahl hier schwadroniert, beim Impfen ginge es nur um den persönlichen Schutz und nicht um Schutz für die Allgemeinheit, leidet an Realitätsschwund und darf, bitte schön, zukünftigen Generationen erklären, warum sie für die finanziellen Belastungen der Pandemie immer noch aufkommen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Kommen wir nun zu der Ausgabenseite und der Frage, wofür wir etwas ausgeben und wie viel. Ich denke, es herrscht Konsens, dass Köln vor großen Herausforderungen steht - und nicht nur durch die Auswirkungen der Pandemie, meine Damen und Herren. Als Stichworte sind hier „Köln als wachsende Stadt“ und der Klimawandel zu nennen.

An dieser Stelle hätten wir als FDP vom Haushalt 2022 ein bisschen mehr erwartet, nämlich - das habe ich schon im Finanzausschuss gesagt - einen richtigen Wumms. Es ist aber, wie wir hier konstatieren müssen, nur ein laues Lüftchen.

Das möchte ich Ihnen gerne erklären. Erlauben Sie mir, es exemplarisch an bestimmten Punkten zu verdeutlichen.

Es herrscht im Rat - das habe ich in den Reden hier gehört - allgemeiner Konsens, dass wir den ÖPNV ausbauen müssen, und zwar zügig. Wir haben diesbezüglich mit großer Mehrheit im Rat zu Linienerweiterungen und neuen Projekten Beschlüsse gefasst, meine Damen und Herren.

Ich weise hier gern - da muss ich noch einmal Herrn Joisten anschauen, wie im Finanzausschuss - auf die Erweiterung der Linie 7 hin, die schon unsere politischen Großväter gefordert haben. Gleichzeitig haben Land und Bund für die Mittel des ÖPNV drastisch erhöht. Die Mittel sind also da.

Und was steht nun im Haushalt? Ich darf aus dem Produkthaushalt von Seite 301 zitieren. Hinter „Neugebaute Streckenlänge in m“ steht dort für 2022: 0,00. - Vielleicht machen wir ja gerade eine Verschnaufpause, weil wir vorher so viele Streckenmeter im ÖPNV gebaut haben. Doch was muss ich da auch lesen? 2021: 0,00. 2020: 0,00. 2019: 0,00.

Meine Damen und Herren, beim Ausbau des ÖPNV muss etwas geschehen. Denn wir sind hier ja nicht beim Lehrer Welsch in der Kayjass - dreimal null ist null, und das ist auch noch gut.

Bei der Verkehrswende müssen wir also mehr tun als das, was hier zu den Streckenkilometern steht. Herr Egerer, ich glaube, dass Sie da einiges zu tun haben.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die Digitalisierung ist für uns Liberale ein wichtiges Thema, aber nicht nur für uns im Rat. Ich denke, die Pandemie hat gezeigt, dass wir hier in eine Aufholjagd gehen müssen. Doch das ist bei manchen Punkten nicht zu erkennen, auch wenn hier von Millionensummen gesprochen wird. Was die digitalisierte Stadtverwaltung als Dienstleistungsverwaltung angeht - diesbezüglich herrscht doch eindeutig Konsens -, gibt es viel zu tun.

Doch was müssen wir im Produkthaushalt auf Seite 40 bei „IT- und Kommunikationsdienste“ - übrigens sind als Zielgruppe unter anderem Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibende, Freiberufler und Unternehmen ausgewiesen - lesen? Ordentliches Ergebnis Plan 2021: 47,3 Millionen Euro - zu Plan 2022: 51,1 Millionen Euro.

Das ist eine Erhöhung von schlappen 4 Millionen Euro in der viertgrößten Stadt Deutschlands für Digitalisierung, meine Damen und Herren. Da hätte ich aber ein bisschen mehr erwartet - einen Wumms.

Auch wenn die Ratsmehrheit in ihrem politischen Veränderungsnachweis - ich muss das hier positiv

erwähnen - noch 1 Million Euro dafür zugesetzt hat, wird das Volumen der Mittel einer Aufholjagd nicht ganz gerecht.

Köln ist eine wachsende Stadt und braucht mehr Wohnungen. Wir haben hier unterschiedliche Ansätze. Ich möchte jetzt auch nicht die entsprechenden Debatten aus dem Rat führen, meine Damen und Herren. Konsens ist aber, dass wir mehr ausgewiesenes Bauland benötigen und die Stadt dort in der Pflicht ist; denn sie ist der größte Grundstückseigentümer in Köln.

Wenn das der Konsens ist, hilft immer ein Blick in den Haushalt, meine Damen und Herren. Der Produkthaushalt auf Seite 55 gibt da Auskunft. Haben wir in den Istberechnungen 2019 für rund 53 Millionen Euro Grundstücke verkauft, nehmen wir uns für 2022 - es wurde ja von allen angesprochen, wie wichtig das Thema ist - weniger vor, nämlich nur 50 Millionen Euro.

Fairerweise muss ich hinzufügen, dass es in den Jahren 2020 und 2021 sogar noch geringere Ansätze waren. Das ändert aber doch nichts an der Botschaft. Die Menschen in Köln brauchen Wohnungen. Der Haushalt reagiert hier nicht richtig. Das reicht einfach nicht, meine Damen und Herren.

Erlauben Sie mir, als Letztes zu dem Thema Klimaschutz zu kommen. Auch hier wird großer Konsens herrschen, dass das eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist, auch und gerade für die Kommunen und somit auch für Köln.

Die Kölner Oberbürgermeisterin - jetzt darf ich Sie zitieren - hat in ihrer Rede zur Haushaltseinbringung hervorgehoben - das ist auch im Anlagenband ab Seite 26 ausführlich nachzulesen -, welche Bedeutung der Klimaschutz hat und dass er im Haushalt abgebildet wird. So stehen über den Planungszeitraum von 2022 bis 2025 - Frau Martin hat das ausgeführt - derzeit 80 Millionen Euro für das Programmbudget zur Verfügung. So weit, so gut.

Doch einen Finanzpolitiker, die Oberbürgermeisterin und vielleicht alle hier im Rat interessiert nicht nur die Höhe der Mittelbereitstellung, sondern auch die Wirksamkeit der Bereitstellung.

Über die Zielerreichung eingesetzter Mittel für den Klimaschutz geben uns die Kennzahlen im Produkthaushalt Auskunft - hier insbesondere Produktbereich 14, Umweltschutz, ab Seite 316.

Doch der eigentlich so bedeutsame Produkthaushalt lässt mich an dieser Stelle, meine Damen und Herren, gewissermaßen ratlos zurück. Der städtische Produkthaushalt ist in 18 Produktbereiche auf 355 Seiten eingeteilt. Sie müssen sie nicht alle lesen. Ich würde mich aber freuen, wenn Sie sich Ihren Fachbereich einmal anschauen würden.

Der zitierte Produktbereich 14, Umweltschutz, beläuft sich auf sage und schreibe - bitte sacken lassen! - sechs Seiten. Sechs von 355 Seiten zum Produktbereich Umweltschutz! Das wird nach meiner Meinung und sicherlich auch Ihrer Meinung der Bedeutung von Klima- und Umweltschutz nun wahrlich nicht gerecht.

Selbst wenn ich so großzügig bin - und ich bin großzügig -, Teile aus dem Produktbereich 13, Natur- und Landschaftspflege, ab Seite 305 hinzuzunehmen, komme ich gerade auf kümmerliche 13 Seiten.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt)

- Ich beeile mich jetzt.

Zur Information - wenn Frau Martin nachliest -: Beim Produktbereich „Natur- und Landschaftspflege“ habe ich unter anderem die Produktgruppen „Bestattung/Umbettung von Verstorbenen“ auf Seite 313 und „Einäscherungen“ auf Seite 314 herausgenommen, weil ich der Meinung bin: Das sind wichtige Dienstleistungen, gehört aber nicht zum Klimaschutz.

Ich muss sagen: Hier gibt es Aufholarbeit. Es wurde gerade der vorgelegte Haushalt gelobt. Schauen Sie sich das bitte an. Bei diesen Bereichen erwarte ich das einfach, weil es für uns und für die Wirksamkeit so bedeutsam ist, sich die Kennzahlen anzuschauen. Herr Beigeordneter Wolfgramm, hier ist noch viel Arbeit zu leisten. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause an den Bildschirmen, aber erfreulicherweise auch hier auf den Rängen! Köln hat mit diesem Haushalt einen Haushalt präsentiert, der

vielen Krisen begegnet: Klimakrise - Frau Martin hat es schon wunderbar ausgeführt -, Wohnungsnot, Digitalisierung - auch sie kann man an vielen Stellen als teilweise krisenartig bezeichnen - und natürlich Corona - nicht zuletzt mit seinen Auswirkungen auf Kunst und Kultur -, aber auch Ungleichheit, Ausgrenzung und Rassismus.

Es ist also in einer gewissen Form ein Krisenhaushalt, über den wir hier sprechen. Trotzdem geht natürlich großer Dank an die Kämmerin und ihr gesamtes Team, das mit den aktuellen Herausforderungen in dieser Krisensituation umgeht.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf den Vorbericht zu dem Haushalt eingehen. Dieser Vorbericht zeigt wunderbar auf, welchen großen Herausforderungen wir uns hier stellen.

Da möchte ich auch einmal kurz zu den Kolleginnen und Kollegen der SPD blicken, die hier keine zukunftsweisenden Themen sehen.

Das erste Thema in diesem Vorbericht ist doch Klimawandel und Klimaschutz. Insofern weiß ich nicht, wo da die Zukunftsweisung fehlen soll.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Das nächste Thema im Vorbericht ist die Verwaltungsreform.

Ein konkreter Kommentar von den Kolleginnen und Kollegen der SPD lautet: Köln schafft es nicht, die klügsten Köpfe nach Köln zu bringen.

Wir haben hier zwei ganz neue kluge Köpfe. Herzlich willkommen, Herr Egerer! Herzlich willkommen, Herr Charles!

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich denke, dass wir das sehr gut schaffen. Auch die Erfolge von Herrn Wolfgramm der letzten drei Monate lassen sich sicherlich schon sehen, auch wenn er bei uns kein neuer kluger Kopf ist.

Das Digitalisierungsprogramm ist der nächste Punkt im Vorbericht. Auch hier setzen wir noch einmal einen politischen Schwerpunkt, auf den ich gleich kurz eingehen möchte.

Und: der wirkungsorientierte und Nachhaltigkeitshaushalt. Ich möchte, dass wir uns das alle auf der Zunge zergehen lassen. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die Sustainable Development Goals, werden ganz konkret angesprochen - sowohl in dem Haushalt, den die Stadtverwaltung präsentiert hat, als auch in dem Haushalt, den wir dann mit unserem politisch Veränderungsnachweis an einigen Stellen konkretisiert haben.

Diese eigenen Schwerpunkte möchte ich jetzt auch noch kurz ansprechen. Meine Rede hatte ich so getimt, dass ich nicht allzu viel auf andere eingehen muss. Das muss ich jetzt teilweise etwas kürzen, weil mir so viel Futter geliefert wurde.

Herr Kockerbeck, Sie haben von Investitionen von 7 Millionen Euro gesprochen. Entschuldigung; wir betrachten den Gesamthaushalt und nicht den politischen VN.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich habe gerade noch einmal kurz nachgeschaut, weil ich die Zahl ehrlicherweise nicht im Kopf hatte. Ich habe 870 Millionen Euro im Finanzplan gesehen.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Die Kämmerin nickt. Da sollten wir also genau hinschauen.

Generell frage ich bei der Kritik, die hier insbesondere von der SPD und auch in sehr schöner Detailform von Herrn Breite kam: Wo ist denn der Gegenvorschlag?

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Was hätten Sie, hättet ihr denn konkret anders gemacht? Wo ist die Alternative, über die wir hätten abstimmen können?

Der nächste Punkt ist das Thema Wohnen. Wir haben heute ein Vorbild gehört. Bei Volt arbeiten wir sehr gerne mit Best Practices. Best Practice Hamburg: Es hieß, dort sei der Wohnungsbau viel besser. Na ja. Aber hat man sich einmal den Mietspiegel von Hamburg angeguckt und ihn mit Köln verglichen? Wir können an einigen Stellen von Hamburg lernen, denke ich, aber sicherlich nicht das Konzept vom Hamburger Wohnungsbau vollständig auf Köln übertragen. Ob das das richtige Mittel ist, bleibt also fraglich.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Und zu den LINKEN: Nein,

(Heiterkeit bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Wohnungsbau lassen wir nicht nur durch den Markt regeln - ganz sicher nicht. Schauen Sie auf die Vorgaben bezüglich Erbbaurecht. Das ist einer der Schwerpunkte.

Aber wir müssen auch anerkennen, dass es in Köln schnell neue Wohnungen braucht und dass sie nicht nur die Stadtverwaltung alleine bauen kann. Das habt ihr beim ÖPNV sogar ganz konkret benannt und gesagt: Die Stadt hat hier nicht genügend Leute. - Das gilt eben auch für den Wohnungsbau. Auch hier brauchen wir andere Akteure und brauchen wir Investoren, die uns beim Wohnungsbau unterstützen.

Ein großes Thema dieses Haushaltes sind der Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung. Wir haben im Kölner Umland gesehen, wie traurig, aber eben auch wie teuer kein Klimaschutz sein kann.

Hier vermisst Herr Breite den Wumms. Ich sehe in den 20 Millionen Euro einen großen Wumms, verglichen mit vorherigen Ansätzen.

Wir müssen ja zum Glück auch anerkennen, dass Klimaschutz ein Querschnittsthema ist. Wenn wir nach Ausgaben im Umweltkontext suchen, müssen wir also natürlich nicht nur in den Produkthaushalt 14 schauen, sondern auch in viele andere Bereiche, beispielsweise den Verkehrsbereich.

Wir freuen uns hier ganz besonders auf die Zusammenarbeit mit Herrn Egerer unter den drei Vs.

Die Verbesserung der Radinfrastruktur möchte ich hier noch ganz kurz hervorheben, um mich doch einmal an mein Redeskript zu halten. Köln ist in Sachen Fahrradfreundlichkeit eines der Schlusslichter. Das wollen wir ändern. Wir haben zwar gerade gehört, dass es im Haushalt nur 770 000 neue Euronen dafür gibt. Aber wir haben noch einmal 500 000 dazugesetzt.

Im Übrigen möge man sich bitte auch die Teile der Verwaltung anschauen; denn dort werden die Mittel für die Generalsanierung der Radwege auf 5 Millionen Euro verdoppelt.

Außerdem sollte man auch anerkennen, dass es in Köln durchaus an vielen Stellen einen Radweg gibt, der also nicht neu errichtet, sondern ausgebaut und saniert werden muss.

Nun möchte ich auch noch auf weitere Punkte im Verkehr eingehen. Natürlich spielt nicht nur die Radwegeinfrastruktur eine Rolle, um den Umweltverbund zu stärken, wie Kollegin Martin schon ausführlich dargestellt hat. Wir haben auch eine Stärkung des ÖPNV.

Hier möchte ich nicht negieren, dass Herr Egerer und wir alle hier im Rat in den nächsten Jahren noch einiges zu tun haben. Das ist ganz sicher so. Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass Aufwendungen für den ÖPNV nicht in unserem Kernhaushalt stehen, sondern auch in den Wirtschaftsplänen zum Beispiel der KVB.

Dennoch haben wir im politischen Veränderungsnachweis noch einmal 100 000 Euro zugesetzt, um Busrouten optimieren zu lassen.

Herr Egerer, ich habe mich besonders darüber gefreut, dass Sie den drei Vs weitere Vs hinzugesetzt haben, beispielsweise das Thema Vernetzung. Ich übertrage das jetzt einmal auf Digitalisierung. Wir wollen Datenströme zusammenführen, um Verkehrswege zu optimieren, um dann auch neue Busrouten optimal einsetzen zu können.

Nun bleibt aber ein Trend der Corona-Pandemie weiterhin sichtbar. Die Menschen nutzen nämlich den ÖPNV weniger, als wir das gerne hätten. Ein Punkt ist, dass der ÖPNV attraktiv sein muss. Ein ganz wichtiges Element sind da die Hygienemaßnahmen, die wir jetzt in der Corona-Pandemie gesehen haben. Wir möchten sie beibehalten und diesen neuen Standard in der KVB weiterhin aufrechterhalten.

Auch beim Thema Digitalisierung insgesamt, nicht nur im Verkehr, haben wir einiges nachzuholen und viel Lernpotenzial. Hier nehmen wir mit dem Stärkungspaket Digitalisierung, das wir noch zugesetzt haben, eine große weitere Hilfestellung zusätzlich zu den bereits vorhandenen und veranschlagten Mitteln vor. Auch hier sehen wir die Notwendigkeit für weitere externe Hilfe. Deswegen werden im Masterplan Digitalisierung auch noch Mittel für externe Vergaben bereitgestellt.

Das, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause und hier auf den Rängen, werden Sie und wir alle - denn wir sind auch Einwohner*innen und Bürger*innen dieser Stadt - vor allem auch bei dem Bürger*innenservice spüren. Anmeldungen, Ummeldungen und andere Verfahren der Amtsgänge sollen digitalisiert werden. Das ist hier einer

der wichtigen Punkte im Kontext der Digitalisierung.

Da müssen wir aber natürlich auch aufpassen. Denn es geht um die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Bis Ende 2022 müssen hier ohnehin viele Themen digitalisiert werden. Insofern können wir uns nicht ganz auf die Fahne schreiben, da jetzt an allervorderster Front mitzumischen.

Das letzte Thema, auf das ich noch kurz eingehen möchte, hatte ich eingangs schon einmal erwähnt. Im Kontext der Corona-Pandemie ist auch vieles bezüglich Rassismus, bezüglich Ausgrenzung und bezüglich Gleichstellung wieder schlechter geworden. Wir haben dem Thema Gleichstellung in unserem politischen VN noch einmal 200 000 Euro Fördermittel gewidmet. Außerdem sollen dort weitere Studien stattfinden.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte Sie und euch alle, diesem Haushaltsentwurf zuzustimmen. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Haushalt uns nach vorne bringen wird, und bedanken uns noch einmal für die gute Vorarbeit dazu seitens der Kämmerin. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich zu Beginn versuche, unseren Haushalt - wir reden ja immerhin über 5,2 Milliarden Euro - national und international in Perspektive zu setzen.

In Deutschland beschäftigen sich anderswo ganze Landtage mit diesem Volumen. Unser Haushalt für 2022 entspricht dem Ausgabenvolumen nach ziemlich genau demjenigen des Landeshaushaltes des Saarlandes oder der Hansestadt Bremen.

Auf europäischer Ebene ist unser Haushalt exakt in der Größenordnung von demjenigen von Malta oder würde, wäre beispielsweise Griechenland föderal strukturiert, dem Haushalt der größten griechischen Insel, nämlich Kreta, entsprechen.

International hat das zentralafrikanische Kamerun Staatseinnahmen in der Größenordnung des Kölner Haushaltes. Allerdings müssen dort nicht wie hier in Köln 1,1 Millionen Menschen damit auskommen, sondern 26 Millionen Menschen. Und bedenken Sie bitte: In Kamerun reden wir ja über einen kompletten Staatshaushalt, nicht nur über einen Haushalt für rein kommunale Aufgaben.

Wir können also feststellen: Köln, Kreta, Kamerun - das ist die Liga, in der wir haushaltstechnisch spielen.

Ich denke, meine Damen und Herren, dass wir uns bei allem parteipolitischen Streit über den aktuellen Haushalt darin einig sind, dass diese Relationen zweierlei zeigen:

Erstens. Unser Haushalt ist dem Volumen nach national wie international betrachtet keine Quantité négligeable.

Zweitens. Während anderswo ein Haushalt für die Einwohner nur einen Betrag von 200 Euro - wohlgemerkt für einen kompletten Staatshaushalt - zur Verfügung stellt, haben wir in Köln das Privileg, einen Betrag von rund 5 000 Euro pro Jahr und Kopf zur Verfügung zu haben.

Das sollte für uns alle, denke ich, bei allem Zwist ein Grund sein, kurz innezuhalten und dankbar zu sein. Denn klar ist: 98 Prozent der Menschen auf der Welt würden sich wünschen, ja sehnlichst wünschen, sie hätten die „Probleme“, die wir hier in Köln mit unserem Haushalt haben.

Doch nun zu den konkreten Zahlen unseres Haushaltes für 2022: Hier war ja viel von Nachhaltigkeit die Rede - durch die Grüne, durch Herrn Petelkau. Ich kann Ihnen sagen: Nichts ist falscher als das.

Die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen hat uns ins Stammbuch geschrieben - Zitat -:

> Seit der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement am 01.01.2008 hat sich das Eigenkapital um 20 Prozent verringert.

Diese Aussage, meine Damen und Herren, ist aktueller denn je. Denn der Planwert, den die Kämmerin für das Jahr 2025 für unser Eigenkapital veranschlagt, liegt noch bei knapp über 5 Milliarden Euro. Gestartet sind wir im Jahr 2008

wohlgemerkt mit über 6,4 Milliarden Euro. Und diese Zahlen sind ja Nominalzahlen. Real betrachtet, haben wir aufgrund der Inflationsentwicklung seit 2008 einen Eigenkapitalverzehr von über 35 Prozent.

Kurzum: Diese Stadt lebt seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse und zehrt von ihrer Substanz -

(Beifall bei der AfD)

und das bei Rekordsteuereinnahmen, meine Damen und Herren.

Das ist weder nachhaltig, noch ist es enkelfest, Frau Martin. Das hat mit Nachhaltigkeit nichts zu tun.

Liebe Grün*innen, als Sie vor 40 Jahren die politische Bühne betraten, haben Sie ja den Begriff der Nachhaltigkeit eingeführt. Ganz unbestritten: Das ist ein Verdienst und eine Bereicherung für die politische Diskussion und Debatte in unserem Land und auch in unserer Stadt.

Aber umso tragischer ist es doch, dass Sie als die Nachhaltigkeits-Apostel es jetzt noch nicht einmal hinbekommen, unter Ihrer Führung einen auch finanziell nachhaltigen Haushalt hier in dieser Stadt vorzulegen.

(Beifall bei der AfD)

Ein Beleg dafür ist nicht zuletzt die Entwicklung der Liquiditätskredite in den kommenden Jahren. Schauen Sie sich bitte einmal die Grafik im Anlagenband auf Seite 43 dazu an. Da kann Ihnen schwindlig werden. Diese explodieren geradezu - von 700 Millionen Euro im vergangenen Jahr auf 2 100 Millionen Euro, also über 2,1 Milliarden Euro, im Jahre 2025. Und dann steht da lapidar:

> Das Volumen der aufgenommenen Liquiditätskredite erhöht sich, um eine rechtzeitige Leistung der Auszahlungen sicherzustellen.

Nun, welche Auszahlungen sind dies? Das sind natürlich die großen Blöcke Soziales und Personal.

Aber richtig ist eben auch, dass viele Ausgabenpositionen in unserem Haushalt beeinflussbar sind, wenn der politische Wille dafür vorhanden wäre.

Meine Damen und Herren, wir wären nicht die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln, wenn wir nicht auf die enormen Belastungen für unseren Haushalt durch das von Berlin zu verantwortende und andauernde Migrationsdesaster hinweisen würden.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben gelernt, dass wir hier pro Kopf und Jahr 5 000 Euro zur Verfügung haben. Ein einziger UMA kostet diese Stadt pro Monat 6 800 Euro. Stellen Sie sich doch bitte einmal vor 16 beliebige Kölner hin, meine Damen und Herren, und sagen Sie ihnen: Tut mir leid; die 82 000 Euro, die ich für euch hätte haben sollen, gibt es jetzt nicht; die gebe ich einem UMA, damit er ein Jahr in dieser Stadt angemessen betreut werden kann. - Das ist die haushaltspolitische Realität in dieser Stadt.

Der vorliegende Haushaltsplanansatz weist für Flüchtlinge in den kommenden Jahren 560 Millionen Euro aus. Herr Joisten, das sind übrigens die über 500 Millionen Euro, die Sie für Ihren Wohnungsbaufonds haben wollen.

(Beifall bei der AfD)

Das ist das Geld. Dahin geht das Geld. Und das sind ja nur die drei Positionen Asylbewerberleistungsgesetz, Unterbringung und Betreuung, meine Damen und Herren. Das sind 560 Millionen Euro.

(Isabella Venturini [Volt]: Das ist auch richtig so!)

- Das ist nicht richtig so. Das ist von Ihnen so gewollt und hingenommen. - Dazu kommen ja noch viele weitere Kosten: die innere Sicherheit, Streetwork, also Sozialarbeiter, erhöhte Gesundheitsaufwendungen. Zu den 86 UMA, die hier verschwunden sind, habe ich bis heute auch noch keine Antwort von der Verwaltung bekommen. Das scheint wohl ein sehr delikates Thema zu sein. All das müssen Sie dazurechnen.

(Beifall bei der AfD)

Hinzu kommt noch, dass diese Menschen dann ja häufig in Hartz IV überführt werden. Dazu haben wir aufgrund einer AfD-Anfrage seit Kurzem offizielle Zahlen. Seit 2007 hat sich der Ausländeranteil bei Hartz IV von 18 auf 36 Prozent verdoppelt. In Nordrhein-Westfalen, hier in unserem Land, sind es sogar 40 Prozent der Ausländer, die Hartz IV beziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte zum Thema sprechen?

Stephan Boyens (AfD): Das ist unser Haushalt. Das tut in unserem Haushalt weh.

Frau Reker, die Souveränität Ihrer Sitzungsleitung - immer, wenn es für Sie und Ihr Bündnis unangenehm wird, mich dann hier zu unterbrechen - lässt sehr zu wünschen übrig. Das muss ich mir nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Oh!)

Also noch einmal: Wir haben in Deutschland einen Ausländeranteil von 12,7 Prozent und in Nordrhein-Westfalen einen Ausländeranteil bei Hartz IV von 40 Prozent. Ich glaube, dass diese Zahlen für sich sprechen, meine Damen und Herren.

Abschließend muss ich sagen: Wenn Sie sich die Produktbereiche und die dort dargestellten Ziele - was ja grundsätzlich richtig ist - angucken, fällt auf, dass es zum Beispiel bei dem Thema „Rückkehrmanagement zwecks Aufenthaltsbeendigung von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen“ kein Wirkungsziel gibt. Da steht dann in unserem Haushalt lapidar der Satz:

> Da für den Erlass der Abschiebungsandrohung und die Durchführung der Abschiebung grundsätzlich die Ausländerbehörden der Bundesländer zuständig sind …, wird auf die Darstellung von Produktzielen und Kennzahlen verzichtet.

Meine Damen und Herren, besser kann man den Unwillen, geltendes Recht in dieser Stadt durchzusetzen, nicht dokumentieren.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben es hier ganz offensichtlich mit einer Verweigerungshaltung zu tun. Ja, ich würde sagen, dass man das schon als Vereitelung im Amt und als Sabotage bezeichnen kann. Damit haben wir es hier zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Durch diese Haltung der Politik tragen Sie als verantwortliche Verwaltung dazu bei, dass ganze Stadtteile hier zu prekären Hotspots und sozialen Brennpunkten werden. Nicht umsonst sprechen die Menschen da draußen auf der Straße schon von Stadtteilen wie „Kopftuch-Kalk“ und „Muslim-Mülheim“.

(Zuruf: Pfui! - Weitere Zurufe)

Aber Ihnen ist das egal.

Ich sage Ihnen: Meine Damen und Herren, diese Stadt könnte längst einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, wenn wir nicht die Kosten für das Migrationsdesaster zu tragen hätten.

(Beifall bei der AfD)

Wenn jemand wie Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die genau um diese Zusammenhänge weiß, Briefe an die Kanzlerin schreibt, dann sorgen Sie dafür, dass noch mehr Menschen in unsere Sozialsysteme einwandern.

Ihr Handeln ist sozialpolitisch fatal, finanzpolitisch verantwortungslos und integrationspolitisch desaströs.

Ihre Amtszeit und Ihr Name, Frau Reker, werden in die Stadtgeschichte eingehen und verbunden sein mit der massenweisen Migration von minimal qualifizierten muslimischen Minderleistern in unsere Sozialsysteme.

(Zuruf: Pfui! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie daher auf: Stimmen Sie gegen diesen Haushalt. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir werden selbstverständlich prüfen, welche Ihrer Aussagen justiziabel sind.

(Lebhafter Beifall)

Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Das war weiß Gott keine Steilvorlage. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für ein zukunftsgerichtetes Köln, eine smarte, enkeltaugliche, moderne europäische Metropole, Klimaneutralität, Mobilitätswende, attraktiven Stadtraum, beste Bildungschancen für alle und Digitalisierung - eben kein Sparhaushalt, sondern mutige Investitionen: So

hieß in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes im August 2021.

Wer soll das verstehen? Ich frage mich, wie in aller Welt das zusammenpasst - sparen und mutige Investitionen -, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen: wirtschaftliche Rezession, sinkende Steuereinnahmen, Rückgang der Vollbeschäftigung, zunehmende Armut, quersubventionierte Konsummärkte, explodierende Immobilienpreise, unbezahlbare Mieten und zusätzlich natürlich die Einflüsse der Corona-Krise.

Köln ist als Metropole eine stark von diesen Bedingungen getroffene Stadt und hat durch Selbstverschulden einen deutlichen Vorsprung erzielt. Köln drückt der Schuh mit einem Schuldenstand von geschätzt 6 bis 7 Milliarden Euro; den exakten Betrag werden wir sicherlich noch in Erfahrung bringen. Dieser Schuldenberg wird weiter anwachsen. Wenn man die 2016er-Schätzungen der Verwaltung zum Sanierungsstau im Gebäude-, Brücken- und Straßenbestand bis 2040 glauben soll, haben wir weitere 16 Milliarden Euro vor der Brust.

Wir hätten uns von Ihnen gewünscht, dass Sie in aller Klarheit auf die desaströse Finanzsituation der Stadt hinweisen und hinter jede Ihrer Visionen ein deutliches Fragezeichen setzen. Das tun Sie nicht. Dieser Haushalt ist ein Weiter-so. Deshalb können wir ihm auch nicht zustimmen. Dabei hätten Sie es in der Hand, mit harten Einschnitten und weniger Selbstverliebtheit Mittel für die tatsächlichen Bedarfe zu schaffen.

Sparen ist ein Weg. Das allein wäre aber zu klein gegriffen. Ich will Ihnen einige Beispiele aufführen. Auf Klima, Verkehr, Bildung und andere kritische Dinge werde ich nicht Bezug nehmen; meine Vorredner haben sich weiland schon dazu geäußert.

Ich möchte Ihnen die Verzichte und Einschnitte, die uns vorschweben, an dem Beispiel der großen Kulturbauten beziffern:

- Die Historische Mitte. Das sind mindestens 200 Millionen Euro und mehr.

- Der Walraff-Anbau. Das sind mindestens 120 Millionen Euro. Im Übrigen dient er ja nicht alleine der Kunst, sondern dort will sich auch der Rat noch weiter sehen.

- Der Wiederaufbau und die Wiederaufbereitung der Stadtarchiv-Materialien. Ich will provokativ fragen: Ist es notwendig, dass wir über 1 Milliarde Euro für die Wiederaufbereitung dieser Archivalien in den nächsten 20 bis 30 Jahren einstellen?

- Die rechtsrheinischen Expansionsgelüste der Bühnen mit Depot 1 und 2.

- Die monströse Zentralbibliothek mit einem Volumen von über 100 Millionen Euro.

- Die überteuerten Museen-Interims.

Eine kritische Nacharbeit der Beschlüsse und auch ein Aus dürfen nicht ausgeschlossen werden. Das würde der Stadt heute und in den Folgejahren Milliarden sparen, Mittel für die tatsächlichen Bedarfe freistellen und sogar mittelfristig eine zaghafte Entschuldung ermöglichen.

Aber davon will die Mehrheit im Rat, zumindest die derzeit vorhandene Mehrheit im Rat, nichts wissen und hält selbstverliebt schützend die Hände über diese Kostentreiber. Sie tolerieren mit diesem Haushalt, dass den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Geld aus der Tasche gezogen wird.

Es will auch nicht gelingen, das vom Rat vollmundig angestrebte Erbpachtrecht für städtisches Eigentum verbindlich umzusetzen. Im Gegenteil: Die Ratsmehrheit hat 2020 und 2021 bisher den Verkauf städtischer Liegenschaften massiv gesteigert. Gerade hier muss 2022 ein schneller Wechsel erfolgen. Die vorliegenden Ideen der Verwaltung zu einer neuen Erbpachtsatzung sehe ich eher den Investoren geschuldet als den Bürgern und dem preisgünstigen Wohnen.

Folgende Großprojekte dürfen und müssen über diese Erbpachtsatzung gehandelt werden: Parkstadt Süd, Kreuzfeld, Rondorf-Nordwest und Mülheim/Deutz. Das alles muss im städtischen Eigentum und Besitz bleiben.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Bürgerhaushalt verlieren. Dieses für uns elementare Instrument ist völlig unter den Tisch gefallen. Nicht ein einziger Euro wurde letztes Mal in den Doppelhaushalt oder auch dieses Jahr in den Haushalt eingestellt. Wir werden diese Idee sicherlich wieder aufgreifen und gezielt mit Anträgen und Ideen auf Sie zukommen.

Nur mit dem Bürgerhaushalt haben Sie die Chance, auch die Bürger in die Pflicht zu nehmen. Das tun Sie nicht. Deshalb müssen Sie sich nicht

wundern, wenn die Bürger frustriert, ungehorsam und politikverdrossen werden.

Wir lehnen diesen Haushalt also ab; denn ihm fehlen der Mut zur Wahrheit und die Bürgernähe. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, wünschen Sie das Wort? - Bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Verwaltungsangestellte! Liebe Zuhörer*innen und Zuschauer*innen! Ich schließe mich natürlich an. Ich kann nur ansatzweise erahnen, was für eine Arbeit es ist, Jahr für Jahr so einen Haushalt zu erstellen. Ich habe den größten Respekt davor. Das möchte ich gerne vorweg sagen, weil von mir, wie sich alle denken können, natürlich eher Kritik kommt.

Ich möchte auch gerne betonen, dass ich auf jeden Fall sehe - und wenn ich „ich“ sage: ich spreche im Namen der KLIMA FREUNDE; das ist, glaube ich, mittlerweile auch klar -, dass viel passiert ist, dass sich einiges getan hat, dass einige wichtige Dinge erkannt wurden und dass einige wichtige Schritte gegangen wurden.

Allerdings ist - wir haben das eben gehört - der Klimawandel Realität. Ich möchte so weit gehen und sagen: Die Klimakatastrophe ist Realität. Das Wort „Klimawandel“ verharmlost das, was auf uns zukommt.

Es ist einfach so - wir können es den Berichten des IPCC entnehmen und auch anderen Berichten, die jüngst veröffentlicht wurden -, dass eine Klimaneutralität bis 2035 bei Weitem nicht ausreicht.

Der Haushalt mit seinen heute zu beschließenden Maßnahmen reicht eben auch bei Weitem nicht aus, um nachhaltig und ehrlich enkeltauglich, generationengerecht und zukunftsfähig zu sein.

Lieber Kollege Achtelik, es ist ja schön, dass die SDGs ausdrücklich angesprochen werden. Aber ein Ansprechen der SDGs reicht nicht aus, um das Ziel der Einhaltung und der Befolgung der SDGs dann auch wirklich mit Nachdruck durchzubringen. Bei den Worten hat man das Gefühl, dass hier schon viel geredet wird und viel angekommen ist, aber bei den Taten dann doch nicht.

Der Haushalt, der heute hier offensichtlich beschlossen werden wird, wird - ich denke, dass man das nach allem, was wir mittlerweile vorliegen haben, so sagen kann; das Bundesverfassungsgericht hat ja auch schon entsprechende Urteile gefällt - nicht Paris-konform sein. Ich bin einmal gespannt. Deutschland ist ja schon mehrfach von der EU verklagt worden. Ich habe das auch schon mehrfach gesagt. Ich hoffe inständig, dass wir die Kurve kriegen, bevor uns irgendjemand verklagt - uns, die wir hier sitzen. Denn wir sind diejenigen, die in der Verantwortung stehen, diese Dinge tatsächlich umzusetzen, die Gesetze zu befolgen und die Vorgaben einzuhalten.

Der Haushalt ist nicht generationengerecht. Es reicht nicht, keine Schulden in dem Sinne zu machen, dass hier auf dem Papier eine schwarze Null geschrieben wird. Noch nicht einmal das ist der Fall. Aber selbst wenn dort eine schwarze Null stünde, bedeutet das doch nicht, dass es generationengerecht ist.

Was ist denn mit den Klimafolgekosten? Was ist mit den Kosten, die heute schon in vielen Teilen der Welt durch unseren Lebensstil entstehen und getragen werden? Das muss doch alles mit eingerechnet werden.

Wir haben es vorhin gehört. Der Kollege von der FDP, Uli, hat uns ja vorgetragen, wie das mit den Corona-Folgekosten läuft. Gleiches gilt doch umso mehr für die Klima-Folgekosten. Da können wir doch nicht davon reden, dass das hier ein enkeltauglicher, generationengerechter Haushalt ist.

Gerne möchte ich auch noch das aufgreifen, was seitens der CDU gesagt wurde, nämlich, dass das eine Strategie ist, die seit Jahren verfolgt wird, und dass es darum geht, Strukturen zu erhalten. Das ist ja genau das Problem. Das ist genau das, was uns nach Meinung der Klimagerechtigkeitsbewegung dahin gebracht hat, wo wir heute sind.

Natürlich müssen wir investieren. Natürlich geht es darum, die Wirtschaft am Leben zu halten und Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten oder auch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Standortsicherung ist superwichtig.

Aber das schaffen wir doch gerade nicht, indem wir die bestehenden Strukturen erhalten. Vielmehr müssen wir die bestehenden Strukturen resilient machen, klimaresilient machen und derart transformieren, dass sie zukunftsfähig sind.

Zum Thema Verkehrswende haben wir auch viel gehört. Wie ihr wisst, ist das eines der Steckenpferde der KLIMA FREUNDE, ehemals DEINE FREUNDE. Ich möchte das jetzt nicht alles noch einmal wiederholen. Dazu fehlt mir in meiner begrenzten Redezeit auch die Zeit.

Was mir zum Beispiel fehlt, ist die Sicherheit. Sie ist kein einziges Mal erwähnt worden. Es muss doch darum gehen, nicht nur ein bisschen Farbe auf die Straße zu malen, sondern auch sichere Wege für Radfahrer*innen, Fußgänger*innen usw. zu schaffen. Da könnte ich jetzt eine ewig lange Liste vortragen. Aber das ist hier, glaube ich, auch nicht notwendig.

Stichwort „Ehrenamt“: Liebe CDU, es wurde gesagt, dass wir niemanden zurücklassen. Was ist denn mit den Wohnungslosen, mit den Obdachlosen, mit den Drogenabhängigen? Ich glaube schon, dass sie zurückgelassen wurden. Da kann man doch nicht sagen: Wir lassen niemanden zurück.

Was ist mit dem Brunnen, der auf dem Neumarkt gebaut werden soll? Die CDU hat tatsächlich die gesagt, dass dann, wenn wir da einen schönen Brunnen bauen, die Problemfälle dort verschwinden. Das kann es doch nicht sein.

Was ist mit den Flüchtlingen, die nicht aufgenommen wurden?

Nur am Rande: Tatsächlich habe ich gerade einmal dem Vorredner der AfD zugestimmt, indem ich gesagt habe, dass auch ich diesen Haushalt für nicht nachhaltig halte. Aber ich möchte ganz ausdrücklich sagen, dass ich diesen menschenverachtenden Worten natürlich in keinster Weise zustimme. Das sei an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich gesagt.

(Vereinzelt Beifall)

Was ist mit den Frauen in Not? Wir haben gerade einmal zwei Frauenhäuser in Köln; ein drittes kommt jetzt irgendwann. Das reicht bei Weitem nicht aus.

Was ist mit den Corona-Kranken, mit Kranken ohne Versicherungsschein? Wo sind die auf der Strecke geblieben? Da kann man doch nicht sagen, dass wir niemanden zurücklassen.

Was ist mit den traumatisierten und größtenteils auch entschulten Kindern und Jugendlichen? Davon war überhaupt nicht die Rede - auch nicht, wenn es hier um Soziales geht.

Was ist mit den Ehrenamtlern? Das Geld, das wir da zur Verfügung stellen, reicht bei Weitem nicht aus, um die Leistungen wertzuschätzen.

Sowieso wird, wie ich bereits sagte, die folgende Generation - -

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt)

- Ich komme gleich zum Schluss. - Unsere Forderung ist also pauschal - -

Natürlich - das Angebot steht seit einem Jahr im Raum - hätte ich mich gerne auch mehr eingebracht - und nicht nur ich, sondern auch viele andere Engagierte aus Bürgerinitiativen, die sich mit den Themen und auch mit Finanzierungsmöglichkeiten auseinandersetzen. Darauf wurde leider nicht eingegangen. - So viel zu der Argumentation: Wo bleibt der Gegenvorschlag?

Finanzielle Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden. Wir haben es vom Kollegen von der LINKEN gehört. Sparpotenziale sollten genutzt werden. Die Sinnhaftigkeit sollte hinterfragt werden - zum Beispiel vom Tunnelbau, zum Beispiel vom Brunnen am Neumarkt. Die Liste könnte noch ziemlich lange weitergeführt werden.

Stichwort „Digitalisierung“: Was bringt uns denn das ganze Geld, wenn es nicht nachhaltig ist? Wenn wir es jetzt machen, können wir es dann bitte sofort richtig machen und gleich nachhaltig machen? Digitalisierung ist etwas, was tatsächlich einen Großteil der CO_2-Kosten verursacht.

An dieser Stelle weise ich noch einmal darauf hin, dass es immer noch viele ungenutzte Fördergelder der EU gibt. Auch da würde ich mir wünschen, dass wir daran einfach noch mehr herangehen, wenn wir jetzt schon über Geld sprechen.

Als Letztes möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass Klima ein Metathema ist. Ich frage mich ernsthaft, wie dieses Bündnis hier einen nachhaltigen Haushalt, einen zukunftsfähigen Haushalt hinbekommen möchte, wenn - Entschuldigung - der Kollege von der CDU es schafft, in seinem langen Redebeitrag tatsächlich kein einziges Mal das Wort „Klimaschutz“ in den Mund zu nehmen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und am Livestream! Wir werden auch in näherer Zukunft nicht Fahrrad fahren wie in Kopenhagen, wir werden kein 1-Euro-Ticket oder günstige Wohnungen wie in Wien haben, und wer versucht, einen neuen Personalausweis oder Wohngeld zu beantragen, merkt, dass wir in Sachen Digitalisierung nicht in Tallinn leben.

Doch Köln möchte sich immerhin auf den Weg machen. Das ist zu begrüßen. Dies werde ich auch mit meiner Zustimmung zum Haushalt ausdrücken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wer die Arbeit der vergangenen Jahre Revue passieren lässt, weiß, dass wir auch weiterhin versuchen, konstruktiv mitzuarbeiten. Das werden wir auch in dieser neuen Rolle machen.

(Ulrich Breite [FDP]: Wir?)

- Ja. Ich bin Vertreter der Wählergruppe GUT Köln. Uns gibt es noch, natürlich.

Zustimmung ja - aber nicht ohne Kritik. Denn das, was ihr politisch verändert habt, ist heruntergebrochen auf einzelne Kölnerinnen und Kölner, auf einzelne Haushalte und auf einzelne Unternehmen doch recht wenig. 1 Million Euro klingt viel, bedeutet aber in einer Millionenstadt eben auch nur 1 Euro pro Person. So bekommen wir weder genug Wohnraum geschaffen noch Solarpaneele auf jedes Dach.

Klar ist aber auch: Wenn diese Wende zu einer nachhaltigen Stadt gelingen soll, geht dies natürlich nur mit Unterstützung durch Land und Bund und vor allem auch durch den Abbau bürokratischer Hürden gerade im Bereich Energiewende.

Wir können mit wenig Geld viel erreichen oder mit viel Geld wenig erreichen. Es liegt an uns. Der Schlüssel ist dazu unser Wille. Doch wie stark ist unser Handeln - und hier schließe ich die Verwaltung ausdrücklichst mit ein - durchdrungen von dem Willen, eine ökologische, soziale und nachhaltige Stadt zu bauen?

Ist dies wirklich bei jedem hier sein ernstes persönliches Anliegen? Ich habe da meine Zweifel. Aber wir geben nicht auf und versuchen weiterhin unser Bestes, alle in dieser Stadt davon zu überzeugen.

Gute Beschlüsse, selbst wenn sie ausreichend finanziert sind, bringen nichts, wenn sie nicht mit einem starken Willen umgesetzt werden.

Ein Wort zu den neuen Mitgliedern hier im Rat: Haltet euch nicht am Klein-Klein auf, sondern stellt wichtige Weichen - im Klimaschutz, im Wohnungsbau, in der Kultur, in der Bildung. Und lasst euch nicht erzählen, dass manche Dinge nicht gehen. Feiert nicht 500 Meter neuen Radweg, sondern schmeißt die Autos aus der Stadt.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich ist ein 1-Euro-Ticket in Köln möglich. Natürlich können wir deutlich mehr sozialen Wohnungsbau realisieren. Natürlich können wir auch mehr Gesamtschulen bauen. Die Mehrheiten für so ein ökologisches, progressives, im besten Sinne modernes Köln sind da. Wir sollten diese Mehrheiten nutzen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich gefragt würde, wie es hier im Rat so läuft, gerade auch von anderen Städten, dann würde ich einmal sagen: Na ja. Es ist so wie überall; wir haben Probleme mit der Verkehrswende, der Klimaschutz geht nicht richtig voran etc.

Was mich aber heute besonders stolz macht, gerade an diesem Datum - das möchte ich zum Schluss auch noch einmal ausdrücklich erwähnen -, ist dann doch unsere recht deutlich ausgeprägte Willkommenskultur, unser geschlossenes gemeinsames Eintreten gegen rechts. Ich möchte an dieser Stelle allen recht herzlich danken, die in diesem Bündnis gegen rechts stehen. Mit „allen“ meine ich ausdrücklich alle von der Antifa über das NS-Dokumentationszentrum bis hin zu den zahlreichen Initiativen. Herzlichen Dank dafür! Das ist etwas, was mich wirklich froh macht, in Köln zu leben. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne. Vor dem Hintergrund des heutigen Gedenktages für die Opfer der Novemberpogrome im nationalsozialistischen Deutschland spricht sie den Mitgliedern des Kleinen Kölner Klubs, die in dieser Woche als Gäste der Stadt Köln Köln besuchen, sowie dem Vorstandsmitglied der Jüdisch-Liberalen Gemeinde Köln, Frau Viktoria Ibrahimova und

dem leitenden Geschäftsführer des Vereins 321-2021: 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland, Herrn Andrei Kovacs, ein besonderes Willkommen aus.

*Weiterhin begrüßt die Oberbürgermeisterin alle Zuschauer*innen im Internet, die Vertreter*innen der Presse sowie die Ratsmitglieder.*

Besonders begrüßt die Oberbürgermeisterin auch die neuen Beigeordneten Herrn Egerer für das Dezernat III und Herrn Charles für das Dezernat VII zu ihrer ersten Ratssitzung.

Der Rat tagt im Ratssaal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

I. Die Oberbürgermeisterin bittet die Anwesenden, sich zu einer Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer des 9. Novembers 1938 und ihren Angehörigen zu erheben.

II. Die Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass heute die Voraussetzung dafür geschaffen werden können, auch das nächste Jahr mit einem genehmigten Haushalt zu beginnen und bedankt sich bei allen, die dazu beigetragen habe.

III. Die Oberbürgermeisterin informiert über eine Änderung der Zusammensetzung des Rates. Herr Dr. Akude hat sich im letzten Monat der CDU-Fraktion angeschlossen.

*IV. Als Stimmzähler*innen schlägt sie die Ratsmitglieder Frau Pakukat, Frau Oedingen und Herrn Michel vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

V. Die Oberbürgermeisterin regt an, wie in den Vorjahren die Redezeit abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festsetzen.

Diese verlängerte Redezeit soll alle Anträge und Beschlussvorlagen dieser Sitzung mit Haushaltsbezug erfassen und wieder nach der Größe der Gruppierung gestaffelt werden:

- *Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Redezeit von maximal 20 Minuten,*
- *die Fraktionen CDU und SPD erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 15 Minuten,*
- *alle weiteren Fraktionen erhalten eine Redezeit von bis zu 10 Minuten und*
- *die Einzelmandatsträger bis zu 7 Minuten*

Die Redezeit kann auch innerhalb einer Fraktion auf mehrere Redner aufgeteilt werden.

VI. RM Weisenstein zieht mit Zustimmung der SPD-Fraktion den Antrag:

TOP 3.1.1
Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Ausreichende Förderung von unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren"
AN/1882/2021

zurück.

VII. Die Oberbürgermeisterin lässt über die so geänderte Tagesordnung und die geänderten Redezeiten abstimmen.

Der Rat stimmt dem Verfahrensvorschlag zur Redezeit und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Anschließend übergibt die Oberbürgermeisterin das Wort an Herrn Egerer und anschließend an Herrn Charles für ihre Antrittsreden.

1 In die Haushaltsplanberatungen verwiesenen Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Ausreichende Förderung von unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren"
AN/1882/2021

Der Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung endgültig zurückgezogen (Ziffer VI – Seite 3).

2 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen

5 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen

6 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2022

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, damit haben wir die Haushaltsreden gehört.

Da der Antrag unter Tagesordnungspunkt 1.1 zurückgezogen wurde, rufe ich jetzt direkt auf:

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1 GbR Historische Mitte - Nachbesetzung Lenkungskreis

3420/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Frau Susanne Laugwitz-Aulbach

Herrn Stefan Charles

in den Lenkungskreis der GbR Historische Mitte:

Die Entsendung endet mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu:

9 Stellenpläne

Ich gehe davon aus, dass es zu den Tagesordnungspunkten unter TOP 9 keine Wortmeldungen gibt, lasse aber selbstverständlich über die einzelnen Stellenpläne abstimmen.

Tagesordnungspunkt

9.1 Stellenplan für das Jahr 2022

2862/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD und der SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.2 Stellenplan 2022 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

2578/2021

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022

2974/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2022

2976/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022

2964/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2022 des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2025

3338/2021

Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, Volt und die Oberbürgermeisterin. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Frau Gabrysch, die FDP, Die FRAKTION und die AfD. Enthaltungen kann es eigentlich nicht mehr geben. Ich frage trotzdem, falls ich jemanden übersehen habe: Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Haushalt zugestimmt. - Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Beschluss:

I. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2022 in der zu diesem Beschluss anliegenden paraphierten Fassung.

Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehraufwendungen nach § 83 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzerhaltung zu verwenden. Ausfallende Bundes- und Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Haushaltssanierungsbedarfe weiter erhöhen würden.

II. Weiterhin beschließt der Rat, die Verwaltung gem. Zusatzantrag AN/2091/2021 mit folgenden Begleitaufträgen zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Jahr 2022 zu beauftragen:

1. Die Verwaltung soll prüfen, wie für die Mitarbeitenden der Stadt Köln der Eigenanteil am JobTicket reduziert werden kann. Es sollen hierbei auch Vorschläge zur Gegenfinanzierung

gemacht werden, z.B. im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung für städtische Parkflächen.

2. *Das städtische Fortbildungsprogramm soll für alle Mitarbeitenden um Schulungen im Bereich „Antidiskriminierung“ erweitert werden.*

3. *Im Rahmen des zusätzlichen Digitalisierungspaketes wird die Verwaltung beauftragt, die Mittel für die folgende Projekte einzusetzen: Baumretter*innen-App, Förderung der digitalen Bürger*innenbeteiligung, Anschubfinanzierung „Digitaler Zwilling“, Digitalisierung der Verwaltung und der Bürger*innen-Services, weitere Stärkung der Schul-IT und Testgebiete für New Mobility Services und autonomes Fahren.*

4. *Für den Masterplan Sicherheit sollen die konsumtiven Mittel wie folgt verwendet werden:*

   - *Externe Fachberatung zur Erstellung eines ganzheitlichen Sicherheitskonzeptes für Köln*
   - *Weitere Begleitmaßnahmen für die Erstellung des Masterplans, wie z.B. Konferenzen oder Bürger*innenbeteiligungen*

   Für die ersten Umsetzungen aus dem Masterplan stehen im investiven Bereich 300.000 EUR u.a. für Toilettenanlagen für das Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung.

5. *Das Förderprogramm „Dritte Orte“ soll vollumfänglich weiterentwickelt werden. Mehrjährige Betriebskostenzuschüsse sollen möglich sein, jedoch keine Dauerfinanzierungen. Kleinteilige Förderungen sollen mehr in den Fokus gerückt werden.*

6. *Die hinzugesetzten Mittel für obdachlose Menschen sollen u.a. für Aufenthaltsmöglichkeiten und Anlaufstellen an Hotspots, die aufsuchende mobile medizinische und psychiatrische Versorgung, den Ausbau des aufsuchenden Streetworks, dezentralen Tagesangeboten und Notschlafstellen genutzt werden. Hierbei sollen die Bedürfnisse unterschiedlicher vulnerabler Gruppen besondere Berücksichtigung finden. Best-Practice-Modellprojekte des Konfliktmanagements im öffentlichen Raum sollen in die Konzeptionierung einfließen.*

7. *Im Rahmen der Teilhabe von Menschen mit Sinneseinschränkungen am kommunalpolitischen Geschehen wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob es langfristig kostengünstiger ist, einen Teil der Gelder in eine feste Stelle für eine*n Gebärdensprachdolmetscher*in umzuwandeln.*

8. *Die Antragsfrist für Mittel aus dem „Förderprogramm Kultur Freie Szene“ wird bis zum 31.12.2021 verlängert. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt alle Antragsfristen für Förderungen 2022 so zu setzen, dass diese auch nach dem Ratsbeschluss noch eingehalten werden können.*

9. *Die Verwaltung wird gebeten sicherzustellen, dass die ursprünglich für 2021 geplanten Projekte im Jahre 2022 im Rahmen der Bewirtschaftung sichergestellt werden können und nicht an einer mangelnden Finanzierung scheitern:*

   - *Maßnahmen gegen die steigende Mietpreisentwicklung (zu nutzen für Etablierung qualifizierter Mietspiegel)*
   - *Gemeinwohlorientierte Bilanzierung*
   - *Zusätzliche Reinigungsleistungen in der Open-Air-Saison*
   - *Unterstützung der Karnevalszüge in den Veedeln (Förderung Veedelszöch)*

10. *Die für die Förderung der kommunalen Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen bereitgestellten Mittel sind wie folgt zu verwenden:*

    - *Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V. (56.000 EUR)*
    - *Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimische Frauen e.V. (70.000 EUR)*

- *Zuschuss ECho (75.000 EUR)*
- *Aufstockung Zuschuss ALZ/EBS (60.000 EUR)*

11. Die im Sammelposten „Kinder stärken und schützen“ hinterlegten Mittel sind wie folgt zu verwenden:

- *A.R.T. e.V. für Zuschuss Personalstelle psychosoziale Unterstützung Kinder mit Fluchterfahrung/Migrationshintergrund (45.000 EUR)*
- *Fair.Stärken e.V. (46.000 EUR)*
- *Kölner Freiwilligen Agentur für Förderung LeseWelten (50.000 EUR)*
- *Hennamond e.V. (59.000 EUR)*

12. Der Kriterienkatalog für die Vergabe von bezirksorientierten Mitteln soll dahingehend überarbeitet werden, den Bezirksvertretungen eine größere Flexibilität bei der Verausgabung der Mittel sowie eine Übertragung von nicht verausgabten Mitteln in die Folgejahre zu ermöglichen.

13. Die in den vergangenen Jahren aufgelegte Förderung für Lastenräder soll auch im kommenden Haushalt fortgeführt werden. Dabei ist zu überprüfen, wie vor allem die Stadtteile, in denen die Förderung bisher in geringerem Umfang beantragt wurde, gestärkt werden können.

14. Die Verwaltung wird beauftragt, die dem Antrag AN/0291/2021 beigefügte Stellenliste zugrundeliegenden Anliegen in 2022 voranzutreiben und die dargestellten Stellenbedarfe – soweit zur Zielerreichung erforderlich und darstellbar – zu realisieren.

III. Darüber hinaus beschließt der Rat die in der Anlage zum Antrag AN/2094/2021 enthaltenen Maßnahmen. Bei den Maßnahmen mit dem Hinweis „Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung“ in der Spalte „Haushaltsvermerk“ erfolgt eine Veranschlagung entsprechend in den Jahren 2023 bis 2025.

IV. Ferner bestätigt der Rat die vom Finanzausschuss getroffene Zuständigkeitsregelung bei Freigaben von investiven Auszahlungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und RM Zimmermann (GUT Köln) sowie der Stimme von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung keine Tagesordnungspunkte vorgesehen sind, entfällt der nichtöffentliche Teil.

Ich schließe damit die Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Mittagszeit. Wir sehen uns heute Nachmittag wieder.

(Schluss: 12.00 Uhr)

12. Sitzung vom 9. November 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Muezzin Ruf in Köln"

AN/2185/2021

1.2 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "„Mäuerchen-Blues – Unzureichende Berücksichtigung des Bedarfs an nichtkommerziellen Freizeittreffpunkten im öffentlichen Raum“"

AN/2344/2021

nicht in die Tagesordnung aufgenommen

1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Volt und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Situation auf Kölner Plätzen und Feiermeilen"

AN/2355/2021

nicht in die Tagesordnung aufgenommen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme zweckgebundener Spenden von "Wir helfen - Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V." an die Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln

1498/2021

2.2 Annahme eines Kunstwerks von Danh Vo als Schenkung

2980/2021

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und die FRAKTION betreffend "Energiearmut verhindern! Schutzbedürftige Verbrauchende unterstützen!"

AN/2277/2021

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schuleingangsuntersuchungen"

AN/2132/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2353/2021

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Sondernutzungserlaubnis für E-Scooter einführen"

AN/2271/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/2372/2021

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Standort Holweide der Städtischen Kliniken als Regelversorger erhalten"

AN/2280/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2381/2021

3.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Prüfung einer qualitativen Bauberatung"

AN/2282/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2356/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2382/2021

3.1.6 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Prüfung einer dritten Variante zur Ost-West-Achse"

AN/2268/2021

zurückgezogen

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Vierte Corona-Welle brechen: Klare Handlungsanweisungen für den Gesundheitsschutz im Freizeitbereich und zur Vermeidung eines Lockdowns ausgeben"

AN/2347/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2378/2021

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Aufhebung der Ausreisesperre für Hamide Akbayir"

AN/2357/2021

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen

1645/2021

zurückgestellt

3.2.2 Beschluss der Bezirksvertretung Kalk: "Angebote der außerschulischen Bildung auch für Kinder von Geflüchteten ermöglichen"

2901/2021

3.2.3 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Einrichtung eines dezentralen Stützpunktes des Ordnungsamtes in Kalk (Ordnungsdienste vor Ort)

2093/2021

3.2.4 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 10.06.2021: Außengastronomie 2021/2022 - Gebührenerhebung (wurde als TOP 10.22 umgedruckt)

2825/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/2379/2021

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/2376/2021

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Köln: Ausweisung der Inzidenzen für Geimpfte und Ungeimpfte"

AN/1962/2021

Antwort der Verwaltung vom 27.08.2021

3310/2021

4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Klärung Zusammenarbeit mit Michael Winterhoff"

AN/1960/2021

Antwort der Verwaltung vom 29.10.2021

3298/2021

4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Anfrage zur Fluchtlichtanlage am Aachener Weiher"

AN/2334/2021

Antwort der Verwaltung vom 09.11.2021

3907/2021

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Anfrage Fördermittelmanagement"

AN/2335/2021

Antwort der Verwaltung vom 09.11.2021

3913/2021

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln

3170/2021

zurückgestellt

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln

3200/2021

zurückgestellt

6.2.2 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren

3199/2021

zurückgestellt

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

3712/2021

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Aufbau der gemeinsamen Verkehrs- und Tunnelleitzentrale
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021

2797/2021

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt

1094/2021

zurückgestellt

10.2 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung und Finanzierung von hochflurigen Stadtbahnwagen

3243/2020

10.3 Abschlussbericht zum 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplan im Rahmen der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

2175/2021

10.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Liebigstraße im Stadtteil Neu-Ehrenfeld durch einen Totalunternehmer

2591/2021

10.5 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung

2622/2021

zurückgestellt

10.6 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01. - 30.06.2022

2877/2021

10.7 Umbenennung des Radstadions in "Albert-Richter-Velodrom" und des Vorplatzes in "Ernst-Berliner-Platz"

2489/2021

10.8 Sportanlage Halle Erdweg, Köln-Worringen
Generalsanierung der Sporthalle und gleichzeitige Umwandlung in eine Mehrzweckhalle sowie Errichtung einer Photovoltaikanlage
- Baubeschluss -

2590/2021

10.9 Personelle Ausweitung Streetwork und Winterhilfe im Bereich der Wohnungslosenhilfe

3312/2021

10.10 Förderung des KölnAgenda e.V. durch die Stadt Köln

3344/2021

10.11 Bestellung der Ersten Betriebsleitung für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

3419/2021

10.12 Verlängerung der institutionellen Förderung raum13 gGmbH und Sommerblut e.V.

3369/2021

10.13 Sportentwicklungsplanung - Sponsoringvertrag mit der Firma SNIPES SE - Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel zwischen Venloer Straße und Vogelsanger Straße

1619/2020

10.14 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025

1805/2021

10.15 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden
hier: Einstellungsbeschluss

Aufgabe der städtischen Flüchtlingsunterkunft Weißdornweg 21, 21 a-c, 50996 Köln-Rondorf und Versetzung der modularen Gebäude zum städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden
hier: Rückbau- und Baubeschluss

2831/2021

10.16 Beteiligung an einer Technologie-Initiative im Bereich Bau- und Immobilienwirtschaft

2937/2021

10.17 Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse
hier: Annahme des Siegerentwurfs des Künstlers Ulf Aminde auf Grundlage der einstimmigen Empfehlung der Jury und Festlegung des Standorts, Gedenktafel Probsteigasse, Kuratorium Denkmal Keupstraße

2699/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/2373/2021

10.18 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Theater: Erweiterung der Kulturplattform "QULTOR" (AT)

2672/2021

zurückgestellt

10.19 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Filmkultur: Filmhaus Köln - Eröffnung

2800/2021

10.20 Erhöhung der institutionellen Förderung für MusikFabrik Landesensemble NRW e.V.

3486/2021

10.21 Institutionelle Förderung der Kölner Gesellschaft für Alte Musik e.V. (KGAM zamus)

3489/2021

zurückgestellt

10.22 Außengastronomie 2021/2022 - Gebührenerhebung
(wird unter TOP 3.2.4 behandelt)

10.23 Zuschussgewährung Stromsparcheck der Caritas

1370/2021

10.24 Förderprogramm zur Aktivierung privater Initiative für Gastronomie und Einzelhandel zur Abmilderung Corona bedingter Belastungen; Winterbeleuchtung: Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1501

3873/2021

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 218. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen; Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg
hier: Feststellungsbeschluss

2851/2021

11.2 219. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen; Arbeitstitel: "Parkstadt Süd" in Köln-Zollstock, -Raderberg und -Bayenthal
Hier: Feststellungsbeschluss

2855/2021

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln- Dellbrück
Arbeitstitel: Hatzfeldstraße/Radiumstraße in Köln-Dellbrück

3345/2021

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2412/2021

16.2 Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

2812/2021

17 Gremienbesetzungen

17.1 Berufung von Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

3221/2021

**17.2 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE am 24./25.03.2022
Neubesetzung der Sitze im Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE**

2998/2021

zurückgestellt

17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss

3554/2021

17.4 Neubenennung der Mitglieder für die Fachausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

3548/2021

zurückgestellt

17.5 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25.03.2022 in Hannover - Benennung von Delegierten

3547/2021

zurückgestellt

17.6 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung Sachkundiger Bürger Gesundheitsausschuss"

AN/2328/2021

17.7 Berufung von Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz durch den Rat der Stadt Köln

3580/2021

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Digitalausschuss"

AN/2326/2021

17.9 Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH; hier: Entsendung in den Aufsichtsrat

3738/2021

17.10 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes der Kommunalen Gesundheitskonferenz"

AN/2377/2021

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister;

Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Syndicus, Karina; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister*innen
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung
Beigeordneter; Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Jülich, Ralf; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin
Lange, Maria

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Büschges, Matthias; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Niknamtavin, Sarah; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Tokyürek, Güldane; Wortmann, Walter;

Bezirksbürgermeister*innen
Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Rau, Harald, Beigeordneter Dr.

(Beginn: 14.43 Uhr - Ende: 19.53 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 12. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode - es ist unsere zweite Sitzung heute - und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und alle, die im Livestream zuschauen; besonders unsere Nachwuchskräfte: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für Kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten, Herrn Koenen. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Ich begrüße die anwesende Bezirksbürgermeisterin und den Bezirksbürgermeister und den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Keltek, und freue mich natürlich, Sie - die Mitglieder des Rates - wiederzusehen.

Nachdem wir mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung heute Morgen ja schon einen zukunftsweisenden Beschluss gefasst haben, kommen wir nun zur sogenannten regulären Arbeitssitzung. Ich möchte aber einen Geburtstagsglückwunsch, den ich heute Morgen nicht ausgesprochen habe, ergänzen. Ich wusste doch, was mir fehlte: Der Geburtstagsglückwunsch geht an die Verwaltungsbank. Das ist die Frau Kollegin Mötting, die auch heute Geburtstag hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Nachmittag entschuldigt: Herr Büschges, Frau Heuser, Frau Hoyer, Frau Niknamtavin, Herr Dr. Schlieben, Frau Steinmann - der ich gute Besserung wünsche -, Herr Sterck und Frau Tokyürek. Von der Verwaltung wird Herr Beigeordneter Dr. Rau nicht an der Sitzung teilnehmen.

Ich schlage vor, dass die Stimmzählerinnen und Stimmzähler von heute Morgen auch für die Nachmittagssitzung benannt bleiben. Das wären damit erneut Frau Pakulat, Frau Oedingen und Herr Michel.

Zunächst bitte ich Sie, mit mir die Tagesordnung für die Sitzung festzulegen. Im Entwurf sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Änderungsanträge sind beim jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt. - Hier ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Bitte.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Ich wollte sagen: Zu Punkt 1.2 und 1.3 - das sind ja Anträge auf eine aktuelle Stunde - haben die jeweils antragstellenden Fraktionen vergessen, uns anzuschreiben. Gemäß § 5 Abs. 3 Satz 2 unserer Satzung hätte das bis gestern oder bis heute 24 Uhr stattfinden müssen. Das ist nicht erfolgt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme das zur Kenntnis und komme jetzt zu dem Tagesordnungspunkt aktuelle Stunde und damit zunächst zur AfD-Fraktion, die am 19. Oktober, also fristgemäß, einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Muezzin-Ruf in Köln“ eingereicht, hat, der als TOP 1.1 auf der Tagesordnung steht.

Die Fraktion Die FRAKTION hat am 5. November - ebenfalls fristgemäß - einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Bedarf an nichtkommerziellen Freizeittreffpunkten“ eingereicht, der als TOP 1.2 auf der Tagesordnung steht.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Volt und Ratsmitglied Zimmermann haben am 8. November einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Situation auf Kölner Plätzen und Feiermeilen“ eingereicht

(Zuruf: Auch fristgemäß!)

- auch fristgemäß, natürlich -, der als TOP 1.3 auf die Tagesordnung genommen wurde.

Damit kommen wir zur Festlegung der aktuellen Stunde. Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht aber die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der Themen. Deswegen habe ich jetzt zu fragen, ob eine solche Einigung erzielt werden konnte.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! - Weitere Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung abstimmen - -

(Philipp Busch [AfD]: Frau Oberbürgermeisterin!)

- Bitte, noch ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Philipp Busch (AfD): Unseres Erachtens ist die Abstimmung entbehrlich, weil die Anträge ja nicht ordnungsgemäß den Fraktionen zugestellt wurden. Aktuell besteht für mich tatsächlich nur 1.1, da 1.2 und 1.3 eben nicht nach § 5 Abs. 3 Satz 2 an uns verschickt wurde. Deswegen ist diese Abstimmung für mich obsolet.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ob die übermittelt worden sind, entzieht sich bisher meiner Kenntnis. - Darf ich bitte den Satz zu Ende sprechen? Dann komme ich zu Ihrem Antrag zur Geschäftsordnung. Deswegen habe ich jetzt zu fragen, ob die Anträge der Fraktion übermittelt worden sind.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Unserer Kenntnis nach bezieht es sich darauf, dass die aktuellen Stunden im Ratsinformationssystem digital zur Verfügung gestellt werden, und dann können Sie auch entsprechend hier behandelt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock von der FRAKTION.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, das ist auch mein Verständnis: Ich gehe davon aus, dass Sinn und Zweck der zitierten Vorschrift darin besteht, dass eine vorzeitige Information der jeweiligen Fraktionen möglich ist. Das ist in dem Fall - wir haben am 05.11. den Antrag auf Durchführung der aktuellen Stunde fristgemäß gestellt - möglich gewesen. Selbst wenn die Formulierung, die mir nicht gegenwärtig ist, dergestalt sein sollte, dass dort geregelt ist, dass eine Zustimmung erfolgen muss, gehe ich davon aus, das man nach Sinn und Zweck auslegen und sagen müsste: „Ja, Leute, ihr hättet es halt sehen können!“

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also, ich zitiere jetzt aus § 5 Abs. 3 Ihrer Geschäftsordnung, meine Damen und Herren:

> Der Antragsteller

- es ist noch nicht gegendert -

> ist für die fristgerechte Zustellung bei den Fraktionen (per Fax oder elektronischer Post) und bei der Oberbürgermeisterin (in elektronischer Form über das Sitzungsmanagementprogramm) verantwortlich und bei Bedarf nachweispflichtig.

Tatsächlich ist das wohl nicht geschehen, wenn ich das jetzt Ihrer - - So einen Fall habe ich noch nicht gehabt.

(Ulrich Breite [FDP]: Doch, doch!)

- Herr Breite, Sie können ihn ja bereits gehabt haben. Das heißt ja nichts.

Hier gibt es natürlich den Sonderfall, dass gestern die fristgemäß gestellten Anträge über das Ratsinformationssystem ersichtlich waren und bekannt waren, aber für mich gilt als Erstes der Wortlaut der Geschäftsordnung.

Wir machen eine kurze Sitzungspause von fünf Minuten, und es wird einmal recherchiert.

(Unterbrechung
von 14.51 Uhr bis 14.59 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde gerne wieder in die Sitzung eintreten.

Ich stelle fest, dass nach den mir vorliegenden Informationen gemäß § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung die aktuelle Stunde die von der AfD-Fraktion am 19. Oktober fristgemäß beantragte zum Thema „Muezzin-Ruf in Köln“ ist.

(Beifall bei der AfD)

Ich würde gerne jetzt zur Zusetzung der Tagesordnungspunkte kommen. Das sind im öffentlichen Teil TOP 3.2.4, TOP 4.3 und 4.4, TOP 10.22 bis 10.24, TOP 17.6 bis 17.10 und im nichtöffentlichen Teil 23.5, 24.4, 24.5, 24.6.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 6.2.1, 6.2.2, 10.1, 10.18, 10.21 und 24.4.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich beantrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Beratungsbedarf für die Tagesordnungspunkte 17.2 sowie 17.4 und 17.5; das betrifft die Gremien des RGRE. Die würden wir gerne in die Dezembersitzung schieben.

Außerdem würden wir gerne die Vorlage 10.24, die sich auf den Beschluss des Wirtschaftsausschusses beruft und heute noch eingegangen ist, gerne im Hauptausschuss beraten. Das müsste möglich und auch noch fristgerecht sein. [13]

Vielleicht noch zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Machen wir gleich, okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das machen wir gleich. - Ich habe weitere Wortmeldungen: von Herrn Hock und von Herrn Kienitz.

Michael Hock (Die FRAKTION): Wir würden den Tagesordnungspunkt 3.1.6 - das ist unser Antrag betreffend die Prüfung einer dritten Variante zur Ost-West-Achse - zurückziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die CDU-Fraktion beantrage ich Beratungsbedarf zu Tagesordnungspunkten 3.2.1 und 10.5.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die SPD-Fraktion hat am 5. November zum

[13] Anmerkung: Antrag auf Verweisung zur Beratung und Entscheidung in den Hauptausschuss.

Thema „Vierte Corona-Welle brechen“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist Tagesordnungspunkt 3.1.7. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 3.1.8. ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION und der Ratsmitglieder Frau Gabrysch und Herr Zimmermann vom 8. November vor. Es geht um die Aufhebung der Ausreisesperre für Hamide Akbayir. Gibt es hier Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Und dann kommen wir zur Reihenfolge der Tagesordnung. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir den gerade eben auf die Tagesordnung aufgenommenen Dringlichkeitsantrag unter 3.1.8 vor die ganzen Dreierpunkte, sprich unter TOP 3.1.0 behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann Frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

*Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauer*innen im Internet, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen, den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Keltek sowie die Ratsmitglieder. Sie begrüßt ebenfalls die Teilnehmer*innen der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten, Herrn Koenen, die die Sitzung über den Livestream verfolgen.*

Der Rat tagt im Ratssaal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

*I. Als Stimmzähler*innen schlägt sie die Ratsmitglieder Frau Pakulat, Frau Oedingen und Herrn Michel vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

II. Es liegen drei Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde vor.

Die AfD-Fraktion hat am 19.10.2021 fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema „Muezzin Ruf in Köln“ AN/2185/2021 eingereicht, der als TOP 1.1. auf der Tagesordnung steht.

Die Fraktion Die FRAKTION hat am 05.11.2021 ebenfalls fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema „Bedarf an nichtkommerziellen Freizeittreffpunkten“ AN/2344/2021 eingereicht, der als TOP 1.2 auf der Tagesordnung steht.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und Ratsmitglied Zimmermann haben am 08.11.2021 einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Situation auf Kölner Plätzen und Feiermeilen“ eingereicht, der als TOP 1.3 auf der Tagesordnung steht.

Die AfD-Fraktion weist darauf hin, dass sie die beiden Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde unter TOP 1.2 und 1.3 nicht gem. § 5 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen per Mail erhalten habe.

Auf Nachfrage von Frau Reker zur Übermittlung per Mail äußern RM Hammer und RM Hock, aus ihrer Sicht sei die rechtzeitige Bereitstellung im Ratsinformationssystem als Information ausreichend.

Frau Oberbürgermeisterin Reker zitiert den Wortlaut des § 5 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen. Danach müssen die beiden Anträge per Mail oder Fax an die anderen Fraktionen übermittelt werden.

Sie unterbricht die Sitzung, um die Frage

der Zustellung zu klären.

Nach der Sitzungsunterbrechung stellt Frau Oberbürgermeisterin Reker fest, dass gem. § 5 Absatz 3 der Geschäftsordnung die von der AfD-Fraktion am 19.10.2021 beantragte zum Thema „Muezzin Ruf“ in Köln behandelt wird.

Anmerkung:
Sitzungsunterbrechung von 14:51 Uhr bis 14:59 Uhr.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

3.2.4 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 10.06.2021: Außengastronomie 2021/2022 – Gebührenerhebung
2825/2021

4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Anfrage zur Fluchtlichtanlage am Aachener Weiher"
AN/2334/2021

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Anfrage Fördermittelmanagement"
AN/2335/2021

10.22 Außengastronomie 2021/2022 – Gebührenerhebung
2825/2021

10.23 Zuschussgewährung Stromsparcheck der Caritas
1370/2021

10.24 Förderprogramm zur Aktivierung privater Initiative für Gastronomie und Einzelhandel zur Abmilderung Corona bedingter Belastungen; Winterbeleuchtung: Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1501
3873/2021

17.6 Antrag der Fraktion Volt betreffend "Neubesetzung Sachkundiger Bürger Gesundheitsausschuss"
AN/2328/2021

17.7 Berufung von Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz durch den Rat der Stadt Köln
3580/2021

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Digitalausschuss"
AN/2326/2021

17.9 Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH; hier: Entsendung in den Aufsichtsrat
3738/2021

17.10 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes der Kommunalen Gesundheitskonferenz"
AN/2377/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

23.5 Ausübung des Vorkaufsrechts gem. § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 BauGB für eine unvermessene Teilfläche des Grundstücks Sürther Hauptstr. in Köln-Sürth
3791/2021

24.4 Häfen und Güterverkehr Köln AG
3735/2021

24.5 Entwicklung Deutzer Hafen - Zustimmung zur Aufnahme eines Darlehens
3777/2021

24.6 RheinEnergie AG
3732/2021

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

6.1.1 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
3170/2021

6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln
3200/2021

6.2.2 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
3199/2021

10.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
1094/2021

10.18 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Theater: Erweiterung der Kulturplattform "QULTOR" (AT)
2672/2021

10.21 Institutionelle Förderung der Kölner Gesellschaft für Alte Musik e.V. (KGAM zamus)
3489/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

24.4 Häfen und Güterverkehr Köln AG
3735/2021

IV. Ratsmitglied (RM) Hammer meldet zu den Tagesordnungspunkten

TOP 17.2
Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE am 24./25.03.2022, Neubesetzung der Sitze im Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE
2998/2021

TOP 17.4
Neubenennung der Mitglieder für die Fachausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
3548/2021

TOP 17.5
Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25.03.2022 in Hannover - Benennung von Delegierten
3547/2021

Beratungsbedarf an und bittet um Vertagung in die Dezembersitzung.

RM Hammer beantragt weiterhin, den Tagesordnungspunkt

TOP 10.24
Förderprogramm zur Aktivierung privater Initiative für Gastronomie und Einzelhandel zur Abmilderung Corona bedingter Belastungen; Winterbeleuchtung: Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1501
3873/2021

zur Beratung und Entscheidung in den Hauptausschuss zu verweisen.

RM Hock zieht für die Fraktion Die FRAKTION folgenden Antrag zurück:

TOP 3.1.6
Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Prüfung einer dritten Variante zur Ost-West-Achse"
AN/2268/2021

RM Kienitz meldet für die Tagesordnungspunkte

TOP 3.2.1
Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen
1645/2021

und

TOP 10.5
Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung
2622/2021

Beratungsbedarf an.

V. Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor.

- *Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Vierte Corona-Welle brechen: Klare Handlungsanweisungen für den Gesundheitsschutz im Freizeitbereich und zur Vermeidung eines Lockdowns ausgeben" AN/2268/2021*

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.7 behandelt.

- *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabrysch und RM Zimmermann betreffend "Aufhebung der Ausreisesperre für Hamide Akbayir" AN/2357/2021*

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 3.1.8 behandelt.

VI. RM Hammer beantragt, dass

TOP 3.1.8
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabrysch und RM Zimmermann betreffend "Aufhebung der Ausreisesperre für Hamide Akbayir"
AN/2357/2021

zu Beginn der Behandlung der Anträge vor TOP 3.1.1. behandelt wird.

Der Rat stimmt der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir beginnen mit der aktuellen Stunde:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Muezzin-Ruf in Köln“

AN/2185/2021

Herr Cremer hat das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf der Tribüne! Liebe Zuschauer im Livestream! Köln will mal wieder übertolerant sein, macht aber damit die Tür für Intoleranz auf - sperrangelweit! -, und zwar für den politischen Islam.

So, liebe Frau Reker, kann Ihre Entscheidung, den Muezzin rufen zu lassen - oder besser die Bereitschaft, die Erlaubnis dafür zu erteilen - zusammengefasst werden. Frau Reker, Ihre Entscheidung zeugt - das muss ich leider sagen, auch wenn Sie jetzt gerade hier mit Blick auf die Geschäftsordnung wirklich dem Idealbild einer deutschen Beamtin entsprochen haben - von einer gewissen Arroganz der Macht!

Sie hätten dieses weitreichende Thema zumindest erst einmal hier im Rat beraten lassen und um ein entsprechendes Votum bitten können. Es wäre zwar interessant gewesen, wie die CDU abgestimmt hätte, wenn ich mich da an die Aussagen ihrer Vertreter im AVR erinnere. Auf diese Weise hätten Sie, Frau Reker, die notwendige gesellschaftliche Debatte mit allen Akteuren starten können und den notwendigen demokratischen Begleitprozess für eine solche, die Stadt für immer verändernde Entscheidung sicherstellen können. Es hätte einer breiten Debatte in Köln bedurft. Das zeugt von einem mangelnden Demokratieverständnis Ihrerseits.

(Beifall bei der AfD)

Der Eindruck ist entstanden, dass Sie durch die Hintertür, also klammheimlich, dem politischen Islam die Tore zu Köln öffnen wollten - und das alles unter dem Deckmantel einer vermeintlichen

Toleranz. Aber so nicht, Frau Reker! Warum die Heimlichkeit? Hatten Sie etwa Angst, dass die Kölner Ihnen aufs Dach steigen könnten und dann selbst hier im Kölner Rat der Widerstand größer als gedacht werden könnte? Der politische Isam mit seinem Anker - oder, besser gesagt: ideologischen Schlachtschiff -, der DITIB-Zentralmoschee, ist ja schon da. Und jetzt darf er auch noch jeden Freitag den Nicht-Muslimen in dieser Stadt klar machen, wer hier eigentlich das Sagen hat. Schöne neue Welt, aber nicht mit uns, der AfD!

Es kann ja gerne jeder glauben, was er möchte - von Spaghetti-Religion bis sonst was. Aber bitte nicht der Muezzin-Ruf! Moslems können ihren Glauben auch ohne diesen Gebetsruf ausüben, der den Herrschaftsanspruch dieser vermeintlichen Religion des Friedens zum Ausdruck bringt. Jetzt kommen Sie wahrscheinlich mit dem Kirchengeläut. Das ist aber nur ein akustisches Signal und ein inhärenter Teil unseres christlich-abendländischen Kulturkreises, und das ist der Muezzin-Ruf nicht!

Was haben wir jetzt? Wir haben in Köln die DITIB-Moschee. Diese wird von der türkischen Religionsbehörde Diyanet geführt und ist der verlängerte Arm für den islamisch-türkischen Nationalismus des türkischen Präsidenten Erdogan. Wir haben ja heute gesehen, zu was dieser Mann alles fähig ist! Der gute Mann hat es übrigens wie in fast allen anderen islamischen Ländern nicht so mit der Toleranz. Lassen Sie mal in der Türkei oder Saudi-Arabien die Kirchenglocken läuten! Allein deshalb dürften wir dieses raum- und kulturfremde Geträllere von den Minaretten nicht erlauben.

Frau Reker, Sie geben diesem Mann mit eingeschränktem Demokratieverständnis die Möglichkeit, seine Macht in Köln kundzutun. Ich will nicht wissen, wer noch alles hinter den anderen Moscheen in Köln steht. Ich finde es übrigens geradezu grotesk, wie wir im AVR über dieses Thema geredet haben und dann auch noch über den LGBTI-Maßnahmenplan der Stadt. Machen Sie doch einmal eine Umfrage in Kölner Moscheen, wie dort zu dem Thema gestanden wird, oder hören Sie sich zu dem Thema einmal in mehrheitlich muslimischen Ländern um!

Ich habe hier bewusst nicht über die Gewalttaten, die im Namen dieser Religion verübt werden, gesprochen. Und damit will ich nicht sagen, dass jeder Moslem ein Gewalttäter ist. Das ist absoluter Blödsinn. Nur, im Namen dieser Religion findet das immer wieder statt. Gerade den politischen Islam mit seinem Herrschaftsanspruch - wenn ich an Länder wie Saudi-Arabien denke und an die Attentäter des 11. Septembers, die alle daher kamen - sollte man sich vor Augen führen.

Deshalb, Frau Reker: Sie geben mit Ihrem Verwaltungshandeln dem politischen Islam die Möglichkeit, seinen meist demokratiefeindlichen Herrschaftsanspruch über Köln und die Kölner auszubreiten. Stoppen Sie das! Kehren Sie hier um! Das passt nicht zu Köln. Das passt nicht zu unserer Toleranz. Das passt nicht zum christlich-abendländischen Kulturkreis. Wir können da draußen alle den Dom sehen. Es würde keiner auf die Idee kommen, das in Mekka zu machen. Deswegen: Stoppen Sie bitte diesen Irrsinn, und zwar sofort!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Kolleginnen und Kollegen! Frau Oberbürgermeisterin! Ehrlich gesagt, bin ich noch ziemlich entsetzt über das, was wir gerade hören mussten. Ich war auch heute Morgen schon entsetzt und denke, das passt schon zusammen, aber leider auf - für mich gesagt - eklige Art und Weise. Sie haben heute Morgen in Ihrer Rede zum Haushalt gesagt, Muslime sind Minderleister, und dafür müssen wir unser Geld rauswerfen. - Das passt zu dem, was Sie jetzt gerade gesagt haben. Ich bin froh, dass der Rat der Stadt Köln sich immer eindeutig völlig anders positioniert hat und immer dafür ist, sich tatsächlich für Vielfalt auszusprechen. Wir haben viele Resolutionen in diese Richtung verfasst, und darüber bin ich sehr, sehr froh, dass es so ist.

(Beifall)

Sie lassen auch nicht locker, immer wieder Angriffe auf die Oberbürgermeisterin und Angriffe auf den Rat zu fahren, damit angeblich die Demokratie zu bemühen, die hier infrage stehe. Ehrlich gesagt, Sie machen genau das Gegenteil. Sie stellen die Demokratie infrage und wir - da bin ich froh - sind in der Mehrheit genau die, die für die Demokratie in dieser Stadt eintreten und die es

tatsächlich schaffen, dass in Köln alle Menschen friedlich miteinander leben können. Dafür allen Kollegen und Kolleginnen, die nicht der AfD angehören, herzlichen Dank!

(Beifall)

Sie wissen genau, Hetzerei, Vorwürfe usw. sind nicht konstruktiv, sondern bedingen das Gegenteil. Sie spalten die Stadt, sie spalten die Gesellschaft. Unsere Aufgabe als Rat der Stadt Köln ist es aber - und dafür treten wir an -, die Gesellschaft zusammenzuführen, allen Menschen hier eine Heimat zu geben und allen Menschen zu ermöglich, dass sie in dieser Stadt ihre Religion leben können, ihre gesellschaftlichen Grundlagen leben können und alles, was sie mitbringen hier, dann auch so einzusetzen, dass das für alle richtigläuft. Natürlich, wenn irgendwo etwas zu bemängeln ist, dann machen wir das, dann macht das auch der Rat der Stadt Köln. Auch dafür brauchen wir nicht die AfD. Das ist ein Glück für diese Stadt.

(Beifall)

Religion im öffentlichen Raum und wie Religion sich im öffentlichen Raum darstellt - natürlich gilt es das auszuhandeln. Es gibt Diskussionen dazu; auch das ist eine Qualität unserer Stadt. Wir diskutieren nämlich über die Dinge. Wir gucken, wie wir die Dinge aushandeln.

Bei dem Muezzin-Ruf, ehrlich gesagt, sollten Sie die Kirche im Dorf lassen. Auch darüber kann man diskutieren, natürlich, das muss man auch. Aber im Augenblick geht es um eine ganz kleine Sache, und es geht nicht um den politischen Islam und Gewalttaten und was auch immer Sie gerade heraufbeschwören.

Sie wissen selber: Man muss natürlich kritisch gucken, was bei der DITIB passiert. Aber die DITIB hat im Augenblick gar keinen Antrag gestellt. Insofern haben Sie irgendwie das Thema verfehlt mit Ihrer aktuellen Stunde.

(Beifall)

Es geht natürlich darum, welche Debatten wir führen. Es gibt Besorgnisse. Es gibt Befürchtungen in dieser Stadt. Auch das muss man ernst nehmen. Wir alle lesen den *Stadt-Anzeiger*. Auch da kann man vieles lesen. Aber man kann verschiedene Meinungen zum Muezzin-Ruf lesen, auch das muss man klar haben. Natürlich diskutieren wir darüber und kommen zu Lösungen, das ist auch richtig so.

Aber: Religionsfreiheit ist ein hohes Gut. Gleichbehandlung aller ist ein hohes Gut. Und das dürfen wir hier nicht negieren. Sie wissen alle, wir haben den Rat der Religionen. Auch das ist ein Ort, wo genau solche Diskussionen laufen, und darüber bin ich sehr froh. Seit 2006 gibt es ihn. Seit 2006 wird auch dort hart verhandelt und weiter diskutiert. Der Rat der Religionen erneuert sozusagen seine Stellungnahmen immer wieder. Das finde ich auch richtig, weil das lebendig sein muss. Die Diskussionen in der Stadt laufen weiter. Die sind lebendig zu führen und natürlich nicht statisch festzuhalten.

Nichtsdestotrotz bin ich froh, dass es von da grundlegende Aussagen gibt, an denen wir uns als Stadt immer wieder orientieren können. Diese Aussagen sind ganz klar: Nicht nur der Rat der Religionen, sondern auch der Rat der Stadt Köln hat sich häufig und immer wieder auf die Fahne geschrieben, für Vielfalt einzutreten. Wir haben das Anfang 2020 noch einmal wiederholt. Das finde ich richtig, dass diese Stadt sich dazu bekennt, dass wir alle gemeinsam Köln sind und dass wir alle gemeinsam für alle hier die richtigen Lebensgrundlagen schaffen.

Ich zitiere einfach, weil wir den 9. November haben und weil ich das Gefühl habe, dass nicht alle in diesem Rat tatsächlich wissen, was im Grundgesetz steht, zum Abschluss meiner Rede ganz kurz Art. 3 des Grundgesetzes:

> Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Und genau das ist das, wofür wir stehen. Auf das Grundgesetz sind wir vereidigt, und ich freue mich, dass fast alle im Rat genau das teilen.

Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich von Herrn Boyens und Herrn Hock.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau von Bülow, ich muss mich strikt gegen diese fälschliche

Unterstellung verwahren, ich hätte gesagt, dass sämtliche Muslime Minderleister sind. Das ist natürlich vollkommener Blödsinn. Ich würde so etwas niemals sagen, und ich stehe selbstverständlich fest zu Artikel 3 des Grundgesetzes.

Was ich gesagt habe - und das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen -, ist, dass die Regierungszeit von Frau Reker verknüpft sein wird und verknüpft ist mit der Erinnerung an eine massive, massenweise Migration minderqualifizierter Muslime.

Das ist eine vollkommen andere Aussage, die ich strikt von mir weise. Ich bitte Sie, sauber zu zitieren, Frau von Bülow, und hier nicht mit diesen Unterstellungen und Verfälschungen zu arbeiten. Danke!

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Auch nicht besser! - Aber es bleibt ja Blödsinn!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock hat jetzt das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Auch Die FRAKTION möchte dazu Stellung nehmen. Es geht um drei Punkte: Zum einen geht es um das Verfahren, dann möchten wir inhaltlich etwas dazu sagen und mit einem Vorschlag enden.

Zunächst zum Verfahren: Wir alle haben in unseren Bubbles, aber vielleicht sogar darüber hinaus in diesem Fall die Zeitungen verfolgt. Es ging ziemlich hoch hin und her. Die Stadtgesellschaft diskutiert über dieses Thema. Auch wir wünschen uns dazu eine breite Diskussion. Ich bin zuversichtlich, dass in dem bunten und toleranten Köln, eine von einer überwiegenden Mehrzahl von Menschen und auch Ratsmitgliedern, eine Meinung vertreten wird, die sicherlich der rechtsextremistischen Meinung der „NAfDP“ entgegengesetzt ist. - Das zum einen. Das heißt, eine Diskussion sollte zu dem Thema aus unserer Sicht stattfinden.

Das andere ist das Inhaltliche. Da muss ich Ihnen sagen: Wir sind angetreten, um Inhalte zu überwinden. Dazu stehen wir auch. In dem Fall haben wir allerdings eine Meinung zu der Art und Weise, wie das hier von der „NAfDP“ zum Ausdruck gebracht worden ist. Hier wird, wie es Muster und Masche ist, ein Thema aufgegriffen, einseitig beleuchtet und für eine rechte Propaganda genutzt. Wir verwehren uns dagegen. Die AfD sollte schauen, dass sie in ihren eigenen Reihen mit extremistischen Bestrebungen aufräumt, bevor sie mit dem Finger auf andere zeigt. Damit muss Schluss sein.

Das Letzte ist ein Vorschlag von unserer Seite - ich habe ihn schon in einem anderen Kontext angebracht -: Vermittelnd möchten wir die Verwaltung bitten, zu prüfen, ob es möglich ist, dass die Muezzin-Rufe beschränkt werden auf eine Zeit von 11.11 Uhr bis 11.12 Uhr und sich beschränken auf den Ausruf „Kölle Allah!“ Das wäre, glaube ich, etwas, womit alle sich abgeholt fühlen und wir einen konstruktiven Weg finden, um damit umzugehen. Vielen Dank!

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? Zum Verfahren Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage zum weiteren Umgang mit der aktuellen Stunde, die Sache als erledigt zu betrachten, und dann können wir weiter in der Tagesordnung machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann wird die Sache für erledigt erklärt und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird gemäß § 5 Abs. 10 Buchstabe a) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen als erledigt angesehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

1.2 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "„Mäuerchen-Blues – Unzureichende Berücksichtigung des Bedarfs an nichtkommerziellen Freizeittreffpunkten im öffentlichen Raum“"
AN/2344/2021

Die Angelegenheit wurde im Rat nicht behandelt (siehe Ziffer II - Seite 2 / 3).

1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Volt und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Situation auf Kölner Plätzen und Feiermeilen" AN/2355/2021

Die Angelegenheit wurde im Rat nicht behandelt (siehe Ziffer II - Seite 2 / 3).

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Annahme zweckgebundener Spenden von „Wir helfen - Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V.“ an die Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln

1498/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es geht um 70 000 Euro zur Durchführung von Ferienmaßnahmen, Freizeitaktivitäten und Kinderhilfsprojekten. - Wer dem wünscht zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, die Fraktionen CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION, AfD. - Enthaltungen? - Kann es gar nicht mehr geben. - Dann ist diese Schenkung angenommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Verein „Wir helfen“.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkungen des Unterstützungsvereins „Wir helfen – der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V.“ in Höhe von 70.000 € für die Durchführung von Ferienmaßnahmen und Freizeitaktivitäten und für die Durchführung von Kinderhilfsprojekten in Köln mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.2 Annahme eines Kunstwerks von Danh Vo als Schenkung

2980/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es hier Zustimmung? Dann bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, die Fraktionen CDU, FDP, Volt, FRAKTION und AfD. - Gibt es Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Herrn Thomas Borgmann für dieses Kunstwerk.

(Beifall)

Und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung eines Kunstwerks von Danh Vō durch Herrn Thomas Borgmann für das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabrysch und RM Zimmermann betreffend „Aufhebung der Ausreisesperre für Hamide Akbayir“

AN/2357/2021

Ausweislich der geänderten Tagesordnung fangen wir mit diesem Punkt an; vorher war das der Tagesordnungspunkt 3.1.8.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Ratsmitglieder! Das für Hamide Akbayir in der Türkei verhängte Ausreiseverbot bedrückt viele von uns und hat auch großes Unverständnis hier ausgelöst. Wir kennen Frau Akbayir als frühere Ratskollegin und ehemalige Abgeordnete des Düsseldorfer Landtages. Ich kenne Frau Akbayir natürlich persönlich. Ich kenne sie als engagierte Kölnerin, die auch ihre Argumente stets klug und

angemessen äußert. Ich glaube deshalb, dass sie von ihrer Stimme lediglich Gebrauch gemacht hat, um eine friedliche Zukunft für ein Miteinander der Menschen zu fordern, die in der Türkei und in angrenzenden Gebieten leben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, immer wenn mir bewusst wird, dass Kölnerinnen und Kölner im Ausland unter Sanktionen leiden, die nicht unserem Rechtssystem entsprechen, unterstütze ich die von ihnen gewünschte Rückkehr nach Köln. Es ist mir in vielen Gesprächen mit den Heimkehrern bewusst geworden, wie wichtig unsere Solidarität für die von solchen Situationen Betroffenen ist. Ich bin deswegen den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION, Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann dankbar, dass sie sich auf eine gemeinsame Resolution verständigt haben. Sie haben sich auch darauf verständigt, dass mein Wortbeitrag zu diesem Thema heute unsere gemeinsame Anteilnahme, unsere Solidarität und unsere Intention, die von dieser Resolution ausgeht, zusammenfasst.

Ich möchte mich bei Ihnen allen sehr bedanken, dass Sie sich auf diesen gemeinsamen Weg geeinigt haben. Denn vor allem die Stärke unserer Gemeinschaft wird es jetzt sein, die Hamide Akbayir Halt und Stärke gibt und die unserer Stimme auch Gewicht verleiht. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich lasse jetzt über die Resolution abstimmen, weil ich davon ausgehe, dass es keine weiteren Wortbeiträge gibt. - Das ist auch nicht der Fall. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION und AfD. Gegenstimmen gibt es keine und ebenso keine Enthaltungen. Natürlich unterstützt auch die Oberbürgermeisterin in vollem Umfang diese Resolution. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschluss:

Mit großer Besorgnis hat der Rat der Stadt Köln zur Kenntnis genommen, dass die frühere Ratskollegin und ehemalige Abgeordnete des Düsseldorfer Landtags Hamide Akbayir in der Türkei festgehalten wird. Anfang September haben türkische Behörden die Politikerin wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation und Propaganda für diese festgenommen und verhört. Seitdem wird sie an einer Ausreise gehindert und muss sich regelmäßig auf einer Polizeistation melden. Dabei sind der zunächst erschreckend wirkende Vorwurf, wie auch die Festsetzung ausländischer Staatsangehöriger bei Reisen in das Land, altbekannte Mittel, die auf Einschüchterung statt Vermittlung zielen.

Hamide Akbayir hat nichts weiter getan, als in Deutschland ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen und eine friedliche Zukunft für das Miteinander der Menschen zu fordern, die in der Türkei und in angrenzenden Gebieten leben.

*Frau Akbayir hat sich in den 1990er Jahren im Ausländerbeirat der Stadt Köln engagiert, saß ab 2010 für „Die Linke“ zwei Jahre im Düsseldorfer Landtag und war von 2014 bis 2020 Ratsfrau im Rat der Stadt Köln. Sie hat sich ehrenamtlich für die Rechte von Frauen, Umweltschutz, Friedenspolitik sowie für die Rechte von Migrant*innen und der Kurd*innen eingesetzt.*

*Als Partner und Freunde der Türkei und insbesondere als Städtepartner von Istanbul setzen wir uns für Verständigung und Dialog ein. Dies erachten wir auch hinsichtlich der vielen in Köln lebenden Deutsch-Türk*innen sowie Kurd*innen mit Wurzeln und Familiengeschichten in der Türkei als unumgänglich. Hamide Akbayir und allen weiteren in der Türkei unter rechtsstaatlich fragwürdigen Vorwürfen festsitzenden Menschen aus Deutschland muss zeitnah eine Ausreise gewährt werden. Nicht zuletzt verhindert die politisch motivierte Instrumentalisierung der türkischen Verfolgungsbehörden – zum Nachteil von Oppositionellen im In- und Ausland – ein Ende der Konfrontation der diversen Gruppen, die alle Teil der Türkei sind, dort ihre Wurzeln haben und sich ein friedliches und von Freiheit geprägtes Zusammenleben wünschen. Die kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit frei gewählter Regierungen, wie sie die geschätzte Kollegin Hamide Akbayir verfolgt hat, gehört genauso zu den Grundpfeilern einer jeden Demokratie wie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Als Mitglied des Europarates gehört die Türkei der europäischen Rechtsgemeinschaft an. Wir erwarten, dass die Türkei sich nicht fundamental gegen die Prinzipien des europäischen Rechts stellt, sondern politische Gefangene freilässt!*

1. *Der Rat der Stadt Köln richtet einen dringlichen Appell an die türkischen Partner, Hamide Akbayir unverzüglich die Heimreise nach Deutschland zu gewähren.*

2. *Der Rat der Stadt Köln bedankt sich bei der Bundesregierung sowie der deutschen Botschaft in der Türkei für die bisherige Vermittlungsarbeit und die Bemühungen, im Dialog mit türkischen Partnern eine Verbesserung der Lage Hamide Akbayirs und weiterer deutscher Staatsangehöriger zu erreichen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, diese Erklärung den zuständigen Stellen zu übermitteln und sich auf allen Ebenen für die Freilassung und Ausreisemöglichkeit Hamide Akbayirs einzusetzen.*

4. *Als Mitarbeiterin des Instituts für Biochemie begleitet Hamide Akbayir die Ausbildung der Studierenden in sehr geschätzter Weise. Der Rat der Stadt Köln unterstützt die von Studierenden der Universität zu Köln initiierte Online-Petition[14] für Hamide Akbayir.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Frau Oberbürgermeisterin Reker unterstützt im Anbetracht der Wichtigkeit der Solidarität mit der Betroffenen den Antrag in vollem Umfang. Sie bedankt sich bei den Antragstellenden für diesen Antrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und die FRAKTION betreffend „Energiearmut verhindern! Schutzbedürftige Verbrauchende unterstützen!“

AN/2277/2021

Hier hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir waren uns in diesem Haus immer einig darüber, dass das Dach über dem Kopf, also die Wohnung, angemessene Kleidung und genug zu essen Grundrechte sind, die allen Menschen zustehen. Was ist aber, wenn die Wohnung nicht mehr geheizt, die Kleidung nicht mehr gewaschen und das Essen nicht mehr gekocht werden kann?

Dieses Szenario könnte in diesem Jahr bei einem strengen Winter drohen; denn die Energiepreise sind schon jetzt dramatisch gestiegen. Jeder, der an einer Tankstelle vorbeikommt, wird das sehen oder gesehen haben. Der natürlicherweise im Winter ansteigende Energiebedarf durch die Heizung wird zu einem weiteren Preisanstieg führen; davon können wir sicher ausgehen. Sollten wir einen strengen Winter bekommen, was ja nicht auszuschließen ist, dann könnten die Preise explodieren. Dann käme es zu dem, was wir als Energiearmut bezeichnen.

Tausende von Kölner*innen könnten in die Situation geraten, ihre Rechnungen für Strom und Gas nicht mehr bezahlen zu können. Wer mit der Zahlung in Verzug gerät, dem drohen im schlimmsten Fall Strom- und Gassperren; der sitzt buchstäblich im Dunkeln und im Kalten. Besonders Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, sind von dieser Energiearmut bedroht. Aber auch Familien, die in normalen Zeiten ganz gut klarkommen, können bei den extrem gestiegenen Kosten für Energie in wirtschaftliche Schieflage geraten, geben sie ja bereits einen hohen Teil ihres Einkommens für die Kaltmiete aus - bei den hohen Mietpreisen hier in Köln kein Wunder.

Wir sind der Auffassung, dass Rat und Verwaltung auf keinen Fall unvorbereitet in diesen Winter gehen dürfen, in dem, wie gesagt, Tausende Kölner*innen von akuter Energiearmut bedroht sein könnten. Deshalb legen wir der Verwaltung ein Bündel von Hilfsmaßnahmen gegen die drohende Energiearmut vor, das sie jetzt bitte zeitnah prüfen soll. Und dann soll sie dem Rat ebenso zeitnah ein konkretes Maßnahmenpaket vorlegen, mit dem die Kölnerinnen und Kölner vor der Energiearmut geschützt werden.

Wir freuen uns sehr, unter 10.23 eine Beschlussvorlage der Verwaltung vorgelegt zu bekommen, die einen Teil unserer Bitten und Forderungen

---

[14] *https://www.openpetition.de/petition/online/sofortiges-ende-der-unrechtmaessigen-festsetzung-der-deutschen-hamide-akbayir-in-der-tuerkei*

bereits erfüllt. Da dürfen wir gleich über die Zuschussgewährung für den Stromsparcheck der Caritas abstimmen; das ist sehr gut. Schade ist, dass das nur bis zum März 2022 geht, aber immerhin.

Liebe Verwaltung, die Zeit drängt. Der Winter steht nicht nur vor, sondern schon in der Tür. Ich hoffe, wir sind uns im Rat einig darüber, dass wir hier in Köln niemanden im Dunkeln oder im Kalten sitzen lassen wollen, nur weil sein Geld nicht für die notwendige Energie reicht. Von daher hoffe ich auf Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Die Energiepreise schießen im Moment durch die Decke. Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland haben eigene Programme aufgelegt mit pauschalen Zahlungen an schutzbedürftige Verbraucher. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die alte oder die neue Bundesregierung so etwas tut. Deshalb muss die Stadt Köln Energiearmut jetzt aufmerksam beachten. Auch mit kleinen kommunalen Maßnahmen, wie zum Beispiel Aussetzung der Stromsperren, Schaffung eines kommunalen Hilfefonds, können wir in Köln Energiearmut bekämpfen und die Not lindern.

Ich möchte daran erinnern, dass SPD, Grüne und DIE LINKE seit 2006 zu diesem Thema immer wieder aktiv waren. Begonnen hatte das mit einem gemeinsamen Ratsbeschluss, einen Sozialtarif Strom zu prüfen. Da dies einer bundesweiten Regelung bedurfte, entwickelten sich kleine Projekte gegen Energiearmut: der Runde Tisch bei der RheinEnergie, das Projekt „Stromsparcheck“ mit der Caritas, das Projekt „Intelligente Stromzähler“ des Grundversorgers RheinEnergie statt Stromsperren am Kölnberg und einige andere wertschätzende Aktivitäten für schutzbedürftige Verbraucherinnen. Ich möchte mich beim neuen Umweltdezernenten, Herrn Wolfgramm, bedanken, dass er kurzfristig 75 000 Euro für den Stromsparcheck eingestellt hat.

Sie können dieser Vorlage auch entnehmen, dass wir eine dauerhafte Lösung für dieses Projekt noch nicht gefunden haben, aber wahrscheinlich finden werden. In einem Schreiben weist der Projektträger darauf hin, dass bei einer Dreizimmerwohnung Einsparungen von jährlich 180 Euro erbracht werden können und 59 Euro Soforthilfe getätigt werden. Im Jahr können 500 Gramm CO_2 eingespart werden - und langfristig 3 000 Kilogramm. 500 Checks führt die Caritas im Jahr durch; es können jährlich CO_2-Einsparungen von 250 000 Kilogramm erreicht werden.

Alle Fachleute warnen jetzt vor dramatischen Preissteigerungen, die die Menschen zum Teil zeitversetzt mit Heizkostenabrechnungen erreichen werden. Die Chefin des Jobcenters Köln, Frau Würker, schreibt - ich zitiere -:

> Lokal ist es wichtig, mit den Beteiligten (Stadt, Jobcenter, RheinEnergie) im Austausch zu bleiben und die Entwicklung … genau zu beobachten und frühzeitig gute Lösungen zu entwickeln.

Der Mieterverein findet unseren Antrag gut. Die RheinEnergie als kompetenter Grundversorger, der in Köln einen guten Job macht, hat mir signalisiert, dass man über Stromsperren reden kann. Und wer weiß, dass 60 Prozent aller Stromsperren Personen von über 50 betreffen, kann sehen: Wir reden auch über Altersarmut. Das heißt, die zuständigen Verwaltungseinheiten haben das Problem erkannt, und wir müssen jetzt die Köpfe zusammenstecken.

Warum das Haushaltsbündnis diesen Antrag jetzt in den Fachausschuss Soziales schieben will, kann ich nicht verstehen, weil es sich um einen Prüfantrag handelt. Sagen Sie doch einmal, was Sie von den Vorschlägen von SPD, LINKEN und Die FRAKTION zum Beispiel zum kommunalen Hilfefonds für schutzbedürftige Verbrauchende halten! Das würde mich interessieren.

Ich habe den Eindruck, dass Grüne, CDU, aber auch FDP und Volt das Problem unterschätzen. CDU-Ministerin Scharrenbach forderte kürzlich Geld vom Bund. Noch ist Frau Merkel geschäftsführende Kanzlerin, und sie war auch auf dem EU-Treffen zur Energiearmut. Sie könnte immer noch handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Also, packen wir es an! Und ich kann nur sagen: Wir, die Antragsteller - SPD, LINKE und Die FRAKTION -, werden an diesem Thema weiterarbeiten, werden nicht lockerlassen, weil uns dieses Thema in den nächsten zwei Jahren auf jeden Fall intensiv beschäftigen wird. Und wir werden

bestimmt Formen finden, wie man armen Menschen, Verbraucherinnen und Verbrauchern, in der Frage von Energiearmut, aber - ich weise darauf hin - auch von Altersarmut helfen kann und helfen muss. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bauer-Dahm das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die antragstellenden Parteien haben jetzt ja schon ganz viel zu den einzelnen Punkten des Antrags gesagt. Ich werde daher nicht noch einmal alles ansprechen. Ich möchte aber gerne einige eher allgemeine Punkte anmerken.

Im Grundsatz sind wir uns alle einig, dass die Stadt hier handeln muss. Niemand hier im Saal möchte, dass Menschen im Winter in ihren Wohnungen frieren müssen. Niemand!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Zahl der Sperrungen von Strom und Gas ist von 2019 bis 2021 gesunken, von über 4 000 auf unter 2 000, auch wenn jede Sperrung eine zu viel ist. Außerdem kommen die Rechnungen für Strom und Gast Gott sei Dank erst nach dem Winter.

Die Grenze der übernommenen Heizkosten liegt nicht bei 1,30 Euro. Bis 1,30 Euro werden Heizkosten einfach nur ohne Prüfung übernommen. Bei guten Gründen für höhere Heizkosten zahlt die Stadt natürlich mehr.

Der Verwaltung immer wieder Untätigkeit zu unterstellen, hilft den Menschen nicht weiter. Der Vorwurf an die einzelnen Ämter, sie würden nicht gut zusammenarbeiten, beseitigt nicht das Problem. Der Verwaltung immer wieder vorzuhalten, sie würde nicht gut mit den städtischen Unternehmen zusammenarbeiten, führt nicht zum Ziel.

Die Verwaltung erkennt aufkommende Probleme zum Glück in der Regel selber. Die wiederkehrenden Forderungen und Anschuldigungen frustrieren daher nur die Mitarbeitenden. Wir haben keine Hinweise darauf, dass die Mitarbeitenden nicht miteinander sprechen würden.

Auch immer neue Redekreise zu beantragen oder wiederzubeleben, ist nicht wirklich hilfreich. Es gibt häufig gute Gründe, warum diese eingeschlafen sind oder bewusst eingestellt wurden. Arbeitskreise und Runde Tische haben aber alle ein gemeinsames Merkmal: Kurzfristig helfen sie alle nicht.

Die Verwaltung arbeitet währenddessen bereits. Dies zeigt unter anderem auch die Vorlage zum Stromsparcheck der Caritas. Ich denke, wir werden dem nachher gerne und mit breiter Mehrheit zustimmen können.

Für einige der angesprochenen Punkte sind wir darüber hinaus als Stadt aber ganz einfach nicht zuständig. Wir können nicht die Aufgaben des Bundes übernehmen; als Stadt können wir das nicht lösen, als Stadt sollten wir das nicht lösen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie haben nicht zugehört!)

- Doch.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nein! - Vereinzelt Heiterkeit)

Noch einmal: Das Thema ist uns allen sehr wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In einzelnen Punkten haben wir aber nun mal sehr unterschiedliche Ideen, was wir gut finden. Daher möchten wir im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren sehr gerne ausführlich über diesen Antrag sprechen; denn da sitzen die Fachpolitiker*innen, da sitzen auch die Fachpersonen aus der angesprochenen Verwaltung. Die sollen dann einen gemeinsamen Mittelweg für die angesprochenen Probleme erarbeiten.

Ich bitte daher darum, den Antrag in den Ausschuss zu verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Steigende Energiepreise stellen für viele Haushalte eine Herausforderung dar. Bei

Transferleistungsempfängern kann dies zu ernsthaften Problemen führen. In solchen Situationen dürfen wir die Menschen nicht alleinlassen.

Auch jetzt schon gibt es Hilfen für Menschen, die ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können. Für diese sind individuelle Lösungen gefragt. Es ist ja nicht so, dass den Verbrauchern bei Zahlungsschwierigkeiten sofort Strom und Gas gesperrt werden, vielmehr gibt es ein mehrstufiges Verfahren, das den Betroffenen ausreichend Zeit lässt, eine Sperre abzuwenden. Es gibt Hilfen vom Sozialamt - übrigens auch für Menschen, die keine Sozialleistungen erhalten -, das Jobcenter nimmt sich auch solcher Fälle an, und insbesondere stehen ihnen die Verbraucherberatung sowie die Beratungsstellen bei den Wohlfahrtsverbänden zur Seite.

Die Antragsteller weisen im letzten Absatz ihres Antrages selbst auf die gute Zusammenarbeit hin. Oft besteht jedoch das Problem, dass gerade die Bürgerinnen und Bürger in Notlagen nicht ausreichend über die Hilfemöglichkeiten informiert sind. Das ist sicherlich ein wichtiger Ansatzpunkt.

Eine generelle Anhebung von Zuschüssen macht wenig Sinn, weil die Bedarfe sehr unterschiedlich sind. Ebenso wenig gilt das für einen kommunalen Hilfsfonds; denn die Stadt hat ohnehin die sozialhilferechtliche Verpflichtung, in Notlagen zu helfen.

Das Thema - und darauf hat mein Vorredner auch hingewiesen - ist vielschichtig und sollte eingehend fachlich beraten werden. Dafür besteht in einer Ratssitzung zu wenig Raum. Außerdem sollte Expertise zu der Beratung hinzugezogen werden. Daher beantragen auch wir, den Antrag in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren als Fachausschuss zu verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, Sie mussten mich ja sofort mit reinnehmen, wobei ich ja noch gar nichts dazu gesagt hatte und noch keinen Antrag gestellt habe.

Es freut mich sehr, dass die LINKE mit der SPD schon selber erkannt hat, dass es keines Antrags bedarf, wenn eine Notlage ist, damit geholfen wird. Denn Sie schreiben ja selber in der Begründung, bei Corona habe die RheinEnergie auf diese Sperren verzichtet. Da sie da schon gehandelt hat, muss diese Begründung Ihnen doch zu denken geben, dass sie jetzt vielleicht genauso denkt, wenn es um Armut aufgrund der Energiepreise geht.

Ich glaube, Sie meinen, Sie müssten sie auffordern, die Stadt und die RheinEnergie. Sie geben aber selber das Beispiel dafür, dass es dieses Antrags gar nicht bedurfte.

Das musste hier jetzt mal gesagt werden. Darum sind wir auch der Meinung, dass wir das in den Ausschuss verweisen sollten.

Erlauben Sie mir aber auch den Hinweis: SPD und DIE LINKE gehen gar nicht darauf ein, wie es zu der Energiearmut gekommen ist. Das hat ja nicht nur etwas damit zu tun, dass wir gerade - ob bei Gas oder Benzin - besonders hohe Preise haben, sondern gerade in Deutschland sind die Energiepreise europaweit am höchsten. Da sollte auch die Politik mal überlegen - und das hat ja unser gemeinsamer Kanzlerkandidat auch noch mal deutlich gemacht -, gerade wenn wir mehr Strom benötigen - -

(Heiterkeit)

- Ich gucke da genau richtig hin; ja, ich lerne schnell.

(Vereinzelt Beifall)

Er hat klipp und klar gesagt, dass wir gerade bei den Strompreisen zusehen müssen, dass sie heruntergehen, und dass es bei den Koalitionsvereinbarungen gerade auch darum geht.

Wir haben nicht nur die Energiearmut erkannt, sondern wir haben auch erkannt: Wenn wir die Klimawende wirklich wollen, dann muss bei den Energiepreisen und den Strompreisen etwas passieren, um sozusagen von den fossilen Energieträgern wegzukommen.

Weil gerade der Bund und nicht die Kommunen für die Kosten verantwortlich ist: Es ist schön, immer zu sagen, dass wir als Erstes ranmüssen, wenn es um die Armut geht, aber das Subsidiaritätsprinzip heißt ja auch: Der, der es sozusagen verursacht, muss für die Kosten aufkommen. - Da

muss der Bund etwas tun. Ich sehe schon - auch in den Augen der SPD -: Wir werden da etwas tun.

Und darum bin ich da auch ganz guten Mutes, dass wir durch die Verweisung in den Ausschuss noch ein bisschen Zeit gewinnen. Vielleicht können wir dann ja aus Berlin schon schöne Nachrichten lesen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause und hier! Energiearmut ist kein neues Thema. Energiearmut ist kein Thema, weil die Preise gerade so hoch sind. Energiearmut ist schon lange ein kontinuierliches Thema.

Die aktuellen Preisspitzen werden sich auch nicht - das haben wir jetzt auch schon gehört - direkt in Kosten widerspiegeln, sondern erst im kommenden Jahr. Sie alle haben zu Hause Strom- und vielleicht auch Gasverträge und kennen das Prinzip zur Genüge.

Glücklicherweise gibt es bereits einen Beirat, der sich mit dem Thema beschäftigt, nämlich den Beirat der Verbraucherzentrale NRW, in dem wir auch in diesem Jahr - schon vor dem Sommer - intensiv über Energiearmut gesprochen haben und mit dem ich vor wenigen Wochen dieses Thema noch einmal besprochen habe.

Eine geforderte Anpassung der ohne Prüfung zu erstattenden Heizkosten von 1,30 Euro auf 2,50 Euro ist aus meiner Sicht nicht wirklich nachvollziehbar, da die Kostenanteile über den vom Deutschen Mieterbund ausgewiesenen Heizkosten in NRW und im Bundesgebiet liegen und die realen Preisentwicklungen in diesem Punkt noch gar nicht absehbar sind. Wir haben da also ein gewisses Mismatch zwischen der Forderung nach 2,50 Euro und dem, was schon Realität ist.

Zudem haben wir heute noch - auch das wurde jetzt schon angemerkt - eine Vorlage, mit der wir weitere Hilfestellungen bei der Bekämpfung von Energiearmut geben werden. Auch darüber freue ich mich. Das habe ich auch mit der Beratungsstelle schon thematisiert: dass es dort keinerlei Konkurrenz geben wird, sondern dass das alles dringend benötigt wird.

Noch ein Zitat, Herr Detjen: „aufmerksam beachten“. - Das ist ganz, ganz richtig. Das ist ein wichtiges Thema hier in der Stadt - nicht nur wegen aktuell steigender Energiepreise, sondern schon lange. Das sollten wir tun. Deswegen bedarf es einer Detaildiskussion, und die wollen wir nicht heute hier führen, sondern mit den Expertinnen und Experten in dem entsprechenden Ausschuss. Deswegen auch von unserer Seite die Unterstützung für die Vertagung in den Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dass die Antragsteller das Thema Energiearmut thematisieren, halten wir für richtig und wichtig. Das war es dann aber auch schon mit diesem Antrag; denn, liebe Antragsteller, Sie werden in Ihrem Antrag extrem schmallippig, wenn es darum geht, die Gründe für diese Energiearmut und die Preissteigerungen zu benennen. Ich will gerne versuchen, Ihnen ein wenig auf die Sprünge zu helfen.

Wir haben ja langjährig Gaspreise pro Megawattstunde um die 15 Euro gehabt, und wir haben jetzt an den Börsen Gaspreise von 65 bis über 70 Euro je Megawattstunde. Das ist also eine Vervier- bis -fünffachung. Und da stellt sich natürlich die Frage: Wieso kommt das, und was sind die Gründe dafür? - Die Gründe sind komplex und vielschichtig; das ist keine Frage. Ich will aber trotzdem versuchen, da ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen.

Es fing mit einem relativ kalten Winter 2020/2021 an, der dazu führte, dass die Gasspeicher in Deutschland relativ stark in Anspruch genommen wurden und zu Beginn dieses Jahres leer waren. Und dann - und das gehört eben auch zur Wahrheit dazu - haben wir eine Bundesregierung, die eine Energiewendepolitik macht, die - ich sage es mal ganz vorsichtig - durchaus kritisch zu hinterfragen ist! Sie baut nämlich zum Beispiel sehr stark auf Windkraft.

Und was ist passiert in diesem Sommer? Wir hatten ein extrem schlechtes Windjahr, mit der Folge, dass die Windkraftanlagen kaum Strom geliefert haben. Was ist dann passiert? Es wurden in dieser Republik die Gaskraftwerke angeworfen, um den notwendigen Strom bereitzustellen. Und dieses Gas floss dann eben nicht in die Speicher, die jetzt nämlich alarmierend niedrige Stände haben, sondern in die Gaskraftwerke.

Da können wir schon mal festhalten: Ein Teil der Misere ist hausgemacht. Bedanken Sie sich bei der Bundesregierung und der fatalen Energiepolitik, die dort getrieben wird.

Es gibt aber noch einen weiteren Adressaten; das ist nämlich die Europäische Union. Russland hat uns angeboten - schon vor längerer Zeit -, langfristige Gasverträge mit ihnen abzuschließen, um eine gesicherte, stabile, preiswerte, dauerhafte Gasversorgung zu haben. Und was hat die EU-Kommission mit ihrem unermesslichen Reichtum und in ihrer Weisheit beschlossen? Sie hat dieses Angebot brüsk von sich gewiesen und sagt: Nein, wir beziehen das Gas auf den Spotmärkten.

Das kann man machen; dann muss man aber mit dem Risiko leben, dass auf den Spotmärkten der Preis plötzlich durch die Decke geht. Und genau das ist passiert, weil Corona vorbei war, weil die Produktionsanlagen wieder hochfuhren. Es gab noch weitere Gründe: Es gab Dürren in Südamerika, es sind große Gasmengen nach Asien und Südamerika und nicht hierher geflossen usw. - Ich will das gar nicht im Einzelnen auflisten.

Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen: Das Leben ist vielfältig, bunt und komplex. Und so kann es passieren, wenn man gewisse Optionen ausschlägt - wie beispielsweise eine stabile langfristige Versorgung durch Russland - und sich auf den Spotmarkt verlässt, dass im Winter 2021 die Gaspreise durch die Decke gehen. Und genau diese Situation haben wir jetzt. Vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen: Diesen Antrag können wir vergessen.

Ja, das Thema ist wichtig. Wir sollten es aber nicht in den Ausschuss verweisen. Wir haben jede Menge Energieagenturen, Beratungsstellen, soziale Abfederungen usw. in dieser Stadt, um echte Energiearmut zu vermeiden. Es ist ein rein populistischer Antrag von LINKEN und SPD. Wir sollten uns mit dem Thema gar nicht weiter beschäftigen.

Aber bitte seien Sie gewahr: Ein Teil dieser Probleme ist hausgemacht - hausgemacht auf nationaler Ebene, auf EU-Ebene. Bedanken Sie sich bei denen, und stellen Sie dort die kritischen Fragen, Herr Detjen, und nicht hier im Rat! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, wird von Ihnen das Wort gewünscht? - Nein. - Aber Herr Zimmermann spricht; das ist gut. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Nur kurz vom Platz aus: Auch wenn ich die Verweisung begrüße, möchte ich doch bitten, Herrn Dr. Steinkamp um eine Stellungnahme zu bitten, wenn das möglich ist. Speziell zu den Sperrungen und Unterbrechungen, ob das weiterhin so gehandhabt wird, wie in dem Corona-Jahr, was gerade angeführt wurde!

Es wurde ja schon gesagt, bezahlt werde erst nach dem Winter. Da ist die Frage, ob die RheinEnergie auch hinsichtlich der Tarifanpassungen diese Spitzen abfedern kann - ob das möglich ist - oder ob der Deckel sehr hoch werden wird. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Steinkamp.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme gerne kurz dazu Stellung.

Zunächst mal zu dem Thema Stromsperrungen: Das ist bei uns immer Ultima Ratio. Es gibt vielfältige Beratungen auch schon bei der RheinEnergie, unabhängig von all den Hilfsangeboten, die es um uns herum gibt. Wir werden an der Stelle aber auch nicht vollständig darauf verzichten können; denn wir reden hier jetzt natürlich über eine Gruppe, die besonders von den Preisen betroffen ist, aber wir haben eben halt auch Menschen unter uns, die nicht bezahlen, obwohl sie bezahlen könnten. Uns steht es als Unternehmen im Kern nicht zu, weil wir gar keine Informationen darüber haben dürfen, zu beurteilen, wer zu der einen oder anderen Gruppe gehört.

Deshalb bitten wir einfach die Leute, die Schwierigkeiten haben, wirklich direkten Kontakt mit uns aufzunehmen. Und ich verspreche Ihnen: Wir reduzieren das auf ein Minimum. - Wir können statistisch nachweisen, dass die Zahl der Stromsperrungen in den letzten Jahren - das ist vorhin von einem der Redner auch schon genannt worden - kontinuierlich zurückgegangen ist.

Will heißen: Es wirkt, aber wir werden das Instrument nicht völlig aus der Hand geben.

Zu der Frage der Preisentwicklung bzw. dazu, was die RheinEnergie auffangen kann: Gehen Sie mal davon aus, dass nicht nur Transferleistungsempfänger, die hier jetzt vielleicht vordergründig in der Diskussion eine Rolle spielen, davon betroffen sind, sondern betroffen sind ja alle Menschen. Wir sind als Grundversorger natürlich gehalten, gleiche Preise für gleiche Produkte von allen Menschen zu fordern.

Wir können was tun. Dazu zählt unter anderem unsere Beschaffungsstrategie. Wir haben ein ausgefeiltes Beschaffungswesen, was letztlich dazu beiträgt, dass Preisspitzen - richtigerweise aber auch Preistäler - im Grunde geglättet werden. Das heißt, anders als diejenigen, die nur am Spotmarkt kaufen und an diesen hohen Preisen jetzt komplett nicht vorbeikommen, haben wir uns zum Teil schon 18 Monate vorher auf Preise von damals und Lieferung heute eingelassen. Das heißt also, die RheinEnergie ist mit ihrer eigenen Beschaffungsstrategie mit dafür verantwortlich, die Preise im Rahmen zu halten. So würde ich das mal sagen.

Angesichts der aktuellen Preisexplosion in den letzten Monaten - insbesondere am Gasmarkt - kommen wir aber auch an Strompreiserhöhungen im nächsten Jahr nicht vorbei, weil wir müssen ja auch gucken, dass unsere Aufwendungen gedeckt werden. Der Bezug der Energie an sich wird teurer werden. Das heißt also, das lässt sich nicht einfach im Unternehmen ausgleichen; auch wir werden die Preise anheben. Das ist aber, glaube ich - und das kann ich mit tiefer Überzeugung sagen -, jedenfalls nicht die Spitze der Preisanhebungen, sondern wir bewegen uns mindestens im Mittelfeld und versuchen, auch da noch weiter nach unten zu korrigieren, was dann wieder allen Kundinnen und Kunden zugutekommt.

Ein Letztes vielleicht noch an der Stelle: Das ist systemimmanent. Wir sind hier der Versorger mit den zahlenmäßig meisten Kunden, der sogenannte Grundversorger. Das heißt also, wir übernehmen auch für alle die Pflicht, dass die Energieversorgung per se immer abgesichert ist.

Es gibt eine Reihe von Wettbewerbern im Markt, die uns in der Vergangenheit im Wettbewerb durchaus auch herausgefordert haben. Die werfen Kunden, wenn sie nicht mehr profitabel sind, einfach ab, und der Grundversorger muss sie aufnehmen. Das heißt also, auch hier übernehmen wir schon die besondere Aufgabe, die Energieversorgung an sich letztlich sicherzustellen.

Wir bieten den Kunden, die mehr oder weniger zwangsweise bei uns landen, sofort möglichst günstige Tarife für sie an. Und auch die haben natürlich das volle Recht, wenn es dann tatsächlich nicht mehr bezahlbar ist, mit uns nach Lösungen zu suchen - über Zahlungsmodelle, zum Teil auch über technische Lösungen, über den Verweis auf Beratung und Hilfestellung um uns herum.

Also, ich glaube, dass wir als Unternehmen - wir bleiben als Unternehmen im Markt; wir sind nicht die öffentliche Hilfestelle - im Rahmen unserer Möglichkeiten gerade mit Blick auf die Daseinsvorsorge die Worte in der Werbung nicht nur vor uns hertragen, sondern sie auch ernst nehmen, und dass wir das Mögliche tun.

Um die Eingangsfrage noch mal zu beantworten: Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass auf uns eine Welle von Schwierigkeiten für die Menschen zukommt, die im nächsten Jahr die Jahresrechnung kriegen. Und auch da gehen Sie mal davon aus: Dass das Thema Stromsperre nun wirklich möglichst nicht genutzt werden muss, ist auch unser Ziel. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Steinkamp. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Tagesordnungspunkt abstimmen, und zwar zunächst über den Antrag auf Verweisung in den Sozialausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion sowie Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren als zuständigen Fachausschuss zur Beratung und Entscheidung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD und Die FRAKTION zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag der Ratsmitglieder Bauer-Dahm, Gärtner, Breite und Achtelik.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Schuleingangsuntersuchungen“

AN/2132/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2353/2021

Hier hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir dürfen die Kinder in der Pandemie nicht alleinlassen. Die Kinder sind die größten Leidtragenden der Pandemie. Wir müssen die Kinder in den Blick nehmen. - Ich weiß nicht, wie oft Sie diese Sätze gehört oder gar selbst gesagt haben. Ich kenne auch niemanden, der dort widersprechen würde. Reden hilft vielleicht, aber hier müssen wir konkret ansetzen; wir müssen handeln.

Kinder waren über Monate zu Hause - ohne soziale Kontakte, ohne passgenaue Förderung in den Kitas. Sie waren in Teilen in zu kleinen Wohnungen förmlich eingesperrt, gemeinsam mit älteren Geschwistern, die für die Schule lernen mussten, und Eltern, die versucht haben, im Homeoffice zu arbeiten, oder - schlimmer noch - in neuer Arbeitslosigkeit von Existenzängsten geplagt waren. So manches Kind war sogar Opfer oder zumindest Zeuge von häuslicher Gewalt.

Das alles sind keine guten Voraussetzungen, um in eine erfolgreiche Schulkarriere zu starten. Kinderärzte berichten von Defiziten im sozial-emotionalen Bereich, der so wichtig ist, um sich mit Neuem auseinanderzusetzen.

Eine einmalige Chance zur Detektion von Defiziten und Rückständen - auch in den Bereichen kognitive und sprachliche Entwicklung - war auch in Nicht-Pandemiezeiten schon die Schuleingangsuntersuchung. Mit dieser pflichtigen Aufgabe der Stadt können vor allem die Kinder erreicht werden, deren Eltern die Vorteile der freiwilligen U-Untersuchungen und anderer Termine beim Kinderarzt nicht sehen. Man erreicht hier auch erstmals die Kinder, die keine Kita besuchen; denn an der Schulpflicht und an der damit einhergehenden Eingangsuntersuchung kommt niemand vorbei.

Wir alle sehen diese Untersuchungen zur Feststellung eines besonderen Förderbedarfs offenbar als sinnvoll für eine erfolgreiche Schullaufbahn an; denn ich kann mich nicht erinnern, dass es irgendwelche Bestrebungen gab, diese Untersuchungen abzuschaffen.

Nach diesen Ausführungen müsste eigentlich jeder zustimmen, dass eine Schuleingangsuntersuchung gerade in diesem Jahr wichtiger denn je ist. Es wäre die Chance gewesen, zu erfahren, wie es unseren Kindern im Lockdown ergangen ist. Einen ersten Verdacht, dass das in dieser Stadt nicht von allen so gesehen wird, hatten wir schon im Vorhinein. Aber die nackte Wahrheit - aufgedeckt durch unsere Anfrage im Ausschuss für Schule und Weiterbildung und im Gesundheitsausschuss - hat mich persönlich, ganz ehrlich, entsetzt, muss ich sagen.

Zum Schuljahresbeginn 2021/2022, also zu diesem Schuljahresbeginn, mussten mehr als 75 Prozent aller Kölner i-Dötzchen ohne Eingangsuntersuchung in die Schule starten.

(Zuruf: Unglaublich!)

Wir wissen also von über 75 Prozent der Kinder im ersten Schuljahr nicht, ob sie gerade im letzten Jahr Defizite entwickelt haben bzw. ob sie überhaupt schulreif sind.

Bitte verlieren Sie nicht aus dem Blick: Wir sprechen von einer pflichtigen Aufgabe, die noch nie so wichtig war wie in diesem Jahr und einfach nicht erledigt wurde.

Die Antworten der Verwaltung lassen darauf schließen, dass man gewillt ist, die Untersuchung in Teilen dort nachzuholen, wo man es als nötig

ansieht. Was bedeutet das aber konkret? Man verlässt sich hier auf Meldungen von Lehrerinnen und Lehrern, die zurzeit wirklich genug zu leisten haben; denn es gibt gerade wegen der Pandemie Kinder, die nicht so weit sind und ein bisschen aufholen müssen. Man verlässt sich auf die Kinder- und Jugendärzte, die in der Pandemie ihre kleinen Patienten viel seltener gesehen haben - und manche noch nie. Und gerade um die müssen wir uns doch sorgen.

Wenn wir das so, wie in der Antwort der Verwaltung dargestellt, dahinplätschern lassen, werden Kinder mit zu spät erkanntem Förderbedarf mindestens ein Schuljahr verlieren. Und andere, bei denen dieser Bedarf nicht erkannt wird, verlieren noch viel mehr.

Auch wenn wir sicher hören werden, dass die Verwaltung ihre Arbeit hier schon macht, bitte ich Sie alle, sich unserem Antrag mit Zustimmung anzuschließen; denn hier zählt am Ende nur das Ergebnis. Lassen wir die Kinder doch bitte wirklich nicht allein! - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von den Grünen das Wort gewünscht? - Bitte, Frau Hölzing-Clasen.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kollegen und Kolleginnen! Meine Damen und Herren - auch draußen an den Bildschirmen! Ja, in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung hat die Verwaltung schon zu einer von der FDP gestellten Anfrage zu den Schuluntersuchungen Stellung bezogen, und es wurde deutlich: Hier ist aufgrund von Corona ein weiteres Problem entstanden.

Das Gesundheitsamt hat es nicht geschafft, alle Schuleingangsuntersuchungen durchzuführen. Es gab ein größeres Problem, nämlich COVID. Und dann hat das Gesundheitsamt das gemacht, was in einer Situation, in der man das Gefühl hat, vor Arbeit den Boden unter den Füßen zu verlieren, sinnvoll ist: First Things First.

Es ist richtig, dass sich einerseits um die Herausforderungen durch COVID gekümmert wurde und andererseits bei den Schuleingangsuntersuchungen zuerst das gemacht worden ist, was sinnvoll ist, nämlich, die Untersuchungen mit entsprechend sinnvoller Priorisierung anzugehen und den Anteil der Kinder, die vor Schulbeginn mögliche Fördermaßnahmen nicht nutzen konnten, möglichst gering zu halten. Das ist erfolgt.

Darüber hinaus ist auch schon ein begleitendes Beratungsangebot für Schulen und Lehrkräfte installiert worden. Diese können sich jederzeit an die Kinder- und Jugendärztlichen Dienste wenden, falls Kinder Auffälligkeiten zeigen. Wir halten diese Maßnahmen und Hilfestellungen bei Problemen für ausreichend und lehnen deshalb den Antrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Ruffen! Meine Vorrednerin hat es ja schon gesagt - wir haben es im Schulausschuss auch schon diskutiert -: Es ist völlig richtig: Die Schuleingangsuntersuchungen sind extrem wichtig, und je früher man einen Förderbedarf entdecken kann, desto besser; denn desto besser kann man dem Kind helfen.

Wir stehen jetzt aber vor der herausfordernden Situation, dass wir eine Pandemie hatten, dass Ärzte immer noch im Rahmen der Impfkampagne tätig sind und dass wir deswegen die zugegebenermaßen pflichtige Aufgabe nicht so erfüllen können, wie wir das müssten.

Die Verwaltung hat aus unserer Sicht in dieser Situation einen guten Plan ausgearbeitet, indem sie Prioritäten gesetzt hat. Wenn man knappe Ressourcen hat, dann geht es letztlich nicht anders, als dass man Prioritäten setzt. An der Stelle stehen wir auch dahinter.

Wir sind genauso der Meinung, die Schuleingangsuntersuchungen müssen durchgeführt werden. Es kommen ja jetzt schon die Kinder für das Schuljahr ab 2022, die auch eine Schuleingangsuntersuchung benötigen, und von daher ist das wirklich eine extrem herausfordernde Situation für das Gesundheitsamt und für den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst.

Wir folgen da der Verwaltung, die sagt: Wir gehen prioritär in die Sozialräume rein. Wir stehen zur Verfügung, wenn Eltern und Schulen sich melden und auf Sorgen hinweisen. Wenn sie sagen, wir haben da einen konkreten Bedarf, dann muss das beantwortet werden.

Laut Antwort im Schulausschuss ist es auch so, dass die Personalausstattung im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst schon verbessert wird, sodass wir diese Anträge letztlich ablehnen werden.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Seeck.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Vorab möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir unseren Änderungsantrag vorerst zurückziehen. Die bildungspolitischen Aspekte würden wir gerne im nachfolgenden Fachausschuss, dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung, separat einbringen.

Kinder und Jugendliche - darin sind wir uns wahrscheinlich alle einig - gehören zu den größten Verlierern dieser Pandemie. Von den beiden Vorrednerinnen wurde die Priorität festgelegt. Wir können nur sagen - und damit bin ich bei Frau Ruffen und der FDP -: Für uns haben die Kinder allerhöchste Priorität.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ein großes Problem, das sich noch verschärft hat, ist, dass wir teilweise Kinder und Jugendliche nicht mehr durch staatliche und städtische Institutionen erreicht haben.

Bevor wir gezielte Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen, brauchen wir zunächst eine Bestandsaufnahme ihrer individuellen Situation. Wir unterstützen daher ausdrücklich die Initiative der FDP, die Schuleingangsuntersuchung aller jetzigen Erstklässler bis zum Ende des ersten Schuljahres, also bis zum Ende des Schuljahres 2021/2022, durchzuführen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir halten es aber genauso für sinnvoll, dass nach den Eingangsuntersuchungen sofort Unterstützungsmaßnahmen erfolgen. Es ist nämlich davon auszugehen, dass sich die Situation bei den i-Dötzchen im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit noch einmal verschlechtert hat und wir eine Welle vor uns hertragen, die das Problem in den Folgejahren noch verschärft. Daher ist unverzügliches Handeln - gerade auch durch das Gesundheitsamt - alternativlos, und es müssen unbedingt Maßnahmen getroffen werden, die die analysierten Defizite direkt angehen.

Wir reden hier über ein Gesetz. Die Umsetzung darf nicht zum Beispiel an Kinderärztinnen und Kinderärzte delegiert werden. Wir werden daher in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, wie eben schon gesagt, Ergänzungen einbringen, damit noch vor Schuljahresende Programme umgesetzt werden, die den Kindern sofort helfen. Die bereits vorhandenen Programme, wie zum Beispiel „Aufholen nach Corona“ für Kinder und Jugendliche der Bundes- und Landesregierung, könnten ebenfalls dazu genutzt werden. Es wäre nämlich fahrlässig, wenn wir das nächste Problem, durch das der Übergang in die nächste Jahrgangsstufe gefährdet wird, zu spät erkennen.

Wir stimmen daher dem Antrag der FDP-Fraktion zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die Corona-Krise hat in mehreren öffentlichen Bereichen, die personell eng auf Kante genäht sind, deutliche Überforderungserscheinungen hervorgerufen. Die Begründung für den Antrag der FDP durch Frau Ruffen finden wir vollkommen schlüssig und logisch, und deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Es wurde von verschiedenen Vorrederinnen und Vorrednern dargelegt, wie wichtig diese gesetzlich verpflichtende Schuleingangsuntersuchung ist - bis hin zur Feststellung eines Förderbedarfs und der Tatsache, dass Kinder vorher möglicherweise nie einen Kinderarzt gesehen haben und es deshalb gut ist, dass es diese verpflichtende Untersuchung gibt.

Es ist besorgniserregend, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Pandemie Großes geleistet haben - das haben wir hier bereits besprochen -, diese Prioritäten setzen mussten. Deshalb halten wir es für erforderlich, dass im Ausschuss für Schule und Weiterbildung eine bildungspolitische Nachlese der Corona-Krise stattfindet und dass im Gesundheitsausschuss auch einmal über die Stellensituation im Gesundheitsamt informiert und möglicherweise diskutiert wird, ob dort nicht weitere Stellenzusetzungen nötig sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht.

Nachdem der Änderungsantrag der SPD zurückgezogen wurde - so habe ich Sie verstanden, Herr Seeck -, lasse ich jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION, die AfD, Herr Zimmermann, Frau Gabrysch und DIE LINKE[15]. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag nicht angenommen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die durch Corona versäumten Schuleingangsuntersuchungen – verpflichtend nach § 54 Abs. 2 des Schulgesetzes in Verbindung mit § 12 Abs. 2 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst – aller jetzigen Erstklässler bis zum Ende des 1. Schulhalbjahr des Schuljahrs 21/22 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, AfD und Die FRAKTION sowie der RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

Anmerkung:

[15] Anmerkung: Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag ebenfalls zu.

Der Änderungsantrag AN/2353/2021 wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sondernutzungserlaubnis für E-Scooter einführen“

AN/2271/2021

Herr Joisten hat das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und zu Hause! Wir haben erneut einen Antrag zum Thema „E-Scooter“ eingebracht. Das ist ein Thema, was uns in dieser Stadt ja bereits seit vielen Monaten beschäftigt und auch diesen Rat schon beschäftigt hat.

Wir sind für uns zu dem Schluss gekommen: Alle Bemühungen, die am Anfang, zu Beginn vielleicht durchaus verständlich waren, freiwillige Vereinbarungen mit den Anbietern zu treffen, müssen wir als gescheitert betrachten. Deswegen sind wir der Meinung, dass jetzt verbindliche Regelungen für alle Anbieter von E-Scootern im öffentlichen Raum hermüssen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür schlagen wir in unserem Antrag eine Sondernutzungssatzung vor, die zum einen das Ziel hat, Ordnung in den öffentlichen Raum zu bringen, und zum anderen aufgrund der Sondernutzung vor allen Dingen aber eben auch die Gebührenerhebung ermöglichen soll. Eine der Möglichkeiten, mit den entsprechenden Geldern umzugehen, ist zum Beispiel die Einführung eines Unfallunterstützungsfonds nach Vorbild Bremens - die haben das nämlich schon eingeführt -, um insbesondere durch E-Scooter geschädigte, mobilitätseingeschränkte Personen zu unterstützen, die über E-Scooter gestolpert sind oder durch diese gestoßen bzw. in irgendeiner Weise geschädigt wurden. Wir meinen, denen besonders helfen zu müssen, weil häufig die eigentlichen Täter - diejenigen, die diese Objekte in den öffentlichen Raum

gelegt bzw. in diesem bewegt haben - nicht mehr zu ermitteln sind, sodass die Opfer auf den entsprechenden Kosten sitzen bleiben.

Insofern ist das eine sehr gute Idee und ein sehr guter Vorschlag, weswegen wir das hiermit auch eingebracht haben. Den Aufwand, den die Stadt betreiben muss, um Ordnung immer wieder herzustellen - das Ordnungsamt und der Ordnungsdienst müssen immer wieder kontrollieren -, durch Gebühren zu finanzieren, die den Betreibern auferlegt werden, halten wir nicht nur für sinnvoll, sondern für geboten.

Ebenso sind wir aber der Meinung - und das ist eines der Probleme, die wir vielleicht auch selber mit geschaffen haben; wir waren ja alle mit dabei, auch die SPD-Fraktion -, zunächst einmal hier in der Innenstadt für Ordnung sorgen und klare Regeln treffen zu müssen. Am 3. September haben wir das vereinbart. Wir haben unter anderem gesagt, dass die Zahl der Fahrzeuge von 7 000 auf 4 500 reduziert werden muss. Erste Ansätze sind erkennbar. Ich meine aber, es ist immer noch nicht überall die Ordnung da, die wir uns wahrscheinlich vorgestellt haben.

Das Chaos in den Außenbezirken ist in der Zwischenzeit ungleich größer geworden. Man hat fast das Gefühl, die hier eingesparten Fahrzeuge wurden in die Außenbezirke geschafft, sodass auch da jetzt aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf ist, um zu ähnlichen oder gleichen Lösungen zu kommen wie hier in der Innenstadt. Auch das müsste eine Sondernutzungssatzung regeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle werden immer wieder durch Bürgerinnen und Bürger auf diese Missstände angesprochen, die auch die Sinnhaftigkeit der E-Scooter infrage stellen und diese Verkehrsmittel als Spaßmobile oder sozusagen nichtsnutzende Möglichkeiten bezeichnen, den öffentlichen Raum zu nutzen. Wir haben da tatsächlich eine andere Einschätzung und sind uns, glaube ich, hier mit der Mehrheit einig, dass es durchaus eine sinnvolle Ergänzung sein kann. Deswegen ist es etwas, was wir nicht grundsätzlich verdammen wollen. Aber wie schon gesagt: Wir brauchen mehr Regeln. Genau die wollen wir schaffen, und wir sind der Meinung, dass wir mit diesem Instrumentenkasten, der in unserem Antrag vorgestellt wird, entsprechend tätig werden.

Das Ratsbündnis hat einen Änderungsantrag zu unserem Antrag eingebracht. Er erkennt in seinem Text an, dass es Handlungsbedarf hinsichtlich einer Sondernutzungssatzung gibt. Dafür vielen Dank. Vielen Dank auch für die konstruktive Weiterentwicklung. Wir können uns diesem Änderungsantrag in der vorliegenden Form grundsätzlich anschließen. Allerdings sind wir schon der Auffassung, dass unter Punkt 3 eine höhere Verbindlichkeit hinsichtlich der Außenbezirke hergestellt werden muss.

Deswegen ist jetzt meine Bitte, diesen Passus entsprechend abzuändern; ich bin jetzt beim Beschlusstext im Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt. Der Punkt 3 beginnt mit „Die Verwaltung“, und es sollte weitergehen mit:

> wird gebeten, in Ergänzung zum geänderten Beschluss AN/1536/2021 innerhalb der Sondernutzungssatzung die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass auch außerhalb der Innenstadt die E-Scooter verpflichtend ortsgebunden mit entsprechender Infrastruktur … abgestellt werden können.

Damit hätte man meines Erachtens unserem Anliegen Rechnung getragen und eine höhere Verbindlichkeit als nur durch die Prüfung. Mit diesem Antrag würden wir dann auch d’accord gehen, und wir würden dem so zustimmen.

Wir danken sehr für das konstruktive Miteinander-Wirken an dieser für, ich glaube, viele Bürgerinnen und Bürger durchaus wichtigen Baustelle im wahrsten Sinne des Wortes. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wahlen das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! „E-Scooter“ - Herr Joisten, Sie haben es gerade eben schon erwähnt -: Dieses Thema lässt uns nicht richtig los, auch weil es ein Thema ist, bei dem wir noch keinen richtig guten Abschluss gefunden haben.

Wen wundert es? Im Mosaik der Verkehrswende sind die E-Scooter ein sehr neuer Stein, einer, der dafür umso schneller gewachsen ist. Teilweise über Nacht tauchten neue Anbieter und mit ihnen

neue E-Scooter auf. Mittlerweile ist es so, dass in Köln fast 14 000 E-Scooter herumfahren, herumstehen oder häufig herumliegen.

Seit unserem Beschluss im Hauptausschuss im Sommer hat die Verwaltung teilweise wöchentlich mit den Anbietern verhandelt. An dieser Stelle möchte ich mich ganz ausdrücklich bei den Mitarbeiter*innen der Verwaltung bedanken, die an diesen Verhandlungen beteiligt waren; denn ich glaube, diese Verhandlungen, um von den Anbietern diese Zugeständnisse zu bekommen, waren nicht immer sehr einfach.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mittlerweile haben wir mehr und größere Sperrzonen um die Gewässer, aber diese müssen noch besser durchgesetzt werden. Im Kolumba-Viertel haben wir eine neue Zone, in der E-Scooter nur an dafür vorgesehenen Plätzen abgestellt werden können. Das hat in diesem Bereich zu einer deutlichen Entspannung der Lage geführt. Wir brauchen aber mehr von diesen Zonen.

Wir haben die Zahl der E-Scooter in der Innenstadt um 35 Prozent reduziert, aber eben nicht um die von der Verwaltung sinnvollerweise geforderten 50 Prozent. Hieran sehen wir auch schon das Problem und den Grund, warum der Antrag der SPD-Fraktion von seiner Grundidee her sehr richtig ist. Wir kommen irgendwann an einen Punkt, an dem uns auch noch so viele Gesprächsrunden nicht weiterhelfen werden, weil sich die Anbieter weigern, unseren Wünschen nachzukommen. Und an dieser Stelle hilft nur eines: klare und vor allem verbindliche Regeln. Oder anders ausgedrückt: eine Sondernutzungssatzung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben unseren Änderungsantrag gestellt, weil das Problem mit den E-Scootern ein sehr spezielles Problem ist und sich die Lösung dafür nicht einfach auf andere Verkehrsmittel übertragen lässt. Deshalb fokussieren wir uns in unserem Änderungsantrag ganz klar auf das Wesentliche, nämlich darauf, wie wir mit E-Scootern in der Zukunft umgehen wollen. Die vorgeschlagenen Änderungen der SPD übernehmen wir gerne. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Spehl hat jetzt das Wort.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Auch wir in der CDU-Fraktion beschäftigen uns ausgiebig mit dem Thema E-Scooter, und wir sind auch relativ enttäuscht. Als das Thema aufgeploppt ist, war das eine Verheißung für weitere Mobilität in der Großstadt, und vieles, was damit einherging, haben wir sehr positiv wahrgenommen. Jetzt sehen wir aber sehr viele Nachteile und Probleme, die damit einhergehen.

Uns wird vor allem von der älteren Bevölkerung regelmäßig berichtet, dass die E-Scooter behindernd im Weg stehen, und man hört von vielen Fahrradfahrern und Fußgängern, dass sie ihren jeweiligen Weg nicht mehr ordentlich nutzen können, ohne dass E-Scooter sie behindern. Das bedeutet große Probleme in der Mobilität, aber auch für die Ordnung. Letztlich stellen solche Behinderungen auch eine Gefahr dar.

Deswegen ist der SPD zu danken, dass sie dieses Thema aufgreift. Wir haben uns im Bündnis natürlich auch eigene Gedanken gemacht, wie wir das Problem lösen wollen, und wir haben ja auch einen eigenen Änderungsantrag dazu gestellt. Nichtsdestotrotz: Den Vorschlag hinsichtlich mehr Verbindlichkeit in den Außenbezirken, der von dem Kollegen gerade geäußert wurde, finden wir sehr charmant. Deswegen würden wir uns dem natürlich auch anschließen.

Ich hoffe, dass wir es mit der Sondernutzungssatzung hinbekommen werden, mehr Verbindlichkeit zu schaffen und Kriterien zu entwickeln, durch die unsere Stadt mehr Mobilität und gleichzeitig mehr Ordnung und Sicherheit in diesem Raum haben kann.

Ich freue mich, dass wir das Thema angegangen sind, und wir unterstützen das mit unserem Änderungsantrag und dem Änderungsvorschlag der SPD. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt keine Grundsatzrede halten und nicht wiederholen, was von vielen hier schon gesagt worden und überwiegend auch richtig und unsere Auffassung ist.

Ich habe nur zwei kleine Gedanken, die ich hier gerne noch äußern würde.

Der erste ist: Christian Joisten hat gesagt, wir müssten gucken, dass das auch in den Außenbezirken geschieht, und er hat auch einen Vorschlag gemacht, wie das im Änderungsantrag zu konkretisieren ist. Ich möchte in dem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sich die Bezirksvertretungen - Nippes zum Beispiel, aber auch Kalk und Mülheim - mit dieser Frage der E-Scooter schon sehr intensiv auseinandergesetzt haben, und ich finde, wenn die Verwaltung jetzt eine Vorlage erarbeitet, sollte sie mal in die Bezirksvertretungsbeschlüsse reinblicken, sie sich angucken und das örtliche Know-how damit aufnehmen. - Das ist das, was uns an der Sache wichtig wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein zweiter Gedanke: Es ist vorhin ja darüber gesprochen worden, ob das Fun-Geräte oder Verkehrsgeräte sind. Sie sind nervig und brauchen Platz - darin sind wir uns, glaube ich, einig -, insbesondere wenn sie so abgestellt sind, dass sie mobilitätseingeschränkte Leute stören. Deswegen würde ich auch dafür plädieren, dass man, wenn man Stellplätze für die E-Scooter einrichtet, Platz von Verkehrsteilnehmern in Beschlag nimmt, die üppig mit Platz ausgestattet sind, also zum Beispiel Auto-Parkplätze, aber weniger den Bürgersteig.

(Ulrich Breite [FDP]: Der Parkplatz!)

- Herr Breite, es ist doch so; Sie müssen mal ganz ruhig und locker darüber nachdenken.

Sie haben einen Rollstuhl oder einen Rollator,

(Ulrich Breite [FDP]: Den habe ich noch nicht!)

und dann steht so ein Ding im Weg. Dann sind Sie aufgeschmissen. Das ist doch das eigentliche Problem an den Dingern. Deswegen sollten wir gucken, dass wir den Platz wegnehmen, der üppig vorhanden ist, nämlich die Parkplätze, und um Gottes willen nicht die ohnehin schon viel zu schmalen Bürgersteige oder die paar Radplätze, die wir haben.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das würde ich der Verwaltung, die diese Vorlage erarbeitet, gerne mit auf den Weg geben. Ich bin da aber auch ganz guter Hoffnung. Heute Morgen hat Herr Egerer ja auch schon gesagt, wo in diesen Fragen die Reise in etwa hingehen soll. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Befund ist absolut zutreffend. Der Wildwuchs an E-Scootern im Stadtbild und auch im Grünbild ist schrecklich. Ob man mit dem Fahrrad fährt oder ob man zu Fuß unterwegs ist: Es gleicht immer mehr einem Slalom oder Hindernislauf bzw. einer Hindernisfahrt, um von A nach B zu kommen.

Ich glaube daher, dass der Antrag der SPD bzw. des Ratsbündnisses grundsätzlich geeignet ist, um dem Problem Herr zu werden. - Das als positive Einstimmung!

Jetzt kommt das Aber: Wir glauben nicht, dass die Gespräche zwischen der Verwaltung und den E-Scooter-Betreibern bereits an einem Punkt sind, an dem man zwingend die Gespräche abbrechen und in eine Regelungsgrundlage einsteigen muss, sprich: die Daumenschrauben anlegen muss.

Warum glauben wir das nicht? In der Hauptausschusssitzung im Juli wurde von den Mitgliedern des Hauptausschusses ja ein umfassender Maßnahmenkatalog beschlossen, und es wurde im Übrigen auch beschlossen, dass der Verkehrsausschuss, zu dem ich nicht sprechen kann - aber für den Ausschuss AVR -, regelmäßig über die Ergebnisse dieser Gespräche in Kenntnis gesetzt wird und dort auch diskutiert wird.

Ich bin jetzt ein wenig stutzig geworden und habe mal nachgeschaut, wann denn der AVR in aller Ausführlichkeit über die Ergebnisse der Gespräche mit der Verwaltung und den Betreibern diskutiert hat. Vielleicht kann mir einer der Kollegen aus dem AVR helfen. Ich kann mich nicht an eine solche Diskussion erinnern. Das heißt, eine der

Voraussetzungen, die der Hauptausschuss seinerzeit selber gesetzt hat, nämlich eine Diskussion hier im Gremium, im AVR, wurde gar nicht erfüllt. Das heißt, wir machen hier den zweiten Schritt vor dem ersten.

Im Übrigen bin ich mir auch nicht sicher, ob ein solches Vorgehen zwingend Vertrauen in die Betreiber der Elektrofahrzeuge oder anderer Fahrzeuge, die ja auch stadtbildstörend sind - ob das KVB-Fahrräder sind, Frau Haaks, oder andere; über die können wir hier auch gerne mal reden -, aufbaut. Ich glaube, mit diesem Vorgehen wird hier massiv Vertrauen zerstört, auch wenn es in einer guten Sache ist. Der Zweck rechtfertigt aber nicht immer die Mittel.

Stichwort Mittel: Im Übrigen enthält die Vorlage des Ratsbündnisses bzw. des Antragstextes keinerlei verbindliche Anforderungen an die Qualitäten dieser Sondernutzungssatzung. Hier ist die Rede von Gebühren, aber nicht davon, welche Höhe die Gebühren haben sollen. Ich finde schon, darüber sollte man sich im Vorfeld Gedanken machen.

Herr Kollege Weisenstein, Sie haben ja gerade ein wahnsinniges Fass aufgemacht. Es war wahrscheinlich gut gemeint, aber Sie sprechen natürlich die Flächenkonkurrenz im öffentlichen Raum an und setzen schon ein Präjudiz für E-Roller im Vergleich zu Autos. Ohne dass ich diese Diskussion hier beheizen möchte: Ich habe Zweifel daran, dass zehn kreuz und quer herumliegende E-Scooter wirklich schicker sind als manches schöne Auto im Stadtbild. - Bitte erlauben Sie mir diese Polemik.

Was ich deutlich machen möchte, ist: Dieser Antrag beinhaltet keinerlei Werkzeuge und Baukasten dafür, wie wir der Sache Herr werden wollen. Hier ist ja gar nicht die Rede davon, dass die Anzahl der E-Scooter reduziert wird. Hier ist nur die Rede davon, dass eine Satzung erlassen wird. Aber mit welchem Inhalt: Davon ist nicht die Rede. Es wird bestenfalls wiederum auf die Sitzung des Hauptausschusses Ende Juli Bezug genommen, und damit sind wir wieder am Anfang unserer Reden.

Wir drehen uns also im Kreis, ohne dass wir heute hier inhaltlich substanziell irgendetwas beschließen würden. Das Ganze ist aus Sicht meiner Fraktion daher gut gemeinte, aber bestenfalls weiße Salbe. Sie ist deswegen weder erforderlich, geschweige denn verhältnismäßig.

Ich freue mich schon auf die Prüfung des Rechtsamtes oder der Frau Stadtdirektorin, ob die ganzen Punkte, die hier im Katalog gewünscht werden, überhaupt in eine Sondernutzungssatzung gepackt werden dürfen. Sie wird uns mit Sicherheit am Ende des Tages sagen: Das, was ihr euch hier wünscht, können wir gar nicht in so eine Sondernutzungssatzung packen. - Herr Kollege Joisten, die wird uns spätestens in Münster kaputt geschossen.

Und deswegen rate ich dazu: Lasst uns bitte in den Ausschüssen noch einmal inhaltlich in die Diskussion einsteigen. Macht bitte die Hausaufgaben gemeinsam mit uns, die wir hier schon mal beschlossen haben. Dann können wir immer noch schauen, wie wir das seriös umsetzen.

Das hier ist nicht seriös, und deswegen können wir schweren Herzens nicht zustimmen. Wir beantragen Verweisung in den VA, in den Verkehrsausschuss, und in den AVR. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskolleginnen und -kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Die Volt-Fraktion ist der Meinung, dass E-Scooter auch einen wesentlichen Teil zur Mobilitätwende beitragen können. Es ist in unseren Augen nicht nur ein Spaßobjekt, sondern in vielen Teilen der Stadt können Sie damit die letzten hundert Meter wirklich gut überwinden.

Nichtsdestotrotz schätzen wir natürlich die Antragsinitiative der SPD und teilen auch die Meinung, dass es jetzt an der Zeit ist, hier eine öffentliche Regulierung vorzunehmen, um dem Chaos entgegenzutreten. Es ist jetzt wirklich an der Zeit.

Im Übrigen finden wir auch den Vorstoß von Michael Weisenstein, bei dem es um Abstellplätze geht, sehr, sehr charmant. Der vorhandene Platz, der meistens vom ruhenden Verkehr verschwendet oder genutzt wird - je nachdem -, soll für die Parkplätze vorgesehen werden.

(Beifall bei Volt)

Wir übernehmen auch gerne den Vorschlag der SPD, Punkt 3, glaube ich, war das, unseres

Änderungsantrags - dem des Ratsbündnisses - zu ändern. Diese Änderung übernehmen wir sehr gerne. - Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Geschäftsordnungsantrag der FDP auf Verweisung in den Verkehrsausschuss und in den AVR zur Entscheidung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Hat jetzt einer „Moment“ gesagt? - Wer wünscht dem Verweisungsantrag zuzustimmen,den bitte ich um das Handzeichen. - Die FDP-Fraktion - die hat ihn ja gestellt -, die AfD. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag von den Grünen, CDU und Volt in der mündlich und mir schriftlich vorliegenden geänderten Fassung abstimmen. - Falls Ihnen das nicht mehr geläufig ist, lese ich es noch mal vor. Der Punkt 3 wird also wie folgt geändert:

> Die Verwaltung wird gebeten, in Ergänzung zum geänderten Beschluss AN/1536/2021 innerhalb der Sondernutzungssatzung die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass auch außerhalb der Innenstadt die E-Scooter verpflichtend ortsgebunden mit entsprechender Infrastruktur (zum Beispiel an den KVB-Haltestellen) abgestellt werden können.

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen, und der Ursprungsantrag ist damit erledigt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Mündlicher Verweisungsantrag der FDP-Fraktion

I. Abstimmung über den Verweisungsantrag in den Verkehrsausschuss und den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt in der mündlich geänderten Fassung zu Ziffer 3

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt eine Sondernutzungssatzung für E-Scooter-Anbieter zu erstellen und diese AVR und Rat zum Beschluss vorzulegen. Im Rahmen der Sondernutzung sollen von den Anbietern Gebühren erhoben und verbindliche Qualitätskriterien als Auflagen gemacht werden. Hierbei sind insbesondere bereits beschlossene Anforderungen zu berücksichtigen (z.B. AN/1536/2021).*
2. *Die Verwaltung soll prüfen, ob eine spätere Vergabe der Sondernutzungsgenehmigungen als Ausschreibung erfolgen kann, wobei auch Qualitätskriterien, wie Nachhaltigkeit und Arbeitsbedingungen, berücksichtigt werden sollen.*
3. *Die Verwaltung wird gebeten, in Ergänzung zum geänderten Beschluss AN/1536/2021, innerhalb der Sondernutzungssatzung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch außerhalb der Innenstadt die E-Scooter verpflichtend ortsgebunden (mit entsprechender Infrastruktur) z.B. an KVB-Haltestellen abgestellt werden können.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

III. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag hat sich erledigt.

Anmerkung:

Verweisungsantrag von RM Görzel. Mündlicher Änderungsantrag von RM Joisten. Die antragstellenden Fraktionen des Änderungsantrages übernehmen den mündlichen Änderungsantrag von RM Joisten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt:

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Standort Holweide der Städtischen Kliniken als Regelversorger erhalten“

AN/2280/2021

Ich gebe Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir geben Ihnen heute die Gelegenheit, einen Beschluss zu korrigieren, der nicht dem Willen der ansässigen Bevölkerung in Holweide und dem Stadtbezirk Mülheim - von den Beschäftigten ganz zu schweigen - entspricht.

Die Demonstranten draußen möchten das Krankenhaus Holweide als Krankenhaus der Regelversorgung erhalten und die Schließung stoppen. Die über 5 000 Kölner und Kölnerinnen, die die Petition schon online unterschrieben haben, möchten das ebenfalls. Wenn man sich die zahlreichen Leserbriefe im Kölner Stadt-Anzeiger anschaut, dann weiß man, dass noch viel mehr Menschen - nicht nur aus dem Rechtsrheinischen - für den Erhalt ihres Krankenhauses kämpfen.

Meine Damen und Herren vom Bündnis, Sie argumentieren, dass mit dem geplanten Medizinischen Versorgungszentrum viele Fachrichtungen in Holweide erhalten bleiben, nur eben ambulant. Die Betten sind dann eben in Merheim, falls jemand, der sich im Medizinischen Versorgungszentrum untersuchen lässt, dort stationär untergebracht werden muss.

Das sieht auf den ersten Blick vernünftig aus, aber leider eben nur auf den ersten Blick. Um eine ambulante Behandlung bereitstellen zu können, brauchen Sie den Umbau in ein MVZ nicht. Schon jetzt werden in den städtischen Kliniken ambulante Eingriffe ohne Übernachtung durchgeführt. Deswegen sollten wir beim Namen nennen, worum es beim Umbau in ein MVZ in Wirklichkeit geht: darum, die Landesprämie für Standortschließungen abzugreifen, und um Bettenabbau, sprich: um die Reduzierung von Kosten.

Sie haben sich in Ihrer gemeinsamen Presserklärung vom 2. November verraten. Dort heißt es im Zitat von Frau Gärtner:

> Wir betonen, dass durch unsere Zukunftsstrategie kein einziges benötigtes Krankenhausbett rechts des Rheins verschwinden soll. Stattdessen wollen wir Betten von Holweide nach Merheim verlagern und gleichzeitig die großen Bettenüberkapazitäten in Holweide abbauen.

Also gibt es nach Ihren Aussagen nicht benötigte Betten in Holweide, nämlich Überkapazitäten, die man getrost streichen kann. Das sehen wir und viele Kölnerinnen und Kölner, die gerade in Corona-Zeiten gemerkt haben, wie wichtig jedes Krankenhausbett ist, anders.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen alle Betten erhalten, und wir glauben, dass das auch bitter nötig ist, gerade weil es sich hier um öffentliche und nicht um private Gesundheitsinfrastruktur handelt.

Natürlich brauchen wir dafür auch mehr Pflegekräfte, als bisher bei den Kliniken arbeiten. Werkswohnungen, die Sie ja auch vorschlagen, sind dafür eine gute Maßnahme. Sie wissen aber so gut wie ich, dass wir dafür das Krankenhaus Holweide nicht schließen müssen; denn Platz genug auf dem großen Gelände aller drei Standorte gibt es dafür ja.

Darüber hinaus müssen wir den Beruf attraktiver machen. Das schaffen wir aber nicht alleine in Köln. Eine verbindliche Personalbemessung und eine bessere Bezahlung wären zwei ganz wichtige Maßnahmen, um die Flucht aus dem Beruf zu stoppen. Auf diesem Feld haben sich Bundes- und Landesregierung bisher aber nicht hervorgetan. Das wissen Sie so gut wie ich.

Was ist von Ihrem zweiten Argument, dem Kostenargument, zu halten? - Ja, die städtischen Kliniken schreiben rote Zahlen. Das liegt in Holweide aber nicht daran, dass die Leistungen des Krankenhauses Holweide nicht gebraucht werden, sondern daran, dass seit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf Fallpauschalen nicht mehr die tatsächlichen Kosten ersetzt werden.

Private Krankenhäuser betreiben Rosinenpickerei, was gut bezahlte Operationen angeht, und den öffentlichen Voll- und Regelversorgern bleibt das nicht lukrative Alltagsgeschäft. Hinzu kommt, dass das Land seiner Verpflichtung, Investitionen in Großgeräte zu finanzieren, nicht nachkommt und die städtischen Kliniken auch auf diesen Kosten sitzen bleiben.

Dieses falsche System unterstützen Sie. Wenn es wirklich um Wirtschaftlichkeit ginge: Warum soll dann eine gut funktionierende, exzellente und

gerade frisch sanierte Station, wie die Frühgeborenenstation in Holweide, plattgemacht und in Merheim mit wieder frischem Geld abgebaut werden?

(Beifall bei der LINKEN)

Hier wird der Standort Mülheim-Holweide zum Sündenbock für eine verfehlte Krankenhauspolitik gemacht, und die Menschen in Mülheim und die Beschäftigten sollen dafür bezahlen. Dieses perfide Spiel spielen wir nicht mit.

Stimmen Sie für unseren Antrag, das Krankenhaus Holweide für den Stadtbezirk Mülheim zu erhalten!

Ich muss jetzt noch eine Ergänzung machen - Entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin -, weil ich eben erst den Ergänzungsantrag von der SPD-Fraktion gelesen habe, der ganz kurzfristig eingestellt worden ist. - Ich möchte zu der SPD-Fraktion sagen: Die Punkte eins und zwei Ihres Ergänzungsantrags können wir nicht mittragen; bei Punkt 3 könnten wir mitgehen. Das dazu! - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna hat jetzt das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kliniklandschaft in Deutschland ist insgesamt in Bewegung geraten. Die Tendenz geht hin zu Zentrenbildung, weil wir dort höhere Qualitätsstandards im Sinne der Behandelten, der kranken Menschen, einhalten können und weil wir einfach höhere Durchlaufzahlen in hochspezialisierten Einheiten brauchen, frei nach dem Motto: Dinge, die man häufig tut, macht man besser als Dinge, die man selten tut.

Wir können das exemplarisch sehen, wenn es zum Beispiel um Stroke geht, also um Schlaganfallgeschehen, oder um Infarkte. Wir sehen ganz klar, dass die Überlebenschancen derjenigen Patientinnen und Patienten, die auf hochspezialisierten Einheiten landen und dort behandelt werden - mit 24/7-Interventionsteams -, deutlich besser sind als die der bedauernswerten Patienten, die in Krankenhäusern landen, die ab und zu mal einen Herzinfarkt behandeln. Das liegt in der Natur der Dinge.

Insofern bin ich sehr dankbar, dass die LINKE heute hier den Antrag gestellt hat; denn ich kann Ihnen als Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Köln - als Gesellschafterversammlung - ein kurzes Update über den Stand der Dinge geben.

Wir haben an dieser Stelle bereits über einen Klinikverbund mit der Universitätsklinik zu Köln gesprochen. Im Moment ist es so, dass wir dafür keine Signale - jedenfalls keine positiven Signale - aus Düsseldorf empfangen und wir deshalb gezwungen sind - wir sind dabei auf uns alleine gestellt -, einen Sanierungsprozess in Gang zu setzen.

Michael Paetzold, mein Vorgänger im Aufsichtsrat der Kliniken Köln, hat das dankenswerterweise im Jahre 2019 in Gang gesetzt, und er hat aufgrund der Auslastungssituation unserer Kliniken - im Speziellen auch in Holweide - mit dem Aufsichtsrat - von uns als grüne Fraktion mitgetragen - einen sogenannten Zwei-plus-eins-Beschluss gefasst.

Was heißt „Zwei plus eins“? „Zwei plus eins“ heißt, wir sprechen über zwei Plankrankenhäuser, nämlich über das Kinderkrankenhaus Amsterdamer Straße und den Maximalversorger in Merheim, und über einen Medizinstandort in Holweide. - Es ist ganz wichtig, das zu verstehen. Niemand hat vor, was so erzählt wird, in Holweide Reihenhäuser oder Ähnliches zu bauen.

Mit diesem Aufsichtsratsbeschluss sind wir hier in den Rat gekommen. Der Rat hat in 2019 beschlossen, dieses Zwei-plus-eins-Konzept umsetzen zu lassen, und uns als Aufsichtsrat wiederum beauftragt, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Schritte vorangetrieben werden.

Nun ist es so, dass ich Anfang dieses Jahres den Vorsitz von Michael Paetzold übernommen habe, dem ich an dieser Stelle für die gute Übergabe danken möchte. Unser Job im Aufsichtsrat ist es jetzt, unser Unternehmen - Kliniken Köln - zukunftssicher aufzustellen.

Wie machen wir das? Unter anderem machen wir das, indem wir versuchen, Strukturmittel des Landes Nordrhein-Westfalen - eigentlich des Bundes - einzuwerben. Wir sprechen hier über einen dreistelligen Millionenbetrag. Der Aufsichtsrat hat in seiner Weisheit den Geschäftsführer am 29. Oktober dieses Jahres gebeten und beauftragt, genau diesen Antrag zu stellen. Das heißt, wir möchten an diesen Strukturmitteln für die Stadt Köln und für unsere Kliniken partizipieren.

Wofür brauchen wir die? Wir möchten im Rechtsrheinischen neu bauen, das heißt, wir möchten diejenigen Abteilungen, die in Holweide einzigartig sind und in Merheim nicht vorkommen, in, um präzise zu sein, zwei Neubauten am Standort Merheim verlagern, und wir möchten in der Tat die Doppelvorhaltungen auf weniger als 3 Kilometer Entfernung beenden, weil beide Häuser leider nur eine Auslastung von knapp über 50 Prozent im Vergleich zum Plan haben.

Des Weiteren schwebt uns vor, dass wir dort ein Hospiz errichten wollen, weil wir der Meinung sind, dass das dringend gebraucht wird. Aus eigener familiärer Erfahrung der letzten Monate und Jahre kann ich Ihnen sagen: Es wird dringend gebraucht.

Wir haben einen Pflegenotstand - auch das ist bereits thematisiert worden -, und wir denken, dass wir mithilfe von Werkswohnungen diesen Pflegenotstand effektiv bekämpfen können. Das heißt, wir möchten auch niemanden entlassen, weil wir gerade dabei sind, Pflegerinnen und Pfleger zu rekrutieren. Wir möchten mehr Pfleger einstellen, um mehr Stationen ans Netz zu bekommen, und zwar natürlich in den Neubauten in Merheim.

Es ist wichtig, zu verstehen - auch im Zusammenhang mit dem SPD-Antrag -, dass wir - das will ich an der Stelle noch kurz ausführen - erstens den Ratsbeschluss nicht bekräftigen müssen. Lieber Michael Paetzold, zu dem stehen wir Grüne; das müssen wir nicht dauernd wiederholen. Zweitens haben wir den Punkt „Holweide muss bleiben, bis eine Vorbereitung zur Umsetzung da ist“. Wir gehen einen Schritt weiter: Holweide muss bleiben, bis die Umsetzung vollendet ist. - Das heißt, wir werden das Krankenhaus in Holweide natürlich erst dann anfassen, wenn die Neubauten in Merheim funktionsfähig stehen.

Der dritte Punkt des Änderungsantrages der SPD lautet sinngemäß, das Land Nordrhein-Westfalen solle uns Geld geben. Dagegen hat niemand etwas, lieber Michael Paetzold, liebe SPD. Allerdings: Bei den Mehrheiten, die im Moment in Düsseldorf existieren, empfange ich bis jetzt keinerlei Signale dafür,

(Christian Joisten [SPD]: Es gibt ja Landtagswahlen, habe ich gehört!)

dass wir dieses Geld bekommen, um Holweide mit einem dreistelligen Millionenbetrag zu sanieren.

In der Zusammenfassung: Wir müssen jetzt handeln, wir müssen für unsere Unternehmen unternehmerisch handeln, wir müssen für die Menschen die Qualität in der Gesundheitsversorgung verbessern. Das, was die LINKE hier vorschlägt, ist kein Unternehmen, sondern ein Unterlassen. Von daher möchte ich Sie bitten, den Antrag der Fraktion DIE LINKE und auch den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

(Mike Homann [SPD]: Es wäre schön, wenn wir unseren Änderungsantrag vorstellen könnten!)

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion bekennt sich zu unseren städtischen Kliniken. Gerade deshalb begrüßen wir die Beschlüsse des Klinik-Aufsichtsrates, die städtischen Kliniken neu aufzustellen.

Das Gesundheitswesen und damit auch der Bedarf an klinischen Angeboten und deren Struktur haben sich in den vergangenen Jahrzehnten fortentwickelt und stark verändert. Das geht auch an den städtischen Kliniken nicht spurlos vorbei. Nur wenn auch sie sich wandeln und modernisieren, können sie ihren Versorgungsauftrag auch künftig umfassend und auf hohem Niveau erfüllen.

Das Gebäude, in dem sich das Klinikum Holweide befindet, ist nicht nur sanierungsbedürftig. Vielmehr haben sich die funktionellen und technischen Anforderungen an ein Klinikgebäude so gewandelt, dass sie in der dortigen Struktur nicht mehr umgesetzt werden können. Das bedeutet jedoch weder, dass die Zahl der derzeit angebotenen Betten spürbar reduziert wird, noch, dass das fachliche Angebot überhaupt ausgedünnt wird.

Die Klinikbetten in Holweide fallen nicht ersatzlos weg; vielmehr werden sie weitgehend nach Merheim verlagert. Soweit die Gesamtzahl leicht verringert wird, stellt dies eine Anpassung an den Bedarf dar.

Eine zunehmende Ambulantisierung und immer kürzere Verweildauern im Krankenhaus erfordern weniger Betten, als es noch vor Jahren notwendig

war. Gestiegen sind hingegen die Erwartungen und Erfordernisse hinsichtlich einer Vernetzung und der Qualität von Leistungen. Mit der von den städtischen Kliniken begonnenen Zentrenbildung wird eine Bündelung von Fachlichkeit erreicht, die zu einer Qualitätssteigerung führt.

Nicht zuletzt - und das ist uns sehr wichtig - kommen die geplanten baulichen und strukturellen Verbesserungen den medizinisch und pflegerisch Beschäftigten der städtischen Kliniken zugute; denn ihnen sind wir verbesserte Arbeitsbedingungen und Arbeitsabläufe schuldig. Und kein einziger Arbeitsplatz wird wegfallen!

Die Notfallversorgung der Menschen, die im Stadtbezirk Mülheim leben, wird auch weiterhin gewährleistet sein. Von jeder Stelle des Stadtbezirks Mülheim aus wird auch künftig ein Krankenhaus in der für einen Notfall vorgegebenen Zeit erreichbar sein.

Und nicht nur das! In Holweide wird ein hochmodernes Medizinisches Versorgungszentrum errichtet werden, und zwar vor einer Schließung des Krankenhauses. In diesem MVZ werden zehn medizinische Fachrichtungen zusammenarbeiten - und dies 24 Stunden am Tag und an allen 7 Tagen der Woche. Und das auch noch in kommunaler Trägerschaft!

(Beifall bei Teilen der CDU)

Damit wird weiterhin eine Versorgung mit allen zentralen medizinischen Versorgungsleistungen rund um die Uhr sichergestellt. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung des Stadtbezirks Mülheim wird also auch künftig uneingeschränkt gewährleistet sein.

Es hilft aber nicht weiter, so wie Sie, die LINKEN, die Augen vor den Entwicklungen in der Medizin zu verschließen. Es geht nicht nur um Geld, ohne das ein Medizinbetrieb nicht auskommen kann, sondern auch um Strukturen, die modernisiert werden müssen. Nur wenn wir nicht so handeln, wie beschlossen worden ist, würden wir die Menschen im Stadtbezirk Mülheim im Stich lassen und von einer Teilhabe an bedarfsgerechter und hochqualitativer medizinischer Versorgung abhängen.

An die SPD gerichtet: Ihren Änderungsantrag lehnen wir natürlich auch ab, weil er in Teilen das wiederholt, was schon in dem Antrag der LINKEN steht.

(Zurufe von der SPD: Natürlich!)

- Ich weiß jetzt nicht, wo das Problem liegt. - Das, was Sie da vorgeschlagen haben, ist nicht realisierbar, und uns wundert auch etwas, dass in der SPD offensichtlich unterschiedliche Meinungen dazu bestehen. Ansonsten ist nicht zu erklären, wie hier so ein Antrag ankommen kann, nachdem der Aufsichtsrat entsprechend beschlossen hat. Das müssen Sie selber verantworten. Wir lehnen jedenfalls beide Anträge ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt Bürgermeister Wolter, meine Vertretung hier zu übernehmen. Ich werde gleich zur Feierstunde in der Synagogen-Gemeinde sein. Und je nachdem, wie weit Sie kommen, kehre ich heute selbstverständlich noch in den Rat zurück.

(Vereinzelt Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Meine Damen und Herren, wir fahren weiter in der Sitzung fort, und das Wort hat Herr Paetzold. Bitte.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meinen Vorrednern schon einmal herzlichen Dank für die Auseinandersetzung mit unserem Änderungsantrag, den ich jetzt erst vortragen kann; ich tue es aber trotzdem noch.

Als der Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln am 31. Oktober 2019 das Zwei-plus-eins-Standardkonzept beschlossen hat, hinter dem sich das Szenario Gesundheitskampus Merheim und Medizinisches Kompetenzzentrum Holweide verbirgt, hat er das zwar in Verantwortung für die Kliniken getan, aber eben auch im Auftrag des Finanzausschusses. Dieser hat in seiner Sitzung vom 25. Juni 2019 die Geschäftsführung aufgefordert, ein Maßnahmenpaket inklusive eines Medizin- und Standortkonzeptes aufzusetzen, das geeignet sei, ausreichende Sanierungsbeträge in Höhe von 6 Millionen per annum dauerhaft zu realisieren, und uns als den Aufsichtsrat aufgefordert, dieses Maßnahmenpaket mit einer Beschlussempfehlung der Gesellschafterversammlung vorzulegen, was wir auch getan haben.

Ich glaube, es ist jetzt wirklich mal an der Zeit, zu erklären, was der Aufsichtsrat damals

beschlossen hat; denn in der Presse und auch in der jetzigen Diskussion geistert immer wieder der Begriff eines Medizinischen Versorgungszentrums umher. Sogar meinem Nachfolger, Herrn Unna, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, wird in der Presse - sicherlich fälschlich - dieses Wort in den Mund gelegt.

Ein Medizinisches Versorgungszentrum - kurz: MVZ - ist ganz einfach eine Kassenarztpraxis, die nicht den Ärzt*innen gehört, die darin arbeiten, sondern einem Krankenhaus. So einfach und so schlicht! Dieses MVZ kann eine Fachrichtung betreiben oder eben auch mehrere. Eigentlich ist das eine ziemlich gute Sache - gerade im ländlichen Raum. Die Nachsorge der Patient*innen nach einem stationären Aufenthalt kann so gewährleistet werden, und wenn Patient*innen mit komplexen Krankheitsbildern in das MVZ kommen, können sie über kurze Wege ins Krankenhaus gelangen.

Aber: Der Aufsichtsrat der KSK hat - von der Gesellschafterversammlung, also von Ihnen, bestätigt - kein MVZ beschlossen, sondern ein Medizinisches Kompetenzzentrum, und das ist nun mal einfach was ganz anderes. Hinter diesem Begriff verbirgt sich nämlich: Der Aufsichtsrat und der Rat haben beschlossen, dass es am Standort Holweide eine stationäre, das heißt, bettenführende, Allgemeine Innere Medizin, eine Geriatrie - ebenfalls bettenführend -, einen tagesklinischen Bereich mit ambulanter OP, einem Ärztezentrum - gerne auch als MVZ -, einem Reha-Bereich sowie - das ist das Wichtigste - einer 24/364-Notfallanlaufstelle geben soll, die mit einem MVZ, liebe Frau Gärtner, gar nicht zu realisieren ist; wir haben es in der letzten Aufsichtsratssitzung gehört.

Das und nicht weniger ist die Beschlusslage des Aufsichtsrates - in der letzten Sitzung noch einmal bestätigt - und die Beschlusslage des Rates der Stadt Köln, und darunter sollten wir es keinesfalls tun. Das sind wir den Menschen im rechtsrheinischen Köln und ganz besonders den Menschen, die im Stadtbezirk Mülheim wohnen, schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Ganz selbstverständlich war allen Entscheidungsträgern immer klar, dass das Krankenhaus Holweide als Grund- und Regelversorger erst dann seinen Betrieb einstellen darf, wenn das Medizinische Kompetenzzentrum arbeitsfähig ist.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Beschlüsse stammen aus dem Herbst 2019, aus einer Zeit, in der noch niemand dieses kleine, fiese Virus kannte, das Krankheit und Tod über die ganze Welt gebracht und unser aller Leben verändert hat. Vor dieser pandemischen Katastrophe konnte man sicher fordern, dass ein Krankenhaus zumindest eine schwarze Null schreibt, genauso, wie man ja erwartet, dass eine inhabergeführte Arztpraxis sich irgendwie rechnet. Dafür zahlen wir alle nicht unerhebliche Krankenkassenbeiträge in das System ein.

Diese pandemische Katastrophe und die schrecklichen Bilder, die uns in der ersten großen Welle aus europäischen Nachbarländern erreichten, die - sagen wir es mal vorsichtig - ein bisschen zu viel am Krankenhaussektor gespart haben, ergeben für mich einen neuen, einen anderen Blick auf Krankenhäuser und Krankenhausbetten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir dürfen die Zahl der notwendigen Krankenhausbetten nicht am normalen Bedarf - am besten vielleicht noch in den Sommermonaten - messen. Auch schon vor Corona hatte ich als Hausarzt oft genug Probleme, Patienten im Krankenhaus unterzubringen, weil mir die diensthabende Kollegin sagen musste: Sorry, ich habe kein Bett mehr.

Ein bisschen sind Krankenhäuser wie unsere Feuerwehr, auf die wir alle ganz zu Recht stolz sind. Kein Mensch erwartet, dass die Feuerwehr nur wirtschaftlich denkt und sich bei ihrer Bedarfsplanung an den ruhigen Monaten orientiert. Wir alle erwarten, dass eine Feuerwehr auch Großschadensereignisse meistern kann, und dass sie das kann, beweist sie Gott sei Dank immer wieder eindrucksvoll. Und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

So wünsche ich mir auch unsere Krankenhäuser. Sie sollen den Normalbetrieb locker stemmen können - nicht nur, aber auch, damit ich meine Patienten besser unterbekomme -, sie sollen aber auch für akute Katastrophen - ich erinnere: wir leben im größten Chemiegürtel Europas - und auch pandemische Katastrophen - wie die, durch die wir gerade gehen - gewappnet sein. Auch dann noch Luft zum Atmen haben, ist ganz wichtig für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn Sie gestern Abend die Tagesthemen gesehen haben, wissen Sie, wovon ich rede. Krankenhäuser sind also ein hohes Gut für eine Stadt, das man nicht leichtfertig aufgeben sollte.

Bis das Zwei-plus-eins-Modell der Kliniken der Stadt Köln - nun komme ich zum dritten Punkt

unseres Antrages - auch nur zu Ende geplant ist - da ist noch kein Stein umgesetzt -, wird es noch etliche Monate dauern. Zeit genug also für die Verwaltung, Mittel und Wege zu finden, das Klinikum Holweide als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung zu erhalten, wenn wir ihr heute den Auftrag dazu geben!

Von daher werbe ich herzlich um Ihre Zustimmung zu unserem Ersetzungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Paetzold. - Als Nächsten habe ich hier auf meiner Rednerliste den Herrn Breite. Bitte schön.

Ulrich Breite (FDP): Herr Bürgermeister Wolter, ich grüße Sie hier! Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Debatte jetzt hier verfolge, dann sehe ich, dass wir uns im Wahlkampf warm anziehen können; denn hier haben wir ein Thema, was, glaube ich, im Rechtsrheinischen sehr ernst genommen wird.

Wir wissen: Gerade wenn es um das Kranken- und Gesundheitswesen geht, sind die Menschen immer sehr empfindlich. Bei solchen Themen sollte man immer sehr, sehr vorsichtig sein, weil man dabei ganz schnell auf eine Schiene rutscht, die es eigentlich nicht geben sollte, nämlich, nicht für Menschen, sondern mit Menschen Politik zu machen.

Wir haben hier einen Beschluss gefasst, der hier noch einmal erwähnt wurde. Darum bin ich Dr. Unna, aber auch Frau Gärtner dankbar, dass sie noch mal auf die Geschichte, wie das 2001 zustande gekommen ist, zurückgekommen sind. Damit, die Krankenhäuser jetzt nicht mehr zu vergleichen, sondern das einfach als Wahlkampfthema zu nehmen, vergisst man die Historie.

Man kennt das Krankenhauswesen in Köln nicht; denn, Herr Paetzold, zur Wahrheit gehört doch auch, zu sagen: Als die städtischen Kliniken und gerade auch Holweide immer weiter in die rote Zahlen gegangen sind, geschah das unter Ihrem Vorsitz als Aufsichtsrat. Wenn es so gewesen wäre, wie in anderen Regionen gewirtschaftet wurde, dann hätten wir diese Problematik hier in Köln, weshalb wir das hier gerade diskutieren, nicht; denn da wurden Betten aufgebaut, da sehen die Zahlen gut aus, und bei Ihnen mussten wir im Finanzausschuss die Notbremse ziehen. Das ist doch die Wahrheit hier! Darum mussten wir eine Reform machen; das war das Konzept „Zwei plus eins“.

Wir haben hier gerade darüber gesprochen, dass es bei den Bettenstrukturen um 3 Kilometer geht. Ich muss sagen: Glückliches Köln! Schauen Sie sich mal in ganz anderen Regionen an, ob man da nur 3 Kilometer fahren muss, um im Krankenhaus ein Bett zu bekommen.

Alle Sorgen und Nöte, die wir von den Menschen in Mülheim und Holweide mitbekommen, nehmen wir ernst. Wir müssen ganz genau erklären, dass ihre medizinische Versorgung gesichert ist. Damit, zu meinen, wir bräuchten dort keinen Neubau, keine Umstrukturierung, sondern wir könnten mit diesem alten Gebäude, dass sie sich sozusagen als schönes Schloss hier hinstellen, weiterarbeiten und bräuchten nichts zu verändern - schauen Sie sich das bitte mal an; gehen Sie da mal auf die Stationen; da würden viele nicht mehr hingehen; sie gehen dann lieber woanders hin -, verkennen Sie die Realität.

Darum werden wir beiden Anträgen nicht zustimmen. Wir versuchen, die Menschen aufzuklären. Wir wollen die beste Versorgung haben. 3 Kilometer zu fahren, um stationär unterzukommen, ist meiner Meinung nach möglich, und das können wir den Menschen auch sagen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Breite. - Als Nächstes hat das Wort Herr Achtelik. Bitte.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrter Herr Vertreter der Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Gäste und Zuschauer*innen! Ich möchte das Thema noch einmal von einer anderen Seite betrachten; Herr Breite hat es tatsächlich schon erwähnt.

Schon heute ist es so, dass Rettungswagen zum nächsten Krankenhaus mit freien ITS-Kapazitäten fahren, wenn Intensivstationen abgemeldet sind oder Patientinnen und Patienten im Anschluss der Notfallversorgung in ein anderes Krankenhaus verlegt werden müssen. Einsatzwagen mit Sonderwegerechten verlieren so meist keine

relevante Zeit bis zum nächsten Krankenhaus. Hier in Köln profitieren sie zudem von kurzen Wegen. Wir haben es gerade und auch in den Vorreden schon gehört: Wir reden von einer Entfernung von 3 Kilometern zwischen den beiden Kliniken.

Die Sorgen bezüglich eines möglichen Verkehrschaos in Merheim, die wir auch immer wieder gehört haben, sollten wir natürlich sehr ernst nehmen. An diesem Punkt sollten wir gemeinsam mit den Kliniken über zusätzliche infrastrukturelle Maßnahmen sprechen, die dafür möglicherweise nötig sind.

Es ist sinnvoll, ein gut ausgestattetes Zentrum aufzubauen. Dieses wird die Notaufnahmen deutlich stärker entlasten und sichert ebenfalls die Grundversorgung. Außerdem folgen wir damit einem Bundestrend; auch das wurde heute schon angesprochen. Der Ausbau von größeren medizinischen Zentren wird deutschlandweit vorangetrieben. Viele Therapien werden immer aufwendiger und komplizierter und erfordern eine spezielle Geräteausstattung. Wie es Ralf Unna schon schön gesagt hat: Wenn man etwas öfter macht, macht man es meistens besser.

Dazu braucht es vor allem aber auch Fachpersonal. Die Konkurrenz um dieses Fachpersonal ist in Köln sehr groß. Der wirtschaftliche Druck wird auch weiter steigen, und das geht auf Kosten der Patient*innen und des Personals.

Zu diesem Fachkräftemangel: Wenn der Personalmangel, den wir jeden Tag sehen, weiter dramatisch zunehmen wird, was natürlich auch immer mit Arbeitsbedingungen zu tun hat - darin sind sich alle Expertinnen und Experten sehr einig -, nutzen den Kölnerinnen und Kölnern auch Betten am Ende nichts. Größere Zentren, wie zukünftig Merheim, können Personal flexibler einsetzen und sind somit krisenfester und durch das Bereitstellen von günstigem Wohnraum, wie wir es jetzt ja auch schon angesprochen haben, ein attraktiver Arbeitgeber.

Heute gab es wieder einen Warnstreik von Pflegekräften hier in Köln, der die Dringlichkeit dieses Themas noch einmal verdeutlicht.

Lieber Herr Paetzold, nach meinem Verständnis hinkt der Vergleich mit der Feuerwehr, wenn wir uns im aktuellen System bewegen. Dass man im Gesundheitswesen Geld verdienen muss, kann man kritisieren - darüber können wir gerne sprechen -, dennoch haben wir eine unternehmerische Verantwortung den Kliniken gegenüber. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses haben wir die eklatanten Verluste noch einmal auf der Tagesordnung gehabt, und wir können diese auch nicht wegreden. Das ist, denke ich, eine sehr gute Vorgehensweise dafür.

Die Bedenken der rechtsrheinischen Kölnerinnen und Kölner angesichts dieser Entscheidung inmitten einer globalen Pandemie kann ich natürlich nachvollziehen, doch mir ist wichtig, klarzumachen, dass die Umstrukturierung in Holweide und in Merheim nicht von heute auf morgen erfolgen wird, die Menschen in Holweide und den angrenzenden Veedeln sich höchsten medizinischen Standards sicher sein können und dabei, ganz wichtig, keine Arbeitsplätze verlorengehen werden.

Wir können nie auf alle möglichen Szenarien vorbereitet sein. Im Zweifel müssen wir - wie eben auch jetzt, in der Pandemie, geschehen - auf flexibel angepasste Strukturen setzen. Der Ausbau des Katastrophenschutzes und die nationale sowie internationale Zusammenarbeit sind hier die richtigen Stichworte. Eine Pandemie macht eben nicht vor Grenzen halt - und auch nicht an Stadtgrenzen.

Im letzten Punkt dieser Reihe von Argumenten möchte ich noch einmal auf das eingehen, was dort vor Ort passieren wird. - Prävention ist immer besser als eine möglichst vollständige Wiederherstellung, also eine Behandlung. Langfristig müssen wir präventive Infrastrukturen deutlich ausbauen. Ein Versorgungszentrum oder ein Zentrum, wie es in Holweide angedacht wird - mitsamt Präventionsangeboten, eventuell mit einem Hospiz -, kann und wird den Bedürfnissen der Kölnerinnen und Kölnern gerecht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die verschiedenen Themen einzeln angehen. Wir müssen Prävention und die Themen einer sicheren und gesundheitsfördernden Umwelt nach oben auf unsere Agenda setzen. Das tun wir nach unserer Meinung aber nicht mit diesen Anträgen von LINKEN und SPD. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Achtelik. - Ich habe noch einen Redner auf meiner Liste; das ist der Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Fraktionen DIE LINKE und SPD, dafür, dass Sie für sich in Anspruch nehmen, an der Spitze des progressiven gesellschaftlichen Fortschritts zu stehen, ist der Antrag - und insbesondere der Inhalt dieses Antrags - verdammt strukturkonservativ.

(Beifall bei der AfD)

Ich würde sogar sagen, das ist geradezu strukturreaktionär, weil das, was Sie hier fordern - auf eine kurze Formel gebracht -, ist letztlich: Es muss alles bleiben, wie es ist.

Meine Güte, warum sehen Sie denn nicht die enormen Chancen, die dieses Areal, die Umstrukturierung und die Neuausrichtung hier bieten? Sie selber haben heute Morgen doch mit Krokodilstränen den eklatanten Wohnraummangel in dieser Stadt beklagt.

Wie wunderbar ist das denn? Hier haben wir ein Grundstück von 20 Hektar - auch noch im städtischen Besitz, an den öffentlichen Nahverkehr angebunden, mit einer sehr guten Bebauung durch die GAG in den Randbereichen. Wir könnten hier also für diese Stadt ein mit einem Medizinischen Versorgungszentrum ausgerüstetes Wohngebiet schaffen, in dem vorrangig Werkswohnungen für die Pflegekräfte geschaffen werden - und so sieht es ja unser Antrag vor, den wir vor über zwei Jahren gestellt haben, übrigens einen Monat, bevor dieses Zwei-plus-eins-Konzept beschlossen wurde; ich habe Ihnen den Antrag noch mal mitgebracht -, die dringend untergebracht und in der Stadt gehalten und gebunden werden müssen.

Sie verschließen die Augen davor, dass die Situation in Holweide durch folgende Punkte gekennzeichnet ist:

Wir haben dort zum Teil nur noch eine Auslastung von 50 Prozent. Der wirtschaftliche Weiterbetrieb wird so nicht möglich sein.

Die Bausubstanz ist komplett überaltert. Machen Sie sich doch bitte einmal dorthin auf den Weg, und schauen Sie sich die Bausubstanz an; ich bin mehrfach dort gewesen. Wir haben dort einen erheblichen Sanierungsstau.

Wie gesagt - es wurde hier ja schon mehrfach erwähnt -: 3 Kilometer Luftlinie entfernt ist Merheim.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir haben nie vorgeschlagen, den Standort Holweide plattzumachen, ganz im Gegenteil. Es gibt dort Leuchtturmprojekte - die Gynäkologie, das Brustzentrum - mit einem hervorragenden bundesweiten Ruf. Diese Leuchtturmprojekte wollen wir selbstverständlich erhalten, aber die können eben auch in Merheim, wo noch Platz ist, sein. Dann können wir dieses Areal im Sinne der Stadt und im Sinne der Menschen in dieser Stadt entwickeln.

Noch einmal: Dort kann Wohnraum geschaffen werden - es sind, wohlgemerkt, 20 Hektar - für circa 800 bis 1 000 Menschen. Das ist ein parkähnliches Gelände, und dort könnte auch unter dem Gesichtspunkt des sozialen Wohnungsbaus ein vernünftiges Wohnbauprogramm umgesetzt werden.

Ein letztes Wort noch: Sie glauben doch nicht im Ernst, dass die zurückhaltende Haltung der Landesregierung, sich an einer Neuausrichtung/Neustrukturierung zu beteiligen, nicht damit zu tun hat, dass die in Düsseldorf auch rechnen können und dass die logischerweise sagen: Macht ihr Kölner bitte mal eure Hausaufgaben, und wenn ihr die gemacht habt, dann sind wir auch bereit zu einer Zusammenarbeit! - Das heißt, wir müssen hier erste Schritte gehen. Wir müssen die Sanierung anstoßen.

Und von daher: Dieser Antrag ist aus unserer Fraktion heraus rundum abzulehnen. Er ist strukturreaktionär, und das Konzept der Weiterentwicklung muss weitergetrieben werden.

Wie gesagt, unser Antrag von vor über zwei Jahren weist den Weg. Es sollten dort Werkswohnungen für die Angehörigen der Pflegeberufe - also dringend benötigter Wohnraum für Köln - geschaffen werden, die Kapazitäten nach Merheim verlagert werden und damit Holweide und die rechtsrheinische Versorgung eine Perspektive bekommen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. - Dann können wir zur Abstimmung kommen. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Zum Abstimmungsprozedere: Ich möchte gerne beantragen, dass der SPD-Ergänzungsantrag punktweise abgestimmt wird.

Bürgermeister Andreas Wolter: Gut, das können wir so machen. - Ich lasse jetzt zunächst über die einzelnen Punkte des SPD-Antrags, die vielleicht hier angenommen werden, und dann im Gesamten über den SPD-Antrag abstimmen.

Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrags der SPD - Sie haben den ja alle vorliegen -:

Abstimmung über Punkt 1. Wer ist für diesen Punkt 1? - Das ist die SPD. Wer enthält sich? - Das sind Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Dann ist der Punkt abgelehnt.

Abstimmung über Punkt 2. Wer ist für Punkt 2 des SPD-Ersetzungsantrages? - Das ist die SPD. Wer enthält sich? - Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Dann ist auch der Punkt abgelehnt.

Abstimmung über Punkt 3. Wer ist für diesen Punkt? - Das sind die SPD und DIE LINKE. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Dann ist auch der Punkt abgelehnt.

Wir stimmen jetzt gesamt über den Antrag der SPD ab. - Wer ist für den Ersetzungsantrag der SPD? - Das ist die SPD. Wer enthält sich? - Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Ursprungsantrag der LINKEN ab. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Das ist DIE LINKE. Wer enthält sich? - Das sind die SPD, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

I. Punktweise Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

1. Abstimmung über Punkt 1:

Der Beschluss wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 07.11.2019, dass der Gesundheitsstandort Holweide erhalten bleibt und der Aufsichtsratsbeschluss der Kliniken der Stadt Köln vom 31.10.2019 (2+1-Konzept) berücksichtigt wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

2. Abstimmung über Punkt 2:

Beschluss:

2. Solange die Vorbereitungen zur Umsetzung des 2+1-Konzepts noch Zeit in Anspruch nehmen, soll das Krankenhaus Holweide als Plankrankenhaus betrieben werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

2. Abstimmung über Punkt 3:

Beschluss

3. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung darüber hinaus, Mittel und Wege zu finden, das Klinikum Holweide als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung dauerhaft zu erhalten und die dafür notwendigen Mittel bei der Landesregierung gem. § 9 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes einzufordern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

II. Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

1. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 07.11.2019, dass der Gesundheitsstandort Holweide erhalten bleibt und der Aufsichtsratsbeschluss der Kliniken der Stadt Köln vom 31.10.2019 (2+1-Konzept) berücksichtigt wird.

2. Solange die Vorbereitungen zur Umsetzung des 2+1-Konzepts noch Zeit in Anspruch nehmen, soll das Krankenhaus Holweide als Plankrankenhaus betrieben werden.

3. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung darüber hinaus, Mittel und Wege zu finden, das Klinikum Holweide als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung dauerhaft zu erhalten und die dafür notwendigen Mittel bei der Landesregierung gem. § 9 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes einzufordern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktionen und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu seinen Städtischen Kliniken mit allen vorhandenen Standorten. Der Rat der Stadt Köln lehnt eine Schließung des Krankenhauses Holweide ab. Es soll vielmehr als einziges Krankenhaus im Stadtbezirk Mülheim als Krankenhaus der Regelversorgung mit seinem bisherigen Angebot erhalten bleiben.

2. Der Rat der Stadt Köln spricht sich gegen eine Ausdünnung des Angebots der städtischen Kliniken unter vermeintlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus und bekennt sich zu seinem Versorgungsauftrag. Wenn das Land seinen Investitionsverpflichtungen nicht nachkommt, geht die Stadt in Vorleistung, um den Sanierungsstau abzubauen und den Standort Holweide für die Zukunft zu ertüchtigen.

Das kann u. a. über einen Zuschuss oder eine Bürgschaft für einen Kredit der Städt. Kliniken geschehen. Dazu soll die Verwaltung einen Finanzierungsvorschlag machen. Gleichzeitig verhandelt die Stadtspitze mit dem Land Nordrhein-Westfalen über eine Erstattung der Investitionskosten, für die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz § 9 das Land Nordrhein-Westfalen zuständig ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

Anmerkung:
Frau Oberbürgermeisterin Reker gibt den Vorsitz an Herrn Bürgermeister Andreas Wolter ab.
Punktweise Abstimmung des Änderungsantrags auf Antrag von RM Weisenstein.

Bürgermeister Andreas Wolter: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt:

3.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Prüfung einer qualitativen Bauberatung“

AN/2282/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2356/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2382/2021

Frau Ruffen, bitte.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute Morgen in der Sitzung schon einiges über den schleppenden Wohnungsbau in Köln gehört. Das Thema ist nun wahrlich nicht neu.

Wir sprechen über fehlende Schulen und Kitas und reden über die Ursachen. Neben den zu wenig zur Verfügung stehenden Flächen werden auch extrem lange und weit über Landesdurchschnitt liegende Genehmigungszeiten angeführt - sowohl von der Gebäudewirtschaft als auch von privaten Bauherren bzw. vom freien Markt.

Seit Jahren tobt wegen dieser Situation der Baugenehmigungen ein öffentlicher Kampf zwischen Bauaufsicht und Architektinnen und Architekten. Die Bauaufsicht beschuldigt uns Planende, nicht in der Lage zu sein, einen vollständigen Antrag einzureichen, während diese wiederum der Verwaltung vorwerfen, sich nicht an Absprachen im Vorfeld zu halten und das Verfahren künstlich zu verlängern, weil scheibchenweise Nachforderungen gestellt werden. Zusätzlich klagt die Bauaufsicht über einen extremen Personalmangel, während Antragstellende von Erbsenzählerei bei den Mitarbeitenden der Bauaufsicht berichten.

Das alles hat uns bis heute keinen Schritt weitergebracht. Trotz vieler Beschimpfungen und Aufzählungen von Defiziten auf beiden Seiten werden die Verfahren kein Stück schneller. Mit unserem heutigen Antrag hoffen wir, ein Mittel gefunden zu haben, zumindest ein bisschen für Abhilfe zu sorgen.

In einer hochverdichteten Stadt, die seit über 2000 Jahren gewachsen ist, kommt man mit einem Antrag Nullachtfünfzehn nach Lehrbuch nicht weit. Zu viele Belange und Befindlichkeiten müssen bedacht werden, zu oft fehlt ein B-Plan, oder ein vorhandener ist so alt, dass er von der Realität mehr als überholt wurde. Somit muss oft nach § 34 Baugesetzbuch - das heißt, Einfügung ins Umfeld - gebaut werden, was aber in dieser heterogenen Stadt auch nicht eindeutig geklärt werden kann. Schon die Orientierung am Nachbarn zur Rechten kann das Bild zum Nachbarn auf der linken Seite sehr merkwürdig erscheinen lassen.

Aus diesem Grund halten wir es für absolut notwendig, im Vorfeld eines Verfahrens zumindest Konsens über die theoretische Machbarkeit eines Projektes und die zur Beurteilung einzureichenden Unterlagen zu erlangen. Vor allem Projekte, die nicht in einem B-Plan-Gebiet liegen, müssen im Vorfeld eines Genehmigungsverfahrens in den Grundzügen abgeklärt werden.

Wir möchten mit unserem Antrag erreichen, dass sich Antragstellende und die Bauaufsicht vor Einreichung des Antrags an einen Tisch setzen und das Verfahren verbindlich abklären. Dazu gehört auch eine Listung der unbedingt einzureichenden Unterlagen, um eine Prüfung zumindest mal anstoßen zu können. Dass sich im Verfahren weitere Notwendigkeiten ergeben können, versteht sich von selbst.

Über das Gespräch bzw. die Beratung sollte ein Protokoll erstellt werden, welches sodann Bestandteil der Antragsunterlagen wird. Auf Grundlage dieses Protokolls erfolgt dann die weitere Prüfung im regulären Verfahren.

Wir möchten als FDP ausdrücklich nicht, dass die Bauaufsicht hier Mehrarbeit leisten muss, da auch wir das Thema „Unbesetzte Stellen“ sehen. Wir sehen hier das Vorziehen von Leistungen und damit die Vermeidung von viel Schriftverkehr. Die Mitarbeitenden der Bauaufsicht können sich bei Antragsberatung jederzeit auf das Protokoll der Vorgespräche berufen und sich somit um die noch ungeklärten Punkte kümmern und müssen nicht wieder von vorne anfangen.

Aus diesem Grunde möchten wir den Änderungsantrag der SPD an dieser Stelle ablehnen. Wir möchten der Bauaufsicht nicht mehr Arbeit machen und auch nicht mehr Stellen zuweisen, die dann nicht besetzt werden können. Die von der SPD geforderte Beratung ist eine Bringschuld von uns Architektinnen und Architekten und anderen am Bau beteiligten Ingenieurinnen und Ingenieuren und nicht der Verwaltung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Ruffen, für Ihren Wortbeitrag. - Als Nächstes steht hier auf meiner Liste Frau Hölzing-Clasen. Sie haben das Wort. Bitte.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren an den Bildschirmen draußen! Vielen Dank, Stefanie Ruffen, für die umfangreiche Begründung dieses Antrags. Unsere Fraktion wird diesen unterstützen.

Eine qualitative Bauberatung durch die Verwaltung für Bauherren und Bauherrinnen halten wir für eine sinnvolle Angelegenheit. Möglichkeiten, aber auch Grenzen von Bauvorhaben können dabei früh erkannt und benannt werden. Zeit- und kostspielige Umplanungen können so vermieden werden, genauso wie lange ruhende Baustellen, die wir ja auch kennen, die unter Umständen auch zu längerer Beeinträchtigung von Fuß-, Rad- oder motorisiertem Verkehr führen.

Eine gute, qualitativ begleitende Bauberatung ist auch eine Win-win-Situation für die Verwaltung, die zur Entlastung der am Bauvorhaben beteiligten Ämter führt.

Allerdings können wir dem Ergänzungsantrag, sofern die SPD in aufrechterhält, nicht zustimmen; denn es ist schon ambitioniert genug, das durchzusetzen, was der FDP-Antrag beinhaltet. Diese Beratung für Fördermaßnahmen würde einfach den Rahmen sprengen. Dann würde nämlich das passieren, was wir genau nicht wollen: Wir kämen nie zu einer Bauberatung. - Genau das wollen wir ja vermeiden. Das würde den Antrag konterkarieren. Deswegen stimmen wir dem Ergänzungsantrag nicht zu. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Hölzing-Clasen. - Frau Roß-Belkner, bitte.

Monika Roß-Belkner (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Anwesende und Zuschauer! Hört man sich in der Stadtgesellschaft um - bei Bauherren, Bauträgern, Architekten -, so ist die Meinung einhellig: Bei Baugenehmigungen ist noch reichlich Luft nach oben. - Und so ist jeder Vorschlag willkommen, der in Aussicht stellt, das könnte sich ändern.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die heutige Struktur der Bauberatung für jedermann und jedes Thema - von der Vergrößerung einer Terrasse bis zu umfangreichen Vorhaben - im Zeitrahmen oft nicht zielführend ist und auf beiden Seiten zu Unzufriedenheit führt. Für den Bauherren dauert alles zu lange, und die Verwaltung klagt über mangelhafte und fehlerhafte Unterlagen und damit Doppelbelastungen.

Die FDP legt nun einen Prüfauftrag vor, neben der bereits existierenden Bauberatung zusätzlich eine qualitative Bauberatung aufzubauen, die auch wieder in die Abschnittsorganisation der Bauaufsicht eingebunden ist. Diese qualitative Bauberatung soll nur für bestimmte Vorhaben Anwendung finden: für Bauherren mit konkreten Plänen und einer bestimmten Größe, für Bauherren, die nach § 34 Baugesetzbuch bauen wollen, also ohne Bebauungsplan, für komplexe Bauvorhaben.

Durch die enge Zusammenarbeit der Bauaufsicht mit der Stadtplanung soll zeitnah festgestellt werden: Ist das Planvorhaben bauordnungs- und bauplanungsrechtlich überhaupt so machbar? Welche Vorstellungen sind überzogen und deren Umsetzung so nicht möglich? Gibt es gegebenenfalls Alternativen und in welchem Rahmen?

Der Bauherr soll in kurzer Zeit Sicherheit über sein Vorhaben haben und die Gegebenheiten kennen, innerhalb derer er agieren kann, sodass aufwendige Umplanungen zu einem späteren Zeitpunkt weitestgehend vermieden werden. Gleichzeitig soll festgelegt werden und Klarheit herrschen, welche Unterlagen zum Bauantrag erforderlich sind und eingereicht werden müssen. Spannend und interessant wird das Ganze, wenn andere Dezernate für die Baugenehmigung zu beteiligen sind.

Bei vielen Bauvorhaben stellt sich gleich die Frage nach dem Verkehr, nach der Umwelt und auch nach dem Denkmalschutz. Spätestens jetzt muss klar sein, dass eine Baugenehmigung ein kleines Projekt ist und Abteilungsdenken abzulegen ist. Für eine zeitnahe Bearbeitung müssen sich diese Dezernate im Rahmen der Baugenehmigung entsprechend aufstellen und zuarbeiten. Für den Bauherrn muss auch hier klar werden, welche Eckwerte für die Planung gelten und welche Unterlagen zu erbringen sind. Dabei ist nach Möglichkeit das Prinzip „One Face to the Customer“ zu garantieren, damit der Bauherr nicht zwischen den unterschiedlichen Zuständigkeiten zerrieben wird und der Zeitaspekt aus dem Blick gerät.

Unabhängig von der digitalen Bauakte, Herr Dezernent, die hoffentlich bald in Betrieb geht und auf die alle warten, liegt in einer guten Organisation, in der Parallelität der Bearbeitung und auch in der guten Zuarbeit der unterschiedlichen Dezernate tatsächlich die größte Synergie für eine schnelle Bearbeitung. Letztendlich sollen ja alle was von der qualitativen Bauberatung haben.

Die Win-win-Situation hat Bärbel Hölzing-Clasel gerade schon angeführt.

Das Ergebnis der Beratung soll verbindlich und Grundlage für das folgende Genehmigungsverfahren sein. Ich bin gespannt, welches Ergebnis uns die Bauaufsicht in einigen Monaten aufgrund dieses Vortrages vorstellen wird, wie eine qualitative Bauberatung organisiert werden kann, wie die dezernatsübergreifende Aufgabenteilung gelöst wird, ob einzelne Leistungen gegebenenfalls kostenpflichtig weitergegeben werden können und in welchem gesetzlichen Rahmen man sich bewegen kann, ohne Architektenarbeiten zu erledigen.

Liebe FDP, wir als CDU stimmen Ihrem Prüfauftrag gerne zu.

Den Änderungsantrag der SPD lehnen wir allerdings ab. Hier handelt es sich mehr um Fragen der Bauausführung und weniger der Genehmigung. Auch das Thema Beschleunigung können wir hier nicht erkennen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Roß-Belkner. - Herr Homann, bitte.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrter Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst einmal ein kleiner Hinweis, dass es einen Änderungsantrag zu unserem Änderungsantrag gegeben hat, weil ich einen Hinweis aus der Verwaltung bekommen habe, dass wir keinen Deckungsvorschlag in unserem Änderungsantrag gehabt hätten. Den haben wir jetzt mit der ersten Änderung sozusagen ein wenig umgangen. Insofern ist das an der Stelle, glaube ich, nicht mehr notwendig.

Ich darf der FDP-Fraktion für diesen Antrag sehr danken, der wirklich in die richtige Richtung führt und dem wir natürlich auch zustimmen werden.

Ja, die Baugenehmigung und das Baugenehmigungsverfahren haben in den letzten Jahren in Köln sehr lange gedauert. Ich darf ein wenig daran erinnern, dass Ende 2019 40 Mitarbeiter eine Überlastungsanzeige gestellt hatten und Herr Greitemann hier den schönen Ausdruck benutzt hatte, dass er zwei Wochen einfach mal das Telefon ausstellen ließ, was tatsächlich dazu führte, dass wir Anfang März 2020 von den 2 000 offenen Bauanträgen 800 abarbeiten konnten und es am Ende nur noch 1 200 gewesen sind an dieser Stelle. Das sieht man auch an den Zahlen: 2019 haben wir 2 700 Baugenehmigungen erteilt, und im Jahr 2020 waren es 3 659. Die Zahlen für 2021 haben wir an dieser Stelle natürlich noch nicht.

Eine solche Bauberatung kann Verfahren verkürzen, weil sie Einwendungen der Bauaufsicht direkt zu Beginn eines Verfahrens anspricht und es keine langfristigen Umplanungen an der Stelle geben muss.

Aus dem Antrag haben wir auch die Dezernatsumverteilung herausgelassen, aber nach dem Beitrag von dir, Monika Roß-Belkner, muss ich bei diesem Dschungel, den man dort hat, noch einmal darauf zurückkommen. Du hast gerade gesagt, es sei ein kleines Projekt, wenn man ein solches Bauvorhaben habe. Es ist sogar ein großes Projekt, wenn man allein das Thema Wohnen auf vier Dezernate aufgeteilt hat, sodass man überhaupt nicht weiß, wo man eigentlich hinmuss und wer wofür zuständig ist. Insofern wäre es großartig, wenn man zumindest eine gute Bauberatung hat, die einem sagen kann: Das müssen wir einbeziehen, und da müssen wir hin.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen diese qualitative Bauberatung weiter aufwerten, weil wir den Klimanotstand haben. Zudem gibt es auch Umweltthemen, die bei einem Bauantrag eine Rolle spielen. Als Beispiel möchte ich nur Folgendes anbringen: Dieser Rat hat beschlossen, dass die meisten städtischen Gebäude eine Photovoltaikanlage auf das Dach bekommen sollen. Dazu sage ich Ihnen, dass das bei den meisten städtischen Gebäuden allein aus statischen Gründen überhaupt nicht möglich ist. Deswegen wäre es gut, wenn man frühzeitig im Verfahren weiß, wie man bauen muss, damit es energetisch vernünftig funktioniert, und welche aktiven Maßnahmen zum Klimaschutz man beim Bauen verwenden kann oder muss.

Die meiste Energie wird überhaupt nicht für das Licht verwendet, sondern für die Wärme. Deswegen ist auch Solarthermie ein Thema, das wir ansprechen müssen, bei welchem Baufeld ein Anschluss an die Fernwärme besteht und, und, und.

Das sind alles Themen, die einen Bauherrn interessieren und die, weil es ganz viele verschiedene Stellen in dieser Stadt gibt, nach unserer Auffassung auch nicht von den Architekten allein gelöst werden können. Deswegen ist es gut, wenn wir eine solche Stelle bzw. eine solche Baubegleitung haben.

Nichtsdestotrotz ist es aber natürlich auch so: Wir konnten zum Glück die Mitarbeiter aufstocken. Ich glaube, die Not ist nicht mehr ganz so groß an dieser Stelle. Das, was wir natürlich nicht wollen, ist, dass wir eine Bauberatung haben und die Mitarbeiter dann abziehen, sodass sie mit den Bauanträgen nicht mehr hinterherkommen. Der Dezernent lächelt schon bei dieser Frage. Deswegen haben wir hier den Prüfantrag gestellt unter 3, ob und in welcher Form Stellen an diesem Punkt zugesetzt werden müssten. Denn wir wissen alle: Wohnen ist eines der größten Themen dieser Stadt. Deswegen müssen wir Bauanträge schnell und gut bearbeiten können, und deswegen kann diese Abteilung nicht genügend Stellen haben, um genau das vernünftig zu machen.

Meine Damen und Herren, deswegen möchte ich um Ihre Stimme für den Antrag werben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Homann. Sie waren genau in der Zeit. Das würden wir uns auch von den Baugenehmigungen wünschen. Das ist unser aller Ziel.

(Heiterkeit)

Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei der FDP-Fraktion für diesen Antrag bedanken. Es ist ein guter Antrag. Wir befinden ihn für gut und werden ihn dementsprechend auch unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Ich möchte mich jetzt relativ kurzfassen, aber vielleicht noch ein oder zwei Gedanken in die Diskussion einspeisen.

Wir haben es eben schon gehört: Die meisten Verfahren, die hier im Bauaufsichtsamt bearbeitet werden, sind Maßnahmen, bei denen kein Bebauungsplan erforderlich ist. Dort werden wir mit Sicherheit auch Investoren und Architekten mit einem sehr großen Erfahrungshintergrund haben. Wir werden aber bei den 34er-Maßnahmen vielleicht auch mal welche dabei haben, die keinen so großen Erfahrungshintergrund haben, da das Bauen nicht deren täglich Brot ist, sondern vielleicht eine Ausnahmesituation im Leben. Gerade deswegen ist es meiner Meinung nach genau richtig und wichtig, dass wir in diese Vorberatung einsteigen - so, wie es der Antrag vorsieht.

Wir wissen aber alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich ein Angebot anbiete, dann muss ich auch schauen, dass es funktioniert, und es funktioniert nur dann, wenn es auch Menschen gibt, die sich darum kümmern können und gegebenenfalls vielleicht auch ausschließlich darum kümmern. Von daher kann ich jetzt nicht ganz nachvollziehen, warum das Bündnis und auch die FDP-Fraktion der Auffassung sind, dass man dort kein Personal zusetzen soll. Einfacher gesagt: Wir sehen die Notwendigkeit des Personals auf jeden Fall gegeben.

Frau Ruffen, Sie sind diesbezüglich sehr kompetent, deswegen möchte ich auch noch einmal an Sie appellieren: Sie wissen vielleicht besser als ich - Sie kommen aus dem Bereich Architektur -, dass es mittlerweile doch sehr viele Fördermöglichkeiten gibt. Das sind teilweise sehr komplizierte Verfahren, die nicht von jedem Investor und nicht von jedem Bauherrn mitgebracht werden. Deswegen verstehe ich auch nicht, warum nicht insbesondere über die Frage von energetischer Sanierung oder energetischem Bauen in dieser Beratung diskutiert werden soll.

(Stefanie Ruffen [FDP]: Falsche Stelle!)

- Na ja, wenn ich doch aber das Konstrukt jetzt so habe, dass es ein Investor ist, dessen täglich Brot es eben nicht ist, zu bauen, dann ist es doch gerade wichtig, ihn darüber zu informieren, wo man Fördermöglichkeiten hat, und zwar nicht nur beim ökologischen Bauen, sondern auch bei der Frage: Wie ist es mit der Wohnraumförderung? Das ist in diesem Antrag überhaupt nicht zu finden. Das würde ich auch gern noch einmal zu überlegen geben.

Auch wenn ich im 34er-Bereich baue, kann ich durchaus geförderten Wohnungsbau betreiben, und dann ist es doch wichtig, wenn der- oder diejenige, der oder die diese Beratung durchführt, sagt: Hören Sie zu, Investor oder Häuslebauer, Sie haben auch die Möglichkeit, sehr gute Fördermöglichkeiten vom Land abzurufen. - All das geht nur, wenn ich eine qualifizierte Stelle habe und das qualifiziert durchgeführt wird, aber dafür brauche ich Personal.

Lange Rede, kurzer Sinn: Guter Antrag, Ergänzung um die Frage des geförderten Wohnungsraums, dass man dort auch kompetent ist und dass das natürlich Personal braucht. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Herr Jeschka bitte.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleg*innen und liebe Damen und Herren an den Bildschirmen! Ich hatte eine etwas längere Rede vorbereitet, aber eigentlich ist alles gesagt worden. Insofern bedanke ich mich natürlich auch bei der FDP-Fraktion für diesen Aufschlag. Umso mehr haben wir uns natürlich gefreut, dass am Ende noch ein Best Practice steht. Da geht uns natürlich das Herz auf. Wenn andere Städte das schon gut machen, kann Köln das natürlich auch gut machen - vielleicht sogar besser.

Ich würde jetzt nur noch einen Punkt hier erwähnen wollen, warum wir die beiden Änderungsanträge, also den Änderungsantrag und den Änderungsantrag des Änderungsantrages, ablehnen wollen.

Wir haben heute Morgen den Stellenplan verabschiedet. Wenn Sie richtig hineinschauen, sehen Sie, dort steht ein Punkt zum Amt 63, Bauaufsicht: Dort werden nämlich neun Stellen der Bauaufsicht zugesetzt zur Beschleunigung von Baugenehmigungsprozessen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Hört! Hört!)

- Das ist verrückt, oder?

(Beifall bei Volt)

Das ist Wahnsinn.

Deswegen würde ich so weit gehen und sagen: Ihre Anträge sind damit erledigt.

(Beifall bei Volt)

Sicherlich ist es gut und wichtig, dass Sie darauf hinweisen, aber ich weise darauf hin: Es ist schon alles erledigt, die Verwaltung hat das alles geregelt. Ich denke, die Verwaltung sollte auch entscheiden, wie mit diesen neun Stellen umgegangen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Jeschka, für diesen zukunftsweisenden, guten und kurzen Wortbeitrag.

Ich schaue in die Runde und sehe noch Frau Gabrysch mit einer Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte, Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank, lieber Herr Bürgermeister. - Liebe Kolleg*innen! Auch seitens der KLIMA FREUNDE ein Dank an dieser Stelle für diese Initiative. Die KLIMA FREUNDE begrüßen das natürlich auch sehr. Die ganzen Vorteile, die dann hoffentlich eine Effizienzsteigerung bewirken werden, wurden bereits genannt, ebenso natürlich auch die Hürden oder Herausforderungen. Aber insgesamt sehen wir es ganz genauso, dass das wirklich sehr vielversprechend ist. Insofern werde ich sowohl den Antrag der FDP-Fraktion im Namen der KLIMA FREUNDE unterstützen als auch den Änderungsantrag.

Ich muss gestehen, dass ich nicht einzuschätzen vermag, ob das, was mein Vorredner gerade zu dem, was heute schon beschlossen wurde, sagte, ausreicht, um den Änderungsantrag hier quasi aufzufangen oder nicht. Insofern möchte ich einfach noch dazu sagen, dass ich grundsätzlich natürlich aus Sicht der KLIMA FREUNDE das super wichtig und auch sinnvoll finde, dass tatsächlich an dieser Stelle die energetische Sanierung, die Nutzung von erneuerbaren Energien und auch die Beratung zu Fördermöglichkeiten mitgedacht wird. Da schließe ich mich meinen Vorredner*innen an, dass das an dieser Stelle meiner Meinung nach durchaus Sinn macht. In dem Sinne würde ich, wenn die Änderungsanträge nicht zurückgezogen werden, denen auch zustimmen.

Ich würde gern noch ergänzen, dass es natürlich aus Sicht der KLIMA FREUNDE - no need to say - sehr wünschenswert wäre, wenn durch diese Maßnahmen gewährleistet wäre, dass nur noch klimaneutrale oder bestenfalls klimapositive Bauanträge eingereicht oder zumindest genehmigt werden. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Gabrysch. Ich glaube, das wäre noch einmal einen eigenen Antrag wert an der Stelle.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung, weil ich keine Wortmeldungen mehr sehe. Ich habe vernommen, dass grundsätzlich alle in die gleiche Richtung marschieren, wenn auch mit etwas anderer Intention von den Fraktionen SPD und DIE LINKE. Das ist einfach auch ein Thema, das wichtig ist. Es ärgert die Menschen, wenn sie lange auf ihre Baugenehmigung warten müssen. Die Verwaltung ist überlastet, und dieser Antrag - so habe ich das den Wortmeldungen entnommen - soll helfen, das Verfahren zu verkürzen.

Jetzt haben wir hier zwei Anträge der SPD-Fraktion vorliegen. Ich gehe davon aus, dass der Ersetzungsantrag mit dem Änderungsantrag verschmilzt. Sie haben es, glaube ich, alle verstanden, sodass wir diesen Antrag zunächst als einen Antrag abstimmen können, und dann schauen wir mal weiter.

Wer würde dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion - so, wie er hier vorliegt - zustimmen? - Das sind DIE LINKE, SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann stimmen wir über den Ursprungsantrag von der FDP-Fraktion ab. Wer stimmt zu? - Das sind DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, CDU, FDP, Volt,

Die FRAKTION und die AfD. Dann sind wir, glaube ich, einstimmig an der Stelle. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall - Stefanie Ruffen [FDP]: Vielen Dank!)

Danke für den Antrag an die FDP-Fraktion. Sie haben uns alle überzeugt.

I. Gemeinsame Abstimmung über die beiden Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird wie folgt ergänzt:

Über die genannten Bereiche hinaus soll die Bauberatung auch zu Themen der energetischen Sanierung, Nutzung erneuerbarer Energie (z.B. Photovoltaik, Solarthermie) und zu Fördermöglichkeiten beraten.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wenn ja, wie viele Stellen benötigt werden, um die Beratung entsprechend leisten zu können

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD; Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt innerhalb der Bauaufsicht eine Bauberatung für Planende und Vorhabenträger aufzubauen, die weitestgehend verbindliche und ggfs. gebührenpflichtige Aussagen zu Bauvorhaben vor Einreichung eines Antrags abgeben. Diese soll in den Abschnitten der Organisation der Bauaufsicht eingebunden sein.

Hierfür beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Prüfung, wie die Bauberatung für Bauherrschaft und Planende im Vorfeld von Bauanträgen aufgebaut werden kann, mit dem Ziel, sorgfältig und umfassend zu beraten, um zeit- und kostenintensive Umplanungen später zu vermeiden.

Insbesondere sind in der Beratung bereits erkennbare Problemstellungen zu erörtern, denkbare Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen oder ggfs. überzogene Bebauungswünsche zurückzuweisen. Die Beratung richtet sich an Bauherrschaft und Planende mit konkreten Bauvorhaben vor allem bei unklarer Bebaubarkeit des Areals (z. B. kein Bebauungsplan). Wenn möglich sollte die Beratung durch die Mitarbeiter des zuständigen Abschnitts erfolgen.

Es soll geprüft werden, ob und inwieweit betroffene Ämter (auch dezernatsübergreifend) in die Beratung einbezogen werden können, jedoch nur mit engen Zeitvorgaben

Das Ergebnis der Beratung soll als Grundlage des dann folgenden Genehmigungsverfahrens (Vorbescheid oder Bauantrag) dienen.

Es soll geprüft werden, in wie weit die Beratung kostenpflichtig sein kann.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3.1.6 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Prüfung einer dritten Variante zur Ost-West-Achse"
AN/2268/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen (Ziffer IV - Seite 6).

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich rufe auf, nachdem TOP 3.1.6 zurückgezogen wurde, Tagesordnungspunkt:

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Vierte Corona-Welle brechen: Klare Handlungsanweisungen für den Gesundheitsschutz im Freizeitbereich und zur Vermeidung eines Lockdowns ausgeben“

AN/2347/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2378/2021

Gestatten Sie, dass die Stadtdirektorin einige Worte vorweg an Sie richtet? - Frau Blome, bitte schön.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Sehr geehrte Damen und Herren! Entschuldigung, Herr Homann, ich möchte dazu kurz etwas sagen.

Die Stadt Köln hat gestern eine Allgemeinverfügung erlassen, aus der ich ganz kurz zitieren möchte.

Zu 1.: Das Betreten der in den anliegenden Lageplänen gekennzeichneten abgesperrten Bereiche der Kölner Altstadt und des Zülpicher Viertels - das kennen Sie; das war im letzten Jahr zwar nicht, aber davor auch so - ist vom 11.11.2021 ab 8 Uhr bis zum 12.11.2021, 8 Uhr, nur immunisierten Personen gestattet. Also 2G.

Das Betreten sämtlicher Karnevalsveranstaltungen auf dem Gebiet der Stadt Köln in Innenräumen ist vom 11.11.2021 ab 8 Uhr bis zum 14.11.2021, 8 Uhr, nur immunisierten Personen gestattet. Dasselbe gilt für Karnevalsveranstaltungen im Freien, wenn es keine festen Sitzplätze gibt. Sprich: Für Kneipenkarneval in Gaststätten gilt ebenfalls 2G, ausgenommen normaler Restaurantbetrieb mit Maskenpflicht außerhalb des Sitzplatzes.

Die 2G-Regelung gilt nicht für Kinder von 0 bis 6 Jahren. Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren und 3 Monaten sowie Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, können auch unter Vorlage eines maximal 48 Stunden alten PCR-Tests oder maximal 6 Stunden alte Antigen-Schnelltests zugelassen werden.

Über die notwendigen Regelungen für die Advents- und Weihnachtsfeierlichkeiten wird der städtische Krisenstab zeitnah beraten. Darunter fallen auch die Weihnachtsmärkte. Darüber werden wir in der anstehenden Krisenstabssitzung am Freitag sprechen.

Zu 2., sprich Ansprechpartner: Wir haben im Ordnungsamt die zentrale Anlaufstelle Gastronomie mit Mitarbeitenden, die den Gastronom*innen beratend zur Verfügung stehen. Diese Beratung ist etabliert und wird durch die Gastronomie sehr positiv aufgenommen und sehr rege genutzt. Ebenso wird die Stadt breit über die Regeln informieren.

Zu 3., sprich Umsetzung und Einhaltung der Regeln: Auch in der kommenden Zeit, insbesondere zu Beginn des Karnevals am 11.11. und der Adventszeit mit stattfindenden Weihnachtsmärkten, wird der Ordnungsdienst mit besonderer Priorität für den Infektionsschutz im Einsatz sein und die geltende Regelung kontrollieren und durchsetzen. Die Kontrollen erfolgen insbesondere an den bekannten Hotspots und im Rahmen der personellen Kapazitäten, sprich stichprobenartig.

Im Veranstaltungsbereich der Altstadt wird die Einhaltung der Regelung am 11.11. durch die Willi Ostermann Gesellschaft an den Zugängen kontrolliert, sprich Heumarkt. Im Zülpicher Viertel bzw. auch Alter Markt übernimmt diese Aufgabe ein von der Stadt Köln beauftragter Sicherheitsdienst.

Von daher hat die Verwaltung den Antrag bereits umgesetzt bzw. wird ihn in Kürze umsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Stadtdirektorin Blome. - Dann können wir jetzt in die Beratung einsteigen. Herr Homann hat das Wort. - Bitte schön.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Blome, vielen Dank, dass Sie uns noch einmal die gestern erlassene Allgemeinverfügung vorgestellt haben.

Vor dem Hintergrund des Infektionsgeschehens: Wir haben eine Inzidenzzahl von 192. Wir haben eine extrem hohe Hospitalisierungsrate. Die Betten füllen sich immer mehr. Vor diesem Geschehen ist die getroffene Allgemeinverfügung absolut notwendig und folgerichtig gewesen.

Fakt ist aber auch, dass die SPD seit Monaten davor warnt, dass wir nur auf Sicht fahren. Das ist natürlich etwas, zu dem ich sage: Na ja, wir haben den 11.11. - der ist am Donnerstag -, und am Montag erlassen wir die Regeln, drei Tage vorher, an die sich die Kölner Bevölkerung halten kann und muss. Das ist etwas, wozu wir sagen: Na ja, das kann so nicht funktionieren.

Corona ist etwas, was uns seit fast zwei Jahren belastet. Zudem ist es eine andere Situation als vor anderthalb Jahren. Vor anderthalb Jahren kannten wir das Virus nicht, aber jedem war doch klar, dass wir im Herbst in eine vierte Welle gehen. Das ist doch kein Geheimnis gewesen. Wenn wir drei Tage vor Karnevalsbeginn eine

Allgemeinverfügung erlassen, weil uns auffällt: „Verdammte Hacke, wir haben so etwas wie Karneval!“, dann ist das etwas spät.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden wir unseren Antrag natürlich aufrechterhalten, weil es uns auch um die Advents- und Weihnachtszeit geht. Es wird jetzt nahtlos vom 11.11. an in diese Zeit übergehen. Wer Kölner ist, weiß, dass es in dieser Zeit natürlich auch den Sitzungskarneval gibt. Auch dafür ist die Frage zu stellen: Wie sind denn dort die Regeln?

Aus dieser Zeit heraus geht es dann nahtlos in den Straßenkarneval über. Klar, natürlich können wir drei Tage vor dem Straßenkarneval eine Allgemeinverfügung erlassen, in der wir die Regeln für den Straßenkarneval festlegen. Wir könnten aber auch jetzt überlegen, wie wir die Dinge in den kommenden Wochen regeln und erledigen wollen. Vor allem - Frau Stadtdirektorin, das haben Sie nicht gesagt - gilt diese Allgemeinverfügung für genau drei Tage. Sie ist danach nicht mehr existent. Dann überlegen wir am Freitag - das haben Sie gerade zugesagt -, wie es für die nächsten Wochen gegebenenfalls sein könnte - völlig überraschend, dass wieder Dezember ist und dass es wieder Weihnachtsmärkte gibt. Wir müssen doch sowohl der Bevölkerung als auch den Wirten frühestmöglich eine Sicherheit geben, wie wir gedenken, in unserer Stadt mit dieser Pandemie umzugehen. Sie ist leider nicht besiegt, sie ist immer noch da. Deswegen brauchen wir Regeln, und zwar frühzeitig. Insofern halten wir unseren Antrag auch aufrecht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Homann. - Das Wort hat Herr Hammer. - Bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Mike Homann, jetzt wurde in diesem Redebeitrag gerade ein bisschen so getan, als ob dieser Krisenstab auf euren Antrag gewartet hätte, um überhaupt auf die Idee zu kommen, sich mit dieser Pandemie zu beschäftigen.

Du hast es völlig richtig gesagt: Wir sind jetzt seit fast zwei Jahren in einer Pandemie. Was eine Pandemie aber auch ausmacht, ist, dass wir es jeden Tag mit neuen Bedingungen zu tun haben. Inzwischen kennen wir dieses Virus einigermaßen gut, wir kennen aber auch noch nicht alle Feinheiten. Jetzt so zu tun, als ob wir mit einem 5-Jahres-Plan schon wissen, wie wir diese Pandemie besiegen können, finde ich etwas wohlfeil, weil wir es auch für gefährlich halten, jetzt schon zu sagen, dass wir wissen, was im Februar mit dem Rosenmontagszug passiert, sodass wir ihn jetzt schon einmal sicherheitshalber absagen oder sicherheitshalber gestatten. Wir wissen doch gar nicht, in welchem Moment der Pandemie wir uns dann befinden. Deswegen halten wir diesen Antrag auch für deutlich unnötig.

Wie gesagt, ihr hättet ihn zurückziehen können, aber ihr tut es nicht. Insofern werden wir ihn leider ablehnen müssen.

Viele der Punkte, die hier aufgeführt werden, sind bereits vorhanden. Frau Blome hat es gerade dankenswerterweise noch einmal berichtet. Die Beratung für Gastronominnen und Gastronomen existiert bereits. Die Information an die Bevölkerung, welche Regelungen gelten, existiert bereits. Wer hätte das gedacht? Ich meine, gestern oder vorgestern wurde noch einmal eines unserer neuen Infosysteme vorgestellt, damit wir die Bevölkerung noch besser darüber informieren können.

Dann noch folgender Punkt: Dass jetzt die Stadtverwaltung dabei helfen soll, wie Flyer gestaltet werden sollen, ist, glaube ich, der Fürsorglichkeit etwas zu viel. Ich glaube, die Beratung, die die Stadtverwaltung hier liefert, ist schon sehr genau.

Auch ein dritter Punkt, in dem ihr sagt, die Umsetzung solle entsprechend kontrolliert, überwacht und durchgesetzt werden: Ja, davon gehen wir aus, dass das passiert und dass ich nicht eine Stadtverwaltung, die in einem Krisenmodus in diesem Krisenstab arbeitet, noch einmal dazu auffordern muss, dass sie doch bitte Regeln, die erlassen wurden, auch kontrolliert und durchsetzen möge.

In jeder Sitzung bekommen wir von euch einen Corona-Antrag. Nun könnte man sagen: Eine Partei, die sich mit Krisen auskennt, mag vielleicht der bessere Krisenstab sein. Aber ihr seid es nicht. Insofern lasst doch einfach die Verwaltung und den Krisenstab handeln, lasst sie aktuell auf die Gegebenheiten, die wir haben, reagieren, und lasst uns dann schauen, wie wir vielleicht auch tagesaktuell entsprechend handeln können. Wir lehnen diesen Antrag jedenfalls ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Hammer. - Das Wort hat Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Herr Bürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream! Ich habe nur wenige Anmerkungen und möchte das Ergebnis vorwegziehen: Wir lehnen den SPD-Antrag ab, weil er für Köln überflüssig und der Situation auch nicht angemessen ist. Er ist überflüssig, weil eben - die Stadtdirektorin hat es vorgetragen - wesentliche Maßnahmen für die nächsten Tage bereits geregelt sind und diese Regelungen der Situation, die wir speziell in Köln haben, angemessen sind.

Wir müssen hier genau unterscheiden: In Nordrhein-Westfalen und auch in Köln liegen die Impfquoten der zumindest Einfachgeimpften bei den über 18-Jährigen bei 85 Prozent. Wenn ich die Zweifachimpfung nehme, liegen wir bei über 80 Prozent. Das unterscheidet uns fundamental von den aktuellen Hotspots in Deutschland, die gerade in Süd- und Ostdeutschland vorhanden sind, wo die Impfquoten deutlich niedriger sind. Das muss man berücksichtigen.

Auch auf Landesebene wird natürlich derzeit geschaut, wie die entsprechenden Verordnungen angepasst werden. Insoweit arbeitet die Stadtverwaltung bzw. unser Krisenstab auch immer in enger Abstimmung mit den übergeordneten Gremien. Da dort die entsprechenden Maßnahmen vorbereitet werden, macht es keinen Sinn, jetzt Dinge zu formulieren, die vielleicht Ende der Woche schon wieder anders gestaltet werden.

Das, was ich mir allerdings gewünscht hätte - das wäre sinnvoller gewesen, statt hier den eigenen Schnellschuss noch einmal zu ändern -, ist, einen Brief an Ihren Kanzlerkandidaten zu richten. Ich erinnere mich noch sehr gut, als ich heute Morgen die Nachrichten gehört habe, an die massive Kritik der Ärztevertreter und von allen anderen, dass wir nicht - wie in anderen Ländern - jetzt doch zu einer 2G-Regelung kommen wollen, um damit den Druck auf bestimmte Teile von Deutschland, die Impfquote dort zu steigern, zu erhöhen. Aber dazu war Ihr Kandidat, der noch kein Bundeskanzler ist, nicht bereit, was natürlich die Arbeit in den Ländern, die für sich entscheiden müssen, etwas schwieriger macht.

Ich denke, angemessen werden wir wahrscheinlich nur durch diesen Winter kommen, wenn wir deutschlandweit eine 2G-Regelung haben. Wenn diese Rahmenbedingungen gegeben sind, werden unsere Stadtverwaltung und unser Krisenstab dann auch wieder angemessen reagieren. Für die nächsten Tage können wir aber sicher feiern. Das ist erst einmal die wichtigste Entscheidung. Ich glaube, dass es hier in Köln auch zeitnahe Entscheidungen geben wird, wenn Düsseldorf und dann vielleicht irgendwann einmal auch Berlin die richtigen Entscheidungen treffen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Frau Röhrig bitte.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Ratssaal! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, wir können den Sinn dieses Dringlichkeitsantrages nicht so richtig erkennen. Es gibt eine Coronaschutzverordnung, die am 29. Oktober aktualisiert wurde. Sie enthält zahlreiche Festlegungen, unter welchen Auflagen Einrichtungen zur Freizeitgestaltung arbeiten oder Veranstaltungen stattfinden können. Dort ist zum Beispiel für Wirte eindeutig festgelegt, dass der Zutritt nur nach der 3G-Regelung gestattet ist oder Masken im Innenraum abgenommen werden dürfen, wenn die Gäste an festen Plätzen sitzen oder stehen.

Es ist natürlich wünschenswert, dass die in Beamt*innen- und Jurist*innendeutsch verfasste Verordnung mit zusätzlichen Flyern in leichterer Sprache bekannt gemacht wird. Ich kann mir aber vorstellen, dass die Verwaltung solche Flyer entwickelt hat. Ansonsten ist das sicherlich ein guter Vorschlag.

Außerdem ist eine Debatte darüber wünschenswert, ob wir mehr oder weniger Einschränkungen für notwendig halten. In Ihrem Antrag wird aber nicht deutlich, was Sie nun wollen. Sie beantragen lediglich, dass die Verwaltung Regeln erlassen soll. Die gibt es aber bereits.

Selbst in Ihrem Ersetzungsantrag wird nicht konkreter von Regeln gesprochen. Deswegen können wir dem Antrag nicht zustimmen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Röhrig. - Das Wort hat nun Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Ist es in Ordnung, wenn ich es vom Platz aus mache? Dann spare ich uns Zeit.

(Ulrich Breite [FDP] meldet sich zu Wort)

Erst Herr Breite?

Bürgermeister Andreas Wolter: Sprechen Sie zunächst; Sie hatten einmal das Wort.

Philipp Busch (AfD): Ja, vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich hatte keine Wortmeldung von der FDP-Fraktion gesehen. Entschuldigung! Danach dann die FDP. - Bitte.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank. - Ich mache es kurz: Der Antrag ist für uns völlig unsubstantiiert. Das heißt, wir wissen gar nicht genau, was die SPD-Fraktion möchte. Die Verwaltung hat uns etwas vorgestellt. Ob wir das nun begrüßen oder nicht, sei dahin gestellt. Es gibt aber auf jeden Fall etwas. Ich denke, wir müssen auch darauf warten, was Land und Bund demnächst daraus machen. Das heißt, dass wir es hier aus dem Rat heraus gar nicht entscheiden können. Das hat übrigens auch in der letzten Ratssitzung die Oberbürgermeisterin gesagt. Wir als AfD-Fraktion lehnen diesen Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Breite bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Bürgermeister Wolter! Ja, Frau Röhrig, das ist ein - wie soll man sagen? - raffinierter Antrag der SPD-Fraktion. Sie haben es vollkommen richtig gesagt, Frau Kollegin Röhrig: Darin steht nicht, was sie machen soll. Die SPD-Fraktion unterbreitet keinen Vorschlag, was man jetzt machen sollte. Das soll dann die Frau Blome machen. Wenn sie das eine macht, kann man das andere kritisieren. Macht sie das andere, kann man das andere kritisieren. Ich weiß das nämlich aus dem Land von Frau Gebauer mit der Maskenpflicht bei Schulen: Macht man es so, wird es kritisiert; macht man es anders, wird das auch kritisiert. Darum hat die SPD-Fraktion das offen gelassen. Es kann ja immer etwas passieren, wir haben es gesehen. Wir hatten den Runden Tisch für Karneval, auf dem wir noch gesagt haben: Wir machen am Heumarkt 2G, außen herum noch 3G. Jetzt haben wir sogar auf der Zülpicher Straße vollkommen 2G gemacht, weil das natürlich eine Entwicklung ist, die wir gar nicht absehen konnten.

Auch wenn wir von der vierten Welle reden, sind das jetzt Inzidenzzahlen, mit denen auch die Experten nicht gerechnet haben. Das ist also eine neue Situation, auf die wir uns einstellen müssen.

Wir wissen auch noch nicht, wie es in einem oder zwei Monaten aussieht. Wir hören jetzt auch schon von Impfdurchbrüchen, und es kann vielleicht auch zu 2G+ kommen, also mit Tests. Auch das kann passieren. Aber das können wir jetzt noch nicht entscheiden. Darum war die Entscheidung, Frau Blome, vollkommen richtig. Und daher werden wir den Antrag auch ablehnen; denn damit soll man aufs Glatteis geführt werden, aber das wollen wir für die Stadtdirektorin nicht. Darum werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Breite. - Dann habe ich auf meiner Rednerliste noch Herrn Zimmermann. Er hatte sich noch gemeldet. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. - Herr Zimmermann bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es wurde schon einige Male erwähnt, Frau Röhrig hat es als Erste noch einmal deutlich gesagt: In dem Antrag steht gar nichts drin. Das ist sehr bedauerlich. Bei der Überschrift hatte ich mich eigentlich als derjenige, der

auch zum Team Vorsicht gehört, gefreut, dass dort jetzt etwas kommt. Aber es sind überhaupt keine substanziellen Vorschläge enthalten.

Das Einzige, wo ich teilweise zustimmen möchte, ist der Punkt 3 bei den Kontrollen. Wir leben alle in unterschiedlichen Welten und Realitäten. Ich bewege mich aber auch durch viele Räume, wo die 3G-Regel gelten sollte, stelle aber regelmäßig Verstöße fest; ich möchte keine Begegnungsräume nennen. Ich bin doch immer wieder erstaunt darüber, wie die Kontrollen durchgeführt werden. Natürlich können Sie Karneval aufgrund mangelnden Personals nur stichprobenartig kontrollieren - das ist vollkommen klar -, aber eine wirkliche Kontrolle im Sinne von einer wirklich flächendeckenden und permanenten Kontrolle der Regeln wollen wir vielleicht alle nicht, aber ich bitte doch darum, an die Verantwortlichen zu appellieren, vielleicht an manchen Orten nicht ganz so lasch damit umzugehen.

Das ist etwas, was ich wahrnehme. Es mag sein, dass andere das anders wahrnehmen, aber wir haben immer noch einen hohen Prozentsatz Ungeimpfter in unserer Stadt, die sich meiner Meinung nach unsolidarisch verhalten, wenn sie Impfungen bekommen könnten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen gleichzeitig jetzt auch im Laufe der vierten Welle, dass Impfdurchbrüche kein Spaß sind und genauso die Krankenhäuser füllen. Daher bitte ich doch, bei den Kontrollen wirklich strenger vorzugehen. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Gestatten Sie mir noch ein Wort: Ich bin zunächst einmal froh darüber, dass wir zumindest 2G am 11.11. an den sogenannten Hotspots haben.

Mir fällt auf, dass im Rathaus schon wieder die ersten Termine wegen steigender Zahlen abgesagt werden. Wenn ich mir jedoch anschaue, was vor allem auf dem Alten Markt oder auf dem Quatermarkt los ist, passt das alles irgendwie nicht so ganz zusammen. Ich glaube, wir müssen da auf Sicht fahren. Natürlich ist es ein emotionales Thema, und jeder hat eine andere Meinung dazu. Der eine fühlt sich unsicher, der andere sagt: Ich habe überhaupt kein Problem damit.

Ich glaube, man kann das bei der Sache so planvoll, wie es hier angesprochen wurde, vielleicht gar nicht machen, weil man immer sehen muss: Was passiert in den nächsten Wochen, und wie gehen wir dann mit der jeweiligen Situation um?

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Insofern kommen wir zur Abstimmung. Das Thema ist, wie gesagt, virulent, weshalb wir hier auch zwei Varianten der SPD-Fraktion vorliegen haben, nämlich mit einem Ersetzungsantrag des eigenen Antrags. Diesen würde ich zunächst abstimmen lassen, da der Ersetzungsantrag den Ursprungsantrag ersetzt. Insofern ist der erste Antrag den Sie gestellt haben weg.

Wer würde diesem Ersetzungsantrag seine Zustimmung geben? - Das sind SPD, Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann hätten wir die Anträge der Fraktionen insoweit durch.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der vorliegende Dringlichkeitsantrag (AN/2347/2021) wird wie folgt ersetzt:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Stadtverwaltung auf,

1. *Regeln für den Gesundheitsschutz im öffentlichen Freizeitbereich auszugeben, damit trotz der steigenden Coronazahlen in Köln auch längerfristig nach dem 11.11., insbesondere in der Advents- und Weihnachtszeit eine weitestgehend sichere Durchführung von Veranstaltungen und Events möglich ist. Das Regelungswerk muss auch über den Termin der Sessionseröffnung hinaus allen Beteiligten einen zuverlässigen Handlungsrahmen für öffentliche Feiern und Veranstaltungen im Karnevals- und Weihnachtsgeschehen geben.*

2. *Gastronom*innen, Kulturtreibenden, Veranstalter*innen usw. soll bei der Umsetzung geholfen werden, um Ihnen eine verlässliche Grundlage für ihre Angebote im Sinne der Ziffer 1.) zu geben (Beratung, handouts, Flyer).*

3. *Die Umsetzung und Einhaltung der Regeln soll von der Stadt mit entsprechenden Mitteln*

kontrolliert, überwacht und durchgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

II. Der Dringlichkeitsantrag AN/2347/2021 hat sich aufgrund des Änderungsantrages der SPD-Fraktion AN/2378/2021 erledigt.

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Aufhebung der Ausreisesperre für Hamide Akbayir"
AN/2357/2021

Anmerkung:
Der Tagesordnungspunkt wurde vor TOP 3.1.1. behandelt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich rufe auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen
1645/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV - Seite 6).

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

3.2.2 Beschluss der Bezirksvertretung Kalk: „Angebote der außerschulischen Bildung auch für Kinder von Geflüchteten ermöglichen“

2901/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Wer möchte der Vorlage zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat begrüßt die von der Verwaltung bereits in Umsetzung befindlichen bedarfsgerechten Maßnahmen und Angebote zur außerschulischen Bildung für Kinder und Jugendliche aus geflüchteten Familien.

Der Rat unterstützt den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk und verweist das Thema zur weiteren Beratung in die Fachgremien Integrationsrat, Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich rufe auf:

3.2.3 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Einrichtung eines dezentralen Stützpunktes des Ordnungsamtes in Kalk (Ordnungsdienste vor Ort)

2093/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Richter bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Bürgermeister Wolter. - Ganz kurz vom Platz aus zwei oder drei Sätze.

Wir haben hier eine Anregung der BV Kalk zur Einrichtung eines dezentralen Stützpunktes des Ordnungsamtes in Kalk. Hierzu wollten wir sagen, dass wir der Verwaltungsempfehlung folgen: Es gehört in die Organisationshoheit der Bürgermeisterin, den Ordnungsdienst zu gestalten.

Gleichwohl haben wir in den letzten zwei Jahren den Ordnungsdienst stark weiterentwickelt. Dieses Jahr wird der Umzug abgeschlossen sein. Lassen Sie uns erst einmal schauen, wie die neue Struktur mit den bezirksorientierten Einheiten und Dienstgruppen funktioniert. Diese Anregung der BV Kalk kann mitgenommen werden, aber wir folgen der Vorlage.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich habe jetzt noch Wortmeldungen von Herrn Spehl und Herrn Detjen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Krupp noch. - Herr Spehl bitte.

Felix Spehl (CDU): Ich mache das auch vom Platz aus, um uns allen Zeit zu sparen.

Wie schon der Vorredner ausgeführt hat, haben wir sehr viel Kraft und Zeit investiert, den Ordnungsdienst jetzt in Junkersdorf neu aufzustellen. Man muss step by step vorwärtsgehen. Wir haben, Stand heute, ein Kalk-Team im Ordnungsdienst. Die kennen jede Ecke von Kalk, sodass die inhaltliche Idee, die durchaus interessant ist, von der Bezirksvertretung Kalk - vielen Dank für die Anregung -, wirklich gut ist, zu sagen: Man muss Expertenteams auch im Ordnungsdienst haben. Aber das haben wir bereits. Das, was wir derzeit nicht haben, ist die dezentrale Unterbringung. Aber wir sind jetzt einen Schritt vorwärtsgegangen hin zu einer neuen Immobilie für den Ordnungsdienst, sodass wir dort die Stärken nutzen können, das aber step by step. Das heißt für die Kollegen noch nicht, dass es final für immer und ewig ist, dass wir uns keinen Standort auf der Schäl Sick vorstellen können - ob das jetzt unbedingt in Kalk sein muss, ist eine andere Frage -, aber Stand heute ist es das, was wir erst einmal erreichen sollten. Das sollten wir uns auch erst einmal vornehmen. Ich glaube, wir behalten es weiter auf dem Schirm, kennen auch all unsere Parteikollegen aus der Ecke dort und werden das weiter tief und intensiv mit ihnen diskutieren.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Spehl. - Herr Krupp bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Von unserer Seite aus teilen wir inhaltlich diese Anregung der Bezirksvertretung Kalk. Wir sind nicht der Meinung, dass ein Ordnungsdienst, der zentral tief im Kölner Westen angesiedelt ist, den Belangen gerade in den rechtsrheinischen Stadtteilen gerecht wird. Wir hielten es vielmehr für richtig - das haben wir auch schon oft postuliert -, dass gerade dezentral Ordnungsdiensteinheiten auch eingerichtet werden. Das bedeutet nicht, dass es nicht zugleich auch wirklich eine Zentrale geben kann. Aber es muss zusätzlich auch noch Einheiten vor Ort geben mit einer - ich sage einmal so - Wache oder einem - wie auch immer Sie das nennen wollen - Standort.

Deshalb ist dieser Antrag aus Kalk durchaus Wasser auf unsere Mühlen, was unsere Forderungen angeht. Ich weise Sie noch einmal darauf hin: Der ist in Kalk einstimmig von allen Parteien oder allen Farben in der Bezirksvertretung beschlossen worden. Von hier aus hinzugehen und zu sagen, das haben sie dort in Kalk alles falsch verstanden, eigentlich ist das eine Super-Lösung - so, wie sie jetzt angedacht ist -, finde ich ein bisschen neben der Sache. Ich glaube, dass die Menschen und Politiker vor Ort schon sehr gut mitbekommen, dass die Probleme, die dort anzutreffen sind, nicht so sehr im Fokus stehen, als wenn es einen Dienststandort oder eine Dienststelle vor Ort gäbe.

Deshalb ist unser Petitum, dieser Anregung zu folgen. Das ist in der Tat Sache der Oberbürgermeisterin; das sagt der Beschlussvorschlag auch. Aber vielleicht wägt sie das ab - ich bin sicher, sie wird das Wortprotokoll studieren - und wird der Anregung auch folgen. Unsere Unterstützung hätte sie, die Zentrale des Ordnungsdienstes tief in den Kölner Westen zu legen. Keine dezentralen Standorte darüber hinaus vorzusehen, halten wir für einen Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Detjen steht auf meiner Liste, ich sehe ihn aber nicht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das war ein Fehler!)

- Das war ein Fehler.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht.

Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Gegenstimmen der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir gegen die Stimmen der LINKEN so beschlossen. Danke schön.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Kalk aus ihrer Sitzung am 22.04.2021 (TOP 7.22) zur Kenntnis und leitet sie gemäß § 38 Absatz 13 Satz 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln an die

für diese Angelegenheit zuständige Oberbürgermeisterin weiter.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich rufe auf:

3.2.4 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 10.06.2021: Außengastronomie 2021/2022 - Gebührenerhebung

2825/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/2379/2021

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/2376/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Weisenstein, Herr Zimmermann und Bezirksbürgermeister Hupke. Ansonsten sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. - Herr Weisenstein bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich probiere, es sehr kurz zu machen.

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht. Den haben wir deswegen eingebracht, weil die Beschlusslage der Bezirksvertretung 1 nicht als Anlage dem Beschlusstext hinzugefügt ist, sondern in der Beschlussfassung selbst ist die Beschlussfassung der Bezirksvertretung 1 untergekommen. Wir haben im Prinzip die Beschlussfassung aus der Bezirksvertretung 1 zu unserem Änderungsantrag gemacht.

Der Inhalt ist eigentlich sehr schnell erklärt: Die Außengastronomie soll bis zum Ende des nächsten Jahres von Gebühren befreit sein. Hintergrund ist die Pandemie. Die Menschen sollen nach Möglichkeit draußen sein und nicht so viel drin - wir haben es eben diskutiert -, deswegen sind wir wie auch die Bezirksvertretung 1 der Auffassung, dass die Gebühren für die Außengastronomie im nächsten Jahr komplett nicht erhoben werden sollen. Insofern ist unser Änderungsantrag meiner Auffassung nach auch der weitergehende.

Das Weitere wird mit Sicherheit der Kollege Zimmermann erläutern.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Herr Zimmermann bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Herr Weisenstein hat vollkommen recht. Ich schließe mich gern seinen Worten an. Auch ich habe einen Änderungsantrag gestellt - allein deswegen, weil ich festgestellt habe, dass von unserem Mehrheitsbündnis hier im Rat bedauerlicherweise kein Änderungsantrag zur Beschlussvorlage gekommen ist. Ich hätte auch gern zuerst Herrn Bezirksbürgermeister Hupke gehört. Jetzt ist die Reihenfolge leider anders.

Dennoch wurde in der BV Innenstadt beschlossen, Außengastronomie bis 31.12.2022 zu verlängern. Die BV 1 hat aber auch beschlossen: ohne Gebühren. Wir haben uns im Rat natürlich zu Recht im Juni gefragt: Warum nur die Innenstadt? Wir haben das also stadtweit ausgeweitet. Das war ein sehr guter Beschluss. Die Außengastronomie kann bis zum 31.12.2022 bleiben. Das ist sehr gut und positiv. Aber der Rat bzw. die Verwaltung möchte - das steht in dieser Beschlussvorlage heute noch einmal drin - wieder Sondernutzungsgebühren erheben.

Jetzt ist die Sache so: Der Gastronomie geht es weiterhin nicht gut; das ist ganz klar. Die Menschen haben natürlich jetzt auch angesichts der vierten Welle weiterhin ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis. Daher ist es natürlich hervorragend, wenn die Gastronomie möglichst viele Außenflächen zur Verfügung stellt, um diesem Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen, und nicht durch für den einen oder anderen Gastronomen zu hohe Gebühren abgeschreckt wird.

Insofern wäre es naheliegend, darauf zu plädieren, gar keine Gebühren zu erheben. Da ich aber vermute, dass das Bündnis diesen Weg nicht mitgehen wird, habe ich einen Vermittlungsvorschlag gemacht, und zwar mit 50 Prozent der Gebühren.

Die Verwaltung argumentiert damit, dass sie Gebühren erheben muss, weil sie sonst Mindereinnahmen hätte. Nun haben wir heute Morgen den Haushalt beschlossen; ich habe den Haushalt mitgetragen und übernehme quasi auch eine finanzielle Verantwortung. Deswegen plädiere ich nicht dafür, komplett auf die Gebühren zu verzichten,

aber wenn wir die Außengastronomieflächen vergrößern - so viel habe ich in Mathe gelernt -, müssten wir eigentlich auch mehr Einnahmen generieren, was diese Sondernutzungsgebühren angeht. Davon sollten wir in der Tat der Gastronomie wieder einen Teil zurückgeben. Deswegen nur 50 Prozent der üblichen Sondernutzungsgebühren. Das ist mein Vorschlag, quasi ein Kompromiss.

Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Vorschlag eine Mehrheit erhalten würde, weil das Wirtschaftsförderung im besten Sinne des Wortes wäre. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Zimmermann. - Jetzt hat der Bezirksbürgermeister das Wort. - Bitte schön.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter, lieber Andreas! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab will ich mitteilen, dass es kein leichter Kampf und auch keine leichte Arbeit war, dass unser Beschluss heute auf der Tagesordnung steht. Ich freue mich sehr darüber, weil dann von einer Fraktion oder einer Gruppe im Hauptausschuss in Gürzenich ein Antrag gestellt wurde, wonach dann der Teil, den wir beschlossen hatten, kassiert wurde.

Wir haben uns darüber Gedanken gemacht. Das ist ein Antrag oder ein Beschluss, der nicht einfach so leichtfertig gefertigt wurde - so nach dem Motto: Na ja, die BV kann das beschließen, muss es im Endeffekt aber finanziell nicht vertreten, sondern dafür ist der Rat zuständig. - Selbstverständlich. Und das ist auch gut so. Da sind wir Demokraten bis auf die Knochen, um das einmal so zu sagen, weil es nicht neun unterschiedliche Gebührenordnungen geben kann. Deshalb finde ich es auch sehr spannend, das heute hier diskutieren zu können.

Aber warum haben wir das getan? Nicht, um populistisch zu sein. Das sagen wir auch ganz klar. Wir haben den Beschluss gefasst, weil wir leidenschaftliche Kneipengänger und Kneipengängerinnen sind.

Ich weiß nicht, wie es dem einen oder dem anderen geht, aber wo findet das wahre Leben statt? Das ist in den Kneipen, in den Kaschemmen, in den Eckgaststätten und was es dort alles noch gibt. Dort haben wir - ich darf das zumindest für mich sagen - Köln kennengelernt. Ich habe Köln nicht an der Universität kennengelernt oder aus Büchern, privat und am Köln-Kolleg, wo ich mein Abitur gemacht habe. Ich habe Köln verstanden und kennengelernt in den Gaststätten und in der KVB.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Das habe ich auch gemacht.

Warum machen wir uns so große Sorgen? - Die größte Sorge ist, dass die Kneipen und Gaststätten, das Gastronomiegewerbe insgesamt - ohne auf die Tränendrüse zu drücken -, schließen müssen. Das, was der Vorredner gesagt hat, es gehe den Kneipen gut, stimmt nicht. Schauen Sie es sich genau an und sprechen Sie mit den Gastleuten. Zahlreiche Buchungen, über die sie sich riesig gefreut haben, da sie volle Bücher haben, wurden abgesagt.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Gaststätten ein Kulturgut sind. Genau wie der Karneval zu dieser Stadt gehört, gehört auch das Kulturgut Kneipen dazu. Denen muss geholfen werden. Wenn großen Konzernen geholfen werden kann, die durch die Pandemie Probleme hatten, muss den Kleinen auch geholfen werden. Bitte, meine Damen und Herren, multinationalen Konzernen wird geholfen, die ihre E-Scooter hier aufstellen und bis jetzt noch keinen einzigen Cent bezahlt haben. Das Gleiche gilt für die Firmen mit den Leihfahrrädern, die teilweise aus dem fernen Osten kamen und die hier auch noch keinen einzigen Cent bezahlt haben. Ich finde, das sollte man auf die Waage legen. Denn das ist auch öffentlicher Raum, den sie benutzen und in Anspruch nehmen, dafür aber keinen Cent zahlen. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Jede Blumenfrau oder jeder Blumenmann muss, wenn sie oder er einen Topf hinausstellt, eine Sondernutzungsgebühr bezahlen.

Zu den Kneipen - das sage ich zum Schluss - kann ich nur sagen: Wenn viele von ihnen durch die Hilfe des Rates der Stadt Köln überleben, dann kommt das auf dem Weg der Umwegrentabilität wieder zurück. - Ich danke für Ihr Zuhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Bezirksbürgermeister.

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann schlage ich vor, dass wir zunächst über den Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag von Herrn Zimmermann abstimmen, anschließend über den Antrag der LINKEN und dann über die Vorlage gegebenenfalls in geänderter Form.

Wer dem Antrag von Herrn Zimmermann seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Zimmermann, Frau Gabrysch, Die FRAKTION und DIE LINKE. Wer enthält sich? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Ersetzungsantrag der LINKEN. Wer dem Ersetzungsantrag der LINKEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und die FDP. Wer enthält sich? - Dann ist dieser Antrag auch abgelehnt.

Dann stimmen wir jetzt noch über die Vorlage ab:

> Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zur Kenntnis und bekräftigt seinen Beschluss vom 24.06.

Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE, die SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und die FDP. Wer enthält sich? - Damit haben wir das so angenommen. - Danke schön.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 10.06.2021 zur Kenntnis und ändert seinen Beschluss vom 24.06.2021. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Sondergenehmigungen für die Außengastronomie auf dem gesamten Stadtgebiet bis zum 31.12.2022 zu verlängern. Zudem erhalten Gastronom:innen die Möglichkeit, die Außengastronomie auf direkt an den Betrieb angrenzende Parkplätze auszuweiten. Neugenehmigungen sind weiterhin möglich. Für Sondernutzungen werden im genannten Zeitraum nur 50% der üblichen Gebühren erhoben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

Der Beschlusspunkt wird wie folgt ersetzt:

Die Saison für die Außengastronomie in der Innenstadt wird über den 31. Dezember 2021 hin - aus bis zum 31.12.2022 verlängert. Alle genehmigten Außengastronomie bleiben bestehen. Neuanträge sind weiterhin möglich. Gebühren für Sondernutzungen fallen weiterhin nicht an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

III. Abstimmung über die Vorlage:

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 10.06.2021 zur Kenntnis und bekräftigt seinen Beschluss vom 24.06.2021.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Köln: Ausweisung der Inzidenzen für Geimpfte und Ungeimpfte“

AN/1962/2021

Antwort der Verwaltung vom 27.08.2021

3310/2021

Die Antwort liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Klärung Zusammenarbeit mit Michael Winterhoff“

AN/1960/2021

Antwort der Verwaltung vom 29.10.2021

3298/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Haben Sie Nachfragen? - Das ist auch nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Anfrage zur Fluchtlichtanlage am Aachener Weiher“

AN/2334/2021

Antwort der Verwaltung vom 09.11.2021

3907/2021

Die Antwort liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Anfrage Fördermittelmanagement“

AN/2335/2021

Antwort der Verwaltung vom 09.11.2021

3913/2021

Auch da liegt die Antwort vor. Gibt es Nachfragen? - Keine. Gut.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
3170/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer II - Seite 6).

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln
3200/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer III - Seite 5).

6.2.2 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
3199/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer III - Seite 5).

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Bürgermeister Andreas Wolter: Die unter TOP 6 vorgesehenen Punkte sind alle zurückgestellt worden.

Damit sind wir bei:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

3712/2021

Das nehmen wir zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Aufbau der gemeinsamen Verkehrs- und Tunnelleitzentrale

hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021

2797/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann nehmen wir auch das zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Bürgermeister Andreas Wolter: Jetzt kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
1094/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 5).

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.2 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung und Finanzierung von hochflurigen Stadtbahnwagen

3243/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Ersatzbeschaffung von 132 Stadtbahneinheiten (66 Züge) der Serien 2200/2300 und 5100 sowie die Beschaffung von 34 Zwischenmodulen für die Kapazitätserweiterung auf den Linien 4, 13 und 18. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass weitere 60 Stadtbahneinheiten (30 Züge) und 23 Zwischenmodule für Leistungsausweitungen (unter anderem auf Basis der ÖPNV-RoadMap der Stadt Köln) zusammen mit der vorgenannten Ersatzbeschaffung als Optionen ausgeschrieben werden. Über den späteren Abruf dieser optionalen Leistungen für die Kapazitätserweiterungen entscheidet der Rat jedoch gesondert. Die Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt entsprechender Gremienbeschlüsse der KVB.*

2. *Der Rat nimmt die im Zusammenhang mit dem oben genannten Investitionsvorhaben stehenden (Projekt HFX) finanziellen Folgeauswirkungen und die daraus resultierende, nach heutigem Kenntnisstand prognostizierte Erhöhung des Jahresdefizites um rd. 40,8 Mio. € im Jahr 2035 zur Kenntnis. Davon betreffen 18,5 Mio. € die Beschaffung der zu ersetzenden 132 Serienfahrzeuge sowie der 34 Zwischenmodule für die Kapazitätserweiterung auf den Linien 4, 13 und 18 und 22,3 Mio. € die optionalen Stadtbahneinheiten für noch nicht beschlossene Leistungsausweitungen.*
   Der Rat beschließt ferner, der KVB zur Finanzierung der Stadtbahnbeschaffung Gesellschafterdarlehen bis zu einem Volumen von 580 Mio. Euro zu Kommunalkreditkonditionen zur Verfügung zu stellen und beauftragt die Verwaltung, hierfür die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Über die Finanzierung eines eventuellen Abrufs der auszuschreibenden Optionen entscheidet der Rat gesondert.

   Die notwendige zukünftige Mittelbereitstellung wird auf Basis des von der KVB vorgelegten Zahlungsplanes entsprechend im Rahmen der Hpl.-Anmeldungen ab Haushaltsjahr 2024 im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in der Teilfinanzplanzeile 12 als Ausleihung – Auszahlungen für sonstige Investitionsauszahlungen- zu berücksichtigen sein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.3 Abschlussbericht zum 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplan im Rahmen der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

2175/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den als Anlage beigefügten Abschlussbericht zum 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplan im Rahmen der Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Liebigstraße im Stadtteil Neu-Ehrenfeld durch einen Totalunternehmer

2591/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Wir stimmen ab wie Verkehrsausschuss bzw. wie Finanzausschuss, Anlage 5.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 05.10.2021 (Anlage 4) und des Finanzausschusses vom 08.11.2021 (Anlage 5):

1. *Der Rat stellt den Bedarf fest, die Planung, den Abbruch und den Neubau der Brücke Liebigstraße im Stadtteil Neu-Ehrenfeld durchzuführen und beauftragt die*

Verwaltung, die Maßnahme mit einem Totalunternehmer (TU) bis zur Fertigstellung des Ersatzneubaus umzusetzen. Gemäß vorläufiger Kostenschätzung belaufen sich die Gesamtkosten auf rund 7,70 Mio. € brutto (inklusive Planungsleistungen).

2. *Gleichzeitig beschließt der Rat vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 3,00 Mio. € im Teilfinanzplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahnbau, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6901-1202-4-0400, Ersatzneubau Brücke Liebigstraße, Hpl. 2022.*

3. *Die Wiederherstellung der Oberfläche wird nach den Maßgaben des Radverkehrskonzeptes Ehrenfeld geplant und wird in die noch zu beschließende Gesamtneugestaltung der Liebigstraße eingebettet.*

4. *Die Planungen zur Oberflächengestaltung der Brücke Liebigstraße sind der Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.*

5. *Es soll geprüft werden, ob für die bestehenden Ampelanlagen eine Alternative eingeplant werden kann. Bei der Aufteilung und Breite des Straßenraums soll ein möglichst komfortabler Übergang zwischen den beiden Grünbereichen geschaffen werden. Die Ausführungsplanungen werden dem Ausschuss zur Kenntnis vorgelegt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.5 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung
2622/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer IV - Seite 6).

Bürgermeister Andreas Wolter: TOP 10.5 ist vertagt.

Tagesordnungspunkt

10.6 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01. - 30.06.2022

2877/2021

Der AVR und der Finanzausschuss haben einstimmig zugestimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW und dem Beschluss der Haushaltssatzung 2022, die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.01. - 30.06.2022.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der Stadt Köln sowie der beteiligten Kreise und der Stadt Leverkusen.

Im Hpl.-Entwurf 2022 und der ihm beigefügten Mittelfristplanung sind im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 – Zuwendungen und allg. Umlagen – und 6 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen – sowie die Aufwendungen in den Teilplanzeilen 11 – Personalaufwendungen - , 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – und 16 – sonstigen ordentliche Aufwendungen – veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.7 Umbenennung des Radstadions in „Albert-Richter-Velodrom“ und des Vorplatzes in „Ernst-Berliner-Platz“

2489/2021

Der Sportausschuss hat einstimmig zugestimmt, ebenfalls die BV 3.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Von den Grünen. Bitte schön. Herr Klemm, Sie haben das Wort.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Hier im Saal sind es nur noch wenige, aber draußen an den Bildschirmen sicherlich viele.

Ich weiß; es ist spät. Aber zu dieser absolut erfreulichen und wichtigen Entscheidung will ich zumindest noch einige wenige Worte sagen.

Mit der Umbenennung des neuen Müngersdorfer Radstadions in „Albert-Richter-Velodrom“ ehren wir nicht nur einen herausragenden Sportler, Weltmeister, Vizeweltmeister und mehrfachen deutschen Meister, sondern wir ehren vor allem einen Menschen, der in der dunkelsten Zeit Deutschlands Haltung bewiesen hat.

(Beifall)

Der Ehrenfelder Radrennfahrer Albert Richter hat bis zu seiner wahrscheinlichen Ermordung durch die Nazis immer klar Stellung gegen das NS-Regime bezogen. Er hat sich noch während der NS-Zeit immer für Völkerverständigung eingesetzt und weiter Freundschaften zu seinen französischen und belgischen Kollegen gepflegt, und er hat immer zu seinem jüdischen Manager Ernst Berliner gestanden, sportlich und privat.

Gerade am heutigen 9. November - herzlichen Dank an die abwesende Frau Oberbürgermeisterin für ihre wirklich sehr beeindruckende Rede heute Morgen - zeigt die Ehrung Richters, dass es in der NS-Zeit auch Deutsche gab - leider viel zu wenige -, auf die wir bis heute noch stolz sein können, weil sie Zivilcourage und Menschlichkeit genau dann gezeigt haben, als es darauf ankam.

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat vor einer Woche den Vorplatz in „Ernst-Berliner-Platz“ umbenannt. Nach der Fertigstellung des Radstadions können wir also über den Ernst-Berliner-Platz ins Albert-Richter-Velodrom gehen - in Erinnerung an den sportlichen Weg, den Ernst Berliner seinem Schützling Albert Richter gebahnt hat. Ich finde das ein wunderschönes Bild.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Dass das neue Radstadion keinen so austauschbaren Namen wie „Playmobil-Arena“ oder „Deutsche-Bank-Park“ bekommen wird, zeigt die Bedeutung und Wertschätzung, die dem Radsport in Köln entgegengebracht wird.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei allen bedanken, die diese Entscheidung möglich gemacht haben - zunächst natürlich bei der Bürgerinitiative für das Albert-Richter-Velodrom, die mit ihrer Petition diese Entscheidung angestoßen hat. Ich möchte hier auch der Verwaltung und der Kölner Sportstätten GmbH danken. Nicht zuletzt möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Sportausschuss bedanken, die einstimmig diese Umbenennung empfohlen haben.

Das ist im wahrsten Sinne ein Tigersprung für den Kölner Radsport. - Danke.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Klemm. Ich denke, dass das eine wichtige Entscheidung ist - und das auch noch an dem heutigen Tag. Das passt sehr gut zusammen, glaube ich.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen gegen die Vorlage? - Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der FRAKTION. Ansonsten einstimmig so beschlossen. - Danke schön.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Umbenennung des „Radstadion Köln / Albert-Richter-Bahn“ in „Albert-Richter-Velodrom“.

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt die Umbenennung des Vorplatzes des zukünftigen Radstadionhaupteingangs in „Ernst-Berliner-Platz“.

Der Gesellschaftsvertrag der Kölner Sportstätten GmbH wird entsprechend geändert.

Der Rat ermächtigt den Gesellschaftervertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Kölner Sportstätten GmbH, den

Namensgebungen zuzustimmen und die Geschäftsführung der Kölner Sportstätten GmbH anzuweisen, den Ratsbeschluss zur Umbenennung des Radstadions in „Albert-Richter-Velodrom“ sowie den Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal zur Umbenennung des Vorplatzes in „Ernst-Berliner-Platz“ zeitnah nach Fertigstellung der Umbaumaßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.8 Sportanlage Halle Erdweg, Köln-Worringen

Generalsanierung der Sporthalle und gleichzeitige Umwandlung in eine Mehrzweckhalle sowie Errichtung einer Photovoltaikanlage

- Baubeschluss -

2590/2021

Sportausschuss und BV 6 haben jeweils einstimmig zugestimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung auf der Basis der vorliegenden Planung mit der Generalsanierung der technischen Anlagen (Lüftung, Heizung, Trinkwasser, Warmwasser, Elektrik) sowie der brandschutztechnischen Einrichtungen auf Grundlage des Brandschutzgutachtens sowie der Sanierung des Daches der großen Sporthalle zur Aufrechterhaltung des Sportbetriebs bei gleichzeitiger Umwandlung zur Mehrzweckhalle mit bis zu 800 Personen. Gleichzeitig beauftragt er die Verwaltung, die Dachflächen der beiden Sporthallen (Große Halle und Fitness-/Gymnastikhalle) mit einer Photovoltaikanlage auszustatten. Die voraussichtlichen Gesamtkosten der Maßnahmen belaufen sich auf 6.697.171,- € (brutto). Unter Berücksichtigung der bereits freigegebenen Planungsmittel verbleibt ein Finanzierungsbedarf in Höhe von 6.497.171,- €.

Zudem beschließt der Rat die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021 in Höhe 2.356.805,- € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-6-5198 Generalsanierung Sportanlage Worringen, Erdweg.

Der Rat beschließt darüber hinaus eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 4.140.366,- € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022-2024 (200.000,- € in 2022; 3.740.366,- € in 2023 und 200.000,- € in 2024) im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5201-0801-6-5198 (Generalsanierung Sportanlage Worringen, Erdweg). Die Deckung erfolgt durch entsprechend geringere Verpflichtungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201-Straßen, Wege, Plätze zu Lasten der Finanzstelle 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, da sich die Umsetzung einzelner Maßnahmen zeitlich verzögert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.9 Personelle Ausweitung Streetwork und Winterhilfe im Bereich der Wohnungslosenhilfe

3312/2021

Hier haben Sozial- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Erweiterung der Kölner Streetwork im Rahmen von §§ 67ff.SGBXII um zwei weitere Stellen VZ S12 TVSuE sowie die vom 15.11.2021 bis 30.04.2022 befristete Finanzierung einer halben Stelle analog EG 6 TVÖD für die Koordination der Kältegänge bei den mit der Aufgabenwahrnehmung beauftragten Trägern.

Für die zusätzlichen Stellen Sozialarbeit im Umfang von 2,0 VzÄ sollen bereits vom LVR bewilligte, aber bisher nicht genutzte Fachberatungsstellen im gleichen Umfang genutzt werden. Im Zuge dessen beteiligt sich der LVR mit je 50 % an den anfallenden Personal- und Sachkosten. Die Finanzierung des kommunalen Kostenanteils inkl. der befristeten 0,5 Stelle EG 6 TVÖD in Höhe von 16.565,32 € im Haushaltsjahr 2021 und von 112.321,34 € ab dem Haushaltsjahr 2022 erfolgt – für das Haushaltsjahr 2022 ff vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022 - aus veranschlagten Mitteln in Teilergebnisplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen.

Aufgrund der lediglich für den Zeitraum vom 15.11.2021 bis 30.04.2022 befristeten 0,5 Stelle EG 6 TVÖD reduziert sich der Bedarf ab dem Jahr 2023 auf 102.086,34 €. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2023 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.10 Förderung des KölnAgenda e. V. durch die Stadt Köln

3344/2021

Stadtentwicklungsausschuss und Finanzausschuss haben einstimmig zugestimmt.

Gibt es hier noch Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Dann haben wir hier mit großer Mehrheit zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die weitere Förderung des KölnAgenda e.V. für das Jahr 2022 mit einer jährlichen Zuwendung in Höhe von maximal 50.000,- Euro als Defizitausgleich.

Er ermächtigt die Verwaltung, den Jahresbetrag in vierteljährlichen Teilzahlungen auf der Grundlage eines Bewilligungsbescheids an den Verein auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.11 Bestellung der Ersten Betriebsleitung für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

3419/2021

Der Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb hat einstimmig zugestimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Beigeordneten Herrn William Wolfgramm als Ersten Betriebsleiter zu bestellen und den bisherigen Ersten Betriebsleiter, Beigeordneten Herrn Dr. Harald Rau, abzuberufen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.12 Verlängerung der institutionellen Förderung raum13 gGmbH und Sommerblut e. V.

3369/2021

Ausschuss für Kunst und Kultur und Finanzausschuss waren einstimmig dafür.

Gibt es hier noch Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir hier mit großer Mehrheit so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022- die Fortführung der Institutionellen Förderung für die nachfolgenden Kulturbetriebe im Haushaltsjahr 2022 wie

folgt:

- *raum 13 gGmbH 75.000 Euro*
- *Sommerblut e.V. 50.000 Euro*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.13 Sportentwicklungsplanung - Sponsoringvertrag mit der Firma SNIPES SE - Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel zwischen Venloer Straße und Vogelsanger Straße

1619/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich habe hier von fast allen Fraktionen Wortmeldungen. Ich frage einmal bei der CDU. Gibt es da noch eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall. Dann hat zunächst einmal Herr Klemm das Wort.

(Ulrich Breite [FDP]: Entweder reden alle oder keiner! - Weitere Zurufe)

- Das müssen Sie jetzt entscheiden. Wer besteht auf seinem Rederecht?

Michael Hock (Die FRAKTION): Wir können uns vorstellen, unsere Rede zu Protokoll zu geben. Vielleicht ist das ja ein Kompromiss.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Hock.

(Zuruf von der SPD)

- Aber die SPD möchte reden. Dann möchten die anderen wahrscheinlich auch reden. - Bitte, Herr Klemm.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier drinnen und draußen an den Bildschirmen! Um es gleich am Anfang zu sagen: Diese Entscheidung, die Verwaltungsvorlage abzulehnen, ist keine Entscheidung gegen den Sport. Es geht vielmehr darum, dass wir an dieser Stelle im Inneren Grüngürtel keine neue große Fläche versiegeln wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Ratsbündnis hat bei den Haushaltsberatungen heute Morgen - Sie haben es gehört, aber vielleicht noch nicht alle registriert - deutlich gemacht, dass wir für den Sport deutliche Zusetzungen vornehmen. Wir machen Zusetzungen für Vereinsschwimmen; wir unterstützen die Scoring Girls; wir machen bei den Rasenplätzen Zusetzungen. Leider sind von den anderen Fraktionen - mit Ausnahme der LINKEN - da relativ wenige oder eigentlich gar keine Vorschläge gekommen. Das macht deutlich, dass das Ratsbündnis eindeutig hinter dem Sport steht und den Sport unterstützt und fördert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir lehnen in diesem Fall die Verwaltungsvorlage ab, weil wir keine weitere größere Fläche im ohnehin schon stark beanspruchten Grüngürtel versiegeln wollen. Der Grüngürtel dient der Erholung vor allem der innenstadtnah wohnenden Menschen - dort gibt es sowieso nur wenige Grünflächen -, und er ist für das Stadtklima wichtig. Deshalb wollen wir nicht, dass die versiegelte Fläche dort dreimal so groß wie bisher wird und Bäume entfernt werden müssen.

Wir haben in Köln den Klimanotstand beschlossen. Dieser sollte oder muss - aus unserer Sicht eigentlich muss - bei allen Entscheidungen abgewogen werden.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Und genau das machen wir hier.

Liebe Klimafreundinnen und Klimafreunde der SPD, weil Sie gestern im Finanzausschuss die These vertreten haben, wir würden mit dieser Entscheidung die Jugend im Regen stehen lassen, sage ich Ihnen: Die Jugend würde empört reagieren, wenn wir diesen Platz dort mit dieser Versiegelung realisieren würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Denn nicht nur die Jugendlichen, die in Glasgow oder in Köln auf der Straße sind und dort für Klimaschutz demonstrieren, sondern nach meiner Auffassung auch die meisten derjenigen, die

Basketball oder Streetball spielen, sind empört über eine einfache Politik des Weiter-so. Insofern würde ich einer Abstimmung darüber, was die Jugend davon hält, mit großer Gelassenheit entgegensehen.

Außerdem sind wir skeptisch, ob der Innere Grüngürtel, dieser herausragende Raum für die Menschen zur Erholung, weiter im Rahmen von Veranstaltungen und Brandings vermarktet werden sollte. Das hat uns auch zu dieser Entscheidung bewogen.

Und noch einmal: Entgegen vieler Behauptungen waren die Pläne für den Bau des neuen großen Basketballplatzes nie Teil der ursprünglichen Sportentwicklungsplanung. Darin steht der Erhalt des Platzes. Erst im Nachhinein kam in der Weiterentwicklung der größere Platz dort hinein. Sonst hätten wir gar nicht mit solcher Begeisterung der Sportentwicklungsplanung zugestimmt.

Zum Schluss will ich noch einmal sagen, was wir uns vorstellen können.

Wir können uns erstens vorstellen, den bestehenden Platz zu sanieren. Das hat er dringend nötig.

Wir können uns zweitens vorstellen, einen größeren Streetball- und Basketballplatz an einer anderen Stelle in der Stadt zu errichten. Dafür gibt es auch ganz in der Nähe Vorschläge.

Wir können uns drittens sehr gut vorstellen, eine solche Anlage auch dort zu errichten, wo die Menschen nicht über solches Einkommen verfügen wie vielleicht in Ehrenfeld und in der Innenstadt, nämlich in den einkommensschwächeren Vierteln - für die Menschen in Köln und für den Sport in Köln. - Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Klemm. - Ich habe jetzt einen ganzen Schwung von Wortmeldungen vorliegen, allerdings nicht von der CDU. Möchte von der CDU jemand sprechen? - Herr Weber. Dann haben Sie das Wort.

Florian Weber (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Die Kölnerinnen und Kölner machen immer mehr Sport im Freien. Das ist auch gut so, und das unterstützen wir. Der Kollege Klemm hat gerade schon darauf hingewiesen, dass wir das immer stärker möglich machen wollen und dafür nächstes Jahr in dem Haushalt auch 2 Millionen Euro mehr zusetzen. - Dies nur einmal zu unserem Standpunkt und dazu, wie sehr wir den Sport fördern möchten.

An dieser Stelle sei einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung gedankt, lieber Herr Voigtsberger, die über mehrere Jahre hinweg diese Variante ausgearbeitet haben und natürlich enttäuscht sind, wenn sie jetzt abgelehnt wird. Dennoch werden wir sie ablehnen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dank gilt auch der Firma SNIPES, der Kölner Firma SNIPES, die bereit war, sich finanziell zu engagieren und auch sportlich und ideell hier in ihrer Heimatstadt Köln zu engagieren. Dafür gilt ihr Dank.

Wir wollen auch gar nicht ausschließen, dass es zukünftig zu solchen Zusammenarbeiten mit einer Sportfirma oder auch anderen Unternehmen kommen kann. Das schließen wir nicht kategorisch aus.

Nach einem Ortstermin - viele Kollegen waren ja auch anwesend - haben wir als CDU-Fraktion dann trotzdem den Entschluss gefasst, dem Umsetzungsvorschlag so, wie er uns vorgelegt wurde, nicht zuzustimmen, weil es einfach in dieser Größe - dreimal so groß - und an diesem Ort - im Grüngürtel, wo schon diverse Sportanlagen direkt auf engem Raum angelegt sind - keinen Sinn macht, diesen engen Raum auch noch mit einer dreifachen Größe des Basketballplatzes weiter zuzustellen.

Wir sind froh darüber, dass es - Kollege Klemm hat es gerade schon gesagt; ich glaube aber, dass wir das gleich auch noch häufiger hören werden - sowohl aus dem Finanzausschuss als auch aus dem Sportausschuss schon Signale gibt, dass wir unserem eigentlichen Ziel trotzdem gemeinsam näherkommen wollen. Denn wir wollen ja den Basketballern in dieser Stadt mehr Spielmöglichkeiten geben. Deswegen sind wir zuversichtlich, dass wir das im Nachgang dann auch erreichen können.

Dazu gehören erstens bessere Spielbedingungen auf dem Nike Court. Auch der Nike Court wurde ja vor 25 Jahren gesponsert. Er ist aber heruntergespielt und muss saniert werden.

Der zweite Punkt ist ein alternativer Standort für einen Full Court. Es geht den Basketballern in Köln ja darum, dass sie auch wettbewerbsähnliche Bedingungen auf einem Freiplatz haben können.

Deswegen ist diese Ablehnung für uns nur ein Zwischenschritt. Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, dass wir unser Ziel am Ende dann auch erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Weber. - Dann fahren wir in der Rednerliste weiter fort. Herr Seeck, bitte.

Oliver Seeck (SPD): Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Unsere Stadt führt gerne den Titel Sportstadt Köln - ein gut klingender Begriff, der allerdings keine hohle Phrase bleiben darf und somit auch eine Verpflichtung mit sich bringt.

Einen wesentlichen Wegweiser auf dem Weg zur Sportstadt bietet uns der Sportentwicklungsplan, der bereits 2019 im Rat beschlossen wurde. Hier findet sich auch das erste Modellprojekt, das ausdrücklich den Inneren Grüngürtel umfasst. Mit diesem ersten Projekt verbindet sich die Hoffnung, dass der Sportentwicklungsplan endlich Fahrt aufnehmen kann.

Hier, im Inneren Grüngürtel, ist der Basketballplatz ein wesentlicher Bestandteil. Jede und jeder, der sich im Inneren Grüngürtel aufhält, erkennt sofort die Anziehungskraft dieses Platzes. Er ist einer der sportlichen Hotspots in der Stadt.

Ebenfalls ist klar erkennbar, dass hier Angebot und Nachfrage stark auseinanderdriften. Der Platz platzt im wahrsten Sinne des Wortes aus allen Nähten. Er ist zu klein, hat die falschen Maße und ist in einem schlechten Zustand.

Der neue beabsichtigte Platz ist daher die perfekte Lösung und wird von der Sport-Community auch sehnsüchtig erwartet.

(Beifall bei der SPD)

Sport für alle im Freien, gerade in Zeiten von Bewegungsarmut und den Auswirkungen von Corona: Hier ist ein entsprechendes Angebot zum Greifen nah.

Bei der Ehrung unserer Sportlerinnen und Sportler im Rahmen der Kölschen SportNacht wurde auch von der Oberbürgermeisterin wieder deutlich gemacht, wie wichtig die Sportlerinnen und Sportler für unsere Stadt sind.

Diese fallen allerdings nicht vom Himmel, sondern gehen aus dem Breitensport hervor - durchaus auch erst einmal ohne die Bindung an einen Verein.

Ich zitiere hier den Kölner Sportbotschafter und ehemaligen Basketball-Europameister Stephan Baeck:

> Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie wichtig frei zugängliche Sportmöglichkeiten für jedermann gerade im jugendlichen Alter sind. Ich bin auf den Freiplätzen von Köln groß geworden und bin dort in den Profisport gewachsen.
>
> Viel wichtiger waren für mich aber der Kontakt und der Zugang zu den vielen verschiedenen ethnischen Gruppen mit all ihren kulturellen Eigenheiten. In der immer noch großen Streetball-Szene Kölns habe ich dort durch den Basketballsport gelernt, mit Menschen unterschiedlichster Herkunft und Hautfarbe zu kommunizieren und eine Lösung für Konflikte durch den gemeinsamen Sport zu finden.
>
> Die geplante Ablehnung wäre ansonsten ein Armutszeugnis für die weltoffene Sportstadt Köln.

Ich werbe ausdrücklich für eine sachliche Argumentation bei der Debatte um diesen Platz und möchte auf die vier wesentlichen Punkte eingehen, die immer mal wieder - und auch eben - behauptet werden.

Erstens: zur angeblichen Flächenversiegelung. Der bisherige Platz besteht aus einer undurchlässigen Betonschicht, die komplett entsiegelt und renaturiert werden soll. Somit würde auch die Sichtachse im Grüngürtel freigelegt. Der neue Platz besteht hingegen aus einem wasserdurchlässigen Belag.

Zweitens: zur angeblichen Kommerzialisierung. Die geplanten Veranstaltungen zielen gerade auf Turniere für Kinder und Jugendliche ab, die

ansonsten keine eigene Organisationsform oder Strukturen haben. Es ist zum Beispiel ausdrücklich festgelegt, dass hier keine Eintrittsgelder erhoben werden und die Fläche für alle kostenfrei zugänglich bleibt.

Drittens: zur angeblichen Baumfällung. Es wird behauptet, dass für den neuen Platz im Inneren Grüngürtel Bäume gefällt werden müssten. Das ist schlicht unwahr. Richtig ist, dass ein bis zwei Bäume umgepflanzt werden sollen.

Viertens: die Alternative Bezirkssportanlage Everhardstraße oder andere Plätze. Es wird vorgeschlagen, stattdessen den Platz in dem Bereich der Everhardstraße in Ehrenfeld unterzubringen. Verschwiegen wird, dass es bereits eine umfängliche Bürgerbeteiligung gab, in der viele Ideen und Anregungen für diesen Platz oder diese Anlage vorgetragen wurden. Die Verlagerung des Basketballplatzes wurde in der Beteiligung gar nicht thematisiert und auch nicht gewollt.

Diese Tatsachen sind übrigens allen Beteiligten, die sich mit der Sache teilweise seit Jahren beschäftigt haben, bekannt.

Erlauben Sie mir eine Bemerkung, Herr Weber. Es ist schon zynisch, zu sagen: Ich danke der Stadtverwaltung für die jahrelange Arbeit; aber wir machen es jetzt doch nicht. - Das unterscheidet Sie von Ihren Vorgängern, die in der letzten Zeit eigentlich immer dazu gestanden haben.

Auch die Überlegungen, den Platz an derselben Stelle zu renovieren, helfen nicht weiter, lieber Ralf Klemm. Der bisherige Platz, der ein ehemaliger Helikopter-Landeplatz ist, entspricht nicht den Maßen eines Basketball- oder Streetballplatzes.

Es liegt uns also ein komplett fertiges und auch noch durchfinanziertes Konzept vor. Außerdem ist es nicht nur der dringende Wunsch des Sports, zum Beispiel des Stadtsportbundes. Im Vorfeld wurden zudem das Grünflächenamt und der Naturschutzbeirat nicht nur eingebunden; beide haben den Plänen auch ausdrücklich zugestimmt.

Das alles soll nun in letzter Minute nach jahrelanger Arbeit unwiderruflich beendet werden, und wir sollen komplett bei null anfangen?

Neben dem eigentlichen Platz geht es auch darum, wie wir mit Unternehmen und Menschen umgehen, die den Sport in dieser Stadt unterstützen. Der Sport kommt ohne die Zuwendungen von Sponsoring nicht aus. Dies gilt für den kleinen Nischenverein genauso wie für den großen Klub in unserer Stadt.

Ich habe in der letzten Sitzung des Sportausschusses darum gebeten und dazu aufgerufen, dass wir mit den Beteiligten, insbesondere der Verwaltung und den Unternehmen, fair umgehen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie haben Ihre Redezeit im Blick, Herr Seeck?

Oliver Seeck (SPD): Es ist wirklich verstörend, dass der Bezirksbürgermeister der Innenstadt Ende letzter Woche erneut foul gespielt hat.

Bürgermeister Andreas Wolter: Die Redezeit ist abgelaufen.

Oliver Seeck (SPD): Was ist das für ein Jargon, wenn der Stadtverwaltung unterstellt wird - ich bin gleich fertig -, dass sie der Öffentlichkeit und der Politik - Zitat - eine vergiftete Wurst verabreichen will?

Hinzu kommt erneut ein diffuser Korruptionsverdacht, der vom Bezirksbürgermeister öffentlich geäußert wird. Wer wurde hier der Korruption verdächtigt? Das Unternehmen? Die Politik? Die Stadtverwaltung?

Aus meiner Sicht haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel die Mitglieder im Sportausschuss zu jeder Zeit umfassend und transparent über die Vorgänge informiert und uns auch kein Gift verabreichen wollen.

Ein solches Verhalten führt jedenfalls unweigerlich dazu, dass wir alle diejenigen, die sich für den Sport engagieren wollen, vergraulen. Diesen immensen und nachhaltigen Schaden für den Sport in unserer Stadt müssen wir verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Bündnisses, gehen Sie noch einmal in sich. Sorgen Sie dafür, dass dieser Platz nicht abgeschrieben wird und sich unsere Stadt zu Recht Sportstadt Köln nennen darf. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Seeck, ich möchte Sie nur bitten, die Redezeit auch

einzuhalten. Jeder hat fünf Minuten. - Die nächste Wortmeldung liegt mir von Herrn Detjen vor. Bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt einen etwas anderen Anpack für die Diskussion - weniger einen sportlichen, aber trotzdem eine sportliche Anforderung.

Die Vorlage, die Sie kennen, ist vom Juli letzten Jahres. Das heißt, dass man mitten im Kommunalwahlkampf eine solche Vorlage platziert hat. Das ist verwaltungsmäßig sehr unklug, muss ich sagen. Es war dann ja gar nicht möglich, diese Vorlage überhaupt im Rat zu beraten; denn die Ausschüsse mussten gebildet werden usw. usf. Taktisch war es völlig unklug, so vorzugehen, statt erst einmal mit den Akteuren zu reden und zu schauen, wie sie das denn sehen, usw. usf.

Dann kam das Ganze. Daraufhin gab es Anfang dieses Jahres in Medien sehr kritische Artikel über das Sponsoring insbesondere in diesem Fall.

Dann hatten wir am 2. Februar 2021 im Rechnungsprüfungsausschuss einen Prüfbericht „Prüfung der Anwendung der Sponsoringrichtlinie bei der Stadt Köln“. Da wurde das, was die Verwaltung im Moment macht, von allen Parteien sehr kritisch diskutiert. Das Rechnungsprüfungsamt hat auch gesagt, dass wir ein stadtweites Sponsoringkonzept brauchen. Es wurde dann beschlossen, dass wir möglichst schnell eine neue Sponsoringrichtlinie haben wollen, damit wir auch entsprechend agieren können.

Ich war davon ausgegangen, dass das jetzt angegangen wird und dass damit dieses SNIPES-Problem erst einmal zurückgestellt ist. Nein, die Vorlage wurde auch weiter in die Debatte eingeführt.

In der Debatte im Rechnungsprüfungsausschuss haben wir ja darauf hingewiesen, dass im Fall von SNIPES sogar ein Vergabeproblem bezüglich der Wartung dieser Anlage besteht. Es ist ja so geregelt, dass SNIPES sie hinstellt und wir sie warten müssen. Das bedeutet für uns Kosten bzw. Arbeit. Das müsste eigentlich ausgeschrieben werden, weil es ja ein größerer Auftrag ist. - Das ist das eine.

Das andere ist, dass überhaupt nicht geregelt ist, wie wir mit diesen Dingen nun umgehen, wie wir das in den Haushalt einstellen müssen, ob das denn ein Vorteil ist etc. pp.

Alle diese Probleme haben wir in dieser Sitzung angesprochen. Ich empfehle wirklich, sich diesen Prüfbericht einmal anzugucken - und auch die Debatte. Wir waren alle sehr kritisch. Auch die Kämmerin hat sich an der Debatte beteiligt. Der kommissarische Leiter des Rechnungsprüfungsamtes hat sich ebenfalls beteiligt. Es war also eine sehr vernünftige Diskussion.

Und dann wurde einfach weitergemacht. Darüber, dass dieses Projekt dann vor die Wand läuft, muss man sich wirklich nicht wundern.

Ich habe versucht, bei dem Fachgespräch noch zu vermitteln. Es war aber einfach nicht mehr möglich.

Meine Bitte und Aufforderung ist: Überarbeiten wir doch endlich diese Sponsoringrichtlinie, damit wir das geklärt bekommen. Dann können wir die hier bestehenden Probleme auf dieser Grundlage weiter betrachten. Das sollten wir also abschichten. Anschließend geht es in der Diskussion weiter. Dann kommen wir zu den anderen Problemen - Versiegelung, Grünanteil usw. usf. Lasst uns doch schauen, dass wir jetzt diese Probleme Stück für Stück angehen.

Es ist ja auch nicht so, dass gar nichts beschlossen worden wäre. Die Bezirksvertretung Innenstadt hat auf Grundlage eines Antrages der Grünen und der LINKEN sechs Punkte beschlossen, wie das Projekt weitergehen soll. Unter anderem steht in dem Punkt 6:

> Die Sponsoringrichtlinie der Stadt Köln ist dahin gehend zu überarbeiten, dass sie transparente Kriterien und klare Orientierungshilfen für die politischen Entscheidungsgremien formuliert.

Danke, Kollege Hupke, dass ihr auch diese Intention von uns aufgegriffen habt. In der Tat sollten wir das weitermachen.

Das waren meine Ausführungen dazu. Ich habe noch 59 Sekunden. Das ist unsere Position - eher eine grundsätzliche Kritik daran, wie da vorgegangen wird, und weniger eine sportliche Kritik. Denn das steht gar nicht zur Debatte. Es geht so überhaupt nicht. Und das muss doch geklärt werden. Das ist meine Bitte und meine Anforderung. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Detjen. Sie haben die Redezeit auch eingehalten. - Dann kommen wir zu Herrn Breite. Herr Breite, bitte.

(Zuruf: Uli, bleib ruhig!)

Ulrich Breite (FDP): Bleib ruhig. Das ist gut, ja. - Herr Bürgermeister! Herr Detjen, was Sie hier geplaudert haben, war ja interessant. Herr Jülich, ich muss aber Ihre Qualifikation anzweifeln, wenn Sie wirklich gesagt haben, dass Sie nicht wissen, wie man das verbucht, und dass das Sponsoring irgendein Problem sein soll. Dann sollten Sie sich das noch einmal anschauen. Die Kämmerin kannten Sie sicherlich schon. Es gibt Weiterbildungen, bei denen man geschult wird, wie man solche Gelder rechtmäßig verbucht. Das ist hier auch überhaupt kein Problem.

Herr Detjen, Sie sagten, das sei vor der Kommunalwahl plötzlich vom Himmel gefallen. Ihre stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Frau Stahlhofen, hat dem so zugestimmt. Das muss man einfach sagen. Die anderen Fraktionen haben übrigens auch zugestimmt - auch die Grünen. Bei der CDU hatte Herr Götz im Umweltausschuss plötzlich Probleme. Darum ist das damals angehalten worden. Sonst wäre es ja bekanntlich durchgegangen. Bei der vorherigen Fraktion der Grünen war das nämlich gar kein Problem. Das gehört zur Wahrheit dazu, wenn man hier den Juli vor der Kommunalwahl hineinbringt. Man kann also nicht sagen, das sei irgendwie vom Himmel gefallen.

Wir haben uns das auch genau angeschaut. Herr Klemm, Sie werden ja Herrn Professor Kähler kennenlernen, den wir damals mit seiner Agentur beauftragt haben, den Sportentwicklungsplan zu entwickeln.

(Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich schon!)

Er kommt jetzt extra noch einmal nach Köln. Es besteht ja wohl noch Informationsbedarf über den Sportentwicklungsplan und darüber, was wir uns vorgenommen haben und wie wir das verwirklichen wollen. Vielleicht kann Ihr Informationsdurst dort auch gestillt werden. Aber möglicherweise wollen Sie es auch gar nicht wissen; das kann ja auch sein.

Mir fällt nur auf: Es hat sich hochgeschaukelt; man will es nicht.

Was das für Geldgeber wie Unternehmen, die den Sport unterstützen, und damit für Köln bedeutet, werden wir dann noch sehen. Denn natürlich wird die Bereitschaft dazu nicht gerade steigen, wenn sie sehen, wie wir damit umgehen - gerade bei einem Kölner Unternehmen. Eigentlich müsste man sich doch darüber freuen, dass wir hier ein solches Kölner Unternehmen haben, das sich für Köln einsetzt.

Es muss ja nicht immer Lukas Podolski sein. Aber der kriegt seine Plätze, die übrigens auch versiegelt sind, viel leichter durch - Gott sei Dank. Am besten sollten wir Lukas einmal mit SNIPES zusammenbringen. Vielleicht klappt es dann besser. Denn bei diesem Idol würde man das, glaube ich, nicht so schnell verhindern wie jetzt hier.

Mir tut es leid um die Innenstadt und um die Szene, die dort eigentlich spielt. Wir wollen irgendwie einmal einen Full Court bekommen. Ich höre ja schon, dass das eine Möglichkeit ist. Ich hatte bei der Ortsbegehung auch noch einmal erklärt, wie es mit den Abmaßen dort aussieht. Sie haben ja selber gesehen, dass das in dieser Form nicht klappt.

Darum möchte ich, auch wenn es mich sehr ärgert, dass das so kommt, doch versöhnlich enden. Wir sollten schauen, dass wir gerade für die Kiddies in der Innenstadt weiter etwas tun. Wir brauchen dort auch Sportplätze, selbst wenn wir den Platz dann versiegeln müssen; denn gerade auch die Kiddies und die Sportszene in der Innenstadt benötigen Freiflächen, auf denen sie Sport treiben können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Breite. - Herr Achtelik, bitte. - Ich frage schon einmal Die FRAKTION: Sie bleiben dabei, dass Sie Ihre Rede danach zu Protokoll geben?

Michael Hock (Die FRAKTION): Nein, dann möchten wir auch etwas sagen. Das lassen wir uns nicht nehmen. Es ist ja noch nicht so spät.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrter Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die fachlich-inhaltlichen Diskussionen sind in mehreren Iterationen im Sportausschuss, im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün, im Rechnungsprüfungsausschuss und im Finanzausschuss

gelaufen. Es gab auch einen Vor-Ort-Termin. Deswegen möchte ich nur noch zwei Kernpunkte ansprechen.

Auch bei uns schlagen da zwei Herzen in der Brust - zum einen das sportpolitische kombiniert mit dem sozialen und zum anderen das umweltpolitische.

Aus sportpolitischer und sozialer Sicht ist es wichtig, dass wir öffentlich Möglichkeiten für alle anbieten, auch an zentralen Standorten, diese Sportarten zu betreiben. Dazu hätte dieser geplante Ausbau beitragen können.

Aber - und das ist ein sehr großes Aber - eine weitere Versiegelung in der Größenordnung, wie sie hier geplant war, halten wir in einem sensiblen System wie dem Grüngürtel für nicht tragbar. Und nein, ein so geplanter Platz entspricht nicht den Qualitäten einer entsiegelten Fläche. In die Details, wie solche Plätze aufgebaut sind, brauchen wir jetzt in dieser Ratssitzung nach der ewigen Vorbereitung nicht noch einmal zu gehen, glaube ich.

Ja, Herr Breite, das wäre vor zwei Jahren vielleicht durchgegangen. Heute haben wir eine andere Sicht auf diese Dinge und dementsprechend vielleicht auch etwas andere Prioritäten gesetzt.

Aus unserer Sicht steht zunächst eine Instandsetzung des bestehenden Platzes an.

Gestatten Sie mir dazu auch noch folgenden Kommentar von unserer Seite: Wir haben keine grundsätzlichen Einwände gegen ein Sponsoring, auch wenn wir hier aus unserer Sicht am Ende nicht die optimalen Bedingungen für uns als Stadt Köln herausgeholt hatten.

Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen - auch mit der Verwaltung. Von unserer Seite gibt es auch eine kleine Entschuldigung dafür, dass das jetzt so gelaufen ist. Wir waren vor zwei Jahren noch nicht dabei, aber freuen uns, da weiterhin mit Ihnen und euch zusammenzuarbeiten und unsere sportpolitischen, klimapolitischen und umweltpolitischen Ziele besser zu verbinden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Achtelik. - Herr Hock, bitte.

Michael Hock (Die FRAKTION): Sehr geehrter Herr Wolter! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrtes Publikum! Ich möchte an die Vorredner anknüpfen. Insbesondere sagte der Kollege von der SPD, eine Kommerzialisierung könne er bei diesem Vorhaben nicht erkennen; denn bei Veranstaltungen des Unternehmens SNIPES würden ja keine Eintrittsgelder genommen. Da müssen wir uns natürlich fragen: Besteht überhaupt ein Bewusstsein dafür, wie Werbung oder Werbeindustrie funktioniert?

Die Kommerzialisierung liegt natürlich nicht darin, dass man 1,50 Euro Eintritt nimmt und eine Bratwurst verkauft, sondern die Kommerzialisierung - und wir sprechen da von hohen Summen; Sie sehen ja in der Vorlage, was hier gezahlt wird - liegt darin, dass die Marke gesetzt werden kann und entsprechend mehr gekauft wird.

Das haben die Kollegen von der FDP ganz gut verstanden. Allerdings wunderte ich mich, als Herr Breite sagte, Ziel sei es, den Sport zu unterstützen. Primär unterstützen diese Unternehmen erst einmal sich selber und ihre Marke.

(Beifall bei der FRAKTION und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Da setzen wir auch mit unserer Rede an. Ich versuche, mich kurz zu halten. Drei Punkte möchte ich dennoch ansprechen.

Zunächst einmal sind wir der Ansicht, dass der Grüngürtel nicht weiter kommerzialisiert werden darf. Die Werbeflut in Köln ist enorm. In jeder Bahnstation leuchten, rattern, tönen einem die Versuchungen des Konsums entgegen. Der Grüngürtel wird an vielen Stellen angeknabbert. Unter dem Deckmantel der Sport- und Jugendförderung versucht man dies nun auch hier. Wir möchten doch wenigstens im Park mal Ruhe vor Sponsoring und Markenschlacht erfahren.

Ein anderer Punkt, den wir ansprechen möchten, ist die Stadtgesellschaft. Wer hat eigentlich mit den Leuten vor Ort gesprochen? Unser Kenntnisstand ist, dass diese Gespräche nicht stattgefunden haben. Der momentane Court wird genutzt. Es ist doch überhaupt die Frage: Wird gewünscht, dass da ein neuer Court hinkommt?

Ich weiß, wer das wünscht. SNIPES wünscht sich nämlich, dass da ein neuer Court hinkommt. Das ist verständlich. Wir haben ja auch schon einmal eine Anfrage zu den Werbebudgets von Ströer gestellt. Damit werden enorme Summen verdient.

Es ist ein Ausverkauf, der hier stattfindet - ein Ausverkauf der Stadt, ein Ausverkauf des öffentlichen Raumes.

(Beifall bei der FRAKTION und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Da muss man ganz klar sagen: Machen wir nicht mit; haben wir keinen Bock drauf.

Die Wählergruppe GUT hat im Sommer dazu auch schon einmal eine Veranstaltung durchgeführt und den Park des Monats gekürt. Das ist eine Aktion, um auf verschwundene oder bedrohte Grünflächen hinzuweisen. Dort wurde der zukünftige Platz mit Absperrband skizziert. Die Leute, die innerhalb dieser Absperrung saßen - es waren viele -, waren sichtlich irritiert darüber, dass sich in Zukunft anstatt Rasen versiegelte Fläche unter ihnen befinden soll.

Auch die Stadtgesellschaft sollte also einfach abgeholt und mitgenommen werden.

Ein kleiner Ausblick in die Zukunft von unserer Seite: Wir müssen uns doch die Frage stellen, ob wir eine Welt wollen, in der beispielsweise der Bertelsmann Konzern Studien durchführt, um politische Entscheidungen vorzubereiten, Ronald McDonald sich um Kinderhilfe kümmert oder RTL, ProSieben und die katholische Kirche die Erziehung unserer Kinder übernehmen.

Wir wollen das nicht. Deswegen appelliere ich heute an alle, diese Vorlage abzulehnen, wie das übrigens auch der Umweltausschuss und die Bezirksvertretung 1 getan haben. Das Motto sollte sein, den Platz zu erhalten und zu ertüchtigen und keiner weiteren Kommerzialisierung des Grüngürtels zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Bürgermeister Andreas Wolter: Das Wort hat Frau Gabrysch. Bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Ich schließe mich meinem Vorredner und den anderen, die in diese Richtung argumentiert haben, vollumfänglich an. Es ist auch keine große Überraschung, wenn im Namen der KLIMA FREUNDE sage, dass wir natürlich absolut dagegen sind, da noch mehr zu versiegeln. Jeder Grashalm, jeder Baum ist wichtig. Es ist auch nicht das Gleiche, wenn man einen Baum versetzt und aus dem natürlichen Wurzelumfeld im wahrsten Sinne des Wortes rausreißt.

Mich wundert auch ein bisschen, dass - das hatte ich zwischendurch in den Ausschüssen vernommen - die neue Fläche dann auf die andere Seite verlegt werden sollte, wo der Raum sowieso schon recht eng ist. Ich weiß nicht, ob man damit den Basketballspieler*innen, den Tennisspieler*innen und den Menschen, die versuchen, sich dort auf dem Bewegungsparcours fit zu halten, eine große Freude gemacht hätte. - Dies nur einmal am Rande.

Wir sind natürlich auch absolut dagegen, dass Firmen wie SNIPES da die Gelegenheit zur Vermarktung bekommen. In dem Vertrag steht, dass sie fünfmal im Jahr da irgendwelche großen Veranstaltungen machen dürfen und dafür sowohl den dann neu gebauten Basketballplatz als auch den vorhandenen Tennisplatz nutzen dürfen. Es kann mir auch niemand erzählen, dass nicht noch mehr Wiese dabei draufgeht, wenn dort fünfmal im Jahr große Kommerzveranstaltungen stattfinden.

Und nein, es geht wirklich nicht gegen die Kinder - ganz im Gegenteil. Bei allem, was die KLIMA FREUNDE anprangern oder auch fordern und vorschlagen, geht es immer - das wurde vorhin ja auch schon gesagt - vor allem um die Kinder und um die folgenden Generationen. Hier muss man dann natürlich abwägen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch noch das Stichwort „Naturerfahrungsräume“ in den Raum stellen. Kinder und Jugendliche brauchen nicht unbedingt versiegelte Plätze oder Plastikspielzeug in irgendeiner Form, um sich auszutoben, sich körperlich fit zu halten und das Leben zu genießen. Gerade jetzt im Lockdown ist, glaube ich, das Beste, was man den Kindern und Jugendlichen antun kann, sie in die Natur zu schicken.

Als letzten Punkt, den ich mir notiert hatte, möchte ich noch das Stichwort „Sanierung“ ansprechen. Hier geht es um Bürger*innenbeteiligung und darum, die Menschen vor Ort zu fragen. Ich weiß; das wurde in den Ausschüssen auch schon einmal vorgeschlagen. Es muss dann doch nicht immer eine Firma machen. Es können ja auch Menschen zusammen machen. Es kann auch ein superschönes Gemeinschaftsprojekt der Menschen

sein, die sich dort ohnehin schon immer aufhalten. Sie können das dann so gestalten, wie es ihnen gefällt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Verwaltungsvorlage abzulehnen, ist immer nicht besonders schön. Das kommt auch selten vor. Normalerweise zieht die Verwaltung eine Vorlage dann rechtzeitig zurück, damit sie sich die Ablehnung erspart.

Hier ist es jetzt anders gelaufen. Das hat mich, ehrlich gesagt, durchaus erstaunt, da spätestens seit den Beschlüssen der Bezirksvertretung Innenstadt, aber auch schon seit der Kommunalwahl und der veränderten Zusammensetzung hier im Rat eigentlich relativ klar war, dass dieses Projekt in dieser Form beerdigt wird.

Die Verwaltung hat aber ohne jede Änderung an ihrem Plan festgehalten. Das führt dann heute zu dieser Ablehnung, über die ich mich in diesem Fall als Freund der Blumen und Bienen doch sehr freue.

Wenn man die Redner - es waren ja zwei Redner - von SPD und FDP heute gehört hat, könnte man draußen den Eindruck gewinnen, als würde dort ein Platz abgeschafft. Das ist doch überhaupt nicht der Fall. Es gibt einen Basketballplatz an dieser Stelle, und er bleibt auch erst einmal erhalten.

Wie gesagt, bleibt er erst einmal erhalten. Ralf Klemm hat ja auch zu Recht ins Spiel gebracht, dass eine Ertüchtigung dieses Platzes durchaus im Rahmen des Möglichen ist. Da warten wir dann eben auf eine neue Verwaltungsvorlage.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Hier wurde schon verschiedentlich geraunt und angedeutet, dass es ja auch andere Standorte für eine solche große Anlage, Herr Breite, geben könne. Ich sage jetzt einmal als Ehrenfelder und jemand, der tagtäglich durch dieses Gebiet radelt: Unsere Bezirkssportanlage - Prälat-Ludwig-Wolker ist die richtige Bezeichnung; ich habe mich extra noch einmal versichert -, die im Basketballjargon mehrere Würfe von der ursprünglichen Stelle entfernt ist, ist ein meiner Ansicht nach durchaus geeigneter Standort, der natürlich von der Verwaltung geprüft werden muss.

Es stimmt, dass die Bürgerbeteiligung, die es zu dieser Anlage jetzt gab, dort bislang keinen Basketballplatz vorsieht. Das war in der Tat kein Thema. Für diejenigen, die diese Fläche nicht kennen: Es gibt eine große versiegelte Fläche. Dort ist eine Skateranlage gewünscht. Das war übrigens schon einmal ein Beschluss aus dem Bürgerhaushalt. Meines Erachtens ist diese versiegelte Fläche aber groß genug, um sowohl eine Skateranlage als auch einen Basketballplatz aufnehmen zu können.

Ich bitte die Verwaltung, das bei einer Erarbeitung einer neuen Vorlage dann doch einmal zu prüfen. Denn ich kann mir das durchaus vorstellen. Und ein Basketballplatz in einer Bezirkssportanlage macht für mich wesentlich mehr Sinn, als ihn in einer geschützten Grünanlage zu platzieren.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich halte fest: Die SPD will den bisherigen Platz abschaffen und einen größeren Platz bauen. Wir wollen den bisherigen Platz erhalten und einen größeren Platz an geeigneter Stelle neu bauen.

Jetzt können Sie sich selber ausrechnen, wer mehr Flächen für Basketballer schafft. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Zimmermann. - Herr Bezirksbürgermeister Hupke, bitte.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Herr Bürgermeister Wolter, lieber Andreas! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fand, dass das sehr interessante Beiträge waren, und danke auch für viele. Aber ich will doch das eine oder andere kurz richtigstellen.

Meine Kolleginnen und Kollegen und ich hatten die Ehre, mit Lukas Podolski einen Fußballplatz der Öffentlichkeit zu übergeben, nämlich die „Kuhle“ in der Nähe des Bauspielplatzes am Oberländer Wall. Lukas Podolski war auch ein

zweites Mal Mäzen, und zwar an der Severinsbrücke beim Fußballplatz für die RheinFlanke.

Lukas Podolski hat nie eine Bedingung gestellt. Er hat es einfach gegeben und kein großes Aufheben darum gemacht. Das nenne ich Mäzenatentum.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das nenne ich Mäzenatentum. Man gibt es altruistisch, weil man der Stadt etwas zurückgeben will, weil man durch diese Stadt groß geworden ist.

So etwas ist zu begrüßen. Die Brauerei Reissdorf - ich nenne auch den Namen - hat für viel Geld Sportgeräte aufgestellt. Da waren wir auch bei der Eröffnung. Ich habe dem Geschäftsführer gesagt: Machen Sie doch etwas daraus, dass Sie solche Geräte und Geld zur Verfügung gestellt haben; hier ist die entsprechende Öffentlichkeit da. - Darauf sagte er: Herr Hupke, wir wollen kein Aufheben. Wir sind durch diese Stadt sehr gut bedient und verdienen entsprechend. Wir wollen das ganz still machen. Wir wollen der Stadt etwas zurückgeben.

Wäre aber dieses Sponsoring hier zustande gekommen, wäre das das Trojanische Pferd zur Privatisierung des Grüngürtels gewesen. Da können Sie das noch so sehr schönreden. Das kriegen Sie nicht weg - und das auch noch im Erbe Adenauers.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe Sport gemacht bis zum Gehtnichtmehr. Daher kenne ich den Grüngürtel auch so gut. Ich bin Marathonläufer gewesen, habe im Hochschulsport Judo gemacht und habe auch da viel Kraftsport gemacht. Aber hier - - Ich bin auch in der Lenkungsgruppe Masterplan. Und Albert Speer hat immer gesagt, dass der Innere Grüngürtel der Central Park von Köln ist und nicht weiter angenagt werden darf. So, wie das da stattfinden soll, muss das einfach nicht geschehen.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Ich bin unglaublich dankbar dafür, dass hier, wie ich das heute mitbekomme, jetzt ein Punkt gemacht wird. Und wir haben denen immer die Brücke gebaut. Du warst auch da, Uli; alle waren da. Wir haben dieser Firma die Brücke gebaut. Ich muss sagen, dass die Firma sehr offen war. Sie hat auf jede Frage ganz ehrlich und offen geantwortet. Wir haben ihr Brücken gebaut. Diese Brücken sollen auch dableiben. Dann kann man immer noch zusammenkommen. Du hast auch gesagt: Vielleicht kriegen wir den Kompromiss hin. - Das ist auch so weit klar.

An eines will ich noch sehr deutlich erinnern. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist einfach anders geworden. Und ich bin kein Fundi bei den Grünen. Das darf ich jetzt einmal hier sagen. Ich bin immer noch ein Pragmatiker, und ich bin immer noch einer, der versucht, den Ausgleich zu finden.

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie reden hier aber als Bezirksbürgermeister.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Dass ich einmal erlebe, dass mir Eltern schreiben, die Unterschriften dafür sammeln, dass ihre Kita oder ihre Schule nicht mit Containern in den Grüngürtel gebaut wird - sie wollen das nicht -, ist sensationell. Es hat sich geändert. Es hat sich enorm geändert. Und das ist die Mittelschicht. Das ist die Mitte. Das sind nicht die linken Fundis oder sonst irgendwelche Leute, die Krawall machen wollen. Das ist die gute Mittelschicht, die in der Montessori-Schule gesagt hat: Wir wollen nicht im Grüngürtel die Container haben, weil dafür soundso viele Bäume fallen müssten.

Das ist in der Tat neu. Wir haben den Klimanotstand ausgerufen und haben es drauf, darauf zu achten. Und ich kann nur sagen - - Dann habe ich sogar noch ein bisschen Zeit über. Die lasse ich Ihnen auch als Geschenk. Ich kann nur sagen, wenn man sagt - -

Ach so: Der Naturschutzbeirat hat das übrigens schon vor vier Jahren gesagt. Wir haben das in den Beschluss aufgenommen. Wir wollen von ihm eine neue Stellungnahme haben. Die haben wir auch nicht bekommen.

Ich kann nur sagen: Wenn die Klimakrise nicht gestoppt wird, wird es so trocken, dass man gar kein Kind im Regen stehen lassen kann. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Hupke. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir haben den Beschluss des Finanzausschusses vorliegen. Er hat die Vorlage mehrheitlich abgelehnt.

Ich frage einmal: Wer möchte dieser Vorlage hier seine Zustimmung geben? - Das sind die SPD, die AfD und die FDP. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist die Vorlage mehrheitlich abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Abschluss eines Sponsoringvertrages zum Neubau einer Basketball- bzw. Streetballanlage zwischen der Stadt Köln (Sportamt) und der Fa. SNIPES SE in Höhe von 415.607,50 € inklusive Mehrwertsteuer in der dieser Beschlussvorlage beiliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.14 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025

1805/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Gabrysch, bitte.

(Zurufe: Oh!)

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Entschuldigung. Es ist schön, dass ich es auch heute doch noch geschafft habe, hier wieder ein Stöhnen und Kühmen hervorzubringen. Ja, es tut mir leid. Ich sage immer wieder: Ich bin gerne Teil der Runde, in der die Fraktionsgeschäftsführer untereinander besprechen, zu welchen Punkten geredet wird oder nicht. - Aber diese Information hat mich leider nicht erreicht. Deswegen rede ich jetzt da, wo ich es wichtig finde.

Grundsätzlich finde ich das natürlich total gut. Ich möchte aber etwas ergänzen. Ich wünsche mir ganz dringend, dass die Stadt zusätzlich verstärkt den Fokus auf die Kinder und Jugendlichen legt, die von Lockdown und Homeschooling traumatisiert sind.

Da spreche ich tatsächlich auch aus persönlicher Erfahrung, weswegen mir das umso mehr ein Herzensthema ist. Vielleicht bringt das ja auch bei denjenigen, die hier gerade gekühmt und gestöhnt haben, ein bisschen Nachsicht dafür hervor, dass ich es mir nicht nehmen lasse, hier jetzt zu reden.

Es gibt wirklich wahnsinnig viele Kinder und Jugendliche, die gerade total traumatisiert sind, die Schulangst haben und die Schule vermeiden. Wie wir alle wissen, gibt es das Schuleschwänzen. Dann gibt es das Schulestreiken; ja, auch das gibt es. Und dann gibt es tatsächlich auch das Schuleverweigern; und darum geht es gerade. Gründe dafür können Angststörungen und Depressionen sein.

Hier brauchen wir ganz dringend zusätzliche Hilfsangebote. Die Wartelisten bei den Kinder- und Jugendpsychologen und -psychotherapeuten sind viel zu lang. Wenn man ein schwer depressives, selbstmordgefährdetes Kind zu Hause hat, kann es im wahrsten Sinne des Wortes tödlich enden, wenn man so lange warten muss.

Es geht hier um Kinder- und Jugendförderpläne und darum, was wir da in den nächsten Jahren machen können. Und wenn Kinder aus Schulangst nicht mehr in die Schule gehen oder vielleicht sowieso aus noch viel schlimmeren Gründen seit Monaten entschult sind, dann ist das meiner Meinung nach - Entschuldigung; vielleicht sehen das andere anders; aber meiner Meinung nach ist das genau so - eine ganz zentrale und ganz wichtige Stelle, an der ein Kinder- und Jugendförderplan greifen sollte.

Ich möchte - als Anregung an Menschen, die sich hierzu vielleicht noch ein paar Gedanken machen - noch das Beispiel von Essen mit auf den Weg geben. Dort existiert seit 2004 eine sogenannte Schulvermeidungs-Ambulanz. Damit hat man sehr gute Erfahrungen gemacht. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Gabrysch. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wir stimmen ab über die aktualisierte Beschlussfassung in Anlage 4, also wie Jugendhilfeausschuss und wie Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Dann haben wir mit großer Mehrheit so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Jugendhilfeausschusses vom 26.10.2021 (Anlage 4) und des Finanzausschusses vom 08.11.2021 (Anlage 10):

1. *Vorbehaltlich des Beschlusses des Haushaltsplanes 2022 in der von der Verwaltung für den Teilergebnisplan 0604, Teilplanzeile 15, vorgelegten Fassung, beschließt der Rat den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025 in der vorliegenden Fassung (ANLAGE Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.*

2. *Die konkrete Maßnahmenumsetzung erfolgt unter Einbezug betroffener Zielgruppen sowie in Vernetzung mit relevanten Fachkräften, um vielfältigen Zielgruppenbedarfen in besonderem Maße entsprechen zu können. Hierfür wird ein möglichst breit aufgestelltes Begleitgremium installiert, welches – gegebenenfalls maßnahmenscharf – weitere Fachexpertise einschlägiger Institutionen in die Ausgestaltung der Planungsvorhaben einbezieht.*

3. *Die mit der Maßnahme verbundenen Aufwendungen von 878.500 € in 2022 sind im HPL-Entwurf 2022 im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen berücksichtigt.*

   Die in den Jahren 2023 erforderlichen Aufwendungen von 943.500 €, 2024 und 2025 jeweils 1.000.000 € wird das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungsprozesse 2023 ff. innerhalb des dann jeweils zugewiesenen Budgets, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Dezember 2023 einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplanes vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.15 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden

hier: Einstellungsbeschluss

Aufgabe der städtischen Flüchtlingsunterkunft Weißdornweg 21, 21 a-c, 50996 Köln-Rondorf und Versetzung der modularen Gebäude zum städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden

hier: Rückbau- und Baubeschluss

2831/2021

Wird dazu das Wort gewünscht? - Bitte schön.

Philipp Busch (AfD): Herr Bürgermeister, vielen Dank. - Wir bitten darum, über die drei Punkte einzeln abzustimmen. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann können wir auch so verfahren. Sie haben die Vorlage vorliegen. Einen Moment, bitte. - Wir stimmen also ab wie Finanzausschuss. Jetzt habe ich auch den Auszug aus dem Finanzausschuss vorliegen. Ich denke, dass Sie ihn auch alle vorliegen haben. Dann rufe ich hier die Punkte nacheinander auf.

Wer ist gegen den Beschluss des Finanzausschusses in Punkt 1? - Wer enthält sich? - Niemand.

Dann rufe ich den Punkt 2 auf. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag wie Finanzausschuss bzw. Anlage 10? - Wer enthält sich? - Niemand.

Dann kommen wir zu dem Punkt 3. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag, wie er im Finanzausschuss beschlossen worden ist? - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Niemand.

Dann haben wir alle drei Punkte mit Mehrheit so beschlossen.

Jetzt haben wir noch den Prüfauftrag der Bezirksvertretung 2 in Anlage 13. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Niemand. Dann waren wir hier einstimmig.

Dann müssen wir über die Vorlage noch gesamtabstimmen, und zwar so - das habe ich jetzt schon dreimal gesagt - wie im Finanzausschuss

beschlossen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen, wie wir auch eben über die vier Punkte abgestimmt haben.

I. Punktweise Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Finanzausschusses vom 08.11.2021 (mit aktualisiertem Beschlussvorschlag, siehe Anlage 10) mit dem Prüfauftrag aus der BV 2 (Rodenkirchen) vom 08.11.2021 (siehe Anlage 13) als Ziffer 4

Beschluss zu Ziffer 1:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die weitere Planung und Errichtung des Neubaus einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Gemarkung Lövenich, Flur 19, Flurstück 1337, einzustellen. Die Gesamtkosten bisheriger Planungen belaufen sich auf rd. 184.000 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Beschluss zu Ziffer 2:

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die städtische Flüchtlingsunterkunft am Weißdornweg 21, 21 a-c, 50996 Köln-Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 9, Flurstück 476, aufzugeben und zurückzubauen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Beschluss zu Ziffer 3:

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, drei der vier Gebäudekörper in Systembauweise von dem Grundstück am Weißdornweg 21, 21 a-c, 50996 Köln-Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 9, Flurstück 476 auf das Grundstück Potsdamer Str. 1b in 50859 Köln-Weiden zu verziehen und für eine zeitlich befristete Nutzung als städtische Geflüchtetenunterkunft wieder zu errichten.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, die erforderlichen Planungsleistungen und baulichen Maßnahmen über einen Totalunternehmer zu realisieren. Die Planung und Errichtung der neuen Außenanlagen sowie die Erschließungs- und dafür erforderlichen Planungsleistungen an der Potsdamer Str. 1 b sind aus Kapazitätsgründen des Totalunternehmers separat zu vergeben. Die Gesamtkosten einschließlich eines Risikozuschlags für etwaige sich aus der Baugenehmigung ergebende Auflagen betragen voraussichtlich 2.817.092 €.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen für die in den Gesamtkosten enthaltenen neuen Außenanlagen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung in Höhe von 330.000 € im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-3-5202, Neubau Potsdamer Str. 1 b freigegeben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Beschluss zu Ziffer 4 (Prüfauftrag aus der BV 2 (Rodenkirchen)):

4. Weiterhin wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit der vierte Gebäudekörper zeitnah einer anderweitigen Nutzung zu Wohnzwecken zugeführt werden kann, um diesen nicht fachgerecht entsorgen zu lassen. Dazu möge die Verwaltung den Kontakt zum Allgemeinen Studierendenausschuss (Asta) und dem Rektorat der Universität zu Köln aufnehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Gesamtabstimmung über die so geänderter Vorlage

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die weitere Planung und Errichtung des Neubaus einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Gemarkung Lövenich, Flur 19, Flurstück 1337, einzustellen. Die Gesamtkosten bisheriger Planungen belaufen sich auf rd. 184.000 €.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die städtische Flüchtlingsunterkunft am Weißdornweg 21, 21 a-c, 50996 Köln-Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 9, Flurstück 476, aufzugeben und zurückzubauen.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, drei der vier Gebäudekörper in Systembauweise von dem Grundstück am Weißdornweg 21, 21 a-c, 50996 Köln-Rondorf, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 9, Flurstück 476 auf das Grundstück Potsdamer Str. 1b in 50859 Köln-Weiden zu verziehen und für eine zeitlich befristete Nutzung als städtische Geflüchtetenunterkunft wieder zu errichten.*

   Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, die erforderlichen Planungsleistungen und baulichen Maßnahmen über einen Totalunternehmer zu realisieren. Die Planung und Errichtung der neuen Außenanlagen sowie die Erschließungs- und dafür erforderlichen Planungsleistungen an der Potsdamer Str. 1 b sind aus Kapazitätsgründen des Totalunternehmers separat zu vergeben. Die Gesamtkosten einschließlich eines Risikozuschlags für etwaige sich aus der Baugenehmigung ergebende Auflagen betragen voraussichtlich 2.817.092 €.

   Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen für die in den Gesamtkosten enthaltenen neuen Außenanlagen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung in Höhe von 330.000 € im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-3-5202, Neubau Potsdamer Str. 1 b freigegeben.

4. *Weiterhin wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit der vierte Gebäudekörper zeitnah einer anderweitigen Nutzung zu Wohnzwecken zugeführt werden kann, um diesen nicht fachgerecht entsorgen zu lassen. Dazu möge die Verwaltung den Kontakt zum Allgemeinen Studierendenausschuss (Asta) und dem Rektorat der Universität zu Köln aufnehmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.16 Beteiligung an einer Technologie-Initiative im Bereich Bau- und Immobilienwirtschaft

2937/2021

Wird dazu das Wort gewünscht? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln Gründungs-Mitglied der Technologie-Initiative für die Bau- und Immobilienwirtschaft mit dem Arbeitstitel „PropTech Powerhouse Germany e.V.“ wird.

Die Finanzierung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.17 Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse

hier: Annahme des Siegerentwurfs des Künstlers Ulf Aminde auf Grundlage der einstimmigen Empfehlung der Jury und Festlegung des Standorts, Gedenktafel Probsteigasse, Kuratorium Denkmal Keupstraße

2699/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/2373/2021

Dazu habe ich schon vier Wortmeldungen vorliegen. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Jawohl. Das wird hier notiert. - Wir beginnen mit Frau Yazicioglu. Bitte schön.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 9. Juni 2004 explodierte eine Nagelbombe in der Kölner Keupstraße. 22

Menschen wurden verletzt, vier von ihnen schwer - inmitten eines der vielfältigsten, lebhaftesten und offensten Stadtteile, die Köln zu bieten hat, in Mülheim. Dieser feige Anschlag traf Kölnerinnen und Kölner mitten ins rheinische Herz.

Niemand kann die Jahre der Trauer der Betroffenen ungeschehen machen und ihnen ihren Schmerz und Zorn nehmen. Wir können ihnen aber zeigen, dass sie mit ihrer Trauer nicht alleine sind. Wir können ihnen zeigen, dass wir die Opfer nicht vergessen haben und dass wir gemeinsam zusammenstehen, um rechtsextreme Gewalt in unserer Stadt zu bekämpfen.

(Beifall)

Vor wenigen Tagen jährte sich die Selbstenttarnung der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU. Deshalb ist es so wichtig, dass wir heute die Errichtung des Denkmals an der Keupstraße beschließen.

Ich bedanke mich bei Frau Oberbürgermeisterin Reker, bei den Initiativen, die leider nicht mehr hier sind, beim Integrationsrat und bei der Verwaltung, deren Einsatz wir diese Vorlage zu verdanken haben.

Gemeinsam setzen wir heute ein Zeichen gegen das Vergessen und für die Heilung der tiefen Wunden, die die Taten des NSU in unserer Gesellschaft hinterlassen haben.

Diese Wunden zu heilen, geht weder schnell noch einfach, sondern ist eine Aufgabe, die noch mancher gemeinsamen Anstrengung bedarf.

Daher ist es wichtig, die Beschlussvorlage dahin gehend zu ergänzen, dass der Platz zu einem öffentlichen Raum wird, der für alle jederzeit zugänglich ist, um den Wünschen der Betroffenen und der Initiativen, aber auch unserer Gedenkkultur gerecht zu werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Denkmal wird nicht nur für die Opfer des NSU und deren Familien ein Ort des Erinnerns und des Gedenkens sein. Es wird ein Ort sein, der täglich Anklage erhebt, rassistische Strukturen sichtbar macht und zum politischen und gesellschaftlichen Widerstand dagegen auffordert - ein Denkmal unserer Verantwortung im Kampf gegen den Rassismus und ein Bekenntnis für den Frieden in unserer bunten Stadt.

Lassen Sie uns heute beginnen, nicht mit Worten, sondern mit Taten voranzuschreiten, um diesem Frieden ein Stück näher zu rücken. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Yazicioglu. - Herr Erkelenz, Sie haben das Wort.

Martin Erkelenz (CDU): Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 9. Juni 2004 hat einen tiefen Schmerz - meine Kollegin sagte es schon - in unser kölsches Herz gerissen.

Der 9. November ist ein Tag des Nachdenkens. Heute Morgen haben wir der Pogrome von 1938 gedacht. Der 9. November ist ein sehr facettenreicher Tag in unserer gemeinsamen Geschichte in Deutschland.

Ausgerechnet an einem solchen denkwürdigen Tag beschließen wir einen Gedenkort, den wir eigentlich gar nicht haben wollten; denn ein Attentat in einer solchen Form brauchen wir in Köln einfach nicht.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir müssen damit leben, und wir müssen das machen, was wir in Köln am besten können, nämlich in einer solchen Situation zusammenhalten. Hier halten wir parteiübergreifend zusammen. Ich möchte mich bei allen bedanken, die hierzu beigetragen haben. Es war sicherlich ein mühsamer Weg bis heute. Dank geht also an alle, die daran mitgearbeitet haben, dass wir jetzt endlich beschließen können, ein Denkmal an einem würdigen Ort zu errichten.

Das ist heute ein wichtiger Tag - ein 9. November, der es auch für Köln wiederum historisch macht. Wir können damit, glaube ich, im Herzen derer, die das Attentat sehr betroffen machte, einiges gutmachen.

Ich möchte insofern allen danken, die hier mitgeholfen haben - dem Integrationsrat, den Betroffenen in der Keupstraße und in der Probsteigasse sowie der Verwaltung. Man kann, glaube ich, sagen, dass in den letzten beiden Jahren auch durch die Verwaltung, durch Herrn Greitemann und durch viele andere, dankenswerterweise Schwung in den Vorgang gekommen ist, sodass wir heute endlich das beschließen können, was

wir vor vielen Jahren eigentlich schon hätten beschließen wollen. Danke schön allen, die hier mitgemacht und mitgeholfen haben!

Jetzt müssen wir weiter daran arbeiten, dass dieses Denkmal, diese Begegnungsstätte, diese Gedenkstätte auch wirklich schnellstmöglich realisiert werden kann. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Erkelenz. - Frau Brock-Storms, bitte.

Claudia Brock-Storms (SPD): Guten Abend! Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne noch Tayfun Keltek persönlich begrüßen, weil ich denke, dass ihm im Laufe der Jahre mit am meisten Dank dafür gebührt, dass wir das jetzt so beschließen können. Danke, Tayfun!

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen die Änderungen zu den Erinnerungsorten Probsteigasse und Keupstraße ausdrücklich.

Wir haben aber - genauso wie die Oberbürgermeisterin, an die dieses Schreiben wohl ging; die anderen Fraktionen werden es auch bekommen haben, denke ich - aus der kurdischen Community den Hinweis erhalten, dass sie, wenn bestimmte Worte in einer anderen Sprache kommen und es dann nur Türkisch ist, nicht ganz so glücklich mit diesem Prozess sind.

Deshalb möchten wir darum bitten, in dem weiteren Verfahren nicht zu vergessen, dass Türken und Kurden Opfer des NSU waren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Darum bitten wir, im Verfahren für das Kuratorium Denkmal Keupstraße weiter im Hinterkopf zu haben, dass das bei der Gestaltung des Erinnerungsortes auch bedacht werden muss. Das wollen wir Ihnen mit auf den Weg geben. - Besten Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Brock-Storms. - Als Nächster steht Herr Detjen auf meiner Rednerliste.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Anwesenden! Für uns, DIE LINKE, ist dieses Mahnmal in der Keupstraße zum Gedenken an die Opfer der NSU-Morde und -Anschläge insbesondere in der Probsteigasse 2020 und in der Keupstraße 2004 auch eine Erinnerungsstätte - für die Opfer, für die Familienangehörigen, für die Anwohnerinnen und Anwohner.

Wir wollen uns aber auch daran erinnern, dass die blutige Spur des NSU nicht vollständig aufgeklärt ist. Mit diesem Erinnern ist für uns auch verbunden, dass wir nicht lockerlassen sollten, bis alle Täter bestraft sind.

Damit meine ich Personen aus dem Verfassungsschutz, und ich meine Personen, die dem NSU unmittelbar geholfen haben.

Ali Demir von der Keupstraße hat recht, wenn er vor einigen Tagen im Fernsehen darauf hinwies, dass der NSU Informanten gehabt haben muss, die den Mördern viele Detailinformationen an die Hand gegeben haben.

Das Gleiche gilt für den Anschlag in der Probsteigasse. Das war ja eine iranische Familie, die einen Lebensmittelladen hatte, über dem ein deutscher Name prangte. Wie konnte der NSU wissen, dass das eine iranische Familie war?

Diese Sachen sind nicht aufgeklärt. Sie müssen aber aufgeklärt werden. Lassen Sie uns gemeinsam neben Mahnen und Erinnern auch die weitere Aufklärung bezüglich der Hintermänner und Helfershelfer immer wieder einfordern und betreiben.

(Beifall)

Danke an alle Engagierten für dieses Denkmal! Hervorheben möchte ich die Betroffenen, die Angehörigen, die Initiative „Keupstraße ist überall“, die IG Keupstraße und den Kölner Integrationsrat mit Tayfun Keltek; wir waren 2004 nach dem Anschlag in der Keupstraße vor Ort.

Ich möchte mich aber auch bei den Kölner Rechtsanwälten bedanken, die jahrelang nach München gefahren sind und die Nebenklage mit vertreten haben. Ich kenne verschiedene Rechtsanwälte gut und habe oft mit ihnen gesprochen

und habe sie damals auch gebeten, diese Prozesse zu übernehmen. Auch dafür geht Dank an sie.

Deswegen ganz zum Schluss: Wir haben ja - das ist schon angesprochen worden - einen gemeinsamen Änderungsantrag vorliegen. Dieser gemeinsame Änderungsantrag ist sehr wichtig; denn so, wie es in der Verwaltungsvorlage vorgesehen war, würde das Denkmal sonst nicht funktionieren. Insofern geht also auch Dank an alle demokratischen Fraktionen.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Detjen. - Frau Ruffen, bitte.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich spreche kurz vom Platz aus. - Wir haben uns ein kleines bisschen über das Vorgehen beim Änderungsantrag geärgert; denn wir hätten ihn gerne mitgetragen. Aber wir wollen da heute nicht kleinlich sein; denn was wir hier machen, ist so wichtig, dass es nicht auf irgendwelche bürokratischen Vorgänge ankommt.

Wir unterstützen die Vorlage und den Änderungsantrag vollumfänglich und freuen uns, dass nun endlich eine Lösung gefunden worden ist, die hier auf so breite Zustimmung stößt. - Danke schön.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Ruffen. - Frau Venturini, bitte.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Zuschauer*innen am Stream! Es ist heute wirklich ein bedeutender Moment. Wir von der Volt-Fraktion fühlen uns fast schon geehrt, diesen Beschluss, der jahrelang im Prozess war, jetzt mittragen zu können. Wir müssen uns wirklich noch einmal vor Augen halten, dass wir jetzt endlich diesen Beschluss mit diesen wichtigen Änderungen treffen können.

Hier geht auch unser Dank an die betroffenen Familien und an die engagierten Bürgerinnen und Bürger der Initiativen, die jahrelang mühevoll diesen Prozess begleitet und aktiv mitgestaltet haben.

Gleichzeitig geht ein großer Dank an die Oberbürgermeisterin, Frau Reker, aber auch an die gesamte Stadtverwaltung, die es ermöglicht hat, jetzt auch wirklich wichtige Schritte einzuleiten.

Dass zum Beispiel dieser Platz in öffentliche Hand übergeht, ist unfassbar wichtig. Denn dieser Platz, dieses Mahnmal, diese Erinnerungsstätte wird allen Kölnerinnen und Kölnern gehören. Das wird ein Platz sein, auf dem aktiv Geschichte betrieben wird und hoffentlich für die zukünftigen Generationen noch einmal aufgezeigt wird, was Rechtsextremismus uns wirklich antun kann.

Deswegen wir sind unfassbar froh. Wir hoffen sehr, dass der weitere Prozess schnell vonstattengeht, und vor allen Dingen, dass er weiterhin unter Beteiligung der betroffenen Familien und der Initiativen durchgeführt wird, damit auch keine weiteren Fehler oder Verzögerungen entstehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Venturini. - Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Frau Gabrysch, bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nur ganz kurz vom Platz. Ich möchte auch nicht die Dinge, die gesagt wurden, wiederholen, sondern mich im Namen der KLIMA FREUNDE nur absolut anschließen und anmerken, dass wir natürlich auch gern die Gelegenheit genutzt hätten, den Antrag mit zu stellen. Mit anderen Worten: Wir stehen auch zu 100 Prozent dahinter. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Gabrysch. - Herr Keltek, bitte. Sie haben das Wort.

Tayfun Keltek (Integrationsrat): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist mein erster Auftritt in dieser Ratsperiode. Ich nutze diese Gelegenheit, die konstruktive Zusammenarbeit des Integrationsrates hier deutlich zu unterstreichen und gleichzeitig Grüße des Integrationsrates an Sie weiterzugeben.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz kurz die Historie darstellen. Das hängt sehr eng mit diesem Denkmal zusammen, das wahrscheinlich über Köln hinaus bundesweit eine große Dimension haben wird. Nach den Diskussionen in den letzten Jahren haben wir ja festgestellt, dass da bundesweit ein großes Interesse existiert.

19. Januar 2001: Anschlag in der Probsteigasse. Eine iranischstämmige Frau ist schwer verletzt worden.

9. Juni 2004: Nagelbombenanschlag des NSU in der Keupstraße. Da hatte man beabsichtigt, mehrere Menschen zu töten. Damals wollten sie noch nicht einzelne Menschen erschießen, wie sie das nachher getan haben. Sie haben ja zehn Menschen erschossen, davon acht aus der Türkei, einen aus Griechenland und eine deutsche Polizistin.

Nach diesem zweiten Anschlag in der Keupstraße hat es sieben Jahre gedauert, in denen die Gerüchte im Raum standen, dass das auf jeden Fall Clankriminalität war. Das heißt ja, dass Rauschgiftbanden untereinander so etwas verübt haben, dass also zum Beispiel kurdische oder türkische ethnische Gruppen sich bekämpfen und daraus das dann entstanden ist. Das war auf keinen Fall so. Aber sieben Jahre lang hat man diese Straße und ihre Bürgerinnen und Bürger unrechtmäßig entsprechend beschuldigt.

4. November 2011: Zufällig stellte sich heraus, dass doch die Angehörigen der NSU-Mördergruppe dort die Täter waren. Das hatten wir als diejenigen, die davon betroffen sind, ja lange vermutet. Dann wurde das endlich einmal entlarvt.

20. Januar 2015: Der Antrag des Integrationsrates für ein Denkmal wird vorgelegt. Das war sicher nicht so einfach. Aber der Rat hat sehr vernünftig und sehr gut darauf reagiert.

11. Februar 2015: Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, ein Verfahren für ein zukunftsorientiertes Denkmal zu entwickeln. Daraufhin haben wir als Integrationsrat parallel als zweiten Antrag oder mindestens Vorhaben erklärt: Wir wollen gegen die Entwicklung des Rassismus - das Ende des Rassismus sind ja diese Anschläge, bei denen Menschen getötet werden - langfristig etwas unternehmen.

Sie wissen auch, dass Rassismus sich aus der Idee von Ungleichwertigkeit speist. Den Menschen, die meinen, dass die anderen nicht gleichwertig seien, müssen wir da reingrätschen und klar sagen: Das stimmt einfach nicht.

Die Menschen mit internationaler Familiengeschichte - diesen Begriff benutze ich ganz bewusst - haben andere Kompetenzen und andere Fähigkeiten, die ihrer Herkunft und ihrer ethnischen Zugehörigkeit entsprechen. Das ist nicht ein Nachteil, sondern eine große Bereicherung für dieses Land, weil wir damit ein Potenzial haben.

Vor diesem Hintergrund haben wir gesagt: Weil in Köln bei diesem Bombenanschlag 22 Menschen zum Teil schwer verletzt worden sind, sollen 22 bilinguale Kindergartengruppen eingerichtet werden. - Dafür haben wir im Haushalt schon finanzielle Möglichkeiten. Aber wir wünschen, dass diese 22 bilingualen Kindergartengruppen auch mit den Herkunftssprachen dieser Kinder eingerichtet werden.

6. November 2016: In dem aufgrund des Antrags des Integrationsrates und des Ratsbeschlusses durchgeführten Verfahren wurde durch eine Jury die Entscheidung für den Vorschlag von Professor Aminde getroffen. Dadurch ist das dann ja in die Wege geleitet worden. Wir haben jahrelang dafür gekämpft, den Standort auf jeden Fall durchzusetzen.

Da möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Oberbürgermeisterin Reker bedanken. Sie hat uns immer unterstützt.

Nicht vergessen möchte ich Herrn Greitemann. Wir haben uns mehrmals getroffen und mehrmals Gespräche geführt. Am Ende war Herr Greitemann auch im Integrationsrat. Außerdem hat er, wie ich erfahren habe, die wichtige Initiative ergriffen und sich bei dem neuen Käufer des Grundstücks dafür eingesetzt oder es zum Teil auch zur Voraussetzung dafür gemacht, dass dieser Kauf dann überhaupt stattfindet. Ganz herzlichen Dank, Herr Greitemann. Ich finde es toll, dass Sie sich in der Form eingesetzt haben.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Zeit als Integrationsrat ja mit allen Initiativen, die zum Teil ein Denkmal - -

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt)

- Sofort. Im Integrationsrat habe ich keine Redezeitbegrenzung. Deswegen tut mir das leid. Es dauert vielleicht noch eine Minute.

Bürgermeister Andreas Wolter: Wenn Sie dann bitte zum Schluss kommen.

Tayfun Keltek (Integrationsrat): Wir haben viele Initiativen. Zum Teil wollten sie nicht stigmatisiert werden und wollten deshalb kein Denkmal in der Straße. Dann haben wir sie überzeugt. In der Keupstraße und überall haben wir überzeugt. Wir haben mehrere Gespräche geführt. Auf diese Weise haben wir das dann hingekriegt.

Meine herzliche Bitte ist, dass das möglichst bald auch wirklich verwirklicht wird. Es würde mich sehr freuen, wenn wir landesweit stolz erklären könnten: In Köln haben wir etwas Besonderes geschafft. - Denn dann haben wir ein deutliches Zeichen gegen die Entwicklung des Rassismus gesetzt. - Danke schön für das Zuhören.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Keltek. - Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, Volt und Herrn Zimmermann abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Nun können wir über die Vorlage in der jetzt geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir auch hier einstimmig so beschlossen.

Ich bedanke mich für den einstimmigen und auch wirklich wichtigen Beschluss, den wir heute gefasst haben.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln)

Beschluss:

Wir danken der Verwaltung für die Beschlussvorlagen und stimmen dieser unter Berücksichtigung folgender Änderungen bzw. Ergänzungen zu: Der Rat

- *Punkt 2: beschließt als Standort für die Aufstellung des Denkmals einen ca. 550qm großen Platz an der Ecke Keupstraße/Schanzenstraße. Um der Öffentlichkeit einen dauerhaften Zugang zum Platz zu gewähren, schließt dies*

  1. *die Übertragung des Platzes durch die Firma gentes in das Eigentum der Stadt Köln sowie*

  2. *die Widmung des Platzes durch die Stadt Köln als öffentlicher Raum ein.*

- *Punkt 5: beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzepts zur Einrichtung eines „Kuratorium Denkmal Keupstraße“ zum Gedenken an die Anschläge in der Keupstraße und der Probsteigasse. Das Kuratorium soll mehrheitlich von Personen besetzt sein, die die Betroffenenperspektive einnehmen.*

- *Punkt 6: beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob und wie die Umgebung des Platzes partizipatorisch gestaltet werden kann. Dies schließt auch die Prüfung der Möglichkeiten mit ein, einen Begegnungsraum (z. B. für Veranstaltungen) in unmittelbarer Nähe des Mahnmals zu schaffen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Beschlussvorlage

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt die Annahme des Entwurfs des Künstlers Ulf Aminde als Siegerentwurf des künstlerischen Wettbewerbs für die Errichtung eines Denkmals zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse und folgt damit dem einstimmigen Votum der Jury.*

2. *beschließt als Standort für die Aufstellung des Denkmals einen ca. 550qm großen Platz an der Ecke Keupstraße/Schanzenstraße.*

Um der Öffentlichkeit einen dauerhaften Zugang zum Platz zu gewähren, schließt dies

1. *die Übertragung des Platzes durch die Firma gentes in das Eigentum der Stadt Köln sowie*

2. *die Widmung des Platzes durch die Stadt Köln als öffentlicher Raum ein.*

3. *beschließt für die Errichtung des Denkmals 60.000 Euro und jährlich 15.000 Euro für die Entwicklung von Filmen und Materialien für neue Apps, um den modernen und nachhaltigen Charakter des Denkmals zu gewährleisten.*

4. *beschließt die Anbringung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den Anschlag in der Probsteigasse für 10.000 Euro und beauftragt die Verwaltung, dort eine Gedenktafel anzubringen.*

5. *beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzepts zur Einrichtung eines „Kuratorium Denkmal Keupstraße“ zum Gedenken an die Anschläge in der Keupstraße und der Probsteigasse. Das Kuratorium soll mehrheitlich von Personen besetzt sein, die die Betroffenenperspektive einnehmen.*

6. *beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob und wie die Umgebung des Platzes partizipatorisch gestaltet werden kann. Dies schließt auch die Prüfung der Möglichkeiten mit ein, einen Begegnungsraum (z. B. für Veranstaltungen) in unmittelbarer Nähe des Mahnmals zu schaffen.*

7. *beschließt für das Jahr 2022 – vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushalts 2022 – die Mittelverwendung für Sonderausstellungen in Höhe von 10.000 Euro für die Errichtung der Gedenktafel in der Probsteigasse und die Umschichtung der Mittel als überplanmäßige Aufwendungen in den Teilergebnisplan 0410 – NS-Dokumentationszentrum in die Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.18 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Theater: Erweiterung der Kulturplattform "QULTOR" (AT)
2672/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 5).

Anmerkung:
Die Verwaltung zieht im Nachgang zur Sitzung die Vorlage zurück.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.19 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Filmkultur: Filmhaus Köln - Eröffnung

2800/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir mit großer Mehrheit so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme „Filmhaus Köln – Eröffnung“ aus der Kulturentwicklungsplanung in Form einer einmaligen Projektförderung von 25.000 Euro an die FK – Filmhaus Köln UG und beschließt zur Umsetzung dieser Maßnahmen im Haushaltsjahr 2021 die haushaltsneutrale Umschichtung von 25.000 Euro innerhalb des Teilplans 0416 – Kulturförderung aus der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – in die Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

10.20 Erhöhung der institutionellen Förderung für MusikFabrik Landesensemble NRW e. V.

3486/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022 – zur Sicherung des Fortbestands des MusikFabrik Landesensemble NRW e.V. die Erhöhung der institutionellen Förderung (Betriebskostenzuschuss) um 70.000 Euro ab 2022 auf 320.000 Euro jährlich.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD zugestimmt.

10.21 Institutionelle Förderung der Kölner Gesellschaft für Alte Musik e.V. (KGAM zamus)
3489/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III - Seite 5).

10.22 Außengastronomie 2021/2022 - Gebührenerhebung

Die Angelegenheit wurde unter TOP 3.2.4 behandelt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Den TOP 10.22 hatten wir schon.

Tagesordnungspunkt

10.23 Zuschussgewährung Stromsparcheck der Caritas

1370/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das mit großer Mehrheit beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

den Caritasverband für die Stadt Köln e.V. zur Fortführung des Stromspar-Checks für private Haushalte bis zum Ende der Förderperiode 31.03.2022 mit einem Zuschuss in Höhe von 75.000 Euro zu unterstützen.

Für die Zuschussgewährung ab April 2022 erfolgt eine erneute Beschlussfassung in Abhängigkeit eines durch die Caritas neu zu erstellenden Konzeptes und der ergänzenden Finanzierung durch Bundesmittel, die RheinEnergie AG sowie weitere durch die Caritas zu akquirierende Unterstützende.

Die notwendigen Mittel stehen im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen zur Verfügung, bzw. wurden für das Jahr 2022 im Hpl.-Entwurf 2022 entsprechend vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.24 Förderprogramm zur Aktivierung privater Initiative für Gastronomie und Einzelhandel zur Abmilderung Corona bedingter Belastungen; Winterbeleuchtung: Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1501
3873/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zur Beratung und Entscheidung in den Hauptausschuss verwiesen (Ziffer IV – Seite 6).

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Hammer

Bürgermeister Andreas Wolter: TOP 10.24 ist von der Tagesordnung genommen worden.

Dann kommen wir zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Tagesordnungspunkt

11.1 218. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen; Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg

hier: Feststellungsbeschluss

2851/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen?

Wir stimmen ab wie Vorlage. Die Prüfbitte der BV 2 wird die Verwaltung sehr gern mit aufnehmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 218. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel "Mertener Straße in Köln-Marienburg" eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Anlagen 5.1, 5.2, 6.1 und 6.2;*

2. *stellt die 218. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel "Mertener Straße in Köln-Marienburg" mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch beigefügten Begründung fest.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Bürgermeister Wolter merkt an, dass die Verwaltung die Prüfbitte der Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) gerne aufnehmen werde.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

11.2 219. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen; Arbeitstitel: „Parkstadt Süd“ in Köln-Zollstock, -Raderberg und -Bayenthal

hier: Feststellungsbeschluss

2855/2021

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen der Beschlussvorlage hier zu, würden aber auch gerne noch im weiteren Verfahren die Anregungen aus den Bezirksvertretungen entsprechend gewürdigt wissen, stimmen aber jetzt - -

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie sprechen jetzt sehr schnell. Ich kann Sie kaum verstehen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Wir stimmen sehr gerne der Vorlage zu, würden aber gerne die Hinweise oder die Beschlussfassung aus der Bezirksvertretung im weiteren Verfahren entsprechend gewürdigt wissen. Wir beschließen jetzt in der Vorlage - - Das waren ja noch Änderungswünsche, was Sportplätze etc. angeht. Unsere Bitte ist, dass die Verwaltung das noch einmal mitnimmt und im weiteren Verfahren berücksichtigt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Greitemann nickt. Er nimmt diese Anregung also auf.

Ansonsten stimmen wir ab wie Vorlage - mit den Anregungen, die gerade gegeben wurden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Möchte sich jemand enthalten? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 219. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) mit dem Arbeitstitel "Parkstadt Süd" in Köln-Zollstock, -Raderberg und -Bayenthal eingegangenen Stellungnahmen gemäß den Anlagen 5.1 bis 6.2.*

2. *stellt die 219. Änderung des FNPs mit dem Arbeitstitel "Parkstadt Süd" in Köln-Zollstock, -*

Raderberg und -Bayenthal mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

RM Hammer merkt an, dass die Anregungen der Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) im weiteren Verfahren gewürdigt werden sollen.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann rufe ich auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Dellbrück

Arbeitstitel: Hatzfeldstraße/Radiumstraße in Köln-Dellbrück

3345/2021

Der Stadtentwicklungsausschuss hat bei Enthaltung der SPD einstimmig zugestimmt.

Wird hier noch das Wort gewünscht? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die SPD enthält sich. Dann ist das aber mit großer Mehrheit so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Dellbrück –Arbeitstitel: Hatzfeldstraße/Radiumstraße in Köln-Dellbrück– für das Gebiet westlich der Mielenforster Straße entlang der südlichen Grundstücksgrenze Hatzfeldstraße 23-79, einschließlich der Grundstücke Hatzfeldstraße 1-19 über den Grafmühlenweg entlang der nördlichen Grundstücksgrenze der Häuser Pfarrer-Buchbender-Weg 1-19 weiter verlaufend nördlich der Sportanlage bis zur Mielenforster Straße — in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

Zu Diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Bürgermeister Andreas Wolter: Nun kommen wir zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2412/2021

Der Verkehrsausschuss hat einstimmig zugestimmt; siehe Anlage 11. Die Beantwortung einer Nachfrage ist in Anlage 12 zu finden.

Wird noch das Wort gewünscht? - Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Änderungen zustimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

16.2 Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

2812/2021

Auch dem hat der Verkehrsausschuss einstimmig zugestimmt.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 20. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der beigefügten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann kommen wir zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Berufung von Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

3221/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat beschließt, Jakob Godtmann, Vorstandsmitglied der Bezirksschüler*innenvertretung Köln als Mitglied mit beratender Stimme für die Bezirksschüler*innenvertretung in den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu berufen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.2 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE am 24./25.03.2022 Neubesetzung der Sitze im Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE
2998/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückstellt (siehe Ziffer IV - Seite 5).

Bürgermeister Andreas Wolter: TOP 17.2 haben wir nicht mehr.

Tagesordnungspunkt

17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss

3554/2021

Hier wollen wir Herrn Jörg Marquardt als beratendes Mitglied anstelle von Herrn Wolfgang Schmidt wählen.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger von Herrn Wolfgang Schmidt Herrn Jörg Marquardt gemäß §5 Abs.3 AG-KJHG NRW und §4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als beratendes Mitglied für den Träger „Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH“ in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

17.4 Neubenennung der Mitglieder für die Fachausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
3548/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückstellt (siehe Ziffer IV - Seite 5 / 6).

17.5 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25.03.2022 in Hannover - Benennung von Delegierten
3547/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückstellt (siehe Ziffer IV - Seite 6).

Bürgermeister Andreas Wolter: TOP 17.4 und TOP 17.5 sind zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung Sachkundiger Bürger Gesundheitsausschuss“

AN/2328/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neubesetzung des sachkundigen Bürgers der Volt Fraktion für den Gesundheitsausschuss.

Neu: Andrea Salis

Bisher: Finn Thelen

Andrea Salis übernimmt außerdem die Nachfolge von Finn Thelen in der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

17.7 Berufung von Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz durch den Rat der Stadt Köln

3580/2021

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

Name	*Entsendende Institution*
Frau Sandra Kisters-Nuderscher	*Gesetzliche Krankenversicherung* *(Nachfolge für Herrn Ralf Beutelstahl)*
Herrn Ralf Janssen	*Pflegeversicherung* *(Nachfolge für Herrn Christoph von den Driesch)*
Herrn Andreas Pöttgen	*Freie Wohlfahrtsverbände* *(Nachfolge für Herrn Markus Johannes)*

zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen sowie

Frau Monika Koenen	*Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern* *(Nachfolge für Frau Katlen Peter)*

Herrn Peter Schütterle	*Amt für Schulentwicklung der Stadt Köln* *(Nachfolge für Frau Claudia Scholle)*
Herrn Christof Wild	*Freie Wohlfahrtsverbände* *(Nachfolge für Herrn David Klapheck)*

zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellungen der bisherigen (stellvertretenden) Mitglieder werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Digitalausschuss“

AN/2326/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Frau Catharina Brühl anstelle von Herrn Martin Erkelenz als beratendes Mitglied in den Digitalausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

17.9 Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH; hier: Entsendung in den Aufsichtsrat

3738/2021

Gibt es hier Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat entsendet auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin (nach § 113 Abs. 2 GO NRW) den Beigeordneten für Kunst und Kultur, Herrn Stefan Charles, in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt/Köln, gGmbH.*
2. *Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.*
3. *Der Rat weist den von ihm in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt/Köln, gGmbH entsandten Vertreter der Stadt Köln an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes der Kommunalen Gesundheitskonferenz“

AN/2377/2021

Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Bürgermeister, in dem Beschlussvorschlag zu TOP 17.10 ist leider bei uns ein Wort abhandengekommen. Richtig muss es heißen: als stellvertretendes Mitglied.

Bürgermeister Andreas Wolter: Also:

Der Rat wählt Herrn Alexander Yohannes anstelle von Herrn Henk van Benthem als stellvertretendes Mitglied in die Kommunale Gesundheitskonferenz.

(Ursula Gärtner [CDU]: Ja, so ist das!)

Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Möchte sich jemand enthalten? - Dann haben wir auch hier einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Alexander Yohannes anstelle von Herrn Henk van Benthem als stellvertretendes Mitglied in die Kommunale Gesundheitskonferenz.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Gärtner ergänzt den Antrag mündlich um das Wort „…stellvertretendes Mitglied…“.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Bürgermeister Andreas Wolter: Damit haben wir den öffentlichen Teil der Sitzung beendet und können jetzt die Nichtöffentlichkeit herstellen. Danke fürs Kommen!

(Schluss: 19.53 Uhr)

I. Korrektur Niederschrift Rat 10.12.2020 (Seite 23/24)
zu Top 1.1 Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner

Betreffend: Bauausschuss (mit angegliedertem Betriebsausschuss)

Die Auflistung der Vorschläge muss wie folgt ergänzt werden:

Bauausschuss (mit angliederten Betriebsausschuss)	*Vorschlag 1 (Grüne):* *Lisa Schopp* *Stephan Eckstein* *Christoph Goedecke* *Christiane Schmidt* *Vorschlag 2 (SPD):* *Oliver Seeck* *Lutz Tempel* *Marcus Schmitz* *Vorschlag 3 (CDU):* *BM Dr. Ralph Elster* *Werner Marx* *Stephan Wieneritsch* *Vorschlag 4 (Die Linke.):* *Stefan Schüller* *Vorschlag 5 (FDP):* *Seda Öndas* *Vorschlag 6 (Volt):* *Manuel Jeschka* *Vorschlag 8 (KLIMA FREUNDE)* *Wilfried Reinsch*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Bauausschuss (mit angegliedertem Betriebsausschuss) gewählt.

II. Korrektur der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 23.08.2021 zu TOP 2.4.

2.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Besetzung Ausschüsse" AN/1730/2021
(Seite 9 / 10 der Niederschrift)

In der Auflistung der zu entsendenden beratenden Mitglieder muss folgende Zeile gestrichen werden:

Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden	*Sabine Kader*

Der Beschluss lautet dann wie folgt:

Beschluss:

Der Rat beruft folgende Personen als beratende Mitglieder in die benannten Ausschüsse:

Gremium	*Name*
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	*Michael Hock*
Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden	*Walter Wortmann*
Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern	*Bea Dickas*
Ausschuss Kunst und Kultur	*Elise Teitz*
Ausschuss Schule und Weiterbildung	*Bea Dickas*
Ausschuss Soziales und Senioren	*Bea Dickas*
Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln	*Elise Teitz*
Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester	*Elise Teitz*
Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln	*Markus Schernick*
Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud	*Elise Teitz*
Digitalisierungsausschuss	*Michael Hock*
Finanzausschuss	*Markus Schernick*
Gesundheitsausschuss	*Walter Wortmann*
Sportausschuss	*Aaron von Kruedener*
Stadtentwicklungsausschuss	*Walter Wortmann*
~~Stadtentwicklungsausschuss~~	*~~Rolf Beierling-Hemonet~~*
Unterausschuss Selbsthilfegruppen	*Barbara Veronica Baus*
Verkehrsausschuss	*Michael Hock*
Wahlprüfungsausschuss	*Bea Dickas*
Wirtschaftsausschuss	*Walter Wortmann*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Wortmann teilt mit, dass der Vorschlag auf Seite 2 in der Tabelle in Spalte 16 im Antrag gestrichen werden muss. In den Stadtentwicklungsausschuss wird RM Wortmann entsandt (nicht Herr Beierling-Hemonet).

13. Sitzung vom 14. Dezember 2021

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme dreier Kunstwerke von A.R. Penck als Schenkung

3701/2021

2.2 Annahme einer Schenkung durch den Künstler Wade Guyton an das Museum Ludwig

3704/2021

2.3 Annahme einer Schenkung durch die Künstlerin Frau Leiko Ikemura

3269/2021

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Masterplan Parken"

AN/2635/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2690/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

AN/2691/2021

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Kostenheranziehung für Pflege- und Heimkindern durch das Jugendamt abschaffen"

AN/2615/2021

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Der kluge und bedachte Umgang ist die Lösung für Corona und nicht Panik und Aktionismus der Stadtverwaltung"

AN/2627/2021

3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Kalkberg-Ruhe in Frieden"

AN/2601/2021

3.1.5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Startups fördern"

AN/2604/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/2694/2021

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Maus-Ampel für Köln – 50 Jahre WDR-Maus feiern"

AN/2613/2021

3.1.7 Antrag der Fraktionen Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Beitritt der Stadt Köln zur Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten""

AN/2636/2021

zurückgezogen

3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Nutzung der Hallen 76 und 77 in Köln-Kalk"

AN/2415/2021

zurückgestellt

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Antisemitismusbeauftragten in Amt OB angliedern"

AN/2629/2021

3.1.10 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Strukturen und Ressourcen für eine integrierte Klimafolgenanpassung in der Stadt Köln"

AN/2624/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2675/2021

3.1.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen"

AN/2617/2021

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Schutz vor Luftschadstoffen – Leitlinien der WHO zum Maßstab nehmen!"

AN/2632/2021

3.1.13 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Obdachlosigkeit in Köln – Herausforderungen und Lösungen"

AN/2619/2021

Änderungsantrag der Fraktion DIE FRAKTION

AN/2680/2021

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP

AN/2681/2021

3.1.14 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Städtebauliche Identität bewahren - Denkmalschutz nicht schleifen"

AN/2630/2021

zurückgezogen

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen

1645/2021

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Rattenplage und Abfallproblematik auf dem Kölnberg"

AN/2622/2021

Antwort der Verwaltung vom 14.12.2021

4316/2021

4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Ströer/Werbenutzungsvertrag"

AN/2672/2021

Antwort der Verwaltung vom 14.12.2021

4317/2021

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Kostenlose FFP2-Masken für Köln-Pass-Inhabende"

AN/2676/2021

Antwort der Verwaltung vom 13.12.2021

4307/2021

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "CoronaCarnevalColonia - Where ist my Wert"

AN/2677/2021

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Petition der Seebrücke ‚Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen – polnischen Grenze‘

4052/2021

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln

3170/2021

6.1.2 Änderung zur rückwirkenden Änderungssatzung der Straßenreinigungssatzung

3648/2021

6.1.3 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln

3848/2021

zurückgestellt

6.1.4 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln

3849/2021

6.1.5 Stellplatzsatzung für Köln

3388/2021

zurückgestellt

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln

3200/2021

6.2.2 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren

3199/2021

6.2.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Abwassergebührensatzung 2022

3968/2021

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

4098/2021

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Neusser Landstraße 117, 50769 Köln-Fühlingen

2897/2020

7.2.2 Mehrkosten für die Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Vingst

3340/2021

7.3 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gem. §25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

3490/2021

7.4 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2, Sachstandsmitteilung

4008/2021

7.5 Bericht über die finanzielle Lage nach § 2 Abs. 2 NKF-CIG hier: Buchungsstand 31.10.2021 mit Jahresprognose

4082/2021

7.6 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022

4170/2021

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201 Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2021

3651/2021

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

2314/2021

10.2 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße, Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung

2622/2021

zur Entscheidung in den Hauptausschuss verwiesen

10.3 Verlängerung Auszugsmanagement 2022/2023

3308/2021

10.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022

3378/2021

10.5 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2019 - Beteiligungsbericht 2019

3605/2021

10.6 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18 Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 1 auf eine Nutzlänge von 60 m

2430/2021

10.7 Zügigkeitserweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule, Stresemannstraße 36 in Köln-Finkenberg zum Schuljahr 2022/23 nach § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

2500/2021

10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2020

3377/2021

10.9 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022

3991/2021

10.10 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2010

4091/2021

10.11 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2018

4088/2021

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Wirtschaftsplan 2022

4029/2021

10.13 RheinEnergie AG hier: Rheinlandkooperation / Anpassung der Satzung der RheinEnergie AG

4044/2021

10.14 GEW Köln AG hier: Rheinlandkooperation / Anpassung der Satzung der GEW Köln AG

4045/2021

10.15 Stadtwerke Köln GmbH; hier: Rheinlandkooperation; Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Köln GmbH

4051/2021

10.16 Zusammenarbeit mit der Stadt Leverkusen im Bereich der Aufgaben nach dem Amtsapothekengeschäft

3237/2021

10.17 Zuständigkeitsübertragung der Linie 250 für die Streckenabschnitte auf Kölner Gebiet auf die Stadt Leverkusen und Ausgleich von Aufwanddeckungsfehlbeträgen im interlokalen Verkehr

3717/2021

10.18 Fortführung finanzielle Unterstützung des Umweltbildungszentrums auf Gut Leidenhausen

3816/2021

10.19 Absage Silvesterprogramm auf dem Roncalliplatz

4173/2021

10.20 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept "2020: Köln l(i)ebt Vielfalt"

3112/2021

10.21 Ergänzung des U-Bahn-Vertrages vom 17.09. / 24.10.1973 zur Übertragung der Federführung für die Aufzugsnachrüstungen in die Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der Planungsleistungen

2411/2021

10.22 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2020

3379/2021

10.23 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022

3380/2021

10.24 Institutionelle Förderung der Kölner Gesellschaft für Alte Musik e.V. (KGAM zamus)

3489/2021

10.25 Fortführung der institutionellen Förderung für Internationale Photoszene Köln gUG und Temporary Gallery e.V. 2022-2024

3693/2021

10.26 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2021 - 2023

3796/2021

10.27 Ankauf eines Kunstwerks des Künstlers Hermann Scherer für das Museum Ludwig

3549/2021

10.28 Neubau Historische Mitte

Hier:
Erhöhung des Planungsbudgets aufgrund der Neubewertung der Leistungsphase 3

(Entwurfsplanung),

Vorgezogene Mittelbereitstellung für die Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) für das Gesamtprojekt

Vorgezogene Mittelbereitstellung für die Leistungsphasen 5 und 6 (Ausführungsplanung und Ausschreibung) für die Abbrucharbeiten und Teile der Baugrube und

Genehmigung zur Fällung einer Platane unter Berücksichtigung von Ersatzpflanzungen.

3523/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/2693/2021

10.29 Städtische Katastrophenschutzeinrichtung Boltensternstr. 2-4, 50735 Köln-Niehl
hier: Planungsbeschluss für eine Dachsanierung

3067/2021

10.30 Parkstadt Süd: Bedarfsfeststellungsbeschluss für unterstützende Dienstleistungen für Umsetzungsvorbereitende Maßnahmen

4039/2021

10.31 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019

1094/2021

10.32 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“

1987/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/2682/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

AN/2684/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt

AN/2692/2021

10.33 Mediationsverfahren Klimawende Köln - RheinEnergie AG

3762/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

AN/2652/2021

10.34 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes

3303/2021

10.35 Beschluss der Fördermaßnahme „Netzwerkarbeit“ für die Kölner City im Rahmen des Projektaufrufs „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“

4225/2021

10.36 Erhöhung der Jugendbeihilfe 2021

3844/2021

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 191. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3,
Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Frischezentrum Marsdorf in Köln-Junkersdorf
Hier: Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zur

191. Flächennutzungsplan-Änderung

3277/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

AN/2679/2021

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 68454/04, Arbeitstitel: Südlich Ottoplatz in Köln-Deutz

3493/2021

12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 64435/02 Arbeitstitel: Baufeld West, Kerpener Straße in Köln-Lindenthal

3500/2021

12.3 Frischezentrum in Köln-Junkersdorf/Marsdorf;
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf

3151/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU Vorgang siehe TOP 11.1

AN/2679/2021

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 279. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

3711/2021

16.2 278. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

3521/2021

zurückgestellt

17 Gremienbesetzungen

17.1 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE am 24./25.03.2022
Neubesetzung der Sitze im Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE

2998/2021

17.2 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25.03.2022 in Hannover - Benennung von Delegierten

3547/2021

17.3 Neubenennung der Mitglieder für die Fachausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

3548/2021

17.4 Gremienbesetzung - Berufung von Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

3893/2021

17.5 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss

3808/2021

17.6 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss: Jugendamtselternbeirat

3979/2021

17.7 Vorschlag von Mitgliedern für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit

3974/2021

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden"

AN/2654/2021

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün"

AN/2653/2021

17.10 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Wahl für den Aufsichtsrat

4226/2021

17.11 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS): Entsendung in die Verbandsversammlung

4231/2021

17.12 Antrag der FDP-Fraktion "Benennung neuer Sachkundiger Einwohner"

AN/2662/2021

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2023 in Köln

3618/2021

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Bauer-Dahm, Daniel; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina (zu TOP 11.1 und 12.3); Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven (zu TOP 11.1 und 12.3); Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas (zu TOP 11.1 und 12.3); Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister*innen
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung
Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan,

Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Jülich, Ralf; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin
Escher, Annika;

Stenografen
Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Akude, John, Dr.; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Dickas, Birgit Beate; Heuser, Marion; Jeschka, Manuel;

*Bezirksbürgermeister*innen*
Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 14.11 Uhr - Ende: 21.18 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße hier im Großen Saal des Gürzenich zunächst unsere Gäste im Zuschauerbereich und alle, die im Livestream die Ratssitzung verfolgen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Meine Damen und Herren, hinter uns liegen in diesem Jahr bisher neun Ratssitzungen mit intensiven Debatten. Es war ein besonderes Jahr, was uns allen viele Herausforderungen beschert hat; ein weiteres Jahr in Zeiten der Pandemie, die auch den kommunalen Gremien viel abverlangt hat. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich im Namen der Kölnerinnen und Kölner bei Ihnen allen für die Ausübung Ihres ehrenamtlichen Ratsmandats, das sehr viele Stunden wöchentlicher Arbeit bedeutet, viel Engagement, viel Herzblut, und dafür, dass Sie auch als Ansprechpartner für die Kölnerinnen und Kölner da sind. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz!

Für das nächste Jahr bleibt uns der Wunsch, dass wir uns bald wieder ohne Abstände und Masken zusammensetzen können, aber heute ist es noch nicht so weit, sodass auch der traditionelle Empfang nach der letzten Ratssitzung des Jahres ein weiteres Mal ausfallen muss. Den Kalender des Historischen Archivs für 2022 finden Sie - mittlerweile als traditionelles Weihnachtsgeschenk - daher schon jetzt auf Ihren Plätzen.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu den Formalien. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Dr. Akude, Herr Boyens, Frau Dickas, Frau Frebel[16], Frau Heuser, Herr Jeschka, Herr Kaske[17], Herr van Benthem und Herr Welter[18].

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Schallehn, Frau Scho-Antwerpes und Frau Roß-Belkner.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind darin gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.2 bis TOP 4.4, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.1.5, 10.35, 10.36, 11.1 und 12.3. sowie bei den Gremienbesetzungen TOP 17.8 bis 17.12. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.3 und 16.2.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Austausch, auch mit der Stadtverwaltung, ziehen wir den Antrag 3.1.14 *Städtebauliche Identität bewahren - Denkmalschutz nicht schleifen* zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen? - Herr Hammer und dann Herr Breite.

[16] Anwesend zu TOP 11.1 und 12.3.
[17] Anwesend zu TOP 11.1 und 12.3.
[18] Anwesend zu TOP 11.1 und 12.3.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin. - Zur Reihenfolge kommen wir ja gleich noch. Ich hätte zu zwei Punkten Anmerkungen: Wir würden gern den Tagesordnungspunkt 10.2 zur Beschlussfassung in den Hauptausschuss im Januar verweisen und den TOP 6.1.5 - das ist die Stellplatzsatzung - in die nächste Ratssitzung verschieben, weil noch nicht alle Bezirke von ihrem Recht, beteiligt zu werden, Gebrauch gemacht haben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Breite bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir hatten den Vorschlag unterbreitet, als wir uns mit anderen Fraktionen getroffen haben, dass jeder, um diese Ratssitzung zeitlich zu kürzen, weil wir eine lange Tagesordnung haben, vielleicht auf einen Antrag verzichtet. Dazu ist es nicht gekommen. Wir möchten aber an unserem Vorschlag festhalten, daher vertagen wir unseren Antrag unter 3.1.8 in die Februarsitzung, um die Ratssitzung zu verkürzen. Ich bitte zudem darum, dass auch 10.31 - da geht es um die Innenstadt-Veedel - in die Februarsitzung vertagt wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei 10.2 wird die Mehrheit wohl der Verweisung in den Hauptausschuss zustimmen. Wir würden zu Protokoll geben, dass wir das für sehr bedenklich halten. Rondorf Nord-West ist ein sehr großes und wichtiges Bauprojekt. Wir brauchen Wohnungsbau sehr dringend, und wir haben das Thema jetzt schon drei Mal im Verkehrsausschuss gehabt. Wir haben es im Rat schon geschoben; so langsam, glaube ich bzw. wir, sollte dort eine Entscheidung getroffen werden können, weswegen wir diesen TOP ungern in den Hauptausschuss verweisen wollen würden.

Zu TOP 11.1 und 12.3, die wir gemeinsam behandeln werden, beantragen wir hiermit geheime Abstimmung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das hatte ich noch nicht vorgeschlagen, aber das nehmen wir natürlich trotzdem schon einmal zur Kenntnis. - Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche hier für die Fraktion Die FRAKTION und für die Kollegin Gabrysch von KLIMA FREUNDE. Unseren gemeinsamen Antrag unter 3.1.7 möchten wir gern zurückziehen. Sie haben es der Presse entnommen, dass der Beitritt zur Städteinitiative schon erfolgt ist. Ganz herzlichen Dank! Es ist schön, wenn Anträge schon vor der Besprechung und vor der Beschlussfassung umgesetzt werden. Auch noch einmal an Sie, Herr Egerer, ein Dankeschön, dass Sie das durchgezogen haben. Es ist auf jeden Fall ein sehr guter Weg, dass Köln dieser Städteinitiative beigetreten ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Dann eine Frage an Herrn Homann: War Ihr Vortrag zu Tagesordnungspunkt 10.2 eine Gegenrede zum Antrag? Wenn ja, würde ich darüber jetzt abstimmen lassen.

(Mike Homann [SPD] nickt)

- Das ist der Fall. Wer zuzustimmen wünscht, dass der Punkt 10.2 nicht vertagt werden soll, sondern dass er auf der Tagesordnung verbleiben soll, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Bezirksbürgermeister Giesen, Frau Gabrysch - ich muss das nächste Mal wirklich ein Fernglas haben, mindestens ein Opernglas; es tut mir wirklich leid - und die FDP-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Ja, das sind die anderen.

(Heiterkeit)

Ja, das konnte man jetzt sehen. Das war so eine große Mehrheit. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist der Antrag von Herrn Homann abgewiesen und die Vertagung akzeptiert.

Wir kommen jetzt, meine Damen und Herren, zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich hatte vor, vorzuschlagen, die Tagesordnungspunkte 11.1 und 12.3 gemeinsam unter TOP 11.1 zu beraten; natürlich getrennt abzustimmen, das ist

selbstverständlich. Herr Homann hat geheime Abstimmung beantragt. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Bitte sehr, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Wir beantragen, dass TOP 10.33 - das ist das Einigungsergebnis zur Klimawende - zu Beginn der Vorlagen, also unter TOP 10.0, behandelt wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Dann würde ich jetzt, bevor wir über die Reihenfolge der Tagesordnung abstimmen, vorschlagen, dass wir die Behandlung von TOP 11.1 und die geheime Abstimmung so vorziehen, dass ausgezählt werden kann. - Ich versuche einfach, auch zu straffen, nachdem Sie mir bei den Anträgen, wofür ich Ihnen wirklich dankbar bin, entgegengekommen sind, um die Zeit möglichst kurz zu halten. - Unter TOP 10.0? Das könnten wir machen. Dann könnten wir auszählen, und die Sitzung könnte weiterlaufen. Dann haben wir vielleicht einen kleinen Zeitgewinn, wenn wir unter 10.0 die Tagesordnungspunkte 11.1 und 12.3 gemeinsam behandeln. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Entschuldigung, Frau Oberbürgermeisterin. Ich hatte beantragt, den TOP 10.33, die Klimawende, unter 10.0 zu behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, dann machen wir es unter *10 minus 1*.

(Heiterkeit)

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das war mir schon bewusst. Also, vielleicht ganz vorne oder direkt nach TOP 10.0.

Gut, dann frage ich noch einmal, ob es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall.

Um die Sitzungsdauer aus Infektionsschutzgründen insgesamt zu verkürzen, schlage ich vor, die Redezeit auf drei Minuten festzulegen.

Ich frage abschließend, ob es Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Über einen Änderungsvorschlag haben wir bereits abgestimmt. Gibt es Gegenstimmen, die Tagesordnung jetzt so zu behandeln, wie sie vorgeschlagen wurde? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die geänderte Tagesordnung so beschlossen.

*Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder. Der Rat tagt im Gürzenich.*

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

*I. Als Stimmzähler*innen schlägt sie die Ratsmitglieder Herrn Schallehn, Frau Scho-Antwerpes und Frau Roß-Belkner vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

Anmerkung:
*Im Sitzungsverlauf werden aufgrund der geheimen Abstimmung zu dem Änderungsantrag zu TOP 11.1 und 12.3 als weitere Stimmzäher*innen die Ratsmitglieder Frau Schlömer, Herr Spehl und Frau Niknamtavin benannt.*

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Ströer/Werbenutzungsvertrag" AN/2672/2021

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Kostenlose FFP2-Masken für Köln-Pass-Inhabende" AN/2676/2021

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "CoronaCarnevalColonia - Where ist my Wert"
AN/2677/2021

6.1.5 Stellplatzsatzung für Köln
3388/2021

10.35 Beschluss der Fördermaßnahme „Netzwerkarbeit“ für die Kölner City im Rahmen des Projektaufrufs „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
4225/2021

10.36 Erhöhung der Jugendbeihilfe 2021
3844/2021

11.1 191. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal Arbeitstitel: Frischezentrum Marsdorf in Köln-Junkersdorf Hier: Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zur 191. Flächennutzungsplan-
3277/2021

12.3 Frischezentrum in Köln-Junkersdorf/Marsdorf;
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf
3151/2021

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden"
AN/2654/2021

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün"
AN/2653/2021

17.10 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Wahl für den Aufsichtsrat
4226/2021

17.11 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS): Entsendung in die Verbandsversammlung
4231/2021

17.12 Antrag der FDP-Fraktion "Benennung neuer Sachkundiger Einwohner"
AN/2662/2021

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

6.1.3 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln
3848/2021

16.2 278. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3521/2021

III. Ratsmitglied (RM) Büschges zieht

TOP 3.1.14
Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Städtebauliche Identität bewahren - Denkmalschutz nicht schleifen"
AN/2630/2021

zurück.

RM Hammer beantragt,

TOP 10.2
Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße, Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung
2622/2021

zur Entscheidung in die Sitzung des Hauptausschusses am 10.01.2022 zu verweisen.

RM Homann spricht sich gegen die Verweisung von TOP 10.2 aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Antrag von RM Homann, den Antrag nicht zur verweisen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP sowie von Herrn Bürgermeister Giesen abgelehnt.

RM Hammer beantragt weiter,

TOP 6.1.5
Stellplatzsatzung für Köln
3388/2021

zurückzustellen, da noch nicht alle Bezirksvertretungen von ihrem Recht zur Beteiligung Gebrauch gemacht haben.

RM Breite vertagt den Antrag

TOP 3.1.8
Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Nutzung der Hallen 76 und 77 in Köln-Kalk"
AN/2415/2021

in die nächste Sitzung des Rates, um die Sitzungsdauer zu kürzen.

Er beantragt ebenfalls, dass die Vorlage

TOP 10.31
Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021

zurückgestellt wird.

RM Homann beantragt geheime Abstimmung zu

TOP 11.1

191. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Frischezentrum Marsdorf in Köln-Junkersdorf
Hier: Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zur 191. Flächennutzungsplan-Änderung
3277/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU
AN/2679/2021

und

TOP 12.3
Frischezentrum in Köln-Junkersdorf/Marsdorf;
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf
3151/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU
AN/2679/2021.

Frau Tokyürek zieht folgenden Antrag im Namen der Antragstellenden zurück:

TOP 3.1.7
Antrag der Fraktionen Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Beitritt der Stadt Köln zur Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten""
AN/2636/2021

IV. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 11.1

191. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Frischezentrum Marsdorf in Köln-Junkersdorf
Hier: Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über

die Vorgaben zur 191. Flächennutzungsplan-Änderung
3277/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU
AN/2679/2021

und

TOP 12.3
Frischezentrum in Köln-Junkersdorf/Marsdorf;
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf
3151/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU
AN/2679/2021.

gemeinsam zu beraten und getrennt abzustimmen.

V. RM Hammer beantragt, dass

TOP 10.33
Mediationsverfahren Klimawende Köln - RheinEnergie AG
3762/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/2652/2021

vor Tagesordnungspunkt 10.1 behandelt wird.

VI. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die geheime Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten TOP 11.1 und TOP 12.3 nach der vorgezogenen Behandlung von TOP 10.33 und vor Behandlung von TOP 10.1 vorzunehmen.

VII. Weiter schlägt Frau Oberbürgermeisterin Reker vor, die Redezeit in der Sitzung auf 3 Minuten zu reduzieren. Der Rat ist hiermit einverstanden.

Der Rat stimmt der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch dafür, dass Sie heute auf eine aktuelle Stunde verzichtet haben, bedanke ich mich sehr; das halte ich für sehr angemessen.

Daher komme ich direkt zu:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Annahme dreier Kunstwerke von A.R. Penck als Schenkung

3701/2021

Das ist ein Vermächtnis, das Herr Friedrich Paul Hecker dem Museum Ludwig zugedacht hat. Es geht um drei Kunstwerke, die an das Museum Ludwig gehen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion - ich sehe hinten die Damen und Herren nicht, aber sie wahrscheinlich auch -, Frau Gabrysch sehe ich jetzt, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Ich bedanke mich sehr herzlich für dieses Vermächtnis.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Kunstwerke von A.R. Penck an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.2 Annahme einer Schenkung durch den Künstler Wade Guyton an das Museum Ludwig

3704/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch hier bitte ich diejenigen von Ihnen, die die Schenkung anzunehmen wünschen, um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, die AfD und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Ich

bedanke mich sehr herzlich bei dem Künstler Wade Guyton für diese Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des Kunstwerkes von Wade Guyton an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.3 Annahme einer Schenkung durch die Künstlerin Frau Leiko Ikemura

3269/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben eine weitere Schenkung durch die Künstlerin Leiko Ikemura; dieses Mal an das Museum Ludwig. Es gibt ja auch sehr viele schöne Dinge von ihr im Ostasiatischen Museum anzusehen. Auch hier bitte ich um Ihr Handzeichen, wenn Sie wünschen, dass diese Schenkung angenommen wird. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen, und ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des Kunstwerkes von Leiko Ikemura an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Anträgen. Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Masterplan Parken“

AN/2635/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2690/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

AN/2691/2021

Als Erstes gebe ich Herrn Wahlen das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Platz in Köln ist begrenzt. Diese Feststellung ist so trivial, wie sie folgenreich ist. Links eine Häuserwand, rechts eine Häuserwand, und dazwischen tummelt sich das Leben. Da wollen sich nicht nur Auto, Bus, Bahn, Fahrrad und Fußgänger*innen fortbewegen, sondern da soll auch Platz für sozialen Austausch sein. Außerdem wollen wir auch mal draußen im Café sitzen, und für ein paar Pflanzen soll auch noch Platz sein.

Man muss kein Stadtplaner sein, um zu erkennen, dass diese vielen Ansprüche zwangsläufig zu Flächenkonkurrenz führen werden. Deshalb müssen wir uns überlegen: Was können wir verlagern, um die Situation im öffentlichen Raum zu entspannen?

Genau hier setzt der *Masterplan Parken* an. Denn der Grundsatz muss doch sein: Private Autos gehören auf private Parkplätze. Seit über 80 Jahren müssen beim Bau von Wohn- und Gewerbegebäuden ausreichend Stellplätze für Autos mitgebaut werden. In Kölner Tiefgaragen, Garagenhöfen und Hinterhöfen verbergen sich Zehntausende von Stellplätzen. Es ist deshalb an der Zeit, dass wir diese auch nutzen und dadurch Platz im öffentlichen Raum frei machen - etwa für Fahrradstellplätze.

Wenn Sie sich einmal die vorhandenen Stellplätze - gerade in Wohngebieten - anschauen, dann sehen Sie, dass diese ständig heillos überfüllt sind. Das sieht nicht nur unordentlich aus, das kann auch zu Barrieren auf den Gehwegen führen, insbesondere für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Das können wir aber verhindern, indem

wir ein Angebot mit ausreichend Abstellplätzen schaffen.

Meistens ist die Barrierefreiheit aber nicht durch Fahrräder, sondern durch parkende Autos gefährdet. Nur um es einmal deutlich zu machen: Das Parken auf Gehwegen ist bereits jetzt grundsätzlich verboten. Es wurde nur jahrzehntelang toleriert, weil man lieber das Auto direkt vor der Tür haben wollte, als sicherzustellen, dass die Gehwege in Köln für alle Kölnerinnen und Kölner zugänglich sind.

Dass es anders geht, machen Städte wie Karlsruhe gerade vor. Durch das Neuordnen der Parkplätze und Markieren von legalen Stellplätzen wird Übersichtlichkeit und Barrierefreiheit geschaffen.

Aber auch das beste Parkkonzept bringt nichts, wenn die illegal parkenden Autos aufgrund eines angeblichen Parkdrucks vom Ordnungsdienst geduldet werden. Und auch der neue Bußgeldkatalog kann seine Wirkung nur entfalten, wenn er konsequent angewandt wird. Deshalb geben wir dem Ordnungsdienst allgemeine Richtlinien an die Hand, wann illegales Parken geahndet werden muss.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Änderungsantrag der SPD eingehen. Dort wird vor allem gefordert, dass wir warten sollen: Warten, bis alle Gremien eingebunden wurden, warten, bis der ÖPNV genug ausgebaut ist. Da stellt sich mir die Frage: Wie gut muss der ÖPNV denn ausgebaut sein? Muss erst jedes Eigenheim in Köln einen eigenen Stadtbahnanschluss haben, bevor wir die Parkplätze auch nur anfassen dürfen?

Jedem hier im Raum ist doch klar, dass diese vorgeschlagenen Maßnahmen nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Die Verkehrswende ist ein Prozess, und viele Prozesse zum Ausbau der klimafreundlichen Verkehrsarten laufen bereits. Sowohl die Verlängerung der Linie 4 als auch die Stadtbahn nach Rondorf haben in letzter Zeit Fortschritte in ihren Prozessen erreicht. Allein im letzten Verkehrsausschuss haben wir sowohl eine Machbarkeitsstudie für ein stadtweites Expressbusnetz beschlossen als auch die Verwaltung beauftragt, komfortable und sichere Radachsen einzurichten.

Auch der Masterplan Parken ist ein solcher Prozess. Ein Prozess, den wir mit unserem Antrag heute beginnen. Deshalb lade ich Sie ein: Seien Sie Teil dieses Anfangs und stimmen Sie für den Masterplan Parken! - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Das war ein Beispiel dafür, wie man mit ganz knapp über drei Minuten auskommen kann, direkt als allererster Redner. Vielen Dank dafür.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Jetzt hat Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeder, der hier in Köln unterwegs ist - sei es mit dem Rad, im Auto oder zu Fuß -, hat bislang immer Gründe, sich zu beschweren oder über die anderen Verkehrsteilnehmer zu schimpfen. Irgendetwas findet sich immer. Aber was wollen wir mit diesem Antrag zum Masterplan Parken ändern?

Wir wollen den öffentlichen Raum viel besser nutzen. Das ist es, was wir mit den Maßnahmen im Bereich des Parkens, der Parkraumbewirtschaftung und vielem mehr erreichen. Das wird in Kombination mit international bewährten Modellen die Situation in Köln deutlich verbessern und mittelfristig zu einer breiten Entlastung aller Verkehrsteilnehmer führen.

Um was geht es uns? Grundsätzlich beschäftigt sich der Antrag zur Erstellung des Masterplans Parken mit der Parkraumbewirtschaftung im ruhenden Verkehr und der Reduktion des ruhenden Autoverkehrs im öffentlichen Raum und natürlich mit der Umsetzung der Maßnahmen durch die Verwaltung.

Was sind die wichtigsten Punkte, die wir intensiv mit Anwohnern, Interessenvertretern und internationalen Experten ausgearbeitet haben? Wer meint, es ist nur der Plan, 30 Prozent der innerstädtischen Parkplätze zu vernichten und die Autos aus der Stadt zu vertreiben, der hat nicht genau gelesen oder wollte nicht genau lesen. Denn neben Nachhaltigkeit, Lebensqualität und wirtschaftlichen Aspekten stehen vor allem Aspekte der Digitalisierung, der Stadtentwicklung, des ruhenden Verkehrs und der Barrierefreiheit im

Vordergrund. Was in Metropolen wie Wien oder Amsterdam erfolgreich umgesetzt wurde und nachprüfbar gut funktioniert, das sollte auch hier in Köln erfolgreich sein.

Nach dem Wiener Modell sind die ersten 15 Minuten Parken umsonst. Das ist für den Veedel-Einzelhandel eine gute Sache.

Was ist mit Personen wie Handwerker*innen, Mitarbeiter*innen von Pflegediensten oder Menschen mit Einschränkungen, die auf ihr Auto angewiesen sind? Sie behalten nach wie vor ihren Sonderstatus und können frei parken.

Der nächste positive Aspekt durch die gleichzeitige Umstellung auf eine Parkraumbewirtschaftung wie in Amsterdam: Das Bezahlen und die Parkplatzsuche werden digital per App funktionieren. So entfallen viele unnütz gefahrene Kilometer, die sonst auf der Suche nach einem Parkplatz anfallen. Die höheren Einnahmen fließen direkt in den schnelleren Ausbau des ÖPNVs und auch in die Schaffung von neuen Quartiersgaragen.

Apropos Garagen: In der Innenstadt gibt es jeden Tag tausende freie Plätze in Tief- und Hochgaragen. Den öffentlichen Raum können wir besser nutzen. Daher sollen auch diese Plätze sinnvoll in den Masterplan Parken integriert werden und die Parkmöglichkeiten von Anwohnenden verbessert werden. Zudem stehen nachts viele Garagen und Parkhäuser bei Schulen, städtischen Einrichtungen und Bezirkseinrichtungen leer, die ebenfalls genutzt werden können. Das gilt insbesondere für die Innenstadtlage.

Aber Köln ist nicht gleich Köln. Die Außenbezirke haben eine komplett andere Struktur und sind daher von unserem Antrag so gut wie nicht betroffen. Hier haben wir ganz klar festgehalten, dass erst Alternativen geschaffen werden müssen, bevor Parkplätze wegfallen.

Um die Situation für Fußgänger und Radfahrer zu verbessern, werden breitere Gehwege angelegt und Parkplätze für Lastenräder und Fahrräder eingerichtet. In den beliebten Einkaufsstraßen wie der Severinstraße, der Maastrichter Straße und *Apostelnstraße* sowie in einem Abschnitt der Zülpicher Straße werden die Parkplätze ganz wegfallen. Wichtig ist dabei: Die Ladeflächen für den Handel bleiben bestehen.

Insgesamt bedeutet das gemeinsam mit den anderen Masterplan-Maßnahmen einen großen Gewinn an Lebensqualität für alle Kölnerinnen und Kölner. Der Plan ist zukunftsweisend. Verbesserungen im Klimaschutz und der Luftreinhaltung werden die Folge sein. Auch das Miteinander von Autofahrern, Fahrradfahrern und Fußgängern sollte damit harmonischer werden.

Wir sind überzeugt, mit den einzelnen und gut aufeinander abgestimmten Masterplan-Vorgaben einen großen Schritt in Richtung eines lebenswerten Kölns zu machen, und wir freuen uns, die einzelnen Schritte mit der Verwaltung gemeinsam umzusetzen. Ich lade Sie alle ein, die Mobilität zukunftsweisend voranzubringen.

Kurz zum SPD-Änderungsantrag, den ich total wirr finde: Das ist ein Sammelsurium aus Festhalten und Nichts-verändern-Wollen sowie Wünschen, die so nicht erfüllbar sind. Das zeigt einfach, dass man die Situation nicht ändern möchte und abwartet. Aber wer abwartet, wird überrollt. Auch das darf man an der Stelle nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss Sie jetzt leider daran erinnern, dass die Redezeit schon lange abgelaufen ist, Frau De Bellis-Olinger.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Dann werde ich das berücksichtigen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Liebe Zuschauer*innen hier im Gürzenich und im Stream! Ich habe letzte Woche einen sehr interessanten Artikel im *Kölner Stadt-Anzeiger* gelesen.

(Zuruf)

- Doch, doch, der *Kölner Stadt-Anzeiger* kann schon was.

Ein Interview mit einem Fachexperten für Stadtentwicklung und Urbanität. Auf die Frage, wie Kommunen die soziale und ökologische Transformation finanzieren können, lautete seine Antwort:

Deutsche Städte wären gut damit beraten, wenn sie unter anderem erhöhte Parkgebühren einsetzen würden.

Solche Erkenntnisse aus der Wissenschaft und von Fachexperten nehmen wir ernst. Sie sind Grundlage unseres Antrages. Aber auch ohne Wissenschaft sehen wir doch in Köln: Wir haben hier wirklich wenig Platz. Wir sind eine der am dichtesten besiedelten Städte in NRW. Auf einem Quadratkilometer leben 2 675 Menschen. Trotzdem leisten wir uns, 3,2 Quadratkilometer unserer Verkehrsfläche an parkenden Verkehr zu verschwenden.

Es wird also klar, dass wir hier mit unserem Antrag der Stadtgestaltung des 20. Jahrhunderts ein Ende bereiten können.

Zu den Vorwürfen, die man in den letzten Tagen von unseren Kolleg*innen anderer Fraktionen lesen konnte, dass unser Antrag hier maßlos übertreibt, möchte ich sagen: Ich möchte Sie nur daran erinnern, dass wir inzwischen wissen, dass 40 oder 50 Prozent der Autofahrten in deutschen Großstädten für Strecken genutzt werden, die kürzer als 5 Kilometer sind.

Und auch der Vorwurf, dass zum Beispiel ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger von den Parkmöglichkeiten ausgeschlossen werden könnten, weil sie digital nicht klarkommen würden - also bitte! Ganz ehrlich: Die meisten älteren Menschen, die ich kenne, kommen mit ihren Smartphones wunderbar zurecht. Außerdem wird es natürlich weiterhin analoge Lösungsmöglichkeiten geben.

Weiterhin zur Beruhigung: Wir wissen, mit so einem Antrag werden nicht von heute auf morgen die ganzen Parkautomaten verschwinden, sondern das ist ein Prozess, und wir werden dabei natürlich alle mitnehmen. Denn wir hier denken auch in diesem Antrag für alle und für jeden mit. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines vorweg: Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der sehr deutlich macht, dass wir - auch in diesem vorliegenden Antrag - durchaus richtige Forderungen und sinnvolle Beiträge zur Neuaufteilung des öffentlichen Raums erkennen.

Ein wichtiger Aspekt - das steht gleich in Punkt 1 unseres Änderungsantrags - ist: Lassen Sie uns aber doch so, wie es üblich ist, diese sehr umfangreichen, sehr komplexen Dinge erst einmal ausführlich in den dafür vorgesehenen Gremien beraten, bevor wir hier im Rat eine solche Entscheidung treffen. Deswegen ist unser wichtigster Beitrag mit unserem Änderungsantrag, diese Debatte in den Fachgremien überhaupt erst zu ermöglichen.

Auch wir von der SPD sind der Auffassung und wissen, dass in der Zukunft möglichst viele Menschen auf ihr Auto verzichten sollten und der Umwelt zuliebe lieber auf Bus und Bahn oder Fahrrad oder eben auch auf das Zufußgehen umsteigen sollten. Aber auch wenn wir das getan und erreicht haben, wird es weiterhin eine Notwendigkeit für Parkplätze in unserer Stadt geben.

Bis dahin sind wir - vor allem das Ratsbündnis - in der Verantwortung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Menschen freiwillig nicht mehr mit dem Auto fahren.

Wir müssen weiter am Ausbau - das ist schon genannt worden - des Bus- und Bahnverkehrs arbeiten, wir brauchen mehr Linien, höhere Taktfrequenzen, gerne auch Nachtbusse.

Lassen Sie uns überlegen, wie wir finanzielle Anreize schaffen können, damit die Menschen da draußen auf das Auto verzichten. Möglichst keine weiteren Preiserhöhungen, mehr Jobtickets, und auch über die Einführung von Mietertickets sollten wir mit der Wohnungswirtschaft dringend sprechen.

Wir brauchen bessere und neue Fahrradwege, schnellere Fahrradverbindungen durch die Stadt, sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und so weiter und so fort.

Sie erkennen, wir sind an der Stelle gar nicht so weit auseinander.

Wenn wirklich viele Parkplätze wegfallen sollen, brauchen wir vor allem eine Alternative für die Menschen, die weiterhin auf das Auto angewiesen sind, weil sie vielleicht außerhalb der Stadt in schlecht erreichbaren Regionen arbeiten.

Dafür brauchen wir Instrumente, zum Beispiel Quartiersgaragen. An der Stelle kann ich nur feststellen: Die ehemalige, bisherige Verkehrsdezernentin hat gerade einen Auftrag dieses Rates zurückgegeben wegen angeblicher Undurchführbarkeit eines Modellprojekts. Solange wir da keine kreativen Lösungen finden, können wir doch nicht Parkraum wegnehmen, den wir dringend für die Menschen brauchen, die auf das Auto angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Wir sind tatsächlich für die Reihenfolge, zunächst die erforderliche Infrastruktur zu schaffen und dann selbstverständlich nicht nur darüber nachzudenken, den Parkraum im öffentlichen Raum zurückzunehmen, sondern auch zu handeln. Wir sind doch auch dafür, die Stadt lebenswerter und schöner zu gestalten - so wie es eben aus dem Munde der Grünen schon sehr schön hervorging.

Wir brauchen dabei aber übrigens auch eine Lösung dafür - das ist die Schwäche Ihres Antrags und der Nachteil, wenn man nicht vorberät -, dass wir diejenigen, die als Anlieger im Moment in der KAG-Pflicht wären, nicht zusätzlich belasten. Denn Gehsteigveränderungen bedeuten im Moment Belastungen der Anlieger. Es kann doch nicht der richtige Weg sein, dass wir diejenigen, denen wir vor der Haustür vielleicht den einen oder anderen Parkraum wegnehmen, gleichzeitig dann noch mit zusätzlichen Gebühren belasten. Insofern: Auch da gilt es, vernünftige, durchdachte Lösungen zu finden.

Meine Redezeit ist abgelaufen, deswegen noch einmal die wichtigste Botschaft: Lassen Sie uns das Thema seriös in den dafür zuständigen Gremien beraten! Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu! Er beinhaltet nämlich genau diese Verzahnung mit einigen wichtigen Hinweisen und vor allem auch die Anhörung entsprechender Verbände. Ich glaube, auch das gehört mit zum demokratischen Prozess. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Parken ist ein Dauerthema in Köln, daher finden wir es grundsätzlich gut, dass das Bündnis das Thema aufgegriffen hat und die Verwaltung damit beauftragen möchte, ein umfassendes Konzept zu erarbeiten.

Wichtig ist dabei, der Verwaltung die richtigen Leitgedanken mitzugeben. Und da müssen wir sagen: Zwar geht manches in Ihrem Antrag in die richtige Richtung, vieles aber eben auch nicht. Ich glaube aber, das wundert Sie nicht. Deshalb haben wir auch einen Änderungsantrag dazu gestellt.

Da ist zum einen der Unsinn mit der Brötchentaste. Diese soll in Zukunft elektronisch sein, das Prinzip bleibt jedoch dasselbe. Aber Sie wissen, das ist ein Kompromiss; davon gehe ich aus.

Was ist denn das Ergebnis von 15 Minuten frei parken? Das ist eine Aufforderung, kleine Besorgungen mit dem Auto zu erledigen. Meine Damen und Herren, so wird das mit der Verkehrswende nichts!

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir den Umstieg auf Bus und Bahn und Rad- und Fußverkehr wollen, dann liegt die Rolle des Autos allenfalls bei großen Einkäufen und bei weiten Strecken ohne Schienenalternative. Aber nach Ihren Vorstellungen ist das Auto offenbar das richtige Verkehrsmittel, um zwei Brötchen beim Bäcker zu holen. Das kann nun wirklich nicht Ihr Ernst sein.

Ein zweiter Punkt: Bemerkenswert finden wir den folgenden Satz im Abschnitt *Ordnungsrechtliche Anpassungen*:

> Insbesondere soll das Parken auf Gehwegen mit einem Verbleib von weniger als 1,80 Meter restliche Gehwegbreite grundsätzlich mit einem Verwarn- oder Bußgeld geahndet werden.

Meine Damen und Herren vom Bündnis, das Parken auf Gehwegen ist rechtlich nicht zulässig - egal, ob 1,80 Meter oder 2 Meter.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Wenn Sie das Parken auf dem Bürgersteig erlauben wollen, dann seien Sie doch so ehrlich und weisen dort Parkplätze aus. Ihre unehrliche Wischiwaschi-Politik hilft hier überhaupt niemandem. Die Falschparker sollen kein Bußgeld zahlen, aber gleichzeitig wollen Sie vortäuschen, der

zugeparkte Bürgersteig sei weiterhin ein Gehweg und nicht durch Ihre Politik ein Parkplatz.

Als dritten Punkt möchte ich darauf hinweisen, dass sich gerade die Bezirksvertretungen bei vielen Gelegenheiten und intensiv mit dem Thema Parken auseinandergesetzt und Beschlüsse gefasst haben. Wir haben in unserem gemeinsamen Änderungsantrag ein Beispiel aus der BV Innenstadt herausgegriffen. Diese Beschlüsse müssen selbstverständlich in einem Masterplan Parken berücksichtigt werden.

Unseren Änderungsantrag könnten Sie entsprechend übernehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir sind der Ansicht, dass Köln dringend ein umfassendes Konzept zum Parken benötigt - nicht später, sondern jetzt. Deswegen werden wir dem Bündnisantrag dennoch zustimmen, weil wir es für erforderlich halten, dass ein Konzept erstellt wird.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Falls Sie unseren Änderungsantrag ablehnen - davon gehe ich aus, denn Sie haben sich dazu überhaupt nicht geäußert -, dann ist das Thema sowohl für uns als Fraktion DIE LINKE als auch, wie ich annehme, für die KLIMA FREUNDE immer noch nicht erledigt. Die Verwaltung wird ein Konzept erarbeiten und vorlegen, wir werden weiter daran arbeiten, die Unstimmigkeiten und den teilweisen Unsinn Ihrer Verkehrspolitik zu bereinigen. Das versprechen wir Ihnen hier!

Ich möchte kurz auf den Antrag der SPD eingehen. Ich hatte ja gesagt, das Konzept muss jetzt kommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch Sie darf ich daran erinnern, Frau Tokyürek, schauen Sie auf die Uhr!

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ganz kurz, Frau Reker, nur einen Satz.

Der Antrag der SPD geht meines Erachtens in die falsche Richtung. Das Konzept muss jetzt kommen, bitte keine Verweise in etliche Ausschüsse und Expertenanhörungen. Wir müssen jetzt anfangen, für die Verkehrswende in dem Bereich etwas zu tun. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Masterplan Parken hört sich vielleicht erst einmal ganz gut an, aber ich bin ganz beim Kollegen Joisten: Wo sind die Voraussetzungen für die Maßnahmen, die Sie hier vorschlagen? Was ist aus dem Masterplan Quartiergaragen geworden? Es war ein Rohrkrepierer, der an einer unwilligen oder unfähigen Fachverwaltung gescheitert ist.

Herr Kollege Wahlen, wenn Sie auf private Parkplätze verweisen: Gerade die Stellplatzsatzung, die wir heute verwiesen haben, schmilzt die Pflicht entsprechend ab, diese Parkplätze auch im privaten Raum zu schaffen. Und wo ist Ihr Masterplan für den ÖPNV-Ausbau? Wie viele Kilometer Schiene sind in den 21 Jahren Ihrer Kölner Mehrheitsbeteiligung in Betrieb gegangen, im Bau oder wenigstens umsetzungsreif, liebe Grüne Fraktion? Die Entlastung für den öffentlichen Personennahverkehr in diesem Bereich kommt erst Mitte der 30er-Jahre. Doch schon jetzt werden den Autofahrerinnen und Autofahrern schnell die Daumenschrauben angelegt und Parkplätze massiv vernichtet.

Köln ist eine Bürgerstadt mit engen Straßen. Schauen wir uns in der Innenstadt um, in Quartiersbereichen, in Ehrenfeld, in Mülheim, aber auch im sogenannten Außenbereich, in Junkersdorf, in Rath/Heumar - überall enge Straßen. Und jetzt schlagen Sie vor, dass bei Gehwegen mit weniger als 2 Metern Breite das Parken entfallen soll.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Woher kommt diese Zahl? Bisher hatte ich immer 1,50 Meter als das Wunschmaß angesehen. Ich habe mir, als ich zuhause losgefahren bin, tatsächlich angeschaut, wie breit die Gehwege in unserem neuesten Wohnquartier, dem Clouth-Quartier, sind. Kollege Hammer, Sie haben sie bestimmt mitgeplant: 1,88 Meter. Also, selbst im gesamten Clouth-Quartier müssten die Parkplätze

wegfallen, weil noch nicht einmal unser neuestes Wohnquartier Ihren Ansprüchen gerecht wird. Da frage ich mich: Wo ist die CDU gewesen, dass Sie es noch nicht einmal geschafft haben, diese Zahl aus diesem Antrag hier herauszuverhandeln?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Zwei Meter ist wirklich Luxus, ja. Wenn sich zwei Zwillingskinderwagen begegnen, können sie diesen Platz brauchen, ansonsten muss man schon mal aufeinander Rücksicht nehmen. Da muss schon mal der eine oder andere warten oder ausweichen. Das ist auf einer engen Straße mit zwei Autos, die sich entgegenkommen, auch nicht anders. Das ist § 1 der Straßenverkehrsordnung: die gegenseitige Rücksichtnahme.

Und wenn in den Medien prognostiziert wird, dass durch diesen Beschluss heute 15 000 Parkplätze wegfallen, dann ist darin ein kleiner Denkfehler; denn das ist ja nur der Bereich, der heute bewirtschaftet ist. Ich glaube, wir gehen eher in Richtung 150 000 Parkplätze,

(Heiterkeit bei Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] und Niklas Kienitz [CDU])

die in Köln dadurch wegfallen können. Wenn der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, Garrelt Duin, das Aktionismus nennt, dann wissen Sie, was Sie der Wirtschaft damit antun.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Deswegen können wir dem SPD-Antrag leider nicht zustimmen. Es stehen zwar gute Weiterentwicklungen darin, aber gerade diese Zwei-Meter-Regel wird nicht ausgehebelt. Deswegen werden wir gegen diesen Änderungsantrag stimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Busch das Wort.

Philipp Busch (AfD): Ich würde es aufgrund der Zeit und der Pandemie dann - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke. - Wollen Sie den Redebeitrag zu Protokoll geben?

Philipp Busch (AfD): Ich dachte, das hätten Sie so verstanden, weil Sie schon danke gesagt hatten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Philipp Busch (AfD): Ich habe es hier fertig und bringe es direkt nach vorn.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, danke. - Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer und Zuschauerinnen! Wir werden uns hier bei diesem Antrag enthalten, denn es geht uns einfach schlicht nicht weit genug. Wir brauchen noch eine klare Jahreszahl, wann dieses Konzept umgesetzt wird. So, wie es jetzt formuliert ist, öffnet dies den Spielraum, die ganze Umsetzung auf Jahre hinauszuzögern. Wir wissen doch alle: Wenn es keine konkreten Jahreszahlen gibt, dann dauert es ewig, bis die Umsetzung erfolgt. Hier können und wollen wir aber nicht mehr warten.

Zum Thema Digitalisierung: Die Kölner Parkplätze sollen in einer App verwaltet werden. Getreu der Losung *public money, public data, public code* ist die Stadt alleinige Herrin aller Daten. Eine gänzliche und ausschließliche Digitalisierung der Parkraumbewirtschaftung empfinden wir aus Sicht der Barrierefreiheit als nicht zielführend. Nicht jeder Mensch besitzt ein Smartphone.

Lieschen Müller wollen wir ihren Parkplatz nicht wegnehmen, aber den ganzen *Stehzeugen*, die städtischen Raum für sich beanspruchen und benutzt werden aus Faulheit oder mangelndem Interesse am Klima, schon.

Die Brötchentaste, also kostenfreies Parken in den ersten 15 Minuten, lädt dazu ein, eben doch die kurzen, unnötigen Wege mit dem Auto zurückzulegen und von Shop zu Shop zu hoppen.

Euer Konzept sieht bislang wenige Straßen vor, in denen die Parkraumbewirtschaftung neu aufgezogen wird. Aber auch hier fehlt wieder eines: ein konkretes Datum. Kölner Gehwege, die schmaler als 1,80 Meter sind, sollen bis Ende 2028 verbreitert werden. Halbseitiges Beparken von Gehwegen wird bis Ende 2025 komplett aufgehoben, das

Parken auf Grünbereichen und Baumbeeten 2025. Und illegales Beparken von Grünflächen im öffentlichen Straßenraum wird durch entsprechende Maßnahmen einfach nicht mehr möglich gemacht.

Faires Parken - super! Aber auch hier wieder: Wo ist das Datum? Wieso haben wir nicht den Mumm, ganz klar zu sagen: Hey, Hans-Dieter, ab 2025 darfst du nicht mehr halb auf dem Bürgersteig stehen! Und die Mittelallee kannst du auch vergessen! Park da, wo ein Rechteck gemalt ist! Siehst du kein Rechteck, parkst du da nicht!

Wir haben zahlreiche versiegelte Flächen und Parkplätze in privater Hand. Ja, hier sollen Gespräche geführt werden. Ich wiederhole mich: Wann? Wo ist das Datum? Wir wollen doch schnell Ergebnisse sehen, um dann handeln zu können. Lasst uns die Autos - und noch sind sie ja nun mal da - schnellstmöglich übereinander stapeln und von den öffentlichen Straßen entfernen. Wieso hat Blech mehr Rechte, öffentlichen Raum zu nutzen, als Personen, die diesen nachhaltig gestalten? Liebe Grüße Richtung Eifelwall. Uns ist bewusst, dass es ein erheblicher Mehraufwand ist, klare Jahreszahlen ins Auge zu fassen, aber nur so kann ein transparentes Umgestalten der Stadt stattfinden. Es ist niemandem geholfen, dies offen zu lassen. Herr Kraft sollte Bescheid wissen, dass seine Überlegung, einen Zweitwagen anzuschaffen, kontra ausfallen müsste. Frau Weber sollte nach ihrer Ausbildung klar sein, dass es sinnvoller ist, mit dem ÖPNV in die Stadt zu fahren. Wird die Stadt zu unattraktiv für Autos? Ganz klar: Ja! Es geht hier aber um Menschen und nicht um Autos.

Und lieber Herr Sterck: Es stimmt, in den Clouth-Werken sind die Gehwege nur 1,88 Meter breit, da parkt aber auch jeder draußen anstatt in der dafür vorgesehenen Tiefgarage. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Kann man mich von hier hinten hören? - Danke. Aus Zeitgründen erspare ich allen das Geklapper meiner Schuhe auf dem Weg nach vorn und wieder zurück.

Es wurde meiner Meinung nach eigentlich auch schon alles Relevante gesagt, wem hier von den Vorrednern die KLIMA FRUNDE zustimmen und wem eher nicht. Ich denke, das dürfte jedem klar sein.

Ich möchte nur ganz kurz zwei Dinge ergänzen, die mir hier in den Aussagen wieder gefehlt haben und die ich auch gern jedes Mal wiederhole. Wenn es darum geht, zu fordern, dass Innenstädte, gerade Hauptstädte, autofrei werden, und wenn es darum geht, zu sagen, dass 15 Minuten frei parken, also die Brötchentaste, oder auch Ausnahmeregelungen, Befreiungen von den Parkgebühren für Anwohner*innen und Besucher*innen, die Verkehrswende verhindern und eher dafür sorgen, dass die Menschen an ihren Autos festhalten, anstatt endlich umzusteigen, dann geht es immer darum, dass selbstverständlich diesen 10 bis 15 Prozent der Menschen - die Handwerker*innen, Pflegedienste usw. -, die vor allem im Moment noch auf das Auto angewiesen sind, da es noch keinen alternativen Verkehr im Sinne von ÖPNV-Ausbau hinreichend gibt, sowohl die Zufahrt als auch das Parken weiterhin gewährt werden sollen. Das wird hier immer wieder unterschlagen.

Dann möchte ich noch eine Sache hinzufügen - auch das wird irgendwie immer wieder ins Gegenteil verkehrt -: Es gibt längst Studien, die belegen, dass der Einzelhandel vor allem davon profitiert, dass nicht Autos vor der Tür parken können, sondern Fahrräder, und dass Menschen in den Fußgängerzonen zum Einzelhandel, zum Shoppen zu Fuß, mit dem Fahrrad - jedenfalls ohne motorisierten Individualverkehr - kommen. - Danke.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse dann über die Anträge abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE, dann über den Änderungsantrag der SPD und anschließend über den Ursprungsantrag, in welcher Fassung auch immer Sie ihn dann beschlossen haben werden.

Wer wünscht, dem ersten Änderungsantrag, also von LINKE und Frau Gabrysch, zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION und sonst niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich und Die FRAKTION. Dann ist der Antrag abgelehnt.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE] meldet sich und steht auf, wobei etwas von ihrem Tisch fällt)

Frau Gabrysch, was haben Sie gemacht? Sind Sie hingefallen? Nur hingefallen? *Nur* ist gut. Aber Sie haben sich nicht verletzt, hoffe ich.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE]: Nein, nein, ich wollte mich nur enthalten!)

Sie wollten sich enthalten? - Frau Gabrysch enthält sich. Das war deutlich. Danke schön.

(Beifall)

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD, der FDP und der AfD. Enthaltungen? - Die FRAKTION enthält sich. Das nächste Mal mit Fernglas hier. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt.

1. *Der Satz „Anwohner*innen sollen innerhalb eines limitierten Kontingents Besucher*innen einloggen/einbuchen und von der Parkraumbewirtschaftung befreien können“ wird gestrichen.*

2. *Der Teil-Satz „sowie in den ersten 15 Minuten kostenfrei sind“ wird gestrichen.*

3. *Der Satz „Sollten dadurch große Teile aller Parkplätze entfallen, ist stattdessen ein längerfristiges barrierefreies Konzept vorzulegen“ wird ersetzt durch: „Sollten dadurch große Teile aller Parkplätze entfallen, kann nach dem Wegfall zudem ein längerfristiges barrierefreies Konzept für die Straße erstellt werden.“*

4. *Bei der Erarbeitung des „Masterplan Parken" sind weitergehende Beschlüsse der Bezirksvertretungen berücksichtigen, z.B. der Beschluss der BV Innenstadt „Parkfreie Zone Innenstadt" (AN/1402/2016 und AN/1669/2016).*

5. *Im Abschnitt Ordnungsrechtliche Anpassungen wird der Satz „Insbesondere soll das Parken auf Gehwegen mit einem Verbleib von weniger als 1,80 Meter restliche Gehwegbreite grundsätzlich mit einem Verwarn- oder Bußgeld geahndet werden." ersetzt durch: „Parken auf dem Bürgersteig ist rechtswidrig, sofern es nicht explizit durch Beschilderung gestattet ist, und wird unterbunden."*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

1. *Der Antrag AN/2635/2021 wird zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss, den Stadtentwicklungsausschuss, den Umweltausschuss, den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie in die Bezirksvertretungen verwiesen.*

2. *Die Verwaltung wird gebeten, für diese Beratungen eine fachliche Stellungnahme zum Antrag vorzulegen. Darin ist auch zu erläutern, welche der beantragten Maßnahmen KAG-abgabenrechtlich relevant sind, welche ungefähren weiteren haushaltswirksamen Kosten für die Stadt Köln entstehen sowie in welchem groben Zeitrahmen eine Umsetzung aus Verwaltungssicht möglich und sinnvoll ist.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, im Verkehrsausschuss eine Expertenanhörung zum vorliegenden Antrag unter Beteiligung von IHK, Handwerkskammer, Wohnungswirtschaft, Mieterverein, Haus und Grund,*

Umweltverbänden und weiteren einschlägigen Stakeholdern durchzuführen. An dieser Anhörung sind die unter 1.) genannten Ausschüsse nachrichtlich zu beteiligen.

4. Folgende Änderungen im Beschlusstext des Antrages sind zu berücksichtigen (Änderungen/Ergänzungen fett, Streichungen ~~durchgestrichen~~):

Ergänzung vor dem Punkt Digitalisierung:

Aufbau einer alternativen Verkehrsinfrastruktur

ÖPNV-Ausbau und ÖPNV-Finanzierung

Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs – konkret die weitere Takt-Verdichtung der Bus- und Bahnlinien, die Verlängerung von Bahnlinien, die Einführung von Nachtbussen/Nachtbahnen auch unter der Woche etc. – wird seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen (KVB, VRS etc.) prioritär vorangetrieben.

Die Verwaltung geht auf die Akteure der Wohnungswirtschaft zu, um mit diesen die Einführung eines Mietertickets voranzutreiben. Die GAG Immobilien AG wird aufgefordert, ein Mieterticket schnellstmöglich einzuführen.

Die Verwaltung setzt sich bei den kommunalen Spitzenverbänden sowie auf Landes- und Bundesebene dafür ein, die Finanzierung des ÖPNV mittelfristig durch eine dritte – aus Steuergeldern finanzierte – Säule zu ergänzen.

Ausbau Fahrradinfrastruktur

Der Ausbau der Fahrradinfrastruktur – konkret der Neubau und die Sanierung von Radwegen, die Einrichtung von Radschnellwegen, die Herrichtung von Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum und die Einrichtung von Fahrradgaragen bzw. Fahrradparkhäusern – wird prioritär vorangetrieben.

Ausbau einer alternativen Parkinfrastruktur

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Plan zum schnellen Ausbau von Quartiersgaragen bzw. Quartiersparkhäusern vorzulegen unter besonderer Berücksichtigung der Parksituation in den Stadtvierteln mit überwiegendem Wohnungsbaubestand ohne Garagen.

Änderungen im Punkt Digitalisierung:

*Die Verwaltung wird damit beauftragt, Parkraumbewirtschaftung ~~vollständig~~ schrittweise weitgehend zu digitalisieren. Das System soll mittelfristig ohne Parkscheinautomaten auskommen und vollständig papierlos funktionieren. Bestehende Automaten sollen dann sukzessive zurückgebaut werden, wobei alternative analoge Bezahlmöglichkeiten (z.B. an Kiosken) zu schaffen sind. Um Parksuchverkehre zu reduzieren, sollen Parkplätze auch per App verwaltet werden können. ~~Anwohner*innen sollen innerhalb eines limitierten Kontingents Besucher*innen einloggen/einbuchen und von der Parkraumbewirtschaftung befreien können.~~*

Die Verwaltung wird gebeten, bereits existierende funktionsfähige Lösungen zur Parkraumbewirtschaftung zu identifizieren und auf ihre Nutzbarkeit in Köln hin zu prüfen. Dabei sind Aspekte der barrierearmen Anwendbarkeit, des Datenschutzes und der energetischen Nachhaltigkeit sowie der Finanzierbarkeit besonders zu beachten.

Das entsprechende Konzept soll dem Digitalisierungsausschuss, dem AVR und dem Verkehrsausschuss vorgelegt werden.

Änderungen im Punkt Parkraumbewirtschaftung:

*Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Stadt in Parkzonen einzuteilen, welche unterschiedliche Parkraumbepreisungen von Oberflächenstellplätzen (On-Street Parking) und eine maximale Parkdauer zwischen 2 und 4 Stunden beinhalten sowie in den ersten 15 Minuten kostenfrei sind. Der Preis der Parkraumbewirtschaftung soll angehoben und überall dahin ausgeweitet werden, wo der Parkdruck es erforderlich macht. Dadurch sollen Anwohner*innen und der fließende Verkehr spürbar entlastet werden. Die Zonen ohne Parkraumbewirtschaftung sind einer kontinuierlichen Prüfung zu unterziehen. Die bereits bestehenden Ausnahmegenehmigungen für z.B. Sozialdienstleistende, Pflegekräfte, Handwerker*innen und Menschen mit Einschränkungen finden weiterhin Anwendung.*

*Die Verwaltung prüft die Einführung einer Parkvignette, mit der für „Häufig-Parker*innen“ die Möglichkeit geschaffen wird, über eine wahlweise monatliche oder jährliche Pauschale in einer Parkzone zu parken, ohne für einzelne Parkvorgänge zahlen zu müssen. Bei der Nutzung einer Parkvignette soll auch die Parkdauerbegrenzung entfallen.*

Änderungen im Punkt Neuaufteilung des öffentlichen Raums:

10% aller Stellflächen sind ausschließlich für Autos mit alternativen Antrieben oder mit Sondergenehmigung freizugeben. Bei punktueller hoher Auslastung soll der Anteil im entsprechenden Gebiet höher ausfallen. Sondergenehmigungen sollen sowohl für stationsbasierte Car Sharing-Autos als auch für die zuvor genannten Personengruppen ausgestellt werden. Dabei ist der Ausbau ~~der~~ einer ganztägig nutzbaren Ladeinfrastruktur zu berücksichtigen. Der Ausbau stationsbasierter Carsharing-Angebote entsprechend des Carsharingkonzeptes (vgl. 1630/2021) ist prioritär voranzutreiben.

In jeder Straße sollen kleinmaschig Parkplätze in Abstellmöglichkeiten für (Lasten-) Fahrräder umgewandelt werden. Dabei sollen Häufungspunkte identifiziert und stärker umgewidmet werden.

Auf der Severin-, Apostel-, Maastrichter und Zülpicher Straße (Zülpicher Platz bis Universitätsstraße) entfällt das Parken komplett. Ladezonen bleiben erhalten und sollen – wo benötigt – ausgebaut werden. Laufende Prozesse sind davon nicht betroffen. Nach einer Evaluierung sollen weitere Straßen mit hoher Aufenthaltsqualität identifiziert werden, auf denen das Parken vollständig entfallen kann.

Ein Wegfall von Parkplätzen darf grundsätzlich erst erfolgen, wenn für mindestens 75% der wegfallenden Parkplätze Ersatzparkplätze zum Beispiel in Quartiersgaragen geschaffen wurden.

Um Be- und Entladen sowie kurzfristiges Halten zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen und das Parken für mobilitätseingeschränkte Menschen und Handwerkbetriebe etc. zu ermöglichen, werden beim Wegfall von Parkplätzen bedarfsgerechte Multifunkionsladezonen eingerichtet, die Halten und Parken für den berechtigten Personenkreis auch außerhalb der Ladezeiten von 9 bis 11 Uhr erlauben. Soweit dafür eine Änderung der StVO notwendig ist, wird die Verwaltung aufgefordert, entsprechend auf den Bundesgesetzgeber einzuwirken.

Änderungen im Punkt Faires Parken:

Die Straßen des Kölner Stadtgebietes sind einer kontinuierlichen Prüfung auf Barrierefreiheit zu unterziehen. Durch individuelle Konzepte soll die Barrierefreiheit auf jeder Straße sukzessive umgesetzt werden, dazu gehört auch das Queren zwischen parkenden Fahrzeugen. Gehwege, die schmaler als 1,80 Meter sind, sollen mittelfristig verbreitert werden.

Verbleiben weniger als zwei Meter Gehweg, entfällt das Parken. Sollten dadurch große Teile aller Parkplätze entfallen, ist stattdessen ein längerfristiges, barrierefreies Konzept vorzulegen (z.B Spielstraße, Verkehrsberuhigter Bereich). Verbleibende Parkflächen sind zu markieren. Das Parken auf Mittelalleen soll, wenn möglich, sukzessiv aufgehoben werden. Ähnlich wie in Karlsruhe soll ein Gestaltungshandbuch „Faires Parken" für Köln entwickelt werden.

Als Voraussetzung für die Verbreitung von Gehwegen und jeglicher sonstiger KAG-abgabenrelevanter Umbaumaßnahmen an öffentlichen Flächen ist jedoch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes NRW abzuwarten, um eine finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden, die bei der derzeitigen Rechtslage bis zu 90% der entstehenden Umgestaltungskosten tragen müssten.

Die Verwaltung wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden für eine Änderung des KAG NRW einzusetzen, um Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, Bürgerinnen und Bürger von den KAG-Abgaben zu entlasten.

Änderungen im Punkt Neuaufteilung des nicht öffentlichen Raums:

*Es soll geprüft werden, ob Parkplätze städtischer und Bezirkseinrichtungen oder Parkplätze abseits von Schulgeländen und außerhalb der Nutzungszeiten für Anwohner*innen freigegeben werden können. Die Verwaltung soll Gespräche mit Betreibenden von Parkplätzen und Tiefgaragen sowie mit Automobilhändler*innen führen, ob diese Parkplätze auch von Anwohner*innen genutzt bzw. ob sie zu Mobilitätshubs umfunktioniert werden können. Es soll geprüft werden, in welcher Form Quartiersgaragen in städtischer Trägerschaft gebaut und betrieben werden können. Die städtischen Quartiersgaragen sollen u.a. durch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung finanziert werden. Private Quartiersgaragen sind ebenfalls aus Mitteln der Parkraumbewirtschaftung, aus Stellplatzablösemitteln und aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren bzw. zu fördern. Es ist sicherzustellen, dass die Errichtung neuer privat betriebener Quartiersgaragen (zum Beispiel durch Anpassung der Erbpachtverträge) wirtschaftlich sinnvoll ermöglicht und die Öffnung*

bestehender Großgaragen nicht durch unsachgemäße Auflagen verhindert wird.

Änderungen im Punkt Ordnungsrechtliche Anpassungen:

*Der Ordnungs- und Verkehrsdienst wird beauftragt, durch vermehrte Kontrolltätigkeiten nicht nur im innerstädtischen Bereich die gesetzlichen Regelungen auf Plätzen, Geh- und Radwegen konsequent anzuwenden. Insbesondere soll das Parken auf Gehwegen mit einem Verbleib von weniger als 1,80 Meter restliche Gehwegbreite grundsätzlich mit einem Verwarn- oder Bußgeld geahndet werden. Auf Geh- und Fahrradwegen illegal parkende Fahrzeuge sollen in der Regel abgeschleppt werden, wenn von ihnen eine Behinderung für andere Verkehrsteilnehmende, vor allem Fußgänger*innen, ausgeht.*

In Zusammenarbeit mit der AWB sollen außerdem aufgegebene Fahrräder (Fahrradleichen) und E-Scooter schneller entsorgt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Masterplan Parken zu erstellen mit dem Ziel, den ruhenden Autoverkehr im öffentlichen Raum deutlich zu reduzieren. Hierbei sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

Digitalisierung

*Die Verwaltung wird damit beauftragt, Parkraumbewirtschaftung vollständig zu digitalisieren. Das System soll mittelfristig ohne Parkscheinautomaten auskommen und vollständig papierlos funktionieren. Bestehende Automaten sollen dann sukzessive zurückgebaut werden. Um Parksuchverkehre zu reduzieren, sollen Parkplätze per App verwaltet werden können. Anwohner*innen sollen innerhalb eines limitierten Kontingents Besucher*innen einloggen/einbuchen und von der Parkraumbewirtschaftung befreien können. Das entsprechende Konzept soll dem Digitalisierungsausschuss vorgelegt werden.*

Parkraumbewirtschaftung

*Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Stadt in Parkzonen einzuteilen, welche unterschiedliche Parkraumbepreisungen von Oberflächenstellplätzen (On-Street Parking) und eine maximale Parkdauer zwischen 2 und 4 Stunden beinhalten sowie in den ersten 15 Minuten kostenfrei sind. Der Preis der Parkraumbewirtschaftung soll angehoben und überall dahin ausgeweitet werden, wo der Parkdruck es erforderlich macht. Dadurch sollen Anwohner*innen und der fließende Verkehr spürbar entlastet werden. Die Zonen ohne Parkraumbewirtschaftung sind einer kontinuierlichen Prüfung zu unterziehen. Die bereits bestehenden Ausnahmegenehmigungen für z.B. Sozialdienstleistende, Pflegekräfte, Handwerker*innen und Menschen mit Einschränkungen finden weiterhin Anwendung.*

Neuaufteilung des öffentlichen Raums

10% aller Stellflächen sind ausschließlich für Autos mit alternativen Antrieben oder mit Sondergenehmigung freizugeben. Bei punktueller hoher Auslastung soll der Anteil im entsprechenden Gebiet höher ausfallen. Sondergenehmigungen sollen sowohl für stationsbasierte Car Sharing-Autos als auch für die zuvor genannten Personengruppen ausgestellt werden. Dabei ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur zu berücksichtigen.

In jeder Straße sollen kleinmaschig Parkplätze in Abstellmöglichkeiten für (Lasten-) Fahrräder umgewandelt werden. Dabei sollen Häufungspunkte identifiziert und stärker umgewidmet werden.

Auf der Severin-, Apostel-, Maastrichter und Zülpicher Straße (Zülpicher Platz bis Universitätsstraße) entfällt das Parken komplett. Ladezonen bleiben erhalten und sollen – wo benötigt – ausgebaut werden. Laufende Prozesse sind davon nicht betroffen. Nach einer Evaluierung sollen weitere Straßen mit hoher Aufenthaltsqualität identifiziert werden, auf denen das Parken vollständig entfallen kann.

Faires Parken

Die Straßen des Kölner Stadtgebietes sind einer kontinuierlichen Prüfung auf Barrierefreiheit zu unterziehen. Durch individuelle Konzepte soll die Barrierefreiheit auf jeder Straße sukzessive umgesetzt werden, dazu gehört auch das Queren zwischen parkenden Fahrzeugen. Gehwege, die

schmaler als 1,80 Meter sind, sollen mittelfristig verbreitert werden. Verbleiben weniger als zwei Meter Gehweg, entfällt das Parken. Sollten dadurch große Teile aller Parkplätze entfallen, ist stattdessen ein längerfristiges, barrierefreies Konzept vorzulegen (z. B Spielstraße, Verkehrsberuhigter Bereich). Verbleibende Parkflächen sind zu markieren. Das Parken auf Mittelalleen soll, wenn möglich, sukzessiv aufgehoben werden. Ähnlich wie in Karlsruhe soll ein Gestaltungshandbuch „Faires Parken" für Köln entwickelt werden.

Neuaufteilung des nicht öffentlichen Raums

*Es soll geprüft werden, ob Parkplätze städtischer und Bezirkseinrichtungen oder Parkplätze abseits von Schulgeländen und außerhalb der Nutzungszeiten für Anwohner*innen freigegeben werden können. Die Verwaltung soll Gespräche mit Betreibenden von Parkplätzen und Tiefgaragen sowie mit Automobilhändler*innen führen, ob diese Parkplätze auch von Anwohner*innen genutzt bzw. ob sie zu Mobilitätshubs umfunktioniert werden können. Es soll geprüft werden, in welcher Form Quartiersgaragen in städtischer Trägerschaft gebaut und betrieben werden können. Die Quartiersgaragen sollen u.a. durch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung finanziert werden.*

Ordnungsrechtliche Anpassungen

*Der Ordnungs- und Verkehrsdienst wird beauftragt, durch vermehrte Kontrolltätigkeiten nicht nur im innerstädtischen Bereich die gesetzlichen Regelungen auf Plätzen, Geh- und Radwegen konsequent anzuwenden. Insbesondere soll das Parken auf Gehwegen mit einem Verbleib von weniger als 1,80 Meter restliche Gehwegbreite grundsätzlich mit einem Verwarn- oder Bußgeld geahndet werden. Auf Geh- und Fahrradwegen illegal parkende Fahrzeuge sollen in der Regel abgeschleppt werden, wenn von ihnen eine Behinderung für andere Verkehrsteilnehmende, vor allem Fußgänger*innen, ausgeht.*

In Zusammenarbeit mit der AWB sollen außerdem aufgegebene Fahrräder (Fahrradleichen) und E-Scooter schneller entsorgt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend „Kostenheranziehung für Pflege- und Heimkinder durch das Jugendamt abschaffen"

AN/2615/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gebe Herrn Dr. Heinen das Wort.

(Mike Homann [SPD]: FDP! Frau Hoyer zuerst! Wir würden die FDP zuerst sprechen lassen!)

Gut, die FDP entscheidet wahrscheinlich selbst darüber, wer sie vertritt. - Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Wir haben das nicht selbst entschieden, wir haben das so ausgemacht. Danke an die SPD und DIE LINKE, dass Sie mich zu unserem gemeinsamen Antrag für alle reden lassen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stellen heute gemeinsam hier den Antrag, Kinder und Jugendliche, die der Jugendhilfe unterstehen, nicht weiterhin gegenüber den Kindern, die in ihren Familien leben, zu benachteiligen. Wir stellen vielmehr einen Antrag, der Kinder und Jugendliche ermutigt, sich für ein selbstbestimmtes Leben einzusetzen.

Unserem Antrag können Sie die formale Begründung entnehmen, warum Kinder und Jugendliche unter der Jugendhilfe unserer Meinung nach keine Abgaben an das Jugendamt leisten sollten, wenn sie denn zum Beispiel einem Schülerjob nachgehen. Das brauche ich hier nicht mehr vorzulesen. Im Jugendhilfeausschuss wurde von der Verwaltung noch begründet, dass man die Kinder und Jugendlichen aus erzieherischen Maßnahmen zur Kasse bitten würde. Ich würde Ihnen heute gern ausnahmsweise einen Einblick in unsere persönliche Situation gewähren, die zeigt, dass das nicht wirkt und zudem noch sehr unfair ist.

Wir haben zwei leibliche Söhne und einen Pflegesohn. Alle drei bekommen ein auskömmliches, aber nicht üppiges Taschengeld. Sie bekommen Obdach, Kleider, Nahrung, Urlaube und andere Dinge in gleichem Maße von uns bezahlt. Wenn sie jedoch noch etwas extra haben möchten, um den zweiten oder dritten Besuch im Phantasialand sich leisten zu können oder mit Freunden öfter

essen gehen zu können, dann sollen sie dafür arbeiten, dann sollen sie sich dieses Geld selbst verdienen, also mit Schülerjobs ihr Taschengeld aufbessern. Unsere leiblichen Söhne, die diese Form der Erziehung von Anfang an genießen konnten, dürfen dann alles behalten. Unser Pflegesohn, der ohnehin schon in einer etwas schlechteren persönlichen Situation ist, sollte bis Mitte letzten Jahres 75 Prozent seiner Einkünfte und jetzt immerhin noch 25 Prozent abgeben. Sie können gar nicht glauben, wie gut Kinder im Prozentrechnen werden, wenn es sie persönlich betrifft.

(Beifall bei der FDP)

Die Frage *Warum muss ich etwas abgeben und die anderen nicht?*, konnte ich ihm bisher nicht beantworten. Wir persönlich hätten das ausgeglichen, aber das kann nicht jede Pflegefamilie. Kinder, die in einem Heim leben, haben niemanden, der so etwas ausgleicht. Was soll also daran erzieherisch sein, wenn ich einem Kind sage: *Du bist ohne eigene Schuld auf den Staat angewiesen, und wenn du versuchst, Eigeninitiative zu ergreifen, wirst du dafür bestraft*?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Kinder in der Jugendhilfe haben sich ihr Schicksal nicht selbst ausgesucht. Kinder in der Jugendhilfe haben auch keine Chance, außer durch ein entsprechendes Alter, aus dieser herauszukommen. Kinder in der Jugendhilfe werden auch als junge Erwachsene in den seltensten Fällen Hilfe von ihren Familien bekommen. Kinder in der Jugendhilfe werden später vermutlich auch nichts erben. Warum geben wir ihnen nicht die Chance, früh zu lernen, dass eigenverdientes Geld Vorteile schafft und die Möglichkeit zur Rücklagenbildung eventuell den Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben bietet?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da selbst die Verwaltung nicht weiß, wie viel Geld mit wie viel Aufwand hier eingetrieben wird, könnten wir allen Kindern in Pflege und Heimen mit diesem Antrag heute ein Weihnachtsgeschenk bereiten. Also stimmen Sie doch zu!

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe das richtig verstanden: Frau Ruffen hat auch für die Fraktionen der SPD und der LINKEN gesprochen. - Dann hat jetzt Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf jetzt für Grüne, Volt und CDU hier sprechen und möchte den Antragstellern, insbesondere der FDP, die auch die Initiative im Jugendhilfeausschuss ergriffen hat, für die Initiative und den Antrag danken. Wir als Bündnis würden uns gerne im Jugendhilfeausschuss und im Finanzausschuss noch einmal über Details unterhalten - denn auch die Mitteilung der Verwaltung lässt noch die eine oder andere Frage offen - und würden deshalb eine Vertagung vorschlagen und wären natürlich froh, wenn sich die Antragsteller und die Initiatoren dem anschließen könnten. Der JHA tagt, glaube ich, schon am 24. oder 25. Januar. Das ist sicherlich eine überschaubare Zeit und wäre ein schönes Neujahrsgeschenk, liebe Stefanie Ruffen, wenn wir denn übereinkommen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht würde ich, bevor ich die beiden anderen Wortmeldungen von Herrn Busch und von Frau Gabrysch höre, die Verwaltung bzw. Herrn Voigtsberger bitten, die Rechtslage mitzuteilen, damit wir hier nicht als hartherzig wirken.

(Zuruf: Verdient hartherzig!)

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So nachvollziehbar sicherlich der gänzliche Verzicht auf die Kostenheranziehung von jungen Erwachsenen, Pflege- und Heimkindern ist, ist es aus Sicht der Verwaltung Aufgabe des Gesetzgebers, diese Entscheidung im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz zu korrigieren. Dazu haben die Parteien im Koalitionsvertrag bereits vereinbart, dass Heim- und Pflegekinder eigene Einkünfte zukünftig komplett behalten können/sollen. Der Bund soll deshalb aus unserer Sicht auch die fiskalische Entlastung der Kommunen regeln.

Vielleicht als zusätzliche Ergänzung: Im Einzelfall gibt es bereits jetzt Gestaltungsspielraum, den auch die Stadt Köln im Übrigen bereits großzügig

anlegt. Von der Heranziehung zum Kostenbeitrag soll im Einzelfall ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn sonst Ziel und Zweck der Hilfe gefährdet würden oder sich auch aus der Heranziehung eine besondere Härte ergeben würde.

Nach § 94 Abs. 6 SGB VIII bleibt im Übrigen folgendes Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit innerhalb eines Monats von dem Kostenbeitrag unberücksichtigt: Das ist einmal Einkommen aus Schülerjobs oder Praktika mit einer Vergütung bis zur Höhe von 150 Euro jährlich,

(Zurufe: Jährlich!)

Einkommen aus Ferienjobs, Einkommen aus der ehrenamtlichen Tätigkeit oder 150 Euro monatlich als Teil einer Ausbildungsvergütung.

Weil Frau Ruffen das eben auch noch angesprochen hat: Die Frage, welche Kosten für junge Volljährige konkret herangezogen werden, lässt sich - wie Sie schon richtigerweise gesagt haben - nicht ohne Weiteres beantworten, weil bei dem Jugendamt bezüglich der Kostenheranziehung nicht zwischen den Zielgruppen differenziert wird. Das gilt ebenso für die Frage, welche Ressourcen konkret für die Kostenheranziehung für diese Zielgruppe genutzt werden und welcher Verwaltungsaufwand dem gegenübersteht,

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

weil wir natürlich auch mehrere Kostenheranziehungen beispielsweise von Eltern oder auch anderen Kommunen im Rahmen des Interessenwahrungsgrundsatzes haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das SGB VIII gilt also auch für Köln.

Ich habe jetzt Herrn Busch und Frau Gabrysch auf der Rednerliste. Anschließend haben sich noch Frau Ruffen und Herr Breite gemeldet.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Ich würde hier tatsächlich auf das Wort für Frau Ruffen verzichten, wenn das möglich ist, weil der Antrag so gut ist, dass wir ihm auch zustimmen würden. Ich habe zwar vernommen, dass das Bundes- und Landesrecht ist, aber vielleicht kriegt man die Kuh irgendwie anders vom Eis, indem sich der Rat irgendwie an Bund oder Land mit der Bitte wendet, dass hier etwas geschieht. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die leisten wollen, dafür auch noch bestraft werden. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich ziehe zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich danke, dass ich dazu noch einmal reden darf. Herr Voigtsberger hat es richtig ausgedrückt, aber ich glaube, man kann das missverstehen. Wir als Kommune haben die Möglichkeit, zu entscheiden, ob wir die Jugendlichen heranziehen oder nicht und in welchem Maße.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Es gibt genug Kommunen, die das nicht ausschöpfen. Wenn Sie bis heute nicht sagen können, wie viel da von wem und mit welchem Aufwand eingezogen wird, dann frage ich mich, worüber wir in irgendeinem Ausschuss diskutieren sollen. Das ist mir wirklich ein Rätsel, was wir hier machen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der LINKEN und der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann sollten wir jetzt vielleicht das Abstimmungsverfahren ordnen. Es wurde eben zwischen den Zeilen auch ein Geschäftsordnungsantrag, auf Verweisung, gestellt. Herr Dr. Schlieben, habe ich Sie richtig verstanden?

Dr. Helge Schlieben (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie zwischen den Zeilen lesen können, weiß ich, aber das sollte ein Verweisungsantrag in den Jugendhilfeausschuss und in den Finanzausschuss sein. Das an der Stelle bitte noch einmal ganz deutlich von mir formuliert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Entscheiden soll der Finanzausschuss oder der Jugendhilfeausschuss? – Bestimmt der Jugendhilfeausschuss, da er doch besondere Befugnisse hat.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Das ist eine gute Frage. Wenn Sie mich so fragen, entscheiden wir in Zukunft besser alles im Jugendhilfeausschuss. Aber das war nicht die Frage, die Sie gestellt hatten.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist doch eine klare Aussage. Dann lasse ich zunächst über diesen Verweisungsantrag in den Jugendhilfeausschuss abstimmen. Der Finanzausschuss wird selbstverständlich beteiligt - wie an vielen anderen Entscheidungen. Gibt es Gegenstimmen? - Von den Fraktionen SPD, DIE LINKE, FDP, AfD und von Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist verwiesen.

Frau Ruffen, natürlich hat die Verwaltung auch den Auftrag angenommen, die Zahlen bereitzuhalten.

(Zuruf)

- Mit glauben hat das nichts zu tun. Aufträge des Rates werden von der Verwaltung erfüllt, wenn es irgendwie möglich ist.

(Vereinzelt Beifall)

Abstimmung über den Verweisungsantrag

Beschluss:

Die Angelegenheit wird unter Beteiligung des Finanzausschusses in den Jugendhilfeausschuss zur Entscheidung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, AfD und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Dr. Schlieben.

Die von RM Ruffen erbetenen Zahlen bezüglich der Einziehungen werden bis zur Behandlung im Jugendhilfeausschuss von der Verwaltung nachgeliefert.

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Der kluge und bedachte Umgang ist die Lösung für Corona und nicht Panik und Aktionismus der Stadtverwaltung“

AN/2627/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte sehr.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum vor dem Livestream! Corona ist seit knapp zwei Jahren Alltag in Deutschland, und Menschen können sich an alles gewöhnen, so auch an Masken. Was sich aber nicht ändern wird, ist das kritische Hinterfragen von Aussagen und Verordnungen, die nicht nachvollziehbar sind. Corona wird uns weiterhin begleiten. Professor Dr. Drosten sagt dazu, dass das Virus endemisch wird. Das bedeutet, dass durch leichte Infektionen und leichte Verläufe die Bevölkerung langsam immunisiert. Wir werden also mit Corona leben müssen. So weit und so verständlich.

Der Punkt, den wir hier setzen wollen, ist, dass wir nicht mit Panik oder Angst spielen dürfen. Köln soll Vorreiter werden im Verständnis von und mit Corona. Wo bleibt der kühle Kopf der Stadtspitze, wenn er gebraucht wird? Anstatt sich mit diesem Thema intensiver zu beschäftigen, fehlen hier klare Worte. Ein *Wir schaffen das!* oder *Bald ist es überstanden!* gibt den Menschen Hoffnung, und Hoffnung ist genau das, was die Menschen jetzt brauchen. Die aktuellen Zahlen und Ansteckungen verheißen für viele nichts Gutes. Aber wenn man den Berichten - zum Beispiel denen am 12.11. zum Super-Spreader-Event Karneval in Köln - folgt, müsste das Virus 14 Tage danach spätestens alle Kölnerinnen und Kölner erreicht haben. Das war nicht der Fall. Vielmehr gab es keine - so nenne ich es mal übertrieben - nennenswerte Überansteckung, die eigentlich attestiert worden ist.

Das zweite Event, welches auch vom jetzigen Gesundheitsminister und Talkshowbeauftragten der SPD Karl Lauterbach stark kritisiert wurde, war das Spitzenspiel Mönchengladbach gegen den

1. FC Köln. Meine Damen und Herren, wo bleiben denn die 50 000 Corona-Infizierten, die dieses Spiel eigentlich hinterlassen sollte?

Meine lieben Kollegen, wir müssen gerade in einer Zeit, in der Politik so kritisch hinterfragt wird wie noch nie zuvor, authentisch bleiben und Verordnungen oder Gesetze beschließen, die für die Menschen nachvollziehbar sind. Die Maskenpflicht in der Innenstadt zum Beispiel ist eine solche Verordnung, die unsinnig erscheinen kann. Wenn man den Studien traut - wie der Berkeley-Studie oder der Studie des irischen Gesundheitsministeriums HPSC, die bestätigt, dass 0,1 Prozent der Ansteckungsfälle draußen stattgefunden haben -, wie wollen wir den Menschen denn glaubhaft erklären, dass sie draußen eine Maske tragen sollen?

(Beifall bei der AfD)

Wir sind zum Beispiel der Überzeugung, dass wir, wenn wir alle hier in diesem Gremium nur getestet wären, wir also einen Nachweis über den aktuellen, in diesem Moment aufgenommenen Gesundheitsstatus haben, nicht im Gürzenich sitzen müssten und auch im Rat ohne Maske und Plexiglasscheiben sitzen könnten. Der aktuelle, in dem Moment des Eintritts aufgenommene Gesundheitsstatus wäre für uns das Mittel der Wahl, Corona einzudämmen und zu besiegen. Das hat nämlich den ganzen Sommer über gut funktioniert - ohne Impfpflicht oder weitere Maßnahmen. Machen Sie sich ehrlich und stimmen Sie unserem Antrag zu!

Frau Blome und der Krisenstab sollen zu einem kritischen Umdenken aufgefordert werden - weg von unverhältnismäßigen, unverständlichen Maßnahmen hin zu einer Politik der nachvollziehbaren Entscheidungen. Lassen Sie uns gemeinsam als Rat ein Zeichen nach Düsseldorf und Berlin schicken! Bundeskanzler Scholz, der davon ausgeht, dass Corona nicht Familien spaltet, irrt sich gewaltig. Corona spaltet. Angstmacherei und Panik spalten. Maßnahmen, die keine sind, spalten.

(Unruhe)

Wir als Innovationsmotor auch in diesem Stadtrat - hören Sie doch zu! - kritisieren die Einschränkung von Gesunden und eine drohende Impfpflicht massiv. Mit etwas über 1 Million Menschen in Köln haben wir eine besondere Bedeutung in diesem Stadtrat.

(Unruhe)

Wir vertreten alle Kölnerinnen und Kölner - wir und Sie auch. Diese Gemeinsamkeit müsste uns alle anspornen, dass wir miteinander streiten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges, die Redezeit ist abgelaufen.

Matthias Büschges (AfD): Ich bin sofort fertig.

Lassen Sie uns gemeinsam dieses Thema aus den Familien holen und in diesem Gremium diskutieren. Meine Damen und Herren, deswegen freue ich mich über eine anregende Diskussion zu diesem Thema und die Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln appelliert an die verantwortlichen Politiker auf Landes- und Bundesebene, statt der bisherigen 3 G- und 2 G-Regeln zur Eindämmung der Corona-Infektionen flächendeckend zu 1 G (getestet) überzugehen, da nur diese Vorgehensweise einen bestmöglichen Schutz vor der Weitergabe der Krankheit ermöglicht.*

2. *Darüber hinaus fordert der Rat der Stadt Köln alle Kölner Institutionen, Vereine und Einrichtungen des Kultur-, Sport- und Freizeitbetriebs auf, bereits jetzt freiwillig auf Testnachweise für alle Besucher zu setzen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln fordert die Oberbürgermeisterin auf, die Maskenpflicht in der Kölner Fußgängerzone Schildergasse, Hohe Straße und Wallrafplatz und auf den Kölner Weihnachtsmärkten zu beenden. Die Allgemeinverfügung zur Anordnung einer Maskenpflicht in einigen Fußgängerzonen und auf allen Weihnachtsmärkten auf dem Gebiet der Stadt Köln vom 25.*

November 2021 ist durch die Oberbürgermeisterin sofort aufzuheben.

4. *Der Rat der Stadt Köln fordert ein Ende der Stigmatisierung und Verteufelung von Besuchern der Fußballspiele des 1.FC Köln wie aber auch von Freizeitveranstaltungen gerade denen im Freien.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Kalkberg-Ruhe in Frieden“

AN/2601/2021

Ich gebe Herrn Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne einmal mit einer Überschrift, die da heißt *Der Duveschlag am Monte Tremoloso*. Im idyllischen Dreieck zwischen Messe, Kalk und Buchforst liegt er: der Kalkberg. Stolz ragt er mit 80 Metern über dem Meeresspiegel in den Himmel und wackelt gut geschützt, mit einer millionenschweren Erdschicht bedeckt und einem monströsen Bauwerk gekrönt vor sich hin und wartet auf die göttliche Eingebung der Kölner Verwaltung. Aber der Gedenkort der Geldvernichtung, der Stümperei, der Kumpanei, der Inkompetenz braucht eine würdevolle Umwidmung. Er braucht ein kleines Wunder. Der sichere Weg wäre, ihn abzutragen und Gras darüber wachsen zu lassen. Aber das kostet - Schätzung: 250 Millionen Euro und mehr. Diese Asche brauchen wir für Visionen, für die Oper, für Kulturfirlefanz und irgendwann sicherlich auch für die Bildung.

Aber zurück zu unserer Idee und einer sinnvollen Neuwidmung des toxischen Wackelpuddings. Als wir neulich den Kalkberg unerlaubt bestiegen haben, kreisten Tauben um das krönende Gebäude und uns kam eine Idee bzw. eine Eingebung, die wir Ihnen heute mit diesem Antrag vorstellen.

Die Taube, die Columba als Metapher für die Nutzung des Gebäudes auf dem Kalkberg: hinein- und herausfliegen wie die Rettungshubschrauber, nur friedvoller und leiser. Ein Symbol für einen Ort der Ruhe, des Gedenkens und des Vergessens inmitten eines wunderbaren friedlichen Friedensparkes. Bitte die markierten Wege nicht verlassen, es besteht Versumpfungsgefahr!

Ich gehe heute sogar so weit, Sie in die Zukunft schauen zu lassen, indem ich Ihnen prophezeie, dass der Kalkberg nur der Anfang eines Reigens ist, dem Markt der Columbarien in gedenkenswerten und denkmalgeschützten Gebäuden dieser Stadt auf die Sprünge zu helfen. Anstatt solche Gebäude willkürlich ihrem Schicksal zu überlassen, sie an die Abrissbirne heranzuführen oder deren Fassaden für potemkinschen Protz zu nutzen, wollen wir sie der Stadt erhalten und sie gewinnbringend dem Bestattungsmarkt zuführen - eine echte Win-win-Lösung. So scheint es aus Sicht der Fachleute beim *Weiter so!* zu bleiben, wenn ich in die 98 Seiten starke Broschüre *Kulturraum Friedhöfe 2025* schaue. Hier werden auf 64 Friedhöfen und 500 Hektar Fläche die Toten im Kisten- und Pittermännchen-Format unter zigtausenden erdverdichtenden Grabplatten, wärmespeichernden Gedenksteinen und Protz-Mausoleen verbuddelt. Jedes Jahr verschwinden 8.500 neue Marktteilnehmer unterirdisch.

Klar ist die Wertschöpfungskette des Erdgrabens deutlich lukrativer für die Kuckelkörnchen dieser Welt. Möglicherweise ist das auch der Grund, aber wir wollen hinaus aus den Löchern und hinein ins Fach. Denn für die Stadt lohnt es sich allemal. Sie erhält gedenkenswerte, denkmalgeschützte Kleinode, entzieht sie dem Griff geldgeiler Spekulanten und wirft mit guten Gebühren und langfristigen Verträgen ordentliche Einkünfte ab.

Deshalb zur Sache: Machen Sie mit und beginnen wir heute gemeinsam mit dem Superlativ eines Giga-Columbariums auf dem Kalkberg. Da wird für den einen oder die andere ein Plätzchen drin sein. - Danke sehr.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Die FRAKTION und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat beschließt, im Gebäude der ehemals geplanten Hubschrauber-Rettungsstation auf dem Kalkberg ein Kolumbarium einzurichten und zu betreiben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

3.1.5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Startups fördern“

AN/2604/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/2694/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gebe Herrn Weber das Wort.

Florian Weber (CDU): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Köln ist bei der Bewältigung der Corona-Pandemie immer wieder vorangegangen und hat die Krise, speziell im Digitalen, als Chance begriffen, um aufzuholen - mit Erfolg, stellen wir fest. Wir sind gleich mehrfach NRW-Modell-Kommune. Das vernetzte Kontaktpersonenmanagement im Kölner Gesundheitsamt hat im Positiven die Aufmerksamkeit der Bundeskanzlerin hervorgerufen, und kürzlich hat Köln den zweiten Platz im Smart-City-Ranking des Bitkom erreicht. Was daran bemerkenswert ist: der Sprung von Platz 17 auf Platz 6 bei den digitalen Verwaltungsdiensten. Dafür sei vielen Dank auch an die Beteiligten in der Stadtverwaltung gesagt, die das alles möglich gemacht haben.

Mit unserem Antrag richten wir nun den Blick nach vorn: Wie schaffen wir es, dass Dinge, die in der Pandemie gut funktioniert haben, auch in Zukunft machbar bleiben? Gute Gründe, warum Köln in der Corona-Krise digital spitze ist, sind auch die erfolgreichen Kooperationen der Stadtverwaltung, von KölnBusiness mit den Unternehmen und insbesondere mit den Start-ups. Genau dort setzen wir an. Unser Antrag ergänzt die aktuellen Rahmenbedingungen, ohne dabei Doppelstrukturen zu schaffen, und zielt letztlich auf zwei Dinge ab: erstens, dass wir den Lösungsbedarf und die Probleme der Stadtverwaltung auch zukünftig dauerhaft der Stadtgesellschaft, den Unternehmen, den Start-ups zur Verfügung stellen, damit sie an diesen Ideen mitarbeiten können. Das hat auch viel mit der Frage zu tun, ob die Stadtverwaltung in der Breite, das heißt alle beteiligten Ämter, es den jungen Unternehmen zutraut, dass diese es schaffen, digitale, bürgernahe Lösungen zu finden.

So gelingt es uns als Stadt, die Digitalisierung weiter voranzutreiben. So steigern wir die Attraktivität von Köln als Wirtschafts- und Digitalstandort. Und so stärken wir nebenbei - wir meinen vor allem auch - die Stadt Köln als attraktiven Arbeitgeber. Unterstützen Sie uns dabei! Und stimmen Sie für unseren Antrag! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird das Wort von Bündnis 90/Die Grünen oder Volt gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann spricht Frau Steinmann.

Lisa Steinmann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sie gestatten mir, dass ich mich nicht hinter dem Pult verstecke, sondern hier die Kürze der Zeit nutze.

Lieber Herr Weber, auch dies ist ein Antrag, der meines Erachtens angemessen in den Fachausschüssen hätte beraten werden können, und zwar auch in gebührender Breite.

Aber zur Sache: Die Bedeutung der Kölner Entwicklung der Start-ups weit über die Stadtgrenzen hinaus ist offenbar und auch gut. Deswegen ist es auch gut, dass die Start-up-Unit der KölnBusiness ihre Fortführung findet. Wir unterstützen das Anliegen des Antragstellers, die Start-up-Koordination aufseiten der Stadtverwaltung in eine Verlängerung, in eine Lotsen-Anlaufstelle zu verwandeln, bitten aber die Antragsteller um eine Konkretisierung, nämlich dass diese Stelle dann auch im Amt für Wirtschaftsförderung angesiedelt werden muss. Das steht so explizit nicht im Antrag. Wir wünschen uns aber sehr, dass Sie diese Konkretisierung als Ergänzung mit aufnehmen. Dann würden wir diesen Antrag mit unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, dass ich diesen Antrag, der so spritzig und innovativ daherkommt, mehrfach lesen musste, um ihn in Gänze nachzuvollziehen. Richtig ist, dass Start-ups im Vergleich zu etablierten Unternehmen deutlich weniger Aufträge von der öffentlichen Hand erhalten. Das liegt natürlich unter anderem auch daran, dass junge und mit vergaberechtlichen Abläufen nicht oder wenig erfahrene Unternehmen vor großen Herausforderungen stehen. Hier gibt es sicherlich Potenziale für Start-ups im Bereich der Digitalisierung.

Dieser Antrag ist allerdings unkonkret und zudem handwerklich nicht besonders gut gelungen. Warum dieser Antrag, wenn wir die KölnBusiness-Wirtschaftsförderung haben? Auf deren Seite gibt es einen eigenen Bereich für Start-ups, viele Informationen zu Hilfestellungen, Beratungen, Unterstützungen. Wozu eine neue Struktur in der Stadtverwaltung, fragt man sich dort.

Sie haben gerade gesagt, Sie schaffen keine neuen Strukturen, haben das aber eigentlich im Antrag und in der Rede gar nicht so deutlich dargestellt. Die Idee eines Wissenstransfers hat einerseits vielleicht den Charme, der Verwaltung mit innovativen Ideen mehr Zugkraft zu geben. Das ist begrüßenswert. Andererseits bedeutet sie aber auch die Privatisierung der Aufgabe. Das sehen wir als LINKE kritisch und würden dem entsprechend nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag ist zudem der Versuch - so lesen wir das -, Anträge mundgerecht an Start-ups zu servieren. Im Bereich der Digitalisierung kann das jedoch nicht zielführend sein, wenn eine Strategie für die gesamte Verwaltung erforderlich ist. Ob das mit kleinen Aufträgen für viele Start-ups zu erreichen ist, kann mehr als bezweifelt werden.

Das Vergabeverfahren der Innovationspartnerschaften soll hier besonders in den Blick genommen werden. Das heißt, in Kooperation mit dem öffentlichen Auftraggeber können durch Start-ups natürlich innovative Lösungen für den Beschaffungsbedarf der Verwaltungen entwickelt werden. Nach unserem Verständnis schließt § 19 Vergabeordnung eine allzu direkte Vergabe an Kölner Start-ups ohne Ausschreibung ebenso aus wie eine Begrenzung der Ausschreibung nur auf neu gegründete Unternehmen. Die rechtliche Prüfung steht hier allerdings aus und soll noch in Punkt 2 des Beschlussvorschlages erfolgen. Wäre es da nicht sinnvoll gewesen, erste Ergebnisse einer solchen Prüfung abzuwarten, bevor man heute im Rat diesen Antrag stellt?

Abschließend ist festzustellen - Frau Steinmann hat es gesagt -, dass dieser Antrag in die Fachausschüsse gehört und dort hätte diskutiert werden müssen. Dort gehört dieser Antrag nach unserem Dafürhalten nach wie vor hin und sollte auch dort besprochen werden. Wir können trotzdem einmal eine Brücke aufbauen - nicht ganz so ernst gemeint -: Wenn Sie die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung rückgängig machen, vielleicht könnten wir dann diesem Antrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vorweg eine formelle Frage: Ist Ihnen unser Änderungsantrag bekannt?

(Zurufe: Ja!)

Sie haben ihn gerade bekommen. Er ist schon seit zweiten Stunden, glaube ich, eingestellt. Es ist natürlich jetzt ungünstig, dass Sie ihn nicht kennen, weil ich glaube, dass es sinnvoll ist, ihn hier zu lesen und gleich zuzustimmen. Wenn Sie noch Fragen haben, wäre es vielleicht wirklich sinnvoll, dass wir das Thema im Digitalisierungsausschuss weiterverhandeln, weil wir schon der Meinung sind - jetzt beginnt der eigentliche Teil meiner Rede -, dass hier das Ratsbündnis durchaus Lob verdient hat.

Wir als FDP-Fraktion meinen, der Antrag geht in die richtige Richtung. Wir meinen auch, liebe Kolleginnen und Kollegen des Ratsbündnisses, Sie stehen hier an der Schwelle eines sehr guten Antrags, aber bedauerlich überschreiten Sie diese Schwelle nicht. Damit Sie diese Schwelle überschreiten können, haben wir uns überlegt, dass

wir einige Änderungen vorschlagen müssen, wenn das eine runde Sache werden soll.

Die Kollegin Tokyürek, die wie ich Jurist*in ist, hatte dasselbe Problem wie ich. Ich musste den Antrag nämlich auch erst fünfmal lesen, um zu erahnen, was der Antragsteller versucht hat, zum Ausdruck zu bringen, um es höflich zu formulieren. Wir meinen, es sind alles sinnvolle Sachen.

Frau Tokyürek, ich verstehe es auch so - wir wissen ja: zwei Juristen, drei Meinungen -, hier geht es weniger darum, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft irgendwie einen Job wegzunehmen, sondern es geht um den Austausch der Verwaltung, um die Prozesse mit Hilfe von Start-ups zu verbessern. So verstehen wir jedenfalls den Antrag.

Sollte der Antragsteller oder die antragstellenden Fraktionen das auch so gemeint haben, darf ich auf folgende vier Konkretisierungen hinweisen.

Unter Punkt I hätten wir gern Folgendes ergänzt:

> Das Ziel ist auch die Schaffung einer Innovationskoordination und die Konzeption eines sogenannten Digital Test Labors.

Ich glaube, die Fachpolitiker aus der Digitalisierungsfraktion wissen, was damit gemeint ist.

Unter Punkt II hätten wir gerne das Wort *rechtliche* gestrichen, weil wir der Auffassung sind, dass auch nicht rechtliche Hemmnisse beseitigt werden sollen.

Der dritte Punkt versteht sich von selbst. Wir wollen hier, dass innerhalb der Verwaltung als Querschnittsaufgabe eine Awareness geschaffen wird.

Punkt IV meint, dass wir andere Player - zum Beispiel aus der Hochschullandschaft oder aus Verbänden - hinzurufen sollten. Die haben auch Erfahrungen. Ich könnte mir vorstellen, dass die Hochschule ähnliche Prozesse hat.

Der letzte Gedanke ist: Wir wollen hier eine Wechselwirkung zwischen Start-up, Community und Stadtverwaltung schaffen. Deswegen unsere Präzisierungen.

Wenn die antragstellenden Fraktionen der Meinung sind, dass das sinnvolle Konkretisierungen sind, dann übernehmen Sie sie bitte. Falls Sie noch einmal nachdenken wollen, geben wir es in den Digitalisierungsausschuss, was ich als Hilfsantrag stelle. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob verwiesen wird. Ich lasse also erst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen, dann - Sie haben das als Hilfsantrag bezeichnet - über Ihren Verweisungsantrag. Damit dürften auch die inhaltlichen Vorstellungen von Lisa Steinmann verbunden sein - sie fand es, glaube ich, auch gut -, das im Fachausschuss noch einmal zu bewerten. Wie ich die Ergänzungen von Frau Tokyürek unterbringen soll, weiß ich im Moment nicht.

Ich lasse zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen FDP, AfD, Die FRAKTION und SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Verweisungsantrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen FDP, AfD, Die FRAKTION, SPD, DIE LINKE und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Punkt I wird am Ende um folgendes ergänzt:

> *„Ziel ist auch die Schaffung einer Innovationskoordination und die Konzeption eines Digital Test Labors.“*

Punkt II wird das Wort „rechtliche“ gestrichen.

Punkt II wird am Ende um folgendes ergänzt:

> *„Dabei soll auch betrachtet werden, wie in städtischen Dienststellen das Engagement für technologische Innovationsprozesse geweckt und gefördert werden*

kann. Es ist sicherzustellen, dass für derartige Innovationsprojekte notwendige personelle Unterstützung aus den Querschnittsbereichen geleistet wird und nicht durch Kürzungen an anderer Stelle innerhalb der Innovation interessierten Dienststellen."

Punkt III wird am Ende um folgendes ergänzt:

„In diesen Prozess sollen auch gezielt weitere externe innovative Partnerinnen und Partner wie Hochschulen, Universitäten oder Fachverbände einbezogen werden."

Punkt IV wird am Ende um folgendes ergänzt:

„Dabei sollen ausdrücklich nicht nur Startups ihre innovativen Lösungsansetze vorstellen und präsentieren, sondern die Stadtverwaltung selbst soll konkrete Probleme benennen, um die kreative Kraft von Startups und Innovation zur Lösung zu nutzen."

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP, AfD und Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung über den mündlichen Verweisungsantrag

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, AfD und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Maßnahmen zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Kölner Stadtverwaltung und Startup-Unternehmen unter enger Beteiligung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH umzusetzen.

I. Schaffung einer Startup-Koordination in der Stadtverwaltung. Die Rolle zeichnet sich verantwortlich, den konkreten Lösungsbedarf auf Seiten der Kölner Stadtverwaltung (z.B. für die Vereinfachung und Beschleunigung von Prozessen) in die Startup-Szene zu spiegeln sowie Kollaborations- und Lösungsideen aufzugreifen. Ziel ist es, die erfolgreichen Kooperationen wie z.B. in der Pandemie-Zeit (z.B. Recover, Veedelsretter) auch dauerhaft und reaktionsschnell für andere Herausforderungen möglich zu machen und die jeweils ersten Schritte der Zusammenarbeit – insbesondere die Überwindung bürokratischer Hürden – zu begleiten.

II. Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten (u.a. auch die Förderung von Innovationspartnerschaften gem. § 19 Vergabeverordnung - VgV), um eine in Anzahl und Tiefe erweiterte Zusammenarbeit mit Startups organisatorisch, finanziell und compliance-konform abzusichern.

III. Auf Basis der Ergebnisse unter (II.) Schaffung von Rahmenbedingungen sowie Entwicklung eines Organisations- und Vorgehensmodells zur gezielten Beteiligung und Beauftragung von Startups zur Konkretisierung, Verprobung und Umsetzung von Use-Cases und Lösungen bei verkürzten Rüst- und Ausführungszeiten, wie schon in der Pandemie bewiesen.

IV. Aufsetzen eines jährlichen Wettbewerbs gemeinsam mit der KölnBusiness Wirtschaftsförderung mit dem Ziel der Lösung digitaler Herausforderungen in der Kölner Stadtverwaltung.

Die Verwaltung wird gebeten, das fertige Konzept den beiden Ausschüssen für Digitalisierung und Wirtschaft vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Görzel

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Maus-Ampel für Köln - 50 Jahre WDR-Maus feiern“

AN/2613/2021

Ich gebe Herrn Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht ganz alleine. Ich habe sie mitgebracht, die wahrscheinlich berühmteste Maus in diesem Lande.

(Der Redner setzt die Maus auf das Redepult - Beifall)

Meine Damen und Herren, die Maus ist 50 Jahre alt geworden, und seit 50 Jahren erfreut sie uns mit Lach- und Sachgeschichten jeden Sonntagvormittag. Sie klärt Fragen auf, wie: Warum sind Eier oval? Wie funktioniert eine Glühbirne oder heute eine LED? Warum kann ein Flugzeug fliegen? Und was ist überhaupt Corona? Das macht sie so kindgerecht, dass Kinder es verstehen. Das macht sie aber auch so begeisternd, dass das durchschnittliche Alter der Zuschauer bei 40 Jahren liegt. Das finde ich ganz erstaunlich.

Ich hoffe nicht, dass die Maus heute erklärt, wie Politik funktioniert, und dass dieser Antrag, dem man wirklich zum Geburtstag der Maus zustimmen kann, in einen Fachausschuss oder auch in die BV weggestimmt wird.

Die Maus ist ein Wahrzeichen von Köln. Sie ist eine Kultfigur. Sie ist außerdem zu den Richard-Wagner-Festspielen eingeladen worden. Zudem gibt es sie als Postwertzeichen und als Gedenkmünzen. Wir wollen, dass die Maus auch ein Ampelmännchen wird, und zwar an der Nord-Süd-Fahrt Breite Straße/Tunisstraße.

Jetzt könnte man meinen: *Hey, wir verweisen das in die BV!*, wie ich gehört habe. Nun ja, Fakt ist, die BV ist zuständig für Neu- und Umbauten von Ampelanlagen ab 50 000 Euro. Das heißt, das liegt überhaupt nicht in der Zuständigkeit einer Bezirksvertretung, sondern das liegt in der Zuständigkeit der Verwaltung, weil das ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist. Aber die BV kann sich das selbst gar nicht heranziehen, sondern das Recht ist originär dem Rat der Stadt Köln vorbehalten. In § 41 der Gemeindeordnung steht:

> Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf die Oberbürgermeisterin übertragen, soweit nicht der Rat sich … für einen Einzelfall

- wie diesen -

> die Entscheidung vorbehält.

Das heißt, nur der Rat ist in der Lage, das hier zu beschließen. Möglich ist es auch, denn die Oberbürgermeisterin hat eine Anfrage der Ratsgruppe BUNT am 07.03.2019 unter der Nr. 0613/19 beantwortet, in der steht:

> Durch Erlass des Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen ist den Städten die Möglichkeit eröffnet worden, bei einem engen örtlichen Bezug eine Modifikation durchzuführen. Die Verkehrssicherheit muss hierbei gewährleistet werden.

Wer würde die Verkehrssicherheit mehr gewährleisten als die Maus als Ampelmännchen?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Geben Sie sich einen Ruck! Dieses Jahr hat die Maus Geburtstag. Wenn Sie es verschieben, feiert sie halt nicht mehr 50-jährigen Geburtstag. Machen Sie der berühmtesten Maus ein Geburtstagsgeschenk. Wenn die Mainzer eine Mainzelmännchen-Ampel, die Duisburger eine Kumpel-Ampel, Trier eine Marx-Ampel und Friedberg eine Elvis-Presley-Ampel haben, dann ist eine Maus-Ampel hier am WDR absolut überfällig. Sie entscheiden heute, ob wir sagen können: Meine Damen und Herren, hier kommt die Maus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Mike, ich wusste bei eurem Redebeitrag, ehrlich gesagt, gerade nicht, ob das ein Antrag von der FRAKTION ist, und zwar der spaßige Teil der FRAKTIONs-Anträge, oder ob ihr den wirklich ernst meint. Wenn man dann noch Kuscheltiere mit an das Podium bringt, fühlt sich das manchmal auch schon ein bisschen wie Kindergarten an. Ich finde, dass der Rat der viertgrößten Stadt Deutschlands sich vielleicht nicht - -

(Zurufe bei der SPD: Oh!)

Wenn wir uns die Tagesordnung von heute anschauen: Wir reden gleich noch über die Historische Mitte, wir beschließen heute die Kapazitätserweiterung bei der KVB, wir haben noch andere große Brocken auf der Tagesordnung.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dann haben wir einen SPD-Antrag, der sich mit der Gestaltung einer einzigen Ampel in dieser Stadt beschäftigt. Wir sind der Meinung, bei aller Sympathie, die auch wir gegenüber der Maus haben - auch ich gehöre durchaus zu denjenigen, allerdings zu den unter 40-Jährigen, die sonntags *Die Sendung mit der Maus* schauen -, dieser Antrag gehört, wie du es schon angedeutet hast, in die Bezirksvertretung Innenstadt. Die Bezirksvertretung Innenstadt kann sich dann sehr gerne damit auseinandersetzen

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

- so, wie sich andere Bezirksvertretungen auch schon mit Ampelpärchen und Ampelfrauchen auseinandergesetzt haben.

Wenn ich mich richtig erinnere, war damals die Entscheidung zum Ampelpärchen, die wir zum *ColognePride* vor einigen Jahren hatten, keine Ratsentscheidung. Insofern werden wir diesen Antrag dahin verweisen, wo letztlich die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dafür sitzen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann würde ich den Verkehrsdezernenten kurz um seine Stellungnahme bitten.

Beigeordneter Ascan Egerer: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Seitens der Verwaltung haben wir das geprüft. Die Straßenverkehrsordnung steht einer Umsetzung entgegen - das wurde auch Anfang 2019 noch einmal präzisiert - aufgrund einer bundesweit zunehmenden Zahl an Anfragen in dieser Richtung. Zudem bewegen wir uns hier auch im Gefahrenabwehrrecht. Das heißt, wir hätten bei Änderungen auch Haftungsrisiken zu übernehmen, die wir nicht übernehmen können.

(Christian Joisten [SPD]: Dann bauen wir die Anlage wieder zurück, die wir jetzt schon haben?)

Auch hier sind wir bereits in der beschriebenen Situation. Wie gesagt, die Grundlage ist die Straßenverkehrsordnung, und da nützen uns auch die anderen Beispiele leider nichts.

(Christian Joisten [SPD]: Wir haben schon zwei Kölner Ampeln!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen. Herr Homann -

(Mike Homann [SPD]: Keine zweite Runde, nur eine Nachfrage!)

- hat eine Nachfrage.

Mike Homann (SPD): Herr Egerer, ist Ihnen die Beantwortung der Anfrage vom 07.03.2019 bekannt?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, früher war alles anders, Herr Homann.

(Zuruf: Was ist das denn für eine Antwort?)

Die Straßenverkehrsordnung hat sich geändert.

Mike Homann (SPD): Sie wollen mir sagen, dass die Rechtslage sich vor zwei Jahren geändert hat?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Uns ist unsere eigene Beantwortung der Anfragen bekannt, ja.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen und entscheide danach - nach Ihrer Abstimmung -, was damit geschieht, wenn Sie heute einen Beschluss dazu fassen. So sieht unsere Geschäftsordnung das vor, und so werde ich das auch machen. Dann prüfen wir das noch einmal, und dann schauen wir einfach, was wir damit machen. Das ist jetzt ganz einfach. Ich will das nicht abbügeln.

Ich lasse darüber beschließen, und zwar über den Verweisungsantrag in die BV 1. Wer dem Verweisungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt. Enthaltungen? - Dann ist der Verweisungsantrag angenommen.

Abstimmung über den Verweisungsantrag

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Entscheidung in die Bezirksvertretung Innenstadt verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Hammer.

3.1.7 Antrag der Fraktionen Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Beitritt der Stadt Köln zur Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten""

AN/2636/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von den Antragstellenden zurückgezogen (siehe Ziffer III - Seite 6).

3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Nutzung der Hallen 76 und 77 in Köln-Kalk"

AN/2415/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer III – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Den Tagesordnungspunkt 3.1.7 haben wir heute nicht zu behandeln, weil er dankenswerterweise zurückgezogen wurde. Tagesordnungspunkt 3.1.8 wurde in die nächste Ratssitzung vertagt.

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Antisemitismusbeauftragten in Amt OB angliedern“

AN/2629/2021

Ich gebe Herrn Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Mitglieder des Rates! Dieser Antrag ist eine Herzensangelegenheit unserer Fraktion auf der heutigen Tagesordnung. Nach dem vereitelten Anschlag auf die Synagoge in Hagen am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur haben wir als AfD-Fraktion in der Ratssitzung am 16.09. klargemacht, dass Antisemitismus keinen Platz in Köln haben darf. Ich betone es noch einmal: Kein Veedel für Antisemitismus!

(Beifall bei der AfD)

Das wollen wir mit diesem Antrag erneut betonen.

Geschätztes Kollegium, leider ist Antisemitismus in unserer Heimatstadt wieder angekommen. Leider können jüdische Mitbürger nicht mit einer Kippa über die Straße gehen, und das ist unerträglich. Wir als Stadtrat können mit diesen unerträglichen Zuständen aufräumen. Wir müssen Antisemitismus bedingungslos bekämpfen. Wir stehen in der Verantwortung, ein Zeichen zu setzen und unmissverständlich klar zu sagen: Köln duldet keinen Antisemitismus!

Wir erkennen diesen Missstand und haben eine Lösung formuliert. Keine Formulierung wie im AVR, wo es hieß - Zitat -:

> Es werde eine Einrichtung geschaffen, die im Wesentlichen dem Profilbereich eines Antisemitismusbeauftragten entspricht.

Meine Damen und Herren, das reicht nicht. *Im Wesentlichen* ist keine Formulierung, die sich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzt. Wir müssen handeln und brauchen einen Antisemitismusbeauftragten, der genau so heißt und genau diesen Profilbereich abdeckt.

Unser Antrag ist das Lebenszeichen der Politik und leider notwendiger als je zuvor. Die von uns geplante Schnittstelle, angegliedert an das Amt

der Oberbürgermeisterin, wird das wichtige Bindeglied zwischen der Meldestelle des Landes NRW und der Fachstelle *[m²] miteinander mittendrin*. Wir brauchen eine klare Position mit der Bezeichnung *Antisemitismusbeauftragter*.

Geschätzte Kollegen, wir wissen alle um die angespannte Lage des Haushalts. Deswegen haben wir unseren Antrag als Prüfauftrag formuliert - nicht, weil wir Zeit vergehen lassen wollen, sondern damit für jedes Mitglied dieses Gremiums nachvollziehbar aufgezeigt werden kann, welche Kosten auf uns zukommen.

Meine Damen und Herren, wir können heute ein Zeichen in die Kölner Stadtgesellschaft schicken und gemeinsam zeigen: Wir dulden keinen Antisemitismus in Köln. Stimmen Sie unserem Antrag zu! Lassen Sie uns bei allen politischen Differenzen gemeinsam stark sein gegen Antisemitismus! - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wenn Sie mir gestatten, würde ich dazu Stellung nehmen wollen und Sie darüber unterrichten, dass die Stadt Köln 2019 beim NS-Dokumentationszentrum eine Fachstelle eingerichtet hat: *[m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie - Gegen Antisemitismus und Rassismus*. Ich habe mich selbst dafür starkgemacht. Die Stelle leistet Bildung, Beratung für Betroffene, Dokumentation antisemitischer Übergriffe in Köln und deren Weiterleitung. Zudem ist sie natürlich loyal mit den jüdischen Gemeinden als auch mit maßgeblichen Institutionen auf Bundes- und Landesebene vernetzt.

Mit all dem ist *[m²]* gleichbedeutend zu einer Stelle, weil sie inhaltlich das Gleiche ausfüllt, was in anderen Städten Antisemitismusbeauftragte/-beauftragter heißt, und es bedarf meines Erachtens keiner zusätzlichen Schnittstelle. Ich halte auch die Verortung dort, wo es aufgrund unserer Geschichte in Köln bereits umfangreiche Kompetenzen hinsichtlich Antisemitismus gibt, für richtig und nachvollziehbar. Die Stadt Köln möchte Geschichte nicht zum Selbstzweck betreiben, sondern damit ihr entscheidendes Engagement für ein respektvolles Miteinander aller verbinden - unabhängig von Religion, Herkunft, Hautfarbe oder auch sexueller Orientierung.

Außerdem betrachte ich auch die Schaffung einer ehrenamtlichen Stelle nicht als zielführend. Ehrenamt leistet in dieser Stadt ohne jeden Zweifel Großartiges, aber Ehrenamt basiert auch immer auf Freiwilligkeit und dem Engagement der Einzelnen, die dahinterstehen. Als Stadt aber haben wir die unbedingte Verpflichtung und Verantwortung, den jüdischen Kölnerinnen und Kölnern - insbesondere den Menschen, die in dieser Stadt leben - eine feste Anlauf- und Beratungsstelle zu bieten und unsere Kinder und Erwachsenen umfassend zu bilden. Ehrenamt kann dabei unterstützen, aber es kann keine auf Dauer angelegte Stelle ersetzen.

Abgesehen davon, meine Damen und Herren, danke ich natürlich immer für Hinweise zur organisatorischen Aufstellung der Stadtverwaltung, aber Sie dürfen ganz sicher sein, dass ich als Oberbürgermeisterin die strategische Verortung von Themen dann auch sehr bewusst entscheide und mich der Grundsatz leitet, dass die Struktur den Inhalten dient und nicht umgekehrt.

Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Das hat sehr deutlich gezeigt, dass dieser Antrag der AfD-Fraktion ein Antrag ist, der wirklich absolut überflüssig ist, weil wir entsprechende Stellen und Personen schon in unserer Stadt haben. Trotzdem möchte ich inhaltlich noch etwas zu diesem Antrag sagen.

Ich muss sagen: Wir haben hier im Kölner Rat schon viele unangenehme Anträge der AfD-Fraktion vorgelegt bekommen, aber diesen Antrag heute finde ich besonders zynisch.

(Lebhafter Beifall)

Ich weiß, dass ich nicht allein damit meine persönliche Meinung ausdrücke - Sie haben es mit Ihrem Applaus gezeigt -, so empfinden auch all die anderen demokratischen Vertreterinnen und Vertreter hier im Rat.

(Beifall)

Eine Partei, deren Führungsfigur Alexander Gauland den Höhepunkt der Judenverfolgung und des Antisemitismus, nämlich das Dritte Reich, als *Vogelschiss der Geschichte* bezeichnet - diese Partei meint sich als Sachwalter gegen Antisemitismus aufspielen zu müssen. Eine Partei, deren Anhänger auffällig hohe Zustimmungsraten

zu judenfeindlichen Kommentaren zeigen, so das Ergebnis einer Studie des Forschungsinstituts Forsa. Eine Partei, die hier vor Ort in den Ausschüssen und im Rat regelmäßig den Geldern für Antirassismusarbeit nicht zustimmt.

Meine Damen und Herren, als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mich aber auch gefragt: Wie müssen sich denn die Juden und Jüdinnen unserer Stadt als Betroffene fühlen, wenn sie diesen Antrag lesen? Ich denke, ein Zitat aus der Erklärung des Zentralrates der Juden bringt hervorragend zum Ausdruck, wessen Geistes Kind die AfD ist und wie scheinheilig ihr heutiger Antrag ist.

(Beifall)

Ich zitiere:

> Wenn Juden auf die AfD als Garant für jüdisches Leben in Deutschland angewiesen wären, wäre es um das jüdische Leben hier schlecht bestellt. Die AfD ist eine Partei, in der Judenhass und die Relativierung bis zur Leugnung der Schoa ein Zuhause haben. Die AfD ist antidemokratisch, menschenverachtend und in weiten Teilen rechtsradikal.

Meine Damen und Herren von der AfD, Sie sind nicht die Feuerwehrleute gegen den Antisemitismus. Ganz im Gegenteil. Sie sind die geistigen Brandstifter.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, zweite Runde.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer! Frau Hoyer, was Sie hier gerade gemacht haben, ist unsäglich,

(Zurufe: Pfui!)

meiner Partei zu unterstellen, wir wären antisemitisch. Ich habe hier einmal eine Rede gehalten dazu, ob der Kölner Stadtrat hier Außenpolitik machen muss, und dabei habe ich darauf verwiesen, wer wie abgestimmt hat. Von den Kölner Bundestagsabgeordneten - es war zwar noch der alte Bundestag, aber die beiden sitzen dort wieder - waren die Einzigen, die pro Israel abgestimmt haben, sich für den Schutz des Staates Israel einsetzen, für vernünftige Vertretung Deutschlands und eine positive Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Staat Israel die AfD. Punkt.

(Beifall bei der AfD)

Uns hier irgendeine Judenfeindlichkeit oder sonst etwas zu unterstellen, ist doch Humbug.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist bewiesen!)

- Das ist nicht bewiesen. Wir haben mehr jüdische Mitglieder, als Sie alle miteinander wissen. Das können Sie mir glauben.

(Zuruf: Gar nichts glauben wir Ihnen! - Weitere Zurufe)

Wenn Sie sich hier hinstellen und das behaupten, dann ist das unerträglich.

(Christian Joisten [SPD]: Nein, das sind Fakten!)

Übrigens: In meiner Rede zum Thema Israel hatte ich auch auf die Kölner Abgeordneten gesetzt. Ein Abgeordneter, der nicht abgestimmt hat, war der FDP-Vertreter beim eigenen FDP-Antrag. Sehr interessant. Was soll uns das sagen?

Uns und meiner Partei Antisemitismus zu unterstellen, ist wirklich unerträglich. Die Politik der offenen Grenzen - das ist nachweislich erwiesen, dazu kommen wir gleich noch -, -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn Sie bitte zum Thema sprechen würden.

Christer Cremer (AfD): - trägt auch zum Antisemitismus bei. Ich verwahre mich dagegen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann stimme ich jetzt mit Ihnen darüber ab. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung die Schaffung einer ehrenamtlichen Stelle zur Bekämpfung von Antisemitismus in Köln im Amt der Oberbürgermeisterin zu prüfen. Diese Position soll die Schnittstelle darstellen zur geplanten Meldestelle Antisemitismus des Landes NRW, der Stadt Köln und der Fachstelle „[m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus“.

Die Verwaltung berichtet dem Rat über ihre Prüfung zeitnah. Diese Prüfung umfasst auch eine Kostenschätzung für eine solche Stelle.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

3.1.10 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Strukturen und Ressourcen für eine integrierte Klimafolgenanpassung in der Stadt Köln“

AN/2624/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/2675/2021

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gebe Frau Abé das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier und am Live-Stream! Die Klimakrise ist da. Dies hat uns die Flutkatastrophe in diesem Jahr in erschreckender Weise vor Augen geführt. Die dramatischen Bilder werden wir alle nicht vergessen. Dürren, Starkregen und Hitzewellen werden in Zukunft zu unserem Alltag gehören. Daran leiden unsere Gesundheit und die Stadtnatur. Sterbenden Bäumen, weiteren überschwemmten Schulen und Hitzetoten müssen wir Einhalt gebieten.

Um die Klimakrise einzudämmen, haben wir in der Ratssitzung im Juni beschlossen, bis 2035 klimaneutral zu werden. Mit der Vorlage zum Mediationsergebnis zwischen Klimawende und RheinEnergie beschließen wir gleich hoffentlich einen weiteren Baustein auf dem Weg dorthin.

Aber trotz alledem leben wir schon jetzt mit den Folgen, die wir nicht mehr verhindern können. Daher müssen wir uns parallel mit der Klimafolgenanpassung beschäftigen. Das eine zu tun, heißt nicht, das andere zu lassen. Wir müssen unsere Infrastruktur anpassen und weitere Schäden verhindern. Dafür brauchen wir eine integrierte Klimafolgenanpassung als Querschnittsaufgabe.

Die Verwaltung und deren Beteiligungen, wie zum Beispiel die StEB, haben sich bereits auf den Weg gemacht. Es gibt viele gute Vorgaben und Maßnahmen, zum Beispiel das Projekt *Klimawandelgerechte Metropole Köln* oder das vom Difu unterstützte Projekt *iResilience*.

Diese Projekte, Erfahrungen und Konzepte müssen wir bündeln, bestehende Daten evaluieren und gegebenenfalls neue erheben, um am Ende eine Strategie für die Gesamtverwaltung, die Gesamtstadt zu haben.

Genau hier, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, liegt der entscheidende Punkt, warum wir Ihrem Ersetzungsantrag nicht zustimmen können. Wir brauchen mehr. Alle Akteur*innen, alle Ideen, alle Ansätze müssen zu einem großen Ganzen werden, das den durch die Klimafolgen entstehenden, dramatischen Herausforderungen gerecht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Anfang meiner Rede zurück. Kurz vor 12 ist durch; die Folgen der Klimakrise sind da. Daher brauchen wir dringend ein Sofortmaßnahmenprogramm, das schon im kommenden Sommer umgesetzt wird. Dafür haben wir bereits im Haushalt 500 000 Euro zur Verfügung gestellt.

Wir brauchen unter anderem ein Entsiegelungskataster, mehr Dach- und Fassadenbegrünung, mehr Wasserflächen, Trinkbrunnen und den Erhalt und Ausbau unserer grünen Infrastruktur.

Außerdem müssen wir alle Vorlagen nicht nur auf den Klimaschutz, sondern auch auf die Klimafolgen scannen. Kein Beschluss in dieser Stadt sollte gefällt werden, ohne diese zu beachten. Die Klimakrise ist die größte Herausforderung der nächsten Jahre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen nicht hinter dem Land hinterherhinken, das dieses Jahr ein Klimaanpassungsgesetz verabschiedet hat. Klimafolgenanpassung muss zum Bestandteil des kommunalen Handelns werden. Die Zeit zu handeln ist jetzt. Daher bitte ich Sie um die Zustimmung zum Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag zur Klimafolgenanpassung komplettiert die Maßnahmen, die wir im Arbeitsfeld *Klima und Umwelt* als Bündnis im ersten Jahr nach der Kommunalwahl auf den Weg gebracht haben.

Im Prinzip gibt es zwei Säulen: Das eine ist der Schutz, und das andere ist die Anpassung. Wir haben, was den Schutz angeht, für die Prävention zum Beispiel den Masterplan Grün, das Zero-Waste-Konzept und eben die Klimaneutralität 2035 beschlossen. Jetzt geht es um die Klimafolgenanpassung, um das Einstellen auf die veränderten Realitäten hier in der Stadt.

Dafür brauchen wir die integrierte Klimafolgenanpassungsstrategie, denn die Folgen des Klimawandels zeigen sich eben auch in Köln. Besonders offensichtlich und jedem bekannt sind, so glaube ich, vor allem die Phänomene Hitze und Starkregen.

Wir wollen die Stadt in ihren Strukturen anpassen, und wir wollen vor allem die Gruppen schützen, die besonders unter diesen Phänomenen zu leiden haben. Das sind besonders Kinder, Senioren und Kranke. Dazu wollen wir die vorhandenen Konzepte evaluieren und weitere Daten erheben.

Nun gibt es den Ersetzungsantrag der SPD. Dahinter steht ja eigentlich die Frage: Warum reicht die Untersuchung *Klimawandelgerechte Metropole Köln* nicht aus? In dieser Untersuchung sind die Daten bis 2010 ausgewertet. Wir sind jetzt zehn Jahre weiter, das heißt, wir können schon wieder weitere Daten auswerten. In der Analyse ist auch selbst formuliert, dass die Maßnahmen weiter konkretisiert werden müssen und räumlich ausdifferenziert werden müssen. Die Auswertung der Grundlagendaten soll eben auf Detailebene erfolgen.

Wir wünschen uns, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker in der Strategie berücksichtigt werden. Auch das Umfeld hat sich natürlich durch neue Beschlüsse geändert, in Köln zum Beispiel durch die Stadtstrategie, die heute beschlossen wird, oder durch die Klimaneutralität 2035. Auf Bundes- und Landesebene hat sich auch einiges geändert. Die Landesregierung hat das erste Klimaanpassungsgesetz beschlossen, und die Förderkulissen haben sich geändert. Deswegen sind wir der Meinung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, eine integrierte Klimafolgenanpassungsstrategie aufzustellen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause am Livestream! Wenn wir früher über extreme Wetterereignisse als Auswirkung der globalen Erderwärmung gesprochen haben, haben wir Bilder im Kopf von Monsunen in Indien, von tropischen Wirbelstürmen in Zentralamerika, von Wüstenausbreitung in der Sahelzone. Schreckliche Ereignisse, die verheerende Folgen für die Menschen vor Ort haben, deren Staaten teilweise am wenigsten zum Ausmaß dieser ganzen Krise beigetragen haben. Grausam, ungerecht und ganz weit weg.

Obwohl sich die Wissenschaft schon länger darüber im Klaren ist, dass auch wir in Deutschland, in NRW, in Köln zunehmend von Extremwettereignissen betroffen sind, spüren wir das so richtig erst seit einigen Jahren, seit wir in Köln regelmäßig Hitzewellen kennengelernt haben, an 50 Tagen im Jahr Temperaturen jenseits der 30 Grad erleben, seit wir im Hochsommer tropische Nächte erleben, in denen die Temperaturen nicht unter 20 Grad fallen, und spätestens seit der Hochwasserkatastrophe in unseren Nachbarorten, die Menschen nicht nur ihr Hab und Gut entriss, sondern 181 Menschen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz das Leben gekostet hat.

Wir müssen alles daransetzen, uns so gut wie möglich auf die Auswirkungen der Klimakrise vorzubereiten. Dafür brauchen wir zum einen eine langfristige Strategie, die wir hier beschließen wollen. Diese soll themenübergreifend entwickelt werden und Kölner Grün, Infrastruktur, Versiegelung, Digitalisierung ganzheitlich mitdenken. Zum anderen benötigen wir aber natürlich kurzfristige Maßnahmen - es ist hier, es ist jetzt, es ist aktuell

-, um die Kölner Bevölkerung vor den Auswirkungen von solchen Extremwetterereignissen im kommenden Sommer zu schützen.

Meine Vorrednerinnen haben schon gesagt: Es ist eine Querschnittsaufgabe. Wir wollen hier ganz dringend einen partizipativen Prozess, keinen alleinigen Prozess von Politik und Verwaltung, sondern dass wir die Kölner Bürgerinnen und Bürger hierbei mitnehmen.

Einen Teil, bei dem wir auch jedes Mal darüber nachdenken müssen, ob das klimarelevant ist, sehen wir in unseren Vorlagen. Sie erinnern sich an diese kleine Box, wo man einen kleinen Haken macht und wo danach einmal längerer oder kürzerer Text ist. Das soll ausgeweitet werden, nicht nur auf Klimaschutz, sondern auch auf Klimafolgenanpassung. Ein ganz wichtiger Aspekt, den wir bitte alle in unseren Entscheidungen hier im Rat und in den Ausschüssen und anderen Gremien berücksichtigen.

Das alles ist in unserem Antrag enthalten. Danke an die SPD für das Zurückziehen des Ersetzungsantrags. Ich hoffe, das bedeutet, dass Sie gleich unserem Antrag zustimmen. Ich bitte alle um die Zustimmung zu unserem Antrag und hoffe, dass wir damit Köln klimaangepasst gemeinsam gestalten können. - Danke schön.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Jäger das Wort. Der Antrag ist zwar zurückgezogen.

(Christian Joisten [SPD]: Die Wortmeldung ist auch zurückgezogen!)

Die Wortmeldung entfällt auch, okay. - Dann hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Antragsteller*innen! Zunächst vielen Dank, dass Sie das Thema Klimaanpassung heute auf die Tagesordnung gesetzt haben. Wir müssen die wachsende Stadt so gestalten, dass sie auch unter verschärften Klimabedingungen lebenswert bleibt.

Es ist eine besondere Herausforderung, viele Wohnungen zu bauen und dabei den Klimawandel zu beachten. Es führt aber kein Weg daran vorbei. Wir müssen tausende und vor allem preiswerte Wohnungen bauen, und zwar jährlich. Ohne neue Siedlungen im Außenbereich werden wir das nie und nimmer schaffen.

Klimaschutz und Klimaanpassung stehen nicht im Widerspruch zum Neubau, wenn Kriterien dabei streng eingehalten werden. Das ist unter anderem der effektive Umgang mit Fläche, die Ausrichtung der Gebäude auf eine Weise, dass eine Frischluftzufuhr möglich ist, dass die grüne und blaue Infrastruktur mitentwickelt wird, dass ressourcenschonende Baustoffe verwendet werden und dass der Verkehr, das Heizen und die Stromversorgung möglichst CO_2-arm geschehen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztes Wochenende fand ein Planungsworkshop zu Kreuzfeld statt. Da wurde mit Experten viel über das klimagerechte Bauen diskutiert. Ich bin optimistisch, dass in Kreuzfeld und auch bei anderen Großprojekten mit Beachtung der Klimaaspekte geplant und gebaut werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anpassung an den Klimawandel muss natürlich insbesondere auch unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit geschehen. Wir haben das Phänomen, dass insbesondere gleichzeitig in den Vierteln, in denen viele arme Menschen leben, das öffentliche Grün nur sehr spärlich vorhanden ist. Das müssen wir anpacken, das müssen wir ändern.

Ich denke, dass der vorliegende Antrag da eine gewisse Hilfestellung leisten kann, wenn wir das verinnerlichen und beim Planen immer mitdenken: Wo können sich die Leute, insbesondere, weil sie in kleinen Wohnungen leben oder weil sie keine Klimaanlage haben - Gott sei Dank, in Anführungszeichen -, im Sommer tatsächlich erfrischen und aufhalten? Deswegen müssen wir das in den benachteiligten Stadtteilen besonders ins Auge fassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bin exakt nach drei Minuten fertig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ja, was soll man da bloß machen? Da hat die schwarz-gelbe Landesregierung erst im Juli 2021, also dieses Jahr, das Gesetz zur Klimafolgenanpassung beschlossen, und jetzt haben wir von Grün und Volt auch schon dazu einen Antrag hier, den wir zur Beschlussvorlage vorliegen haben. Da kann man ja nur zustimmen, wenn sozusagen der Erfolg der schwarz-gelben Landesregierung hier noch einmal in einen Antrag gefasst wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich war ein bisschen überrascht, aber ich bedanke mich dafür natürlich.

Meiner Meinung nach wurde das Landesgesetz so gut von Frau Heinen-Esser formuliert, dass wir davon ausgegangen sind, da wir ein neues Dezernat haben, dass dieses das sofort umsetzen wird. Da bräuchte es eigentlich, glaube ich, bei der hervorragenden Qualifikation des Dezernenten gar keinen Antrag.

(Beifall bei der FDP und Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn aber das Bündnis jetzt meint, es noch einmal aufschreiben zu müssen - das hätten wir übrigens auch noch im Februar machen können, dann hätte man sich auf dieses Gesetz noch einmal genau konzentrieren können, aber bitte schön: Wir beschließen das natürlich gerne. Von dieser Landesregierung lernen, heißt, glaube ich, siegen lernen,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

und das auch bei der Klimafolgenanpassung. Daher stimmen wir freudig diesem Antrag zu. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Zum einen stimme ich natürlich meinen Vorredner*innen zu und freue mich sehr über diesen Antrag. Auch die KLIMA FREUNDE stimmen natürlich gerne zu und heißen das sehr willkommen, was hier gleich beschlossen wird.

Zum anderen kann ich es mir gerade nicht nehmen lassen, einmal sehr erfreut Folgendes festzustellen: Ich habe ja immer gesagt, mein Ziel ist es, hier anzutreten und mich beziehungsweise die KLIMA FREUNDE in diesen fünf Jahren in der Stadt Köln überflüssig zu machen. Bei dieser Geschichte hier habe ich das Gefühl, dass wir auf einem sehr guten Weg dahin sind. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt, nachdem der Änderungsantrag zurückgezogen wurde, über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.[19]

I. Der Änderungsantrag wurde vor der Sitzung von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Strategie für eine integrierte Klimafolgenanpassung zu entwickeln.

Dazu sollen mit den städtischen Beteiligungen (Stadtwerke, StEB etc.) alle verfügbaren, klimarelevanten Daten, Konzepte und Erfahrungen ausgewertet werden; gegebenenfalls sind weitere Daten zusätzlich zu erheben. Für eine individuelle Anpassung der Strategie auf das gesamte Stadtgebiet sollen alle Kölner Stadtstrukturen abgebildet werden.

Folgende Punkte sollen dabei berücksichtigt werden:

1. Die Potenziale der Digitalisierung, wie in den Smart-City-Ansätzen.

[19] RM Jäger hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilgenommen.

2. *Die Klimafolgenanpassung ist eine Querschnittsaufgabe. Die Erstellung der Strategie soll unter Einbindung verschiedenster Stakeholder partizipativ erfolgen.*

3. *Aufgrund der bereits vorliegenden Erkenntnisse und Konzepte legt die Stadtverwaltung rechtzeitig einen für den Sommer 2022 nutzbaren Katalog an Sofortmaßnahmen vor. Maßnahmen, die auf Empfehlungen des Umweltbundesamtes basieren, können bis zu einem Kostenrahmen von 50.000 € für die Einzelmaßnahme sofort ohne weitere Beschlüsse umgesetzt werden. Für das Jahr 2022 werden die Mittel aus der Teilplanzeile 1401 (politischer VN) bereitgestellt.*

4. *Der für alle Beschlussvorlagen notwendige Prüfpunkt „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ wird in Bezug auf die Klimawandelfolgen entsprechend erweitert.*

5. *Die Stadtverwaltung wird unter Berücksichtigung öffentlicher Förderangebote (Land, Bund, EU) eine Kosteneinschätzung hinsichtlich notwendiger Struktur- und Personalkapazitäten für den Aufbau, die Koordinierung und die konsequente Umsetzung der Klimafolgenanpassungsstrategie und des Sofortmaßnahmenprogramms vorlegen und im Haushalt für folgende Jahre bereitstellen. Dabei werden auch benötigte Sachmittel z.B. für Dienstleistungsaufträge berücksichtigt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
RM Jäger hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilgenommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf den nächsten Tagesordnungspunkt

3.1.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Liberalisierte Drogenpolitik - Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen“

AN/2617/2021

Das Wort hat Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Es ist an der Zeit, das Drogenhilfekonzept unserer Stadt zu überdenken. Die angekündigte Reform der Drogenpolitik auf Bundesebene ist ein guter Zeitpunkt dafür. Cannabis soll in Zukunft legal verkauft und konsumiert werden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Danke für Ihren Beifall, aber ich habe es nicht beschlossen.

Das scheint mir mittlerweile - ich war früher anderer Meinung - durchaus ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Es bleibt zwar medizinischer Fakt, dass Cannabis keinesfalls harmlos ist, wie das vielleicht einige Menschen glauben. Besonders jugendliche Konsumenten haben das Risiko, unter Cannabiskonsum eine Psychose zu entwickeln. Allerdings ist auch festzuhalten - das müssen wir zugeben -, dass das Verbot von Cannabis den Konsum durch Jugendliche nicht verhindert hat. Mir ist es daher lieber, dass Konsumenten ihren Stoff in lizensierten Verkaufsstellen, in kontrollierter Apothekenqualität kaufen als irgendwo um die Ecke oder auf dem Neumarkt.

Auch bei den sogenannten Partydrogen sollten wir neue Wege gehen. *Drug-Checking* ist hier das Stichwort. Denn wenn Menschen Drogen konsumieren, ist es mir wohler, wenn sie zumindest sicher wissen, was sie sich da einwerfen.

Kommen wir zu den Menschen, die von harten Drogen abhängig sind. Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit. Der ICD-10 lautet F19.2. Das ist so. Wenn Drogenabhängigkeit eine Krankheit ist, dann sind Drogenabhängige keine unerwünschte Klientel, sondern Menschen mit einer Erkrankung. Und kein Mensch ist gerne krank, glauben Sie es mir, auch Drogenabhängige nicht.

Die Folgen dieser Erkrankung sind dramatisch. Abhängige können nur noch an den nächsten Schuss denken und daran, wie sie sich das Geld dafür beschaffen können. Das führt zu Verelendung, zu Prostitution und zu Beschaffungskriminalität, von den medizinischen Problemen durch Mangelernährung, unhygienische Injektionen und verunreinigte Substanzen ganz zu schweigen.

Die Verelendung dieser kranken Menschen ist im Stadtbild offensichtlich. Sie verstört Anwohner*innen und Passant*innen.

Um diese kranken Menschen aus der Spirale von Konsum, Geldbeschaffung, Drogenkauf und Wiederkonsum herauszubringen, eignen sich Substitutionsstoffe. Die Polamidon-Substitution hat viele Menschen wieder in ein selbstbestimmtes Leben geführt. Sie ist ein guter Weg für viele, aber nicht für alle, wie der häufige Beikonsum zeigt.

Für Menschen, deren Abhängigkeit so stark ist, dass Polamidon sie nicht vom Suchtdruck befreit, braucht es die Originalsubstitution mit Diamorphin. Dieses Instrument gibt es bereits, und es ist ein Segen. Menschen, die bislang nur in der oben genannten Spirale gelebt haben, bekommen vielleicht seit Langem das erste Mal wieder den Kopf klar, weil sie wissen, dass der nächste Schuss sicher ist. Das macht Wege in ein selbstbestimmtes Leben frei, das dann nicht mehr primär auf der Straße stattfinden muss.

Aber von den sowieso schon zu wenigen 80 Plätzen, sind in Köln nur 70 besetzt. Anscheinend sind die Zugangsvoraussetzungen zu hoch. Das - ich komme gleich zum Schluss - müssen wir ändern und auf Änderungen drängen, wenn sie nicht in unserer Verantwortung liegen. Es ist an der Zeit, dass die Verwaltung ihr Drogenhilfekonzept anpasst und die hilfeberechtigten und hilfebedürftigen Suchterkrankten in den Mittelpunkt stellt.

Ich habe nun gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass einige Fraktionen noch Beratungsbedarf haben. Das kann ich verstehen. Deshalb schlage ich vor, unseren Antrag zunächst in den Gesundheitsausschuss zur Vorberatung zu schieben. Die Entscheidung über diesen Antrag soll aber dann bitte in der nächsten Ratssitzung stattfinden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der FDP und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich kann das für das Bündnis relativ kurz machen. Innerhalb des Bündnisses - da muss man kein Prophet sein, wenn man die Wahlprogramme nebeneinander legt - gibt es unterschiedliche Auffassungen. Wir werden das im Bündnis weiter beraten, und ich denke, wir werden uns auch einigen - hoffentlich jedenfalls. Insofern denken wir, dass wir das heute hier im Rat sicherlich nicht beschließen können. Michael Paetzold hat ja schon einen Ausweg aufgezeigt.

Insgesamt muss man sagen: Das Betäubungsmittelgesetz ist bis heute - jedenfalls nach meinem Kenntnisstand - noch nicht geändert. Ich habe mir sagen lassen, der neue Bundesgesundheitsminister hat eine gewisse Affinität zur Kölner SPD.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Vielleicht haben die Kollegen da einen etwas direkteren Draht - munkelt man. Aber nach meinem Kenntnisstand ist bis heute Nachmittag um 16.16 Uhr noch nichts geändert worden.

Daher gibt es keinen Grund zur Eile, sondern das muss wohlüberlegt und fachlich beraten sein. Michael Paetzold hat ja, wie einige andere Kolleginnen und Kollegen hier auch, die große Freude, das im Gesundheitsausschuss mit uns zusammen zu bearbeiten.

Insofern kann ich mich dem anschließen. Wir sollten es in den Gesundheitsausschuss verweisen. Ich halte es allerdings nicht für zielführend, jetzt schon festzulegen, das Thema in die nächste Ratssitzung zu geben, denn - noch einmal - mein Eindruck von der neuen Bundesregierung ist: Sie hat so viele Baustellen, dass die Änderung des BTMG vermutlich nicht als allererstes auf der Tagesordnung steht. Ich rate also dazu, zunächst einmal die Gesetzeslage und deren Änderung abzuwarten, sich dann in Ruhe eine fachliche Meinung zu bilden - das machen wir im Gesundheitsausschuss gerne - und dann damit auch wieder in den Rat zurückzukommen. Ich habe gar kein Problem damit, das auch hier im gesamten Rat zu diskutieren, weil es wirklich eine epochale Entscheidung sein wird, aber bitte in der richtigen Reihenfolge, in den richtigen Gremien und richtig vorberaten. Daher möchte ich die Kolleginnen und Kollegen heute bitten, den Antrag in den Gesundheitsausschuss zu verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir heißen die Pläne der Ampelkoalition gut, künftig eine liberalisierte Drogenpolitik zu verfolgen.

Die Kriminalisierung von Cannabiskonsum - es ist verboten, wird aber nicht verfolgt - ist absurd und war es schon die ganze Zeit. Die Polizei hat Besseres zu tun, als sich um Kleindealer und Konsumenten zu kümmern, die diese mehr oder weniger harmlose Droge veräußern. So unterstützen wir natürlich das Anliegen, dass die Verwaltung bei der Umsetzung von Drogenpolitik, zum Beispiel in der Suchthilfe, die zukünftige Entwicklung mitdenkt. Das wird sie wahrscheinlich auch ohne den Antrag tun.

Umsetzen kann die Verwaltung die künftige Drogenpolitik natürlich noch nicht, weil erst einmal das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sein muss, dieses aber noch gar nicht begonnen hat. Das wissen Sie aber auch.

So lange würden wir auch mit der Fachkonferenz warten, denn sonst müssten wir nach Verabschiedung des Gesetzes gegebenenfalls noch eine Konferenz durchführen, weil die Rahmenbedingungen doch anders ausgefallen sind, als angenommen wurde.

Ein Wort zur Originalsubstitution: Wir begrüßen mehr Substitution, weil wir glauben, dass sie Drogenverbraucher*innen aus der Verelendung herausholen kann und diese so ihre Selbstbestimmung zurückgewinnen können. Deswegen ist mehr Angebot gut.

Wenn es aber mehr Plätze als Nachfrage gibt - das hat Ihre Anfrage im Gesundheitsausschuss ja ergeben -, ist es der falsche Weg, einfach nur das Angebot zu erhöhen. Hier müssen wir doch erst einmal schauen, warum die Nachfrage nicht so hoch ist, und eventuell Zugangshürden aus dem Weg räumen.

DIE LINKE hält es aber für sinnvoll, dass ein neuer Suchtbericht erstellt wird. Bis zum Frühjahr 2022 halten wir das allerdings für zu sportlich. Schließlich muss der Bericht aus dem Gesundheitsamt kommen, das zurzeit fast ausschließlich mit der Corona-Pandemie und den Folgen beschäftigt ist. Deswegen wäre unsere Bitte, hier keinen Endpunkt zu nennen und der Verwaltung die Zeit zu geben, die sie braucht.

Noch ein Wort zu den harten Drogen, weil Herr Paetzold das eben angesprochen hat: Mir ist es schon ein Anliegen, dass man auch einmal über Alkohol als Droge nachdenkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn die medizinischen Folgen, die diese Krankheit hat, sind in der Auswirkung genauso schlimm wie bei einem Heroinabhängigen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiterhin das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, den Antrag in den Gesundheitsausschuss zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. Damit ist der Antrag in den Gesundheitsausschuss verwiesen und wird dort sehr ausführlich beraten werden.

Abstimmung über den Verweisungsantrag

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Beratung und Entscheidung in den Gesundheitsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Dr. Unna.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Schutz vor Luftschadstoffen - Leitlinien der WHO zum Maßstab nehmen!“

AN/2632/2021

Ich gebe Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht uns mit diesem Antrag um einen Paradigmenwechsel.

Sie erinnern sich an die Debatten und Auseinandersetzungen bei der Überarbeitung des Luftreinhalteplans. Der leitende Maßstab für einen Luftreinhalteplan ist immer die Einhaltung der aktuell gültigen Grenzwerte. Die Maßnahmen, die sich in diesem Kölner Luftreinhalteplan finden, waren so ausgerichtet, dass die Grenzwerte innerhalb der gesetzten Zeit gerade so eingehalten worden sind.

Meine Damen und Herren, das reicht aber bei Weitem nicht. Auch Luft, die gerade so die Grenzwerte einhält, ist keine gesunde Luft.

Die WHO hat im September 2021 auf der Basis von wissenschaftlichen Untersuchungen neue Richtlinien veröffentlicht. Diese sind deutlich schärfer als die gesetzlichen Grenzwerte in Deutschland.

Kurze Beispiele: Für Feinstaub mit einer Partikelgröße von 2,5 Mikrometer empfiehlt die WHO einen Grenzwert von 5 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Das ist ein Fünftel des aktuellen gesetzlichen Wertes.

Bei Stickoxiden empfiehlt die WHO einen Grenzwert von 10 Mikrogramm. Das ist ein Viertel des aktuellen Grenzwertes, also viel zu hoch.

Diese neuen Leitlinien werden durch das Umweltbundesamt und durch die medizinischen Fachgesellschaften unterstützt. Wir haben in unserem Antrag auf ihre gemeinsame Erklärung verwiesen, und ich lege es jedem ans Herz, sich das einmal durchzulesen. Es ist teilweise erschreckend, was da zusammengefasst wird.

Meine Damen und Herren, es wird einige Zeit ins Land gehen, bis diese neuen Leitlinien in das EU-Recht eingeflossen sind, das EU-Recht in deutsches Recht übertragen wird und ein neuer Luftreinhalteplan die dann gültigen Grenzwerte umsetzt.

Ich möchte auch kurz auf diese Zusammenfassung hinweisen. Besonders interessant fand ich die Aussage der Wissenschaftler, dass bisher keine sicheren Schwellenwerte identifiziert werden konnten, unter denen Luftverschmutzung harmlos wäre. Das sollte uns doch zu denken geben. Diese Werte sind so hoch, man kann nicht identifizieren, ab welchem Wert Luftverschmutzung harmlos ist. Aber das ist sie wahrscheinlich nie.

Wir wissen aber bereits jetzt, dass die bisherigen Grenzwerte nicht ausreichen und dass die jetzige Schadstoffkonzentration zu gesundheitlichen Belastungen, Krankheiten und auch Todesfällen führt. Das gesamte Organsystem des Menschen ist davon betroffen.

Meine Damen und Herren, wir haben als Kölner Rat am 6. Februar 2018 den Beschluss gefasst - ich zitiere -:

> Der Rat der Stadt Köln bekräftigt, den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung als höchste Priorität zu behandeln.

Wir sollten diesem, unserem eigenen Beschluss doch folgen. Es gibt keinen Grund abzuwarten. Was wir als Stadt jetzt tun können, sollten wir auch jetzt tun. Deswegen werbe ich für unseren Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der FRAKTION das Wort gewünscht? - Bitte schön.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Hallo? Nein, das funktioniert nicht. - Doch, jetzt. Okay, wundervoll.

Danke, Frau Tokyürek, du hast alles Wichtige schon gesagt, und ich möchte es ganz simpel machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es scheint doch nicht zu funktionieren. Wenn Sie sich bitte ein anderes Mikrofon suchen oder nach vorne kommen. - Danke.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Mit Mikrofon ist es dann doch etwas besser, wenn es auch funktioniert. Wundervoll.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kolleginnen! Hallo Zuschauende! Ich mache es ganz simpel, weil alles Superwichtige bereits gesagt worden ist. Aber

Folgendes möchte ich noch hinzufügen: Bessere Luft, das ist doch wirklich ein erstrebenswertes Ziel. Köln ist ein kleiner Fleck auf der Welt, doch die Luft, die hier verschmutzt wird, landet nicht nur in Köln, sondern - liebe Wetterkundler, Ihr werdet es bestätigen - überall auf der Welt. Deswegen ist jedes noch so kleine Stückchen Welt, an dem es bessere und gesündere Luft gibt, enorm wichtig für das große Ganze. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, wünschen Sie auch das Wort? - Ja.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich mache es wieder kurz von hier. Ich bedanke mich auch und schließe mich diesem wirklich inhaltvollen, wertvollen Redebeitrag vollumfänglich an. Ich kann an dieser Stelle wirklich nur alle darum bitten, auch einmal einem Antrag der kleinen oppositionellen Parteien und Einzelmandatsträger*innen zuzustimmen, weil es in jeglicher Hinsicht eine sehr sinnvolle Sache ist, dass wir es hier und jetzt beschließen. Es gibt die neuen Leitlinien, und unser Auftrag ist: Wir sind verantwortlich für die Menschen in dieser Stadt. Also lasst uns zusammen Leben retten und - frei nach dem Motto der Klimagerechtigkeitsbewegung: *Unite behind the science* - auf die WHO hören! - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Recktenwald das Wort.

Viola Recktenwald (SPD): Ich hoffe, dass es hier funktioniert. - Ja, das klingt gut.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte ein paar kurze Anmerkungen zu dem vorliegenden Antrag zum Schutz vor Luftschadstoffen machen.

Dem ersten Punkt dieses Antrags könnte die SPD-Fraktion zustimmen. Die Verbesserung der Luftqualität ist ein Ziel, wofür sich sicherlich alle demokratischen Kräfte vereinigen können.

Mit dem zweiten Punkt des Antrags haben wir allerdings ein paar Probleme. Bei dem ersten Satz können wir noch mitgehen. Natürlich ist es die Aufgabe der Verwaltung, zur weiteren Verbesserung der Luftqualität Vorschläge zu machen. Der zweite Satz klingt allerdings für uns nach Ihrem Versuch, die Citymaut wieder von hinten durch die Brust ins Auge in die Diskussion zu bringen. Da machen wir nicht mit.

Auch der dritte Punkt des vorliegenden Antrags ist aus unserer Sicht in Gänze abzulehnen. Die Messung der Luftqualität ist Aufgabe des Landes. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz betreibt in Köln vier Messstationen und zusätzlich 16 Passivsammler zur Überwachung der Luftqualität. Mit diesen Messstellen haben wir momentan schon einen guten Überblick über die Lage im Kölner Norden, im Süden, im Rechtsrheinischen und auch im Kölner Zentrum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, auch im Umweltausschuss haben Sie schon den Antrag gestellt, weitere Messstationen in Merkenich aufzubauen, die von der Stadt Köln betrieben werden sollen. Aber auch hier hat die Verwaltung bereits dargelegt, warum dies keine neuen Erkenntnisse bringen würde. Es bestätigt sich auch unsere Befürchtung aus dem Umweltausschuss, dass die Forderung nach einer zusätzlichen Messstation einen Nachahmungseffekt haben wird, und zwar, dass dann am Ende jeder Stadtteil eine eigene Messstation fordern wird. Am Ende haben wir keine neuen Erkenntnisse, jedoch mehr Kosten und mehr Arbeit. Deshalb lehnen wir diesen Punkt ebenfalls ab. Und in der jetzigen Form gilt das leider auch für den gesamten Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Vielen Dank. - Ich mache es auch vom Platz aus, denn die Kollegin von der SPD hat bereits deutlich gemacht, dass der Antrag in Ziffer 1 sicherlich von jedem von uns so unterschrieben würde. Wer wäre nicht für eine Verbesserung der Luftqualität? Die übrigen Punkte sind jedoch weder zielführend noch notwendig.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ihr seid zu unbeweglich und wollt es nicht!)

Die Ziffer 3, lieber Herr Kollege Weisenstein, ist eindeutig Landesthema. Zudem bin ich auch der felsenfesten Überzeugung, lieber Herr Kollege

Weisenstein: Wenn wir an jeder Straßenecke in Köln reine Messstellen aufstellen würden, würde sich die Luftqualität dadurch überhaupt nicht verändern. Insofern bringt der Antrag in Ziffer 3 gar nichts.

Die Ziffer 2 ist natürlich das entsprechend Spannende an dem Antrag. Wir wissen, dass die Europäische Kommission bis zum Herbst, also drittes Quartal 2022, eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen wird, in der sie die Ergebnisse der WHO-Studie - es sind ja nur Empfehlungen, in Anführungsstrichen - erarbeiten muss. Ich denke, wir sollten Brüssel hier nicht in vorauseilendem Gehorsam zuvorkommen, um Entsprechendes zu beschließen.

Im Übrigen blendet der Antrag natürlich komplett aus - das ist das Entscheidende - welche Konsequenzen der Antrag hätte. Dadurch würde nicht nur der Straßenverkehr in Köln zum Erliegen kommen, die Elektromobilität ausgenommen, sondern es würde natürlich auch jeglicher Hausbrand zum Erliegen kommen, die Landwirtschaft würde massiv eingeschränkt. Kurzum - ich sage das deutlich -: Es würde ein Chaos entstehen, wenn auch ein gut gemeintes Chaos. Aber das alles führt, wie ich finde, ins Nichts. Deswegen können wir dem Antrag nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause! In der Theorie begrüßen natürlich auch wir den Vorstoß, uns wieder einmal mit Luftqualitäten in Köln zu beschäftigen, wie wir das zum wiederholten Male auch schon im Umweltausschuss in den letzten Monaten getan haben.

Die Bedeutung einer hohen Außenluftqualität für die Kölnerinnen und Kölner ist, denke ich, klar. Es geht um Gesundheit, es geht um Umweltschutz, und ja, Luftverschmutzung ist nie harmlos - wenn ich meine Vorrednerin zitieren darf -, aber wir leben alle in einer Großstadt und nicht auf einem einsamen Berge, sodass wir hier vermutlich nie die perfekte Luft haben werden. Trotzdem sollten wir natürlich daran arbeiten, und deshalb möchte ich an die Mittelverwendung appellieren.

Sie reden von einem Paradigmenwechsel, aber trotzdem reden wir doch letztendlich von einem parallelen Messsystem, das es bereits gibt. Es gibt ein Messsystem des LANUV. Ja, wenn man die Messstationen auf einer Karte plottet, sieht man natürlich den einen oder anderen weißen Fleck und einige Schwerpunkte Richtung Industrie im Süden und Richtung Industrie im Norden. An dieser Stelle kann man darüber sprechen, ob die Verteilung der Messstationen noch aktuell ist. Aber sollten wir das hier oder im Umweltausschuss tun? Die Frage stelle ich nur einmal in den Raum.

Dennoch möchte ich an dem Punkt - mit Blick zur Fachverwaltung - einmal darum bitten, dass wir bzw. nicht wir, sondern die Fachverwaltung sich gemeinsam mit dem LANUV die Verteilung dieser Messstationen anschaut, ob das wirklich noch aktuell ist oder ob dort vielleicht eine von linksrheinisch nach rechtsrheinisch verlegt werden kann. Dann kommen wir, glaube ich, in die Richtung, die dieser Punkt 3 in Ihrem Antrag bezwecken soll. Denn - ich wollte eigentlich auf die Kosten eingehen - ein neues Messsystem kostet uns unfassbar viel und wird keinen einzigen Luftschadstoff aus der Luft herausnehmen.

(Beifall bei Volt)

Also lasst uns diese Mittel konsequent in eine Luftverbesserung und nicht in eine Luftmessung stecken. Danke für den Antrag an die antragstellenden Fraktionen. Lassen Sie uns das gemeinsam in eine richtige Richtung lenken. Aber so findet dieser Antrag auf unserer Seite Ablehnung. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und Die FRAKTION, Herr Zimmermann und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt die aktualisierten Leitlinien der WHO zur Qualität der*

Außenluft zur Kenntnis und strebt eine deutliche Verbesserung der Luftqualität in Köln an.

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat und seinen Ausschüssen noch vor der Sommerpause 2022 geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität vorzulegen. Dabei sollen die Maßnahmen berücksichtigt werden, die im Vorfeld der letzten Aktualisierungen der Luftreinhaltepläne untersucht wurden aber letztlich keinen Eingang in den Luftreinhalteplan fanden.*

3. *Die Stadt Köln wird neben den Landesmessstellen weitere einrichten, damit mindestens in jedem Stadtbezirk die Luftbelastung gemessen werden kann.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION sowie den RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

3.1.13 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Obdachlosigkeit in Köln - Herausforderungen und Lösungen“
AN/2619/2021

Änderungsantrag der Fraktion DIE FRAKTION
AN/2680/2021

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP
AN/2681/2021

Ich gebe Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sie alle erinnern sich an das Ritual von RKI-Chef Wieler und von dem ehemaligen Gesundheitsminister Jens Spahn, die ihre Pressekonferenzen immer damit anfingen: Es ist fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf, es ist halb eins usw. usf. Ich glaube, bei dem heutigen Thema Obdachlosigkeit in Köln brauchen wir diese Vergleiche nicht. Ich glaube, jeder in dieser Stadt weiß, was die Stunde geschlagen hat. Das Thema darf nicht mehr aufgeschoben werden. Handeln ist gefragt, und zwar hier und heute.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Wir müssen eine Lösung finden, vor allem für die wohnungslosen Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, aber auch für die Kölner Bürgerinnen und Bürger, die sich in den Straßen und auf den Plätzen unserer Stadt ungestört aufhalten wollen.

Dieser offensichtliche Handlungsdruck war auch die Motivation für meine Fraktion, einen Antrag zu dem Thema in den Rat einzubringen. Wir sind auch bereit, im Sinne einer schnellen, ganzheitlichen Lösung Kompromisse einzugehen. Daher freue ich mich darüber, dass SPD und DIE LINKE unsere Initiative aufgegriffen haben und wir zu einem Kompromiss gefunden haben, der sich in dem heutigen Änderungsantrag wiederfindet.

Schade finde ich, dass wir mit dem Ratsbündnis keine Lösung finden konnten. Der Änderungsantrag der FRAKTION ist insofern hinfällig, als dass es diese App in unserem Änderungsantrag gar nicht mehr gibt, aber die Idee mit einer guten Nummer, die eindringlich ist, wollen wir gerne aufgreifen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass sich durch die Pandemie die Problematik der Wohnungslosigkeit noch einmal verschärft hat. Insbesondere die zunehmende Zahl wohnungsloser Menschen mit psychischen Erkrankungen führt bei den Bürgerinnen und Bürgern zur Verunsicherung. Hinzu kommt, dass sich die Obdachlosigkeit ausgebreitet hat. Trafen sich bisher obdachlose Menschen hauptsächlich an zentralen Orten, sind sie nun in der gesamten Stadt anzutreffen.

Wir alle wissen dies alles seit Monaten, aber trotzdem brauchten Bürgerinitiativen lange Zeit, bis sie in der Verwaltung Gehör gefunden haben. Deshalb fordern wir auch einen zentralen Ansprechpartner in der Verwaltung. Ich weiß, Frau Stadtdirektorin, Sie sind mit der Bürgerinitiative Zukunft Neumarkt im Dialog. Es gibt den Beschluss im AVR. Es gibt die Bemühungen in der Sozialverwaltung, gemeinsam mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik Ansätze für dieses Thema zu entwickeln. Alles gut und schön, aber wir brauchen eine ämterübergreifende und eine dezernatsübergreifende Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Damit dies schnell und effizient geschieht, brauchen wir eine Taskforce, die bei Ihnen angesiedelt ist, Frau Oberbürgermeisterin. Aber die dezernatsübergreifende Zusammenarbeit allein reicht nicht. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, das alle Aspekte im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit berücksichtigt. Das sind neben präventiven und sozialpolitischen Maßnahmen eben auch ordnungspolitische sowie stadtgestalterische.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz kurz noch eine Anmerkung zum Schluss: Im vergangenen Jahr gab es Wärmezelte am Bürgerhaus Stollwerck. Dort konnten sich Wohnungslose aufhalten. Das war eine gute Idee. Dieses Jahr gibt es sie nicht mehr. Ich finde, das ist schon sehr, sehr bedauerlich. Die Begründung für ihre Abschaffung war zum einen die Corona-Pandemie und zum anderen, dass es nun die Gelegenheit gäbe, sich an der Ostmerheimer Straße zu treffen. Ich glaube, die pandemische Lage ist in diesem Winter nicht weniger schwierig als im vergangenen Jahr. Zudem sind Aufenthaltsmöglichkeiten an der Ostmerheimer Straße deutlich unattraktiver als in der Innenstadt und werden dementsprechend auch nicht angenommen. Auch hier brauchen wir adäquate Aufenthaltsmöglichkeiten.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Ich könnte noch viel mehr ausführen, weil das Thema so umfassend und so wichtig für unsere Stadt ist, aber meine Redezeit ist abgelaufen. Ich hoffe, dass die Kollegen von SPD und der LINKEN das dann weitermachen. - Danke.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Rudolph das Wort.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Wir haben heute mehrere Anträge bzw. Änderungsanträge zum Thema Obdachlosigkeit vorliegen. Dass wir uns alle im Rat und auch in der Verwaltung mit der Verbesserung der Lebenssituation von obdachlosen Menschen beschäftigen, das freut mich außerordentlich, muss ich gestehen.

Wir haben als Gestaltungsbündnis für den Haushalt 2022 verschiedene Maßnahmen mit Geldern hinterlegt. Dafür möchte ich Ihnen zwei Beispiele nennen: Das sind einerseits 1 Million Euro für zusätzliche Hilfe für obdachlose Menschen und andererseits 300 000 Euro für den Ausbau des Housing-First-Ansatzes. Eine ernsthafte Auseinandersetzung schaffen die vorliegenden Anträge der FDP und die Änderungsanträge von der LINKEN und SPD aber eben nicht. Es sind schönklingende Maßnahmen, die in einem wirren Sammelsurium zusammengefasst sind.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ein Großteil der Forderungen besteht entweder schon oder - das wissen Sie alle ganz genau - befindet sich gerade in der Verwaltung und auch bei uns in Bearbeitung. Dazu gehört auch der von Ihnen erwähnte Masterplan, Frau Hoyer. Der Verwaltung oder auch uns Untätigkeit vorzuwerfen, ist purer Populismus und hilft den Menschen nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Mir scheint es, als ginge es Ihnen nicht um obdachlose Menschen, sondern um pure, reine Profilierung. Eine akute Dringlichkeit besteht bei den Anträgen, die Sie gestellt haben, bei den Forderungen der Winterhilfe. Sie werden sicherlich erfreut sein, zu hören, dass Wärmezelte im Krisenstab bereits beschlossen wurden. Vielleicht wissen Sie das auch schon. Ich hoffe, dass die Vorbereitungen bald insofern getroffen sind, als dass ein neuer Tagesaufenthalt zu Weihnachten zur Verfügung steht. Da uns allen aber die Verbesserung der Lebenssituation von obdachlosen Menschen am Herzen liegt - das unterstelle ich nicht, das weiß ich aus der Zusammenarbeit -, beantrage ich die Verweisung des Antrages und der Änderungsanträge in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Halten wir doch zunächst einmal fest,

worüber wir überhaupt reden. Wenn wir über Obdachlose sprechen, dann reden wir über Menschen, dann reden wir über Bürger*innen der Stadt Köln.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Wenn wir uns diesen Menschen ohne Obdach nicht schon aus humanitären Gründen verpflichtet fühlen, dann aber auf jeden Fall als Rat und Verwaltung dieser Stadt, die wir Sachwalter für das Wohl aller Bürger*innen sind, eben auch der Menschen ohne Obdach.

Es wurde aber auch gesagt, was leider stimmt, dass Obdachlose oft verwahrlost wirken. Aber ist es ihre Schuld? - Nein! Obdachlose haben teilweise tage- und wochenlang keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen und Waschmaschinen. Das wollen wir ändern, und zwar, liebe CDU und Grüne, sofort! Morgen! Spätestens übermorgen!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Es stimmt leider auch, dass sich Menschen ohne Obdach - nicht alle, aber viele von ihnen mit Alkoholproblemen und anderen Süchten - zu Gruppen im öffentlichen Raum zusammenfinden, auf den zentralen Plätzen unserer Stadt. Das ist kein schöner Anblick, das gebe ich zu. Da geht es laut zu, da wird krakeelt und gepöbelt. Aber sind die Menschen ohne Obdach allein daran schuld, allein dafür verantwortlich? - Nein! Denn ohne Obdach zu sein, heißt, kein Dach über dem Kopf zu haben, keine Wohnung, kein Zimmer. Für diese Menschen ist der Neumarkt, der Wiener Platz oder der Breuerpark bei uns in Kalk das Wohnzimmer, die Wohnung. Wenn wir wollen, dass diese Menschen kein öffentliches Ärgernis darstellen, dann helfen uns Platzverweise und andere ordnungsrechtliche Maßnahmen nicht weiter. Irgendwo müssen diese Menschen ja hin. Wenn wir sie von einem Platz vertreiben, dann gehen sie eben zu einem anderen.

Was hilft - das hat Katja Hoyer auch schon betont -, sind Angebote zum Tagesaufenthalt. Orte, an denen Menschen ohne Obdach willkommen sind. Diese Angebote müssen über die Stadt verteilt und gut erreichbar sein. Das Tagesangebot nicht weit von uns in Merheim ist eine gute Idee, ist auch sicher gut gemacht, aber es ist völlig blauäugig, zu glauben, dass irgendjemand vom Neumarkt dorthin fährt.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Und wie Katja Hoyer vermisse ich schmerzlich die Wärmezelte. Ich höre mit Freude, dass der Krisenstab sie beschlossen hat. Ich hätte noch größere Freude, wenn sie schon stünden, denn es ist kalt.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Und ja, da müssen wir uns ehrlich machen, an diesen Orten muss der Konsum von Alkohol und vielleicht auch von anderen Drogen möglich gemacht werden. Anders geht das nun mal nicht.

Nächster Punkt: In Köln sollte wenigstens im Winter niemand im Freien übernachten müssen. Wir haben genug Schlafplätze in unseren Notunterkünften. Wenn aber viele Menschen ohne Obdach diese Angebote nicht annehmen und lieber draußen im Kalten bleiben, dann muss uns das nachdenklich machen. Vielleicht müssen wir dann einmal das Ganze aus der Perspektive der Menschen betrachten, die wir ins Warme bringen wollen. Ist es so abwegig, dass Paare für die Nacht nicht getrennt werden möchten und dass Menschen ohne Obdach ihren Hund für die Nacht nicht irgendwo abgeben wollen? Menschen ohne Obdach sehnen sich sicher nach einer Tür, die sie hinter sich schließen können, so wie wir das, wenn wir heute Abend nach Hause kommen, alle tun.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Sie sehnen sich nach einem Einzel- oder Doppelzimmer, das für wenigstens diese Nacht ihnen gehört; das gilt ganz besonders für Frauen oder Menschen, die besonders schutzwürdig sind. Und sie wollen auch nicht morgens um sieben wieder hinaus in die Kälte geschickt werden.

All das hat der Rat am 14. Januar dieses Jahres beschlossen, aber es hapert arg an der Umsetzung. Und, liebe Katja, jetzt sage ich es doch: Jetzt ist der Winter da, es ist fünf nach zwölf - mindestens! Wir brauchen jetzt ganz schnell all die Maßnahmen, die Frau Hoyer Ihnen soeben vorgestellt hat. Liebes Gestaltungsbündnis, geben Sie sich einen Ruck! Tun Sie das Richtige, und tun Sie es jetzt! - Danke.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Vor einem halben Jahr, am 1. Juli, veröffentlichte die Liga der Wohlfahrtsverbände ein wichtiges Grundsatzpapier zur Wohnungs- und Obdachlosenpolitik und forderte die Verstetigung des Winterhilfeangebots an einem festen Ort. Am 16. September, also zweieinhalb Monate später, schreibt Dr. Rau in einer Reflektion über die Entscheidung des Stadtvorstandes, ein Gesamtkonzept *Prävention von Obdachlosigkeit* zu erstellen. Ich zitiere:

> OB Reker möchte eine Vorlage in den nächsten Sitzungslauf einbringen.

Es gibt bis heute weder ein Gesamtkonzept noch ein aktuelles Hilfekonzept für diesen Winter. Das kritisieren wir, und darüber sind wir sehr unzufrieden!

(Beifall bei der LINKEN)

SPD, DIE LINKE und FDP haben CDU und Grüne mehrfach das Angebot gemacht, heute hier mit einem gemeinsamen Antrag aufzutreten. Ihr Stillstandbündnis ist sich zu fein. Sie wissen noch nicht, wie Sie Ihre 1 Million Euro ausgeben wollen. Wenn nicht im Winter, wann wollen Sie diese 1 Million Euro ausgeben? Das frage ich Sie, bitte schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Wir wollen eine schnelle Hilfe. Wir wollen, dass die Verwaltung jetzt zügig ein Gesamtkonzept erstellt. Und liebe Kölner Grüne, ein Blick nach Berlin, wo es Rot-Grün-Rot gibt, schauen Sie sich das einmal an! Dort gibt es einen Masterplan Obdachlosigkeit von dieser Koalition.

SPD, DIE LINKE und FDP, Arsch huh, das Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot, die Liga der Wohlfahrtsverbände, aber auch der Kölner Einzelhandel in der Innenstadt: Wir wollen helfen! Wir wollen jetzt, dass etwas passiert.

Papst Franziskus erklärte 2020 in seiner Sozialenzyklika

(Unruhe)

- hören Sie mal zu, das ist sehr interessant -, ich zitiere:

> Wir wollen von der Politik „gegenüber“ den Armen zu einer Politik „mit“ und „der“ Armen gelangen.

Ein sehr gutes Zitat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht können Sie sich auch noch an die Debatte über das OMZ erinnern, wo wir gesagt haben: Jawohl, wir wollen den Gedanken, dass Selbstverwaltung möglich ist, unterstützen. - Ja, warum tun wir dann nicht mehr? Warum erreichen wir nicht, dass wir zum Beispiel Zelte aufstellen, wo sich die Leute selbst organisieren und miteinander kommunizieren können? Ich weiß, der Verwaltung wird jetzt in der Pandemie viel abverlangt, aber es ist eine hoheitliche Aufgabe, Obdachlose menschenwürdig unterzubringen. Wenn wir diesen Antrag hier stellen, schützen wir nicht nur die Obdachlosen, sondern auch die Verwaltung vor eigenen Fehlern. Deswegen stellen wir diesen Antrag. Aber Sie sitzen die Sache nur aus! Schauen Sie sich mal die Situation an: Die Reso-Dienste der Stadtverwaltung sind ganz schwach besetzt, und wenn wir dort nicht etwas tun: Arme Stadtverwaltung!

Liebe Verwaltung, erinnern Sie sich bitte an den März 2020. Damals hat das OLG Münster gegen die Stadt Köln entschieden, dass eine obdachlose fünfköpfige Familie auf 30 Quadratmeter nicht angemessen untergebracht ist. Das Gericht entschied, dass jeder Obdachlose einen Anspruch auf eine Mindestfläche von 9 Quadratmeter Wohnraum hat. Deshalb sehen wir das so, dass die Unterbringung von Obdachlosen in Einzelzimmern eine ganz entscheidende und wichtige Forderung ist, die die Initiativen aufgestellt haben und in die Öffentlichkeit bringen. Wir unterstützen das! Lassen Sie uns gemeinsam für eine Stadt ohne Obdachlosigkeit und Armut kämpfen!

Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit von SPD und FDP. Es hat Spaß gemacht. Wir müssen trotzdem gemeinsam weiterkämpfen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker! Meine Damen und Herren hier und an den Geräten! Liebe alle! Als wir den Antrag der FDP-Fraktion *Obdachlosigkeit in Köln - Herausforderungen und Lösungen* lasen, fielen wir aus allen Wolken - wie Jürgen Möllemann. Die FDP, die sich wie keine andere Partei für die Interessen der Finanz- und Vermögenseliten bundesweit starkmacht, möchte den Obdachlosen helfen. Was war aus unserer magenta-relaunchten Spaßpartei mit ihren schwarz-weiß gefilterten Marktradikalen geworden? Bisher hatte sie mit ihren Nonsens-Klassikern *Der Markt regelt das!* und *Wachstum forever!* sowie einem Bankrotteur an ihrer Spitze verlässlich geliefert, nämlich Realsatire vom Feinsten. Sogar die allmächtige Partei Die PARTEI hatte sich von ihr inspirieren lassen: Dr. Mark Benecke, Landesvater der Die PARTEI NRW, verkündete zur letzten Kommunalwahl mitten ins furchtsame Wahlvieh: Fürchtet euch nicht! Der *Mark* regelt das!

Kurzum: Liebe Liberalen, wir hatten euch bisher so verstanden, dass alles Unglück dieser Welt entweder daher rührt, dass nicht jeder die ihm gegebene Chance ergreift, oder aber der Staat wild herumreguliert, anstatt alles den höheren Mächten der Märkte oder des Wettbewerbs und so weiter zu überlassen. Konfrontiert mit dem ganz realen Ergebnis eurer Klientelpolitik, zum Beispiel für eure Großspender aus der Immobilienindustrie, hätten wir vor diesem Hintergrund eine andere Reaktion von euch erwartet als diesen Antrag, eher so in die Richtung - wenn dieses popkulturelle Zitat erlaubt ist - wie in dem einen Film der Coen Brothers, wo sich doch der arme Mann und der reiche Mann anschauen und der reiche Mann sagt:

> Die Revolution ist vorbei, Mr. Lebowski. Schade eigentlich! Der Penner hat verloren! Hören Sie auf meinen Rat und tun Sie das, was Ihre Eltern getan haben: Suchen Sie sich einen Job! Der Penner wird immer verlieren!

Nun zurück zu Ihrem Antrag. Leise hören wir von Melaten Herrn Dr. Guido Westerwelle etwas von *geistig-moralischer Wende* raunen, und vielleicht ist ja davon etwas down-getrickelt bis in die Herzen der Antragsteller.

(Zurufe von Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen] und Niklas Kienitz [CDU])

Liebe Freunde und Freundinnen, ich möchte mich kurzhalten: Bedenken second. Selbstverständlich unterstützen wir euren abgeänderten Antrag.

Zu dem Ursprungsantrag, den Sie auf unsere Anregung hin angepasst haben, ein kleiner Tipp unter uns schmierigen populistischen Kleinparteien: Sie wollten die *Sag's uns*-App der Stadt um die Kategorie *Meldung hilfsbedürftiger obdachloser Personen* erweitern. Das ist etwas unschön, wenn man bedenkt, dass die App Beschwerden zum Kölner Stadtbild aufnimmt. Wir jedenfalls haben mit Kölner Obdachlosen gesprochen, und dort war man von der Aussicht, demnächst von Bewohnern des Gerling-Viertels mit der Handykamera gejagt zu werden, mäßig begeistert. Ihnen weniger freundlich gesinnte Menschen als wir könnten gar annehmen, Sie sähen in den Obdachlosen lediglich eine dornige Chance zur Durchsetzung einer Welt, in der nur Sie und Ihre Wähler in einem schwarz-weiß gefilterten Sonnenuntergang durch die Architektur Arno Brekers flanieren, ohne dass Ihnen irgendein Penner die Aussicht versaut.

Nun, wir werden dem Änderungsantrag so zustimmen, wie ich gesagt habe, und gern geschehen für den Hinweis. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hören Sie mich jetzt? - Okay, vielen Dank. Jetzt ist es, glaube ich, lauter. Ich kann auch die Maske mal abnehmen. Vielleicht lohnt es sich auch nicht wirklich, diese vom Tisch bis ans Mikro immer wieder aufzusetzen.

Ich möchte mich auf jeden Fall bei den Antragsteller*innen bedanken und sozusagen zu Protokoll geben, dass ich nur nicht schnell genug war, sonst würden die KLIMA FREUNDE als Antragsteller*innen mit draufstehen. Ich hatte tatsächlich beim Lesen des ursprünglichen Antrages erst einmal so ein bisschen Bauchschmerzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, ich muss Sie doch bitten, die Maske

aufzusetzen, weil Sie nicht den notwendigen Abstand haben.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Okay, mache ich. Danke. Ich hoffe, man versteht mich trotzdem. - Jetzt habe ich gerade den Faden verloren; ich muss mal kurz darüber nachdenken.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie waren nicht schnell genug, um sich anzuschließen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Genau. Ich bin der FRAKTION für den Hinweis sehr dankbar. Ich las das nämlich auch zuerst so, dass die Obdachlosen als Schandfleck in der Stadt gesehen wurden. Insofern bin ich dankbar für den Hinweis und finde es sehr gut, dass in dem Änderungsantrag der Vorschlag, Obdachlose über die App melden zu können, jetzt nicht mehr so steht.

Ich muss mich allerdings wundern, mit welcher - für mein Empfinden - Arroganz hier die Antragsteller*innen mit ihrem Anliegen vom selbsternannten Bündnis abgebügelt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bei aller Wertschätzung des Kollegen, aber es können auch durchaus Menschen, die nicht Teil des Bündnisses sind, mal sinnvolle Ideen und Vorschläge haben. Bezüglich der Aussage, dass der Vorwurf der Untätigkeit an das Bündnis und an die Verwaltung reiner Populismus sei, schließe ich mich dem Vorredner an und bin ganz der Meinung, es reicht eben nicht, dass die Dinge in Bearbeitung sind. Es gab bereits die ersten, im wahrsten Sinne des Wortes, eiskalten Nächte. Dieser Winter kommt - wie jeder andere auch - nicht überraschend. Zelte könnten längst stehen, andere Maßnahmen könnten längst ergriffen worden sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Winter gibt es jedes Jahr, und Obdachlose haben wir auch. Es gibt sie leider immer noch auf unseren Straßen.

Dann zum Geld: Natürlich ist es sehr erfreulich, dass die genannten Summen für dieses Thema zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte eine Aussage eher als Frage in den Raum stellen: Wenn es zum Beispiel um Linda Rennings, die *Kölsche Linda* und ihren *Heimatlos in Köln*-Verein geht, frage ich mich doch, warum die Stadt das Geld offensichtlich hat, für rund 1 Million Euro oder auch mehr - darauf wird es ja ungefähr hinauslaufen - einen schicken Brunnen auf dem Neumarkt zu bauen, aber zum Beispiel keine 20 000 Euro hat, um weiterhin, wie in den letzten beiden Jahren, den Verein zu fördern. - Danke.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt jetzt eine zweite Rederunde. Es beginnt Frau Hoyer, und dann hat Herr Kienitz das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es hier vom Platze aus. - Tja, Herr *Hocke*, das ist schon schlecht, wenn sich eine Partei nicht so verhält, wie Sie sich das in Ihrem Weltbild vorstellen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Deswegen war ja auch Ihr ganzer Beitrag eigentlich nur dazu, wie Sie die FDP sehen, und nicht inhaltlich zu unserem Antrag. Es tut mir ja nun leid, dass Sie mit Ihrem Weltbild da nicht klarkommen, aber eines muss ich schon sagen: Schauen Sie mal, wie Leute handeln! Ich finde es zudem auch immer schwierig, wenn Personen so angegriffen werden, wie Sie das mit dem ehemaligen Außenminister Guido Westerwelle gemacht haben. Ich habe ihn gekannt. Ich weiß, was er für ein Mensch war. Und ich finde das ziemlich daneben.

(Lebhafter Beifall)

Und noch eine Anmerkung: Ich versuche mich an den Inhalten zu orientieren und nicht an dem Weltbild, was ich jetzt von der FRAKTION habe. Deswegen haben wir Ihren Antrag mit dieser Nummer aufgenommen. Er ist inhaltlich richtig, aber ich fange jetzt nicht an, darüber zu philosophieren, was ich für Erwartungen an Ihre Fraktion habe. Ich freue mich, wenn Sie sich inhaltlich einbringen, und ich glaube, Politik ist immer gut, wenn man sie ohne Scheuklappen macht. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat auf seinen Wortbeitrag verzichtet, aber vielleicht überlegt er es sich noch einmal, nachdem Herr Hock gesprochen hat.

(Heiterkeit)

Überlegen kann man ja immer. - Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Hoyer, Hock ist mein Name und nicht Herr Hocke. Das ist sehr wichtig.

(Zurufe)

Können Sie mich hören? - Frau Hoyer, mein Name ist Hock, nicht Hocke. Mein Weltbild ist keineswegs zerstört, sondern bestätigt worden. Ich halte das für einen populistischen Antrag, der bei Ihnen - wie ich es formuliert habe - vielleicht irgendwo down-getrickelt ist, weil Sie gesehen haben, dass es Sinn macht, etwas für die Obdachlosen zu unternehmen. Ihre gesamte Politik - das ist sicherlich nicht der Ort, wo wir das ausdiskutieren müssen, aber gerne an anderer Stelle - widerspricht diesem Antrag. So viel noch einmal zur Klarstellung.

Ansonsten halte ich mich kurz wegen dieses Corona-Dings, und wir wollen ja irgendwann nach Hause. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, oder übersehe ich etwas? - Nein.

(Michael Paetzold [SPD] meldet sich zu Wort)

Dann lasse ich zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktionen DIE LINKE, SPD, FDP, Die FRAKTION, von Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist der Antrag beschlossen; es ist verwiesen.

Gibt es noch einen Geschäftsordnungsantrag, Herr Paetzold? Wollen Sie eine persönliche Erklärung abgeben? Ich weiß nicht, was passiert.

Michael Paetzold (SPD): Ja, genau, das möchte ich! Entschuldigung, ich konnte nicht so laut rufen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Entschuldigung, ich konnte es nicht erkennen. - Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Ich möchte die Aussagen von Herrn Hock nicht so stehen lassen. Ich kenne Frau Hoyer schon lange. Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen von der FDP arbeiten im Sozialausschuss sehr gut mit. Wir haben sehr häufig ein Einvernehmen. Der Kollegin ein soziales Gespür abzusprechen, das halte ich für unmöglich!

(Lebhafter Beifall)

Abstimmung über den Verweisungsantrag

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Beratung und Entscheidung in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, Die FRATKION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Rudolph.

Persönliche Erklärung von RM Paetzold.

3.1.14 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Städtebauliche Identität bewahren - Denkmalschutz nicht schleifen"

AN/2630/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe Ziffer III - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit können wir die Anträge verlassen.

Wir kommen nun zu:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier: Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen

1645/2021

Wird das Wort gewünscht, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie Schulausschuss, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Schulausschusses vom 04.10.2021 (Anlage 3):

Der Rat folgt der Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen und beschließt, für das Familiengrundschulzentrum an der Grundschule IM Süden in Meschenich bis zum Start des erforderlichen Um- bzw. Erweiterungsbaus der Schule ~~übergangsweise drei Schulcontainer aufzustellen.~~ einen zusätzlichen Mehrzweckraum für die Eltern und einen zusätzlichen Büroraum bereitzustellen.

Für die Familiengrundschulzentren soll in der Schulbauleitlinie der Stadt Köln bei zukünftig zu planenden Neu- und Erweiterungsbauten mindestens ein zusätzlicher Mehrzweckraum für die Elternarbeit und ein zusätzlicher Büroraum vorgesehen werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Rattenplage und Abfallproblematik auf dem Kölnberg“

AN/2622/2021

Antwort der Verwaltung vom 14.12.2021

4316/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Wenn es Nachfragen gibt, werden sie schriftlich beantwortet. Bitte reichen Sie sie bei uns ein.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Ströer/Werbenutzungsvertrag“

AN/2672/2021

Antwort der Verwaltung vom 14.12.2021

4317/2021

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Kostenlose FFP2-Masken für Köln-Pass-Inhabende“

AN/2676/2021

Antwort der Verwaltung vom 14.12.2021

4307/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „CoronaCarnevalColonia - Where ist my Wert“

AN/2677/2021

Diese kurzfristig eingegangene Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Petition der Seebrücke „Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen-polnischen Grenze“

4052/2021

Ich bitte Sie, mir dazu einige Sätze zu gestatten.

Die unmenschliche Situation der Flüchtenden an der polnisch-belarussischen Grenze zeigt uns einmal mehr - das ist, glaube ich, deutlich geworden -, wie wichtig eine gesamteuropäische Geflüchtetenpolitik ist. Diese wird von uns ja schon seit Langem eingefordert. Es ist unerträglich, dass Menschen in Not bei politischer Auseinandersetzung als Druckmittel genutzt werden und absichtlich in so eine ausweglose Situation gebracht werden. Auch das haben wir schon festgestellt.

Als Oberbürgermeisterin möchte ich im Namen der Stadt Köln und gemeinsam mit dem Bündnis *Städte Sicherer Häfen* an die neue Bundesregierung appellieren, kommunale humanitäre Aufnahmeprogramme für Geflüchtete auch zeitnah zu ermöglichen.

Zudem möchte ich gegenüber der Bundesinnenministerin anbieten, Geflüchtete von der polnisch-belarussischen und polnisch-deutschen Grenze hier in Köln freiwillig, also über die Zuweisungszahlen hinaus, aufzunehmen.

Ich bitte Sie, den Rat, für dieses Vorgehen heute um Unterstützung. Denn ich meine, dass wir als Mitglied dieses Bündnisses *Städte Sicherer Häfen* nicht wortlos zusehen dürfen, welche Unmenschlichkeit sich an der polnisch-belarussischen Grenze derzeit abspielt.

Wir haben Ihnen die Anregung des Integrationsrates übermittelt. Ich bitte Sie, dieser Anregung zu folgen.

Jetzt frage ich zunächst nach Wortmeldungen. - Wenn das nicht der Fall ist - -

(Christer Cremer [AfD]: Doch!)

- Doch. Bitte sehr.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und am Livestream! Wie Sie sich wahrscheinlich denken können, werden wir diese Vorlage ablehnen. Denn wir halten sie für grundlegend falsch.

Frau Oberbürgermeisterin, vielleicht auch noch kurz zu Ihrer Erklärung: Eine europäische Migrationspolitik wäre gut; aber da sollte Polen das Beispiel sein und nicht Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage hier ganz offen den polnischen Grenzbeamten, die da ihre Pflicht tun, vielen Dank für das, was sie leisten.

(Beifall bei der AfD)

Denn sie stellen sicher, dass wir nicht erpressbar sind.

Außerdem sollten wir Deutsche auch gerade mit Blick auf unsere Geschichte sehr vorsichtig sein, Polen irgendwelche Vorgaben zu machen.

(Vereinzelt Lachen)

Aber zurück zur Vorlage: Sie geht von einer völlig falschen Maßgabe aus, und zwar davon, dass es sich um Geflüchtete handelt, im Volksmund Flüchtlinge genannt. Es sind keine Flüchtlinge. Es sind Wirtschaftsmigranten. Sie haben sich in ihren Heimatländern ein Touristenvisum für Belarus organisiert, sind dort in ein Reisebüro gegangen, sind ganz normal in private Flugzeuge gestiegen und sind dahin geflogen. Sie sind also keine Flüchtlinge nach der Definition.

Zum Teil sind diese Leute, auch wenn sie aus dem Irak kommen, sogar über die Türkei eingereist. Sie waren also in einem Land, in dem sie nicht verfolgt waren. Wahrscheinlich sind sie sogar noch nicht einmal im Irak verfolgt worden. Denn jetzt fliegen sie wieder zurück. Wenn ich verfolgt bin, dann fliege ich nicht zurück. Das ist doch ganz einfach.

Außerdem würden diese Menschen, wenn sie Flüchtlinge wären, ja zum Beispiel auch, wenn sie in Polen sind, dort den Antrag auf Asyl stellen. Nein, sie wollen weiter nach Deutschland.

Es sind in erster Linie junge Männer. Hier handelt es sich um eine ganze Industrie, die dort gefüttert wird. Vor dem Hintergrund, dass wir heute über Obdachlosigkeit sprechen, es dann noch um das eine oder andere LSBTI-Thema geht und wir auch noch die Kölner Silvesternacht haben, die sich bald jährt, kann ich wirklich nur sagen: Wer das jetzt noch fordert, hat den Schuss immer noch nicht gehört.

Die Probleme der Welt werden wir nicht in Deutschland lösen, auch nicht die sozialen Probleme. Sonst müssten wir ja auch sagen können: Jeder aus Südamerika, der dort in einem Slum lebt, hat das Recht, sofort hier einzureisen, genauso jeder aus Afrika. - Da kommen Sie auf sehr hohe Zahlen. Und am besten auch noch alle gleich nach Köln! Gleichzeitig wird hier immer über Wohnungsmangel etc. diskutiert. Das funktioniert nicht.

Deswegen will ich meine Rede mit den von Peter Scholl-Latour überlieferten Worten beenden:

> Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht etwa Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta!

Und das können Sie auf fast jede andere Region der Welt übertragen. Deswegen empfehlen wir, dass wir vor Ort Hilfe leisten. Aber wir empfehlen mit Blick auf Deutschland eines: eine vernünftige Grenzsicherung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mitglieder der AfD-Fraktion! Liebe Personen am Livestream und Gäste hier im Gürzenich! Ich hatte eigentlich gehofft, diese Rede heute nicht halten zu müssen, weil meine Hoffnung war, dass es letztes Mal wirklich die Spitze des Eisberges gewesen wäre. Doch ich habe mich geirrt. Bei unserer letzten Sitzung, in der es um den Kölner Haushalt ging, hat Herr Boyens von der AfD einen Redebeitrag eingebracht, den ich richtigerweise nur als Hassrede bezeichnen kann. Denn er hat versucht, die Kölnerinnen und Kölner gegen schutzsuchende Menschen auszuspielen.

Heute ist genau das Gleiche schon wieder passiert. Schutzsuchende Menschen werden hier gegen Obdachlose ausgespielt. Das kann doch nicht sein. Was soll denn der Quatsch?

Darüber hinaus hat er die muslimischen Kölnerinnen und Kölner pauschal als Minderleister bezeichnet.

(Zuruf von der AfD)

Ich erspare Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Wiederholung von Herrn Boyens' weiterem rassistischen Vokabular, das wir uns hier ständig anhören mussten.

Nun, ich dachte in diesem Moment, tiefer könne das Niveau im Kölner Rat nicht sinken. Da habe ich mich getäuscht. Auch heute wird wieder gegen Menschen, die auf der Suche nach Hilfe sind, die ganz klar auf der Flucht sind, gehetzt. Es wird gehetzt.

> (Christer Cremer [AfD]: Nicht alles, was nicht Ihrer Meinung entspricht, ist Hetze!)

- Das war aber so.

(Christer Cremer [AfD]: Keine Hetze!)

- Doch.

(Christer Cremer [AfD]: Tatsachen!)

Dass Menschen, die Schutz und eine sichere Zukunft suchen, als politisches Druckmittel verwendet werden, ist ohnehin schon unerträglich. Doch Ihre scheinheilige, aber auch menschenfeindliche Argumentation macht das Ganze noch schwerer zu ertragen. Erneut versuchen Sie, von einer humanitären Krise politisch zu profitieren. Schämen Sie sich bitte.

(Beifall)

Wir zusammen müssen als Stadt Köln alles in unserer Macht Stehende tun, um die Menschen dort herauszuholen. Wir sollten als Rat der Stadt Köln die Petition der Seebrücke und den Integrationsrat in seinen Forderungen unterstützen.

An die Mitglieder hier im Kölner Rat, deren Parteikolleginnen und -kollegen nun Teil der Ampelkoalition sind, möchte ich appellieren, innerparteilich alles in Bewegung zu setzen, damit die Bundesregierung tätig wird und wir uns nicht länger durch die Duldung dieses Zustandes schuldig machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Eine nächste Rederunde. Bitte sehr.

(Zurufe: Nein!)

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Heute haben wir gerade den Grund gesehen, warum wir die Probleme an der belarussischen Grenze haben. Denn Sie sind schlichtweg bereit, jeden aufzunehmen. Sie fördern das damit. Die Politik Deutschlands hat es erst gefördert, dass dieses Problem dort existiert. Deswegen können wir den polnischen Grenzbeamten, die dort ihren Dienst tun, nur dankbar sein.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das, was Sie hier gerade sagen, heißt eigentlich, dass jeder einreisen darf. Eigentlich müssten Sie dann hier den Antrag stellen, dass jeder von irgendwo auf der Welt über den Köln/Bonner Flughafen nach Köln kommen kann.

(Zuruf von Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen])

- Doch. Wenn Sie konsequent wären, müssten Sie das tun. Machen Sie das. Aber dann - das sage ich Ihnen ganz ehrlich; schauen Sie sich einmal an, wie die Migrationsbereitschaft in Afrika ist - hat Köln morgen nicht 1 Million Einwohner, sondern wahrscheinlich 2 Millionen Einwohner; und Sie können es beliebig hochfahren.

(Zurufe: Das ist doch gut so! - Was ist denn das Problem?)

- Ich habe Ihnen vorhin auch etwas dazu gesagt, was passiert, wenn Sie die halbe Welt aufnehmen. Dann werden Sie nämlich die Probleme der halben Welt mit importieren. Und das funktioniert nicht.

(Zuruf von Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja, die ganze Welt. Dann wird es auch noch enger. Wir diskutieren schon darüber, wie wir das letzte Stück Parkraum nutzen. Am besten machen wir dann auch noch eine Zwangswohnungsbewirtschaftung und was weiß ich nicht alles.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, das kriegt man alles hin; Gutmenschentum par excellence.

Jetzt noch kurz zu Ihren Anschuldigungen gegen meinen Fraktionsvorsitzenden: Er hat niemanden rassistisch beleidigt.

(Zurufe: Doch! - Christian Joisten [SPD]: Das haben wir aber alle gehört!)

- Das hat er nicht. Dann lesen Sie es im Protokoll nach. Das ist eine ehrabschneidende Äußerung. Er hat niemanden rassistisch beleidigt.

Die Einzigen, die hier vernünftig sind, sind wir.

(Beifall bei der AfD - Lachen)

Wir sind die Einzigen. Ja, das ist so. Ihre Reaktionen bestätigen es. Daher werden wir diesen Antrag ablehnen.

Und dann wünsche ich Ihnen viel Spaß mit Ihrer - - Ich weiß auch nicht, was Sie davon bekommen, dass Sie gleich zustimmen werden. Aber dann haben Sie etwas für Ihr, sage ich einmal, linksbourgeoises Gewissen getan.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass ich jetzt abstimmen lassen kann, und frage, ob es Gegenstimmen gibt. - Die AfD-Fraktion stimmt dagegen. - Frau Gabrysch, Sie wünschen noch das Wort? Oder was passiert hier?

(Zurufe: Nein! - Wir sind in der Abstimmung!)

Wir sind in der Abstimmung, Frau Gabrysch.

Ich würde Sie überhaupt bitten, meine Damen und Herren, auch wenn wir dann vielleicht sehr viel mehr Zeit brauchen, sich zukünftig als Redner anzumelden, damit wir auch die Möglichkeit haben, geordnet vorzugehen.

Frau Gabrysch, würden Sie den Redebeitrag zu Protokoll geben können?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Es geht ganz schnell, und es ist mir sehr wichtig, das an dieser Stelle zu sagen.

(Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir versuchen, hier auch spontane Redebeiträge aufzunehmen; ganz sicher. Aber ich bitte Sie wirklich, sich zukünftig anzumelden. Wir können das nicht - - Wir machen das jetzt zum letzten Mal ohne Anmeldung. Frau Gabrysch, bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Danke. Ich hatte in der ersten Runde verzichtet und nehme mir jetzt das Recht heraus.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gebe Ihnen das Recht, Frau Gabrysch. Bitte sprechen Sie jetzt zur Sache.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank.

(Zuruf: Wir waren schon in der Abstimmung!)

- Ich hatte mich tatsächlich davor gemeldet.

Es gibt so etwas wie strukturellen Rassismus. Ich würde den Kollegen von der AfD einmal nahelegen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Und wenn hier gesagt wird, wenn wir alle Menschen aufnähmen, nähmen wir die Probleme der halben Welt mit auf, dann werde ich richtig wütend.

Kolonialismus, Reproduktion von kolonialistischen Strukturen, White Saviourism: Gerne mal googeln. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage noch einmal, ob es Gegenstimmen gibt. Gerade hatte sich die AfD schon gemeldet.

(Zuruf: Wir waren schon in der Abstimmung!)

- Ich weiß, dass Sie glauben, das alles viel besser zu können. Aber ich kann hier nicht den gesamten Saal im Auge behalten. Ich habe nämlich kein Weitwinkelobjektiv eingebaut. Ich wusste nicht, ob Frau Gabrysch sich vor der Abstimmung gemeldet hatte oder nicht. Deswegen habe ich ihr noch das Wort erteilt. Das dürfte hoffentlich auch für Sie Erklärung genug sein.

(Beifall)

Es gibt also Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat folgt dem Beschluss des Integrationsrates und unterstützt die Petition der Seebrücke ‚Grünes Licht für die Aufnahme von Menschen an der belarussischen – polnischen Grenze‘ und bittet Frau Oberbürgermeisterin Reker, sich

- *an das Bundesinnenministerium zu wenden und anzubieten, Geflüchtete von der polnisch-belarussischen und polnisch-deutschen Grenze in Köln aufzunehmen,*
- *medienwirksam für eine solche Aufnahmepolitik stark machen,*
- *und gemeinsam mit dem Städtebündnis Sicherer Häfen einen Appell an die Bundesregierung zu richten, um kommunale Aufnahmeprogramme für geflüchtete Menschen zu ermöglichen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln

3170/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln in der in Anlage 2 beigefügten Fassung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen die Präambeln der Abfallsatzung ohne erneuten Ratsbeschluss durch öffentliche Bekanntmachung an die aktuelle Rechtslage anzupassen, sofern sich keine inhaltlichen Änderungen ergeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Änderung zur rückwirkenden Änderungssatzung der Straßenreinigungssatzung

3648/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Änderung der Satzung zur rückwirkenden Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) vom 19. Dezember 2012 in der in der Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.1.3 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln

3848/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Vorlage unter TOP 6.1.3 ist zurückgezogen worden.

Tagesordnungspunkt

6.1.4 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln

3849/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes (Rettungsdienstsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.1.5 Stellplatzsatzung für Köln

3388/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer III - Seite 5 der Niederschrift).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: TOP 6.1.5 ist vertagt.

Dann kommen wir zu:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln

3200/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - DIE LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallgebühren der Stadt Köln in der in der Anlage 4 beigefügten Fassung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen die Präambeln der Abfall- und Abfallgebührensatzung ohne erneuten Ratsbeschluss durch öffentliche Bekanntmachung an die aktuelle Rechtslage anzupassen, sofern sich keine inhaltlichen Änderungen ergeben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.2 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren

3199/2021

Gibt es Wortmeldungen?

Ich lasse abstimmen wie Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe, wie AVR und wie Finanzausschuss, Anlage 8.

Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb vom 25.11.2021 (Anlage 6), des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 29.11.2021 (Anlage 7) und des Finanzausschusses vom 06.12.2021 (Anlage 8):

Der Rat beschließt die 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der in Anlage 5 beigefügten Fassung mit folgender Änderung: In Anlage 5 Satzungstext wird die Auflistung für den Stadtbezirk 3 wie folgt ergänzt: Das wöchentliche Reinigungsintervall für den Stadtwaldgürtel wird von 3 x auf 2 x herabgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Abwassergebührensatzung 2022

3968/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- *nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2022 (Anlage 1) zur Kenntnis.*
- *stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben –Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 2) zu.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Ich rufe die haushaltsrechtlichen Unterrichtungen jetzt einmal gemeinsam auf:

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

4098/2021

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Neusser Landstraße 117, 50769 Köln-Fühlingen

2897/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2.2 Mehrkosten für die Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Vingst

3340/2021

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

3490/2021

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.4 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2, Sachstandsmitteilung

4008/2021

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.5 Bericht über die finanzielle Lage nach § 2 Abs. 2 NKF-CIG

hier: Buchungsstand 31.10.2021 mit Jahresprognose

4082/2021

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.6 Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022

4170/2021

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann stelle ich fest, dass diese haushaltsrechtlichen Unterrichtungen zur Kenntnis genommen worden sind.

Ich rufe auf:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201 Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2021

3651/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen im Teilergebnisplan 1201 Straßen, Wege, Plätze in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 8.790.000 € sowie in der Teilplanzeile 20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen in Höhe von 125.000 € im Haushaltsjahr 2021 bereit zu stellen.

Die Deckung erfolgt in Höhe von 4.290.000 € durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen

im Teilplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Teilplan 1302 - Wasser und Wasserbau, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.110.000 € sowie in Höhe von 3.5115.000 € im Teilergebnisplan 1601 Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu den Allgemeinen Vorlagen. Bei der Festlegung der Tagesordnung hatten wir beschlossen, mit TOP 10.33 *Mediationsverfahren Klimawende Köln - RheinEnergie AG* zu beginnen, meine Damen und Herren. Hier hat zunächst Frau Abé das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Können wir das nach hinten schieben, weil Frau Abé gerade aus nachvollziehbaren Gründen nicht da ist?)

- Ja, das können wir auch. Babys gehen vor; das ist klar. Dafür hat wohl jeder in diesem Rat Verständnis.

(Beifall)

Dann besprechen wir, wie bei der Festlegung der Tagesordnung verabredet, zunächst die beiden Tagesordnungspunkte 11.1 und 12.3:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 191. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal

Arbeitstitel: Frischezentrum Marsdorf in Köln-Junkersdorf

hier: Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zur 191. Flächennutzungsplan-Änderung

3277/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

AN/2679/2021

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

12.3 Frischezentrum in Köln-Junkersdorf/ Marsdorf

hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf

3151/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

AN/2679/2021

Ich schaue jetzt einmal, ob dazu schon Wortmeldungen vorliegen. - Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Vertreter*innen der Verwaltung! Sehr geehrte Zuschauer*innen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Großmarkt treibt uns alle - die Politik, die Stadtgesellschaft, die Akteure vor Ort, diverse Bürgerinitiativen und nicht zuletzt die Medien - seit vielen Jahren um. Und wie das so ist, wenn viele Köche über lange Zeit in einem Brei rühren, kursiert viel Gerücht, viel Interpretation und manchmal sogar viel Halbwahrheit.

Ich erlaube mir deshalb zunächst eine Erläuterung der Faktenlage.

Fakt eins: Unser Kölner Großmarkt wird 2025 aus Raderthal wegziehen, um der Parkstadt Süd Platz zu machen.

Fakt zwei: Um die Kölner Gastronomie und den Handel weiterhin gut erreichbar mit Lebensmitteln zu versorgen, brauchen wir weiterhin einen Großmarkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Fakt drei: Ein solcher Frischemarkt soll in Marsdorf entstehen.

Fakt vier - und jetzt komme ich zu dem Thema, das hier auch mitschwingt -: Der 1. FC Köln muss sein Trainingsgelände vergrößern, wenn er zeitgemäße Voraussetzungen eines Profisportvereins mit guter Nachwuchsförderung bieten möchte.

Fakt fünf: Er möchte das gerne im Äußeren Grüngürtel tun. Laut Ratsbeschluss vom Juli 2019 darf er das auch.

Fakt sechs: Dieser Ratsbeschluss wird aktuell beklagt.

Fakt sieben: Falls dies zugunsten der Kläger ausgeht, braucht der 1. FC Köln eine Alternative.

Fakt acht: Diese könnte in Marsdorf sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dies ist die Faktenlage, in der wir uns bewegen, wenn wir über ein Frischezentrum für Köln sprechen. Sie sehen, dass diese durchaus vielschichtig und in Teilen widersprüchlich ist. Insofern ist es kein Wunder, dass dieses Thema immer wieder in einen Dornröschenschlaf versetzt wurde.

Jetzt ist es aber wachgeküsst worden. Und das - da sind sich alle einig, denke ich - ist gut so. Die Zeit des Herumlavierens, des Hinhaltens und des Versprechungen-Machens ist vorbei.

Deshalb begrüßen wir die Verwaltungsvorlage ausdrücklich. Wir sehen leider nur einen Haken: Die vorgeschlagene Größe von 27 Hektar ist überdimensioniert.

Allein 11 Hektar sind hier für sogenannte frischezentrumsaffine Dienstleistungen vorgesehen. Diese haben aber zum Teil nur sehr indirekten Bezug zum Großmarktbetrieb. Sie müssen nicht alle zwingend vor Ort sein.

Hinzu kommt: Bauen wir das Frischezentrum in dieser Größe, wird es nicht mehr ausreichend Platz für eine potenzielle Alternative für den FC geben.

Deshalb plädieren wir für ein kleineres, kompaktes Frischezentrum. Dieses wirtschaftlich zu betreiben, ist aussichtsreicher als bei der 27-Hektar-Variante.

Auch wenn wir mit dieser Entscheidung einigen auf die Füße treten - und das tut uns ausdrücklich leid -, sind wir auf dem richtigen Weg. Wir bekennen uns heute erneut zu einem Frischezentrum für Köln. Wir geben einen realistischen Planungsauftrag. Wir stehen zu unserem Wort, dem 1. FC Köln eine Alternative offenzuhalten. Und wir bieten eine Lösung in einem klassischen Flächennutzungskonflikt.

Meine Damen und Herren, es ist Kennzeichen verantwortungsvoller Politik, in Konfliktlagen einen Interessenausgleich herbeizuführen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren am Livestream und im Gästebereich unseres Sitzungssaals! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Änderungsantrag ist erforderlich, weil dadurch die Chancen für die Realisierung eines neuen Frischezentrums und damit natürlich auch für die zeitnahe Umsetzung der Parkstadt Süd deutlich erhöht werden.

(Zurufe von Jörg Detjen [DIE LINKE] und Christian Joisten [SPD])

Denn wir reduzieren mit der Verlegung des Marktbetriebes weg von der benachbarten Wohnbebauung das bestehende Klagerisiko deutlich.

Hinzu kommt die Verkleinerung der Fläche auf das notwendige Maß von 5 Hektar. Die Gespräche mit den Markthändlern haben ja auch ergeben, dass wir jetzt in der ersten Stufe mit 5 Hektar absolut auskommen. Dadurch reduzieren wir die Fläche auf das notwendige Maß.

Wir erhöhen damit die Wirtschaftlichkeit und tragen somit zur Lösung der Beihilfeproblematik bei. Denn diese können Sie nicht wegdiskutieren und auch nicht umgehen.

5 weitere Hektar - das gehört hier auch zur Ehrlichkeit dazu; es sind ja nicht nur 5 Hektar, die bereitgestellt werden, sondern 10 Hektar - bieten weiteres und damit ausreichendes Wachstumspotenzial und schaffen so eine klare Zukunftsperspektive für unsere Händlerinnen und Händler.

Wenn man jetzt zu der Conclusio kommt, dass wir 25 Hektar haben, aber eigentlich nur 10 Hektar benötigen, stellt sich natürlich erst einmal die Frage: In welcher Form nutzen wir die frei werdende Fläche? - An dieser Stelle bietet es sich an, an den FC zu denken.

Denn der FC - das muss man hier in der Diskussion ja auch ehrlich sagen - benötigt einen Plan B für den Fall, dass das Gerichtsverfahren verloren geht oder dass - und das ist die wahrscheinlichere Variante - bis in die letzte Instanz nach Leipzig durchgeklagt wird. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir im Jahre 2028. Das Leistungszentrum wird aber so schnell wie möglich benötigt. Deshalb wird auch der FC am Ende nicht so lange warten können.

(Beifall bei der CDU)

Wir tragen mit unserem Änderungsantrag dazu bei, die Chance der Realisierung des Leistungszentrums bis 2025 deutlich zu erhöhen. Ob der FC diese Chance nutzt, ist allein Sache des FC. Wir öffnen heute nur eine Tür. Und ich werbe dafür, dass diese Tür heute geöffnet wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr, liebes Bündnis, etabliert hier mit eurem Änderungsantrag ein Manifest des Stillstandes.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ihr seid verantwortlich für den jahrelangen Schlingerkurs und die vielen Leidtragenden, die bisher bereits geschaffen wurden. Und ihr macht es mit diesem Antrag noch einmal deutlich schlimmer.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn entgegen der Faktenaufzählung, die wir gerade gehört haben, spielen leider Fakten keine Rolle mehr, sondern nur noch die scheinbaren Interessen Einzelner.

Unsere Fakten sehen wie folgt aus: Fachleute der Stadtverwaltung haben erst vor wenigen Tagen Studien für ein verkleinertes Frischezentrum vorgestellt. Für ein wirtschaftlich erfolgreiches Projekt wird ausreichend Platz benötigt. Die Verwaltung geht also davon aus, dass ein Großmarkt allein auf der Fläche nördlich der Toyota-Allee - das ist ja jetzt euer Ziel - nicht funktionieren wird.

Ein Aus des Frischezentrums würde dem Einzelhandel in der Stadt und auch dem Klimaschutz - siehe Lkw-Verkehr - einen Bärendienst erweisen. Für eine nachhaltige CO_2-Bilanz ist das Frischezentrum als Drehscheibe für die Versorgung mit regionalen Produkten ein wichtiger Baustein.

Und was ihr mit einem der wichtigsten Aushängeschilder unserer Stadt macht, ist wirklich ein unwürdiges Trauerspiel.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der FC wartet nun schon seit geschlagenen sieben Jahren auf eine Lösung für seine Platzprobleme. Es führt kein Weg daran vorbei - und wir stehen zu unserem Wort -: Der Ausbau des FC und seiner Trainingsmöglichkeiten muss am historischen Zuhause des Vereins erfolgen. Das muss im Grüngürtel passieren. Den FC auf den Acker in Marsdorf zu verjagen, löst nicht die Platzprobleme des Vereins, wird dem Verein nicht gerecht und verzögert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Am Ende dieser Kette könnte stehen - das will ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen -, dass der FC, wenn wir hier nicht schnell zu Lösungen kommen und seine Platzprobleme lösen, diese Stadt verlassen wird. Das muss man sich einmal vorstellen. Dieser Beschluss heute könnte dazu führen, dass der FC irgendwann nicht mehr in Köln beheimatet ist. Da muss allen FC-Fans hier im Raum das Herz bluten, glaube ich.

Was diese gesamte Veranstaltung, insbesondere der Änderungsantrag, mit der Parkstadt Süd macht, ist noch gar nicht abzusehen. Denn zu erwarten ist, dass die Planungen jetzt erst einmal gestoppt werden. Wieder einmal können bezahlbare Wohnungen nicht gebaut werden. So kann es nicht weitergehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Liebe CDU, es ist doch mit Händen zu greifen, dass hier im Saal auch FC-Fans sitzen, die fest davon überzeugt sind, dass der FC eine Chance braucht. Geben Sie sich heute einen Ruck.

Liebe Grüne, Sie versuchen hier wieder, Regierung und Opposition in einem zu sein. Das wird nicht funktionieren. Wir brauchen eine Lösung für den Großmarkt. Wir brauchen eine Lösung für das Frischezentrum.

Es ist ein Prozess gestartet. Daran haben sich viele Menschen, auch die Händler, intensiv beteiligt. Sie alle - die Verwaltung, die Händler am Großmarkt und der FC - haben wahnsinnig viel an Vorarbeiten geleistet. Ihnen allen treten wir jetzt nicht nur in den Hintern, sondern hauen ihnen, auf Deutsch gesagt, auch auf die Fresse.

So kann es doch nicht funktionieren. Wir in Köln müssen doch verlässliche Politik machen. Es gibt Ratsbeschlüsse zu all diesen Fragen, die hier aufgeworfen sind. Sie sind klar und zeigen eine Perspektive auf. An diese Beschlüsse sollten wir uns halten.

Deswegen darf es heute nicht zum Beschluss dieses Antrages kommen. Ansonsten schaden Sie Köln an gleich mehreren Stellen nachhaltig und massiv und verbauen zukunftsfähigen Einrichtungen die Möglichkeiten, sich schnell zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, werden Sie sich dessen heute in diesem Rat bewusst. Wir brauchen hier ein klares Nein zu diesem Änderungsantrag und ein klares Ja zu der Verwaltungsvorlage. Sie ist gut und weist in die richtige Richtung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesenden! Vor sieben Monaten haben wir einen richtungsweisenden Beschluss zum Großmarkt mit breiter Mehrheit gefasst. CDU und Grüne treten diesen Beschluss jetzt mit Füßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem Beschluss war endlich der Standort geklärt - für den Großmarkt und nicht für andere Verwendungen.

So heißt es in dem Beschluss, den wir gefasst haben, auch völlig richtig, was das Markt-Gremium machen soll. Ich zitiere:

> Dieses Gremium erarbeitet einen Interessenausgleich zwischen der Stadt Köln und den auf dem Großmarkt ansässigen Unternehmen.

Das war der Auftrag für dieses Markt-Gremium.

Und was machen Sie? Sie schaffen eine neue Situation, indem Sie in diesen Interessenkonflikt zusätzlich den FC mit einbauen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es ist doch unverschämt, dass dieser Ratsbeschluss unterminiert wird, ohne die Kritik zu berücksichtigen. Das haben Sie getan, ohne sich mit dem FC auseinanderzusetzen, und die Kritik ignoriert. Sie haben mit den Großmarktleuten gesprochen und deren Kritik auch nicht akzeptiert. Das ist doch der Vorgang.

Das Ganze, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, ist ein Desaster hoch drei. Es ist ein Desaster sondergleichen.

Lieber Kollege Petelkau, der FC hört ja zu. Sie haben gerade wortwörtlich gesagt: Der FC ist der Plan B. - Hallo? Der FC ist der Plan B?

(Widerspruch vom Bündnis 90/Die Grünen und von der CDU)

- Doch, das haben Sie gesagt. - Und der FC ist nie der Plan B. Er ist immer der Plan A.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herr Petelkau, das müssen Sie sich noch einmal überlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so weit sind wir hier gekommen. Das sind taktische Spielchen. Da gibt es einen Plan A und einen Plan B. Das ist doch ganz klar. Und da versucht man, den Einen gegen den Anderen auszuspielen.

(Zuruf: Schrei nicht so!)

- Man muss hier laut reden, damit auch die Personen im hinteren Bereich etwas hören.

Lassen Sie mich einmal die Fläche ansprechen. Der Großmarkt hat 1936 mit 78 000 Quadratmetern angefangen. Zum Schluss hatte er 230 000 Quadratmeter. Wir haben mit der Planung 2003 mit 350 000 Quadratmetern angefangen. Dann ist die Fläche immer weiter reduziert worden. Zwischendurch waren es 266 000 Quadratmeter. Im Mai waren es dann 145 000 Quadratmeter. Jetzt reduzieren Sie es auf 100 000 Quadratmeter.

Das geht nicht, meine Damen und Herren. Daran können Sie doch erkennen, dass die CDU und die Grünen von Wirtschaftspolitik keine Ahnung haben.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU - Zuruf: Jetzt habt ihr es ihnen aber gezeigt!)

Der Großmarkt hat sich doch nach oben entwickelt und nicht reduziert. Das ist auch genau die Entwicklung, die mit dem Großmarkt wieder stattfinden kann.

In der Presse haben Frau Martin und Herr Petelkau erklärt, sie würden Planungssicherheit schaffen. Exakt das Gegenteil ist der Fall. Die gesamte Planung muss neu aufgerollt werden. Wir fangen nach 30 Jahren komplett neu mit der Planung an. Das ist ein Armutszeugnis in der ganzen Angelegenheit.

Sie lösen nicht die Probleme der Großmarkthändler. Sie lösen nicht die Probleme des unabhängigen Lebensmittelhandels. Sie lösen nicht die Probleme der Kölner Wochenmarktbeschicker. Sie lösen nicht die Probleme der Parkstadt Süd. Sie lösen nicht die Probleme des FC. Das ist doch die Situation.

Sie lösen noch nicht einmal die Probleme der Bezirksvertretung Rodenkirchen. Sie müsste jetzt noch vehement dagegen sein. Sie bekommt jetzt nicht nur den Großmarkt, sondern auch noch den FC. Insofern muss sie auch noch dagegen sein.

Sie machen also ein riesiges Fass auf. Es ist unglaublich, wie arrogant man mit Macht umgehen kann.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Teile und herrsche, lautet die Devise von Schwarz-Grün.

Ihnen steht aber, meine Damen und Herren, ein breites Bündnis - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss Sie leider an die Redezeit erinnern.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ja, ich komme zum Schluss. - Ihnen steht ein breites Bündnis entgegen, das hier nicht lockerlassen wird. Wir haben ein breites Bündnis von nicht nur FDP, SPD und LINKEN, sondern auch IHK, DGB, FC usw. usf. Wir werden es nicht hinnehmen, dass Sie hinterrücks die von uns im Mai dieses Jahres getroffene Vereinbarung, wie mit dem Großmarkt umgegangen wird, nicht mehr akzeptieren.

Dann lassen Sie mich noch eine Sache sagen.

(Zurufe: Nein!)

Frau Martin, es geht um Existenzen. Sie müssen nicht nur irgendwem auf die Füße treten, sondern Sie bringen Existenzen in die Notlage. Das sind die Großmarktleute, und das sind die Wochenmarktleute. Das ist die Situation.

Herr Petelkau,

(Zurufe: Nein! - Die Redezeit! - Das geht doch nicht!)

5 Hektar für die Strategie sind ganz entscheidend wichtig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen!

Jörg Detjen (DIE LINKE): Um diese 5 Hektar werden wir kämpfen, meine Damen und Herren. Lassen Sie uns weiter in dieser Auseinandersetzung kämpfen. Wir lassen nicht locker, weil wir uns für die Großmarktleute einsetzen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist am vergangenen Donnerstagmorgen das Frühstücksmüsli aus dem Mund getropft, als ich in der lokalen Presse gelesen habe, dass Grün-Schwarz ohne die Beteiligung des Bündnispartners Volt hier plötzlich neue Tatsachen schafft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Nachhinein habe ich Verständnis für die Entscheidung von Frau Martin und Herrn Petelkau. Dieses Verständnis ist auch hier bei den Redebeiträgen von Frau Martin und Herrn Petelkau gereift. Ich habe absolut Verständnis dafür, wenn aus machtpolitischem Kalkül, aus Rücksichtnahme auf den eigenen Wahlkreis oder aus sonstigen machtgetriebenen Dingen Entscheidungen getroffen werden.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Martin und Herr Petelkau, damit wir uns auch richtig verstehen: Ich gestehe Ihnen das Recht zu, aus derlei Kalkül Entscheidungen zu treffen.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich weiß es zu würdigen!)

Aber ich darf Sie daran erinnern, wen Sie zurückgewiesen haben. Sie haben gerade allen Ernstes gesagt: Wir versuchen einen fairen Interessenausgleich. - Liebe Frau Kollegin Martin, wir haben vor sieben Monaten einen Prozess aufgesetzt, der sich Interessenausgleich nennt. An diesem Prozess haben Fachpolitiker Ihrer Fraktion teilgenommen. Da hinten sitzt Frau Karadag. Herr Petelkau, an diesem Prozess haben Fachpolitiker Ihrer Fraktion teilgenommen, nämlich Frau Roß-Belkner und Herr Michel. Wir haben noch am Dienstagabend, dem 7. Dezember dieses Jahres, in einer Online-Schalte gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung, gemeinsam mit den Marktbeschickern und gemeinsam mit den Großhändlern an diesem Interessenausgleich gearbeitet.

Wir haben darauf vertraut. Und einen Tag später kommt Ihr sogenannter Interessenausgleich, mit dem Sie diesen Interessenausgleich kaputt machen.

Frau Martin, reden Sie nicht von Interessenausgleich. Nennen Sie das Kind beim Namen. Hier werden machtpolitische Entscheidungen getroffen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Herr Petelkau, Sie sprechen von einer Zukunftsperspektive. Diese Zukunftsperspektive sollte das Verfahren zum Interessenausgleich geben. Das Gegenteil von Zukunftsperspektive schaffen Sie. Sie zerstören Vertrauen und damit das Pfund unserer Politik. Es ist das Pfund des Rates, das Sie hier heute vor den Augen der Öffentlichkeit zerstören. Das ist Ihr Vertrauensbruch.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen - Sie brauchen nicht so das Gesicht zu verziehen, Frau Martin -, der grün-schwarze Vorschlag hat nur Verlierer geschaffen. Er hat Verlierer in der Politik geschaffen. Ich habe eben gesagt, dass Kollegen aus Ihren Fraktionen ernsthaft, aufrichtig und vertrauensvoll gearbeitet haben. Er hat Verlierer bei den Markthändlern geschaffen. Über die will ich hier gar nicht ausführlich reden. Es geht um 2 000 Arbeitsplätze, wie Sie wissen. Das sind Ihre Markthändler, die Sie im Stich lassen. Sie haben die Kölner Wirtschaftsförderungs-GmbH blamiert, die den Prozess aufgesetzt hatte. Sie haben die Stadtverwaltung blamiert, die sich Mühe gegeben hat und die wir antreiben mussten. Sie haben die Parkstadt Süd, ein Vorzeigeobjekt unserer Stadt, blamiert.

Die alle haben Sie zu Verlierern gemacht. Tun Sie bitte nicht so, als würden Sie das nicht wissen. Sie verursachen heute Abend einen großen Schaden.

Ich kann nur an alle Kolleginnen und Kollegen appellieren, in sich zu gehen und nachher in geheimer Abstimmung darüber zu entscheiden, ob dieser Rat für Zuverlässigkeit und Vertrauen oder für Machtkalkül steht. Sie haben es in der Hand. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Meine Rede wird nicht so emotional. Ich werde diesmal auch nicht schreien; versprochen. - Wir werden uns bei dem Änderungsantrag enthalten.

(Zurufe: Oh!)

- Ja, auch wenn wir geheim abstimmen, kann ich euch das verraten. Wir werden uns bei dem Änderungsantrag enthalten.

Wir werden aber der - davon gehe ich aus - geänderten Vorlage zustimmen. Das würde ich gerne ganz kurz erläutern.

Uns ist es wirklich wichtig, dass die Parkstadt Süd nicht verzögert wird.

Uns ist es wirklich wichtig, dass die Händlerinnen und Händler vom Großmarkt endlich eine verlässliche Perspektive bekommen.

Ein weiterer Punkt wird heute mit entschieden. Wir wissen auch, dass die Stadt auf jeden Ausgang der Klage vor dem OVG in Münster vorbereitet sein muss. Auch das wollen wir nicht verhindern. Denn wir wollen den FC in Köln. Wir wollen, dass er einen Platz bekommt. Er braucht nun einmal mehr Trainingsfläche.

Wir träumen ja immer noch - nicht mehr nur geheim - von einer Doppelnutzung. Wir hätten gerne Fußballfelder auf dem Dach des hoffentlich entstehenden Großmarkts bzw. Frischezentrums.

Herr Görzel, wir gehen davon aus, dass der Dialog, den Sie gerade angesprochen haben, zwischen Verwaltung, Großmarkthändlerinnen und -händlern, Politik und allen weiteren Akteuren weitergeführt wird. Denn wir möchten diese Menschen mitnehmen.

Deshalb werden wir dem Änderungsantrag zustimmen, weil wir diesen ganzen Projekten nicht im Wege stehen möchten. - Danke schön.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Wortmeldung der AfD. Herr Cremer.

(Zuruf)

Christer Cremer (AfD): Warten Sie doch einmal ab, was jetzt kommt. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Liebe FC-Fans! Es kommt selten vor, dass ich mit Redebeiträgen der SPD, der Linkspartei und der FDP in allem einverstanden bin.

In den Rat muss man in der Tat Vertrauen haben können. Wir werden den Antrag von Grün-Schwarz ablehnen.

Wir sind pro FC. Wir sind der Meinung, dass der FC da bleiben sollte, wo er ist. Das ist Tradition. Der FC ist ein Traditionsverein. Viele Städte beneiden uns um ihn.

Gerade ist sehr gut analysiert worden, was hier stattfindet. Wir sitzen ja ein bisschen weiter hinten und können ganz genau beobachten, wer wann klatscht. Wir sind einmal gespannt, wie diese Abstimmung ausgeht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt frage ich, ob darüber hinaus das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall.

(Bernd Petelkau [CDU]: Doch!)

- Doch? Das habe ich nicht gesehen. Wo ist er denn? - Herr Michel. Zweite Runde.

Dirk Michel (CDU): Der 1. FC Köln ist auch ein Wirtschaftsunternehmen, nämlich mit einem Umsatz von 140 Millionen Euro. Von dessen Erfolg hängen wiederum zweistellige Millionenumsätze in weiteren Branchen ab. Außerdem hat der Erfolg des 1. FC Köln Einfluss auf die Marke und das Marketing der Stadt Köln.

Notwendig für den Erfolg des 1. FC Köln sind die Erweiterung und Modernisierung des Vereinsgeländes und die Professionalisierung der Nachwuchsarbeit.

Schon aus wirtschaftlichem Interesse müssen wir Perspektiven und Lösungen aufzeigen und den 1. FC Köln seriös begleiten. Wenn die Teilung der Fläche eine wichtige Option für die Jugendarbeit sein könnte, sollten wir sie frei halten - vor allem bei den Risiken, die durch die Klagen bestehen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beim Frischemarkt ist es wichtig, in die Markterkundung einzusteigen. Wir werden in den nächsten Monaten die Raumbedarfe verfeinern sowie die Machbarkeitsstudie anpassen, um dann die Ausschreibung vorzubereiten.

Ich möchte meinen Respekt vor der Arbeit der Verwaltung zum Ausdruck bringen, die in den letzten Monaten viel Herzblut in das Gremium zur Verlagerung des Großmarkts gesteckt hat.

Jetzt hängen mit den Ausbauplänen des 1. FC Köln drei Projekte voneinander ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann würde ich gerne mit Ihnen einmal klären, ob mein jetzt beabsichtigtes Vorgehen dem entspricht, was Sie sich vorstellen.

Die SPD-Fraktion hat vorhin hier geheime Abstimmung zu - so habe ich es verstanden - beiden Tagesordnungspunkten beantragt. Heute sind 84 Mitglieder des Rates anwesend; die

Oberbürgermeisterin hat sich jetzt mitgezählt. Erforderlich sind für diesen Antrag auf geheime Abstimmung also 17 Ratsmitglieder. Darum ist das Quorum erfüllt. Darüber muss ich jetzt nicht noch abstimmen lassen. Wir werden also zu beiden Punkten geheim abstimmen.

Daher möchte ich jetzt zusätzlich zu den schon vor Eintritt in die Tagesordnung benannten Stimmzählerinnen und Stimmzählern - das sind Herr Schallehn, Frau Scho-Antwerpes und Frau Roß-Belkner - noch drei weitere Stimmzählerinnen und Stimmzähler als deren Vertreterinnen und Vertreter benennen. Dann können wir beide Vorgänge gleichzeitig behandeln. Ich benenne Frau Schlömer, Herrn Spehl und Frau Niknamtavin als weitere Stimmzählerinnen und Stimmzähler und bitte alle Stimmzählerinnen und Stimmzähler, jetzt nach vorne zu kommen.

Ich möchte Ihnen noch einen Hinweis geben, weil wir auch schon etwas anderes erlebt haben. Machen Sie Ihre Entscheidung bitte eindeutig durch ein Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig.

Noch einmal zur Klarstellung: Zu beiden Vorlagen liegt je ein Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU vor. Wir stimmen daher bei der geheimen Abstimmung jeweils über den Beschlussvorschlag mit den Ergänzungen aus dem Änderungsantrag ab.

(Zurufe)

Noch einmal deutlich: Zur Abstimmung stehen die Vorlagen unter TOP 11.1 und 12.3 jeweils in der durch den Änderungsantrag ergänzten Fassung. Man kann also nicht getrennt über den Änderungsantrag und die ursprüngliche Vorlage abstimmen.

(Ralph Sterck [FDP]: Könnte man schon!)

- Darum stelle ich Ihnen ja das von mir beabsichtigte Vorgehen dar. Ich will Ihnen das ja - -

(Zurufe)

- Das ist die Frage. Dann müssen wir zweimal abstimmen. Wir können uns dafür entscheiden. Ich will das gar nicht dominieren. Ich möchte mit Ihnen besprechen, ob wir das so machen können. - Jetzt sehe ich Nicken. Das heißt, dass wir zwei Abstimmungen durchführen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das würde dem entsprechen, was Frau Glashagen vorgeschlagen hat! - Weitere Zurufe)

- Ja, das wären dann vier Abstimmungen.

(Zurufe)

- Bitte nicht alle auf einmal. - Jetzt hat sich Herr Homann gemeldet. Herr Homann hat das Wort.

(Zuruf)

- Zur Abstimmung? Das können wir machen.

Mike Homann (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, wenn wir einfach über die Vorlagen in der ursprünglichen Form abstimmen und sie eine Mehrheit bekommen, sparen wir uns weitere Abstimmungen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, aber das würde ja genauso nicht dem entsprechen, was Frau Glashagen sich jetzt vorgestellt hat. Es ist auch ein Ergänzungsantrag. Deswegen wird das so auch nicht funktionieren.

Wir können also entweder die Abstimmungsvorgänge verbinden oder nicht. Ich erkenne jetzt aus Ihren Rückmeldungen, dass wir sie nicht verbinden sollten.

(Zuruf von der SPD: Können wir eine kleine Auszeit machen?)

Ich habe Ihnen damit die Möglichkeiten dargestellt und finde, dass Sie das jetzt einmal diskutieren sollten. Wir machen fünf Minuten Pause,

(Vereinzelt Beifall)

und dann bekomme ich von Ihnen eine Rückmeldung, wie Sie vorgehen möchten.

(Unterbrechung von 18.01 Uhr bis 18.22 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte nehmen Sie alle wieder Ihre Plätze ein. - Ich bitte den Fraktionsvorsitzenden der SPD und auch Herrn Homann, mir genau zuzuhören, damit das, was ich jetzt sage, auch dem entspricht, wie Sie sich die geheime Abstimmung vorstellen; denn das Quorum haben Sie ja.

Zu beiden Vorlagen, die wir jetzt gemeinsam behandelt haben, aber über die wir getrennt abstimmen, liegt je ein Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU vor. Wir haben gerade besprochen, nur über diese Änderungsanträge abstimmen zu lassen, also noch nicht über die Verwaltungsvorlagen, sondern nur über die Änderungsanträge.

Für den Änderungsantrag zu TOP 11.1 werden grüne und für den Änderungsantrag zu TOP 12.3 gelbe Stimmzettel ausgeteilt. Muster der Stimmzettel hängen, wie üblich, in den jeweiligen Wahlkabinen aus.

Wer jeweils für den Änderungsantrag ist, macht bitte sein Kreuz in den Kreis bei *Ja*, wer dagegen ist, in den Kreis bei *Nein*. Es tut mir leid; das wirkt jetzt unwahrscheinlich belehrend; aber wir haben ja schon alles erlebt. Die zwei Kabinen für die Abstimmung sind draußen im Foyer aufgestellt. Die Abstimmungszettel werden jeweils vor den Kabinen ausgeteilt. Wenn Sie sich bei der Abstimmung enthalten wollen - das ist ja auch eine Möglichkeit -, kreuzen Sie bitte den Kreis bei *Enthaltung* an, also nicht *Ja* und *Nein* - das haben wir auch schon erlebt -, sondern *Enthaltung*.

Gibt es noch Nachfragen? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann bitte ich die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Abstimmung vorzubereiten, die Wahlurnen zu prüfen und mir ein kurzes Signal zu geben, wenn sie damit fertig sind.

Unsere Schriftführerin, Frau Escher, bitte ich, die Ratsmitglieder am Mikrofon in alphabetischer Reihenfolge - zum Schluss die Stimmzählerinnen und Stimmzähler - zur Stimmabgabe aufzurufen. Frau Escher, würden Sie bitte mit dem Aufruf beginnen, nachdem die Stimmzählerinnen und Stimmzähler noch einmal geschaut haben, ob die Wahlkabinen in Ordnung sind? - Frau Escher, Sie können beginnen.

(Der Namensaufruf, die Stimmabgaben und die Auszählungen erfolgen.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie wieder Ihre Plätze ein, damit wir nach der Abstimmung wieder in die Sitzung eintreten können. Das Abstimmungsergebnis steht fest.

Zunächst darf ich Ihnen mitteilen, dass 84 Stimmen abgegeben wurden, und zwar bei beiden Wahlgängen.

Ich komme zunächst zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 11.1. Abgegebene Stimmen 84; keine ungültige Stimme; Enthaltungen 4; entscheidende Stimmen 80. Mit Ja haben 44 Ratsmitglieder gestimmt, mit Nein 36.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Zu Tagesordnungspunkt 12.3: Abgegebene Stimmen 84; keine ungültige Stimme, Enthaltungen 3; entscheidende Stimmen 81. Mit Ja haben 45 Ratsmitglieder gestimmt, mit Nein 36.

Beide Änderungsanträge haben also eine Mehrheit erhalten und sind angenommen worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich würde jetzt über die Vorlagen in geänderter Form abstimmen lassen. Wird dazu vor der Abstimmung noch einmal das Wort gewünscht?

(Mike Homann [SPD]: Nein! Nicht geheim!)

- Nein. Okay.

Dann lasse ich erst über die Vorlage zu TOP 11.1 in geänderter Form abstimmen und frage nach Gegenstimmen. - Der LINKEN, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Herrn Zimmermann. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Vorlage zu TOP 12.3 mit den angenommenen Änderungen abstimmen. Auch hier frage ich zunächst nach Gegenstimmen. - Der SPD-Fraktion, der LINKEN, der FDP und der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Von Herrn Zimmermann. Dann ist auch das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

3277/2021

I. Geheime Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Beschluss:

Die o.g. Beschlussvorlagen werden wie folgt geändert:

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die auf Grundlage der in der Machbarkeitsstudie der Vorlage dargestellten Flächen für das Frischezentrum und die frischezentrumsaffinen Betriebe in dem Maße zu reduzieren, dass Frischezentrum und frischezentrumsaffine Betriebe in einem Sondergebiet (SO) im Bereich nördlich Toyotaallee (ca. 11 ha Fläche) dargestellt werden.*

4. *Die erforderlichen Umweltgutachten – und Verkehrsgutachten werden den geänderten Vorgaben entsprechend angepasst. Der Bedarf zur Durchführung des Verkehrsgutachtens wird anerkannt.*

5. *Auf Grundlage dieses Änderungsantrags soll parallel ein Markterkundungsverfahren als Ansprache und zur Auswahl potentieller Investoren im iterativen Prozess in Verbindung der Planrechtschaffung durchgeführt werden.*

6. *Weitere Flächen im Plangebiet wie bspw. südlich der Toyotaallee sind als potentielle Flächen für eine (Teil)-verlagerung des Leistungszentrums des 1. FC Köln im Verfahren zu prüfen und gutachterlich zu bewerten.*

7. *Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Zeit-/Maßnahmenplan zu erstellen, um darzustellen, ob das Ziel, bis 31.12.2025 ein Frischezentrum unter den neuen Bedingungen zu verwirklichen ist.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich in geheimer Wahl zugestimmt mit folgendem Ergebnis:

Gültige abgegebene Stimmen:	*84*
Ja-Stimmen	*44*
Nein-Stimmen	*36*
Enthaltungen	*4*

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. *nimmt die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (sowie die Stellungnahmen der Verwaltung hierzu) zur Kenntnis (siehe Anlagen 1 und 2);*

2. *nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal zur Kenntnis (siehe Anlage 3);*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die auf Grundlage der in der Machbarkeitsstudie der Vorlage dargestellten Flächen für das Frischezentrum und die frischezentrumsaffinen Betriebe in dem Maße zu reduzieren, dass Frischezentrum und frischezentrumsaffine Betriebe in einem Sondergebiet (SO) im Bereich nördlich Toyotaallee (ca. 11 ha Fläche) dargestellt werden.*

4. *Die erforderlichen Umweltgutachten – und Verkehrsgutachten werden den geänderten Vorgaben entsprechend angepasst. Der Bedarf zur Durchführung des Verkehrsgutachtens wird anerkannt.*

5. *Auf Grundlage dieses Änderungsantrags soll parallel ein Markterkundungsverfahren als Ansprache und zur Auswahl potentieller Investoren im iterativen Prozess in Verbindung der Planrechtschaffung durchgeführt werden.*

6. *Weitere Flächen im Plangebiet wie bspw. südlich der Toyotaallee sind als potentielle Flächen für eine (Teil)-verlagerung des Leistungszentrums des 1. FC Köln im Verfahren zu prüfen und gutachterlich zu bewerten.*

7. *Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Zeit-/Maßnahmenplan zu erstellen, um darzustellen, ob das Ziel, bis 31.12.2025 ein Frischezentrum unter den neuen Bedingungen zu verwirklichen ist.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und AfD sowie bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Geheime Abstimmung auf Antrag von RM Homann vor Eintritt in die Tagesordnung.

Sitzungsunterbrechung von 18:01 Uhr bis 18:22 Uhr wegen Klärung, ob über die Vorlage und/oder den Antrag geheim abgestimmt werden soll.

Gemeinsame Beratung mit TOP 12.3.

3151/2021

I. Geheime Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Beschluss:

Die o.g. Beschlussvorlagen werden wie folgt geändert:

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die auf Grundlage der in der Machbarkeitsstudie der Vorlage dargestellten Flächen für das Frischezentrum und die frischezentrumsaffinen Betriebe in dem Maße zu reduzieren, dass Frischezentrum und frischezentrumsaffine Betriebe in einem Sondergebiet (SO) im Bereich nördlich Toyotaallee (ca. 11 ha Fläche) dargestellt werden.*

4. *Die erforderlichen Umweltgutachten – und Verkehrsgutachten werden den geänderten Vorgaben entsprechend angepasst. Der Bedarf zur Durchführung des Verkehrsgutachtens wird anerkannt.*

5. *Auf Grundlage dieses Änderungsantrags soll parallel ein Markterkundungsverfahren als Ansprache und zur Auswahl potentieller Investoren im iterativen Prozess in Verbindung der Planrechtschaffung durchgeführt werden.*

6. *Weitere Flächen im Plangebiet wie bspw. südlich der Toyotaallee sind als potentielle Flächen für eine (Teil)-verlagerung des Leistungszentrums des 1. FC Köln im Verfahren zu prüfen und gutachterlich zu bewerten.*

7. *Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Zeit-/Maßnahmenplan zu erstellen, um darzustellen, ob das Ziel, bis 31.12.2025 ein Frischezentrum unter den neuen Bedingungen zu verwirklichen ist.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich in geheimer Wahl zugestimmt mit folgendem Ergebnis:

Gültige abgegebene Stimmen: 84

Ja-Stimmen 45
Nein-Stimmen 36
Enthaltungen 3

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. *nimmt die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (sowie die Stellungnahmen der Verwaltung hierzu) zur Kenntnis (siehe Anlagen 2 und 3);*

2. *nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal zur Kenntnis (siehe Anlage 4);*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die auf Grundlage der in der Machbarkeitsstudie der Vorlage dargestellten Flächen für das Frischezentrum und die frischezentrumsaffinen Betriebe in dem Maße zu reduzieren, dass Frischezentrum und frischezentrumsaffine Betriebe in einem Sondergebiet (SO) im Bereich nördlich Toyotaallee (ca. 11 ha Fläche) dargestellt werden.*

4. *Die erforderlichen Umweltgutachten – und Verkehrsgutachten werden den geänderten Vorgaben entsprechend angepasst. Der Bedarf zur Durchführung des Verkehrsgutachtens wird anerkannt.*

5. *Auf Grundlage dieses Änderungsantrags soll parallel ein Markterkundungsverfahren als Ansprache und zur Auswahl potentieller Investoren im iterativen Prozess in Verbindung der Planrechtschaffung durchgeführt werden.*

6. *Weitere Flächen im Plangebiet wie bspw. südlich der Toyotaallee sind als potentielle Flächen für eine (Teil)-verlagerung des Leistungszentrums des 1. FC Köln im Verfahren zu prüfen und gutachterlich zu bewerten.*

7. *Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Zeit-/Maßnahmenplan zu erstellen, um darzustellen, ob das Ziel, bis 31.12.2025 ein Frischezentrum unter den neuen Bedingungen zu verwirklichen ist.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und AfD sowie bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Geheime Abstimmung auf Antrag von RM Homann vor Eintritt in die Tagesordnung.

Sitzungsunterbrechung von 18:01 Uhr bis 18:22 Uhr wegen Klärung, ob über die Vorlage und/oder den Antrag geheim abgestimmt werden soll.

Gemeinsame Beratung mit TOP 11.1.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir gehen jetzt in der Tagesordnung wieder zurück und kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.33 Mediationsverfahren Klimawende Köln - RheinEnergie AG

3762/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

AN/2652/2021

Frau Abé hat das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Gürzenich und am Livestream! Erst einmal vielen Dank fürs Verschieben und Warten. Die Zeit haben wir ja jetzt gut überbrückt.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wenn wir heute diese Vorlage beschließen, ist dies ein Riesenerfolg für die Stadt, die Politik und die beteiligten Akteur*innen von der Klimawende und der RheinEnergie. Das Eckpunktepapier ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035 und damit für die Zukunft unserer Stadt.

Das Mediationsergebnis zeigt, was man erreichen kann, wenn Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Ich möchte mich daher als Vorsitzende des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün und im Namen meiner Fraktion von ganzem Herzen bei den Verhandler*innen bedanken. Ich weiß, wie viel Arbeit und Zeit sie in das Verfahren gesteckt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Dank geht aber auch an die vielen Menschen, die das Bürgerbegehren unterschrieben haben. Ohne sie ständen wir heute nicht hier. Ihre Unterschrift war nicht umsonst. Dass Initiative und Druck aus der Bürger*innengesellschaft Wirkung erzielen, wissen wir spätestens seit Fridays for Future.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem durch die RheinEnergie und die Klimawende erarbeiteten Papier und in der Verwaltungsvorlage finden sich bedeutende Punkte für das Erreichen der Klimawende. So geben wir unter anderem den Startschuss für die dringend notwendige Solaroffensive. Wir intensivieren die Förderung und erleichtern den schwierigen Weg für die Windkraft. Außerdem wird mit den vorgesehenen Bau- und Energieleitlinien und der damit verbundenen Solarpflicht ein wichtiger Grundstein für das klimaneutrale Bauen gesetzt.

Die im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün beschlossenen Änderungen schärfen in wenigen Punkten nach. So wollen wir zum Beispiel Denkmal- und Klimaschutz durch Neubewertung versöhnen, den Punkt zur Solarpflicht etwas verfeinern und durch Gespräche zwischen IHK und Handwerkskammer Möglichkeiten zur Behebung des Handwerker*innenmangels ausloten.

Noch einige Worte zum Änderungsantrag der LINKEN: Bei dem vorliegenden Papier handelt es sich um einen Kompromiss. Kompromisse sind in der Regel nötig, um Ziele zu erreichen, haben aber zur Konsequenz, dass die beteiligten Parteien an ihrer jeweiligen Position Abstriche machen müssen. Jetzt wiederum ein Ursprungsziel beschließen zu wollen, ist ein verständlicher Wunsch, würde aber das ganze Verfahren ad absurdum führen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weitere Punkte sind schlichtweg einfach nicht umsetzbar. Es gibt auch interessante Punkte, die wir auf dem Weg zur Klimaneutralität weiter betrachten möchten. Allerdings waren diese nicht Teil des Mediationsverfahrens. Daher können wir dem Antrag so nicht zustimmen. Ich würde mich aber freuen, wenn wir im Ausschuss insbesondere über das Thema Wärme noch einmal sprechen würden.

Zur Bekräftigung möchte ich hier auch noch einmal die Diskussion aus dem Umweltausschuss aufgreifen und hervorheben, dass es bei dem heute vorliegenden Beschluss nur um das Verfahren zwischen Klimawende und RheinEnergie geht. Dies ist nur ein Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Der Maßnahmenplan, den wir im Juni 2021 beschlossen haben, wird vorgelegt werden, und im Januar 2022 werden dem Ausschuss erste Ergebnisse vorgestellt werden.

Lassen Sie uns daher gemeinsam einen weiteren Schritt in Richtung Klimaneutralität gehen. Ich bitte um Zustimmung zur Vorlage wie Ausschuss Klima, Umwelt und Grün.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt sowie von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ein Gruß in den Livestream! Hinter dem Titel der Beschlussvorlage *Mediationsverfahren Klimawende Köln - RheinEnergie AG* verbirgt sich zum einen der größte Transformationsprozess für ein städtisches Unternehmen, für den wir uns je eingesetzt haben, und zum anderen eine massive Offensive in der gesamten Stadt Köln zugunsten des Ausbaus von Photovoltaikanlagen.

Die RheinEnergie soll ein modernes Energieunternehmen sein, das Energie aus erneuerbaren Quellen anbietet und die Versorgung unserer Stadt - damit sind Privathaushalte und öffentliche Einrichtungen, aber auch Gewerbe und Industrie gemeint - sicherstellt, und zwar zu stabilen und angemessenen Preisen.

Das Szenario 2, das im Eckpunktepapier beschrieben ist, sehen wir als herausfordernd und ambitioniert an. Wir sehen es aber auch als erreichbar an, wenn die formulierten Rahmenbedingungen eintreten, die zum Teil außerhalb von Köln auf Landes- und Bundesebene zu schaffen sind.

Im Mittelpunkt des schnellen Wandels steht der Ausbau von Photovoltaikanlagen. Wir wollen insbesondere mit dem Ausbau auf Dächern, von denen es in Köln jede Menge gibt, zügig vorankommen. Die Einrichtung des Solarberatungszentrums, wie es auch im Eckpunktepapier beschlossen ist, ist ein wichtiger Bestandteil der Ausbaustrategie, weil wir vor allem auf die Initiative der Hauseigentümer angewiesen sind. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle auch mitnehmen und ihnen zeigen, wie jeder seine Photovoltaikanlage aufs Dach bringen kann.

Wir stehen hinter den formulierten Ausbauzielen der erneuerbaren Energien, haben im Ausschuss aber dennoch auch einen Änderungsantrag eingebracht, weil wir verschiedene Punkte noch genauer berücksichtigt wissen wollen.

Erstens geht es uns um das Thema Windenergie. Köln hat ein relativ geringes Potenzial an Windenergie, weil hier der Wind nicht so stark weht. Das Jahr 2021 ist, wie man in den Statistiken sieht, dafür auch ein gutes Beispiel. Wir wollen, dass die Verwaltung die interkommunale Zusammenarbeit bei diesem Thema vorantreibt, um eine regionale Planung für die Nutzung von Windenergie aufzustellen. Wir erleben ja schon im Kölner Norden, dass Windenergieanlagen ein umstrittenes Thema sind. Wir stehen dahinter, dass wir die Vorrangzone im Kölner Westen aufheben, um den Weg Richtung Windenergie zu ermöglichen. Aber uns ist auch wichtig, dass wir die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen, dass sie diejenigen sind, die die nächste Anlage dort stehen haben werden, mitnehmen. Sie werden sich auch alle noch daran erinnern, welche Diskussionen wir zum Beispiel im Zusammenhang mit der Errichtung der Klärschlammverbrennungsanlage im Kölner Norden gehabt haben.

Zweitens möchten wir Zielkonflikte benannt haben. Wir benötigen zügig den Bau von Wohnungen, der durch Anforderungen hinsichtlich des Energiestandards komplizierter und teurer wird. Deswegen soll bei der Erstellung der Energieleitlinien auch dargestellt werden, welche Auswirkungen die Anforderungen auf die Ziele des Wohnungsbaus haben, wie sie zum Beispiel im StEK Wohnen formuliert sind.

Drittens brauchen wir Firmen und Fachkräfte in Köln, die den Ausbau der erneuerbaren Energien umsetzen können. Da wir nicht die einzige Stadt sind, die den Photovoltaikausbau massiv vorantreiben will, stehen wir dort auch in einem Wettbewerb mit vielen anderen Städten.

Das Eckpunktepapier ist ein Ergebnis eines intensiven Ringens und Verhandelns, vor allen Dingen zunächst zwischen Bürgerinitiative und

RheinEnergie, bei dem, glaube ich, beide Verhandlungspartner wirklich an ihre Grenzen gegangen sind.

Wir als CDU tragen die Beschlussvorlage mit den Änderungen mit. Aber auch wir sind an die Grenze dessen gegangen, was wir als realistisch ansehen, und werden dann dieser Beschlussvorlage in der geänderten Form zustimmen.

Auch ich möchte mich für den konstruktiven Prozess und für den Austausch, der in wirklich guter Atmosphäre stattgefunden hat, bedanken. Ich glaube, dass wir Köln so tatsächlich auf einen neuen Weg bringen können, was den Ausbau von erneuerbaren Energien angeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute hier einen Kompromiss zur Abstimmung vorliegen - einen Kompromiss deswegen, weil wir uns zwischen zwei Polen dieser Angelegenheit, also zwischen zwei verschiedenen Enden derselben Sache, bewegen.

Auf der einen Seite haben wir nämlich die RheinEnergie, die für diese Stadt als städtisches Unternehmen ein wirkliches Pfund ist - das muss ich einmal sagen -, die als Stadtwerk ja weit über Köln hinaus Bedeutung hat und strahlt und die in Köln vielleicht auch nicht immer so behandelt worden ist, dass das angemessen gewürdigt wird.

Mit ihrem Beitrag zum Querverbund trägt sie zur Daseinsvorsorge bei. Letztlich sind es doch die Gewinne der RheinEnergie, die dafür sorgen, dass unser ÖPNV so funktioniert, wie er denn funktioniert, und dass unsere Bäder so betrieben werden können, wie sie betrieben werden.

Langer Rede kurzer Sinn: Die RheinEnergie ist ein Unternehmen zum größten Teil in öffentlicher Hand und für die Daseinsvorsorge in dieser Stadt essenziell. - Das ist der eine Pol.

Natürlich muss eine RheinEnergie auch Gewinne erwirtschaften. Das wollen wir, um diesen Querverbund sicherzustellen, und im Übrigen auch, damit in der Tasche der Kämmerin noch genug ist, um unseren Haushalt so aufstellen zu können, wie das in Köln bis jetzt immer gelungen ist.

Auf der anderen Seite haben wir aber eine Bürgerinitiative, die auch berechtigte Anliegen hat und zu Recht darauf hinweist, dass Dekarbonisierung und Klimaziele in diesen Zeiten essenziell sind.

Diese Bürgerinitiative macht sich dann natürlich auf den Weg und nimmt als Erstes ein öffentliches Unternehmen als Anknüpfungspunkt, nämlich die RheinEnergie.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, ausdrücklich auch bei der Bürgerinitiative, dafür, dass es gelungen ist, hier eine verantwortliche Lösung zu finden. Beide Seiten haben großes Verantwortungsbewusstsein gezeigt. Die RheinEnergie hat sich bewegt, und die Bürgerinitiative hat sich auch bewegt.

Das Ganze ist übrigens unter der Mitwirkung von städtischen Vertretern gelungen. Da will ich Frau Diemert und auch Herrn Wolfgramm nennen. Mit Herrn Priggen war auch ein Vertreter der Grünen beteiligt. Sie haben da wirklich gute Arbeit geleistet. Das muss man ja auch einmal herausstellen.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Der Kompromiss, der hier gefunden wurde, ist wirklich verantwortlich und verantwortbar. Deswegen werden wir ihm heute ganz bewusst und nach Würdigung der Lage auch gerne zustimmen.

Nun zu dem, was Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN und den KLIMA FREUNDEN, hier als Änderungsantrag vorgelegt haben: Ein Kompromiss hat es eben an sich, dass nicht alles so durchgeht, wie es eine Seite ursprünglich wollte. Ich denke, dass der Kompromiss, der hier gefunden wurde, verantwortbar ist. Hier ist eigentlich auch nicht der Ort, um in der Politik heute wieder den Kompromiss aufzudröseln, den die Initiative, die hier den Aufschlag gemacht hatte, sogar angenommen hat.

Langer Rede kurzer Sinn: Der Änderungsantrag wird deswegen nicht unsere Zustimmung finden, aber die Verwaltungsvorlage schon. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

> Soll die Stadt Köln im Rahmen ihrer Unternehmensbeteiligungen darauf hinwirken, dass die RheinEnergie AG und deren Tochterunternehmen spätestens ab 2030 nur Strom aus erneuerbaren Energien liefern, …?

So lautete die Frage der Bürgerinitiative Klimawende Köln, die über 30 000 Kölner*innen mit Ja beantwortet haben.

Die im Papier aufgeführten Maßnahmen reichen allerdings nicht aus, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Die RheinEnergie sagt nämlich lediglich zu, dass bis 2035 alle Kund*innen mit 100 Prozent erneuerbarem Strom beliefert werden, und die RheinEnergie macht selbst diese Zusage von nicht näher definierten Rahmenbedingungen abhängig.

Eine weitere Stellungnahme der RheinEnergie macht es sogar noch schlimmer. Statt konsequent auf erneuerbare Energien zu setzen, plant das Unternehmen weitere Investitionen in den Ausbau von Gaskraftwerken. Das ist allerdings nicht der komplett richtige Weg.

An dieser Stelle möchte ich aber noch einmal betonen, wie unglaublich wertvoll und wichtig die Bemühungen der Klimawende waren, diese Gespräche voranzubringen und nicht lockerzulassen. Ohne die Klimawende würden wir hier gar nicht diese Debatte führen können. Daher bedanke ich mich im Namen meiner gesamten Fraktion für die Bemühungen um einen Klimaschutz, der für uns alle an vorderster Stelle stehen sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Für uns steht allerdings auch fest: Wir wollen das Anliegen der 30 000, die das Bürgerbegehren unterschrieben haben, voranbringen. Daher haben wir einen umfangreichen Änderungsantrag vorgelegt.

Wir wollen die Verwaltung mit Nachverhandlungen mit der RheinEnergie beauftragen.

Uns LINKEN ist es auch wichtig, dass die notwendige Energiewende nicht auf Kosten der Armen und Geringverdienenden geht. Für uns gehören Sozialpolitik und Umweltschutzpolitik untrennbar zusammen. Die Reichen und die Superreichen sind die Hauptverursacher des Klimawandels. Deswegen wäre es nur fair, dass sie auch die Kosten tragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher beantragen wir eine wärmemietenneutrale Umsetzung der Sanierung bei Miethäusern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kollegin, es ist sehr gut, dass Sie hier noch einmal das 1,5-Grad-Klimaziel zitiert haben. Dazu können wir Kölnerinnen und Kölner und die RheinEnergie aber nur einen verschwindend geringen Teil beitragen. Das muss die Weltgemeinschaft gemeinsam leisten.

Wir setzen hier allerdings ein Zeichen und zeigen, wie man das als Kommune machen kann. Sie können Ihre guten Verhältnisse zu anderen Staaten, die Sie als Partei haben, ja nutzen, damit sich andere Staaten vielleicht auch entsprechend einsetzen. Ich kenne da einige.

(Vereinzelt Heiterkeit - Zuruf von Sandra Schneeloch [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ich hoffe, Sie haben es verstanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion stimmt diesem Antrag sehr gerne zu, weil wir hier Bemühungen unternehmen, um dieses Klimaziel für unsere Kommune zu erreichen, und da als Beispiel vorangehen.

Es wurde von Rahmenbedingungen gesprochen. Ich sehe hier zweimal Rahmenbedingungen.

Die ersten Rahmenbedingungen finden sich in dem im Eckpunktepapier festgehaltenen Kompromiss, der mit der RheinEnergie erzielt worden ist. Darunter sind natürlich auch wieder viele globale Sachen. Wie sehen nachher zum Beispiel die Preise für den grünen Wasserstoff aus? Das steht ja so darin.

Darum werden wir, verehrte Kollegin, unsere Gaskraftwerke wahrscheinlich auch noch als Überbrückungstechnologie benötigen. Insbesondere sollten sie auch deshalb weiter aktiv sein, weil wir sie ja nachher mit Wasserstoff nutzen wollen. Man sollte sie also nicht zu früh abschalten. Denn wir brauchen erst den Ersatzstoff, den wir dann dafür einsetzen können, zu entsprechenden Preisen. Sie haben gerade davon gesprochen, dass es für alle bezahlbar sein soll. Insofern ist es wichtig, dass wir die Überbrückungstechnologie haben.

Bei den zweiten Rahmenbedingungen geht es um die Stadt Köln, bei der wir die Verwaltung beauftragen. Ich habe den ganz großen Wunsch, dass wir das sehr ernst nehmen und es zügig angehen. Da erinnere ich mich nämlich an verschiedene Projekte, die die Verwaltung angegangen hat, zum Beispiel ein Museum hier ganz in der Nähe, aber auch andere Sachen wie die Oper. Das sollte nicht unser Beispiel dafür sein, wie man so etwas angeht. Hier erwarte ich zügigeres Vorgehen, damit wir nicht in zehn Jahren wieder an derselben Stelle stehen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich da ein Déjà-vu habe. Wir haben solche Anträge oder Vorlagen alle gemeinsam beschlossen und lesen nachher in den Berichten, die auch hier vorgesehen sind, dass es dann doch wieder ein bisschen länger dauert.

Denn so viel Zeit - Frau Gabrysch, da gebe ich Ihnen recht - haben wir wirklich nicht. Darum sollten wir das jetzt zügig angehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik hat das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauer*innen, falls noch da, oder zu Hause, falls noch da! Ich rede hier nicht zum ersten Mal über die Klimakrise und auch nicht zum zweiten Mal, und Sie kennen alle unsere Position bei Volt hinsichtlich der dringenden Notwendigkeit für effektiven Klimaschutz.

Mein Dank geht an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich an die Verwaltung für die Erstellung dieser Beschlussvorlage und ganz ausdrücklich auch an die Bürgerinitiative Klimawende und die RheinEnergie, ohne die das gar nicht in dieser Form möglich wäre.

Wir haben hier zwei Schwerpunkte. Das eine ist ganz klar die Solaroffensive. Dazu noch einmal zwei Zahlen: 2019 lag der Anteil der Photovoltaik am gesamten Stromverbrauch laut Energieatlas Nordrhein-Westfalen in Köln bei 2,2 Prozent, in Münster damals schon bei 9 Prozent.

Da gibt es also einiges zu tun. Das werden wir hier nur zum geringsten Teil leisten, sondern das werden Handwerkerinnen und Handwerker machen. Deswegen war uns in unserem Änderungsantrag im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün auch noch einmal wichtig, dass das nach oben in den Beschlusstext wandert und wir das Handwerk hier stärken, einbeziehen und mitdenken.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ganz wichtig ist für uns auch ein konsequentes Monitoring des Ganzen. Wir stehen hier und schwingen schöne Reden. Lasst uns unsere Erfolge messbar machen - oder unsere Misserfolge, die hoffentlich nicht eintreten werden -, also die Erfolge von uns allen hier in der Politik und genauso natürlich die Erfolge der Verwaltung bei der Umsetzung des Ganzen.

Wir haben die Indikatoren, die gerade in der Entwicklung sind, im Konsortium für den Klimamaßnahmenplan. Diese wollten wir hier mit hineinbringen, damit wir keine parallelen Messsysteme erstellen.

Nun noch zu der Kritik vonseiten LINKEN und KLIMA FREUNDEN: Ich kann verstehen, dass euch auf Basis eurer Position hier einiges nicht schnell genug geht. Aber wir reden über einen Kompromiss.

Wir sollten uns auch noch einmal Folgendes klarmachen: Wir stimmen hier nicht über den Maßnahmenplan zur Klimaneutralität ab. Die Abstimmung heute bezieht sich auf die Einigung zwischen Klimawende und RheinEnergie. Über den Maßnahmenplan diskutieren wir dann hoffentlich im Januar und Februar 2022.

Lasst uns ambitioniert und effizient handeln, um den Klimaschutz voranzubringen und nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Stadt zu hinterlassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auf meiner Liste steht jetzt Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen aus Politik und Verwaltung! Vorab möchte ich betonen, dass ich großen Respekt habe und sehr dankbar bin für alles, was die Klimawende Köln in diesen mittlerweile knapp zwei Jahren geleistet hat. Ich danke allen, die an dem Bürgerbegehren mitgearbeitet haben und Unterschriften gesammelt haben, und allen, die unterschrieben haben.

Das ist ein wichtiges, wirkungsvolles Instrument der Bürger*innenbeteiligung. Es hat schon jetzt seine Wirkmacht bewiesen. Die Mediationsgespräche zwischen Zivilgesellschaft sowie Verwaltung, Politik und Wirtschaft hätten sonst wahrscheinlich nie stattgefunden - und schon gar nicht so schnell und so umfangreich.

Das ausgearbeitete Ergebnis bzw. die Beschlussvorlage - hier geht auch großer Dank an die Verwaltung - ist absolut wichtig und sinnvoll, um die dringend überfällige Energiewende einzuleiten.

Die KLIMA FREUNDE stimmen also absolut dem Ergebnis der Mediation und auch der Beschlussvorlage zu - und vor allem natürlich den Ergänzungen, die wir sehr begrüßen. Wir freuen uns auch darüber, dass da einiges eingeflossen ist, was auch seitens der KLIMA FREUNDE in diversen Gremien schon eingebracht wurde.

Aber ich stehe hier als Sprachrohr für die Klimagerechtigkeitsbewegung und als Vertreterin der Forderungen der For-Future-Bewegung. Das Ganze ist stets eine Gratwanderung zwischen dem, was Stand heute nach Meinung der Verantwortlichen möglich ist, und dem, was nach Meinung der Klimagerechtigkeitsbewegung bzw. auf Basis von wissenschaftlichen Fakten nötig ist, um für uns alle - für die Menschen, die wir hier vertreten, und vor allem für alle Folgegenerationen, also für die Menschen, die in dieser Stadt noch geboren werden und die in diese Stadt noch zuziehen - für eine lebenswerte Zukunft zu sorgen.

Fakt ist: Das Ergebnis ist ein Kompromiss. Das haben wir hier auch schon konstatiert bekommen. Das Mediationsergebnis bzw. die Beschlussvorlage auch in ihrer geänderten Form deckt die Forderungen des Bürgerbegehrens nicht vollständig ab. Das Mediationsergebnis bzw. der Änderungsantrag reicht nicht, um bezüglich RheinEnergie und Energiewende das Nötige zu tun und für Klimaneutralität bis 2030 zu sorgen bzw. um das Pariser Abkommen und das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.

Ja, natürlich schaffen wir das nicht alleine hier in Köln. Und ja, natürlich ist das hier ein großer Schritt und hoffentlich ein gutes Vorbild für andere Kommunen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert)

Ich gebe Gas.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen bin ich dankbar für die sorgfältige Arbeit der LINKEN und für jegliche Forderungen und damit Anregungen, die im Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE ausgearbeitet wurden. Die wissenschaftlichen Fakten zeigen: Mehr ist nötig. Und dieser Änderungsantrag zeigt: Mehr ist auch heute schon möglich.

(Zuruf: Ende! - Die Zeit! - Vereinzelt Beifall)

Es muss allen Beteiligten klar sein, dass dies, was heute hier beschlossen wird, nur der Anfang sein kann. Deswegen bitte ich alle hier, dafür zu sorgen, dass wir uns jetzt nicht auf diesem Ergebnis ausruhen, sondern noch Tempo zulegen und weitermachen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und auch am Stream! Der Kompromiss ist ein guter Kompromiss. Die Beschlussvorlage ist dementsprechend auch eine gute Beschlussvorlage. Sie findet daher auch meine Zustimmung.

Ich möchte dennoch einige kritische Anmerkungen machen, und zwar in erster Linie zum Verfahren selbst.

Ein Bürgerbegehren ist eine hoch komplizierte Geschichte. Der Gesetzgeber hat da bislang leider relativ viele Hürden eingebaut - wohl mit dem Wunsch, dass es nicht allzu viele Bürgerbegehren gibt. So ist es ja auch in Köln. Gefühlt haben wir

hier praktisch kein einziges Bürgerbegehren irgendwann einmal erlebt. Selbst das Bürgerbegehren zum Godorfer Hafen war ja auch nur eine Bürgerbefragung und kein Bürgerentscheid.

Ein Bürgerbegehren muss juristisch wasserdicht sein. Die Fragen müssen präzise sein, damit es nicht irgendwann kassiert wird. Diese Mühe hat sich die Klimawende Köln gemacht. In ihrem ersten Entwurf bezog sich die Frage sowohl auf Strom als auch auf Wärme. Darauf hat die Klimawende dann verzichtet und die Frage wie folgt präzisiert - jetzt einmal verkürzt dargestellt -: Ökostrom ab 2030 durch die RheinEnergie, ja oder nein?

So weit, so gut. Natürlich wollen wir ein Bürgerbegehren, das auch Erfolg hat und juristisch Bestand hat.

Dann geht es ans Unterschriftensammeln. Das sind nicht wenige; rund 30 000 Unterschriften brauchen wir dafür in Köln. An dieser Stelle sage ich auch noch einmal herzlichen Dank, weil das eine ziemlich quälende Prozedur über Monate oder sogar Jahre sein kann, an all die Sammlerinnen und Sammler, die diese Unterschriften eingesammelt haben. Auch bei uns in der Nachbarschaft standen sie regelmäßig am Wochenende an der Kreuzung und haben gesammelt, gesammelt, gesammelt, gesammelt.

Nun hatten sie die Unterschriften zusammen. War damit das Ziel erreicht? Nein, noch nicht. Der nächste Schritt ist hier im Rat. Das Bürgerbegehren muss sozusagen anerkannt werden. Es geht auch darum, ob der Rat diesem Begehren folgt oder ob es dann doch tatsächlich zu einem Bürgerentscheid kommt.

Ein Bürgerentscheid wäre zur Bundestagswahl im September 2021, also dieses Jahres, höchstwahrscheinlich möglich gewesen. Dieses Ziel hätten wir erreichen können.

Die RheinEnergie muss kalte Füße bekommen haben. Sie muss damit gerechnet haben, dass der Bürgerentscheid auch so hätte ausgehen können, dass sie von der Bürger*innenschaft dazu verdonnert worden wäre, Ökostrom ab 2030 anzubieten. Nur so ist es für mich persönlich zu erklären, dass es zu diesem Mediationsverfahren kam - angestoßen von den Kölner Grünen; so steht es auch auf der Seite der Klimawende Köln. Es war also nicht unbedingt die Idee des eigentlichen Bürgerbegehrens und vermutlich auch nicht die Idee der RheinEnergie. So hatte man sich dann zusammengefunden und in einem längeren Mediationsverfahren dieses Ergebnis, über das wir heute abstimmen, ausgehandelt.

Ich sehe das persönlich etwas kritisch. Denn ich habe eine relativ banale Frage - Ökostrom ab 2030, ja oder nein? - unterschrieben. Ich habe das gerne unterschrieben. Und meine Unterschrift tut nichts zur Sache. Sie wird nicht für einen Bürgerentscheid in dieser Frage benutzt, sondern erst einmal in den Giftschrank gelegt - für den Fall, dass das Mediationsverfahren scheitert oder dass das Ergebnis, das der Rat hier heute beschließt, nun doch nicht im Sinne der Klimawende Köln ist.

Ich habe mit meiner Unterschrift aber überhaupt keinen Auftrag erteilt, in ein Mediationsverfahren mit der RheinEnergie zu gehen und auch über völlig andere Sachen als über Ökostrom ab 2030 zu verhandeln. Das habe ich nicht gemacht.

Wie gesagt, ist das Ergebnis super. Aber ist das ein Verfahren, das wir uns wünschen? Sieht Bürgerbeteiligung denn so aus, dass eine kleine Gruppe im Alleingang ohne die Politik - wohlgemerkt ohne die Politik - solche Ergebnisse aushandelt und der Rat es anschließend, salopp gesagt, nur noch abnickt?

In diese Richtung gingen hier auch die Wortbeiträge zum Antrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE, dem ich übrigens gerne noch beitrete; mit Herrn Weisenstein war das so abgesprochen. Da heißt es zu den guten Vorschlägen: Das geht nicht mehr, weil der Kompromiss anders aussieht. - Entschuldigt bitte. Wer entscheidet denn hier über die Klimapolitik der Stadt Köln? Das macht der Rat mit Mehrheit. Und wenn es da gute Vorschläge seitens der LINKEN gibt, dann kann man sie hier natürlich auch mit Mehrheit beschließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie gesagt, ist das Ergebnis gut. Das Verfahren halte ich allerdings für kritisch oder zumindest überdenkenswert. Denn wir wollen doch weiterhin Bürgerbegehren machen. Und wer stellt sich jetzt, bitte schön, noch einmal für 30 000 Unterschriften hin, wenn er noch nicht einmal sicher sein kann, dass dieses Bürgerbegehren tatsächlich auch zu einem Bürgerentscheid führt?

Deswegen bin ich mir nicht sicher, ob dieses Verfahren auch im Sinne von mehr direkter Demokratie der Sache wirklich einen Dienst erwiesen hat.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Nein. Es sind aber auch einige aus der Klimawende Köln abgesprungen, muss man sagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Leider ist die Redezeit abgelaufen.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Das Ergebnis ist gut. Das Verfahren ist bedenkenswert. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag von der LINKEN, Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann, der gerade beigetreten ist - er nickt -, abstimmen und danach über die Ursprungsvorlage, und zwar wie Ausschuss Klima, Umwelt und Grün sowie wie Finanzausschuss, Anlage 4.

Zunächst lasse ich also über den Änderungsantrag der LINKEN und der beiden Ratsmitglieder Gabrysch und Zimmermann abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und die Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist ihr mit großer Mehrheit zugestimmt. - Vielen, vielen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir gehen jetzt in der Tagesordnung wieder ein Stück zurück.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

Beschluss:

Hinter:

„Der Rat der Stadt Köln

1. nimmt das Eckpunktepapier (Anlage 1) als Ergebnis des Mediationsverfahrens zwischen Bürgerinitiative Klimawende Köln und der RheinEnergie AG zur Kenntnis“,

bitten wir folgendes zu ergänzen:

„und beauftragt die Verwaltung folgende Punkte mit der Rheinenergie zusätzlich zu vereinbaren:

a. Die Stadt fördert den Wärmenetzausbau bis hin zur Anschlussverpflichtung wenn

- *Rheinenergie sich verpflichtet, mindestens die von ihr zu verantwortenden Maßnahmen des Szenario 2 des Eckpunktepapiers zwingend umzusetzen,*
- *neue Wärmenetze zum allergrößten Teil nur durch regenerative Energie betrieben werden,*
- *die verbrauchten Gasmengen in den Kölner Kraftwerken kontinuierlich zurück gehen,*
- *keine Investitionen mehr in neue oder alte Gaskraftwerke gemacht werden, mit Ausnahme von notwendigen Reparaturen und zur Umrüstung auf Wasserstoff,*
- *die bestehenden Wärmenetze auf Temperaturen unter 100 Grad umgerüstet werden,*
- *Netze für Neubauten als Niedertemperaturnetze ausgelegt werden,*
- *mögliche Wärmequellen erschlossen und in die Netze integriert werden,*
- *die Energieerzeugung und -speicherung so gestalten, dass ab 2035, dem Jahr der völligen Dekarbonisierung, Wasserstoff ausschließlich bei Dunkelflaute genutzt wird.*

b. Die Rheinenergie verpflichtet sich, dort, wo sie die Mehrheit an Unternehmen besitzt, bis 2030 die Stromerzeugung auf erneuerbare Energie umzustellen bzw. fossile Energie ab 2030 ausschließlich bei Dunkelflauten einzusetzen.

c. Die Rheinenergie legt einen Ausstiegspfad aus dem Gasverkauf vor, der - beginnend mit der Ersetzung der Werbung und des Angebotes für den Einbau von auf die Nutzung fossilen Gases über 2035 hinaus angelegten Heizungsanlagen, durch klimafreundlichere und ressouceneffizientere Alternativen wie z.B. Wärmepumpen – dazu beiträgt, dass bis 2035 auf den Einsatz fossilen Gases zu Heizzwecken in Köln ganz verzichtet und so das Ziel der Dekarboniserung bis 2035 erreicht werden kann. Der Ausstiegspfad wird jährlich überprüft und ggf. nachgeschärft.

d. Die Rheinenergie verpflichtet sich, an dem Wärmekataster der Stadt Köln mitzuwirken und nach Möglichkeit externe Wärmequellen zu nutzen.

Punkt 2 wird wie folgt ergänzt:

2. beauftragt die beteiligten städtischen Akteure, die im Eckpunktepapier festgehalten Maßnahmen gemäß Szenario 2 sowie die zusätzlichen Vereinbarungen umzusetzen.

Punkt 3 wird wie folgt ergänzt:

3. beauftragt die beteiligten städtischen Akteure zusätzlich zu Beschlusspunkt 2 und den zusätzlichen Vereinbarungen eine Umsetzung der Maßnahmen gemäß Szenario 3 anzustreben.

als neuer Punkt 5 d) wird eingefügt:

„Eine warmmietenneutrale Umsetzung der Sanierung bei Mietshäusern ist in den Förderrichtlinien zwingend vorzuschreiben.“

Ergänzung zum Punkt 9:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, über den Stand der Umsetzung erstmals im Sommer 2022- anschließend regelmäßig (min. einmal pro Jahr im AKUG) zu berichten und die Bürgerinitiative Klimawende Köln mindestens halbjährlich zu informieren.

„Die Verwaltung erstellt außer der Energie- und THG Bilanz, die ja eine Energieverbrauchsbilanz ist, eine Energieerzeugungsbilanz, die min. einmal im Jahr erhoben wird, über die im AKUG berichtet wird.

Einmal im Jahr wird die Öffentlichkeit in geeigneter Form über den Stand der THG- Reduktionen, die Transformation hin zu erneuerbaren Energien und das verbleibende CO2-Budget der Stadt Köln informiert.“

als neuer Punkt 11 wird eingefügt:

„Die Stadt Köln erstellt ein dynamisches Wärmekataster. Dieses soll auch die Möglichkeiten der Wärmegewinnung durch Flusswasser, Abwasser, Geothermie usw. beinhalten.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
RM Zimmermann (GUT Köln) tritt dem Änderungsantrag in der Sitzung bei.

II. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün (Anlage 2), des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden (Anlage 6) und des Finanzausschusses vom 06.12.2021 (Anlage 4)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. nimmt das Eckpunktepapier (Anlage 1) als Ergebnis des Mediationsverfahrens zwischen Bürgerinitiative Klimawende Köln und der RheinEnergie AG zur Kenntnis.

2. beauftragt die beteiligten städtischen Akteure, die im Eckpunktepapier festgehalten Maßnahmen gemäß Szenario 2 umzusetzen.

3. beauftragt die beteiligten städtischen Akteure zusätzlich zu Beschlusspunkt 2 eine Umsetzung der Maßnahmen gemäß Szenario 3 anzustreben. Daher beauftragt der Rat die beteiligten Akteure, auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, um Rahmenbedingungen gemäß Szenario 3 herbeizuführen.

4. Ausbau Solarenergie/Photovoltaik

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

a. gemeinsam mit Akteuren aus der Stadtgesellschaft sowie dem Konzern Stadt Köln, mit einer breiten Informations- und Aktivierungskampagne auf den Ausbau der Nutzung der Solarenergie hinzuwirken (Solar-Offensive)

b. die Nutzung und den Ausbaus der Solarenergie auf und an vorhandenen und geplanten baulichen Anlagen prioritär voranzutreiben sowie den Pacht- und Betreibervertrag zwischen der Stadt Köln und der RheinEnergie AG über die Ausstattung von Bestandsgebäuden mit Photovoltaikanlagen in einem ersten Paket auf 105 Dachflächen umzusetzen (vorbehaltlich deren baulicher Eignung). Über den Stand der Umsetzung und den konkreten Zeit-Maßnahmen-Plan ist Ende des 1. Quartals 2022 zu berichten.

c. das Potential für Photovoltaik auf städtischen Gebäuden außerhalb des Sondervermögens der Stadt Köln, auf dem Gebäudebestand des Konzerns Stadt Köln sowie auf im Mietverhältnis durch die Stadtverwaltung genutzten Gebäuden zu ermitteln.

d. alternative Photovoltaik-Anwendungen wie Solarfassaden oder Solarverglasungen an städtischen Gebäuden zu prüfen und wo möglich Pilotanwendungen zu testen. Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün wird nach Abschluss der Erprobungen über die Ergebnisse informiert.

*e. ab sofort wird die Stadt Köln bei der externen Anmietung von Gebäuden darauf hinwirken in den Mietverträgen eine Klausel zum Einsatz erneuerbarer Energien aufzunehmen, welche die Vermieter*innen auffordert, entsprechende Technik, insbesondere Photovoltaik – soweit im Bestand möglich – einzusetzen.*

f. die bereits avisierten versiegelten Flächen daraufhin zu überprüfen, ob Photovoltaikanlagen als – zusätzliche - Nutzung realisiert werden können. Neben den Flächen im Eigentum der Stadt Köln sollen auch die Flächen der städtischen Beteiligungsgesellschaften wie z.B. die Parkplätze mitbetrachtet werden.

g. gemäß den Ausführungen zum Thema „Floating Photovoltaik“, mit Abgrabungsbetrieben, die geeignete Wasserflächen durch die Auskiesung erlangt haben, Gespräche zu führen und die Nutzung dieser Wasserflächen zu sondieren. Die fachlichen und rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von Floating-Anlagen sind zu berücksichtigen.

h. zu überprüfen, ob Flächen an und entlang von Verkehrswegen (Autobahnen, Bahnlinien, etc.) für den Einsatz von PV-Anlagen genutzt werden können. Die Verwaltung soll hierzu Gespräche mit den Eigentümern (Autobahn GmbH, DB, etc.) führen und im zweiten Quartal 2022 eine Darstellung der Eignungsflächen im Stadtgebiet vorlegen.

*i. beauftragt die Verwaltung, aktiv auf private Eigentümer*innen von Gebäuden innerhalb des Stadtgebiets zuzugehen und für eine stärkere Nutzung von PV zu werben. Fokus dieser aktiven Ansprache sollen zunächst große Immobilieneigentümer*innen wie z.B. das Erzbistum, Industrieunternehmen und die Wohnungswirtschaft sein.*

j. Es soll geprüft werden, ob eine Neuausrichtung der Bewertung Denkmalschutz in Richtung Klimaschutz möglich ist. Das Ergebnis wird den Ratsgremien zur Entscheidung vorgelegt.

5. Förderprogramm

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

a. das bisherige Altbausanierungsprogramm an die geänderten Bundesförderbedingungen anzupassen und in ein „Investitionsprogramm Klimaschutz“ zu überführen. Für dieses Programm sind Förderschwerpunkte zu entwickeln und ab 2022 umzusetzen. Die Nutzung des Förderprogramms ist durch zielgruppenadäquate Kommunikationskampagne(n) zu bewerben.

b. die Wirkung des Investitionsprogramms sowie der gewählten Förderschwerpunkte regelmäßig zu evaluieren, zu justieren und der Politik zu berichten.

c. die neue Förderrichtlinie der Politik im 1. Quartal 2022 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

6. Windenergie

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

die Aufhebung der Konzentrationszone für Windenergieanlagen zur Entscheidung durch den Rat vorzubereiten. Hierfür ist die Datenlage über die räumlichen Auswirkungen einer ersatzlosen Aufhebung der bestehenden Konzentrationszone für Windenergieanlagen zu klären, um im 2. Quartal 2022 eine Darstellung der voraussichtlichen Eignungsflächen im Stadtgebiet vorzulegen.

Parallel dazu wird die Verwaltung die interkommunale Zusammenarbeit vorantreiben, um eine regionale Planung für die Nutzung von Windenergie aufzustellen.

7. Bau- und Energieleitlinien für Nicht-städtischen Neubau und städtisch genutzten Gebäudebestand

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

a. mit der prioritären Umsetzung der Maßnahme 2.2 „Leitlinie für Klimaschutz bei Konversion und Neubau“ aus dem Maßnahmenprogramm „KölnKlimaAktiv2022.

*b. als erstes Modul der Leitlinie Vorhabenträger*innen verbindliche Vorgaben zu machen, die auf einen baulichen Standard hinwirken, der geeignet ist Klimaneutralität 2035 herbeizuführen, d.h. vergleichbar mit Passivhaus-Standard oder Plus-Energie-Gebäude; eine Energieversorgung für den Restwärme- und Warmwasserbedarf aus regenerativen Quellen und effizienter Energieversorgungstechnik vorsehen; eine Pflicht zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf Neubauten beinhalten. Dabei wird in Absprache mit dem Wohnungsbauforum geprüft, wie eine solche Pflicht mittels entsprechender Vorgaben in Bebauungsplänen für Neubauten von Wohn- und Nichtwohngebäuden, Dacherneuerungen umgesetzt werden kann. Einzelheiten der Regelung und begleitenden Informationen sowie Beratungsmöglichkeiten für Bauherr*innen fließen in die Leitlinie ein.*

Bei der Erstellung der Leitlinie werden mögliche Auswirkungen auf die Ziele des Wohnungsbaus - wie z.B. im Stek Wohnen formuliert - dargestellt.

c. das erste Modul der Leitlinie der Politik im 1. Quartal 2022 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

*d. ab sofort bei der externen Anmietung weiterer Gebäude in den Mietverträgen eine Klausel aufnehmen, die Bezug zur Anwendung der Energieleitlinien enthält, um die Vermieter*innen aufzufordern, entsprechende Technik – soweit im Bestand möglich – einzusetzen.*

e. die Wirkung beider Leitlinien ist zu evaluieren.

8. Geothermie

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

a. die Gesamtheit der Geothermiepotentiale auf dem Stadtgebiet zu erheben.

b. eine in die geplante und weiterentwickelte Beratungsstruktur für klimabezogene Förderprogramme, auch die Umrüstung auf Geothermie-Anlagen zu integrieren und auf weitere Vorhaben von Geothermie-Anlagen (z.B. bei Neubaugebieten) auszudehnen.

9. Monitoring

Der Rat beauftragt die Verwaltung, über den Stand der Umsetzung -erstmals im Sommer 2022- anschließend regelmäßig zu berichten und die Bürgerinitiative Klimawende Köln mindestens halbjährlich zu informieren. Die Berichterstattung greift die gemäß AN/1377/2021 “Verankerung des Ziels der gesamtstädtischen Klimaneutralität in Köln bis 2035” entwickelten Indikatoren zur Überprüfung auf und nutzt diese für ein konsistentes Controlling.

10. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Gespräche mit der IHK und insbesondere der Handwerkskammer aufzunehmen und zu thematisieren, welche konkreten Maßnahmen getroffen werden können, um Ausbildungsberufe mit Bezug PV Installation, Sanierung und klimagerechte Wärmeversorgung zu stärken. Über den Fortgang der Gespräche ist im AKUG und im Wirtschaftsausschuss halbjährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.1 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

2314/2021

Ich frage nach Wortmeldungen zu TOP 10.1. - Ich sehe keine Wortmeldungen. - Doch. Die AfD meldet sich zu Wort. Bitte, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Wir halten das alles für nicht nötig. Deswegen lehnen wir das ab.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dem Anliegen der StadtAG wird durch die Haushaltsbegleitbeschlüsse Rechnung getragen.

Dann frage ich, obwohl wir das jetzt schon wissen, nach Gegenstimmen. - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt den LSBTI-Aktionsplan mit dem Titel: „Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ als erstes kommunales Handlungskonzept zum Abbau von Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Köln und nimmt diesen zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- *die im vorliegenden LSBTI-Aktionsplan beschriebenen Maßnahmen umzusetzen,*
- *ein Controlling für den Implementierungsprozess zu entwickeln und dieses durchzuführen,*
- *den LSBTI-Aktionsplan fortzuschreiben und dabei Maßnahmen unter Einbeziehung der Expert*innen der LSBTI-Communities weiterzuentwickeln*

und somit die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie die Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe von LSBTI-Menschen als Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen der Stadtverwaltung weiter zu etablieren.

Für die Umsetzung einzelner Maßnahmen, die mit der Zusetzung von Personal oder Finanzmitteln verbunden sind, sind gesonderte Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien (Fachausschüsse oder Rat) herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Dem Anliegen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender wird durch die Haushaltsbegleitbeschlüsse Rechnung getragen.

10.2 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße, Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung

2622/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung in den Hauptausschuss am 10.01.2022 zur Entscheidung verwiesen (siehe Ziffer III - Seite 4f).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.2 ist in den Hauptausschuss verwiesen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Verlängerung Auszugsmanagement 2022/2023

3308/2021

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verlängerung der Finanzierung von vier bei Trägern befristeten Stellen im Rahmen des Auszugsmanagements. Die bisherige Befristung zum 31.12.2021 wird um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2023 verlängert. Als Grundlage dienen die Beschlüsse vom 14.11.2011 (Vorlage 1891/2011 Maßnahmenübersicht), 12.05.2015 (Vorlage 0925/2015 vorzeitige Verlängerung und Erweiterung), 28.06.2016 (Vorlage 1450/2016 Erweiterung), 14.11.2017 (Vorlage 2338/2017 Entfristung von drei Vollzeitstellen - eine pro Träger - und Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2019), 07.11.2019 (Vorlage 3328/2019 Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2021).

Zur Finanzierung der vier befristeten Stellen stehen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022 Aufwandsermächtigungen in Höhe von 292.000 € im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2023 sind ebenfalls 292.000 € zu berücksichtigen. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2023 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022

3378/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022 gemäß § 6 Absatz 1 und § 60 a der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2019 - Beteiligungsbericht 2019

3605/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2019 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18

Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 1 auf eine Nutzlänge von 60 m

2430/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage. So ist es auch im Verkehrsausschuss beschlossen worden.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss über den Beschlussvorschlage der Vorlage (wie Verkehrsausschuss vom 23.11.2021):

Der Rat der Stadt Köln beschließt - vorbehaltlich des rechtskräftigen Baurechts, vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung des Zuschussgebers zu einem vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginn der Maßnahme beziehungsweise einer Vorsorgemaßnahme – im Rahmen der Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4 und 13 den Ausbau der Bahnsteige der 5 Haltestellen Aachener Str./Gürtel, Wüllnerstraße, Dürener Str./Gürtel, Im Weidenbruch und Mülheim Berliner Straße (Bauphase 1) auf eine Nutzlänge von 60 m sowie die Erstattung des städtischen Eigenanteils an den Investitionskosten in Höhe von rd. 690.000 € an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB). Die Maßnahme wird von der KVB durchgeführt.

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2021 die Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 in Höhe von 690.000 € für die o.g. Maßnahme im Teilfinanzplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9003, L 4, 13 u. 18 - Bst.-Verlängerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Zügigkeitserweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule, Stresemannstraße 36 in Köln-Finkenberg zum Schuljahr 2022/23 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

2500/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), die Zügigkeitserweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule, Stresemannstraße 36, 51149 Köln-Finkenberg, unter Nutzung von Schulraumkapazitäten des benachbarten Schulstandortes Stresemannstraße 15 (ehemals Finkenbergschule) um zwei Züge von 6 auf 8 Züge in der Sekundarstufe I und um einen Zug von 4 auf 5 Züge in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2022/23. Die beiden Standorte befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft, sozusagen auf einem „Schulcampus“. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2022/23 umgesetzt werden.*

   Es handelt sich hierbei ausschließlich um den Beschluss zur schulrechtlichen Änderung der Zügigkeit. Die Thematik Schulhausmeister, -sekretariat, -sozialarbeiter sowie die Einrichtung der Schule in gesonderter Form durch die zuständigen Gremien werden nachgelagert beschlossen.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2020

3377/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022

3991/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln für das Wirtschaftsjahr 2022 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.
Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 20,0 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen.
Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögensplans erforderlich ist, wird auf 12,0 Mio. Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2010

4091/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 07.12.2021:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt gemäß § 59 Abs. 3 S. 4 GO NRW auf der Grundlage des Prüfberichts des Rechnungsprüfungsamtes vom 19.11.2021 nach eingehender Beratung vom heutigen Tage zum Ergebnis der Gesamtabschlussprüfung der Stadt Köln zum 31.12.2010 wie folgt Stellung:

> *Der Rechnungsprüfungsausschuss schließt sich dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes und der darin gemäß § 102 Abs. 8 GO erteilten Versagung des vorliegenden Gesamtabschlusses an.*
>
> *Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Feststellung des Gesamtabschlusses 2010 und die Entlastung der Oberbürgermeisterin gemäß § 96 Abs. 1 GO.*

Beschluss des Rates:

Die Bestätigung des geprüften Gesamtabschlusses obliegt gemäß § 116 Abs. 9 GO dem Rat der Stadt Köln. Dessen Beschluss lautet wie folgt:

> *Der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte und durch den Rechnungsprüfungsausschuss versagte Gesamtabschluss der Stadt Köln zum 31.12.2010 wird festgestellt.*
>
> *Der Oberbürgermeisterin wird die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2018

4088/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Rates:

Die Bestätigung des geprüften Gesamtabschlusses obliegt gemäß § 116 Abs. 9 GO dem Rat der Stadt Köln. Der Beschluss des Rates lautet wie folgt:

> *Der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte und durch den Rechnungsprüfungsausschuss bestätigte Gesamtabschluss der Stadt Köln zum 31.12.2018 wird festgestellt.*
>
> *Der Oberbürgermeisterin wird die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO erteilt.*
>
> *Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die im Prüfbericht dargestellten Mängel zu beseitigen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Wirtschaftsplan 2022

4029/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem als Anlage 1 beigefügten Wirtschaftsplan 2022 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu: „Aktivitäten der StEB, die Mehraufwendungen im städtischen Haushalt zur Folge haben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 RheinEnergie AG

hier: Rheinlandkooperation/Anpassung der Satzung der RheinEnergie AG

4044/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Bezirksregierung Köln mit den in dieser Vorlage beschriebenen Satzungsänderungen der RheinEnergie AG gemäß dem aus der Synopse (Anlage 1) ersichtlichen Wortlaut einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen dieses Beschlusses als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 GEW Köln AG

hier: Rheinlandkooperation/Anpassung der Satzung der GEW Köln AG

4045/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Bezirksregierung Köln mit den in dieser Vorlage beschriebenen Satzungsänderungen der GEW Köln AG gemäß dem aus der Synopse (Anlage 1)

ersichtlichen Wortlaut einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen dieses Beschlusses als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Stadtwerke Köln GmbH; hier: Rheinlandkooperation; Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Köln GmbH

4051/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Bezirksregierung Köln mit den in dieser Vorlage beschriebenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Köln GmbH gemäß dem aus der Synopse (Anlage 1) ersichtlichen Wortlaut einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen dieses Beschlusses als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Zusammenarbeit mit der Stadt Leverkusen im Bereich der Aufgaben nach dem Amtsapothekengeschäft

3237/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Zusammenarbeit mit der Stadt Leverkusen im Bereich der Aufgaben nach dem Amtsapothekengeschäft wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass sich der Ersatz der Personalkosten ab dem Jahr 2022 nach den jeweils geltenden Vergütungssätzen des TVöD bemisst und der Sachkostenersatz jeweils zum 01.01. um die vom Statistischen Bundesamt für das Vorjahr festgestellte Inflationsrate erhöht.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, den als Anlage beigefügten Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Stadt Köln mit der Stadt Leverkusen über Aufgaben nach dem Amtsapothekengeschäft zu unterzeichnen.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung hierfür, die zusätzliche 1,0 VZÄ Pharmazeutisch-Technische/r Assistent/in und die 0,5 VZÄ Amtsapotheker/in überplanmäßig für den Stellenplan 2022 bereitzustellen und bei der Anmeldung für den Stellenplan 2023 ff. entsprechend zu berücksichtigen.*
   Die daraus entstehenden Aufwendungen in Höhe von rund 128.600 € für die zusätzlichen Stellen im Teilergebnisplan 0701 - Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen und 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen, im Haushaltsjahr 2022 ff. werden in gleicher Höhe durch Mehrerträge im Teilergebnisplan 0701 - Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 06 - Kostenerstattungen und Umlagen, im Haushaltsjahr 2022 ff. gedeckt. Für den städtischen Haushalt entsteht somit keine Mehrbelastung.

4. *Die Besetzung der Stellen und die Bereitstellung und Deckung der Sachmittel unter Ziffer 3 bleiben gesperrt. Die Sperre wird durch den*

Finanzausschuss des Rats aufgehoben, sobald mit der Stadt Leverkusen Einvernehmen gemäß der Ziffern 1 und 2 erzielt wurde.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Zuständigkeitsübertragung der Linie 250 für die Streckenabschnitte auf Kölner Gebiet auf die Stadt Leverkusen und Ausgleich von Aufwanddeckungsfehlbeträgen im interlokalen Verkehr

3717/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist - bei einer Befangenheitserklärung[20] - so beschlossen.

Beschluss:

1. *Die Stadt Köln überträgt der Stadt Leverkusen durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung die Aufgabe und Befugnisse der zuständigen Behörde für die Abschnitte der Buslinie 250 auf Kölner Stadtgebiet. Die Verwaltung wird ermächtigt, die dazu erforderliche Vereinbarung mit der Stadt Leverkusen abzuschließen und zur Genehmigung bei der Bezirksregierung vorzulegen.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss einer Vereinbarung über den Ausgleich von Aufwanddeckungsfehlbeträgen für interlokale Verkehrsleistungen nach den Bestimmungen der Zweckverbandssatzung des VRS mit jährlichen Kosten in Höhe von ca. 180.000 €.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

RM Jäger hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilgenommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Fortführung finanzielle Unterstützung des Umweltbildungszentrums auf Gut Leidenhausen

3816/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch da liegt eine Befangenheitserklärung vor!)

- Ja, auch da liegt eine Befangenheitserklärung[21] vor; das stimmt. Sie ist zu Protokoll gegeben worden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, das Umweltbildungszentrum Heideportal Gut Leidenhausen e.V. (UBZL), Gut Leidenhausen 1, 51147 Köln, im Rahmen des ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzeptes - über die bisher festgelegte Laufzeit (siehe Beschlussvorlage 2304/2017) hinaus - für weitere vier Jahre bis zum Jahresende 2025 finanziell zu unterstützen und den Zuschuss ab 1.1.2022 von bislang 220.700 € auf 320.700 € brutto p.a. anzuheben. Dadurch kann sichergestellt werden, dass die Stadt Köln als größte Stadt in NRW ihrer Verantwortung nachkommt, ein umfangreiches, kostenfreies Angebot für alle Bevölkerungsgruppen im Bereich der Umweltbildung zur Verfügung zu stellen.

Die erforderlichen Finanzmittel für 2022 sind im Haushaltsplan 2022 ff. im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagt und stehen unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

Abstimmungsergebnis:

[20] RM Jäger hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilgenommen.

[21] RM Schallehn hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilgenommen

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
RM Schallehn hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilgenommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Absage Silvesterprogramm auf dem Roncalliplatz

4173/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die gemeinsame Entscheidung von Frau Oberbürgermeisterin Reker und des Krisenstabes vom 26.11.2021 zur Absage des Silvesterprogramms auf dem Roncalliplatz zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“

3112/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt den vorliegenden 2. Controlling-Bericht (2018 - 2021) des Diversity-Konzeptes „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis.*

2. *Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung,*

   a. *dass die aus dem Controlling-Bericht als priorisierte Maßnahme „Diversity Check – Ist-Analyse“ im Haushaltsjahr 2022 umgesetzt wird.*

   b. *dass die Ergebnisse der Analyse sowie daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen dem Rat der Stadt Köln nach Abschluss der Erhebung vorzulegen sind.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Ergänzung des U-Bahn-Vertrages vom 17.09./24.10.1973 zur Übertragung der Federführung für die Aufzugsnachrüstungen in die Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der Planungsleistungen

2411/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, den U-Bahn-Vertrag vom 17.09. / 24.10.1973 dahingehend zu ändern und zu ergänzen, dass die Planung und die Baudurchführung für den nachträglichen Einbau von 2 Aufzügen in die Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) übertragen werden. Im Hinblick auf die Kostenverteilung soll es bei den bestehenden Regelungen bleiben. Der Rat der Stadt Köln ermächtigt die Verwaltung, einen entsprechenden Nachtragsvertrag zum U-Bahn-Vertrag mit der KVB abzuschließen.*

2. *Der Rat der Stadt Köln stellt den grundsätzlichen Bedarf zur Vergabe von Planungsleistungen für den Einbau von jeweils 2 Aufzügen in die Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße fest.*

Der Beschluss umfasst zunächst, dass die KVB die Planung fortführt, die notwendigen Genehmigungen beantragt und die Planung bis zur Ausschreibung (Leistungsphase 6 der HOAI – Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) vorbereitet. Die KVB beantragt die Förderung beim Zuschussgeber.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2020

3379/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020 fest und entlastet den Kassenleiter. Der Jahresüberschuss 2020 wird an die Stadt Köln abgeführt. Die Zahlungsabwicklung erfolgt durch Verrechnung mit künftigen Umlagezahlungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022

3380/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2022 fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2022 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

7,20 % für Beihilfen Beamtinnen und Beamte

0,11 % für Pflegeversicherung Beamtinnen und Beamte

0,03 % für Beihilfen Beschäftigte

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 27.913.600 Euro für Beihilfen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Institutionelle Förderung der Kölner Gesellschaft für Alte Musik e. V. (KGAM zamus)

3489/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Umsetzung der für 2020/2021 im Haushaltsplan vorgesehenen institutionellen Förderung für die Kölner Gesellschaft für Alte Musik e.V. / „zamus: Zentrum für alte Musik Köln“ (80.000 Euro/Jahr) und der Finanzierung des „Fest für alte Musik“ / seit 2021 neu: „zamus: early music festival“ (200.000 Euro/Jahr) mit jährlich insgesamt 280.000 Euro sowie deren Fortführung ab 2022ff vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzungen 2022ff.

Darüber hinaus beschließt der Rat eine Aufstockung der institutionellen Förderung für das Jahr 2021 im Umfang von 60.000 Euro für Beratungskosten der Kölner Gesellschaft für Alte Musik e.V.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Fortführung der institutionellen Förderung für Internationale Photoszene Köln gUG und Temporary Gallery e. V. 2022 - 2024

3693/2021

Wortmeldungen?

Ich lasse abstimmen wie KuK, Anlage 1, und wie Finanzausschuss, Anlage 2.

Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 30.11.2021 (Anlage 1) und des Finanzausschusses vom 06.12.2021 (Anlage 2):

Der Rat beschließt - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzungen 2022ff. - die Fortführung der Institutionellen Forderung für die nachfolgenden Kulturbetriebe in den Haushaltsjahren 2022 bis 2024 wie folgt:

- *Temporary Gallery e.V. - Zentrum für zeitgenössische Kunst: 105.000 Euro*
- *Internationale Photoszene Köln gUG 110.000 Euro*

Für die Aufstockung zugunsten der Temporary Gallery (um 15.000€ auf 105.000€) sollen Mittel aus dem Kulturentwicklungsplan verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2021 - 2023

3796/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen -für die Haushaltsjahre 2021, 2022 und 2023 im Bereich der Bildenden Kunst jährlich Mietzuschüsse in Höhe von insgesamt 19.469,22 Euro an die Folgenden Künstler*innen zu gewährleisten:*

Frau Sophia Bauer (Klangkunst, Neue Medien) 480,00 Euro

Herrn Maurits Boettger (Medienkunst) 2.100,00 Euro

Frau Homa Emami (Installation, Objekte) 1.500,00 Euro

Herrn Sebastian Fritzsch (Bildende Kunst, Filmregie) 1.500,00 Euro

Frau Ulrike Geitel (Malerei, Künstlerbuch) 1.500,00 Euro

Frau Nina Gschlöß (Fotografie, Videokunst) 705,00 Euro

Frau Christine Kassing (Malerei) 1.200,00 Euro

Herrn René Kemp (Bildende Kunst, Literatur) 1.440,00 Euro

Herrn Dawid Liftinger (Medienkunst) 480,00 Euro

Frau Jennifer Lubahn (Bildende Kunst, Fotografie, Installation, Video) 1.050,00 Euro

Frau Aino Nebel (Skulptur, Objekt, Zeichnung) 1.500,00 Euro

Frau Nina Paszkowski (Bildende Kunst) 1.028,52 Euro

Frau Katja Ploetz (Malerei, Glasgestaltung) 1.080,00 Euro

Frau Marleen Rothaus (Malerei) 1.028,52 Euro

Herrn Camilo Sandoval (Medienkunst) 480,00 Euro

Frau Stefanie Schrank (Zeichnung, Objekt) 897,18 Euro

Herrn Marco Zumbé (Malerei) 1.500,00 Euro

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2023 beizubehalten.

*Falls ein/e Künstler*in vorzeitig aus der Bewilligung ausscheidet, soll zunächst Herr Filip Jacobson (Medienkunst) mit einem Zuschuss von jährlich 1.800 Euro nachrücken.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Ankauf eines Kunstwerks des Künstlers Hermann Scherer für das Museum Ludwig

3549/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Ankauf des Kunstwerks „Die Schlafenden“ von Hermann Scherer in Höhe von 1,5 Mio. € und die Freigabe der investiven Auszahlungen.

Die Finanzierung erfolgt zum einen durch Eigenmittel (= Ankaufsetat) des Museum Ludwig in Höhe von 350.000 €. Die Mittel stehen im Haushaltsjahr 2021 im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen auf der Finanzstelle 4511-0402-0-2000 – Ankaufsetat Museum Ludwig bereit.

Zum anderen konnten 1,15 Mio. € durch folgende Zuwendungsgeber eingeworben werden:

Die Ernst von Siemens Kunststiftung beteiligt sich mit 350.000 €, die Kulturstiftung der Länder wird den Kauf mit ebenfalls 350.000 € unterstützen. Die Peter und Irene Ludwig Stiftung gibt 225.000 € und die Kunststiftung NRW ebenfalls 225.000 € zum Ankauf hinzu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Neubau Historische Mitte

hier: Erhöhung des Planungsbudgets aufgrund der Neubewertung der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung)

Vorgezogene Mittelbereitstellung für die Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) für das Gesamtprojekt

Vorgezogene Mittelbereitstellung für die Leistungsphasen 5 und 6 (Ausführungsplanung und Ausschreibung) für die Abbrucharbeiten und Teile der Baugrube und Genehmigung zur Fällung einer Platane unter Berücksichtigung von Ersatzpflanzungen

3523/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/2693/2021

Dazu liegt mir eine Rednerliste vor. Zunächst hat Frau von Bülow das Wort. Frau Bürgermeisterin, ich darf Sie an das Mikrofon bitten.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kollegen und Kolleginnen! Was lange währt, wird endlich gut. Auch deswegen finden wir es gut, wenn heute die Vorlage zur Historischen Mitte tatsächlich verabschiedet wird. Denn dann verlieren wir keine weitere Zeit, und das Projekt kann endlich weiter auf seinen Weg gehen.

Wir ermöglichen und eröffnen der Historischen Mitte die nächsten Schritte in Richtung Zukunft. Damit zeigt sich der Rat einerseits als verlässlicher Partner in der GbR und schafft andererseits Planungssicherheit. Uns ist es wichtig, dass diese Vorlage auch von einer breiten Basis getragen wird.

Zudem ist uns wichtig, dass die Kölner und Kölnerinnen mitgenommen werden. Die Historische Mitte muss unserer Meinung nach auch wieder stärker ins Bewusstsein der Kölner und Kölnerinnen kommen und wieder stärker wahrgenommen werden.

Aus diesen Gründen stimmen wir nicht nur der Vorlage zu, sondern haben auch einen Änderungsantrag eingebracht, der genau diese Punkte vorsieht. Ich stelle ihn kurz vor.

Ziffer 1 ist uns wichtig. Es gilt, darzustellen, was den Mehrwert der Historischen Mitte tatsächlich ausmacht. Es soll auch noch einmal deutlich gemacht werden, wie die Historische Mitte zu einem Ort werden kann und wird, an dem sich über 2 000 Jahre Kölner - und nicht nur Kölner - Geschichte darstellt, und zwar Geschichte bis in die Gegenwart hinein. Dafür wird auch schon die Architektur der Gebäude selber stehen und sprechen. Wichtig ist uns dabei die Verzahnung zum Beispiel zwischen RGM und Stadtmuseum. Es sollen Synergien geschaffen werden. Die Historische Mitte soll noch einmal ganz deutlich als Teil der Via Culturalis ihren Platz in Köln haben.

Ziffer 2 ist uns ebenfalls wichtig. Dieser Punkt, den wir ergänzen möchten, dockt auch an das an, was heute schon häufig Thema war. Denn wir möchten, dass in den weiteren Planungen das Kriterium der Nachhaltigkeit mitgedacht und gesichert wird - im Sinne von mehr Nachhaltigkeit im Museumsbetrieb, aber auch im Sinne innovativer Strategien für klimagerechte Museen. Auch das muss in den Planungen seinen Platz haben und finden. Ich bin mir sicher, dass das alle nach allen Beschlüssen, die wir gefasst haben, heute auch unterschreiben.

Ziffer 3 ist auch klar und deutlich. Uns liegt an einer nachhaltigen und transparenten Aufstellung und Begleitung dieses Projektes der Historischen Mitte. Weil wir aus den Kulturbauten schon viel kennen, finden wir es ganz zentral und notwendig, dass Transparenz und Nachhaltigkeit dieses Projekt weiterhin begleiten. Das ist Voraussetzung für alles Weitere - auch dafür, tatsächlich die Kölner und Kölnerinnen mitzunehmen. Wir brauchen für die Historische Mitte deswegen einen belastbaren und aussagekräftigen Zeit-, Maßnahmen- und Kostenplan, und zwar eingebettet in einen Gesamtplan für alle Kulturbaumaßnahmen, begleitet von regelmäßigen Fachgesprächen mit den Fachpolitikern und Fachpolitikerinnen. Das ist auch schon zugesagt, denke ich; die Verwaltung hat gerade daran ebenfalls sehr großes Interesse.

Mit diesen drei Punkten in Ergänzung können wir alle gemeinsam die Historische Mitte in eine Zukunft führen. Ich bitte um Zustimmung, auch zu unseren Ergänzungspunkten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Sicht des Kulturstandortes Köln feiern wir bei diesem Tagesordnungspunkt 10.28 schon heute ein vorgezogenes kleines Weihnachtsfest. Denn mit dieser Beschlussvorlage und vor allem auch mit den Ergänzungen durch unseren gemeinsamen Änderungsantrag ist es ein Tag der großen Geschenke.

Zum ersten Mal, seit es dieses Projekt der Historischen Mitte am Roncalliplatz gibt, nimmt heute die Kulturpolitik im Rat der Stadt Köln zu den Inhalten dieses wunderbaren Kulturortes, der an der Schnittstelle der beiden bedeutenden Weltkulturerbe Kölner Dom und Praetorium als Zentrum des niedergermanischen Limes entstehen soll, Stellung. Wie Sie vielleicht wissen, ist dort sogar noch ein weiterer Weltkulturerbe-Antrag, die MiQua betreffend, gestellt.

Die Historische Mitte Kölns kann damit wirklich ein einzigartiger Museumsstandort an einem einzigartigen Platz werden. Köln kann künftig seine bedeutenden Kunstsammlungen eng verwoben mit seiner bedeutenden 2 000-jährigen Geschichte in einem dann noch großartigeren Museumsensemble präsentieren.

Innerhalb der Grenzen unserer alten Römerstadt mit einem Fußweg von nicht einmal einem Kilometer in knapp zehn Minuten begehbar, wird dieses einzigartige Ensemble, das neben der Hohen Domkirche Sankt Petrus und dem Historischen Rathaus immerhin acht verschiedene Museen enthält, noch um einen weiteren zentralen Baustein ergänzt. Vor allem für die historischen Museen können mit dem von uns vorgeschlagenen Änderungsantrag besonders wertvolle Synergien entfaltet werden.

Dieses wunderbare Netzwerk der Kölner Kulturorte soll nämlich gemeinsam mit dem LVR und mit der Kirche entwickelt und ausgestaltet werden.

Denn selbstverständlich gehören gerade auch die bedeutenden kulturhistorischen Schätze der Kirche zu dem einzigartigen Ensemble entlang der Via Culturalis und deren unmittelbarer Nachbarschaft im Zentrum unserer Stadt. Neben dem Dom zählen natürlich auch Kolumba und der weltweit einzigartige Kranz unserer zwölf romanischen Basiliken dazu.

Das neue Museum wird aber nur dann ein weit über unsere Region hinaus strahlendes Alleinstellungsmerkmal sein, wenn es uns dort gelingt, all die aufgezählten Preziosen unserer Stadt inhaltlich zusammenzuführen.

Unser Änderungsantrag wird deshalb dazu beitragen, dass die 2 000-jährige Geschichte Kölns und die Bedeutung unserer Stadt den Kölnerinnen und Kölnern und den vielen Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt spannend und verständlich präsentiert werden.

Selbstredend soll das alles in einem Museumskomplex geschehen, der auch in Bezug auf Nachhaltigkeitskriterien höchsten Anforderungen genügt und dementsprechende Standards setzt.

Unsere Zustimmung zur geänderten Vorlage ist keinesfalls ein Freibrief für das Bauprojekt und auch keine Vorwegnahme eines Baubeschlusses. Es ist eine deutliche Aufforderung an die Verwaltung, uns zeitnah ein Konzept für die wunderbare Idee der Historischen Mitte Kölns vorzulegen.

Wenn die Kölner Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Jahren 250 Millionen Euro in das Römisch-Germanische Museum und in den Neubau investieren sollen, dann bedarf es überzeugender Argumente, und es bedarf einer Konzeption, die bis heute noch nicht vorliegt.

Angesichts der großen Chancen wäre es aber - das sage ich jetzt auch in Richtung von FDP und LINKEN - ein schönes Zeichen, wenn sich der Rat der Stadt heute einstimmig für unseren klaren Auftrag an die Verwaltung aussprechen würde, uns endlich die großartigen Möglichkeiten der neuen Historischen Mitte Kölns nachvollziehbar aufzubereiten. Stimmen Sie also für die Fortführung des Projektes und für unseren Änderungsantrag.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Aufforderung kann ich insofern Folge leisten, als dass selbstverständlich auch die SPD weiterhin zu diesem wichtigen Projekt steht. Immerhin war es doch eine wesentliche Initiative des ehemaligen Oberbürgermeisters Roters - das will ich an dieser Stelle durchaus noch einmal erwähnen -, die aber in der Tat auch eine einmalige Chance darstellt, zu diesem Zeitpunkt, und zwar nur jetzt, gemeinsam mit der Hohen Domkirche die hier beschriebene Entwicklung in Angriff zu nehmen.

Das ist unzweifelhaft weiterhin richtig, auch wenn es vielleicht die einen oder anderen Schwierigkeiten gibt, möglicherweise auch bezüglich der Entwicklung der Kosten, die wir natürlich - dazu komme ich gleich noch einmal - im Blick behalten sollten.

Wichtig finden wir auch, dass unser Kölnisches Stadtmuseum endlich und schnell eine neue Heimat findet. Denn auch dort gibt es dringenden Handlungsbedarf an verschiedenen Stellen, auch wenn das jetzt ein Interim ist, das erst einmal so weit gut ist. Aber auch da muss es eine klare und baldige Perspektive geben.

Ich erwähnte es aber schon: Bei aller Begeisterung für das Projekt und trotz des Wunsches nach schneller Realisierung halten wir es dennoch für wichtig, auch hier sowohl solide zu rechnen als auch eine realistische Terminplanung vorzunehmen.

Ehrlich gesagt, bin ich ein bisschen im Zweifel, Herr Baudezernent, ob der ehrgeizige Terminplan, der uns hier vorliegt, tatsächlich auch in der Umsetzung nachher so funktioniert. Allein in den Jahren 2022 und 2023 habe ich fünf Leistungsphasen gezählt. Das ist ambitioniert. Ich würde mir ja wünschen, dass es so kommt. Allerdings haben wir zu oft erlebt, dass es dann eben nicht funktioniert.

Insofern ist hier unser eindringlicher Wunsch und auch unsere Bitte, sowohl Termin- als auch Kostenplanung ehrlich und transparent vorzunehmen. Es hilft uns doch allen nichts, wenn wir am Ende die Versprechungen, die ja auch in die Öffentlichkeit hinein gemacht werden, wieder einsammeln müssen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich habe also noch meine Zweifel, ob das so funktioniert. Aber das soll, wie gesagt, an unserer Zustimmung zu dem Gesamtprojekt nichts ändern.

Den Änderungsantrag des Bündnisses empfinden wir durchaus auch als gute Ergänzung der Beschlussvorlage. Insofern können wir da mitgehen, zumal er die zuletzt genannten Punkte noch einmal aufgreift, nämlich genau diese Kosten- und Termintransparenz zu gewährleisten und vor allen Dingen auch die politische Beteiligung noch einmal klarer zu sortieren. Meines Erachtens steht das nicht im Widerspruch dazu, dass der Kunst- und Kulturausschuss weiterhin engmaschig das Projekt begleitet. Aber dass man es auch in kleinerem Kreis regelmäßig betrachtet, halte ich für eine gute Maßnahme - genauso wie alles andere, was in dem Änderungsantrag steht. Deswegen vielen Dank dafür.

Wir werden also, Herr Elster, Ihrem Wunsch vollumfänglich entsprechen können und sowohl der Beschlussvorlage als auch dem Änderungsantrag zustimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der LINKEN das Wort gewünscht? - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates! Die hier bisher geäußerten Worte zum Konzept der neuen Historischen Mitte können meine Fraktion und mich weiterhin nicht für dieses Konzept begeistern, muss ich sagen. Aus kulturellen und anderen Gründen können wir nicht erkennen, warum dieses Bauprojekt durchgeführt werden sollte. Das wird dazu führen, dass wir heute, wie Sie sich denken können, weiterhin diese Vorlage ablehnen werden.

Wir denken, dass eine Sanierung der Häuser in ihren ursprünglichen Gebäuden sehr gut hätte stattfinden können. Die zusätzlichen Mittel, die für die Historische Mitte aufgewendet werden müssen, sollten natürlich durchaus für Kultur verwendet werden. Aber in der Fläche in Köln könnte noch viel getan werden. Zum Beispiel halten wir das Schauspielhaus in Mülheim auf dem Gelände von Felten & Guilleaume für ein Leuchtturmprojekt in dieser Hinsicht.

Kultur soll in die Fläche in ganz Köln. Wir brauchen nicht Prestigeprojekte in der Innenstadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Für uns haben sich auch unsere damaligen Befürchtungen bewahrheitet, dass die Kosten für das Bauprojekt 2018 künstlich niedrig gerechnet wurden. Jetzt kommen 48 Millionen Euro hinzu. Die Kosten liegen bei 183 Millionen Euro. In den Diskussionen in verschiedenen Ausschüssen, beispielsweise im Bauausschuss, wurde ja deutlich herausgearbeitet: Wieso wurde nicht von Anfang an gesehen, dass die Gründung für ein solches Gebäude im Zentrum Kölns mitten am Dom eine unheimlich aufwendige und schwierige Sache ist? Wieso wurde nicht gleich in Rechnung gestellt, dass natürlich archäologische Ausgrabungen stattfinden werden? - Wir denken, dass hier die Kosten künstlich niedrig gehalten wurden.

Vor allen Dingen fehlt uns noch, dass die Kosten für die Sanierung des Zeughauses nicht einberechnet werden. Denn wir gehen doch erst einmal davon aus, dass alle hier im Rat das rund 400 Jahre alte historische Zeughaus der Stadt weiterhin im Eigentum der Stadt behalten wollen und öffentlich zugänglich halten möchten. Dann müssen wir natürlich die Kosten für dessen Sanierung auch zu den Kosten für die Historische Mitte hinzuaddieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das dritte Argument, das ich vorbringen möchte, ist zwar nicht ganz originell, aber schlagend. Für die Sanierung der bestehenden Häuser der sehr guten, hervorragenden Museen der Stadt Köln im Zentrum ist über viele Jahre kein Etat zur Sanierung vorhanden gewesen. Jetzt müssen sie umfassend saniert werden. Das ist eine sehr teure und vor allen Dingen sehr komplexe Aufgabe.

Wir als LINKE sagen deshalb: Stecken wir die Ressourcen statt in aufwendige neue Bauprojekte doch in die Sanierung der bestehenden Häuser, und sanieren wir natürlich das Römisch-Germanische Museum und das Stadtmuseum großzügig und gut, auch die Ausstellungen in den bestehenden Häusern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung legt einen sehr ungewöhnlichen Vorschlag zur Realisierung der Historischen Mitte vor. Der Rat soll noch vor dem Baubeschluss vorgezogene Maßnahmen beschließen, die in normalen Abläufen einen Beschluss der Maßnahmen zwingend voraussetzen. Dies reicht von der Genehmigungsplanung bis hin zur Ausführungsplanung, und sogar die Ausschreibungen für Abbruch und Aushebung der Baugrube sollen schon starten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters hat das Projekt der Historischen Mitte ohne Beteiligung des Rates auf den Weg gebracht. Der Kollege Elster sagte zu Recht: Endlich können wir hier auch einmal politisch darüber diskutieren. - Zunächst hat Herr Roters das sogar noch aus seiner - in Anführungszeichen - *Portokasse* bezahlt.

Es ist bedauerlich, dass die Verwaltung diesem Geist weiter folgt und dem Rat jetzt vorschlägt, seinen Entscheidungsspielraum selbst einzuschränken. Die Historische Mitte soll offensichtlich schon vor dem Baubeschluss zu einem Punkt der Unumkehrbarkeit geführt werden. Diese Salamitaktik lehnen wir als FDP ab.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Statt scheibchenweise Fakten zu schaffen, wäre das Gegenteil richtig, nämlich eine offene, breit geführte Debatte der Politik mit der Stadtgesellschaft, ob dieses Projekt wirklich gewollt ist. Denn Gründe für Zweifel gibt es genug.

Die ursprünglichen Zeit- und Kostenschätzungen sind schon jetzt weit überschritten. Wir haben es gerade schon gehört. Der Kollege Joisten hat es auch thematisiert. Das ist sicherlich noch nicht das letzte Wort, das wir in dieser Frage gehört haben.

Für den historischen Standort - der Kollege Kockerbeck hat es gerade angesprochen - gibt es keine Nutzungsvorschläge und entsprechend auch keine Aussagen zu den dort notwendigen finanziellen Folgebelastungen.

Außerdem haben wir ohnehin viele Kulturbaustellen, angefangen bei der Oper und den Hallen Kalk. Die MiQua ist noch nicht fertig. Mit der Sammlung Corboud wurde noch gar nicht begonnen. Zudem mussten wir in der Zeitung lesen, dass über dem Museum Ludwig und der Philharmonie ein 1 Milliarde Euro teures Damoklesschwert schwebt.

Es gibt also genug Gründe, sich zu überlegen, ob man wirklich in dieser Situation ein solches Projekt weiter vorantreiben sollte.

Inhaltlich überzeugt uns das Projekt auch nicht. Die Fraktion der Freien Demokraten bleibt bei ihrer Haltung, dass die Aufgabe von Zeughaus, Preußischer Wache und Erweiterungsbau entlang der römischen Stadtmauer ein schwerer konzeptioneller Fehler ist.

(Beifall bei der FDP)

Wo könnte ein Stadtmuseum besser untergebracht sein als dort?

Unsere Position ist klar. Die Historische Mitte gehört eher auf den Prüfstand, statt sie jetzt durch die Hintertür unumkehrbar zu machen. Daher lehnen wir die Vorlage und den Änderungsantrag ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Ich mache es kurz vom Platz aus.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag wünschen wir uns ein Umdenken in diesem bereits lang geplanten Vorhaben. Denn wir möchten keine Betonwüste im Herzen der Stadt. Wir wollen ein Vorzeigeprojekt.

Wie wunderbar wäre es, wenn Köln erstrahlen könnte, weil das neue Stadtmuseum zum Beispiel eine Fassadenbegrünung trägt? Das wäre einzigartig.

Mit diesem Änderungsantrag geben wir dem neuen Kulturdezernenten, Herrn Charles, mehr Spielraum, um hier neu zu denken und innovative Möglichkeiten der Stadtgestaltung zu nutzen.

Lassen Sie uns aus der Historischen Mitte ein richtiges, ein echtes Vorzeigeprojekt machen und zeigen, dass Köln mit Kulturbauten besser umgehen kann als in der Vergangenheit. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird aus dem Rat noch das Wort gewünscht? - Da das nicht der Fall ist, bitte ich Herrn Bezirksbürgermeister Hupke an das Mikrofon.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg möchte ich zur Kenntnis geben, dass wir diese Beschlussvorlage in der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz hatten. Die BV hat mehrheitlich dafürgestimmt. Ich könnte mir durchaus vorstellen - ohne das jetzt einzeln anzukündigen -, dass dieser Änderungs- und Zusatzantrag auch mit durchgegangen wäre.

In der Sache selbst will ich Folgendes anmerken: Ja, es kommen immer die Kosten; immer wird mit den Kosten argumentiert. Stellen Sie sich doch einmal Hamburg ohne die Elbphilharmonie oder Sydney ohne das Opernhaus vor. Ich könnte noch viele andere Beispiele nennen.

Und stellen Sie sich einmal Köln ohne die Philharmonie vor. Da habe ich der Grundsteinlegung mit der SSK oben gestanden, und wir haben dagegen protestiert - mit Töpfen, mit Trillerpfeifen. Wir waren absoluter Gegner davon. Es war ein Projekt, für das damals Oberstadtdirektor Rossa in die Bütt gegangen ist, wie man so schön sagt. Er hat sehr schwer dafür gekämpft. Ich werde nie vergessen, wie er uns immer entgegenhielt: Viva la musica. - Was haben wir gemacht? Wir haben zum Dank ein paar Jahrzehnte später einen Platz oben an der Hohenzollernbrücke nach ihm benannt.

Auch bei der MiQua und der Archäologischen Zone heißt es immer: die Kosten, die Kosten. - Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten sie nicht und wir hätten das Dom-Rhein-Projekt nicht oder wir hätten den Tunnel nicht.

Was will ich damit sagen? Ich könnte ganz viel aufzeigen. Was Köln ausmacht, sind die Geschichte und die Kultur. Das ist die 2 000 Jahre alte Geschichte. Das sind die Werte in den Museen, die auch ganz klar zeigen, was die Stadt an Wert hat, sodass sie überhaupt Kredite aufnehmen kann.

Das Wichtige an der Kultur ist, finde ich, die Umwegrentabilität. Wenn diese Stadt nicht nur ihre Position halten will, sondern endlich wieder in eine Reihe mit anderen großen Städten kommen will - früher hat ein Kulturpolitiker gesagt: Köln, Paris, New York -, dann hat sie genau das zu machen. Es ist nun einmal so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, die Historische Mitte ist am Dom. Da ist auch die Geschichte. Da muss sie gehoben werden.

Daher ist es heute ein richtiger Schritt in die Zukunft, dass Köln da etwas tut. Kultur so kompakt und so eng zusammen - ich bin ja auch ein bisschen herumgekommen - gibt es kein zweites Mal. Das ist der Schritt wieder hinein in eine Champions League. Deshalb freue ich mich darüber, dass das heute so beschlossen wird. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Köln, Paris, New York: Was soll man dazu noch sagen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da haben wir uns etwas vorgenommen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen und dann über die Vorlage, womöglich in der geänderten Fassung.

Ich rufe den Änderungsantrag auf. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen DIE LINKE, Frau Gabrysch, die FDP-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE, die FDP-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION, die AfD und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Die Beschlussvorschläge der Vorlage 3523/2021 unter TOP 10.28 wird um folgende drei Punkte ergänzt:

1. *Die Kulturverwaltung wird beauftragt, noch vor Einbringung des Baubeschlusses zur Historischen Mitte darzulegen wie, das Römisch-Germanisches Museum, MiQua – LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln, Kölnisches Stadtmuseum und NS-Dokumentationszentrum als integrale Bestandteile einer konsistenten und stringenten Präsentation und Vermittlung der einzigartigen über 2.000jährigen Kölner Stadtgeschichte begriffen werden und damit ein überregional strahlendes Alleinstellungsmerkmal entstehen kann.*

   Dabei sind Bezüge zur Hohen Domkirche, den romanischen Kirchen, zu Beständen des Historischen Archivs der Stadt Köln sowie weiteren für die Kölner Stadtgeschichte relevanten Orten und Archiven herzustellen und mögliche Synergien zu identifizieren.

   Darüber hinaus soll geprüft werden, inwiefern die Auslagerung der Werkstätten und der Depots in eine gemeinsame Einrichtung möglich sind.

2. *Der Neubau des Museumsgebäudes und seine Gebäudetechnik folgen allen zeitgemäßen Anforderungen, die bei der Erstellung und dem künftigen Betrieb die Nachhaltigkeit des Ensembles sicherstellen. Dach- und Fassadenbegrünung sowie PV-Anlagen sind zu berücksichtigen.*

   Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit eine Holzhybridbauweise möglich ist.

   Weiterhin ist zu prüfen, ob der Betrieb des Museumscafés zusätzlich auf die Dachfläche des Museumsneubaus ausgeweitet werden kann.

   Die zu fällende Platane wird durch deutlich mehr als die bisher angedachten zwei Bäume ortsnah ersetzt, die gleichzeitig für schattige Plätze sorgen.

3. *Das Projekt am Roncalliplatz ist in einen belastbaren und aussagekräftigen Zeit-, Maßnahmen- und Kostenplan für alle Kulturbauten einzuarbeiten, der den zuständigen Ausschüssen zeitnah vorzulegen ist.*

   Die GbR wird ein regelmäßiges Fachgespräch mit den kultur- und baupolitischen Sprecherinnen und Sprechern ansetzen und dabei den jeweils aktuellen Projektstand bzgl. der Gebäude, des Innenausbaus und der Einrichtung der Häuser erörtern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP, AfD und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt die durch die GbR Historische Mitte weiterentwickelte und vertiefte Kostenplanung mit Bruttogesamtbaukosten in Höhe von 183,06 Mio. Euro für das gesamte Gebäudeensemble (Neubau Kölnisches Stadtmuseum, Neubau Studienhaus des Römisch-Germanischen Museums und Kurienhaus der Hohen Domkirche) zur Kenntnis.*

2. *Der Rat bewilligt die Erweiterung der Planungsmittel für die die Stadt Köln betreffenden Gebäudeteile um 1,2 Mio. Euro von 5,4 Mio. Euro auf 6.6 Mio. Euro (siehe Vorlagen-Nummer 0353/2018 - „Neubau des Kölnischen Stadtmuseums und des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum im Rahmen des Neubaus Historische Mitte“) und beschließt gleichzeitig die Freigabe dieser investiven Auszahlungsermächtigung im Teilfinanzplan 0408 – Kölnisches Stadtmuseum in der Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen auf der Finanzstelle 4518-0408-0-1002 - Historische Mitte im Haushaltsjahr 2022 vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.*

3. *Der Rat nimmt die durch die GbR Historische Mitte vorgelegte Zeit-Maßnahmen-Planung inklusive Projektbeschleunigungsmaßnahmen zustimmend zur Kenntnis.*

4. *Der Rat beschließt in diesem Zusammenhang die vorgezogene anteilige städtische Mittelbereitstellung für die Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) in Höhe von 800.000 Euro und gleichzeitig die Freigabe dieser investiven Auszahlungsermächtigung im Teilfinanzplan 0408 – Kölnisches Stadtmuseum in der Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen auf der Finanzstelle 4518-0408-0-1002 - Historische Mitte im Haushaltsjahr 2022*

vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

5. *Der Rat beschließt in diesem Zusammenhang die vorgezogene anteilige Mittelbereitstellung für die Leistungsphasen 5 und 6 (Ausführungsplanung und Ausschreibung) für die Abbrucharbeiten und Teile der Baugrube in Höhe von 600.000 Euro und gleichzeitig die Freigabe dieser investiven Auszahlungsermächtigung im Teilfinanzplan 0408 – Kölnisches Stadtmuseum in der Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen auf der Finanzstelle 4518-0408-0-1002 - Historische Mitte im Haushaltsjahr 2022 vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.*

6. *Der Rat genehmigt die Fällung der Platane an der Straßenecke „Am Hof / Kurt-Hackenberg-Platz“ und beschließt die Freigabe von 80.000 Euro unter Berücksichtigung angemessener Ersatzpflanzungen als vorbereitende Maßnahme für die Verlegung der Fernwärmeleitung und den Neubau der Historischen Mitte. Die Mittel stehen im Teilfinanzplan 0408 – Kölnisches Stadtmuseum in der Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen auf der Finanzstelle 4518-0408-0-1002 - Historische Mitte im Haushaltsjahr 2022 vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022 zur Verfügung.*

7. *Die Kulturverwaltung wird beauftragt, noch vor Einbringung des Baubeschlusses zur Historischen Mitte darzulegen wie, das Römisch-Germanisches Museum, MiQua – LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln, Kölnisches Stadtmuseum und NS-Dokumentationszentrum als integrale Bestandteile einer konsistenten und stringenten Präsentation und Vermittlung der einzigartigen über 2.000jährigen Kölner Stadtgeschichte begriffen werden und damit ein überregional strahlendes Alleinstellungsmerkmal entstehen kann.*
   Dabei sind Bezüge zur Hohen Domkirche, den romanischen Kirchen, zu Beständen des Historischen Archivs der Stadt Köln sowie weiteren für die Kölner Stadtgeschichte relevanten Orten und Archiven herzustellen und mögliche Synergien zu identifizieren.
   Darüber hinaus soll geprüft werden, inwiefern die Auslagerung der Werkstätten und der Depots in eine gemeinsame Einrichtung möglich sind.

8. *Der Neubau des Museumsgebäudes und seine Gebäudetechnik folgen allen zeitgemäßen Anforderungen, die bei der Erstellung und dem künftigen Betrieb die Nachhaltigkeit des Ensembles sicherstellen. Dach- und Fassadenbegrünung sowie PV-Anlagen sind zu berücksichtigen.*
   Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit eine Holzhybridbauweise möglich ist.
   Weiterhin ist zu prüfen, ob der Betrieb des Museumscafés zusätzlich auf die Dachfläche des Museumsneubaus ausgeweitet werden kann.
   Die zu fällende Platane wird durch deutlich mehr als die bisher angedachten zwei Bäume ortsnah ersetzt, die gleichzeitig für schattige Plätze sorgen.

9. *Das Projekt am Roncalliplatz ist in einen belastbaren und aussagekräftigen Zeit-, Maßnahmen- und Kostenplan für alle Kulturbauten einzuarbeiten, der den zuständigen Ausschüssen zeitnah vorzulegen ist.*
   Die GbR wird ein regelmäßiges Fachgespräch mit den kultur- und baupolitischen Sprecherinnen und Sprechern ansetzen und dabei den jeweils aktuellen Projektstand bzgl. der Gebäude, des Innenausbaus und der Einrichtung der Häuser erörtern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP, AfD und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.29 Städtische Katastrophenschutzeinrichtung Boltensternstr. 2 - 4, 50735 Köln-Niehl

hier: Planungsbeschluss für eine Dachsanierung

3067/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung einer Dachsanierung für die städtische Katastrophenschutzeinrichtung unter der Anschrift

Boltensternstr. 2-4, 50735 Köln-Riehl, Gemarkung Nippes, Flur 086, Flurstücke 399 und 468.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplanungen auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten) einzuholen. Die voraussichtlichen Kosten für die Planungsleistungen werden mit rund 85.000 € angesetzt.

Zur Finanzierung der Planungsleistungen stehen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022 Aufwandsermächtigungen in Höhe von 85.000 Euro im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Parkstadt Süd:

Bedarfsfeststellungsbeschluss für unterstützende Dienstleistungen für Umsetzungsvorbereitende Maßnahmen

4039/2021

Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus; denn mir geht es in erster Linie darum, noch einmal eine Frage an den Baudezernenten zu richten.

Diese Vorlage haben wir ja schon im Finanzausschuss diskutiert und da auch erst einmal zurückgestellt, weil es noch Klärungsbedarf gab. Wir haben jetzt relativ viel an Informationen gesammelt. Ich möchte aber hier noch einmal von Ihnen hören - denn das habe ich, ehrlich gesagt, bis heute noch nicht ganz verstanden -, warum sich mit dem neuen Vertrag für die gleiche Leistung die Kosten verdoppeln.

Vielleicht können Sie dazu noch Ausführungen machen, weil für uns daran auch die Entscheidung hängt, wie wir uns bei der Abstimmung verhalten. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Joisten, bei den nun anstehenden Verträgen, die wir erarbeiten, ist die Akquisitionsphase mit der modernen stadt bezogen auf die Dienstleistungen mit der Parkstadt Süd abgeschlossen.

Der anstehende Vertrag stellt den Einstieg der modernen stadt GmbH in eine langfristige Partnerschaft als Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft für die Parkstadt Süd dar.

Wir haben in der Anlage 3 auch dargestellt, wie es bei der Weiterbeauftragung mit den Honoraren aussieht. Die Honorierungssystematik geht aktuell von einem Stundensatz in Höhe von 195 Euro aus. Das sind 50 Prozent mehr als im Akquisitionsvertrag - nicht doppelt so viel, sondern 50 Prozent mehr -, und zwar insbesondere deshalb, weil es Vollkosten sind. Da ist also alles mit eingerechnet - inklusive Risikozuschlag, Unternehmerlohn etc. pp.

Wir werden aber einen Pauschalvertrag abschließen. Das heißt, es werden Vollzeitäquivalente über das Jahr abgerechnet - pauschaliert -, und es wird nach Leistung bezahlt. In ganz bestimmten Meilensteinen werden dann die monetären Abrufe gestartet. Wir werden also nicht nach Stunden abrechnen. Vielmehr gehen wir von drei Vollzeitäquivalenten pro Jahr aus, die notwendig sind - das ist eine Berechung, die das Stadtplanungsamt gemacht hat, natürlich mit der modernen stadt zusammen -, und pauschalieren den Vertrag.

Das heißt: Wir rechnen nicht - wie in dem Altvertrag - nach Stunden ab, sondern über eine Pauschale, die sich auf das Jahr erstreckt, und werden dann die Leistungen in Teilen über Meilensteine bezahlen und abrufen. Das ist der Unterschied.

Ich habe das auch mit dem Rechnungsprüfungsamt und dem Stadtplanungsamt intensiv besprochen. Wir sind uns einig, dass es auch mit dem Vertrag vergleichbar ist, den wir mit dem

Stadtwerke-Konzern im Bereich des Deutzer Hafens abgeschlossen haben. Die Verrechnungssätze sind vergleichbar. Nach unserer Auffassung sind sie deswegen auch angemessen.

Wir sind der Überzeugung, dass die moderne stadt in der Parkstadt Süd, weil sie a) Kenntnisse von der Parkstadt Süd hat und b) langfristiger Partner werden kann - wir gehen ja von 15 Jahren Entwicklungszeit aus -, genau der richtige Partner ist.

Ich hoffe, dass das als Begründung ausreicht.

(Christian Joisten [SPD]: Vielen Dank!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch eine Rückfrage, Herr Joisten? - Nein.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann stelle ich diese Vorlage zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *erkennt den Bedarf für unterstützende Dienstleistungen für "Umsetzungsvorbereitende Maßnahmen" für das städtebauliche Großprojekt Parkstadt Süd in Höhe von 3.864.882 €/brutto (3.247.800 €/netto) für 24 Monate (2022/2023) an,*

2. *beauftragt die Verwaltung, die Weiterbeauftragung der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH mit Dienstleistungen zu "umsetzungsvorbereitenden Maßnahmen" einzuleiten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

10.31 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019

1094/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer III – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Vorlage unter TOP 10.31 ist zurückgestellt worden.

Tagesordnungspunkt

10.32 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“

1987/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/2682/2021

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

AN/2684/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt

AN/2692/2021

Ich gebe als Erstes Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wertes Publikum! Ich weiß; es ist schon spät. Aber für dieses wichtige Thema *Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“* müssen wir uns noch ein paar Minuten Zeit nehmen. Wir reden hier selten einmal über die übergeordneten Ziele und Visionen für diese Stadt. Aber dies ist jetzt ein Moment, das zu tun.

Die Strategie imponiert ja schon allein durch ihren Umfang. Ich habe sie einmal mitgebracht, lese aber jetzt nicht daraus vor.

(Die Rednerin hält die Broschüre *Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“* hoch)

Aber sie imponiert auch durch ihre Inhalte. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir eine

solche umfangreiche und kluge Grundlage an die Hand bekommen, um die uns viele Großstädte in Deutschland beneiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Mein ausdrücklicher Dank geht deshalb an Frau Scholz und ihr Stadtentwicklungsamt.

(Beifall)

Man muss aber diese Ebene der strategischen Planung natürlich auch verstehen wollen. Man muss sich darauf einlassen können und sich darauf einlassen wollen.

Es ist die Metaebene von Leitbildern, Zielgerüsten und Handlungsebenen, in die wir als Gestalter der Politik und der Verwaltung in dieser Stadt alle Absichten und Richtungsweisungen aktueller und zukünftiger Beschlüsse einbetten können, ohne dass dies willkürlich erscheint.

Sie bewahrt uns dadurch auch vor Gutsherrenentscheidungen, die in dieser Stadt ja auch durchaus mal gang und gäbe waren.

Ich weise hier auch noch auf die Anlage 10 hin, die nachträglich eingestellt wurde und eine sehr gute Zusammenfassung der Methodik enthält.

Diese Ebene, liebe Fraktion der LINKEN und liebe KLIMA FREUNDIN, stellt keine Lösung von Problemen dar - nicht der Armut, nicht der Obdachlosigkeit und auch nicht der Flächenkonflikte. Problemlösungen sind und bleiben weiterhin die Aufgabe von Politik und Verwaltung.

Diese Stadtstrategie beinhaltet auch keine Konzepte für einzelne Ressorts. Denn auch dies bleibt weiterhin die Arbeit des Rates und seiner Gremien sowie der Verwaltung. Dafür müssen wir einfach alle weiterhin arbeiten.

Aber sie bietet eine Grundlage, in die sich jeder Masterplan, jeder Sportentwicklungsplan, jeder Kulturentwicklungsplan und jeder soziale Maßnahmenplan integrieren lässt, die dann als Schlüsselprojekte auf der Handlungsebene jeweils weitere Bausteine dieser Strategie mit Leben füllen.

Wir wollen dieses Zielgerüst heute mit einer breiten Mehrheit beschließen. Das ist höchste Zeit. Es wurde bereits Ende 2019 fertiggestellt. Bis dann der Druck herauskam, dauerte es noch einmal ein halbes Jahr.

Diese zeitliche Schiene erklärt auch den Ergänzungsantrag, den heute eine Mehrheit dieses Rates einbringt. Da die Stadt erst nach der Fertigstellung die neuen Klimaziele 2035 beschlossen hat, muss das in der vorliegenden Fassung, zumindest in der elektronischen Version, korrigiert werden. Damit haben wir auch die wichtigste Änderung aus den Anträgen der Bezirksvertretungen mit aufgenommen.

Deshalb bitte ich erstens um die Zustimmung zur Vorlage, und zwar mit der von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt sowie den Ratsmitgliedern Gabrysch und Zimmermann beantragten Ergänzung.

Es gibt aber noch einen zweiten Änderungsantrag, der von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt eingebracht wurde. Er zielt darauf ab - jetzt wird es ein bisschen technisch -, die Textpassage zur Rheinspange - das ist die Brücke zwischen Rodenkirchen und Porz, die projektiert wird - auf Seite 226 dieser Strategie zu streichen.

Das beantragen wir, weil wir dem Kurs treu bleiben wollen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

mit dieser Strategie keine konkreten Projekte zu beschließen, die ja noch Gegenstand politischer Beratungen sind. Auch dafür bitte ich um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Woran erkennt man demnächst den Stadtentwickler und die Stadtentwicklerin?

(Der Redner hält die Broschüre *Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“* hoch)

An diesem Buch, an diesem Werk, das die Verwaltung in einem breit angelegten Prozess mit vielen Beteiligten erstellt und erarbeitet hat.

Deswegen geht unser Dank an die Oberbürgermeisterin, die diesen Prozess mit angestoßen hat und ihn bei den Veranstaltungen auch begleitet

hat, an Markus Greitemann als den zuständigen Dezernenten und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes 15 unter der Leitung von Frau Scholz.

Warum eine Stadtstrategie?, kann man sich durchaus fragen. Das haben wir nach meiner Erinnerung zu Beginn auch diskutiert. Denn es gab einen Prozess *Leitbild Köln 2020*, es gibt Papiere zum Thema *wachsende Stadt*, und es wurde auch schon einiges zur Thematik *strategische Stadtentwicklung* aufgeschrieben.

Aber es gibt auch die Notwendigkeit, dass diese ganzen Strategien jetzt endlich zusammengebunden werden - auch vor dem Hintergrund, dass unsere Stadt in der Tat weiter wächst. Köln ist, wie in der Stadtstrategie *Kölner Perspektiven 2030+* häufig genug steht, eine wachsende Stadt.

Wir haben den Trend der Urbanisierung; wir haben den demografischen Wandel; wir haben den Klimawandel und müssen den Klimaschutz berücksichtigen - dazu haben wir heute einige Beschlüsse gefasst -; wir haben das Thema Globalisierung; wir haben das Thema Digitalisierung.

Das ist alles in der Stadtstrategie hinterlegt. Es ist gelungen, diese Themen in diesem Werk zusammenzubinden und zu entwickeln und dafür eine Strategie vorzulegen.

Zur Systematik hat Kollegin Pakulat schon etwas gesagt.

Wir haben fünf Leitsätze entwickelt:

- kompakte und lebenswerte Quartiere
- Raum für eine dynamische und nachhaltige Wirtschaft und für vielfältige Arbeitswelten
- Bildung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe
- vielfältig vernetzte Metropole
- die wachsende Stadt unter dem Gesichtspunkt der Umwelt- und Klimagerechtigkeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf aufbauend folgen dann zehn Handlungsempfehlungen.

Abschließend möchte ich ergänzend noch einen Punkt erwähnen. In der Stadtstrategie sind auch die insgesamt sieben Zukunftsräume unserer Stadt dargestellt:

- die Innenstadt zwischen dem Dom und dem Grüngürtel
- der S-Bahn-Ring, der vervollständigt werden soll
- die Ost-West-Achse, aber nicht der kleine Teil, sondern tatsächlich der stadträumliche große Teil von Osten nach Westen, also vom Ende der Aachener Straße bis zur Eupener Straße
- der rechtsrheinische Entwicklungskorridor
- unser Fluss, der die Stadt teilt, der Rhein, als Entwicklungsachse
- der Kölner Norden; das Thema Kreuzfeld ist gerade angesprochen worden
- der Porzer Süden, in dem auch sehr langfristig gedacht viele wichtige Entwicklungen anstehen

Deswegen beginnt die eigentliche Arbeit erst jetzt. Wir werden nun mit diesem Kompass der Stadtstrategie einzelne Strategien erarbeiten. Wir können Empfehlungen schärfen. Wir können Konzepte konkretisieren und Projekte ausarbeiten.

Unseren gemeinsamen Änderungsantrag hat die Kollegin schon begründet. Zum Thema Klimaneutralität sollen Ergänzungen erfolgen. Der bisherige Text hat sich durch die Beschlussfassung im Rat der Stadt Köln überholt.

Zur Rheinspange vertreten wir eine andere Ansicht. Zwar trifft es zu, dass es sich dabei um eine Einzelmaßnahme handelt. Aber es ist eben auch ein Entwicklungsraum, der hier genannt wird. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein letztes Mal darf ich heute zu Ihnen sprechen - jetzt zu den *Kölner Perspektiven 2030+*. Ich habe das Buch nicht mitgebracht. Inzwischen haben es alle gesehen, glaube ich. Wir wissen ja, wovon wir sprechen.

Ich möchte dennoch, auch wenn meine Vorredner das schon getan haben, der Verwaltung und insbesondere dem Team um Frau Scholz ganz herzlich für den Prozess danken. Er war in der Tat sehr

aufwendig. Es ist viel Arbeit hineingesteckt worden und viel Papier produziert worden.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich ebenfalls beteiligt. Deswegen geht auch ein Dank an die Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligt haben.

Zudem haben viele Ämter mitgearbeitet. Auch an diese Ämter geht an dieser Stelle ein Dank, auch wenn man in diesem umfangreichen Werk meines Erachtens erkennen kann, welche Ämter vielleicht intensiver mitgearbeitet haben und welche das weniger getan haben.

Wir haben uns auf jeden Fall intensiv mit dieser Stadtstrategie beschäftigt. Wir haben alle Arbeitskreise beteiligt. Wir haben in der Gesamtfraktion sehr intensiv darüber debattiert und kommen für uns doch zu dem Ergebnis: Diese Stadtstrategie bildet an kaum einer Stelle das ab, was wir uns als SPD-Fraktion unter einer zukunftsweisenden Strategie vorstellen.

Natürlich können wir grundsätzlich darüber streiten, welche Flughöhe ein solches Strategiepapier letztendlich haben muss. Das ist gerade auch schon angeklungen. Allerdings ist für uns kein klarer Faden, keine klare Spur erkennbar, auf welcher Flughöhe man sich befindet.

Manche Dinge haben sich zudem schon durch Beschlüsse erledigt. Außerdem sind viele Themen sehr unkonkret und werden uns in der Sache nicht weiterbringen.

Ich will einmal einige Beispiele nennen, damit es plastischer wird.

Das Kapitel zur Klimaneutralität hat sich bereits durch Beschlusslage des Rates überholt. Das wissen wir alle hier.

Uns fehlen in dieser Stadtstrategie klare Strategien für den Wohnungsbau. Dieses Thema kennen Sie. Aber auch dazu enthält die Stadtstrategie keine Antworten. Das ist meines Erachtens gerade vor dem Hintergrund, dass die Stadt wächst, fahrlässig.

Die Stadtstrategie enthält keine Konfliktlösungen für die Flächennutzung versus Versiegelung. An keiner Stelle wird aufgelöst, wie wir denn strategisch damit umgehen wollen.

Ein Flächenkonzept ist auch nicht klar erkennbar. Der Sport fehlt weitestgehend ganz. An ein paar Stellen kommt er sporadisch vor, der Breitensport aber gar nicht. Das ist auch ein Aspekt dieser Stadt und sollte in einer Strategie berücksichtigt werden.

Die Aussagen zur kulturellen Entwicklung unserer Stadt sind aus unserer Sicht inkohärent, unkorrekt und greifen in vielen Bereichen der kulturellen Bildung deutlich zu kurz.

Man kann nicht alles aufführen. Aber die Kritik kam aus allen unseren Fachbereichen.

Das Papier ist zudem nicht langfristig angelegt und bietet eben keine Antworten auf die zentralen Herausforderungen der nächsten mindestens zehn Jahre.

Daher können wir am Ende diese Stadtstrategie aus unserer Sicht final nur ablehnen.

Ich möchte dennoch ganz kurz auf die Änderungsanträge eingehen.

Was den Änderungsantrag der Grünen bezüglich der Rheinspange betrifft, erkennen wir zumindest an, dass es nicht kohärent ist, dieses eine Projekt herauszustellen, wenn alle anderen verkehrlichen Projekte in dem Kapitel keine Rolle spielen. Auf der anderen Seite bekennen wir uns weiterhin glasklar zu dieser Rheinspange, weil wir glauben, dass es sich dabei um eine notwendige Verkehrsachse im Süden handelt. Daher kommen wir zu dem Ergebnis, uns an dieser Stelle enthalten zu wollen.

Ansonsten werden wir die Änderungsanträge und das Gesamtpapier, wie eben dargestellt, ablehnen. Eigentlich müsste diese gesamte Stadtstrategie überarbeitet werden. Das ist aber nicht Aufgabe des Rates und unserer Gremien. Deswegen bleibt uns hier nur die Ablehnung. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das vorliegende Papier *Kölner Perspektiven 2030+* benennt die Rahmenbedingungen, unter welchen Köln in den nächsten Dekaden wachsen wird. Leider bietet das Papier aber

für die richtig großen Herausforderungen keine ausreichenden Perspektiven.

Köln wächst, und es besteht Wohnungsnot. Die vorgelegte Strategie zeigt aber keinen Weg auf, wie Obdachlosigkeit und Wohnungsnot überwunden werden sollen. Dieses Papier enthält keine Idee, wie preiswerter Wohnraum in den nächsten Jahrzehnten in großem Stil umgesetzt werden soll.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Jahren hat die Kölner Stadtspitze ihre selbst gesteckten Ziele im Wohnungsbau weit verfehlt. Das wissen wir alle. In dieser Situation brauchen wir doch Perspektiven, die einen großen Wurf darstellen, und nicht einfach ein Weiterwursteln.

(Beifall bei der LINKEN)

Zwar wird in dem Papier betont, dass wir in der Verkehrspolitik auf den Umweltverbund setzen müssen und wie wichtig das alles ist, um die Klimaziele zu erreichen. Aber das einzige Verkehrsprojekt, das in *Kölner Perspektiven 2030+* benannt wird, ist ein Autobahnprojekt. Uns wird also Verkehrspolitik aus den 70er-Jahren als Perspektive 2030+ verkauft.

Da kann man nur sagen: Gott sei Dank haben die Grünen das erkannt, und es wird ja nachher - -

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, das ist doch gut. Es wurde ein entsprechender Änderungsantrag gestellt, der dann hoffentlich auch eine Mehrheit finden wird. Das finde ich jetzt gut.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, in den *Kölner Perspektiven 2030+* wird beschrieben, dass wir arme und reiche Stadtteile haben. Das ist natürlich völlig zutreffend. Es wird auch darauf abgehoben, dass wir die Armut bekämpfen müssen. Aber es wird überhaupt nicht dargelegt, wie wir die Armut bekämpfen wollen.

Es wird auch ausgeführt, dass die Schere zwischen gut gebildeten und weniger gut gebildeten Kindern immer weiter auseinandergeht. Aber auch darauf gibt es keine Antwort. Es kann doch nicht wahr sein, dass in dem gesamten Bericht nicht einmal betont wird, dass wir mehr gemeinsames Lernen und mehr Gesamtschulen brauchen, um diese Schere zu schließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten uns doch darüber im Klaren sein, meine Damen und Herren, dass eine gute Schulbildung, die eine vernünftige Ausbildung ermöglicht, ein ganz wichtiges Fundament ist, um Armut zu verhindern oder ihr entgegenzutreten.

Meine Damen und Herren, wir können dem Papier so leider nicht zustimmen.

Wir haben einen großen Änderungsantrag dazu gestellt. Ich hoffe, dass der eine oder die andere Gelegenheit hatte, sich damit auseinanderzusetzen. Wenn er oder sie das getan hat, müsste er oder sie unserem Änderungsantrag eigentlich folgen. Es geht darum, dass wir sagen: Wir brauchen die Verkehrswende. Wir brauchen kostenlosen ÖPNV in Köln. Wir brauchen mehr Gesamtschulen. Wir brauchen mehr preiswerte Wohnungen. Wir wollen ein klimaneutrales Köln in 2030. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Ganze ist eigentlich eine Fachdiskussion. Wir haben im Stadtentwicklungsausschuss schon sehr viel dazu gesagt. Aber ich kann verstehen, dass die Frau Vorsitzende das hier noch einmal deutlich machen will. Es ist auch gut, dass ein breiter Kreis von Ratsmitgliedern mitbekommt, welch gewichtiges Papier wir heute vorliegen haben. Der Kollege Kienitz hat ja sogar körperlich gezeigt, wie gewichtig es ist. Daher ist das schon richtig.

Dem Dank, der in Richtung der Verwaltung, insbesondere in Richtung von Frau Scholz und ihrem Amt, ausgesprochen worden ist, schließt sich die FDP-Fraktion natürlich ausdrücklich an. Das habe ich auch schon im Ausschuss entsprechend gesagt.

Wie nachher mit dem Papier umgegangen wird, müssen wir dann sehen. Ich möchte heute auch einmal ein bisschen Wasser in den Wein der Begeisterung schütten - gerade als Ratsmitglied, das schon erlebt hat, dass wir das Leitbild für die Stadt Köln hier beschlossen haben. Danach - der eine oder andere nickt zustimmend - haben wir es in

die Schublade gelegt, und das war es dann. Insofern hoffe ich, dass wir mit der Stadtstrategie hier auch weiter arbeiten können.

Die Kollegin Pakulat hat von einer breiten Mehrheit gesprochen. Dazu sind wir als FDP auch bereit.

Allerdings wundern wir uns jetzt etwas darüber, dass die Rheinspange hier plötzlich hineinkommt. Nach dem Änderungsantrag, den wir alle mitgetragen haben, womit wir eine Basis für eine breite Zustimmung im Rat geschaffen haben, wird hier ein Thema aus meiner Sicht überhöht.

Ich wundere mich dann auch über die Begründung. Da schaue ich auch den Kollegen Joisten an. In der Form, in der jetzt hier steht, schließt es ja

(Christian Joisten [SPD]: Ich sage dazu noch etwas!)

- du sagst noch etwas dazu; das ist schön - zusätzliche Brücken für Autoverkehr aus. Als Begründung wird angeführt, es gebe in dem Kapitel sonst auch keine Einzelprojekte. Das ist doch Quatsch. Du brauchst ja nur einen Absatz weiter zu schauen. Da wird sogar der Blumenbergsweg mit seinem Ausbau namentlich erwähnt. Natürlich werden hier also einzelne Maßnahmen aufgeführt.

Wenn jetzt kurz vor Schluss von Grünen und Volt versucht wird, die Rheinspange herauszustreichen, ist das ein unfreundlicher Akt für die breite Mehrheit, die eigentlich angestrebt worden ist.

Sollte das hier so beschlossen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, würden wir uns als FDP dann auch von diesem Beschluss entfernen und uns enthalten, um deutlich zu machen, dass wir das nicht mittragen, schon einmal gar nicht in der Formulierung, wie es jetzt hier steht. - Der Kollege Joisten sagt vielleicht noch etwas dazu.

Ich finde es also nicht sauber, liebe Kollegin Pakulat, hier durch die kalte Küche kurz vor Beschluss noch einmal solche gravierenden Änderungen vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist das gute Recht von Grünen und Volt, gegen diese Autobahn zu sein; um Gottes willen. Aber das ist hier nicht das Gremium oder das Papier, in das das hineingehört. Dann hätte man das nicht an der Stelle der Entscheidung, sondern vorher machen müssen und es vorher auch in den Ausschüssen besprechen müssen.

Jetzt hier um diese Zeit mit einem solchen Änderungsantrag zu kommen, finde ich nicht fair. Wenn er beschlossen werden sollte, würde das für uns als FDP dazu führen, dass wir uns bei der Abstimmung über die Stadtstrategie enthalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Auch die letzten Damen und Herren entweder am Livestream oder hier im Saal begrüße ich noch einmal herzlich.

Die Stadtstrategie gibt auf die Fragen unserer Zeit keine ausschöpfenden Antworten. Sie zeigt vielmehr auf, wie diesen umfangreichen und themenübergreifenden Herausforderungen vonseiten der Stadt strategisch begegnet werden kann. Dabei verdeutlicht sie nicht nur die vielen Baustellen in Köln und unsere großen Verbesserungspotenziale, sondern auch die Stärken unserer Stadt und hat den Vorteil eines lebendigen Dokuments, auf dessen Grundlage Verwaltung und Politik handlungs- und anpassungsfähig bleiben.

Im ersten, sehr breit getragenen Antrag heißt es:

> Die Verwaltung wird beauftragt, diese Anregungen

- also die Anregungen der vorbereitenden Gremien -

> im Rahmen der Fortschreibung der Stadtstrategie und der weiteren Prozesse zu prüfen und das Ergebnis den zuständigen Gremien vorzulegen.

Danke an die Verwaltung, also an das Dezernat, für die Anlage 10, auf die auch meine Vorredner schon hingewiesen haben. Uns fehlt jedoch in dieser Anlage leider besonders die StadtAG - die auch ursprünglich nicht in der Beratungsfolge war; das ist mir bewusst.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass die Ziele des Kölner LSBTI-Aktionsplans und auch die UN-Nachhaltigkeitsziele in Bezug auf LSBTI-

Personen eingearbeitet und berücksichtigt werden.

Wie ihr wisst, liegen mir persönlich die Ziele und Maßnahmen aus der Behindertenpolitik am Herzen. Alle Entscheidungen der Stadtstrategie müssen im Einklang mit den Interessen behinderter Menschen stehen, deren Teilhabe sicherzustellen ist, und die UN-Behindertenrechtskonvention als Basis haben.

Ich weiß und freue mich darüber, dass dies ein lebendiges Dokument ist, das sich immer wieder weiterentwickelt, und ich mich auch hier auf die Verwaltung verlassen kann. So werden die Anliegen und die zu benennenden Betroffenen in den nächsten Versionen zu finden sein.

Da es ein lebendiges Dokument ist - und da möchte ich Ihnen, lieber Herr Sterck, ein bisschen widersprechen -, dürfen wir zu diesem Zeitpunkt nicht Entscheidungen bekräftigen, die noch gar nicht beschlossen sind und ausdiskutiert sind. Mit der Vorlage der Stadtstrategie darf dieser Prozess nicht vorweggenommen werden.

Ich werbe daher hier für unseren gemeinsamen Änderungsantrag mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Textpassage auf Seite 226 zu der Rheinspange wie beantragt zu streichen. Damit wird dann nichts vorweggenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmt bitte für unsere teilweise gemeinsamen Änderungsanträge. Ich danke euch. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe eine weitere Wortmeldung von Frau Gabrysch vorliegen.

(Zurufe: Oh!)

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich freue mich, dass die Anmerkungen in Form von Kritik und sogar Formulierungen der KLIMA FREUNDE aus der BV Ehrenfeld vom Bündnis in dem Änderungsantrag zur Beschlussvorlage aufgegriffen wurden. Es ist also wenig verwunderlich, dass die KLIMA FREUNDE diesen Änderungsantrag als Mitantragsteller unterstützen, genauso auch - das ist ebenfalls wenig überraschend - den zweiten Änderungsantrag von den Grünen und Volt. Natürlich sind auch wir gegen die Rheinspange.

Allerdings bleiben einige der seitens der KLIMA FREUNDE in den vergangenen Gremiensitzungen eingebrachten Kritikpunkte bisher unbeantwortet, zum Beispiel die nicht ausreichende Berücksichtigung der Sustainable Development Goals und die unzureichende Behandlung der Thematik soziale Gerechtigkeit oder auch des Themas Ressourceneffizienz.

Insgesamt ist uns die Vorlage zu unkonkret und leider völlig unzureichend im Hinblick auf die Themen Klimaneutralität und Klimaresilienz, selbst wenn das Papier nur als Fundament dienen soll - oder vielleicht auch gerade dann.

Zum Stichwort *Klimaneutralität* möchte ich an CDU und SPD gewandt hier noch einmal ganz deutlich sagen: Nein, mit einem Beschluss der Klimaneutralität 2035 ist das Thema Klimaneutralität nicht überholt und auch nicht erledigt.

Erstens müssen dem Beschluss dann auch erst noch Taten folgen. Zweitens gilt - auch das habe ich hier schon öfter kundgetan -: 2035 ist nicht schnell genug.

Ich sage noch einmal ganz ausdrücklich: Es ist unsere Verantwortung, hier für diese Stadt Entscheidungen zu fällen, die bezüglich Klimaschutz verfassungskonform sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten noch einmal das Wort. Er hatte nämlich direkt nach seiner Rede mitgeteilt, dass er seinem Redebeitrag noch etwas hinzufügen möchte. Das gilt aber nicht als zweite Runde, Herr Joisten. Sie wollen nur noch das hinzufügen, was Sie eben nicht gesagt haben.

(Christian Joisten [SPD]: Genau so ist es!)

Er hat seine Redezeit auch nur ganz geringfügig überzogen. Das war ganz bestimmt so. Ich tippe hier nämlich immer mit und könnte gleich die Hitliste vorlesen. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Ich danke Ihnen für die Klarstellung, Frau Reker. - Einen ganz wichtigen Punkt hatte ich eben unterschlagen, als es darum

ging, darzustellen, dass wir diesem Änderungsantrag der Grünen zustimmen können. Ich nehme aber an, dass das nicht das Problem sein wird. Denn ich habe mich ja auch sehr klar zu der Rheinspange bekannt. Sie soll mit diesem Beschluss jetzt nicht - das habe ich auch bei allen anderen Rednern herausgehört - per se obsolet sein. Insofern würden wir uns nur dann so wie eben dargestellt verhalten können, wenn das Wörtchen *auch* nicht gestrichen würde.

Wenn Sie den Beschlusstext vor sich haben, sehen Sie ja, welche Teile des Textes gestrichen werden sollen. Im letzten Satz dürfte das Wörtchen *auch* nicht gestrichen werden. Damit würde er lauten:

> Im Sinne der Verkehrswende sind auch für die Stadtbahn und den Rad- und Fußverkehr Rheinquerungen …

Und so weiter. Das Wörtchen *auch* müsste also weiterhin enthalten sein. Dann könnten wir uns, wie gesagt, eine Enthaltung vorstellen. Ansonsten wäre es aus unserer Sicht ja ein Determinismus hin zu *nur Stadtbahn*. Und genau das wollen wir an der Stelle nicht. - Danke.

> (Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Christian, wenn *auch* hineinkommt, müsst ihr aber zustimmen und euch nicht nur enthalten!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das *auch* wird offensichtlich akzeptiert, Herr Joisten.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich Ihnen gerne einmal die Abstimmungsreihenfolge vortragen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag von der LINKEN und Frau Gabrysch, danach über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, FDP, Volt, KLIMA FREUNDEN und GUT, anschließend über den Änderungsantrag von Grünen und Volt in der jetzt verabredeten Fassung mit dem Wörtchen *auch* und dann über die Vorlage in einer wahrscheinlich veränderten Fassung abstimmen.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag von der LINKEN und Frau Gabrysch. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch, die Fraktion Die FRAKTION und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, FDP, Volt, Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist diesem Änderungsantrag zugestimmt.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- Doch. Wer sagt denn Nein? - Zu etwas anderem. Okay.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wir waren schon einen Antrag weiter!)

- Es tut mir leid, dass ich jetzt nicht dieses Tempo mithalten kann.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag von Grünen und Volt in der soeben mündlich geänderten Fassung, also mit dem Wort *auch*, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion und die Oberbürgermeisterin enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich lasse nun noch über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktion der LINKEN, der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE):

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Rat der Stadt Köln

1. *nimmt die Broschüre Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ (Stand August 2020) zur Kenntnis.*
2. *beauftragt die Verwaltung, die Stadtstrategie in Bezug auf den Aspekt „Klimaneutralität“ zu überarbeiten und zu konkretisieren.*

a. Die CO2-Reduktion wird in Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaabkommen gestaltet.

b. Die zum Erreichen der Klimaziele dringend notwendige Bauwende wird eingeleitet: Es werden energiesparende Baumaterialien und Bauweisen eingesetzt. Bereits beim Bau ist die Wiederverwertbarkeit der Baustoffe zu gewährleisten.

3. beauftragt die Verwaltung, in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 eine überarbeitete Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ vorzulegen.
Bei dieser Überarbeitung sind zur Beseitigung der Schwächen und Mängel der vorliegenden Fassung der Stadtstrategie die folgenden Anforderungen zu beachten:

a. Die „Sustainable Development Goals“ (SDG) der Vereinten Nationen werden in der Stadtstrategie durchgehend berücksichtigt.

b. Die in der vorliegenden Stadtstrategie unzureichend erörterten Themen Armut, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit werden angemessen berücksichtigt.

c. Es werden in ausreichendem Maße leistbare Wohnungen (mit einer Miethöhe bis 30 % des Haushaltseinkommens) geschaffen. Bestehende günstige Wohnungen werden bewahrt.

i. Das Kooperative Baulandmodell wird nachgebessert: Der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen bei Neubauprojekten wird deutlich erhöht.

ii. Es werden Konzepte für einen kommunalen Wohnungsbau und die Förderung gemeinnützig handelnder Wohnbauträger vorgelegt.

*iii. Das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung wird in angemessenem Umfang eingesetzt und konsequent angewendet. Dies ist erreicht, wenn langfristig 25 % der Kölner*innen in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung wohnen.*

d. Kultur wird nicht nur als Wirtschaftsförderung und Standortfaktor betrachtet. Köln legt besonderes Gewicht auf die Soziokultur, auf Stadtteilkultur und auf die Förderung nicht-kommerzieller und unkonventioneller Projekte.

e. Köln arbeitet gegen die tiefe soziale Spaltung im Bildungswesen.

i. Hierzu werden mehr Plätze an Gesamtschulen geschaffen.

ii. Der Schulsozialindex wird weiterentwickelt.

f. Köln setzt eine Verkehrswende in Gang. Der Umweltverbund (Fuß- und Radverkehr, ÖPNV) wird ausgebaut, der Autoverkehr reduziert. Die sogenannte „Rheinspange“ zwischen den Autobahnen A59 und der A555 steht einer Verkehrswende entgegen und wird aus der Stadtstrategie gestrichen.

g. Die finanziellen Auswirkungen der Handlungsempfehlungen werden dargestellt und die Handlungsempfehlungen werden priorisiert.

4. Der Prozess der Überarbeitung muss den Qualitätsstandards für Öffentlichkeitsbeteiligung in Köln entsprechen:

a. Die Interessen und Perspektiven möglichst aller von dem Projekt betroffenen Gruppen werden gehört.

b. Es werden offene, allgemein zugängliche Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen.

c. Es wird ein chancengerechter Zugang zu Beteiligung geschaffen. Es sollen Bevölkerungsgruppen zur Teilnahme bewegt werden, die erfahrungsgemäß selten bei Beteiligungsverfahren mitmachen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION, RM Gabrysch und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und von RM Gabrysch

(KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln dankt den vorberatenden Gremien und nimmt deren Anregungen zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Anregungen im Rahmen der Fortschreibung der Stadtstrategie und der weiteren Prozesse zu prüfen und das Ergebnis den zuständigen Gremien vorzulegen.

Die Punkte 1 bis 5 der Beschlussvorlage werden wie folgt ergänzt:

6. *legt fest, bei der Anwendung durch Politik und Verwaltung die sich verändernde Klimalage und entsprechende bestehenden Beschlüsse zu den Kölner Klimaschutzambitionen zu berücksichtigen (insbesondere die Klimaneutralität bis 2035), und beschließt, insbesondere die Handlungsempfehlung 1 „Klimagerecht leben“ und das unter dem Leitsatz 5 formulierte Ziel 5.4 „Köln betreibt aktiv Klimaschutz und reduziert seine CO2-Emissionen“ dementsprechend zu überarbeiten.*

7. *beauftragt die Verwaltung, die Ergänzungen/Änderungen als Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+ 2.0“ in die auf der Website der Stadt Köln verfügbaren Version einzuarbeiten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD zugestimmt.

III. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und Volt in der mündlich ergänzten Fassung (im 2. Satz des Beschlusstextes soll das Wort „auch“ nicht gestrichen werden)

Beschluss:

Die Textpassage unter der Zielkarte Mobilität auf Seite 226 wird wie folgt geändert:

~~„Das Projekt Rheinspange zwischen den Autobahnen A59 und der A555 hat das Potenzial, das Verkehrssystem der Stadt Köln markant von Transitströmen zu entlasten und damit auch zu einer Neuordnung der Stadtachsen beizutragen~~. Im Sinne der Verkehrswende sind ~~nicht nur für den Autoverkehr, sondern~~ auch für die Stadtbahn und den Rad- und Fußverkehr Rheinquerungen ~~in diesem Bereich~~ zu ermöglichen, unabhängig davon, ob dies durch mehrere Brücken oder eine multimodale Brücke realisiert wird.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und AfD bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion sowie von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

Anmerkung:
Mündlicher Änderungsantrag zum Änderungsantrag AN/2694/2021 von RM Homann.

IV. Abstimmung über die Vorlage in der so geänderten Fassung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. *nimmt die Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ zur Kenntnis und erkennt sie als Kompass für die zukünftige Stadtentwicklung an.*

2. *beschließt das Zielgerüst der „360-Grad-Perspektive“ als handlungsleitend für Politik und Verwaltung der Stadt Köln.*

3. *legt fest, die 5 Zielkarten der „Stadträumlichen Perspektive“ bei künftigen Planungen der Verwaltung zu berücksichtigen und zu konkretisieren.*

4. *beauftragt die Verwaltung, eine einjährige Testphase durchzuführen, während dieser alle relevanten Verwaltungsvorlagen mit einer Bewertung versehen werden, die angibt, ob die jeweilige Vorlage zur Zielerreichung (Zielgerüst der Stadtstrategie) beiträgt und/oder Zielen widerspricht. Nach einem Jahr wird evaluiert, ob die Kenntlichmachung in den Vorlagen fortgeführt oder ggf. angepasst wird.*

5. *beauftragt die Verwaltung die Stadtstrategie zu operationalisieren und entlang der „Vorschläge für Handlungsempfehlungen“ durch*

das - die Umsetzung steuernde - Stadtentwicklungsteam Schlüsselprojekte zu definieren.

6. *legt fest, bei der Anwendung durch Politik und Verwaltung die sich verändernde Klimalage und entsprechende bestehenden Beschlüsse zu den Kölner Klimaschutzambitionen zu berücksichtigen (insbesondere die Klimaneutralität bis 2035), und beschließt, insbesondere die Handlungsempfehlung 1 „Klimagerecht leben“ und das unter dem Leitsatz 5 formulierte Ziel 5.4 „Köln betreibt aktiv Klimaschutz und reduziert seine CO2-Emissionen“ dementsprechend zu überarbeiten.*

7. *beauftragt die Verwaltung, die Ergänzungen/Änderungen als Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+ 2.0“ in die auf der Website der Stadt Köln verfügbaren Version einzuarbeiten.*

8. *Die Textpassage unter der Zielkarte Mobilität auf Seite 226 wird wie folgt geändert: ~~Das Projekt Rheinspange zwischen den Autobahnen A59 und der A555 hat das Potenzial, das Verkehrssystem der Stadt Köln markant von Transitströmen zu entlasten und damit auch zu einer Neuordnung der Stadtachsen beizutragen~~. Im Sinne der Verkehrswende sind ~~nicht nur für den Autoverkehr, sondern~~ auch für die Stadtbahn und den Rad- und Fußverkehr Rheinquerungen ~~in diesem Bereich~~ zu ermöglichen, unabhängig davon, ob dies durch mehrere Brücken oder eine multimodale Brücke realisiert wird.“*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: TOP 10.33 haben wir bereits behandelt und abgestimmt.

Tagesordnungspunkt

10.34 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes

3303/2021

Ich frage, ob es Wortmeldungen gibt. Hier habe ich Frau Hoyer auf der Rednerliste stehen. - Nein, hat sich erledigt; okay. Also: Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes ab dem Haushaltsjahr 2022, zunächst befristet auf zwei Jahre, auf die rechtsrheinischen Stadtbezirke Mülheim, Kalk und Porz im Umfang von 4,5 Stellen Sozialarbeit.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, im Rahmen einer Ziel- und Leistungsvereinbarung, den SKM Köln – Sozialdienst Katholischer Männer e.V. für Porz, den Internationalen Bund – IB West gGmbH für Mülheim und die Diakonie Michaelshoven e. V. für Kalk, mit der Umsetzung zu beauftragen.

Die Finanzierung erfolgt im Haushaltsjahr 2022 – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzungen 2022 ff. – aus veranschlagten Mitteln in Teilergebnisplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Für das Haushaltsjahr 2023 wird das Dezernat Soziales, Gesundheit und Wohnen im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2023 innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Beschluss der Fördermaßnahme „Netzwerkarbeit“ für die Kölner City im Rahmen des Projektaufrufs „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“

4225/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Steinmann.

Lisa Steinmann (SPD): Ich hoffe, dass es jetzt nicht zum Grummeln führt, wenn ich als Frau zu später Stunde dann auch noch einmal das Wort ergreife. Ich möchte den Tagesordnungspunkt aber auch gar nicht unnötig strecken.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das Bundesförderprogramm *Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren* ist gut, wichtig und richtig. Ich freue mich sehr darüber, dass wir jetzt für Köln in die engere Auswahl bei der Antragstellung geraten und dieses Vorhaben heute auf den Weg bringen.

Dass der Projekttitel, den Köln über sein Einreichungspamphlet setzt, *Netzwerkarbeit* heißt, lässt mich hoffen und wünschen, dass wir genau in dieser Richtung auf eine multifunktionale Stadtmitte hin arbeiten und die monostrukturierte Denke der Handelslagen aus einer anderen Zeit überwinden. Denn nur so können wir die Citylagen bzw. die Innenstadtlagen auch langfristig zukunftsfähig machen.

Dazu bedarf es nicht nur Aufenthaltsqualität, sondern auch Lebensqualität. Orte des Handels müssen auch Orte der kulturellen Vielfalt und des kulturellen öffentlichen Lebens sein. Warum nicht ein Jugendzentrum in der Fußgängerzone? Warum nicht eine Kita in der Fußgängerzone? Warum haben wir in Köln noch kein Unperfekthaus mitten in der Stadt?

(Beifall bei der SPD)

Ich setze sehr - und Ihr Projektvorhaben beschreibt es so - auf die Netzwerkarbeit im Zusammenspiel mit Leistungsträgern in dieser Stadt und wünsche Ihnen Mut und innovatives Fortschreiten bei der Gestaltung und auch im Hinblick auf mögliche Interimnutzungen.

Eine Sache ist mir aber sehr wichtig. Wir reden immer von Innenstadt. Wie wir alle wissen, ist das ein Zentrum mit überregionaler Bedeutung. Aber wichtig ist, dass wir bei diesem Prozess auch schauen - sowohl auf dem Weg dahin als auch im Nachgang langfristig -, welche Ableitungen wir für die Stadtteilzentren daraus ziehen können. Denn das ist etwas, was diese Stadt erst recht bunt und auch lebenswert macht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Einleitung und Umsetzung der Fördermaßnahme zur Weiterentwicklung der Kölner City durch den Aufbau und Verstetigung neuer Innenstadtkooperationen und gleichzeitiger Umsetzung konsensual erarbeiteter Maßnahmen zur nachhaltigen Attraktivierung und innovativen Profilierung (siehe Anlage 1).*

2. *Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung aus dem avisierten Förderzugang. Die Förderquote beläuft sich auf maximal 75 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten.*

   Die Gesamtkosten für den Fördergegenstand „Zentrenmanagement“ belaufen sich auf 374.500 €. Bei einer Förderquote von 75 % beläuft sich der korrespondierende Ertrag auf 280.875 €, womit ein städtischer Eigenanteil in Höhe von 93.625 € verbleibt.

   Die Gesamtkosten für den Fördergegenstand „Verfügungsfonds“ belaufen sich auf insgesamt 300.000 €. Davon sind 150.000 € zuwendungsfähige Kosten. Somit ergibt sich bei einer Förderquote von 75 % ein korrespondierender Ertrag in Höhe von 112.500 € und ein verbleibender städtischer Eigenanteil in Höhe von 187.500 €. Es ist grundsätzlich möglich und wird angestrebt, diesen Eigenanteil durch Akquirierung von Mitteln privater Innenstadtakteure noch zu verringern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.36 Erhöhung der Jugendbeihilfe 2021

3844/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Um 21 Uhr muss so viel Zeit sein, der Verwaltung in aller Kürze ein großes Lob für diese Vorlage auszusprechen. Zu den 1,25 Millionen Euro der Jugendbeihilfe kommen 460 000 Euro on top. Das sind fast 30 Prozent. Dies ist ein sehr

positives und gutes Signal an die Kölner Sportvereine in schwierigen Zeiten. Herzlichen Dank von uns dafür.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Corona-Krise mit der Aufstockung der Jugendbeihilfe von bisher 1.251.918 € auf insgesamt 1.711.918 € und der sofortigen Auszahlung an die förderberechtigten Kölner Sportvereine. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Mittel zur sofortigen Auszahlung der Zuschüsse an den Stadtsportbund Köln zu überweisen. Die erforderlichen konsumtiven Auszahlungsermächtigungen stehen im Haushaltsplan 2020/2021 im Jahr 2021 zur Verfügung.

Die zusätzlichen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 460.000 € stehen im Teilergebnisplan 0801 - Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten in Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen, Haushaltsjahr 2021, zur Verfügung, da die Zuschüsse für andere Maßnahmen reduziert werden können.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 68454/04

Arbeitstitel: Südlich Ottoplatz in Köln-Deutz

3493/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 68454/04 für das Gebiet zwischen Ottoplatz, Neuhöfferstraße, Siegesstraße und westliche Grenze des Flurstücks 1427 (Gemarkung Deutz, Flur 35) in Köln-Deutz —Arbeitstitel: Südlich Ottoplatz in Köln-Deutz— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 68454/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 64435/02

Arbeitstitel: Baufeld West, Kerpener Straße in Köln-Lindenthal

3500/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich über den aktualisierten Beschlussvorschlag in Anlage 9 abstimmen, also wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 11.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss über den aktualisierten Beschlussvorschlag (Anlage 9) wie Stadtentwicklungsausschuss vom 02.12.2021 (Anlage 11):

Der Rat beschließt,

1. *das Bauleitplanverfahren des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 64435/02 –Arbeitstitel: Baufeld West, Kerpener Straße in Köln-Lindenthal– auf ein Verfahren zur Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes im Sinne von § 30 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) umzustellen;*

2. *den Bebauungsplan 64435/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das circa 17.600 m² große Plangebiet östlich des Lindenthalgürtels und nördlich der Kerpener Straße, betreffend den südwestlichen Teil des Universitätsklinikums Köln-Lindenthal, westlich des Bettenhauses und südlich des viergeschossigen Zentrallagers nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

3. *Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: TOP 12.3 haben wir schon behandelt.

Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 279. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

3711/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 279. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage beigefügten Fassung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Porz uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

16.2 278. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

3521/2021

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer II - Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

17 Gremienbesetzungen

Einige Vorschläge werde ich einzeln zur Abstellung stellen müssen, aber gesammelt vorlesen.

Tagesordnungspunkt

17.1 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE am 24./25.03.2022

Neubesetzung der Sitze im Hauptausschuss und Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE

2998/2021

Vorgeschlagen werden für den Hauptausschuss Bürgermeister Dr. Ralf Heinen und für das Präsidium Bürgermeister Andreas Wolter.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat schlägt

a) zur Wahl durch die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25. März 2022 in Hannover als Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss

b) zur Wahl durch den Hauptausschuss der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25. März 2022 in Hannover als Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied im Präsidium

folgende Ratsmitglieder vor:

ad a) Hauptausschuss:

Bürgermeister Dr. Ralf Heinen

ad b) Präsidium:

Bürgermeister Andreas Wolter

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25.03.2022 in Hannover - Benennung von Delegierten

3547/2021

Hier liegt ein Wahlvorschlag vor, der als gemeinsame Liste eingereicht worden ist. Ich lese ihn gleich einmal vor.

Zunächst müssen wir aber festlegen, wie viele Delegierte entsandt werden sollen.

Wie üblich, stimmen wir dabei zunächst über die Beschlussalternative ab. Die Alternative ist, acht Ratsmitglieder zu entsenden. Darüber stimmen wir jetzt ab. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Damit gilt diese gemeinsame Liste, die ich Ihnen jetzt einmal vortrage: Bürgermeisterin Brigitta von Bülow, Bürgermeister Andreas Wolter, Herr Dirk Michel, Frau Teresa De Bellis-Olinger, Frau Elfi Scho-Antwerpes, Bürgermeister Dr. Ralf Heinen, Herr Jörg Detjen und Herr Ralph Sterck.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine.

Da wir eine Gegenstimme der AfD-Fraktion haben, muss ich jetzt einzeln über die Wahlvorschläge abstimmen lassen, um das hier hieb- und stichfest zu machen. Ich lese sie jetzt also noch einmal vor.

Wer ist für den Wahlvorschlag der Grünen, Brigitta von Bülow und Andreas Wolter? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - -

Nein, wir müssen anders abstimmen. Das ist eine Verhältniswahl. Jeder sollte also für seine Liste stimmen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist das Hare-Niemeyer-Verfahren!)

- Ja. Wir stimmen jetzt in der Verhältniswahl ab.

Wer ist also für den Wahlvorschlag der Grünen? Die Grünen kennen ja ihren Wahlvorschlag. Insofern muss ich ihn nicht noch einmal vortragen. - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wer ist für den Wahlvorschlag der CDU? - Herr Zimmermann und Frau Gabrysch, ich kann Sie nicht verstehen. Sie machen mir Handzeichen. Bitte sprechen Sie.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Wir hatten während des Wahlvorgangs für die Grünen gestimmt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer ist für den Wahlvorschlag der CDU? - Das sind die CDU-Fraktion und die AfD.

Wer ist für den Wahlvorschlag der SPD? - Das ist die SPD-Fraktion.

Wer ist für den Wahlvorschlag der LINKEN? - Das sind die LINKEN.

Wer ist für den Wahlvorschlag der FDP? - Das ist die FDP.

Damit sind alle Vorgeschlagenen, die ich gerade vorgetragen habe, gewählt.

(Vereinzelt Beifall)

I. Abstimmung über den einheitlichen Wahlvorschlag in der Fassung der Alternative

Beschluss:

Der Rat entsendet die folgenden acht Ratsmitglieder als Delegierte zur Delegiertenversammlung 2022 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24./25.03.2022 in Hannover:

BM Brigitta von Bülow (Grüne)

BM Andreas Wolter (Grüne)

Dirk Michel (CDU)

Teresa de Bellis-Olinger (CDU)

Elfi Scho-Antwerpes (SPD)

BM Dr. Ralf Heinen (SPD)

Jörg Detjen (Die Linke.)

Ralph Sterck (FDP)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Da dem einheitlichen Wahlvorschlag nicht einstimmig zugestimmt wurde, werden die Personen durch Verhältniswahl gewählt.

II. Verhältniswahl

Vorschlag 1	*BM Brigitta von Bülow (Grüne)* *BM Andreas Wolter (Grüne)*	*mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln)*
Vorschlag 2	*Dirk Michel (CDU)* *Teresa de Bellis-Olinger (CDU)*	*mit den Stimmen der CDU-Fraktion*
Vorschlag 3	*Elfi Scho-Antwerpes (SPD)* *BM Dr. Ralf Heinen (SPD)*	*mit den Stimmen der SPD-Fraktion*
Vorschlag 4	*Jörg Detjen (Die Linke.)*	*mit den Stimmen der Fraktion Die Linke.*
Vorschlag 5	*Ralph Sterck (FDP)*	*mit den Stimmen der FDP-Fraktion*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion

des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) gewählt worden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Neubenennung der Mitglieder für die Fachausschüsse der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

3548/2021

Hier liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor. Ich trage ihn jetzt einmal vor. Vorgeschlagen werden:

- für den Deutsch-Französischen Ausschuss Bürgermeister Andreas Wolter und Frau Ursula Gärtner
- für den Deutsch-Polnischen Ausschuss Frau Erika Oedingen
- für den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit Bürgermeisterin Brigitta von Bülow und Herr Jörg Detjen
- für den Arbeitskreis *Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger* Frau Dilan Yazicioglu, Herr Christian Achtelik und Frau Maria Helmis

Das ist der Wahlvorschlag.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion.

Dann passiert das Gleiche wie eben. Es sind die Wahlvorschläge, die ich gerade vorgetragen habe, eingereicht worden. Ich muss jetzt wieder einzeln darüber abstimmen lassen.

Wer dem Wahlvorschlag 1 der Grünen, Bürgermeister Andreas Wolter in den Deutsch-Französischen Ausschuss zu entsenden, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Grünen.

Dann lasse ich über den Wahlvorschlag 2 abstimmen. Wer ist dafür, Ursula Gärtner dorthin zu entsenden? - Das ist die CDU-Fraktion.

Meine Damen und Herren, die Verwaltung legt Wert darauf, dass wir noch einmal abstimmen. Auch das können wir machen. Wir haben das ja jetzt geübt.

Wer ist für den Wahlvorschlag 1 für den Deutsch-Französischen Ausschuss, Bürgermeister Andreas Wolter? - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Danke.

Jetzt erfolgt die Abstimmung über den Wahlvorschlag 2, Frau Ursula Gärtner. - Das ist die CDU-Fraktion. - Damit sind alle für diesen Ausschuss gewählt.

Jetzt kommt der nächste Ausschuss. Das ist der Deutsch-Polnische Ausschuss. Da gibt es den Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, Frau Erika Oedingen zu entsenden. - Damit ist sie auch gewählt. Die SPD-Fraktion stimmt natürlich für ihren Vorschlag und wählt Frau Oedingen.

Dann sind wir bei dem Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Da lautet der Wahlvorschlag 1 von den Grünen, Bürgermeisterin Brigitta von Bülow zu entsenden. - Dieser Wahlvorschlag wird natürlich bestätigt. Damit ist sie gewählt.

Außerdem gibt es den Wahlvorschlag 2, Herrn Jörg Detjen dorthin zu entsenden. - Dieser Wahlvorschlag wird durch die LINKEN bestätigt. Damit sind auch hier alle gewählt.

Jetzt kommen wir zu dem Arbeitskreis *Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger*. Da haben wir drei Wahlvorschläge vorliegen. Es besteht auch die Möglichkeit, mehr als zwei Mandatsträger zu entsenden. Aber das müssen wir hier beschließen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Machen wir!)

- Das müssen wir hier noch einmal machen. Formal müssen wir auch hier noch einmal sagen: Es wäre gut, wenn die Stadt Köln in diesen Arbeitskreis drei Mandatsträgerinnen und Mandatsträger entsenden würde.

Stimmt jemand dagegen, drei Personen zu entsenden? Das kann ich mir zwar nicht vorstellen, Aber ich frage natürlich. - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine.

Dann können wir über die drei Wahlvorschläge abstimmen.

Wahlvorschlag 1 von den Grünen, Frau Dilan Yazicioglu. - Sie ist gewählt.

Wahlvorschlag 2 von Volt, Herr Christian Achtelik. - Das ist ein von der CDU-Fraktion abgetretenes

Recht. Darum stimmen CDU-Fraktion und Volt dafür.

Wahlvorschlag 3 von der SPD-Fraktion, Frau Maria Helmis. - Auch diese Wahl ist erfolgt.

Dann sind bei Tagesordnungspunkt 17.3 jetzt auch wirklich alle gewählt. - Vielen Dank.

Bei den nächsten drei Gremienbesetzungen unter den Tagesordnungspunkten 17.4, 17.5 und 17.6 werde ich nicht mitstimmen.

I. Abstimmung über den einheitlichen Wahlvorschlag

Beschluss:

Der Rat entsendet die folgenden Ratsmitglieder in die Ausschüsse und den Arbeitskreis des RGRE:

Deutsch-Französischer Ausschuss (DFA)

BM Andreas Wolter (Grüne)
Ursula Gärtner (CDU)

Deutsch-Polnischer Ausschuss (DPA)

Erika Oedingen (SPD)

Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ-Ausschuss)

BM Brigitta von Bülow (Grüne)
Jörg Detjen (Die Linke.)

Arbeitskreis „Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (AK JUMA)

Dilan Yazicioglu (Grüne)

Christian Achtelik (auf Vorschlag der CDU)

Maria Helmis (SPD)

Abstimmungsergebnis zum Wahlvorschlag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Da dem einheitlichen Wahlvorschlag nicht einstimmig zugestimmt wurde, werden die Personen durch Verhältniswahl gewählt.

II. Verhältniswahl

Zu a) Deutsch-Französischer Ausschuss

Vorschlag 1	*BM Andreas Wolter (Grüne)*	*mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*
Vorschlag 2	*Ursula Gärtner (CDU)*	*mit den Stimmen der CDU-Fraktion*

Zu b) Deutsch-Polnischer Ausschuss

Vorschlag 1	*Erika Oedingen (SPD)*	*mit den Stimmen der SPD-Fraktion*

Zu c) Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Vorschlag 1	*BM Brigitta von Bülow (Grüne)*	*mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*
Vorschlag 2	*Jörg Detjen (Linke)*	*mit den Stimmen der Fraktion Die Linke.*

Zu d) Arbeitskreis „Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger“

Zunächst Abstimmung über den Vorschlag, drei Ratsmitglieder in den Arbeitskreis „Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Verhältniswahl zur Wahl der drei Ratsmitglieder:

Vorschlag 1	*Dilan Yazicioglu (Grüne)*	*mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*

Vorschlag 2	*Christian Achtelik (Volt)*	*mit den Stimmen der Fraktionen CDU und Volt*
Vorschlag 3	*Maria Helmis (SPD)*	*mit den Stimmen der SPD-Fraktion*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in die Fachausschüsse bzw. den Arbeitskreis der Deutschen Sektion des Rates und der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) gewählt worden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Gremienbesetzung - Berufung von Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

3893/2021

Es sollen Natalie Binz und Achim Schmitz für Gerhard Jansen und Andreas Albrecht berufen werden.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, Natalie Binz und Achim Schmitz als Mitglieder mit beratender Stimme für die Stadtschulpflegschaft Köln in den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu berufen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss

3808/2021

Für die Synagogengemeinde Köln Jennifer Raab für Alina-Toyah Schiller und Alina-Toyah Schiller für Tatjana Puris.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so gewählt.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Frau Jennifer Raab gemäß §5 I Nr.7 AG-KJHG NRW und §4 III S.1 lit. h der Satzung des Jugendamtes als beratendes Pflichtmitglied für die Synagogengemeinde Köln in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - vom Vorstand der Gemeinde bestellt wird.

Das bisherige Hauptmitglied Frau Alina-Toyah Schiller übernimmt künftig die Funktion des stellvertretenden beratenden Pflichtmitglieds.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss: Jugendamtselternbeirat

3979/2021

Für den Jugendamtselternbeirat wird Ronja Zbik für Sonja Riedemann stellvertretend beratendes Mitglied.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so gewählt.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Frau Ronja Zbik gemäß §5 I Nr.9 AG-KJHG NRW als stellvertretend beratendes Pflichtmitglied für den Jugendamtselternbeirat (JAEB) in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - vom Vorstand des JAEB bestellt wird.

Das bisherige stellvertretende Mitglied Frau Sonja Riedemann gibt ihre Funktion im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Vorschlag von Mitgliedern für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit

3974/2021

Hier liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor.

Der Rat der Stadt Köln hat lediglich ein Vorschlagsrecht an die Bezirksregierung. Der Vorschlag umfasst zwei Ratsmitglieder nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren und ein Mitglied der Verwaltung.

Vorgeschlagen sind als Mitglieder des Verwaltungsausschusses Herr Daniel Bauer-Dahm von den Grünen und Herr Martin Erkelenz von der CDU-Fraktion; für die Verwaltung wird als drittes Mitglied Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau vorgeschlagen.

Gibt es weitere Vorschläge? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*I. Der Rat schlägt als Nachfolger*innen der bisherigen Ausschussmitglieder des Verwaltungsausschusses bei der Agentur für Arbeit als ordentliche Mitglieder für die Gruppe der öffentlichen Körperschaften vor:*

1. Mitglied (des Verwaltungsausschusses bei der Agentur für Arbeit)

Daniel Bauer-Dahm

2. Mitglied (des Verwaltungsausschusses bei der Agentur für Arbeit)

Martin Erkelenz

3. Mitglied (des Verwaltungsausschusses bei der Agentur für Arbeit)

Herr Dr. Rau, Beigeordneter für Soziales,

Gesundheit und Wohnen

II. Die Benennung erfolgt für die neue Amtsperiode des Verwaltungsausschusses bei der Agentur für Arbeit ab dem 01.07.2022, längstens jedoch für die laufende Amtszeit des Rates bzw. der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln bzw. zur Stadtverwaltung Köln.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten beziehungsweise auf seine Veranlassung gewählten Vertretenden der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“

AN/2654/2021

Dr. John Akude für Henk van Benthem.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Dr. John Akude anstelle von Herrn Henk van Benthem als stimmberechtigtes Mitglied in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenhaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Neuwahl eines Mitgliedes im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün“

AN/2653/2021

Dr. John Akude für Felix Spehl.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabrysch enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Dr. John Akude anstelle von Herrn Felix Spehl als stimmberechtigtes Mitglied

in den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenhaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Wahl für den Aufsichtsrat

4226/2021

Hier soll Herr Ascan Egerer als neuer Verkehrsdezernent entsandt werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG vor, Herrn Beigeordneten Ascan Egerer anstelle von Frau Stadtdirektorin Andrea Blome als Vertreter der Oberbürgermeisterin in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen.*

2. *Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt nach der Neuwahl, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.*

3. *Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS): Entsendung in die Verbandsversammlung

4231/2021

Auch hier soll Herr Egerer entsandt werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Frau Stadtdirektorin Andrea Blome Herrn Beigeordneten Ascan Egerer in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg.*

2. *Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertreterinnen bzw. Vertreter in die Verbandsversammlung gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister oder der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln sowie deren Vertretungen ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Vertreterinnen bzw. Vertreter und Stellvertretungen in der Verbandsversammlung ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.*

3. *Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in der Verbandsversammlung an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der FDP-Fraktion „Benennung neuer Sachkundiger Einwohner“

AN/2662/2021

Hier werden zwei neue Sachkundige Einwohner benannt, einmal für den Bauausschuss und einmal für den KuK usw. Sebastian Overhage und Gerd Kaspar sind die beiden Namen.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Frau Seda Öndas scheidet als Sachkundige Einwohnerin aus dem Bauausschuss und aus dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft aus. Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolger Herrn Sebastian Overhage.

Herr Dr. Ulrich Wackerhagen scheidet als Sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss Kunst und Kultur, dem Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln, dem Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester sowie dem Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud aus. Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolger Herrn Gerd Kaspar.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben noch eine Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen, meine Damen und Herren. Ich rufe daher auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2023 in Köln

3618/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln begrüßt die Möglichkeit, dass die Stadt Köln Ausrichter der 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2023 werden könnte und erkennt den Bedarf für die Ausrichtung des Deutschen Städtetages 2023 in Höhe von insgesamt 250.000 € an. Er beauftragt die Verwaltung entsprechende Verhandlungen zu führen und die notwendigen Schritte einzuleiten.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung angelangt. Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 21.18 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 3.1.1

zu Protokoll gegebene Rede

Philipp Busch *(AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sowohl der Grundantrag als auch die Änderungsanträge sind in der Gänze abzulehnen! Sie dienen keiner Verbesserung, sondern lediglich der Drangsalierung des Autofahrers! Während der letzten zwei Jahre hat sich statistisch gezeigt, dass die Menschen gerne Auto fahren. Dies soll ihnen vermiest und erschwert werden.*

Mir stellt sich die Frage, wie Menschen ohne Smartphone dann parken sollen. Wird es dann doch eine Alternative dazu geben bzw. werden Parkscheinautomaten stehen bleiben müssen, oder dürfen diejenigen, die ohne Smartphone parken wollen, dann nicht mehr parken? Wer denkt an die Alten? Was ist, wenn wie gefordert kein Kiosk in der Nähe ist, wie von der SPD angedacht? Zu bedenken sei hier auch § 14 BBankG. Wie soll der Bargeldzahler parken?

Alles in allem soll hier eine Verteuerung des Individualverkehrs zu einem Umdenken führen. Nur führt dies nicht zu einem Umdenken, sondern zu einer finanziellen Unmöglichkeit derer, die nicht so gut gestellt sind. Wer erklärt denn der Krankenschwester, die aus Lindweiler morgens um 5 zur Arbeit nach Porz muss, dass sie ihr Auto abschaffen soll und entweder mit dem Rad oder dem begrenzt funktionierenden ÖPNV zukünftig zur Arbeit fahren soll?

Vielleicht sollte man den Dezernenten und den Bürgermeistern die Dienstfahrzeuge wegnehmen, und diese sollten mit dem ÖPNV ihre Termine wahrnehmen. Das wäre mal eine mutige Entscheidung! Auch würde es Parkraum in der Innenstadt freimachen. Daran zu rütteln ist wohl unmöglich. Aber wohin der Zug fahren soll, sehen wir auch in der vertagten Stellplatzsatzung, die wir im Übrigen auch so ablehnen! Selbst da, wo genug Parkraum zur Verfügung steht, soll dieser künstlich verknappt werden.

Abschließend sehe ich hier keinen Masterplan, eher mit viel Wohlwollen eine Verschlimmbesserung. Wir lehnen, wie eingangs angekündigt, den Antrag und die Änderungen dazu ab. - Danke.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 3.1.2

zu Protokoll gegebene Rede

Heiner Kockerbeck *(DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Immer mehr Kinder und Jugendliche mussten in den vergangenen 15 Jahren bundesweit in Heimen oder bei Pflegeeltern untergebracht werden: 2005 waren es 26 000 Minderjährige. Bis 2019 stieg die Zahl auf rund 50 000 an. Überforderung der Eltern oder eines Elternteils war und ist der häufigste Anlass dafür. Es geht bei den Heim- und Pflegekindern, um junge Mitbürger*innen, die in sozial benachteiligten, schwierigen Umständen aufwachsen.*

Wir haben es hier vielfach mit einer Folge von sozialer Spaltung und Armut zu tun. Gerade erst wieder hat eine Studie der Bertelsmann Stiftung ergeben, dass die Mittelschicht in Deutschland im Laufe von 25 Jahren deutlich geschrumpft ist. Allein von 2014 bis 2017 sind etwa 22 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter in die untere Einkommensschicht geraten. Die Corona-Krise hat dies noch verschärft.

Jugendliche in Obhut des Jugendamtes, ohne gutes Taschengeld der Eltern, wollen früh beginnen, eigenes Geld hinzuzuverdienen, und sie wollen früher als andere eine ungelernte Erwerbstätigkeit oder eine Ausbildung aufnehmen. Der für sie erreichbare, im Vergleich zu anderen geringe Verdienst hat für sie eine überragende, sozusagen sozial-moralische Bedeutung. Um diesen Jugendlichen Mut zu machen, für sich eine eigene Lebensperspektive zu finden, müssen im Umgang mit ihnen pädagogische und emanzipatorische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, nicht fiskalische unter der Frage: Wie können wir Jugendliche zu Heranziehung ihrer eigenen Heimunterbringung finanziell heranziehen?

Es dürfen nicht erst pauschal deutliche Geldbeträge von ihrem geringen Verdienst abgezogen werden, um dann auf die Formulare mit der Beantragung gesonderter Beihilfen zum Führerschein oder anderem hinzuweisen. Den Jugendlichen wird damit ihre abhängige Situation fortwährend vor Augen geführt. Das ist „schwarze Pädagogik“, Anti-Pädagogik.

Die Bedeutung dieses Gesichtspunktes hat auch der Bundestag selbst erkannt, indem er sein Gesetz „Kinder- und Jugendstärkungsgesetz" nannte. Er begrenzte 2021 den erlaubten Kostenbeitrag für eine Unterbringung durch das Jugendamt auf höchstens 25 Prozent des Einkommens. Das ist beachtlich: Der Gesetzgeber nennt hier ausdrücklich eine Höchstgrenze. Es gibt den Spielraum, diese Höchstgrenze zu unterschreiten.

Deshalb werbe ich bei allen demokratischen Mitgliedern des Stadtrats: Helfen Sie, die soziale Spaltung in Köln zu bekämpfen. Setzen sie die Kostenheranziehung für Heim- und Pflegekinder aus finanziellen Mitteln der Stadt auf null herab. Unterstützen Sie den gemeinsamen Antrag von FDP, der LINKEN und SPD.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 3.1.5

zu Protokoll gegebene Rede

Jennifer Glashagen *(Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir wollen Köln zu einer noch lebenswerteren Stadt machen. Dazu bedarf es auch einer starken und innovativen Wirtschaft, in der sowohl heimische Kleinstbetriebe, Mittelständler*innen, etablierte Großunternehmen als auch Start-ups einen Platz haben.*

*Junge wie alte Gründerinnen und Gründer stehen oft vor besonderen Herausforderungen. Im Gespräch mit ihnen - den Gründer*innen - ist klar geworden, dass Bürokratie oft ein Hindernis in der Umsetzung von innovativen Ideen darstellt und dass der Wunsch nach mehr Unterstützung von städtischer Seite besteht. Außerdem hat auch diese Szene unter Corona gelitten.*

Diesen Bedürfnissen kommen wir mit der Koordinationsstelle nach.

Die Kooperation zwischen der innovativen Start-up-Szene und der Kölner Verwaltung hat einige Synergieeffekte zur Folge: Wir erwarten einerseits einen Transfer von Know-how für technologiebasierte Lösungen, den Einsatz künstlicher Intelligenzen und die Möglichkeit, altbekannte Probleme neu zu denken.

Andererseits erhalten Gründerinnen und Gründer einen authentischen Einblick in die Herausforderungen, vor denen eine Stadt im 21. Jahrhundert steht, was im besten Fall neue Ideen entstehen lässt. Darüber können sich Start-ups finanzieren und gleichzeitig weiterentwickeln.

Beides wirkt sich positiv auf die Attraktivität des Wirtschafts- und Digitalstandorts Köln aus und stärkt als innovatives Element einer modernen Behördenkultur auch die Arbeitgebermarke Stadt Köln.

Daher bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem unkonventionellen Schritt auf dem Weg zu einer wirklichen Smart-City zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

Sachregister

Abfallwirtschaftsbetrieb

Erste Betriebsleitung 705

Jahresabschluss 2020 592

Wirtschaftsplan 2021 416

AchtBrücken GmbH

Betriebskostenzuschuss 2022-2024 151

Aktuelle Stunde

Lage in Afghanistan 480

Muezzin 651

Amtsapothekengeschäft

Zusammenarbeit mit der Stadt Leverkusen 828

Aufsichtsratswahlen

PCG Kodex 52

Baubeschluss

Ausbau der Bahnsteige 824

Ersatzneubau Brücke 701

Ersatzneubau der Kragplatte am Altstadtufer 270

Generalinstandsetzung des Perlengrabens 418

Generalsanierung der Gemeinschaftsgrundschule 159

Generalsanierung Sportanlage 417

Generalsanierung Sporthalle 704

Maßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“ 270

Neubau einer Flüchtlingsunterkunft 156

Neubau einer Zweifachturnhalle 261

Neubau eines Wohngebäudes 156, 255

Neubau von zwei Wohngebäuden 152

Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände 253

Rettungswache Worringen 419

Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud 594

Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Frischezentrum Marsdorf in Köln-Junkersdorf 801

Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf 596

Mertener Straße in Köln-Marienburg 727

Parkstadt Süd in Köln-Zollstock, Raderberg und Bayenthal 727

Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus 273

Bauleitpläne - Änderungen/Satzungen

Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 274

Kölner Str./Hauptstraße in Köln-Porz und Köln Porz-Ensen 282

Zum Dammfelde in Köln-Widdersdorf 274

Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

„Fuchskaule“ in Köln-Porz-Elsdorf 597

August - Strindberg Straße 436

Baufeld West, Kerpener Straße in Köln-Lindenthal 854

Damiansweg in Köln-Volkhoven/Weiler 68

Eisenbahnersiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven 168

Frischezentrum in Köln-Junkersdorf/ Marsdorf 801

Heidestraße 436

Sportanlage Kapellenstraße 596

Südlich Ottoplatz in Köln-Deutz 854

Wasserwerkstraße in Köln Dellbrück 436

Bebauungsplan

Auenviertel in Köln-Rodenkirchen 78

Bedarfsfeststellung

Kommunikations- und Partizipationsstrategie 435

Landtagswahl 2022 404

Löschfahrzeuge Logistik 420
Mobilitäts Cockpits Köln 412
Parkstadt Süd 841
Qualitätsmanagement-Tool 58
Sicherungsmaßnahmen 593
Silvesterfeiern 2021 bis 2024 245
Stadtbahnanbindung 427
Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln 161
Städtebauprojekt Parkstadt Süd 159
Standardrettungswagen 586
Unterkünfte für Geflüchtete 404

Beihilfekasse
Jahresabschluss und des Lagebericht 2020 831
Wirtschaftsplan 2022 831

Bezirke
Außengastronomie 2021/2022 696
Bezirksvertretung Chorweiler 573
Bezirksvertretung Kalk 574
Ordnungsamt in Kalk 694

Bildung
Bildungsgang „Tiermedizinische Fachangestellte“ 61
Elternbeiträge 338
Erstattung von Elternbeiträgen 273
Kindertagespflege 431
Kita/OGS-Gebühren 137
MINTköln Festival der Stadtbibliothek 408
Projekt „Arbeitsorientierte Grundbildung(sberatung) in Köln“ 441
Schuleingangsuntersuchungen 664
Schulinfrastruktur 793
Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums 418, 419
Schulversuch „Fachoberschule für Verwaltung und Rechtspflege Schwerpunkt Polizeivollzugsdienst“ 58
Zügigkeitserweiterung 825

Bühnen am Offenbachplatz
Sanierung 582

Bühnen der Stadt Köln
Betriebsleitung 581
Jahresabschluss zum 31.08.2019 257
Musisch-kulturelle Bildung 145
Opernintendant 258
Stellenplan 2022 635
Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2021/22 579

COVID-19-Pandemie
Arbeitszeitmodelle der Stadtverwaltung 401
Außengastronomie und Parkplätze 325
Benachteiligte Stadtteile 219
Corona-Bußgelder 98
Coronamaßnahmen 554
Corona-Screening im Abwasser 342
Corona-Sonderförderung 595
Corona-Sondermaßnahmen 167
Eingeschränkter Regelbetrieb 273
Eingeschränkter Regelbetriebes in den Ganztagsangeboten 195
Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung 79
Finanzsituation der Kommunen 38
Gesundheitsschutz 567, 688
Impfungen städtische Kliniken 145
Inzidenzen für Geimpfte und Ungeimpfte 699
Kindeswohl 234
Kostenlose FFP2-Masken 793
Sondermaßnahmen Kultur 2021 64
Stadtverwaltung 764
Veranstaltungen und Partys 347

Denkmalschutz
Erhaltung des Kölner Doms 269
Pferderennbahn Köln, Scheibenstr. 61

Digitalisierung
Bildung 408
Digitaler Skulpturenrundgang 580

Förderprojekt „IDunion“ 194

Online-Collections 471

Online-Collections und Schaffung anderer digitaler Zugänge 471

Dringlichkeitsentscheidungen

Ankauf von Werken 80

Bebauungsplan-Entwurf 78

Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen 78

Erstattung von Elternbeiträgen 195

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 863

Innovationswettbewerb „Schaufenster Sichere Digitale Identitäten“ 194

Kulturentwicklungsplanung 471

Nachbesetzung 635

Pandemiebedingte Einschränkungen 79

Projekt Grundbildung 441

Strukturerhaltende Maßnahme 472

Überplanmäßige Aufwendungen 195

Überplanmäßiger Aufwand 79

Veränderungssperre 602

Wiederholung der Wahl eines Mitglieds 79

Drogenpolitik

Neumarkt 780

Einstellungsbeschluss

Neubau einer Flüchtlingsunterkunft 717

Familie-Ernst-Wendt-Stiftung

Wirtschaftsplan 2021 56

Feuerwehr Köln

Fahrzeugtypenänderungen 420

Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter 421

Filmhaus Köln

Eröffnung 725

GAG Immobilien AG

Servicegesellschaft 582

Gebäudewirtschaft

Jahresabschluss zum 31.12.2019 60

Schulbau GmbH 144

Stellenplan 2022 635

Technologie-Initiative 719

Wirtschaftsplan 2021 260

Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Abfallgebühren 798

artothek - Raum für junge Kunst 148

KunstBibliothek Köln 148

Stadtentwässerungsbetriebe Köln 54, 799

Straßenreinigung 799

Geflüchtete

Aus Seenotrettung, griechischen Lagern und aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion 99

Außerschulische Bildung für Kinder 694

Menschen an der belarussischen-polnischen Grenze 794

Menschen aus Afghanistan 480

Minderjährige 321

Ombudsstelle 579

Unterbringung und Betreuung 587

GEW Köln AG

Rheinlandkooperation 827

Gleichstellung

Diversity-Konzept 830

Gleichstellungsaktionsplan 701

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt 823

Gürzenich-Orchester

Geschäftsführender Direktor 408

Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2019/2020 431

Stellenplan 2022 636

Wirtschaftsplan 2021/22 589

Hafen und Güterverkehr Köln AG

Satzungsänderung 430

Haushalt

Bezirksbezogene Haushaltsmittel 428

Buchungsstand 31.10.2021 mit Jahresprognose 800
Bürger*innenhaushalt 400
Haushaltsbeschlüsse 52
Haushaltsplan 2022 455
Haushaltsrechtliche Unterrichtung 800
Haushaltssatzung 2022 446, 800
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2022 636
Kommunalinvestitionsförderungsgesetz 800
Kostenerhöhung 403
Kostensteigerungen bei Großprojekten 52
Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen 150, 244, 403, 577, 700, 799
Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2010 826
Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2018 826
Unterrichtung des Rates 150, 404

Historisches Archiv
K³ Ausstellungs- und Veranstaltungsort 79

Integration
Antidiskriminierungsrichtlinie 576
Antisemitismus 318, 773
Autonomes Zentrum 19
Gewalttaten 522
Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ 263
Programm „Bleibeperspektiven in Köln“ 262
Rassismus an Kölner Schulen 53
Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU 589

Intensive Auszahlungsermächtigung
Einrichtung des Erweiterungsbaus 588

KAG-Satzungen
Erhebung eines Erschließungsbeitrages 169, 729
Feldgärtenstraße von Hillesheimstraße bis Merkenicher Straße 170
Goldnesselweg von Kreisverkehr bis öffentliche Grünfläche in Köln-Sürth 169
Hermann-Löns-Straße/An den Seen von Parzellen 170
Straßenbauliche Maßnahmen 68, 437, 728, 855
Tausendschönweg von Sürther Feldallee bis öffentliche Grünfläche 169

Kalkberg
Helikopterstation 575
Hubschrauberstation 766

Kinder und Jugendliche
Jugendbeihilfe 2021 853
Kinder- und Jugendförderplan 2021-2025 716
Pflege- und Heimkinder 761
Spielplatz Rixdorfer Str. 150
Spielplatz Wuppertaler Str./Stegwiese 150
Stresemannstraße in Köln-Finkenberg 244

Kinderoper Köln
Programm „Neue Wege“ 158

Klärschlammverwertung am Rhein GmbH
Gründung und Beteiligung 264

Kliniken der Stadt Köln
Standort Holweide 673

Köln-Bäder GmbH
KidsSpa im Zollstockbad - Wassergewöhnung für Kleinkinder 67

Kölner Verkehrs-Betriebe
Busbetriebshof Köln Ost 411
Hochflurige Stadtbahnwagen 700
U-Bahn-Vertrag 830

Kölnisches Stadtmuseum
Künstler Otto Schindler 507

Kostenerhöhungen
Aufzugsnachrüstung 800
Bericht über die finanzielle Lage 577
Ermächtigungsübertragungen 244

Generalsanierung des Umkleidegebäudes 150
Gesamtabschluss 2018 577
MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln 244
Neugestaltung der Spielplätze 150
Spielplatz „Trendsportarten Mühlenweg“ 55
Trendsportangebote 244
Unterkunft für Geflüchtete 800
Verkehrs- und Tunnelleitzentrale 700

Kostensteigerung
Sanierung des Rheinparkcafés 583

Kultur
Bildende Kunst 581
Corona-Sondermaßnahmen 64
Dokumentation, Digitalisierung und Veröffentlichung des Bestandes 579
Erhöhung des Förderetats für interkulturelle Projekte 63
Etatisierung eines Förderbudgets für freie inklusive Kulturarbeit 63
Filmbereich 583
Filmkultur 725
Freiflächen für Open Air 347
Internationale Photoszene Köln gUG und Temporary Gallery e. V. 832
Kölner Gesellschaft für Alte Musik e. V. 831
Kunst im öffentlichen Raum 580
Künstler*innenförderung Bildende Kunst 427
MusikFabrik Landesensemble NRW e. V. 725
raum13 gGmbH 705
Sommerblut e. V. 705
Sparte Bildende Kunst 832
Stadtteilbibliothek Nippes 408
WEEK-END Fest 2022 583
Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung 578

Kunst- und Museumsbibliothek
Medienetat 407

Mehrkostenbeschluss
Mikrobiologieräume 416

Museum Ludwig
17 Kunstwerke 506
Drei Kunstwerke 748
Filmforum NRW 431
Kulturentwicklungsplanung 580
Künstler Claes Oldenburg 19
Künstler Danh Võ 317
Künstler Hermann Scherer 833
Künstler Wade Guyton 748
Künstlerin Adrian Piper 80
Künstlerin Frau Leiko Ikemura 749
Künstlerin Leiko Ikemura 317
Kunstwerk von Danh Vo 655
Kunstwerk von Martin Kippenberger 159

Oberbürgermeisterin
Accounts 106
Allgemeine Vertreterin bzw. allgemeiner Vertreter 109
Dezernat IX 524

ÖPNV
Ausweichquartiere des Bezirksrat-hauses Rodenkirchen 410
Busnetz im Kölner Westen 410
DB Netz AG 591
Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18 824
Linie SB 60 417
P+R-Anlage an der Haltestelle Weiden West 411
Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden 427
Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven 58
Stadtbahnhaltestelle Vingst 800
Stadtbahnhaltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße 830
Zuständigkeitsübertragung der Linie 250 829

Pflege
Berufsurkunden 567

Planung

Abriss und Neubau einer Unterkunft 155

Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof 58

Förderprojekt „Wasser muss zum Baum“ 260

Hallen Kalk 593

Katastrophenschutzeinrichtung Boltensternstr. 840

Neubau Historische Mitte 833

Rautenstrauch-Joest-Museum 595

Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße 823

Sechs Sporthalleneinheiten inklusive Interimsbauten 62

Rat

Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden 323

Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern 141

Bauberatung 682

Beigeordneter für Kunst und Kultur 458, 472

Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionale Zusammenarbeit 524

Dezernat VII - Kunst und Kultur 217

Dezernats IX 456

Digitalisierungsausschuss 95

Karl Küpper Preis 371

Kienitz-Affäre 472

Klärung Zusammenarbeit 699

Kunstbeirat 578

Livestream 28

Live-Stream 258

Livestream zur Sozialen Erhaltungssatzung Severinsviertel 52

Strukturierung der Dezernate 524

Umbenennung des Ausschusses für Soziales und Senioren 210

Umstrukturierung der Dezernate 109

Rautenstrauch-Joest-Museum

Fotoarchiv und Depotflächen 595

RheinEnergie AG

Klimawende 575

Mediationsverfahren Klimawende 812

Rheinlandkooperation 827

Rheinisches Bildarchiv

Fotograf Manfred Wegener 210

Satzungen

Abfallentsorgung 797

Abfallwirtschaftsbetrieb 242

Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr 576

Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung 402

Förderstipendien 54

Heinrich-Böll-Preis 54

Kölner Taxitarif 242

Rettungsdienst 798

Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See 146

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 146

Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 147

Stellplatzsatzung 235

Straßenreinigung 798

Straßenreinigungsgebühren 243

Wohnraumschutzsatzung 402

Schenkungen

Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung 655

Kölnisches Stadtmuseum 507

Künstlerin Guan Xiao 317

Museum Ludwig 19, 317, 506, 655, 748, 749

Rheinisches Bildarchiv 210

Schulen

Albert-Schweitzer-Grundschule, GGS Zum Hedelsberg 591

Barbara-von-Sell-Berufskolleg 61

Berufskolleg 16, Kartäuserwall 416

Berufskolleg an der Lindenstraße (BK 3) 58
Bürogebäude RWE 555
Gemeinschaftsgrundschule Halfengasse 25 159
Grundschule Brüder-Grimm-Schule, GGS Sürther Hauptstraße 591
Grundschule Ernst-Moritz-Arndt-Schule, EGS Mainstraße 591
Gymnasium Aachener Str. 419
Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1 62
Gymnasium Zusestraße 418
Kurt-Tucholsky-Hauptschule, Helene-Weber-Platz 261
Lise-Meitner-Gesamtschule, Stresemannstraße 825
Sicherheit des Lehrpersonals 53
Stadtbezirk Ehrenfeld 422
Zügigkeitsänderungen 591

Sicherheit

Ordnungskräfte 400

Sonstige städtische Regelungen

Beirat Porz Mitte 149
Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe/eigenbetriebsähnliche Einrichtungen 243
Rahmenplanung Braunsfeld/Müngerdorf/Ehrenfeld 403
Seniorenvertretung 54
Veedelsbeirat Lindweiler 148

Sozialpolitik

Beschäftigung Langzeitarbeitsloser 405
Drogenhilfeangebote am Neumarkt 427
Energiearmut 657
Erwerbslosen- und Arbeitslosenberatungsstellen 56
Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren 518
Kölner Lebenslagenbericht 413
Lebenslagenbericht 235
Obdachlosigkeit 786
Taxi-Unternehmen 37
Winterhilfeunterkünfte 63
Wohnungslosenhilfe 704

Sport

Bolzplatz Georgestraße 593
Fühlinger See 60
Humboldtstraße, Platz 1 417
Kölner Renn-Verein 1897 e. V. 61
Leistungs- und Trainingszentrum des 1. FC Köln 53
Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel 706
Öffnung ausgewählter Schulhöfe 585
Radsportzentrum NRW 421
Radstadion 702
Schulsporthallen 157
Sportanlage Halle Erdweg, Köln-Worringen 704
Sportanlage Rixdorfer Str. 56 150
Stadtbezirk Lindenthal 422

Stadt Köln

Beteiligungsbericht 2019 824
Bürgerhäuser/-zentren 472
Denkmal zu den Anschlägen des NSU 719
Deutscher Städtetag 2023 863
Einfache Sprache 328
Fördermittelmanagement 699
Förderprogramm „Dritte Orte“ 271
Gemeinwohlbilanzierung 507
Gendersprache 346
Grenzänderung bei den Stadtteilen Merkenich und Fühlingen 573
Hundesteuer 325
KölnAgenda e. V. 705
Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland 143
Landesprojekt „Guter Lebensabend NRW“ 153

Liegenschaftspolitik 366
Neutralitätsgebot 105
Öffentliche Toiletten 401
Öffentliches Silvesterfeuerwerk 130, 584
Regionalagentur Region Köln 702
Reinigungsleistungen 355
Silvesterprogramm auf dem Roncalliplatz 830
Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ 842
Stellenplan 2022 635
Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung 60
Transparenzoffensive 2021 539
Vereine 227
WDR-Maus 771
Werbeanlagen 322
Werbenutzungsvertrag 793
Zentralbibliothek 423

Stadtentwässerungsbetriebe

Abwasserbeseitigungskonzept 2021 157
Abwassergebührensatzung 2022 799
Jahresabschluss 2020 406
KLAR GmbH 264
Wirtschaftsplan 2022 827

Stadtentwicklung

Äußerer Grüngürtel Nord 244
Bauvorhaben Hohenzollernring 245
Ebertplatz 55
Ehemalige KHD Hauptverwaltung, Mülheimer Str. 395
Einzelhandel und Zentrenkonzept 405
Elfer Ring 347
Fluchtlichtanlage am Aachener Weiher 699
Fördermaßnahme „Netzwerkarbeit“ 852
Frischezentrum in Marsdorf 211
Gemeinwesenarbeit in den bestehenden Quartieren 260
Grundstück Deutz-Mülheimer Straße 42
Grundstück Deutz-Mülheimer-Straße 145
Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt 245
Immobilie Hornstraße 2 119
Integriertes Stadtentwicklungskonzept Porz Mitte 148
KHD-Gelände 234
Mehrgenerationen Haus Lindweiler 406
Münsterer Str. 23, 31 und 33 59
Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ 270
Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ 55
Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ 262
Sozialräume „Ostheim und Neubrück“ 590
Sozialräume „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ 590
Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Deutzer Hafen“ 157
Umgestaltung des Ebertplatzes 161

Städtische Beteiligungsgesellschaften

Tätigkeit in Aufsichtsgremien 405

Stadtwerke Köln

Rheinlandkooperation 828
Verwendung des Jahresüberschusses 2020 269

Türkei

Ausreisesperre 655

Überplanmäßige Aufwendungen

Historisches Archiv 79
Römisch-Germanisches Museum 195
Teilergebnisplan 0108 und Teilergebnisplan 0903 404
Teilergebnisplan 1201 Straßen, Wege, Plätze 800
Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze 404

Umlegungsanordnung

Südlich Friedensstraße 597

Umwelt

Abfallproblematik auf dem Kölnberg 793

Bürgerbegehren „Klimawende Köln - 100 % Ökostrom bis 2030“ 402

Erneuerbare Energien 41

E-Scooter 400

Gesamtstädtische Klimaneutralität 372

Grünzug Chorweiler Nord - Wegebau 420

Hitzeaktionsplan 575

Klärschlammverbrennung 562

Klimafolgenanpassung 776

Klimanotstand 21

Luftreinhalteplan 592

Luftschadstoffe 782

Masterplan Grün Köln 123

Solar-Offensive 362

Sonnendeck - PV-Anlagen 549

Stadtradeln 324

Stecker-Solaranlagen 575

Strategie Klimaneutrales Köln 435

Stromsparcheck der Caritas 726

Umweltbildungszentrums auf Gut Leidenhausen 829

Zero Waste-Konzept 228

Unterbringung von Geflüchteten

Ausstattung mit WLAN 404

Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße 45

Mindeststandards 587

Städtisches Grundstück Neusser Landstraße 800

Städtisches Grundstück Potsdamer Str. 156, 717

Städtisches Grundstück Wilhelm-Schreiber-Straße 585

Weißdornweg 717

Veränderungssperren

Belgisches Viertel Belgisches Viertel 145

Donatusstraße in Köln-Pesch 437

Hatzfeldstraße/Radiumstra¬ße in Köln-Dellbrück 728

Kaiserstraße Nummer 95-99 in Köln-Porz-Urbach 602

Westlich unter Goldschmied (Laurenz Carré) 437

Veranstaltungszentrum Köln

Auflösung der Kapitalrücklage 585

Jahresabschluss 2020 584

Wirtschaftsplan 2021 152

Wirtschaftsplan 2022 826

Vergabe, Lieferungen und Leistungen

Elektrogeräte 261

Interessenvertretungen der freien Szene 160

Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen 581

Parkscheinautomaten 412

Planung und Errichtung einer Grundschule 422

Risikomanagement 245

Sporthalle mit mindestens drei Sportübungseinheiten 422

Start- und Steganlagen 60

Verkehr

ADFC Fahrrad-Ranking 145

Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung 574

Äußere Kanalstraße von Bilderstöckchen zum Niehler Ei als Radverkehrstrasse 151

Autobahnen 549

Brücke Liebigstraße im Stadtteil Neu-Ehrenfeld 701

Eisenbahnüberführung der Deutz-Mülheimer Straße 591

E-Scooter 400, 667

Kölner Lichtsignalanlagen 58

Ladeinfrastruktur 409

Masterplan Parken 749

Masterplan Quartiersgaragen 400

Motorisierter Individualverkehr 386

Ost-West-Achse 21

Perlengraben zwischen Blaubach und der Severinsbrücke 418

Radverkehr zwischen Hohenzollern- und Deutzer Brücke 382

Straßen- und Wegekonzept 55

Tunnelplanungen auf der Ost-West-Achse 21

Verkehrsmanagement 412

Verordnungen

Offenhalten von Verkaufsstellen 490, 577

Wahlen

Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft 600

Abfallwirtschaftsbetriebe 600

Akademie der Künste der Welt 731

Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH 285

Ausländerrechtliche Beratungskommission 283

Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden 861

Ausschuss für Schule und Weiterbildung 729, 860

Ausschuss Klima, Umwelt und Grün 861

Ausschuss Kunst und Kultur 73

Ausschuss Schule und Weiterbildung 286

Ausschuss Soziales und Senioren 69, 188, 438

Bauausschuss 600

Beirat der Forensischen Klinik Köln-Porz 186

Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung 184

Beirat Sperrbezirk Kölner Süden 189

Besetzung Ausschüsse 490, 601

Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft 600

Bildung von Unterausschüssen 171

Denkmalschutz und Denkmalpflege 73

Deutsche Sektion des **Rates der Gemeinden und Regionen Europas** 855, 856, 858

Deutscher Städtetag 179

Dezernat III - Mobilität 313

Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales 314

Dezernat VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften 314

Digitalausschuss 731

Digitalisierungsausschuss 73, 194

Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates 71

Finanzausschuss 74

GbR Historische Mitte 490, 635

Gesundheitsausschuss 730

Hauptausschuss 286

Jugendamtselternbeirat 860

Jugendhilfeausschuss 188, 284, 285, 438, 598, 729, 860

KGAB 285

Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH 181

Kölner Netzwerk Bürgerengagement 190

Kölner Sportstätten GmbH 599

Kölner Verkehrs-Betriebe AG 862

Kommunal- und Integrationsratswahl 2020 57

Kommunale Bank des Braunkohleausschusses 79

Kommunale Gesundheitskonferenz 730, 731

Kommunale Gesundheitskonferenz Köln 284

Konrad-Adenauer-Preis 286

Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl 2022 598

Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua 185

MAKK-Förderstiftung 189

moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH 71

Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde 182

Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln 190

Rechnungsprüfungsausschuss 286

RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft 180

Sachkundige Einwohner 863

Sachkundige Einwohner*innen 439

Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner 74

Sportausschuss 601

Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 69

Umbesetzung Ausschüsse 598

Umbesetzung von Gremien 440

Umlegungsausschuss 438

Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit 285

Unterausschuss Wohnen 439, 440Verkehrsausschuss 440

Verkehrsverbund Rhein-Sieg 862

Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit 861

Vorschlag der Seniorenvertretung Köln 439

Vorschlag der StadtAG LST 192

Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 193

Wirtschaftsausschuss 437

Wohnungsbauforum Köln 187

Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

Dachsanierung 594

Jahresabschluss zum 31.12.2019 259

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019 259

Stellenplan 2022 636

Wirtschaftsplan 593

Wirtschaft

Großmarkt 211

Startups 767

Wohnraum

Auszugsmanagement 823

Maßnahmenpaket 543

Neu anzumietende Objekte 78

Preisgedämpft 400

Städtisches Grundstück Brohler Str. 152

Städtisches Grundstück Cohnenhofstraße 155

Städtisches Grundstück Deutzer Weg 255

Städtisches Grundstück Houdainer Str. 156

Vermeidung eines Wohnungsverlustes 852

Zentralbibliothek

Generalsanierung 423

Zusatzversorgungskasse

Jahresabschluss und Lagebericht 2020 825

Wirtschaftsplan 824

Rednerverzeichnis

Abé, Denise (Bündnis 90/Die Grünen) 42, 363, 366, 372, 776, 812

Achtelik, Christian (Volt) 27, 40, 374, 425, 510, 542, 552, 566, 592, 624, 661, 678, 711, 777, 785, 816

Aengenvoort, Constanze (CDU) 124, 229, 266, 356, 373, 552, 565, 665, 777, 813

Akude, Dr. John (KLIMA FREUNDE) 415, 511

Bauer-Dahm, Daniel (Bündnis 90/Die Grünen) 28, 328, 414, 519, 659

Bellis-Olinger, Teresa De (CDU) 141, 288, 387, 390, 750, 751

Blome, Andrea, Stadtdirektorin 353, 368, 397, 398, 568, 572, 689

Boyens, Stephan (AfD) 37, 91, 102, 103, 321, 371, 406, 413, 414, 415, 480, 481, 627, 629, 653, 661, 680

Breite, Ulrich (FDP) 13, 31, 40, 90, 126, 242, 250, 267, 304, 377, 514, 529, 541, 542, 622, 660, 678, 692, 711, 744, 779, 815

Brock-Storms, Claudia (SPD) 99, 721

Bülow, Brigitta von (Bündnis 90/Die Grünen) 64, 167, 349, 371, 652, 833

Busch, Philipp (AfD) 314, 324, 554, 646, 692, 717, 755, 763, 864

Büschges, Matthias (AfD) 32, 40, 98, 126, 134, 154, 171, 332, 346, 353, 500, 501, 522, 743, 764, 765, 773

Charles, Stefan, Beigeordneter 479, 609

Cremer, Christer (AfD) 19, 20, 25, 105, 108, 112, 122, 204, 224, 227, 245, 314, 319, 456, 470, 487, 488, 516, 531, 651, 775, 794, 796, 807, 823

Derichsweiler, Max Christian (Bündnis 90/Die Grünen) 323

Detjen, Jörg (DIE LINKE) 100, 153, 154, 213, 219, 256, 414, 467, 519, 658, 710, 721, 789, 804, 805

Dickas, Birgit Beate (Die PARTEI) 106, 134, 325, 378, 392

Diemert, Prof. Dr. Dörte, Stadtkämmerin 96, 151, 306, 449

Egerer, Ascan 313, 606, 772

Elster, Dr. Ralph (CDU) 65, 423, 468, 469, 578, 834

Erkelenz, Martin (CDU) 48, 720

Frebel, Polina (SPD) 358

Gabrysch, Nicolin (KLIMA FREUNDE) 23, 31, 39, 47, 73, 74, 115, 135, 143, 164, 218, 231, 251, 253, 258, 267, 279, 290, 334, 364, 378, 392, 469, 486, 511, 533, 534, 542, 553, 561, 567, 581, 583, 594, 631, 687, 713, 716, 722, 756, 763, 779, 784, 790, 791, 797, 817, 848

Gärtner, Ursula (CDU) 153, 221, 343, 520, 569, 659, 675, 731

Glashagen, Jennifer (Volt) 114, 223, 256, 278, 289, 330, 357, 432, 486, 530, 571, 795, 806, 847, 865

Görzel, Volker (FDP) 30, 49, 64, 111, 133, 213, 231, 277, 357, 369, 370, 566, 570, 670, 768, 784, 805

Greitemann, Markus, Beigeordneter 353, 424, 594, 841

Hammer, Lino (Bündnis 90/Die Grünen) 14, 37, 50, 184, 205, 206, 264, 304, 305, 383, 424, 425, 461, 462, 468, 476, 477, 502, 536, 539, 563, 646, 647, 648, 654, 690, 727, 744, 745, 771

Heinen, Dr. Ralf (SPD) 139, 338, 341, 483

Helmis, Maria (SPD) 43, 423, 425

Heuser, Marion (Bündnis 90/Die Grünen) 120, 220, 415

Hock, Michael (Die FRAKTION) 445, 460, 532, 567, 646, 647, 654, 706, 711, 712, 790, 792

Hock, Michael (Die PARTEI) 21, 22, 91, 114, 171, 190, 258, 307, 322, 347

Hölzing-Clasen, Bärbel (Bündnis 90/Die Grünen) 556, 665, 683

Homann, Mike (SPD) 29, 168, 185, 229, 247, 275, 305, 445, 501, 543, 684, 689, 744, 771, 772, 808

Hoyer, Katja (FDP) 101, 103, 154, 222, 331, 342, 427, 428, 485, 521, 774, 786, 791

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister (Innenstadt) 164, 252, 279, 697, 714, 715, 838

Jäger, Christiane (SPD) 125, 551

Jeschka, Manuel Uwe (Volt) 31, 95, 352, 560, 686

Joisten, Christian (SPD) 38, 110, 221, 256, 265, 306, 348, 354, 362, 365, 376, 462, 525, 526, 568, 571, 616, 667, 752, 803, 835, 841, 844, 848

Karadag, Derya (Bündnis 90/Die Grünen) 211, 326

Keltek, Tayfun (Integrationsrat) 722, 724

Kessing, Ulrike (Bündnis 90/Die Grünen) 137, 339, 431

Kienitz, Niklas 316

Kienitz, Niklas (CDU) 24, 33, 44, 74, 162, 248, 256, 275, 305, 647, 843

Kircher, Jürgen (SPD) 23, 206, 236, 254

Klemm, Ralf (Bündnis 90/Die Grünen) 703, 706

Kockerbeck, Heiner (DIE LINKE) 29, 107, 138, 144, 340, 424, 431, 432, 484, 558, 570, 581, 619, 666, 836, 864

Krupp, Dr. Gerrit (SPD) 107, 132, 326, 330, 512, 540, 695, 814

Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete 64

Lorenz, Lukas (SPD) 384, 388

Martin, Christiane (Bündnis 90/Die Grünen) 17, 23, 43, 90, 109, 274, 395, 524, 545, 611, 801

Michel, Dirk (CDU) 212, 807

Niknamtavin, Sarah (DIE LINKE) 41, 125, 359, 363, 375, 549, 815

Oedingen, Erika (SPD) 564

Paetzold, Michael (SPD) 45, 50, 119, 344, 518, 590, 657, 676, 780, 787, 792

Pakulat, Sabine (Bündnis 90/Die Grünen) 123, 245, 246, 367, 842

Petelkau, Bernd (CDU) 39, 107, 111, 115, 217, 315, 396, 463, 464, 483, 501, 509, 527, 613, 691, 802

Philippi, Franz (SPD) 61, 80, 853

Pütz, Pascal (SPD) 368

Rau, Prof. Dr. Harald, Beigeordneter 153, 256, 428, 573, 590

Recktenwald, Viola (SPD) 161, 187, 396, 784

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin 12-14, 17- 33, 37-50, 52-69, 71, 73-75, 78-80, 89-91, 94-96, 98-103, 105-115, 119-127, 130-141, 143, 144, 146-148, 150-164, 166-172, 179-182, 184-196, 203-206, 210-214, 217-225, 227-232, 234-236, 242-263, 265-280, 282, 284-287, 303-308, 313-319, 321-335, 338-359, 362-378, 380, 382-393, 395-412, 414-433, 435-441, 444-446, 449, 455-458, 460-465, 467-473, 476, 477, 479-481, 483-492, 500-502, 504, 506, 507, 509-516, 518-526, 528-534, 536, 539-543, 545, 546, 548-602, 604, 606, 608, 611, 613, 616, 619, 622, 624, 627, 629, 631, 632, 635, 636, 638, 645-648, 651-672, 674-676, 743-745, 748-756, 761-787, 789-809, 812-817, 819, 823-838, 840-849, 852-858, 860-863

Richter, Manfred (Bündnis 90/Die Grünen) 694

Röhrig, Uschi (DIE LINKE) 132, 329, 673, 691, 782

Roß-Belkner, Monika (CDU) 684

Rudolph, Floris (Bündnis 90/Die Grünen) 787

Ruffen, Stefanie (FDP) 121, 139, 340, 351, 364, 424, 432, 548, 559, 560, 664, 682, 722, 761, 763

Schallehn, Robert (Bündnis 90/Die Grünen) 130

Schlieben, Dr. Helge (CDU) 137, 557, 762, 763, 764

Schlömer, Ursula (Bündnis 90/Die Grünen) 551

Schneeloch, Sandra (Bündnis 90/Die Grünen) 39, 228, 355, 507

Seeck, Oliver (SPD) 555, 666, 708, 709

Seiger, Christine (Bündnis 90/Die Grünen) 161

Sommer, Ira (CDU) 370, 546

Spehl, Felix (CDU) 131, 327, 669, 695

Steinkamp, Dr. Dieter (RheinEnergie) 662

Steinkamp, Dr. Dieter (Stadtwerke Köln) 542

Steinmann, Lisa (SPD) 212, 767, 852

Sterck, Ralph (FDP) 25, 44, 162, 327, 333, 334, 345, 382, 391, 398, 465, 549, 754, 837, 846

Syndicus, Karina Margareta (Die FRAKTION) 510, 550, 755, 783

Syndicus, Karina Margareta (GUT Köln) 135, 140, 163, 251, 267, 325, 335, 359

Tokyürek, Güldane (DIE LINKE) 21, 38, 46, 217, 230, 327, 350, 384, 389, 390, 429, 458, 460, 513, 528, 540, 744, 753, 754, 768, 783

Unna, Dr. Ralf (Bündnis 90/Die Grünen) 61, 343, 534, 569, 674, 781

Venturini, Isabella (Volt) 45, 67, 90, 91, 251, 255, 370, 384, 388, 548, 671, 722, 751, 837

Voigtsberger, Robert, Beigeordneter 432, 762

Wahlen, Lars (Bündnis 90/Die Grünen) 289, 386, 668, 749

Weber, Florian (CDU) 707, 767

Weisenstein, Michael (DIE LINKE) 13, 42, 162, 205, 249, 276, 304, 305, 366, 369, 396, 469, 477, 501, 535, 546, 562, 590, 606, 670, 680, 686, 696, 778, 845

Wolfgramm, William 315, 504

Wolter, Andreas, Bürgermeister 446, 449, 676, 678-709, 711-717, 719-722, 724-732

Wortmann, Walter (Die FRAKTION) 491, 539, 541, 629, 766

Wortmann, Walter (Freie Wähler Köln) 13, 27, 114, 214, 224, 225

Yazicioglu, Dilan (Bündnis 90/Die Grünen) 47, 48, 99, 482, 719

Zimmermann, Thor-Geir (GUT Köln) 26, 31, 33, 95, 113, 127, 172, 304, 307, 378, 397, 466, 575, 606, 633, 662, 692, 696, 714, 817, 819, 857

Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister (Chorweiler) 225, 268